

Imbusch / Messner /
Nolte (Hrsg.)
Chile heute



BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts
Preußischer Kulturbesitz
Band 90

Peter Imbusch / Dirk Messner /
Detlef Nolte (Hrsg.)

Chile heute

Politik · Wirtschaft · Kultur

Vervuert Verlag · Frankfurt am Main

2004

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 3-89354-590-5

ISSN 0067-8015

© Vervuert Verlag, Frankfurt am Main 2004

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Michael Ackermann

Satz: Anneliese Seibt, Ibero-Amerikanisches Institut PK

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

0. Chile – Land der Extreme, aber immer Modell (Peter Imbusch/Dirk Messner/Detlef Nolte)	11
I. Geographie und Bevölkerung	
<i>Jürgen Bähr</i> Demographischer Wandel und regionale Entwicklungspotentiale	21
<i>Michael Richter</i> Natürliche Ressourcen und Umweltrisiken in Chile	49
II. Gesellschaft	
<i>Norbert Lechner</i> Modernisierung, Missbehagen und Regierbarkeit	85
<i>Peter Imbusch</i> Unternehmer und ihre Verbände als gesellschaftlich-politische Akteure	105
<i>Jaime Ensignia</i> Die chilenische Gewerkschaftsbewegung nach der Diktatur	127
<i>Jaime Sperberg</i> Marginalität: Die <i>pobladores</i> zwischen Armut und sozialer Bewegung	141
<i>Mechthild Minkner-Bünjer</i> Chile: Armut und regionale Disparitäten	155
<i>Angela Meentzen</i> Chile: Geschlechterverhältnisse zwischen Tradition, Modernisierung und Demokratisierung	171

Olaf Kaltmeier

Die Mapuche: Brüche und Einbrüche zwischen Widerstand
und Eroberung 191

Hans-Jürgen Prien

Religion und Kirchen 207

III. Politik

Carlos Huneeus

Pinochet: Institutionelle Faktoren und politische Führung
im Autoritarismus 227

Heinrich-W. Krumwiede

Die chilenische Regimetransformation im Rückblick 253

Rainer Huhle

Schatten auf der Zukunft. Menschenrechte und Vergangen-
heitsbewältigung im postdiktatorialen Chile 275

Norbert Lechner/Pedro Güell

Soziale Konstruktion der Erinnerung und geschichtliche
Aufarbeitung der Diktatur 295

Michael Radseck

Militär und Politik in Chile 309

Detlef Nolte

Das politische System: Verfassung und Verfassungspraxis 333

Ingrid Wehr

Das Parteiensystem des nach-autoritären Chile: Vom polarisierten
Pluralismus zur Nordamerikanisierung? 379

Peter Thiery

Staatsreformen unter der Diktatur und den demokratischen
Regierungen 401

Lothar Witte

Die Entwicklung eines Modells: 20 Jahre Rentenreform in Chile 417

Helen Ahrens

Rechtsstaat und Justiz im Wandel 433

Harald Barrios

Chile im internationalen System 457

*Elmar Römpezyk*Nachhaltigkeit in Chile: Die unbegriffene ökologische
Herausforderung 479**IV. Wirtschaft***Claudio Maggi/Dirk Messner*Chile – ein Modellfall? Herausforderungen an der Schwelle
zum 21. Jahrhundert 501*Cristóbal Kay*

Der Agrarsektor 525

*Frank Wältring*Der Industriesektor in Chile: Eine Fallstudie zur Textil- und
Bekleidungsindustrie 543*Klaus Eßer*Wirtschaftliche Spezialisierung und Aufbau eines modernen
Nationalstaates in Chile: Nutzung der Globalisierungstendenz
zu Lernprozessen 565*Urs Müller-Plantenberg*

Die Konzentration der Einkommen in Chile 581

Alicia Frohmann

Chile: Internationalisierung der Wirtschaft und der Handelspolitik 593

V. Kultur

Nikolaus Werz Der Beitrag Chiles zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika	605
--	-----

<i>Kathrin Bergenthal</i> Themenfelder chilenischer Erzählliteratur seit Anfang der siebziger Jahre	621
---	-----

<i>Soledad Lagos-Kassai</i> Die literarische Verarbeitung der Diktatur und der Menschenrechtsverletzungen im gegenwärtigen Chile	645
--	-----

<i>Soledad Bianchi</i> Chilenische Poesie heute: Fragmente einer Einheit	675
---	-----

<i>Torsten Eßer</i> Klänge an der Peripherie. Musik in Chile: von den Mapuche bis zum Techno	689
--	-----

<i>Soledad Lagos-Kassai</i> Theaterkultur unter der Diktatur und in der Demokratie	731
---	-----

<i>Torsten Eßer</i> Aus der Vorzeit in die Zukunft – ohne Pause. Telekommunikation und Internet in Chile	757
--	-----

<i>Juan Casassus</i> Das Bildungswesen in Chile	773
--	-----

VI. Chile – Deutschland

<i>Hugo Calderón M.</i> Die chilenisch-deutschen Beziehungen: ein nicht ausgeschöpftes Potenzial	793
--	-----

<i>Raimund Krämer</i> Chile und die DDR. Die ganz andere Beziehung	809
---	-----

Jorge Rojas Hernández

Leben zwischen zwei Kulturen: Die schwierige Verteidigung des
Andersseins im Exil 821

*Ein Roundtable-Gespräch mit Dieter Boris, Klaus Meschkat und
Urs Müller-Plantenberg*

Chile und die deutsche Linke 837

Wilhelm Hofmeister

Die deutschen Christdemokraten und Chile 859

Gero Gemballa

Freiheit. Und das Gegenteil. Würde. Und das Gegenteil.
Die *Colonia Dignidad* in Chile 881

Dieter Nohlen

Der erste 11. September – 30 Jahre danach 889

Therese Lützelberger

Chile: Chronologie:..... 907

Personen- und Sachregister 937

Abkürzungsverzeichnis 945

Autorinnen und Autoren 953

Peter Imbusch/Dirk Messner/Detlef Nolte

Chile – Land der Extreme, aber immer Modell

Chile – nach altindianischer Überlieferung das “Land, wo die Welt zu Ende ist” – war schon immer ein Land der Extreme. Das fängt zunächst augenscheinlich mit seinem über 4.300 km langgestreckten, aber kaum je mehr als 250 km breiten geographischen Staatsgebiet an, reicht über höchst unterschiedliche naturräumliche Zonen von heißen und trockenen Wüsten im Norden, subtropischen Regionen in der Mitte, einem eher mitteleuropäischen Klima mit entsprechender Vegetation im ‘kleinen Süden’ und dem ewigen Eis der Antarktis ganz im Süden, bis hin zu den flach zum Pazifik hin abfallenden Landstrichen im Westen und den dazu deutlich in Kontrast stehenden höchsten Gipfeln der Anden im Osten des Landes. Würde man das Land nach Europa verpflanzen, reichten seine Ausmaße von Skandinavien bis weit in die Sahara hinein.

Aber nicht nur in geographischer und naturräumlicher Hinsicht offenbaren sich beträchtliche Kontraste, sondern auch in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verlief die Geschichte des Landes wechselvoll. Gerade das hat es – abgeschildert von allen Seiten – gleichwohl als Mikrokosmos für Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler immer interessant und zu einem beliebten Studienobjekt werden lassen. Dabei ist ihm mehr als einmal Modellcharakter bescheinigt worden – wenn auch jeweils von ganz unterschiedlicher Seite.

In politischer Hinsicht galt das Land nach seiner frühen Staatsbildung und Staatskonsolidierung als weitgehend stabil und sodann über viele Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, bis Anfang der siebziger Jahre auch als konsolidierte Demokratie, in die im Laufe der Jahrzehnte sukzessive immer weitere Bevölkerungsgruppen politisch integriert wurden. Wahlen verliefen im Großen und Ganzen friedlich und geordnet, größere Unruhen und politische Gewaltausbrüche wie in anderen lateinamerikanischen Ländern waren und blieben die Ausnahme. Allerdings verlief auch die chilenische Entwicklung nicht ohne Brüche und Widersprüche. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Gewerkschaften erstarkten, kam es zu Massakern an der Arbeiterbewegung. Die Demokratie, die sozialistische Parteien und die Kommunistische Partei einschloss, funktionierte bis in die sechziger Jahre auf der Grundlage

des Ausschlusses der Landarbeiter und der Bewahrung des *Status quo* auf dem Lande. Zur Zeit des Kalten Krieges war die KP für zehn Jahre verboten, ihre Funktionäre wurden zeitweilig in Straflagern interniert. Gleichwohl überwog die friedliche Konfliktaustragung innerhalb der Spielregeln des demokratischen Systems.

In der jüngeren Vergangenheit hat die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chiles verstärkt auch im Ausland, in den Amerikas wie in Europa, Interesse hervorgerufen. In den sechziger Jahren waren es zunächst die Reformbemühungen des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei Montalva und sein Bemühen um die Durchsetzung eines so genannten „dritten Weges“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die in den damaligen Reformdebatten vielen als vorbildlich für die politische Weiterentwicklung und soziale Integration des Landes galten und denen v.a. im Ausland Modellcharakter für die Gestaltung eines beschleunigten, aber insgesamt friedlichen Wandels zugesprochen wurde.

Mit der politischen und v.a. demokratischen Stabilität des Landes war es Anfang der siebziger Jahre erst einmal vorbei, als sich die Verhältnisse im Lande unter der sozialistischen *Unidad Popular* unter Führung von Salvador Allende immer stärker polarisierten und sich die politischen Lager radikalisierten. Gleichwohl blieb Chile Modell: Den einen dokumentierte es die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus mittels Wahlen, andere Gruppierungen auf der Linken stellten eine sozialistische Transformation unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen in Frage und arbeiteten gleichzeitig darauf hin, dass sich ihre These beweisen würde. Das „sozialistische Experiment“, wie es damals häufig genannt wurde, versank nach nur drei Jahren im Chaos und wurde schließlich blutig mit einem Militärputsch beendet.

Der 11.9. hat für die Chilenen – lange vor dem Schock, für den das Datum heute in den USA steht – eine eigene traumatisierende Bedeutung, löste es doch nicht nur international Trauer, Wut und Betroffenheit aus, sondern führte es politisch geradezu in eine der langlebigsten Diktaturen in der jüngeren Geschichte auf dem Subkontinent. Keine der in den siebziger Jahren etablierten Diktaturen dauerte länger als die des Generals Pinochet, mit Ausnahme des argentinischen „Proceso“ war kaum eine blutrünstiger und gewalttätiger und brachte mehr Flüchtlinge und Exilanten hervor. Insbesondere in den ersten Jahren scheuten die Diktatur und ihre Schergen nur wenig vor Unterdrückung und offener Repression, vor Folter und Mord zurück. Keine andere Diktatur und ihre Führungsmannschaft vermochte es allerdings auch,

ihr Land auf eine so weitreichende und tiefgreifende Weise unter hohen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten zu transformieren. Nicht so sehr die Regierungszeit der *Unidad Popular* und ihr Versuch einer sozialistischen Gesellschaftstransformation – wie häufig behauptet oder unterstellt wurde –, sondern die sechzehnjährige Diktatur des Generals Pinochet und seiner *Chicago Boys* waren es, die das Land in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum vollkommen umgestalteten, Biographien und Lebenswege zerstörten und das Land für diejenigen, die ins Exil getrieben wurden, bei ihrer Rückkehr fremd machte. Es handelte sich dabei um eine politische und ökonomische Modernisierung mit Zwangsmitteln und mitunter brachialer Gewalt, die alle Gruppen und Schichten der chilenischen Gesellschaft betraf und von allen hohe Anpassungsleistungen forderte. Auch wenn es angesichts der hohen Kosten der Transformation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und angesichts der vielen Opfer zynisch klingen mag, so wurde auch den radikalen Reformen des Pinochet-Regimes von der einen oder anderen Seite, im In- und Ausland, mal verhaltener, mal offener, Modellcharakter bescheinigt: für den eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Weg, für die Dynamisierung der Gesellschaft, für die ‘Befreiung vom Kommunismus’, für die ‘Rettung des Vaterlandes’ etc. Allerdings stand die Diktatur Mitte der achtziger Jahre (1983/1984) auch kurzfristig vor dem Scheitern, als die Wirtschaft in eine tiefe Rezession stürzte und auch weite Teile der Mittelschichten plötzlich gegen das Regime rebellierten. Wäre Pinochet damals gestürzt, so wäre die Bilanz seiner Herrschaft nicht nur moralisch und politisch, sondern auch wirtschaftlich diskreditiert gewesen. Erst ein weniger radikaler, pragmatischer Neoliberalismus hat die Diktatur aus der Krise herausgeführt und den Ruf des chilenischen Wirtschaftsmodells als einer Revolution von oben, unter autoritären Vorzeichen gefestigt.

Und auch die nächste Modellzuschreibung ließ nicht lange auf sich warten, wenn sie auch erneut aus gänzlich anderer Perspektive geäußert wurde: Als modellhaft galt zuletzt der 1990 bewerkstelligte friedliche Transitionsprozess zur Demokratie unter der Führung des Parteienbündnisses der *Concertación*, die nach langem Streit um die Akzeptabilität der Vorgaben und Direktiven der Diktatur für die Demokratie und des Fortbestehens mancher autoritärer Enklave schließlich das Land wieder in die Demokratie führte und seither ein demokratisches Erfolgsmodell auf der Basis eines Wirtschaftsliberalismus mit sozialem Ausgleich in freien Wahlen gegen die alten Widersacher fortführt und verteidigt.

In wirtschaftlicher Hinsicht folgte das Land zunächst im Großen und Ganzen den vorherrschenden Tendenzen der ökonomischen Entwicklung der anderen lateinamerikanischen Länder. Bis zur Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts verdiente es seine Devisen mit einigen wenigen Exportprodukten (Salpeter, später Kupfer) und folgte damit den liberalen Import/Export-Modellen anderer Länder, ohne allerdings seine Produktpalette für den Export nennenswert diversifizieren zu können. Danach folgte es dem Trend der importsubstituierenden Entwicklung, die allerdings aufgrund der Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur – hier eine im ausländischen Besitz befindliche, für die Devisenerwirtschaftung unersetzliche Enklavenwirtschaft im Kupferbergbau, dort eine durch Großgrundbesitz geprägte Landwirtschaft – weniger dynamisch ausfiel als in Staaten wie Mexiko und Brasilien. Die nachhaltige Dynamisierung des Binnenmarktes stieß an objektive Grenzen, was im Laufe der Jahrzehnte immer wieder zu Krisen führte.

Die stagnierende Volkswirtschaft, eine geringe Nachfrage nach dem Faktor Arbeit, große soziale Polarisierungen und Einkommens-Ungleichheiten, die vergleichsweise hohe und endemische Inflation, insgesamt wenig dynamische Unternehmer mit geringer unternehmerischer Mentalität bei gleichzeitiger Herausbildung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung stellten den Nährboden für ganz unterschiedliche Ideologien dar: Während die *Unidad Popular* Anfang der siebziger Jahre diesen maroden Kapitalismus durch ein sozialistisches Wirtschaftssystem (überwiegend Staatseigentum) ersetzen wollte, ohne allerdings über die nötigen Steuerungsmittel und die notwendigen Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber der eigenen Anhängerschaft zu verfügen, schickte sich die Pinochet-Diktatur an, den chilenischen Kapitalismus grundlegend zu erneuern und zu dynamisieren. Chile wurde damit zum ersten Experimentierfeld jener jungen Ökonomenriege, die seit den späten fünfziger Jahren an der Universität Chicago ausgebildet wurde und wegen ihrer neuen, im Gegensatz zum klassischen Keynesianismus stehenden, stark hermetischen Lehre auch *Chicago Boys* genannt wurde. Was die *Chicago Boys* in jenem Land ohne Opposition und ernstzunehmender Gegenwehr, aber mit voller Rückendeckung des Präsidenten und der Militärs seit Mitte der siebziger Jahre radikal umzusetzen trachteten, war der Monetarismus. Wie in einem Reagenzglas verdichteten sich in jenen Jahren alle Widersprüche, positiven Wirkungen und dramatischen Folgen der Umsetzung relativ simpler, aber orthodoxer Lehrbuchweisheiten, wie sie später weder in den USA unter Ronald Reagan noch in Großbritan-

nien unter Margaret Thatcher beobachtet oder gar in gleicher Radikalität umgesetzt werden konnten. Die weitgehende Liberalisierung und Deregulierung der Ökonomie zerstörte nicht nur das bis dato bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und die mit ihnen verbundenen Wertesysteme und Orientierungsmuster, sondern das Militärregime schuf mit seinen Reformen eine gänzlich neue gesellschaftliche Ordnung auf der Basis einer Marktvergesellschaftung, die bis in die letzten Poren der sozialen Beziehungen vordrang. Allerdings stellt sich die Frage, ob nicht gerade auch die Regierungen Frei und Allende mit ihren Agrarreformen, die letztlich zur Zerschlagung des agrarischen Großgrundbesitzes geführt haben, die Grundlage für die kapitalistische Erneuerung in der Landwirtschaft unter Pinochet mitgeschaffen haben.

Die Akzeptanz der Grundstrukturen der von den Militärs und ihren Ökonomen geschaffenen und weithin als modellhaft gepriesenen Wirtschaftsordnung seitens des Parteienbündnisses der *Concertación* war die entscheidende strukturelle Bedingung für die Möglichkeit des Übergangs zu demokratischen Verhältnissen Anfang der neunziger Jahre. Wirtschaftlicher Erfolg und Demokratie, diesmal versehen mit der Ingredienz des Versprechens um sozialen Ausgleich und Versöhnung, bescherten dem Land in den neunziger Jahren erneut Modellzuschreibungen und Vorbildcharakter für eine gelungene Transition, mit der sich andere Länder des Kontinents schwer taten. Seither gilt Chile als die stabilste Wirtschaft Lateinamerikas, die von den schweren Krisenprozessen anderer Länder des Kontinents kaum erfasst wurde: Geldwertstabilität, solide Staatsfinanzen, ein Staatshaushalt mit einem strukturellen Überschuss von 1% des BIP, eine exportorientierte, stärker als je zuvor diversifizierte Wirtschaft, hohe und kontinuierliche Wachstumsraten, die sich erst mit Beginn des neuen Jahrtausends abschwächten (aber immer noch weit über dem Durchschnitt europäischer Länder liegen), gesunde makroökonomische Rahmenbedingungen mit einer konservativen Geld- und Fiskalpolitik, ein kleiner, aber effizienter Staatsapparat und die Verpflichtung auf Freihandel sind einige der Zauberworte, die selbst Kritikern des chilenischen Modells Respekt abnötigen.

Kritik lässt sich v.a. in sozialer Hinsicht üben. Unvergessen und unverarbeitet sind die dramatischen sozialstrukturellen Brüche der Pinochet-Ära und die dazugehörigen sozialen Verwerfungen und Exklusionsprozesse, die starke Zunahme von Armut, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit als Folge des radikal-monetaristischen Modells, die dem Land bis dahin unbekannte historische Höchstwerte bescherten und erst in den neunziger Jahren

dank des Wirtschaftswachstums und der Reformbestrebungen der demokratischen Regierungen wieder abgebaut werden konnte. Schaut man sich allerdings die Lebenswelten von Armut, Ausgrenzung und Marginalität genauer an, so wird man angesichts der strukturellen Verfestigungen nicht umhinkommen festzustellen, dass auch das heutige Ausmaß zumindest in normativer Hinsicht noch gänzlich inakzeptabel ist.

Dies gilt selbst in einer historischen Perspektive: Zwar galt Chile im 20. Jahrhundert über Jahrzehnte hinweg mit seinen Nachbarstaaten im Cono Sur als typische 'Mittelschichtgesellschaft', gleichwohl gab es immer eine beträchtliche Ungleichheit in der Einkommens- und Reichtumsverteilung, und auch Arbeitslosigkeit und Marginalität waren insbesondere auf dem Lande in beträchtlichem Umfang anzutreffen. Die nicht sehr erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung während der ISI-Phase und die damit einhergehenden Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse taten ein Übriges zur zunehmenden sozialen Polarisierung des Landes. Gleichwohl gehörten die Arbeitslosen, Unterbeschäftigten und Ausgegrenzten immer zum Land, sie waren eine Herausforderung für die Politik und eine Aufgabe für die Solidarität – sie galten als zu beseitigendes, da häufig unverschuldetes Problem. Heute dagegen setzen die entsprechenden Diskurse auf Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung, Schuld an Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Misere tragen zuallererst die Betroffenen selbst.

Die voll funktionierende Marktwirtschaft hat soziale Beziehungen anonymisiert und soziale Solidaritäten abgeschwächt. Und sie hat Armut und Reichtum in den Stadtbildern wieder stärker sichtbar hervortreten lassen. Nirgends ist dies deutlicher zu sehen als in der Hauptstadt Santiago selbst: Im Nordosten der Stadt (zu den Anden hin) finden sich die *beaux quartiers*, die Viertel der Reichen, mit ihren Einkaufs-Malls, Shopping-Centern und luxuriösen Konsumtempeln, mit repräsentativen Häusern und Grünanlagen, im Südwesten dagegen die Industrieanlagen, Arbeiterviertel und Marginalsiedlungen, räumlich getrennt durch die Wohngegenden der Mittelschichten im zentralen Osten und Süden der Stadt. Die Kontraste könnten nicht größer sein; die soziale Durchlässigkeit zwischen einzelnen Schichten dürfte sich trotz des rapiden sozialen Wandels der chilenischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten nicht erhöht haben.

Die Chilenen, die nicht nur ob ihres Militärs lange Zeit als die 'Preußen Lateinamerikas' galten, leisten sich keine Korruption, im Land herrschen Ordnung und Zuverlässigkeit, Polizisten und Steuerprüfer gelten als unbestechlich. Stabilität und Konsens sind hohe Werte, politischer Streit und

Konfliktaustragung stehen dagegen – nicht zuletzt wohl aufgrund der leidvollen Erfahrungen ihrer Geschichte – auch in ihren demokratisch-institutionellen Verfahrensweisen nicht sehr weit oben auf der Beliebtheits-skala.

Chile ist heute nicht mehr das Land, wo die Welt zu Ende ist. Dazu hat auch die wirtschaftliche Öffnung nach Westen, in den pazifischen Raum beigetragen. Chile gibt sich modern, sucht den Anschluss an die westlichen Industrieländer und ist trotzdem voller Tradition: so wurde z.B. erstmalig 2004 ein Scheidungsgesetz verabschiedet. Es ist in vielerlei Hinsicht ein unbekanntes Land geblieben bzw. heute wieder eines geworden, zumal es das Chile, welches bis Mitte der siebziger Jahre das Bild im Ausland prägte, nicht mehr gibt. Es ist ein Land der Fragmente, des Episodischen geworden, von dem man vielleicht gar nicht mehr als einheitliches Land sprechen kann, weil die darin beheimateten Menschen selbst in vollkommen unterschiedlichen Welten leben. Dies war möglicherweise in der Vergangenheit ähnlich, traf damals aber in einem ganz anderen Sinne zu.

Der vorliegende Band will eine kritische Bestandsaufnahme des heutigen Chile bieten. In seinen Beiträgen zur Geographie und Bevölkerung, zur Gesellschaft, zu Politik und Wirtschaft, zur Kultur und zum deutsch-chilenischen Verhältnis kommen vor einem historischen Hintergrund zentrale Faktoren, Besonderheiten und Probleme des Landes, aber auch viel Unbekanntes oder Vergessenes zur Sprache. Sie können den Blick auf ein neues Land und seine kulturellen Wurzeln und Traditionen in der Gegenwart freilegen und so zum Verstehen einer widersprüchlichen und komplexen Wirklichkeit beitragen. Das Buch richtet sich nicht nur an ein wissenschaftliches Publikum, sondern auch an den interessierten Laien; es soll Lust machen auf die weitere Auseinandersetzung und intensivere Beschäftigung mit Chile und somit eher der länderkundlichen Orientierung dienen als ein für alle Mal fertige Antworten liefern.

I

Geographie und Bevölkerung

Jürgen Bähr

Demographischer Wandel und regionale Entwicklungspotentiale

1. Einführung

In jüngerer Zeit machte Chile vor allem durch seine makroökonomischen Erfolge von sich reden: Seit 1984 verzeichnet der Andenstaat durchgängig hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, von denen seit Anfang der 1990er Jahre mehr und mehr auch ärmere Bevölkerungsschichten profitieren (Weyland 1997; Nolte 1998; Oxhorn 1999). Nur 1999 gab es als Folge der "Asienkrise" einen kurzzeitigen Einbruch. Aber auch in demographischer Hinsicht hat sich in Chile ein bemerkenswerter Wandel vollzogen, dessen Anfänge allerdings weiter in die Vergangenheit zurückreichen und der mehr oder weniger unabhängig von allen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen verlief. Chile weist heute nur noch ein mäßiges Bevölkerungswachstum auf und ist hinsichtlich der wichtigsten demographischen Kennwerte eher mit Staaten der Ersten als der Dritten Welt zu vergleichen. Der raschen und bis heute anhaltenden Verbesserung der Überlebenschancen folgte mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch ein Rückgang der Geburtenzahlen, so dass sich die 'Bevölkerungsschere' wieder schloss und sich die jährlichen Wachstumsraten bei knapp 1,5% stabilisierten. Mit einer durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau, die etwas über dem langfristigen Erhaltungsniveau liegt, wird sich die verhältnismäßig langsame Bevölkerungszunahme auch in naher Zukunft fortsetzen und eine extreme Alterung der Bevölkerung, wie sie die meisten europäischen Länder erleben, ist auf absehbare Zeit nicht zu befürchten. Man rechnet mit einem Anstieg der Einwohnerzahlen von 15,8 Mio. (2003) auf ca. 19,5 Mio. im Jahre 2025 (Population Reference Bureau 2003). Davon werden etwa neun Zehntel in Städten der verschiedenen Größenordnungen leben; schon heute zählt der Verstädterungsgrad Chiles mit 87% zu den höchsten der Welt (Tab. 1). Etwas abgeschwächt hat sich hingegen seit kurzem die ausgeprägte Bevölkerungskonzentration auf den Ballungsraum der Landeshauptstadt, in dem aber noch immer 40% der Chilenen leben.

Tab. 1: Entwicklung der chilenischen Bevölkerung 1907-2002

Jahr	Ew. (in 1.000)	Bev. dichte (Ew./km ²)	Jährl. Wach- stumsrate (%)	Städt. Bev. (%)	Wachstumsrate der	
					städt. Bev. (%)	ländl. Bev. (%)
1907	3.231	4,3	-	43	-	-
1920	3.720	4,9	1,1	46	1,7	0,7
1930	4.287	5,7	1,4	49	2,1	0,9
1940	5.024	6,6	1,6	52	2,2	1,0
1952	5.933	7,8	1,5	60	2,7	-0,1
1960	7.374	9,7	2,6	69	4,1	-0,1
1970	8.885	11,7	2,0	75	3,1	-0,6
1982	11.330	15,0	2,1	81	2,8	-0,8
1992	13.348	17,6	1,6	83	1,8	0,9
2002	15.116	20,0	1,3	87	1,6	-0,9

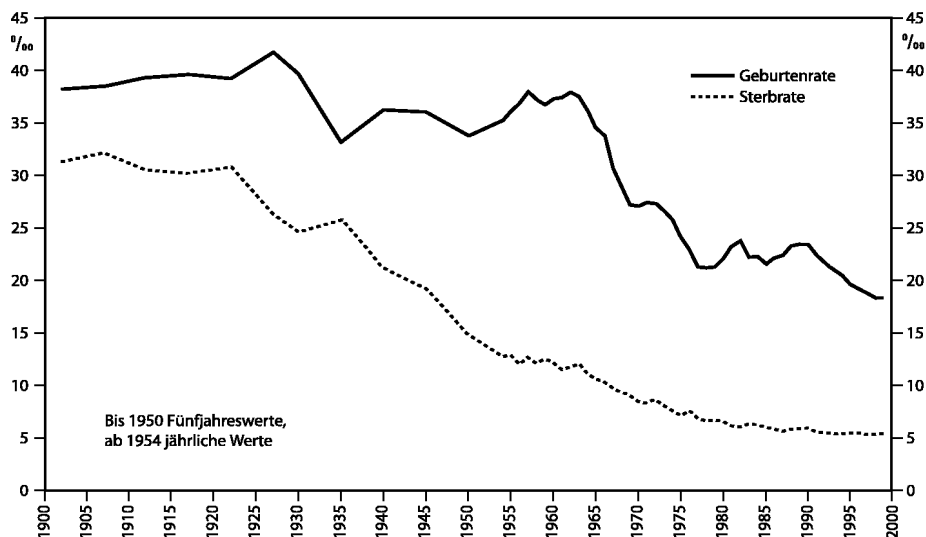
Quelle: INE (ca. 1994); INE (2003).

2. Der demographische Übergang in Chile

Chile zählt zu den wenigen Ländern der Dritten Welt, in denen die Bevölkerungsentwicklung der jüngeren Vergangenheit entsprechend dem 'Modell des demographischen Übergangs' und damit zwar phasenverschoben, aber weitgehend ähnlich wie in den Industrieländern verlaufen ist. Betrachtet man die Entwicklung der Geburten- und Sterberaten im Einzelnen (Abb. 1), so sind drei deutlich ausgeprägte und abgrenzbare Phasen erkennbar. In einem ersten, etwa bis Anfang der 1920er Jahre reichenden Zeitabschnitt lagen Fertilität und Mortalität auf hohem Niveau. Für die Geburtenziffern wurden im fünfjährigen Mittel Werte um 40‰ errechnet, und die Sterbeziffern schwankten zwischen 31 und 33‰; daraus ergab sich eine jährliche Zunahmerate von unter 1%. Der Rückgang der Sterblichkeit, dem die Geburtenzahlen erst mit zeitlicher Verzögerung folgten, leitete das Auseinanderklaffen der beiden Kurven und damit eine Phase verhältnismäßig schnellen Bevölkerungswachstums ein. Bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Landesbevölkerung nur langsam, und zwar von 3,2 Mio. (Zensus 1907) auf 5,9 Mio. (Zensus 1952) vergrößert (Tab. 1). Zwischen 1952 und 1960 lag die jährliche Wachstumsrate bei 2,6%, und die Einwohnerzahl Chiles erreichte in 1960 7,4 Mio. Aber selbst z.Zt. der schnellsten Bevölkerungszunahme blieb der natürliche Zuwachs weit unter den Maximalwerten anderer lateinamerikanischer Staaten, wo zeitweilig sogar die 4%-Schwelle

überschritten worden ist. In einer dritten, zu Beginn der 1960er Jahre einsetzenden Phase begann sich die Bevölkerungsschere wieder zu schließen, und die natürlichen Wachstumsraten nahmen schnell von 2,5% (1960) auf nur noch 1,5% (1976) ab. Dieser Wert hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten nur unwesentlich verändert: Geburten- und Sterbeziffern verminderten sich zwar weiter, der Abstand der Kurven blieb aber annähernd gleich. Anders als in vielen europäischen Ländern ist ein negatives natürliches Wachstum nicht eingetreten und in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten.

Abb. 1: Der demographische Übergang in Chile 1900/04-1998



Quelle: Tacla (1975); *Anuario de Demografia* (versch. Jahre).

Um den beschriebenen Ablauf des demographischen Übergangs besser erklären zu können, ist es notwendig, die beiden Komponenten des natürlichen Wachstums, die Sterblichkeit und die Fruchtbarkeit, getrennt zu betrachten und zu ihrer Analyse Indikatoren heranzuziehen, die – anders als Geburten- und Sterberaten – unabhängig vom Altersaufbau der Bevölkerung sind.

2.1 Entwicklung der Mortalität

Die Sterblichkeit ist in Chile wie in den meisten Staaten der Dritten Welt zunächst außerordentlich schnell zurückgegangen. Die Lebenserwartung, die Ende der 1930er Jahre nur wenig mehr als 40 Jahre betragen hatte, stieg bis Anfang der 1950er Jahre auf fast 55 Jahre an; das entspricht einem jährlichen Gewinn von mehr als 1 Jahr (Tab. 2), der somit deutlich höher ist, als er je in den Industriestaaten registriert wurde. Anders als in vielen Entwicklungsländern hat sich die Verbesserung der Überlebenschancen in der Folgezeit zwar verlangsamt, der Prozess verlief aber immer noch schnell genug, um den Abstand zu den Industriestaaten zu vermindern und schließlich ganz auszugleichen. Für den Zeitraum 2000-2005 geben die Vereinten Nationen eine Lebenserwartung von 76,1 Jahren an (UN 2003). Diese liegt deutlich über dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 70,4 Jahren und selbst über dem für Europa errechneten Mittelwert (74,2 Jahre).

Tab. 2: Entwicklung der Lebenserwartung in Chile 1919-1922; 2000-2005

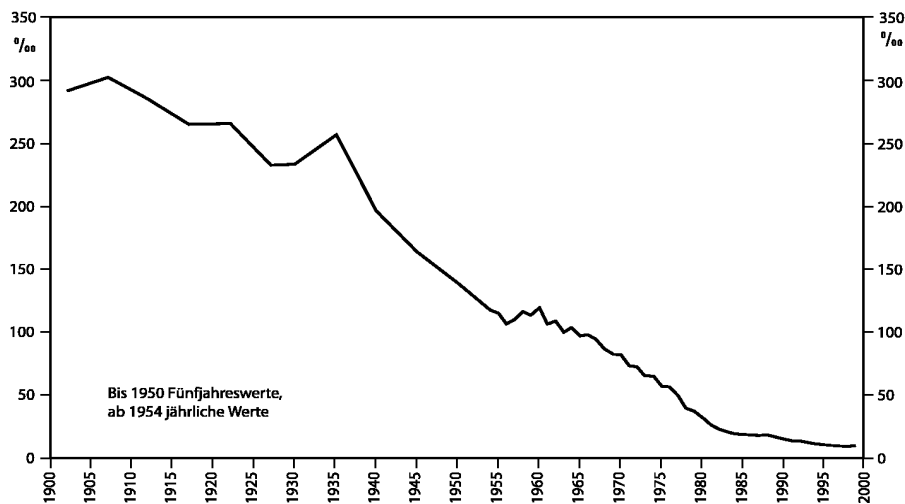
Zeitraum	Lebenserwartung		Differenz	Verbesserung pro Jahr	
	Männer (in J.)	Frauen (in J.)	Frauen/Männer (in J.)	Männer (in J.)	Frauen (in J.)
1919-1922	30,9	32,2	1,3	-	-
1930-1932	39,5	41,8	2,3	0,86	0,95
1939-1942	40,1	43,1	3,0	0,12	0,13
1952-1953	53,0	56,8	3,8	1,03	1,15
1960-1961	54,4	59,9	5,5	0,17	0,38
1969-1970	58,5	64,7	6,2	0,41	0,48
1980-1985	67,4	74,2	6,8	0,74	0,79
1990-1995	71,5	77,4	5,9	0,42	0,33
1995-2000	72,3	78,3	6,0	0,15	0,17
2000-2005	73,0	79,0	6,0	0,14	0,14

Quelle: *Anuario de Demografía* 1997; *Compendio Estadístico* 2003.

Besonders spektakulär sind die Fortschritte hinsichtlich der Verminderung der Säuglingssterblichkeit, die in Chile bis in die 1930er Jahre zu den höchsten der Welt zählte (Abb. 2). So starb im Durchschnitt der Jahre 1905-1909 fast ein Drittel aller Neugeborenen vor Erreichen des ersten Lebensjahres, und auch 1935 waren es noch 257 von 1.000. Die anschließende Abnahme erfolgte in zwei 'Schüben': Bis 1950 war die Rate auf ca. 139‰ ge-

sunken; sie stagnierte dann ungefähr ein Jahrzehnt bei ca. 120‰, um in den 1960er und 1970er Jahren erneut stark abzufallen und sich auch anschließend – wenngleich langsamer – weiter zu vermindern. Die zwischen 1970 und 1995 erzielten Fortschritte sind in Lateinamerika ohne Beispiel. Der für 2000 angegebene Wert von 8,9‰ ist – abgesehen von Kuba – der niedrigste unter den lateinamerikanischen Flächenstaaten und liegt auch unter dem europäischen Durchschnitt (Abb. 2; Tab. 3).¹

Abb. 2: Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Chile 1900/04-1998



Quelle: Tacla (1975); *Anuario de Demografía* (versch. Jahre).

Der 'epidemiologische Übergang', d.h. der Übergang von hoher zu niedriger Sterblichkeit, war mit einem auffälligen Wandel der Todesursachen verbunden, der sich als Verschiebung von den Infektions- zu den Zivilisationskrankheiten als Todesursache beschreiben lässt. Während sich z.B. die Todesfälle infolge von Infektions- und parasitischen Krankheiten 1935 noch auf 620 pro 100.000 beliefen – allein 251 pro 100.000 als Folge von Tuberkulose –, waren es 1998 nur noch 15 (Tuberkulose: 2,4). Dagegen haben Tumore als Todesursache von 69 auf 118 pro 100.000 der Bevölkerung zugenommen (Tacla 1975: 13; *Anuario de Demografía* 1998). Der ebenfalls sehr auffällige Rückgang der Todesfälle aufgrund von Komplikationen bei

¹ Die nationalen Angaben sind geringfügig niedriger als die UN-Schätzungen.

Schwangerschaft und Geburt bedingte einen stetig wachsenden Abstand zwischen männlicher und weiblicher Lebenserwartung, der sich deshalb bis in die 1980er Jahre fortgesetzt hat, weil auf der männlichen Seite Gewalt und Unfälle als Todesursache deutlich zugenommen haben (Merrick 1986: 13).

**Tab. 3: Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Chile
im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern (%)**

Land	1970	1975	1980	1985	1990	1995-2000	2000-2005	Verbesserung von 1970 bis 2000-05 in %
Chile	82	58	32	19	16	13	12	85
Kuba	41	27	18	15	10	8	7	83
Costa Rica	58	38	28	18	15	12	11	81
Peru	115	108	92	78	61	42	33	71
Argentinien	60	43	36	26	26	22	20	67
Bolivien	148	127	116	100	91	67	56	62

Quelle: UN (1998); UN (2003).

Die um 1930 beginnende Phase der schnellen Sterblichkeitssenkung ist in Chile wie in anderen Entwicklungsländern überwiegend exogen bedingt. Allerdings war hier die Ausgangssituation etwas günstiger, weil auch schon zuvor gewisse Fortschritte eingetreten waren (Tab. 2). Deren Bestimmungsgründe sind im Einzelnen nicht bekannt; sie werden gewöhnlich mit der europäischen Einwanderung und ersten Verbesserungen der Lebensbedingungen in Verbindung gebracht (Palloni 1981: 623). Aufgrund reicher Einnahmen aus dem Salpeterexport konnte sich Chile schon früh größere Investitionen in die Infrastruktur wie auch das Gesundheits- und Bildungswesen leisten. So wurde beispielsweise bereits 1920 die Schulpflicht für alle Kinder zwischen 7 und 15 Jahren eingeführt.

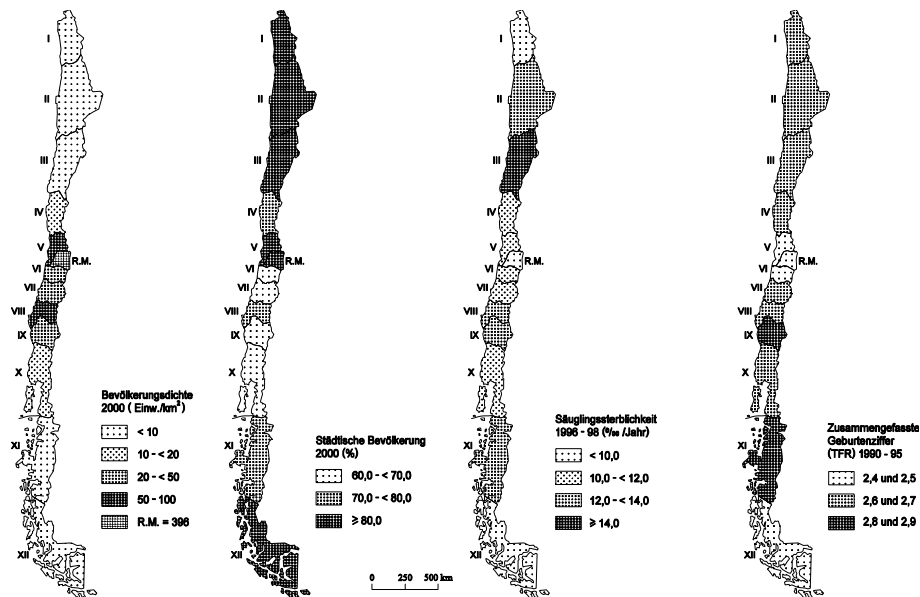
Mit vielfältiger Unterstützung internationaler Organisationen und einzelner Staaten sind seit den 1930er Jahren, ganz besonders aber unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges, überall in Lateinamerika große Anstrengungen unternommen worden, um das Sterblichkeitsniveau zu senken. Aus den Industrieländern wurden verhältnismäßig billige medizinisch-hygienische Mittel und Praktiken importiert und auf breiter Basis zur Anwendung gebracht. Im Falle Chiles spielten dabei insbesondere die Einführung von Sulfonamiden und Antibiotika zur Bekämpfung von Tuberkulose, Lungenentzündung und Influenza sowie Impfaktionen gegen Masern, Diph-

therie u.a. eine entscheidende Rolle (Merrick 1986). Gleichzeitig ist das staatliche Gesundheitswesen weiter ausgebaut worden. Auf diese Weise konnten auftretende Infektionskrankheiten schnell und wirksam kontrolliert werden, so zuletzt 1991 die aus den Nachbarländern eingeschleppte Cholera (Trumper/Phillips 1996: 29f.).

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten der Dritten Welt ist Chile ein fast nahtloser Übergang von der exogen bedingten 'technologischen Diffusion' zur endogen gesteuerten Verbesserung der Überlebenschancen gelungen. Am Beispiel der Säuglingssterblichkeit haben Raczynski/Oyarzo (1981) und Castañeda (1985) nachgewiesen, dass die Fortschritte der 1970er und 1980er Jahre (vgl. Abb. 2) zu einem großen Teil auf Reformen im öffentlichen Gesundheitswesen (Ausweitung der Beratung und Betreuung von Schwangeren und Müttern), Anstrengungen im Bereich der öffentlichen Hygiene (Ausdehnung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung) sowie speziellen Programmen zur Verbesserung der Ernährungssituation von Schwangeren und stillenden Müttern (u.a. Verteilung von Milch und Hochprotein-Nahrung) zurückzuführen sind (Betancourt 1988). Auch wirtschaftliche Krisen (v.a. 1975/76 und 1982/83), verbunden mit fallenden Realeinkünften, haben den Rückgang der Säuglingssterblichkeit nicht nennenswert beeinflusst. Das liegt hauptsächlich daran, dass einerseits die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung der entsprechenden Gesundheitsprogramme besonders günstig waren (u.a. hohes Bildungsniveau auch der weiblichen Bevölkerung, überdurchschnittlich gut ausgebaute Infrastruktur; vgl. Tab. 4) und andererseits die Militärregierung die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit als eine 'nationale Aufgabe' ansah, nicht zuletzt auch, um Chile als modernen Staat darstellen zu können (Trumper/Phillips 1996: 30).

Besonders große Erfolge hat es in vielen ländlichen Räumen gegeben, weil sich hier die Zugänglichkeit zu Einrichtungen der Basisgesundheitsversorgung – nach Haynes (1983) die Hauptursache für die Mitte der 1970er Jahre noch sehr großen regionalen Sterblichkeitsunterschiede – deutlich verbessert hat. Gleichzeitig ist aber auch dafür Sorge getragen worden, dass sich die Sterblichkeit in marginalen städtischen Gebieten – anders als z.B. zeitweise in São Paulo (Imhof 1985) – nicht erhöht hat, wobei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine wichtige Rolle gespielt haben (Scarparci 1991). Noch immer sind allerdings die Verhältnisse in den Städten etwas günstiger als auf dem Lande (Abb. 3; Bähr 1991; Gangas 1992).

Abb. 3: Wichtige demographische Indikatoren in regionaler Differenzierung um 2000



Quelle: *Compendio Estadístico* (versch. Jahre).

2.2 Entwicklung der Fertilität

Die Fruchtbarkeit blieb in Chile trotz der deutlichen Verbesserung der Überlebenschancen bis in die 1960er Jahre vergleichsweise hoch, was das schnelle Bevölkerungswachstum jener Zeit erklärt (Tab. 1). Jedoch erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer (*Total Fertility Rate*, TFR), die als durchschnittliche Kinderzahl pro Frau interpretiert werden kann, mit einem Maximum von wenig über 5 (vgl. Tab. 5) nie die Spitzenwerte anderer lateinamerikanischer Staaten, wo in den 1950er und 1960er Jahren teilweise der Schwellenwert von 7 überschritten worden ist (z.B. Ecuador, zahlreiche mittelamerikanische Staaten). Ähnlich wie in den anderen Ländern des außertropischen Südamerikas (Argentinien und Uruguay) sowie Kuba wird man dafür in erster Linie sozioökonomische Faktoren, wie insbesondere den hohen Anteil städtischer Bevölkerung und das fortschrittliche Bildungssystem, verantwortlich machen können. Immerhin waren 1960 nur 16% der

chilenischen Bevölkerung über 15 Jahre Analphabeten (2002: 4,2%) und fast 70% der Bevölkerung lebten bereits damals in Städten (Tab. 4).

Tab. 4: Indikatoren des sozialen Wandels in Chile

Jahr	Städt. Bev. (%)	Analphabeten (%)	Beschäftigung in Landw. u. Fischerei (%)	Erwerbstätigkeit der Frau ^{*)}	Wohnung mit	
					Stromversorgung	Wasserleitung in der Wohnung
1952	60	19,8	30,1	27,5	-	-
1960	69	16,4	27,7	22,7	64,5	56,0
1970	75	11,6	21,2	21,6	78,5	61,6
1982	81	8,9	17,5	24,2	84,7	66,5
1992	83	5,7	13,8	28,1	90,2	75,0
2002	87	4,2	10,7	35,6	98,0	97,1 ^{**)}

^{*)} Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung 15 J.

^{**) einschl. außerhalb der Wohnung.}

Quelle: Zensusergebnisse.

Der beginnende Fruchtbarkeitsrückgang ist seit 1962 durch eine antinatalistische Bevölkerungspolitik unterstützt worden. Im Rahmen spezieller Programme des *Servicio Nacional de Salud* wurde die Verbreitung moderner Kontrazeptiva gefördert, auch um die (illegale) Abtreibung als Methode der Geburtenkontrolle zu bekämpfen (Tacla 1975: 16). Die Erfolge dieser Politik sind beeindruckend: Zwischen 1960-1965 und 1980-1985 war der Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahlen in Chile – zusammen mit Kuba und Costa Rica – größer als in allen anderen lateinamerikanischen Staaten; gleichzeitig hatte sich das generative Verhalten der verschiedenen Sozialschichten mehr und mehr angeglichen (CELADE 1991: 11), und die regionalen Unterschiede hatten sich merklich verringert (Abb. 3; Errázuriz 1992).

War Chile mit der frühen Hinwendung zu einer strikten antinatalistischen Bevölkerungspolitik noch 'Pionier' in Lateinamerika (Merrick 1986: 42), so trat unter der Militärregierung eine deutliche Kehrtwende ein, begründet mit einer drohenden Alterung der Bevölkerung und ganz sicher mit beeinflusst durch die katholische Kirche: Seit 1979 wird eine gemäßigt pronatalistische Politik verfolgt (CELADE 1991: 24), und heute wird offiziell eine neutrale Haltung eingenommen. An allen größeren internationalen Umfragen zu Art und Verbreitung empfängnisverhütender Mittel hat sich Chile

in neuerer Zeit nicht mehr beteiligt, so dass dazu in den vorliegenden Vergleichsstatistiken keine Angaben gemacht werden können (UN 1998).

In der jüngsten Länderumfrage der UN wird sowohl das gegenwärtige Bevölkerungswachstum als auch die Fruchtbarkeit als “satisfactory” bezeichnet, und die Bestrebungen gehen dahin, den Stand nach Möglichkeit zu halten (UN 2002). Die veröffentlichten Zahlen der TFR belegen, dass dieses Ziel bislang weitgehend erreicht werden konnte. Anders als in den meisten europäischen Staaten ist eine ‘zweite demographische Transition’, in deren Verlauf die Fruchtbarkeitsraten längerfristig unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen sind, nicht eingetreten. Seit 1980 hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer nur geringfügig von 2,6 auf 2,4 vermindert (Tab. 5).

Tab. 5: Entwicklung der Fertilität in Chile 1940-2005

Zeitraum	Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR)
1940	5,50
1950-55	4,90
1960-65	5,10
1970-75	3,60
1980-85	2,60
1990-95	2,50
1995-2000	2,44
2000-2005	2,35

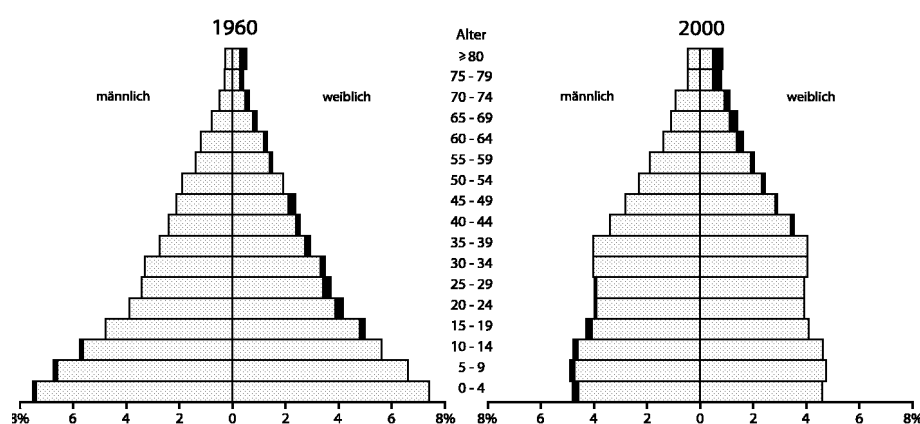
Quelle: Geografía Económica (1982); Merrick (1986); Anuario de Demografía 1997; UN (2003).

2.3 Auswirkungen auf die Altersstruktur

Zwar hat die demographische Transformation auch in Chile zu Verschiebungen der Alterszusammensetzung geführt, diese Veränderungen waren aber eher gemäßigt (Abb. 4). Selbst 1960, als die Alterspyramide des Landes die höchste ‘Jugendlichkeit’ zeigte, blieb der Anteil der Altersgruppe zwischen 0 und 14 Jahren knapp unter 40%. Heute beläuft er sich auf knapp 26%, während der Prozentsatz der 65-jährigen und älteren von 4,4% (1960) auf 8,1% (2002) zugenommen hat. Der so genannte Abhängigkeitsindex (Belastungsquote), der die Zahl der Kinder und Jugendlichen (0-14 Jahre) sowie der alten Menschen (≥ 65 Jahre) auf 100 der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) bezieht, ist im gleichen Zeitraum von 78 auf 51 gefallen und liegt damit weit unter den Spitzenwerten einiger Entwicklungsländer in

Afrika, dem Vorderen Orient und auch in Zentralamerika, wo er z.T. die Schwelle von 100 überschreitet. Damit wird eine verhältnismäßig günstige Situation beschrieben, weil durch den Fertilitätsrückgang eine Erleichterung bei den Kinderversorgungslasten eingetreten ist, ohne dass es schon zu einem merklichen Anstieg der Altersversorgungslasten gekommen wäre.

Abb. 4: Altersgliederung der chilenischen Bevölkerung 1960 und 2000



Quelle: Dirección (ca. 1962); Compendio Estadístico 2000.

3. Bevölkerungsverteilung und Gang der Erschließung

3.1 Bevölkerungsverteilung und -dichte

Mit einer Bevölkerung von knapp 16 Mio. Ew. auf einer mehr als doppelt so großen Fläche (756.096 km²) wie die Bundesrepublik Deutschland gehört Chile wie fast alle südamerikanischen Staaten zu den noch dünn besiedelten Ländern der Erde. Die errechnete mittlere Bevölkerungsdichte von 20,0 Ew./km² (2002) ist jedoch nur von geringer Aussagekraft, weil sich die Bevölkerung höchst ungleich über die Landesfläche verteilt. In der mediterranen Zentralzone der Landesmitte leben auf ca. 15% der Fläche (Regionen V-VIII sowie Region Metropolitana;² vgl. Abb. 3) fast 80% der Bevölkerung. Aber

² Seit der Verwaltungsgliederung der 1970er Jahre ist Chile in 12 Regionen und die *Región Metropolitana* unterteilt. Diese wiederum untergliedern sich in 51 Provinzen und 336 Gemeinden (*comunas*).

auch innerhalb dieser *Zona Central*, die etwas nördlich von Santiago beginnt und bis Concepción im Süden reicht, stehen die dicht bevölkerte Längssenke und daran anschließende Durchbruchstäler in scharfem Kontrast zu den nur dünn besiedelten Hügel- und Bergländern der Küstenkordillere und des Andenfußes oder gar den weitgehend menschenleeren Gipfelregionen der Anden.

Den Ballungsgebieten in der Landesmitte stehen nahezu siedlungsleere Räume an der Peripherie gegenüber (Abb. 3). In den drei Nordregionen Tarapacá, Antofagasta und Atacama (Regionen I-III) wird nur eine mittlere Dichte von 3,4-7,3 Ew./km² erreicht, und fast noch eine Zehnerpotenz geringer sind die Werte in weiten Teilen des äußersten Südens. Berücksichtigt man zusätzlich, dass beispielsweise in der Region Tarapacá 95% der Bevölkerung in den beiden größten Städten Arica und Iquique leben und in Magallanes 80% der Bewohner allein auf die Hauptstadt Punta Arenas entfallen, so wird die Menschenleere und Weite dieser Räume noch sehr viel deutlicher. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass auf einem knappen Drittel der Landesfläche (Regionen Aisén (XI) und Magallanes (XII)) weniger als 2% oder auf zwei Drittel der Fläche (Großer Norden und Großer Süden zusammengekommen) nur knapp 10% der Chilenen wohnen.

3.2 Nutzungspotential und Besiedlungsgang

Sowohl die Naturausrüstung als auch der Gang der kolonisatorischen Erschließung haben zur extrem ungleichen Bevölkerungsverteilung beigetragen. Weite Teile des Landes können landwirtschaftlich überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang genutzt werden und sind daher bis heute völlig unbesiedelt geblieben. Nach Schätzungen der FAO beträgt die unter Pflug genommene Fläche (*superficie arable*) nur 19.790 km² (2000), wovon 2002/03 lediglich 8.383 km² eingesät waren (*superficie sembrada*). Hinzu kommen 3.180 km², die von Dauerkulturen (v.a. Rebflächen, Obst) eingenommen werden. Diese konzentrieren sich zu fast 90% auf den mediterranen Klimabereich. Aber auch bei den *cultivos anuales* liegt der Anteil der *Zona Central* bei mehr als 50%. Bezieht man die Einwohnerzahl Chiles auf die landwirtschaftlich intensiver genutzten 3% der Landfläche, so ergibt sich immerhin eine Dichte von ca. 660 Ew./km² (2002).

Die übrigen 95% der Landfläche setzen sich zum einen aus Dauerweiden (17%) zusammen, die vielfach – wie die Naturweiden in den Halbwüsten und Steppen des Kleinen Nordens und in Patagonien, aber auch ein Teil der gerodeten Wälder im Kleinen und Großen Süden – nur einer sehr extensiven

Nutzung zugänglich sind. Zum anderen bestehen sie aus ausgedehnten Waldgebieten vorwiegend im Kleinen und Großen Süden (22%), die neuerdings verstärkt ausgebeutet und teilweise in Aufforstungswälder umgewandelt worden sind (vgl. Beitrag Richter), und schließlich aus landwirtschaftlich nicht nutzbaren Flächen, wie die Wüsten im Großen Norden, die Felsregionen und vergletscherten Gebiete der Hochkordillere sowie alle bebauten und in anderer Weise versiegelten Areale (zusammen 57%).

Wenn auch die Voraussetzungen für eine flächenhafte Besiedlung in den peripheren Regionen gering sind, so haben sie dennoch seit langem eine große volkswirtschaftliche Bedeutung, weil sich hier die wichtigsten bergbaulichen Ressourcen des Landes befinden: in der Wüstenzone des Nordens Salpeter- und Kupfervorkommen, im Kleinen Norden, dem Übergangsbereich zur mediterranen Zentralzone, auch Eisenerz, in den Südpunkten Concepción und Arauco (minderwertige) Kohlelagerstätten und im äußersten Süden beiderseits der Magellanstraße Erdöl- und Erdgasfelder.

Während der gesamten Kolonialzeit und noch in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit (1818) konzentrierten sich Wirtschaft und Bevölkerung auf den altbesiedelten Kernraum der mediterranen Zentralzone. Im Süden hatten die spanischen Konquistadoren zwar schon vor 1600 die Meeresbucht von Reloncaví und die Insel Chiloé erreicht, die indianische Bevölkerung dieses Raumes, die Araukaner (*mapuches*), setzten jedoch der Eroberung von Anfang an heftigen Widerstand entgegen, so dass sich die Spanier wieder zurückziehen mussten. Die Indianergrenze (*frontera*), die ungefähr entlang der Flüsse Laja und Bío-Bío verlief, markierte deshalb bis ins 19. Jahrhundert hinein den Südrand des von den Spaniern geschlossen kontrollierten und besiedelten Gebietes. Im Norden gehörten die heutigen Regionen Tarapacá und Antofagasta ursprünglich gar nicht zu Chile, sondern zu den Nachbarstaaten Peru bzw. Bolivien. Die weiten Wüstengebiete dieses Raumes waren zunächst auch nur von geringem Interesse und blieben, abgesehen von einzelnen Oasen am Ostabfall der Andenkette, fast vollständig unbesiedelt.

Erst nach der Unabhängigkeit unternahm der chilenische Staat größere Anstrengungen, die südlichen Landesteile jenseits der *frontera* zu besiedeln und wirtschaftlich in Wert zu setzen. Mit Hilfe deutscher Auswanderer ist das Seengebiet des Kleinen Südens seit 1848 systematisch kolonisiert worden (Golte 1973), seit 1860 auch der nördlich anschließende Landesteil (Hartwig 1966), wobei die indianische Bevölkerung auf einzelne *reservas indígenas* zurückgedrängt wurde. Das zuvor größtenteils von Wald bedeckte Gebiet ist im Laufe der Zeit in eine offene 'Parklandschaft' umgewandelt

worden, wobei zunächst der Getreideanbau, später die Viehwirtschaft dominierte.

Die Erschließung des Großen Südens kam noch später in Gang. Sie erfolgte zunächst von Argentinien aus, als 1878 die ersten Schafe in die weiten Steppen beiderseits der Magellanstraße gebracht wurden. Die Ländereien gelangten hier wie auch in der sich nördlich anschließenden Region Aisén vorwiegend in die Hände kapitalkräftiger Gesellschaften, die erst im Zuge der chilenischen Agrarreform aufgelöst und teilweise enteignet wurden (Weischet 1974). Das wirtschaftliche Interesse an der südlichen Peripherie nahm zu, als um die Jahreswende 1945/46 bei Manantiales an der Magellanstraße die erste Erdölbohrung fündig wurde. Der genaue Grenzverlauf zu Argentinien war nicht zuletzt deshalb lange Zeit umstritten. Die Erdölförderung ist allerdings – nach einem Höchststand zu Beginn der 1960er Jahre – seit längerem rückläufig und deckt mit 336.000 m³ (2002) nur noch ca. 3% des Bedarfs (*Chile Performance* 2004).

Noch weit stärker mit bergbaulichen Aktivitäten verbunden ist die Erschließung des Großen Nordens. Die Entdeckung und Ausbeutung (seit 1810) der reichen Salpetervorkommen am Ostfuß der Küstenkordillere in der Atacama führten zu wachsenden Interessenkonflikten und Spannungen zwischen Chile und seinen Nachbarstaaten, die schließlich in den Pazifischen Krieg (Salpeterkrieg; 1879-1884) mündeten. Am Ende musste Peru die Provinz Tarapacá (heute Region I) und Bolivien die Provinz Antofagasta (heute Region II) an Chile abtreten. Zum Höhepunkt des Salpeterbooms kurz vor dem Ersten Weltkrieg widmeten sich 170 Aufbereitungsanlagen (*oficinas*) der Salpetergewinnung (Bähr 1981: 144ff.). Seit der Weltwirtschaftskrise hat sich deren Zahl drastisch auf heute nur noch einen Betrieb vermindert, und entsprechend ist auch die Bevölkerungszahl dieser Zone seit längerem rückläufig. Der Große Norden ist dennoch bis zur Gegenwart Chiles Hauptgeldquelle geblieben. Hier konzentrieren sich die bedeutendsten Kupfervorkommen, die vorwiegend in den Großminen Chuquibambilla, El Salvador und neuerdings auch in La Escondida und Zaldívar ausgebeutet werden. Im Umkreis der Minen sind inmitten der absoluten Anökumene größere Siedlungseinseln entstanden, in denen teilweise mehrere 10.000 Menschen leben. Insgesamt liefern die drei Nordregionen den weitaus größten Teil der chilenischen Kupferproduktion von 4,62 Mio. t (2002), womit Chile an der Spitze der weltgrößten Kupfererzeuger steht und etwas mehr als ein Drittel der Weltproduktion auf sich vereinigt. In der Außenhandelsbilanz hat Kupfer allerdings nicht mehr die überragende Stellung wie zu Beginn der 1970er

Jahre, als mehr als 70% der Exporterlöse auf Kupferverkäufe entfielen. Zwar hat sich die absolute Menge der Kupferexporte seitdem kräftig erhöht, aufgrund zeitweise zurückgehender Preise und einer Diversifizierung der Exportstruktur beläuft sich der Kupferanteil aber nur noch auf knapp 40% (2002: 37%).

4. Städtesystem und Wanderungen

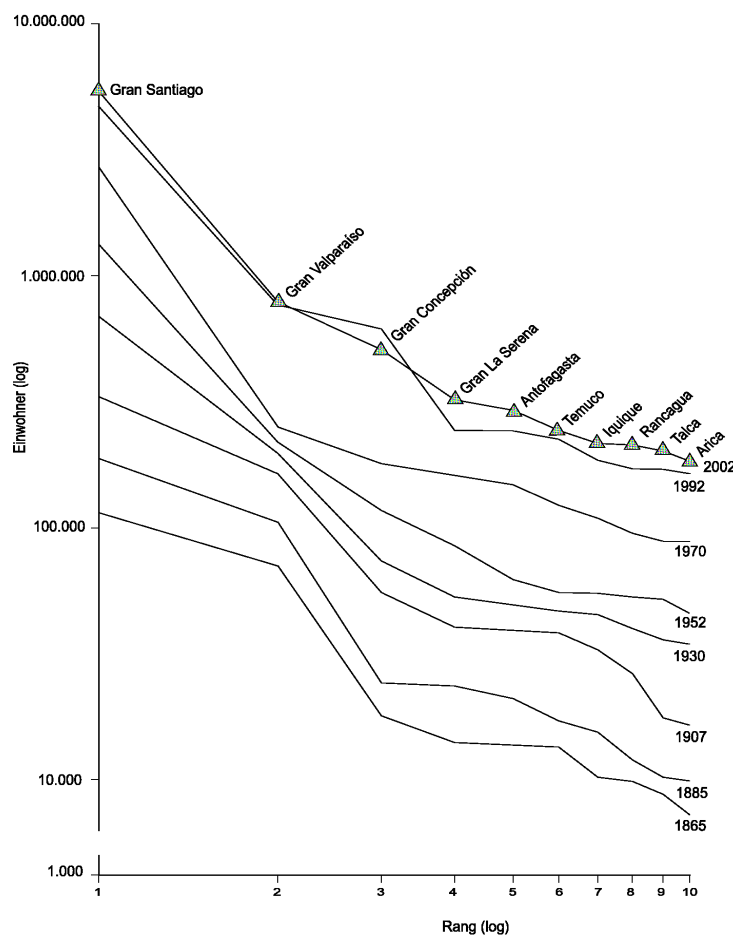
Chile gehört seit langem zu den Staaten der Erde mit einem extrem hohen Verstädterungsgrad (Tab. 1). Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass nicht alle Orte mit 'urbaner Bevölkerung' (*población urbana*) als Städte in funktionalem Sinne zu bezeichnen sind, weil auch geschlossene Ortschaften unter 2.000 Ew., teilweise sogar unter 1.000 Ew. dazu gezählt werden, wenn die Erwerbspersonen vorwiegend im sekundären und tertiären Sektor beschäftigt sind (INE ca. 1994: 18), ist der Anteil der in Städten lebenden Menschen mit 87% (2002) außergewöhnlich groß und wird unter den lateinamerikanischen Flächenstaaten nur von Argentinien (89%) und Uruguay (93%) übertroffen (*Population Reference Bureau* 2003). Man spricht in solchen Fällen auch von "Hyperurbanisierung" und will damit das Ungleichgewicht zwischen Verstädterungsgrad und wirtschaftlichem Entwicklungsstand zum Ausdruck bringen.

Tabelle 1 dokumentiert die in den letzten 100 Jahren abgelaufenen Verschiebungen zwischen 'städtischer' und 'ländlicher' Bevölkerung. Um die Jahrhundertwende lebten noch fast 60% der Chilenen auf dem Lande, und selbst 1930 übertraf die *población rural* noch knapp die *población urbana*. Im Zensus des Jahres 1940 wurden erstmals mehr Bewohner in städtischen als in ländlichen Siedlungen gezählt. Seitdem geht die ländliche Bevölkerung nicht nur relativ, sondern auch absolut zurück. Erst in jüngster Zeit ist eine gewisse Änderung dieses Trends zu erkennen (s.u.).

Wie fast überall in Lateinamerika konzentriert sich die städtische Bevölkerung ihrerseits in besonderem Maße auf nur einen Ballungsraum, in diesem Falle die Hauptstadt Santiago. Man spricht von einer "Primatstruktur" des Städtesystems, wenn die Einwohnerzahl der größten Stadt eines Landes die der nächst größeren um ein Mehrfaches übertrifft. Ranggrößendiagramme vermögen diesen Sachverhalt anschaulich zum Ausdruck zu bringen (Abb. 5). Im 'Normalfall' entspricht die sich ergebende Anordnung der Punkte annähernd einer Geraden (*rank-size rule*), und der Quotient aus der Einwohnerzahl der größten und der zweitgrößten Stadt (*Index of Primacy*) beträgt ungefähr zwei. Im chilenischen Beispiel weicht der Wert für die Lan-

Landeshauptstadt deutlich (nach oben) von der ‘idealen Geraden’ ab. Selbst wenn man den Hafen Valparaíso mit dem angrenzenden Badeort Viña del Mar zu einer Stadtregion von etwa 787.000 Ew. (2002) zusammenfasst, ist Groß-Santiago mit 5,41 Mio. Ew. ungefähr siebenmal so groß wie die nächstfolgende Stadt (Gans/González Leiva 2004).

Abb. 5: Rank-Size Diagramm der größten chilenischen Städte 1865-1992



Quelle: Rodríguez (1995).

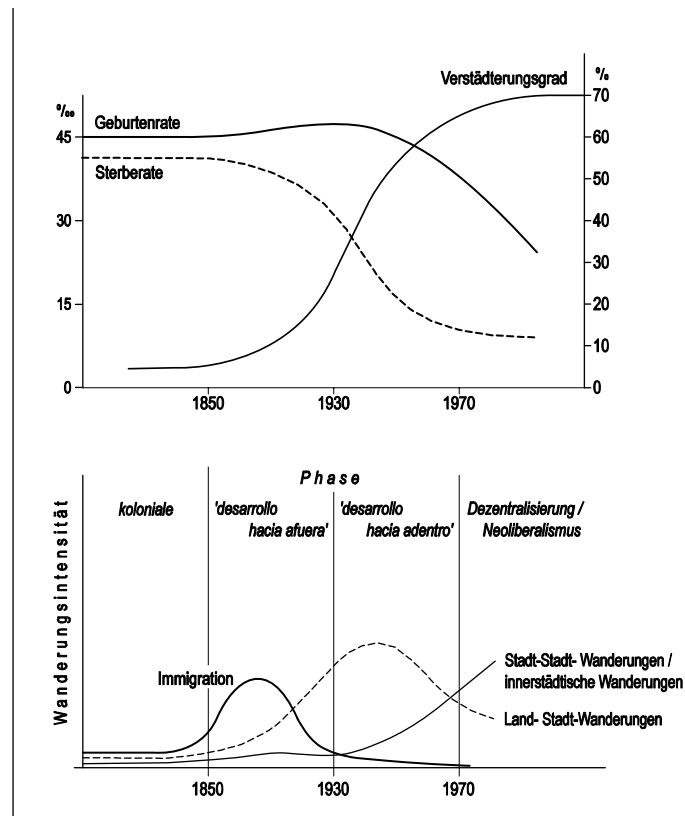
Mit der demographischen *primacy* verknüpft ist eine teilweise sogar noch ausgeprägtere wirtschaftliche, kulturelle und politische Konzentration (funktionale *primacy*). Aus Tabelle 6 ist ersichtlich, dass sich Reichtum, Macht sowie künstlerisches und gesellschaftliches Leben in hohem Maße auf die Landeshauptstadt konzentrieren, so dass kleinere Städte kaum eine Chance haben, eine gewisse Eigenständigkeit zu behaupten, zumal sie immer wieder durch *brain drain* ihre Führungskräfte verlieren.

Die Vorrangstellung Santiagos in demographischer und funktionaler Hinsicht hat sich erst im Laufe der Zeit, verstärkt seit den 1930er Jahren, herausgebildet. Noch um die Jahrhundertwende war Santiago nicht sehr viel größer als der Hafen Valparaíso. Bis Ende der 1920er Jahre betrug der Anteil Santiagos an der Landesbevölkerung weniger als 15%, und die Hauptstadt war nur ungefähr dreimal so groß wie die zweitgrößte Stadt. Selbst für 1940 zeigt das Ranggrößendiagramm noch angenähert eine *rank-size*-Verteilung. Von einer Primatstruktur des Städtesystems kann man erst seit den 1950er und 1960er Jahren sprechen; seit 1970, als Groß-Santiago mehr als zehnmal soviel Bewohner wie die zweitgrößte Stadt auf sich vereinigte, ist eine extreme Primatstruktur gegeben (Rodríguez 1995).

Die Zunahme der städtischen Bevölkerung lässt sich auf zwei Hauptursachengruppen zurückführen, sieht man von Neugründungen, Umklassifikationen und Eingemeindungen einmal ab:³ Zum einen auf das natürliche Wachstum der Bevölkerung, zum anderen auf Wanderungsgewinne (Bähr/Mertins 1995: 38ff.). Im zeitlichen Verlauf zeigt das Zusammenspiel der beiden Komponenten auffällige Regelmäßigkeiten, die sich mit der Stellung des Landes im demographischen Transformationsprozess (vgl. Kap. 2) und der damit eng verknüpften Mobilitätstransformation in Beziehung setzen lassen (Abb. 6). Freilich sind die beiden Komponenten des Städtewachstums nicht unabhängig voneinander: Die Selektionswirkung des Wanderungsprozesses führt dazu, dass in den Städten der Anteil junger Familien besonders groß und damit das natürliche Wachstum aus (altersstrukturellen) Gründen und unabhängig von Verhaltensänderungen besonders hoch ist (Abb. 7).

³ Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die Begriffe 'städtisch' und 'ländlich' in den verschiedenen Volkszählungen nicht einheitlich verwendet worden sind. So sind teilweise Siedlungen selbst dann umgruppiert worden, wenn sich weder Einwohnerzahl noch Funktion entscheidend geändert haben. Auch bei einem Vergleich der Zensusergebnisse von 1982 und 1992 ist dies zu beachten. Aufgrund geänderter Kriterien sind zahlreiche Siedlungen, die 1982 als 'urban' bezeichnet worden sind, trotz inzwischen höherer Einwohnerzahl wieder als *rural* eingestuft worden. Alle Zahlenangaben sind daher mit Vorsicht zu interpretieren und können lediglich Entwicklungstrends aufzeigen.

Abb. 6: Modellhafte Darstellung des demographischen Übergangs und der Mobilitätstransformation in Lateinamerika

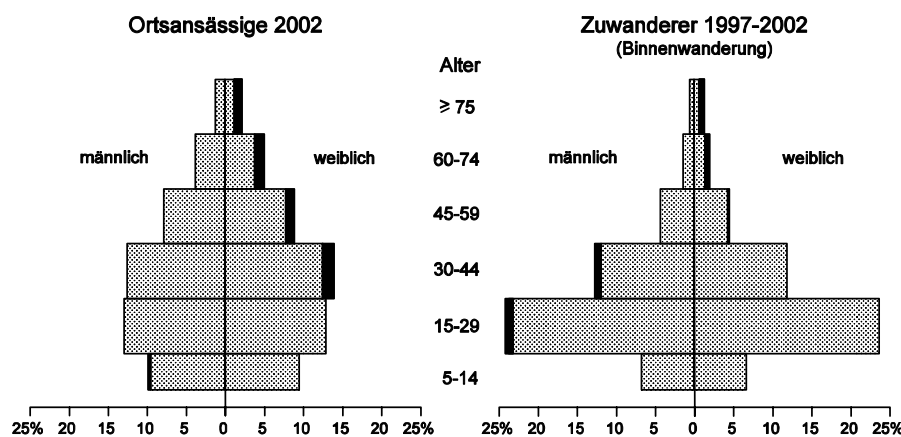


Quelle: Gans (1992).

Folgt man Gans (1992), so wird der Verstädterungsprozess nicht nur von demographischen, sondern auch von wirtschaftlichen Faktoren gesteuert, die insbesondere Umfang und Ablauf der Wanderungen entscheidend bestimmen (Abb. 6). Die Periode des *desarrollo hacia afuera*, die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann, bedeutete in Chile wie überall in Lateinamerika eine ökonomische Öffnung und den Anschluss an die Weltwirtschaft. Damit war eine relative Stärkung der Peripherie verbunden: Einerseits hat die bergbauliche und agrarische Erschließung dieser Räume dazu beigetragen, dass das Land weltwirtschaftlich wichtige Produkte exportieren und im Tausch

dafür alle benötigten Konsumgüter importieren konnte; andererseits war eine flächige Besiedlung der südlichen Landesteile nur mit Hilfe von Einwanderern aus Europa möglich (vgl. Kap. 3).

Abb. 7: Altersstruktur von zugewandelter und ortsansässiger Bevölkerung in der *Región Metropolitana de Santiago* 2002



Quelle: INE (2003).

Mit der Weltwirtschaftskrise trat eine grundlegende Änderung der ökonomischen Rahmenbedingungen ein. Die Beschleunigung des Verstädterungsprozesses und die Entwicklung Santiagos zur Primatstadt sind untrennbar mit dem Wechsel von der wirtschaftlichen Außenorientierung zur Innenentwicklung auf der Basis einer importsubstituierenden Industrialisierung verbunden (*desarrollo hacia adentro*). Wie kaum ein anderes lateinamerikanisches Land war Chile von der Weltwirtschaftskrise betroffen, weil damit auch der Zusammenbruch des Salpeterminopols einherging. Der Wert der chilenischen Exporte verminderte sich innerhalb kürzester Zeit (1929-1931) um mehr als 60%. Der Staat sah sich deshalb gezwungen, nicht nur passiv (über Importrestriktionen) in den Industrialisierungsprozess einzugreifen, sondern auch eine aktive Rolle zu übernehmen. Mit Hilfe der 1939 gegründeten CORFO (*Corporación de Fomento de la Producción*) ist die Neuan siedlung von Industriebetrieben unterstützt und teilweise auch das dafür benötigte Kapital bereitgestellt worden (Koch 1998: 15ff.). Die Wirtschaftspolitik der Importsubstitutionen hat vor allem Arbeitsplätze in den größeren

Städten geschaffen, allen voran im Ballungsraum der Landeshauptstadt. Während sich noch 1930 die industriellen Unternehmen etwa entsprechend der Bevölkerungszahl über das Land verteilten und neben der Hauptstadt auch Valparaíso (mit den traditionellen hafenständigen Textil- und Nahrungsmittelindustrien) und der Süden (z.B. Valdivia) einen recht hohen Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten hatten, verlagerte sich das Schwerkgewicht später immer mehr auf die Metropole und ihre unmittelbare Umgebung. Zu Beginn der 1970er Jahre entfielen ca. 55-60% der Industriebeschäftigten allein auf die Provinz Santiago. Dieser Wert hat sich bis heute nur unwesentlich verändert (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Indikatoren der funktionalen *primacy* der *Región Metropolitana de Santiago* im Vergleich der 1990er und 1970er Jahre (jeweils % von Chile)^{*)}

Bevölkerung	2003: 40,3	(1970: 36,3)
Wirtschaft		
Bruttoinlandsprodukt	1992: 46,7	(1972: 45,1)
Bruttoinlandsprodukt der Industrie	1990: 48,9	(1972: 55,3)
Zahl der Industriebetriebe (Betriebe ≥ 10 Beschäftigte)	1993: 59,9	(1967: 53,9)
Hauptsitze von Banken und anderen Finanzinstituten	1994: 87,2	
Niederlassungen von Banken und anderen Finanzinstituten	1994: 41,8	
Beschäftigung		
Beschäftigte in der Industrie	2002: 52,4	(1970: 56,2)
Beschäftigte im Handel	2002: 50,3	(1970: 48,3)
Beschäftigte im Finanzsektor	2002: 62,0	(1970: 62,6)
Bildung, Kultur und Gesundheitswesen		
Einschreibung für <i>educación superior</i> (Universität u. Ä.)	2001: 50,0	(1973: 41,5)
Buchbestand in Bibliotheken	2001: 60,2	
Auflagenhöhe von Publikationen	1998: 78,0	
Ärzte	2002: 58,5	(1973: 59,4)
Krankenhausbetten	2001: 38,1	

^{*)} Die Vergleichszahlen in Klammern beziehen sich auf die damalige Provinz Santiago, die – anders als die heutige *Región Metropolitana de Santiago* – auch noch den Hafen San Antonio einschl. seines Umlandes umfasste.

Quelle: ODEPLAN (1975); MIDEPLAN (1996); *Compendio Estadístico* 2000ff.

Die zunehmende Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Landeshauptstadt, verbunden mit einer Aufblähung des staatlichen Verwaltungsapparates, hat zu einer Beschleunigung der Land-Stadt gerichteten Wanderungen beigetragen. Da sich gleichzeitig die 'Bevölkerungsschere' öffnete, ergaben sich maximale Zuwachsraten der städtischen Bevölkerung. Vor allem in den 1960er Jahren hat sich der Anteil Santiagos an der chilenischen Bevölkerung sprunghaft erhöht, und auch der *Index of Primacy* nahm nochmals deutlich zu. Noch schneller als die Einwohnerzahlen ist in dieser Zeit freilich der Flächenverbrauch angestiegen, oft auf Kosten wertvollen Agrarlandes (1960-1970 um 47% im Vergleich zu einem Bevölkerungswachstum von 37%).

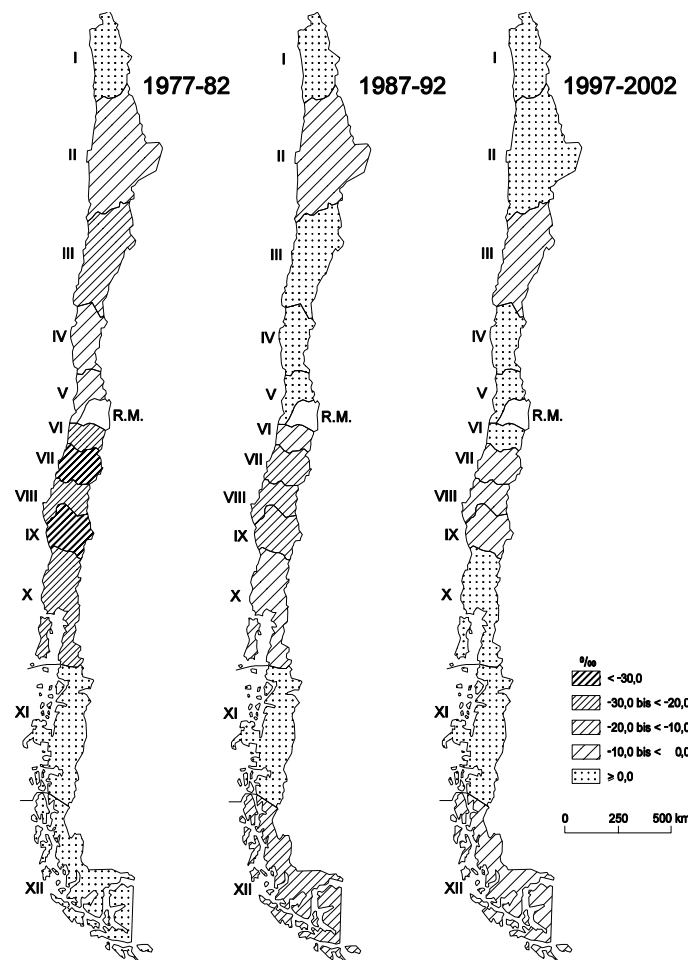
Das traditionelle Muster der Binnenwanderungen ist dadurch gekennzeichnet, dass nur die Landeshauptstadt und einzelne Regionen der extremen Peripherie positive Wanderungsbilanzen aufweisen. Zwar haben immer auch Städte in anderen Regionen schnell an Einwohnern zugenommen und waren Zielgebiete von Wanderungen aus ländlichen Räumen der Umgebung, aufs Ganze gesehen dominierte jedoch die Abwanderung. In den größeren Regionalzentren erfolgte vielfach ein Bevölkerungsaustausch im Rahmen der generationsübergreifenden *step-wise migration*: Die Zuwanderungen aus dem Umland sind teilweise oder vollständig durch Abwanderungen in die Landeshauptstadt kompensiert worden.

Haupt-Reservoir der Wanderungen nach Santiago ist seit langem die mediterrane Zentralzone. Von den ca. 250.000 Menschen, die zwischen 1977 und 1982 ihre Wohnsitzregion verlassen und nach Santiago gezogen sind, stammten allein 60% aus diesem Raum (Regionen V-VIII). Der gesamte Norden (Regionen I-IV) und Süden (Regionen IX-XII) waren mit 13 bzw. 27% vergleichsweise gering vertreten. Ein ähnliches räumliches Muster war bereits für die 1960er und 1970er Jahre kennzeichnend (Bähr 1981: 51f.) und trifft in abgeschwächter Form auch noch für die Gegenwart zu. Allerdings hat der (Binnen-)Wanderungsgewinn der Hauptstadt⁴ schon zwischen 1977-1982 (123.000 Personen) und 1987-1992 (61.000) deutlich abgenommen und ist in 1997-2002 erstmals negativ geworden (-12.200). Bei einem Vergleich der Nettowanderungsraten der chilenischen Regionen mit der *Región Metropolitana de Santiago* zwischen 1977-1982, 1987-1992 sowie 1997-2002 fällt zudem auf (Abb. 8), dass durchgehend nur die Regionen der

⁴ Die Angaben beruhen auf den in den jeweiligen Volkszählungen erfragten Angaben zum Wohnstandort vor fünf Jahren. Mehrfachwanderungen innerhalb der Periode sowie Rückwanderungen in die Herkunftsregion sind somit nicht erfasst.

südlichen Zentralzone negative Wanderungsbilanzen zeigen, die sich aber im zeitlichen Verlauf merklich abgeschwächt haben.

Abb. 8: Wanderungsbilanz chilenischer Regionen mit der Región Metropolitana de Santiago 1977-82 und 1987-92 und 1997-2002



Quelle: INE (ca. 1994); INE (2003).

Diese Beobachtungen sprechen für den Beginn eines *polarization reversal*-Prozesses im Sinne von Richardson (1980). Danach wird die Phase regi-

onaler Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft als Folge kumulativen Wachstums zunächst von einer Phase der intraregionalen, später der interregionalen Dekonzentration abgelöst, und es bilden sich neue Wachstumspole in größerer Entfernung zur Metropole heraus. Als Hauptdeterminanten des *polarization reversal* gelten zunehmende Agglomerationsnachteile (*push*-Faktoren) und die von der Metropole ausgehende oder von ihr gesteuerte Diffusion von Innovationen (*pull*-Faktoren), wobei eine geeignete Wirtschafts- und Regionalpolitik die Entwicklungschancen peripherer Räume verbessern und somit zu einer Beschleunigung des Prozesses beitragen kann.

Nicht zuletzt aufgrund der weiterhin bestehenden Wanderungsattraktivität der Hauptstadt zumindest für einzelne Regionen liegt es nahe, Agglomerationsnachteilen nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung zur Erklärung der beobachteten Trendwende beizumessen. Auch der Einfluss der Regionalpolitik ist eher gering einzuschätzen (Borsdorf 1995; Rodríguez 1995). Obwohl die Steuerungsversuche des Staates gerade in den 1960er und beginnenden 1970er Jahren besonders ausgeprägt waren, weil damals restriktive Maßnahmen im Rahmen einer importsubstituierenden Industrialisierung (z.B. hohe Zölle und Importverbote) mit fördernden Maßnahmen (z.B. Einrichtung von Freihäfen, Steuererleichterungen) zusammenfielen (Spielmann 1991), ist es nicht gelungen, außerhalb der Hauptstadt neue Wachstumspole aufzubauen. Der wirtschaftliche Aufschwung einzelner peripherer Standorte war allenfalls vorübergehender Natur und erwies sich im Nachhinein oftmals als eine 'Scheinblüte'.

Die extreme Kehrtwendung in der Wirtschaftspolitik, die nach der Machtübernahme durch die Militärs im Jahre 1973 eingeleitet worden ist (Koch 1998: 40ff.) – anfangs als eine Art 'Schocktherapie' mit hohen sozialen Kosten, später nach dem Rückschlag der Jahre 1982/83 stärker an einer sozialen Marktwirtschaft orientiert – hat erstmals seit mehr als 50 Jahren einzelnen Regionen außerhalb der Hauptstadt neue und dauerhafte Entwicklungschancen eröffnet. Begünstigt sind vor allem solche Räume, in denen Produkte erzeugt werden können, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Unter den 'Innovationen' der letzten Dekaden sind in erster Linie zu nennen:

- Die Erzeugung und der Export von Früchten schnellten in die Höhe. Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich die Fläche der *frutales* auf ca. 193.000 ha (2000/01) mehr als verdreifacht. Zu den traditionellen Produkten, wie Äpfel, Aprikosen und Pfirsiche, sind neue Produkte, wie Tafeltrauben,

Kiwis und Pflaumen, getreten; hier hat sich die Fläche z.T. mehr als verzehnfacht. Der weitaus größte Teil der Erzeugnisse wird exportiert, wobei Chile aufgrund seiner Lage auf der südlichen Halbkugel die Märkte der Industriestaaten jeweils zu Jahreszeiten beschicken kann, die den dortigen Erntezeiten entgegengesetzt sind, und so vergleichsweise hohe Preise erzielt. Die Umstellung auf Exportkulturen hat sich vor allem auf den Bewässerungsflächen des Kleinen Nordens und der Zentralzone vollzogen und zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitsintensität in den Betrieben geführt (Ernte, Verpackung, z.T. auch Weiterverarbeitung; vgl. Carter et al. 1996; Gwynne 1999 u. 2003; Bauriegel 2003).

- Zunächst auf Kosten eines Raubbaus an Naturwäldern, später mehr und mehr auf der Basis von Aufforstungen konnte sich die Holzwirtschaft zu einem wichtigen Standbein der chilenischen Ökonomie entwickeln. So hat sich beispielsweise die Zelluloseproduktion in den letzten 20 Jahren ungefähr versechsfacht. Weite Bereiche der südlichen Zentralzone und der anschließenden *frontera* sind mittlerweile zu reinen Aufforstungslandschaften geworden (neben Eukalypten vorwiegend *Pinus radiata*), und es entstanden zahlreiche Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie (Clapp 1995).

Gleichzeitig erlebte auch die Erzeugung traditioneller Exportprodukte, die seit jeher aus peripheren Regionen kommen, einen kräftigen Aufschwung. So hat die staatliche Kupfergesellschaft in den drei Großminen des Landes umfangreiche Neuinvestitionen vorgenommen, und mit Hilfe ausländischen Kapitals sind viele neue Vorkommen an Bodenschätzen – vorwiegend ebenfalls im Norden Chiles – erschlossen worden, so dass sich die Kupferproduktion von weniger als 1 Mio. t Mitte der 1970er Jahre auf heute fast 5 Mio. t erhöhte. Auf diese Weise konnten die Preisrückgänge für Kupfer auf dem Weltmarkt wenigstens teilweise kompensiert werden. Dabei sank der Anteil der staatlichen CODELCO an der Kupferproduktion von 62% (1991) auf nur noch 33% (2002; *Chile Performance* 2004).

Die Kurve der Fisch- und Meeresfrüchte (*marisco*)-Anlandungen weist ebenfalls steil nach oben, allerdings bei beträchtlichen Schwankungen von Jahr zu Jahr. Wurden in den 1970er Jahren selten mehr als 1 Mio. t gefangen, sind es heute in der Regel um 6, z.T. mehr als 7 Mio. t (2001 allerdings nur 4,4 Mio. t). Das ist v.a. der Region Bío-Bío (VIII) und den beiden Nordregionen (I und II) zugute gekommen. Für die Regionalentwicklung von weit größerer Bedeutung als die enorme Steigerung der Fänge ist die Tatsache,

dass wertmäßig nur noch 36% als Fischmehl und somit der überwiegende Teil als Frischware, Gefrierfisch oder Konserven exportiert werden (1995; *El Mercurio*, 12.03.1996). Darüber hinaus gewinnt die Fischzucht (v.a. Lachs) zunehmend an Bedeutung (Barton 1997; Lariau/Lazcano 1998), so dass schon von einer "Blauen Revolution" gesprochen wird (Mikus 2000).

Ist der wirtschaftliche *Boom* der Peripherie in vielen Bereichen ökologisch auch nicht unbedenklich (Richter/Bähr 1998; Vött/Endlicher 2001; Schnitzer 2001 sowie Beitrag Richter), so hat er doch dazu geführt, dass außerhalb der Hauptstadt zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden sind, die die Arbeitsplatzverluste in den alten, nicht mehr konkurrenzfähigen Industriebetrieben mehr als ausgeglichen haben. Diese entsprechen zwar hinsichtlich der 'Sozialstandards' noch nicht europäischen Normen, und z.T. sind die Beschäftigungsmöglichkeiten nach wie vor nur saisonal (vgl. z.B. Bee/Vogel 1997). Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit, die seit jeher gerade in ländlichen Räumen sehr hoch und ein entscheidender Grund für die starke Abwanderung war, erheblich zurückgegangen, z.T. noch schneller als im Landesdurchschnitt. Seit längerem gehört die *Región Metropolitana de Santiago* zu den Regionen mit durchschnittlich bis überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit (Ende 1999: 10,7% gegenüber dem Landesdurchschnitt von 8,9%; Ende 2002: 7,1% gegenüber 7,8%), während Teile der agrarisch geprägten Zentralzone, des Kleinen Nordens sowie des äußersten Südens besonders geringe Werte aufweisen (INE 1996; MIDEPLAN 1996; *Compendio Estadístico* 2003). Vermehrt finden heute auch Frauen in der marktorientierten Landwirtschaft und der Weiterverarbeitung von Agrarprodukten einen Arbeitsplatz, was – bei gleichzeitiger Einschränkung der Beschäftigungsmöglichkeiten als Hausangestellte in Santiago und anderen größeren Städten – bemerkenswerte Verschiebungen im Wanderungsverhalten nach sich gezogen hat (Szasz 1994; vgl. den Männerüberschuss bei den Binnenwanderungen in Abb. 7). Nach Barrientos (1997) ist der Frauenanteil v.a. unter den Saisonkräften sehr hoch (52% gegenüber nur 5% bei den dauerhaft Beschäftigten); das dadurch erzielte zusätzliche Einkommen trägt aber entscheidend zur Existenzsicherung zahlreicher ländlicher Haushalte bei.

Der Aufschwung der Peripherie wird nur dann anhalten und sich als langfristig dauerhaft erweisen, wenn es gelingt, ihn stärker als bisher umweltverträglich zu gestalten und den Übergang von der Phase der 'leichten Exportorientierung' (überwiegend Ausfuhr von Rohstoffen) zu einer 'zweiten Exportphase' (höherer Veredlungsgrad der Produkte, bessere Vernetzung mit der übrigen Volkswirtschaft) erfolgreich zu bewältigen. Die Chancen

dazu sind in Chile günstig, weil das Land nicht nur über reiche Ressourcen, sondern auch über das notwendige 'Humankapital' sowie einen vergleichsweise effektiven Verwaltungsapparat verfügt und außerdem aufgrund seiner Vorreiterrolle in Lateinamerika mittlerweile einen Erfahrungsvorsprung hat (Nolte 1998: 640). Ob dies ausreicht, um im zunehmenden internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen, lässt sich allerdings kaum absehen (Schurman 2001).

Literaturverzeichnis

- Bähr, Jürgen (1981): *Chile*. 2. Aufl., Stuttgart.
- (1991): "Räumliche Differenzierung der Sterblichkeit in Lateinamerika. Dargestellt am jüngeren Wandel der Säuglingssterblichkeit in Costa Rica und Chile". In: *Mannheimer Geographische Arbeiten*, 34. Mannheim, S. 113-133.
- Bähr, Jürgen/Mertins, Günter (1995): "Die lateinamerikanische Großstadt. Verstädterungsprozesse und Stadtstrukturen". In: *Erträge der Forschung*, 228. Darmstadt.
- Barrientos, Stephanie (1997): "The Hidden Ingredient: Female Labour in Chilean Fruit Exports". In: *Bull. Latin Am. Res.*, 16, S. 71-81.
- Barton, Jonathan R. (1997): "Environment, Sustainability and Regulation in Commercial Aquaculture: The Case of Chilean Salmonid Production". In: *Geoforum*, 28, S. 313-328.
- Bauriegel, Gerd (2003): "Tafeltrauben für den Weltmarkt: Ein Fallbeispiel aus dem Kleinen Norden Chiles". In: *Passauer Kontaktstudium Erdkunde*, 7, S. 87-96.
- Bee, Anna/Vogel, Isabel (1997): "Temporeras and Household Relations: Seasonal Employment in Chile's Agro-Export Sector". In: *Bull. Latin Am. Res.*, 16, S. 83-95.
- Betancourt, José F. (1988): "Different Roads to a Common Goal: The Lowering of Infant Mortality Rates in Latin America". In: *Revista Geográfica*, 107, S. 49-66.
- Borsdorf, Axel (1995): "Regionalpolitik für Chile". In: *Zeitschrift für Lateinamerika*, 48, S. 45-69.
- Carter, Michael R./Barham, Bradford L./Mesbah, Dina (1996): "Agricultural Export Booms and the Rural Poor in Chile, Guatemala, and Paraguay". In: *Latin Am. Res. Rev.*, 31, S. 33-65.
- Castañeda, Tarsicio (1985): "Determinantes del descenso de la mortalidad infantil en Chile, 1975-1982". In: *Cuadernos de Economía*, 22, S. 195-214.
- Centro Latinoamericano de Demografía (CELADE) (1991): *Informe sobre la situación de la población en Chile*. Santiago.
- Chile Performance 2004*. Santiago 2003.
- Clapp, Roger Alex (1995): "Creating Competitive Advantage: Forest Policy as Industrial Policy in Chile". In: *Economic Geography*, 71, S. 273-296.
- Dirección de Estadística y Censos (ca. 1962): *Censo Población 1960. Resumen país*. Santiago.
- Errázuriz K., Ana Maria (1992): "Análisis espacial de la mortalidad en Chile: 1952-1989". In: *Revista de Geografía Norte Grande*, 19, S. 15-21.

- Gangas G., Mónica (1992): "El descenso de la mortalidad en Chile: 1952-1989". In: *Revista de Geografía Norte Grande*, 19, S. 23-33.
- Gans, Paul (1992): "Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung und ihre Auswirkungen auf das Großstadtwachstum in Lateinamerika". In: Reinhard, Wolfgang/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Nord und Süd in Amerika*, Bd. 1. Freiburg, S. 212-224.
- Gans, Paul/González Leiva, José Ignacio (2004): "Der chilenische Zensus von 2002 – erste Ergebnisse". In: *Geogr. Rundschau*, 56 (3), S. 56-58.
- Geografía Económica de Chile*. Santiago 1982.
- Golte, Winfried (1973): "Das südchilenische Seengebiet: Besiedlung und wirtschaftliche Erschließung seit dem 18. Jahrhundert". In: *Bonner Geogr. Abh.*, 47. Bonn.
- Gwynne, Robert N. (1999): "Globalisation, Commodity Chains and Fruit Exporting Regions in Chile". In: *Tijdschrift voor Econ. en Sociale Geografie*, 90, S. 211-225.
- (2003): "Transnational Capitalism and Local Transformation in Chile". In: *Tijdschrift voor Econ. en Sociale Geografie*, 94, S. 310-321.
- Hartwig, Fernando (1966): "Landschaftswandel und Wirtschaftswandel in der chilenischen Frontera". In: *Mitteilungen der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft*, 61, Hamburg.
- Haynes, Robin (1983): "The Geographical Distribution of Mortality by Cause in Chile". In: *Social Science and Med.*, 17, S. 353-364.
- Imhof, Arthur E. (1985): "Bevölkerungsprobleme in Deutschland und Brasilien: Gestern–heute–morgen. Ein sinnvoller, aber schwieriger Dialog". In: *Zeitschrift für Bevölkerungswiss.*, 11, S. 3-31.
- Instituto Nacional de Estadísticas (INE) (versch. Jahre): *Compendio Estadístico*. Santiago.
- (versch. Jahre): *Anuario de Demografía*. Santiago.
- (ca. 1994): *Censo de Población y Vivienda: Chile 1992*. Santiago.
- (1996): *Situación económica y social de las regiones de Chile*. Santiago.
- (2003): *Censo 2002. Resultados Volumen I: Población*. Santiago.
- Koch, Max (1998): "Unternehmen Transformation. Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Chile". In: *Berliner Lateinamerika-Forschungen*, 9, Frankfurt/Main.
- Lariau, Sophie/Lazcano, José (1998): "Emergence et consolidation d'un pays salmonicole: le cas du Chili". In: *Cahiers d'Outre-Mer*, 51 (203), S. 275-304.
- Merrick, Thomas W. (1986): "Population Pressures in Latin America". In: *Population Bulletin*, 41 (3), Washington, D.C.
- Mikus, Werner (2000): "Expansion der Hochseefischerei, 'Blaue Revolution' und Umweltprobleme in Chile". In: *Zeitschr. für Wirtschaftsgeogr.*, 44, S. 19-31.
- Ministerio de Planificación y Cooperación (MIDEPLAN) (1996): *Compendio estadísticas regionales*. Santiago.
- Nolte, Detlef (1998): "Politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandel in Chile". In: *Geogr. Rundschau*, 50, S. 636-640.
- Oxhorn, Philip (1999): "Recent Research on Chile: The Challenge of Understanding 'Success'". In: *Latin Amer. Res. Rev.*, 34, S. 255-271.
- Palloni, Alberto (1981): "Mortality in Latin America: Emerging Patterns". In: *Population and Development Rev.*, 7, S. 623-649.

- Population Reference Bureau (versch. Jahre): *World Population Data Sheet*. Washington, D.C.
- Raczynski, Dagmar/Oyarzo, César (1981): "Por qué cae la tasa de mortalidad infantil en Chile?". In: *Colección Estudios CIEPLAN*, 6, S. 45-84.
- Richardson, Harry W. (1980): "Polarization Reversal in Developing Countries". In: *Papers of the Regional Science Assoc.*, 45, S. 67-85.
- Richter, Michael/Bähr, Jürgen (1998): "Risiken und Erfordernisse einer umweltverträglichen Ressourcennutzung in Chile". In: *Geogr. Rundschau*, 50, S. 641-648.
- Rodríguez S., Claudia (1995): "Raumentwicklung und Dezentralisierung in Chile (1964-1994)". In: *Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung*, 32, Kiel.
- Scarpaci, Joseph S. (1991): "Primary-Care Decentralization in the Southern Cone: Shantytown Health Care as Urban Social Movement". In: *Annals of the Assoc. of Amer. Geographers*, 81, S. 103-126.
- Schnitzer, Karlheinz (2001): "Development Problems of the Biobío Region under the Neo-liberal Economic Paradigm". In: *Die Erde*, 132, S. 269-290.
- Schurman, Rachel A. (2001): "Uncertain Gains: Labor in Chile's New Export Sectors". In: *Latin Am. Res. Rev.*, 36, S. 3-29.
- Spielmann, Ludwig (1991): "Staatsinterventionismus oder ökonomischer Liberalismus? Wirtschaftliche Entwicklungsstrategien in Chile – von der Weltwirtschaftskrise bis Pinochet". In: *Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde*, 35, Hamburg.
- Szasz P., Ivonne (1994): "La mujer en el trabajo y la migración: El mercado laboral femenino entre 1950 y 1990 y la inmigración de mujeres a la ciudad de Santiago de Chile". In: *Notas de Población (San José)*, 22 (59), S. 9-50.
- Tacla C., Odette (1975): *Panorama demográfico de Chile y su evolución en el presente siglo*. Santiago.
- Trumper, Ricardo/Phillips, Lynne (1996): "Give Me Discipline and Give Me Death: Neo-liberalism and Health in Chile". In: *Race & Class*, 37 (3), S. 19-34.
- United Nations (UN) (1998): *World Population Monitoring, 1988. Health and Mortality: Selected Aspects*. New York.
- (2002): *World Population Monitoring, 2002: Reproductive Rights and Reproductive Health*. New York.
- (2003): *World Population Prospects: The 2002 Revision*. New York.
- Vött, Andreas/Endlicher, Wilfried (2001): "Landscape Degradation in the XIth Region of Chile within the Framework of Growing Environmental Problems in Western Patagonia". In: *Die Erde*, 132, S. 239-268.
- Weischet, Wolfgang (1974): *Agrarreform und Nationalisierung des Bergbaus in Chile*. Darmstadt.
- Weyland, Kurt (1997): "'Growth with Equity' in Chile's New Democracy?". In: *Latin Am. Res. Rev.*, 32, S. 37-67.

Michael Richter

Natürliche Ressourcen und Umweltrisiken in Chile

1. Landesform, Gebirge und Küsten als Vorgaben der natürlichen Gliederung

Wie kein anderes Land der Erde weist Chile eine extreme Nord-Süd-Erstreckung auf. Sie umspannt von Visviri in der nördlichsten Region Tarapacá bei 17°25' bis zum Kap Hoorn an der Südspitze der Region Magallanes bei 56° s.Br. eine Distanz von über 4.300 km – und dies ohne die kleineren Inseln oder den antarktischen Landesanteil weiter im Süden. Chiles enorme Ausdehnung ist entscheidend dafür verantwortlich, dass hier von der feuchten subantarktischen Ökozone bis zum trockenen subtropisch-randtropischen Übergang verschiedenste Klimatypen vorliegen.

In der Breitenausdehnung nimmt sich Chile bei Maximalwerten von knapp 400 km bei Antofagasta und an der Magellan-Straße, meist aber weniger als 200 km, weitaus bescheidener aus – jedoch nicht unbedingt weniger vielfältig. Denn eine West-Ost-Querung des Landes ist unweigerlich mit der Überbrückung einer lebhaften Topographie, zumindest aber mit deutlichen Gebirgsanstiegen verbunden. Und auch diese Grundlage bedingt wiederum einen beträchtlichen klimatischen Wandel. Wirtschaftlich entscheidend ist der reiche Gehalt an mineralischen Bodenschätzen, die an die junge Gebirgsauffaltung gebunden sind.

Eine dritte Vorgabe fügt sich in diese grobe Charakterisierung ein: die extrem lange Küstenlinie des Landes und der damit verbundene hohe Anteil an ozeanischen Hoheitsgebieten. Hervorzuheben ist hier die Existenz kühler Meeresströmungen, die sich unter dem Stichwort "Humboldtstrom" sogleich mit riesigen Fischgründen assoziieren lassen. Mit der überwiegend milden Witterung wirkt sich die Ozeanität aber auch auf das touristische Potential positiv aus, das an einem Teil der Küsten vorliegt.

Klimavielfalt als Grundlage für eine breite agrarische Ressource, ein junges Gebirge als Träger wertvoller Mineralien und die südöstliche Küste des pazifischen Ozeans als einträgliche Nahrungsquelle bilden seit jeher ein sehr kräftiges Rückgrat der chilenischen Wirtschaft, das es im ersten Teil der

Ausführungen näher zu beschreiben gilt. Dass dieses bislang nicht zu Wohlstand in einem reich ausgestatteten Land geführt hat, ist neben historischen und sozialpolitischen Aspekten vor allem auf die Unterschätzung von Risiken zurückzuführen, die mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen einhergehen.

Im Folgenden bietet es sich an, die Ressourcen auf Landesebene vorzustellen, während die Nutzungsrisiken am Beispiel von drei Regionen aufgezeigt werden – an der zentralen und vor allem an zwei peripheren.

2. Natürliche Ressourcen

2.1 Klimaökologische Systeme als Grundlage für die Landnutzung

Wenn zuvor die Klimavielfalt als positives Kriterium herausgestellt wurde, so darf nicht übersehen werden, dass Chile zugleich an seinen entgegengesetzten Polen ein Land extremer Klimakontraste ist. Sie wirken sich in beiderlei Richtungen – feucht-trocken und kalt-warm – in agrarischer Hinsicht eher negativ aus. Besonders klar gehen diese Gegensätze aus den Karten der Niederschlagsverteilung und der Strahlungsverhältnisse hervor (Abb. 1). Für den ersten Fall lässt sich festhalten, dass an einzelnen Stellen der Küste bzw. Inseln Westpatagoniens Jahresmittelwerte von über 7.000 mm erreicht werden (Endlicher 1988), wobei von täglichen Regenschauern auszugehen ist. Demgegenüber steht die Pampa del Tamarugal in der Atacama-Wüste mit Orten, in denen seit Menschengedenken kein Regen fällt, und solchen mit Klimastationen, die im langjährigen Mittel weniger als 1 mm an Niederschlägen bei jahrelanger absoluter Trockenheit erhalten. Mit anderen Worten: Einem der feuchtesten Klimagebiete der Erde steht im gleichen Lande die "extremste Wüste der Welt" gegenüber (Weischet 1966).

Auch die Strahlungskarte zeigt ganz konträre Verhältnisse: Während Westpatagonien durch eine nahezu beständige Wolkendecke gekennzeichnet ist, herrscht im Binnenteil der Atacama durchweg wolkenloser Himmel mit extremer Einstrahlung am Tage und entsprechender Ausstrahlung bei Nacht. Weischet (1970: 195) beschreibt die Auswirkungen wie folgt:

Während einem mittags auf der flimmernden Pampa die trocken-heiße Luft in den Lungen sticht, kann man am späten Nachmittag, wenn die Sonne ... verschwindet, nicht schnell genug Pullover, Jacke und Anorak überziehen, um sich der unangenehmen Kälte nach dem heißen Strahlungstag zu erwehren.

In dieser Schilderung spiegelt sich die Tatsache wider, dass in der Atacama, besonders in den Hochlagen, weltweit höchste Strahlungswerte erreicht wer-

den. Sie belaufen sich bei Zenitalstand der Sonne auf Maximalwerte nahe der Solarkonstanten, entsprechen also der ungehinderten Einstrahlung in die obere Troposphäre (Schmidt 1999). Mit diesen Rekordwerten sind weitere verknüpft, vor allem solche, die mit der Temperatur verbunden sind. Hier sind zum ersten die Tagesschwankungen der Lufttemperatur zu nennen, die in der Binnenwüste durchaus Amplituden von 35 K überschreiten können, während die tageszeitlichen Unterschiede an dunklen Bodenoberflächen noch weitaus höher sind: Absolute Höchstwerte belegen eigene Messungen im Januar 1992 am Kordilleren-Anstieg bei 4.200 m über San Pedro de Atacama, als das Temperaturminimum gegen 6h00 bei -14°C und das entsprechende Maximum acht Stunden später bei $+74^{\circ}\text{C}$ lag! Begleitet werden solch extreme thermische Bedingungen von analogen Verhältnissen der relativen Luftfeuchtigkeit, wobei die Tagesminima regelmäßig unter 5% abfallen.

Die bisherigen Beschreibungen geben die unwirtlichen Klimaverhältnisse in den entgegengesetzten Landesteilen wider, die mit dem Großen Norden bzw. Großen Süden den größeren Teil des Staatsterritoriums einnehmen. Sie entsprechen in den analogen Gebieten der Alten Welt in etwa der zentralen und südlichen Sahara bzw. auf der anderen Seite den Skanden. Der dazwischenliegende Bereich, also derjenige, der klimatisch ungefähr jenem von Nordmarokko bis Dänemark gleichkommt (35° - 55° n.Br.) beschränkt sich in Chile auf eine nur halb so große Distanz von La Serena bis Puerto Montt (30° - 40° s.Br.) und ist äquatorwärts verschoben. Dieser räumlichen Limitierung auf der Südhalbkugel ist jedoch entgegenzustellen, dass Chile als ein einzelnes Land alleine von den vollhumid kühl-gemäßigten, semihumid warm-gemäßigten und semihumid bis semiarid mediterranen Klimazonen profitiert, während sich in Europa diesen Abschnitt erhöhter Klimagunst mehrere Nationen teilen.

Wie im extrem feuchten Westen des Großen Südens rührt ein erheblicher Teil der Niederschläge in den gemäßigten und subtropischen Breiten des Landes von den im Süden sehr häufigen und nach Norden immer seltener durchziehenden Zyklonen aus westlichen Richtungen her. Durch eine leichte südwardige Verlagerung des in Abb. 1 aufgeführten südostpazifischen subtropischen Hochdruckkomplexes wird im Süd-Sommer die zyklonale Tätigkeit zwischen La Serena und Valdivia in abnehmendem Maße abgeblockt. Dies hat wiederum zur Folge, dass sich von Norden nach Süden die sommerliche Trockenperiode zwar verkürzt, die gesamte Zentralregion jedoch als mediterranes Winterregengebiet auszeichnet. Südwärts schließt sich der Übergang in die temperierte Zone an, in der zwar bis in die Region Aisén

immer noch Winterregen überwiegen, aber keine Trockenzeiten mehr auftreten. Keine hygrischen Jahreszeitenunterschiede herrschen demnach nur in der immerfeuchten Region Magallanes und den hyperariden Teilen der Atacama, während im äußersten Nordosten des Landes das Gebiet zwischen Putre und Ollagüe bereits dem Sommerregengebiet angehört, der diesen Teil Chiles bereits den Tropen zuschlägt (definitionsgemäß handelt es sich dabei um die hochgelegenen Kalttropen im Einflussbereich des *invierno boliviano*, der von Januar bis März vom bolivianischen Altiplano aus in der Gipfelregion Schneestürme verursachen kann).

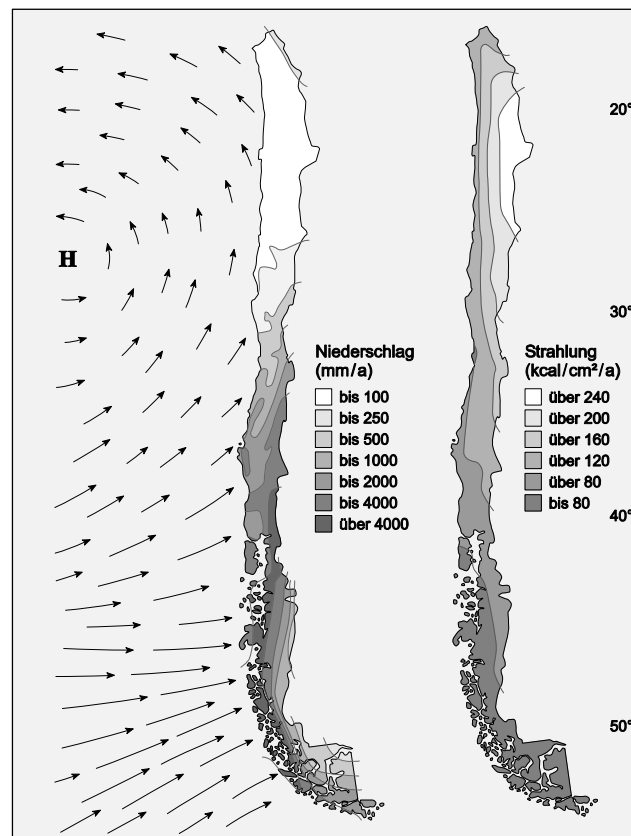


Abb. 1: Einfluss der südostpazifischen Hochdruckzelle auf die Strömungssysteme (links), Niederschlagsverteilung (Mitte) und Strahlungsverhältnisse (rechts) in Chile.

Stellt man die bisherigen Betrachtungen zu den hygrischen Verhältnissen in einem Nord-Süd-Profil zusammen, so ergeben sich enge Bezüge zur Vegetationszonierung. Neben der Niederschlagszunahme von Norden nach Süden liegt wiederum ein entsprechender höhenwärtiger Wandel vor. Für den wärmeren Norden bedeutet dies, dass die Stufe einer optimalen Vegetationsentwicklung sich in größeren Höhen um 4.000 m ü.M. befindet, nämlich dort, wo es schon relativ feucht, aber für Pflanzenwuchs noch nicht zu kalt ist. Nur indirekt geht aus den Schnittprofilen in Abb. 2 hervor, dass es sich mit Strauch- und Grasformationen dennoch um eine recht schütterere Vegetation handelt. Von hier an senkt sich die Stufe der maximalen Pflanzenentfaltung, die agrarklimatisch auch jener einer optimalen Landnutzung entspricht, bis in den Kleinen Süden allmählich ab. Zu beachten bleibt aber auch, dass in den Trockengebieten des Kleinen und Großen Nordens die Kordilleren als Wassertürme dienen, die die Niederschläge auffangen, in den Wintermonaten teilweise speichern und über den Abfluss in tiefere Tallagen abführen, wo sie für Bewässerungskulturen nutzbar werden.

In thermischer Hinsicht lassen sich erhebliche Kontraste zwischen dem ausgeglichenen Klima der Küstengebiete und dem weitaus kontinentaleren Binnenland ausmachen. Dabei weist sich der Große Süden zumindest in Westpatagonien als erstaunlich wintermild mit Temperaturen höchst selten unter dem Gefrierpunkt aus, jedoch auch als ausgesprochen sommerkühl. Hier ist es neben den beständigen Weststürmen der *roaring fourties* und *furious fifties* der sommerliche Wärmemangel, der eine intensive agrarische Nutzung verhindert. Ebenfalls als ausgewogen erweist sich der Temperaturgang an den stark nebelbeeinträchtigten Küstenwüsten des Kleinen und Großen Nordens. Hier halten sich beständig angenehme Temperaturen zwischen 15° und 25°C unter einer Hochnebeldecke, die bis etwa 900 m ü.M. reicht und von absinkenden Luftmassen im südostpazifischen Hoch herrührt. Nur an wenigen Stellen greift sie weit in das Landesinnere hinein, da die steilen Küstenanstiege bereits nach wenigen Kilometern das Höhenniveau der Obergrenze der Nebel erreichen. Darüber setzt sogleich der ungeminderte tageszeitliche Temperaturgang ein, der im subtropischen Kleinen Norden, im mediterranen Zentrum und im temperierten Kleinen Süden auch im jahreszeitlichen Ablauf recht prägnant ist. Schließlich sind dort, wo im Großen Süden die chilenische Grenze von Coihayque bis Feuerland jenseits der Andenkette liegt, die ostpatagonischen Steppen im Gebirgslee von einem kontinentaleren Klima mit föhngeprägten Sommern und kalten Wintern gekenn-

zeichnet (Abb. 6, unten). Die kalte Jahreszeit kann hier nun strenge Fröste aufweisen.

Für diesen letztgenannten Bereich belegt Abb. 2 in einem West-Ost-Profil bei etwa 52° s.Br. auf der Höhe von Puerto Natales einen besonders deutlichen Formenwandel in der Vegetationszonierung. Er setzt auf den Inseln und im Vorland der Anden-Luvseite mit magellanischen Mooren ein, während Baumwuchs mit zunächst immergrünen und dann winterkahlen Südbuchenwäldern einem abnehmenden Niederschlagsgefälle folgt. Letztere greifen jenseits der vergletscherten Anden auf das trockenere Gebirgsvorland über, wo sich Strauchformationen und schließlich die Grassteppen anschließen. Diese bilden wiederum die Grundlage für riesige Schaf-*Estancias* in Ostpatagonien. In Analogie zur borealen Zone mit nordhemisphärischen Nadelwäldern wird dieser Profilabschnitt im Sinne von Tuhkanen (1992) als "antiboreal" bezeichnet. Jedoch weisen nur die westlichen Pflanzenformationen, also die Moore und immergrünen Regenwälder, gewisse physiognomische Übereinstimmungen mit dem nordamerikanischen Pendant im schmalen Küstensaum Südost-Alaskas auf. Die laubwerfenden Wälder im Lee entsprechen hingegen eher den temperierten Wäldern Mitteleuropas und die Grassteppen im trockenen, winterkalten Ostpatagonien jenen Osteuropas.

Im Übergang vom Großen zum Kleinen Süden treten mit laubwerfenden Südbuchenwäldern und den immergrünen temperierten "Regenwäldern von Valdivia bzw. von Puyuguapi" die wuchsstärksten Bestände auf. Aus dem Bereich etwas nördlich davon wird ein West-Ost-Profil bei etwa 38° s.Br. vorgestellt (Abb. 2), wo zwischen Concepción und Temuco ebenfalls nur bedingt Ähnlichkeiten mit den entsprechenden Vegetationszonen der alten Welt bestehen. Hier handelt es sich um den Bereich zwischen den temperierten ('austral') Wäldern, die vornehmlich durch die hochwachsenden winterkahlen Südbuchen *roble* und *coigue* aufgebaut sind, und den niedrigeren immergrünen Hartlaubwäldern des mediterranen Typus. Das vorliegende Transekt hat eher theoretischen Charakter, da aufgrund der menschlichen Bewirtschaftung mit Ausnahme des andinen Bereiches kaum noch naturnahe Vegetation vorliegt. Jedoch kann man davon ausgehen, dass im milden und feuchteren Küstenbereich zunächst immergrüne valdivianische Regenwälder mit lorbeerartigem Laub und dichtem Unterwuchs geherrscht haben dürften. Relikte in der küstennahen, rund 1.200 m hohen Cordillera de Nahuelbuta weisen auf urtümliche Nadelwaldbestände mit Araukarien und der chilenischen Zypresse *Fitzroya* hin. Auf der trockeneren Abdachung zur Innenseite des Valle Central deuten wenige Restbestände den mediterranen Hartlaubty-

pus mit *peumo* und *boldo* als immergrüne Charakterbäume an. Zwischen ihnen sind in grundwassernahen Tieflagen des Längstales laubwerfende Auen- und Bruchwälder eingestreut. Mit dem Andenaufstieg verändert sich die Höhenstufung bei zunehmenden Niederschlagsmengen von einer erneuten Nadelwaldstufe mit *Fitzroya*-Zypressen über eine laubwerfende montane Hochwaldstufe mit *coigue* und *ulmo*, strauchförmigen subalpinen Südbuchenbeständen bis hin zur pflanzenarmen alpinen Zwergstrauchvegetation.

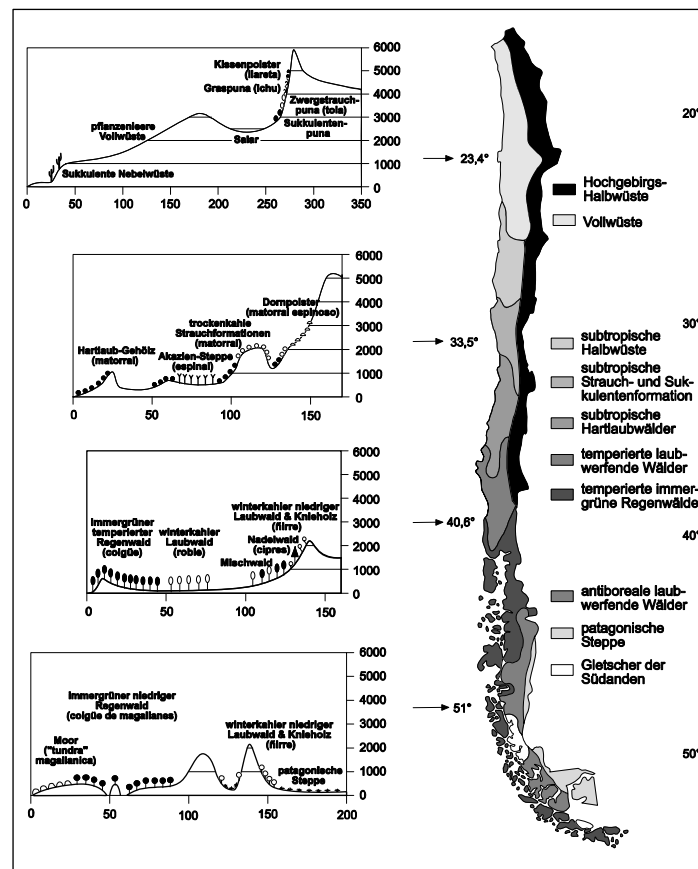


Abb. 2: Vegetationsgliederung in Querprofilen (überhöht) und in Aufsicht von Nord- bis Süd-Chile.

In einem weiteren Sprung nach Norden folgt ein West-Ost-Profil im Wüstensektor der Atacama auf etwa 24° s.Br. auf der Höhe von Antofagasta

(Abb. 2). Hier beginnt die Abfolge bestenfalls mit einer schütterten Strauch- und Kakteenvegetation namens 'Loma', die nur an besonders nebelreichen Küstenabhängen auftritt, genau genommen in der Region Antofagasta lediglich an sechs isolierten Stellen (Richter 1995). Oberhalb ca. 1.000 m ü.M. schließt sich bis fast 3.000 m ü.M. eine absolute Vollwüste an, während sich mit ansteigenden Niederschlägen höhenwärts mehrere Stufen aus trockenheitsliebenden und zunehmend kälteresistenten Arten einstellen. Die unterste besteht zunächst aus einem sehr offenen Dornesträuch mit mehreren kissen- und kandelaberförmigen Kakteen, dann aus einer dichteren Zwergstrauchformation namens *tola baja* und bei 3.800-4.100 m ü.M. einem Gebüsch, das als *tola alta* die relativ günstigsten Wuchsvoraussetzungen bezeugt. Weiter oberhalb treten zunehmend Horstgräser auf, die die Stufe der *ichus* prägen: Den Abschluss bilden in den über 4.400 m hoch gelegenen Schutt- und Blockhalden Kissenpolster, die *llareta*, die bis zur absoluten Kältewüste bei 5.000 m ü.M. gedeiht.

Der klimaökologischen Differenzierung entsprechend lassen sich folgende Bereiche hinsichtlich ihres Landnutzungspotentials ausscheiden:

1. Der äußerste Norden der vollariden Warmtropen, dessen Agrarnutzung sich auf mittelgroße Flussoasen mit subtropisch-tropischen Früchten für die regionale bis nationale Marktversorgung konzentriert (Arica – Iquique/Pica; von Iquique – Copiapó agrarische Anökumene).
2. Der äußerste Norden der semiariden Kalttropen mit kleinen Bergoasen am Anden-Westhang mit begrenztem Futterleguminosen- und Fruchtanbau für die lokale Versorgung sowie mit extensiver Lamabeweidung (Visviri – Salar de Atacama; vom Salar bis oberes Elqui agrarische Anökumene).
3. Der subtropische, voll- bis semiaride Norden mit langgestreckten Flussoasen mit Wein- und Obstanbau im modernen Bewässerungsfeldbau für die nationale und internationale Marktversorgung (Copiapó – nördlich Valparaiso/Santiago) sowie mit extensiver Kleinviehbeweidung in den gebirgigen Abschnitten.
4. Das semiarid bis semihumide Winterregengebiet im Zentrum mit mediterranen Kulturen, die beim Wein weiterhin international ausgerichtet bleiben und die Gemüseversorgung des Landes gewährleisten (Valparaiso/Santiago – Concepción/Temuco). In den gebirgigen Bereichen dienen Aufforstungen mit raschwüchsigen Exoten wie Eukalyptus und Kiefern dem Bauholzbedarf.

5. Der humide Kleine Süden mit Regenfeldbau in der warmen Jahreszeit für die nationale Getreideversorgung sowie mit ebensolcher intensiver Großviehhaltung (Concepción/Temuco – Puerto Montt/Chiloë), dagegen extensiver Weidewirtschaft in den Andentälern.
6. Der kühl-temperierte Große Süden mit wenigen isolierten Rinderweiden für den regionalen Bedarf in der agrarischen Subökumene des vollhumiden Westens und mit großflächiger Schafbeweidung internationaler Ausrichtung im semihumiden Osten (Puerto Montt/Chiloë – Feuerland).

2.2 Orographische Systeme als Träger mineralischer Rohstoffe

Die orographische Gliederung von Chile in Täler, Senken, Plateaus, Gebirge und Inseln erklärt sowohl landwirtschaftliche Gunst- und Ungunsträume als auch das Vorkommen bzw. Fehlen von Bodenschätzen. Ein räumlicher Wandel ist zunächst durch die West-Ost-Abfolge von der Küste zum Gebirge gegeben (Abb. 3). Eine Differenzierung von Norden nach Süden wird erst bei einer integrativen Betrachtung der Oberflächenformung und der geologisch-tektonischen Grundstrukturen klarer, ist aber ebenfalls von erheblichem Einfluss auf das natürliche Potential. Vorab bietet sich eine Unterteilung in Küstenanstieg bzw. -gebirge, Übergang und Andenkette an, bei dem der mittlere Bereich mit der weniger eindeutigen Bezeichnung noch undifferenziert bleibt. Alle drei Nord-Süd verlaufenden Komplexe sind in ihrer Entstehung eng an die Subduktion vor der Westküste des Kontinents gebunden, also konkret mit dem Abtauchen der subozeanischen Platte von Nazca nach Osten unter die kontinentale Platte von Südamerika.

Der Gebirgszug im Osten des Landes hebt sich überall deutlich ab, da er nur an wenigen Stellen im (Kleinen und) Großen Süden die 2.000 m-Höhenlinie unterschreitet. Einheitlich ist aber auch dieser Großraum keineswegs. Vielmehr ergibt sich von Norden nach Süden eine grobe Vierteilung, die in einer aus Peru übergreifenden und in Chile noch über 1.000 km weit reichenden Kette aus rezenten Hochvulkanen ansetzt. Sie endet ungefähr am höchsten Berg des Landes, dem 6.893 m hohen Ojos del Salado. Dieser hochexplosive rezente Stratovulkanismus eher basischen Gehaltes (letzter Großausbruch: Lascar 1993) erstreckt sich perlschnurartig über weitflächige saure Ignimbrit-Flächen früherer effusiver Spaltenausbrüche, die vor allem im Norden des Landes weit ins westliche Vorgebirge hinabreichen. Südlich schließt sich eine rund 500 km lange Kette mit granitischen Intrusionen bis auf die Höhe von Santiago an, die teilweise von Deckgebirge überlagert sind. Im Hinterland der Hauptstadt setzen erneut bis 6.500 m aufragende

Vulkane ein, die weiter im Süden ebenfalls hochexplosive Kegel bilden (letzter Großausbruch: Lonquimay 1989), dort allerdings nur selten 3.000 m ü.M. überschreiten. Diese Kette reicht rund 1.000 km nahezu lückenlos nach Süden und löst sich dann in isolierten Vulkanen (letzter Großausbruch: Hudson 1992) auf einem weiteren granitischen Gebirgssockel bis zum Großen Nördlichen Eisfeld auf. Erst im vierten, weitgehend vulkanlosen Abschnitt, der bis Feuerland reicht, spielen mesozoische und tertiäre sedimentäre Deckgebirge eine größere Rolle. Sie liegen dem nach Westen anschließenden metamorphen Gestein auf und überdecken in Westpatagonien Teile des Granitgebirges.

Das soeben erwähnte Deckgebirge spielt im auslaufenden, flachen Sektor in Ostpatagonien eine bedeutende Rolle, da sich hier im Umfeld der Magellanstraße ausgedehnte Erdgas- und Erdöl-Felder befinden, die das Land in der Energieversorgung weitgehend autark machen. Nördlich bleibt jedoch der ausgedehnte Bereich bis zur nördlichen Vulkankette in Bezug auf Rohstoffe recht unbedeutend (Abb. 3). Erwähnenswert sind hier nur einige Kupfervorkommen am Lago General Cabrera in der Region Aisén und in Sewell bei Roncagua. Erst die Hochvulkane im Wüstenbereich bieten mit ihren Schwefelvorkommen eine wichtige Rohstoffquelle. Der Abbau reicht hier noch in Höhen über 6.000 m ü.M. hinauf, so am Aucanquilcha bei Ollagüe. Dass sich in diesen höchsten Minen der Welt die Förderung noch lohnt, hängt mit dem enormen regionalen Bedarf für die Extraktion von Kupfer aus den nahegelegenen Erzstätten zusammen, erklärt sich also letztlich aus der günstigen Transportlage.

Bleibt für die Gebirgskette selbst festzuhalten, dass sie als Rohstoffquelle von Mineralien keine vorrangige Rolle spielt, so trifft dies auf seinen Rand, der mit der Gebirgsbildung in Verbindung steht, nicht zu. Denn die weiter andauernde Hebung läuft mit Bruchvorgängen im Vorland einher, die Chile zu einem der erreichsten Länder der Erde macht. Entscheidend hierfür ist die Grabenbildung am Andenfuß, die sich unter anderem aus der Entleerung der tiefgelegenen Magmakammern ergibt. Ein solcher Graben befindet sich folgerichtig vor der nördlichen und ein weiterer vor der südlichen Vulkankette. Im ersten Fall handelt es sich um die im Mittel ca. 1.000 m ü.M. relativ hochgelegenen *pampas* der Atacama, im zweiten um das tiefer eingebrochene *valle longitudinal* südlich von Santiago. Zwischen diesen nördlichen und zentral-südlichen Grabensystemen befindet sich ein unzerbrochener Komplex, der sich als schwach geneigter Anstieg genau dort befindet, wo die Vulkankette des Hinterlandes zwischen Copiapó und Santiago

unterbrochen ist. Dieser Abschnitt mit mehreren tief eingeschnittenen Tal-systemen weist zwar ebenfalls eine starke tektonische Beanspruchung auf, wobei es sich aber hier um einfache Querbrüche handelt, also nicht um Graben-Horst-Strukturen. Zu erwähnen bleibt, dass das Grabensystem der chilenischen Längssenke im Kleinen Süden bei Puerto Montt ins Meer abtaucht, wo es sich submarin zwischen Chiloë sowie den weiter folgenden Inseln und dem buchtenreichen Festland im Golfo de Ancud bis zur Halbinsel Taitao fortsetzt. Der südliche Abschnitt des *valle longitudinal* wird zwischen Temuco und Puerto Montt vom eiszeitlichen Formenschatz geprägt, der sich ähnlich wie im Alpenvorland aus Endmoränenwällen, dahinter aufgestauten und von Ufermoränen umsäumten Zungenseen sowie aus dem Gebirge ein-mündenden Trogtälern zusammensetzt. Diese überaus reizvolle Landschaft vom Lago Villarica bis zum Lago Llanquihue spielt seit langem eine attraktive Rolle für den Binnentourismus, dem jedoch neuerdings an den südlichen Seen Interessen der Lachsfischerei entgegenstehen (2.3 und 4).

Von dem soeben beschriebenen Übergang kommt also den Rändern des nördlichen Grabensystems der *pampas* sowie den Bruchsystemen in der schiefen Ebene des Kleinen Nordens die entscheidende Rolle bei der Genese der chilenischen Erze zu. Hier sind die Kupfererze von außergewöhnlicher weltwirtschaftlicher Bedeutung. Sie liegen in schwach konzentrierten, jedoch mächtigen Lagerstätten im Kontaktbereich zwischen den Andenplutonen und ihrem Nachbargestein vor oder als hochkonzentrierte, aber kleinere Ganglagerstätten in den Tiefengesteinen selber. Neben der weltweit größten Kupfermine, die seit 1915 in Chuquibambilla besteht, boomen momentan in der Atacama neue Großminen, die sich für ihre weitere Umgebung nicht mehr allein als Segen erweisen (3.2). Mit den Kupfervorkommen vergesellschaftet treten weitere Mineralerze auf, unter denen Gold, Silber, Blei, Zink und Mangan besondere Erwähnung verdienen. Stellen die erwähnten Bergbauprodukte an den Grabenrändern und am Andenanstieg des Großen und Kleinen Nordens die Basis des chilenischen Exportvolumens, so kommt (bzw. kam bis zur künstlichen Herstellung von Kunstdüngern) der Salpeter-Gewinnung eine weitere Rolle zu, die sich auf die *pampas* selbst beschränkt. Während sich die Wirtschaft in der fruchtbaren chilenischen Längssenke im Zentrum und Kleinen Süden mangels größerer Lagerstätten zwangsläufig auf die Landwirtschaft konzentriert, ist also der Übergangsbereich zwischen Küste und Anden in der Nordhälfte des Landes für die Rohstoffproduktion von immenser Bedeutung.

Hinsichtlich der Erzlagerstätten bleibt im Großen Norden auch die Küstenkordillere attraktiv, finden sich hier doch vor allem im Abschnitt zwischen Antofagasta und Tocopilla weitere umfassende Kupfervorkommen. Auch die Küstenabdachung im Kleinen Norden weist von Copiapó bis La Serena Kupfer, vor allem aber reichliche Eisenerz- und Goldvorkommen auf. Weiter südlich nehmen die Lagerstätten deutlich ab, wobei für die südliche Küstenkordillere nur noch Kohlevorräte bei Concepción erwähnenswert sind, die allerdings aufgrund nachlassender Rentabilität kaum noch abgebaut werden.

In morphologischer Hinsicht bildet das Küstengebirge im Norden zwischen Chañaral und Arica auf wenigen Kilometern Distanz eine steil aus dem Pazifik auf über 1.000 m, stellenweise sogar auf über 2.000 m ü.M. aufsteigende Abdachung. In diesem Abschnitt wird es nur an wenigen Stellen von tiefen Tälern durchschnitten, da die wenigen Flüsse mit Ursprung in der trockenen Andenkette nicht über die Kraft zum Durchbruch (Abele 1993), wohl aber zur Auffüllung der Grabensenke im Hinterland verfügen. Hier, wo der ostwärtige Abfall des Küstengebirges in den Aufschüttungsebenen ertrinkt, vollzieht er sich hier kaum merklich. Im südwärts anschließenden semiarid-semihumiden Übergang häufen sich die Talsysteme wieder und weiten sich in Meeresnähe auf der ohnehin sanften Abdachung aus. Dort, im Kleinen Norden, kommt es zur Ausbildung einer Strandbuchtenküste mit hügeligem Hinterland (Abb. 4). Mit südwärts weiter zunehmender Humidität und entsprechend wachsender Erosionsleistung flacht sich das Küstengebirge im Zentrum und Kleinen Süden ab und erreicht nur noch an wenigen Stellen Höhen um 1.000 m. Konsequenterweise bilden die Akkumulationen im jeweiligen Vorland einen höheren Anteil an Aufbau-, also an Strandküsten. Schließlich sinken die letzten Vorposten der Kette ebenfalls ins Meer ab und setzen sich über Chiloé als Inselkette fort.

Bleibt festzuhalten, dass die an die Kordilleren gebundenen orogenetischen Kräfte im Norden des Landes für den mineralischen Reichtum Chiles maßgeblich sind und damit deutlich vor Agrarerzeugnissen und Fischereiprodukten einen Großteil des Außenhandelsproduktes tragen.

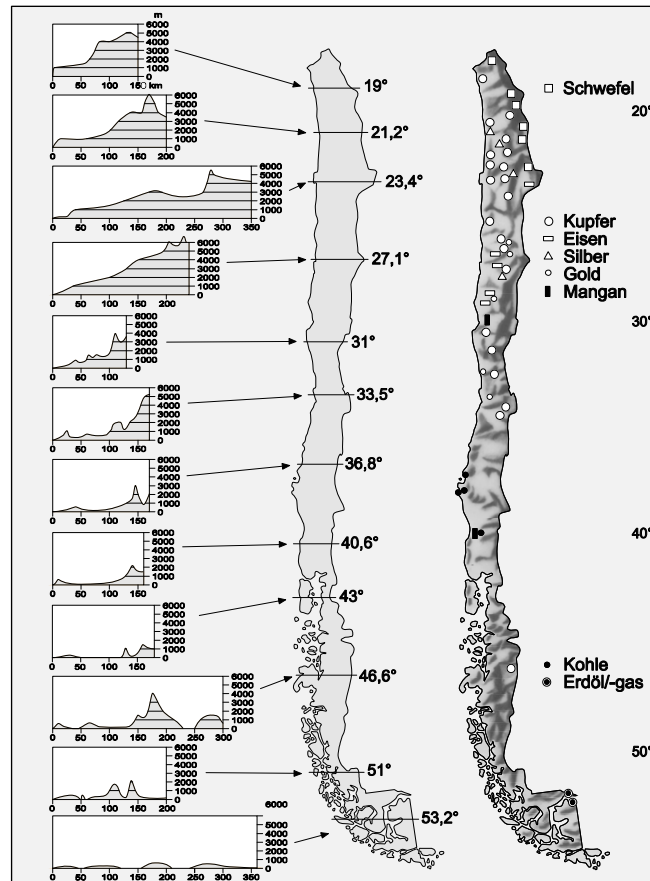


Abb. 3: Überblick der orographischen Differenzierung mit Profilschnitten (links) und Verbreitung der Bodenschätze (rechts).

2.3 Küste und Ozean

Dass sich in einer natürlichen Übersicht eines von drei Kapiteln den Küsten und dem angrenzenden Ozean widmet, gehört nicht unbedingt zum Standard einer landeskundlichen Betrachtung, ist aber im Falle Chiles mit der extrem langen Küstenlinie sowie den speziellen meereskundlichen Verhältnissen und ihrem wirtschaftlichen Potential durchaus angemessen. Denn tatsächlich handelt es sich in Lateinamerika um das Land mit den bedeutendsten Fischfangraten, das außerdem zu den fünf größten Fischereinationen der Erde

zählt und wo für die küstennah lebende Urbevölkerung Fische und Meeresfrüchte die entscheidende Existenzgrundlage bildeten. Die Ursachen für die reichen Fischgründe beruhen auf der Kombination mehrerer natürlicher Gunstfaktoren.

Ausschlaggebend ist zunächst die küstenparallele Erstreckung des Tiefseebereiches, der etwa ab Chiloé als schmaler Graben bei einer Meerestiefe von -3.000 m einsetzt. Ab Valparaíso beläuft sich diese zwischen dem Abtauchbereich der subduzierten ozeanischen und der starren kontinentalen Platte gelegene Furche auf mehr als -5.000 m. Die tiefste Absenkung auf -6.000 m liegt direkt auf der Breite des Aconcagua, wobei hier eine Höhendifferenz von über 12 km auf 260 km Distanz erreicht wird. Bezeichnenderweise ist zwischen La Serena und Vallenar, also dort, wo die Vulkane im Hinterland fehlen, der Graben etwas weniger tief, um dann ab Chañaral bis Antofagasta mit -7.000 m bei einer Höhendifferenz von über 14 km auf 280 km Distanz auf der Breite des Llullaillaco einen weltweit maximalen Sprungwert zu erreichen. Ab Iquique bleiben die Meerestiefen stets unter -6.000 m, wobei Abele (1993) für den gesamten Norden einen Erklärungsansatz in der fehlenden Auffüllung durch einmündende Flüsse im Küstenbereich sieht.

Zumindest teilweise sind mit den tiefen Gräben die deutlich negativen Temperaturanomalien des kühlen Humboldtstroms verbunden, der daneben aus den kalten antarktischen Gewässern gespeist wird. Maßgeblich ist er jedoch das Resultat vom Auftrieb kühlen Tiefenwassers bei Anströmen der vom Subtropenhoch gegen den Uhrzeigersinn angekurbelten Drift des Oberflächenwassers gegen den Kontinent. Im Norden kommt es mit zunehmendem Abdrehen der Strömung infolge der Corioliskraft vom Land weg nach Westen (Ekman-Spirale) zu einer relativ verstärkten Abkühlung. Auch wenn es vor der Wüste des Kleinen und Großen Nordens durch Warmwasserzungen des gegenläufigen Perustroms (Cañon/Morales 1985) und vor allem in El Niño-Jahren zu positiven Abweichungen kommt, so zeichnet sich der Humboldtstrom aufgrund seiner kühlen Temperaturen zumeist durch einen erhöhten CO₂-, Nitrat- und Phosphatgehalt aus. Dies fördert wiederum den Phytoplankton-Besatz, von dem der Fisch- und Meeresfrüchte-Reichtum entscheidend abhängt.

Die letztgenannten *mariscos* profitieren aber noch von einem weiteren, regional etwas beschränkteren Faktor: den Gezeiten-Unterschieden. Sie belaufen sich im Meer von Chiloé auf 6 m (bis 12 m bei Springtide) und sind am atlantischen Eingang der Magellanstraße ähnlich hoch. Gerade die fla-

chen Strände bzw. Watten im Golf von Ancud eignen sich ideal für das Sammeln von Krusten- und Schalentieren, wo zudem sehr starke Strömungen für eine rasche Nährstoffumlagerung sorgen. Ebenso sind hier viele der südostpazifischen Riesentange beheimatet, von denen einige Arten wie der *cochayuyu* als “Brot des armen Mannes” Verwendung finden. Die Algen und den *mariscos* in dieser Region unterliegen einerseits der Sammelwirtschaft, die eher lokalen Absatz findet, zum anderen exportorientierten Kulturen, wobei der Ferne Osten ein wichtiger Abnehmer ist.

So werden bestimmte Muschelarten gezielt kultiviert, wobei es sich im gesamten Süden vor allem um *cholgas* (Miesmuscheln) und *ostras* (Austern) handelt, für die auch gezielt Muschelbänke eingerichtet sind. Fast ausschließlich in Sammelwirtschaft an Felsen in der Brandungszone der gesamten Küste erfolgt die Ernte der besonders gefragten *locos* (Napfschnecken; Abb. 4). Hinzu kommen im Zentrum und Norden der *erizos* (Seeigel), deren orangefarbene Eierstöcke, häufig mit einem innewohnenden kleinen, parasitären Krebs behaftet, als Delikatesse gelten. Zu den *mariscos* zählen schließlich noch die in Schleppnetzen gefangenen *langostinos* und *camarones*, die in der Zentralzone industriell verarbeitet und als Konserve exportiert werden. Im Süden erbringen riesige spinnenförmige Krebse namens *centollon* und *centolla* gute Einkünfte. In allen Fällen handelt es sich um hochwertige Produkte, für die selbst bei langen Handelswegen keine Absatzschwierigkeiten bestehen.

Ganz anders sieht es mit der Verwendung von Fisch aus, der bei der chilenischen Bevölkerung grundsätzlich eher unter Geringschätzung leidet, gilt er doch seit jeher, sozusagen in Analogie zum *cochayuyu*, als “Fleisch des armen Mannes”. Die von Oltersdorf (1965) geschilderten Lebensverhältnisse der zahlreichen Kleinfischer lassen sich selbst heute noch in sämtlichen Küstenregionen vom Kleinen Süden bis zum Großen Norden ausmachen: Sogar an recht abgelegenen Stellen findet man ihre wie Felsennester festgeklebten primitiven Hütten, die sich mehr oder weniger geduldet und oftmals nur vorübergehend auf fremdem Privat- bzw. Staatsgrund niedergelassen haben. Kleine provisorische Anlegestellen geben diesem traditionellen Typus der Kleinfischerei den Namen *caleta*-Fischerei. Diese auf der sozialen Rangstufe unterste Bevölkerungsgruppe ist seit der Kolonialzeit nicht in das ökonomische System eingeplant und führt seit jeher ein semilegales, zumindest aber marginales Dasein. Dies hat zur Folge, dass die Marktversorgung mit Frischfisch nur so weit geht, wie die Küstenfischer für die Sicherung ihrer eher bescheidenen Bedürfnisse benötigen – mit der Konsequenz, dass sich selbst

in Küstenstädten das Angebot an Frischfisch auf wenige Stände in kommunalen Markthallen konzentriert.

Der schon von Bartz (1964) angedeuteten Vorliebe der Chilenen für Fleisch und Missachtung von Fischmahlzeiten zum Trotz ist sich das Land seiner reichen Quellen durchaus bewusst. So hat es weltweit als erstes Land im Jahre 1947 die 200 Meilen-Zone mit Exklusivrechten für den Fischfang proklamiert, eine Einrichtung, die bereits fünf Jahre später von den nördlichen Nachbarn Peru und Ecuador sowie schließlich von der UNO in einer Meereskonvention übernommen wurde. Jedoch erschöpfte sich in Chile der Walfang als damaliges Hauptziel aufgrund zu hoher Abschussraten schon recht bald. In der Folgezeit kam es vor dem Hintergrund des historischen Mangels an Eigeninteressen zu ebenfalls eher leichtfertigen Vergaben von Fischereirechten an Fremdnationen, von denen seit Mitte der siebziger Jahre vor allem spanische, japanische, koreanische, deutsche und portugiesische Fabriksschiffe profitieren.

Spätestens seit dieser Vertragsregelung kommt es zur ruinösen Überfischung des zentralen und nördlichen Küstenbereichs, die, verstärkt durch die industrielle Fischmehlproduktion im Lande selbst, längst zu häufigen Produktionsschwankungen und -einbußen führt. Mittlerweile werden über 90% der Fänge durch eine stetig erweiterte Flotte an Fabriksschiffen eingebracht, die mit großen Verarbeitungsanlagen für Fischmehl und -öl mit Zentren in Iquique, Antofagasta und Concepción zusammenarbeiten. Sie machen Chile zum weltweit größten Exporteur dieser Produkte. Betroffen sind dabei vor allem riesige Schwärme an Sardinen und Anchovis als mit Abstand wichtigste Träger der Fischmehlindustrie. Aber auch die ebenfalls weit und massenhaft verbreitete *merluza* (Seehecht), die als Speisefisch der unteren Preisklasse durchaus eine größere Wertschätzung verdient, wird zum größeren Teil undifferenziert mit verarbeitet.

Die Anlandung in den Haupthäfen mit weiteren Subzentren in Caldera, La Serena, Valparaiso und Puerto Montt sind keineswegs auf die landesintern festgelegten Fanggründe fixiert, die in die drei Zonen Nord, Zentrum-Süden und extremer Süden unterteilt sind. Diese Differenzierung entspricht einer biologischen Klassifikation der Verbreitung von Fischen und Meeresfrüchten. Ihr liegen wiederum die Strömungs- und Brandungsverhältnisse, Wassertemperaturen und Nährstoffvorgaben sowie die vorherrschenden Küstenformen zugrunde. Concepción, seit jeher meeresbiologisches Zentrum des Landes und bedeutender Anlandeplatz, nimmt in diesem Rahmen durchaus eine national bedeutende Funktion ein, da es an den überaus reichen

Fanggründen im Norden teilhat. Die weite Streuung gerade der Fischmehl-industrie und der daran gebundenen Flotten kann in diesem System leichter auf Schwarmwanderungen reagieren, was allerdings hinsichtlich der Gefährdung der Überfischung mit erheblichen Negativfolgen verbunden ist.

Anders als die industrielle Großfischerei leidet die traditionelle Kleinfischerei mit Ausrichtung auf Privatkonsumenten neben der historisch begründeten mangelnden Attraktivität ihrer Produkte unter der Landesform: Hier bestehen ganz offensichtliche Nachteile durch die weiten Entfernungen zwischen den peripheren Quellen und den Verbraucherzentren. Feinfische, wie der *congrío* und die *corvina* oder auch Schwert- und Thunfische, die von handwerklichen Fischereibetrieben dem Handel angeboten werden könnten, lassen sich wie zu Weischets Zeiten (1970) auch heute selbst in Hafenstädten nur auf kommunalen Märkten finden, da der Absatz für den Zwischenhandel kaum rentabel ist.

Wiederum anders verhält es sich mit der modernen Lachszucht, die erst in den achtziger Jahren Fuß fassen konnte und auf den Grenzbereich zwischen dem Kleinen und Großen Süden beschränkt ist. Hier sind mit den meeresnahen glazialen Binnenseen in der südchilenischen Längssenke und der buchtenreichen Fjordküste ideale Bedingungen geschaffen, um einen geregelten Transport zwischen den beiden Lebensräumen zu gewährleisten. So kann Chile schon heute auf einen Anteil von einem Viertel der Weltproduktion dieses "Exoten" blicken, der in den sauberen, kühlen Gewässern optimale Aufwuchsbedingungen findet. Das künstliche System mit Anzucht in den südchilenischen Seen und Transport zu den Schwimmflößen für den weiteren Aufwuchs ('Mästung') in den Fjorden verursacht aber auch bislang unbekannte ökologische Probleme. Zu nennen ist hier vorrangig die Eutrophierung der Seen durch die Futterzugaben sowie die Flucht einzelner Lachse mit der Folge, dass sich ein Raubfisch in Süßwasser-Ökosysteme absetzt, die auf diesen 'künstlichen' Störfaktor nicht eingerichtet sind.

Bleibt festzuhalten, dass vom Fischereiwesen beträchtliche ökologische Risiken mit der Überfischung der reichen Fanggründe im zentralen und vor allem nördlichen Küstenbereich sowie neuerdings mit der Lachszucht in den südlichen Seen verbunden sind, während ein anderes Potential, die Nutzung von Edelfischen, vernachlässigt bleibt.

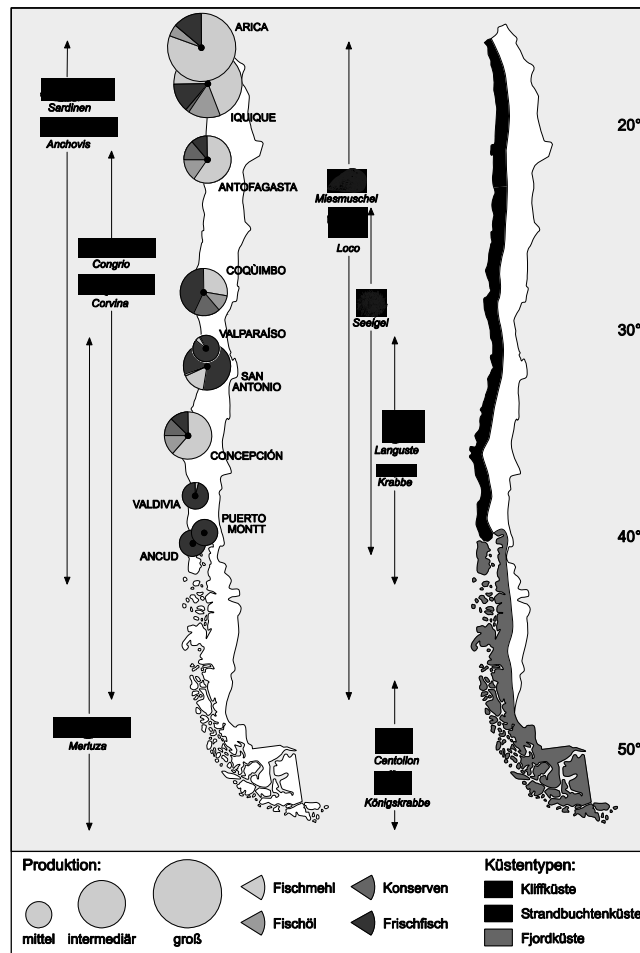


Abb. 4: Verbreitung wichtiger Speisefische und Meeresfrüchte im Pazifischen Ozean mit Fischereistandorten (links) und Küstentypen (rechts).

3. Umweltrisiken

3.1 Das mediterrane Zentrum: Landschaftsaufbrauch und -degradierung

In den letzten beiden Jahrzehnten lässt sich eine zunehmende Okkupation und Inwertsetzung der peripheren Landesteile erkennen, die aufgrund ihrer extremen Klimaverhältnisse besonders sensibel auf Umweltbeeinträchtigung-

gen reagieren. Um den relativ jungen Trend einer Besiedlungszunahme begründen zu können, müssen als maßgebliche Ursachen die siedlungs- und wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten im Zentrum vorangestellt werden. Nicht weiter zu behandeln ist die demographische Entwicklung in und im weiteren Umfeld der Hauptstadt, die von Bähr (in diesem Band) ausführlicher erörtert wird. So sei nur kurz darauf verwiesen, dass sich im 100 km-Umfeld der Región Metropolitana mit Viña del Mar und Valparaíso die dritt- und viertgrößte sowie mit Rancagua die achtgrößte Stadt des Landes befinden. Mithin sind dies knapp über 60% der Gesamtbevölkerung, die in der Zentralregion zum allergrößten Teil in Städten lebt.

Die zentralen Funktionen, die diesem Gebiet innewohnen und bislang als *pull*-Faktoren vor allem Menschen auf den Kleinen Süden anzogen, beginnen sich kontraproduktiv auszuwirken. Die nachlassende Anziehungskraft der Hauptstadtregion geht also nun mit abstoßenden Effekten einher, die im Gegensatz zu den üblichen *push*-Faktoren weniger ökonomischer als ökologischer und gesellschaftlicher Natur sind. Nach der einseitigen Orientierung und Konzentration der Binnenwanderung auf die *primate city* mit den Folgen eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts bilden die folgenden Merkmale eines Attraktivitätsverlustes eine Ursache für eine beginnende Dezentralisierung:

- Die rasante Urbanisierung im laufenden Jahrhundert bedingt aufgrund der bevorzugt flachen Bauweise nicht nur einen beträchtlichen Landschaftsaufbrauch, sondern sorgt für ungewöhnlich weite Wege zwischen Wohnort und Arbeitsplatz bzw. Wohnort und Naherholungsraum (s.u.). Lange Wege verursachen den Anstieg des Aufkommens an Individual- bzw. Busverkehr und gehen mit entsprechenden Zeitverlusten einher.
- Angesichts des semiariden Meditteranklimas erweist sich die Beckenlage für eine Großstadt wie Santiago als ungünstiger Standort. Hier kommt es in den Sommermonaten zu Inversionswetterlagen mit stabiler Luftmassenschichtung, die den Austausch stark belasteter Stadtluft verhindert. Insbesondere Kfz-Abgase tragen zur Entwicklung des trockenen Smogs bei („Los Angeles-Smog“); der öffentliche Busverkehr hat maßgeblich an dem Ausstoß teil. Die Folgen schlagen sich in einer tageszeitlich erhöhten Konzentration an Ozon nieder, das als Reizgas den menschlichen Organismus erheblich beeinträchtigt.
- Da der infrastrukturelle Ausbau nicht im gleichen Maße mit der Überbauung wächst, treten mittlerweile Versorgungsengpässe auf. Entspre-

chendes gilt für Mängel in der Entsorgung, die sich bei der Abfallbeseitigung bemerkbar machen und vor allem im Sommer das Grund- und Fließwasser belasten (Rio Maipo).

- Mit der raschen Überbauung geht auch die Dezimierung des innerstädtischen Erholungsraumes einher. Zugleich ist ein relativer Verlust an kulturellen Angeboten festzustellen, so dass der Freizeitwert und die Lebensqualität in der Hauptstadt sinken.
- Als Nebeneffekt der stellenweise außer Kontrolle geratenden Siedlungsausweitung steigt die Kriminalitätsrate an. Sie geht mit der Entwicklung eines anwachsenden Stadtproletariats einher und trägt zusammen mit den vorgenannten Punkten vor allem zur Abwanderung wohlhabender Bürger bei, deren Steueraufkommen von kommunalem Interesse ist.

Anders als in den Peripheriegebieten ist bei der Umweltkrise in der *Región Metropolitana* der Begriff des “Risikos” nicht mehr angebracht, da hier die Ressourcen ohnehin nahezu restlos aufgebraucht bzw. zerstört sind. Dies betrifft auch das ländliche Umfeld, das sich zumindest auf kritische Anwohner und Besucher als wenig anziehend erweist, bietet es doch hinsichtlich der Naherholung wenig Reize auf wachsende Ansprüche einer Stadtbevölkerung. Die umliegenden Landschaftseinheiten werden durch folgende Beeinträchtigungen gekennzeichnet:

- Die relativ fruchtbaren Böden über der Sedimentauffüllung des Beckengrundes im westlichen und südlichen Teilgebiet werden von unattraktiven mediterranen Monokulturen beherrscht. Baumbestände fehlen mittlerweile in weiten Bereichen des ebenen Umfeldes restlos. Der nördliche Abschnitt gilt als ausgesprochen unfruchtbar und ist aufgrund undurchlässiger Böden überschwemmungsgefährdet. Er wird von einer wenig ansprechenden savannenartigen Vegetation geprägt.
- Das hügelige Relief der Küstenkordillere zeichnet sich durch unfruchtbare Rotlehme aus und leidet seit Jahrhunderten unter Rodungsmaßnahmen und Holzentnahme. Viehverbiss und Bodenerosion haben zur großflächigen Degradierung beigetragen, so dass mittlerweile große Teile des kargen Gebietes mangels akzeptabler Wirtschaftsgrundlagen nahezu siedlungsleer sind. Diesen Landschaftsmerkmalen der Innenseite des Gebirges stehen weite Aufforstungen mit der kalifornischen Kiefer *Pinus radiata* an der Küstenabdachung gegenüber, die neben einer extremen Artenverarmung (s.u.) zur irreversiblen Verhagerung der Böden führen.

- Auch die an und für sich relativ attraktive Küste von Viña del Mar über Valparaíso bis San Antonio hat aufgrund der Häfen und Fischindustrie sowie der Abwasserprobleme an ihrer früheren Anziehungskraft verloren. Nur einige kleinere Ortschaften wie Quintay oder Horcón vermögen auf Stadtbewohner noch einen gewissen Reiz auszuüben, gewinnen aber durch eine kaum organisierte Bebauung keinesfalls an Attraktivität.
- Bleibt der andine Gebirgsanstieg, der allerdings in Relation zu seiner südlichen Fortsetzung aufgrund der trockenen und dadurch ohnehin waldarmen Täler ebenfalls relativ trist wirkt. Zusätzlich hat hier der Bergbau zu einer weitgehenden Vernichtung der Baumvegetation und einer allenthalben sichtbaren Umgestaltung der Landschaft geführt.

Aufgrund der geschilderten internen Probleme stellt sich zumindest bei Teilen der kapitalstarken Mittel- bis Oberschicht ein Trend zur Fortorientierung ein. Demnach werden nun erstmals Anzeichen eines *push*-Effektes im Zentrum erkennbar. Stärker noch als dieser aktive Prozess der Deurbanisierung ist aber das Nachlassen des *pull*-Effektes für die Verlangsamung des Wachstums im Landeszentrum ausschlaggebend. Demnach handelt es sich eher um einen passiven Prozess des *polarization reversal*, da die einseitig gerichtete Zuwanderung, also das ehemalige *bottleneck problem*, mit dem infrastrukturellen Ausbau des Hinterlandes nachlässt. Die Flucht von innen nach außen steht also noch hinter einer Abschwächung der herkömmlichen Wanderung von außen nach innen zurück.

Die verbesserte Infrastruktur und damit einhergehende Globalisierungseffekte sorgen nun auch im Hinterland für Arbeitsplätze – jedoch auch für ein verstärktes Bevölkerungswachstum in der Peripherie. Die Ausführungen zu den damit verbundenen Umweltrisiken beginnen beispielhaft mit dem Großen Norden, denen Merkmale entsprechender Veränderungen im Großen Süden folgen. Abschließend ist folgerichtig auf Defizite in der Ressourcennutzung einzugehen.

3.2 Der trockene Norden: Wassermangel

Die Region Antofagasta, die hier als Fallbeispiel für den trockenen Norden steht, zeichnet sich während der letzten Jahrzehnte durch einen über dem Landesmittel liegenden Bevölkerungszuwachs aus. Bei näherer Betrachtung haben daran jedoch in erster Linie die vier Küstenstädte Taltal, Antofagasta, Mejillones und Tocopilla sowie die Zwillingsstädte Calama und Chuquibambilla im Hinterland Anteil. Die Binnenwüste weist dagegen Abwanderungen

aus der Salpeterzone und mehreren Oasen auf. Schlechte Wasserqualität und Wassermangel werden dabei in steigendem Maße zum Hauptproblem der Region.

Der rasch wachsende Verbrauch geht auf die Extraktion der Mineralien zurück. Aus Tabellen bei Boric P. et al. (1990) leiten sich die Verteilungen von erschlossenen Vorkommen in der Region ab, deren Größenkategorien auf Wertschätzungen beruhen, die die ökonomische Dimension des Bergbaus verdeutlichen (klein < 16,5 Mio. US\$, groß > 1,65 Mill. US\$!). Die erheblichen Beträge erklären, wieso 39,3% des chilenischen Exportvolumens (1996) allein aus den Erlösen des Kupferabbaus stammen. Die folgende Zusammenstellung zeigt die Anzahl der unterschiedlich großen Bergbaubetriebe in der Region II an:

Vorkommen	klein	mittel	groß
Kupfer	481	20	5
Gold	125	6	-
Silber	71	6	-
Mangan	26	-	-
Eisen	18	2	2
Schwefel	52	2	1

Der Wasserbedarf für die Extraktion mineralischer Rohstoffe liegt allein bei den drei neuen Großprojekten El Abra, Zaldivar und Escondida (Abb. 5) bei 3.900 l/sec und wird für das Jahr 2000 von staatlichen Interessengruppen für alle Minen auf über 6.000 l/sec veranschlagt. Die Analogwerte für die Landwirtschaft belaufen sich auf 6.800 l/sec und für die Bevölkerung auf 1.055 l/sec. Diesem Gesamtbedarf von knapp 14.000 l/sec, der zugunsten der Bergwerke und zulasten der Landwirtschaft geschönt sein dürfte, steht eine regionale Wasserspende von 17.200 l/sec gegenüber, die bei steigender Nachfrage der Minen bald an ihre Grenzen stößt. Getragen werden diese Quellen vom Río Loa als einzigem Fluss der Region, der das Meer erreicht (9.500 l/sec) und den Spenden im endorrheischen Becken des Salar de Atacama (7.700 l/sec; Romero/Rivera 1997). Sie setzen sich im letzten Fall zum geringsten Teil aus Niederschlagsspenden, sondern vielmehr aus juvenilen Quellen infolge der vulkanischen Aktivität (Mofetten) und aus fossilen Vorräten zusammen. Die Nebelniederschläge an der Küste sind – anders als im Kleinen Süden – für eine Ausschöpfung unergiebig. Die absehbaren Defizite lassen sich nach Vorstellungen der Minenlobby durch eine Neuverteilung

der bestehenden Ressourcen und durch die Erschließung fossiler Wasservorräte im Salar sowie in den kleineren Endbecken auf dem chilenischen Altiplano decken (Abb. 5).

Im ersten Fall wird an die Reduktion der Wasserbereitstellung für die wenig effiziente Landwirtschaft im Umfeld des Salar de Atacama gedacht. Dieser Überlegung leisten traditionelle Praktiken in Höhenoasen wie San Pedro de Atacama, Toconao, Socaire oder Toconce Vorschub. Hier kommen z.B. Überflutungsverfahren im 17- bis 25-Tagesrhythmus (Melga-Bewässerung) zum Tragen, die hohe Verdunstungsverluste provozieren (Uhlir 1996). Der überwiegende extensive Anbau von Alfalfa findet seine Ursprünge im längst überkommenen Viehtransfer von Argentinien in die Salpetergebiete (Bähr 1985) und gilt heute kaum noch als ökonomisch sinnvoll. Im Vergleich zu tiefer gelegenen Flussoasen bei Arica mit innovativer Agrarexpansion oder zur Monokultur mit exportorientiertem Wein- und Obstanbau um Copiapó weiter im Süden (Ratusny 1994), unterliegt die Nutzung der Hochoasen einer indigenen Bevölkerung konservativen Charakters. Impulse für einen Wandel der retardierten Strukturen sind hier nicht zu erwarten, im Hinblick auf die Erhaltung einer gewachsenen Kulturlandschaft aber auch gar nicht unbedingt erstrebenswert (s.u.).

Verheerend dürfte sich der zweite Fall der verstärkten Ausschöpfung teilweise fossiler Tiefenwässer in den Salaren auswirken. Erfahrungen aus der Sahara mit ihren viel größeren Aquiferen belegen die Endlichkeit dieser Vorräte, so dass die für die Exploitation in Erwägung gezogenen kleineren Becken im chilenischen Altiplano schon nach wenigen Jahren versiegt sein dürften. Ein Großteil dieser Speicher dürfte aus einer feuchteren Klimaphase im Spätglazial und frühen Holozän stammen (Messerli et al. 1997). Von diesen Rücklagen profitiert über Grundwasser- bzw. Flusszufuhr auch der Salar de Atacama, dessen Vorräte mit 1.300 l/sec von der Lithium-Produktionsstätte im Süden des Beckens sowie einigen neuen Kupferminen ausgeschöpft werden. Eine Erneuerung der Wasservorräte durch Niederschläge bleibt hingegen bei rund 25 mm/a und einer potentiellen Landverdunstung von ca. 2.400 mm/a in dieser Höhenlage aus. Selbst in 4.000 m ü.M. liegt der Niederschlagseintrag bei nur 150-200 mm/a. Hier infiltriert lediglich ein kleiner Prozentsatz von 10-20%, während der Rest verdunstet (ca. 1.600 mm/a, nach Schmidt 1999) bzw. in den kurzen Schneedeckungen der Hochlagen sublimiert. Kaum abschätzbar bleibt die unter- und oberirdische Spende aus Mofetten.

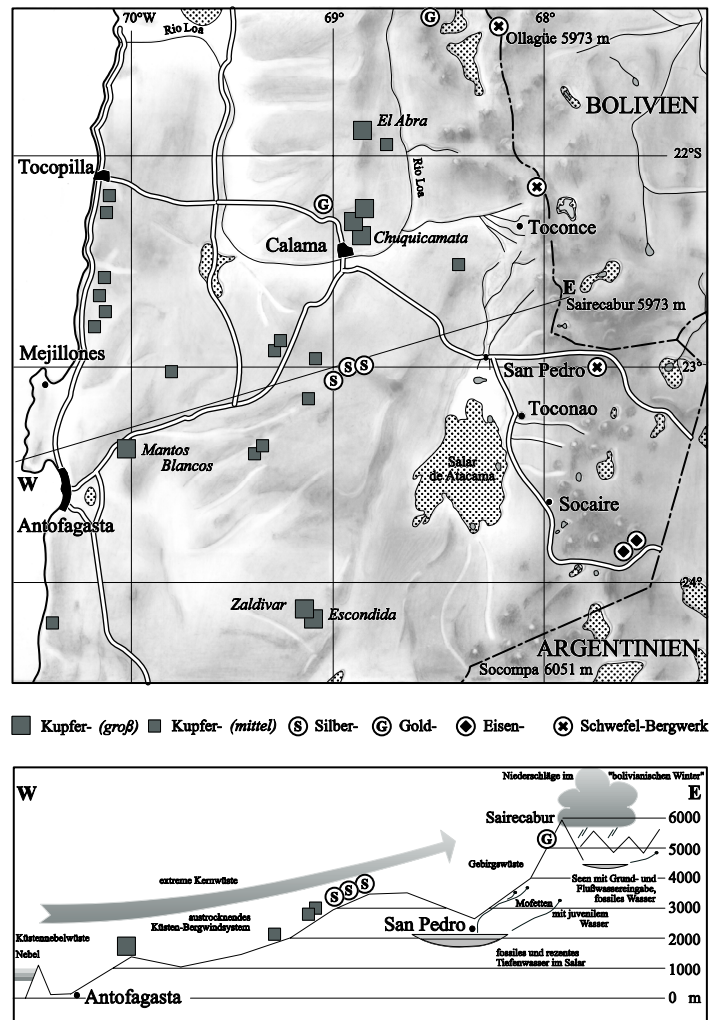


Abb. 5: Bergbau und Wasservorräte in der Región Antofagasta

Beide Maßnahmen – Abzug der Wasserressourcen aus der Landnutzung und Tiefbohrungen in den Salaren – werden einschneidende Wirkungen zeitigen. Die erste läuft auf eine unwiederbringliche Zerstörung einer der wenigen überlebenden Indianerkulturen Chiles hinaus. Die zweite führt zur Versieugung von Grundwässern und darauf beruhenden Wasserstellen in den Salaren sowie mehrerer Bäche. Beide Fälle verbinden sich mit bedeutenden

Attraktivitätsverlusten, brechen doch neben den Bewässerungskulturen auch artenreiche amphibische Ökosysteme zusammen. Diese Gefahr steht im Widerspruch zu den chilenischen Anstrengungen auf dem internationalen Tourismusmarkt, der eine Steigerung von 360.000 im Jahre 1984 auf drei Millionen ausländische Besucher im Jahre 2000 anstrebt. Bei Betrachtung der momentanen Fremdenströme in San Pedro erscheint diese Vorstellung keineswegs utopisch: Hier lag die jährliche Touristenzahl im Jahre 1986 noch bei 7.500, im Jahre 1996 aber schon bei 41.500 (Pfeifer 1997). Ob dieser Boom erhalten bleibt, hängt maßgeblich von der Klärung der Wasserfragen ab. Die naheliegende Lösung, Wasser vom bolivianischen Altiplano zu importieren, was unter Ausnutzung des Gefälles technisch und finanziell sowie bei behutsamer Erschließung ökologisch unproblematisch wäre, scheitert bislang am historischen Selbstverständnis, das sich in Chile mit überholten Autarkiewünschen verbindet.

3.3 Der feuchte Süden: Kahlschlag

In Relation zum trockenen Norden lässt sich kaum ein kontrastreicherer Raum vorstellen als der feuchte Süden. Die in Abb. 6 aufgezeigte Topographie lässt dies erahnen: Hier greift die chilenische Grenze über die vergletscherten Anden auf die östliche Fußstufe aus, so dass neben der regenreichen Luvseite auch Anteile an der patagonischen Steppe im Lee bestehen. Verursacht allein dieser West-Ost-Wandel eine landschaftliche wie auch pflanzliche Vielfalt von perhumiden Mooren und Heiden im Küstenland über dichte Urwälder bis hin zu semihumiden Grassteppen, so kommt noch ein meridionaler hinzu: Im Kartenausschnitt vollzieht sich der Wechsel zwischen der temperierten 'austral' und kühlen 'antiborealen' Ökozone. Dieses Potential – abwechslungsreiche Orographie mit Fjorden, Schären, Seen, Trogtälern, Gletschern und weiten Schichtstufenlandschaften in unberührter Natur – schafft ideale Vorgaben für einen zunehmenden Insidertourismus, der von Individualreisenden und Kleingruppen mittlerer bis höherer Einkommen getragen wird. Zum Programm örtlicher Tourveranstalter zählen Wildwasserfahrten, Bootsexkursionen zur Gletscherzunge in der Laguna San Rafael oder auch Gletscherflüge und Bergwanderungen im Bereich des nördlichen Feldes des patagonischen Inlandeises. Weiterhin sind an zwei Stellen Thermalbäder eingerichtet, und es steht der Besuch von mehreren Nationalparks offen. Die amtliche Fremdenverkehrsplanung steckt aber noch in den Anfängen, da es im Umfeld der unberührten Gebiete an Wegen und Versorgungseinrichtungen fehlt. Das Beispiel der Torres del Paine in der südlichen

Region Magallanes mit Puerto Natales als aufstrebendem Ausgangspunkt liefert jedoch Anlass für eine optimistische Einschätzung in der Tourismusbranche.

Wenn zuvor von einer unberührten Natur gesprochen wurde, so trifft dies nur die halbe Wahrheit. Obwohl das Gebiet nach einer vorauslaufenden spontanen Kolonisation erst seit 1927 unter staatlicher Förderung besiedelt wird (Bähr/Golte 1976), dringt die *frontera* seit vier Jahrzehnten von Ost nach West und von Nord nach Süd auch in abgelegene Täler vor (Abb. 5). Längst sind Umgebung und Seitentäler der beiden Besiedlungsachsen von Balmaceda über Coihaique bis Puerto Aisén sowie von Chile Chico bis Cochrane entwaldet. Einen letzten Impuls übt die südwärtsige Expansion zum Estero Baker durch die Fertigstellung des letzten Abschnittes der 'Carretera Austral General A. Pinochet' Richtung Tortel aus. Schon der Name lässt ein Prestigeobjekt erahnen; der wirtschaftliche Wert der Straße zu dieser 500-Seelen-Gemeinde und einem benachbarten Militärlager steht deutlich hinter dem strategischen zurück, und letzterer ist überdies zweifelhaft. Der gelegentlich geäußerte Grund für den Straßenbau, eine chilenische Landverbindung in die Südregion Magallanes zu schaffen, erweist sich durch einen raschen Kartenblick als Unsinn: Vom südlichen Feld des patagonischen Inlandeises schieben sich riesige Gletscherzungen bis auf argentinisches Territorium vor und blockieren jeglichen Landweg.

Das Hauptproblem der Expansion liegt in erster Linie in der Vernichtung der Naturwälder. Der Vorgang verfolgt dabei nicht wie im Kleinen Süden das Prinzip der Forstnutzung in "Holzplantagen" auf riesigen Flächen mit Exoten wie *Pinus radiata* oder *Eucalyptus spec.* über ausgelaugten und erodierten, d.h. landwirtschaftlich mittlerweile uninteressanten Böden. Denn während es sich dabei um eine Folgenutzung handelt, verbindet sich die Rodung in Aisén vor allem mit einer initialen Landnahme. Beteiligt sind insbesondere Kleinstbauern, deren fehlende Kenntnisse und ökonomische Zwänge sich in einer geringen Wertschöpfung der Wälder unter Missachtung der Folgen der üblichen Brandrodung niederschlagen. Die Überleitung in extensiv genutzte Schafweiden zeitigt extreme Erosionsschäden. Sie führen schon jetzt mancherorts zur rasch abnehmenden Rentabilität mit der Konsequenz, dass aufgegebenes und kaum regenerierfähiges Ödland zurückbleibt. Hinzu treten die Interessen von Waldbesitzern am einheimischen Baumbestand, der in ungeordnetem Einschlag für die Holzspäne-Herstellung und den Export dieser *chips* zur Zellstoffproduktion vornehmlich nach Japan ausgebeutet wird. Eine ohnehin fragwürdige Folgewirtschaft mittels Anlage von

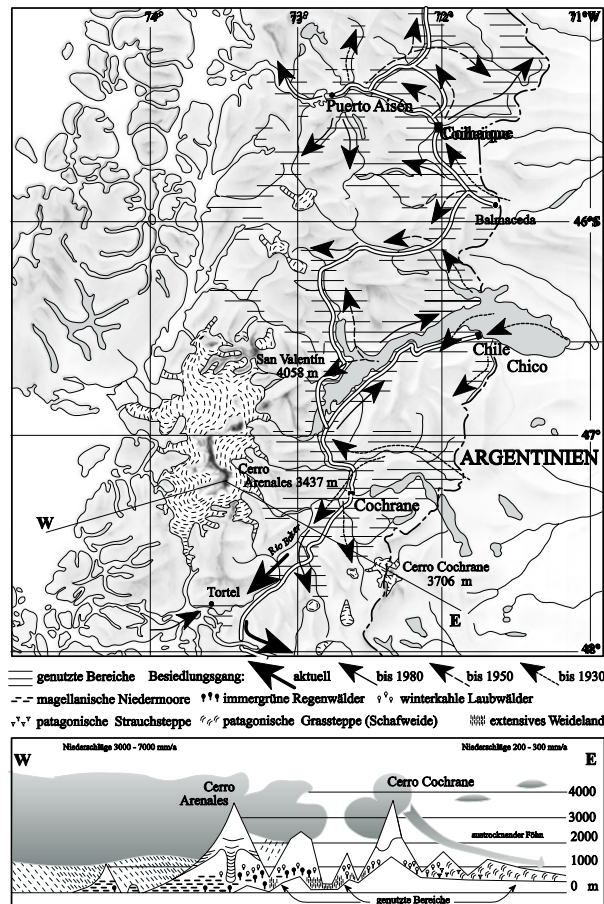


Abb. 6: Besiedlungsgang und Waldzerstörung im Großen Süden in der Región Aisén.

Plantagenwäldern bleibt hier mit wenigen Ausnahmen im Umfeld von Coihaique und Cochrane aus, da die Reifezyklen der üblichen Exoten im vorliegenden kühleren Klima zu lang sind.

Die bisherigen Erfahrungen zu den Praktiken der Landnahme lassen den Schluss zu, dass der Bau von Straßen nicht nur entlang dieser Hauptachsen, sondern auch in Seitentälern zur extensiven Ressourcenaus-schöpfung führt (Abb. 6). Längst ist der Typus des “Regenwaldes von Puyuguapi” mit der immergrünen Südbuche *Nothofagus nitida* in den Talgründen im Norden der Region stark gelichtet; ebenso leiden die laubwerfenden Lengawälder

(*N. pumilio*) im trockeneren Osten unter der Expansion der Kleinbauern. Der seit zwei Jahren bestehende Straßentrakt bis Tortel bewirkt nun auch die Rodung der immergrünen magellanischen Regenwälder der antiborealen Zone (*N. betuloides*), die bis in den Süden der Region reichen (Werwein 1997). Bedroht sind zudem große Bestände mit dem ansonsten eingestreut auftretenden imposanten *Podocarpus nubigena* im Bereich des Estero Baker.

Angesichts der rasch vorgreifenden Waldzerstörung, die auch die südlich anschließende Region Magallanes betrifft, bietet sich für den Großen Süden ein Schutzkonzept an, das sich an jenes von Finckh/Müller-Hohenstein (1996) für Waldökosysteme in Nationalparks im Kleinen Süden anlehnt. Danach wären repräsentative Kernzonen einzurichten, die den Erhalt der Biodiversität und die Einzigartigkeit unberührter Naturbestände gewährleisten. Schutzzonen mit begrenztem Zugang könnten einen Beitrag zur Attraktivität für den zukünftigen Tourismus garantieren. Daneben sollte die Einrichtung von Entwicklungszonen auf eine Bündelung des Fremdenverkehrs abzielen. Die verbliebenen Erschließungszonen im Bereich der zukünftigen Landnahme erfordern schließlich ein klares raumplanerisches Konzept und die Regelung einer Genehmigungspflicht für Nutzungsinteressenten. In allen Teilbereichen hätte der Schutz von Bannwäldern, die für die Kontrolle von Gefahren durch hydrologische und denudative Prozesse unabdingbar sind, Vorrang.

4. Defizite und Erfordernisse einer umweltschonenden Ressourcennutzung

In vielen lateinamerikanischen Ländern liegen die Wurzeln eines schonungslosen Umgangs mit den Ressourcen in der kolonialzeitlichen Okkupation einzelner Kernräume, gefolgt von einer schubweisen Landnahme durch Immigranten und der Marginalisierung indigener Gruppen. Im Falle Chiles setzt sich dieser Trend seit vier Jahrzehnten in einer gelenkten Binnenkolonisation und Ressourcenausschöpfung infolge verstärkter Dezentralisierungsmaßnahmen fort. Die Entwicklung wird also von einer fortwährenden Expansion geprägt, die nun auch ökologisch hochsensible Räume an der Peripherie erreicht. Trotz negativer Erfahrungen während der verschiedenen Phasen der Landnahme (Bodenerosion und -auslaugung, Wasserverknappung etc.; s. Endlicher 1992) zeigen sich kaum Lernerfolge bei einer schonenderen Inwertsetzung junger Siedlungsräume.

Begleitet werden diese Vorgänge vom chilenischen Minimalstaatskonzept (Messner/Scholz 1996), das auf behördlicher Zurückhaltung beruht und ge-

zielte Raumordnungspolitik einschränkt. Die Folgen sind allenthalben erkennbar, werden doch neben ökologischen nun auch ökonomische Interessen betroffen. Dass etwa in traditionellen Touristenorten am Lago Llanquihue Lachsräuchereien oder neben einem Kohlehafen in Coquimbo Ferienbungalows errichtet werden, zeugt von fehlendem Beurteilungsvermögen gegenüber den üblichen ästhetischen Ansprüchen von Urlaubern. Zwar sind hier ökologische Schäden weniger offensichtlich als kontraproduktive ökonomische Auswirkungen, jedoch machen die Beispiele deutlich, dass eine durchdachte Raumplanung mit klar definierten Zielen hinter einer sektoralen Planung zurücksteht.

Hinzu kommt, dass noch immer das Militär eine Schlüsselrolle in der Machtpolitik einnimmt, mit der sich nach wie vor weite Kreise der Großfinanz verknüpfen. Ihre Interessen konzentrieren sich auf lukrative Anlagemöglichkeiten. Hierzu zählen neben Modernisierungen im traditionellen Bergbau und in der Obstproduktion Wirtschaftszweige mit innovativem Charakter. Neuere Beispiele wie die Lachszucht oder die Forstwirtschaft unterliegen zwar einer internen gesetzlichen Regelung und der staatlichen Kontrolle, eine Missachtung der ökologischen Konsequenzen erfolgt aber weiterhin. Für den ersten Fall sei die eutrophierende Wirkung auf die südchilenischen Seen angeführt, indem die Lachszucht in sechs Jahren ihre Produktion von 25.000 t/a auf nunmehr 165.000 t/a hinaufgefahren hat und heute 25% des Weltmarktes bedient. Für den zweiten Fall der Holzplantagen sei auf den Ausspruch eines Spötters verwiesen, der in den Aufforstungen mit der *Pinus radiata* ein "besonders wirksames Herbizid" bei der Dezimierung der Biodiversität im Kleinen Süden sieht.

Die fragwürdige Landnahme im Großen Süden und die rasche Expansion des Kupferbergbaus im Großen Norden werden von administrativen Kompetenzstreitigkeiten begleitet. Sie muss als Konsequenz der seit Jahrzehnten üblichen Methode gelten, weniger die horizontale Verknüpfung zwischen Verwaltungseinheiten als ihre vertikale Orientierung zu fördern. So werden anstelle von Allianzen konkurrierende Gruppen geschaffen, die sich zur Durchsetzung von Interessen seitens der staatlichen Aufsicht gegeneinander ausspielen lassen. Die Konkurrenz zwischen verschiedenen Abteilungen äußert sich in einer behördlichen Disfunktionalität mit Merkmalen einer Abschottungs- und Blockadepolitik, erkennbar in der Verweigerung des Datenaustauschs, im Abstreiten der Zuständigkeit oder im Verzögern bei Genehmigungsverfahren.

Mit dieser Politikinkohärenz wird auch die 1997 ins Leben gerufene nationale CONAMA bzw. regionale COREMA konfrontiert (*Comisión Nacional* bzw. *Regional del Medio Ambiente*). Als eine dem Präsidenten direkt unterstellte Vereinigung setzt sie sich je nach Planungsvorhaben aus verschiedenen Interessen- und Nutzergruppen zusammen. Hierzu gehören etwa die Planungs- oder Siedlungsämter, die Forst-, Fischerei- oder Bergbaubehörden und der staatliche Gesundheitsdienst. Die COREMA hat eine beratende und vermittelnde, aber kaum entscheidende Funktion und somit bei ressourcenbasierten Interessen übermächtiger Wirtschaftslobbys eine eher geringe politische Einflussnahme. Umweltauflagen lassen sich noch immer abblocken, so z.B. eine klare Gesetzgebung für die Waldbewirtschaftung, die jahrelang verschleppt wurde.

Zu den hierin verankerten ökologischen Erfordernissen einer nachhaltigen Nutzung der Naturwälder des Großen Südens zählen im Sinne von Messner et al. (1991) unter anderem:

- Vorlage von Bewirtschaftungsplänen beim und Waldüberwachung durch den staatlichen Forstdienst (CONAF) mit Ahndung von Verstößen,
- Einschlagverbot in Schutzwäldern und Einrichtung von Bannwäldern auf kritischen Standorten,
- Ausweisung von Schutzgebieten und Verbundsystemen für den Erhalt der Biodiversität und Landschaftsattraktivität,
- Gewährleistung der Anreicherung wertvoller einheimischer Baumarten in degenerierten Naturwäldern,
- klare Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Umweltschäden durch die verarbeitende Holzindustrie (z.B. bei chemischer Behandlung und bodenbelastender Stammberieselung).

Im Falle der Wasservergabe an konkurrierende Nutzer bleiben einzelne Interessenverbände deutlich benachteiligt. So ist eine ökologische Raumplanung chancenlos, wenn z.B. Konzessionen zur Goldexploration mit keinerlei Auflagen verbunden sind und Bergbaugesellschaften auch zukünftig das Recht haben, Unterlagen über ihre Wasserversorgung selbst gegenüber Behörden geheimhalten zu dürfen (Messerli et al. 1997). Angesichts der überaus starken Minenlobby bleiben die folgenden Maßnahmen vorläufig utopisch, wie sie im Sinne von Fox (1997) als allgemeine Richtlinien gelten sollten:

- Langfristige Vorbereitung des spezifischen Umweltschutzes mit Ausrichtung auf eine nachhaltige Wertschöpfung, begleitet von realistischen Kosten-Nutzen-Analysen,
- Einplanung der Umweltüberwachung aller Installations- und Arbeitsschritte sowie Umwelttraining für alle am Arbeitsprozess beteiligten Angestellten,
- Absicherung der anfallenden Kosten zur Erfüllung der Umweltauflagen durch einen Finanzfonds der Träger,
- Integration der Gemeinschaft lokaler Anlieger unter Berücksichtigung ihrer Umweltansprüche sowie Einrichtung von Schutzzonen, z.B. hinsichtlich der Emissionen, Altlasten- und Abfalldepositionen sowie zur Sicherung der Trinkwasserreserven,
- freie Verfügbarkeit jeglicher Datengrundlagen über potentielle Faktoren der Umweltbelastung und Ermutigung zur unbeeinflussten Forschung (s.o.).

Nachdem in Chile das neoliberale Wirtschaftssystem sein Ziel einer ökonomischen Restabilisierung nach nunmehr zwanzig Jahren erreicht hat, führen jetzt die ökologischen Folgen der rigorosen Ressourcenausschöpfung zu kontraproduktiven Auswirkungen. Dies allein sollte ausreichen, im Lande selbst das Umweltbewusstsein zu fördern. Auf politischer und raumplanerischer Ebene sind die umweltorientierten Regulative jedoch noch begrenzt. Allerdings erfährt der schwach entwickelte endogene Reformdruck nun eine wirksame exogene Unterstützung: Mittlerweile wird bei den Erzeugnissen und – was für das Land noch wichtiger ist – bei den Produktionsprozessen den ökologischen Anforderungen auf Exportmärkten Rechnung getragen. So bescheinigt Scholz (1996) der exportorientierten Holzwirtschaft und Lachszucht “außenhandelsinduziertes Umweltlernen”.

Zwar birgt dieser von den Verbraucherländern gesteuerte Prozess die Gefahr, eine Umlenkung der Güterströme auf anspruchslosere Märkte zu begünstigen oder im Falle der Naturhölzer auf Weiterverarbeitung zu hochwertigen Gebrauchsgütern für kritische Abnehmer verzichten zu müssen. Auf lange Sicht üben die externen Auflagen aber dennoch eine Anreizfunktion für nachhaltige Bewirtschaftungsformen aus. Immerhin zählt Chile im Vergleich zu den meisten anderen Ländern Lateinamerikas zu den wenigen, in denen das Umweltbewusstsein während der letzten Jahre deutlich fortschreitet.

Literaturverzeichnis

- Abele, G. (1993): "Die Zertalung der nordchilenischen Anden in ihrer Abhängigkeit von Klima, Tektonik und Vulkanismus". In: *Innsbrucker Geographische Studien* 20, S. 15-28.
- Bähr, J. (1985): "Agriculture, Copper Mining, and Migration in the Andean Cordillera of Northern Chile". In: *Mountain Research and Development* 5, S. 279-290.
- Bähr, J./Golte, W. (1976): "Entwicklung und Stand der Agrarkolonisation in Aysén unter dem Einfluß der Verstädterung". In: *Erdkundl. Wissen* 42, S. 88-118.
- Bartz, F. (1964): *Die großen Fischereiräume der Welt*. Wiesbaden.
- Boric P., R./Díaz F., F./Maksaev J., V. (1990): *Geología y yacimientos metálicos de la Región de Antofagasta. Servicio Nacional de Geología y Minería – Chile* 40. Santiago.
- Cañon, J./Morales, E. (1985): "Geografía del Mar Chileno". In: *Geografía de Chile IX*. Santiago.
- Endlicher, W. (1988): "Landschaftsdegradation im Küstenbergland von Concepción". In: *Erdwissenschaftliche Forschung* 22, Stuttgart.
- (1992): "Anthropogene Eingriffe in den Naturhaushalt südandiner Lebensräume". In: Reinhard, W./Waldmann, P. (Hrsg.): *Nord und Süd in Amerika*. Freiburg, S. 64-77.
- Finckh, M./Müller-Hohenstein, K. (1996): "Waldökosysteme in Südkile". In: *Geographische Rundschau* 48, S. 647-654.
- Fox, D. J. (1997): "Mining in Mountains". In: Messerli, B./Ives, J. D. (eds): *Mountains of the World*. New York/London, S. 171-198.
- Messerli, B./Grosjean, M./Vuille, M. (1997): "Water Availability, Protected Areas, and Natural Resources in the Andean Desert Altiplano". In: *Mountain Research and Development* 17, S. 229-238.
- Messner, D./Scholz, I. (1996): "Gesellschaft und Wettbewerbsfähigkeit in Chile". In: Esser, K. (Hrsg.): *Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum*. Köln, S. 225-248.
- Messner, D. et al. (1991): "Weltmarktorientierung und Aufbau von Wettbewerbsvorteilen in Chile. Das Beispiel der Holzwirtschaft". Berlin, Schriftenreihe "Deutsches Institut für Entwicklungspolitik".
- Oltersdorf, B. (1965): *Siedlungs- und wirtschaftsgeographische Probleme der zentralchilenischen Küstenfischerei*. Marburg: Universität Marburg, Dissertation.
- Pfeifer, G. (1997): *Die touristische Entwicklung in San Pedro de Atacama – Auswirkungen, Grenzen und Entwicklungsstrategien*. Erlangen: Universität Erlangen, Staatsexamensarbeit.
- Ratusny, A. (1994): "Atacama-Oasen Nordchiles im Umbruch". In: *Geographische Rundschau* 46, S. 96-103.
- Richter, M. (1995): "Klimaökologische Merkmale der Küstenkordillere in der Region Antofagasta". In: *Geoökodynamik* 16, S. 283-332.
- Richter, M./Bähr, J. (1998): "Natürliche Risiken und Erfordernisse einer umweltverträglichen Ressourcennutzung in Chile". In: *Geographische Rundschau* 50, S. 641-648.
- Romero, H./Rivera, A. (1997): "Antecedentes paleoambientales para el desarrollo sustentable de la Región de Antofagasta, Chile". In: *Bamberger Geographische Schriften* 15, S. 335-349.

- Schmidt, D. (1999): "Das Extremklima der nordchilenischen Hochatacama unter besonderer Berücksichtigung der Höhengradienten". In: *Dresdener Geographische Beiträge* 4, 122 Seiten.
- Scholz, I. (1996): "Trade-induced Corporate Environmental Learning: Empirical Evidence from Chile". In: *Geographische Zeitschrift* 84, S. 169-178.
- Tuhkanen, S. (1992): "The Climate of Tierra del Fuego from a Vegetation Geographical Point of View and its Ecoclimatic Counterparts Elsewhere". In: *Acta Botanica Fennica* 145. Helsinki.
- Uhlig, R. (1996): *Untersuchung der agrarökologischen Probleme der Oase San Pedro de Atacama*. Erlangen: Universität Erlangen, Diplomarbeit.
- Weischet, W. (1966): "Zur Klimatologie der Nordchilenischen Wüste". In: *Meteorologische Rundschau* 19, S. 1-7.
- (1970): "Chile – seine länderkundliche Individualität und Struktur". In: *Wissenschaftliche Länderkunden* 2/3. Darmstadt.
- Werwein, A. (1997): *Pflanzengeographische Untersuchungen im Gebiet des Nordpatagonischen Regenwaldes zwischen 47 und 48°S (Region Aisén, Südchile)*. Erlangen: Universität Erlangen, Diplomarbeit.

II

Gesellschaft

Norbert Lechner

Modernisierung, Missbehagen und Regierbarkeit

Für meine mexikanischen Freundinnen und Freunde

1. Einleitung

Häufig wird Regierbarkeit als Voraussetzung für die Modernisierung der Gesellschaft betrachtet. Erst in jüngerer Zeit beginnt man zu ahnen, dass Modernisierung selbst Probleme hinsichtlich der Regierbarkeit aufwerfen kann. Der Fall Chiles, der international als eine erfolgreiche Modernisierung anerkannt ist, scheint darauf hinzudeuten, dass eine alles durchdringende Modernisierungsstrategie das sozio-kulturelle Gefüge erschüttern kann und dabei ein Missbehagen erzeugt, das die demokratische Regierbarkeit beeinträchtigen kann.

Ausgehend von einigen Ergebnissen des UNDP-Berichts zur humanitären Entwicklung in Chile (UNDP 1998) wird im Folgenden auf die Bedeutung der sozio-kulturellen Verhältnisse für die Regierbarkeit verwiesen. Obwohl die zugrunde liegenden Daten zum spezifischen Fall Chiles gehören, glaube ich, dass sie einige Sachverhalte aufzeigen, die auch für die Tagesordnung anderer Regierungen der Region relevant sein können.

2. Chile: einige Paradoxa der Modernisierung

Die jüngsten Ergebnisse von Chiles Entwicklung sind hinlänglich bekannt, was insbesondere für die Zeit seit der Wiedererrichtung der Demokratie im Jahr 1990 zutrifft. Zwischen 1990 und 1997 fand in Chile ein ununterbrochenes Wachstum mit einem Jahresdurchschnitt von 7% statt, die Inflationsrate und die Arbeitslosigkeit sanken auf historische Tiefstwerte um 6%, die Reallöhne stiegen, wodurch sich die Armut von 45% auf 23% der Bevölkerung verringerte, das Haushaltsdefizit wurde aufgehoben sowie die innere Ersparnis erhöht; schließlich fand eine nachhaltige Diversifizierung der Exporte sowie der ausländischen Investitionen statt. Kurz, die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen ein erfolgreiches Beispiel der Modernisierung und versprechen eine ähnliche Entwicklung für die Zukunft.

In der Tat schätzen die Chilenen ihre Situation auch als deutlich besser im Vergleich zur Vergangenheit ein. Sie sind der Ansicht, dass ein Fort-

schritt in der Gesellschaft stattfindet und diese sich zum Besseren hin wandelt. Gleichzeitig stellen sie eine Entwicklung zu mehr Aggressivität und Egoismus in der Gesellschaft bei ausgeprägten sozialen Ungleichheiten fest.

Tabelle 1: Die Gesellschaft Chiles

	trifft zu	trifft nicht zu
befindet sich im Fortschritt	82%	17%
verändert sich zum Besseren	78%	20%
ist aggressiver geworden	80%	19%
ist immer egoistischer	64%	34%
ist sozial egalitär	18%	81%
ist gerecht	29%	70%

Quelle: Umfrage der FLACSO (1995).

Übereinstimmend mit dem über mehrere Jahre andauernden wirtschaftlichen Wachstum überwiegt eine optimistische Einschätzung der persönlichen Zukunft. Nach den Umfragen des *Centro de Estudios Públicos* (CEP) glauben acht von zehn Befragten, dass es ihnen im nächsten Jahr wirtschaftlich gleich gut oder besser gehen wird.

Tabelle 2: Einschätzung der persönlichen Situation ein Jahr später

	1995	1996	1997
besser	46%	42%	43%
gleich	37%	36%	40%
schlechter	14%	18%	13%

Quelle: Landesweite Umfragen des CEP

Dieser Optimismus im Hinblick auf die persönliche Situation steht im Gegensatz zu einer skeptischen Einschätzung der Gesamtlage. Es ist auffallend, dass in Chile trotz der günstigen sozioökonomischen Entwicklung das Bild eines stagnierenden Landes vorherrscht. Die befragten Personen scheinen mehr auf individuelle Erfolgsstrategien zu vertrauen als auf den allgemeinen Fortschritt des Landes. Mit anderen Worten: Sie sehen ihre Zukunft mehr als persönlichen Horizont denn als Zukunft in der Gemeinschaft.

Tabelle 3: Einschätzung der gegenwärtigen Tendenzen im Land

	Mai 1995	Nov. 1995	Juli 1996	Dez. 1996	Juli 1997	Dez. 1997
Fortschritt	48%	42%	45%	49%	42%	39%
Stagnation	37%	41%	39%	34%	42%	42%
Dekadenz	11%	13%	13%	13%	11%	15%

Quelle: Landesweite Umfragen des CEP.

Während die Modernisierung einerseits neue und bessere Lebenschancen schafft, breitet sich parallel dazu ein Klima des Misstrauens und der Unsicherheit aus. Etwas plump ausgedrückt, aber die paradoxe Situation durchaus erhellend, kann gesagt werden, dass Chile ein Land mit einer beträchtlichen wirtschaftlichen Entwicklung ist, in dem die Menschen sich nicht glücklich fühlen.

Tabelle 4: Einschätzung der Entwicklung des Landes und des Grades der Glücklichkeit der Menschen

dem Land geht es wirtschaftlich besser				
		Ja	Nein	Gesamt
die Leute leben glücklicher	Ja	9,1%	7,3%	16,4%
	Nein	44,5%	38,3%	82,8%
Gesamt		53,6%	45,6%	100,0%

Quelle: Quanta-Umfrage in Santiago Süd und Ost (Juli 1997); zitiert in: Javier Martínez, *La sociedad civil. El difícil tránsito hacia la ciudadanía* (ms.).

Dabei ist unbekannt, was die Leute unter "Glücklichsein" verstehen. Wahrscheinlich steht dieses Konzept im Zusammenhang mit der Lösung von konkreten Problemen (öffentliche Sicherheit, Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf, gleichberechtigter Zugang zu Gesundheits- und Altersvorsorge etc.), aber auch mit "etwas" anderem, das darüber hinausgeht. Außerdem scheint allgemein das Glücklichsein und das Missbehagen mit der Politik in Verbindung gebracht zu werden, was bestimmte Konsequenzen hat.

Es ist allgemein bekannt, dass in Chile – unter den spezifischen Bedingungen des Landes – ein friedlicher und geordneter Übergang zur Demokratie stattgefunden hat. Nach mehr als zehn Jahren demokratischer Regierung kann gesagt werden, dass die politischen Institutionen gut funktionieren. Hingegen nehmen das Interesse und die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen ab. Eine Umfrage des CEP vom Juli 1997 zeigt auf, dass

42% der Befragten sich mit keiner politischen Partei identifizieren (gegenüber 53%, die eine Parteizugehörigkeit angeben). Die Meinung der Öffentlichkeit wird von der niedrigen Eintragungsquote des jüngeren Bevölkerungsteils in die Wählerverzeichnisse untermauert: Stellte die junge Bevölkerungsklasse zwischen 18 und 24 Jahren 1988 noch 21% der erfassten Wähler, so ging dieser Anteil bis 1997 auf 7,8% zurück. Die Alarmsirene ertönte bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1997, wo sich nach den vorläufigen Daten ungefähr 40% der Wahlberechtigten für keine der Parteien entschied.

Tabelle 5: Wahlbeteiligung

	Enthaltungen	<i>voto blanco</i>	ungültige Stimmen
Volksabstimmung 1988	2,7%	0,9%	1,3%
Präsidentschaftswahlen 1989	5,2%	1,1%	1,4%
Gemeindewahlen 1992	10,2%	5,9%	3,0%
Präsidentschaftswahlen 1993	8,7%	1,9%	3,7%
Gemeindewahlen 1996	12,1%	3,0%	8,0%
Parlamentswahlen 1997	13,7%	4,4%	13,5%

Quelle: Servicio Electoral.

Hierbei handelt es sich um eine Situation, in welcher nach der Terminologie von Hirschman einer Selbst-Marginalisierung (*Exit*) vor einem Erheben der Stimme (*voice*) der Vorzug gegeben zu werden scheint. Es wäre unzureichend, dies lediglich mit einer "Normalisierung" der demokratischen Ordnung zu erklären. Obwohl noch keine schlüssigen Studien über die Gründe vorliegen, scheint die Annahme des Vorhandenseins einer Situation des Missbehagens plausibel. Der Verdruss scheint sich jedoch nicht auf die Demokratie (die wegen der besonderen Verhältnisse Chiles auch keine allzu großen Erwartungen weckte) zu beziehen und steht womöglich eher mit der "Lebensart" der chilenischen Gesellschaft in Verbindung, für die allerdings die Politik verantwortlich gemacht wird. Eine solche Schuldzuweisung setzt indes stillschweigend voraus, dass die Politik fähig ist, ihre "Wesensart" zu verändern. Diese Form der Auslegung deutet auf eine interessante Fährte hinsichtlich der Frage der soziokulturellen Bedingungen der Regierbarkeit hin.

3. Ein Problem der Sicherheit

Das Missbehagen hat seine "Daseinsberechtigung". Das gegenwärtige "Modernisierungsmodell" in Chile hat eine bisher unbekannte soziale Dynamik ausgelöst: Es gibt mehr Arbeitsplätze, höhere Einkünfte und Konsumchancen sowie ein verbessertes Bildungs- und Gesundheitswesen. Andererseits existieren parallel dazu ernste Probleme in der chilenischen Gesellschaft: Ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut, die Chancen des Zugangs zu Bildung sowie zur Gesundheits- und Altersversorgung sind nicht für alle sozioökonomischen Schichten gleich und die gesellschaftliche Integration ist geschwächt. Eine solche Situation ist gerade bei dem anhaltenden Wachstum nur schwer zu rechtfertigen. Je glänzender die volkswirtschaftlichen Indikatoren sind, desto unhaltbarer sind Erfahrungen wie gesellschaftlicher Ausschluss, Unsicherheit und Sinnlosigkeit.

Eine grundlegende Dimension des Missbehagens ist das weitverbreitete Gefühl der Unsicherheit. Diese Unsicherheit hat mehrere Aspekte. In Chile und auch in anderen Ländern, insbesondere in den großen Städten, handelt es sich hierbei hauptsächlich um die Unsicherheit in der Öffentlichkeit. Die Menschen bringen das Gefühl der Unsicherheit unmittelbar mit der Kriminalität in Zusammenhang. Die Anderen werden als potentielle Aggressoren gesehen. In Wirklichkeit ist jedoch das Bild eines allgegenwärtigen und allmächtigen Delinquenten eine Metapher, die eine andere, schwieriger zu fassende Realität enthüllt und gleichzeitig verbirgt. In der Tat steht das Gefühl der Verwundbarkeit, das die Befragten in einer CEP-UNDP-Umfrage zum Ausdruck bringen, in keinem Verhältnis zur (hohen, aber gleichbleibenden) Kriminalitätsrate.

Tabelle 6: Einschätzung der Gefahr von Delikten

	wahrscheinlich	unwahrscheinlich
Raub in der Öffentlichkeit	78%	21%
Raub in der Wohnung	62%	37%
Sexuelle Aggression	47%	51%
Andere Aggressionen (Banden)	40%	59%

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Tabelle 7: Opfer eines Delikts in den letzten zwölf Monaten

Raub auf offener Straße ohne Gewaltanwendung	17,0%
Raub auf offener Straße mit Gewaltanwendung	6,0%
Raub in der Wohnung ohne Gewaltanwendung	6,0%
Raub in der Wohnung mit Gewaltanwendung	0,3%
Sexuelle Aggression	0,9%
Andere Aggressionen	2,5%

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Die Angst vor dem Gegenüber wird durch die Zerbrechlichkeit des "Wir" verstärkt. Das anhaltende wirtschaftliche Wachstum im vergangenen Jahrzehnt hat zu einer Multiplikation der sozialen Beziehungen und zur Entstehung einer regelrechten "Konsumgesellschaft" geführt. Diese Art der massiven Integration der Chilenen in das gesellschaftliche Leben steht in auffälligem Gegensatz zum starken Misstrauen, das bei den zwischenmenschlichen Beziehungen herrscht. Das Misstrauen führt zu Pathologien bei den sozialen Bindungen. Sogar die gesellschaftliche Einbindung auf Nachbarschaftsebene hat Risse bekommen. Die befragten Personen zweifeln daran, dass sie die Nachbarn organisieren können oder Hilfe von ihnen erhalten würden. Und fast niemand vertraut darauf, dass ihm im Falle einer Aggression auf offener Straße jemand Beistand leistet. Paradoxerweise ist die kräftige Dynamik der chilenischen Gesellschaft von einer nicht weniger mächtigen Tendenz des Zurückziehens in die eigenen vier Wände begleitet.

Tabelle 8: Vertrauen in die Anderen

	positive Einschätzung	negative Einschätzung
Beistand von Nachbarn	42%	41%
Einbindung der Nachbarn	36%	63%
Beistand bei Aggression auf offener Straße	12%	88%

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor besteht in den Mängeln der "funktionalen Systeme". Die Menschen fühlen sich nicht durch das Gesundheitssystem oder die Altersvorsorge geschützt, und dies, wo ja gerade sie Schutz gegen die Widrigkeiten des Lebens gewährleisten sollen. Obwohl das chilenische System der Fürsorge, das auf der Kapitalisierung der individuellen Beiträge

basiert, international bekannt ist, erreichen zwischen 30% und 40% der Beitragszahler nicht die für den Erhalt einer Pension erforderliche Gesamtbeitragszahlung. Diese Mängel spiegeln sich in der Meinung der Menschen wider. Sieben von zehn Befragten bewerten das private System der Verwaltung der Pensionskassen als negativ, unabhängig davon, ob sie Beitragszahler sind oder nicht. Das heißt, dass die Mitgliedschaft keine Sicherheit in bezug auf einen geruhsamen Altersruhestand gewährt.

Tabelle 9: Bewertung der Fürsorgesysteme

	positive Bewertung	negative Bewertung
Mitglieder	24%	76%
Nicht-Mitglieder	21%	79%

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Sicherheit basiert nicht nur auf einem angemessenen Schutz gegen Risiken; vielmehr impliziert sie auch einen angemessenen Zugang zu individuellen Entfaltungschancen. Von diesem Standpunkt aus gesehen weist die gegenwärtige Modernisierungsstrategie ebenfalls Unzulänglichkeiten auf. Ein Bereich von herausragender Bedeutung für den Zugang zu den neuen Chancen ist die Arbeit. In Übereinstimmung mit einer sehr niedrigen Arbeitslosigkeit sind die Menschen zuversichtlich, dass sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren. Sollten sie ihn jedoch verlieren, befürchten sie, keine geeignete Stelle mehr zu finden. Dies spiegelt die Unsicherheit wider, die durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes entstanden ist. Die wirtschaftliche Modernisierung bietet zwar für einige gute Chancen, aber die Mehrheit befürchtet, vom Ausschluss betroffen zu sein.

Tabelle 10: Vertrauen in den Arbeitsplatz

	positive Einschätzung	negative Einschätzung
Kein Verlust des gegenwärtigen Arbeitsplatzes	59%	38%
Wiederfinden einer geeigneten Stelle	30%	69%
Eingliederung in den Arbeitsmarkt	16%	82%

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Eine weitere Dimension der Sicherheit ist das anthropologisch bedingte Bedürfnis nach Gewissheiten. Wir brauchen alle einen bestimmten Rahmen

an Gewissheit. Dieser Rahmen wird normalerweise durch die gesellschaftlichen Veränderungen in Frage gestellt, vor allem, wenn sie mit solch einer atemberaubenden Geschwindigkeit wie die jüngsten Transformationen stattfinden. Die Schnelligkeit der aktuellen Modernisierungswelle bringt die gewohnten Bezugsgrößen durcheinander. Der Gemütszustand und das praktische Wissen der Menschen verlieren ihren Wert, und die Realität ist nicht mehr verstehbar. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Misstrauen der Chilenen gegenüber der Information. Ungeachtet der Tatsache, dass Information von entscheidender Bedeutung in der modernen Gesellschaft ist und dass ein breiter Zugang zu den Massenmedien besteht, fühlen sich die Chilenen desinformiert. Nach der erwähnten UNDP-Umfrage informieren sich zwar annähernd neun von zehn Befragten durch das Fernsehen, aber sechs von zehn Befragten betrachten sich wenig informiert oder desinformiert. Dies hat womöglich mit der begrenzten Glaubwürdigkeit der Medien zu tun; der Anteil der Befragten, welcher der durch das Fernsehen erhaltenen Information traut und der Anteil derer, die dieser Information misstraut, hält sich die Waage. In diesem Zusammenhang scheint die Annahme plausibel, dass die Leute der durch andere Personen in einer *face-to-face*-Situation übermittelten Information ein größeres Vertrauen schenken. Dies ist aber nicht der Fall; vielmehr ruft die auf einem solchen Weg der Konversation erhaltene Information großes Misstrauen hervor. Somit kommen wir wieder auf die Erosion der Kontaktfreudigkeit im Alltag zurück. Die Schwächung der Fähigkeit zur Vereinigung bringt einen Verlust an Sicherheit mit sich.

Tabelle 11: Glaubwürdigkeit der erhaltenen Information

	Vertrauen	Misstrauen
Fernsehen	49%	49%
Tageszeitungen	36%	59%
Zeitschriften	24%	66%

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Es muss hinzugefügt werden, dass das in den erwähnten Daten widergespiegelte Misstrauen von allen sozioökonomischen Schichten geteilt wird, mit Ausnahme der Befragten aus der Oberschicht. Die Befragten mit den höchsten Einkommen haben ein größeres Vertrauen in das Bildungswesen, in die Gesundheits- und Altersvorsorge, in die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, in ihre Nachbarn sowie in die Information, die sie erhalten. Folg-

lich scheint das Gefühl der Sicherheit an die Höhe der Einkünfte gebunden zu sein. Mit anderen Worten variiert das Gefühl der Sicherheit in Abhängigkeit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozioökonomischen Schicht. Lediglich im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit geben die oberen sozioökonomischen Schichten eine größere Unsicherheit an.

4. Das Missbehagen gegenüber der Modernisierung

Nach anderen Befragungen zu urteilen (*Latinobarómetro* 1996) ist das Maß an Misstrauen in Chile nicht größer als in anderen Ländern der Region. Zweifelsohne kennen andere Gesellschaften Lateinamerikas auch das Phänomen eines weit verbreiteten Missbehagens. Was jedoch im Fall Chiles auffällt, und dies muss betont werden, ist die Tatsache, dass das Missbehagen offenbar der Begleitumstand einer sozioökonomischen Modernisierung ist, die große Fortschritte erzielt hat.

Ich würde so weit gehen, das verbreitete Missbehagen mit der gegenwärtigen Modernisierungsstrategie in Verbindung zu bringen. Nach meiner Einschätzung existiert in Chile ein Missbehagen gegenüber der Modernisierung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Modernisierung etwa gescheitert wäre. Diese weist, wie wir gesehen haben, ernste Mängel auf, aber man kann ihr nicht abstreiten, wichtige Fortschritte erzielt zu haben, und zwar nicht nur was den materiellen Wohlstand angeht, sondern auch im Hinblick auf die Eroberung eines größeren individuellen Freiraums. Was sind aber letztlich die Gründe für die Gefühle des Verdrusses, der Unsicherheit und Ungewissheit?

Meiner Ansicht nach besteht Grund zu der Annahme, dass die derzeitige Modernisierungsstrategie in Chile unvollständig ist. Unvollständig insofern, als sie nicht die Menschen mit ihren Motivationen und ihrem Streben, ihren Ängsten und Sehnsüchten sowie ihren Gefühlen und Gemütsbewegungen berücksichtigt. Es ist eine Modernisierung, die den Menschen den Rücken kehrt und deshalb lediglich Selbstzweck zu sein scheint. Allein, weshalb sollte sich die Modernisierung auf die Subjektivität beziehen?

Unter Modernisierung versteht man normalerweise einen historischen Prozess, der unter verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Strategien in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Zweck-Mittel-Rationalität vorantreibt. Die Modernisierung bewirkt eine Differenzierung von spezifischen "funktionalen Logiken", die relativ abgeschlossene "Systeme" in Übereinstimmung mit den jeweiligen internen Codes strukturieren. Die Verweise etwa auf das wirtschaftliche, politische, juristische System spie-

geln diese Differenzierung in der normalen Sprache wider. Die gesellschaftliche Rationalisierung durchdringt und "kolonisiert" (Habermas) auch die persönlichen Beziehungen und unterwirft diese einer instrumentellen Rechnung. Es findet eine Funktionalisierung der "Leidenschaften" statt, welche als bloße Schmiermittel der Systeme benutzt werden (z.B. die Instrumentalisierung des Besitzwunsches in Abhängigkeit vom Konsum).

Das Problem scheint in einer Verabsolutierung der Modernisierung zu liegen, für welche die Subjektivität etwas Unbekanntes ist. Diese erscheint als unzulässige Störung in der rationalen Berechnung von Erwartungen und Präferenzen. Eine solche Sichtweise lässt das sogenannte "Thomas Theorem" außer acht: Was von den Menschen als real erachtet wird, hat auch reale Konsequenzen. Und umgekehrt trifft zu, dass die Modernisierung keine Realität ist, wenn sie von den Menschen nicht als etwas real in ihrem Leben Existierendes wahrgenommen wird. Die Subjektive Dimension ist also nicht irgendein persönliches Zubehör. Hier liegt nach meinem Verständnis der Kern des Problems: Die derzeitige Modernisierungsstrategie hat keinen angemessenen Bezug zur Subjektivität.

Ich halte es für notwendig, zwischen Modernisierung und Modernität zu unterscheiden. Die Modernität als historisches Projekt entsteht aus der Entkopplung von Subjektivität und Institutionen. Sie postuliert als universelles Prinzip die Autonomie der Subjekte und der gesellschaftlichen Institutionen. Seit ihren Anfängen entfaltet sich daher die Modernität über die Beziehung zwischen den Prozessen der Subjektivierung und der Modernisierung oder gesellschaftlichen Rationalisierung. Die dabei bestehende Spannung resultiert aus der Tatsache, dass beide Prozesse aufeinander bezogen sind und nicht auf einen von beiden reduziert oder in Form einer etwaigen Synthese "überwunden" werden können. Eine der großen und permanenten Herausforderungen der modernen Gesellschaft besteht im Umgang mit der erwähnten Spannung. Wie kann eine komplementäre Beziehung zwischen Modernisierung und Subjektivität hergestellt werden?

So gesehen – die Modernität als Suche nach der gegenseitigen Ergänzung zwischen den Subjekten und den sozialen Systemen – kann die chilenische Situation in der folgenden Formel zusammengefasst werden: Modernisierung ohne Modernität. Wie alle Formeln scheint sie zugespitzt, aber sie erhellt das Paradox. Ein Land kann einen starken Modernisierungsschub erfahren, während die Modernität in einer prekären Situation verharret. Konkret heißt das, dass eine Modernisierung der "funktionalen Systeme" festzustellen ist, deren innere Rationalität (wie z.B. die "Logik des Marktes") sich

mit relativer Autonomie entfaltet. Hingegen steht die Modernität insofern auf wackligen Füßen, als die Gesellschaft die Beziehung zwischen den Subjekten und den Systemen als Problem erkennt. Das Missbehagen gegenüber der Modernisierung würde demnach der Ausdruck einer Verletzung der Subjektivität durch einen alles überwältigenden Prozess sein, der die Ängste und Sehnsüchte der Menschen weder erkennt noch einbezieht.

5. Einige Auswirkungen der Modernisierung auf das soziokulturelle Gefüge

Die derzeitige Modernisierungsstrategie hat dazu beigetragen, die Fesseln, die den sozialen Bindungen durch die Ideologien und Traditionen, die staatliche Vormundschaft, den Klientelismus und das Kazikentum aufgelegt waren, in Frage zu stellen und zu überprüfen und somit den individuellen Freiraum auszudehnen. Das Erlernen und die Ausübung dieser "Volljährigkeit" ist sicherlich ein wünschenswerter Prozess. Abgesehen davon, dass sie einen Wert an sich darstellt, ist sie ein entscheidendes Element für die demokratische Regierbarkeit. Diese erfordert in der Tat sowohl eine größere *accountability* der Autoritäten als auch eine entsprechende Verantwortlichkeit seitens der Bürger.

Dem Versprechen der Individualität wird jedoch häufig von der Realität des Individualismus widersprochen. Der vorherrschende Modernisierungsprozess scheint eine "konstitutive Scheinheiligkeit" (Flores d'Arcais et al. 1995) mit sich zu bringen, wo die gemachten Versprechungen kein Mitleid mit den vorhandenen Realitäten haben. Es genügt, auf einige negative Auswirkungen für das sozio-kulturelle Geflecht hinzuweisen. Ich beziehe mich dabei auf die chilenische Situation, aber es ist anzunehmen, dass es sich um Tendenzen handelt, die auch auf andere Länder der Region übertragbar sind.

In erster Linie muss die Phasenverschiebung, die die beschleunigte Modernisierung in Bezug auf die Gewohnheiten, das Wissen und die Erfahrungen der Menschen bewirkt, hervorgehoben werden. Innerhalb weniger Jahrzehnte sind die Chilenen aus einer Welt, die inmitten einer bäuerlichen Gesellschaft lag, herausgerissen und in ein Universum mit globalen Ausmaßen geworfen worden, in dem die Maßstäbe flexibel und die Verhaltensweisen unvorhersehbar geworden sind. Sie mussten lernen, sich permanent stattfindenden Veränderungen anzupassen, ohne dabei auf ein angemessenes mentales Rüstzeug zählen zu können. Ihre vorherigen Erfahrungen werden hilflos, ohne dass diese von neuen Maßstäben, die sich organisch festsetzen konnten, ersetzt würden. Schlimmer noch: Für die Menschen besteht keine

Brücke mehr zwischen ihrem jetzigen Leben und dem, was sie einst waren, dachten und fühlten. Dies provoziert normalerweise eine Art Dissonanz: Die Menschen lernen, sich geschickt entsprechend den jeweiligen "Systemlogiken" zu verhalten, aber ohne an ihnen gefühlsmäßig und die Normen betreffend zu haften. Die Vorderseite ist eine Sehnsucht nach einer goldenen Zeit, als alles besser war; einer Vergangenheit, von der man jedoch weiß, dass sie unwiderruflich dem Gestern angehört. Es gibt kein kollektives Gedächtnis, das die Vergangenheit als etwas Gegenwärtiges wiederaufarbeitet. Schließlich und endlich gibt es keinen Schmerz, der das, was verloren wurde, beim Namen nennt.

Im Fall Chiles kommt ein schlechtes Gedächtnis hinzu. Die traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit sind noch nicht verarbeitet. Die Gewalt wird verschwiegen, die Ängste werden versteckt und die Konflikte werden zum Tabu. Die leidenschaftlichsten Erlebnisse der Subjektivität werden in der "Dunkelkammer" des innersten Ichs eingesperrt. Unter solchen Umständen erweist es sich als schwierig, sich den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen und, was noch viel schwieriger ist, eine gemeinsame Sichtweise der Zukunft zu schaffen.

Ein weiterer negativer Effekt leitet sich von der ungebührlichen Ausdehnung der "funktionalen Systeme" auf Kosten der Subjekte ab. In dem Maße wie die neoliberale Strategie sich der politischen Fesseln entledigt, entfalten sich die unterschiedlichen "funktionalen Logiken" ohne jegliche Beschränkung und dringen in die Bereiche der Subjektivität ein. Das herausragende Beispiel ist zweifellos die fast schrankenlose Ausdehnung des Marktes, welche die Autonomie des Individuums beeinträchtigt. Wenn das Bildungswesen, das Gesundheitswesen oder die Altersvorsorge in Märkte umgewandelt werden, wird möglicherweise ihre Effizienz verbessert, aber zum Preis der Unkenntnis der gesellschaftlichen Forderungen nach Sicherheit, Anerkennung und Integration. Die Motivationen und Erwartungen der Menschen werden entweder von den Systemen im Hinblick auf ein effizienteres Funktionieren "funktionalisiert", oder sie werden an den Rand des öffentlichen Diskurses gedrängt und in das individuelle Bewusstsein verbannt. In beiden Fällen fehlt es den Menschen an geeigneten Bereichen und Instrumenten für eine Benennung, Thematisierung und Interpretation dessen, was ihnen widerfährt. Ihre Forderungen und Träume, ihre Sorgen und Ungewissheiten können nicht in einem Code abgefasst werden und lösen sich demnach im Nichts auf.

An dritter Stelle muss ein Wesensmerkmal der derzeitigen Modernisierungsstrategie hervorgehoben werden: die "Privatisierung von Risiken und Verantwortlichkeiten". Die größere Freiheit des Individuums bringt es mit sich, dass ein jeder selbst für seine getroffenen Entscheidungen verantwortlich ist. Entsteht das "sozialdemokratische Modell" mit dem Vorsatz, die individuelle Verantwortung durch kollektive Entscheidungen zu entlasten, so vermindert das "neoliberale Modell" die kollektive Verantwortung zugunsten der individuellen Entscheidungen. Folglich übernimmt jeder die Risiken, die er auf sich nehmen will, kann oder muss. Aber die neue Wertung der individuellen Verantwortung kann, zumindest nach der Erfahrung Chiles, zwei negative Konsequenzen haben.

Auf der einen Seite tendiert der Prozess der Privatisierung dazu, das "soziale Kapital" zu schwächen, d.h. denjenigen Fundus an Wissen, Gewohnheiten und sozialen Netzwerken, den eine Gesellschaft im Laufe ihrer Entwicklung akkumuliert. Die Möglichkeiten einen Arbeitsplatz zu finden, Zugang zu medizinischer Versorgung zu haben und die Kosten dafür tragen zu können, eine angemessene Altersvorsorge und eine gute Ausbildung für die Kinder zu erhalten, all dies hängt nun stärker von den individuellen Strategien als von kollektiven Entscheidungen ab. Die Menschen müssen die Risiken individuell tragen, aber die Mittel (Krankenversicherung, Altersvorsorge etc.) entziehen sich normalerweise der individuellen Kontrolle. Dieses Ungleichgewicht könnte teilweise das Zurückziehen der Gesellschaftlichkeit im Alltag, das sich in den Symptomen einer "misstrauischen Gesellschaft" widerspiegelt, erklären. Wie wir gesehen haben, wird von der öffentlichen Meinung eine Schwächung des Respekts, der Toleranz, des Vertrauens und der Anständigkeit – alles grundlegende Voraussetzungen für ein zivilisiertes Zusammenleben – in den Beziehungen wahrgenommen. Und diese prekäre Situation des sozio-kulturellen Gefüges untergräbt die Bereitschaft zur gegenseitigen Anpassung und zur Kooperation in gleichem Maße wie die Fähigkeit, mit Zwist und Konflikten umzugehen.

Auf der anderen Seite berührt die Privatisierung von Risiken und Verantwortlichkeiten auch den öffentlichen Bereich. In dem Maße, wie der Wohlstand eines jeden stärker von den individuellen als von kollektiven Entscheidungen abhängt, vermindert sich die Bedeutung der Sphäre der Öffentlichkeit als Diskussionsforum für die Probleme und Forderungen der Menschen. Der Austausch von Plätzen und Straßen durch Einkaufszentren, Fußballstadien und das Fernsehen, d.h. der Ersatz der gesellschaftlichen Interaktion durch die Unterhaltung, deuten auf die Wandlung "des Öffent-

lichen” hin. Die aufstrebende “Konsumgesellschaft” und die sich daraus ergebende Ästhetisierung der sozialen Unterschiede sowie die Chancen der ferngesteuerten Partizipation bieten ausgezeichnete Chancen sowohl für Strategien der individuellen Unterscheidung als auch solche der symbolischen Integration. Hingegen scheinen die kommunikativen Strukturen der Gesellschaft zu verarmen. Die öffentliche Zurschaustellung der individuellen Dramen und Dilemmas in den Massenmedien ist nichts anderes als eine Bestätigung der derzeitigen Verzerrung der Kommunikation.

6. Mögliche Bedrohungen für die Regierbarkeit

Zunächst sollte noch einmal auf eine positive Konsequenz des gegenwärtigen Prozesses verwiesen werden. Die Erweiterung und Stärkung des Bereichs der individuellen Freiheit und Verantwortung verringern die Möglichkeiten eines beliebigen und durch Klientelismus geprägten Gebrauchs der politischen Macht. Außerdem helfen sie dabei, ein Übermaß an sozialen Forderungen und somit eine “Überlastung” des Staates zu vermeiden. Aber vor allem können sie zur Entstehung von Kooperationsnetzen zwischen den Regierungsinstanzen und den sozialen Akteuren beitragen. Trotzdem werden durch die derzeit stattfindenden Transformationen neue Bedrohungen für die Regierbarkeit geschaffen.

In erster Linie kann die derzeitige Modernisierungsstrategie zu einer “Rationalitätskrise” führen. Sie fördert eine Einstellung vom Typ “Geschäftsführung”, welche die Effizienz in der Führung der öffentlichen Geschäfte zur Lösung der konkreten Probleme der Menschen betont. Hierbei handelt es sich um ein lobenswertes und notwendiges Ziel, das jedoch wichtige Fragen außer acht lässt. Die Antworten der Regierung erschöpfen sich nicht in einer instrumentellen Rationalität, was generell für staatliches Handeln gilt. Die Menschen erwarten vom Staat nicht nur praktische Lösungen für ihre Probleme; besonders dann, wenn der Bereich der Einmischung der Politik sich verringert, erwarten sie vor allem das, was der Markt nicht bieten kann: die Anerkennung und den Schutz ihrer Menschenwürde, ihrer individuellen Einzigartigkeit und ihrer kollektiven Identität. Sie erwarten vom Staat und von der Politik, dass diese sie in ihrer Verwundbarkeit aufnehmen, ihren Ängsten und Hoffnungen Gehör schenken und sie mit ihren Fähigkeiten und Erwartungen anberaumen. Kurz, sie erwarten, dass der Staat und die Politik dazu beitragen, der sozialen Ordnung “einen Sinn zu geben”. Ein Geschäftsführungs-Stil hingegen tendiert dazu, diese Dimension zu ignorieren. Durch die Nichtbeachtung der Subjektivität fehlen ihm Elemente

für eine Schaffung von sozial bindenden Sinnzusammenhängen. Dann erweist sich sogar die Effizienz bei der Lösung von Problemen als unbefriedigend. Und dies berührt die Rationalität des Modells insofern, als sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt verringert, der heute für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes erforderlich ist.

Aus dem vorher Gesagten leitet sich eine zweite mögliche Bedrohung für die Regierbarkeit ab. Der soziokulturelle Kontext kann eine gefühlsmäßige Abspaltung bewirken, die eventuell zu einer *Legitimitätskrise* des "Modernisierungsmodells" führt. In der Tat ruft eine Modernisierungsstrategie, welche die Menschen in Unkenntnis ihrer soziokulturellen Bedürfnisse überumpelt, keine Zustimmung hervor. Zu diesem Mangel an Zustimmung kann auch die erwähnte Diskrepanz zwischen der ererbten Wertestruktur und den gegenwärtig erforderten sozialen Verhaltensweisen beitragen. Die Kluft zwischen der wohligen Welt der Gewissheiten von einst und dem Strudel einer Gegenwart voller Ungewissheiten wird offenkundiger durch die hohe Zufälligkeit der gegenwärtigen Gesellschaft. Die neue Flüchtigkeit des "Möglichen" gestattet es nicht, dass Gefühle der Zugehörigkeit und der Verwurzelung mit der existierenden Ordnung entstehen und sich festigen. Für die Menschen besteht dann keine Bindung an den "Stand der Dinge" und folglich fühlen sie sich gefühlsmäßig der "guten Regierung" nicht verpflichtet. Analog zum *Zapping* zwischen den Fernsehprogrammen tendieren die Menschen dazu, von einer Option zur anderen zu "springen", wobei sie eher beiseite lassen, was ihnen nicht gefällt, als ein klares Ziel verfolgen. Eine solche Vermeidungsstrategie kann auch die politische Partizipation untergraben. Die Diskussion über die Bedeutung unseres "Zusammen Lebens" wird durch das Zurückziehen vermieden. In diesem Moment scheint die Sicherheit im Abschalten zu liegen. Die Vorderseite der Medaille ist der immer selbstbezogener Charakter des politischen Systems – eines Systems, das eine geringe Fähigkeit zeigt, der Subjektivität der Menschen Gehör zu schenken, sie zu verarbeiten und zu bewerten. Diese Situation kann unter Bedingungen der "Normalität" unproblematisch sein, zweigt jedoch mentale und emotionale Kräfte für sich ab, wenn aus irgendeinem Grund die soziale Spannung ansteigt.

Schließlich besteht die Gefahr, dass die gegenwärtige Modernisierungsstrategie die Regierbarkeit beeinträchtigt, auch durch eine "Krise der Staatsbürgerschaft". Diese besaß noch nie eine allzu große und stabile Gültigkeit in der Region über die Wahlen hinaus; also kann auch nicht von einer Schwächung gesprochen werden. Das Problem liegt eher in einer unzurei-

chenden Stärkung in eben dem Moment, in welchem die Umstrukturierung der Gesellschaft und des Staates eine größere Partizipation der Menschen erfordern. Im gleichen Maße, wie die Modernisierung eine erhöhte Spezialisierung mit sich bringt, erfordert sie auch eine erhöhte Koordination. Um sich der neuen Komplexität zu stellen, braucht die Gesellschaft die Ressourcen ihres "sozialen Kapitals". Wir haben jedoch gesehen, dass die Modernisierung – in ihrer vorherrschenden Form – die Kontaktbereitschaft im Alltag und somit die Anhäufung und den Austausch der geforderten Erfahrungen und Kenntnisse schwächt. Dies hemmt die Heranbildung einer neuen aktiven Staatsbürgerschaft auf zweifache Weise. Auf der einen Seite ermöglicht sie es den Bürgern nicht, zu lernen, mit Kooperations- und Wettbewerbsbeziehungen umzugehen und diese miteinander zu vereinbaren. Die Schwäche der "Regeln der Bürgerlichkeit" und der Höflichkeit ist auch eine Schwächung der gesellschaftlichen Grundlagen der Regierbarkeit. Die demokratischen Verfahrensweisen nähren sich vom Anstand, dem Respekt und der Toleranz im Alltagsleben. Auf der anderen Seite hemmt das Zurückziehen der gesellschaftlichen Einbindung die Herausbildung jenes kommunikativen Bereichs, der für die Bürger zum Erfassen und Interpretieren ihrer Umgebung unentbehrlich ist. Dies beeinträchtigt die Regierbarkeit, weil es die institutionelle Politik ihres Rohstoffes beraubt: des Politischen. Die Politik wird inhaltslos, wenn sie den Bezug zur Ausarbeitung von Sinnzusammenhängen und Interpretationscodes hinsichtlich der kollektiven Ordnung, die die Menschen in ihrer täglichen Interaktion durchführen, verliert. Die Staatsbürgerschaft haftet dann lediglich einer räumlichen Dimension (der Nation) an und erreicht nicht jene Mitteilungsdichte, die der Umgang mit Wissen und mit Symbolen in der modernen Gesellschaft erfordert (Martín Barbero 1991).

7. Resümee: Regierbarkeit als Steuerung von Modernisierung und Subjektivität

Die Widersprüche der Entwicklung in Chile legen die Annahme nahe, dass ein bemerkenswerter Fortschritt in der Modernisierung von einem weit verbreiteten Missbehagen begleitet sein kann. Nach meinem Verständnis besteht zwischen beiden Phänomenen eine Verbindung. Der Verdruss scheint der Ausdruck einer durch eine ungebührende Expansion der funktionellen Systeme verletzten Subjektivität zu sein. Die wachsende Selbstbezogenheit, die die funktionellen Logiken entfalten, führt letztlich zu einer Überrumpelung und Versklavung der Menschen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine unzulängliche gegenseitige Ergänzung existiert, welche die Regierbarkeit gefährden kann. Umgekehrt kann behauptet werden, dass die demokratische Regierbarkeit damit zu tun hat, wie mit dem Aspekt der gegenseitigen Ergänzung zwischen den Subjekten und den funktionalen Systemen umgegangen wird. Ich weise auf den Unterschied zu anderen Auffassungen hin. Unter Regierbarkeit das dynamische Gleichgewicht zwischen sozialen Forderungen und Antworten durch die Regierung verstehen (Camou 1995), heißt sich mit der Beziehung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu befassen. Besagter Ansatz schenkt meiner Ansicht nach der Herausbildung der Systeme in regelrechte "faktische Mächte" eine unzureichende Aufmerksamkeit. Deshalb halte ich es für angemessener, den Staat als eine mögliche politische Vermittlungsinstanz zwischen den Subjekten und den erwähnten funktionalen Systemen zu betrachten. Bei dieser Sichtweise werden, ausgehend von der chilenischen Erfahrung, einige Herausforderungen für die demokratische Regierbarkeit deutlich.

Die größte Herausforderung für die Regierbarkeit besteht darin, sich des Zustands der gegenseitigen Ergänzung als einer problematischen Beziehung anzunehmen. Es handelt sich nicht um eine spontane Beziehung, die als Selbstverständlichkeit gesehen werden kann. Sich der Spannung zwischen den Subjekten und den Forderungen der Systeme anzunehmen, impliziert einen Prozess der Reflexion – eine Reflexion über die notwendige Autonomie der unterschiedlichen "funktionalen Logiken" ebenso wie über den Verdross und die Ungewissheit über die Motive und Gemütsbewegungen der Menschen. Eine enge Auffassung des "rationellen Handelns" erleichtert die begriffliche Klarheit, geht aber nicht auf die tatsächlichen Probleme der demokratischen Regierbarkeit ein. Genau gesehen ist diese nichts anderes als der politische Name der gesellschaftlichen Reflexivität.

Die besagte gesellschaftliche Selbstreflexivität erfordert als zweiten Schritt, die (unvermeidliche) Asynchronität zwischen dem Modernisierungsprozess und den kulturellen Wurzeln der Menschen zu vermindern. Anders ausgedrückt: Regierbarkeit setzt eine Geschichtlichkeit voraus. Der Sinn der gegenwärtigen Entwicklung und seiner zukünftigen Horizonte nährt sich aus der Erinnerung an die Vergangenheit. Zur Regierbarkeit gehört es, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen Prozess und den Erfahrungen der Vergangenheit, die hinfällig sein mögen, aber letztendlich ein Teil der Biographie jedes Menschen sind, errichten zu helfen. Eine Brücke zur Vergangenheit zu bauen bedeutet selbstverständlich, sich eine nicht immer goldene, vielmehr

oft traumatische Vergangenheit in Erinnerung zu rufen, die aber die Ängste und Vorurteile, die Sehnsüchte und Pläne, mit denen wir den Herausforderungen der Gegenwart gegenüberzutreten, prägt.

Eine dritte Herausforderung für die Regierbarkeit besteht in der symbolischen Dimension der Politik und des Staates. Der technokratische Ansatz missachtet diesen Aspekt im Allgemeinen. Die Menschen suchen jedoch über ihre konkreten Forderungen nach Bildung, Gesundheit und Fürsorge hinaus Schutz vor den Missgeschicken des Lebens, streben nach einer sozialen Anerkennung ihres Beitrags zur gemeinschaftlichen Ordnung sowie danach, in ihren Gefühlen und Gemütsbewegungen in das gesellschaftliche Leben integriert zu werden. Früher verkörperte der Staat über die öffentliche Versorgung den Schutz, die Anerkennung und das Band der Zugehörigkeit, welche die Gemeinschaft jedem ihrer Mitglieder darbot. Heute hingegen sind die Menschen der Schutzlosigkeit ausgesetzt, wenn sie mit den funktionalen Systemen über einen privaten und individuellen Vertrag verkehren. Gerade, weil es nicht die Aufgabe des Marktes ist, die besagte symbolische Funktion zu erfüllen, muss man sich fragen, wie der Staat und die Politik diese Dimension des Lebens in Gesellschaft beachten können.

Eine Beziehung der gegenseitigen Ergänzung aufbauen setzt voraus, sowohl die "Imperative" der Systeme als auch die Forderungen der Subjekte in einen Code fassen zu können. Wenn die Chilenen sich als unzureichend informiert bezeichnen, beziehen sie sich wahrscheinlich nicht auf die Information als solche, sondern auf das Fehlen von Schlüsseln für die Interpretation dieser Information. Die gegenwärtig stattfindenden Transformationen haben die gewohnten Schlüssel zur Interpretation ausgehöhlt. Es fehlt an angemessenen "kognitiven Landkarten" zur Strukturierung der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit (Lechner 1997). Durch die Abwesenheit solcher Schlüssel werden die Welt und das Leben unverständlich und geraten leicht "außer Kontrolle". Der Krise der Verständlichkeit liegt ein weiteres Problem zugrunde: die Schwierigkeit, unsere Gefühle und Gemütsbewegungen mitzuteilen. Es ist schwierig für uns, unseren Ängsten und unseren Träumen einen Namen zu geben. Die Kontrolle über den Modernisierungsprozess wiedererlangen heißt zu einem guten Teil, eine neue Kodierung seiner Chancen und Bedrohungen zu unterstützen.

Um eine Regierbarkeit zu erreichen, die fähig ist, eine gegenseitige Ergänzung von Modernisierung und Subjektivität aufzubauen, scheint ein starkes "soziales Kapital" unerlässlich zu sein. Das heißt, sie setzt eine Gesellschaft voraus, die die Fähigkeit besitzt, in ihrem alltäglichen Tun zu lernen,

von Vertrauen und Kooperation geprägte Beziehungen zu entwickeln, mit Spannungen zwischen Wettbewerb und Zusammenarbeit umzugehen und eine Sprache herauszubilden, die Rechenschaft über die gemachten Erfahrungen ablegen kann. All dies erfordert einen öffentlichen Raum, wo die Spannungen zwischen Subjektivität und funktionalen Logiken zutage treten und besprochen und als gemeinsame Probleme thematisiert werden können. Ein Bereich, in dem die Individualität in der Interaktion mit den anderen aufgebaut wird (und nicht durch eine Verkapselung in der Privatsphäre). Schließlich und endlich erfordert es eine Stärkung des Öffentlichen als Kontext, der unentbehrlich ist, damit das Leben in Gesellschaft einen "Sinn machen" kann.

Literaturverzeichnis

- Camou, Antonio (1995): *Gobernabilidad y democracia*. Mexiko, D.F.
- Fitoussi, Jean Paul/Rosanvallon, Pierre (1997): *La nueva era de las desigualdades*. Buenos Aires.
- FLACSO (1995): *Encuesta sobre representaciones de la sociedad chilena*. Santiago.
- Flores d'Arcais, Paolo et al. (1995): *Modernidad Política*. Caracas.
- Lechner, Norbert (1997): "El malestar con la política y la reconstrucción de los mapas políticos". In: Winocur, Rosalía (Hrsg.): *Culturas políticas a fin de siglo*. Mexiko, D.F.
- Martín Barbero, Jesús (1995): "Notas sobre el tejido comunicativo de la democracia". In: García Canclini, Néstor (Hrsg.): *Cultura y pospolítica*. Mexiko, D.F.
- UNDP (1998): *Desarrollo Humano en Chile-1998. Las paradojas de la modernización*. Santiago.

Peter Imbusch

Unternehmer und ihre Verbände als gesellschaftlich-politische Akteure

Chile hat in den letzten 30 Jahren seiner politischen und sozioökonomischen Entwicklung dramatische Umbrüche erlebt. Das Land, das sich bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein in gewisser Weise in seiner Abgeschlossenheit und weltpolitischen Bedeutungslosigkeit eingerichtet hatte, ist seither mehrfach in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Dazu haben beizeiten problematische negative, manchmal auch herausragende positive Ereignisse eine wichtige Rolle gespielt. Schaut man sich die einzelnen Gegebenheiten genauer an, stößt man immer wieder auf eine gesellschaftliche Gruppierung, die mit diesem Wandel in besonderer Weise verbunden ist: die Wirtschaftseliten des Landes. Diese weisen angesichts der sehr verschiedenen politischen Konjunkturen des Landes eine äußerst wechselvolle Geschichte auf, die zwischen einer bedeutsamen wirtschaftspolitischen Macht und politischer (Selbst-)Marginalisierung hin und her schwankte. Zudem hat die Zusammensetzung und Struktur der Wirtschaftseliten gerade unter der Pinochet-Diktatur bedeutende Veränderungen erfahren, die gesellschaftlichen Leitbilder und wirtschaftlichen Orientierungen sind vollkommen andere als früher. Heute gelten die Unternehmer des Landes als hochgradig flexibel und dynamisch, sie sind weltoffen und konkurrenzfähig und vertreten – im Gegensatz zu früheren Zeiten – selbstbewusst ihre Interessen nach außen. Von einer “neuen Unternehmerschaft” ist da die Rede, gar von einer “revolución empresarial” wird gesprochen. Doch was hat es mit dieser neuen Unternehmerschaft auf sich? Wie ist sie entstanden und unter welchen Bedingungen hat sie sich entwickelt? Welche ökonomischen Zielsetzungen verfolgt sie und über welche gesellschaftspolitischen Entwicklungsvorstellungen verfügt sie?

1. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick

Kennzeichnend für die chilenische Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war ihre weit überwiegende agrarische Prägung. Durch die durch den europäischen Industrialisierungsprozess ausgelöste Nachfrage nach Nah-

rungsmitteln und Rohstoffen auf dem Weltmarkt kam es auch zur Einbindung Chiles in eine kapitalistische Weltwirtschaft auf der Basis einer außenorientierten Entwicklungsstrategie. Im chilenischen Fall ermöglichte der massive Export von mineralischen Rohstoffen – zunächst Salpeter, sodann Kupfer – im Gegenzug den Import von Fertigwaren aus den Industrieländern. Dieses Modell hatte bis zur Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts Bestand und ermöglichte eine relativ frühe gewerblich-industrielle Entwicklung. Seit den dreißiger Jahren wurde dann die industrielle Entwicklung im Rahmen einer importsubstituierenden Industrialisierung insbesondere mittels staatlicher Unterstützung und beträchtlicher Anreize forciert. Gleichwohl blieb die chilenische Wirtschaft von den Agrar- und Rohstoffexporten zur Devisenerwirtschaftung abhängig. Seit Mitte der fünfziger Jahre zeigten sich allerdings bereits erste Anzeichen der Erschöpfung der binnenmarktorientierten Entwicklungsstrategie, ohne dass dies zu einer grundlegenden Veränderung der entwicklungsstrategischen Orientierungen des Landes geführt hätte. Die fehlenden internen Impulse für eine dynamische Industrialisierung versuchte man nun durch ausländisches Kapital zu kompensieren, behielt aber gleichzeitig die Abschottung des Binnenmarktes bei. Es kam zu einer langjährigen Stagnationsphase und nachhaltigen Krise des Landes, die erst Ende der sechziger Jahre in einen umfassenden sozioökonomischen Reformprozess mündete (Cusack 1970).

Die Krisendynamik dieser Entwicklung wird durch einen Blick auf die beteiligten Akteure rasch in ihrer Dramatik deutlich (Zeitlin/Ratcliff 1988). Die Landwirtschaft war bis Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts durch die bereits während der Kolonialperiode entstandenen und seither nahezu unveränderten Besitz- und Betriebsstrukturen geprägt, in deren Mittelpunkt das Latifundium als Form des Großgrundbesitzes stand. Zwar büßten die Latifundisten ihre frühere ökonomische Bedeutung im Laufe des Industrialisierungsprozesses ein, aber politisch blieben sie äußerst einflussreich. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie selbst unter vollkommen veränderten sozialstrukturellen Bedingungen die wiederholten Bestrebungen zu einer Landreform und alle Ansätze zu einer Reform der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande geschweige denn die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter bis Ende der sechziger Jahre erfolgreich abwehren konnten. Paternalistisch-autoritäre Strukturen und Einstellungen verbanden sich mit wirtschaftlichen Denkweisen, die mehrheitlich alles andere als dynamisch-expansiv waren und sehr konservativ stationäre Wirtschaftsweisen auf der Grundlage des einzig Reichtum garantierenden Besitzes von Land bevorzug-

ten. Nicht die erfolgreiche marktorientierte Bewirtschaftung, sondern allein schon der Besitz von Land verbürgte Prestige, Reichtum und Einfluss (Wright 1982; Carrière 1981). Im Bergbausektor kam dem Kupfer eine enorme Bedeutung zu, der bis Ende der sechziger Jahre für 80% der Exporterlöse des Landes sorgte. Allerdings stand die so genannte *Gran Minería* unter der Kontrolle von US-amerikanischen Konzernen und stellte ein Musterbeispiel für eine Enklavenwirtschaft dar, die fast vollständig vom chilenischen Wirtschaftskreislauf isoliert blieb. An den Gewinnen der Kupferkonzerne partizipierte der chilenische Staat lediglich in Form von im Laufe der Jahrzehnte allerdings steigenden Exportsteuern. Der lange Zeit nur begrenzte Einfluss des chilenischen Staates auf die Entwicklung der Kupferwirtschaft zeigte sich an den dauernden Reibereien zwischen jenem und den US-Gesellschaften über Fragen der Gewinnverteilung, der Produktionsausweitung, von Neuinvestitionen und der Bereitstellung von Weiterverarbeitungskapazitäten im Lande selbst (Stallings 1978). Der industrielle Sektor entwickelte sich unter der Protektion des Staates und seiner aktiven Beteiligung vergleichsweise noch am dynamischsten. Gleichwohl wies er für genuin unternehmerisches Handeln wichtige Beschränkungen auf: Von einem begrenzten Binnenmarkt gingen nur geringe dynamisierende Wirkungen auf die industrielle Nachfrage aus; so genannte *economies of scale* konnten sich entsprechend kaum entfalten oder genutzt werden; der Industriesektor wies einen hohen Konzentrationsgrad auf, so dass von belebenden Konkurrenzverhältnissen nur in geringem Umfang gesprochen werden konnte; die niedrigen Kosten für den Faktor Arbeit brachten nur einen geringen Zwang zur Rationalisierung von Produktionsabläufen mit sich und behinderten die Umsetzung technologischer Innovationen (Cavarozzi 1975). Hinzu kam, dass die Industriellen als Gruppierung der Privatwirtschaft durch Ausdifferenzierung aus der Agraroligarchie hervorgegangen waren und zwischen beiden enge wirtschaftliche, aber auch persönliche Verbindungen bestanden, so dass Konflikte über die zukünftige Entwicklung des Landes zwischen diesen Gruppen selten offen ausbrachen (Ratcliff 1973).

Diese problematische wirtschaftliche Konstellation war in einen politischen Rahmen eingebettet, der die Wirtschaftseliten jahrzehntelang strukturell bevorteilte (Montero 1996): Erstens unterhielten sie enge informelle Beziehungen zu den politischen Eliten, die ihnen in der Regel Macht und Einfluss sicherten; zweitens gab es über lange Zeit eine absolute Dominanz der konservativen Parteien, die sich in unterschiedlichem Umfang als Statthalter der Interessen unterschiedlicher Teile der Wirtschaftseliten im Parla-

ment verstanden; drittens gab es beträchtliche Begrenzungen des Wahlrechts – erst 1970 wurde erstmalig das allgemeine und gleiche Wahlrecht für die gesamte erwachsene Bevölkerung eingeführt –, die sicher stellten, dass sich linke Parteien ohne Aussicht auf Erfolg an den Präsidentschaftswahlen beteiligten; viertens schließlich zeichnete sich das chilenische politische System nur durch eine geringe parteienübergreifende Streit- und Konfliktkultur aus, was es erlaubte, die Auseinandersetzung um dringende Reformen aufzuschieben (Imbusch 1995).

Zusammenfassend lässt sich damit sagen, dass Chile im lateinamerikanischen Vergleich nicht nur als spezifisch unterentwickelt galt, sondern es auch beträchtliche Modernisierungsdefizite aufwies. Diese mangelnde ökonomische Performanz fand ihre Entsprechung auf der Ebene der wirtschaftlichen Akteure: Die Wirtschaftseliten besaßen ein schlechtes *Image*; sie waren keineswegs dynamische Innovateure im Sinne Schumpeters, für die sie sich selbst gerne hielten, sondern eher nach Protektion und Subsidien gierende „rent-seeker“, deren Unternehmermentalität weit entfernt war von protestantischen Arbeitsethiken. Es gab im Lande keine gewachsene Unternehmertradition und die Wirtschaftseliten verfügten nur über wenig kohärente ideologische Überzeugungen. Zudem wiesen sie nur begrenzte Einsichten in gesamtgesellschaftliche Modernisierungserfordernisse auf; an sozialem Bewusstsein und gesellschaftlicher Verantwortung bestand ein beträchtlicher Mangel (Imbusch 1995).

Diese Aspekte gilt es mit zu bedenken, wenn man nach Erklärungen sucht, warum die Wirtschaftseliten schließlich in den beschleunigten Reformprozessen seit Mitte der sechziger Jahre – zunächst unter der christdemokratischen Regierung von Eduardo Frei, dann unter der sozialistischen Regierung unter Salvador Allende – so dramatisch an Einfluss verloren, dass sie sich am Ende nur durch ihre aktive Beteiligung am Sturz der Regierung Allende zu retten vermochten (Nolte 1984).

Der beginnenden Agrarreform, der ‘Chilenisierung’ des Kupfers und der von den Christdemokraten propagierten “Revolution in Freiheit” hatten sie außer Abwehrreflexen nichts entgegenzusetzen. Ihr Mangel an programmatisch-politischen Perspektiven, der sich zuvor bereits unter der sehr unternehmerfreundlichen Regierung Alessandri gezeigt hatte, kontrastierte auffallend mit dem durch die sozioökonomische und politische Polarisierung im Lande noch verstärkten sozialistischen Reformeifer der *Unidad Popular*. Die Besiegelung der Agrarreform mit der Abschaffung des Großgrundbesitzes, die ‘Nationalisierung’ der Kupferminen sowie die Verstaatlichung großer

Monopole im Industrie- und Bankensektor stellten in ihren Augen das Privateigentum zunehmend generell in Frage und verschärften bei den Wirtschaftsführern und ihren Verbänden die Bedrohungsperzeptionen und führten zu entsprechenden Perhorreszierungen der Zukunft. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die chilenischen Unternehmer angesichts der Bedrohung ihrer Interessen und ihrer sukzessiven Entmachtung gegenüber der Regierung Allende eine Art von Fundamentalopposition betrieben. Zunächst versuchten sie, ihren Einfluss auf die konservativen Parteien dahingehend geltend zu machen, die Amtsübernahme von Allende überhaupt zu verhindern und entgegen den langjährigen Gepflogenheiten des parlamentarischen Systems nicht den Führer der Partei mit den meisten Stimmen in den Präsidentschaftswahlen zum Präsidenten küren zu lassen, sondern einen anderen. Sodann setzten sie auf das konservative Beharrungsvermögen politischer und staatlicher Institutionen, um den Reformwillen der Regierung Allende abzuschwächen oder zu hintertreiben, Allende des Amtes entheben zu lassen und auf kritische Punkte seiner Regierungspolitik hinzuweisen. Angesichts gemeinsamer Handlungsstrategien von Gewerkschaften und Linksparteien gelangten sie zu einer immer kritischeren Haltung gegenüber dem nun als "Massendemokratie" abqualifizierten politischen System des Landes. Schließlich probten sie den Schulterschluss mit anderen Unternehmern und ihren Verbänden und heizten die ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage und konfliktreiche gesellschaftliche Situation durch wiederholte Unternehmerstreiks – insbesondere der strategisch wichtigen Fuhrunternehmer – zusätzlich auf und bemühten sich letztendlich erfolgreich darum, die Streitkräfte von der Notwendigkeit eines Putsches zu überzeugen und das im Chaos versinkende Land vor dem Untergang 'retten' zu lassen (Nolte 1985; Ratcliff 1974).

2. Die Unternehmer und das Pinochet-Regime

Die Unternehmer waren also eine der zentralen und treibenden Kräfte bei der Destabilisierung der Regierung Allende und im Hinblick auf die Machtübernahme der Militärjunta unter Führung von General Pinochet. Dazu bündelten sie alle ihre Kräfte und überwandten seit langem bestehende Gegensätze und Interessenunterschiede, die traditionell insbesondere zwischen Großagrariern bzw. Großindustriellen und den kleinen und mittleren Unternehmern bestanden und die sich nicht zuletzt auch in der Organisationsstruktur ihrer Verbände niederschlugen (Nolte 1987; Silva/Durand 1998). In der *Confederación de la Producción y del Comercio* (COPROCO) als oberstem Dachver-

band des chilenischen Privatsektors waren insbesondere die ältesten und traditionsreichsten Unternehmerverbände des Landes zusammengeschlossen: die 1838 gegründete *Sociedad Nacional de Agricultura* (SNA), die 1858 gegründete *Cámara Nacional de Comercio* (CANACO), die 1883 gegründete *Sociedad Nacional de Minería* (SONAMI), schließlich die im gleichen Jahr gegründete *Sociedad de Fomento Fabril* (SFF). Später kamen die 1951 gegründete *Cámara Chilena de la Construcción* (CCC) und die bereits 1943 gegründete, aber der COPROCO erst 1979 beigetretene *Asociación de Bancos e Instituciones Financieras de Chile* (ABIF) hinzu. Die COPROCO und ihre Organisationen verstehen sich nicht nur als Wirtschaftsverbände mit Gesamtvertretungsanspruch der Unternehmen der jeweiligen Sparte, sondern auch als genuine Arbeitgeberverbände, welche die Unternehmer nach außen repräsentieren und Verhandlungen mit dem Staat oder den Gewerkschaften führen. Daneben treten in der Öffentlichkeit noch herausragende Unternehmerpersönlichkeiten der großen Unternehmen in Erscheinung, die ihre Legitimation über informelle Netzwerke der Unternehmerschaft erhalten (Imbusch 1995).

Wurde die COPROCO ursprünglich als Bündnis zur Interessenverteidigung gegenüber den seit den zwanziger Jahren bestehenden Bestrebungen zur Einführung einer gewissen Sozialstaatlichkeit in Chile gegründet, welche die Unternehmer seinerzeit strikt ablehnten, so sind die kleinen und mittleren Unternehmer seit 1983 als Folge ihrer Zerwürfnisse mit der Diktatur und angesichts der Notwendigkeit, ihre Interessen zentral bündeln zu müssen, im *Consejo de la Producción, del Transporte y del Comercio* (CPTC) zusammengeschlossen. Die wichtigsten Zweigverbände sind hier die 1970 gegründete *Confederación Nacional Unida de la Mediana y Pequeña Industria, Servicios y Artesanado* (CONUPIA), die seit 1973 existierende *Confederación de Productores Agrícolas* (CPA), die bereits 1938 gegründete *Confederación Gremial del Comercio Detallista Establecido y de la Pequeña Industria de Chile* sowie der *Consejo Superior Nacional del Transporte Terrestre*, in dem wiederum unterschiedliche Gremienorganisationen zusammengeschlossen sind. Allerdings liegt der Organisationsgrad bei den Verbänden der COPROCO höher, die Mitgliederbasis und die Spannweite der repräsentierten Interessen ist nicht so heterogen wie im CPTC (Campero 1988).

Es kann daher wenig überraschen, dass die Unternehmer in der Folgezeit als zentrale soziale Basis des Militärregimes fungierten und die Übernahme der Macht durch die Generäle zunächst unisono begrüßten. Noch vor dem

Putsch wurden bereits erste Pläne für die Phase der *reconstrucción nacional* – des “nationalen Wiederaufbaus” – geschmiedet und Leitlinien des wirtschaftlichen und politischen Handelns abgestimmt. Mit dem rhetorischen Anti-Etatismus und der Ankündigung einer schnellen Reprivatisierung der verstaatlichten Unternehmen, der grundlegenden wirtschaftlichen Erneuerung des Landes, dem “Kampf gegen die Subversion”, der “Bewahrung christlicher und abendländischer Werte” sowie der Ideologie der nationalen Sicherheit angesichts der “Kriegssituation im Lande” erklärten sich die Unternehmer einverstanden und versprachen sich darüber hinaus beträchtlichen Einfluss auf die zukünftigen Entscheidungen des Militärregimes. Die reale Bedrohung ihrer Interessen und ihres Überlebens als Unternehmerschaft, der bedrohlich hohe Grad sozialer Mobilisierung unter der *Unidad Popular*, das Versprechen der Restaurierung privatwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und die Aussicht auf die Überwindung der entwicklungspolitischen Sackgasse, in die das Land seit Ende der sechziger Jahre endgültig geraten war, ließen sie die Politik des Militärregimes bereitwillig akzeptieren (Silva 1993). Die Frage der Demokratie war dabei nur von untergeordneter Bedeutung, bedeutete Demokratie für sie in historischer Perspektive ohnehin nur Einflussverlust und Bedeutungsgewinne für jene sozialen Gruppen und gesellschaftlichen Kräfte, die sie bekämpften und darauf aus waren, ihre Macht entscheidend zu unterminieren. Die autoritäre Alternative verbürgte nun die nötige Sicherheit gegenüber den Unwägbarkeiten demokratischer Verhältnisse.

Dass die Unternehmer und ihre Verbände die Diktatur politisch bis zur Redemokratisierung Ende der achtziger Jahre stützten, hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass sie von deren Politik enorm profitierten. Nicht nur zerschlug die Militärdiktatur eine kämpferische und klassenbewusst auftretende Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, indem sie deren Organisationen verbot, ihre Anführer ins Exil trieb oder ermordete, ihre normalen Mitglieder aller Rechte beraubte, und so dafür sorgte, dass wieder “Ruhe und Ordnung” im Lande herrschten. Demgegenüber behielten die Unternehmer trotz der neuen autoritären Spielregeln des politischen Systems weitreichende Handlungsfreiheiten, sie waren bevorzugte Gesprächspartner in wirtschaftlichen Fragen und Vertreter der Wirtschaft waren von Anbeginn an und ununterbrochen in hohen politischen Ämtern tätig. Die enge personelle Verflechtung von wirtschaftlicher und politischer Macht lässt sich für alle wichtigen Ministerien und Planungs- und Stabsstellen während der Diktatur mühelos belegen. Diese Verquickung änderte sich erst partiell gegen Mitte der achtziger

Jahre, als die von oben eingeleitete *transición* und die Erfordernisse einer Redemokratisierung mit den gegen Ende der achtziger Jahre in Aussicht stehenden Wahlen eine stärkere Abgrenzung von Unternehmern und Politik als opportun erscheinen ließen. Auch die sozial- und gesellschaftspolitischen Reformen und die autoritäre Verfassung von 1980 fanden die uneingeschränkte politische Zustimmung der Unternehmer und ihrer Verbände. Durch die so genannten "sieben Modernisierungen" wurden sie entweder direkt (Durchsetzung einer neuen repressiven Arbeitsgesetzgebung, Umstrukturierung der Landwirtschaft, Reform der Sozialversicherungssysteme und des Gesundheitswesens) oder zumindest mittelbar und indirekt über die Schaffung neuer Rahmenbedingungen (Reform des Erziehungswesens, administrative Dezentralisierung und Regionalisierung, Reform des Justizwesens) begünstigt. Die Idee und Legitimation des privaten Unternehmertums wurde zudem durch die Übertragung wichtiger regulierender Funktionen des Staates auf die freien Kräfte des Marktes gestärkt, der Staat selbst beschränkte sich fortan auf seine Kernfunktionen und überließ viele seiner einstigen Tätigkeitsbereiche der Privatinitiative. So ist es letztlich wenig überraschend, dass die Unternehmer – von einigen wenigen Splittergruppen abgesehen – auch keinen Beitrag zur Demokratisierung des Landes leisteten, sondern im Gegenteil anlässlich des Plebiszits 1988 ihre explizite Zustimmung zum Verbleib Pinochets an der Macht ausdrückten. Im Präsidentschaftswahlkampf 1989 unterstützten sie den von der Diktatur aufgestellten Kandidaten Hernán Büchi und entwarfen allerlei Horrorszenarien für den Fall, dass die Parteien der *Concertación* die Wahlen gewinnen sollten (Imbusch 1995).

Gleichwohl würde man das Verhältnis von Unternehmern und Politik unter der Diktatur gründlich missverstehen, wollte man aus der weitgehenden politischen Zustimmung zur Diktatur und ihren Initiativen auch auf eine weitgehende Harmonie zwischen der Wirtschaft und den diktatorischen Machthabern schließen. Die Konflikte wurden bereits kurz nach der Etablierung der Militärdiktatur und dem Zerfall der "Putschkoalition" virulent und entzündeten sich insbesondere an der Frage der weiteren wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Landes und der im einzelnen dafür als notwendig und angemessen zu betrachtenden Schritte und Zeiträume des Übergangs zu einer neuen Ordnung. Dabei ging es v.a. um die Öffnung der chilenischen Ökonomie gegenüber dem Weltmarkt, die Liberalisierung der Finanzmärkte, der Privatisierung staatlicher Unternehmen, die verbleibenden Funktionen des Staates und seiner Interventionsinstrumente sowie die zukünftige Rolle

der Unternehmer in der angestrebten Wirtschaftsordnung. Diese Konflikte offenbarten nicht nur schwerwiegende Meinungs- und Interessensunterschiede innerhalb der Unternehmerschaft, sondern gewannen zwischenzeitlich eine derartige Dynamik, dass sie manche Unternehmenssegmente an den Rand des Ruins trieb und selbst das Militärregime mit der Möglichkeit des vorzeitigen Scheiterns konfrontierte.

Wenn im vorhergehenden Absatz davon gesprochen wurde, dass Unternehmer und Politik unter der Diktatur sehr eng miteinander verflochten waren und es zu allen Zeiten eine hohe Präsenz von Unternehmern auf Ministerposten und in anderen politischen Ämtern gab, so darf doch nicht übersehen werden, dass die Unternehmerschaft in der Regel keine monolithische Einheit darstellt, sondern sie eher in eine Vielzahl von Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen aus verschiedenen wirtschaftlichen Betätigungsfeldern zerfällt, so dass wirtschaftspolitische Maßnahmen auf einzelne Unternehmergruppen sehr unterschiedliche Auswirkungen haben können. Da die einzelnen Unternehmer zudem in Konkurrenz zueinander stehen, muss eine Überwindung bzw. Hintanstellung ihrer Interessengegensätze als die Ausnahme betrachtet werden. Auch im chilenischen Fall schuldete sie sich bekanntermaßen dem außergewöhnlichen Umstand der unmittelbaren Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen durch die Politik der *Unidad Popular*. Legt man ein handlungstheoretisches Verständnis von unternehmerischem Handeln zugrunde und geht davon aus, dass Unternehmer mehr oder weniger rational nach ihren wirtschaftlichen Interessen agieren (Birle/Imbusch/Wagner 1992), so erschließen sich die Dynamik und die Konstellation der Konflikte zwischen Wirtschaft und Politik in den unterschiedlichen Phasen der Pinochet-Diktatur recht gut. Das Spezifikum der einzelnen Phasen der Diktatur muss diesbezüglich gerade darin gesehen werden, dass jeweils unterschiedliche Unternehmerkoalitionen auf Kosten und zu Lasten anderer ihre Interessen politisch durchzusetzen vermochten (Eduardo Silva 1991; 1993).

Wie bereits erwähnt, muss die Phase unmittelbar nach dem Putsch, die politisch v.a. der Unterdrückung und Verfolgung der Systemgegner galt, in wirtschaftspolitischer Perspektive als eine Phase der Unentschiedenheit gelten, in der die unterschiedlichen Konzeptionen und Vorstellungen der "Putschkoalition" noch miteinander im Widerstreit lagen. Klare Perspektiven der Unternehmerverbände im Hinblick auf die angestrebte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft fehlten jedoch, es ging wesentlich um die Wiedererrichtung der Marktfunktionen und die allgemeine Restitution der Eigentumsrechte. Der offizielle Diskurs der Regierung mit seiner Beto-

nung des freien Unternehmertums, der Priorität des Marktes und von Wettbewerbsprinzipien sowie der Bedeutung der Privatinitiative als den grundlegenden Bausteinen der neu zu schaffenden Ordnung konnte von allen Unternehmern leicht mit ihren allgemeinen Vorstellungen in Übereinstimmung gebracht werden. Die Vertreter der Regierung favorisierten in dieser Phase noch einen gradualistischen Anpassungsprozess. Die Koalition, die zum Sturz der Regierung Allende geführt hatte, zerbrach indes über der Frage nach der Art der Repräsentation der Unternehmerinteressen in der Regierung: Während die kleinen und mittleren Unternehmer auf eine Stärkung der *gremios* setzten und auf eine direkte Beteiligung an der Regierung drängten, waren die Verbände der COPROCO sozusagen die natürlichen Ansprechpartner der neuen Machthaber geworden und Vertreter der großen Wirtschaftsunternehmen saßen kurze Zeit später auf politischen Schlüsselpositionen, so dass von dieser Seite aus keinerlei Notwendigkeit mehr bestand, auf die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmer Rücksicht nehmen zu müssen (Imbusch 1995).

Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise konnten die *Chicago Boys* – an der Universität von Chicago ausgebildete Ökonomen, die zwischenzeitlich hohe Positionen in der chilenischen Privatwirtschaft bekleideten und seit Mitte 1974 die wichtigsten Schlüsselministerien innehatten – in der darauf folgenden Phase der Schockpolitik ihre Vorstellungen einer monetaristischen Umgestaltung der Wirtschaft sukzessive durchsetzen (Montecinos 1988). Die undiskriminierte und ausnahmslose Öffnung der Wirtschaft zum Weltmarkt, der radikale Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelsbeschränkungen, die vollständige Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte etc. waren im Zusammenspiel mit einer restriktiven Geldpolitik, einer rigiden Inflationsbekämpfung und einer unternehmerfreundlichen Steuerreform darauf ausgerichtet, einen vollständigen und nachhaltigen Bruch mit der früheren Entwicklungsstrategie des Landes zu vollziehen, Marktprinzipien auch in der Gesellschaft durchzusetzen und den weitestgehenden Rückzug des Staates aus der Ökonomie zu bewerkstelligen. Unterstützung fand diese Politik bei einer radikal-monetaristischen Unternehmerkoalition, bestehend aus den großen, international orientierten *grupos económicos*, den großen Finanzkonglomeraten und dem Bank- und Finanzsektor, der durch die eingeleiteten Liberalisierungsmaßnahmen einen beträchtlichen Aufschwung erfuhr (Silva 1993; Villar Malfanti et al. 2000). Benachteiligt durch diese Politik wurde insbesondere das produzierende Gewerbe, sofern es auf den Binnenmarkt ausgerichtet und international nicht konkurrenzfähig war,

sowie die Hersteller traditioneller Landwirtschaftsprodukte. Auch die COPROCO und mit ihr die Verbände der Industriellen (SFF) und der Agrarier (SNA) unterstützten diese Politik, obwohl sie eine beträchtliche Zahl ihrer Mitglieder durch den radikalen Abbau von Protektionsmechanismen in den Ruin trieb. Dies ist weniger auf eine etwaige "Überideologisierung" ihrer Führungsgremien oder durch Regimeloyalitäten zu erklären, sondern vielmehr dadurch, dass die Führung der SFF und der SNA in jenen Jahren so zusammengesetzt war, dass eine weltmarktorientierte Politik für ihre unternehmerischen Interessen durchaus nützlich war und sie durch enge Verbindungen zu internationalisierten *grupos* von der Öffnung der Ökonomie profitieren konnten. Ihre Kritik an einzelnen der höchst differenziert wirkenden Maßnahmen der Regierung beschränkte sich angesichts des eingeleiteten radikalen Strukturwandels und eines Klimas des zunehmenden Wirtschaftsbooms auf Detailspekte. Dagegen formierte sich in den kleinen und mittleren Unternehmen der Widerstand gegen die ultraliberale Politik der *Chicago Boys* und ihre entindustrialisierenden Auswirkungen. Auch kleine und mittlere Landwirte protestierten gegen die unterschiedlose Anwendung ökonomischer Prinzipien auf "strategische Produkte" nationalen Ursprungs und gerieten zunehmend mit der Regierung in Konfrontation (Campero 1988).

Als es in den Jahren 1982 und 1983 zu einer schweren Wirtschaftskrise kam und die *Chicago Boys* im vollen Vertrauen auf die automatischen Anpassungsmechanismen des Marktes die monetaristische Politik zunächst fortsetzten und die Krise damit verschärften, radikalisierten sich die Proteste der kleinen und mittleren Unternehmer. Sie forderten nun in offenen Deklarationen und Protestaktionen öffentlichkeitswirksam eine Kurskorrektur in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Manche der Unternehmer liebäugelten sogar offen mit den verbotenen Gewerkschaften und den Kräften der Opposition. Auch in der COPROCO wuchs der Unmut über die krisenverschärfende Politik der Regierung, die sich auf immer mehr Unternehmenssegmente negativ auswirkte, und kamen Forderungen nach einer Veränderung der Wirtschaftspolitik auf. Das Ende der radikal-monetaristischen Koalition war schließlich besiegelt, als die großen Finanzkonglomerate zusammenbrachen und damit die Ideen des radikalen Monetarismus desavouierten. Nun musste erneut der Staat auf den Plan treten, nicht nur um den landesweiten Protesten Herr zu werden, sondern auch um den Kapitalismus vor seinen eigenen Auswüchsen zu schützen. Die Folge war eine weitreichende Restrukturierung des Unternehmenssektors, in der viele traditionelle Unternehmen untergingen, andere neu entstanden oder neu zusammengesetzt wurden, wieder

andere – nicht zuletzt aufgrund von staatlichen Hilfen – überhaupt neu gegründet werden konnten (Silva 1992; Campero 1992).

In der Folgezeit kam es zunächst zu einer stärkeren Verselbständigung der Politik gegenüber den Interessengruppen der Unternehmer, bevor sich ab 1984 die Verbände der COPROCO – meist mit neuen Führungsmannschaften – als dominierende Akteure mit präferentiellem Zugang zur Politik durchsetzen konnten. Sie führten nun eine pragmatisch-neoliberale Koalition an, der es in den Folgejahren mit einer beinahe unorthodoxen Politik gelang, das Land nicht nur wieder auf einen Wachstumspfad zu führen, sondern auch die wichtigsten unternehmerischen Interessen unter Einschluss selbst der kleinen und mittleren Unternehmer und ihrer Verbände in die neue Regimekoalition einzubeziehen. Die pragmatischere Ausrichtung der neoliberalen Strategie brachte für die gesamte Unternehmerschaft spürbare Vorteile mit sich: Großzügige Umschuldungen, eine temporäre und differenzierte Erhöhung der Protektion der Unternehmen, die rasche Privatisierung der unter Staatshoheit stehenden Unternehmen, Anreize zur Förderung so genannter nichttraditioneller Exporte und ein institutionalisierter Zugang zur Regierung und verschiedenen Regierungskommissionen etc. korrespondierten mit einer expansiveren Geldpolitik und dem *deficit spending* seitens des Staates. Der hohe Grad der Verständigung und die enge Verflechtung zwischen Unternehmern und Regierung auf der Basis eines weitreichenden entwicklungsstrategischen Konsenses drückte sich nicht nur darin aus, dass ein bedeutender Teil der Minister den Verbänden der COPROCO entstammte (oder zumindest nahe stand), sondern auch darin, dass die Verbände erstmals wieder über offiziell anerkannte Mitspracherechte und Entscheidungsbefugnisse in staatlichen Organisationen verfügten (Imbusch 1995).

Allerdings gerieten die Unternehmer nach den Erfahrungen der monetaristischen Rosskur mit ihrer radikalen Strukturanpassung und dem nachfolgenden Wirtschaftsdesaster nie wieder in eine solch bedingungslose Nähe zum Staat und zur Regierung wie in den ersten Jahren der Diktatur. Ein Großteil von ihnen fühlte sich als Opfer der erratischen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und der kurzfristigen und unwägbaren Umschwünge in der Alltagspolitik des Regimes. Die geregelte Einflussnahme über institutionalisierte Kanäle gewichteten sie jetzt höher als die informellen, aber auch unverbürgten direkten Einflussmöglichkeiten auf staatliche Entscheidungsprozesse. Die Besinnung auf die eigenen Kräfte und die Betonung einer größeren Eigenständigkeit wurde zudem durch das Wiederauftreten einer politischen Opposition befördert, mit der man sich angesichts des näher rücken-

den Plebiszits auseinander setzen musste, wollte man das von dieser Seite lange angefeindete Wirtschaftsmodell erfolgreich verteidigen. Zugleich band der perzipierte *threat from below* und die zumindest hypothetisch möglich erscheinende Rückkehr zur Demokratie mit all ihren Unwägbarkeiten für die Unternehmer diese aber auch an das Regime (Silva 1992/1993; Montero 1993; Koch 1999).

In den Jahren nach 1985 priesen sie in mehreren Kampagnen die Vorzüge des Wirtschaftsmodells für alle Chilenen, thematisierten die soziale Frage, forderten zumindest rhetorisch eine soziale Marktwirtschaft, propagierten sich selbst als Motor der inzwischen wieder "boomenden" wirtschaftlichen Entwicklung und feierten sich als Träger der Modernisierung des Landes, die mit den Gräueln und Gewaltexzessen der Diktatur nichts mehr zu tun haben wollte. Die Strategie der großen Unternehmerverbände zielte darauf ab, den "Kampf der Ideen" zu gewinnen und die Werte und Positionen der Unternehmerschaft in der gesamten Gesellschaft zu verankern. Dazu gehörte nicht zuletzt ein optimistischer Unternehmerdiskurs, der zwar die Vorzüge der wirtschaftlichen Freiheit pries, sich aber nicht mehr den negativen sozialen Seiten des chilenischen Entwicklungsmodells verschloss. Angesichts des bevorstehenden Plebiszits 1988 intensivierten die Unternehmer ihre Kampagnen und sprachen sich mit großer Mehrheit für das "SI" in der Abstimmung – also die Beibehaltung der Diktatur bzw. des von ihr vorbereiteten langjährigen Übergangs – aus. Lediglich einige kleinere Verbände und einzelne Unternehmer aus dem christdemokratischen Lager traten für einen umgehenden Übergang zur Demokratie ein. Der liberale Diskurs wurde so lange beibehalten, bis sich in den Meinungsumfragen ein deutlicher Sieg der Oppositionsparteien abzeichnete. Nun griff eine aggressive Einschüchterungskampagne um sich, die auf die Gefahren und das kommende Chaos für den Fall hinwies, dass die Regierungsoption im Plebiszit verlieren würde. Die Drohung mit einem Investitionsstopp, Arbeitsplatzverlusten, wirtschaftlicher Stagnation oder die Beschwörung einer Rückkehr zu estatistischen, schlimmer noch sozialistischen Verhältnissen verdeutlichte einmal mehr die beträchtlichen Unsicherheiten der Unternehmer, trotz der errungenen Hegemonieposition unter demokratischen Verhältnissen erneut an Macht und Einfluss zu verlieren (Imbusch 1995; Campero 1989).

Nach dem für das Regime verlorenen Plebiszit begann die eigentliche Übergangsphase zur Demokratie, die sowohl das Pinochet-Regime wie auch die Unternehmer noch einmal vor besondere Aufgaben stellte (Campero 1988): Die Regierung versuchte in hektischer Betriebsamkeit erfolgreich,

dem zukünftigen demokratischen System autoritäre Enklaven einzuschreiben und Fesseln anzulegen, um in allen zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik und in Bezug auf das liberale Ordnungsmodell Kontinuität zu sichern. Die Unternehmer unterstützen diese Politik und betrieben zugleich eine vorsichtige Öffnung gegenüber den Oppositionsparteien, die in einen Dialogprozess mündete. Sie stärkten ihre korporativen Interessen und präsentierten sich als unkompromittierte Akteure, denen das Soziale und die Demokratie keineswegs gleichgültig wären. Gleichzeitig riefen sie zur nationalen Versöhnung aller Chilenen auf. In den Präsidentschaftswahlen unterstützte das Gros der Unternehmer wie schon in den Plebisziten 1980 und 1988 allerdings den Kandidaten der Diktatur, obwohl die politische Opposition schon deutlich gemacht hatte, dass es keinerlei Wechsel in der erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik geben würde (Viguera 1996). In sozioökonomischer Hinsicht gab es also beträchtliche Kontinuitäten mit der Diktatur, und auch die technokratische Modernisierung des Entwicklungsmodells wurde fortgesetzt (Birle/Imbusch/Wagner 1997).

3. Die grundlegende Erneuerung der Unternehmerschaft durch die Diktatur

Für die Unternehmer endete das Pinochet-Regime mit beträchtlichen Lob- und Dankesbekundungen: Nicht nur hätten die Militärs das Land seinerzeit vor dem Untergang gerettet und schließlich durch ihre weitsichtige Politik dafür gesorgt, dass sich eine freie Gesellschaft etablieren konnte, in der die Werte des Unternehmertums nicht mehr wie in der Vergangenheit zur Disposition ständen, sondern sie hätten auch die Grundlagen für den dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg gelegt. In dieser Hinsicht sprachen etwa die Verbände der COPROCO von den Streitkräften als den Quellen der ökonomischen, gesellschaftlichen und moralischen Erneuerung des Landes. Der Markt als zentraler Mechanismus der Ressourcen-Allokation wäre nun allgemein anerkannt und eine beträchtliche Portion Individualismus und Anti-Etatismus würde die freie Entfaltung der Persönlichkeit fördern; durch die technokratische Entscheidungsfindung würden neue Ideologismen vermieden und aus den Unternehmern seien selbstbewusste Akteure mit einem kohärenten *Set* von Überzeugungen geworden. Dazu hat nicht zuletzt beigetragen, dass die großen Interessenverbände der Wirtschaft ihre lange Zeit ausgeprägt oligarchischen und wenig demokratischen inneren Strukturen weitgehend abgebaut haben, so dass sie heute stärker als jemals zuvor auch kleine und mittlere Unternehmer repräsentieren und die früheren Konflikte viel an Bedeutung

eingebüßt haben. Das Bild des modernen, weltoffenen Unternehmers kontrastiert dabei deutlich mit dem Korporatismus, Partikularismus und der kurzfristigen Interessenorientierung vergangener Zeiten. Die Unternehmer sind damit aus ihrer defensiven gesellschaftlichen Rolle herausgetreten und ein offensiver Akteur geworden, der seine politischen Anschauungen und wirtschaftlichen Vorstellungen konsistent, nachdrücklich und beizeiten aggressiv nach außen vertritt und in den politischen und wirtschaftlichen Debatten der Postdiktatur-Periode ständig in der Öffentlichkeit präsent ist. Auf der Basis ihres wirtschaftlichen Erfolgs und angesichts der Schwächung anderer gesellschaftlicher Akteure haben sie eine Art von kultureller Hegemonie errungen (Imbusch 1995).

Das neue Selbstbewusstsein der Unternehmer und ihrer Verbände resultierte nicht zuletzt daraus, als zentrale und legitime Akteure der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes anerkannt zu sein (Montero 1993). Die Grundlage dafür war insbesondere der wirtschaftliche Erfolg: Neben den anhaltend hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten wäre insbesondere zu erwähnen, dass wichtige Teile der Unternehmer nun weltmarktorientiert, konkurrenzfähig waren und ständig versuchten, neue Märkte zu erschließen. Insbesondere der Exportsektor entwickelte sich dynamisch: Über ein Drittel der chilenischen Produktion geht in den Export. Im Gegensatz zu früheren Zeiten entfällt auf Chiles klassisches Exportprodukt Kupfer heute weniger als 50% der erzielten Exporterlöse; dagegen machten industriell verarbeitete Güter einen wachsenden Anteil aus; der Anbau und Export von Obst, Früchten und Wein kam als gänzlich neue Sparte hinzu. Die letztgenannte Branche wurde von jungen innovativen Unternehmern geprägt, deren Unternehmen erst während der Diktatur entstanden waren (Montero 1992; Kay/Silva 1992).

4. Die Unternehmer in der wieder gewonnenen Demokratie

In Chile ist es mit der Rückkehr zur Demokratie bekanntermaßen nicht zu grundlegenden Veränderungen in den ökonomischen Rahmenbedingungen gekommen. Die während der Diktatur etablierte Entwicklungsstrategie einer aktiven Weltmarktintegration auf neoliberaler Grundlage hatte sich zum einen als zu erfolgreich erwiesen, als dass die neue Regierung diese leichtfertig aufs Spiel zu setzen trachtete, zum anderen war deren Akzeptanz (mit all ihren Implikationen) in gewisser Weise auch die Vorbedingung für den Übergang zur Demokratie gewesen (Patricio Silva 1991). Die neue Situation war für die Unternehmer dadurch gekennzeichnet, dass es jetzt quasi eine strukturelle Absicherung ihrer Interessen und ihrer Handlungsgrundlagen als

Wirtschaftssubjekte gab. Dafür sorgten u.a. die folgenden Faktoren (Imbusch 1998):

- Das Militär mit seinem Oberbefehlshaber Pinochet besaß noch eine beträchtliche Machtstellung, es übte weiterhin gesellschaftliche Kontrollfunktionen aus und fungierte als Hüter der Verfassung.
- Die Verfassung schrieb *de facto* eine bestimmte Wirtschaftsordnung fest.
- Die Gewerkschaften und Links-Parteien hatten stark an Bedeutung eingebüßt: Die Organisationen der Arbeiterbewegung waren durch die vorgängige Desartikulation seitens des Pinochet-Regimes stark geschwächt; die ehemaligen Links-Parteien spielten nur noch eine marginale Rolle und das gesamte Parteienspektrum hatte einen Rechtsruck erfahren.
- Für eine Interessenvertretung im Parlament konnten die Unternehmer auf die beiden konservativen Parteien UDI und RN vertrauen.
- Durch einen weitreichenden Werte-, Einstellungs- und Mentalitätswandel in der Bevölkerung, die jetzt marktorientierter dachte und egoistischer agierte (Moulian 1997), wurde auch die Existenzberechtigung des freien Unternehmertums nicht mehr in Frage gestellt, zumal sich das *Image* der Unternehmer in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt aufgrund der massiven Selbstdarstellungskampagnen – deutlich verbessert hatte.
- Der Staatsinterventionismus in die Ökonomie war quasi diskreditiert; der Staat beschränkte seine Rolle auf die Wahrnehmung rein ordnungspolitischer Funktionen und das Setzen adäquater Rahmenbedingungen.
- Die neue Demokratie war nicht länger konflikt-, sondern elitenorientiert, was die offene Austragung politischer Konflikte und ökonomischen Interessenstreits erschwerte.

Gleichwohl mussten die ersten demokratischen Regierungen unter den Präsidenten Aylwin und Frei gewisse Korrekturen an den ererbten Strukturen der Diktatur vornehmen. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es dabei zum einen um eine qualitative Vertiefung der Weltmarktintegration, zum anderen um die stärkere Akzentuierung sozialpolitischer Aspekte. Für beides mussten die noch von Pinochet verhängten restriktiven finanziellen Handlungsspielräume der demokratischen Regierungen gelockert werden (Imbusch 1995).

Wenn auch die Beziehungen zwischen den demokratischen Regierungen und den Unternehmern aufgrund der weitreichenden Übereinstimmungen in grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen sich schließlich im Großen

und Ganzen gut und harmonisch gestalteten, so resultierte doch aus einzelnen Reformvorhaben ein beträchtliches Konfliktpotenzial mit den Unternehmern. Dies betraf wesentlich die Reform der autoritären Arbeitsgesetzgebung und den Prozess eines Ausgleichs zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, sodann die Erhöhung der Sozialausgaben mittels einer auch die Unternehmer belastenden Steuerreform, die Frage möglicher weitergehender Privatisierungen (etwa des in Staatsbesitz verbliebenen Kupferunternehmens CODELCO) sowie aktuelle wirtschaftspolitische Fragen, in denen sich ein Mentalitätswandel oder Orientierungswechsel der Regierungen hätte andeuten können.

Insbesondere der von der Regierung moderierte Konzertierungsprozess zwischen der COPROCO und dem Gewerkschaftsdachverband CUT sollte einen Beitrag zur politischen und ökonomischen Stabilität des Landes leisten und für harmonische Sozialbeziehungen in der Transitionsphase sorgen. Die beiden ausgehandelten Rahmenabkommen brachten zunächst einmal die gegenseitige Anerkennung und Legitimität der Verhandlungspartner, sodann aber auch die Verpflichtung auf das wirtschaftliche Entwicklungsmodell mit all seinen Implikationen mit sich (Maxfield 2002). Darüber hinaus wurde u.a. die Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne und die Einrichtung paritätisch besetzter Kommissionen für Kollektivverhandlungen und alle Fragen der Arbeitsbeziehungen beschlossen. Die Reform der Arbeitsgesetzgebung selbst, die noch aus der Zeit der Diktatur stammte und die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung gesetzlich festschrieb, war ein weiteres Anliegen der Regierung zur Herstellung und Garantierung des sozialen Friedens. Die wesentlichen Punkte des Disputs zwischen Unternehmerverbänden und Regierung drehten sich um die Beendigungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen, um die Reichweite möglicher Kollektivverhandlungen, um das Streikrecht und um die Gewerkschaftsorganisation. Gegen die Veränderung der Arbeitsgesetzgebung leisteten die Unternehmer heftigsten Widerstand und sie wehrten sich gegen die angebliche erneute Politisierung der Arbeiterfrage. Insbesondere in Fragen, welche die Machtverteilung innerhalb des Unternehmens und die grundlegenden Prämissen des Wirtschaftsmodells betrafen, zeigten sie sich intransigent. Kompromissbereiter waren sie hingegen in Fragen ihrer aktuellen Verfügungsgewalt über den Faktor Arbeit. Am Ende stimmten sie einem Kompromiss zu, der jedoch den hohen Flexibilisierungsgrad der Arbeitskraft nur partiell verringerte (Dombois/Imbusch/Lauth/Thiery 1997). Schwierig gestaltete sich auch die Durchsetzung einer Steuerreform, um die Ausgaben des Staates für die ärmsten Bevölkerungsschichten

finanzieren zu können. Hierin sahen die Unternehmer Ansätze einer Rückkehr zum alten Etatismus, fürchteten um den Erhalt der makroökonomischen Gleichgewichte und widersetzten sich jeder Defizitfinanzierung. Auch hier stimmten sie einem zäh errungenen Kompromiss zu, der eine fokussierte Verwendung der Zusatzeinnahmen vorsah und alle Gesellschaftsschichten zeitlich begrenzt belastete. Die Frage der Privatisierung oder wenigstens Teilprivatisierung der letzten in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen – insbesondere des Kupferkonzerns CODELCO – war in den neunziger Jahren ein Dauerthema. Dass die autoritäre Regierung die Unternehmen jeweils umstrukturiert hatte und fortan wie auch die demokratischen Regierungen im Einzelnen äußerst profitabel betrieben, macht deutlich, dass es sich hier für die Unternehmer um eine ideologische Frage handelte, bei der es nicht um die Profitabilität an sich ging, sondern grundsätzliche Erwägungen (Staat vs. Markt) eine Rolle spielten. Im Laufe der Jahre wurden einige Unternehmen auf Druck der Unternehmer hin privatisiert und auch CODELCO zumindest teilprivatisiert.

5. Resümee

Blickt man auf die chilenische Entwicklung der letzten 30 Jahre mit Fokus auf die Unternehmer und im weiteren die Marktwirtschaft generell zurück, so erscheint die Marktkonstitution und die Erzeugung dynamischer Unternehmer wesentlich als ein großes politisches Zwangsprojekt, aus dem am Ende die Unternehmer gestärkt hervorgingen (Imbusch 2000; Levy 2002; *La empresa en América Latina* 1998). Das reicht von den internen Organisationsstrukturen der Unternehmerschaft über ihre starke Marktorientierung und internationale Ausrichtung bis hin zu den Möglichkeiten ihrer Interessenvertretung und Einflussnahme. Fragt man nach den Ursachen und Bedingungen dieser Entwicklung, so würde man zu kurz greifen, wenn man ausschließlich auf die unternehmerische Berufung und die vollständige Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft abheben würde, wie dies die liberale Wirtschaftstheorie tut. Auch wenn dies nicht zu unterschätzende Faktoren waren, so müssen die katalysatorischen Bedingungen zur Schaffung dynamischer Unternehmer darüber hinaus in einem komplexen Wechselspiel von Faktoren gesehen werden: Dies beginnt mit der Ausnutzung der natürlichen Ausstattung mit Produktionsfaktoren und einer günstigen Nachfragestruktur auf den Weltmärkten, die sich mit einem unternehmerischen Potenzial aus den professionellen Mittelschichten verband; zum unternehmerischen Erfolg trug zumindest seit den achtziger Jahren auch die aktive neo-

liberale Entwicklungspolitik des chilenischen Staates bei, die den Unternehmern mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen unter die Arme griff und durch das Setzen stabiler Rahmenbedingungen für die nötigen Sicherheiten sorgte, damit sich das unternehmerische Potenzial entfalten konnte; schließlich dürfen in diesem Prozess auch die neuen diskursiven Praktiken des Staates nicht vergessen werden, die eine neue kollektive Unternehmenskultur beförderte, welche die Unternehmer in das Zentrum von Wirtschaft und Gesellschaft stellte und als Akteure stark aufwertete. Damit wird deutlich, dass keineswegs die Schaffung eines liberalen Marktrahmens und die Anwendung orthodox-liberaler Wirtschaftsprinzipien genügen, um dynamische Unternehmer hervor zu bringen (Schurman 1996), war es doch gerade die Anwendung fundamentalistischer ökonomischer Glaubenssätze, die einst für die schwersten Konflikte zwischen bestimmten Teilen der Unternehmerschaft und dem Pinochet-Regime gesorgt hatte.

Literaturverzeichnis

- Birle, Peter/Imbusch, Peter/Wagner, Christoph (1992): *Unternehmer und Politik. Eine theoretische Annäherung an die politische Rolle der Unternehmer und ihrer Verbände mit Blick auf Lateinamerika*. Mainz: Universität Mainz.
- (1997): "Unternehmer und Politik im Cono Sur. Eine vergleichende Analyse". In: *Lateinamerika-Jahrbuch 1997*. Frankfurt/Main, S. 58-85.
- Campero, Guillermo (1988a): "Los empresarios ante la alternativa democrática. El caso de Chile". In: Garrido, Celso (Hrsg.): *Empresarios y Estado en América Latina*. México D.F., S. 245-267.
- (1988b): *Los gremios empresariales en Chile*. Santiago: ILET.
- (1989): "Les chefs d'entreprises chiliens et le processus de démocratisation". In: *Problèmes d'Amérique Latine*, Nr. 94, S. 102-112.
- (1992): "Entrepreneurs under the Military Regime". In: Drake, Paul W./Jaksic, Ivan (Hrsg.): *The Struggle for Democracy in Chile 1982-1990*. Lincoln, S. 128-160.
- Carrière, J. (1981): *Landowners and Politics in Chile. A Study of the "Sociedad Nacional de Agricultura" 1932-1970*. Amsterdam.
- Cavarozzi, Marcelo (1975): *The Government and the Industrial Bourgeoisie in Chile 1938-1964*. Berkeley.
- Cortes, Antonio (2000): *El circuito extrainstitucional del poder*. Santiago.
- Crispi Soler, Jaime (1982): "El agro chileno despues de 1973: expansión capitalista y campesinización pauperizante". In: *Revista Mexicana de Sociología*, Bd. 44, Nr. 2, S. 481-514.
- Cusack, David (1970): *The Politics of Chilean Private Enterprise under Christian Democracy*. Denver/Col.

- Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter (1997): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt/Main.
- Imbusch, Peter (1995): *Unternehmer und Politik in Chile. Eine Studie zum politischen Verhalten der Unternehmer und ihrer Verbände*. Frankfurt/Main.
- (1998): “Die Mächte der Vergangenheit in den Herrschaftsstrukturen der Gegenwart: der Fall Chile”. In: *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Bd. 22. Unkel/Rhein, S. 36-58.
- (2000): “Marktkonstitution und die Erzeugung dynamischer Unternehmer als gewaltsames politisches Zwangsprojekt – Chile”. In: Czada, Roland/Lütz, Susanne (Hrsg.): *Die politische Konstitution von Märkten*. Wiesbaden, S. 126-146.
- Kay, Cristobal/Silva, Patricio (Hrsg.) (1992): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam.
- Koch, Max (1999): “Die kollektiven Akteure im Prozess der Erneuerung des chilenischen Kapitalismus”. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Jg. 15, Nr. 1, S. 65-80.
- La empresa en America Latina* (1998): Sonderheft der Zeitschrift *Sintesis*.
- Levy, Bettina (2002): *Crisis y conflicto en el capitalismo latinoamericano: lecturas políticas*. Buenos Aires.
- Maxfield, Silvia (2002): “Capital Mobility and Democratic Stability”. In: Whitehead, Lawrence (Hrsg.): *Emerging Markets Democracies*. Baltimore, S. 103-114.
- Montecinos, Veronica (1988): *Economics and Power. Chilean Economists in Government 1958-1985*. Pittsburgh.
- Montero, Cecilia (1992): “Chili. Le nouveaux entrepreneurs”. In: *Problèmes d'Amérique Latine*, Nr. 4, S. 117-135.
- (1993): “El actor empresarial en transición”. In: *Colección Estudios CIEPLAN*, Nr. 37, S. 37-68.
- (1996): “Los empresarios en el desarrollo chileno”. In: *Ensaio FEE* 2, S. 152-181.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago.
- Nolte, Detlef (1984): “Zur sozialen Basis konterrevolutionärer Massenbewegungen. ‘El paro de octubre’ in Chile 1972”. In: *Iberoamerikanisches Archiv*, Bd. 10, Nr. 4, S. 393-448.
- (1985): “Zur Strategie konterrevolutionärer Eliten. Die Politik der Unternehmerverbände während der Regierungszeit von Salvador Allende”. In: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, Nr. 22, S. 477-511.
- (1987): “Unternehmerverbände in der chilenischen Politik. Von den Anfängen bis zum Ende der radikalen Präsidentschaften”. In: *Iberoamerikanisches Archiv*, Bd. 13, Nr. 4, S. 545-596.
- Ratcliff, Richard (1973): *Kinship, Wealth and Power. Capitalist and Landowners in the Chilean Upper Class*. Wisconsin.
- (1974): “Capitalists in Crisis. The Chilean Upper Class and the September 11 Coup”. In: *Latin American Perspectives*, Nr. 1, S. 78-91.
- Schurman, Rachel (1996): “Chile’s New Entrepreneurs and the ‘Economic Miracle’: The Invisible Hand or a Hand From the State?”. In: *Studies in Comparative International Development*, Nr. 2, S. 83-109.
- Silva, Eduardo (1991): *Capitalist Coalitions and Economic Policymaking in Authoritarian Chile 1973-1988*. San Diego.

- (1992): “The Political Economy of Chile’s Regime Transition. From Radical to ‘Pragmatic’ Neo-Liberal Policies”. In: Drake, Paul W./Jaksic, Ivan (Hrsg.): *The Struggle for Democracy in Chile 1982-1990*. Lincoln, S. 98-127.
- (1992/93): “Capitalist Regime Loyalties and Redemocratization in Chile”. In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Bd. 34, Nr. 4, S. 77-117.
- (1993): “Capitalist Coalitions, the State, and Neoliberal Economic Restructuring. Chile 1973-1988”. In: *World Politics*, Bd. 45, Nr. 4, S. 526-559.
- (1996a): “From Dictatorship to Democracy. The Business-State Nexus in Chile’s Economic Transformation 1975-1994”. In: *Comparative Politics*, Nr. 3, S. 299-320.
- (1996b): *The State and Capital in Chile. Business Elites, Technocrats, and Market Economics*. Boulder.
- (2002): “State-Business Relations in Latin America”. In: Whitehead, Lawrence (Hrsg.): *Emerging Markets Democracies*. Baltimore, S. 62-102.
- Silva, Eduardo/Durand, Francisco (Hrsg.) (1998): “Organisaciones empresariales y la política en América Latina”. In: *Sintesis*, Nr. 28-29, S. 15-59.
- Silva, Patricio (1991): “Technocrats and Politics in Chile. From the Chicago Boys to the CIEPLAN Monks”. In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 23, Teil 2, S. 385-410.
- Stallings, Barbara (1978): *Class Conflict and Economic Development in Chile 1958-1973*. Stanford.
- Viguera, Anibal (1996): “Empresarios y acción política en América Latina”. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 143, S. 174-189.
- (1996): “La acción política de los empresarios en América Latina”. In: *Ecuador Debate*, Nr. 38, S. 167-198.
- Villar Malfanti, Paulina/Verna, Gerard/Adjerime, Yacine (2000): “La formation de groupes économiques au Chili: histoire recente et spécificité organisationnelle”. In: *Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies*, Bd. 25, Nr. 50, S. 169-194.
- Wright, Thomas C. (1982): *Landowners and Reform in Chile. The “Sociedad Nacional de Agricultura” 1919-1940*. Urbana.
- Zeitlin, Maurice/Ratcliff, Richard (1988): *Landlords and Capitalists. The Dominant Class of Chile*. Princeton.

Jaime Ensignia

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung nach der Diktatur

1. Historischer Überblick

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung wurde vor dem Militärputsch vom September 1973 als eine der repräsentativsten Gewerkschaftsbewegungen in der Region betrachtet. Ihr Organisationsgrad – in der historischen Einheitszentrale der Arbeiter Chiles *Central Única de Trabajadores* (CUT) – erreichte 31% der erwerbstätigen Bevölkerung. Ihre Rolle in der chilenischen Politik und innerhalb der einflussreichsten politischen Parteien des Landes vor dem Putsch (Kommunistische Partei Chiles, Sozialistische Partei und Christdemokratische Partei) hatte, ohne jeglichen Zweifel, eine große Bedeutung. Der große Einfluss der politischen Parteien der chilenischen Linken, insbesondere der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei, bestimmte das sozial-politische Profil der chilenischen Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit.

Die Gewerkschaftsbewegung war einer der gesellschaftlichen Sektoren, die am stärksten von der repressiven und neoliberalen Politik des Militärregimes von Pinochet betroffen war. Sie erfuhr eine gewaltsame Änderung ihrer politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die neue Szenerie, in welche die Gewerkschaftsbewegung nunmehr gestellt war, stand ihr von Beginn an vollkommen feindlich gegenüber. Die tief greifenden Veränderungen in der Sozialstruktur und in der Wirtschaft bestimmten das Handeln der Gewerkschaften in den sechzehneinhalb Jahren des autoritären Regimes. Die gewaltsamen Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur des Landes in diesen Jahren schwächten die historische Gewerkschaftsbewegung, wie sie vor der Putschperiode bestand, substantiell. Die Reduzierung und Desaktivierung der nationalen Industrie und die Öffnung der chilenischen Wirtschaft für das Auslandskapital bildeten einige der Faktoren für die Ausschaltung, Ausgrenzung und Atomisierung großer und wichtiger Teile der nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Die neue Arbeitsgesetzgebung aus dem Jahre 1979, die vom damaligen Arbeitsminister José Piñera verkündet wurde und unter dem Namen "Plan

Laboral” bekannt geworden ist, beschränkte auf legalem Wege die Rechte der Arbeitnehmer und die gewerkschaftliche Interessenvertretung, während gleichzeitig die Rechte der Arbeitgeber und der Unternehmerverbände erweitert und verstärkt wurden. Der Staat zog sich noch weiter aus seiner Vermittlerrolle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurück und überließ die Konfliktlösung dem “freien” Spiel der Kräfte zwischen beiden Lagern, womit eindeutigweise die Gewerkschaftsbewegung benachteiligt wurde, deren Grundlagen und Organisation seit dem Militärputsch stetig geschwächt wurde. Allgemein ausgedrückt kann man sagen, dass die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung in der Periode der Diktatur durch folgende Aspekte gekennzeichnet war:

- Es war eine in ihren Strukturen geschwächte Bewegung, mit niedrigem Organisationsgrad (aufgrund der fehlenden Gewerkschaftsfreiheit, fehlender politischer Rechte und einer Arbeitsgesetzgebung, welche die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung stark behinderte).
- Die Gewerkschaftsbewegung hatte konfrontativen Charakter und verfolgte das Ziel der Wiederherstellung demokratischer Strukturen.
- Sie war dadurch charakterisiert, dass sie charismatische und mobilisierende Gewerkschaftsführer besaß.

2. Die Entwicklung der Gewerkschaften im Rahmen einer unvollendeten Übergangsperiode

Der Sieg des Kandidaten des Parteienbündnisses für die Demokratie (*Concertación de Partidos por la Democracia*), des Christdemokraten Patricio Aylwin, in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Dezember 1989, bestätigte die Erwartungen der demokratischen Opposition bezüglich des Beginns eines Demokratisierungsprozesses der chilenischen Gesellschaft nach dem Erfolg der Volksabstimmung vom 5. Oktober 1988. Man muss hierbei unterstreichen, dass die *Concertación* trotz ihres Sieges bei den Präsidentschaftswahlen und der guten Wahlergebnisse in jüngster Zeit (besonders bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung), im Oberhaus (Senat) nicht die notwendige Mehrheit erreichen konnte, um die autoritäre Pinochetverfassung aus dem Jahre 1980 substantiell zu verändern. Ursachen des Nicht-Erreichens der erforderlichen Mehrheit sind die Existenz der designierten Senatoren – Erbschaft der Verfassung von 1980 – und das in Chile gültige binominale Wahlsystem. Beides stellt bis heute ein großes Hindernis für demokratische Reformen im Parlament dar.

In ihrem Verfassungsvorschlag vom April 1989 hatte die erneut gegründete und zum Militärregime bereits in Opposition stehende Gewerkschaftszentrale *Central Unitaria de Trabajadores* (CUT) auf die künftigen Schwierigkeiten hingewiesen, denen eine neue demokratische Regierung gegenüberstehen würde. Diese Gewerkschaftszentrale, die eine solide Mehrheit der organisierten Gewerkschaftsbewegung repräsentiert, war von Anfang an bereit, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um den Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ging sogar soweit, ihre legitimen Forderungen und Rechte, die ihr unter der Militärregierung entrissen worden waren, für einen politisch günstigeren Moment zurückzustellen. Ein klares Beispiel hierfür war, keine totale Reform des „Plan Laboral“ aus dem Jahre 1979 zu fordern. Die CUT schlug ein Minimalprogramm vor, das in den folgenden Punkten zusammengefasst werden kann:

- Schutz der individuellen Arbeitsrechte;
- institutionelle Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und Autonomie;
- Aufhebung der Normen bezüglich der Unvereinbarkeit von gewerkschaftlicher Aktivität und Mitgliedschaft in politischen Parteien;
- Recht auf Tarifverhandlungen ohne Beschränkungen (auf der Ebene der Wirtschaftszweige und untergeordneter Ebenen);
- Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung.

Zu Beginn der ersten Regierung der *Concertación* bestand die Gewerkschaftsbewegung nachdrücklich auf der Konkretisierung einer politischen Verständigung mit dem Staat und den Unternehmerverbänden, all das auf der Suche nach einer substantiellen Politik des sozialen Konsenses. Auf diese Weise gelang es der CUT als einziger Gewerkschaftsorganisation, offiziell als Verhandlungspartner der Unternehmerverbände und der Regierung anerkannt zu werden. In den ersten drei Jahren der Regierung der *Concertación* setzte sich dies erfolgreich im Abschluss von Rahmenverträgen mit dem Unternehmerdachverband, der Konföderation der Produktion und des Handels CPC (*Confederación de la Producción y del Comercio*), fort, und zwar mit dem Ziel der Erzielung einer Übereinkunft bezüglich der Mindestlöhne. Die Gesellschaft als Ganzes und besonders die Gewerkschaftsbewegung betrachteten es als die zentrale Aufgabe, den demokratischen Übergangsprozess und den Weg, der sich mit dem Wahlsieg von Patricio Aylwin

öffnete, nicht in Gefahr zu bringen. Die politische und soziale Verantwortung, welche die Gewerkschaftsbewegung in dieser wichtigen Periode an den Tag legte, ist unbestreitbar und stellte einen politischen Beitrag zur Regierbarkeit von unschätzbarem Wert dar. Die Sympathie, welche die gewerkschaftliche Politik und Aktion zu Beginn der neunziger Jahre von Seiten der Politik besaß, ist in der Gegenwart in eine starke Kritik umgeschlagen, die dahin tendiert, zu zeigen, dass die Gewerkschaften nur eine geringe Repräsentativität besitzen, Konflikte schüren und einem veralteten politisch-gewerkschaftlichen Diskurs anhängen. Gleichzeitig ist es wichtig zu erwähnen, dass die Erwartungen, die die Gewerkschaftsbewegung in den demokratischen Übergangsprozess gesetzt hatte, nicht erfüllt worden sind. Wenngleich einige der repressivsten Aspekte der Arbeitsgesetzgebung der Diktatur modifiziert wurden, konnte kein wirkliches Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hergestellt werden, d.h. erstere befinden sich nach wie vor in einer begünstigten Situation. So wurde z.B. ein Gesetzesentwurf zur Reform des Arbeitsrechts, der von der zweiten Regierung der *Concertación* im Jahre 1996 eingereicht wurde, abgelehnt und konnte aufgrund des Widerstandes der rechten und designierten Senatoren nicht einmal im Senat diskutiert werden.

3. Die gesellschaftspolitische Strategie der Gewerkschaftsbewegung

Ein weiterer von der Gewerkschaftsbewegung selbst als solcher akzeptierter Mangel besteht darin, dass sie keine angemessene Verarbeitung der historischen Besonderheit ihrer Rolle im demokratischen Übergangsprozess erreichen konnte. Es zeigte sich, dass eine Gewerkschaftsbewegung, die sich ausschließlich auf den Dialog stützt, Gefahr läuft, einflusslos zu werden, wenn sie keine dafür entwickelte Gegenstrategie besitzt; und dass andererseits eine Politik, die einzig und ausschließlich auf Druckausübung basiert, die gesellschaftliche und politische Isolation der Gewerkschaften mit sich bringt, so dass diese ihre Ziele überhaupt nicht mehr verwirklichen können. Die Gewerkschaftsführer der CUT haben auf nationaler Ebene in diesen Jahren Schwierigkeiten gehabt, ihre Organisation zwischen einer notwendigen Politik der Mobilisierung und dem unerlässlichen Dialog mit ihren 'natürlichen' Partnern zu lenken, und haben sich entsprechend bei einer Reihe von Gelegenheiten zwischen einer nicht notwendigen Anpassung aufgrund ihrer mehrheitlichen Affinität zu den Parteien der *Concertación* und relativ konfrontativen Positionen bewegt.

Die Regierungen der *Concertación* ihrerseits haben keine größere Kohärenz und nicht mehr politische Sensibilität in ihrer Beziehung mit der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften gezeigt. Von der Gewerkschaftsbewegung wurde Pflichterfüllung gefordert, als wenn es sich um eine “unnormale” politische Übergangssituation handeln würde und die Gewerkschaften deswegen keinen Druck zur Durchsetzung ihrer Forderungen ausüben dürften und jede gewerkschaftliche Aktion vermeiden müssten, um den demokratischen Prozess nicht zu gefährden. Anstatt ihren legitimen Forderungen entgegenzukommen, hat man den Gewerkschaften nichts weiter angeboten als eine abstrakte “Modernisierung” des Arbeitslebens. Die Kritik der Gewerkschaften am Übergangsprozess basierte auf einer Reihe von nicht eingelösten Forderungen, die sich in den letzten Jahren der Diktatur angehäuften hatten. Das Argument der Gewerkschaften war dabei, dass sie einen wertvollen Beitrag zur Rückeroberung und Stärkung des demokratischen Regimes geleistet haben, dass aber die bis dato erfüllten Forderungen in keiner Beziehung zum geleisteten Beitrag stünden.

Auf dem Gebiet der Mitbestimmung wurde die Gewerkschaftsbewegung zwar von der Regierung konsultiert, aber die konkreten Tatsachen zeigten, dass immer die Meinung der Regierungsbehörden überwog. Hinzu kam, dass die Regierung, bevor die Gewerkschaften zu Initiativen im Arbeitsbereich konsultiert wurden, ihren Vorschlag bereits erschöpfend ausgearbeitet hatte, so dass die Konsultationen in der Regel reine Formsache blieben.

Die Reformen der Arbeitsgesetzgebung behielten die Grundstruktur des “Plan Laboral” des Militärregimes bei. Entlassungen aufgrund betrieblicher Zwänge sind Teil antigewerkschaftlicher Praktiken. Es gibt keine wirksamen Maßnahmen, um die Gewerkschaftsfreiheit zu garantieren. An Tarifverhandlungen nehmen weniger als 13% aller Arbeitnehmer teil.

Die Mehrheit der Betriebe behielt althergebrachte Formen der Arbeitsbeziehungen bei, die durch unternehmerische Willkür, Missachtung der Arbeitnehmerrechte und die Unterdrückung der Gewerkschaften gekennzeichnet sind. In Wirtschaftszweigen mit starker Dynamik, z.B. in dem auf den Export ausgerichteten Agrarsektor und in der Forstwirtschaft, herrschen äußerst prekäre Arbeitsbedingungen vor.

Tabelle 1: Entwicklung der Tarifverhandlungen 1986-1995

	Lohnabhängig Beschäftigte	Einbezogene Arbeitnehmer	Begünstigte Arbeitnehmer	Deckungsquote (%)
1986	2.718	111.914	254.851	9,4
1987	2.799	161.130	273.044	9,8
1988	2.945	124.781	285.911	9,7
1989	3.020	221.109	345.890	11,5
1990	3.063	186.245	407.354	13,3
1991	3.135	257.773	444.018	14,2
1992	3.295	228.384	486.157	14,8
1993	3.472	258.445	486.829	14,0
1994	3.423	235.151	493.596	14,4
1995	3.483	214.046	449.197	12,9

Quelle: Arbeitsinspektion, *Temas Laborales*, Nr. 4, September 1996.

Die finanziellen und materiellen Mittel, über welche die Gewerkschaften verfügen, sind sehr begrenzt. Die Mehrheit der Konföderationen, Föderationen und Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler Ebene haben keine eigenen Mittel, um ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten zu entwickeln. Die vom Militärregime konfiszierten Güter der Gewerkschaftsbewegung sind noch immer nicht zurückgegeben worden. Wenngleich der vom Staat finanzierte "Fonds für gewerkschaftliche Bildung" eine große Hilfe darstellte, konnten die damit verbunden Erwartungen nicht erfüllt werden.

Die Regierung begegnet den Anforderungen des Wirtschaftswachstums mit neoliberalen Praktiken. Flexibilisierungsbestimmungen lassen sich auf den Abbau arbeitsrechtlicher Schutznormen reduzieren, d.h. auf eine Deregulierung, ohne dass Mechanismen entwickelt werden, die eine Umschulung oder die Absicherung der Arbeitnehmer im Falle von Arbeitslosigkeit beinhalten.

Auch in den Staatsbetrieben und im öffentlichen Dienst sind die Arbeitsbeziehungen – bis auf wenige Ausnahmen – als autoritär zu charakterisieren und durch eine hierarchische Struktur gekennzeichnet. Die Modernisierung des Staatsapparates und besonders die Aus- und Weiterbildung der Beamten stellt sich, obwohl dies eine der Hauptaufgaben der demokratischen Regierungen darstellt, lediglich als eine Absichtserklärung heraus.

Der zwischen Gewerkschaften und Unternehmern erreichte Konsens zu Beginn der neunziger Jahre ist eine einzigartige Tatsache sowohl in Chile wie auf dem lateinamerikanischen Kontinent gewesen. Aber trotz der spe-

ziellen Bereitschaft seitens der chilenischen Gewerkschaften, den Spielraum für eine Sozialpartnerschaft zu erweitern, ist dies nicht über allgemeine Verlautbarungen und Absichtserklärungen hinausgegangen. Die Unternehmer zeigen keine größere Bereitschaft, in permanente Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten und sozialpolitische Verträge abzuschließen.

Die Gewerkschaftsführung verpflichtete sich zwar, Wege für qualitative Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen auf allen Ebenen mit dem Ziel zu suchen, die jüngste, durch soziale und ideologische Konfrontation gekennzeichnete Vergangenheit zu überwinden. Die Unternehmer ihrerseits zeigen jedoch keinerlei Interesse an der Schaffung permanenter Instanzen, die es ermöglichen würden, Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen herbeizuführen. Das hervorstechendste Beispiel hierfür war die totale Opposition seitens der Unternehmerschaft gegenüber dem Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsrechts, der von der Regierung eingereicht wurde, jedoch von der politischen Rechten im Senat im Dezember 1997 zurückgewiesen wurde.

4. Eine soziale Bewegung im Übergang

Die geschilderten Umstände führten dazu, dass die chilenischen Gewerkschaften sich gegenwärtig einer tiefen selbstkritischen Reflexion unterziehen und sich in einem Prozess der konstanten Suche nach einer neuen programmatischen Ausrichtung für die Zukunft befinden. In diesem Sinne sollen im Folgenden die Stärken und Schwächen der Gewerkschaftsbewegung in dieser neuen Etappe, die zu Beginn der neunziger Jahre eingeleitet wurde, analysiert werden.

Die Stärken der Gewerkschaftsbewegung in der Phase nach der Diktatur können u.a. in den folgenden Punkten gesehen werden:

- Es ist eine starke Tendenz zu beobachten, die Rolle der Demokratie und die strukturelle Modernisierung der Wirtschaft hoch zu schätzen. Es wird als Notwendigkeit angesehen, das makroökonomische Gleichgewicht zu respektieren; gleichzeitig wird jedoch gefordert, dass auch die “makrosozialen und mikrosozialen Gleichgewichte” Beachtung finden müssen.
- Es hat sich in Chile ein soziales Bewusstsein der Bürger herausgebildet, dass zwischen der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Organisation, der *Central Unitaria de Trabajadores* (CUT), eine unlösbare Verbindung besteht.
- Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gewerkschaften im allgemeinen Sinne wurde gestärkt – trotz der politischen, ideologischen und religiö-

sen Unterschiede. Dies ist ein Besitzstand, dessen sich – nach Meinung von Spezialisten – die Gewerkschaftsführer der repräsentativsten Gewerkschaftszentrale des Landes, eben der CUT, sicher sind. Der *Central Autónoma de Trabajadores* (CAT), die im Jahre 1996 mit finanzieller Unterstützung der Lateinamerikanischen Konföderation der Arbeiter CLAT (*Confederación Latinoamericana de Trabajadores*) mit einer christlichen Orientierung gegründet wurde, ist es nicht gelungen, sich in eine gewerkschaftliche Alternative zur CUT zu entwickeln.

- Die Notwendigkeit der Sozialpartnerschaft (*concertación social*) wird anerkannt, welche die Suche nach Übereinkünften als alternativem Mechanismus zur Konfrontation favorisiert, ohne auf die manchmal notwendige soziale Mobilisierung zu verzichten.
- Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird verstanden, dass die gewerkschaftliche Kampfkraft nicht einzig und allein davon abhängt, wie viele Menschen auf die Straße gebracht oder wie viele Betriebe stillgelegt werden können, sondern auch davon, ob die Gewerkschaftsbewegung gut begründete und gangbare Vorschläge für unterschiedliche Politikfelder zu entwickeln in der Lage ist.
- Trotz ihres niedrigen Organisationsgrades behält die Gewerkschaftsbewegung große nationale und internationale Legitimität. Diese Anerkennung ist mit den beträchtlichen Anstrengungen und Opfern seitens der Gewerkschaftsführungen sowohl während der Militärdiktatur als auch danach errungen worden.

Dem stehen allerdings auch einige Schwachpunkte der chilenischen Gewerkschaftsbewegung auf den verschiedenen Ebenen der Interessenvertretung gegenüber:

- Es ist eine gewisse “Müdigkeit” und depressive Stimmung in wichtigen Sektoren der Gewerkschaftsbewegung festzustellen, so dass man nicht weiß, wie mit der neuen gesellschaftlichen Situation umgegangen werden soll. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis tiefgreifender wirtschaftlicher, struktureller und ideologischer Veränderungen, die in den vergangenen Jahrzehnten in der Sozialstruktur Chiles vor sich gegangen sind.
- Ein Element, das gleichfalls dazu beiträgt, die Schwächen der Gewerkschaftsbewegung zu verstärken, ist nach Meinung der Gewerkschaftsführung die Klassifizierung der verschiedenen Gewerkschaften mit je eigenen Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten. Nach der Arbeitsgesetzge-

bung, die noch aus der Diktatur herrührt, werden folgende Typen von Gewerkschaften unterschieden: a) Betriebsgewerkschaften, welche die Arbeiter eines Betriebes organisieren; b) zwischenbetriebliche Gewerkschaften, die Arbeitnehmer von mehreren Betrieben vertreten; c) Gewerkschaften von Selbständigen; und d) die Gewerkschaften der Gelegenheits- und Saisonarbeiter.

- Die Beziehung der politischen Parteien zur Gewerkschaftsbewegung hat sich zu einem Krisenfaktor entwickelt. Symptomatisch dafür war die heftige Intervention der Sozialistischen Partei, der Christdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei während der CUT-Wahlen im November 1998, die eine starke parteipolitische Einmischung in deren interne Konflikte darstellte. Die Lösung besteht diesbezüglich sicher nicht in einer Entpolitisierung der Gewerkschaften, vor allem, wenn man die politische Tradition der chilenischen Gewerkschaftsbewegung in Rechnung stellt, sondern darin, die künftigen Beziehungen zwischen den politischen Parteien einerseits und der Gewerkschaftsbewegung andererseits so zu gestalten, dass die Autonomie beider Seiten respektiert wird und sich diese Beziehungen durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung auszeichnen.
- Es bilden sich Formen der Gewerkschaftsbürokratie mitsamt entsprechend inadäquaten Verhaltensweisen heraus. Das stellt unter den gegenwärtigen Bedingungen ein fast unlösbares Problem aufgrund des allgemeinen Niveaus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit dar, die als solche einfach unzureichend ist. Das Defizit in der politisch-kulturellen Erziehung einer großen Anzahl von Gewerkschaftsführern zusammen mit den organisatorischen Mängeln der Gewerkschaftsbewegung erschwert den Prozess einer ganzheitlichen Bildung und Erziehung der Gewerkschaftskader auf allen Ebenen. All dies verweist auf die Notwendigkeit, ein geeignetes nationales System gewerkschaftlicher Bildungsarbeit zu entwickeln, das die Gewerkschaftskader befähigt, den komplizierten Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit gewachsen zu sein.
- Seit Beginn des Demokratisierungsprozesses hat sich die Zahl der Arbeitnehmer, die in Tarifverhandlungen einbezogen ist, nicht erhöht. Tarifverhandlungen bleiben so ein selektives Instrument für relativ wenige Arbeiter und Angestellte. Das ist ein ernstes Problem, wenn man in Rechnung stellt, dass sich auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad

seit 1991 nicht erhöht hat. Tabelle 2 zeigt die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades für den Zeitraum 1986-1995.

Tabelle 2: Entwicklung der Zahl gewerkschaftlicher Organisationen und des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Zeitraum 1986-1995

Jahr	Zahl gewerkschaftlicher Organisationen	Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer	Lohnabhängige	Organisationsgrad
1986	5.391	386.987	2.717.500	14,2%
1987	5.883	442.302	2.798.500	15,0%
1988	6.446	446.194	2.944.900	15,8%
1989	7.118	507.616	3.019.600	16,8%
1990	8.861	606.812	3.063.100	19,8%
1991	9.858	701.315	3.134.600	22,4%
1992	10.576	724.065	3.295.400	21,9%
1993	11.389	684.361	3.472.500	19,7%
1994	12.109	661.966	3.422.700	19,3%
1995	12.482	679.993	3.454.900	19,7%

Quelle: Arbeitsinspektion, Studienabteilung und Zentralinstitut für Statistik (1996).

5. “Dauerkrise” der CUT?

Es ist eine nicht zu verkennende Tatsache, dass die CUT einen Prozess relativer Schwächung ihrer gewerkschaftlichen Organisation und Kampfkraft sowie ihrer Fähigkeit, den heutigen Herausforderungen der Arbeitswelt gewachsen zu sein, erfahren hat. Die statistischen Daten zeigen, dass der Umfang der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren kleiner geworden ist. Die Zahl der in der CUT organisierten Arbeitnehmer beläuft sich gegenwärtig auf 467.350 Mitglieder. Das sind 12% aller in Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten, deren Ziffer sich auf insgesamt – die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingeschlossen – 780.528 beläuft. Letztere bilden lediglich 17% aller Lohnabhängigen (3.713.080 Personen). Von der CUT werden dabei repräsentiert: so genannte *Asociaciones* (Konföderation der Arbeitnehmer des Gesundheitswesens, des öffentlichen Dienstes und die Konföderationen der Angestellten), die Konföderation der Angestellten von Städten und Gemeinden, die Lehrergewerkschaft, nationale Gewerkschaften sowie Föderationen und Konföderationen von Arbeitnehmern des Privatsektors.

Obgleich es sicherlich übertrieben wäre zu behaupten, dass die Gewerkschaftsbewegung als solche in ihrer Existenz bedroht sei, muss man doch feststellen, dass sie ernsthaften Schwierigkeiten unterschiedlichen Ursprungs gegenübersteht, welche die Herausbildung eines zukünftigen Profils als gewerkschaftliche Organisation erschweren. Wenn man die gegenwärtige Gewerkschaftswelt betrachtet und sie mit der Gewerkschaftsbewegung in früheren Zeiten vergleicht, muss man zugeben, dass die Gewerkschaften eine enorm komplizierte Situation durchleben, in der Antworten auf substantielle Transformationen in der Arbeitswelt gegeben werden müssen, um die Interessen der Arbeitnehmer vertreten zu können und sich in einen anerkannten, modernen und konstruktiven Verhandlungspartner in der Gesellschaft zu verwandeln. Auch wenn die aktuelle Situation der CUT und der chilenischen Gewerkschaftsbewegung als schwierig bezeichnet werden kann, bleibt die chilenische Gewerkschaftsbewegung im ganzen Lande verankert; und obwohl sie gegenwärtig nur eine geringe Anzahl von Arbeitnehmern erreicht, hat sie doch extrem schwere Zeiten überdauert und ihre Aktionsfähigkeit auch unter schwierigsten Umständen erwiesen.

6. Bilanz und Zukunft der chilenischen Gewerkschaftsbewegung

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung hat den Übergang von der Diktatur zur Demokratie realisiert, ohne in der Lage gewesen zu sein und die Möglichkeit gehabt zu haben, die historische Situation im nationalen und internationalen Rahmen, die am Ende der achtziger Jahre und zu Beginn der neunziger Jahre entstanden war, konzeptuell und programmatisch zur Gänze zu erfassen. Da die Demokratie sich immer noch nicht vollständig konsolidieren konnte, befindet sich die Gewerkschaftsbewegung nach wie vor in einer schwachen Position gegenüber den Unternehmern. Die Herausforderung, der die Gewerkschaften gegenüberstehen, ist eine Strategie zu entwickeln, die den neuen Realitäten seit dem Jahre 1990 entspricht und die darauf gerichtet ist, die demokratischen Verhältnisse zu festigen und Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeits- und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. Die Gewerkschaftsbewegung und insbesondere die CUT müssen ihre Fähigkeit entwickeln, gangbare Vorschläge für die weitere Entwicklung des Landes zu erarbeiten und die sich ihnen eröffnenden Freiräume zu nutzen.

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fordern Mitbestimmung in den Betrieben. Internationale Erfahrungen besagen, dass wettbewerbsfähige Betriebe ihren Erfolg unter anderem der kreativen Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an betrieblichen Belangen verdanken. In Chile herrschen

jedoch nach wie vor Management-Konzeptionen und Praktiken vertikalen und autoritären Zuschnitts vor, welche die sogenannte Modernität des nationalen Unternehmertums in Abrede stellen. Die CUT fordert eine aktive Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, mittels der Gründung von Betriebskomitees, Komitees der Produktivität, der Präsenz der Gewerkschaften in den Betriebsleitungen und anderen Mechanismen.

Andererseits muss die Gewerkschaftsbewegung aktiven Einfluss auf die Diskussionen über die Freihandelsverträge und den Integrationsprozess im MERCOSUR gewinnen. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet, die unter anderem in Kanada, Mexiko und in den USA gemacht wurden, zeigen, dass die genannten Prozesse ohne gewerkschaftliche Einflussnahme negative soziale und politische Folgen haben können. Der Einschluss von Sozialklauseln in diese Verträge ist eine unbedingte Forderung der Gewerkschaftsbewegung, die von der CUT repräsentiert wird.

Seitens der Gewerkschaftsbewegung ist es notwendig, eine klare und transparente, auf die politische und organisatorische Stärkung der CUT abzielende Politik zu entwickeln. Diese Politik schließt die gewerkschaftliche Gegenwehr und Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen ebenso ein wie die Stärkung des demokratischen Systems.

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan (1972): *Politics and the Labour Movement in Chile*. London.
- (1991): "Unions and Workers in Chile during the 1980s". In: Drake, Paul W./Jaksic, Iván (Hrsg.): *The Struggle for Democracy in Chile, 1982-1990*. Lincoln, S. 188-210.
- Campero, Guillermo (1998): "Organización sindical y relaciones laborales". In: Toloza, Cristián/Lahera, Eugenio (Hrsg.): *Chile en los noventa*. Santiago de Chile, S. 405-426.
- Drake, Paul W. (1996): *Labor Movements and Dictatorships: The Southern Cone in Comparative Perspective*. Baltimore.
- (2003): "El movimiento obrero en Chile: De la Unidad Popular a la Concertación". In: *Revista Chilena de Ciencia Política*, Bd. 23, Nr. 2, S. 148-158.
- Ensignia L. Jering, Jaime (1987): *PARO: chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur*. Berlin.
- Henríquez Riquelme, Helia (1999): "Las relaciones laborales en Chile: ¿un sistema colectivo o un amplio espacio para la dispersión?". In: Drake, Paul W./Jaksic, Iván (Hrsg.): *El modelo chileno: democracia y desarrollo en los noventa*. Santiago de Chile, S. 93-123.
- Imbusch, Peter (1997): "Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Chile: Die Erfahrungen mit der Pinochet-Diktatur". In: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter (Hrsg.): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 225-253.

- Montero, Cecilia/Alburquerque, Mario/Ensignia, Jaime (Hrsg.) (1999): *Trabajo y empresa: entre dos siglos*. Caracas.
- Nolte, Detlef (1986): *Zwischen Rebellion und Integration. Gewerkschaften in der chilenischen Politik*. Saarbrücken.
- Rojas Hernández, Jorge (1986): *Die chilenische Gewerkschaftsbewegung 1973-1984*. Frankfurt am Main/New York.
- (1995): “Globalisierungsprozesse, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika”. In: Bultmann, Ingo et al. (Hrsg.): *Demokratie ohne soziale Bewegung*. Unkel am Rhein, S. 65-141.
- Schürmann, Francisca Albertina (1998): *Sindicalismo e democracia: os casos do Brasil e do Chile*. Brasília, D.F.
- Thiery, Peter (1987): “Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im demokratischen Chile (1990-1996)”. In: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter (Hrsg.): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 254-275.

Jaime Sperberg

Marginalität: Die *pobladores* zwischen Armut und sozialer Bewegung

1. Einleitung

Auch wenn die Diskussion um Marginalität und Marginalisierte in Chile wie auch in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Konzept bereits abgeebbt ist, kann weiterhin von einer sozialen und politischen Exklusion armer Bevölkerungsschichten gesprochen werden. Die immer noch existierende mangelnde Beteiligung am politischen und sozialen Leben sowie die unzureichende Befriedigung von Grundbedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten kann als Indiz für die Relevanz dieses Phänomens in Chile betrachtet werden. Allerdings spricht man in chilenischen Ministerien und Wissenschaftlerkreisen nicht mehr so gerne von Marginalität (Tironi 1990: 228ff.) wie zu Zeiten der DESAL¹ in den sechziger Jahren, sondern schlicht und einfach von Armen. Zudem wird eine ökonomische Konzeption von Armut² bevorzugt, die im Allgemeinen zu einem pragmatischen Umgang mit dem Thema der Marginalität führt. Ebenfalls hängt die mittlerweile aus der Mode gekommene Benutzung des Begriffes Marginalität/Marginalisierte mit dem Niedergang der Großtheorien der Modernisierung und Dependenz und dem Übergang zu Theorien mittlerer Reichweite (z.B. informeller Sektor, soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft etc.) zusammen (Tironi 1990: 240ff.).

¹ Die DESAL war eine von der Katholischen Kirche getragene Institution, die in den sechziger Jahren Marginalität als fehlende soziale und politische Beteiligung einer marginalen Bevölkerung interpretierte, wobei sie ökonomische und strukturelle Verursachungsfaktoren von Marginalität vernachlässigte (siehe DESAL 1970). Die DESAL ging so weit zu behaupten, dass Marginalisierte sich sogar außerhalb der Gesellschaft befinden und deshalb auch nicht zur Unterschicht gehören würden (Vekemans/Venegas 1966).

² Diese ökonomische Konzeption von Armut legt eine untere Grenze fest, unter der kein menschenwürdiges Leben mehr möglich erscheint, so dass hier geboten ist, dass der Staat interveniert, um die von Armut betroffenen Individuen aus dieser Situation herauszuführen (siehe Martínez/Palacios 1996: 13). "Diese ökonomische Konzeption von Armut als zentralem Bestandteil der Sozialpolitik hat sich mit besonderer Vehemenz im politischen Bereich durchgesetzt, in erster Linie, weil sie dort als besonders funktional für die überall an der Tagesordnung stehenden Strukturanpassungspolitiken angesehen wurde" (ebda.: 14, Übers. J. S.)

Besonderes Augenmerk soll hier auf die Rolle der städtischen³ Armen Chiles gelegt werden, die gemeinhin als *pobladores* bezeichnet werden. Unter *pobladores* werden die Bewohner von unterschiedlichen Typen von Marginalsiedlungen (*poblaciones*) verstanden, deren Gemeinsamkeit der räumliche Bezug zu ihrem Wohnviertel und die Zugehörigkeit zu den unteren Einkommensgruppen ist. In der wissenschaftlichen Literatur werden häufig *Slum*- und *Squatter*-Siedlungen differenziert. Während *Squatter*-Viertel etwas über Bodenrechtsverhältnisse aussagen, beziehen sich *Slums* auf die äußerlich heruntergekommene Bausubstanz dieser Siedlungen (Sperberg 1997: 8; Wetter 1985: 1f.). *Slums*, in Chile "*poblaciones* Callampas" genannt, sind meist durch eine individuelle "geräuschlose Besetzung" eines in der Stadt (noch) wertlosen Stückes Land (unter Autobahnbrücken, am Ufer von Flüssen oder Abwasserkanälen etc.) entstanden. *Squatter*-Viertel hingegen, *tomas de terrenos* genannt, stellen eine kollektive und organisierte illegale Invasion von urbanem Land dar, die eher an der Peripherie der Stadt vorzufinden sind (Sperberg 1997: 8). Der chilenische Staat intervenierte selbst in den Prozess der Schaffung von Wohnraum für untere Einkommenschichten. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre stellte er *sites and services* (*Operaciones Sitio*) zur Verfügung, das sind Parzellen, die mit Basisinfrastruktur ausgestattet an Bedürftige zu günstigen Konditionen vergeben wurden, damit sie in Selbsthilfe den Hausbau vorantreiben (Espinoza 1994: 186; Bähr 1995: 147). In den achtziger und vor allem in den neunziger Jahren entstanden ausgedehnte Viertel des sozialen Wohnungsbaus (z.B. im Süden Santiagos), die ebenfalls als *poblaciones* bezeichnet werden (Urmেন্টa et al. 1994).

In älteren Marginalsiedlungen (*Operación Sitio* oder die aus Landbesetzungen der in den sechziger/siebziger Jahren hervorgegangenen *poblaciones*) wurden die *allegados* in den achtziger Jahren zu einer weiteren Wohnform der chilenischen städtischen Armen. *Allegados* sind Haushalte, die unter schlechten Bedingungen i.d.R. bei Verwandten oder Freunden eine Wohnmöglichkeit entweder im Haus selbst oder auf dem Grundstück finden (Sperberg 1997: 33f.; Gilbert 1993: 78ff.). Diese Gruppe ist als Opfer der fehlenden bzw. unzureichenden Wohnungsbaupolitik der Militärregierung und der Nicht-Akzeptanz von urbanen Landbesetzungen zu verstehen (Sper-

³ Die Fokussierung auf die "städtischen" Armen oder Marginalisierte rechtfertigt sich im chilenischen Fall durch die hohe Urbanisierungsrate von 86% für die neunziger Jahre. Die metropolitane Region von Santiago beherbergt 63% der Gesamtbevölkerung Chiles (*Chile – A Country Study*, 1999).

berg 1997; Nickel 1988: 35). Die *allegado*-Problematik konnte in der Periode 1990-1994 wesentlich entschärft werden, als die demokratisch gewählte Regierung Aylwin die Wohnungsbaupolitik auf die Bedürfnisse der städtischen Unterschichten ausrichtete und den sozialen Wohnungsbau massiv förderte (Rodríguez 1994).

Neben den genannten Wohnformen existieren im innerstädtischen Bereich ältere Bauten mit heruntergekommener Bausubstanz, in der traditionell die Industriearbeiterschaft lebte, aber mittlerweile generell untere Einkommensschichten unter schlechten Bedingungen (Verdichtung etc.) Unterschlupf gefunden haben.⁴

Im Folgenden soll von *pobladores* als einer in ökonomischer und sozialer Hinsicht heterogenen Gruppe gesprochen werden, die tendenziell eher zu den unteren Einkommensschichten gehört und in einem der vorgenannten Siedlungstypen wohnt.

2. Umfang und sozioökonomische Lage der *pobladores*

Über den Umfang der *pobladores* existieren lediglich einige Schätzungen, die oft nur auf Groß-Santiago bezogen sind. So geht Campero (1987: 25) von einem Anteil von 33% für die metropolitane Region von Santiago für Mitte der achtziger Jahre aus. Urmeneta et al. (1994: 13) haben den Anteil der *pobladores* für 1993 auf 41% für Groß-Santiago berechnet, während dieselben Autoren diesen Anteil für 1986 mit 33% angeben. Wie kommt es, dass der Anteil der *pobladores* von 1986 bis 1993 zwar gestiegen ist, die Daten über Armut (MIDEPLAN 1992; 1997) aber eine beträchtliche Verringerung derselben suggerieren? Diese gegenläufige Entwicklung – räumliche Marginalisierung *versus* Verringerung der Einkommensarmut – ist durch zwei Tendenzen gekennzeichnet: Einerseits wurde in der autoritären Phase die soziale Segregation⁵ forciert, andererseits aber konnten die Lebensbedin-

⁴ Die Wohnquartiere der urbanen Armen im innerstädtischen Bereich können zwischen „Conventillos“, das sind Bauten vom Ende des letzten Jahrhunderts und den ersten drei Dekaden des 20. Jahrhunderts, die zu Mietzwecken in kleinere Einheiten unterteilt wurden, und in „Cités“ differenziert werden. Bei Letzteren handelt es sich um kleinere Wohneinheiten, die zur Vermietung gebaut wurden. Beide Wohnformen charakterisieren sich durch ihre mangelhafte oder fehlende Instandhaltung und durch die extreme Verdichtung (Espinoza 1994: 184).

⁵ Die soziale Segregation wurde durch eine Politik der sozialräumlichen Homogenisierung während der Militärdiktatur forciert. Diese Homogenisierung beabsichtigte die Schaffung von sozioökonomisch einheitlichen Kommunen, wofür innerhalb Groß-Santiagos ein

gungen der urbanen Armen aufgrund eines seit 1985 bis heute anhaltenden Wirtschaftswachstums und die seit 1990 verstärkte Implementation von Sozialpolitiken verbessert werden. In den *poblaciones* leben demnach auch Gruppen, die nicht zur Armutsbevölkerung zählen. Diese Gruppen können erst kürzlich aus einer Situation der Armut herausgekommen sein, oder sie sind Hausbesitzer und wollen, trotz ökonomischer Besserstellung, ihre angestammte soziale Umgebung nicht verlassen.

Es existieren nicht nur größere Unterschiede zwischen den genannten Typen von *poblaciones*, sondern auch innerhalb der einzelnen *poblaciones* finden sich heterogene soziale und ökonomische Strukturen. Während die ökonomische Heterogenität sich in erster Linie auf die Beschäftigungs- und Einkommenssituation bezieht, meint die soziale Heterogenität die Beziehung der Gruppen oder Individuen zu ihrer menschlichen Mitwelt (Organisiertheit, Kontakte, Religiosität, etc.). Im Unterschied zu den Arbeitern sind die *pobladores* in unterschiedlichen Sektoren der Wirtschaft beschäftigt, haben mit dem Problem der Einkommensunsicherheit und der nur sporadischen Beschäftigung zu kämpfen. Es dominieren Tätigkeiten im informellen Sektor und prekäre und sporadische Beschäftigung im formellen Sektor (Urmeneta et al. 1994: 47f.; Leiva/Agacino 1994). Aufgrund des lang anhaltenden Wirtschaftswachstums absorbierte in den neunziger Jahren der formelle Sektor (v.a. der Bausektor), das Heer der Arbeitslosen der achtziger Jahre bot ihnen aber keine stabile Beschäftigung, sondern lediglich sporadische Tätigkeiten zu sehr schlechten Konditionen – mitunter ohne Arbeitsverträge und Sozialversicherung. Diese Entwicklung drängte den Anteil der *pobladores* im informellen Sektor zwar zurück, konnte höhere Einkommen aber nur auf Kosten einer extremen Ausweitung der Arbeitszeit (Sperberg 1997) generieren. Damit ist gegenüber den informellen Tätigkeiten keine wesentliche Verbesserung eingetreten, so dass niedrige Löhne, Instabilität und Unsicherheit weiterhin charakteristisch für die Beschäftigungssituation marginalisierter Gruppen sind (Leiva/Agacino 1994: 34). Trotz Steigerung der Löhne in den neunziger Jahren, die die Einkommensarmut deutlich reduzierte, nahm die soziale Polarisierung, d.h. der Unterschied zwischen arm und reich, nicht ab (MIDEPLAN 1997). Während der Einkommensanteil für die 20% Ärmsten in dieser Periode leicht rückläufig war, konnten die 20% Reichsten ihren sehr hohen Anteil am Gesamteinkommen behaupten; das reichste *Quintil*

umfangreiches Umsiedlungsprogramm von 1975 bis 1985 durchgeführt wurde (siehe Gilbert 1993: 76; Rodríguez/Icaza 1993).

verfügt über ein 14-mal höheres Einkommen als die 20% Ärmsten (ebda.). Die in *poblaciones* vorzufindende Heterogenität in Bezug auf das Einkommen wird von außen durch das Erscheinungsbild einer Marginalsiedlung deutlich, da die Bezieher höherer Einkommen in der Regel auch die besseren Häuser besitzen.

In sozialer Hinsicht besteht innerhalb der *poblaciones* ein Drang nach Differenzierung. Dieser erklärt sich daher, dass die *pobladores* das von außen auf sie einwirkende negative Bild (Kriminalität, Alkoholismus etc.) abwehren wollen und sich somit von ihm und damit von den "anderen Pobladores" distanzieren (Campero 1987: 47). Dieses Phänomen forciert die soziale Differenzierung noch mehr und trägt nicht zu einem einheitlichen Handeln der Bewohner bei. Diese Differenzierung vollzieht sich auf die Art, dass kollektive und solidarische Beziehungsformen sowie individualistische Orientierungen nebeneinander existieren (ebda.). Gleichwohl bedeutet aber die Bevorzugung kollektiver sozialer Praktiken in der Regel nicht die Integration zu einer größeren Bewegung zur Überwindung der Armutssituation, denn die kollektiven Handlungen beschränken sich auf unterschiedliche kleinere Gruppen in einer *poblacion*, die kaum oder gar nicht miteinander verbunden sind (Espinoza 1994: 198f.; 1993: 44ff; Guerra 1994: 206). Die Zunahme der Präsenz zahlreicher religiöser Gruppen bzw. "Sekten" (Pfingstler, Mormonen, etc.) in den *poblaciones* hat ebenfalls die sozialen Differenzierungstendenzen befördert (Guerra 1994: 204ff).

3. Geschichtlicher Rückblick

Die Urbanisierung nahm seit den vierziger Jahren enorm zu, in deren Rahmen Santiago die größten Wachstumsraten aufzuweisen hatte: Zwischen 1940 und 1952 wuchs die Stadt um 42%, von 1970 bis 1980 um 43% (Toledo/Zapater 1989: 183). Mit der zunehmenden Industrialisierung wurde Santiago für die ländliche Bevölkerung immer attraktiver, so dass es zu einer starken Land/Stadt-Migration hauptsächlich aus Süd- und Mittelchile nach Santiago kam, die erst gegen Ende der sechziger Jahre abgeschlossen war. Die Migranten bewohnten die in der damaligen Peripherie der Stadt gelegenen *Slum*-Siedlungen, womit Marginalität zunächst den Sinn einer räumlichen Exklusion bekam.

Die *pobladores* können auf eine längere Geschichte zurückblicken. 1925 erfolgte ein Mieterstreik von Bewohnern von *conventillos* und *cités*, der mit massiven Protesten gegen Mieterhöhungen in Santiago und Valparaíso verbunden war. Die bereits seit Anfang des Jahrhunderts von den Mietern ge-

forderte Staatsintervention wurde Wirklichkeit, als nach dem Streik eine Mietpreisbindung und ein Mietertribunal eingeführt wurden (Gilbert 1993: 65). Seitdem bietet das Wohnproblem, das heißt der Mangel an Wohnraum und seine schlechte Qualität, immer wieder Konfliktstoff und hat beizeiten zu einer beträchtlichen Politisierung städtischer marginalisierter Schichten geführt.

Die Verdichtung der innerstädtischen Armenviertel Santiagos und die wachsende Land/Stadt-Migration hat das Heer der Wohnungslosen stark anschwellen lassen. Da die jeweiligen Regierungen nicht willens oder fähig waren, für die Mehrzahl der Marginalisierten Wohnungen zur Verfügung zu stellen, gingen diese Gruppen dazu über, urbanes Land in organisierter Form zu besetzen. Auf diese Weise entstand die erste organisierte urbane Landbesetzung Santiagos, "La Victoria", in der südlichen Peripherie Santiagos. Das war der Anfang einer bis 1973 reichenden Phase der Politisierung der Wohnproblematik. In dieser Zeit gelang es den politischen Parteien des linken Spektrums (Kommunisten, Sozialisten, Linksrevolutionären wie dem MIR) und den Christdemokraten, die Interessen der *pobladores* zu vertreten. Diese erlangten eine so exponierte gesellschaftliche Rolle, dass Vial (1986: 107) hier von einer "Kolonisierung" sozialer Gruppen durch die Parteien spricht. Viele linke parteipolitische Bindungen der *pobladores* entstanden in dieser Phase, als die Parteien aktiv bei der Vorbereitung, Durchführung und Absicherung der *tomas* tätig wurden (Sperberg/Kersting 1999: 7). Diese Bindungen lösten sich aber weitgehend während des Strukturwandels in der autoritären Phase (1973-1989) auf. Die illegale Invasion von urbanem Land (*Squatting*) war bis 1973 der typische Weg, den die städtischen Armen nutzten, um zu billigem Wohnraum zu kommen. Nach einer in der Regel sehr konfliktiven Phase am Anfang der Besetzung konnten die jeweiligen politischen Fürsprecher der Besetzergruppen zumindest die Toleranz, wenn nicht Legalisierung der so genannten *Campamentos*⁶ durchsetzen (Espinoza 1988: 271ff.).

Nach der extrem repressiven Phase des Militärregimes (1973-1978), mit dem damit verbundenen Parteienverbot und der Unterdrückung jedweden Widerstands, konnten sich die *pobladores* Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre wieder als soziale Akteure konstituieren und die Wohnprob-

⁶ *Campamento* (Zeltlager) bezeichnet die Wohnform, die unmittelbar nach einer Landbesetzung entsteht. Sie zeichnet sich durch ihren provisorischen Charakter und der Verwendung von sehr prekären Baumaterialien aus. Teilweise werden auch Zelte aufgebaut, die das ganze wie ein "Zeltlager" aussehen lässt.

ematik in den Vordergrund ihrer Bemühungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen stellen (Campero 1987: 171f.). Die politischen Parteien schafften es in der Periode 1980 bis 1986 (Proteste gegen das Militärregime) zwar, in den *poblaciones* wieder Fuß zu fassen, sie mussten aber anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in bestimmten Bereichen die politische Arena überlassen. Zu diesen neuen Akteuren gehörten die so genannten "Wirtschaftlichen Basisorganisationen" (*Organizaciones económicas populares*), die als Selbsthilfevereinigungen zur Abmilderung der durch die Wirtschaftskrise akuten Verschlechterung der Lebensbedingungen der *pobladores* in den achtziger Jahren dienten (Razeto et al. 1990: 223; Hardy/Razeto 1986). Zudem nahmen in den achtziger Jahren die vielen nationalen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen stark zu, was zum einen die Aktivitäten der Katholischen Kirche ergänzte (teilweise auch ersetzte) und zum anderen für mehr politischen Pluralismus innerhalb der *poblaciones* sorgte.⁷ Der Pluralismus wurde an den von den *pobladores*-Organisationen demokratischen Methoden zur Auswahl ihrer Anführer deutlich und zeigte sich nicht zuletzt in der Forderung nach einem demokratischen politischen System (Sperberg 1997; 1998: 151).

Die parteipolitisch orientierten *pobladores* (ca. 10%) gründeten ihrerseits streng nach parteipolitischer Affinität ihre jeweiligen Dachorganisationen (*referentes*),⁸ die aber nie eine richtige Basis innerhalb der *pobladores* gewinnen konnten (Bultmann 1995: 170; Oxfhorn 1991: 80ff).

Von 1983 bis 1986 waren die *pobladores* ein zentraler Bestandteil der Protestbewegung gegen das autoritäre Regime. Die 1981 ausgebrochene Wirtschaftskrise und die mangelnde Responsivität des Regimes gegenüber den Forderungen der *pobladores* führte zu einer Radikalisierung ihrer Positionen und Handlungsoptionen. Die *pobladores* beteiligten sich, zumindest anfangs, massiv an den von der Gewerkschaft der Kupferarbeiter (CTC) ausgerufenen Generalstreik vom Mai 1983, und obwohl bis 1986 ihre Teilnahme an den Protesten abnahm, standen die *poblaciones*, neben den Universitäten, immer im Mittelpunkt der zahlreichen Protestveranstaltungen

⁷ Bultmann (1995: 169) spricht für 1980 von einem Übergang zwischen einer kirchlich dominierten Zivilgesellschaft zu einer NRO-vernetzten (NRO = Nichtregierungsorganisationen) Unterstützerstruktur der *pobladores*.

⁸ Die Dachverbände waren die *Coordinadora Metropolitana de Pobladores* (METRO), die der Kommunistischen Partei nahe stand, die *Coordinadora de Agrupaciones Poblacionales* (COAPO) des MIR, der *Movimiento de Pobladores DIGNIDAD*, der Christlichen Linken, die Gruppe *Pobladores UNIDOS* der Almeyda-Fraktion der Sozialisten und der *Movimiento de Pobladores SOLIDARIDAD* der Christdemokraten.

(Bultmann 1995: 173; Oxhorn 1991). Nachdem der Weg, über die soziale Mobilisierung mit Hilfe der unterprivilegierten Gruppen das autoritäre Regime zu Fall zu bringen, gescheitert war, gelang es dem Militärregime, den Übergang nach den von ihm selbst postulierten Regeln zu gestalten. Die *pobladores* und andere Akteure der Zivilgesellschaft wurden zugunsten der politischen Parteien zurückgedrängt und ab 1989 entweder politisch marginalisiert oder, wie bei den organisierten *pobladores*, in die staatliche Struktur eingegliedert. Mit der Wahl von Patricio Aylwin zum Präsidenten und der Rückkehr zur Demokratie nach 17 Jahren Diktatur verbanden die meisten *pobladores* große Hoffnungen, ihre soziale Situation zu verbessern. Aber bereits nach wenigen Jahren Demokratie wurden diese Hoffnungen enttäuscht, weil die Regierungen der *Concertación* (ein Mitte-Links-Regierungsbündnis) das "makroökonomische Gleichgewicht" als übergeordnete Zielvorstellung definierte, deren Sicherung alle anderen Politikbereiche untergeordnet wurden. Zum einen dient es dazu, gesellschaftliche Forderungen mit dem Hinweis auf die Gefährdung der makroökonomischen Stabilität abzuschwächen oder abzublocken, zum anderen hat es die Funktion der Rechtfertigung "unpopulärer" Maßnahmen oder dient es zur Begründung von Unterlassungen im sozialen Bereich.

4. Die *pobladores* als politische Akteure

Welche Rolle haben die *pobladores* in der politischen Entwicklung Chiles nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 gespielt? Kann im Falle der *pobladores* von einer politisch einheitlich handelnden Gruppe oder gar einer sozialen Bewegung gesprochen werden?

Unmittelbar nach dem Staatsstreich 1973 haben die *pobladores* versucht, neue Organisationsstrukturen aufzubauen, die zunächst auf die Abwehr der Repression durch die neuen Machthaber abzielten. Hierbei spielte die Katholische Kirche eine besondere Rolle, weil sie über ihre Menschenrechtsorganisationen den zahlreichen oppositionellen Gruppen Schutz vor Repressalien anbot.⁹ Als die politischen Parteien, nach ihrer Verfolgung und der teilweisen physischen Liquidation ihrer Mitglieder durch das Militärregime 1983 wieder in den *poblaciones* aktiver werden konnten, fanden sie eine bereits funktionierende Organisationsstruktur vor. Diese wurde von der Katholi-

⁹ Das war das im Oktober 1973 gegründete *Comité de Cooperación para la Paz en Chile*, das 1976 in *Vicaría de la Solidaridad* umbenannt wurde (Schuurman/Heer 1992: 34; Schneider 1995).

schen Kirche und vielen NROs unterstützt, so dass ein breites Unterstützungsnetz für die zahlreichen sozialen Organisationen in den *poblaciones* aufgebaut werden konnte. Dieses Unterstützungsnetz kompensierte die in den achtziger Jahren fehlende bzw. mangelhafte Sozialpolitik des autoritären Staates und die ebenfalls abwesende Interessenaggregation bzw. -artikulation über politische Parteien (Sperberg 1997: 106f.). Aufgrund der kollektiven Lösung von sonst als privat definierten Problemen – wie der Ernährungssicherung und der Arbeitslosigkeit sowie der Vernetzung der aus diesen Problemen heraus gebildeten sozialen Organisationen – bekamen diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten auch politischen Charakter (Sperberg/Kersting 1999: 3f.).

Das Verhältnis der politischen Parteien zu den *pobladores* und ihren Organisationen ist ambivalent: Einerseits haben sie vor 1973 in hohem Maße die Zivilgesellschaft kontrolliert und nach Parteilinien fragmentiert, andererseits halfen sie einer sonst kaum konfliktfähigen Gruppe sich politisch zu artikulieren. Auch nach dem Wiederaufleben der Parteitätigkeit Anfang der achtziger Jahre ist der beschriebene Zwiespalt charakteristisch. Denn die in der Zeit 1983-1986 massiven landesweiten Proteste gegen das Militärregime waren dort am stärksten, wo politische Parteien bereits organisatorische, identitätsstiftende und politisch-praktische Arbeit geleistet hatten. Schneider (1995; 1991) stellte fest, dass die von der Kommunistischen Partei organisierten *poblaciones* am effektivsten das autoritäre Regime bekämpften und teilweise sogar ihre politische Unabhängigkeit während der Diktatur bewahren konnten.

Die neben der rein parteipolitischen Orientierung existierende zivilgesellschaftliche Partizipation (größtenteils zur Überlebenssicherung), die von den NROs und der Katholischen Kirche koordiniert wurde, konnte aber die erneut sich über Parteilinien konstituierende *pobladores*-Bewegung nicht vereinheitlichen (Schneider 1991; 1995; Castells 1983: 282). Zwischen 1976 und 1984 kam es zur Bildung der bereits genannten fünf unterschiedlichen *pobladores*-Dachverbände, die jeweils einer bestimmten politischen Partei nahe standen. Die politisch aus dem linken Spektrum und der Christdemokratie herrührenden Dachorganisationen verfolgten eine *ruptura*-Strategie (Sperberg 1997: 46), die den Bruch mit dem bestehenden System forderten. Diese Position stieß aber bei der Mehrheit der *pobladores* auf Ablehnung, weil damit keine Möglichkeit bestand, mit den damaligen politischen Autoritäten über punktuelle soziale Verbesserungen zu verhandeln (Bultmann 1995: 169). Nur im Falle der Wohnproblematik trafen sich die *ruptura*-Stra-

ategie mit den Wünschen der *pobladores*, die durch die konfrontative Option einer illegalen Invasion von urbanem Land kurzfristig ihre dringendsten Wohnprobleme lösen konnten. Anfang 1986 wurde der *Congreso Unitario de Pobladores* (CUP), eine alle *pobladores*-Abteilungen der Parteien zusammenfassende Dachorganisation, gegründet. Der CUP scheiterte aber schnell an seiner fehlenden Repräsentativität und der Ausgrenzung der mehrheitlich nicht-organisierten städtischen Armen (Oxhorn 1994: 60). Schließlich gerieten ihre Anführer in Konflikt mit den parteipolitischen Eliten, die seit 1987 eine Verhandlungslösung zur Überwindung des autoritären Regimes bevorzugten. Deswegen wurden diejenigen Anführer des CUP ausgewechselt, die das autoritäre Regime weiterhin mit Hilfe der Strategie der Unregierbarkeit und mittels Massenmobilisierungen aus den *poblaciones* heraus stürzen wollten.

Die Frage, ob die urbanen Armen in Lateinamerika und speziell in Chile eine soziale Bewegung ausmachen, wird in der Fachliteratur kontrovers diskutiert (Sperberg 1997: 36ff.). Trotz der zahlreichen kritischen Stimmen, die in den *pobladores* – aufgrund ihrer Heterogenität oder wegen der nur fragmentarischen und unvollständigen Herausforderung von Machtbeziehungen – keine soziale Bewegung sehen, sind die *pobladores* m.E. als Bestand einer Stadtteilbewegung anzusehen, die in themenspezifisch organisierten Untergruppen sich für die Verbesserung ihrer Situation und für mehr politischen Einfluss einsetzen. Die *pobladores*-Bewegung als Stadtteilbewegung¹⁰ hat aufgrund zahlreicher Konflikte und sozialer Probleme auch diverse Zielsetzungen, die einer Integration zu einer Gesamtbewegung nicht unbedingt förderlich sind. Diese Zielsetzungen orientieren sich an der Befriedigung von Grundbedürfnissen (Ernährung, Wohnung, Hygiene) und an Fragen des kollektiven Konsums (Versorgung mit sozialen und technischen Dienstleistungen) (Castells 1983). Dabei gebührt der Wohnproblematik und der Landbesetzerbewegung in Chile eine Schlüsselrolle bei der politischen Mobilisierung der städtischen Armen. Allerdings gilt für die *pobladores*-Bewegung wie für die sozialen Bewegungen im Allgemeinen, dass sie “nur” phasenweise Aktivitäten entfalten, somit nur zu bestimmten Zeitpunkten “kurze Wellen” von Konflikt und Partizipation sichtbar werden lassen, die irgend-

¹⁰ Stadtteilbewegungen gehören zu den so genannten “neuen” sozialen Bewegungen, die im Unterschied z.B. zur Arbeiterbewegung neue Formen der politischen Betätigung finden; sie bevorzugen ein breiteres Verständnis von Politik (Autonomie und Identität sind wichtig) und sie präferieren demokratische Verfahren und Inhalte (Slater 1985; zit. nach Schuurman/Heer 1992: 9).

wann von "langen Wellen" der Passivität abgelöst werden (Espinoza 1993; Villasante 1994: 33).

5. Resümee

Die aktuelle Situation Chiles ist durch die Einbindung der *pobladores*-Bewegung in die politisch-administrative Struktur des Landes gekennzeichnet. Die *pobladores*-Bewegung als politischer Akteur hat dadurch an Bedeutung verloren, weil die beiden wichtigsten politischen Zielsetzungen dieser Bewegung – Sturz der Diktatur und Installierung eines demokratischen Systems¹¹ – mit dem Übergang zur Demokratie erfüllt wurden. Zudem ist durch das Scheitern der *ruptura*-Strategie 1986 der Weg für eine Verhandlungslösung mit dem autoritären Regime geebnet worden; die Verhandlungen konnten und wollten aber die sozialen Bewegungen nicht führen, die sich fortan auflösten (bzw. in eine Ruhephase begaben) oder aber sich in die neue demokratische Machtstruktur integrierten.

Will die Stadtteil- oder *pobladores*-Bewegung unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in Chile eine längerfristige Perspektive haben, so muss sie ihren lediglich auf punktuelle soziale Belange restringierten Forderungskatalog auf Fragen der sozialen und kulturellen Identität und der Ausweitung und Vertiefung der Demokratie in Richtung auf eine stärkere Partizipation erweitern.

Literaturverzeichnis

- Bähr, Jürgen (1995): *Die lateinamerikanische Groß-Stadt: Verstädterungsprozesse und Stadtstrukturen*. Darmstadt.
- Bultmann, Ingo (1995): "Die Nachbarschaftsbewegung und der Wandel politischer Systeme. Mexiko und Chile im Vergleich". In: Bultmann, Ingo et al. (Hrsg.): *Demokratie ohne soziale Bewegung?* Unkel am Rhein, S. 143-234.
- Campero, Guillermo (1987): *Entre la sobrevivencia y la acción política. Las organizaciones de pobladores en Santiago*. Santiago.
- Castells, Manuel (1983): *The City and the Grass-Roots. Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements*. London.
- Chile – A Country Study (1999): <<http://lcweb2.loc.gov/frd/cs/cltoc.html>>.

¹¹ Das Demokratieverständnis der urbanen Armen in Chile ist sehr unterschiedlich, wobei eine eher diffuse identitäre Demokratiekonzeption vorherrscht, in der Identität zwischen Repräsentanten und Volk unterstellt wird (Espinoza 1993: 28). Von daher kann die in den letzten Jahren gewachsene Unzufriedenheit mit der Demokratie, v.a. bei den unteren Einkommensschichten (Garretón 1994), nicht verwundern.

- DESAL (1970): *La marginalidad urbana: Origen, proceso, modo*. Buenos Aires.
- Espinoza, Vicente (1988): *Para una historia de los pobres de la ciudad*. Santiago.
- (1993): “Pobladores, participación social y ciudadanía: entre los pasajes y las anchas alamedas”. In: *Proposiciones*, Nr. 22, S. 21-53.
- (1994): “Un mapa ecosocial de cuatro comunas de Santiago de Chile: Santiago Centro, San Miguel, Conchalí y Maipú”. In: Villasante, Tomás R. (Hrsg.): *Las ciudades hablan. Identidades y movimientos sociales en seis metrópolis latinoamericanas*. Caracas, S. 183-200.
- Garretón, Manuel Antonio (1994): *Los chilenos y la democracia. La opinión pública 1991-1994*. Informe 1993, Santiago.
- Gilbert, Alan (1993): *In Search of a Home. Rental and Shared Housing in Latin America*. London.
- Guerra, Carlos (1994): “Tejido social, conjuntos de acción y actitudes políticas en Santiago de Chile”. In: Villasante, Tomás R. (Hrsg.): *Las ciudades hablan. Identidades y movimientos sociales en seis metrópolis latinoamericanas*. Caracas, S. 201-218.
- Hardy, Clarisa/Razeto, Luis (1986): “Neue soziale Subjekte im informellen Wirtschaftssektor Chiles”. In: *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, Nr. 10, S. 46-63.
- Leiva, Fernando/Agacino, Rafael (1994): *Mercado de trabajo flexible, pobreza y desintegración social en Chile 1990-1994*. Santiago, unveröff. Ms.
- Martínez, Javier/Palacios, Margarita (1996): *Informe sobre la decencia. La diferenciación estamental de la pobreza y los subsidios públicos*. Santiago.
- MIDEPLAN; División Social (1992): *Población, educación, vivienda, salud, empleo y pobreza. CASEN 1990*. Santiago.
- (1997): *Pobreza y distribución del ingreso en Chile, 1996. Resultados de la Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional*. Santiago.
- Nickel, Annegret (1988): “Low-Cost Housing in Santiago de Chile nach 1973”. In: Bähr, Jürgen (Hrsg.): *Wohnen in lateinamerikanischen Städten*. Kiel, S. 237-274.
- Oxhorn, Philipp (1991): “The Popular Sector Response to an Authoritarian Regime: Shantytown Organizations Since the Military Coup”. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 18, Nr. 1, S. 66-91.
- (1994): “Where did all the Protesters go? Popular Mobilization and the Transition to Democracy in Chile”. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 21, Nr. 3, S. 49-68.
- Razeto, Luis et al. (1990): *Las organizaciones económicas populares 1973-1990*. Santiago.
- Rodríguez, Alfredo (1994): “Una lección de urbanidad”. In: *Proposiciones* 25, S. 189-193.
- Rodríguez, Alfredo/Icaza, Ana María (1993): “Procesos de expulsión de habitantes de bajos ingresos del centro de Santiago, 1981-1990”. In: *Proposiciones* 22, S. 138-172.
- Schneider, Cathy Lisa (1991): Mobilization at the Grassroots. Chantytown Resistance in Authoritarian Chile. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 18, Nr. 1, S. 92-112.
- (1995): *Shantytown Protest in Pinochet's Chile*. Philadelphia.
- Schuurman, Frans J./Heer, Ellen (1992): *Social Movements and NGOs in Latin America. A Case-Study of the Women's Movement in Chile*. Saarbrücken.
- Slater, David (Hrsg.) (1985): *New Social Movements and the State in Latin America*. Amsterdam.

- Sperberg, Jaime (1997): *Urbane Landbesetzungen in Santiago de Chile und Buenos Aires. Soziale Bewegungen in Chile und Argentinien in den 80er Jahren*. Hamburg.
- (1998): “Ciudadanía y participación: límites y oportunidades de la participación política de los pobres urbanos en Chile”. In: *Estudios Latinoamericanos*, Bd. V, Nr. 10, S. 145-173.
- Sperberg, Jaime/Kersting, Norbert (1999): *Pobreza urbana, sociedad civil y ciudadanía en Chile y Brasil*. Marburg, unveröff. Ms.
- Tironi, Eugenio (1990): *Autoritarismo, modernización y marginalidad. El caso de Chile 1973-1989*. Santiago.
- Toledo O., Ximena/Zapater A., Eduardo (1989): *Geografía general y regional de Chile*. Santiago.
- Urmeneta, Roberto/Aguilar, Omar/Espíndola, Ernesto (1994): *Evolución de la calidad de vida de los pobladores 1991-1993. Tercera Encuesta en poblaciones*. Santiago, PET Doc. de Trabajo, Nr. 102.
- Vekemans, Roger/Venegas, Ricardo (1966): *Seminario de Promoción Popular*. Santiago.
- Vial, Gonzalo (1986): “Algunas condiciones para una democracia estable en Chile”. In: Walker, Ignacio et al.: *Democracia en Chile. Doce conferencias*. Santiago.
- Villasante, Tomás R. (Ed.) (1994): *Las ciudades hablan. Identidades y movimientos sociales en seis metrópolis latinoamericanas*, Caracas.
- Wetter, Manfred (1985): *Der Mythos der Selbsthilfe: Illegale Siedlungen und informeller Sektor in Nairobi, Saarbrücken*.

Mechthild Minkner-Bünjer

Chile: Armut und regionale Disparitäten

Große soziale Unterschiede, verbunden mit einer seit Jahrzehnten gleichbleibend hohen Konzentration von produktivem und persönlichem Vermögen, sind ein zentrales und im letzten Jahrzehnt vielfach diskutiertes Thema der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Chiles. Als Folge der Liberalisierung der Wirtschaft und des Abbaus von staatlichen Subventionen – bei gleichzeitig hohen durchschnittlichen Wachstumsraten bis 1998 – hat die Problematik in den letzten 20 Jahren an Brisanz gewonnen. Seit Beginn der neunziger Jahre verändert sich der Entwicklungsstand der Regionen (außerhalb des Großraumes Santiago) und das Gefälle zwischen ihnen durch den Prozess der Weltmarktöffnung, der Strukturanpassung und durch das außenbestimmte Wachstum in bemerkenswerter Weise. Die komplexe Geographie des Landes, die großen Unterschiede in der Ressourcenausstattung, in der Bevölkerungsverteilung (Richter/Bähr 1998: 641ff.) und in der Konkurrenzfähigkeit der Regionen sind wichtige Faktoren für Art und Qualität der Veränderungen.

Programme der Armutsbekämpfung, unterschiedlich in Ausrichtung und Umfang, hat es vor 1973, während der Militärregierung Pinochet und seit 1990 unter den Zivilregierungen gegeben (Raczynski 1998: 231). Die Regierungen Aylwin und Frei Ruiz-Tagle haben die Sozialpolitik ziel- und gruppenorientiert eingesetzt und die produktive und soziale Infrastruktur besonders außerhalb des Großraumes Santiago gestärkt. Ausgerichtet an dem gesamtgesellschaftlichen Ziel *crecer con equidad* ("sozial gerecht wachsen") bekämpften sie mit regionaler und lokaler Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung besonders die strukturelle Armut. Die Regierung unter Präsident Lagos führt seit 2000 diese Politik fort. Im Durchschnitt hohes Wachstum (1991-1998: 8.3% p.a.), neue Arbeitsplätze in den Exportbranchen und Inflationsrückgang, fokussierte Sozialausgaben und Investitionen in die Infrastruktur und das Bildungs- und Gesundheitswesen haben den Anteil der armen Bevölkerung halbiert. Den demokratisch gewählten Regierungen gelang es bisher nicht, im Zuge der Dezentralisierung das Wachstumspotential so wirkungsvoll zu beeinflussen, dass sich regional (und mit den Grenzprovinzen von Argentinien, Bolivien und Peru) marktwirtschaftlich orientierte und

tragfähige Wirtschaftskreisläufe etablieren würden. Der Abbau der sozio-ökonomischen Disparitäten ist dauerhaft nur möglich, wenn die Heterogenität in der produktiven und institutionellen Struktur, die Unterschiede in der sozioökonomischen und politischen Kompetenz der Bevölkerung und in der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen verringert werden. Zudem bedarf es so genannter "Reformen der zweiten Generation", in denen die sozialen Probleme und Investitionen im Mittelpunkt stehen und eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen in Angriff genommen wird. Nur so können das Wachstum beschleunigt und seine Wirkungen (z.B. neue Arbeitsplätze) langfristig abgesichert werden (MIDEPLAN 1999).

Zwischen 1998 und 2000 ging Chiles Wachstum (2,7% p.a.) drastisch zurück. Die Arbeitslosigkeit in Groß-Santiago war im September 1998 mit 11,1% erstmalig wieder zweistellig (Juli 2001: 15%), der Zuwachs der Sozialausgaben (1999: 11%; 2000: 6,9%) war geringer, und die Inflation (1999: 2,3%; 2000: 4,5%) stieg leicht an (MIDEPLAN 2001). Im Landesdurchschnitt nahm die Arbeitslosigkeit 1998/2000 von 6,4% auf 9,8% zu; etwa 30.000 Personen rutschten unter die extreme Armutsgrenze ab <www.mideplan.cl/publico/indicadores_temas.php>, 14.10.2004.

1. Armutsentwicklung 1990 bis 2000

Chiles Erfolge in der Bekämpfung der (extremen) Armut zwischen 1990 und 1996 (siehe Tabelle) sind auch im lateinamerikanischen Vergleich beachtlich. Der Anteil der (extrem) armen Bevölkerung verringerte sich von (12,9%) 38,6% 1990 auf (5,8%) 23,2% 1996. Im gleichen Zeitraum lag das durchschnittliche Wachstum pro Jahr bei 7,8%. Die Inflation, die ab 1985 eine fallende Tendenz hatte, stieg 1990 kurzfristig auf 27,3%; dann ging sie stetig bis auf 6,6% im Jahre 1996 zurück <www.mideplan.cl/publico/indicadores_temas.php>, 14.10.2004. Die in Armut lebende Bevölkerung (in Tsd.) nahm von 4.965,6 (1990) auf 3.288,3 Personen (1996) ab; die in extremer Armut lebende Bevölkerung (in Tsd.) verringerte sich von 1.659,3 Personen (1990) auf 813,8 Personen (1996). Das bedeutet, dass 1996 etwa 706.800 Haushalte (19,7%) arm waren, davon wiederum 175.800 extrem arm.

Die ungleiche Verteilung der Einkommen wurde durch das hohe und stetige Wachstum nicht abgemildert. Im Gegenteil, die Unterschiede verfestigten sich (MIDEPLAN 1999: 21) und hatten steigende Tendenz. 1990 hatten die 20% ärmsten Haushalte, berechnet auf der Basis des Pro-Kopf-Einkommens, einen Anteil von 4,4%, 1992 von 4,6% und 1996 von 4,1% am mone-

tären Einkommen (selbstständiges Einkommen plus Transferleistungen des Staates). Auf die 20% der reichsten Haushalte entfielen dagegen 56,9%, 56,3% und 56,9% in den gleichen Jahren. Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten unterstreicht ebenfalls, dass die hohe Einkommenskonzentration in Chile in den vergangenen Dekaden unverändert geblieben ist (Minkner-Bünjer 1993). Chile gilt als Land mit besonders hoher und rigider Einkommenskonzentration.

Im Jahre 1997 wuchs die außenabhängige Wirtschaft Chiles trotz der Asienkrise nochmals um 7,4%. 1998/99 traf die sich im Dominoeffekt ausbreitende Krise das chilenische "Wachstumswunder" schwer. Die Exporte in den asiatischen Raum (rd. 35% der Gesamtexporte) gingen dramatisch zurück. Die Kupferausfuhren brachen ein, da die Weltmarktpreise für Rohstoffe durch die Rezession auf einen historischen Tiefpunkt gefallen waren. Das Wachstum belief sich 1998 nur auf 3,9%; 1999 nahm das BIP als Folge der Rezession und der Kürzungen der Staatsausgaben um real -1,1% ab. Im Jahre 2000 konnte mit 5,5% Zunahme Boden gut gemacht werden. Durchschnittlich wurden 2,8% p.a. für 1998/2000 erreicht: ein für Chile sehr niedriges Wachstum.

Durch die Wachstumskrise vollzogen sich zwischen 1996 und 1998 erste negative Veränderungen in der Armutssituation (siehe Tabelle S. 162): Die extrem arme Bevölkerung (in Tsd.) ist besonders durch die negative Bilanz der Armutsbekämpfung 1996/98 in Groß-Santiago wieder gestiegen (813,8 auf 820,0 Personen); relativ ging sie noch leicht zurück. Hauptgründe für diese Entwicklung waren die Verdoppelung der Arbeitslosigkeit im formellen Sektor und der geringere Anstieg der Sozialausgaben. Das heißt, die Einkommensverluste konnten nicht ausreichend abgefedert werden. Die arme Bevölkerung insgesamt (in Tsd.) verminderte sich noch leicht (128,2 Personen bzw. 1,5 Prozentpunkte), trotz der Zunahme der extremen Armut in der III. Region (Atacama) und in der *Región Metropolitana*. Anders ausgedrückt: 1998 waren in Chile 666.000 Haushalte, in der Regel Großfamilien, arm.

Zwischen 1998 und 2000 (siehe Tabelle) hat sich die extrem arme Bevölkerung (in Tsd.) um weitere 29,2 Personen auf 849,2 Personen (5,7%) erhöht. Die von der Wirtschaftskrise speziell betroffenen gering qualifizierten und temporären Jobs sowie die informellen Arbeitsverhältnisse waren für die aufgezeigte Entwicklung verantwortlich. In der untersten Einkommensgruppe lag die offene Arbeitslosigkeit 1998 bei 27,7% (1996: 15,6%), in der darauffolgenden bei 11,2% (1996: 7,0%). Bis 2000 dürfte sich die Tendenz

verschärft haben. Die (nicht extrem) arme Bevölkerung hatte mehr "Kompetenzen", um der Krise zu begegnen. Ihre Zahl ging mit 108.200 Personen bzw. 2,1 Prozentpunkte weiter zurück. Im Jahre 2000 waren in Chile insgesamt 3.081,1 (Tsd.) Personen bzw. 643.200 Haushalte arm. Für 2001 wird eine Steigerung des BIP von 3,5% bis 4% erwartet. Das ist zu wenig, um die Zahl der beschäftigungslosen bzw. erneut in die extreme Armut zurückgefallenen Personen zu senken.

In den siebziger und achtziger Jahren hatte die Armut als Folge der Verschuldungskrise und der neoliberalen Strukturanpassung sowie in deren Gefolge steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne stark zugenommen. 1987 betrug der Anteil der armen Bevölkerung durchschnittlich 45%, regional bis zu 60%. Gleichzeitig war die Einkommenskonzentration bei den obersten 20% der Einkommensbezieher auf Kosten einer regressiven Beteiligung der unteren und mittleren 20% tendenziell steigend. Trotzdem verbesserte sich der Index der menschlichen Entwicklung, HDI (gemessen an den Indikatoren Lebenserwartung bei der Geburt, Alphabetisierung von Personen über 15 Jahren, durchschnittliche Schuljahre und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf), durch langfristig angelegte staatliche Programme mit großer Reichweite. Die Regierung Pinochet transferierte im Zuge der Verschlankung des Staates Funktionen und Institutionen an den Privatsektor (z.B. Sozialversicherung). Die Zentralregierung gab (bisher von ihr erbrachte) soziale Grunddienste an die Kommunen ab. Allerdings wurden nicht genügend finanzielle Ressourcen und *Know-how* auf die lokale Ebene übertragen. Die Defizite der kommunalen Haushalte stiegen an; die Angebote an sozialen Diensten für die arme Bevölkerung verbesserten sich aber weder qualitativ noch quantitativ in entsprechender Form.

Ab Ende der achtziger Jahre begannen die wirtschaftliche Strukturanpassung, deren Grundlagen unter der Diktatur von General Pinochet gelegt worden waren, und die abfedernden Sozialprogramme zu greifen. Die Regierungen Aylwin, Frei und Lagos setzten mit einem auch in der Armutsbekämpfung langfristig orientierten integrativen Ansatz an. Wirtschafts- und Kompetenzförderung der armen Bevölkerung im produktiven Bereich und steigende Sozialausgaben für die ärmsten Zielgruppen wurden in den Mittelpunkt gestellt. Die Lösung des Kernproblems, die anhaltend hohe Einkommenskonzentration bei einer kleinen Elite, wurde jedoch nicht in Angriff genommen. Der Einkommensanteil der reichsten 20% der Haushalte war 1990 12,9-mal, 1996 13,8 und 1998 13,9-mal so hoch wie der Anteil der 20% ärmsten Haushalte. Ohne Anrechnung der Sozialleistungen ist die Dis-

tanz noch größer: 14,0 (1990), 14,6 (1996) und 15,5 (1998). Zudem orientierte sich die Armutsbekämpfung nicht genügend an den regionalen und lokalen Belangen und den Kompetenzdefiziten der armen Bevölkerung. Die Ausgestaltung war besonders in den ersten Jahren zentralistisch, dem Entwicklungs- und Partizipationspotential auf lokaler Ebene wurde zu wenig Rechnung getragen. Jedoch sammelten die Institutionen wichtige Erfahrungen in der Armutsbekämpfung (z.B. mittels Kleinstbetrieben) sowie in ihrer Planung und Finanzierung (z.B. mit Sozialfonds wie der *Fondo de Solidaridad Social*, FOSIS oder mit Kreditgarantiefonds). Viele anfängliche Fehler wurden korrigiert und die Effektivität und Effizienz der Maßnahmen gesteigert.

2. Regionale Veränderungen der Armut

Seit Ende der achtziger Jahre vollziehen sich regional Veränderungen in der Armutssituation:

- Die Verteilung der Gesamtbevölkerung beeinflusst in hohem Maße die regionale Verteilung der armen Bevölkerung. Groß-Santiago (*Región Metropolitana*) lag 1990 mit 33,0% an der Spitze, gefolgt von der VIII. Region (*Bío-Bío*) mit 39,8%. Das heißt, in zwei Regionen lebte weit über die Hälfte der extrem armen und der armen Bevölkerung. Die Armutssituation zeichnet sich Mitte der neunziger Jahre, auch wenn die Regionen aufgeholt haben, weiterhin durch große Heterogenität aus. Im Jahre 1996 hatten sechs Regionen (einschließlich Groß-Santiago) einen Anteil an armer Bevölkerung unter dem Durchschnitt des Landes (23,2%). Im Jahre 1990 waren es sieben Regionen, die unter dem Landesdurchschnitt lagen; allerdings bei einem damals durchschnittlich höheren nationalen Anteil an armer Bevölkerung (38,6%). Mit Ausnahme der V. Region (Valparaíso) haben sich also die sozioökonomische Distanz und die Heterogenität der regionalen Entwicklung, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau, erhalten.
- Die unterschiedliche Entwicklung der Armut zwischen 1990 und 2000 steht im Zusammenhang mit Art, Umfang und Verteilung der in den Regionen betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und ihren unterschiedlichen Armutssituationen. Wichtige Einflussfaktoren sind auch der Verstärterungsgrad, die unterschiedliche Ausstattung der Regionen mit Ressourcen und der Grad ihrer Erschließung durch nationales und internationales Kapital. Das gleichzeitige Vorhandensein von dynamischen

und stagnierenden bzw. reichen und armen Kommunen in einer Region (intraregionale Armut) sowie die Ausrichtung und der Umfang der staatlichen und privaten Investitionen sind ebenfalls mitbestimmend für die Verringerung der Armut.

- Die Armut hat sich in allen Regionen zwischen 1990 und 1996 beträchtlich verringert. Ob das auch im Vergleich zu den sechziger Jahren gilt, lässt sich anhand der vorliegenden (nicht vergleichbaren) Informationen nicht eindeutig beantworten. Die arme Bevölkerung insgesamt soll 1969 (Raczynski 1998: 203) – als Folge des “Wohlfahrtsstaates” und des “desarrollistischen” Entwicklungsmodells mit steigenden Sozialausgaben – nur 17% (extreme Armut: 6%) betragen haben.
- Zwischen 1994 und 1996 verlangsamte sich der Armutsrückgang in fast allen Regionen. Das mittels des Exportwachstums (z.B. über Saisonarbeit) leicht “mobilisierbare” wirtschaftliche und menschliche Potential begann sich zu erschöpfen. In der darauffolgenden Periode der Wachstumskrise (1998-2000) brachen vor allem temporäre Jobs weg. Die Schaffung von höherwertigen Arbeitsplätzen und ihre Absicherung über zunehmende Qualifizierung hatte während des Booms geringe Priorität gehabt. Die seit 1990 favorisierte Wachstumspolitik und die damit verknüpfte Politik der Armutsbekämpfung stoßen an ihre Grenzen. Das Gleiche gilt für den integralen Ansatz der Sozialpolitik. Er hat bei den extrem Armen nur begrenzten Erfolg gehabt. Präsident Lagos beauftragte das Ministerium für Planung und Kooperation (MIDEPLAN), bis Ende 2001 die Strategie und Politik der Armutsbekämpfung zu überprüfen. Ziel ist, bis 2004 die extreme Armut um 40% zu senken.
- Die unterschiedliche Veränderung der Armutssituation im Vergleich der Regionen untereinander ist nicht nur eine Folge der heterogenen regionalen Wachstumschancen (u.a. im Zuge der Globalisierung), sondern auch eine Folge der “Umsetzung” dieser Chancen und ihrer Effekte (direkt bzw. indirekt) auf die arme Bevölkerung. Außerdem waren die Sozialausgaben – gemäß Untersuchungen bis 1996 – nicht auf eine Kompensation für die relativ ärmeren Regionen ausgelegt (PNUD 1996: 115).
- In den Regionen, die aufgrund ihrer natürlichen Ressourcen attraktiv für ausländische Direktinvestitionen im Primärsektor (z.B. Kupferbergbau, Exportlandwirtschaft) sind, veränderte sich die Armutssituation aufgrund des längeren Reifegrades der Vorhaben zum Teil langsamer oder in Schüben. In der I. bis IV. Region sind zudem umfangreiche infrastruktural-

relle Maßnahmen wie Straßen und Staudämme, dazu Aus- und Fortbildung von Personal erforderlich, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für die regionale Bevölkerung schaffen zu können. Der Privatsektor engagiert sich zunehmend in Infrastrukturvorhaben, um die wirtschaftlichen Grundlagen für private Investitionen bereit zu stellen.

- Zwischen 1998 und 2000 zeigte sich erstmals in vollem Umfang, dass die Exportabhängigkeit, speziell mit Produkten geringer Wertschöpfung und mit qualitativ minderwertigen Arbeitsplätzen (z.B. Zeit- und Saisonarbeit sowie Tagelöhner), in Krisensituationen den Anteil der armen Bevölkerung in den Regionen stagnieren oder schnell wieder zunehmen lässt. In den städtischen Regionen Groß-Santiago und Valparaíso sowie in den Regionen Coquimbo und Antofagasta, erhöhte sich der Anteil der armen Bevölkerung bis zu einem Prozentpunkt, in der Region Tarapacá um fünf Prozentpunkte.
- Die Sozialpolitik Chiles wirkte zwischen 1998 und 2000 für Menschen, die arbeitslos geworden waren oder sogar ihre Beschäftigung im informellen Sektor verloren hatten, abfedernd. Ein Teil der Programme konnte ausgeweitet werden. Der Finanzierungsspielraum wird jedoch immer enger.
- Die Einkommensverteilung, gemessen am Gini-Koeffizienten, hat sich zwischen 1990 und 1996 in 10 der 13 Regionen verbessert, allerdings nicht aufgrund der Umverteilung von bestehendem Eigentum und Vermögen sondern durch zusätzliche Beschäftigungs- und Einkommenseffekte. Die Verbesserung war geringfügig und temporär. Durch die Wachstumskrise ab 1998 verschlechterte sich der Koeffizient wieder in 9 der 13 Regionen.
- Chile hat insgesamt eine positive Bilanz der regionalen Armutsbekämpfung vorzuweisen. Jedoch hat zwischen 1990 und 2000 die sozioökonomische Distanz zwischen den Einkommensgruppen zugenommen. Die Marktmechanismen produzierten und reproduzierten zunehmende Ungleichheit. Durch die zielgruppenorientierte Sozialpolitik haben sich die regressiven Effekte nicht noch stärker ausgewirkt. Eine weitere Vertiefung der sozioökonomischen Segregation, sollten die hohen Sozialausgaben nicht mehr finanzierbar sein, könnte den sozialen Frieden erneut ernsthaft gefährden.

**Regionale Verteilung der Anteile der armen (und der extrem armen)
Bevölkerung insgesamt 1990 bis 2000 (in %)***

Jahr/Region	1990	1992	1994	1996	1998	2000	Veränderung der Anteile 1990/2000+
I Tarapacá	28,3 (6,4)	27,0 (6,7)	22,3 (5,5)	21,6 (4,7)	16,1 (4,1)	20,9 (4,8)	-7,4 (-1,6)
II Antofagasta	34,2 (9,7)	31,3 (7,5)	25,6 (5,4)	16,6 (4,2)	13,2 (2,9)	13,9 (3,3)	-20,3 (-6,4)
III Atacama	34,2 (8,6)	30,4 (7,7)	32,4 (9,5)	26,5 (7,1)	28,5 (5,5)	23,6 (7,7)	-10,6 (-0,9)
IV Coquimbo	45,5 (15,8)	38,4 (9,8)	32,2 (9,0)	30,5 (8,1)	25,1 (6,2)	25,2 (6,2)	-20,3 (-9,6)
V Valparaíso	43,0 (15,6)	34,5 (8,6)	26,5 (6,6)	22,2 (4,7)	18,8 (4,2)	19,2 (5,3)	-23,8 (-10,3)
VI O'Higgins	41,0 (14,8)	30,2 (6,8)	32,5 (8,4)	26,5 (6,0)	22,7 (5,2)	20,6 (4,5)	-20,4 (-10,3)
VII Maule	42,7 (15,0)	39,8 (12,8)	39,6 (12,8)	32,5 (9,4)	29,3 (7,0)	25,3 (6,7)	-17,4 (-8,3)
VIII Bío Bío	48,2 (17,8)	44,5 (15,5)	39,6 (13,2)	33,9 (10,5)	32,3 (10,0)	27,1 (8,0)	-21,1 (-9,8)
IX Araucanía	45,1 (20,2)	40,6 (11,8)	33,5 (10,5)	36,5 (12,0)	34,3 (11,7)	32,7 (11,1)	-12,4 (-9,1)
X Los Lagos	40,1 (13,4)	34,2 (9,5)	32,4 (9,9)	32,2 (7,7)	29,4 (8,7)	24,7 (6,8)	-15,4 (-6,6)
XI Aisén	31,0 (8,6)	30,5 (6,9)	28,1 (7,7)	21,9 (4,4)	14,8 (1,7)	14,3 (4,8)	-16,7 (-3,8)
XII Magallanes	30,0 (8,7)	24,0 (4,5)	14,0 (2,5)	13,4 (2,7)	11,8 (1,1)	10,9 (3,6)	-19,1 (-5,1)
Groß-Santiago	33,0 (9,6)	26,1 (6,0)	19,8 (4,6)	14,8 (2,7)	15,4 (3,5)	16,1 (4,3)	16,9 (-5,3)
Chile	38,6 (12,9)	32,6 (8,8)	27,5 (7,6)	23,2 (5,8)	21,7 (5,6)	20,6 (5,7)	18,0 (-7,2)

*In Klammern: Veränderung der extremen Armut. + In Prozentpunkten.

Quelle: MIDEPLAN (Julio 1999 und Julio 2001) (www.mideplan.cl).

3. Stand der menschlichen Entwicklung in den Regionen

Der Abbau der regionalen (Einkommens-)Armut schlägt sich nicht notwendigerweise in mehr menschlicher Entwicklung nieder, d.h. in einer Zunahme der sozioökonomischen Kompetenz, der Partizipation, des Selbstwertgefühls sowie der Chancen der armen Bevölkerung. Langfristig angelegte Politiken im Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der sozialen Infrastruktur sind erforderlich, damit Wachstum zu Armutsverminderung und zu einem Mehr an menschlicher Entwicklung führt. Das gilt vor allem im Fall der extrem armen Bevölkerung. Ein hoher Stand der menschlichen Entwicklung führt nicht notwendigerweise zu hohem Wachstum. Er mündet auch nicht quasi automatisch in einen höheren Lebensstandard ein. Hohes Wachstum und merkliche Fortschritte in der Armutsverringerung können zudem mit stagnierender Einkommensverteilung in den Regionen einhergehen. Verbesserungen in der Einkommensverteilung ziehen nicht notwendigerweise Wachstum nach sich; zusätzliche und steuernde Maßnahmen sind in der Regel erforderlich.

Nach Berechnungen des UNDP (PNUD 1996: 46-74) hat sich in Chile zwischen 1982 und 1992, parallel zur Verringerung der Einkommensarmut, der Index der menschlichen Entwicklung (HDI) verbessert. Die regionale Situation im Stand der menschlichen Entwicklung ist heterogen: 1992 lagen sechs Regionen, einschließlich Groß-Santiago, über dem nationalen Durchschnitt, sieben darunter. Sämtliche Regionen konnten in der menschlichen Entwicklung der Bevölkerung (wie oben definiert) im Vergleich zu 1982 aufholen. Von den sieben Regionen, die bis 1992 den Landesdurchschnitt nicht erreichten, haben vier Regionen (XI, IV, VII, VIII) den Abstand (im Vergleich zum Wert des durchschnittlichen Indexes des Landes: 1982=0,753, 1992=0,851) um zwischen 70% bis 80% – und damit über der durchschnittlichen Verringerung des Landes (56%) – abbauen können. Die Regionen IX, X und VI lagen unter dem nationalen Durchschnitt.

Die XI. und X. Region bedürfen besonderer Beachtung, da dort (zusammen mit der VIII. Region) die Mehrzahl der überwiegend armen oder extrem armen ethnischen Minderheiten lebt. Der soziale Sprengstoff ist groß und steigt ständig, da sich der Siedlungsraum, z.B. durch große Energieprojekte, weiter verringert. Die Regionen Groß-Santiago und Antofagasta haben das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und mit einem Index von 0,870 und 0,868 einen hohen (durchschnittlichen) Stand der menschlichen Entwicklung; sie haben ein besonders dynamisches Wachstum bei sehr unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur. In Groß-Santiago entfallen 57% des BIP

auf Handel/Dienstleistungen; in Antofagasta: 60% auf den Bergbau. Beiden Regionen ist es nicht oder nur geringfügig gelungen, den HDI weiter anzuheben. Dagegen waren die III. Region (Atacama) und die V. Region (Valparaíso) erfolgreich, obwohl sie ebenfalls sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen haben (BIP: 58% Exportlandwirtschaft und Bergbau; 43% Industrie/Dienstleistungen): Von einem HDI-Wert unter dem nationalen Durchschnitt 1982 konnten sie diesen bis 1992 über den nationalen Durchschnitt verbessern.

Für das Jahr 1994 legte UNDP für den HDI Indikatoren zugrunde, die ein höheres Entwicklungsniveau charakterisieren: Einschulungsrate in den Sekundarschulen, Kindersterblichkeit und verfügbares Einkommen der Haushalte pro Monat. Nur die Regionen I, II und XII lagen über 0,800 (hohes Entwicklungsniveau). Diese Regionen wiesen 1994 (außer Groß-Santiago) auch das geringste Armutsniveau (22,3%, 25,6% und 14,0%) auf. Der Großraum Santiago, der für sich den größten Nutzen aus der Liberalisierung und Weltmarktöffnung ziehen konnte, fällt bei dieser Messung von Rang 2 auf Rang 5 zurück. Die Ursachen dürften u.a. in der hohen Zuwanderung von ländlicher Bevölkerung mit einem niedrigen Bildungs- und Gesundheitszustand liegen. Trotz der Ausbildungsmaßnahmen von *Chile Jóven* fehlen langfristige Programme zur Kompetenzsteigerung und Arbeitsplatzschaffung für Jugendliche und junge Erwachsene (14 bis 29 Jahre). Unter ihnen ist im Landesdurchschnitt die offene Arbeitslosigkeit mit 16,5% (1998) nicht nur am höchsten, sondern sie steigt auch an (1992: 12,8%). 2001 erreichte die Arbeitslosigkeit bei den 14- bis 24-Jährigen in Groß-Santiago etwa 33%.

4. Wettbewerbsfähigkeit der Regionen

In Chile sind seit 1987 die Exporte bzw. der Außenhandel generell (über Marktliberalisierung und Direktinvestitionen als "Transmissionsriemen") zum Motor des hohen Wachstums geworden. Die Abhängigkeit vom Kupfer hat sich stark reduziert (von rd. 70% auf rd. 45%). Jedoch dominieren weiterhin Rohstoffe (rd. 50%) und Halbwaren mit relativ geringer Verarbeitung (rd. 35%). Industrieprodukte machen rd. 15% der Ausfuhren aus. Von den Produkten des Primärsektors stammten 1994 etwa 20% aus dem Frucht-, 12% aus dem Forst- und 13% aus dem Fischereisektor sowie etwa 55% aus dem Bergbau. Mit der Diversifizierung der Exporte vollzog sich – auf der Grundlage der komparativen Vorteile der jeweiligen Ressourcen – eine differenzierte Eingliederung der Regionen in den Produktions- und Kommer-

zialisierungsprozess. Die Entwicklung der I. bis IV. Region basiert vor allem auf dem Bergbau, ergänzt in der I. Region durch Meeresprodukte sowie in der III. Region durch Tafeltrauben. Die IV. bis VII. Region entwickelten sich vor allem durch den Anbau von Weintrauben sowie den Export von Wein und Kernobst, ergänzt in der IV. und V. Region durch den Tourismus. Die Entwicklung der VII. bis X. Region gründet sich auf Forst- und Holzwirtschaft, ergänzt durch Fischerei und Fischzucht in der VIII., X., XI. und XII. Region. Das wirtschaftliche Profil diversifiziert sich allmählich, da zunehmend Rohstoffe verarbeitet werden. Rd. 50% der Exporte stammen von außerhalb des Großraumes Santiago. Je nach Ausstattung der Regionen, Art der Unternehmen und Art der Produkte hat sich die Exportsteigerung in unterschiedlichem Maße in mehr Investitionen und mehr Beschäftigung sowie einer merklichen Reduzierung der regionalen Armut niedergeschlagen. Der Stand der menschlichen Entwicklung (z.B. Stand der Erziehung/Ausbildung und Gesundheit) hat sich bisher wenig verändert. Um das Niveau in den genannten Bereichen zu verbessern, werden längere Zeiträume benötigt. Umfang und Rhythmus der Verbesserung hängen in hohem Maße von der sozialen Kompetenz der Personen sowie vom Zugang zu den in Zahl und Qualität notwendigen Einrichtungen ab. Die regionale Bevölkerung und ihre politische und wirtschaftliche Elite messen häufig der Aus- und Fortbildung und ihrer Modernisierung zu wenig Bedeutung bei. Die städtischen Gebiete der VIII und der V. Region, über mehrere Jahrzehnte durch eine ineffiziente Industrialisierung sowie eine staatlich subventionierte Standort- und Dekonzentrationspolitik geprägt, haben ebenso Wachstumsschwierigkeiten wie die Gebiete der traditionellen Landwirtschaft oder des Kohlebergbaus. Sie alle können gegen den Import nur schwer oder nicht konkurrieren. In Regionen wie z.B. Coquimbo, in denen bisher keine ausreichende Verknüpfung der (sektoral) unterschiedlichen Wachstumspotentiale (z.B. Exportlandwirtschaft, Bergbau, Tourismus, Ausbildungswesen) gelungen ist, fehlt weiterhin eine langfristige dynamische Entwicklung.

In der Wettbewerbsfähigkeit rangiert Chile unter den ersten fünf Ländern der Nicht-OECD-Mitglieder; in Lateinamerika steht es auf Platz eins. Diese Spitzenposition wird vor allem von einer zentralistischen und "absaugenden" Großregion Santiago (40% der Bevölkerung, 50% des BIP, überwiegend aus dem Sekundär- und Tertiärsektor, Mehrzahl der großen und mittleren Unternehmen sowie der Technologie- und Bildungseinrichtungen, höchstes Einkommen pro Kopf und größte Wachstumsdynamik) ausgefüllt. Drei weitere Regionen (II, V, VIII), mit einer mittleren Konkurrenzfähigkeit und erheb-

lichen Rückständen gegenüber Santiago, tragen 25% zum BIP bei, vor allem durch Aktivitäten im Primär- und Sekundärsektor. Auf neun überwiegend ländliche und durch Landwirtschaft und zum Teil durch Bergbau geprägte Regionen mit relativ geringer Wettbewerbsfähigkeit entfallen die restlichen 25% des BIP.

Die Wachstumsdynamik und die Konkurrenzfähigkeit der Regionen basiert auf den komparativen Vorteilen der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen. Erhebliche Schwachstellen behindern die Herausbildung einer regionalen Wettbewerbsfähigkeit mit systemischem Charakter. Diese ist Voraussetzung für ein mittel- bis langfristig tragfähiges Wachstum im Rahmen der sich intensivierenden Globalisierung. Für die systemische Wettbewerbsfähigkeit sind (außer der Ausstattung mit Produktionsfaktoren) einerseits die Zahl, Art und Dynamik der regionalen (Zuliefer-)Unternehmen und ihre Verknüpfung zu Branchen und Sektoren wichtig. Andererseits haben die regionalen und lokalen institutionellen Bedingungen und die Herausbildung einer regionalen Attraktivität für Investitionen besondere Bedeutung. Sie beeinflussen den Stand von Technologie, Management und Arbeitskräften und damit der menschliche Entwicklung in den Regionen entscheidend.

Wesentlicher Engpass für die Entwicklung bzw. für eine hohe systemische Wettbewerbsfähigkeit ist die "Abwesenheit" eines dynamischen regionalen Unternehmertums, verbunden mit geringer regionaler Kapitalbildung. Sehr negativ schlagen auch der eklatante Mangel an qualifiziertem Personal außerhalb von Groß-Santiago, das relativ niedrige Erziehungs- und Ausbildungsniveau, die schlechte Infrastruktur und die schwachen Institutionen zu Buche. Die Exportproduktion vollzieht sich aus diesen Gründen überwiegend mit Kapital, Management und Personal aus Santiago. Kapital und Technologie kommen häufig aus dem Ausland. Dadurch induzierte Investitionen in die Infrastruktur werden in der Regel von Firmen oder mit Produkten aus der Hauptstadt oder den beiden größeren Zentren Valparaíso und Concepción durchgeführt. Die Exportdynamik für die Herausbildung von "genuinen" regionalen Unternehmen und "Unternehmens-Clustern" zu nutzen, ist schwierig. Das Gleiche gilt für den Aufbau von regionalen Institutionen der Aus- und Fortbildung und für die Förderung einer Führerschaft, auch im politischen Bereich. Eine gezielte selektive Kooperation von Seiten des Staates und des Privatsektors mit den Regionen im Zuge einer politisch gewollten Dezentralisierung (einschließlich der Finanzierung und der politischen Struktur) sind erforderlich, um die negative Wechselwirkung von niedriger Wettbewerbsfähigkeit und starkem Zentralismus zu durchbrechen.

5. Dezentralisierung als Instrument zum Abbau der regionalen Disparitäten

Die Präsidenten Frei und Lagos haben eine graduelle und effektive Dezentralisierung zu einem ihrer Regierungsziele deklariert. Bisher war ihre Politik eine Mischung von Dekonzentration und einem durch die Zentralgewalt kontrollierten Prozess von Dezentralisierungsschritten. Die politischen Instanzen auf regionaler Ebene werden weiter ernannt oder indirekt gewählt; auf der lokalen Ebene werden sie direkt gewählt (Minkner-Bünjer 1997). Da bisher vor allem administrative Funktionen auf die subnationale Ebene übertragen wurden, ist der mit Gesetz Nr. 19175 von 1992 eingeführte Begriff der "regionalen Regierung" sowohl funktional als auch in Bezug auf die Kompetenzen irreführend. Das Munizipalgesetz definiert dagegen die lokale Ebene als Verwaltungseinheit, obwohl die direkte Wahl von Stadträten und Bürgermeistern und die Offenheit des Gesetzes bezüglich der Funktionen des Munizips die Vision einer "lokalen Regierung" suggerieren. Beiden Ebenen fehlen bisher eigene Einnahmequellen. Sie haben auch nicht die volle Entscheidungsgewalt über die Verwendung der Mittel, die die Zentralregierung mittels verschiedener Fonds (z.B. Investitionsmittel aus dem *Fondo Nacional de Desarrollo Regional* (FNDR), der *Inversión Sectorial de Asignación Regional* (ISAR), der *Inversión Regional de Asignación Local* (IRAL) und den *Convenios de Programación*) bereitstellt. Die Sozialausgaben werden überwiegend mit staatlichen Transferleistungen finanziert. Untersuchungen (PNUD 1996: 113/114) haben ergeben, dass die Sozialausgaben selbst unter den demokratisch gewählten und der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Regierungen keine ausgleichende Funktion für die wirtschaftlich benachteiligten Regionen mit hohem Armutsanteil hatten. Der größere Anteil der Ressourcen ist weiterhin in die entwickelteren Regionen geflossen.

Die unzureichende finanzielle Ausstattung der Regionen und der Munizipien ist ein entscheidendes Hindernis, um die sozialen Leistungen effizient und effektiv zu erbringen und die regionale Entwicklung voranzutreiben (Jordán 1994). Weiterer gravierender Schwachpunkt ist die institutionelle und funktionale Überforderung bezüglich der diesen Ebenen übertragenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten, z.B. im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie in den Programmen zur Bekämpfung der Armut. Er dient dem "Zentralismus" auch als Argument, um die Erweiterung der Kompetenzen der Regionen abzublocken.

Regionen und Kommunen kritisieren die mangelnde Effizienz der Verwaltung und das zu geringe Engagement von Parteien und Politikern für die regionale und lokale Entwicklung. Mehr Dezentralisierung wird angemahnt; gleichzeitig wird der Mangel an regionaler und lokaler Führungs- und Regierungsfähigkeit sowie an Bürgerbeteiligung, selbst in den gesetzlich vorgesehenen Organen, anerkannt. Klagen werden immer wieder über die mangelhafte Koordinierung und Kooperation der regionalen und lokalen Akteure laut. Trotz der Fortschritte, die die Regionen und Kommunen in der Arbeitsplatz- und Einkommensschaffung aufgrund des Exportwachstums und der staatlichen Förderung gemacht haben, weisen ihre Akteure mit Besorgnis auf die Verteilungsungleichgewichte hin. Sie unterstreichen die starke Verwundbarkeit der regionalen Produktion und ihre Abhängigkeit von den natürlichen Ressourcen. Diese sind durch Überausbeutung und zunehmende Umweltbelastung stark gefährdet. Die regionalen Akteure sehen die sozialen Spannungen aufgrund des weiterhin starken Zentralismus steigen. Sie befürchten, dass die Unternehmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Arbeit durch Kapital ersetzen oder billigere Lohnarbeiter aus den Nachbarländern anwerben. Als grundlegendes Instrument der Armutsbekämpfung reklamiert die regionale Bevölkerung die Verstärkung und Modernisierung von Bildung und Ausbildung sowie effektivere Instrumente und Verfahren der regionalen politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit.

Literaturverzeichnis

- Jordán F., Pablo (1994): "La descentralización: Un proceso en desarrollo". In: Larraín B., Felipe (Hrsg.): *Chile hacia el 2000*. Santiago de Chile, S. 349-382.
- Martín, María Pía (1998): "Integración al desarrollo: una visión de política social". In: Toloza, Cristián/Lahera, Eugenio (Hrsg.): *Chile en los noventa*. Santiago de Chile, S. 313-352.
- MIDEPLAN (Ministerio de Planificación y Cooperación) (1999): *Pobreza y distribución del ingreso en Chile 1990-1998*. Santiago de Chile.
- (2001a): *Pobreza e indigencia e impacto del gasto social en la calidad de vida*. Santiago de Chile (www.mideplan.cl).
- (2001b): *Indicadores económicos y sociales 1990-2000*. Santiago de Chile (www.mideplan.cl).
- (2001c): *Gasto social global*. Santiago de Chile (www.mideplan.cl).
- Minkner-Bünjer, Mechthild (1993): *Pobreza y distribución: El desafío de Chile para 2000*. Santiago de Chile (Sonderdruck).
- (1997): "Dezentralisierung in Chile: Die 'Illusion' vom dezentralisierten partizipativen Einheitsstaat". In: *Nord-Süd aktuell*, Jg. XI, 1, S. 114-131.
- PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (1996): *Desarrollo humano en Chile 1996*. Santiago de Chile.
- (1998): *Desarrollo humano en Chile 1998: Las paradojas de la modernización*. Santiago de Chile.
- Raczynski, Dagmar (1998): "Para combatir la pobreza en Chile: Esfuerzos del pasado y desafíos del presente". In: Cortázar, René/Vial, Joaquín (Hrsg.): *Construyendo opciones: Propuestas económicas y sociales para el cambio de siglo*. Santiago de Chile, S. 191-231.
- Richter, Michael/Bähr, Jürgen (1998): "Risiken und Erfordernisse einer umweltverträglichen Ressourcennutzung in Chile". In: *Geographische Rundschau*, Jg. 50, Nr. 11, S. 641-648.
- Rodríguez, Jorge/Serrano, Claudia (1998): "Cómo va el proceso de descentralización del estado en Chile?". In: Cortázar, René/Vial, Joaquín (Hrsg.): *Construyendo opciones: propuestas económicas y sociales para el cambio de siglo*. Santiago, S. 455-476.

Angela Meentzen

Chile: Geschlechterverhältnisse zwischen Tradition, Modernisierung und Demokratisierung

Der Modernisierungsprozess in Chile hat paradoxe Auswirkungen auf die Situation der Frauen und auf die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern: Einerseits hat das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte für einen kleineren Teil der Bevölkerung Verbesserungen des Lebensstandards mit sich gebracht, der sich vor allem auch für gebildete berufstätige Frauen positiv ausgewirkt hat. Andererseits haben 17 Jahre Militärdiktatur bis heute eine Polarisierung der chilenischen Gesellschaft zwischen Befürwortern und Gegnern und zwischen Reichen und Armen bewirkt und autoritäre Strukturen in gesellschaftlichen Institutionen, weit verbreitete konservative Wertvorstellungen und veraltete Gesetze hinterlassen, die der hohen Geschwindigkeit der radikalen Veränderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte längst nicht mehr entsprechen. Ende der achtziger Jahre beispielsweise waren 65% der Männer und 50% der Frauen immer noch der Ansicht, dass die Ehefrau dem Ehemann zu gehorchen habe, und nahezu die gleiche Anzahl von Männern (65%) und Frauen (46%) vertraten die Überzeugung, dass sich Frauen auf den Haushalt und Männer auf die Erwerbsarbeit konzentrieren sollten (Gomáriz/Valdéz 1992).

Währenddessen hat jedoch die Mehrheit der Frauen in Chile die Last des exportorientierten neoliberalen Wirtschaftsmodells zu tragen. Mehr als die Hälfte aller Frauen lebt in Armut, ihre unsichtbare Arbeitskraft wird nach wie vor kaum von offiziellen Statistiken erfasst und findet in den makroökonomischen Daten des chilenischen Aufschwungs keinerlei Berücksichtigung. Das niedrige Lohnniveau, die hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und der geringe Zugang zur weitgehend privatisierten Krankenversicherung haben immer mehr Frauen – im Vergleich zu Männern – unter nachteiligen Bedingungen in den Arbeitsmarkt integriert. Die Mehrheit der Frauen muss außerdem die fehlenden Sozialleistungen des Staates ersetzen und sieht sich innerhalb der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern einer Doppelbelastung zwischen Arbeit, Familie und Haushalt ausgesetzt.

Bis heute ist in Chile im Alltag eine Atmosphäre der Intoleranz und Diskriminierung gegenüber alternativen Lebensformen weit verbreitet. Eine ausgeprägte soziale Kontrolle, Doppelmoral und Misstrauen erschweren nach wie vor die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander. Die ökonomischen, politischen und soziokulturellen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte haben ein Klima der Unsicherheit und des Unwohlseins (PNUD 1998) mit sich gebracht, die das Zusammenleben innerhalb und außerhalb von Familien und die Beziehungen zwischen Frauen und Männern bis heute prägen. In Chile ist nach wie vor die Scheidung, aber auch jede Form der Abtreibung verboten. Beide Verbote schränken besonders Frauen ein, wirken sich aber auch nachteilig auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Zusammenlebens von Frauen und Männern aus.

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über verschiedene Phasen und Facetten der chilenischen Frauenbewegung vor der Militärregierung, während der Diktatur und seit dem Modernisierungs- und Demokratisierungsprozess sowie über die staatliche Frauen- und Gleichstellungspolitik des letzten Jahrzehnts im lateinamerikanischen Vergleich gegeben, bevor zum Abschluss die Auswirkungen der Veränderungen auf die Situation der Frauen und auf die Beziehungen der Geschlechter untereinander erörtert werden.

1. Die Frauenbewegung zwischen Protagonismus, Diskriminierung und Unsichtbarkeit

Die Geschichte der Frauenbewegung in Chile reicht wie in anderen Ländern mindestens bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück: In Chile erkämpften sich Frauen als erste des Kontinents bereits 1877 den Zugang zum Universitätsstudium. Danach dauerte es jedoch noch mehr als ein halbes Jahrhundert, bevor nach langen Kämpfen endlich 1949 das Wahlrecht für Frauen eingeführt wurde. Auch hier kam Chile allerdings den meisten Ländern des Kontinents noch bis zu einem Jahrzehnt zuvor.

Wie anderswo in Lateinamerika hat auch in Chile die Frauenbewegung Themen wie Armutsbekämpfung, die Unterdrückung der Frauen und ihre soziale Exklusion und Diskriminierung aufgegriffen. Zu Beginn des Jahrhunderts entstand eine Vielzahl religiöser und anderer freiwilliger Frauengruppen, die sich karitativen Aufgaben widmeten. Die ersten Kämpfe für Frauenrechte am Arbeitsplatz wurden in Chile von Verbänden von Arbeiterinnen in der Textilindustrie begonnen. 1920 wurde die erste Arbeiterinnengewerkschaft (*Federación Unión Obrera Femenina*) als Teil des chilenischen Gewerkschaftsverbands gegründet. Ober- und Mittelschichtfrauen an

den Universitäten organisierten sich in Lesezirkeln und Komitees für Frauenrechte oder in Organisationen der "Frei-Denkerinnen".

Bereits in den zwanziger Jahren fanden in Santiago de Chile verschiedene Versammlungen der panamerikanischen Frauenbewegung statt, die im Jahre 1930 den lateinamerikanischen Frauenrat CIM der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) gründete. CIM setzt sich bis heute auf dem Kontinent für Frauenrechte und für Frauen- und Geschlechterpolitik ein.

1935 entstand die einflussreiche nationale Bewegung zur Emanzipation der chilenischen Frau (MEMCH) im Kampf um die Anerkennung von Bürgerrechten für Frauen, für den Frieden, gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und für das Frauenwahlrecht. Auf nationaler Ebene organisierte MEMCH 1937 und 1940 zwei große Kongresse und 1944 wurde der Verband weiblicher Institutionen FECHIF (*Federación Chilena de Instituciones Femeninas*) gegründet.

Aufgrund des Ausschlusses von Frauen aus dem politischen und öffentlichen Leben und aus politischen Parteien wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehrere Frauenparteien gegründet, z.B. in den zwanziger Jahren die Zivile Frauenpartei (*Partido Civico Femenino*) und die Demokratische Frauenpartei (*Partido Demócrata Femenino*). 1935 erhielten Frauen schließlich zunächst das Wahlrecht bei Kommunalwahlen. 1946 setzte sich die Chilenische Frauenpartei (*Partido Femenino Chileno*) für das allgemeine Frauenwahlrecht und für die vollständigen politischen Bürgerrechte der Frauen ein. Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen 1949 ging der Protagonismus der Frauenbewegung in der Öffentlichkeit zurück. In den fünfziger Jahren verschwanden Teile der Frauenbewegung, während andere Teile sich eher unbemerkt von der Öffentlichkeit weiterhin für die Armen und Bedürftigen engagierten.

In den vierziger Jahren begannen die Ehefrauen der Präsidenten Chiles sichtbare politische Funktionen zu übernehmen, indem sie offizielle Initiativen mit karitativen Projekten zur politischen Mobilisierung von Frauen zugunsten der jeweiligen Regierungen ihrer Ehemänner organisierten: 1944 wurde das sogenannte "Weihnachtskomitee" gegründet, 1947 der "Verband der Hausbesitzerinnen" und 1954 die Stiftung "der Kleiderschrank des Volkes" (*El ropero del pueblo*). In den sechziger Jahren entstanden politischere Frauengruppen in den Randsiedlungen und unter den Bauern auf dem Land, die 1964 auf nationaler Ebene das Netzwerk der Mütterkomitees CEMA gründeten, in dem vor allem Frauen der Unterschichten sowohl auf dem Land wie aus der Stadt organisiert wurden.

1968 wurden die Basisorganisationen auf dem Land und in den Städten offiziell staatlich anerkannt. Frauen waren inzwischen aktive Mitglieder von politischen Parteien, Gewerkschaften, Nachbarschafts-, Bauern- und Indianerorganisationen, Kirchenkomitees und vielen anderen Organisationen, konnten jedoch noch relativ selten in Entscheidungsfunktionen vordringen. Ein großer Teil der feministischen Bewegung wurde stark von marxistischen Strömungen beeinflusst und stand den verschiedenen Links-Parteien nahe. Bis zum Beginn der siebziger Jahre gab es einen hohen Organisationsgrad der verschiedenen Bewegungen in Chile, darunter auch der Frauenbewegung, und zwar sowohl der Mittelschicht als auch von Arbeiter- und Landfrauen, Volksküchen und Kunsthandwerksgruppen und von indianischen Frauen. Frauen eroberten nur langsam auch Posten in diesen Organisationen: Anfang der siebziger Jahre machten Frauen ein Drittel der gewählten Vertreter von Nachbarschaftsorganisationen, aber weniger als 30% von deren Vorsitzenden aus (Gomáriz/Valdéz 1992).

1970 gab es 9.000 Mütterzentren mit 450.000 Mitgliedern. Unter der Allende-Regierung spielte der nationale Verband der Mütterzentren, COCEMA, eine protagonistische politische Rolle und mobilisierte Tausende von Frauen auf dem Land und in der Stadt, darunter auch indianische Frauen der Mapuche und Aymara. Die Regierung von Allende gründete ein staatliches Frauensekretariat, das von der Ehefrau von Allende geleitet wurde.

Mit der Diktatur von Pinochet entstand eine Zäsur: Ein Teil der Frauenbewegung wurde zerschlagen, in den Untergrund und ins Exil gezwungen, während ein anderer Teil, darunter sowohl Mittelschicht- als auch arme Frauen vom autoritären Regime für die neue Regierung mobilisiert wurden. Gleichzeitig begann mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik ein Differenzierungsprozess und die Spaltung der Gesellschaft in wenige Reiche und viele Arme. Die Rücknahme von Reformen, die massive Privatisierung und Exportorientierung führten zur Verarmung der Mittelschichten sowie zum Verlust des Zugangs der Landbevölkerung zu Land und Ressourcen. Die Zerschlagung der Gewerkschaften brachte immer prekärere Arbeitsverhältnisse, massive Arbeitslosigkeit und zwischen 1970 und 1987 eine ständige Zunahme der armen Bevölkerung mit sich. Die Armut wuchs im besagten Zeitraum doppelt so schnell wie die Reallöhne (Nef 1999: 92-93). Frauen organisierten sich nicht nur im alltäglichen Überlebenskampf mit Unterstützung der Kirche und anderen Nichtregierungsorganisationen (NRO). Sie drängten auch zunehmend auf den Arbeitsmarkt.

Bereits seit Beginn der Diktatur in den siebziger Jahren sowie in den achtziger Jahren entstand eine neue Frauenbewegung im Untergrund, die eine wichtige Rolle im Kampf um Menschenrechte, für die Aufklärung der Schicksale der Verschwundenen, für die Freilassung von Gefangenen und die Rückkehr der Chilenen aus dem Exil sowie für die Wiederherstellung der Demokratie mit allen staatsbürgerlichen Rechten spielte. Die Menschenrechtsorganisationen bestanden mehrheitlich aus Frauen, die meisten von ihnen Familienangehörige von Verfolgten, die neue Bewegungsformen im Umgang mit der Repressionsmaschinerie entwickelten und sich von Opfern zu aktiven sozialen Akteuren mit großem Einfluss in der Demokratiebewegung entwickelten. Die Diktatur erzwang neue Formen der politischen Organisation in Alltagszusammenhängen, zu denen Frauen leichten Zugang hatten. Frauen organisierten Netzwerke unterschiedlicher Gruppen im Widerstand gegen die Diktatur und im Kampf für die Demokratisierung.

Während der politisch kooptierte Teil der Basisfrauenbewegung von der Pinochet-Regierung uniformiert für politische Aufmärsche eingesetzt wurde, organisierte sich der andere Teil der politisch verfolgten Sektoren und Überlebensinitiativen unter dem Schutz der Kirchengemeinden. Die autonome feministische Frauenbewegung gründete mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland verschiedene Frauen-NRO. Sie beteiligte sich aktiv an der Menschenrechts- und Demokratiebewegung in Chile. Beeinflusst von internationalen Tendenzen erweiterten sich die Themen der Frauenbewegung in Chile wie in anderen Ländern des Kontinents in den achtziger Jahren zu breiter gefächerten emanzipatorischen Ansätzen. Neben den Bürgerrechten und dem Kampf um Zugang zu öffentlichen Räumen entstanden neue Forderungen nach der Demokratisierung von privaten Räumen: Frauen verteidigten nun auch ihre Autonomie und ihr Recht auf Selbstbestimmung, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte und die Rechte auf körperliche Unversehrtheit. Die Frauenbewegung trug auf diese Weise zu einem neuen Demokratieverständnis bei, das auch zwischenmenschliche Machtverhältnisse im privaten Bereich hinterfragte. Sie stellte eine direkte Beziehung zwischen demokratischen gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Abbau von Geschlechterhierarchien her. Gegen Ende der achtziger Jahre wurde die breite Bewegung der *Concertación de Mujeres por la Democracia* von Feministinnen, unabhängigen und parteipolitisch organisierten Frauen gegründet, die die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern als Teil des politischen Diskurses der Opposition gegen das Militärregime thematisierten (Guzmán 1994).

Mit dem Demokratisierungsprozess seit 1989 trat dann erneut eine Wende ein. Trotz der aktiven Rolle der Frauenbewegung im Widerstand gegen die Diktatur konnten nur wenige Frauen öffentliche Ämter in der ersten demokratischen Regierung übernehmen. Die Tatsache, dass die Frauenbewegung wieder ganz legal agieren und ihre Organisationen und Institutionen rechtlich absichern konnte, führte zu tiefgreifenden Veränderungen ihrer Organisationsformen und Ziele. Die Umsetzung der Beschlüsse internationaler Konferenzen und Konventionen in Chile wurde nachträglich eingefordert und Gesetzesreformen zur Gleichstellung von Frauen nachgeholt. Viele Frauen kehrten aus dem Exil aus Europa und anderen Ländern zurück und brachten ihre dortigen Erfahrungen mit ein.

In kurzer Zeit erfuhr die Frauenbewegung in Chile auf diese Weise viele neue Impulse, die sie einerseits wieder öffentlich sichtbar werden ließ, die andererseits jedoch auch zur Institutionalisierung, Legitimation und breiten Akzeptanz vieler ihrer Forderungen und damit zur Reduzierung von massiven Aktionen in der Öffentlichkeit führten. Viele aktive Frauen und Feministinnen übernahmen Funktionen innerhalb von staatlichen Institutionen und hinterließen Organisationen und Institutionen ohne oder mit stark reduzierter Leitung. Nicht immer ist eine zweite, jüngere Generation zur Stelle, um diese Frauen zu ersetzen. Alte Organisationen verschwinden, neue werden gegründet.

Insgesamt fand in Chile – wie überall in Lateinamerika – in den neunziger Jahren ein Prozess der Verbreiterung und Auffächerung, aber auch der Fragmentierung der Frauenbewegung statt. Neben Mütterzentren, Einkommen schaffenden und überlebenssichernden Basisorganisationen in städtischen Randsiedlungen und auf dem Land, neben Landfrauen- und Indigena-Frauen-Organisationen, feministischen Gruppen und Kollektiven, gewerkschaftlichen Frauenorganisationen, freiwilligen Frauengruppen etc. entstanden viele Nichtregierungsorganisationen von Frauen, die vor allem mit dem Staat oder im Auftrag staatlicher Institutionen arbeiteten. Sie führten als Auftragnehmer des Staates Projekte durch, die in Form von öffentlichen Ausschreibungen vergeben wurden. Da die offiziellen Zahlen den Schein eines fortgeschrittenen Entwicklungsprozesses erwecken, zogen sich viele internationale Organisationen aus Chile zurück. Auf diese Weise sind viele Frauen-NROs dazu gezwungen, sich anstelle von gemeinsamen politischen Aktionen plötzlich ein technisches und möglichst unpolitisches Profil sowohl dem Staat als auch den Zielgruppen der Projekte gegenüber zu ver-

schaffen und miteinander um nationale Finanzmittel des chilenischen Staatshaushalts zu konkurrieren.

Die führenden Mitglieder der Frauenbewegung, die nach der Demokratisierung von 1989 in den Staatsapparat gegangen sind, setzen sich von den Behörden aus für politische und soziale Maßnahmen des Staates zugunsten der Überwindung der Ungleichheit von Frauen im Vergleich zu Männern ein. Ein weiterer Teil der NROs, die sich als autonome Frauenbewegung bezeichneten, überlebte entweder durch Serviceleistungen an Frauen oder mit Hilfe der noch übriggebliebenen ausländischen Donationen. In Chile haben außerdem viele internationale Organisationen der UNO ihren Sitz, wie FLACSO (lateinamerikanisches Sozialforschungsinstitut), die CEPAL (ein ökonomischer Zusammenschluss der Regierungen Lateinamerikas im Rahmen der UNO), das PREALC (regionales UNO-Programm für Beschäftigung in Lateinamerika und der Karibik), regionale Büros der FAO (Landwirtschaftsorganisation der UNO), der ILO (internationale Arbeitsorganisation der UNO), der UNICEF (UNO Kinderhilfswerk) und der OPS (Panamerikanische Gesundheitsorganisation), in denen viele ehemalige Frauenaktivistinnen heute als Expertinnen für Frauen und Genderfragen arbeiten. Chile ist außerdem Sitz einiger lateinamerikaweit einflussreicher Frauen-NROs mit regelmäßigen regionalen Publikationen wie FEMPRESS oder ISIS.

Gelegentlich kommt es zu harten Auseinandersetzungen zwischen radikaleren Feministinnen der "autonomen feministischen Bewegung", die in einem Teil der Frauen-NROs organisiert sind, und den Frauen in staatlichen und internationalen Institutionen und in den NROs, die sich eher zum verhandlungsbereiten Teil der Bewegung dem Staat gegenüber zählen. Die einhellige Präsenz der Feministinnen in der Öffentlichkeit wird angesichts des fehlenden gemeinsamen Feindes in Gestalt der Militärdiktatur und der Vielfalt von Themenbereichen, Konzepten, Arbeitsweisen und sozialen Kontexten der Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse eher seltener. Es wird immer schwieriger, sich auf gemeinsame Positionen zu einigen, und häufig genug werden aufgrund dieser Uneinigkeit gar keine Positionen mehr in der Öffentlichkeit vertreten. In Chile fehlt bis heute eine Kultur der öffentlichen Debatten über gesellschaftliche und politische Fragen und die Themen der Frauenbewegung machen da keine Ausnahme: Sie tauchen nur selten und nur sehr vorsichtig überhaupt in der öffentlichen Agenda auf. Während sich ein Teil der Bewegung auf die Verankerung von Gleichstellungsprinzipien in staatlichen Institutionen und Entwicklungsprojekten und auf die Um-

setzung von internationalen Beschlüssen und Konventionen konzentriert, kämpft ein anderer Teil um die Aufrechterhaltung einer vom Staat und von der Politik internationaler Geber unabhängigen eigenen feministischen Agenda der Frauenbewegung zur Verteidigung von sexuellen und reproduktiven Rechten, von homosexuellen Frauen, für das Recht auf Abtreibung etc., die jedoch in der Öffentlichkeit bisher nur auf wenig Resonanz gestoßen sind.

Gleichzeitig entspricht die Krise der chilenischen Frauenbewegung, der es wie andernorts schwer fällt, jüngere Generationen von Frauen anzusprechen und zu mobilisieren, der in anderen Ländern der Welt zu beobachtenden Krise der sozialen Bewegungen. In Chile hat sich jedoch die Zerschlagung der in den siebziger Jahren weit verbreiteten Organisations- und politischen Kultur der Bevölkerung durch die fast zwei Jahrzehnte lange militärische Repression, die systematische Verletzung der Menschenrechte, die starke ökonomische und soziale Differenzierung besonders nachteilig für alle sozialen Bewegungen ausgewirkt: Auch ein Jahrzehnt nach der Demokratisierung führt das verbliebene Misstrauen und die Polarisierung der chilenischen Gesellschaft dazu, dass die meisten Chilenen heute kaum organisiert und die bestehenden Organisationen weitaus schwächer entwickelt sind, als beispielsweise in den andinen Nachbarländern (PNUD 1998). Einstmals starke und aktive soziale Bewegungen wie die Gewerkschafts-, die Landarbeiter- und die indianischen Bewegungen sind heute entweder geschwächt, verschwunden, oder wesentlich verändert und stark fragmentiert worden oder haben sich neu gebildet. Sie spielen auch nach mehr als zehn Jahren Demokratisierungsprozess nicht mehr die Schlüsselrolle wie in den sechziger oder siebziger Jahren vor dem Militärputsch von 1973 oder wie innerhalb der Menschenrechtsbewegung aus dem Untergrund und dem Exil in den achtziger Jahren. In diesem Kontext gehören die Frauenorganisationen, die vor allem Alltagsprobleme aufgreifen, bis heute zum wandlungsfähigsten und aktivsten Teil der sozialen Organisationen in Chile.

2. Die staatliche Frauenpolitik im Demokratisierungsprozess: vorbildlich und zögernd zugleich

Obwohl Chile als ein positives Beispiel für orthodoxe neoliberale Wirtschaftspolitik in Lateinamerika gilt, gibt es kaum andere Länder in Lateinamerika mit so vielen Subventionen für Arme und Frauen, mit einem so hohen landeseigenen Haushalt für Frauen- und Gleichstellungspolitik und mit vergleichbar gestiegenen Sozialausgaben während der Regierungen der

Konzertation (Nef 1999). Gleichzeitig werden in Chile die Subventionen kaum für politischen Klientelismus missbraucht, eine Tatsache, die ebenfalls im lateinamerikanischen Kontext als außergewöhnlich angesehen werden kann.

Die chilenischen Regierungen der Konzertation haben ihren politischen Willen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen mit Männern wiederholt unterstrichen. Das Regierungsprogramm von Präsident Ricardo Lagos stand beispielsweise nicht nur unter dem Motto: "Für ein Wachstum mit Gleichheit" (*Para Crecer con Igualdad*), sondern beinhaltete ausdrücklich als vierte Priorität "die vollständige Integration der Frauen" (Lagos 1999: 22). Das Programm war zwar alles andere als radikal oder vollständig, unterstreicht aber immerhin – mit der offiziellen Anerkennung der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern und mit der relativ hohen Priorität des Themas – den politischen Willen der chilenischen Regierungen zur Durchführung von kompensatorischen frauenfördernden Maßnahmen unter staatlicher Verantwortung. Das Regierungsprogramm betonte als Wahlversprechen für Frauen nicht nur deren Integration in den Arbeitsmarkt, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Förderung von Dienstleistungen für Kinder, sondern erwähnt immerhin auch noch die Förderung der politischen Partizipation von Frauen am Rande.

Chile war 1990 das erste lateinamerikanische Land, das ein staatliches Fraueninstitut (SERNAM, *Servicio Nacional de la Mujer*) einrichtete und 1991 gesetzlich die autonome dezentrale Struktur des Instituts mit Direktorinnen in allen Regionen als Teil des staatlichen Planungsministeriums (MIDEPLAN) verankerte. Seither hat die Leiterin des SERNAM den Status einer Ministerin und nimmt am Regierungskabinett teil. Die Hauptziele des SERNAM wurden ebenfalls gesetzlich verankert und betreffen Gesetzesänderungen, Fortbildungsprogramme für Angestellte des öffentlichen Dienstes, landesweite Informationszentren über die Rechte von Frauen, Förderungsprogramme zur Einkommensschaffung für arme und alleinstehende Frauen mit Kindern, Verträge und Arbeitsabkommen mit anderen Ministerien und die Koordination der Umsetzung von nationalen Programmen und Plänen für Chancengleichheit für Frauen und Männer und zur Vorbeugung der Gewalt gegen Frauen.

In Chile wurde bereits 1994, ein Jahr vor der IV. Internationalen Frauenkonferenz in Peking 1995 und ein Jahr vor dem ersten demokratischen Regierungswechsel, der erste lateinamerikanische Gleichstellungsplan (PIOM, *Plan de Igualdad de Oportunidades para las Mujeres*) für eine Dauer von

sechs Jahren erarbeitet. Der Plan bestand aus acht Kapiteln mit Maßnahmen verschiedener Ministerien und NRO mit sehr unterschiedlichem Charakter: Während einige Aktionen konkret formuliert waren, blieben viele auf der Ebene abstrakter Deklarationen guten Willens. Die zweite Regierung der Konzertation übernahm den PIOM lediglich als eine Art Vorschlagsliste für die jeweiligen Minister, denen es überlassen blieb, Teile des Plans umzusetzen. Die Mechanismen und Instanzen für die Begleitung der Umsetzung des PIOM, wie beispielsweise ein vorgesehenes interministerielles Koordinationskomitee, wurden entweder nicht gebildet oder nicht durchgeführt, wie im Falle der im PIOM vorgesehenen Zwischenevaluierung zum Stand der Umsetzung des Plans nach den ersten drei Jahren. Die Endevaluierung des PIOM nach sechs Jahren sollte schließlich den geringen Bekanntheitsgrad des Plans in anderen Ministerien konstatieren und zeigen, wie wenig messbar der Erfolg der Umsetzung des Plans war, wie selten SERNAM seine Querschnittsfunktion anderen staatlichen Ministerien gegenüber wahrgenommen hatte. Das SERNAM ist heute in anderen Ministerien vor allem durch eigene, direkt an Frauen gerichtete Programme bekannt (Gomáriz 2000).

Anstelle einer aktiven Politikformulierung und von massiven öffentlichen Kampagnen und der Förderung von Gesetzesreformen konzentrierte sich SERNAM in den ersten zehn Jahren auf die Durchführung von Programmen zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen, zur Förderung von Landarbeiterinnen und weiblichen Haushaltsvorständen, auf den Aufbau von Informationszentren für Frauenrechte und zur Betreuung von schwangeren Jugendlichen.

Gleichzeitig wurden wichtige Fortschritte beim Aufbau der eigenen Institution, der Fortbildung des eigenen Personals sowie bei der Durchführung von Studien gemacht. Während 1993 noch fast die Hälfte des Haushalts (46,5%) von SERNAM von ausländischen Geldgebern finanziert worden war, betrug der ausländische Finanzbeitrag 1997 nur noch 12,7%. 1999 machte der eigene nationale Haushalt von SERNAM (mit insgesamt ca. knapp zehn Millionen US\$) ca. 0,07% des gesamten chilenischen Staatshaushalts und 8% aller Sozialausgaben aus (Ríos/González 1999: 4). Damit hat SERNAM heute den größten nationalen Haushalt aller staatlichen Fraueninstitute Lateinamerikas. SERNAM ist auch das einzige lateinamerikanische Fraueninstitut mit landesweiter Präsenz: 1998 arbeiteten 343 Personen in SERNAM, davon knapp die Hälfte außerhalb der Zentrale von Santiago. Dass trotzdem weiterhin noch für die Durchführung der Programme von

SERNAM finanzielle Mittel fehlen, zeigt die Tatsache, dass von 220.000 Zeitarbeiterinnen auf dem Land (*temporeras*) lediglich 5% von SERNAM erreicht werden konnten (Invertec 1998).

Die nach wie vor autoritären Strukturen des politischen Systems in Chile sowie die konservative öffentliche Meinung und die nur zögerlichen Reformen der demokratischen Regierungen der Konzertation haben den Einfluss des SERNAM anderen Ministerien gegenüber, auf die Formulierung von frauenpolitischen Initiativen, auf die Reform der Gesetzgebung zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen sowie auf die Veränderung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen zugunsten der Gleichstellung von Frauen oder gar auf die Förderung der Mitverantwortung von Männern stark eingeschränkt. Heiße Eisen wie das Scheidungsrecht, sexuelle und reproduktive Rechte, Abtreibung, Sexualerziehung etc. wurden bisher überhaupt nicht thematisiert.

Im Bereich der internationalen Konventionen zu Menschenrechten als Frauenrechten trat Chile zwar als Vorreiter in Erscheinung und ratifizierte noch kurz vor der Gründung des SERNAM im Dezember 1989 die CEDAW-Konvention.¹ Auch das neue optionale Protokoll der CEDAW, das zum ersten Mal konkrete Anzeigen von Fällen von Diskriminierung von Frauen bei der UN ermöglicht, wurde von Chile als erstem lateinamerikanischen Land unmittelbar nach seiner Verabschiedung durch die UN im Dezember 1999 ratifiziert. Ansonsten gingen die nationalen Gesetzesreformen zur Gleichstellung von Frauen jedoch nur teilweise oder schleppend voran: Ein Gesetzentwurf zum Thema Gewalt in der Familie von 1991 konnte erst im August 1995 verabschiedet werden. Im Oktober 1996 ratifizierte Chile die lateinamerikanische Konvention zum Thema Gewalt gegen Frauen (*Convención Belem do Pará*). Bis heute gibt es kein eigenständiges Familienrecht, sondern lediglich als Teil des Zivilrechts. Zwar konnten die Rechte verheirateter Frauen verbessert werden, bis heute ist jedoch kein Scheidungsrecht vorgesehen, sexuelle und reproduktive Rechte der Frauen werden nicht anerkannt, der weibliche Ehebruch wird nach wie vor stärker bestraft als der männliche und die Vergewaltigung in der Ehe gilt noch nicht als Straftat. Die meisten gesetzlichen Reformen zugunsten der Gleichstellung von Frauen konnten im Bereich der Arbeitsgesetzgebung erreicht werden.

¹ "Convención sobre la eliminación de todas las formas de discriminación contra la mujer" von 1979.

3. Die Situation der Frauen zwischen Verbesserungen und Unzufriedenheit

Die Situation der Frauen in Chile hat sich insbesondere seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer schneller verändert. Für die Mehrheit von ihnen hat sich die Lebensqualität in den vergangenen 50 Jahren unzweifelhaft verbessert. Dazu haben vor allem Faktoren wie der Geburtenrückgang (von 5 auf 2,6 Kinder pro Frau), die verringerte Mütter- und Kindersterblichkeit, eine verbesserte Gesundheitsversorgung, die aktivere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, ein höherer Bildungsstandard und eine gestiegene Lebenserwartung beigetragen. Mehr Frauen als Männer leben heute in den Städten und haben daher einen verbesserten Zugang zu sozialer Infrastruktur. Die höhere weibliche Migration in die Städte ist vor allem auf die – im Vergleich zur männlichen – doppelt so großen weiblichen Arbeitslosigkeit auf dem Land zurückzuführen. Demgegenüber hat sich allerdings die Situation für indianische Landfrauen nur geringfügig verbessert: Sie haben nach wie vor die meisten Kinder, die geringste Lebenserwartung und die armseligsten Lebensbedingungen. Allerdings ist die Analphabetenrate landesweit stark zurückgegangen, auch wenn die Analphabetenrate unter der weiblichen indianischen Landbevölkerung immer noch größer ist, als bei der entsprechenden männlichen Bevölkerung (CASEN 1998).

In einigen Aspekten hat ein Teil der Frauen die Mehrheit der Männer in Chile sogar schon überrundet: Manche Frauen verdienen besser als Männer, insbesondere in der Export-Agrarwirtschaft (die Mehrheit der Frauen verdient aber weitaus weniger als Männer), einige Frauen sind gebildeter als Männer (mehr als die Hälfte der Universitätsabschlüsse entfallen auf Frauen), mehr Frauen als Männer sind sozialversichert (allerdings nur ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen insgesamt). Frauen in Chile haben außerdem, wie in den meisten Ländern der Welt, eine durchschnittlich höhere Lebenserwartung als Männer (von knapp über sieben Jahren).²

Trotz der genannten Verbesserungen der Lebensqualität, der Gesetzgebung und der Chancen für Frauen ist es jedoch noch ein weiter Weg bis zur vollständigen Chancengleichheit in Chile. Ein wesentlicher Teil des Wirtschaftswachstums Chiles wurde auf Kosten des Großteils der Bevölkerung, darunter insbesondere von Frauen, erwirtschaftet. Frauen sind zwar in vielen sozialen Organisationen aktiv, aber bisher nur selten in politischen Funktio-

² Die Lebenserwartung lag zwischen 1990 und 1995 bei 75,6 Jahren für Frauen und bei 68,5 Jahren für Männer (Gomáriz/Valdéz 1992: 19).

nen vertreten. Nur wenige Frauen wurden in der Geschichte zu Ministern berufen, als Abgeordnete gewählt oder im Justizapparat eingesetzt. Zwischen 1990 und 1994 waren nur 6% der Parlamentarier Frauen. Auch in Parteien erreichten bisher nur wenige Frauen wichtige Positionen. In den vergangenen 40 Jahren wurden nur sieben Ministerinnen im Vergleich zu 509 Ministern eingesetzt (SERNAM 1998). 1995 gab es nur eine einzige Frau im Ministerkabinett: die Direktorin des staatlichen Fraueninstituts SERNAM. Auch in den Kommunalverwaltungen wurden nur knapp 12% Frauen in Funktionen gewählt, und es gab nur 18 Bürgermeisterinnen gegenüber 334 Bürgermeistern (5,4%).

Etwas mehr als ein Fünftel aller Frauen unterhalten ihre Familien allein, ohne männlichen Partner.³ In Chile gibt es kaum Sexualerziehung in den Schulen und der Zugang zu Verhütungsmitteln ist nach wie vor schwierig. Viele Jugendliche werden ungewollt schwanger, und obwohl jede Form der Abtreibung strafbar ist, hat Chile eine der höchsten Abtreibungsraten in Lateinamerika mit entsprechend hohen Gesundheitsrisiken für Frauen (Ríos/González 1999).

Wie die chilenische Gesellschaft insgesamt sind auch die chilenischen Frauen nicht nur durch die Militärdiktatur politisch, sondern auch durch die ungleiche Einkommensverteilung ökonomisch stark polarisiert: Die Mehrheit der Armen sind Frauen.⁴ Nach einer drastischen Senkung der Löhne zu Beginn der Militärdiktatur, bei gleichzeitiger Rücknahme der Agrarreform, der Privatisierung der Industrie und der Exportorientierung, sind die Löhne trotz Wirtschaftswachstums gleich geblieben. Chile ist ein Niedriglohnland mit geringen Sozialleistungen für Arbeitnehmer/Innen, und Frauen verdienen durchschnittlich im Vergleich zu Männern nur 70% deren Einkommens (Gálvez 1998).

³ Nach offiziellen Angaben der CASEN von 1998 (die normalerweise den hohen Anteil von Alleinverdienerinnen nicht erfassen) waren 1990 20% und 1998 22,8% der Frauen *Jefas de Hogar*. Auf dem Land ist die Zahl der Haushaltsvorstände normalerweise wesentlich geringer als in der Stadt.

⁴ Obwohl offiziellen Daten zufolge die Zahl der Frauen in Armut zwischen 1990 und 1998 von 39,3% auf 22% abgenommen hat (ähnlich wie die Armut insgesamt im nationalen Durchschnitt von 38,6 auf 21,7%), sind sich die Experten darin einig, dass die Mehrheit der Armen aufgrund der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede, aufgrund der ungleichen Verteilung von Ressourcen innerhalb der Familien und der Abhängigkeit von nichterwerbstätigen Frauen aus Frauen besteht. Nach offiziellen Angaben ist die Zahl der Ärmsten der Armen zwischen 1996 und 1998 konstant geblieben: Nur unter Männern gab es einen ganz leichten Rückgang von 5,7 auf 5,5%, die Zahl der Frauen in absoluter Armut ist mit 5,8% gleich geblieben (CASEN 1998).

4. Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt: risikoreich und unsicher

Der Arbeitsmarkt hat sich in Chile in den vergangenen Jahrzehnten durch wissenschaftliche, technologische und internationale Verknüpfungen mit der Globalisierung der Wirtschaft und der Akkumulation des Kapitals auf der Basis der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse stark verändert. Die Formen der Arbeit, die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitszeiten und die Organisation der Arbeit Mitte der neunziger Jahre sind mit früheren Jahrzehnten nicht mehr vergleichbar. Flexibilisierung, interne Migration, niedrige Löhne, unsichere Arbeitsplätze, prekäre Arbeitsbedingungen und niedrige Einkommen mit geringer Sozialversicherung sind die Hauptstichworte für die Charakterisierung der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt in Chile.

Ein Grund für diese radikalen Umwälzungen liegt zweifelsohne in der bis heute geschwächten Gewerkschaftsbewegung, während die Unternehmer in Chile weit besser organisiert sind als in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern. Ein großer Teil der heute erwerbstätigen Frauen trat ihre Arbeitsplätze nach Beginn der Militärdiktatur vor diesem Hintergrund an: Nur knapp ein Fünftel aller erwerbstätigen Frauen ist heute in Chile gewerkschaftlich organisiert.

Obwohl in Chile der Anteil berufstätiger Frauen – im Gegensatz zur Beteiligung der Männer am Arbeitsmarkt, die seit 1994 leicht zurückgeht – ständig steigt,⁵ ist die offiziell registrierte weibliche Erwerbstätigkeit im Vergleich zu anderen Ländern des Kontinents immer noch relativ gering: Sie macht nur wenig mehr als ein Drittel der statistisch offiziell erfassten erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung aus (36%, insgesamt ca. 1,8 Millionen Frauen),⁶ im Vergleich zu knapp 75% der Männer, die im Jahre 1998 berufstätig waren. Mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen lebt ohne Partnerschaft. Frauen mit höherem Bildungsstand sind häufiger berufstätig, als Frauen mit geringer Bildung.⁷

Der Arbeitsmarkt in Chile ist bis heute stark geschlechtsspezifisch segmentiert, mit Ausnahme der Staatsangestellten (50%), der Wissenschaftler (45%) und der Techniker und Angestellten (43%), die wie in vielen Nach-

⁵ Im vergangenen Jahrzehnt wurden mehr als eine halbe Million Frauen in den Arbeitsmarkt integriert (CASEN 1998).

⁶ Für das Jahr 2020 werden Frauen nach Schätzungen 45% der erwerbstätigen Bevölkerung Chiles ausmachen (CEM 1998).

⁷ 71,4% der Frauen mit 16 oder mehr Bildungsjahren und höherem Bildungsniveau sind berufstätig (Guzman/Mauro/Araujo 1998).

barländern einen unverhältnismäßig großen Teil der erwerbstätigen Frauen absorbiert haben. 97% der Hausangestellten sind Frauen, die auch sonst vor allem im Dienstleistungssektor (45%), im Handel und Gaststättengewerbe (24,5%) sowie in der Manufakturindustrie (12,1%) tätig sind (Gálvez 1998).

Über 90% der landwirtschaftlichen und mechanischen Berufe wird bis heute von Männern ausgeführt, vor allem in der Industrie, im Transport und im Bauwesen. Unter höheren Entscheidungsträgern des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft sind immerhin ein Drittel Frauen. Frauen sind jedoch wesentlich seltener selbstständig tätig als Männer und seltener Arbeitgeberinnen.

Frauen verdienen in Chile allgemein weniger als Männer und weniger Frauen als Männer verfügen über Arbeitsverträge. In den älteren Generationen ist der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern größer als in den jüngeren: Über 60 Jahre alte Frauen verdienen durchschnittlich nur 61% des männlichen Einkommens, während junge Frauen zwischen 15 und 24 Jahren bis zu 85% des Einkommens der Männer verdienen können. Der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen vergrößert sich außerdem mit zunehmendem Bildungsgrad. Frauen im öffentlichen Dienst verdienen ca. 65% des Gehalts der Männer. Frauen mit 17 Jahren Bildung verdienen jedoch nur noch 42% des Gehalts von Männern mit dem gleichen Bildungsniveau. Unqualifizierte Frauen verdienen dagegen durchschnittlich 82% des Gehalts von Männern (Gálvez 1998).

Die Teilzeitarbeit in Chile ist bisher kaum ausreichend statistisch erfasst worden. Die offiziellen Umfragen des Planungsministeriums⁸ erfassen weder die Gründe für Teilzeitarbeit oder Unterbeschäftigung noch den Familienstand, das Alter oder die Kinderzahl der Teilzeitbeschäftigten. Die Daten über weibliche Teilzeitarbeit variieren extrem, je nach Umfrage, aber der Unterschied zwischen Frauen und Männern scheint nicht besonders groß zu sein (Leiva 2000).

In den vergangenen 30 Jahren sind immer mehr Frauen als Zeitarbeitskräfte (so genannte *temporeras*) in die Obst-, Gemüse- und Blumenproduktion der Agroindustrie für den Export eingegliedert worden. Die weibliche Beschäftigung in der Agroindustrie begann mit der Krise der Landarbeitergewerkschaften zu Beginn der Militärdiktatur: Die Rücknahme der Agrarreform, die Auflösung der Arbeitsgesetzgebung, die massiven Entlassungen von Landarbeitern, die Zunahme von Zeitarbeit und die Reduzierung von

⁸ CASEN, *Encuesta de Caracterización Económica y Social* von MIDEPLAN.

permanenten Arbeitsverhältnissen auf dem Land führten zu weit verbreiteter Arbeitslosigkeit auf dem Land. Das geringe Einkommen der Männer brachte die Frauen dazu, auf den Arbeitsmarkt zu drängen, um zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften. Frauen werden in der Agroindustrie in Chile vor allem in der Ernte und in der Verpackung eingesetzt und auf einige Arbeitsschritte spezialisiert und beschränkt. Ihre Beschäftigung basiert auf unterschiedlichen, nach Geschlecht und Alter differenzierten familiären Überlebensstrategien: Junge Mädchen beginnen bereits im Alter zwischen 12-14 Jahren mit der Zeitarbeit auf dem Land. Studentinnen verdienen ihren Lebensunterhalt auf diese Weise. Alleinstehende Frauen mittleren Alters mit Kindern erwirtschaften einen großen Teil ihres Jahreseinkommens als Landarbeiterinnen auf Zeit. Viele verheiratete Frauen mit Kindern und einem – im Vergleich zu anderen Landfrauen – relativ hohen Bildungsgrad leben dort, wo sie als Zeitarbeitskräfte in der Agroindustrie eingesetzt werden. Nur 13% der *temporeras* migriert, um in der Agroindustrie zu arbeiten, jedoch leben 40% von ihnen nicht auf dem Land, sondern in Provinzstädten (Valdéz/Araujo 1999: 107).

Frauen machen insgesamt mehr als die Hälfte aller Zeitarbeitskräfte in der Agroindustrie in Chile aus. Sie arbeiten 93% ihrer Arbeitszeit im Frühling und im Sommer, während Männer in der Agroindustrie durchschnittlich knapp drei Monate länger im Jahr und für ein breiteres Beschäftigungsfeld eingestellt werden. Männer absolvieren nur 71% ihrer Zeitarbeit zur gleichen Jahreszeit wie Frauen und sind dementsprechend weniger unterbeschäftigt (landesweit liegt die durchschnittliche männliche Arbeitslosigkeit unter Zeitarbeitern auf dem Land bei 44 Tagen im Jahr im Vergleich zu durchschnittlich 100 Tagen weiblicher Arbeitslosigkeit).

Weniger Frauen als Männer haben Arbeitsverträge und die Hälfte der Frauen absolviert bis zu elf Stunden lange Arbeitstage im Vergleich zu acht-Stunden-Tagen der Männer (Valdéz/Araujo 1999: 116). Zeitarbeiter/Innen erhalten nur während der Arbeitsmonate Sozialleistungen und haben während der restlichen Monate des Jahres keine Gesundheitsversicherung. Frauen werden eher nach Produktmenge bezahlt, während Männer eher Stundenlöhne erhalten. Männer verdienen dementsprechend besser als Frauen in der Ernte, während Frauen nur dann besser verdienen können als Männer, wenn sie in der Verpackung längere Arbeitstage akzeptieren und nach Produktmenge bezahlt werden (Valdéz/Araujo 1999).

5. Auswirkungen des rapiden Wandels auf das Alltagsleben und auf die Ungleichheit der Geschlechter

Heute sind in Chile sowohl Männer als auch Frauen erwerbstätig. Frauen sind – insbesondere im Fall der Zeitarbeiterinnen in der Agroindustrie – während der Arbeitsmonate mit Haushalt und Arbeit überlastet. Männer übernehmen nach wie vor nur selten Aufgaben im Haushalt und in der Kindererziehung. Andererseits verfügen berufstätige Frauen in Chile heute über mehr finanzielle Unabhängigkeit als früher sowie über eine wesentlich größere Bewegungsfreiheit in der Öffentlichkeit. Viele soziale Praktiken, wie die anfangs erwähnte Zuschreibung des Haushalts an Frauen und der Erwerbsarbeit an Männer, sind von Frauen längst durchbrochen worden. Die Nutzung von Zeit und Raum durch Männer, Frauen, Jungen und Mädchen und die soziale Repräsentation der Familien verändern sich in der Praxis schneller, als die Wertvorstellungen in Bezug auf die Geschlechterrollen.

Die Veränderung der Arbeitsformen, die Flexibilisierung der Beschäftigung, die Unsicherheit der Arbeitsplätze, die interne Migration und die unregelmäßigen Arbeitszeiten führen dazu, dass Familien und Familienverbände immer häufiger durch unterschiedliche Arbeitsprozesse, Arbeitszeiten und Arbeitsorte auseinander gerissen werden. Auf dem Land hat die Bedeutung von Verwandtschaft und von nichtmonetärem Austausch abgenommen, die des monetären Einkommens deutlich zugenommen. Frauen auf dem Land sind zunehmend auf die Erwirtschaftung eigener monetärer Einkommen angewiesen, um gemeinsam mit ihren Kindern zu überleben.

Die Familienformen haben sich in Chile im Kontext der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Polarisierung, Differenzierung und Fragmentierung vervielfältigt: Trotz des Scheidungsverbots ist die Trennungsrate in Chile sehr hoch. Die offiziellen Zahlen der Haushalte von alleinstehenden Frauen mit Kindern verzeichneten einen landesweiten Zuwachs von knapp 3% zwischen 1990 und 1998. In der Hauptstadt Santiago werden 44% aller Haushalte von Frauen allein unterhalten. Auf dem Land gibt es vergleichsweise weniger Haushalte mit alleinverdienenden Frauen (in einigen ländlichen Regionen nur ca. 11%). 64% der von Frauen geführten Haushalte auf dem Land sind jedoch extrem arm und in den beiden untersten Einkommensfünfteln angesiedelt. Nur 8,3% bzw. 5,5% aller ländlichen Haushalte mit weiblichen Haushaltsvorständen gehört zu den beiden oberen Einkommensfünfteln (Venegas/Echeverría 1998).

Alleinstehende Frauen mit Kindern sind im Vergleich zu Familien mit männlichen Haushaltsvorständen stark benachteiligt: Das Einkommen der

männlichen Haushaltsvorstände ist offiziellen Daten zufolge im Durchschnitt anderthalb mal so groß wie das der weiblichen Haushaltsvorstände. In den obersten Einkommensschichten haben männliche Haushaltsvorstände 65% mehr Einkommen als weibliche, in den untersten Einkommensschichten immerhin noch 21% (Galvez 1998).

Familien mit weiblichen Haushaltsvorständen leben im Durchschnitt mit mehr Kernfamilien unter einem Dach als Familien mit männlichen Haushaltsvorständen. In den Randsiedlungen der Städte leben aufgrund der niedrigen Einkommen zunehmend mehrere Generationen einer Familie auf engem Raum zusammen. Die Folge derartiger Wohnungsnot sind zunehmende Konflikte zwischen den Geschlechtern in der Ehe sowie zwischen den Generationen. Jugendliche verbringen einen großen Teil ihres Alltags und ihres Sexuallebens auf der Straße oder auf öffentlichen Plätzen, und die Zahl jugendlicher Schwangerschaften nimmt in den Städten rapide zu.

6. Resümee

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die "Modernisierung des sozialen Lebens" (PNUD 1998: 210) für viele, aber nicht für alle Frauen neue und bessere Chancen mit sich gebracht hat. Gleichzeitig finden jedoch Prozesse der Zersetzung von Familienverbänden und von sozialen Verhältnissen statt, die sich auch auf die Beziehungen von Frauen und Männern negativ auswirken. Der hohe Grad an Unsicherheit und Ungewissheit im Alltagsleben in Chile wirkt sich negativ auf die Lebensqualität von Frauen und Männern aus und erschwert individuelle und gemeinsame Lebensentwürfe. Die radikalen Umwälzungen der sozialen und wirtschaftlichen Realität und der Situation der Frauen insbesondere stehen in starkem Kontrast zu den nach wie vor weit verbreiteten machistischen Vorstellungen und kulturellen Praktiken, denen zufolge Frauen auch weiterhin eine untergeordnete gesellschaftliche Rolle entweder als Sexualobjekte oder als Mütter und alleinige Verantwortliche für den Haushalt spielen. In den Medien und in der Werbung werden sexistische Frauenbilder und stereotype Geschlechterrollen permanent reproduziert. Die Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern erfordern im Kontrast zur konservativen öffentlichen Meinung und zu veralteten kulturellen Mustern und Praktiken die Veränderung von Wertvorstellungen und Lebenspraktiken von Frauen und Männern – insbesondere vor dem Hintergrund eines harten Überlebenskampfes der Mehrheit der chilenischen Be-

völkerung –, die sich jedoch nur langsam und über mehrere Generationen hinweg durchsetzen werden.

Literaturverzeichnis

- CASEN (1998): *Situación de la Mujer en Chile*. Resultados Encuesta CASEN, Documento Nr. 9, Santiago de Chile: MIDEPLAN.
- Ensignia, Jaime/Yañez, Sonia (Hrsg.) (1999): *Inserción laboral femenina. Sindicalismo, género y flexibilización en el Mercosur y Chile*. Santiago de Chile: CEM/Fundación Ebert.
- Gálvez, Thelma (1998): *Desigualdades en Cifras. Hombres y mujeres pobres en Chile*. Santiago de Chile: SERNAM (*Servicio Nacional de la Mujer*).
- Gomáriz, Enrique (2000): *Informe nacional de Chile sobre violencia doméstica*. San José (unveröffentlichtes Manuskript).
- Gomáriz, Enrique/Valdés, Teresa (Hrsg.) (1992): *Mujeres latinoamericanas en cifras*, Chile. FLACSO/Ministerio de Asuntos Sociales, Instituto de la Mujer, Santiago de Chile.
- Guzman, Virginia (1994): *Los azarosos años 80. Aciertos y desencuentros del movimiento de mujeres en Latinoamérica y el Caribe*. Lima.
- Guzman, Virginia/Mauro, Amalia/Araujo, Kathya (1998): *Trayectorias laborales de mujeres. Cambios generacionales en el mercado de trabajo*. Santiago de Chile: CEM (o.D.).
- INVERTEC IGT, Consulting Group (1998): *Evaluación del impacto y la gestión del SERNAM (Servicio Nacional de la Mujer)*. Santiago de Chile.
- Lagos Escobar, Ricardo (1999): *Programa de Gobierno. Para crecer con igualdad*. Santiago de Chile.
- Leiva, Sandra (2000): "Parttime Work in Chile. Is it Precarious Employment? Reflections from a Gender Perspective". In: CEPAL Serie Mujer y Desarrollo Nr. 26, Santiago de Chile.
- Menéndez-Carrión, Amparo/Joignant, Alfredo (Hrsg.) (1999): *La Caja de Pandora. El retorno de la transición chilena*. Santiago de Chile.
- Nef, Jorge (1999): "Contradicciones en el 'Modelo Chileno'". In: *La Caja de Pandora. El retorno de la transición chilena*. Santiago de Chile, S. 89-124.
- PNUD (1998): *Desarrollo Humano en Chile – Las Paradojas de la Modernización*. Santiago de Chile.
- Ríos, Marcela/González, Rubén (1999): *Women in Development. Country Profile on Chile*. Santiago de Chile: CEM.
- Salazar, Gabriel/Pinto, Julio (1999): *Historia contemporánea de Chile I+II: Estado, legitimidad, ciudadanía*. Santiago de Chile.
- Seguimiento de la situación de la mujer sobre la base de la encuesta CASEN 1996 (1998): SERNAM, Documento de Trabajo No. 63. Santiago de Chile.
- Valdés S., Ximena/Araujo K., Kathya (1999): *Vida privada. Modernización agraria y modernidad*. Santiago de Chile: CEDEM.

Venegas Leiva, Silvia/Echeverría Correa, Laura (1998): *Género, pobreza y trabajo independiente*. Santiago de Chile: SERNAM.

Yañez, Sonia (1999): “Consideraciones sobre la flexibilidad laboral planteadas desde una mirada de género”. In: *Inserción laboral femenina. Sindicalismo, género y flexibilización en el Mercosur y Chile*. Santiago de Chile, S. 97-108.

Olaf Kaltmeier

Die Mapuche: Brüche und Einbrüche zwischen Widerstand und Eroberung

1. Einleitung

“Alle Kulturen sind, zum Teil aufgrund ihres Herrschaftscharakters, ineinander verstrickt; keine ist vereinzelt und rein, alle sind hybrid, heterogen, hochdifferenziert und nicht-monolithisch” (Said 1994: 30) – lautet eine zentrale These der *post-colonial studies*. Deshalb sind interne Brüche und externe Einbrüche charakteristisch für gesellschaftliche Ordnungen. Dies zeigt sich auch in der Geschichte und Gegenwart der Mapuche, die hier in ihren Grundzügen herrschaftskritisch aufgearbeitet werden soll. Innerhalb der von beständiger struktureller Gewalt geprägten Konflikte von modernen und indigenen Ordnungen unterliegen sowohl kulturelle, soziale als auch ökonomische und technische Elemente permanenten Umstrukturierungsprozessen. Es bilden sich strategische und positionale Identitäten, die einem permanenten ‘Spiel’ um Wahrheit, Repräsentation und Macht unterworfen sind. Trotz der Dominanz und des in den kleinsten Winkel reichenden Einflusses des sich zunächst herausbildenden und später konsolidierenden, modernkapitalistischen Weltsystems sind dennoch auch immer von dieser herrschenden Ordnung abweichende gesellschaftliche Dynamiken möglich gewesen. Die Mapuche zeichneten sich von Beginn der *Conquista* an durch die Übernahme und Integration fremdkultureller Elemente aus, die sie nicht zuletzt in den kriegerischen Auseinandersetzungen erfolgreich angewendet haben, gerade um ihre eigene kulturelle Identität und Autonomie zu verteidigen. In mehr als 300 Jahren konnten sie von den Spaniern nicht kolonisiert werden, und auch dem chilenischen Nationalstaat gelang es erst Ende des 19. Jahrhunderts – nach einem nahezu 70 Jahre währenden Krieg –, die Mapuche militärisch zu bezwingen. Im heutigen Chile leben laut der Volkszählung von 1992 noch 928.060 über 14-jährige Mapuche, wovon aber nur 143.769 in *comunidades*, indigenen ländlichen Gemeinden, im Süden Chiles angesiedelt sind. Der Rest lebt in urbanen Randvierteln, vor allem in Temuco und Santiago. Diese Situation ist auf die Anwendung Jahrhunderte langer struktureller Gewalt seitens der spanischen Eroberer und danach der chileni-

schen Mestizen-Gesellschaft zurückzuführen. Dagegen setzen sich die Mapuche seit der Eroberung bis hin zum heutigen Tag in vielfältigen Formen zur Wehr.

2. Die erstarrte *Conquista*

Die Ankunft der spanischen *Conquistadores* markierte einen substantiellen Bruch in ganz Lateinamerika (Bengoa 1999: 151). Für die als Mapuche bekannten Ethnien¹ bedeutete dieser 1546 beginnende Einbruch eine bis heute andauernde Konfrontation mit verschiedenen historisch kontingenten Macht- und Herrschaftsstrategien. Eine erste Phase der Herrschaftsausübung seitens der spanischen Eroberer, vom Beginn der *Conquista* bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, kann mit Michel Foucault als souveräne Macht gekennzeichnet werden. Vereinfacht gesagt war das Ziel die Unterwerfung der Mapuche unter die spanische Krone, den damaligen Souverän, was in den zentralen Dispositiven *encomienda*, Sklaverei und Krieg, diskursiv durch das *requerimiento* abgestützt, seinen Ausdruck fand.²

Trotz aller Unterwerfungsversuche konnten die Mapuche ihre Autonomie gegen die Spanier jedoch dauerhaft verteidigen. In Ablehnung essentialistischer Zuschreibungen, wie der 'kriegerischen Natur' der Mapuche, bei der Erklärung des Widerstandes der Mapuche, soll an dieser Stelle Soziales durch Soziales erklärt und der Blick auf zwei wesentliche Aspekte gerichtet werden: die symbolische Ordnung und die politische Organisationsform der Mapuche. Kernelement der symbolischen Ordnung der Mapuche war laut dem französischen Ethno-Historiker Guillaume Boccara der Krieg, der be-

¹ Wie der Ethno-Historiker Boccara belegt, ist der Begriff "Mapuche" erst in der Mitte des 17. Jahrhunderts aus einem Prozess selbstbestimmter Ethnogenese und fremdbestimmter Ethnifikation heraus entstanden. Bis dahin gab es die Mapuche nicht, sondern vielmehr verschiedene lokale Ethnien, wie beispielsweise die *reche* (Boccara 1998). Im Folgenden behalte ich jedoch zur Vereinfachung das Konzept Mapuche bei.

² Das *requerimiento* arbeitet nach der Logik des binären Schemas: entweder erkennen die *Indígenas* die souveräne Macht an, was sie zu Untertanen macht, oder sie weigern sich, was Krieg und Versklavung bedeutet. *Encomienda* zielt auf die Unterwerfung der Indigenen und ihrer Territorien unter einen vom Souverän beauftragten Aufseher, den *encomendero*, sowie als tributpflichtige Untertanen der Krone ab. Die Sklaverei in den spanischen Gebieten Amerikas wurde zwar in dem Disput von Valladolid zwischen Las Casas und Sepúlveda 1550 verboten, jedoch wurde sie in Chile wegen der Widerständigkeit der Mapuche 1608 wieder eingeführt und erst 1674 aufgehoben. Neben den militärischen Aggressionen, Expansionsgelüsten und assimilatorischen Missionen mussten die Mapuche gegen Alkoholismus und eingeschleppte Krankheiten widerstehen. Allein 1557 starben bei der ersten Typhus-Epidemie 300.000 Mapuche, was 30% der damaligen Mapuchepopulation entsprach.

reits in der präkolonialen Geschichte die Position einer alle gesellschaftlichen Verhältnisse determinierenden ‘totalen sozialen Tatsache’ einnahm. Insbesondere der *weichan*, im Gegensatz zur Blutrache und Plünderung die eigentliche Form des Krieges, sorgte vermittelt über den Dreischritt “captar – digéerer – differencier” (Boccarda 1998: 110) für die symbolische Produktion und Reproduktion der Gesellschaft. Die Differenz anderer Gesellschaften wurde im Krieg eingefangen, mittels exokannibalistischer Rituale symbolisch verdaut, wodurch die eigene Gesellschaft bestätigt, aber auch verändert wurde. Diese Inkorporation von Differenz ist nicht nur als Assimilation und Selbstbestätigung zu verstehen, sondern sie bewirkte eine Differenzierung der Gesellschaft. Ganz im Sinne von Derrida kann also von einem Prozess der *differáncia*/Differenz gesprochen werden, verstanden als Markierung von Unterschieden und als Prozess der beständigen Änderung.³

Im Unterschied zu den von den *Conquistadoren* rasch eroberten Imperien der Azteken oder Inkas hatten die Mapuche keine hierarchisierte Sozialstruktur, vielmehr gab es eine Vielzahl von gleichberechtigten, autonomen Einheiten, die zwar Allianzen bildeten, aber nicht durch eine übergeordnete Instanz repräsentiert wurden (Bengoa 1996: 37). Die Spanier konnten also keine Zentralmacht erobern bzw. kooptieren, um dadurch ein ganzes Imperium zu beherrschen. Soziopolitisches Strukturprinzip der Mapuche-Gesellschaft zur Zeit der *Conquista* war das Fehlen von Herrschaftsinstanzen und die Institutionalisierung herrschaftsfreier Institutionen nach dem Modell der ‘regulierten Anarchie’.⁴ Das Haus, *ruca*, bildete die Basiseinheit der Subsistenzwirtschaft (Boccarda 1998). Die darauf folgenden soziopolitischen Integrationsebenen Weiler, bestehend aus 4 bis 9 *ruca*s, und *quiñelob* bezogen sich über Verwandtschaftsstrukturen und Allianzen auf die *ruca*. Neben der *ruca* wesentlichste Instanz war aber der *lebo* (andernorts auch als *lof* bezeichnet), der samt seinem zeremoniellen Zentrum, dem *rehue*, den für die symbolische Reproduktion der Gesellschaft wichtigsten Raum darstellte. Zeitweilig wurden vor allem für kriegerische Auseinandersetzungen punktu-

³ Entsprechend integrierten die Mapuche kulturfremde Elemente der Spanier und schufen neue, hybride ‘Kriegskünste’ (vgl. Latcham 1988). So wurden z.B. spanische Dolche und Schwerter zu Lanzenspitzen gegen die königliche Kavallerie umgearbeitet, neue Militärformationen eingeübt und Defensivwaffen entwickelt. Auch wurden die Mapuche als Reitervolk berühmt, auf Pferden reitend, die von den *Conquistadoren* eingeführt wurden.

⁴ Vor einer unbedachten Übertragung afrikanischer Modelle ist jedoch Vorsicht geboten. Entgegen dem bei segmentären Gesellschaften in Afrika entworfenen Modell der ‘regulierten Anarchie’ ist darauf hinzuweisen, dass bei den Mapuche keine von Unilateralen Deszendenzgruppen determinierte Segmente zu finden sind.

elle Allianzen gebildet, die *ayllarehue* (wörtlich: neun *rehue*). Zu diesen Zwecken wurde ein *toqui*, ein Kriegshäuptling auf Zeit, gewählt. Gab es in Friedenszeiten Streitfälle zu schlichten, wurde ein *ulmen*, eine Art Ombudsmann, herangezogen, der aber, wie auch die *toquis*, keinerlei gesellschaftliche Privilegien besaß. Auch war zunächst keines dieser beiden Systeme – Allianzen und Konfliktschlichtung – eine soziopolitisch beständige Organisation.

Da sich die herrschaftsresistente Strukturierung der Mapuche-Gesellschaft als beständiges Hindernis für eine schnelle Eroberung erwies und die Kriegskasse des spanischen Imperiums sich zunehmend leerte, erstarrte die *Conquista* und die spanische Krone schloss nach mehr als 90 Jahren Krieg im Januar 1641 auf dem Parlament von Quillín einen Friedensvertrag mit dem Volk der Mapuche. Die Unterzeichnung dieses Vertrags läutete eine Periode des relativen Friedens und der Prosperität auf Seiten der Mapuche ein, indem die Spanier den Bío-Bío als nördliche Grenze sowie die Unabhängigkeit des Mapuche-Territoriums anerkannten.⁵ Die Mapuche versprachen im Gegenzug, die Grenzen nicht zu verletzen, Missionare ins Land zu lassen und Kriegsgefangene zurückzugeben.

Dies bedeutete aber keineswegs ein harmonisches Zusammenleben, sondern vielmehr einen Umbruch in der Herrschaftsstrategie. Das Parlament von Quillín markierte den Übergang von der souveränen Macht zur Ausübung von Pastoralmacht, was bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts von dem Jesuitenpater Luis de Valdivia vorgedacht, aber nicht umgesetzt wurde. Anders als die souveräne Macht, die mit der binären Codierung in richtig oder unrichtig bzw. Frieden oder Krieg arbeitete, war die Pastoralmacht⁶ individualisierend, permanent und produktiv bei der Ausbildung von (para-)staatlichen Institutionen. Auf diese Weise wurden die Missionen und die Parlamente zu Orten des Zusammentreffens zwischen Mapuche und Spaniern, um politische Übereinkünfte zu erzielen.

⁵ Die *Estudios Fronterizos* um ihren Hauptvertreter Sergio Villalobos prägten die These des Umbruchs in der Vergesellschaftung von Mapuche und Spaniern in der Mitte des 17. Jahrhunderts, wobei sie allerdings von einem ethnozentristisch geprägten Ansatz der Akkulturation der vermeintlich unterlegenen an die überlegene Kultur ausgingen, und subtilere Macht- und Herrschaftsformen, die nicht dem Schema der souveränen Macht gehorchen, schlichtweg ignorierten (vgl. z.B. Villalobos 1992).

⁶ Das Konzept der Pastoralmacht taucht bei Foucault relativ spät und in kleineren Aufsätzen auf. Es bildet die historische Grundlage der Disziplinarmacht und ist gekennzeichnet durch den Januskopf von Versorgung und Erkenntnis/Überwachung sowie eine Verkettung individualisierender und totalisierender Machtformen, die sich staatsförmig institutionalisieren.

In Reaktion auf diese Änderungen in den Herrschaftstechniken und -strategien in der Mitte des 17. Jahrhundert und im Zusammenwirken mit endogenen Prozessen der Ethnogenese setzte eine neue gesellschaftliche Dynamik in der Mapuche-Gesellschaft ein, in deren Verlauf eine übergreifende Identität der Mapuche entstand. Die ökonomische Basis verlagerte sich von der Subsistenzorientierung zu marktorientierter Viehwirtschaft und Poncho-Produktion. Parallel dazu dehnten die Mapuche ihre territoriale Basis aus und 'mapuchisierten' die in der Andenkordillere lebenden Pehuenche, bis sie schließlich in die argentinische Pampa vordrangen, wo sie weitreichende Weidegründe sowie wildlebende Viehherden erschlossen. Die Existenz von Parlamenten bewirkte eine Delegation von Macht auf Repräsentanten. Es bildete sich ein permanentes Machtmonopol der Kaziken heraus, das mit wachsendem Reichtum koinzidierte. Die egalitäre Gesellschaftsstruktur, die weder Formen des politischen Zentralismus noch der Akkumulation von Privateigentum kannte, verschwand zusehends, besonders durch die Vererbung des Kazikentums und das Entstehen permanenter zentralisierter Zusammenschlüsse. Während die Kaziken zuvor demokratisch gewählt wurden, waren bereits im 19. Jahrhundert alle *lonko*-Ämter vererbt. Die zuvor punktuellen Zusammenschlüsse der *ayllarehue* transformierten sich in permanente soziopolitische Instanzen und mit den vier großen *futamapus* im Mapuche-Gebiet kam eine neue, über der Ebene der *ayllarehue* liegende politische Instanz hinzu. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war dieser Transformationsprozess, der einen tiefen Bruch mit der präkolumbischen Lebensweise und Identität bedeutete, abgeschlossen.

3. Die republikanische 'Befriedung der Araucanía'

Während die spanische Krone sich gezwungen sah, die Autonomie der Mapuche anzuerkennen und sie als eigenständige Nation zu behandeln, wurde nach der Konsolidierung der Unabhängigkeit Chiles (1818) ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine neue Epoche der Konfrontation eingeleitet. Die in den Parlamenten zwischen den Mapuche und der spanischen Krone getroffenen Übereinkünfte wurden von der chilenischen Republik nicht mehr anerkannt. Ein aus Europa importierter nationalistisch-homogenisierender Diskurs wurde hegemonial und brach radikal mit der kolonialen Vergangenheit (Bengoa 1999: 151). Gemäß der modernen Konzeption des Nationalstaates konnte die Existenz eines unabhängigen Volkes auf dem von den Chilenen beanspruchten nationalen Territorium nicht geduldet werden. 1866 wurde das gesamte Mapuche-Gebiet kurzerhand als staatliches Eigentum deklariert und die im

Zuge der Republik neu aufgestiegene Herrscherklasse ergriff systematisch von dem Territorium der Mapuche Besitz.

Zusammen mit der modernen Organisation des Staates etablierte sich auch der aus dem Westen importierte Entwicklungs- und Fortschrittsdiskurs. Die Mapuche wurden als rückständig, unterentwickelt und traditionell stigmatisiert, während sich der kolonialistische Blick begierig auf die fruchtbaren und gerade für den Weizenanbau besonders geeigneten Böden der Mapuche richtete. Andre Gunder Frank geht davon aus, dass die militärischen Aktionen zur Kolonisierung der Mapuche, die sogenannte 'Befriedung der Araucanía', zu einer Zeit begannen, als auf dem Weltmarkt die Nachfrage nach chilenischem Weizen answoll (Frank 1969: 81). 1869 setzte sich der Plan von Cornelio Saavedra, dem 1860 eingesetzten Verwalter Araukaniens, zur 'Befriedung' und Kolonisierung des Mapuche-Territoriums durch. Er wurde mittels einer Strategie der 'verbrannten Erde' durchgeführt, d.h. vor allem die Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder waren von der Offensive betroffen. Dennoch widerstanden die Mapuche und realisierten 1881 einen Generalaufstand, für den sie den Salpeterkrieg zwischen Chile und Großbritannien auf der einen und Peru und Bolivien auf der anderen Seite ausnutzten. Doch hatte sich das chilenische Heer Ende des 19. Jahrhunderts sehr modernisiert: Gegen ein diszipliniertes Berufsheer mit modernsten Waffen und Nachrichtenkommunikationsmitteln, das logistisch durch ein sich immer weiter ausdehnendes Eisenbahnnetz unterstützt wurde, konnten sich die Mapuche nicht mehr dauerhaft zur Wehr setzen. 1883 war der Generalaufstand militärisch niedergeschlagen und wurde mit der Neugründung der Stadt Villarica im Herzen des Mapuche-Territoriums symbolisch besiegelt.

4. Die Verbannung in Reservate

Bereits zu Beginn der 'Befriedung der Araucanía' wurde das schrittweise eroberte Mapuche-Gebiet kolonisiert, und nach der vollständigen Niederlage machte der chilenische Staat es sich im Kontext der modernen Herrschaftsstrategie der Trennung und Parzellierung zur Aufgabe, das neu eroberte Gebiet mittels einer staatlich gelenkten Kolonisationspolitik zu ordnen. Dieses moderne Projekt des Ordners, mit dem Staat als Hauptakteur, hatte das Ziel, das Nicht-Kontrollierte, das Chaotische, das Andere auf seinem Territorium abzutrennen und zu isolieren, um einen bereinigten, geordneten, modernen Nationalstaat zu schaffen. Durch die gezielte Anwerbung von europäischen Kolonisten sollten 'Fortschritt' und 'Entwicklung' importiert werden, um aus dem ehemaligen Mapuche-Gebiet ein florierendes 'chilenisches Kalifornien'

nien' zu machen. Ökonomisch kann die Befriedung und nachfolgende Kolonisierung des Mapuche-Gebietes als fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation interpretiert werden. Darüber hinaus war die 'Befriedung der Araucanía' – "ein machtvoller und rücksichtsloser Drang, Unterschiede in Werten und Lebensstilen in Bräuchen und in der Sprache, den Überzeugungen und im öffentlichen Benehmen auszurotten" (Bauman 1995: 145). Unter dem Banner von 'Zivilisation', 'Fortschritt' und 'Entwicklung' bedeutete sie für die Mapuche die rassistische Stigmatisierung sowie die Zusammenpferchung in Reservaten – fremdartigen Unorten inmitten der homogenisierten Normalität des Nationalstaates.

Für die Mapuche-Gesellschaft war die Epoche der Reservate ein neuerlicher, tiefgreifender Bruch. Von einer autonomen und wohlhabenden Viehhaltergesellschaft transformierte sie sich in eine bäuerliche Subsistenzgesellschaft, deren neue räumliche, ökonomische und soziopolitische Grundeinheit die *comunidad* wurde. Die Mapuche wurden zu einer kolonisierten, verarmten und unterdrückten ethnischen Minderheit innerhalb der chilenischen Gesellschaft gemacht.⁷ Paradoxerweise war es jedoch gerade die durch die Reservatspolitik entstandene *comunidad*, die zum sozialen und territorialen Raum einer 'Widerstandskultur' wurde, die sich scharf von der dominanten Kultur abgrenzte, um den möglichen Ethnozid zu verhindern (Bengoa 1996: 364, 370-372; Aylwin 1995: 28).

5. Die Zerschlagung der *comunidad*

Neben der Herausbildung einer 'Widerstandskultur' in den *comunidades* versuchten die Mapuche erstaunlich schnell auf die nationalen Geschehnisse Einfluss zu nehmen. Bereits 25 Jahre nach der militärischen Niederlage gründete sich die erste Mapuche-Organisation, die auf politischem Wege versuchte, die Rechte der Mapuche zu verteidigen. Die wichtigste politische Auseinandersetzung war diejenige um die Integration in die chilenische Gesellschaft *versus* Autonomie; entlang dieser beiden Pole gründeten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die verschiedenen Mapuche-Organisationen (Foerster/Montecino (1988).

Die Konflikte entzündeten sich zumeist an der Landfrage. 1927 wurde ein *Indígena*-Gesetz erlassen, das die Reservate und *comunidades* mit dem Ziel aufteilte, die kollektive Form des Landbesitzes der Mapuche zu elimi-

⁷ Trotz der Subsistenzorientierung waren die Mapuche ökonomisch mit dem kapitalistischen System verkettet (vgl. dazu Berdichewsky 1979: 443f.).

nieren und das Privateigentum als herrschendes Prinzip durchzusetzen. Die bisherige Herrschaftsstrategie mit dem Ziel, das Fremde zu reduzieren und aus dem Blick zu entfernen, wurde aufgegeben und es setzte die "spezifischste, authentischste moderne Politik des Nationalstaates" (Bauman 1995: 94) ein: die Assimilation. Mit diesem Gesetz begann eine bis 1970 währende Phase der langsamen Zerstückelung der *comunidades* (Aylwin 1995: 28-31). Über rechtliche Regelungen setzte der Staat eine neue, individualistische Raumordnung durch, wobei das kommunitäre Land in parzelliertes Privateigentum verwandelt wurde. Flankiert wurde die Aufspaltung der *comunidad* durch eine assimilatorische Politik vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Agrarbereich. Ziele des chilenischen Nationalstaates waren die Dynamisierung der Kapitalakkumulation und die vollständige Assimilation der Mapuche – das Andere der modernen Ordnung sollte gebannt werden.

6. Hoffnungsschimmer - die *Unidad Popular*

Einzigste Ausnahme in der Mapuche-feindlichen Gesetzgebung ist das Gesetz 17.729 des Jahres 1972, das unter Salvador Allende erlassen wurde. Der Sozialist Allende gewann 1970 die Präsidentschaftswahlen und bildete die Regierung der *Unidad Popular*, die einen demokratischen Weg zum Sozialismus beschritt. Zum ersten Mal wurde damit der chilenische Staat von einer Regierung geführt, die auch Interessen der Mapuche vertrat und die Idee der Parlamente des 17. bis 19. Jahrhunderts wieder aufgriff, um die Mapuche an den politischen Prozessen teilnehmen zu lassen. Eine Bildungsoffensive für Indigene wurde gestartet und im Zuge der Agrarreform wurde den Mapuche allein in den ersten zwei Jahren 70.000 Hektar Land zugewiesen (Berdichewsky 1979: 453-456). Diese Reformen bewirkten, dass sich ein Großteil der ländlichen Mapuche mit der Politik der *Unidad Popular* solidariserte. Für die Mapuche-Bewegung setzte in dieser Zeit ein Mobilisationszyklus ein, der sich vor allem auf die Rückgabe von Land konzentrierte und der von einem integrationistisch-revolutionären Diskurs getragen wurde. Zwar verhinderte der Zwiespalt zwischen ethnischem und Klassenbewusstsein letztlich die Bildung von autochthonen, übergreifenden Mapuche-Organisationen, doch bleiben im kollektiven Gedächtnis der Mapuche hauptsächlich positive Erinnerungen an das integrationistische Reformprojekt der *Unidad Popular*.

7. Die Diktatur – zwischen Repression und Widerstand

Für die Mapuche bedeutete der Militärputsch Pinochets am 11. September 1973 einen tiefen Bruch. Der in den siebziger Jahren begonnene Mobilisationszyklus wurde abrupt und gewaltsam abgebrochen. Die politisch und kulturell orientierten Mapuche-Organisationen wurden zerschlagen und die Landrückgaben im Zuge der Gegen-Agrarreform rückgängig gemacht. Die Mapuche gehörten zu den Gruppen der chilenischen Gesellschaft, die am stärksten von der Repression der Diktatur betroffen waren.⁸ 1979 institutionalisierten sich die Repression und der Rassismus gegenüber den Mapuche in Form des Gesetzes 2.568, das die Aufteilung von kommunitärem Land massiv vorantrieb. Die autochthonen gemeinschaftlichen Wirtschaftsformen sollten unterbunden und die Mapuche stattdessen als Kleinbauern in das kapitalistische System integriert werden, während der Großteil des Mapuche-Landes an Forstunternehmen, die im Kontext des 1975 eingeführten neoliberalen Modells zu einem der Wachstumsmotoren erklärt wurden, vergeben wurde. Gleichzeitig sollte die Logik des Privateigentums die Idee eines einheitlichen Mapuche-Territoriums untergraben, weil es die Einheit der chilenischen Nation in Frage hätte stellen können. Nicht zuletzt aus geopolitischen Gründen wollten die Militärs die Existenz eines anderen Volkes auf dem nationalen Territorium nicht dulden.

Die Mapuche nahmen diese Repressionen nicht hin. Als eine der ersten Gruppen der chilenischen Gesellschaft organisierten sie sich, so dass ein neuer Mobilisationszyklus ein setzte. 1978 gründeten sich die *Centros Culturales Mapuches*, die sich 1981 in *Ad-Mapu* umbenannten. In der Folgezeit radikalisierte und politisierte sich *Ad-Mapu*. Gleichzeitig wuchs aber auch der Versuch der Instrumentalisierung durch politische Parteien. Insbesondere auf den nationalen Kongressen 1985 und 1987 kam es zu zahlreichen, entlang den Doktrinen der regime-kritischen Parteien verlaufenden Spaltungen von *Ad-Mapu*. Trotz dieser Differenzen kann festgehalten werden, dass in nahezu allen Organisationen ähnliche programmatische Forderungen mit anti-kolonialistischer Zielsetzung vertreten wurden (Schneider 1993: 31f.). Darüber hinaus waren die verschiedenen Mapuche-Organisationen von dem anti-diktatorischen Kampf geprägt, drängten auf die Wiederherstellung der Demokratie und reihten sich diskursiv mit den *pobladores*, Gewerkschaftern,

⁸ 1977 wurden nach eigenen Angaben der Polizei in der größtenteils von Mapuche bewohnten Provinz Cautín durchschnittlich 2,5-mal mehr Personen festgenommen als in Santiago.

Menschenrechtlern, Studierenden in eine übergreifende populäre Allianz gegen die Diktatur ein. So charakterisierte der Mapuche-Führer Aucán Huilcamán den Kampf der Mapuche folgendermaßen:

Wir bezeichnen unseren Kampf als einen politischen Kampf und die Ziele, die dieses Volk sich setzen muß, müssen auch politische sein, eingebunden in eine gemeinsame Planung der chilenischen Gesellschaft. Wir möchten uns nicht abtrennen von den "Nicht-Mapuche", sondern wir sehen die Einheit zwischen dem Mapuche-Volk und den "Nicht-Mapuche" (Huilcamán 1988: 31f.).⁹

8. Transitorische Erwartungen

Die massive Beteiligung der Mapuche am anti-diktatorischen Kampf sowie die integrationistische Zielsetzung führten zu einer Annäherung zwischen Mapuche-Bewegung und dem Präsidentschaftskandidaten der *Concertación*, Patricio Aylwin. Kurz vor den Wahlen, die Aylwin zum ersten demokratischen Präsidenten nach Ende der Diktatur machten, unterzeichneten diese Akteure 1989 die Übereinkunft *Nueva Imperial*. Die Ziele der Mapuche-Bewegung waren die konstitutionelle Anerkennung als Volk, Unterzeichnung der ILO-Konvention 169, sozioökonomische Forderungen, kostenlose medizinische Versorgung, Trinkwasser und Elektrifizierung; ein zweisprachiges und bi-kulturelles Bildungssystem, Landrückgaben, Bildungsprogramme und Stipendien sowie technische Hilfe. 1993 wurde diese Übereinkunft im *Indígena*-Gesetz und in Form der nationalen Behörde für indigene Angelegenheiten (CONADI) institutionalisiert. Doch das *Indígena*-Gesetz erlangte keinen konstitutionellen Rang, auch wurden die indigenen Bevölkerungsteile Chiles nicht als eigene Völker anerkannt. Die paternalistische Behandlung der indigenen Bevölkerung schlug sich ebenfalls in der CONADI nieder. Diese Institution ist an das Planungsministerium MIDEPLAN angeschlossen und unterliegt den Weisungen des Präsidenten, so dass die *Indígenas* allenfalls beschränkte Mitsprachemöglichkeiten haben.

9. Nachhaltige Enttäuschung

Für die Mapuche gilt insofern das Gleiche wie für andere soziale Bewegungen in Chile. Größtenteils gaben sie der neuen post-diktatorischen Regierung einen Vertrauensvorschuss, mussten dann aber feststellen, dass die Transition nur unzulänglich verlaufen ist und es viele Kontinuitäten mit dem alten

⁹ Huilcamán war Sprecher von *Ad-Mapu*, von der er sich 1989 trennte, um den *Consejo de Todas las Tierras* zu gründen.

Regime gibt.¹⁰ Die Nichtbestrafung der Menschenrechtsverbrecher, die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen und die Zementierung des politischen Systems durch die von der Diktatur geschaffenen Strukturen bewirkten allgemein einen Legitimationsverlust des parlamentarischen Systems und der politischen Parteien. Darüber hinaus drückte sich der Vertrauensverlust der Mapuche gegenüber der demokratischen Regierung in der Landfrage und ihrer weiterhin ausbleibenden Anerkennung aus. Der Konflikt um den Staudammkomplex am oberen Bío-Bío zeigt symbolhaft den Stellenwert des *Indígena*-Gesetzes und der CONADI: Gegenüber der 'nationalen Entwicklung' und dem 'Fortschritt' wurde das *Indígena*-Problem als nachrangig betrachtet.¹¹ Dadurch hat die CONADI ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Dem gleichen Legitimationsverlust unterlagen andere Instanzen des post-diktatorischen Chiles, wie beispielsweise die Gerichte, bei denen die Landkonflikte drei bis zehn Jahre unbearbeitet auf Eis lagen, während die Forstkonzerne bereits den Wald abholzten.¹²

Gerade die ökonomischen Widersprüche des neoliberalen Modells spitzten sich zu und trafen auch die Mapuche. So galten 1996 11,7% der Mapuche als absolut und 26,7% als relativ arm, während die Vergleichszahlen der nicht-indigenen Bevölkerung bei 5,5% bzw. 17,2% lagen (Valenzuela 1998). Die 'soziale Schuld' der Diktatur wurde auch in Zeiten des Wirtschaftsbooms nicht abgetragen. Die neoliberale Vorstellung eines 'Trickle-down-Effekts' erwies sich als Mythos, vielmehr bringt Reichtum vielfältig Armut hervor.¹³ Ein Großteil der heutigen Konflikte entzündet sich dort, wo natio-

¹⁰ So verhinderte das faktische Veto-Recht der Rechten im Senat die Verabschiedung der ILO-Konvention 169 und die Aufnahme des *Ley Indígena* in die Verfassung. Eine parlamentarische Abstimmung über die ILO-Konvention 169 erreichte auch unter der Regierungsmehrheit der *Concertación* im März 2000 keine Mehrheit.

¹¹ Am 25.4.1997 wurde der Leiter der CONADI, Mauricio Huenchulaf, der dem Bau des Staudammkomplexes ablehnend gegenüberstand, abgesetzt und durch Domingo Namuncura ersetzt (Bustos 1997: 16-17). Als dieser sich im August 1998 ebenfalls kritisch äußerte, wurde er kurzerhand von Präsident Frei durch Rodrigo Gonzales López ersetzt. Derweil belegen diverse Studien, u.a. der Weltbank, die soziale und ökologische Unverträglichkeit des Projektes.

¹² 1973, vor dem Militärputsch, verfügten die Mapuche noch über 500.000 Hektar Land. Im Zuge der Militärdiktatur ist diese Fläche heute auf 300.000 Hektar reduziert worden. 60.000 Hektar unterliegen Landkonflikten, die Hälfte von ihnen werden vor Gericht als Streitfälle ausgetragen.

¹³ Eindrucksvolles Beispiel sind die intraregionalen Disparitäten in der VIII-Region, in der zahlreiche Mapuche leben und Forstbetriebe wirtschaften: 1994 hatte sie einen Anteil von 15% an den nationalen Exporten und konzentrierte nahezu 30% der landesweiten In-

nales oder transnationales Kapital Naturressourcen verwertet (industrielle Fischerei, Zellulosefabriken) oder direkt den begehrlichen Blick auf Mapuche-Ländereien wirft (Forstindustrie, Staudammbau, Tourismuskomplexe, Straßenbauprojekte). Ein Beispiel aus der Forstindustrie belegt dies: Dort wo die Forstkonzerne sich während der Diktatur mit großer staatlicher Unterstützung auf Mapuche-Gebiet eingerichtet haben, verursachen die Monokulturen (*Pinus radiata* und Eukalyptus) eine anthropogene ökologische Degradation der gesamten Region, die 1997 durch die Überschwemmungen auf Grund des 'El Niño' Effektes und durch die extreme Trockenheit in den Folgejahren verstärkt wurde. Von den indigenistischen Institutionen häufig selbst als Spielball betrachtet, von der Regierung kaum wahrgenommen und auf die eigenen, unfruchtbar gemachten kleinen Parzellen zurückgeworfen, verschärften die Mapuche den Kampf um Land und Anerkennung.

10. Antworten und Organisationen

Gerade weil der Übergang zur Demokratie kein Einbruch und abruptes Ende mit der pinochetistischen Vergangenheit, sondern ein mit der Diktatur ausgehandelter Pakt zur Absicherung des neoliberalen Wirtschaftsmodells war (Moulian 1997), kehrte ein Großteil der Mapuche-Organisationen der mit viel Vertrauensvorschuss bedachten Regierung der *Concertación* enttäuscht den Rücken zu. Mit den amerikaweiten Mobilisierungen von Indigenen gegen die Kontinuitäten von 500 Jahren Rassismus und Ausbeutung, im Rahmen der Jahrestage der Eroberung Amerikas 1492 setzten in Chile – angeführt vom *Consejo de Todas las Tierras* – neue Mobilisierungen ein, die im Dezember 1997, als in Lumaco vier Lastwagen von einem Forstkonzern in Flammen aufgingen, einen weiteren Höhepunkt fanden. Waren die vorangegangenen Auseinandersetzungen der Mapuche durch einen Kampf um Anerkennung, d.h. um eine gleichberechtigte Integration in den chilenischen Staat gekennzeichnet, so war das Charakteristikum Ende der neunziger Jahre ein Kampf um Differenz, der sich entlang ethno-nationalistischer Diskurse artikuliert (Foerster/Vergara 2001; Kaltmeier/Schwenken 2000).

Getragen wird dieser Diskurs von den erst in den neunziger Jahren entstandenen Organisationen wie dem *Consejo de Todas las Tierras*, der *Coordinadora de Comunidades en Conflicto Arauco-Malleco*, der *Asociación Ñancucheo*, den *Consejo de Loncos de Picun-Huillimapu* und der *Identidad*

vestitionen auf sich, während sie aber gleichzeitig mit 33,9% die zweithöchste Armutsrate des Landes aufwies (Agacino 1999: 80).

Territorial Lafkenche, die allesamt parteipolitisch ungebunden und mehr oder weniger aus einem aus den *comunidades* heraus initiierten Organisationsprozess entstanden sind. Versuche des *Consejo de Todas las Tierras* (nach 1992) und der *Coordinadora Arauco-Malleco* (1997-1998), eine übergreifende Organisation, welche die Repräsentation des gesamten Volkes der Mapuche für sich beansprucht, zu bilden, scheiterten. Vielmehr kristallisierte sich eine Tendenz zur 'Einheit in der Vielfalt' heraus, d.h. es gibt eine Vielzahl von lokalen und regionalen Organisationen, die aktiv alte Organisationsstrukturen wie *ayllarehue* und *futamapu* (im neuen Diskurs der Mapuche als *identidad territorial* bezeichnet) rekonstruieren und die sich alle als Mapuche verstehen. Federführend bei diesen Prozessen sind dabei jüngere, gut ausgebildete Mapuche.

Auf Grund der nachhaltigen Enttäuschung konsensorientierter Aktionsformen wurde nun ein stärker konfrontatives Vorgehen bevorzugt: Mittels spontaner Landbesetzungen und Demonstrationen sollte Druck auf den Staat ausgeübt werden, um erst einmal die Möglichkeit zum Dialog zu schaffen und um bisher unerfüllte Übereinkünfte, wie z.B. die konstitutionelle Anerkennung als Volk, die Unterzeichnung der Konvention 169 der ILO, Landrückgaben etc., einzufordern.

Derzeit ist der *Consejo de Todas las Tierras* auf nationaler und internationaler Ebene zum Hauptansprechpartner avanciert, während die *Coordinadora Arauco-Malleco* in Zusammenarbeit mit der urbanen Mapuche-Organisation *Meli Wixan Mapu* den Konflikt mit ihrem radikal-konfrontativen Kurs offen hält. Parallel dazu wird der Aufbau autonomer Strukturen versucht, wobei die *Asociación Ñancucheo* aus Lumaco die weitreichendsten Fortschritte erzielt hat. In diesem Zusammenhang soll auch der 'lange Marsch durch die Institutionen' die Basis für gesellschaftliche Autonomie und die politische Dezentralisierung des chilenischen Nationalstaates schaffen. Insbesondere die Arbeit von Adolfo Millabur, Mapuche-Bürgermeister von Tirúa, der eng mit der regionalen Mapuche-Organisation *Identidad Territorial Lafkenche* zusammenarbeitet, hat in der Mapuche-Bewegung paradigmatischen Charakter (*Identidad Territorial Lafkenche* 1999). Statt sich von den Institutionen kooptieren zu lassen, geht es darum, diese zu instrumentalisieren. Neben der politischen Autonomie, die jedoch in keinen Separatismus münden soll, führen die Mapuche von der neoliberalen Logik abweichende Entwicklungskonzepte ein, die auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit bedacht sind.

Der chilenische Staat aber reagiert abweisend auf die Forderungen der Mapuche und agiert als Wettbewerbsstaat (Hirsch 1995), der den nationalen und transnationalen Unternehmen – u.a. mit dem Einsatz von Repression – die optimalen Bedingungen zur Kapitalakkumulation sichert. Der hohe Repressionsgrad bei den jüngsten Protesten ist damit zu erklären, dass die Konflikte an die Wurzeln des chilenischen (Wettbewerbs-)Staates und seiner nationalen Identität gehen, die sich aus zwei Töpfen nährt:

einer monokulturellen Identität, die auf der Basis der homogenisierenden Tradition den Anfang des Projektes der nationalen Gesellschaft bildete, und einer in den letzten Dekaden inkorporierten Identität, die aus der ökonomischen Ordnung herrührt und sich an einem einzigen Entwicklungstyp orientiert, dem neoliberalen (Duran/Quidel 1998: 17).

Zum einen gefährden die Konflikte mit dem nationalen und transnationalen Kapital den Standort Chile. Zum anderen stellen die Mapuche mit ihren Autonomieforderungen und der Anerkennung als 'Volk-Nation' das auf Homogenität orientierte nationalstaatliche Projekt in Frage.

Letzteres müsste zu Gunsten eines plurinationalen Modells aufgegeben werden. Damit wirft die Mapuche-Bewegung aber auch die Frage nach einer weitergehenden Demokratisierung der von der Diktatur hinterlassenen Strukturen sowie einer politischen Dezentralisierung auf. Darüber hinaus positioniert sich die auf Reziprozität und ökologische Nachhaltigkeit basierende Entwicklungsoption der Mapuche konträr zum dominierenden neoliberalen Modell. Dabei gibt es hier, wie auch bei der Frage der Demokratisierung, durchaus Anknüpfungspunkte zu anderen sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Der Widerstreit zwischen dem chilenischen Staat und den Mapuche ist also nicht nur kultureller Art, sondern betrifft gerade auch Fragen des politischen Systems, des ökonomischen Modells und des Entwicklungskonzeptes. Er ist innerhalb der bestehenden Strukturen nicht aufzulösen, nur ein Bruch mit den neoliberalen und anti-demokratischen Strukturen könnte zu einer Verflechtung beider Ordnungen führen. Doch zeigt die chilenische Regierung derzeit wenig Interesse an einem Kurswechsel, so dass sich dieser Streit in den nächsten Jahren wohl noch fortsetzen dürfte.

Literaturverzeichnis

- Agacino, Rafael (1999): "Chile 25 Jahre danach – von Licht und Schatten einer reifen Gegenrevolution". In: Kaltmeier, Olaf/Ramming, Michael (Hrsg.): *Links von Nord und Süd. Chilenisch-deutsche Ortsbestimmungen im Neoliberalismus*. Münster.
- Aylwin, José (1995): "Antecedentes históricos-legislativos para el estudio de comunidades reduccionales mapuche". In: *Pentukun*, Nr.4, S.23-36.
- Bauman, Zygmunt (1995): *Moderne und Ambivalenz*. Frankfurt/Main.
- Bengoa, José (1996): *Historia del pueblo mapuche*. Santiago.
- (1999): "Von Hochzeiten, Reisen und Torten – Neue Perspektiven und Debatten zur Beziehung von Moderne und Identität in Lateinamerika". In: Kaltmeier, Olaf/Ramming, Michael (Hrsg.): *Links von Nord und Süd. Chilenisch-deutsche Ortsbestimmungen im Neoliberalismus*. Münster.
- Berdichewsky, Bernardo (1979): "Agrarian Reform in Chile and its Impacts on Araucanian Indian Communities". In: Berdichewsky, Bernardo (Hrsg.): *Anthropology and Social Change in Rural Areas*. The Hague.
- Bocara, Guillaume (1998): *Guerre et ethnogenèse mapuche dans le chili colonial. L'invention du soi*. Paris.
- Bustos, Patricia (1997): "Ralco, der Obere Bío-Bío und die Pehuenches". In: *Solidaridad*, Nr. 192, S.12-20.
- Durán, Teresa/Quidel, José (1998): *Identidad mapuche e identidad nacional en Chile*. Temuco (unveröffentlichtes Manuskript).
- Foerster, Rolf/Montecino, Sonia (1988): *Organizaciones, líderes y contiendas mapuches (1900-1970)*. Santiago.
- Foerster, Rolf/Vergara, Jorge (2001): "Drinnen, draußen und dazwischen. Beziehungsprobleme zwischen Mapuche und chilenischer Gesellschaft". In: *Solidaridad*, Nr. 214, S. 5-8.
- Frank, Andre Gunder (1969): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt/Main.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin.
- Huilcamán, Aucán (1988): "Vortrag vom 29. Oktober 1987". In: Institut für Soziologie der Universität Hannover (Hrsg.): *Mapuche in Chile*. Hannover.
- Identidad Territorial Lafkenche* (1999): *De la deuda histórica nacional al reconocimiento de nuestros derechos territoriales*. Tirúa.
- Kaltmeier, Olaf/Schwenken, Helen (2000): "Störungen der Friedhofsruhe. Reorganisationsprozesse sozialer Bewegungen am Beispiel der Mapuche und Studierenden". In: *Peripherie*, Nr. 80, S. 8-24.
- Latham, Ricardo (1988): *Die Kriegskunst der Araucanos*. Hamburg.
- Marimán, José (1994): "Transición democrática en Chile – Nuevo ciclo reivindicativo mapuche?". In: *Caravelle*, Nr. 63, S. 91-118.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago.
- Said, Edward W. (1994): *Kultur und Imperialismus*. Frankfurt/Main.
- Schneider, Jens (1993): *Newen Domo – Die Kraft der Frauen. Frauen in der Mapuchebewegung in Chile*. Münster.

- Sznajder, Mario (1995): "Ethnodevelopment and Democratic Consolidation in Chile – The Mapuche Question". In: *Migration*, Nr. 28, S. 29-53.
- Valenzuela, Rodrigo (1998): *Situación de los Pueblos Indígenas en Chile*. Santiago.
- Villalobos, Sergio (1992): *La vida fronteriza en Chile*. Madrid.

Hans-Jürgen Prien

Religion und Kirchen

1. Geschichtlicher Rückblick

Reste vorchristlicher Stammesreligionen sind noch bei den mehr als 100.000 Araukanern, Aymara und Ketschua vorhanden. Hinzu kommt das Judentum mit ca. 20.000 Vertretern. Im Übrigen gibt es neben einer kleinen Gruppe von Anhängern des Islam und des Buddhismus Anhänger von Neureligionen wie Baha'i, der Mun-Bewegung oder Hare Krishna, die zusammen weniger als 1% der Bevölkerung ausmachen.

Ca. 90% der Bevölkerung sind zumindest nominell christlich, davon die große Mehrheit römisch-katholisch (ca. 73%). Der Rest entfällt auf nichtkatholische Kirchen, einschließlich ca. 20.000 Mitgliedern orthodoxer Kirchen (Barrett 1982: 226ff.). Von Protestantismus kann man im Singular nicht mehr sprechen, höchstens von den Protestantismen, da ein gemeinsamer dogmatischer Nenner fehlt. Seit 1925 sind Staat und Kirche verfassungsmäßig getrennt, aber nur die Römisch-Katholische Kirche ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts. 1990 erfassten die Protestantismen mehr als 15% der Bevölkerung (Fleet/Smith 1997: 35) – die Tendenz ist weiter ansteigend.

Im 19. Jahrhundert konnten sich protestantische Kongregationen nur gegen den hartnäckigen Widerstand der katholischen Kirche formieren, und zwar zunächst Kongregationen des historischen Protestantismus, nämlich Anglikaner ab 1830, Lutheraner ab 1846 und Presbyterianer ab 1872. In einer zweiten Phase von 1877 bis 1909 fassten die so genannten jungen Kirchen in Chile Fuß: Methodisten, Adventisten des 7. Tages, *Iglesias Alianza Cristiana y Misionera* (*Christian and Missionary Alliance*), Baptisten und Heilsarmee. In einer dritten Phase entstanden ab 1909 aus den jungen Kirchen, zumal aus der methodistischen Kirche, durch Erweckungsbewegungen die Pfingstkirchen (Faúndez 1986: 651ff.; Kessler 1967; Prien 1983: 252-259; 1994; Sepúlveda 1987), die heute mindestens 90% des nichtkatholischen Lagers ausmachen. Vergara spricht diesbezüglich von erster, zweiter und dritter Reformation (Vergara 1962).

Bedeutsam ist, dass sich die Pfingstbewegung in Chile selbst gebildet hat, weshalb man vom "kreolischen Pfingsttum" spricht, das bis 1932 in der *Iglesia Metodista Pentecostal* organisiert war. In jenem Jahr kam es zur Ab-

spaltung der *Iglesia Evangélica Pentecostal*. Seit den späten dreißiger Jahren, etwa parallel zur Zurückdrängung des britischen Einflusses in Lateinamerika durch die kontinentale Hegemonie der USA, nahmen immer mehr nordamerikanische Pfingst denominationen ihre Arbeit in Chile auf. Sie hängen in vieler Hinsicht von ihren Mutterkirchen in den USA ab, sei es in ihrer Liturgie, der Art der Predigt, der christlichen Erziehung und in der Übereinstimmung ihres christlichen Ideals mit dem *american way of life*, so dass man von kultureller Abhängigkeit sprechen kann. Aber sie sind auch theologisch abhängig, da sie zumeist fundamentalistisch ausgerichtet sind, die Glossolie (Zungenrede) zur absoluten Voraussetzung der Geisttaufe machen und zu apokalyptischen Spekulationen neigen (Sepúlveda 1987: 261ff.).¹

Wichtig ist auch der gesellschaftliche Aspekt, dass durch jede dieser "Reformationen" andere gesellschaftliche Gruppen erfasst wurden. Die "verpflanzten Kirchen", Anglikaner und Lutheraner, arbeiteten mit ausländischen Residenten und englischen bzw. deutschen Einwanderern ihrer Konfession. Die Missionskirchen, beginnend mit den Presbyterianern, wandten sich an das städtische Bürgertum, die entstehende Mittelklasse und ausländische Farmer auf dem Lande. Mit der Pfingstbewegung drang diese besondere Form des Protestantismus in die Unterschicht ein. Die US-Pfingstkirchen erreichen indes kaum die Unterschicht, sondern passen sich schon durch den Stil ihrer Kirchen dem Geschmack der Mittelschicht an (Sepúlveda 1987: 262). Besonders in Zeiten von Krisen kam es zu einem starken Wachstum der Pfingstkirchen, etwa nach der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren, 1970-1973 während der Präsidentschaft Allendes und dann erneut seit 1980, also in der Zeit des zunehmenden Widerstands gegen die Militärdiktatur Pinochets (Faúndez 1986: 653f.).

Folgende Faktoren haben die Entwicklung des Katholizismus (zur Arbeit unter den Ureinwohnern vgl. Noggler 1973; Holzbauer 1996) seit dem Zweiten Weltkrieg in Chile bestimmt: Der Sieg der Kubanischen Revolution 1959 und die Ausbreitung revolutionärer Guerilla-Bewegungen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas schürten die Furcht vor dem Kommunismus, dessen Ausbreitung die Kennedy-Administration mit der "Allianz für den Fortschritt" durch Entwicklungsprogramme einzudämmen versuchte. Der Weg des sozialengagierten kolumbianischen Priesters Camilo Torres in den be-

¹ Tennekes (1985: 103) bemerkt, dass sich Pfingstpastoren gern ihr Selbstbewusstsein mit dem Wunschdenken stärken, dass sie bereits 25% der Gesellschaft erfassten, um aus der Rolle einer verachteten Minderheit herauszukommen.

waffneten Widerstand und den Tod 1966 eröffnete eine neue Option für linke Katholiken. Camilo Torres ist sozusagen der kirchliche Che Guevara (†1967).

Der Sieg der Kubanischen Revolution wurde so verstanden, dass radikale Veränderungen in Lateinamerika möglich waren. In Chile hatte sich 1957 die *Falange Nacional*,² die politische Stimme des sozialen Christentums, zur Christdemokratischen Partei gewandelt. Schon in der Dekade 1950-1960 hatte das weitsichtige Wirken von Bischof Manuel Larraín von Talca die Katholische Aktion zu großer Wirksamkeit und zur Heranführung tausender junger Laien an die katholische Soziallehre geführt (*Colección PROCESO* 7). In den sechziger Jahren gab die verheerende Wirkung der Kubanischen Revolution auf die extrem konservative Katholische Kirche Kubas den Anstoß zu sozialen Reforminitiativen, zu Parochiegründungen in Elendsvierteln und zur Rundfunkmission, gekoppelt mit Besuchsprogrammen (Fleet/Smith 1997: 49f.). Außerdem ist auch der chilenische Katholizismus durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) im Geiste des *aggiornamento* von einer Aufbruchstimmung erfasst worden. Papst Johannes XXIII. hat schon 1962 einen neuen Akzent gesetzt, als er der Kirche der unterentwickelten Länder die Rolle einer Kirche für alle, „und besonders der Kirche der Armen“ zuwies. Die Anerkennung der Laien als gleichberechtigte Glieder der Kirche, die Hinwendung der Kirche zu den Armen und die Einwurzelung der Kirche in der Geschichte kann man als grundlegend für die Entwicklung des chilenischen Katholizismus seit den sechziger Jahren ansehen.³ Da es in der chilenischen Gesellschaft zu einer stärkeren Säkularisierung als in anderen Staaten Lateinamerikas gekommen ist, hat die Katholische Kirche ihre eigenen Strukturen mehr ausgebaut und gefestigt (Fleet/Smith 1997: 35).

Ein erster großer Aufbruch der Laien zeigte sich 1963 bei der „Allgemeinen Mission“ in Santiago. Angesichts des ausgeprägten Priestermangels entstanden durch Laien geleitete Basisgemeinden (Fernández 1996: 53ff.).

² Die *Falange Nacional* hatte 1947-1950 erhebliche Auseinandersetzungen mit der konservativen Hierarchie (vgl. Fleet/Smith 1997: 44ff.). Weil die Falangisten, wenn das Maßnahmen zugunsten der Arbeiter oder der Nation bewirkte, auch von Fall zu Fall zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit waren, sind sie zu „Feinden Christi“ gestempelt worden (vgl. Noggler 1981: 239).

³ Vgl. die Ansprache vom 11.9.1962. Fernández (1996) und Fleet/Smith (1997: 54) weisen darauf hin, dass zwölf der 23 Diözesen Chiles in den späten sechziger Jahren Synoden abhielten, um die Ergebnisse des II. Vatikanums zu diskutieren. Auf diesen Treffen kritisierten Priester, Ordensfrauen und Laien, dass die Kirche immer noch zu autoritär und zu sehr auf Mittel- und Oberschicht fixiert sei.

Es kam zu einer stärkeren Einwurzelung der Katholischen Kirche in die Wirklichkeit der armen Massen, die ihrerseits plötzlich ganz andere Priester erlebten (ebda.: 65). Gleichzeitig ist zu bedenken, dass die Katholische Kirche noch nie in ihrer Geschichte über so viele Ressourcen aus Europa, den USA und Kanada verfügt hat wie Ende der sechziger Jahre. Kardinal Silva Henríquez (1982) war selbst Präsident von *Caritas* und konnte diese Mittel in zahlreiche Projekte kanalisieren, so dass man von einem Assistentialismus größten Stils sprechen kann (*Colección PROCESO* 7: 20f.).

Schon 1962 hat der Episkopat die Notwendigkeit einer Agrarreform zu Gunsten der Landarbeiter in einem Hirtenbrief betont, deren Leitlinien die Christdemokraten später übernahmen.⁴ Ihr Präsidentschaftskandidat Eduardo Frei traf 1964 mit seinem Programm für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt unter dem Motto "Revolution in Freiheit" genau die Stimmung breiter Schichten.⁵ Eine friedliche Revolution unter christlichen Vorzeichen schien als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus orientiert durch die katholische Soziallehre möglich zu sein (Noggler 1981: 240). Dazu gehörte auch die Idee der "Neuen Christenheit", die von Jacques Maritain stammte, ein zeitbedingter, von der Katholischen Kirche und den Christdemokraten aufgenommener Versuch, an der katholischen Einheitsgesellschaft im Sinne eines *Corpus christianum* festzuhalten, ein im Zeichen von Säkularisierung und konfessionellem Pluralismus verfehlter Ansatz.⁶

Unter den so genannten Christen der Vorhut (*cristianos de avanzada*) entwickelte sich eine "revolutionäre Mystik". Ihre "Mythen" waren Camilo Torres, Che Guevara, Kuba und Vietnam. So kam es in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu einer Vertiefung des christlich-marxistischen Dialogs (Fernández 1996: 65). Christentum und Revolution schienen keine sich ausschließenden Gegensätze mehr zu sein.⁷ Schließlich hatte auch Paul VI.

⁴ Fleet/Smith (1997: 51f.) weisen darauf hin, dass die reaktionäre Organisation "Tradition, Familie, Eigentum" die bischöfliche Forderung nach einer Agrarreform als "Missbrauch der bischöflichen Autorität" bezeichnete, weshalb man ihr nicht gehorchen müsse. Gleichzeitig sammelte eine geheime Organisation wie *Opus Dei* Oberschichtstudenten, die autoritäre Herrschaftsformen in Staat und Kirche befürworteten.

⁵ Fleet/Smith (1997: 50) nennen Frei einen vollkommenen Agenten (*secular carrier*) für sozialchristliche Gedanken. In einer Zivilgesellschaft kann Kirche nur über solche *secular carrier* wirken.

⁶ Salinas (1987: 240) bemerkt, das Modell der Christenheit sei von der katholischen Rechten nach dem Putsch von 1973 als Kampfkonzert der christlich-abendländischen Zivilisation gegen den Marxismus wieder zum Leitbild erhoben worden.

⁷ Schließlich hatten die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief "Evangelio, Política y socialismo" am 27.5.1971, gestützt auf Pauls VI. Pastoralbrief *Octogesima Adveniens*, Unterstützung

1967 in seiner Enzyklika *Populorum progressio* schnelle Veränderungen gefordert. In der "Jungen Kirche" (*Iglesia Joven*) schlugen alle diese Gedanken Wurzeln. Am 11. August 1968 besetzten 200 Laien, drei Ordensfrauen und sieben Priester, die man dieser Bewegung zurechnen kann, die Kathedrale von Santiago, in der sie ein Transparent mit der Aufschrift: "Für eine Kirche an der Seite des Volkes und seiner Kämpfe" entrollten (Fernández 1996: 73ff.).⁸

Im selben Jahr tagte die "II. Allgemeine Versammlung des lateinamerikanischen Episkopats" in Medellín zum Thema "Die Kirche im gegenwärtigen Umbruch Lateinamerikas im Lichte des Vatikanischen Konzils" (Prien 1980). In ihrem Drängen auf gesellschaftlichen Wandel nahmen die Bischöfe den theologischen Diskurs der "Christen der Vorhut", der in die Theologie der Befreiung einmünden sollte, auf. Zur ersten Generationen der Befreiungstheologen gehörten Chilenen wie Pablo Richard, Ronaldo Muñoz, Segundo Galilea, Sergio Torres und Gonzalo Arroyo. Bevor aber die Theologie der Befreiung recht eigentlich Gestalt annahm, waren die Basisgemeinden die eigentlichen dynamischen Elemente der Kirche (Fernández 1996: 81f.). In ihnen fand dann die Theologie der Befreiung, die von der "Bewegung der Katholiken der Linken" propagiert wurde, ihren Nährboden. Sie wurden im Allgemeinen auch von großen Teilen des Klerus rezipiert (ebda.: 83f.).

Weite Teile des Klerus hatten sich 1964 zunächst mit dem Projekt der Christdemokraten identifiziert. 1968 machte sich Enttäuschung über den langsamen Reformprozess breit, weshalb manche Theologen nun nach Möglichkeiten zur Überwindung der Abhängigkeit vom Kapitalismus des Zentrums Ausschau hielten. Dependenz wurde auch in der Theologie als Übel ausgemacht. Das christdemokratische Projekt wurde zunehmend als technokratisch und populistisch kritisiert. Infolgedessen spaltete sich 1969 der radikale Flügel der Christdemokraten ab und bildete den MAPU (*Movimiento de Acción Popular Unitaria*), in dem sich die Mehrheit der linken Katholiken sammelte (ebda.: 85ff.; zur katholischen Soziallehre, auf die sich DC wie MAPU berufen konnten, siehe Noggler 1981: 243ff.).

für Maßnahmen der *Unidad Popular* angekündigt, die eine befreiende Wirkung hätten (vgl. Fleet/Smith 1997: 55; *Documentos del Episcopado* 1974: 58-100).

⁸ Noggler (1981: 260) spricht nach Donoso (1975: 66) von neun Priestern und spezifiziert den Protest, der sich gegen die Enzyklika *Humanae Vitae*, gegen den Bau der Votivkirche von Maipú und gegen den Papstbesuch im vom kapitalistischen Ausbeutungssystem beherrschten Kolumbien richtete.

Gegenüber dem sozialistischen Experiment der *Unidad Popular* (1970-1973) nahm die Hierarchie eine abwartend-tolerante Haltung ein (vgl. ebda.: 251ff.). Katholische Linke hingegen waren begeistert. Katholische Laien hatten 1970 für den Sieg der Kräfte der Linken unter Salvador Allende gekämpft. Kleriker überlegten nun, wie sie vermeiden konnten, dass die Kirche, wie seinerzeit in Kuba, im gesellschaftspolitischen Reformprozess marginalisiert werde. Aus diesen Überlegungen erwuchs 1971 die "Erklärung der Achtzig", welche die Katholiken dazu aufrief, solidarisch am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten. Im September 1971 formierte sich aus der Gruppe der Achtzig die Priesterbewegung "Christen für den Sozialismus", die deutlich über die Zielsetzung des Vatikanums und der Konferenz von Medellín hinausging. Sie strebte eine egalitäre, freie und brüderliche Gesellschaft an (Fernández 1996: 91ff.).⁹ Trotz der eindeutigen Option für den Sozialismus waren nur wenige Welt- und Ordenspriester der Bewegung Mitglieder in den Parteien der Linken. Obgleich sich bei einigen ein naiver politischer Enthusiasmus nicht abstreiten lässt, ermöglichte die Bewegung vielen ihrer Mitglieder, die in Armenvierteln lebten und arbeiteten, ein besseres Verständnis dieser Wirklichkeit. Nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 hat die Hierarchie die schon darnieder liegende Bewegung, deren Führer zumeist ins Ausland geflüchtet waren, noch ausdrücklich verdammt (Fernández 1996: 99f.).

2. Kirchen unter der Militärdiktatur

Der Putsch führte zur Durchsetzung der Doktrin der Nationalen Sicherheit. Kirchlicherseits wurde seit der Wahl von Weihbischof Alfonso López Trujillo aus Medellín im November 1972 zum Generalsekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates von Rom eine im dogmatischen Sinn konservative Sicherheit in Lateinamerika befördert (ebda.: 104.). Die Militärjunta, die das "marxistische Krebsgeschwür" im Namen der "abendländischen und christlichen Zivilisation" ausrotten wollte, erwartete die Unterstützung durch einen Nationalkatholizismus im Geiste des *Opus Dei*. Als die Junta merkte, dass sie nicht die bedingungslose Unterstützung der gesamten Katholischen

⁹ Salinas (1987: 239) bemerkt, dass die *Iglesia Joven* wegen übersteigerter Politisierung an Kraft verlor und dass sich aus ihr die Bewegung "Christen für den Sozialismus" entwickelt habe. Fleet/Smith (1997: 57) schreiben, dass die Bewegung die Christen ständig aufrief, die Linke zu unterstützen, während die Bischöfe zu Kompromiss und Dialog zwischen den einzelnen politischen Gruppen aufforderten (vgl. auch Noggler 1981: 261f.).

Kirche fand, bemühte sie sich auch um Unterstützung der konservativsten protestantischen Kirchen (ebda.: 118). Es gibt Autoren, die von einer Dreiteilung der Katholischen Kirche sprechen. Ganz rechts stand der Nationalkatholizismus¹⁰, wie er durch die Gruppe *Fiducia*, Franco-Anhänger um den Historiker Jaime Eyzaguirre, Pater Osvaldo Lira und vor allem durch das *Opus Dei* verkörpert wurde. Hierzu gehörten auch die reaktionärsten Katholiken, die die "Chilenische Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum" unterstützten, die schon Präsident Frei mit dem von ihr herausgegebenen Buch "Frei, der chilenische Kerenski", als Wegbereiter des Kommunismus, diffamiert hatte, und die 1976 die Schmähchrift "Die Kirche des Schweigens in Chile" veröffentlichte, um aufdecken, wie zahlreiche untreue Priester sich am Versuch der Einführung des Marxismus in Chile beteiligt hätten (*Sociedad Argentina de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad* 1976).

Das *Opus Dei* fand nach dem Putsch mehr Sendezeiten in Rundfunkstationen, dem TV-Kanal 13 und der Tageszeitung *El Mercurio*. Dutzende von Mitgliedern des *Opus* wurden Funktionäre mit Einfluss und Prestige in höchsten Kreisen der Militärs. Die "Politische Theologie" des *Opus* geht immer noch davon aus, dass die Französische Revolution der Ursprung allen Übels der Moderne ist. Die Demagogie des Demokratismus müsse von einer hierarchischen Gesellschaftsstruktur überwunden werden, in der alle *auctoritas* von Gott ausgeht und von den von ihm erwählten Autoritätsträger ausgeübt wird. Privateigentum wird als ein natürliches, also göttliches Recht verteidigt und die kapitalistische Wirtschaftsstruktur als normal akzeptiert. Msgr. Escrivá, der Gründer des *Opus*, hat Chile 1974 besucht und das Blutvergießen gerechtfertigt.¹¹ In ihrer Erklärung vom 13. September 1973 bedauerte das "Ständige Komitee der Nationalen Bischofskonferenz" hingegen das Blutvergießen, forderte Respekt¹² vor den Gefallenen, insbesondere gegenüber Allende, und Mäßigung gegenüber den Besiegten. Es gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Errungenschaften für die Klasse der Arbeiter und Bauern erhalten blieben und deren Beteiligung am nationalen Leben weiter verbessert werde. Wenn es weiter erklärt, es vertraue dem uneigennütigen

¹⁰ Die Herausgeber von *Colección PROCESO 7* (1975: 21-27) sprechen von "Iglesia de la Dominación" – einer herrschenden Kirche – und von einer "Theologie der Beherrschung".

¹¹ Siehe ebda.: 27. Sie meinen, dass etwa 20% der Öffentlichkeit vom *Opus* beeinflusst werden.

¹² Dieser Begriff ist unpassend, da er die Behauptung der Militärs zu unterstützen scheint, es habe sich um einen Bürgerkrieg gehandelt.

Patriotismus der Militärs, dass sie die verfassungsmäßige und wirtschaftliche Ordnung wiederherstellen wollen (*Documentos del Episcopado* 1974: 174; dt. bei Noggler 1981: 258f.), ist dies keine reine Naivität, sondern eher der Versuch, die Militärs auf ihre eigenen propagandistischen Ankündigungen festzulegen.¹³ In diesem Sinne lässt sich auch die Feier des *Te Deum*, die am Nationalfeiertag, dem 18. September 1973, nicht wie üblich in der Kathedrale von Santiago, sondern in der Kirche *Gratitud Nacional*¹⁴ abgehalten wurde, etwas eher verstehen, die Kardinal Silva Henríquez entgegen dem Wunsch ihm nahestehender Priester nicht ausfallen ließ. Wenn der Akt auch zweideutig bleibt, tat der Kardinal den Militärs nicht den Gefallen, vom Sieg über den Marxismus zu sprechen, der das Land zu verschlingen drohte (Fernández 1996: 138f.). Silva Henríquez reiste nach Rom, um Papst Paul VI. davon abzuhalten, die barbarischen Verbrechen der Militärs öffentlich anzuprangern. Er scheint noch auf die baldige Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung und damit höchstwahrscheinlich zur erneuten Regierung der Christdemokraten gehofft zu haben. Ihm kam es darauf an, die Rolle der Kirche als Vermittler zwischen Staat und Volk, also die Rolle einer selbstständigen Macht, zu wahren.

Der Kardinal repräsentierte die Kirche der Mitte, deren politische Ideologie christdemokratisch war. Heute weiß man, dass Vertrauensleute von Eduardo Frei die Militärs direkt zum Putsch aufgefordert hatten.

Die Kirche der Mitte war unter der *Unidad Popular* hinsichtlich der Gültigkeit der Katholischen Soziallehre verunsichert gewesen, hatte sich von Priester- und Mitglieberschwund bedroht gesehen und den Akzent vom Sozialen auf das Geistliche, auf die Spiritualität, verlegt. Ihre ökonomische Stärke stand im Gegensatz zur inneren Schwäche. Nach dem Putsch sah sie sich zur persönlichen Hilfe, aber ganz besonders zur geistlichen Ernährung der Bevölkerung herausgefordert, erklärte sie doch die Tragödie Chiles damit, dass man Gott vergessen hatte. Das "Heilige Jahr" 1975 bot eine beson-

¹³ Es entsteht ein schiefes Bild, wenn man wie Fernández (1996: 135) nur diesen Schluss zitiert und dann noch ein Lob der explizit christlichen Inspiration der Militärs anfügt, das aus einer Erklärung der Bischofskonferenz des folgenden Jahres stammt (*Documentos del Episcopado* 1981: 15). Übrigens dürfte auch dieses Lob eher fordernden Charakter haben. Es entspricht dem kirchlichen Stil, Regierungen auf ihre Worte festzulegen.

¹⁴ Die Militärs hatten aus Sicherheitsbedenken die Kathedrale abgelehnt und wollten sie in *Escuela Militar* abhalten, was wiederum der Kardinal ablehnte (vgl. Fernández 1996: 137f.). Der Name der Kirche – Nationale Dankbarkeit – bezieht sich auf den chilenischen Sieg im Salpeterkrieg. Der an Gott gerichtete Dank für den Sieg in diesem Aggressionskrieg des späten 19. Jahrhunderts ist ein typischer Ausdruck des Nationalkatholizismus.

dere Gelegenheit, zu Versöhnung und Brüderlichkeit aller Chilenen aufzurufen. Als Symbol dafür bot sich die seit den sechziger Jahren in Bau befindliche neue Votivkirche der Jungfrau des Karmel. Vor der Schlacht von Maipú am 5. April 1818, welche die Unabhängigkeit Chiles besiegelte, hatten die Väter des Vaterlandes der *Virgen del Carmen* gelobt, ihr eine Kirche zu bauen, wenn sie die Schlacht gewönnten. Danach ernannten sie die Jungfrau zur Königin der chilenischen Heere. Ein aus Laien, Militärs und Klerikern bestehendes Komitee unter Vorsitz des reaktionären Bischofs Emilio Tagle betreute 1974 die Wallfahrtskirche, als die Junta plötzlich reges Interesse an der Fertigstellung des Neubaus zeigte, die sie nun kräftig förderte. Im Oktober 1975 wurde er mit einem *Te Deum* eingeweiht. Das Symbol der *Virgen del Carmen* musste für die ideologische Überhöhung der Junta herhalten. Der Sieg der Junta wurde als zweite Unabhängigkeit Chiles gefeiert, die Niederlage der *Unidad Popular* auf einer Linie mit der Niederlage der Spanier gesehen, und das alles unter dem Kommando der Hl. Jungfrau (*Colección PROCESO* 7 1975: 33).¹⁵

Links von der "Kirche der Mitte" stand die "Kirche der Zerstreuung", jener Linken, die in den Elends- und Arbeitervierteln gearbeitet hatten, die sich auf den Dialog mit den Marxisten eingelassen oder sich der Bewegung Christen für den Sozialismus angeschlossen hatten. Für sie begann mit dem Putsch eine Zeit der Verfolgung. Einige ihrer Priester waren umgebracht worden oder galten als verschwunden, weit mehr waren durch eine Übereinkunft zwischen Amtskirche und Militärs ins Exil gegangen. Am meisten litten die Laien unter Kerker, Folter und Konzentrationslagern (ebda.: 39ff.). Aber bis 1978 sprach die Amtskirche nur von den "angeblich Verhafteten-Verschwundenen" und nicht von Folterungen, sondern von "Verhören mit physischen oder moralischen Zwangsmitteln".¹⁶ Die Kirche reagierte stets nur gegen Exzesse, nie gegen das System als solches (Fernández 1996: 145).¹⁷ Eine Ausnahme war Weihbischof Enrique Alvear (1916-1982), der sofort nach dem Putsch für die politischen Gefangenen einstand und gegen die Folterungen protestierte.¹⁸

¹⁵ Die Väter des Vaterlandes sind San Martín und O'Higgins.

¹⁶ Vgl. Fernández (1996: 141ff.) – "interrogatorios con apremios físicos y morales". Zu den amtlichen Stellungnahmen der Bischofskonferenz in den siebziger Jahren vgl. Noggler (1981: 264ff.).

¹⁷ Der Begriff der Revolution wurde bei den linken Katholiken durch das Binom "Überleben-Menschenrechte" ersetzt.

¹⁸ Alvear war ab 1963 Weihbischof in Talca bei Manuel Larraín und ab 1974 Weihbischof in Santiago bei Kardinal Silva Henríquez. Vgl. dazu im einzelnen Salinas (1987: 240ff.).

Auf große Teile der Protestantismen blieb das Werben der Militärs nicht ohne Wirkung, hatten sie sich doch bis dahin stets als unterprivilegierte Minderheit in einem katholischen Land gefühlt. So kam es dazu, dass 32 protestantische Kirchenführer am 13. Dezember 1974 vor einer Versammlung von 2.500 Evangelischen eine Solidaritätserklärung für die Regierungsjunta unterschrieben, die ein presbyterianischer Pastor entworfen hatte, der im Generalsekretariat der Junta arbeitete. Am 14. September 1975 versammelten sich zahlreiche Evangelische in der "Kathedrale" der *Iglesia Metodista Pentecostal*, dem größten protestantischen Kirchengebäude der Hauptstadt, um das erste protestantische *Te Deum* der chilenischen Geschichte zu Ehren des anwesenden Präsidenten Pinochet zu feiern. Die Predigt Francisco Anabalóns, einer der bekanntesten Persönlichkeiten des chilenischen Protestantismus, war eine einzige Solidaritätskundgebung für das Militärregime. Anabalón dankte für den in der Gegenwart spürbaren Segen Gottes für das chilenische Volk. Solcher Segen drücke sich u.a. in der Integrität der Regierungsmitglieder aus, in ihrer Achtung der Menschenrechte und in ihrer besonderen Sorge für die sozial niedrig Gestellten. Der Prediger schloss mit der Versicherung, dass die Protestanten zur Schaffung "eines gerechten und solidarischen" Vaterlandes und zur Versöhnung der "großen chilenischen Familie" durch den Glauben an Jesus Christus beitragen wollten. Sogar ein lateinamerikanischer Evangelikaler wie Orlando Costas kommt zu dem Schluss, dass diese Handlungen entweder eine historische und politische Naivität spiegelten, die mit einer Missionstheorie verbunden sei, die spiritualisierend und privatisierend sei und der es an einer Gesamtschau mangle, oder dass es sich bei dem *Te Deum* in ethischer und missiologischer Hinsicht sogar um einen Akt der Häresie handele (Costas 1976: 16f.).¹⁹

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Chile (ELKiC) engagierte sich unter Führung von Propst Helmut Frenz hingegen so stark im "Komitee für Frieden und Versöhnung", dass es darüber 1975 zum Schisma kam, weil die Masse der deutschstämmigen Kirchenglieder den Putsch eher begrüßt hatte und wenig Verständnis dafür zeigte, dass sie sich nun für die Menschenrechte der "Kommunisten" einsetzen sollte, von denen sie sich vorher bedrückt gefühlt hatten (Prien 1978; Mybes 1993: 196ff.). Da die ELKiC sich schon vor dem Putsch mit Hilfe von *Diakonia* und des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf intensiv um die mehr als 10.000 politischen Flüchtlinge im

¹⁹ Zum Verhalten der Protestantismen in der Folgezeit fehlt es noch an Untersuchungen.

Lande gekümmert hatte, ging von ihr auch die Initiative zur Gründung des "Nationalen Hilfskomitees für Flüchtlinge" (CONAR – *Comité Nacional de Ayuda a los Refugiados Extranjeros*) zusammen mit der Katholischen Kirche aus, dessen Vorsitz Frenz übernahm (Mybes 1993: 198).

Mittelfristig blieb die Katholische Kirche unter der Militärdiktatur der einzige unabhängige Akteur mit eigener Stimme, der sich weiterhin der im übrigen unterdrückten Versammlungsfreiheit erfreute. Angesichts der Welle von Anklagen des Regimes wegen der Massaker blieb es der Amtskirche nicht verborgen, dass es sich hierbei nicht um Übergriffe einzelner, sondern um eine gezielte Einschüchterungstaktik des Regimes handelte. Deshalb kam es neben CONAR schon Anfang Oktober 1973 zur Schaffung des ökumenischen Friedenskomitees (COPACHI – *Comité de Cooperación para la Paz en Chile*), an dem neben der Katholischen Kirche die lutherische, die baptistische, die orthodoxe und die methodistisch-pfingstlerische Kirche sowie die jüdische Gemeinschaft mitarbeiteten. Co-Präsidenten waren Weihbischof Fernando Ariztía und Propst Helmut Frenz. Als Exekutivsekretär wurde der Jesuit Fernando Salas gewählt. Anwälte, Sozialarbeiter und Ärzte stellten sich dem Komitee zur Verfügung. Angesichts des allgemeinen Klimas der Repression konnten sich die Verfolgten bzw. ihre Angehörigen nur hier aussprechen. Bald erkannte man, dass es auf die Solidarität in der Nachbarschaft und im Stadtviertel ankam, wo durch Solidaritätsgruppen die Angst überwunden wurde. Der Solidarität bedurfte es nicht nur gegen die politische, sondern auch gegen die wirtschaftliche Repression (Fernández 1996: 197ff.). Es waren vornehmlich die linken Katholiken, die sich stark im Kampf für die Menschenrechte engagierten. Die hatten auch Verbindungen zu Kreisen der *Unidad Popular*. Die Militärs beschuldigten die Mitarbeiter des Komitees pauschal, Kommunisten zu sein. Zuerst verweigerten sie Frenz die Wiedereinreise. Dann forderten sie im November 1975 den Kardinal auf, das Komitee aufzulösen (ebda.: 173ff.).²⁰

Am 1. Januar 1976 gründete der Kardinal daraufhin das Solidaritätsvikariat als rein katholische Einrichtung, das die Arbeit des nun aufgelösten Friedenskomitees fortsetzte. Damit war das ökumenische Element entfallen, aber die Militärs konnten kaum etwas gegen das Vikariat unternehmen, weil dies eine offizielle Einrichtung des Kardinals war. Zwar fehlte es nicht an Bischöfen, die das Regime unterstützten, aber seit der Kolonialzeit ist die Kirchenpolitik vom Erzbischof von Santiago bestimmt worden. Die Zahlen

²⁰ Vom 11. September 1973 bis zum Dezember 1975 sind nach einer Statistik des Komitees 6.994 Personen verhaftet worden. 1.048 waren immer noch verschwunden.

und Fakten zu Menschenrechtsverletzungen, die das Vikariat in der Zeitschrift *Solidaridad* bekannt gab, konnten nie widerlegt werden. Das Solidaritätsvikariat organisierte in den Elendsquartieren Suppenküchen und Einkaufsgemeinschaften. Die Arbeit blieb insofern ökumenisch und pluralistisch, als jedem ohne Rücksicht auf Kirchenzugehörigkeit geholfen wurde. Eine Wallfahrt von 1.500 Personen im Februar 1979 nach den Kalköfen von Lonquén, in denen Knochen von 15 verbrannten Opfern der Repression gefunden worden waren, irritierte das Regime besonders.²¹ Schließlich ersetzte der Kardinal den Vikar Christian Precht durch Juan de Castro, wodurch das Vikariat sich nun immer mehr zu einer katholischen konfessionellen Einrichtung wandelte.

Die Volksabstimmung über die neue Verfassung zeigte 1980, dass die Militärs ihr Regime institutionalisieren wollten. Beflügelt vom Sieg der Sandinisten in Nicaragua organisierte die Linke daraufhin Widerstand und Proteste, die 1983 ihren Höhepunkt fanden und eine entsprechende Steigerung der Repression zur Folge hatten. Im selben Jahr schickte Rom Kardinal Raúl Silva Henríquez in den Ruhestand. Sein Nachfolger, Erzbischof Juan Francisco Fresno, schien ein Unterstützer des Regimes zu sein. Aber er nahm zur Überraschung der Militärs sogleich eine kritische Haltung gegenüber der Diktatur ein, versuchte aber die Hilfsarbeit der Kirche zu entpolitisieren.

Nachdem von Mai 1983 bis Mai 1984 ca. 100 Personen bei Protesten und Kundgebungen umgekommen waren, gab das Vikariat ein Buch mit dem Titel "Für eine Kultur des Lebens ... genug der Toten" heraus (ebda.: 177-202).²² Gegenüber dem neoliberalen System, das die Militärs durchgesetzt hatten, reagierte die Kirche durch eine Art Basisgemeinden der Armen, für die 1979 eine eigene Koordinationsstelle geschaffen wurde (*Coordinadora de comunidades cristianas populares*) (Fernández 1996: 229ff.; Fleet/Smith 1997: 141). Zum Dienst an den Christen aus der Welt der Arbeiter richtete der Kardinal 1977 das Vikariat der Arbeiterseelsorge ein (*Vicariato de Pastoral Obrera*) (Fernández 1996: 229ff., 277ff.).

²¹ Weihbischof Alvear denunzierte im Namen von Kardinal Silva Henríquez den Mord an den *campesinos* von Lonquén und zelebrierte 1979 für sie eine Totenmesse in der Kathedrale von Santiago (vgl. Salinas 1987: 245).

²² Der zunächst von Fresno als Vikar eingesetzte spanische Priester Ignacio Gutiérrez, der zwölf Jahre in einem Elendsviertel gearbeitet hatte, war allerdings nicht der Mann, der das Vikariat auf einen mehr innerkirchlichen, weniger sozialen Weg führte. Anlässlich einer Europareise wurde ihm 1984 die Ausweisung mitgeteilt. Da Fresno gegen die Strategie der Konfrontation mit dem Regime war, verzichtete er auf eine starke Gegenreaktion.

Die Amtskirche war eine Art Schutzdach für diese Gruppen und Aktivitäten, aber Symbole der Amtskirche wie die Kathedrale in Santiago waren sicherer vor Übergriffen der Militärs als Kapellen in den Elendsvierteln, gegen die eine Anzahl nie aufgeklärter Brandanschläge ausgeführt wurde (ebda.: 234). Die Militärs und regimetreue Zeitungen wie der *Mercurio* sahen in den Basisgemeinden potentielle Zellen der Opposition und versuchten sie zu diffamieren, indem sie diese als eine gefährliche Parallelkirche hinstellten, die sich von Papst und Hierarchie entfremdet habe (ebda.: 239). Tatsache ist, dass ihre Motivation christlich war und dass die Kirche sich durch sie tatsächlich unter den Armen eingewurzelt hat, während die Volksverbindung der *cristianos de avanzada* der sechziger Jahre eher verbaler Natur gewesen ist (ebda.: 242f.). Tatsächlich folgte aus der Solidarität und dem Eintreten für Menschenrechte in den Basisgemeinden deren Ablehnung der Militärdiktatur mit ihrer Doktrin der Nationalen Sicherheit und dem wirtschaftlichen Neoliberalismus. Hatten die linken Katholiken vormals für den Sozialismus optiert, so votierte nun die Amtskirche im befreienden Sinne für die Armen (ebda.: 246ff.). Ab 1980 organisierte die *Coordinadora* jährlich in der Passionszeit eine *Via crucis* durch Santiago, eine Art Kreuzweg-Protestprozession, deren Teilnehmer von den Sicherheitsorganen fotografisch erfasst wurden. Die Hierarchie ihrerseits stand solchen von ihr nicht kontrollierbaren Aktivitäten ebenfalls kritisch gegenüber (ebda.: 256ff., 267ff.).²³ Der *Vicariato de Pastoral Obrera* kümmerte sich im weitesten Sinne um die Belange der Arbeiter, von ihrer Verteidigung vor Gericht bis zur Hilfe zum Wiederaufbau der Gewerkschaften. Den Arbeitern ihr Selbstbewusstsein wiederzugeben und sie zu organisieren, nachdem das Regime auf ihrer "Zähmung" beruhte, kann als prophetischer Akt betrachtet werden (ebda.: 282).

Als das Solidaritätsvikariat unzählige Zeugnisse für Folterungen gesammelt hatte, exkommunizierten 1980 acht Bischöfe gegen den Willen von Kardinal Silva Henríquez Folterer und alle diejenigen, die sie nicht verhin- derten, obgleich sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Damit ließ sich eine öffentliche Diskussion dieses Problems nicht mehr vermeiden. Nachdem sich 1983 der Bergwerksarbeiter Sebastián Acevedo öffentlich verbrannt hatte, um gegen die Festnahme und Folterungen seines Sohnes und seiner Tochter zu protestieren, entstand aus den *comunidades cristianas populares*

²³ Die *Coordinadora* erreichte den Höhepunkt ihrer Aktivitäten in den Jahren 1983-1986. Dann wurde sie von konservativen Bischöfen mehr und mehr marginalisiert (Vorwurf des Parallelismus) und Anfang der neunziger Jahre aufgelöst (vgl. Fernández 1996: 275).

eine Protestbewegung gegen die Folter, die sich nach ihm benannte. Sie veranstaltete Mahnwachen mit Gebet und Gesang vor Folterorten, die dann von den Sicherheitsorganen gewaltsam aufgelöst wurden. Dies führte zu dem gewünschten öffentlichen Aufsehen, insbesondere weil häufig auch Priester zu den Verhafteten gehörten (ebda.: 282ff.).²⁴

Die Theologie der Befreiung war das konzeptionelle und praktische Instrument im Kampf gegen die Diktatur. Während die Amtskirche sich in ihren Hirtenworten mehr von der unumstrittenen katholischen Soziallehre inspirieren ließ, wurden Basisgemeinden und Laien aus den Kreisen des Volkes in ihrer Arbeit von einigen Grundgedanken der Theologie der Befreiung geleitet, weshalb man mehr von einer Praxis der Befreiung als von Theologie in engerem Sinne sprechen kann, obgleich sich auch eine Anzahl chilenischer Befreiungstheologen aus der Zeit nach 1973 nennen lassen. Entscheidend war, dass die Bibel in diesen Kreisen aus einer Befreiungsperspektive gelesen wurde. Entsprechend der von Rom vorgegebenen Linie beobachtete die chilenische Hierarchie diese Entwicklung mit Misstrauen und diffamierte Theologen mit starker Betonung von Befreiung und Engagement für die unteren Volksschichten schnell als Anhänger der "Christen für den Sozialismus" (ebda.: 291-307).

3. Die Kirchen in der Epoche des Übergangs zur Demokratie

Nach dem Plebiszit von 1980 suchte die Amtskirche die Konfrontation mit dem Militärregime abzubauen, zumal nachdem Papst Johannes Paul II. über seinen Nuntius Sodano entsprechend Druck ausgeübt und durch die Ernennung konservativer Bischöfe in dieselbe Richtung gewirkt hatte. Die Ernennung Francisco Fresnos zum Nachfolger Silva Henríquez im Jahre 1983 schien diesen Kurs zu bestätigen. Aber überraschenderweise behielt Fresno die meisten Mitarbeiter seines Vorgängers und unterstützte die Arbeit der verschiedenen Vikariate (Fleet/Smith 1997: 115f.). Trotz verschiedener Appelle Fresnos an Pinochet, den politischen Dialog zu suchen, dauerten die Spannungen mit und die Übergriffe gegen die Kirche an. Erst im März 1985 begannen dann doch Gespräche in der Residenz des Erzbischofs, der im selben Jahr den Kardinalspurpur erhalten sollte. Fresno wollte eine nationale Übereinkunft aller politischen Kräfte zum Übergang in die Demokratie erreichen. Ein entsprechendes Papier wurde Ende August 1985 tatsächlich unterzeichnet, indes von Pinochet abgelehnt. Aber Fresno hatte die Opposi-

²⁴ Nach dem Tode Acevedos wurden seine Kinder sofort freigelassen.

tion zusammengebracht und dank des päpstlichen Besuches 1987 und anderer Faktoren fand Pinochet sich zur Abhaltung einer Volksabstimmung über eine neue, seine Amtszeit um weitere acht Jahre verlängernde Verfassung bereit, die er im Oktober 1988 verlor, nachdem die Katholische Kirche sich neutral verhalten, aber die Registrierung der Wähler kräftig unterstützt hatte. Der ab 1986 nur gemäßigte Druck der Bischöfe auf das Regime und die Bemühungen um Dialog und Versöhnung hat viele Aktivisten enttäuscht, aber das Bild der Opposition verbessert und dazu beigetragen, wenigstens einigen Militärs und der politischen Rechten den möglichen Machtübergang auf die Opposition als erträglich erscheinen zu lassen (Fleet/Smith 1997: 129-137).²⁵ Beim Übergang zur Demokratie haben viele Traditionskatholiken, also nicht praktizierende Männer und Frauen, eine wichtige Rolle gespielt, da sie durch die Arbeit kirchlicher Agenturen auf sozialem Gebiet die Werte von Freiheit, Menschenrechten, Menschenwürde, Gemeinschaft und Solidarität neu schätzen gelernt hatten (Fleet/Smith 1997: 158).

Der Preis für die Zulassung des Demokratisierungsprozesses waren Vergessen und Straflosigkeit. Das erklärt, warum im Herbst 1998 anlässlich der Festnahme General Pinochets in England die scheinbar überwundenen Gegensätze in der chilenischen Gesellschaft in voller Schärfe wieder aufbrachen. Schon 1996 hat Fernández angemerkt: "Die Amtskirche beschwört die Brüderlichkeit aller Chilenen, als ob sich die Konvivenz per 'demokratischem' Dekret verordnen ließe, noch dazu ohne die Wunden zu heilen" (Fernández 1996: 333). Aber diese Bemerkung ist überspitzt, denn die Bischöfe haben während der Präsidentschaft Aylwins seit 1990 immer wieder öffentlich festgestellt, dass es keine Versöhnung ohne Gerechtigkeit und Wahrheit geben werde. Aber auch die Bischöfe können nur durch politisch Verantwortliche wirken. Fleet und Smith kommen jedenfalls zu dem Schluss, dass die Bischöfe in den Regierungen Aylwin und Frei keine *secular carrier* gefunden haben, die bereit waren, diese Forderungen aggressiver gegenüber den Militärs zu vertreten (Smith/Fleet 1997: 168f.).

Die Bischöfe haben mit dem Übergang zur Demokratie die Hoffnung verbunden, dass die lupenreine neoliberale Wirtschaftspolitik, die 43% aller

²⁵ Dazu bemerken sie, dass – obwohl es widersinnig erscheine – die Kirchenhierarchie am einflussreichsten gewesen sei, als sie nicht prophetisch agierte und die Übergriffe des Regimes anprangerte, sondern hinter den Kulissen für den politischen Kompromiss gekämpft habe. "Whatever local Church activists might have thought, the conservative Fresno was the ideal Church leader for the time". Smith/Fleet betonen zudem, dass die chilenischen Katholiken auf verschiedenen Ebenen im Übergangsprozess mehr als nur sekundäre Verbündete waren, wie Drake/Jaksic (1991) behauptet haben.

Chilenen in Armut oder sogar extreme Armut versetzt hat, geändert würde und waren enttäuscht, als Aylwin nur Retuschen an dieser Politik vornahm. Sie haben bis 1996 wiederholt mehr soziale Gerechtigkeit angemahnt, aber auch hierfür keine potenten Agenten in der Zivilgesellschaft gefunden (ebda.: 169ff.). Entsprechend den Prioritäten, die Rom vorgibt, haben die Bischöfe sich auch intensiv mit andern Fragen wie Scheidung, Abtreibung, vorehelichem Geschlechtsverkehr, Erziehungsreform und dem Anwachsen des evangelikalen Protestantismus befasst. Da sie sich in diesen Fragen aber autoritär äußerten und einen Dialog verweigerten, haben sie manchen *good will* verspielt, den sie in den siebziger und achtziger Jahren gewonnen hatten, ja sogar die Frage aufkommen lassen, wie glaubwürdig ihr Eintreten für demokratische Prinzipien sei, wenn sie diese innerkirchlich missachteten (Fleet/Smith 1997: 172ff.).

Literaturverzeichnis

- Barrett, David B. (Hrsg.) (1982): *World Christian Encyclopedia*. Oxford/New York.
- Colección PROCESO 7 (1975): *La iglesia y la junta militar (Documentos)*. Buenos Aires.
- Costas, Orlando (1976): "La misión y el crecimiento de las iglesias. Hacia una misiología de masas y minorías". In: *Ensayos Ocasionales*, Bd. III, Nr. 2, S. 2-28.
- Documentos del Episcopado* (1974): *Chile 1970-1973*. Santiago.
- (1981): *Chile 1974-1980*. Santiago.
- Donoso, Teresa (1975): *Los cristianos por el socialismo en Chile*. Santiago.
- Drake, Paul/Jaksic, Ivan (Hrsg.) (1991): *The Struggle for Democracy in Chile*. Omaha.
- Faúndez, Antonio (1986): "Chile". In: *Evangelisches Kirchenlexikon. Internationale Theologische Enzyklopädie (EKL)*, Bd. 1, Göttingen, S. 651-655.
- Fernández, David (1996): *La iglesia que resistió Pinochet*. Madrid.
- Fleet, Michael/Smith, Brian (1997): *The Catholic Church and Democracy in Chile and Peru*. Notre Dame.
- Henríquez, Silva (1982): *El Cardenal nos ha dicho. 1961-1982. Selección y notas del padre Miguel Ortega*. Santiago.
- Holzbauer, Hermann (Hrsg.) (1996): *Sage nicht: Ich bin zu jung ... 100 Jahre Mission der bayrischen Kapuziner bei den Araukaner-Indianern in Chile*. Frankfurt/Main.
- Kessler, J. B. A. (1967): *A Study of the Older Protestant Missions and Churches in Peru and Chile*. Goes.
- Mybes, Fritz (1993): *Die Geschichte der aus der deutschen Einwanderung entstandenen lutherischen Kirchen in Chile. Von den Anfängen bis 1975*. Düsseldorf.
- Noggler, Othmar (1973): *Vierhundert Jahre Araukanermission*. Schöneck/Beckenried.

-
- (1981): “Chile”. In: Prien, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Lateinamerika: Gesellschaft – Kirche – Theologie*. Göttingen, Bd. 1; S. 220-272.
- Prien, Hans-Jürgen (1978): *Geschichte des Christentums in Lateinamerika*. Göttingen.
- (1980): “Katholische Kirche und Entwicklungsproblematik in Lateinamerika”. In: *Neue Zeitschrift für Missionswissenschaft* 36, S. 173-185.
- (1983): *Evangelische Kirchen in Chile: Für Chiles Freiheit*. Münster.
- (1994): “Protestantische Kirchen und Bewegungen im gesellschaftlichen Umbruch Lateinamerikas”. In: *Iberoamerikanisches Archiv*, Jg. 20, S. 153-176.
- Salinas, Maximiliano (Hrsg.) (1987): *Historia de Pueblo de Dios en Chile*. Santiago.
- Sepúlveda, Juan (1987): “El nacimiento y desarrollo de las iglesias evangélicas”. In: Salinas, Maximiliano (Hrsg.): *Historia de Pueblo de Dios en Chile*. Santiago, S. 247-289.
- Sociedad Argentina de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad* (Hrsg.) (1976): *La iglesia del silencio en Chile. Un tema de meditación para los católicos argentinos*. Buenos Aires.
- Tennekes, Hans (1985): *El movimiento pentecostal en la sociedad chilena*. Amsterdam.
- Vergara, Ignacio (Hrsg.) (1992): *El protestantismo en Chile*. Santiago.

III

Politik

Carlos Huneeus

Pinochet: Institutionelle Faktoren und politische Führung im Autoritarismus

1. Einleitung

Die Festnahme von General Augusto Pinochet am 16. Oktober 1998 in einer Londoner Klinik durch die britische Polizei, die in Ausführung eines Beschlusses der spanischen Justiz handelte, die wegen der Verletzung der unter dem autoritären Regime (1973-1990) gegen einige Bürger dieses Landes begangenen Menschenrechte einen Prozess gegen den General führt, kann als Unglücksfall auf einer Reise, die sich als Irrtum erwies, sowie auch als Folge des hohen Grades der Gleichsetzung von ihm und dem politischen Regime, das er anführte, erklärt werden. Nicht einmal seine glühendsten Widersacher konnten einen solchen Ausgang voraussehen. Eine dritte Erklärung sah die Festnahme als unerwünschten Effekt von Pinochets Entscheidung, die 'harte Hand' des autoritären Regimes zu sein, seit er nämlich am 18. September 1973 anlässlich einer religiösen Zeremonie mit dunkler Brille und wutentbranntem Gesicht – ein Bild, das ihn seit damals stets begleitet hat – vor den Medien erschien. Seine Politik ging mit kriegerischem Stil gegen die Opposition vor, es handelte sich um einen Dauerkrieg – so gegen den Marxismus während der ersten Jahre, gegen den Terrorismus danach – der sich in seiner wiederholten Äußerung "Meine Herren, wir befinden uns im Krieg" widerspiegelte. Eben diesen politischen Diskurs benutzte er zur Rechtfertigung der harten Zwangsmaßnahmen, die gegen Tausende von Chilenen verhängt wurden, und zwar nicht nur während der Anfangsphase des Regimes, sondern auch später, als dieses seine politische Stabilität gefährdet sah, wie zum Beispiel bei den Protesten von 1983/84, bei denen es mehrere Tote und Hunderte von Verletzten gab (Huneeus 1985).

Es besteht die Gefahr, dass der "Fall Pinochet" die Entstehung eines vereinfachenden, wichtige Aspekte außer Acht lassenden Bildes des Militärregimes begünstigt, das fast 17 Jahre lang das Land mit eiserner Hand regierte, und dass die zahlreichen Faktoren, die das lange Überdauern dieser politischen Ordnung erklären, genauso unberücksichtigt bleiben wie das Ausmaß der angewendeten Zwangsmittel und der Protagonismus von verschiedenen

Institutionen und Persönlichkeiten, die dazu beitrugen, dass Pinochet die Hauptrolle spielte. Man kann dem gravierenden methodischen Irrtum erliegen, den Gegenstand der Analyse – das Militärregime und dessen Politik – auf das bloße Studium der Rolle Pinochets zu beschränken, so dass sich die Kenntnisse über die politische Ordnung auf eine Frage des “Pinochetismus” reduzieren.

Meiner Einschätzung nach kann die Rolle Pinochets nur über eine Analyse der historisch-kontextuellen Faktoren zum Zeitpunkt des Staatsstreichs und der Konstellation von institutionellen Strukturen und Machtfaktoren, die während der langen Zeit des Militärregimes existierten, verstanden werden. Die Machtstruktur war durch einen äußerst hohen Personalisierungsgrad der Macht und die Zentralisierung der Entscheidungen in der Person Pinochets gekennzeichnet. Das ging so weit, dass der General behaupten konnte, dass “kein Blatt im Land ohne meine Erlaubnis gewendet wird”. Dies war der Grund, weshalb die politische Ordnung mit seiner Person gleichgesetzt wurde und mit Recht vom “Pinochet-Regime” gesprochen wurde, so wie man vorher vom “Franco-Regime” gesprochen hatte.

Pinochet wurde von vielen Faktoren begünstigt, und er selbst trug seinerseits zur Gestaltung des politischen Systems bei, um seine Führerschaft zu konsolidieren. Es gab Machtgruppen und Persönlichkeiten des zivilen oder militärischen Lebens, die ihm halfen, der wichtigste Anführer des autoritären Regimes zu sein und sich mit ihm an den Kosten des verwendeten politischen Stils beteiligten. Diese wechselseitige Beziehung von institutionellen Faktoren und politischer Führung erklärt, dass das autoritäre Regime so lange Zeit überdauerte und nicht durch einen Staatsstreich gestürzt wurde, wie dies bei vielen ähnlichen Erfahrungen in Südeuropa und in Lateinamerika der Fall war, und dass der Diktator nach der Übergabe der Präsidentschaft im Jahr 1990 das Land nicht verlassen musste, sondern weiterhin ein Stückchen Macht und einen großen Einfluss in der Landespolitik besaß. Diese Konstellation von Faktoren erklärt weiterhin, weshalb Pinochets Einfluss nicht mit seinem Tod beendet sein wird, sondern dass er in der chilenischen Politik noch lange Zeit danach zu spüren sein wird.

2. Ein “erfolgreicher” Diktator

Die überaus bedeutende politische Rolle, die Pinochet während des autoritären Regimes und während der Regierungen der neuen Demokratie nach 1990 ausübte, kann nicht dem Zufall oder dem Zwang zugeschrieben werden, obwohl beide Faktoren vorhanden waren. Von vornherein fällt auf, dass er

unter den "neuen Autoritarismen" (Collier 1979) der einzige Präsident militärischer Herkunft war, der sich während der gesamten Regierungszeit in seinem Amt halten konnte.

Pinochet war länger als ein Vierteljahrhundert ein wichtiger Akteur auf der politischen Bühne Chiles und genoss die Bewunderung eines bedeutenden Segments der Bevölkerung, die ihn bei der Volksabstimmung von 1988 mit 43% der Stimmen unterstützte und dessen Bewunderung für ihn bis heute ungebrochen ist. Von vielen Unternehmern wird er als herausragende Persönlichkeit angesehen, und als Hauptverursacher des wirtschaftlichen Aufschwungs sowie als Retter des Landes vor dem Kommunismus wird ihm eine tiefe Dankbarkeit entgegengebracht. 14 der 28 Unternehmer, die von einem Wirtschaftsmagazin mit großer nationaler Reichweite interviewt wurden und unter denen sich ein früherer Präsident der höchsten Unternehmerorganisation – der *Confederación de la Producción y el Comercio* –, ein Ex-Präsident der einflussreichen *Sociedad de Fomento Fabril* (SFF), des Zusammenschlusses der Unternehmer aus der Industrie, sowie der Präsident des größten chilenischen Unternehmens, der *Compañía de Telecomunicaciones de Chile* (CTC), deren Hauptaktionär die spanische *Telefónica* ist, befanden, erwähnten Pinochet als den Chilenen, den sie am meisten bewunderten (*Capital* Nr. 12, 12.7.1997). Zwei bedeutende Unternehmer-Organisationen zeichneten ihn 1997 aufgrund seines Dienstes am Vaterland aus: die Nationale Handelskammer und die Nationale Minengesellschaft, die sich der Initiative der Armee anschlossen, welche den Rücktritt des Generals mit allen Ehren von der militärischen Führungsspitze nach einem Vierteljahrhundert der Zugehörigkeit vorbereitete.

Pinochet ist in Chile nicht in Vergessenheit geraten, so wie es der überwiegenden Mehrheit der anderen Diktatoren in ihren Ländern erging, sondern er ist weiterhin ein wichtiges Thema in der öffentlichen Diskussion. Wenn auch eine deutliche Mehrheit von 64% glaubt, dass er als Diktator in die Geschichte eingehen wird, so gibt es doch eine beträchtliche Minderheit von 23%, die diese Bezeichnung kategorisch zurückweist; eine Minderheit von 27% glaubt auch, dass er als einer der besten Regierungschefs dieses Jahrhunderts in die Annalen der Geschichte eingehen wird, während die große Mehrheit – immerhin 60% – dieser Meinung widerspricht (siehe Tabellen 1 u. 2). Nach allem genießt Pinochet einen hohen Grad an Sympathie in der chilenischen Gesellschaft, besonders bei den Angehörigen der Rechten, die die beiden Oppositionsparteien (UDI und RN) wählen, hohe Einkünfte haben und sich durch ein hohes Bildungsniveau auszeichnen.

Tabelle 1:

Als was wird General Pinochet in die Geschichte eingehen: "Als Diktator."

(Frage: Wie wird Ihrer Meinung nach die Person General Pinochets in die Geschichte eingehen? Als einer der besten Regierungschefs, die Chile in diesem Jahrhundert hatte, oder als Diktator?)

	Ja	Nein	k.A.	Zahl
Geschlecht				
Männlich	60	26	14	647
Weiblich	69	19	11	553
Alter				
18-25 Jahre	67	19	15	240
26-40 Jahre	65	22	13	464
41-60 Jahre	63	24	13	332
61 Jahre und älter	57	29	14	164
Politische Einstellung				
Links	86	5	8	318
Zentrum	66	21	12	454
Rechts	33	57	10	233
Wahlintention				
UDI	29	60	11	157
RN	28	58	14	80
PDC	76	15	9	228
PPD	81	10	9	166
PS	93	3	5	129
Sozio-ökonomisches Niveau				
ABC1	55	32	13	69
C2	61	27	11	229
C3	65	21	14	475
D-E	66	21	13	427
Bildungsniveau				
Analphabet	75	17	8	12
Grundbildung ohne Abschluss	61	21	17	214
Grundbildung mit Abschluss	73	22	5	76
mittlere Bildung ohne Abschluss	61	23	16	222
mittlere Bildung mit Abschluss	66	22	11	383
höhere Bildung ohne Abschluss	72	19	9	91
höhere Bildung mit Abschluss	56	31	13	179
Gesamt	64	23	13	1.200

Quelle: BARÓMETRO CERC, Dezember 1998.

Tabelle 2:

Als was wird General Pinochet in die Geschichte eingehen: "Als einer der besten Regierungschefs, die Chile je hatte."

(Frage: Wie wird Ihrer Meinung nach die Person General Pinochets in die Geschichte eingehen? Als einer der besten Regierungschefs, die Chile in diesem Jahrhundert hatte, oder als Diktator?)

	Ja	Nein	k.A.	Zahl
Geschlecht				
Männlich	29	57	13	647
Weiblich	24	64	12	553
Alter				
18-25 Jahre	26	60	14	240
26-40 Jahre	25	62	14	464
41-60 Jahre	29	59	12	332
61 Jahre und älter	31	60	9	164
Politische Einstellung				
Links	6	63	9	318
Zentrum	24	23	13	454
Rechts	70	49	4	233
Wahlintention				
UDI	69	24	7	157
RN	69	24	7	80
PDC	17	72	11	228
PPD	9	78	13	166
PS	4	89	7	129
Sozio-ökonomisches Niveau				
ABC1	42	49	9	69
C2	31	56	12	229
C3	25	61	14	475
D-E	24	63	12	427
Bildungsniveau				
Analphabet	25	75	-	12
Grundbildung ohne Abschluss	28	58	13	214
Grundbildung mit Abschluss	21	73	6	76
mittlere Bildung ohne Abschluss	27	56	16	222
mittlere Bildung mit Abschluss	26	62	12	383
höhere Bildung ohne Abschluss	25	66	9	91
höhere Bildung mit Abschluss	32	53	15	179
Gesamt	27	60	12	1.200

Quelle: BARÓMETRO CERC, Dezember 1998.

3. Der berufliche Werdegang Pinochets

Pinochet wurde zur Hauptfigur des autoritären Regimes, ohne dass dieser Position eine brillante berufliche Karriere vorausgegangen wäre, wie bei Spaniens General Franco, der den Respekt seiner Gegner und die Bewunderung seiner Untergebenen und Anhänger genoss,¹ oder wie beim argentinischen General Onganía, dem Symbol der militärischen Zunft im Jahr 1966, der wenige Jahre zuvor während der Regierung Guidos durch seine Verteidigung des Professionalismus gegenüber der Politisierung ein großes Prestige erlangt hatte (Potash 1994). Sein beruflicher Werdegang war bis dahin normal gewesen und mitunter von Glück gekennzeichnet,² während seine Kombination von Pragmatismus und kühlem politischen Kalkül es ihm ermöglichte, zuerst das Vertrauen der DC zu gewinnen, damit er 1969 zum General befördert wurde, und später das von Präsident Allende, mit dem Resultat, dass er von diesem schließlich am 23. August 1973, als General Prats angesichts des Drucks seiner Untergebenen und der Rechten, die ihn in den Medien heftig angriff, zur Niederlegung dieses Amtes gezwungen war, zum Obersten Befehlshaber der Armee ernannt wurde. Zuvor war er anderthalb Jahre lang in seiner Eigenschaft als Stabschef der Armee der zweite Mann unter Prats gewesen und war drei Mal in den Genuss gekommen, diesen mehrere Wochen lang als Obersten Befehlshaber der Armee zu vertreten, als dieser das Amt des Innenministers ausübte (November 1972 bis Mai 1973) und sich anlässlich eines offiziellen Besuchs in Europa längere Zeit außer Landes befand (April bis Juni 1973). Er genoss folglich das volle Vertrauen von General Prats.

Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Diktatoren spielte er keine herausragende Rolle bei der Vorbereitung des Staatsstreichs. Wie schon bei der Anbahnung des vorherigen Zusammenbruchs der Demokratie im Jahr 1974 wurde dieser anfangs von der Marine getragen, später schlossen sich die Luftwaffe und Armeegeneräle ohne das Wissen von Pinochet an.³ Pinochet legte dieselbe Vorsicht an den Tag, die ihn auch später bei der

¹ Er war von der Legende eingehüllt, "der jüngste General Europas" durch die Ausübung seiner Funktion im Afrika-Krieg gewesen zu sein. Vgl. z.B. Payne (1994).

² Dies war der Fall, als er die stellvertretende Direktion der Kriegsakademie 1957/1968 an der Schwelle einer Krise aufgab, die den Direktor und Unterdirektor bei den gespannten Beziehungen zur Regierung von Eduardo Frei Montalva ihre Karrieren kostete.

³ Zur Vorbereitung des Putsches durch die Marine im Jahr 1973 vgl. Huidobro (1989); zur gegenteiligen Sichtweise, die Pinochet zum Hauptakteur des Staatsstreichs macht siehe Whelan (1993); zur Perspektive Pinochets vgl. dessen Memoiren (Pinochet 1990).

Machtausübung kennzeichnen sollte, und schloss sich als letzter der Verschwörung an. Wenn der Staatsstreich gescheitert wäre, hätte er die Möglichkeit gehabt, sich hinter die Autorität zu stellen, und vermutlich hätte er auch nicht gezögert, energisch gegen die Verschwörer vorzugehen.

Pinochet übte keine besondere persönliche Anziehung auf die Massen aus, wie dies bei anderen Führern von Militärregimes wie Perón oder Vargas der Fall war, aber dennoch schaffte er es, die Zustimmung von weiten Teilen der Gesellschaft durch einen politischen Diskurs, der auf einem entschiedenen Antikommunismus, dem Nationalismus und einem gewissen Wirtschaftspopulismus basierte, zu erlangen. Er hatte die persönliche Überzeugungsfähigkeit, um bedeutende Personen aus rechten Kreisen anzuziehen, die ihn entschieden unterstützten, ohne dass sie der internationale Protest wegen der Verletzungen der Menschenrechte bekümmert hätte. Er bemühte sich um die Aufrechterhaltung einer festen Unterstützung der politischen Gruppen und Unternehmer des rechten Spektrums, die bei der Herbeiführung des Staatsstreichs unterstützend zur Seite standen und ein Militärregime wollten, das die Grundlagen der chilenischen Wirtschaft und Politik ändern würde.

Weiter lernte er rasch, die Macht in einem politisch komplexen Land wie Chile auszuüben und er wählte unter seinen Mitarbeitern sorgsam diejenigen aus, die ihm am meisten ergeben waren, während er verhinderte, dass innerhalb der Armee oder unter seinen zivilen Beratern Persönlichkeiten hervortreten konnten, die ihn an Glanz übertreffen konnten. Die häufigen Kabinettsumbildungen, die die umfangreiche Zahl an Ministern erklären, führte er geschickt durch, um Desertierungen zu vermeiden, wobei er denjenigen, die ihr Ministeramt aufgeben sollten, politische Kompensationen anbot und dabei einen persönlichen Führungsstil anwendete, der bemüht war, keine persönlichen Empfindlichkeiten zu verletzen. Dieser persönliche Führungsstil trägt zur Erklärung des einzigartigen Umstands bei, dass sich in Chile keine Dynamik der Zersplitterung der regierenden Elite während des Autoritarismus einstellte, wie dies andernorts der Fall war, wo wichtige Mitarbeiter der Regierung diese verließen, als die Schwierigkeiten begannen, und zur Opposition überliefen, um sich deren Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie anzuschließen – wie etwa in Brasilien.

Die Analyse des Pinochet-Regimes zeigt, dass der Anführer eine sehr bedeutende Rolle bei der Konsolidierung der autoritären Ordnung spielen kann, wenn auch sein Protagonismus nicht überschätzt werden und man keiner reduktionistischen Sichtweise bei der Einschätzung von dessen Rolle

verfallen darf. Es handelt sich nicht um den ersten Fall, in dem die politischen Fähigkeiten eines Diktators unterschätzt werden, und zwar nicht nur von den Analytikern, sondern auch von seinen Widersachern, die bis Anfang der achtziger Jahre davon überzeugt waren, dass er durch eine Mobilisierung des Volkes gestürzt werden könnte.

4. Die Machtstrategie Pinochets

Pinochet gelangte nicht automatisch an die Spitze der Macht, sondern er musste sich darum bemühen, das Amt des Präsidenten der Republik zu erlangen. Anfangs gab es eine Kollegiatsführung durch die Junta und man dachte an eine Rotation der Präsidentschaft. In den ersten Monaten schien der starke Mann der Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Gustavo Leigh zu sein, der seine Anwesenheit auf der politischen Bühne mit zwei Aktionen untermauerte, die eine spektakuläre Wirkung hatten: die Bombardierung des Präsidentenpalastes La Moneda am Morgen des Staatsstreichs, die von zwei Kampfflugzeugen der Luftstreitkräfte mit großer Präzision durchgeführt worden war, und die Ankündigung anlässlich der Rede, mit der die Junta vor die Chilenen trat, das "Krebsgeschwür des Marxismus", von dem das Land befallen sei, "auszurotten". Beide Ereignisse trugen zu einer Zunahme der Gewaltanwendungen gegen die Dissidenten und Oppositionellen bei, was Leigh das Bild eines "harten" Vertreters der Junta verschaffte (Aylwin 1998).

Eine Führung durch ein Kollegium taugte nicht zur Organisation einer Regierung, die sich gravierenden ökonomischen Problemen gegenüber sah, was auf eine Zentralisierung der Befehlsgewalt in einer Person drängte, d.h. zu diesem Zeitpunkt standen die Dinge günstig für Pinochet. Im Juli 1974 schaffte es Pinochet, zum Präsidenten ernannt zu werden, und dies nicht nur gegen den Widerstand von General Leigh, sondern auch gegen den des Chefs der Armada, Admiral José Toribio Merino. Im Dezember des gleichen Jahres schaffte er es, von den anderen Mitgliedern der Junta zum Präsidenten mit allen Befugnissen der Verfassung von 1925 ernannt zu werden, das heißt zum Obersten Führer der Nation. Das Erreichen dieser Position kann nicht ohne Berücksichtigung der Tatsache erklärt werden, dass er als Oberbefehlshaber der Armee eine günstige Ausgangsposition hatte. Der zentrale Punkt ist jedoch, dass er die Macht dieser Institution als wichtigsten Zweig der Streitkräfte auszunutzen wusste, zumal diese einen großen inneren Zusammenhalt aufwies und sich durch eine vertikale Befehlsstruktur auszeichnete, mit einem Oberbefehlshaber, der mit weitreichenden Befugnissen über seine

Untergebenen ausgestattet war. Kurz, sie verschaffte ihm eine große Anzahl von Mitteln, um seine Machtaspirationen voranzutreiben.

Die Beteiligung der Militärs am politischen System war umfangreich hinsichtlich der Zahl der von ihnen besetzten Posten, die von höchster Relevanz waren. In der Tat übernahmen Offiziere der verschiedenen Waffengattungen die unterschiedlichsten Ministerposten, mit der einzigen Ausnahme des Justizministeriums. Sie waren Unterstaatssekretäre, Generaldirektoren der großen staatlichen Unternehmen sowie Universitätsrektoren und leiteten sogar den staatlichen Fernsehsender. Sie leiteten die Verwaltungseinheiten des Zentralstaates, stellten die Gouverneure von sämtlichen Provinzen und die Intendanten der 13 Regionen, in die das Land 1975 nach einer durch die Offiziere der Armee vorangetriebenen Verwaltungsreform aufgeteilt wurde. Auf der Ebene des Staates verfügten die Militärs über eine vollständige Kontrolle, denn es wurden keine Zivilisten zu Gouverneuren oder Verwaltern ernannt. Reservisten wurden zu Bürgermeister von Städten und in zahlreichen Ländern zu Botschaftern ernannt, gab es doch einen militärischen Vizekanzler, der während der gesamten Periode der zweite Mann im Ministerium für Auswärtige Beziehungen war.

5. Die gesetzliche Legitimierung der Führerschaft

Pinochet wendete eine Strategie der multiplen Legitimierung an, die nicht nur auf einer gesetzlichen, sondern auch auf einer historischen Legitimierung basierte, deren Grundlage die Identifikation mit der langen Wahltradition des Landes war. Dies musste so sein, weil er eine doppelte Rolle ausübte: eine institutionelle als Staatsherr und eine politische als Anführer der zivil-militärischen Koalition (Beyme 1971: 28).

Gemäß der gesetzlichen Legitimität vereinte Pinochet die Funktionen des Staatsherrn, des Präsidenten der Republik sowie die des Regierungschefs auf sich. Außerdem gehörte er bis 1980 der Junta an, wodurch er Mitglied der gesetzgebenden und verfassungsgebenden Macht war. Danach war er in dieser durch den stellvertretenden Oberbefehlshaber der Armee vertreten, so dass er einen beträchtlichen Einfluss auf deren Entscheidungen hatte. Das politische System zeichnete sich durch eine sehr geringe Institutionalisierung aus, da es keinen Kongress gab, der die Funktion der Legislative ausgeübt hätte; es gab keine Regional- oder Gemeinderegierungen wie in Brasilien; es wurden keine höheren Instanzen für die Austragung von Debatten und das Treffen von Entscheidungen außerhalb der Junta geschaffen, noch wurde der traditionelle Weg der autoritären Regime der Schaffung einer Einheitspartei

eingeschlagen (Brooker 1995). Dadurch gab es einen großen Freiraum für eine Personalisierung der Macht, der von Pinochet zu seinen Gunsten ausgenutzt wurde und der es möglich machte, dass die Armee ein entscheidendes Gewicht im politischen System bekam.

Das wichtigste Entscheidungsorgan, die Junta, wurde von den Machthabern in den Kasernen außer Gefecht gesetzt, da die entgeltlichen Entscheidungen von deren Mitgliedern, d.h. von den Oberkommandierenden der drei Waffengattungen der Streitkräfte sowie vom leitenden General der *Carabineros* getroffen wurden. Die Gesetzesvorlagen wurden von Beiräten studiert, die das Sekretariat der Legislative bildeten, welches wiederum durch Anwälte geleitet wurde, die den Heeresinstitutionen angehörten und ihrerseits durch vier "Gesetzgebende Kommissionen" unterstützt wurden, die aus Offizieren der Streitkräfte und der *Carabineros* sowie einer begrenzten Zahl von Zivilisten bestanden. Seit der Verfassung von 1980 gab es gemäß den in deren Übergangsartikeln festgehaltenen Punkten eine bescheidene Gewaltenteilung, da Pinochet mit dem Ablegen des Eides als verfassungsmäßig bestimmter Präsident aus der Junta ausscheiden musste. Dies änderte jedoch nichts an der zentralen Autoritätsstruktur, die in der starken Konzentration von Kompetenzen im Amt des Präsidenten bestand und die für einen nach alter zentralistischer Tradition, die seit der spanischen Herrschaft unter den Bourbonen bestand, zentralisierten Staat kennzeichnend war.

Folglich war das Regime Pinochets autoritär im Sinne der begrifflichen Abgrenzung von Linz (1978), aber es zeichnete sich durch einen sehr hohen Grad der Beteiligung von Militärs aus, die sich wiederum dem dominierenden Gewicht der regierenden Elite des Regimes und dem fast 17 Jahre lang dominierenden politischen Führungsstil dankten.

6. Legitimierung durch die Wählerschaft

Die Legitimierung durch die Wählerschaft wurde bei zwei Gelegenheiten erfolgreich angewendet, was Pinochet das Argument verschaffte, dass seine Position als Staatsherr den Willen des Volkes widerspiegelte. In beiden Fällen handelte es sich um Wahlen ohne Gegenkandidaten: die Rede ist von der "Befragung" vom 4. Januar 1978 und der Volksabstimmung vom 11. September 1980.

Im ersten Fall bewies Pinochet, genügend politisches Durchsetzungsvermögen zu besitzen, um sich gegen den Widerstand der anderen Junta-Mitglieder und von wichtigen zivilen Anhängern durchzusetzen. Letztere kritisierten die Initiative, weil sie zu einer größeren Personifizierung der

Macht führte und weil sie fürchteten, dass er eine Niederlage erleiden könnte, was eine Gefährdung der Stabilität des Regimes bedeutete. Die "Befragung" wurde angesichts einer Resolution der Vereinten Nationen gegen die Regierung wegen der Situation der Menschenrechte übereilt durchgeführt.⁴ Anfangs wurde sie von General Leigh abgelehnt, sie fand keine Unterstützung durch die Marine und wurde auch nicht vom *Controlador General* der Republik gebilligt; außerdem wurde sie von wichtigen zivilen Beiräten als überaus riskantes Abenteuer betrachtet. Pinochet schaffte es, das Amt des *Controlador* umzubesetzen und mit dem Arbeitsminister Sergio Fernández einen Mann seines Vertrauens zu ernennen, der das Dekret zur Einberufung der "Befragung" amtlich weiterleitete. Der Text der "Befragung" setzte die Verteidigung des Landes mit der Person Pinochets gleich, wenn er auch gleichzeitig andeutete, dass die Personifizierung der Macht innerhalb einer Dynamik der Institutionalisierung vonstatten ging. Sie lautete: "In Anbetracht der internationalen Aggression, der sich unser Vaterland ausgesetzt sieht, unterstütze ich Präsident Pinochet in seiner Verteidigung der Würde Chiles und bekräftige die Legitimität der Regierung der Republik, um den Prozess der Institutionalisierung des Landes souverän anzuführen."⁵

Über die Tatsache hinaus, dass die Wahl ohne die Existenz eines Wählerverzeichnisses stattfand – es gab keine Wahlregister, da diese nach dem Staatsstreich verbrannt worden waren, und die Bevollmächtigten der Wahlpräsidien waren Anhänger Pinochets – schaffte es das Regime, weite Kreise der Wähler zu mobilisieren. Durch die Kontrolle der Medien, die entschlossene Unterstützung unterschiedlicher Gruppen und wichtiger Persönlichkeiten unter den Zivilisten, was insbesondere für die Bewegung des *gremialismo* (*gremio* = Zunft, Innung) zutraf, und das Nichtvorhandensein einer Opposition, die gegen die Befragung hätte mobil machen können, konnte Pinochet den Triumph erlangen, den er brauchte, um seine Autorität und seine Macht zu festigen. Es wählten 5.349.172 Personen, von denen 75% den offiziellen Vorschlag unterstützten; nur 20% stimmten dagegen; es gab 5% ungültige Stimmen (siehe Tabelle 3).

⁴ Die Resolution, die die Regierung verurteilte, wurde von 96 Staaten, darunter auch den USA, gebilligt, während 14 Länder sie ablehnten und 26 Länder sich enthielten (Cavallo et al. 1989: 179).

⁵ Als ob dies nicht genug wäre, wurde auf den Wahlzetteln neben der Alternative "Ja" die chilenische Nationalflagge und neben der Option "Nein" ein schwarzes Kästchen aufgedruckt.

Tabelle 3:
Die Wahlresultate ohne Gegenkandidaten während des Pinochet-Regimes

	Befragung 1978	Volksabstimmung 1980	Volksabstimmung 1988
Ja	4.012.023 (75,0%)	4.204.879 (67,0%)	3.119.110 (43,01%)
Nein	1.092.226 (20,2%)	1.893.420 (30,0%)	3.967.579 (54,71%)
Ungültig	244.921 (4,8%)	172.569 (3,0%)	165.254* (2,28%)
Gesamt	5.349.170	6.270.868	7.251.943

* Summe der ungültigen Stimmen (94.594 = 1,31%) und der *votos blancos* (70.660 = 0,97%).
Quelle: Dirección de Registros Electorales.

Die Volksabstimmung von 1980 wurde zur Ratifizierung der politischen Verfassung einberufen, die von einer Studienkommission erarbeitet worden war, die aus von der Regierung bestimmten und dementsprechend regierungstreuen Juristen bestand. Diese Kommission erarbeitete einen Vorentwurf, der vom Staatsrat überprüft wurde. Der Leiter des Staatsrats war Ex-Präsident Jorge Alessandri, aber Pinochet überhörte dessen Urteile und Kommentare und setzte die Abfassung eines endgültigen Textes durch, der sich erheblich von den Anregungen Alessandris unterschied und letztendlich zu dessen Bruch mit dem General führte.⁶ Bei dieser erneuten Wahl ohne Gegenkandidaten wurde eine gewisse politische Mobilisierung der Opposition gestattet, wenn auch die Kontrolle über die Presse und über den Wahlakt selbst nicht gelockert wurde. Die Wahlbeteiligung war höher als bei der "Befragung"; es gingen 6.271.868 Wähler zu den Urnen, wobei 67% mit "Ja" und 30% mit "Nein" stimmten; nur knapp 3% der Stimmen waren ungültig (siehe Tabelle 3). Diese Wahl ohne Gegenkandidaten wurde auch durchgeführt, um die Verfassung von 1980, die zwei geänderte Texte enthielt, zum zweiten Mal zu ratifizieren. Auf der einen Seite gab es den endgültigen Text, dessen permanente Artikel von einem Modell der *beschützten und autoritären Demokratie* inspiriert waren, das eine beschränkte und unter der Treuhandschaft der Militärs stehende Demokratie vorsah, die erst nach acht Jahren Realität werden sollte. Auf der anderen Seite gab es eine Reihe von Übergangsartikeln, die die Frage der Nachfolge regelten und das Fortbestehen der Junta für die achtjährige Amtsperiode des Präsidenten festlegte, in der Voraussicht, dass es sich um deren erste von der Verfassung abgesegnete Legislaturperiode mit Pinochet als Präsidenten handeln würde. Diese sollte

⁶ Dennoch stimmte Alessandri mit "Ja" in der Volksabstimmung (vgl. Boetsch 1998). Die gleiche Meinung wird von Arancibia et al. geteilt (Arancibia et al. 1996).

von einer weiteren, ebenfalls von Pinochet angeführten Periode abgelöst werden, deren Ausgangspunkt eine dritte Volksabstimmung war, bei der dieser sich mit Leichtigkeit durchsetzen sollte und die er am Ende der achtjährigen "verfassungsmäßigen" Periode, die 1981 begann, einberief.⁷ Diese dritte Wahl ohne Gegenkandidaten wurde am 5. Oktober 1988 durchgeführt und das Resultat sollte dieses eine Mal zu Ungunsten ihrer Initiatoren ausfallen.

7. Die Funktionen der Führerschaft in einem dualistischen Staat

Die Doppelrolle Pinochets – institutionell als Staatsschef und politisch als Anführer der regierenden zivil-militärischen Koalition – drückte sich in einer politischen Ordnung aus, die in einem "dualistischen Staat" (Fraenkel 1984) bestand, der seine aktive Mitwirkung erforderte. Auf der einen Seite zeichnete sich das Regime durch die umfangreiche Anwendung von Zwangsmitteln aus, deren humanitäre Kosten äußerst hoch waren – mehr als 2.000 Personen wurden ermordet, Tausende verhaftet und gefoltert, viele zum Verlassen des Landes gezwungen (*Informe Rettig* 1991). Diese Aktionen wurden zu einem guten Teil von Angehörigen der DINA durchgeführt, die einige Wochen nach dem Staatsstreich auf Initiative Pinochets gegründet wurde und die direkt von ihm und nicht von den Mitgliedern der Junta abhing, obwohl deren Gründung von dieser gebilligt worden war. Pinochet schuf die DINA nicht nur, um mit ihrer Hilfe gegen die Opposition vorzugehen, sondern auch, um eine Kontrolle über seine Anhänger, einschließlich der Minister und hohen Beamten des Regimes, auszuüben. Diese Bespitzelung der Anhänger Pinochets durch die DINA führte zu Spannungen in der Regierungskoalition und brachte Jaime Guzmán dazu, sich von Contreras zu distanzieren und die Aktionen der DINA zu verurteilen. Dabei war der Grund der Distanzierung nicht das Ausmaß der von dieser Organisation begangenen Menschenrechtsverletzungen, die von ihrem Anführer mit dem angeblich in jenen Jahren im Land existierenden Bürgerkriegszustand gerechtfertigt wurden; der Widerstand Guzmáns gegen die Maschinerie von Contreras stammte vielmehr aus einer späteren Phase und gründete sich eher auf der Tatsache, dass er seine politischen Rechte bedroht sah, als dass es

⁷ Ursprünglich dauerte die Regierungsperiode nach der Volksabstimmung von 1989 16 Jahre, aber diese Dauer wurde wegen des besseren Bildes in der Öffentlichkeit auf zwei jeweils achtjährige Perioden geändert (vgl. Fernández 1994).

sich um eine Ablehnung der zur Bekämpfung der linken Opposition angewandten Methoden gehandelt hätte (Gonzalo Rojas et al. 1996).

8. Wirtschaftliche Reformen mit politischen Zielen

Auf der anderen Seite zeichnete sich das Militärregime durch die Durchführung eines umfassenden und weitreichenden Programms wirtschaftlicher Reformen aus. Dieses Programm wurde von einem Wirtschaftsteam vorangetrieben, dem zahlreiche Ökonomen, Ingenieure und Anwälte angehörten und das als Gruppe der *Chicago Boys* bekannt war (Fontaine 1988; Silva 1992). Diese Experten aus der Praxis hatten alle einen ähnlichen Ausbildungsweg durchlaufen – überwiegend hatten sie an der Universidad Católica studiert und danach ein Aufbaustudium an der Universität von Chicago absolviert – und teilten eine politische Sozialisation, welche sich in ihrem Fall auf die Kämpfe im Zusammenhang mit der Hochschulreform und den Widerstand gegen die Allende-Regierung gründete. Diejenigen, die von der Universidad Católica stammten, hatten der von Jaime Guzmán in den sechziger Jahren gegründeten Bewegung des *gremialismo* angehört und aktiv an den politischen Kämpfen teilgenommen, die innerhalb der besagten Hochschule und gegen die Allende-Regierung stattfanden (Huneeus 1973). Die Technokraten hatten deswegen eine fest definierte politische Position, die politische Entwicklung des Landes war ihnen nicht gleichgültig. Das Wirtschaftsteam handelte in der Verfolgung politischer Ziele und in enger Zusammenarbeit mit der Bewegung des *gremialismo*. Beide Gruppen blickten nicht nur auf eine gemeinsame Geschichte vor dem Staatsstreich zurück, sondern sie arbeiteten auch unter dem Militärregime eng zusammen und ergänzten gegenseitig ihre Fähigkeiten und Interessen: die Mitglieder des *gremialismo* schätzten die entscheidende politische Wirkung des Erfolgs der wirtschaftlichen Führung für die Legitimierung der *beschützten und autoritären Demokratie*, und die *Chicago Boys* schätzten ihrerseits die Bedeutung, die sie der Existenz eines autoritären Kontextes verdankten und durch die sie ihre Entscheidungen vorantreiben konnten, ohne mit einer Einmischung der Gewerkschaften und der Oppositionsparteien, die in einer Demokratie solche Maßnahmen angefochten hätten, rechnen zu müssen.

In Wirklichkeit hatten die wirtschaftlichen Reformen zwei Arten von politischen Zielen: Das kurzfristige Ziel war, mit ihrem Ertrag die Legitimierung des autoritären Regimes zu unterstützen und zu dessen Konsolidierung beizutragen; auf lange Sicht waren sie darauf ausgerichtet, die Beziehungen zwischen dem Staat und der Gesellschaft im Rahmen einer Privatwirtschaft

neu zu definieren, womit neue politische Kräfte stimuliert werden sollten, um Pinochet zu unterstützen, sowie mit der bevorzugten Stellung der Parteien des Zentrums und der Linken Schluss zu machen (Feigenbaum/Henig 1993; 1994). Diese Wende sollte nach der Rückkehr der Militärs in die Kasernen und der im Anschluss erforderlichen Wahl eines Nationalkongresses die Entstehung einer rechten Wählermehrheit unterstützen, sobald die endgültige Form der Verfassung von 1980 in einem Kontext der beschränkten und unter der Treuhandschaft der Militärs stehenden Demokratie Anwendung finden würde.

Die politische Rolle Pinochets zeichnete sich durch seine politische Fähigkeit zur Integration beider Seiten aus, indem er – wenn auch aus der Distanz – die irrationale Situation leitete, die einerseits auf der Methode der Kriegführung und der Eliminierung der Feinde basierte und andererseits auf einem wirtschaftlichen Management, das die Privatinitiative und den Markt durch eine Zunahme der wirtschaftlichen Freiräume und der unternehmerischen Initiative stärken sollte. Nach dem politischen Plan des Regimes sollten die Zeit und der wirtschaftliche Erfolg die Spuren des Zwangs verwischen. Diese sollten vielmehr als bedauernswerte Kosten des politischen Desasters der *Unidad Popular* und der wirtschaftlichen Transformation aufgefasst werden.

9. Ein starker Diktator, aber ohne unbegrenzte Autorität

Pinochet verfügte über ein umfangreiches und gut organisiertes Team von militärischen wie auch zivilen Mitarbeitern, das es ihm erlaubte, die wichtigsten Orientierungen der Regierung auf einem konstanten und direkten Kurs zu halten. Dieses Beraterteam bestand aus dem Beratungskomitee der Junta (COAJ) und dem Präsidentenstab, die beide in einer wirksamen und modernen Beratungsorganisation des Präsidenten zusammenliefen, welches es ihm ermöglichte, sowohl über den Gang der Regierung unterrichtet zu sein als auch beim Auftreten von Problemen die geeigneten Entscheidungen zu treffen.

Pinochets Macht und Autorität waren nicht absolut, da es sich nicht um ein totalitäres Regime handelte. Dessen Grenzen rührten in erster Linie von der Beteiligung der militärischen Institutionen an der politischen Macht bzw. von denen jede ihre Autonomie in der Verwaltung und bei der Entscheidung über eine Beförderung ihrer Mitglieder beibehielt. Außerdem achteten sie darauf, dass sich die Arbeitsweise der Regierung an die in der Bürokratie der öffentlichen Verwaltung festgelegten Verfahrenswege hielt, um Missbräuche

und Exzesse aufgrund der hohen Personifizierung der Macht zu verhindern. Diese Zustimmung der Militärs zur institutionellen Ordnung erklärt es, dass sie die Niederlage bei der Volksabstimmung 1988 respektierten und den von der Verfassung vorgesehenen Weg der Einberufung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen beibehielten.

In zweiter Hinsicht gab es eine gewisse Gewaltenteilung, da die Funktion der Legislative durch die Junta ausgeübt wurde, und zwar nach der Regel des einstimmigen Beschlusses ihrer Mitglieder, was für Pinochet bedeutete, dass er die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen der Streitkräfte und den Direktor des Korps der *Carabineros* überzeugen musste, um seine Ziele zu erreichen. Tatsächlich hinderte ihn dieses Prinzip bei zahlreichen Gelegenheiten daran, alles zu erreichen, was er sich vorgenommen hatte. Dennoch darf deren Macht nicht überschätzt werden (Barros 1996), denn in entscheidenden Fragen konnte sich Pinochet immer gegen die anderweitige Meinung der übrigen Junta-Mitglieder durchsetzen. Dies geschah anlässlich der Einberufung der "Befragung" von 1978, bei der Bestimmung des endgültigen Textes der Verfassung von 1980, bei seiner Nominierung als Kandidat der Volksabstimmung von 1988 und bei einigen der wirtschaftlichen Reformen, etwa der Privatisierung des Rentensystems.

An dritter Stelle erlegte das vom Regime begründete Geflecht der Institutionen selbst der persönlichen Macht Pinochets gewisse Grenzen auf, was insbesondere für die in der Verfassung von 1980 vorgesehene Regelung der Nachfolge galt, die seiner Autorität durch die zeitliche Begrenzung seiner Amtszeit Schranken setzte und ein Verfahren festlegte, mit welchem er seine Präsidentschaft erneuern musste – nämlich die Volksabstimmung von 1988, die sich schließlich als seine entscheidende Niederlage erwies (Huneeus 1987).

10. Pinochets Unterstützung durch zivile Gruppen

Die Macht Pinochets kann nicht allein durch die Kontrolle der DINA über die Armee und die Unterstützung seitens der übrigen Gliederungen der Streitkräfte erklärt werden. Man muss dafür auch die Hilfe der zivilen Gruppen und Persönlichkeiten in der Regierung berücksichtigen.

Die Regierungskoalition bestand aus einer heterogenen Zahl von Gruppen und Persönlichkeiten, die aus den vor dem Staatsstreich existierenden Parteien und Bewegungen der Rechten stammten, sowie aus Offizieren im Dienst und in der Reserve der drei Waffengattungen der Streitkräfte und des Korps der *Carabineros*. Der zivil-militärische Charakter der Regierungsko-

lition beeinflusste die Machtstrukturen und die Politik des Regimes dahingehend, dass sie diesem einen autoritären Charakter verlieh und es von dem traditionellen Militärregime entfernte, das in der umfangreichen Literatur zum politischen Verhalten der Militärs eingehend untersucht wurde. Während die zivilen Gruppen im Laufe der 17 Jahre unterschiedliche Grade an Einfluss und Macht besaßen, bildete die zahlenmäßig hohe und konstante Beteiligung der Militärs am politischen System das Rückgrat von dessen politischer Elite.

Die Zivilisten stammten aus vier Gruppen des rechten Spektrums, die zum Zeitpunkt des Staatsstreichs existierten. Weiter oben wurde eine dieser Machtgruppen betrachtet, nämlich das Wirtschaftsteam, das aus zahlreichen Experten aus dem Unternehmerlager bestand und während der siebziger Jahre unter der Führung des Ökonomen Sergio de Castro, in den achtzigern dann unter der des Ingenieurs Hernán Büchi stand.

An zweiter Stelle kamen die so genannten "Alessandrinen", ehemalige Minister und Mitarbeiter der Regierung von Präsident Jorge Alessandri (1958-1964), die diesem bei seiner späteren politischen Aktivität, besonders seiner gescheiterten Präsidentschaftskampagne im Jahr 1970, zur Seite standen. Es handelte sich um Personen ohne Parteizugehörigkeit, die den Parteien und dem Parlament sehr kritisch gegenüberstanden und die neben ihrer Tätigkeit auf Regierungsposten oder als politische Berater dem politischen Projekt des autoritären Regimes zu einer gewissen Legitimität verhelfen, und zwar gerade durch die Ablehnung der Parteien und der Rolle des Kongresses, was beim Modell der "beschützten und autoritären Demokratie" von zentraler Bedeutung war. Alessandri hatte, als er Anfang 1976 die Präsidentschaft des Staatsrats⁸ akzeptierte, den naiven Anspruch, dass sein Beitritt zum Machtapparat eine große Gelegenheit sein würde, die Gestaltung der neuen Verfassung zu beeinflussen. Alessandri musste es hinnehmen, dass Pinochet eine Verfassung mit erheblichen Diskrepanzen zu seinen politischen Auffassungen verkündigte; darüber hinaus war er bei der Volksabstimmung am 11. September 1980 gezwungen, mit "Ja" zu stimmen und wagte es nicht, sich zu enthalten oder mit "Nein" zu stimmen, wozu ihn die demokratische Opposition aufgerufen hatte.

An dritter Stelle stehen Persönlichkeiten, die zur Nationalen Partei (*Partido Nacional*, PN) gehörten, die 1966 aus der Zusammenkunft der Führer

⁸ Dieser wurde durch das Verfassungsprotokoll Nr. 1, D. L. 1319 vom 9. Januar 1976 gegründet. Anfangs sollte der Rat auch eine beratende Funktion für die Junta haben, wie Pinochet in seiner Rede vom 11. Dezember 1975 ankündigte.

und Mitglieder der traditionellen Parteien der Rechten, des *Partido Conservador* und des *Partido Liberal*, gemeinsam mit der nationalistischen Partei der Nationalen Aktion (*Acción Nacional*) gegründet wurde. Letztere war ihrerseits von Jorge Prat gegründet worden und als solche die Erbin des nationalistisch geprägten politischen Gedankenguts, das Anfang der fünfziger Jahre in der Zeitschrift *Estanquero* sein Sprachrohr hatte. Da der Diskurs des Regimes parteienfeindlich war und dieses die Geschichte der chilenischen Politik vor dem Staatsstreich verurteilte, trafen die Führer der PN bei den Militärs nicht auf offene Arme; vielmehr waren sie für diese mit denselben Defekten verseucht, die die übrigen Parteien auszeichneten und somit mitverantwortlich für die Krise der Demokratie. Sie hatten ihre größte Chance 1983, als der frühere Präsident der PN, der Ex-Senator Sergio Onofre Jarpa, in einem politisch heiklen Moment, der durch die Wirtschaftskrise ausgelöst worden war, zum Innenminister ernannt wurde. Pinochet musste eine Politik der Liberalisierung anordnen, die die Rückkehr von vielen Exilierten einbezog, und weiterhin Parteien sowie eine umfassende politische Mobilisierung zulassen, die durch die Gewährung größerer Freiräume für die Opposition befördert wurde.

11. Die Rolle des *gremialismo* und Jaime Guzmáns

Die vierte und – wenigstens bis 1983 – einflussreichste Gruppe bildete die Bewegung des *gremialismo*, die in den sechziger Jahren von Jaime Guzmán an der Universidad Católica gegründet worden war und die bei der Begründung des Militärregimes die bedeutendste rechte Gruppe unter der Studentenbewegung war.

Der *gremialismo* war diejenige Gruppe, die während des autoritären Regimes eine klare Machtstrategie verfolgte, welche unter anderem die Besetzung einer großen Zahl von Positionen im politischen System, insbesondere in der ODEPLAN und im Generalsekretariat der Regierung, vorsah. Ohne auf eine eigentliche Organisation zählen zu können, da das Regime die Alternative der Institutionalisierung durch eine offizielle Partei ablehnte, verfügte diese Gruppe über einen hohen inneren Zusammenhalt, der sich auf die gemeinsame Geschichte ihrer Mitglieder vor dem Staatsstreich gründete. Dieser innere Zusammenhalt verschaffte ihnen ein umfangreiches Netz von persönlichen Loyalitäten und sie teilten gemeinsames Gedankengut, das ihnen bedeutende Argumente zur Rechtfertigung ihres politischen Verhaltens im Kampf um Ideale statt um Machtquoten verschaffte. Außerdem konnten sie mit Guzmán auf einen Führer zählen, der sich durch ein außer-

gewöhnliches Organisationstalent, hervorragende kommunikative Fähigkeiten sowie sein großes politisches Talent und Geschick auszeichnete und den Aktionen der Bewegung Zusammenhalt und Antrieb bescherte. Sein Einfluss bei der Jugend und unter den Experten im Berufsleben war so groß, dass er die politische Zeitschrift *Realidad* gründete, in der er auf der Höhe seines Ruhmes und bevor das Regime das Erscheinen von politischen Zeitschriften überhaupt genehmigte, seine Auffassungen verbreitete.⁹

Guzmán war von Anfang an ein wichtiger Berater der Junta und Pinochets; er arbeitete intensiv an der Vorbereitung von zahlreichen Entwürfen, Reden und Gesetzesprojekten, die die unterschiedlichsten Themenbereiche betrafen. Auf diese Weise konnte er seine politischen Ideen im Denken der Angehörigen der neuen Regierung verankern und gleichzeitig sämtliche Aspekte der neuen politischen Ordnung abdecken. Durch die aktive Beteiligung an den Kommunikationsmedien wurde er zur wichtigsten Figur unter den Zivilisten des Regimes; so rechtfertigte er zum Beispiel die Repression durch den "dualistischen Staat". Guzmán übte diese umfassende und vielschichtige politische Aktivität aus, ohne dass er einen offiziellen Posten hätte besetzen müssen, der ihn in die Hierarchie eingebunden und damit seinem Handlungsspielraum Schranken auferlegt hätte. Um ihn herum gruppierten sich zahllose zivile Vertreter des Regimes, die aus ganz unterschiedlichen Berufssparten stammten, wie zum Beispiel Sergio Fernández und Hernán Büchi, sowie zahlreiche Minister und Unterstaatssekretäre.¹⁰

Guzmán entwickelte sich in seinen politischen Einstellungen zusammen mit den neuen Verhältnissen weiter. Anfangs war er ein entschiedener Anhänger des Franco-Regimes und dachte, dass sich mit Pinochet sein Traum des "Generalísimo de los Ejércitos y Caudillos de España", eine von den westlichen Demokratien grundlegend unterscheidende politische Ordnung, erfüllen würde.¹¹ Später, als die dritte Demokratisierungswelle begann, ent-

⁹ Die Zeitschrift existierte zwischen Juni 1979 und Dezember 1983 und es erschienen insgesamt 55 Hefte. Der Grund für ihr Verschwinden lag in wirtschaftlichen Problemen begründet, deren Ursache wiederum der Einflussverlust von Sergio Fernández nach dessen Ausscheiden aus dem Innenministerium war sowie im Verlust leitender Positionen im Generalsekretariat der Regierung nach der Ernennung von Francisco Javier Cuadra zum Minister Anfang 1974 gesehen werden können.

¹⁰ Fernández wurde von Pinochet 1990 zum designierten Senator ernannt. Bei den Parlamentswahlen von 1997 wurde er von der XII. Region zum Senator gewählt. Büchi ist Präsident des wichtigsten Zentrums für die Unterstützung der Abgeordneten der Opposition, dem *Instituto Libertad y Desarrollo*.

¹¹ In seinem letzten Jahr auf der Schule schrieb Guzmán häufig für die Schülerzeitschrift (*Revista Escolar*) seiner Schule "Los Sagrados Corazones de Alameda". Dort hieß es

wickelte er sich in seiner politischen Position weiter und wies Pinochet die gleiche Rolle zu, die Franco für die Zeit nach seinem Tod vorsah und die nicht sein erklärtes Ziel gewesen war: das Land in eine politische Ordnung zu überführen, in der **sie** in einem von der Verfassung von 1980 abgesegneten Szenarium der beschränkten und unter Treuhandschaft stehenden Demokratie weiter regieren könnten. Als Pinochet sich nach der Volksabstimmung von 1980 in seiner Autorität autonomer fühlte und die Unterstützung der aus den Reihen der PN stammenden Politiker in Anspruch nahm, änderte Guzmán seine politische Position ein drittes Mal und gab seine ablehnende Haltung gegenüber den Parteien und dem allgemeinen Wahlrecht, die ihn während der ersten zehn Jahre des Regimes charakterisiert hatte, auf, um nun zur Organisation einer politischen Partei, der UDI, überzugehen. Nach dem Ende des Autoritarismus kam seine vierte Phase: Ausgehend von seiner kühnen Verhandlung mit der *Concertación* über die Präsidentschaft des Senats, wurde er zu einem bedeutenden Akteur in der Demokratie und konnte so in drastischer Form mit dem Bild des Mannes des Autoritarismus aufräumen und anfangen zu beweisen, dass er ein Demokrat war. Diese Änderungen in seiner Haltung waren keineswegs immer Ausdruck von Opportunismus, sondern er betrachtete sie als notwendig, um seine Machtstrategie, die Rechte erneut zum bedeutendsten politischen Akteur Chiles zu machen, den neuen Verhältnissen anzupassen.

Seine Nähe zu Pinochet war funktional hinsichtlich der Entfaltung seines ehrgeizigen politischen Plans, wobei er sich nicht immer gelehrt dessen Ambitionen der Personifizierung der Macht fügte. In der Tat war es das Ziel seiner entschiedenen Unterstützung zur Institutionalisierung des Regimes, Pinochet an eine politische Ordnung zu binden, die sich nach der Verfassung richtete und dessen Ausübung von Macht Schranken auferlegte. Guzmán verfügte über genügend Intelligenz und Persönlichkeit, um die Loyalität zum General mit der Treue zu seinen eigenen politischen Interessen zu vereinen. Seine dramatische Ermordung 1991 durch eine Terrorgruppe besiegelte auf unerwartete Weise seine politische Karriere; von seinen Anhängern wird er seither als erster Märtyrer der Demokratie präsentiert.

u.a.: “¡Viva Franco, arriba España!”. Er verteidigte das Franco-Regime gegen Vorwürfe und bewies eine umfassende Kenntnis des Regimes. In seinen ersten Studentenjahren war er Mitarbeiter der FIDUCA, einer ultrarechten Organisation, für deren Zeitschrift er zahlreiche Artikel schrieb. Mein Dank gilt Prof. Renato Cristi von der Wilfried-Laurier-University in Kanada, das er mir diese wichtige Dokumentation über die politische Vergangenheit des Begründers des “Gremialismus” verschafft hat.

12. Der Widerspruch im General: Pragmatismus und Strenge in der Führung

Die vorliegende Diskussion der Grundlagen der Autorität und Macht Pinochets hat zu zeigen versucht, dass diese vielfältig waren und dass sich seine Führerschaft auf unterschiedliche Grundlagen stützte, die von institutionellen politischen Mitteln im engeren Sinne bis zu nicht-institutionellen politischen Mitteln, etwa der Unterstützung durch die DINA und General Contreras, reichten. Dies war nur möglich, weil er eine gewisse Flexibilität in der Gestaltung der politischen Strategien anwendete, indem er vom Mittel des Zwangs absah, wenn er davon überzeugt war, dass dessen Kosten für die Erhaltung der Macht zu hoch waren. Eine lange autoritäre Herrschaft, die sich in mehrmaligen Kurswechseln äußerte, die Pinochet in der politischen Ausrichtung des Regimes vornahm, kann nicht ohne diese Flexibilität erreicht werden.

Die erste politische Richtungsänderung führte er in den ersten Monaten des Jahres 1974 durch, als er die Führung durch ein Kollegium ablehnte und eine Konzentration der Befehlsgewalt im Amt des Präsidenten durchsetzte. Das zweite Mal geschah dies 1977/78, als er eine Form der Regierung aufgab, die dem traditionellen Modell des Militärregimes entsprach und sich als unwirksam für seine Ziele erwies, da es ihn in die internationale Isolierung getrieben hätte. Unter diesen Umständen entschied er sich dazu, wie er in der Rede von Chacarillas im Juli 1977 ankündigte, den Weg der Institutionalisierung einzuschlagen, der zur Ratifizierung durch Wahlen ohne Gegenkandidaten und zur Begründung der Verfassung von 1980 führte. Der nächste Kurswechsel fand 1983 anlässlich der Wirtschaftskrise und der dadurch ausgelösten politischen Krise statt und bestand im Vorantreiben einer Politik der politischen Liberalisierung und der massiven Anwendung von Zwangsmitteln, die es ihm gestattete, ein neues Gleichgewicht für das politische System auf der Grundlage der Inanspruchnahme anderer politischer Verbündeter und der Gewährung von gewissen Konzessionen beim Wirtschaftsmodell zu finden. Als die Krise überwunden war, kehrte er zur vorherigen Wirtschaftspolitik zurück und nahm die Unterstützung derselben Verbündeten in Anspruch, die ihn 1980 zum Sieg geführt hatten, um die dritte Wahl ohne Gegenkandidaten zu gewinnen. Diese weitere Richtungsänderung hatte, wie man gesehen hat, kein glückliches Ende.

Nach der Niederlage in der Volksabstimmung von 1988 erlangte Pinochet sehr schnell wieder die politische Initiative, die sich in einer Politik der zwei Fronten ausdrückte. Einerseits verfolgte er eine "Verschleierungstak-

tik", indem er mit der Opposition über eine Verfassungsreform verhandelte, wodurch er die Demontage der Verfassung von 1980 verhinderte. Andererseits setzte er die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen und administrativen Verfügungen durch, die die Demokratie fesselten und ihr Funktionieren erschwerten, so dass die Opposition über keine völlige Handlungsfreiheit verfügen würde. Diese Gesetze sollten auch verhindern, dass die Regierung der *Concertación* die Wirtschaftsreformen revidieren könnten, was vor allem für die Privatisierungen galt, von denen einige mit großen Unregelmäßigkeiten durchgeführt worden waren und zu einer Bereicherung von hohen Beamten und deren Familienmitgliedern geführt hatten. Mit diesen Verfügungen schaffte sich Pinochet außerdem eine Grundlage, um nach Übergabe der Präsidentschaft weiterhin an der Politik mitwirken zu können.

Dennoch und obwohl er jeden seiner Schritte berechnet hatte, war Pinochet schließlich und endlich nicht zu jenem wichtigen Schritt fähig, den ein bedeutender politischer Führer tun muss, um einen gebührenden Platz in der Geschichte zu erhalten: sich im geeignetsten Moment in aller Würde aus der Politik zurückzuziehen. Dies hätte nicht nur die Übergabe der Präsidentschaft an den Kandidaten, der aus den ersten demokratischen Wahlen hervorgehen würde, sondern auch sein Ausscheiden aus der Führung der Armee und den Verzicht darauf, weiterhin direkten Einfluss auf die Politik zu besitzen, bedeutet. Im Gegensatz zu dem, was die Oppositionsführer bei den Verhandlungen über die Verfassungsreform von 1989 erwarteten, nämlich dass Pinochet das Amt des Präsidenten und die Führung der Armee abgeben würde, um sich eine politische Karriere außerhalb des Machtapparates zurechtzulegen, so wie dies vorher General Carlos Ibañez getan hatte, bewahrte der alte General seine Stellung als Oberbefehlshaber der Armee. Dieser Schritt war ein Irrtum, weil durch ihn sein Bild eines Gegners der Demokratie auf ganz offenkundige Weise erhalten blieb.

Schlussendlich war Pinochets politisches Ende denkbar ungünstig: Von der internationalen Justiz verfolgt, während er das Land besuchte, das er am meisten bewunderte. Das soll nicht heißen, dass sein Einfluss mit seinem Tod verschwinden wird. Dieser wird vielmehr in den Köpfen der Chilenen weiter wirken: Ein bedeutendes Segment der Bevölkerung wird ihn mit Zuneigung und Bewunderung in Erinnerung behalten, während der Rest des Landes ihn mit Distanz und Ablehnung sehen wird. Wenn eine "*dictablanda*" ('*sanfte* Diktatur') wie von General Ibañez (1926-1931) noch eine Generation später Spuren bei einem Teil der Chilenen hinterließ, so wird eine

“dictadura” (‘harte Diktatur’) wohl schwerlich geringere Spaltungen hinterlassen.

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan (1993): *Chile de Alessandri a Pinochet: en busca de la utopía*. Santiago.
- Arancibia, Patricia/Góngora, Alvaro/Vial, Gonzalo (1996): *Jorge Alessandri 1896-1986. Una biografía*. Santiago.
- Aylwin, Patricio (1998): *El reencuentro de los demócratas*. Santiago.
- Barros, Robert J. (1996): *By Reason and Force: Military Constitutionalism in Chile, 1973-1989*. Tesis doctoral de la Universidad de Chicago (no publicada), Departamento de Ciencia Política.
- Beyme, Klaus von (1971): *Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur – Machtelite und Opposition in Spanien*. München.
- Blaustein, Eduardo/Zubieta, Martín (1998): *Decíamos ayer. La prensa argentina bajo el proceso*. Buenos Aires.
- Blondel, Jean (1995): *Comparative Government. An Introduction*. London.
- Boetsch, Eduardo (1998): *Recordando con Alessandri*. Santiago.
- Brooker, Paul (1995): *Twentieth-Century Dictatorships. The Ideological One-Party States*. London.
- Cavallo, Ascanio/Salazar, Manuel/Sepúlveda, Oscar (1989): *La historia oculta del régimen militar*. Santiago.
- Collier, David (Hrsg.) (1979): *The new Authoritarianism in Latin America*. Princeton.
- Feigenbaum, Harvey B./Henig, Jeffrey (1993): “Privatization and Democracy”. In: *Governance*, Bd. 6, Nr. 3, S. 438-453.
- (1994): “The Political Underpinning of Privatization”. In: *World Politics*, Bd. 46, Nr. 2, S. 185-207.
- Fernández, Sergio (1994): *Mi lucha por la democracia*. Santiago.
- Floria, Carlos A./García Belsunce, César A. (1988): *Historia política de la Argentina contemporánea*. Madrid.
- Fontaine A., Arturo (1988): *Los economistas y el Presidente Pinochet*. Santiago.
- Fraenkel, Ernst (1984): *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im “Dritten Reich”*. Frankfurt/Main.
- Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew (1966): *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. New York.
- García, Luisa (1988): “La crisis se alarga”. In: *Hoy*, Nr. 558, 28 Marzo al 3 de Abril 1988.
- (1987a): “¿Habrà matrimonio?”. In: *Qué Pasa*, 22 al 28 Enero 1987.
- (1987b): “En la cancha”. In: *Qué Pasa*, 26 Marzo al 1 de Abril 1987.
- (1988a): “Corrientes subterráneas”. In: *Qué Pasa*, 31 Marzo al 6 Abril 1988.
- (1988b): “La operación Guzmán. Cronología de la crisis y su futuro”. In: *Qué Pasa*, 24 al 30 Marzo 1988.

- González Pino, Miguel/Fontaine T., Arturo (Hrsg.) (1997): *Los mil días de Allende*. Santiago.
- Gonzalo Rojas Sánchez (1998): *Chile escoge la libertad. La Presidencia de Augusto Pinochet Ugarte*. 11.9.1973-11.3.1990, Bd. I. Santiago.
- Gonzalo Rojas S./Achurra, Marcela/Dussaillant, Patricio (Hrsg.) (1996): *Derecho Político. Apuntes de las clases del profesor Jaime Guzmán Errázuriz*. Santiago.
- Huidobro, Sergio (1989): *Decisión naval*. Valparaíso.
- Huneeus, Carlos (1973): *Movimiento estudiantil y generación de élites dirigentes*. Santiago.
- (1985): “La política de la apertura y sus implicancias para la inauguración de la democracia en Chile”. In: *Revista de Ciencia Política*, Bd. VII, Nr. 1, S. 25-84.
- (1987): “El efecto boomerang de la Constitución de 1980”. In: *Política y Espíritu*, Nr. 369.
- (1996): “En defensa de la transición: el primer gobierno de la democracia en Chile”. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Democracia y neocrítica en América Latina*. Frankfurt/Main.
- (1997): “La autodisolución de la ‘democracia protegida’ en Chile. Cambios institucionales y el fin del régimen del general Pinochet”. In: *Revista de Ciencia Política*, Bd. XIX, Nr. 1, S. 61-86.
- (o.J.): “El Ejército y la política en el Chile de Pinochet. Su magnitud y alcances”. In: *Opciones*, Nr. 15, S. 89-136.
- Informe de la Comisión de Verdad y Reconciliación* (1991): *Informe Rettig*. Santiago.
- Kershaw, Ian (1993): *The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation*. London.
- Kloten, Norbert (1991): *Die Transformation von Wirtschaftsordnungen*. Tübingen.
- Linz, Juan (1978): “Una teoría del régimen autoritario. El caso de España”. In: Payne, Stanley G. (Hrsg.): *Política y sociedad en la España del siglo XX*. Madrid.
- (1973): “Opposition to and Under an Authoritarian Regime: Spain”. In: Dahl, Robert A. (Hrsg.): *Regimes and Oppositions*. New Haven.
- Lowenthal, Abraham F. (1975): *The Peruvian Experiment. Continuity and Change under Military Rule*. Princeton.
- McClintock, Cynthia (1981): *Peasant Cooperatives and Political Change in Peru*. Princeton.
- Meller, Patricio (1996): *Un siglo de economía política chilena (1890-1990)*. Santiago.
- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism*. Berkeley.
- (1982): *1966-1973. El estado burocrático autoritario*. Buenos Aires.
- (1997): *Contrapuntos. Ensayos sobre autoritarismo y democratización*. Buenos Aires.
- O'Shea, Patricia (1987): “Paso a paso en derecha”. In: *Qué Pasa*, 5 al 11 de Febrero 1987.
- Payne, Stanley (1994): *The Franco Regime 1936-1975*. Madison.
- Pinochet, Augusto (1990): *Camino recorrido. Biografía de un soldado, Tomo I*. Santiago.
- Potash, Robert A. (1994): *El Ejército y la política en la Argentina, 1962-1973. De la caída de Frondizi a la restauración peronista, segunda parte*. Buenos Aires.
- Preston, Paul (Hrsg.) (1978): *España en crisis. Evolución y decadencia del régimen de Franco*. México, D.F.
- Salazar, Manuel (1994): *Quién, cómo, por qué*. Santiago.

- Silva, Patricio (1992): "Technocrats and Politics in Chile: From the Chicago Boys to the CIEPLAN Monks". In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 23, Nr. 2, S. 385-410.
- Stepan, Alfred (1978): *The State and Society. Peru in Comparative Perspective*. Princeton.
- Vergottini, Tomaso de (1991): *Miguel Claro 1359. Recuerdos de un diplomático italiano en Chile (1973-1975)*. Santiago.
- Whelan, James (1993): *Desde las cenizas. Vida, muerte y transfiguración de la democracia en Chile, 1933-1988*. Santiago.

Heinrich-W. Krumwiede

Die chilenische Regimetransformation im Rückblick

Der demokratischen Opposition in Chile gelang es mit friedlichen Mitteln, das autoritäre Regime zu überwinden. Sie schlug das Regime nach seinen eigenen Spielregeln, indem sie das in der Pinochet-Verfassung vorgesehene Plebiszit über seinen Verbleib an der Macht gewann. Der Prozess gegen Pinochet hat daran erinnert, mit welch weitgehenden Kompromissen diese friedliche Rückkehr zur Demokratie erkaufte wurde. So war die Opposition nicht nur bereit, die Selbstamnestierung der Militärs zu akzeptieren (*Informe* 1991). Sie nahm auch eine Verfassung in Kauf, die ihre Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränkte und nicht nur dem Militär, sondern auch Parteien und Institutionen, die das Regime unterstützt hatten, größere Einflussmöglichkeiten sicherte.

Die Frage drängt sich auf, ob es zu dieser Art der politischen Regimetransformation eine realistische Alternative gab. Zu untersuchen ist ferner, warum diese Strategie erfolgreich war, obwohl sie – was inzwischen weitgehend in Vergessenheit geraten ist – gravierende Risiken beinhaltete. Zu fragen ist auch, inwieweit diese Art der Regimetransformation die Konsolidierungschancen der Demokratie negativ oder positiv beeinflusst hat. Zunächst wird der Prozess der Regimetransformation beschrieben und auf Kosten und Risiken der gewählten Strategie eingegangen.

1. Die Regimetransformation: Art, Risiken und Kosten

1.1 Art

Das Plebiszit vom 5. Oktober 1988 über den Verbleib von Pinochet im Präsidentenamt war das entscheidende Ereignis im Prozess der chilenischen Regimetransformation. Es bedeutete den Durchbruch zur Ablösung des seit 1973 herrschenden autoritären Regimes und zur Wiederherstellung der Demokratie. Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 97% der Eingeschriebenen und 90% der Wahlberechtigten sprachen sich 54,7% gegen Pinochet aus, 43% für ihn (Huneeus 1990: 5). Die Präsidentschaftswahlen vom 14. Dezember 1989 bestätigten die im Plebiszit zum Ausdruck gekommene

politische Kräfteverteilung. Der Kandidat der demokratischen Opposition, Patricio Aylwin Azócar, zog 55% der Stimmen auf sich, auf die beiden Kandidaten, die dem autoritären Regime nahe standen, entfielen zusammen 44% (Hernán Büchi Buc: 29%, Francisco J. Erázuriz: 15%) (Hofmeister 1995: 229). Am gleichen Tag wurden auch die Kongresswahlen abgehalten. Die in der *Concertación de Partidos para la Democracia* zusammengeschlossenen wichtigsten demokratischen Oppositionsparteien vereinigten bei den Senats- und Kammerwahlen mehr als die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich. Am 11. März 1990 trat Aylwin sein Präsidentschaftsamt an. Damit gingen gut 16 Jahre autoritärer Regierung zu Ende (der Militärputsch hatte am 11. September 1973 stattgefunden). Das traditionell demokratische Chile (Valenzuela 1989; Hirsch-Weber 1982) war wieder zur Demokratie, allerdings einer Demokratie neuen Typs, zurückgekehrt.

Wenn man versucht, die Art der chilenischen Regimetransformation in gängige Klassifikationen (Merkel 1999: 129ff.) einzuordnen, stößt man auf einige Probleme. So hat es sich eindeutig nicht um eine "von unten erzwungene Transition" gehandelt, auch wenn die oppositionelle Mobilisierung von Massen gegen das Regime die Transformationsbereitschaft innerhalb der Regimeelite verstärkt haben dürfte. Angesichts des Scheiterns der Regimeelite an dem Ziel, das Regime in Richtung auf eine von ihr dominierte "geschützte Demokratie" umzugestalten, ist die Klassifikation als "von den alten Regimeeliten gelenkte Transition" sehr fragwürdig. Und wenn auch Verhandlungen zwischen Regime- und Oppositionseliten phasenweise eine gewisse Bedeutung erlangt haben, rechtfertigt sich die Klassifizierung als "ausgehandelter Systemwechsel" nicht.¹

Die demokratische Opposition Chiles hatte sich bis zum Plebiszit mit keinem ihrer Transformationsprojekte durchsetzen können, so auch nicht mit der zuletzt (1987) erhobenen Forderung nach Abhaltung freier Präsidentschaftswahlen. Die Regimeelite beharrte vielmehr auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Fahrplan für eine Regimemodifikation, die die Abhaltung eines Plebiszits über die weitere Präsidentschaft Pinochets (für eine Acht-Jahres-Periode) vorsah. Aber neben externem Druck (USA², Westeu-

¹ Es ist deshalb wohl kein Zufall, dass Merkel (1999) die chilenische Regimetransformation auf unterschiedlichen Seiten seines Buches unterschiedlich klassifiziert: als "ausgehandelter Systemwechsel" (132) und als "von den alten Regimeeliten gelenkte Transition" (135).

² Zu den Wandlungen in der Haltung der USA gegenüber dem Pinochet-Regime vgl. Falcoff (1986; 1987); Kaufman-Purcell (1988); Munoz (1986).

ropa) ist es wohl auch internem Druck zuzuschreiben, dass das Plebiszit in seiner Durchführung den demokratischen Kriterien für einen freien und fairen Wahlakt entsprach (Rückkehr der Exilanten, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Nichtbehinderung des Wahlkampfes der Opposition, Zugang der Opposition zum Fernsehen, exakte Auszählung, Kontrollmöglichkeiten des Abstimmungs- und Auszählungsvorgangs).³ Man sollte aber auch bedenken, dass die Durchführung eines demokratisch überzeugenden Plebiszits im – wohlverstandenen – (Eigen-)Interesse der Regimeelite lag. Denn ein Sieg Pinochets – zumindest er und seine engsten Anhänger rechneten damit – hätte nur unter diesen Voraussetzungen intern und extern Legitimität für sich beanspruchen und ungeteilte Anerkennung finden können.⁴

1.2 Risiken

Man muss sich in die Situation der Jahre 1987 und 1988 zurückversetzen, um sich zu verdeutlichen, in welchem hohem Maße die Transformationsstrategie der Opposition mit Risiken behaftet war, es sich um ein riskantes Spiel mit einem außerordentlich hohen Einsatz handelte.

Damals war durchaus vorstellbar und nicht unplausibel, dass Pinochet und seine engere Gefolgschaft einen Sieg der Opposition im Plebiszit weder zulassen noch anerkennen würden. Die Kommunistische Partei, die dies annahm, lehnte eine Teilnahme am Plebiszit deshalb auch lange ab und rief ihre Mitglieder und Sympathisanten erst kurz vor dem Plebiszit zur Teilnahme auf – und dies auch nur aus „Solidarität“ mit der übrigen Opposition. Die Furcht vor einer Nichtanerkennung des Sieges der Opposition durch das Regime war aber wohl wenig gerechtfertigt. Denn es war unwahrscheinlich, dass die Mehrheit der Militärs gegen die Verfassung verstoßen würden, die sie selbst erlassen hatten. Ein solches Vorgehen widersprach ihrer legalistischen Einstellung, hätte national wie international einen gravierenden Pres-

³ Puryear (1994: 29f.) sieht ein Urteil des Verfassungsgerichtes vom September 1985 als entscheidend an (es fiel mit der knappen Mehrheit von vier zu drei Richtern). Danach mussten schon bei der Abhaltung des Plebiszits die in der Verfassung von 1980 vorgesehenen Garantien für die künftigen Wahlen zur Anwendung kommen. „The result was a plebiscite scenario almost certainly different from the one the military government originally had in mind” (130).

⁴ Bei einem Sieg Pinochets musste mit dem Betrugsvorwurf gerechnet werden (vgl. z.B. Kaufman-Purcell 1988). Valenzuela (1988: 29) stellte etwa vor den Wahlen fest: „If the yes vote wins, it would mean either that the election was fraudulent, or that the Chilean people were afraid of the unknown and decided that they were actually benefiting economically from Pinochet’s rule.”

tigeverlust impliziert und einen Vorwand für gewaltsame Umsturzversuche geliefert.⁵

Um sich vor Augen führen zu können, worum es wirklich ging, stelle man sich vor, Pinochet hätte die Wahlen gewonnen. Die demokratische Opposition hätte sich in diesem Falle dem Vorwurf ausgesetzt, nicht nur einem autoritären Regime mit demokratischer Fassade, sondern – nachträglich – dem Putsch und dem Putschregime sowie seinem Protagonisten Pinochet Legitimität verliehen und der Demokratie einen Bärenienst geleistet zu haben.

Tatsächlich erschien es damals als durchaus möglich und war keineswegs völlig unwahrscheinlich, dass Pinochet die Mehrheit der Stimmen im Plebiszit erhalten würde. Zwar wiesen Umfragen von Meinungsforschungsinstituten, die der Opposition nahe standen, darauf hin, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung Pinochet unterstützte und die Mehrheit die Rückkehr zur Demokratie wünschte (Huneeus 1987; 1990: 11, 15; Krumwiede/Nolte 1988: 178ff.), und wohl nur eingefleischte Pinochetistas glaubten den von der Regierung in Auftrag gegebenen Umfragen, die einen grandiosen Wahlsieg von Pinochet prognostizierten. Nach der auf Umfragen beruhenden Prognose des zwar im rechten politischen Lager angesiedelten, aber durchaus seriösen *Centro de Estudios Públicos* (CEP) vom Juni 1988, also weniger als drei Monate vor dem Plebiszit, war ein annähernder Gleichstand der Ja-Stimmen (49%) und der Nein-Stimmen (51%) im Plebiszit zu erwarten (Méndez et al. 1989: 89). Mit anderen Worten: Ein Sieg Pinochets lag damals noch durchaus im Bereich des Möglichen.⁶ Für die Korrektheit dieser CEP-Prognose vom Juni spricht, dass der CEP später auf Grund einer neuen Umfrage vom September, also kurz vor dem Plebiszit, einen klaren Sieg der

⁵ Wie sich in der Wahlnacht zeigte, sollten Versuche, das Plebiszitergebnis zu missachten oder zu manipulieren, innerhalb des Militärs und der Rechtsparteien mehrheitlich auf Ablehnung stoßen. Insbesondere die Oberkommandierenden der Luftwaffe und der Polizei sowie die Führer der Rechtspartei *Renovación Nacional* trugen zu einer Respektierung der Plebiszitergebnisse durch die Regimeelite bei, indem sie den Sieg der Nein-Stimmen im Fernsehen anerkannten.

⁶ Valenzuela (1988: 41) veranschlagte im Frühjahr 1988 die Wahrscheinlichkeit, dass Pinochet gewinnen würde, auf immerhin 40%. Er wies dabei darauf hin (53, Fußnote 21), dass nach der letzten ihm bekannten Umfrage (Umfrage des *Centro de Estudios de la Realidad Contemporánea* (CERC) vom April) zwar 44,1% mit Nein und 26,1% mit Ja stimmen wollten, aber mehr als 30% eine Antwort auf die Frage nach der Abstimmungsabsicht verweigerte. Das Institut für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (IRELA 1986: 10) äußerte im September 1986 die Ansicht: "The complexity and the very seriousness of the Chilean situation makes it impossible to make predictions of its development in the next year or month."

Nein-Stimmen (58%) über die Ja-Stimmen (40,5%), der das tatsächliche Ergebnis übertraf, prognostizierte. Ganz offensichtlich kam es also innerhalb von drei Monaten zu einem Meinungsumschwung innerhalb der Bevölkerung.

Pinochet hätte aber u.U. selbst dann gewinnen können, wenn er nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt worden wäre. Denn er benötigte lediglich die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, und zur Stimmabgabe war nur derjenige berechtigt, der sich in das Wahlregister hatte eintragen lassen. Für die Opposition war es deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, eine hohe Einschreibungsquote zu erreichen.⁷ Wäre es nicht gelungen, den linken Flügel der Sozialistischen Partei, den *PS-Almeyda*, für die Einschreibung zu gewinnen, der wie andere Linksparteien der Strategie, über Wahlen eine politische Transformation zu erreichen, zunächst sehr skeptisch gegenüberstand, hätte Pinochet das Plebiszit wahrscheinlich gewonnen. Und es ist nicht auszuschließen, dass erst die kurz vor dem Plebiszit getroffene Entscheidung der Kommunistischen Partei zur Einschreibung in das Wahlregister und zur Teilnahme am Plebiszit aufzurufen, den Sieg der Opposition sicherstellte. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass es der Opposition nicht gelang, sich auf einen Gegenkandidaten zu Pinochet zu einigen. Eine derartige Einigung auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten wurde aber von einigen Strategen der Opposition als unabdingbare Voraussetzung für einen Sieg betrachtet.⁸

1.3 Kosten

Die Plebiszitstrategie erforderte, dass die demokratische Opposition die Legalität der vom Pinochet-Regime erlassenen Verfassung von 1980 anerkannte. Es war nicht zu erwarten, dass die Militärs nach einer Niederlage Pinochets im Plebiszit bereit sein würden, der Opposition weit entgegenzukommen und die Verfassung grundlegend umzugestalten. Tatsächlich fiel die Reform der Verfassung, auf die sich die noch regierende autoritäre Regime-elite und die demokratische Opposition nach dem Plebiszit einigten und die am 30. Juli 1989 von 85,7% der Wähler in einem Plebiszit gebilligt wurde (Hofmeister 1995: 225f.), eher bescheiden aus. So entzog sie u.a. dem Präsi-

⁷ Dies sollte ihr gelingen, wie die hohe Einschreibquote von 90% (der Wahlberechtigten) deutlich macht.

⁸ So Boeninger (1986) in einem Brief an die Parteifreunde. Auch ausländische Experten für politische Transformationen, so der spanische Politologe Paramino, hielten dies für sehr wichtig (Briones 1987: 43).

den das Recht, das Parlament aufzulösen, schuf die Voraussetzungen dafür, dass die Kommunistische Partei wieder zugelassen werden konnte und erhöhte die Zahl der zu wählenden Senatoren im Verhältnis zu jenen, für die eine Ernennung vorgesehen war. Erhalten blieb aber der Grundcharakter dieser Verfassung, die, wie Manuel Antonio Garretón (1989: 208) es treffend formuliert hat, von "autoritären Enklaven" durchsetzt ist.

Noch verhältnismäßig harmlos war die Verfassungsbestimmung, nach der Pinochet für circa ein weiteres Jahr Präsident blieb, falls er das Plebiszit verlieren sollte. Es war damit zu rechnen, dass er die Zeit nutzen würde, um Fakten zu schaffen, die die neue Regierung vorerst nicht ändern konnte. Die Verfassungsbestimmungen, die im Folgenden referiert werden, sind aufeinander bezogen und dienen dem Ziel, die Handlungsspielräume demokratischer Wahlsieger einzuschränken und die Fortdauer von Elementen des autoritären Regimes zu sichern. Besonders gravierend ist die Bestimmung, dass von 47 Senatoren nur 38 durch Wahl bestimmt, die restlichen neun aber ernannt werden (Art. 45 der Verfassung), wobei die Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Polizei eine wichtige Rolle spielen. Das Pinochet-Regime hinterließ auf diese Weise der neu errichteten Demokratie für acht Jahre (Amtszeit der Senatoren) neun von ihm ernannte Senatoren, die auf jeden Fall verhindern würden, dass die *Concertación*-Parteien die – in vielen Fällen erforderliche – qualifizierte Mehrheit erreichen würden. Tatsächlich verfehlten die *Concertación*-Parteien bei den Wahlen von 1989 (so war es auch bei den nachfolgenden) wegen dieser Bestimmung die absolute Mehrheit der Sitze im Senat, obwohl sie mit 22 der 38 durch Wahl zu erlangenden Sitze nahezu 60% dieser Sitze gewannen, während die beiden Rechtsparteien *Renovación Nacional* und UDI, die Pinochet im Plebiszit unterstützt hatten, mit 16 Sitzen nur auf gut 40% der durch Wahl bestimmten Sitze kamen. Da Gesetze der Zustimmung beider Häuser des Parlaments, also nicht nur der Abgeordnetenkammer, sondern auch des Senates bedürfen, wird durch Artikel 45 sichergestellt, dass nicht gegen die Rechte regiert werden kann, sondern um ihre Unterstützung geworben werden muss. Die Zustimmung eines Teil der Rechten ist vor allem deshalb unerlässlich, weil die Verfassung für alle auch nur einigermaßen wichtigen Materien – sie sind in den *leyes orgánicas* geregelt – die Zustimmung durch eine 60%-Mehrheit beider Häuser vorschreibt.

Man muss diese Verfassungsvorschriften in Zusammenhang mit den Wahlrechtsbestimmungen sehen. Das kuriose chilenische Zwei-Kandidaten-Mehrheitswahlssystem trägt vor allem Sorge dafür, dass die bei den Wahlen

zweitstärkste Liste – konkret also die Rechtsparteien – gut mit Parlamentssitzen versehen wird. So ist es theoretisch möglich – die Praxis sieht allerdings wegen der Unterschiede zwischen den Wahlkreisen anders aus –, dass der zweitstärksten Liste 33,4% der Stimmen genügen, um die gleiche Anzahl von Mandaten zu erreichen, wie die Liste, die 66% der Stimmen erhält (Ensignia 1990: 26). Denn nach diesem System benötigt die siegreiche Liste, um nicht nur einen, sondern die beiden pro Wahlkreis vorgesehenen Parlamentarier entsenden zu können, doppelt so viele Stimmen wie die zweitstärkste Liste. Falls die siegreiche Liste weniger als die doppelte Stimmenzahl erreicht, fällt das zweite Wahlkreismandat an die zweitstärkste Liste, und zwar auch dann, wenn der führende Kandidat der zweitstärksten Liste weniger Stimmen bekommt als der Zweite der siegreichen Liste. Wegen dieser Bestimmung erlangte bei den Wahlen von 1989 nicht Ricardo Lagos, der gegenwärtige Präsident, ein Senatorenmandat, sondern der Kandidat der Rechtsparteien (*Liste Democracia y Progreso*), obwohl dieser weniger Stimmen erhalten hatte als Lagos.⁹

Die Verfassung sorgte dafür, dass die Junta-Mitglieder nicht von der neuen Regierung kaltgestellt werden konnten, sondern weiter wichtige Machtpositionen behielten. So konnten die Junta-Mitglieder für weitere acht Jahre (also bis 1998) nicht von ihren Posten als Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte und der Polizei enthoben werden. Unter diese Regelung fiel auch Pinochet, der als Präsident Oberbefehlshaber des Heeres blieb. Als Ex-Präsident war er zudem Senator auf Lebenszeit.

Auch der Justiz war in der Verfassung die Funktion zugeordnet, demokratische Veränderungswünsche zu beschneiden. So müssen alle Verfassungsänderungen, bevor sie verkündet werden können, auch vom Verfassungsgericht gebilligt werden. Chiles neue Demokratie wurde aber mit einem Verfassungsgericht konfrontiert, dessen Mitglieder alle unter dem Pinochet-Regime ernannt worden waren und während ihrer – noch mehrere Jahre dauernden – Amtszeit nicht abgelöst werden durften. Das Gleiche galt im Wesentlichen für den Obersten Gerichtshof (*Corte Suprema de Justicia*), der ausschlaggebenden Einfluss auf die Ernennung seiner Mitglieder und die des Verfassungsrechts sowie untergeordneter Gerichte hat.

Pinochet nutzte die Zeit, die ihm nach dem verlorenen Plebiszit noch als Präsident blieb, um den künftigen Handlungsspielraum der *Concertación*-

⁹ Wenn nach diesem Wahlrecht in Großbritannien gewählt worden wäre, hätte es keinen Erdrutschsieg der *Labour Party* gegeben und die Konservative Partei und die Liberale Partei hätten wesentlich mehr Mandate erhalten.

Regierung weiter einzuschränken. So wurden amtierende Verfassungsrichter mit finanziellen Anreizen zur Frühpensionierung verlockt, um neue regime-loyale Verfassungsrichter mit langer Amtszeit (acht Jahre) ernennen zu können. Im Staatssektor erhielten viele Bedienstete das Privileg der Nichtkündbarkeit (Linz/Stepan 1996: 210). Fast alle Bürgermeister wurden noch 1989 für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt (Hofmeister 1995: 237). In zahlreichen *leyes orgánicas* wurden Regelungen festgeschrieben, die *de facto* nicht gegen den Willen der Rechtsparteien verändert werden konnten. Das wichtigste dieser *leyes orgánicas*, das der Plebiszitverlierer Pinochet – zwölf Tage, bevor Aylwin das Präsidentenamt antrat – unterzeichnete, war zweifelsohne das Militärgesetz, das die von der Verfassung vorgezeichnete Tendenz, die zivile Kontrolle über das Militär einzuschränken, wesentlich verstärkte.¹⁰ So beseitigte es das Recht des Präsidenten, Offiziere zwangspensionieren zu können (mit Hilfe dieses Rechtes hätte Aylwin das Offizierskorps von Menschenrechtsverletzern “säubern” können). Außerdem wurde das Recht zur Ernennung zum Oberstleutnant – es handelt sich dabei um eine kritische Karriereposition – zur exklusiven Prärogative der Oberbefehlshaber erklärt. Angesichts dieser Sachlage dürfte es gerechtfertigt sein, wenn Linz/Stepan (1996: 210) von einer *disloyal transition* sprechen.

2. Gab es zu dieser Art von Transformation eine Alternative?

Innerhalb der demokratischen Opposition war die Plebiszitstrategie alles andere als die präferierte Transformationsstrategie.¹¹ Dies galt nicht nur für die radikale, sondern auch für die programmatisch gemäßigte Opposition. Die Plebiszitstrategie setzte sich erst durch, nachdem alle anderen Transformationsstrategien erprobt und sich als unwirksam erwiesen hatten. Erst zu Beginn des Jahres 1988, also knapp ein dreiviertel Jahr vor dem Plebiszit, einigten sich alle Oppositionsparteien, auch die radikallinken (allerdings mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, die erst später folgte), auf die Plebiszitstrategie. Im Jahr zuvor hatte sich noch die gesamte Opposition, im Oktober 1987 auch die Kommunistische Partei, darauf festgelegt, eine Transformation über freie Wahlen (d.h. Präsidentschaftswahlen mit mehr-

¹⁰ Vgl. Linz/Stepan (1996: 208f.). Nolte (1990: 31) berichtet, dass die Aylwin-Regierung bei der Stellenbesetzung nur über eine Minderheit der politischen Führungspositionen frei verfügen konnte.

¹¹ So wurde Aylwin, als er 1984 vorschlug, die Anerkennung der Verfassung von 1980 zur Basis der oppositionellen Transformationsstrategie zu machen, “enorm” innerhalb seiner eigenen Partei und von der Opposition im allgemeinen kritisiert (Puryear 1994: 79f.).

ren Kandidaten) anzustreben. Die Kampagne zur Einschreibung in die Wahlregister wurde mit dieser Zielsetzung betrieben. Das Regime bestand aber auf Abhaltung des Plebiszits. Vor 1987 hatten im Oppositionslager Varianten einer *ruptura*-Strategie (Regimesturzstrategie) (Krumwiede/Nolte 1988: 14ff.) dominiert. Bei dieser Strategie wurde angenommen, dass es möglich sei, die Regimeelite durch eine massive politische Mobilisierung der Bevölkerung, die ihren Ausdruck in Streiks und Massendemonstrationen findet und einen Zustand der Unregierbarkeit schafft, zur Kapitulation, zur Machtabdankung zu veranlassen. Man glaubte also, man könne das Militär gewissermaßen von der Macht "wegdemonstrieren". Vor allem im Linksbündnis MDP (später *Izquierda Unida*) orientierte man sich an dieser strategischen Position und war notfalls auch bereit, Gewalt zu tolerieren, wenn sie zur Erreichung der *ruptura* notwendig sei. Innerhalb der in der *Alianza Democrática* vereinten gemäßigten Opposition wurde der Realismus dieser Konzeption zwar verschiedentlich in Zweifel gezogen, sie war aber auch hier noch 1986 dominant. Oppositionelle Illusionen wurden vor allem durch Anfangserfolge bei der Antiregimemobilisierung geweckt, nachdem das Regime wegen einer schweren ökonomischen Krise in eine Schwächephase geraten war. Vom 11. Mai 1983 bis zum Oktober 1984 kam es zu elf "Protesttagen", an denen sich zwar jeweils viele Tausende beteiligten, die aber weit davon entfernt waren, einen Zustand der Unregierbarkeit herzustellen. Angesichts der massiven Beteiligung der Bevölkerung am zweiten Protesttag (14. Juli 1983) entschloss sich die Regierung zu einem Dialog mit der Opposition und war bereit, Liberalisierungsmaßnahmen einzuleiten. Naturgemäß hatte sie aber kein Interesse an Kapitulationsverhandlungen, wie sie die Opposition von ihr verlangte. Die Verhandlungen des damaligen Innenministers Jarpa mit der Opposition mündeten deshalb schnell in eine Sackgasse. Mit Ausrufung des Belagerungszustandes im November 1984 endete die klassische Periode der Protesttage. Der Belagerungszustand wurde im Juli 1985 aufgehoben und im September 1986, nach einem Attentatsversuch einer mit der Kommunistischen Partei verbündeten Guerilla-Gruppe, erneut verhängt. Die "Protesttage", zu denen die Opposition in dieser Zwischenperiode aufrief, litten unter dem gleichen Dilemma, wie die von 1983/1984. Im Folgenden sollen die Hauptgründe genannt werden, warum es keine realistische Alternative zur Plebiszitstrategie gab:

- Das Pinochet-Regime war kein sozial isoliertes Regime, das nur von den Unternehmern, der Oberschicht und verbohrtten Rechten unterstützt wurde (Angell 1986: 23). Zwar hatte das Regime wichtige Unterstützungs-

gruppen aus der Mittelschicht verloren, so etwa die Ärzte, Anwälte, Ingenieure (Krumwiede/Nolte 1988: 105ff.). Auch die Katholische Kirche befand sich in offener Opposition zum Regime, vor allem wegen dessen Verstöße gegen Menschenrechte (Smith 1982). Gleichwohl erhielt das Regime, wie nicht zuletzt das Plebiszitergebnis von immerhin 43%¹² deutlich machte, bis in die Unterschichten hinein breite Unterstützung. Nach der CEP-Umfrage vom Juni 1988 war der Rückhalt des Regimes bei der Unterschicht nicht geringer als der der Opposition (39% für Ja, 38% für Nein) (Méndez 1989: 91), während bei der Mittelschicht die Nein-Stimmen (Verhältnis Nein- zu Ja-Stimmen 43% zu 35%) und bei der Oberschicht die Ja-Stimmen (Verhältnis Ja- zu Nein-Stimmen 44% zu 37%) eindeutig dominierten.¹³ Erst kurz vor dem Plebiszit war es der Opposition gelungen, die Mehrheit der Unterschichten für sich zu gewinnen (Verhältnis Nein- zu Ja-Stimmen 55% zu 28%) und ihren Vorsprung bei den Mittelschichten auszubauen (Verhältnis Nein- zu Ja-Stimmen 51% zu 34%), während die Oberschicht weiterhin mehrheitlich Pinochet unterstützte, aber immerhin zu über einem Drittel für die Opposition stimmen wollte (Verhältnis Ja- zu Nein-Stimmen 47% zu 36%).

- Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Militärdiktaturen, die auf dem Feld der Wirtschaftspolitik versagten und den demokratischen Regierungen Volkswirtschaften im Krisenzustand hinterließen, zeichnete sich die chilenische Diktatur durch recht große ökonomische Effizienz aus. Es stand wohl im Zusammenhang mit der radikalen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik (neoliberale ökonomische Strukturreformen), dass das Land nach einer anfänglichen Boomphase gegen Ende der siebziger Jahre 1982/83 in eine schwere Wirtschaftskrise geriet. Aber nach einigen wirtschaftspolitischen Korrekturmaßnahmen verzeichnete das Sozialprodukt seit 1984 wieder beachtliche Zuwächse bei einer insgesamt niedrigen Inflationsrate (Krumwiede/Nolte 1988: 146). Wie wichtig der Faktor sozioökonomische Effizienz für die politische Zustimmung ist, wurde u.a. daran deutlich, dass die Opposition erst mit der Wirtschaftskrise von

¹² Margaret Thatcher hat nie mehr Prozentpunkte bei Wahlen erreicht.

¹³ Es ist zu vermuten, dass der CEP bei dieser Kategorisierung von einem sehr breiten Mittelschichtbegriff ausgegangen ist, der auch Sozialgruppen umfasste, die normalerweise der Unterschicht zugerechnet werden, dass zur Unterschicht nur die alleruntersten Einkommensbezieher gezählt wurden und unter die Kategorie "Oberschicht" auch Mittelschichtgruppen subsumiert wurden. Diese Vermutung drängt sich auf, wenn man liest, wie der CEP in neuen Umfragen Schichtzugehörigkeit bestimmt (Lehmann/Hinzpeter 2001: 4).

1982/1983 – also fast ein Jahrzehnt nach dem Putsch – wieder an Bedeutung gewonnen hatte.

- Wahrscheinlich war das Regime auch deshalb relativ populär, weil es ein Kontrastprogramm zur Regierungszeit der *Unidad Popular* unter Allende (1970-1973) bot, die einer Mehrheit der Chilenen als eine Zeit des politischen und wirtschaftlichen Chaos in Erinnerung war. Der Wahlkampflogan von Pinochet “Ich oder das Chaos” stieß deshalb auf einige Resonanz.
- Die *ruptura*-Strategie hatte auch deshalb kaum Aussicht auf Erfolg, weil radikale Aktionen, die zur Herstellung eines Zustandes von “Unregierbarkeit” notwendig sind, von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt wurden (Krumwiede/Nolte 1988: 170). Laut Umfragen sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung selbst gegen nicht sonderlich radikale Aktionen wie Fabrikbesetzungen aus. Sogar bei “etablierten” Oppositionsaktivitäten wie politischen Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen war die Zahl der Gegner etwa gleich hoch wie die der Befürworter.
- Die Mehrheit der Chilenen wollte zwar zur Demokratie zurückkehren, nicht aber zu Verhältnissen, wie sie unter Allende herrschten (Nohlen 1986; Nohlen/Wachendörfer 1976). Der Plan zur Modifikation des Regimes, wie er in der Verfassung von 1980 vorgesehen war, entsprach dieser Stimmungslage. So wurde die Bevölkerung vom Regime nicht mit der Alternative autoritäres Regime *versus* Demokratie, sondern der Alternative “geschützte Demokratie” *versus* “chaotische Demokratie” konfrontiert. Die Transformationsbegehren der Opposition konnten also auch mit Hinweis auf das in der Verfassung fixierte Projekt der Regimemodifikation abgelehnt werden.
- Das chilenische Militärregime war nicht nur effizienter als die anderen südamerikanischen Militärregimes, es wies auch ein hohes Maß an Geschlossenheit auf. Anders als etwa das brasilianische Militärregime, wo sich das Militär alle vier Jahre auf einen neuen Präsidenten einigen mussten und dieses präsidentielle “Nachfolgerproblem” regelmäßig zu Fraktionierungen innerhalb des Militärs führte, handelte es sich in Chile um ein personalistisches, streng hierarchisch gegliedertes, geschlossenes System, in dem die Offiziere Pinochet in gehorsamer Loyalität verbunden waren und sich durch eine Art pervertierten Professionalismus (*profesionalismo desvirtuado*) (Arriagada 1985: 96) auszeichneten. Die Opposition konnte deshalb innerhalb des Militärs keinen Koalitionspartner

für eine Transformationsstrategie finden, die nicht im Einklang mit der Verfassung stand (Valenzuela/Valenzuela 1986; Friedmann 1990).

Bei den Kongresswahlen von 1989 erlitt die radikale Linke, die sich unter Einschluss der Kommunistischen Partei im Bündnis PAIS (*Partido Amplio de Izquierda Socialista*) zusammengetan hatte, eine katastrophale Niederlage. Sie bekam nur ca. 5% der Stimmen, ging damit im Senat leer aus, während in der Abgeordnetenkammer auf sie lediglich zwei von insgesamt 120 Mandate entfielen. 1973 hatte die Kommunistische Partei allein 14% der Stimmen erreicht (Fernández-Baeza/Nohlen 1992: 83). Der Vorsitzende des PAIS, Luis Maira, stellte in einem Interview selbstkritisch fest, dass die radikale Linke von der Wählerschaft bestraft worden sei, weil sie zu lange an der Regimesturzstrategie festgehalten und sich zu spät der Plebiszitstrategie angeschlossen habe.

3. Wie und warum die Plebiszitstrategie erfolgreich war

Die Plebiszitstrategie konnte nur Erfolg haben, weil die wichtigsten Parteien, allen voran die Christdemokratische Partei und die Sozialistische Partei, sich als fähig zeigten, aus früheren Fehlern zu lernen und Orientierungs- und Verhaltensweisen zu vermeiden, die zum Zusammenbruch der Demokratie in Chile geführt und die Etablierung des recht langlebigen autoritären Militärregimes ermöglicht hatten.

Die Christdemokratische Partei hatte endgültig von dem früher verfolgten Ziel eines "eigenen Weges" Abstand genommen, das sie krampfhaft nach der absoluten Mehrheit suchen und dauerhafte Bündnisse ablehnen ließ. Sie wusste, dass sie nur als Koalitionspartei reüssieren konnte und Hegemonialansprüche zurückstellen musste (Hofmeister 1995: 232f.).¹⁴

Spektakulärer noch war der Wandlungsprozess der Sozialistischen Partei. Während der Allende-Zeit hatte sie sich noch links von der Kommunistischen Partei positioniert und im Gefolge der kubanischen Revolution auch die gewaltsame Machteroberung für legitim erklärt (Fernández-Baeza/Noh-

¹⁴ Für die Wahlen von 1989 dürfte entscheidend gewesen sein, dass der Vorstand der Christdemokratischen Partei sich am 15. März 1989 für einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, ein gemeinsames Wahlprogramm und eine gemeinsame Liste für die Wahlen der Opposition aussprach und Aylwin sich im Gegensatz zu früher dafür einsetzte, dabei auch den linken Flügel der Sozialistischen Partei, den *PS-Almeyda*, einzubeziehen. Hiermit waren Differenzen in der Bündnisstrategie endgültig beigelegt. Das von Aylwin früher favorisierte kleine Bündnis zentristisch orientierter Parteien hätte gewiss nicht ein derart gutes Wahlergebnis erzielt.

len 1992: 82f.). Unter der Pinochet-Diktatur begannen sozialdemokratische Orientierungen in der Partei Platz zu greifen (Nuñez 1991), die ihren organisatorischen Ausdruck in der so genannten "PS-Nuñez" fanden, der ausdrücklich für einen "erneuerten Sozialismus" und ein gemeinsames Bündnis mit der Christdemokratischen Partei eintrat. Diese Orientierungen dominierten auch in dem von den Sozialisten gegründeten PPD (*Partido por la Democracia*), der ursprünglich lediglich als "instrumentelle Partei" (für den verbotenen PS) bei der Wiedergewinnung der Demokratie fungieren sollte, aber als mit dem PS liierte linksliberale Partei bis heute bestehen geblieben ist. Erwähnung verdient, dass eine programmatische Umorientierung der Sozialistischen Partei auf sozialdemokratische Positionen nicht zuletzt von ehemals betont radikalen Sozialisten wie Altamirano gefördert wurde. Mit der Entscheidung für die Plebiszitstrategie (Frühjahr 1988) und die Bündnisstrategie mit den Christdemokraten (Frühjahr 1989) trennte sich auch die linke Fraktion der Sozialistischen Partei, der *PS-Almeyda*, von der radikalen Vergangenheit der Partei und ihrer traditionellen Präferenz für ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei. Damit waren die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der Sozialistischen Partei, die 1989 stattfand, geschaffen. Die Abkehr von einer Bündnispolitik mit der Kommunistischen Partei bot sich für den PS auch deshalb an, weil die KP sich – ganz im Gegensatz zu ihrem "staatsmännischen" Verhalten in der *Unidad Popular*-Periode – während der Militärdiktatur radikalisiert hatte, Gewalt als Mittel der Machteroberung nicht ausschloss und über eine bewaffnete Formation, den *Frente Patriótico Manuel Rodríguez* (FPMR), verfügte.

Wenn man an die Geschichte der Rivalität und ausgesprochenen Feindschaft zwischen Christdemokraten und Sozialisten zurückdenkt, ist deren Bündnis- und Kompromissbereitschaft wirklich bemerkenswert. Besondere Erwähnung verdient, dass sie bei den Wahlen von 1989 und auch den späteren Wahlen bereit und fähig gewesen sind, sich nicht nur auf ein gemeinsames Regierungsprogramm, sondern einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten und gemeinsame Listen für die Kongresswahlen zu einigen.¹⁵

¹⁵ Für Beobachter der Oppositionsszene unter Pinochet war es frustrierend zu sehen, wie schwer sich die Oppositionsparteien dabei taten, Differenzen beizulegen und wie – für diese Beobachter quälend – langsam der Einigungsprozess verlief. So hieß es in einem Ende 1986 von Loveman (1986-87: 31) verfassten Artikel: "This inability of the opposition to resolve the differences (historical, personal, and ideological) which divide them from one another (not to mention the internal cleavages in most groups as well) has left the military itself as the pivotal arbiter of the government's fate. Lacking viable civilian allies, however, opponents of General Pinochet within the armed forces are understand-

Für den Erfolg des Nein im Plebiszit war auch der exzellente Wahlkampf verantwortlich. Man hat sich zu verdeutlichen, dass er wie die gesamte Plebiszitstrategie auf einer differenzierten und umfassenden Analyse der Wirklichkeit und der Erfolgchancen unterschiedlicher Handlungsstrategien beruhte. An dieser Analyse und an ihrer planerischen Umsetzung in konkrete Handlungsstrategien waren chilenische Sozialwissenschaftler maßgeblich beteiligt. Es stellte ein *blessing in disguise* dar, dass viele kritische chilenische Sozialwissenschaftler, weil sie nicht (mehr) an der Universität arbeiten konnten, gezwungen waren, in privaten, von ausländischen Institutionen und Stiftungen unterstützten Forschungsinstituten zu "überwintern". Hier betrieben sie vorwiegend politikrelevante Forschung und lernten hierfür nützliche Verfahren wie die Umfrageforschung kennen. Puryear (1994: 161), der den Beitrag der chilenischen Intellektuellen zur Transformation eingehend untersucht hat, dürfte recht haben, wenn er feststellt: "Intellectuals played a more important role in Chile's transition to democracy than they have in any transition in recent Latin American history."

Die chilenische Transformation ist diejenige, zu der die meisten Umfragedaten existieren (Lagos 1995: 161) und bei der die Umfrageforschung eine besondere Rolle spielte. So machten die Umfragen der Opposition einerseits Mut, indem sie zeigten, dass die Mehrheit der Chilenen die Rückkehr zur Demokratie wünschte und nur eine Minderheit Pinochet fest unterstützte. Andererseits zerstörten sie, weil sie die Abneigung der überwiegenden Mehrheit gegen unkonventionelle politische Aktionen demonstrierten, die Illusion, die Bevölkerung werde sich für eine *ruptura*-Strategie gewinnen lassen. Die Mehrheit schien einen "ordentlichen Wandel", der keine größeren Konflikte mit sich bringen würde, zu bevorzugen. Aus den Umfragen ließen sich auch wichtige Schlüsse für den Wahlkampf ziehen. So galt es vor allem der verbreiteten Befürchtung entgegenzutreten, die Oppositionspartei-

ably hesitant to take steps to end the General's reign. What had been unthinkable in 1980, that General Pinochet would not only complete his constitutional term but would be the armed forces candidate for president for 1989-1997, had come to be viewed as a plausible scenario by many Chileans by the end of 1986 – with the opposition openly discouraged and the country still governed under a 'state of emergency'." Neier/Brown (1987: 49) berichteten im Juni 1987: "Some in Chile and elsewhere argue that the country is not ready for democratic government because its many political parties are unable to agree among themselves, and unable to unite behind a leader. This was the view of an editorial in The New York Times on April 4, which pointed out that Chile lacks a leader comparable to Raúl Alfonsín or Corazon Aquino; that is, a principled leader who both embodies commitment to democratic government and commands widespread popular support."

en hätten sich nicht wirklich verändert und mit ihrem Rückkehr an die Macht drohe der Rückfall ins Chaos. Den Umfragen konnte man auch entnehmen, dass sich nur mit zentristischen, d.h. gemäßigten programmatischen Positionen, die den Status quo (z.B. in der Wirtschaftspolitik) nicht grundsätzlich verwarfen, sondern bei einer Beibehaltung erfolgreicher Politik graduelle Verbesserungen in Aussicht stellten, Wahlen gewinnen lassen würden.

Bemerkenswert ist auch, dass das Lager des Gegners in differenzierter Weise analysiert wurde und man den Fehler vermied, es als geschlossenen, monolithischen Block darzustellen. Gerade weil Chile "Nachzügler" im Prozess der (Re-)Demokratisierung war, konnten andere Fälle als "Lernexempel" dienen. So wusste man aus anderen Fällen der (Re-)Demokratisierung, wie dem spanischen, dass die Transformation autoritärer Regime häufig durch eine informelle Koalition der gemäßigten Kräfte der Opposition und des Regimelagers zustande kam. Es war deshalb sinnvoll, nach möglichen Bündnispartnern für ein Transformationsprojekt im Regimelager Ausschau zu halten und alles zu unterlassen, was diese potentiellen Bündnispartner verprellen könnte. Diese Zielsetzung kam schon klar in dem "Nationalen Übereinkommen zum Übergang zur vollen Demokratie" zum Ausdruck, auf das sich die gemäßigte Opposition im Sommer 1985 auf Initiative des Kardinals Juan Francisco Fresno geeinigt hatte.

Anders als in Spanien bildete sich im chilenischen Regimelager keine Fraktion der *blandos* (Gemäßigten) heraus, die bereit war, offen mit dem autoritären Regime zu brechen und sich mit der gemäßigten Opposition auf den Übergang zu einer authentischen Demokratie zu einigen. Aber dass das Plebiszitergebnis und in seinem Gefolge die Rückkehr Chiles zur Demokratie im Regimelager ohne nennenswerten Widerstand akzeptiert wurde, ist mit darauf zurückzuführen, dass die Opposition bemüht war, nicht gegen die Interessen potentieller *blandos* zu verstoßen.¹⁶

¹⁶ Der Aufsatz von Edgardo Boeninger (1986), einem der Architekten der Oppositionsstrategie, zeigt, welche große Bedeutung die Berücksichtigung der Interessen potentieller *blandos* einnahm. Da die Strategie der Opposition darauf hinauslief, einerseits durch soziale und politische Mobilisierung das Regime in Bedrängnis zu bringen, andererseits den *blandos* "Wohlverhalten" zu signalisieren und sich als seriöse, berechenbare Herrschaftsalternative zu präsentieren (vgl. dazu auch Blakemore 1985: 58), dürfte es gerechtfertigt sein, von einer *reforma*-Strategie zu sprechen. Zu den Charakteristiken dieser Strategie siehe Krumwiede/Nolte (1988: 21). Die idealtypische Unterscheidung von *ruptura*- und *reforma*-Strategie geht zurück auf O'Donnell (1982). In einem Interview im März 1995 betonte das ehemalige Junta-Mitglied General Matthei, dass die Anerkennung der Verfassung von 1980, für die sich Aylwin bereits 1984 aussprach, der entscheidende

Der CEP-Umfrage vom September 1988 lässt sich entnehmen, dass die Nein-Stimmen nicht nur mit dem Wunsch zu erklären waren, ein autoritäres Regime, welches die Menschen- und Freiheitsrechte missachtete, durch eine Demokratie zu ersetzen. Vielmehr scheinen ökonomische Motive (Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftspolitik – ganz als wenn es sich um normale Wahlen gehandelt hätte), in einem beträchtlichen Maße die Stimmabgabe bestimmt zu haben (Méndez 1989: 96f.; Lehmann/Hinzpeter 2001).

Von großer Bedeutung war der Wahlkampf. In ihm wandelte sich die Perzeption der ökonomischen Leistungsfähigkeit von (Regime-)Regierung und (demokratischer) Opposition grundlegend. Während noch im Juni 1988 das Vertrauen in die ökonomische Kompetenz der Regierung höher war als das in die der Opposition, wurde der Opposition drei Monate später eine eindeutig größere Wirtschaftskompetenz zuerkannt (Méndez 1989: 94). Überhaupt war der Wahlkampf der Opposition außerordentlich effektiv. Als richtig erwies sich die Entscheidung, einen Wahlkampf mit positiven *messages* zu führen, der weniger auf Defekte des Regimes als auf eine gute Zukunft hinwies (so hieß der Hauptslogan “la alegría ya viene”). Wie eine Mission des *Freedom House* in einem Bericht feststellte, entsprach es einer “taktischen Entscheidung” der Wahlkampfleitung der Opposition “not to overstress human rights as a campaign issue” (*Freedom House* 1988: 31). Es gelang der Opposition, den notwendigen Erfolgsglauben zu vermitteln, so dass die Zahl derjenigen, die annahmen, das Plebiszitergebnis werde ohnehin vom Regime manipuliert werden, abnahm. Einiges spricht dafür, dass insbesondere die Öffnung des Fernsehens für die Opposition einige Wochen vor dem Plebiszit – sie erhielt eine bestimmte Zeit für Werbespots – besonders wichtig war (Méndez 1989: 115).

Die Opposition profitierte zudem von den Fehlern und Schwächen des Regimes, so seinem in falscher Siegeszuversicht konzipierten schlechten Wahlkampf, seiner internationalen Isolierung und allgemein der Tatsache, dass das Regime den politischen Mobilisierungsraum nicht mit eigenen Organisationen gefüllt hatte und sich der Opposition somit wichtige Entfaltungsmöglichkeiten boten. Es sollte sich jetzt rächen, dass es keine eigentliche Regimepartei gab. Die Rechtsparteien waren zwar eng mit dem Regime verbunden und unterstützten Pinochet im Plebiszit, achteten aber auf ihre Unabhängigkeit. Auch im Interessengruppenbereich dominierte die Opposi-

Schritt gewesen sei, der den *duros* (*hardliner*), die gegen jegliche Öffnung des politischen Systems für die Opposition waren, die Argumentationsbasis entzogen habe.

tion. Dort unterstützten schließlich nur noch die Unternehmerverbände eindeutig Pinochet. Zugleich signalisierten sie aber, dass sie zum Arrangement mit der demokratischen Opposition bereit waren. Die Opposition hatte sich nicht nur in den internen Wahlen der Gewerkschaften und Studentenverbände, sondern auch in denen typisch mittelständiger Kammern, wie der der Rechtsanwälte, durchgesetzt. Zum Teil wurde die Kampagne der Opposition für das Nein im Plebiszit sogar von den gleichen Mittelschichtorganisationen befürwortet, die den Putsch von 1973 aktiv unterstützt hatten.

4. Die Implikationen der Regimetransformation für die Konsolidierungschancen der Demokratie

Wenn man fragt, inwieweit die Art der Transformation in Chile die Konsolidierungschancen der Demokratie beeinflusst hat, dürfte es wenig sinnvoll sein, als Beurteilungsmaßstab ausschließlich das normativ-theoretisch Wünschbare heranzuziehen. Vielmehr muss auch die spezifische politische Situation des Landes samt ihrer weniger schönen Aspekte berücksichtigt werden.¹⁷ Zwei dieser unschönen Aspekte seien erwähnt. Zum einen darf man nicht verdrängen, dass Pinochet immerhin 43% der Stimmen im Plebiszit erhalten hat. Nur ein Teil dieser 43% dürfte dem genuin autoritären Lager zuzurechnen gewesen sein. Die Mehrheit der 43% bestand vermutlich aus jenen, die bei einem Sieg der Opposition das Wiederaufleben chaotischer Zustände, wie unter der Allende-Regierung, befürchteten und in der "geschützten Demokratie" Pinochets so etwas wie das "kleinere Übel" sahen. Der hohe Stimmenanteil für Pinochet erklärt sich aber auch mit der Tatsache, dass die politische Rechte in Chile traditionell recht stark war – so erhielt Allende bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 nur wenig Stimmen mehr als der Kandidat der Rechtsparteien Allesandri – und, wie gerade die letzten Wahlen zeigten, stark geblieben ist. Zum anderen sollte man, wenn man über den Zusammenhang von der Art des Überganges zur Demokratie und ihren Konsolidierungschancen nachdenkt, nicht vergessen, dass die alte chilenische Demokratie nicht zuletzt deshalb zusammenbrach, weil die (parti-)politischen Eliten sich im ideologischen Dogmatismus verrannten, zu-

¹⁷ Für eine kontextspezifische Analyseweise plädiert insbesondere Nohlen, der sich mit den Grenzen des *political engineering* beschäftigt und eine abstrakt-idealtypische Herangehensweise z.B. an die Problematik Parlamentarismus *versus* Präsidialismus in Lateinamerika kritisiert. Vgl. auch Merkel (1999: 59) zu kontextgebundenen Strategien und institutionellen Empfehlungen.

nehmend in Freund-Feind-Kategorien dachten und für die Koalitionsbildung notwendige Kompromisse ablehnten (Nohlen 1973).

Aus einer normativ-demokratischen Perspektive stellen die "autoritären Enklaven" und die Bevorzugung des rechten politischen Lagers durch Verfassung und Wahlrecht ein Ärgernis dar. Wenn man sich bemüht, kann man aber auch ein *blessing in disguise* ausmachen. Denn unstrittig fördert der von Verfassung und Wahlrecht vorgeschriebene institutionelle Rahmen der neuen Demokratie nicht nur die Koalitions- und Kompromissbereitschaft innerhalb des neuen politischen Regierungs-Lagers der *Concertación* (zwischen Christdemokraten und Sozialisten, die sich in der Endphase der alten Demokratie feindlich gegenüberstanden), sondern auch die Kompromissbereitschaft zwischen diesem neuen politischen Lager und dem rechten, und vermittelt somit Anreize zur Ausbildung demokratischer Tugenden, die zum Erhalt der Demokratie nötig sind. Vielleicht hat ja der institutionelle Schutz der politischen Rechten vor Majorisierungen dazu beigetragen, sie besser und schneller in das demokratische System zu integrieren, als es ansonsten möglich gewesen wäre (O'Donnell/Schmitter 1986: 62f.). Die Verfassung vermittelt ihrerseits auch der Rechten Anreize, Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen. Legt sie sich zu einseitig auf negative Veto-Positionen fest, so gerät sie schnell in den Ruch des "ewigen Neinsagers", der ein effektives Regieren verhindert. Tatsächlich weist die neue chilenische Demokratie in ihrer ersten neuen Phase starke konkordanzdemokratische Elemente auf, die m.E. eine günstige Voraussetzung für die Konsolidierung der demokratischen Staatsform schaffen und die Basis für eine spätere Betonung wettbewerbsdemokratischer Elemente darstellen.¹⁸

¹⁸ Nach Lijphardt (1999) schneidet diese Demokratieform ja gegenüber Konkurrenzdemokratien gar nicht so schlecht ab. Zu einer Kritik an den konkordanzdemokratischen Elementen der chilenischen Demokratie vgl. Imbusch (1995: 137f.); Messner-Scholz (1998: 38f.).

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan (1986): "Why is the Transition to Democracy Proving so Difficult in Chile?". In: *Bulletin of Latin American Research*, Bd. 5, Nr. 1, S. 25-40.
- Arriagada H., Genaro (1985): *La Política militar de Pinochet*. Santiago de Chile.
- Blakemore, Harold (1985): "Back to the Barracks: The Chilean Case". In: *Third World Quarterly*, Bd. 7, Nr. 1, S. 44-62.
- Boeninger, Edgardo (1986): Brief vom 13. Oktober (vervielfältigt) an: Presidente, Directiva Nacional, Consejo Nacional, Presidentes de Frentes Nacionales, Presidentes Provinciales del Partido Demócrata Cristiano. Santiago de Chile.
- (1987): "The Chilean Road to Democracy". In: *Foreign Affairs*, Bd. 64, Nr. 4, S. 812-848.
- Briones, Alvaro (1987): "Flisfisch y Paramino conversan sobre la transición". In: *Cauce*, 13. April 1987, S. 42-43.
- Ensignia L. Jering, Jaime (1990): "Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. Dezember 1989". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 15, S. 17-29.
- Falcoff, Mark (1986): "Chile. U.S. Policy Dilemma". In: *Foreign Affairs*, S. 833-848.
- (1987): "Chile: Pinochet, the Opposition, and the United States". In: *World Affairs*, Bd. 149, Nr. 4, S. 183-194.
- Fernández-Baeza, Mario/Nohlen, Dieter (1992): "Chile". In: Waldmann, Peter/Krumwiede, Heinrich-W. (Hrsg.): *Politisches Lexikon Lateinamerika*. München, S. 74-88.
- Freedom House (1988): *A Mission to Chile (Freedom House Special Report)*. New York.
- Friedmann, Reinhard (1990): *Chile unter Pinochet. Das autoritäre Experiment (1973-1990)*. Freiburg i.Br.
- Garretón, Manuel Antonio (1989): *The Chilean Political Process*. Boston.
- Hirsch-Weber, Wolfgang (Hrsg.) (1982): "Chile. Legenden und Wirklichkeit". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv N.F.*, Bd. 8, Nr. 1/2.
- Hofmeister, Wilhelm (1995): *Chile: Option für die Demokratie. Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) und die politische Entwicklung in Chile 1964-1994*. Paderborn.
- Huneus M., Carlos (1985): "La política de la apertura y sus implicancias para la inauguración de la democracia en Chile". In: *Revista de Ciencia Política*, Bd. 7, Nr. 1, S. 25-84.
- (1987): *Los chilenos y la política*. Santiago de Chile.
- (1990): "Ein Schlüsselereignis für den Übergang zur Demokratie: Die Niederlage General Pinochets im Plebiszit vom 5. Oktober 1988". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 15, S. 5-16.
- Imbusch, Peter (1995): *Unternehmer und Politik in Chile*. Frankfurt/Main.
- Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación* (1991), Santiago de Chile.
- IRELA (Instituto de Relaciones Europeo Latinoamericanas) (1986): *The Struggle for Democracy in Chile – Prospects and Options*. Dossier No. 6, Madrid.
- Kaufman-Purcell, Susan (1988): "Chile: The Limits of U.S. Leverage". In: Falcoff, Mark/Valenzuela, Arturo/Kaufman-Purcell, Susan: *Chile: Prospects for Democracy*. New York, S. 56-73.

- Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef (1988): *Chile: Auf dem Rückweg zur Demokratie?* Baden-Baden.
- Lagos, Marta (1995): "Cultura política y transición a la democracia en Chile". In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Democracia y neocrítica en América Latina*. Frankfurt/Main, S. 160-191.
- Lehmann, Carla/Hinzpeter, Ximena (2001): "Nos estamos derechizando?". In: *Puntos de Referencia*, Nr. 240.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore/London.
- Loveman, Brian (1986-87): "Military Dictatorship and Political Opposition in Chile, 1973-86". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Bd. 28, Nr. 4, S. 1-38.
- "Luis Maira, presidente del partido PAIS" (*Análisis*, 7.1.1990) (1990), abgedruckt als Dokument 14 in: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation*, Nr. 15, S. 91-93.
- Méndez, Roberto et al. (1989): "Por qué ganó el No? (Mesa redonda)". In: *Estudios Públicos*, Nr. 33, S. 83-134.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen.
- Munoz, Heraldo (1986): *Las relaciones exteriores del gobierno militar chileno*. Santiago de Chile.
- Neier, Aryeh/Brown, Cynthia (1987): "Pinochet's Way". In: *New York Review of Books*, Nr. 11, 25. Juni, S. 47-49.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile. Das sozialistische Experiment*. Hamburg.
- (1986): "Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 9/86, S. 3-16.
- Nohlen, Dieter/Wachendörfer, Achim (1976): "Was wird aus Chile? Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation unter der Militärdiktatur heute". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 18/76, S. 3-29.
- Nolte, Detlef (1989): "Menschenrechte und politischer Wandel in Chile". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 11/12, S. 33-45.
- (1990): "Chancen und Risiken der demokratischen Konsolidierung in Chile: Ausblick nach den ersten 100 Tagen der Präsidentschaft von Patricio Aylwin". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 15, S. 31-46.
- Núñez, Ricardo (Hrsg.) (1991): *Socialismo: 10 anos de renovación*. 2 Bde., Santiago de Chile.
- Messner, Dirk/Scholz, Imme (1998): "Wirtschaftliche Entwicklungsdynamik und gesellschaftliche Modernisierungsblockaden in Chile". In: Messner, Dirk (Hrsg.): *Lateinamerika: Der schwierige Weg in die Weltwirtschaft, INEF Report* Nr. 26, S. 29-49.
- O'Donnell, Guillermo (1982): "Notas para el estudio de procesos de democratización política a partir del estado burocrático autoritario". In: *Desarrollo Económico* 22, S. 231-248.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. (1986): "Tentative Conclusions about Uncertain Democracies". In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*. Baltimore/London, Part IV.

- Puryear, Jeffrey M. (1994): *Thinking Politics. Intellectuals and Democracy in Chile, 1973-1988*. Baltimore/London.
- Smith, Brian H. (1982): *The Church and Politics in Chile*. Princeton.
- Thiery, Peter (2000): *Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996*. Frankfurt/Main.
- Valenzuela, Arturo (1988): "The 1988-89 Plebiscite in Chile: Political Scenarios for the Future". In: Falcoff, Mark/Valenzuela, Arturo/Kaufman Purcell, Susan: *Chile: Prospects for Democracy*. New York, S. 29-55.
- (1989): "Origins, Consolidation, and Breakdown of a Democratic Regime". In: Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Democracy in Developing Countries. Bd. IV: Latin America*. Boulder/London, S. 159-206.
- Valenzuela, J. Samuel/Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1986): *Military Rule in Chile. Dictatorship and Oppositions*. Baltimore/London.

Rainer Huhle

Schatten auf der Zukunft. Menschenrechte und Vergangenheitsbewältigung im postdiktatorialen Chile

1. Ein englischer Patient

In seiner Ausgabe vom 19. Oktober 1998 brachte der *New Yorker* ein längeres *Feature* aus der Feder von Jon Lee Anderson unter dem Titel "The Dictator". Aufgemacht war der Artikel mit einem kunstvoll stilisierten Foto eines würdevollen alten Herrn im Dunkelgestreiften vor Rotweingläsern, aufgenommen am 25. September in London. Das Interview mit diesem Herrn beginnt mit dem Satz "I was only an *aspirante* dictator". Mit einem ironischen Lächeln, wie Interviewer Anderson anmerkt, fügte der Aspirant dieser Eröffnung hinzu: "Die Geschichte lehrt einen, dass Diktatoren nie ein gutes Ende finden." Im Lauf eines langen Tages im herbstlichen London enthüllte Augusto Pinochet seinem Gesprächspartner schließlich, wo seine eigenen Befürchtungen bezüglich eines nicht so guten Endes lagen. "Sie sollen endlich Schluss machen mit den Strafanzeigen. Über achthundert liegen jetzt schon vor. (...) Sie kommen immer wieder auf die gleichen alten Sachen, die gleichen alten Sachen."

Das *Timing* war perfekt. Als Pinochets teils schulmeisterlichen, teils genervten Äußerungen im *New Yorker* erschienen, hatte der Lauf der Geschichte ihnen bereits eine ganz andere, leicht groteske Tönung verliehen. Am Abend des 16. Oktober 1998 geschah in einer Londoner Klinik etwas, womit kaum jemand gerechnet hatte. Beamte von Scotland Yard nahmen Herrn Augusto Pinochet Ugarte, Senator der Republik Chile, fest, um ihn zur Verfügung der spanischen Justiz zu halten, die eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet hatte. Die Vorwürfe: Verschwindenlassen spanischer Staatsbürger in Chile und – über die *Operación Condor* – in anderen lateinamerikanischen Ländern. Die Untersuchung der beiden spanischen Richter Baltasar Garzón und Manuel García Castellón hatte bereits Jahre vorher begonnen und zu einer förmlichen Anklage gegen Pinochet und andere Verantwortliche seines Regimes geführt. Gleichzeitig wuchs auch in anderen Staaten die Liste der Anzeigen gegen Pinochet weiter an.

Dass all dies eines Tages zur Festnahme des ehemaligen Diktators führen könnte, schien dennoch unmöglich. Auch der Betroffene selbst, der sich immer voll Verachtung über den Prozess in Spanien geäußert hatte, schien nicht im Ernst mit einer solchen Möglichkeit gerechnet zu haben. Immerhin hatte er sich, obwohl aus rein privaten Motiven, einen Diplomatenpass ausstellen lassen. Als dieser sich schließlich als unwirksamer Schutz erwies, klagte der ehemalige General laut durch die Weltpresse "Verrat" und beschwor die Gefährdung der nationalen Versöhnung in Chile durch seine Festnahme – eine kaum verhüllte Drohung in Richtung der chilenischen Regierung, die sich Pinochets Argument schon deswegen bereitwillig zu eigen machte, weil auch sie durch diese "Einmischung von außen" ihr Werk des Übergangs von Pinochets Diktatur zur Demokratie vom Einsturz bedroht sah.

Doch genau zwei Monate nach der Fotositzung im imperialen Stil, an Pinochets 83. Geburtstag, dem 25. November, erfuhren Präsident Frei und der Senator auf Lebenszeit, dass sich die Spielregeln für Staatskriminalität außerhalb von Chile verändert hatten. Drei der fünf Lordrichter Großbritanniens entschieden, dass auch auf der britischen Insel für die Pinochet vorgeworfenen Verbrechen keine Immunität ins Feld geführt werden kann. Wer die Fernsehbilder gesehen hat, in denen die Reaktionen auf diese bahnbrechende juristische Entscheidung festgehalten wurden, spürte, dass an diesem Tag der stürmische Hauch der Geschichte den Vorhang zu einer Bühne lüftete, auf der noch immer das alte Stück gespielt wurde, in dem sich zwei Lager in Chile unversöhnt gegenüberstehen. Nicht nur Pinochet und seine rechtsradikale Anhängerschaft, auch die Regierung der *Concertación* mit Präsident Frei an der Spitze, die bis dahin vor dem Vorhang das kunstvoll arrangierte Stück "Mit Pinochet der Zukunft entgegen" – in Hexametern gesetzt von Patricio Aylwin und Eduardo Frei – aufgeführt hatten, sahen sich erstaunt um.

1.1 Neue Bewegung in Chile: Protest gegen einen Senator auf Lebenszeit

Bei etwas mehr Aufmerksamkeit hätten die Beteiligten allerdings schon vor der Londoner Entscheidung spüren können, dass sich hinter dem Vorhang etwas tat. Seit Beginn des Jahres 1998 waren auf verschiedenen Ebenen wichtige Grundlagen des Übergangspaktes zwischen der Pinochetdiktatur und der neuen chilenischen Demokratie stärker als in den Jahren zuvor in Frage gestellt worden. Im Januar 1998 sollte mit dem Rücktritt General Pinochets als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und seinem gleichzeitigen Amtsantritt als Senator auf Lebenszeit der letzte der von Pinochet noch wäh-

rend der Diktatur sorgfältig geplanten Schritte zur Wahrung von undemokratischer Teilhabe an der Macht vollzogen werden. Doch der Schritt erwies sich komplizierter als gedacht. Eine Parlamentarierinitiative erreichte ein Votum der Abgeordnetenkammer, das die Ernennung Pinochets zum Senator auf Lebenszeit politisch missbilligte. Gleichzeitig wurden Gesetzesinitiativen zur Reform der Verfassungsbestimmungen aus Pinochets Zeit eingebracht, die Grundlage u.a. der Existenz der nicht gewählten "Senatoren auf Lebenszeit" sind, und eine Gruppe von Abgeordneten versuchte die Vereidigung Pinochets durch das Verfassungsgericht zu verhindern. Schließlich brachten elf Abgeordnete eine Initiative auf Verfassungsklage (*Acusación Constitucional*) gegen Pinochet wegen Verfehlungen in seiner Zeit als Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Gang.

All das verhinderte zwar nicht die Vereidigung Pinochets als Senator, doch brachte die Opposition gegen seine Ernennung, die weit ins Regierungslager hineinreichte, immerhin den langjährigen Verteidigungsminister Pérez Yoma zu Fall – auch die Weigerung Präsident Freis, einen von Pérez vorgeschlagenen Offizier zum General zu befördern, weil dieser in den "Fall Soria" verwickelt war, spielte dabei eine Rolle – und verzögerte den Wechsel Pinochets in seine neue Würde um zwei Monate. Bei der Amtseinführung am 11. März gab es dann im Senat selbst lautstarke Proteste. Pinochet wurde seine Opfer und Ankläger nicht mehr los. Nach dem Amtsantritt als Senator kam es sogar zur Zulassung der Verfassungsklage durch die zuständige Parlamentskommission. Zwar erreichte die Regierung im Plenum schließlich die Ablehnung der Initiative, doch die knappe Mehrheit von nur zehn Stimmen gegen die Verfassungsklage zeigte, dass die Regierung in ihrer Abschilderung Pinochets vor politisch-rechtlichen Schritten nicht mehr auf die Mehrheit der eigenen Fraktionen zählen konnte. Der frischgebackene Senator auf Lebenszeit war angeschlagen.

1.2 Die Justiz und das Amnestiegesetz

Gleichzeitig gab es auch wichtige Veränderungen im Bereich der Justiz. Zwar waren schon in den Jahren zuvor etliche wichtige Gerichtsentscheidungen ergangen, in denen die Grundpfeiler des von Pinochet geschaffenen Rechtsverständnisses, insbesondere die Anwendbarkeit der Amnestie vom 18. April 1978 für wichtige Menschenrechtsprozesse, in Frage gestellt wurden. Doch hatte die überwiegende Tendenz der höchstrichterlichen Rechtsprechung im Allgemeinen die Einstellung der entsprechenden Prozesse unter Bezug auf das Amnestiegesetz aufrechterhalten. So hatte der *Corte*

Supremo etwa im emblematischen Fall des Mordes an dem spanischen Diplomaten Carmelo Soria 1976 in Santiago – der dann zu einem der Eckpfeiler der Anklage durch die spanische Staatsanwaltschaft werden sollte – im Juni 1986 die Einstellung des Verfahrens aufgrund des Amnestiegesetzes verfügt.

Doch zu Beginn des Jahres 1998 ergingen einige höchstrichterliche Entscheidungen in Fällen des gewaltsamen Verschwindenlassens, die eine Tendenz des Obersten Gerichtshofs anzeigten, dieses Verbrechen als nicht durch die Selbstamnestie der Militärs von 1978 abgedeckt zu betrachten. Im September schließlich, als sich Pinochet gerade nach London aufmachte, kam der Oberste Gerichtshof in einem weiteren Verschwundenenfall (dem des 1974 in den Folterzentren “Londres 38” und “Cuatro Alamos” verschwundenen MIR-Militanten Pedro Enrique Poblete) zu einer denkwürdigen Entscheidung. Nach Auffassung des Gerichts war dieses Verbrechen, das zeitlich durch die Amnestie abgedeckt war, materiell nicht amnestierbar, weil Chile die Genfer Konventionen von 1951 unterschrieben hatte. Damit fiel ein Hauptargument der Verteidiger der Verbrechen der Diktatur auf ihre Urheber zurück. Gerade weil die Diktatur immer von einem Kriegszustand sprach, in dem sie sich mit ihren marxistischen Gegnern befunden habe, und diesen auch per Gesetzesdekret offiziell verhängte, mussten, so das Gericht, die Regeln des Kriegsrechts angewandt werden. Die Genfer Konventionen aber, befand das Gericht weiter, stehen über der nationalen chilenischen Gesetzgebung, also auch dem Amnestiegesetz.

Diese höchstrichterliche Entscheidung ist nicht nur wegen der Anwendung internationalen Rechts bahnbrechend. Sie öffnete auch die Tür weit für eine Infragestellung des Amnestiegesetzes über den Bereich des Verbrechens des gewaltsamen Verschwindenlassens hinaus. Denn die Argumentation des Obersten Gerichtshofs ist genauso anwendbar auf außergesetzliche Hinrichtungen, auf Folter, Verschleppungen und andere Tatbestände, die alle nach den Genfer Konventionen im Kriegsfall verboten sind. Paradoxerweise erweist sich hier also das Kriegsrecht als schärfere Waffe als die immer noch nicht vergleichbar vollständig kodifizierten Menschenrechtsnormen.

Wenn aber das Amnestiegesetz als wichtigstes Bollwerk, hinter dem sich die Mörder und Folterer der Diktatur verschanzten, ins Wanken zu geraten drohte, dann war auch in Chile nicht mehr völlig auszuschließen, dass der Arm der Justiz eines Tages bis zu General Pinochet selbst reichen würde. 1998 wurden in Chile nicht weniger als elf Strafanzeigen gegen den General eingereicht, u.a. wegen Völkermords und Mords, die letzte davon einen Tag vor seiner Festnahme in London (seither folgten weitere). Unter den elf Fäl-

len, die größtenteils auch von der Justiz zugelassen wurden, befindet sich die berüchtigte Todeskarawane im Norden Chiles unter dem Kommando des Generals Arellano Stark. Dieser und das ehemalige Junta-Mitglied Gustavo Leigh erhielten bereits Vorladungen im Rahmen dieser Verfahren.

In einem Fall, der Pinochet besonders berühren musste, traf der Oberste Gerichtshof ebenfalls eine Entscheidung zugunsten der Menschenrechte. Im März ernannte er einen Sonderrichter zur Untersuchung des vorher von der Militärjustiz bereits eingestellten Verfahrens wegen der "Operation Albania". Unter diesem Decknamen waren nach dem misslungenen Attentat des *Frente Patriótico Manuel Rodríguez* (FPMR) gegen General Pinochet 1986 zwölf unbeteiligte Mitglieder dieser Untergrundorganisation von der Geheimpolizei CNI (der Nachfolgeorganisation der DINA) ermordet worden.

1.3 Der Fall Letelier

Unter dem Druck der USA war 1978 als einziges Verbrechen des Zeitraums vom 11. September 1973 bis 10. März 1978 die Ermordung von Allendes Außen- und Verteidigungsminister Orlando Letelier 1976 in Washington vom Amnestiedekret ausgenommen worden. Nach der Überwindung zahlloser Widerstände hatte dies schließlich 1993 zwar die Verurteilung zweier hoher Offiziere, darunter des ehemaligen Chefs der Geheimpolizei DINA, Manuel Contreras, möglich gemacht, wenn auch zu unangemessen niedrigen Haftstrafen. Contreras Dienstherr jedoch, General Pinochet, der stolz behauptet hatte, dass sich kein Blatt im Land ohne sein Wissen bewege, blieb von dem Verfahren unberührt. Nach drei Jahren im Gefängnis bröckelte Contreras Loyalität jedoch offenbar ab. 1998 erklärte er in einem Interview, dass er seine Tätigkeit als DINA-Chef unter dem direkten Befehl von Pinochet ausgeübt habe. Das war zwar keine Neuigkeit, doch stellte die Erklärung einen weiteren potentiellen juristischen Fallstrick für den einstigen Diktator dar.

All dies deutete bereits längst vor Pinochets Festnahme in London auf einen Wandel im Umgang mit der Vergangenheit auch in Chile selbst hin, ein Wandel, der u.a. durch die allmähliche Ablösung der noch von Pinochet ernannten obersten Richter durch eine neue Generation zu erklären ist. Die jahrelangen intensiven juristischen Debatten, in denen die Menschenrechtsanwälte in Chile die modernen Sichtweisen und Normen des internationalen Rechts im Menschenrechtsbereich einbrachten, zeigten langsam aber stetig Wirkung. Diese modernen Doktrinen, die in den oberen Instanzen der Ge-

richte schon seit Jahren als Minderheitenvoten auftauchten, wurden allmählich mehrheitsfähig.

1.4 Wachsender Auslandsdruck

Dabei spielte, zum immer wieder laut artikulierten Verdruss Pinochets und seiner Anhänger, die juristische und politische Meinung des Auslands schon vor den Ereignissen in London eine erhebliche Rolle. Bereits 1976, also zwei Jahre vor dem Amnestiedekret, empfahl die *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Chile, dass Folterfälle der Militärdiktatur, da sie ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten, von der internationalen Gemeinschaft abgeurteilt werden sollten (UN Doc. A/31/253, 8 October 1976, para. 511). Die Amerikanische Menschenrechtskommission stellte von Anfang an die Gültigkeit des Amnestiegesetzes in Zweifel und verlangte seine Annullierung, zuletzt im April 1998 in einer Reihe von 19 Verschwundenenfällen, die bei ihr anhängig sind. Vor der Kommission ist aber u.a. auch eine Beschwerde gegen die Einrichtung der "Senatoren auf Lebenszeit" anhängig, die nach Ansicht der Beschwerdeführer, unter denen sich auch der Bruder des ehemaligen Präsidenten, der Abgeordnete Andrés Aylwin befindet, gegen das in der amerikanischen Menschenrechtskonvention verankerte Recht auf gleiche politische Rechte aller Bürger verstößt.

Anfang September entschied die Schweizer Regierung, den Auslieferungsantrag Chiles gegen zwei Mitglieder des FPMR, die wegen des Attentats gegen Präsident Pinochet verurteilt waren und denen 1996 eine spektakuläre Flucht aus dem Gefängnis gelungen war, abzulehnen. Die Begründung der Schweizer Regierung, wonach es in Chile keine ausreichenden Garantien für die beiden Flüchtlinge gebe, war ein bitterer Vorgeschmack auf den Grad an Ächtung, den die Regierung Frei im Zusammenhang der Londoner Ereignisse wenig später erfahren sollte.

Frei rief seinen Botschafter aus der Schweiz zurück, eine Geste, die später auch in den Fällen von Großbritannien und Spanien von der Rechten gefordert wurde, die jedoch nicht beliebig wiederholbar war, wollte die Regierung nicht ihre außenpolitische Isolierung dank der Rückendeckung für Pinochet noch aus eigener Kraft verstärken. Dass der ehemalige Diktator zu einer immer stärkeren Belastung nicht nur für das Ansehen der nicht mehr so neuen Demokratie, sondern auch zu einem ernsthaften außenpolitischen Problem wurde, musste auch die Regierung Frei erkennen.

Gleichwohl hielt sie eisern an ihrer "Prinzipientreue" fest. Es gehe nicht um die Person Pinochets, sondern um die Konsistenz und Autonomie der

chilenischen Institutionen, war die in den Reden Frei und anderer Regierungsvertreter in vielen Varianten auftauchende Formel. Eine Formel, mit der Frei weder die Rechte, der es nicht um Institutionen, sondern eben um Pinochet ging, noch die wieder erstarkende Linke zufrieden stellen konnte, die nicht nur Pinochet zur Rechenschaft ziehen, sondern endlich seine antidemokratische Erbschaft in der chilenischen Verfassung beseitigt sehen wollte.

2. Die Erbschaft der Diktatur

Trotz der mannigfaltigen Indizien für einen Wandel der versteinerten Verhältnisse in Chile selbst blieben die in der Übergangszeit nach 1988 festgeklopften undemokratischen Strukturen des politischen Systems Chiles in ihrem Kern bisher unangetastet. Niemand will heute mehr die Entscheidung des im Februar 1988 gegründeten breiten Oppositionsbündnisses der *Concertación* in Frage stellen, sich an dem vom damaligen Staatspräsidenten Pinochet angesetzten Referendum zu beteiligen, das am 5. Oktober des gleichen Jahres abgehalten wurde. Schließlich war der unerwartete Sieg des oppositionellen "Nein" zur Kontinuität der Diktatur der entscheidende Schritt, der die Übergangsphase einleitete, die dann im Dezember 1989 mit der Wahl des Kandidaten der *Concertación*, des Christdemokraten Patricio Aylwin und seinem Amtsantritt im März des folgenden Jahres besiegelt, aber bis heute nicht vollendet wurde. Doch die historische Bedeutung des Siegs der Opposition beim Plebiszit von 1988 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Sieg – der Soziologe Tomás Moulian spricht von einem Pyrrhussieg – einen hohen Preis hatte.

2.1 Die Verfassung der Diktatur

Er bestand in der Anerkennung der Verfassung der Diktatur und der von Pinochet festgelegten Regeln des Übergangs und der von ihm gesetzten Grenzen einer Veränderbarkeit des politischen Systems auch nach seinem Abtritt als Staatsoberhaupt – bis heute. Das Mehrheitsvotum der chilenischen Wählerinnen und Wähler im Plebiszit von 1988, den nachfolgenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gegen die Positionen und Kandidaten des Generals konnte nichts daran ändern, dass die entscheidende Grundlage des politischen Systems auch in der Zeit nach der Diktatur die Verfassung eben jener Diktatur war, die Pinochet 1980 dem Land aufzwang. Auch nach

den 1989 zugestandenen Reformen bleibt diese Verfassung in wesentlichen Teilen undemokratisch:

- 20% der Mitglieder des Senats (der oberen Kammer im chilenischen Zweikammersystem) werden nicht gewählt, sondern institutionell ernannt, unter wesentlicher Beteiligung der Streitkräfte; diese ernannten Senatoren haben im Senat regelmäßig die erforderliche Sperrminorität gesichert, um Verfassungsänderungen mit Zweidrittelmehrheit zu verhindern.
- Die Verfassung räumt den Streitkräften eine Reihe von Sonderrechten ein, die sie außerhalb der demokratischen Kontrolle stellen. So sind die drei Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte und der Oberkommandierende der gesamten Streitkräfte unabsetzbar, und auch Personalentscheidungen auf unteren Ebenen können nur im Einverständnis mit den Generälen vorgenommen werden. Außerdem räumt die Verfassung den Streitkräften weiterhin eine interne “Schutzrolle” ein, die sich zum Beispiel in der Kompetenz niederschlägt, den “Nationalen Sicherheitsrat” einzuberufen, in dem der Präsident nur eine von neun Stimmen hat.
- Das “binominale” Wahlsystem begünstigt systematisch die Parteien der (rechten) Opposition.

2.2 Andere Restriktionen der Demokratie

Diese restriktiven Elemente der Verfassung gaben den Rahmen ab für eine große Zahl von faktischen und normativen Einschränkungen demokratischer Freiheiten und Grundsätze, die auch 15 Jahre nach dem Plebiszit keinen Zweifel aufkommen lassen konnten, dass Chile eine Demokratie im “eisenen Käfig” ist, um noch einmal eine Metapher von Moulian zu zitieren. Dazu zählt zum Beispiel, dass die Zuständigkeit für die gerichtliche Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur überwiegend in Händen der Militärjustiz blieb, mit den zu erwartenden negativen Ergebnissen. Aber auch andere repressive Gesetze aus der Zeit der Diktatur, deren Abschaffung keiner Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit bedürfte, blieben in Kraft.

Im Juli 1995 wurde das Führungsmitglied der Sozialistischen Jugend, Arturo Barrios, wegen Beleidigung Pinochets verhaftet und vor Gericht gestellt. Er hatte während einer Demonstration ein Strafverfahren wegen Menschenrechtsverbrechen für Pinochet gefordert. Und noch im Januar 1998 wurden die beiden Journalisten Paola Coddou und Rafael Gumucio wegen

kritischer Äußerungen über den unter Pinochet ernannten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs aufgrund des “Gesetzes über die innere Sicherheit des Staates” von 1975 inhaftiert und erst nach einigen Tagen freigelassen.

2.3 Militärische Machtdemonstrationen

Auch nach seinem Abtritt als Staatsschef blieb die Figur des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte ständig präsent. Wer gedacht hatte, dass der General nach der Niederlage im Plebiszit von 1988, die ihn persönlich schwer getroffen zu haben scheint, sich verbittert oder resigniert zurückziehen würde, wurde schnell eines schlechteren belehrt. Nicht nur absolvierte Pinochet die vollen acht Jahre an der Spitze der Streitkräfte, die ihm nach seinen selbst gesetzten Spielregeln zustanden, und beförderte sich anschließend, wiederum gemäß dem eigenen Fahrplan und allen Widerständen zum Trotz, in das Amt des Senators auf Lebenszeit. Während all dieser Jahre machte der ehemalige Diktator auch immer wieder deutlich, dass nicht demokratische, sondern seine eigenen Vorstellungen maßgebend für die Verfassungswirklichkeit des postdiktatorischen Chile waren. Mit einer nicht endenden Serie von öffentlichen Äußerungen, in denen er sein Regime verteidigte, keinerlei Schuldbewusstsein oder gar Reue zeigte und die Opfer seiner Herrschaft sogar verhöhnzte, demonstrierte Pinochet seine Unantastbarkeit und die Ohnmacht seiner Opfer. Jedes Mal, wenn die Kritik an Pinochet (oder auch an den Geschäften seines Sohnes) die vom General gesetzten Grenzen des Zulässigen zu überschreiten drohte, inszenierte die Armee unter seinem Kommando Drohgebärden, die prompt Wirkung zeigten. Die bekanntesten Fälle waren der *ejercicio de enlace* bereits 1990, der *boinazo* 1993 und schließlich der *peucazo* von 1995, als die Regierung, nach langem Zögern, den wegen des Letelier-Mordes rechtskräftig verurteilten ehemaligen DINA-Chef General Contreras in das eigens für ihn erbaute Luxusgefängnis überführte.

Keine dieser Aktionen der Streitkräfte erreichte die Dimension von Putschversuchen, mit denen sich etwa die Regierung Alfonsín nach dem Ende der Militärdiktatur in Argentinien auseinander zu setzen hatte. Vielmehr bewegten sich die Gesten der chilenischen Militärs jeweils in einer Grauzone am Rand – diesseits und jenseits – der Legalität. Was jeweils genau geschah, ist bis heute nur Insidern bekannt, da die betroffenen Regierungen selbst alles taten, um die Dimension der Ereignisse herunterzuspielen. Diese kalkulierte Undurchsichtigkeit erreichte ihren Zweck weit besser, als es ein offener Gesetzesbruch in Form militärischer Zwangsmaßnahmen ge-

gen die demokratischen Institutionen hätte bewirken können. Die Öffentlichkeit war verunsichert, spürte die anhaltende Macht Pinochets und der Armee, und gleichzeitig blieb auch das Verhalten der gewählten Regierung zweideutig, was die Verunsicherung noch steigerte. Als Ergebnis blieb, dass es bis heute nicht gelungen ist, die handfesten Indizien für Korruption in der Armee unter direkter Beteiligung eines Sohnes von General Pinochet aufzuklären (der so genannte "Fall Valmoral"), und dass vor allem die Regierung Frei keinerlei Initiative zur Ahndung der Verbrechen der Diktatur entwickelte.

2.4 Der missglückte Schlusspunkt

Wie militärische Drohgebärden, politische Initiativen der Pinochet nahe stehenden rechten Opposition und zweideutige Positionen der Regierung zusammenspielten, um menschenrechtliche Forderungen nach einer auch strafrechtlichen Aufarbeitung der Vergangenheit ins Leere laufen zu lassen, zeigt exemplarisch der *peucazo* von 1995. Nach der Verurteilung von Contreras und seines Untergebenen, Oberst Espinoza, am 30. Mai 1995, trat Letzterer seine Haftstrafe an, während Contreras mit Hilfe der Streitkräfte (deren verschiedene Maßnahmen zusammenfassend als *peucazo* bezeichnet wurden) sich fast ein halbes Jahr dem Haftantritt entzog, ehe er sich schließlich im Oktober nach Peuco begab. Parallel dazu brachten Senatoren der Rechten (sowohl der pinochettreuen *Unión Demócrata Independiente* (UDI) als auch der etwas gemäßigteren *Renovación Social* (RN) im Juli 1995 eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel ein, endgültig alle Menschenrechtsverfahren gegen Mitglieder der Militärdiktatur einzustellen. Ein solches "Schlusspunktgesetz" nach argentinischem Vorbild widersprach allerdings eindeutigen Wahlaussagen der *Concertación* und war sowohl von Präsident Aylwin wie von Frei wiederholt öffentlich abgelehnt worden. Präsident Frei reagierte auf die Initiative denn auch mit einem Paket von legislativen Gegenvorschlägen.

Diese im Einzelnen recht komplizierten Gesetzesprojekte Freis liefen im Kern jedoch auf eine Akzeptanz des Schlusspunkts für die Verbrechen während des von der Amnestie abgedeckten Zeitraums hinaus. Alle Verfahren sollten in einem relativ kurzen Zeitraum abgeschlossen und nur der Wahrheitsfindung, nicht aber einer Verurteilung dienen. Selbst die Namen der Täter sollten vertraulich behandelt werden. Nur wollte Frei für so viel Entgegenkommen einen Preis in Form von Verfassungsänderungen, einen Schlusspunkt gewissermaßen auch für die 1989 der damaligen Opposition

aufgezwungenen, oben aufgeführten autoritären Elemente der Verfassung. Trotz eines Kompromissentwurfs zwischen Regierung und einem Senator der Opposition (der so genannte "Figueroa-Otero-Vorschlag") kam der Handel schließlich nicht zustande. Den Militärs und ihren politischen Gefolgsleuten ging das Entgegenkommen Freis noch immer nicht weit genug.

Auch wenn der "Schlusspunkt" in diesen krisenhaften Monaten des Jahres 1995 schließlich nicht zustande kam, so war doch durch das komplizierte Verhandlungsspiel das Terrain sondiert und abgesteckt. Pinochet und seine Anhänger hatten die Regierung bis an den Punkt getrieben, wo es keine weiteren Zugeständnisse mehr gab. Dort stand die Regierung, mit dem Rücken zur Wand, und schien beschossen zu haben, sich von diesem Fleck fürderhin nicht mehr wegzubewegen. Kurz nach seinem Regierungsantritt hatte Präsident Aylwin 1990 in einer programmatischen Rede versprochen, die Wahrheit über die Vergangenheit ans Licht zu bringen, für "Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen" zu sorgen und bei diesem Bemühen die "Tugend der Gerechtigkeit und der Vorsicht zu verbinden". Das Mischungsverhältnis beider Tugenden ergab schon unter Aylwin einen recht schalen Cocktail, viel vorsichtig gezuckerten Limonensaft mit kaum ein paar Tropfen scharfem Gerechtigkeits-*pisco*. Frei machte nun fünf Jahre später endgültig klar, dass mehr Gerechtigkeit nicht möglich sein würde, jedenfalls nicht als Politik der Regierung. Damit diskreditierte er zugleich den wesentlichen Beitrag seines Vorgängers zur chilenischen Vergangenheitsbewältigung, die Arbeit der von Aylwin zu Beginn seiner Regierungsperiode eingesetzten "Kommission für Wahrheit und Versöhnung", nach ihrem Vorsitzenden meist kurz "Rettig-Kommission" genannt.

2.5 Rettig-Kommission und Corporación

Das Mandat der aus vom Präsidenten ernannten Persönlichkeiten "von unbestrittenem Ansehen und moralischer Autorität" ohne politisches Amt zusammengesetzten Rettig-Kommission war sehr eng. Ihr Auftrag, was die Wahrheitsfindung anging, beschränkte sich auf die Aufklärung der Menschenrechtsverbrechen, die "das nationale Zusammenleben am schwersten beeinträchtigten". Darunter zählte Aylwin in seinem Dekret, das die Rettig-Kommission konstituierte, zwar politischen Mord und das "Verschwindenlassen", nicht aber die Folter, obgleich diese genauso zu den international geächteten Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählt und, wie aus zahlreichen Zeugnissen von Opfern hervorgeht, sicherlich mit am meisten zur "Beeinträchtigung des nationalen Zusammenlebens" beigetragen haben. Die

Kommission hatte auch keinerlei richterliche Befugnisse, war daher ausschließlich auf die Auswertung der Anhörung von Opfern angewiesen, die ihre Fälle bei ihr vortrugen, sowie auf die Berichte der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und, soweit kooperationswillig, staatlicher Behörden. Ziel dieser Arbeit sollte ein Bericht sein, der möglichst umfassend Auskunft über das weithin ungeklärte Schicksal der Verschwundenen und die Umstände, unter denen die Todesopfer ihr Leben verloren hatten, geben sollte. Der auf die Versöhnung zielende Teil des Mandats der Kommission bestand in der Erarbeitung von Vorschlägen zur Entschädigung und Rehabilitation der Opfer sowie zur Verhinderung der Wiederholung derartiger Verbrechen.

Obwohl der Kommission einige hochangesehene Menschenrechtsverteidiger wie Jaime Castillo und José Zalaquett angehörten, gingen die Menschenrechtsorganisationen und ein Teil der Opfer zunächst auf Distanz zur Kommission. Wichtigste Kritikpunkte waren das Aussparen der Folter aus dem Mandat und das Fehlen jeglicher justizieller Befugnisse der Kommission, letztlich also das Fehlen des Begriffs "Gerechtigkeit" im Namen der Kommission. Die Ernsthaftigkeit, mit der die Kommission in neun Monaten ihrem beschränkten Mandat nachging und dabei immerhin 2.115 individuelle Opfergeschichten aufarbeitete, sowie die deutliche Sprache, mit der sie die Strukturen des Unrechtsregimes in ihrem Abschlussbericht bloßlegte, brachten ihr dennoch breite Anerkennung ein. Präsident Aylwin nahm die Vorlage des Berichts, der von der Regierungszeitung als Beilage abgedruckt wurde, zum Anlass, die Opfer im Namen des Staates um Verzeihung zu bitten und kam der Empfehlung der Kommission nach, eine öffentliche "Körperschaft für Entschädigung und Versöhnung" einzurichten, die von 1992 bis 1996 noch einmal 644 individuelle Fälle von extralegalen Hinrichtungen oder Verschwindenlassens während der Diktatur dokumentierte und ein Bündel von Maßnahmen zur Entschädigung, Rehabilitierung und Prävention entwickelte.

Die Regierung Aylwin hatte damit im Bereich der Wahrheitsfindung und der materiellen wie symbolischen Wiedergutmachung eine Leistung vollbracht, von der sie nun erwartete, dass ihr die beschworene "nationale Versöhnung" folgen solle. Doch die Rechnung ging nicht auf. Zum einen machten die Streitkräfte deutlich, dass sie und ihr Oberbefehlshaber weder mit dem Bericht einverstanden noch gewillt waren, der Aufforderung Aylwins nachzukommen, auch ihrerseits Schuld einzugestehen und um Vergebung zu bitten. Stattdessen rechtfertigten Pinochet und seine Generäle in ihrer offi-

ziellen Stellungnahme zum Bericht, und damit indirekt auch zu Aylwins Reaktion auf den Bericht, den Putsch und alle ihm folgenden Maßnahmen und drohten sogar, dass unter ähnlichen Voraussetzungen wie 1973 ein erneutes Eingreifen der Streitkräfte nötig sein könne.

Doch vor allem war es der in der Rettig-Kommission und ihrer Nachfolgeorganisation angelegte Verzicht auf Gerechtigkeit, der die positiven Ansätze der Kommission nicht zum Tragen kommen ließ. Genau gelesen, enthielt das Dekret zur Schaffung der Kommission sogar ein Versprechen auf künftige Gerechtigkeit, wenn es der Kommission jegliche richterliche Funktion und damit die Benennung von konkreten Verantwortlichkeiten mit dem Hinweis absprach, dass eventuell gefundene Straftatbestände von der Kommission an die zuständigen Gerichte weiterzuleiten seien. Die Regierung unternahm jedoch keine ernsthaften Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese zuständigen Gerichte auch entsprechend tätig würden. Im Gegenteil, aus Justizkreisen wurde lautstark die "Einmischung" der Rettig-Kommission kritisiert. Die von Pinochet eingeschlagenen Pflöcke im Justizsystem – hörige Richter und Militärjustiz vor allem – sorgten dafür, dass aus dem Rettig-Bericht kaum juristische Konsequenzen gezogen wurden. So setzte die Veröffentlichung des Kommissionsberichts zwar ein wichtiges öffentliches Zeichen der Wahrheitsfindung, bescheinigte den Opfern offiziell, dass sie Unrecht erlitten hatten und rückte dergestalt moralische Maßstäbe zurecht. Zugleich jedoch machte die Arbeit der Kommission, in dem sie das Ausmaß des Unrechts dokumentierte, das Ausbleiben von Gerechtigkeit umso schmerzlicher deutlich. Die Wahrheit blieb ohne Folgen. Die weiteren politischen Maßnahmen Aylwins, die bereits die oben angeführten Schlusspunkt-tendenzen der Regierung Frei vorwegnahmen, ließen auch immer weniger politischen Willen erkennen, daran etwas zu ändern.

So entstand schon in den ersten Jahren des neuen politischen Systems der Zeit nach der Diktatur, aber mit Pinochet, dieses spezifische Gemisch aus Frustration und Resignation, aus Ohnmacht und "realpolitischer" Selbstzufriedenheit, das die Dekade prägte. Chile richtete sich in einer Transition ein, deren Motor auf den ersten Kilometern den Geist aufgab. Gegen die Politik der Regierung entwickelte sich keine ernsthafte politische Opposition, die den Umgang mit der Vergangenheit zum wesentlichen Thema gemacht hätte. "Vergangenheitsbewältigung" fand auf andere Weise statt, wenn Politiker, die einst in Gefängnissen der Diktatur gesessen hatten, keine Miene verzogen, wenn sie nun, als Vertreter der *Concertación*, ihren ehemaligen Schergen die Hand zu schütteln hatten. Gleichzeitig ergaben jedoch

Meinungsumfragen über die Jahre immer wieder Mehrheiten gegen einen Schlusspunkt und für eine strafrechtliche Ahndung der Verbrechen der Diktatur. Bei besonderen Anlässen, wie etwa der Verurteilung von Contreras, kamen Emotionen zum Vorschein, die sonst nur einer kleinen Minderheit zugehörig schienen.

2.6 Menschenrechtsbewegung

Diese Minderheit bestand hauptsächlich aus den Organisationen der Angehörigen der Opfer der Diktatur und den Menschenrechtsorganisationen, die sie unterstützten. Die chilenische Menschenrechtsbewegung, die 1973 schon in den ersten blutigen Tagen der Diktatur entstand, hatte einst Pionierarbeit für den ganzen Kontinent geleistet. Erstmals in Chile wurde der Begriff der Menschenrechte zu einer Plattform, auf der sich ganz verschiedene politische Kulturen und Programme mit einem gemeinsamen Ziel zusammenfanden: den Opfern zu helfen und der Diktatur die Projektion eines besseren Chile entgegenzuhalten, in dem die Rechte aller respektiert würden. Diesem Ziel wurden damals, aus Einsicht und Notwendigkeit, die verschiedenen politischen Überzeugungen und Militanzen untergeordnet. Es entstand eine neue, spezifische Kultur der Menschenrechtsarbeit, die unabhängig von der – mit stark wechselnden Erfolgen – weiterbestehenden politischen Opposition, dem Unrechtsstaat mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegentrat. Mit prophetischer oder quijotesker Haltung (aber war nicht auch Don Quijote ein Prophet?) bissen sich die Anwälte der *Vicaría de Solidaridad*, von FASIC, von der Chilenischen Menschenrechtskommission und später von CODEPU in den schmalen Ritzen fest, die das Gebäude des legalisierten Unrechts nie ganz schließen konnte.

Zwar ging mit Beginn der Regierung der *Concertación* ein Teil dieser Menschenrechtsbewegung (zurück) in die Politik, wurden alte parteipolitische Bande neu geknüpft. Doch ein anderer (erheblicher) Teil der Aktivisten dieser Bewegung blieb auf Distanz, richtete von außen grundsätzliche, ethisch-politisch formulierte Forderungen an die neue Regierung und konzentrierte, als die politische Stagnation in der rechtspolitischen Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur immer klarer erkennbar wurde, seine Anstrengungen wieder auf die juristische Ebene. Der Justizapparat war immer noch, wie oben berichtet, ein von der Diktatur geprägter Koloss, doch die Ritzen konnten unter den neuen Rahmenbedingungen verbreitert werden. Die wenigen Richterinnen und Richter, die seit den achtziger Jahren ihrem Gewissen folgten und Urteile zugunsten der Opfer der Diktatur fällten,

wurden zu gefeierten und befeindeten Gestalten des öffentlichen Lebens. Ihre Urteile setzten, auch wenn sie zeitweise fast in Serie von oberen Instanzen kassiert wurden, Maßstäbe für eine andere Justiz. Und allmählich wurde, was anfangs Minderheitenmeinung war, auch mehrheitsfähig. Die Menschenrechtsanwälte wussten sich in diesem langen und aufreibenden, teilweise auch gefährlichen Prozess im Einklang mit dem gleichzeitig ebenfalls stärker Kontur annehmenden internationalen Recht, das auch die chilenische Justiz nicht unberührt ließ.

Die postdiktatorialen Regierungen taten wenig, um diesen Prozess zu unterstützen. Zwar hatte Aylwin zu Beginn seiner Regierung, und dann im Zusammenhang mit der Arbeit der Rettig-Kommission die Justiz als den Ort erklärt, an dem die Vergangenheit strafrechtlich aufzuarbeiten sei. Dabei beließ er es dann aber ebenso wie sein Nachfolger, und niemand konnte den Eindruck gewinnen, dass die weitgehende Untätigkeit der Justiz auf diesem Gebiet der Regierung unangenehm war. „Keine Experimente“, diese Parole eines anderen christdemokratischen Regierungschefs einer Nachdiktaturzeit, war auch das heimliche Motto von Aylwin und mehr noch Frei. Für eine Politik, die sich in der offenbar unveränderbaren Kohabitation von Pinochet und seinen undemokratischen Verfassungselementen mit den eigenen demokratischen Ansprüchen eingerichtet hatte, ist eine sich internationaler menschenrechtlicher Normsetzung allmählich öffnende Justiz eine latente Bedrohung, wie Beispiele aus verschiedenen Nachbarländern vor Augen führten. Eine Justiz, die sich ernsthaft an die rechtsstaatliche Aufarbeitung der Diktaturverbrechen machte, taugte nicht mehr als Feigenblatt für eine untätige Politik. Die chilenische Justiz hatte einige Schritte in dieser Richtung gemacht, doch war sie noch immer weit entfernt von der realen Möglichkeit einer Verurteilung von General Pinochet, als dieser in London festgenommen wurde.

Als mit dieser Entscheidung der britischen Justiz die ganze jahrelang gefestigte politische Szenerie in Chile mit einem Schlag durcheinander geworfen wurde, stand die chilenische Regierung vor einem Scherbenhaufen. Wie die Presse berichtete, versuchte sie auch in London, die chilenische Justiz als den Ort ins Spiel zu bringen, an dem Pinochet zu richten sei. Offenbar hat sie dabei jedoch keine Angaben gemacht, aufgrund welcher Umstände oder eigener Reformbemühungen dies nun nach zehnjährigem Scheitern möglich sein sollte.

In ihrem Bemühen, das Gebäude der Transition im Stillstand zu retten, begab sich die Regierung auf zwei parallele Gleise, die nicht in demokrati-

sche Regionen zu führen versprechen: einen völkerrechtlich brüchig geworden absoluten Nationalismus, und die Verteidigung einer Legalität, die von der Diktatur aufgezwungen war und undemokratische Züge trägt. Der immer wieder von Frei und seinen Vertretern vorgetragene Satz, dass die chilenische Regierung nicht Pinochet, sondern die chilenische Verfassung verteidige, macht wenig Sinn, wo es gerade darum ging, die von Pinochet in die Verfassung geschriebenen Elemente endlich auszuräumen. Und die Verteidigung eines rechtspolitischen Souveränitätsgedankens um jeden Preis stellt Chile nicht nur in denkbar schlechte Gesellschaft, sondern macht auch den Kontrast des chilenischen Rechtssystems mit international anerkannten Normen des Menschenrechtsschutzes vor aller Welt augenfällig.

3. Resümee einer ambivalenten Aufarbeitung

Am 24. März 1999 erging das zweite Urteil der britischen Lordrichter, das die Auslieferbarkeit Pinochets an die spanische Justiz bestätigte, wenngleich es den Zeitraum der zu berücksichtigenden Verbrechen auf die Zeit nach dem Beitritt Großbritanniens zur internationalen Konvention gegen die Folter am 29.9.1988 einschränkte und damit den größten Teil der Pinochet vorgeworfenen Taten von einer möglichen Verhandlung vor spanischen Richtern ausschloss. Allerdings legte der spanische Ankläger sofort eine Liste mit 33 Folterfällen nach diesem Datum vor, und vor allem machte er, gestützt auf die 1992 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Erklärung über den Schutz vor gewaltsamem Verschwindenlassen, eine Interpretation des Artikels 10.1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte in Verbindung mit Art. 7 des gleichen Paktes geltend, wonach das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen als – verbotene – grausame Behandlung einzustufen sei, und dass dieses Verbrechen so lange andauere, als kein Aufschluss über das Schicksal der Verschwundenen gegeben werde. Mit dieser auch vom Obersten Gerichtshof Chiles geteilten Auffassung eröffnete er die Möglichkeit, dass Pinochet auch in den durch das Urteil der Lordrichter gesetzten Grenzen wegen des Verschwindenlassens von insgesamt 1.198 Personen zur Rechenschaft gezogen werden könne.

Bemerkenswert war ein Wandel im Ton der chilenischen Regierung bei ihrer Reaktion auf das Urteil. Zwar behielt sie ihre bisherige Linie – Forderung nach Rückkehr Pinochets und Ablehnung eines Prozesses in Spanien oder in Großbritannien – bei, Außenminister José Miguel Insulza ließ aber stärker als zuvor die Möglichkeit durchscheinen, dass Pinochet nach seiner Rückkehr in Chile selbst der Prozess gemacht werden müsse. Er ging so weit

zu erklären, dass in Chile keine zeitliche Einschränkung für die Aburteilung des Verbrechens der Folter bestünde, da in Chile aufgrund des eigenen Strafrechts, das die Folter immer verboten habe, Recht zu sprechen sei. Und selbst das Argument des chilenischen Obersten Gerichtshofs, wonach das Verbrechen des Verschwindenlassens als permanentes Verbrechen nicht unter die Amnestie von 1978 falle bzw. einen Verstoß gegen die Genfer Konventionen darstelle, fiel nun beim Außenminister als Argument für eine Rückkehr Pinochets auf fruchtbaren Boden (*La Tercera* vom 30.3.1999). Und selbst Präsident Frei sprach davon, dass es die chilenische Justiz sei, die über die Verantwortlichkeit Pinochets zu befinden habe und berief sich dabei auf die Tatsache, dass dort eine steigende Zahl von Verfahren gegen Pinochet anhängig seien. Ebenso wenig wie sein Außenminister machte er dabei freilich deutlich, inwieweit die zahlreichen juristischen und politischen Hemmnisse, die unter seiner Regierung diese Prozesse nicht vorankommen ließen, nun ausgeräumt seien. Den Satz, den Minister Insulza schließlich aussprach, hätten viele Chilenen gerne schon früher von ihrer Regierung gehört: "Pinochet den Prozess in Chile zu machen, stärkt die Demokratie in unserem Land."

Ob Präsident und Außenminister diese Erklärungen im Glauben abgaben, dass Pinochet nicht nach Chile zurückkehren würde, dass ihrer Regierung bzw. der chilenischen Justiz diese Nagelprobe also erspart bliebe, sei dahin gestellt. Doch die britische Regierung wollte nach 503 Tagen, die sie Pinochet in seiner Londoner Villa unter Hausarrest hielt, den Problemfall endlich loswerden, reagierte rasch auf ein zweifelhaftes ärztliches Gutachten, das Pinochets Haft- und Prozessfähigkeit unter Berufung auf seinen Geisteszustand in Frage stellte, und schickte ihn zurück nach Chile. So erhielten Regierung und Justiz Anfang März 2000 mit der Rückkehr Pinochets bald Gelegenheit, die Demokratie zu stärken.

Pinochet und seine Anhänger schätzten nach dem vermeintlichen Sieg der Freilassung in London die Lage offenbar falsch ein. Jedenfalls ließ der Skandal, den der Empfang eines demonstrativ gesunden Pinochet auf dem Rollfeld in Santiago durch jubelnde Militärs hervorrief, der Regierung Lagos gar keine andere Wahl, als sofort deutlich auf Distanz zu gehen. Sie unterstützte zunächst demonstrativ die Verfahren der Justiz gegen Pinochet und machte sich zum Nebenkläger. Die Zahl der Verfahren gegen den ehemaligen Diktator auf dem Tisch von Richter Juan Guzmán wuchs von 60 im März 2000 auf 270 im Oktober 2001. Vor allem der Prozess um die "Todeskarawane" des Generals Arellano Stark brachte Pinochet in große Bedräng-

nis und trieb zunehmend Keile in die Solidarität der Generäle, ging es doch dabei letztlich darum, wer die Verantwortung für diese Serie von Erschießungen durch die Armee zu übernehmen habe, der Oberbefehlshaber oder seine Untergebenen. Dass im Gefolge der zahlreichen Prozesse gegen hohe Militärs endlich auch Offiziere öffentlich zu sprechen begannen, die selbst Opfer der Diktatur waren, gehört zu den wichtigen indirekten Folgen der Rückkehr Pinochets. Der Mord an General Prats, der in Argentinien zu neuen Auslieferungsanträgen gegen Pinochet führte, der Mord an General Schneider, der außer Pinochet auch Henry Kissinger angelastet wird, und der Mord am ehemaligen Verteidigungsminister Orlando Letelier gehören zu den herausragenden Fällen, die auch vom Ausland her weiter Druck auf die chilenische Justiz und Politik machten.

Mitte Juni 2000 kam es dann zu der Entscheidung, die nicht nur rechtlich, sondern auch psychologisch einen Durchbruch im postdiktatorialen Chile bedeutete. Das Berufungsgericht von Santiago hob die Immunität auf, die Pinochet durch sein Amt als Senator auf Lebenszeit besaß und machte damit den Weg für die Anklageerhebung frei, eine Entscheidung, die der Oberste Gerichtshof wenig später bestätigte. Damit war in Chile eine ähnliche Situation entstanden wie mit der Entscheidung der britischen Lordrichter. Einem Gerichtsverfahren mit all seinen Konsequenzen stand im Prinzip nichts mehr im Wege. Und genau wie in London ging es Pinochet und seinen Anhängern nun in erster Linie um Schadensbegrenzung: Gesichtswahrung und Gewinne auf Nebenschauplätzen. Den von Richter Guzmán angeordneten Hausarrest, ohnehin eine sehr zurückhaltende Maßnahme, hob der Oberste Gerichtshof im Dezember 2000 wegen angeblicher Formfehler auf. Doch um den Prozess selbst zu vermeiden, blieb Pinochet schließlich nur wieder, wie schon in London, der Gang zum Arzt. Nach langem Hin und Her endloser verfahrenstechnischer Schachzüge entschied schließlich das Appellationsgericht von Santiago am 9. Juli 2001 mit zwei Stimmen gegen eine, dass Pinochet geistig nicht in der Lage sei, sich vor Gericht zu verteidigen und beschloss die vorläufige Einstellung des Verfahrens. Präsident Lagos reagierte ebenso zufrieden wie Kardinal Errázuriz, und trotz der Berufung an das Oberste Gericht, die von den Menschenrechtsorganisationen eingelegt wurde, rechnet niemand damit, dass sich der Geisteszustands des Ex-Generals bis zur nächsten Instanz entscheidend verbessert. Der Fall Pinochet scheint an ein unrühmliches Ende gekommen zu sein, bei dem sowohl seine Opfer wie seine Anhänger unzufrieden sind, während sich die politische

Mitte, von der Regierungskoalition bis weit hinein in die beiden rechten Parteien, erleichtert an die Bewältigung der Zukunft macht.

Dennoch hat die Rückkehr Pinochets in Chile vieles wieder in Bewegung gebracht, was schon zugeschüttet schien. Angestoßen nicht zuletzt durch die Berichte gefolterter Angehöriger der Streitkräfte wurde endlich auch über das Thema Folter, das durch die Rettig-Kommission verdrängt worden war, öffentlich gesprochen. Der in seinen Intentionen eigentlich gescheiterte Ansatz von Gesprächen zwischen Menschenrechtsanwälten und Militärs über das Schicksal der "Verschwundenen" führte gleichwohl zu einer Reihe von neuen Beweisen über die systematische Politik des "Verschwindenlassens" unter der Diktatur und zu einer großen Zahl von Verfahren gegen ehemalige Militärs. Andererseits gab die Regierung Lagos weiterhin zweideutige Signale, was ihre Haltung zu den Streitkräften und deren politischer Sonderrolle angeht und nutzte den Rückenwind des Pinochet-Prozesses und anderer Enthüllungen über die Verbrechen der Diktatur nicht zu einer Säuberung der Streitkräfte, die über gelegentliche Einzelmaßnahmen hinausgegangen wäre. In der entscheidenden Frage einer Verfassungsreform ist weiterhin kein Durchbruch zu erkennen, auch wenn der Senator Pinochet sein Amt verloren hat. So bleibt trotz einiger wichtiger Schritte der Eindruck von Unentschiedenheit in der Aufarbeitung der Vergangenheit, der schon die beiden Vorgängerregierungen auszeichnete, auch unter der Regierung von Ricardo Lagos.

Norbert Lechner/Pedro Güell

Soziale Konstruktion der Erinnerung und geschichtliche Aufarbeitung der Diktatur

In den Ländern am Südpol Südamerikas (genau wie in Mitteleuropa und Südafrika) stellt der Übergang zu einer demokratischen Staatsform die Vergangenheit in Frage. Aber die Art, mit der dies getan wird, kann unterschiedlich sein, da sie von der konkreten Dynamik des jeweiligen Prozesses abhängt (auf schnellere oder langsamere Weise, mit einem größeren oder einem geringeren Bruch zur Vergangenheit). Die militärische Niederlage der argentinischen Diktatur ist nicht das Gleiche wie die verfassungsgemäße Volksabstimmung in Chile. Außerdem ist es nicht dasselbe, ob der Zusammenbruch der Diktatur als Niederlage oder als Befreiung (Deutschland 1945) erlebt wird. Der gesellschaftspolitische Kontext bestimmt die Art, in der das kollektive Gedächtnis die Vergangenheit aufarbeitet. Der Kampf der unterschiedlichen kollektiven Identitäten um das Andenken an ihre jeweilige Geschichte verweist auf einen Bereich der Repräsentation, wo man sich wiederkennt und erkannt wird. Die Möglichkeiten und die Tragweite dieses Kampfes sind ihrerseits durch die Form und Dynamik dieses Bereichs geprägt. Der Disput der Erinnerungsweisen verweist also auf die Politik als "Inszenierung" der möglichen Erinnerungsweisen. In jeder Gesellschaft gibt es eine mehr oder weniger explizite Politik der Vergangenheitsbewältigung, die den Machtrahmen stellt, innerhalb dessen (oder gegen den) die Gesellschaft das erarbeitet, woran sie sich erinnert und was sie vergisst.

1. Die *transición* Chiles

Der Prozess des Übergangs zur Demokratie in Chile zeichnete sich durch folgende Merkmale aus:

- a) er fand innerhalb des von der Verfassung von 1980 festgelegten politisch-legalen Rahmens statt;
- b) er vollzog sich im Kontext einer expandierenden kapitalistischen Marktwirtschaft;
- c) Pinochet verblieb auf der politischen Bühne (als Oberkommandierender der Streitkräfte und als Senator auf Lebenszeit);

- d) das Vorhandensein einer relativ stabilen bipolaren Verteilung der politischen Kräfte.

Es handelte sich um einen “paktierten Übergang” in dem Sinne, dass die Streitkräfte die Gültigkeit eines demokratischen Regimes und die politischen Parteien ihrerseits die in der Verfassung von 1980 festgelegten Verfahrensweisen anerkannten.

Die erste demokratische Regierung unter Aylwin stand entsprechend drei vordringlichen Aufgaben gegenüber: 1. einer Festigung der demokratischen Staatsform; 2. einer Wirtschaftsreform, um Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, und 3. einer Behandlung der Menschenrechtsverletzungen vor Gericht. Diese Reihenfolge der Aufzählung deutet auf eine Hierarchisierung der Aufgaben unter dem Aspekt ihrer Durchführbarkeit hin. Da die Regierungskoalition nicht alle drei Aufgaben gleichzeitig bewältigen konnte, setzte sie das Hauptaugenmerk auf die Konsolidierung der Demokratie. Im Grunde setzte sie auf die Politik, d.h., sie vertraute darauf, dass die Dynamik des “politischen Spiels” das nötige Manövrierfeld eröffnen werde. Dies grenzte “das Mögliche” ein: Möglich ist, was durch umfangreiche Vereinbarungen erreicht werden kann. Die sogenannte “Politik der Vereinbarungen” erforderte auf dem Verhandlungsweg vereinbarte und graduelle Reformen, die die vitalen Interessen der beteiligten Parteien nicht verletzten. Auf diese Weise erhob sich Regierbarkeit zum leitenden Prinzip, wobei diese als Eindämmung von Konflikten verstanden wurde. Dies bedeutete, dass eine Reihe von Themen *de jure* oder *de facto* den politischen Entscheidungen entzogen waren.

Dieser Kontext gestaltete eine bestimmte Strukturierung der gesellschaftlichen Zeit. Die Gegenwart ist durch die juristische und wirtschaftliche Kontinuität an die Vergangenheit “gefesselt”. Parallel dazu strebt die Gegenwart danach, sich von einer Vergangenheit voller Konflikte, die die Gesellschaft teilten, zu befreien. Dennoch kann sie sie nicht vergessen, und zwar eben durch das immer neue Auftreten der ererbten Konflikte. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten beim Umgang mit der Vergangenheit wendete sich das politische Handeln ganz der Zukunft zu. “Der Zeit Zeit lassen” und “in die Zukunft blicken” sind die Mottos aller politischen Parteien. Es geht darum, die Regierbarkeit durch eine gemeinsame Zukunft abzusichern. Die “Politik des Konsens” deutet den Horizont einer Zukunft an, die sich auf zwei Pfeiler stützt: repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft. Eine solche Politik sichert ein Klima des Friedens und der Ruhe, das von allen herbeigesehnt wird. Gleichzeitig verbirgt der Konsens die Verschiedenartigkeit der Inter-

pretationen hinsichtlich der Bedeutung, die der Demokratie und dem Markt beigemessen wird. Hinter dem Konsens bezüglich einer geteilten Zukunft steht die geteilte Angst davor, dass die Konflikte der Vergangenheit wieder aufleben könnten.

2. Die Politik der Vergangenheitsbewältigung

Ähnlich wie bei anderen Erfahrungen steht das postautoritäre Chile vor dem Dilemma "Gerechtigkeit oder Demokratie". Die heftige Spannung zwischen Andenken und Zukunft, die bei diesem Dilemma vorhanden ist, sowie der enge Rahmen, um diese Spannung aufzulösen, erklärt die aufeinander folgenden Neuformulierungen der Politik der Vergangenheitsbewältigung beim chilenischen Übergang zur Demokratie.

Nach der Wiedererrichtung des demokratischen Zusammenlebens als Hauptziel der *transición* trat die Regierung Aylwin der Vergangenheit in der Perspektive der nationalen Versöhnung gegenüber und stellte Wahrheit und Gerechtigkeit als Bedingungen für Vergebung auf. Der Standpunkt der Regierbarkeit, der den Blick in die Zukunft prägt, umspannte auch die Vergangenheit. Deshalb blieben die Forderungen nach Wahrheit und Gerechtigkeit stets nur "am Möglichen" orientiert. Der Bereich des Möglichen hatte aber seine Grenzen.

Die Suche nach Wahrheit führte zum Bericht über Wahrheit und Gerechtigkeit (*Informe de Verdad y Justicia*) der Rettig-Kommission. Dieses Monument der Vergangenheitsaufarbeitung gipfelte in der Rede Aylwins vom März 1991, bei der er im Namen des chilenischen Staates die Gesellschaft um Vergebung bat. Die Tragweite dieser Geste wurde jedoch durch die Vorbehalte der Streitkräfte und die Ermordung des Senators Jaime Guzmán eingeschränkt. Die Militärs legten weder in institutioneller noch in anonymer Form Nachweise über die Verhafteten und Verschwundenen vor. Der Ritus der Versöhnung scheiterte (Güell 1993).

Da Versöhnung mit Hilfe der Symbole der Vergebung nicht möglich schien, versuchte das verletzte Erinnerungsvermögen der Gesellschaft auf legalem Weg Gerechtigkeit zu erlangen. Dies führte zur Eröffnung von zahllosen Prozessen wegen Verletzungen der Menschenrechte. Aber nicht nur den Urteilen, sondern auch den richterlichen Ermittlungen waren durch die Gesetzesverordnung zur Amnestie von 1978 Schranken gesetzt. Die Streitkräfte sträubten sich gegen die Einleitung von Gerichtsverfahren gegen ihre Offiziere (einschließlich Pinochets), schließlich willigten sie ein, dass wegen des Mordes an Orlando Letelier General Contreras, der ehemalige Chef der

DINA, der von der Amnestie ausgenommen ist, vor Gericht gestellt und verurteilt wurde.

Die beschränkte Wahrheit und Gerechtigkeit, zu der man beim Thema der Verletzung der Menschenrechte gelangte sowie die durch dieses Streben verursachte Zunahme der politischen Spannung bewirkten, dass die "Politik der Vergangenheitsbewältigung" ihre Akzente anders setzte. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der Gerechtigkeit auf die Verhältnisse, die einst zum gesellschaftlichen Konflikt und zum institutionellen Kollaps führten. Bei diesen werden übereinstimmend eine prekäre und von Ungleichheit geprägte wirtschaftliche Lage und eine ideologisierte Politik als Verantwortliche des ursprünglichen Konflikts ausgemacht. Es werden Ursachen identifiziert, die mehr mit objektiven Gründen als mit subjektiven Leidenschaften zu tun haben. Die Konstruktion einer Zukunft (Konsolidierung der demokratischen Ordnung und eine gerechtere wirtschaftliche Entwicklung) wurde zur Prämisse für die Überwindung der Vergangenheit. Dies benötigt Zeit – Zeit dafür, dass die schmerzendsten Wunden zu heilen beginnen, die Gefühle des Hasses und der Angst sich zerstreuen und die Investitionen der Gefühle in die Zukunft über die Schuld der Vergangenheit überwiegen. Sicher wird diese Schuld eines Tages zu begleichen sein, aber die Aufschiebung des Fälligkeitsdatums kann es erleichtern, die Vergangenheit zu behandeln, ohne dass dabei destabilisierende Effekte auftreten. Dieser Diskurs hat in dreifacher Hinsicht Erfolg: Er grenzt die Differenzen innerhalb der politischen Elite ein, deaktiviert die subjektiven Komponenten des Andenkens und ächtet *de facto* die Vergangenheit als Thema der gesellschaftlichen Konversation.

3. Der Einbruch der Vergangenheit

Die Festnahme Pinochets in London im Oktober 1998 stellte den Diktator bloß, aber ebenso die Unbeständigkeit der chilenischen *transición*. Das Dilemma, das sie in sich trägt, wird ersichtlich: Sie erhob den Anspruch, die Zukunft zu konstruieren und dabei eine Vergangenheit hinter sich zu lassen, die sie als Hindernis empfindet. Zugleich gestattet es die Gegenwart aber nicht, eine gemeinsame Zukunft zu erarbeiten, ohne den Zwist der Vergangenheit zu akzeptieren. Die Festnahme Pinochets hat dies einmal mehr gezeigt, wie zuvor bereits die symbolischen Gesten der Aufarbeitung. Das Andenken an die Vergangenheit in Chile erscheint als eine "Zauberbox", die man nicht zu öffnen wagt, um das mit Mühen erreichte friedliche Zu-

sammenleben nicht zu gefährden, die aber, da es zugleich unmöglich ist, sie zu bändigen, immer wieder aufspringt.

Im Unterschied zu vergleichbaren Prozessen zeichnet sich der chilenische Übergang durch den Protagonismus des Ex-Diktators aus. Seine Präsenz bedeutet für die einen eine Garantie für die Bewahrung ihrer "vitalen Interessen" und für die anderen ein ständiges Erinnerungsblatt für die Demütigungen und Schmerzen der Vergangenheit. Er verkörpert das, was nicht eingestanden werden kann. Nur von Zeit zu Zeit bricht durch ein unerwartetes Ereignis die Vergangenheit in die Gegenwart ein und bietet der chilenischen Gesellschaft die Gelegenheit, über sich selbst nachzudenken. Die Herausforderung ist enorm: "Die Vergangenheit ist nicht förderlich, wenn sie die Ressentiments oder das Siegesgeschrei nährt, sondern nur dann, wenn sie uns auf bittere Weise dazu bringt, unseren eigenen Wandel anzustreben" (Todorov 1998: 85).

Haben wir genug Selbstvertrauen, um uns zu erinnern, ohne uns dabei zu schaden? Es ist zweifelhaft, ob 25 Jahre nach dem "Putsch" und mehr als zehn Jahre nach der Volksabstimmung die chilenische Gesellschaft sich dazu fähig fühlt, ihre Vergangenheit zu akzeptieren. In der Tat handelt es sich nicht um ein beabsichtigtes Wiedererinnern. Dieses Mal drängt sich wie nie zuvor bei einer *transición* das Andenken an die Vergangenheit auf. Es handelt sich um einen Einbruch, der nicht absichtlich stattfand; vielmehr wurde dieser durch einen äußeren Faktor herbeigeführt (die richterlichen Ermittlungen in Spanien). An zweiter Stelle sticht die bedingungslose Zustimmung der Rechten und der "faktischen Mächte" zu Pinochet hervor, die die "gesellschaftlichen Bruchstellen" der Volksabstimmung von 1988 wieder herstellten. Drittens ist die Unermesslichkeit der Argumente in der späteren Diskussion offenkundig: Während die Regierung Prinzipien des internationalen Rechts verteidigt, macht die Rechte Vereinbarungen zur Regierbarkeit geltend und die Linke fordert Gerechtigkeit. Und schließlich fällt die Abwesenheit der öffentlichen Meinung auf. Unter den Bürgern findet keine Mobilisierung statt, auch wenn sie sich ihre Meinung gebildet haben: Die Mehrheit von ihnen unterstützt sowohl die Position der Regierung mit ihrem Beharren auf der diplomatischen Immunität als auch die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen Pinochet in Chile.

Die Schwäche der Politik der Vergangenheitsbewältigung in der chilenischen *transición*, der Vergangenheit bei der Konstruktion der zukünftigen Demokratie den Platz zuzuweisen, der ihr zusteht, resultiert aus unterschiedlichen Ursachen, die sowohl im politischen System als auch in der Haltung

der Bevölkerung liegen. Sicher ist, dass zwischen beiden eine Art gegenseitiger negativer Verstärkung stattgefunden hat. Einerseits fürchten die durch traumatische Erfahrungen eingeschüchterten Bürger die Konflikte und ziehen die vom politischen System inszenierte "Demokratie der Vereinbarungen" vor. Konkret heißt das, dass dadurch auf ein Vergessen gedrängt wird, da in der Erinnerung das Bild eines großen Konfliktes vorherrscht. Andererseits entzieht jedoch die Festlegung des öffentlichen Diskurses auf gegenwärtige Regierbarkeit und zukünftige Erfolge der Aufarbeitung der Vergangenheit Raum und Sprache und endet damit, den allgegenwärtigen Schmerz zu dethematisieren. Wird Regierbarkeit als Abwesenheit von Konflikten und nicht auch als kollektive Form ihrer Verarbeitung verstanden, trägt die Politik der Vergangenheitsbewältigung nicht dazu bei, die Gespenster der Vergangenheit zu verscheuchen: So birgt das Andenken unkontrollierbare Konflikte in sich. Die Bevölkerung findet im politischen Bereich nicht die Symbole, mit deren Hilfe sie der Vergangenheit einen Namen geben und damit von ihr Besitz ergreifen könnten. In Ermangelung von Worten und Symbolen, mit denen sie Rechenschaft über ihre Vergangenheit ablegen könnten, wählen sie das Schweigen.

4. Die soziale Konstruktion des Schweigens

Im Vordergrund der Aufarbeitung der autoritären Vergangenheit steht die Gerechtigkeit. Zwar gehören für die Chilenen die Menschenrechte nicht zu den vordringlichsten Problemen des Landes, aber sie haben sich eine Meinung über die Verletzung der Menschenrechte gebildet. Nach einer Umfrage der FLACSO von 1986 glaubten sogar während der Diktatur 71% der Befragten, dass es sich hierbei um ein reales Problem handelte, während lediglich 18% der Befragten der Meinung waren, dass es sich um regierungsfeindliche Propaganda handelte. Von den Personen, die die Menschenrechte für ein reales Problem hielten, waren 59% mit der "Bestrafung aller Verantwortlichen nach einem gerechten Prozess" einverstanden und 9,5% waren für "die Straffreiheit für alle Verantwortlichen nach der Aufdeckung der Wahrheit". Eine andere FLACSO-Umfrage von 1988 (vor der Volksabstimmung) zeigte, dass beim Thema der Menschenrechte 45% der Befragten für einen radikalen Wandel waren, 29% Reformen unterstützten und 14% für eine Bewahrung des *status quo* eintraten. Die Forderung nach Gerechtigkeit war daher auch beim Wahlsieg bei der Volksabstimmung (1988) und bei den ersten allgemeinen Wahlen von 1989 allgegenwärtig.

Trotz der Schwierigkeiten, denen sich die erste demokratische Regierung gegenüber sah, änderte sich die Meinung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Menschenrechte nicht. 1992, auf halber Strecke der Regierungszeit Aylwíns, zeigte eine Umfrage der FLACSO, dass die Mehrheit der Befragten (61%) dafür war, die Wahrheit zu erfahren und die Schuldigen zu bestrafen; 18% zogen es vor, einerseits die Wahrheit zu erfahren, andererseits aber eine generelle Amnestie durchzuführen, und 13% waren dafür, das Problem als erledigt zu betrachten. Eine Umfrage des PARTICIPA bestätigte die Forderung nach Gerechtigkeit. Auf die Frage „Was fehlt der Demokratie?“ wurde als häufigste Antwort „dass die Schuldigen wegen der Verletzung der Menschenrechte vor Gericht gestellt werden“ gewählt. Der Anteil dieser Antwort stieg bei den Befragten zwischen 1991 und 1994 von 26% auf 29% an. Das bedeutete, dass – zumindest in stillschweigender Form – bis heute die Forderung nach „Wahrheit und Gerechtigkeit“ fortbesteht.

Die Gerechtigkeit ist nur ein Aspekt der im Gedächtnis verankerten kollektiven Erfahrung der Diktatur. Ein anderer Aspekt ist die psychische Verarbeitung, die jeder einzelnen Person aufgezwungen wurde. Selbstverständlich können die Meinungsumfragen keine Auskunft über diese Prozesse geben und es ist nicht einfach, ihre Bedeutung auf gesellschaftlicher Ebene zu bewerten (Lira/Castillo 1991). Qualitative Studien (Tocornal/Vergara 1998) belegen, dass der 11. September 1973 von den Chilenen als Bruch erlebt wurde, der – sowohl im persönlichen Leben als auch in dem des Landes – einen tiefen Einschnitt zwischen dem Vorher und dem Nachher markierte. Rechtfertigende oder anklagende Interpretationen des Putsches variierten zwar, aber alle verstanden ihn als umwälzenden Einbruch. Plötzlich waren Extremsituationen, die vorher unmöglich schienen, Teil der Normalität des Alltags. Der Bruch selbst wurde als „etwas“ Unausprechliches, letztendlich Unerklärliches erlebt. Er stellt ein gesellschaftliches Trauma dar. Diese traumatische Erfahrung setzte sich später unter dem Militärregime als eine Periode der Angst und der Zuspitzung der Gegensätze im Gedächtnis fort. „Ausnahmezustand“ und „Ausgangssperre“, Hausfriedensbrüche und Verhaftungen, Stromausfälle und Zensur sind verantwortlich für die neuen Gewohnheiten der Chilenen. Es entstand eine „Kultur der Angst“, deren disziplinierende Effekte bis auf den heutigen Tag fort dauern (Corradi et al. 1992; Lechner 1998).

Die relevanteste Ebene des Themas ist die des Geschichtsbewusstseins. Marco Antonio de la Parra (1997) spricht von einem schlechten Gedächtnis; es gibt ein Gedächtnis, aber dieses ist in einzelne Teile aufgelöst, voreinge-

nommen und unglücklich. Es überwiegt eine Zersplitterung der Erinnerungen, die die Leute daran hindert, Abläufe mit einer gewissen Konsistenz zu rekonstruieren. Die Bilder überlagern sich wie Blitzlichtaufnahmen, ohne dass dabei am Ende eine zusammenhängende Sequenz entstehen würde. Die Bevölkerung will nicht von der Vergangenheit sprechen; sie hat Lust zu vergessen, kann jedoch der Wahrnehmung der alltäglichen Gegenwart dieser Vergangenheit nicht entfliehen. Es herrscht ein unbeabsichtigtes Andenken vor, das wie ein störendes und anhaltendes Geräusch durch die Windungen des Bewusstseins hindurchsickert.

Das schlechte Gedächtnis ist bei den meisten Chilenen ein "banales Gedächtnis"; man kann sagen, ein undramatisches Gedächtnis, das weder Tod noch Folter erlitten hat, dem aber diese Begriffe auch nicht mehr unbekannt sind. Es besteht aus einem Erinnern von alltäglichem Schmerz und alltäglichen Ängsten ohne legitimierenden Diskurs und akzeptiert das Geschehene als Teil des "Normalen und Natürlichen" – einer Normalität allerdings, die in Ermangelung von sichtbarem Blut unfähig ist, über den Schaden nachzudenken, den sie angerichtet hat. Dieses banale Gedächtnis macht nach der Metapher von Blumenberg (1979) aus der Mehrheit der Bevölkerung Zuschauer des von den anderen erlittenen Schiffbruchs, wo die scheinbare Sicherheit, die ihnen das Ufer, an dem sie stehen, vorspiegelt, schließlich zur Ursache des eigenen Schiffbruchs wird. Die Distanz zwischen Zuschauern und Schiffbrüchigen wird aufgehoben.

Die Erinnerungen der Chilenen scheinen aus Schweigen zu bestehen. Der Schriftsteller José Donoso sprach mit Vorliebe vom "dichten Schleier des Schweigens", der seit langem über Chile liegt. Das Schweigen hat sich allmählich niedergelassen. Es gehorcht keinem Befehl, noch drückt es eine Losung aus. Ein Schweigen, das nicht Vergessen bedeutet; es kennt die einzelnen Geschichten, aber verschweigt sie. Vielleicht ist dies eine Art, das Unaussprechbare auszudrücken, vielleicht ist es eine Strategie, um mit widersprüchlichen Affekten zu kämpfen; ein Schweigen, das zwischen Unbekannten eine höfliche Geste ist und unter Freunden nach Komplizenschaft sucht; ein Konversationssurrogat. Aber Schweigen bedeutet nicht nur ein bloßes Fehlen von Worten, sondern ist auch ein aktiver Vorgang: als Verschweigen. Dabei braucht es nicht einmal eine absichtliche Handlung zu sein, manchmal ist es lediglich eine Unterlassung.

Hat die Diktatur die mentale und emotionale Verarbeitung dessen, was uns widerfuhr, unterdrückt, so drängte sie die Ankunft der Demokratie 1990 an den Rand. Nach dem Scheitern der großen Anfangsanstrengung (der Ret-

tig-Bericht) verzichtete der offizielle Diskurs stillschweigend auf eine Aufarbeitung der Vergangenheit. In dem Maße, wie die Wechselbeziehungen der politischen Kräfte die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit auf "das Mögliche" beschränkten, wurde "das Unmögliche" in die Zukunft projiziert. Diese verantwortungsethische Entscheidung, entspricht nicht nur der tatsächlichen Machtkonstellation zur damaligen Zeit, sondern gleichermaßen der öffentlichen Meinung. Für diese bedeutet das Ende der Diktatur das Ende der Unterdrückung, nicht aber der Angst. Die ganze Gesellschaft ist von der Angst vor dem Konflikt durchdrungen. Die überspitzte, ja manchmal krankhafte Empfindlichkeit gegenüber Konflikten blamiert die Macht der Erinnerung. Die gegenseitige Bedingtheit springt ins Auge: Eine bestimmte Einschätzung dessen, was möglich und machbar ist, zaubert die Konflikte der Vergangenheit weg, während auf der anderen Seite gleichzeitig die Erinnerung an die Konflikte in ihrem traumatischen Zustand eine dynamische Perspektive der Zukunft erschwert.

Die wichtigste Folge scheint der "Verlust der Geschichtlichkeit" zu sein: Wir haben keine Geschichte mehr. Das gilt gleichwohl für den Einzelnen wie für die gesamte Gesellschaft. Auf individueller Ebene ist es häufig zu einer Verwischung der persönlichen Lebensgeschichte gekommen; die Erlebnisse und Erfahrungen überlagern sich bruchstückhaft, ohne einen Zusammenhang zu bilden. Folglich werden diese Erfahrungen fremd, von einer höheren Gewalt geraubt. Der Gesellschaft gelingt es auch nicht, sich in einer Geschichte wiederzuerkennen. Zu eilig soll eine Vergangenheit vergessen werden, von der sich aus unterschiedlichen Gründen letztlich niemand als Erbe betrachtet. Es herrscht zuviel Eile beim Versuch der Stabilisierung einer anständigen Form des Zusammenlebens, um dabei nach den Werten des gesellschaftlichen Lebens zu fragen.

Das Resultat ist ein Zerwürfnis über die Realität. Die gesellschaftliche Realität, ihrer Geschichte und der von Menschenhand geschaffenen Zeugnisse beraubt, verliert jegliche gefühlsmäßige Nähe. Wie sollte man die errichtete Ordnung als etwas Eigenes fühlen, wenn in ihr alle menschlichen Spuren verwischt worden sind? Warum sollten wir stolz auf das Land und auf seine Entwicklung sein, wenn wir nicht Teil seiner Geschichte sind?

5. Das Andenken an die Zukunft

Die Politik der Vergangenheitsbewältigung ist mehr als eine Verwaltung der Vergangenheit; ihre Wirkungen gehen über unsere Beziehung zu den durchlebten Konflikten hinaus. Sie ist Teil der sozialen Konstruktion der Zeit, und

die Art des Verhältnisses, das man zur Vergangenheit hat, bildet den Rahmen für die Möglichkeiten und den Sinn der Zukunft.

Vorläufige Studien über die Erwartungen der Chilenen an die Zukunft verbreiten ein düsteres Bild. Es existiert eine gewisse Blockierung der Träume. Dabei wissen wir nicht, ob die Menschen ihre Erwartungen und Sehnsüchte verbergen, ob sie sie nicht in Worte fassen können oder ob sie fürchten, dass die Träume sich erneut in Alpträume verwandeln. Jedenfalls haben die meisten keine großen Hoffnungen in Bezug auf die Zukunft. Es herrscht ein Diskurs der Hoffnungslosigkeit vor, egal ob aus Ernüchterung angesichts der Lage der Dinge oder aus Resignation davor, ob überhaupt eine andere Gesellschaft möglich ist. Angesichts des Fehlens von kollektiven Projekten bleiben die Erwartungen und Sehnsüchte auf individuelle Vorschläge beschränkt. Der Wunsch nach einem "besseren Morgen" scheint auf den Bereich der Intimität, der Familie und der beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten eingegrenzt zu sein.

Das drastische Zurückweichen der Horizonte hat unterschiedliche Gründe. Möglicherweise ist das Phänomen Teil jener globalen Bewegung der Restrukturierung, die "Postmoderne" genannt wird. Der Verlust der Tradition, die Aufhebung der Verankerung von Raum und Zeit, das Ende der bipolaren Welt, die Globalisierung und die Schwächung der nationalen Identitäten, die Veränderungen der Identität des Ichs, all das erschwert einen planmäßigen Aufbau der Zukunft.

Im Falle Chiles verweist die Auflösung der Zukunft im Nichts auf besondere Weise auf die Beziehung zwischen Zukunft und Vergangenheit zurück. Eine Beziehung in doppelter Richtung: Eine schwache Vorstellung von der Zukunft schwächt die Deutung der Vergangenheit, und umgekehrt entzieht das Verschweigen der Vergangenheit Fähigkeiten für die Schaffung einer Zukunft mit klaren Horizonten.

Die Beziehung zwischen Vergangenheit und Zukunft variiert je nach Standpunkt auf der chronologischen Linie der Zeit. Es gibt verschiedene Formen von Zukunft: die "gegenwärtige Zukunft" von heute, die die "zukünftige Gegenwart" von morgen ist. Es gibt aber auch eine "vergangene Zukunft" oder das, was gestern als Zukunft geahnt wurde. Dabei hat die Verwischung der Konturen der gegenwärtigen Zukunft mit der "vergangenen Zukunft" zu tun. Es gibt eine "Erinnerung an die Zukunft" – die Erinnerung daran, "was hätte sein können" – welche die Erwartungen an die gegenwärtige Zukunft bedingt.

Die in Chile zu beobachtende Blockierung der Träume ist zum Teil ein Resultat der Erinnerung. Eine Erinnerung, die die Vergangenheit (die Diktatur) mit einer vergangenen Zukunft verknüpft (die bevorstehende Ankunft der Demokratie). Gemeint sind die enttäuschten Erwartungen in Bezug auf zwei vermutete Zukunftsszenarien:

1. in Bezug auf den Horizont, der sich durch das *Versprechen* der Volksabstimmung von 1988 auftrat, nach dem Motto "die Freude kommt schon" – eine wirksame Losung, die den "bleiernen Jahren" einen Aufruf an die Gemütsverfassung entgegenstellt. Das Versprechen eines Wandels, der vielleicht nicht die Lebensbedingungen, aber wenigstens die Lebensweise betreffen wird. Ein Wandel in der Art zu leben, zu atmen und der Art der zwischenmenschlichen Beziehungen. Aber diese angekündigte Zukunft stellt sich nicht ein. Die Jahre der Demokratie bedeuten außerordentliche Verbesserungen in vielerlei Hinsicht einschließlich des wirtschaftlichen Wohlstandes. Dennoch gelingt es in diesen Jahren nicht, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu erneuern.
2. erfüllen sich auch die Erwartungen in Bezug auf Gerechtigkeit nicht. Wie bereits oben erwähnt, wurde diese Forderung, der Patricio Aylwin in seiner Rede über den Rettig-Bericht Nachdruck verlieh, bald von den oppositionellen Kräften vereitelt. Der Prozess gegen General Contreras war dem laufenden Lernvorgang nicht förderlich: So gibt es Verletzungen der Menschenrechte, aber es gibt keine Verantwortlichen. Es handelt sich um ein pervertiertes soziales Lernen, das mit den Verletzungen der Menschenrechte anfängt und mit den Anomalien in der Verwaltung und den politischen Absolutionen seinen Fortgang nimmt. Weil die anderen nicht für ihr Handeln verantwortlich sind, vertraue ihnen besser nicht! Das weit verbreitete Misstrauen in den zwischenmenschlichen Beziehungen, das im heutigen Chile nicht zu übersehen ist, reproduziert das für die autoritäre Periode so typische Klima des allgemeinen Argwohns. Eine Vergangenheit, die als Geschichte ohne verantwortliche Individuen aufgefasst wird, mündet so in eine verwaiste Zukunft. Wir sind weder Herr über unsere Geschichte noch über unser zukünftiges Schicksal.

In dem Maße, wie die Leute nicht über ihre Erfahrungen sprechen und ihre Ängste und Sehnsüchte nicht teilen, können sie auch kein kollektives Gedächtnis erarbeiten. Vor allem gelingt es ihnen nicht, die Bedeutungsverschiebungen, die ständig im individuellen Gedächtnis stattfinden, zu verarbeiten. So wie die Interpretation des "11." je nach den Erlebnissen der

diesem Datum vorausgehenden Zeit variiert, so erfährt die Bedeutung der späteren Militärregierung vielfältige Neuauslegungen. Wenn über solche Umdeutungen nicht gesprochen oder nachgedacht werden kann, werden die individuellen Lebenswege unverständlich. Die Menschen können keine Rechenschaft über ihre Lebensgeschichte ablegen und sich auch nicht in ihr wiedererkennen. Eventuelle Änderungen bei den ideologischen Positionen oder in den ethischen Auffassungen erscheinen dann willkürlich oder als offener Verrat. Dies schlägt sich sogar im chilenischen Gegenwartsroman nieder, dessen Protagonisten ein hervorstechendes Merkmal zu teilen pflegen: die Verwaisung (Cánovas 1997).

Viele junge Leute denken, dass die erhoffte Zukunft für sie keine Änderungen brachte, dass die Demokratie ihre Versprechen nicht hielt. Folglich trägt sich ein hoher Anteil von ihnen nicht einmal in die Wählerverzeichnisse ein. Ihr Streben und ihre Sehnsüchte konzentrieren sich auf den persönlichen Bereich, ansonsten spielen sie mit Fluchtgedanken. Kurz, es überwiegt ein Gefühl der Enttäuschung, eine eher von Resignation als von Rebellion geprägte Enttäuschung. Es ist anzunehmen, dass diese Enttäuschung ihren Ursprung nicht nur in den selbst erlittenen Erfahrungen hat, sondern auch im Andenken, das ihnen von den Eltern übermittelt wurde.

Eine Form, dem Rausch einer alles unterwerfenden Gegenwart zu entkommen, ist, einen Schritt rückwärts zu gehen, d.h. die Kriterien zur Bewertung der Gegenwart eher in der vergangenen Zeit als in der Zukunft zu suchen. Bei einer solchen Rückschau sind die Eltern Gegenstand von gegensätzlichen Gefühlen. Auf der einen Seite sind sie Gegenstand des Neids: Sie durften Träume haben und waren an kollektiven Projekten beteiligt. Auf der anderen Seite sind sie mit ihnen verkracht: Sie übergaben uns ein geschädigtes Land und eine unmögliche Zukunft. Das Gewissen scheint zerrissen zu sein: Die Jugend kann die Vergangenheit weder vergessen noch will sie sie wieder aufleben lassen. Was also tun mit ihr?

Die Sozialisation in der Familie bietet eine "Brücke" für die Zerrissenheit der Gegenwart durch eine Neuauslegung der Vergangenheit. Studien zur Erkundung dieses Phänomens erwecken den Eindruck, dass viele Eltern dazu neigen, dem Bild einer goldenen Vergangenheit zu widersprechen. Im Gegenteil, in ihrer Erinnerung erscheint ihnen die Erfahrung, die sie gemacht haben, selbst als Betrug. Die Botschaft, die sie übermitteln, heißt Ernüchterung: Sie wurden im Namen eines trügerischen und abstrakten Auftrags von anderen benutzt (missbraucht) und dessen beraubt, was in Wirklichkeit zählt, nämlich ihres eigenen Lebens, ihrer Bindungen und ihrer Sprache. Dieses

“Andenken an den Betrug” übermittelt eine dualistische Sichtweise, die das “wir” der Familie und der Freunde, das wirkliche Land, das in Ruhe seinen Beschäftigungen nachgehen möchte, den “anderen” oder denen, die die Urheber von Illusion und Zwist sind, d.h. den Politikern, gegenüberstellt. Die stillschweigende Botschaft lautet: “Kinder, lasst die Finger von der Politik”. Der Kreis schließt sich, wenn die Jugend die Vereitelung ihrer Wünsche und Sehnsüchte in einem Rückzug aus der Politik ausdrückt. Die enttäuschte Erinnerung der Jungen vermischt sich so mit der ernüchterten Erinnerung der Alten.

Literaturverzeichnis

- Blumenberg, Hans (1979): *Schiffbruch mit Zuschauern*. Frankfurt/Main.
- Canovas, Rodrigo (1997): *Novela chilena. Nuevas generaciones*. Santiago.
- Corradi, Juan/Weiss-Fagen, Patricia/Garretón, Manuel A. (Hrsg.) (1992): *Fear at the Edge*. Berkeley: University of California Press.
- De la Parra, Marco Antonio (1997): *La mala memoria*. Santiago.
- Güell, Pedro (1993): “Opfer und Menschenrechte: Die rituelle Dimension der Suche nach Versöhnung in Lateinamerika”. In: Ammon, Günther/Eberhard, Theo: *Kultur, Identität, Kommunikation*. München.
- Lechner, Norbert (1998): “Nuestros miedos”. In: *Perfiles latinoamericanos*. México, D.F.
- Le Goff, Jacques (1991): *El orden de la memoria*. Barcelona.
- Lira, Elisabeth/Castillo, Maria I. (1991): *Psicología de la amenaza y del miedo*. Santiago.
- UNDP (1998): *Desarrollo Humano en Chile*. Santiago.
- Tocornal, Ximea/Vergara, M. P (1998): *La memoria del régimen militar. Documento de trabajo 35*. Centro de Investigaciones Sociales/Universidad ARCIS: Santiago.
- Todorov, Tzvetan (1998): *El hombre desplazado*. Madrid.

Michael Radseck

Militär und Politik in Chile

Noch am Vorabend ihrer Machtergreifung am 11. September 1973 eilte Chiles Streitkräften der Ruf voraus, eine besonders professionelle Truppe zu sein. Anders als die meisten ihrer südamerikanischen Waffenbrüder, galten die chilenischen Uniformierten wenn nicht als "entpolitisiert" (Dahl 1971: 50), so doch in "eine(r) gewisse(n) Tradition der Zurückhaltung und Neutralität gegenüber der Politik" stehend (Nohlen 1973: 181). Längst ist – vor dem Hintergrund der nach Brasilien längsten Militärherrschaft auf dem Subkontinent – aus diesem vormals positiven Attribut ein negatives geworden. In Anspielung an seine (verfassungs-)rechtliche wie faktische Stellung steht Chiles Militär heute im Ruf, einerseits ein "Staat im Staat", andererseits eine "vierte Gewalt im Staat" zu sein (Wagner 1998: 24; Nolte 1996: 297; Ambos 1997: 264; Rottensteiner 1997: 120).

1. Einige begriffliche und methodische Vorüberlegungen

1.1 Militärische Privilegien = Einfluss der Streitkräfte auf die Politik?

Zweifelsohne stünde vor einem müßigen Unterfangen, wer angesichts der mannigfaltigen Vor- und Sonderrechte der chilenischen Uniformierten nach einem ähnlich privilegierten Militär in der westlichen Hemisphäre suchen wollte. Insbesondere die Institutionalisierung militärischer Befugnisse und ihre Streuung auf alle drei Staatsgewalten sind, auch und gerade in der chilenischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, ohne Beispiel. Chiles Streitkräfte genießen heute als Besitzträger personalpolitischer, wirtschaftlicher wie judikativer Autonomie¹ nicht nur einen institutionellen Sonderstatus, sondern nehmen – in Überantwortung institutionalisierter Wächter- und Garantenfunktionen – auch eine politische Sonderrolle wahr. Politische Sonderrolle und institutioneller Sonderstatus, verquickt in den Händen einer landes-

¹ Militärische Autonomie meint hier die Fähigkeit der Streitkräfte, im Rahmen eines durch Vorrechte gegenüber Exekutive, Legislative und (ziviler) Judikative sich ausbedungenen Handlungsspielraums, ihre eigenen Ziele im Verhältnis zu eben diesen drei Staatsgewalten selbst bestimmen, nicht aber diese deshalb im politischen Prozess auch schon durchsetzen zu können.

weit verbreiteten und überdies mit dem staatlichen Gewaltmonopol überantworteten Großbürokratie, sorgen indes für eine Machtballung, die dieses Militär, auch unter dem Vorzeichen der zivilen Regierungen der neunziger Jahre, geradezu zwingend zu einem eigenständigen Machtfaktor machen muss.

Prärogativen des Militärs in Chile

Art der Prärogativen	Inhalt der Prärogativen
Auf die Mitwirkung im politischen System abzielend, eine politische Sonderrolle begründend.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Unabhängiges, in der Verfassung verankertes und im Nationalen Sicherheitsrat COSENA (<i>Consejo de Seguridad Nacional</i>) institutionalisiertes Wächteramt über die verfassungsmäßige Ordnung des Landes. ■ Unmittelbare Mitwirkung der Streitkräfteführung bei der personellen Besetzung von Legislative und Verfassungsgerichtsbarkeit. ■ Repräsentanz hochrangiger Militärs im Senat. ■ Unmittelbare Mitwirkung der Streitkräfteführung bei der Verhängung und Aufrechterhaltung von Ausnahmezuständen. ■ In ihrer Rechtsprechungskompetenz auf politische Straftatbestände erweiterte Militärgerichtsbarkeit.
Auf den Schutz korporativer Interessen abzielend, einen institutionellen Sonderstatus begründend.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Existenz eigener Einnahmequellen. ■ In seiner Mindesthöhe festgeschriebener Verteidigungshaushalt. ■ Fehlen jedweder politischen Kontrollinstanz über das militäreigene Nachrichtenwesen. ■ Administrative Sonderstellung innerhalb der Ministerialbürokratie. ■ Unterhalten selbständiger, internationaler Außenbeziehungen, an Parlament und Regierung vorbei.

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Klassifizierung (González 1998); "Amnestiegesetz" (*Decreto Ley* 2.191, 19.4.1978); *Ley Orgánica Constitucional de las Fuerzas Armadas* "LOC" (Gesetz 18.948, 28.2.1990); "Kupfergesetz" (Gesetz 13.196, 19.11.1958).

Groß ist deshalb die Versuchung, den chilenischen Streitkräften auch nach ihrem formalen Rückzug in die Kasernen gleichsam automatisch einen starken Einfluss auf die Politik des Landes zuzuschreiben. Umso näher liegt eine solche Schlussfolgerung, als die Präsidentschaftsbilanzen von Patricio Aylwin (1990-1994) und Eduardo Frei (1994-2000) über die mit den Militärs konfliktiven Felder nicht anders als ernüchternd zu benennen sind: Nicht ein einziges militärisches Privileg konnte in den neunziger Jahren abgebaut

oder wenigstens abgeschwächt, nicht ein einziger zivil-militärischer Konflikt bis heute entscheidend entschärft oder gar ausgeräumt werden.

Gleichwohl: Weder die Sonderrolle noch der Sonderstatus des chilenischen Militärs begründen für sich allein genommen bereits politischen Einfluss.² Ähnlich problematisch ist es, nur konfliktive zivil-militärische Beziehungen, wie es sie zweifelsohne im Chile der neunziger Jahre gegeben hat, bereits pauschal als Ausweis militärischen Einflusses zu bewerten. Gegebenenfalls vermag die Konfliktivität dieses Verhältnisses zwar Aufschlüsse über die Konfliktstoffe selbst und über deren politische Tragweite zu geben – einen Rückschluss auf eine wie auch immer geartete Einflussnahme der Uniformierten auf zivile Entscheidungsträger lässt sie aber nicht zu. Schon fahrlässig ist der unter Chiles Regierungspolitikern in den neunziger Jahren beliebte Umkehrschluss, dass sich entspannende zivil-militärische Beziehungen bereits als Ausweis militärischer Subordination gelten.

1.2 Zivil-militärische Beziehungen = Mehrere Konfliktlinien in Chile

Mehr noch als anderswo in Südamerika wäre es im chilenischen Fall ein Trugschluss, allein aus der Existenz einer demokratisch gewählten Zivilregierung schon auf ein Primat der Politik über das Militär zu schließen. Tatsächlich sind Chiles Uniformierte bereits *de jure* – kraft der einschlägigen Verfassungsartikel und Gesetzestexte – weder der vollständigen Führung durch die Exekutive unterstellt, noch unterliegen sie einer umfassenden Kontrolle durch das Parlament, noch der rechtlichen Aufsicht durch zivile Gerichte. Die Formel von den zivil-militärischen Beziehungen bringt deshalb in Chile eher ein komplexes Machtverhältnis zwischen Regierung, Parlament, Parteien, ziviler Justiz und den Uniformierten zum Ausdruck, denn ein auf das Primat der Politik gründendes Beziehungsgeflecht aus zivilen Entscheidungsträgern und einem allein als Objekt seiner politischen Umwelt in Erscheinung tretendes Militär.

Gerade in Südamerika, und in Chile im Besonderen, sehen sich zivile und militärische Strukturen, weit über ihre "natürliche" Verregelung im Militär-, Rüstungs- und Verteidigungswesen hinaus, traditionell ineinander verschränkt. Auch ethische oder ideologische Verwerfungen (etwa die Rechtfertigung der unter dem Pinochet-Regime begangenen Menschenrechtsverlet-

² Hier verstanden im Sinne von den Uniformierten wohlgefälliger Handlungsentscheidungen, wie sie seitens der politischen Entscheidungsträger als Folge einer (beobachtbaren) Verhaltensänderung getroffen werden. Zum Problem der Gleichsetzung von militärischen Privilegien und politischem Einfluss der Streitkräfte (vgl. Hunter 1998: 306f.).

zungen) verlaufen nur allzu oft nicht entlang eines zivil-militärischen Grabens, sondern entlang von Rissen, die sich durch die gesamte chilenische Gesellschaft ziehen.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass anders als in Westeuropa und in Nordamerika, wo die Streitkräfte der Suprematie durch die Politik unterliegen und die Agenda der zivil-militärischen Beziehungen auf wehrpolitische Themen beschränkt ist, im chilenischen Fall originär nichtmilitärische Politikfelder in die empirische Analyse dieses Verhältnisses mit einzubeziehen sind. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass in Chile die zivil-militärischen Beziehungen im Verlauf der neunziger Jahre von mindestens vier – jedenfalls analytisch zu trennenden – Konfliktlinien bestimmt worden sind. Dabei bezeichnet das Wort Konfliktlinie jeweils einen Themenkomplex in der politischen Agenda des Landes, über den sich Regierung und Militär, letztere meist im Verbund mit der politischen Rechten, entzweiten. Dazu gehörten:

- die gerichtliche Aufarbeitung der unter der Militärherrschaft (1973-1990) begangenen Menschenrechtsverletzungen und die Aufklärung des Verbleibs der so genannten “Verhafteten-Verschwundenen”. Damit war ein Dauerkonflikt mit den ehemaligen Machthabern etabliert, musste doch – unbeschadet der 1978 von der Militärjunta erlassenen Selbstamnestie – jeder Versuch, die Verbrechen der Pinochet-Diktatur strafrechtlich zu ahnden und Uniformierte vor Gericht zu stellen, naturgemäß zu einer Machtprobe mit den Streitkräften werden;
- eine Summe von Streitfällen, die sich regelmäßig an der Person von Augusto Pinochet entzündeten, wann immer dessen persönliche Verantwortung für Betrugs-, Korruptions- oder Spionageaffären oder für die unter seiner Herrschaft begangenen Gräueltaten zur Debatte stand. Auch die verbalen Entgleisungen und skandalträchtigen Auslandsreisen des Ex-Diktators in seiner Funktion als unabsetzbarer Heereschef riefen immer wieder zivil-militärische Konflikte hervor, wie 1998 sein Einzug in das chilenische Oberhaus, das über einjährige internationale juristische Tauziehen um seine Auslieferung nach Spanien sowie zuletzt die im eigenen Land gegen ihn angestregten, mittlerweile freilich eingestellten Strafverfahren;
- militärisch besetzte bzw. beeinflusste Institutionen wie der Nationale Sicherheitsrat COSENA (*Consejo de Seguridad Nacional*), der Senat und das Verfassungsgericht sollten – unbeschadet fehlender parlamentarischer Mehrheiten für die in den neunziger Jahren regierende Mitte-

Links-Koalition der *Concertación* – qua Verfassungsreformen “entmilitarisiert” werden. Auch sollte mittels einer Änderung des Streitkräfteorganengesetzes LOC (*Ley Orgánica Constitucional de las Fuerzas Armadas*) der Staatspräsident wieder die Befugnis erhalten, exklusiv über die personelle Besetzung der militärischen Führung entscheiden zu können;

- schließlich ein Gegensatz über ein Politikfeld, das vom chilenischen Militär unter dem Begriff der “Nationalen Sicherheit” als die *raison d’être* des chilenischen Staates geführt wird und mithin den gesamten Bereich der inneren wie äußeren Sicherheit umfasst. Wo immer nach dem Dafürhalten der Uniformierten die “Nationale Sicherheit” tangiert war, beanspruchten sie, unter Berufung auf ihren Verfassungsauftrag, für ebendiese Sicherheit verantwortlich und zuständig zu sein (Art. 90, Abs. 2) und machten operative, administrative oder juristische Befugnisse geltend.

Konkrete, aus der politischen Praxis der neunziger Jahre entnommene Beispiele sollen im Folgenden die Ausgestaltung und den Fortgang der skizzierten Konfliktlinien unter den Regierungen Aylwin und Frei veranschaulichen. Dazu werden, vor dem Hintergrund des an dieser Stelle zunächst nur postulierten militärischen Einflusses auf die Politik, der Verlauf und der Ausgang solcher Gegensätze nachgezeichnet, die in den vergangenen zehn Jahren die Ressourcen, aber auch die Begrenzungen “militärischer Macht” offen haben zu Tage treten lassen.

2. Zivil-militärische Konflikte in den neunziger Jahren

2.1 Der juristisch-ethische Konflikt: Das Militär in der Judikative

Der Streit um die Aufklärung und strafrechtliche Ahndung der unter dem Pinochet-Regime von Geheimdiensten, Militär und Polizei begangenen Verbrechen hat – weil permanent schwelend und emotions- wie wertebeladen wie keine andere Verwerfung – die zivil-militärischen Beziehungen Chiles in den neunziger Jahren noch stets in höchstem Grade mitbestimmt. Bekanntlich hatte sich bereits die Regierung Aylwin 1989 dazu verpflichtet, “die Wahrheit über [diese] Menschenrechtsverletzungen ... aufzudecken und ... nach dem geltenden Strafrecht ... [deren] Verurteilungen ... [wie auch] die Widerrufung oder Nichtigserklärung des Amnestiegesetzes [zu] betreiben”.³ Heute – mehr als zehn Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur – ist das

³ *Bases Programáticas de la Concertación*, 6.7.1989 (zitiert nach Aylwin 2000).

Schicksal von über 1.200 "Verschwundenen" weiterhin ungeklärt. Auch sind – mit Ausnahme der Verbrechen an Orlando Letelier, Tucapel Jiménez und den so genannten *Degollados*⁴ – bis dato keine Verantwortlichen aus den Reihen der Uniformierten für ihre Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen worden. Die 1978 von der Militärjunta erlassene Amnestieverordnung ist schließlich weiterhin in Kraft, ohne dass auch nur eine Debatte um die Legalität oder den Gesetzescharakter dieser Selbstamnestie in Gang gekommen wäre.

So ernüchternd diese für einen Rechtsstaat beklemmende Menschenrechtsbilanz auch ausfällt – nicht deshalb kann dieser Konflikt heute als im Sinne der Uniformierten entschärft gelten. Im Gegenteil, nach wie vor sind vor der Zivil- und Militärjustiz Dutzende von Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Streitkräfte anhängig oder aber nur vorläufig eingestellt.⁵ Hinzu kommt, dass unter den Obersten Richtern seit Ende 1998 mehrheitlich eine neue Rechtsauslegung bezüglich desselben Falltyps der "Verhafteten-Verschwundenen" vorherrscht: Indem das "Verschwundensein" als zeitlich noch andauernde – und somit über den Anwendungszeitraum der Amnestie (11.9.1973-10.3.1978) hinausreichende – Entführung des (längst toten) Opfers interpretiert wird, kann die "Amnestiefalle" nicht mehr zuschnappen. Wegen der "anhaltenden Verschleppung rechtswidrig Festgenommener" werden seither immer neue Prozesse gegen teils hochgestellte Militärs angestrengt. Eine Art "Schlusspunktgesetz", wie es in Argentinien 1986 vom Kongress oder in Uruguay 1989 per Plebiszit verabschiedet wurde, ist – jedenfalls derzeit – in Chile gänzlich außer Sicht. Zeugt diese zunehmend missliche Lage für die Uniformierten deshalb nicht eher von den Grenzen "militärischer Macht" als von den Militärs als "vierter Gewalt"?

⁴ Zum strafrechtlichen Sonderfall Letelier vgl. den Beitrag von Rainer Huhle in diesem Band. Auch das Verfahren um die *Degollados* – einem 1985 von einer Spezialeinheit der Polizei begangenen Kapitalverbrechen an drei kommunistischen Funktionären – erfuhr insofern eine Sonderbehandlung, als noch unter dem Militärregime die einem Armeegeneral unterstellte Geheimpolizei CNI (*Central Nacional de Informaciones*) wichtige Beweise zur Aufklärung des Falles beisteuerte und damit die Führung der *Carabineros* seinerzeit schwer belastete. 1994 konnten 15 wegen Mordes angeklagte Polizisten zu teils lebenslangen Haftstrafen verurteilt werden.

⁵ Letzten Angaben von FASIC (*Fundación de Ayuda Social de las Iglesias Cristianas*) zufolge sind derzeit 82 Strafverfahren gegen ehemalige Uniformierte anhängig. Mit den Generälen i.R. Sergio Arellano Stark (Fall "Todeskarawane"), Manuel Contreras Sepúlveda (Fall "Silberman"), Carlos Forestier (Fall "Pisagua"), Ramsés Álvarez Sgolía und Hernán Ramírez Rurange (Fall "Tucapel Jiménez") sowie Hugo Salas Wenzel (Fall "Operation Albanien") haben sich nun zunehmend auch hochrangige Vertreter der Armee vor der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu verantworten.

Jede Suche nach den Ressourcen und Grenzen uniformierter Macht im Hinblick auf diese Konfliktlinie der neunziger Jahre wird bei der Rechtsprechungspraxis des Obersten Gerichtshofes ansetzen müssen. Dessen Mitglieder waren noch unter dem Militärregime ernannt worden und konnten verfassungsgemäß nicht abgesetzt werden. Faktisch operierte Chiles höchst-richterliche Instanz damit auch unter demokratischem Vorzeichen als verlängerter Arm der Militärjustiz, was bedeutete, dass sich an dem – bereits unter der Diktatur hinreichend praktizierten – “Ritual der Strafflosigkeit”⁶ vorerst nichts änderte. In dem Maße jedoch, wie sich die Spitze der chilenischen Judikative als Folge der zum Jahresende 1997 in Kraft getretenen Justizreform⁷ personell zu “entmilitarisieren” begann, war es um die Wahrung militärischer Interessen durch den Obersten Gerichtshof bald geschehen: Wann immer die Verschränkung von Selbstamnestie und zuständiger Militärgerichtsbarkeit nicht mehr zu greifen vermochte – sei es, weil der Fall eines “Verschwundenen” nun dergestalt interpretiert wurde, dass damit das Amnestiegesetz *de facto* ausgehebelt wurde, sei es, weil gerichtliche Zuständigkeitskonflikte zugunsten der Ziviljustiz entschieden wurden –, schwand die “Macht der Uniformierten”, den Menschenrechtskonflikt auf der gerichtlichen Ebene in ihrem Sinne, d.h. über die definitive Einstellung aller gegen sie angestregten Verfahren, zu entscheiden, schnell dahin.

Eine Entsprechung in der stiefmütterlichen politischen Behandlung des Menschenrechtskonflikts erfuhr der seit Mitte der neunziger Jahre stetige Zuwachs an Rechtsstaatlichkeit in Chile jedoch nicht. Dabei konnte bei der geltenden Gesetzeslage eigentlich nichts anderes erwartet werden, als dass die Streitkräfte jede Mitarbeit bei der Suche nach dem Verbleib der von ih-

⁶ Das hier als Ritual bezeichnete juristische Prozedere nahm in der Regel den immer selben Prozessverlauf: In einem ersten Verfahrensschritt erklärten die Obersten Richter – als die für gerichtliche Zuständigkeitsfragen allein kompetente Instanz – die Militärgerichtsbarkeit für zuständig, weil, so die in der Regel rechtlich unzureichende Begründung, sich uniformiertes Personal in den Menschenrechtsfall involviert sähe. Einmal bei den Militärgerichten, stellten deren Richter in erster und zweiter Instanz nach “erschöpfenden Ermittlungen” und unter bedenkenloser Anwendung des Amnestiedekrets die gegen Militärangehörige anhängigen Prozesse alsbald definitiv ein. Dagegen gerichtete Beschwerden landeten abschließend wieder bei den Obersten Richtern, wenn diese letztinstanzlich die von der Militärjustiz zuvor gefällten Urteile bestätigten und die Verfahren damit – nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel – endgültig einstellten.

⁷ Nicht nur wurde die Zahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes von 17 auf 21 erhöht, sondern insbesondere das Pensionsalter auch für jene Richter auf die verfassungsgemäß vorgesehenen 75 Jahre festgesetzt, welche nach den Übergangsbestimmungen der Verfassung ihr Amt auf Lebenszeit ausüben durften. Dergestalt zählt Chiles höchste Gerichtsinstantz derzeit nurmehr drei von Pinochet ernannte Mitglieder.

nen seinerzeit verschleppten Opfer kategorisch verweigern würden. Umso mehr war davon auszugehen, dass die Regierungen Aylwin und Frei das Problem der “Verschwundenen” einer politischen Lösung zuführen würden. Dazu war per Präsidialdekret im April 1990 mit der CNVR (*Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*) zunächst eine “Wahrheitskommission” eingesetzt worden (Nolte 1991). Zu einer “umfassenden Aufklärung der Wahrheit ... [über die] ... mit Todesfolge während der Militärherrschaft begangenen ... Menschenrechtsverletzungen”⁸ – so der Auftrag der CNVR – sollte die Kommission freilich nie gelangen. Bereits ihre Rechtsnatur – ausdrücklich hatte die CNVR weder richterliche Vollmachten noch Ermittlungsbefugnisse erhalten – ließ erahnen, dass sie über eine regierungsamtliche Dokumentation dessen, was kirchliche Stellen und Nichtregierungsorganisationen in ihren Archiven an staatlichem Unrecht unter der Militärdiktatur längst festgehalten hatten, nicht hinauskommen würde.

Tatsächlich konnte die neunmonatige Tätigkeit der “Wahrheitskommission”, wie auch in den Folgejahren die Arbeit einer “Korporation der Wiedergutmachung” (CNRR – *Corporación Nacional de Reparación y Reconciliación*),⁹ im Ergebnis nichts zur Erhellung der Frage nach dem Verbleib der “Verschwundenen” beitragen. Noch in ihrem Abschlussbericht vom Februar 1991 hatte die Kommission deshalb dem Gesetzgeber empfohlen, “die Verheimlichung von Informationen hierüber zu bestrafen”, gleichzeitig aber “die Geheimhaltung zu garantieren und potentielle Informanten von der Verantwortung für ihre mögliche Mitwirkung auszunehmen” (*Informe* 1991: 1161). Ein solches Gesetzesvorhaben hätte allerdings das Konfliktpotential mit den Uniformierten weiter ansteigen lassen. Deren Befindlichkeitsgrenze aber musste zu diesem Zeitpunkt als bereits überschritten gelten, wie ein erstes Säbelrasseln der Armee, das so genannte *Ejercicio de Enlace*,¹⁰ zum Jahres-

⁸ Zitat aus der Exekutivverordnung 355, abgedruckt in: *Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*, Santiago 1991, Bd. 1, S. VIIff.

⁹ 1992 eingesetzt, war das jeweils einjährige Mandat der CNRR vom chilenischen Gesetzgeber vier Mal verlängert worden. Anstatt jedoch – vgl. FASOC 12 (1997) 1, S. 69; LAWR, 5.9.1996, S. 408 – zur Aufklärung des Schicksals der von der CNVR vererbten 957 “Verschwundenen” beizutragen, hatte die CNRR bis Ende 1996, als sie ihre Arbeit definitiv einstellte, Hunderte zusätzliche Fälle dokumentiert.

¹⁰ Kurzfristig und offenbar ohne jede Rücksprache mit der Heeresgeneralität von Pinochet am 19.12.1990 angesetzte “Sicherheits- und Verbindungübung”, welche – unbeschadet ihrer Wirkung nach außen – als zuvorderst nach innen gerichtete Disziplinierungsmaßnahme eines zunehmend in die Bredouille geratenen Armeechefs interpretiert wurde. Angeblich sollen im Zuge der Skandale um die illegale Geldwaschanlage “Cutufa” und

ende 1990 gezeigt hatte. Anstatt die Kommissionsempfehlung in Gesetzesform zu gießen, blieb es bei dem wohlfeilen Appell an die Obersten Richter, diese hätten auch bei den durch das Amnestiegesetz abgedeckten Straftaten prinzipiell "gerichtliche Untersuchungen durchzuführen und Verantwortlichkeiten festzustellen, insbesondere bei den Fällen der verschwundenen Personen" (zitiert nach *El Mercurio* vom 5.3.1991).

Mit dieser *ex-post* als Aylwin-Doktrin titulierten Rechtsauffassung war das Schicksal der "Verschwundenen" – politisch billig und opportun – nicht nur früh der Justiz zugeschoben worden, sondern darüber hinaus mit der noch stets latenten Angst vor einem neuerlichen Militärputsch¹¹ erstmals auch das bestimmende Moment in den zivil-militärischen Beziehungen offen zu Tage getreten: Angesichts der von der Heeresführung immer wieder kolportierten Gefahr einer militärischen Intervention galt bald die von Präsident Frei später *expressis verbis* zur Staatsräson erhobene Devise, bestehende Konflikte mit den Streitkräften nicht weiter zu schüren und auf neue Dispute mit ihnen tunlichst ganz zu verzichten. Kein Politiker in Chile bis hinauf zum Staatspräsidenten wollte sich in den neunziger Jahren schließlich dafür verbürgen, dass offen zur Schau gestellte Drohgebärden seitens der Armee nicht am Ende doch in einem Staatsstreich oder jedenfalls in eine schwere Regierungskrise münden könnten.

Nicht die an der Verschwundenenproblematik ohnehin desinteressierte Öffentlichkeit,¹² sondern allein militärische Machtdemonstrationen vermochten das Menschenrechtsthema seither überhaupt noch auf die politische Tagesordnung zu setzen. So geschehen im Mai 1993, als die Regierung Aylwin nach einem zweiten Säbelrasseln des Heeres, dem so genannten *Boinazo*,¹³ alsbald einer Beschleunigung der gegen Mitglieder der Streitkräfte anhängigen Verfahren das Wort redete und das so genannte "Ley Aylwin" auf den

die Pinocheques auch im Innern der Armee, Rufe nach dem Rücktritt Pinochets vom Heeresvorsitz laut geworden sein.

¹¹ Insbesondere frühe Umfragen – vgl. LAWR, 12.7.1990. S. 7 – belegten, dass die Angst der Bevölkerung vor einem Militärputsch (34%) noch größer war als die vor einer Wirtschaftskrise (31%) oder vor Terrorakten (18%).

¹² Meinungsbefragungen zufolge – vgl. *El Mercurio*, 25.1.1992 – sprachen sich bereits im Januar 1992 nurmehr ganze 5,3% der Befragten noch dafür aus, dass sich die Regierung Aylwin verstärkt den Menschenrechten zuwenden solle. 62% hingegen sahen in der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus fortan das wichtigste Problem.

¹³ Fremdetikette für die am 28. Mai 1993 in Santiago stattgefundenen ungewöhnlichen Truppenbewegungen der Armee. Zeitgleich hatte die Generalität des Heeres im Kampfanzug und unter Bewachung schwer bewaffneter Eliteeinheiten, den so genannten *boinas negras*, getagt.

Weg brachte;¹⁴ so neuerlich im Juli 1995, als die Regierung Frei als Reaktion auf den so genannten *Peucazo*¹⁵ – im Händel mit der rechten Opposition und unter Zurückstellung jedweder ethischer Bedenken – im Otero-Figueroa-Entwurf die Menschenrechtsfrage kurzerhand mit dem Thema der Verfassungsreformen verknüpfte; so zuletzt im August 1999, als sich nach wochenlangem “verbalen Säbelrasseln” mit dem *Mesa de Diálogo* ein runder Tisch, zusammengesetzt aus Vertretern der Streitkräfte und Menschenrechtsanwälten, konstituierte. So richtig es ist, dass die Uniformierten damit die Existenz der “Verschwundenen” überhaupt erstmals anerkannt haben – bis *dato* waren sie als eine von der Linken aufgebaute Fiktion bezeichnet worden, um ihre eigenen Verluste zu kaschieren (*El Mercurio* vom 8.9.1993) – so sehr sind die Erwartungen an ihr richtungsweisendes Versprechen vom Juni 2000, “größtmögliche Anstrengungen (unternehmen zu wollen), um ... die sterblichen Überreste der Verhafteten-Verschwundenen zu finden” (*Declaración de la Mesa de Diálogo sobre Derechos Humanos*, abgedruckt in *El Mercurio* vom 14.6.2000), zuletzt mit ihren Berichten vom Januar 2001 enttäuscht worden (Radseck 2001: 80f.).

Damit offenbart sich andererseits aber auch, wie beschränkt – unbeschadet der *ultima ratio* einer mehr oder weniger offenen Gewaltandrohung – die Möglichkeiten der Streitkräfte waren und sind, den von ihnen geforderten Schlussstrich unter das Menschenrechtsthema zu ziehen. Dies umso mehr, als die Uniformierten seit dem Inkrafttreten der Justizreform mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit mittlerweile keinen einflussreichen Verbündeten mehr besitzen. Die gegen den steten Widerspruch der Uniformierten am Ende erfolgreiche Verabschiedung der Justizreform zeigt, dass, wann immer ein Reformvorhaben quer über alle politischen Lager hinweg unterstützt wird

¹⁴ Nach dem *Boinazo* hatten direkte Verhandlungen zwischen dem Präsidenten und den Oberkommandierenden wochenlang die Szenerie bestimmt. Dergestalt war ein Gesetzesentwurf entstanden, der Verfahrensbeteiligten, die sich bei der Suche nach den “Verschwundenen” als entgegenkommend erweisen würden, Anonymität und Straffreiheit zustand. Vieles spricht im Rückblick dafür, dass die Verabschiedung des “Ley Aylwin” am Ende nicht aufgrund inhaltlicher Differenzen (Geheimhaltungsklausel), sondern seiner Genese wegen und aus parteipolitischem Kalkül heraus, an der notwendigen Parlamentsmehrheit scheiterte.

¹⁵ Bezeichnung für die vom 22. Juli 1995 datierende, konzertierte Kundgebung von ca. 1.500 Personen – unter ihnen eine Hundertschaft von im aktiven Dienst stehenden Heeresoffiziere – vor dem Sondergefängnis von Punta Peuco, die gegen die “Inhaftnahme” des rechtskräftig zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilten ehemaligen Geheimdienstchefs, General (i.R.) Manuel Contreras demonstrierten. Contreras selbst konnte sich mit Rückendeckung von Marine und Heer noch monatelang seiner Inhaftierung entziehen.

und also insbesondere auch das Plazet des rechten *Establishments* in Gestalt der Unternehmer, der Banken und des pressebeherrschenden *El Mercurio* erhält,¹⁶ dem Militär kaum mehr als die Rolle eines bewaffneten Zuschauers zukommt. Selbst der drohende Fingerzeig auf die Gefährdung des Zusammenhalts aller waffentragenden Institutionen verweist nurmehr auf eine weitere Schwachstelle: das Menschenrechtsproblem. Es verlagert sich innerhalb der *familia militar* zusehends in Richtung Armee und hier von der aktiven, mittlerweile weitgehend "sauberen" Truppe weg hin zu den belasteten, pensionierten Kadern. Selbst der demonstrativ immer wieder gesuchte und generationenübergreifende Schulterschluss kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Gutteil der für die Verbrechen der Diktatur Verantwortlichen augenblicklich mit dem Rücken zur Wand steht.¹⁷

2.2 Der Pinochet-Konflikt: Die Armee als persönliches Machtinstrument

Als angeblich graue Eminenz, die insgeheim die Fäden hinter den Kulissen zieht, ist der Einfluss von Augusto Pinochet auf die chilenische Politik in den neunziger Jahren von den Medien gerne überzeichnet worden. Gleichwohl ist richtig, dass sich an der Person des einstigen Diktators noch stets Konflikte entzündeten, die regelmäßig zugunsten des Fünf-Sterne-Generals endeten. Unbeschadet seines bis März 1998 ausgeübten Amtes als unabsetzbarer Armeechef, wird man die Macht des fast 90-Jährigen in seinen weit über das Militär hinausreichenden Loyalitäten wie auch in seiner nicht unbedeutenden Anhängerschaft unter den Chilenen suchen müssen.¹⁸ Den einen ein grausamer Diktator, Mörder und Verräter, ist er den anderen der Retter der Nation vor dem internationalen Kommunismus und der Vater des chilenischen Wirtschaftswunders. Mit diesem Pfund aber, die hochgradige Polari-

¹⁶ Beim Plazet der Wirtschaft für die Justizreform (vgl. Matus 1999: 313) spielte offenbar eine maßgebliche Rolle, dass damit der Forderung besorgter ausländischer Investoren nach mehr Rechtssicherheit entsprochen werden konnte. Der Meinungsumschwung im einflussreichen *El Mercurio*, der die Reform anfänglich bekämpft hatte, schuldete sich dem Umstand, dass dessen Eigner, der Medien-Magnat Agustín Edwards, im Zuge eines familiären Entführungsfalles am Ende selbst zu einem gebrannten Kind von Chiles Justiz geworden war.

¹⁷ Offenbar als Reaktion hierauf ist der Versuch zu sehen, sich zunehmend in eigenen Zirkeln wie der "Fundación Pinochet", der Bewegung "Chile, Mi Patria" oder dem CENGE (*Centro de Generales y Almirantes en Retiro de las Fuerzas Armadas*) zu organisieren und zur Gründung einer eigenen Partei aufzurufen.

¹⁸ Bekanntlich hatten sich noch 1988 – nach 15 Jahren Diktatur – 44% der Chilenen, anstatt für freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu optieren, für eine achtjährige Verlängerung der Regentschaft von General Pinochet ausgesprochen.

sierung der chilenischen Gesellschaft in entschiedene Gegner und Befürworter von Machtergreifung und Militärregime wie kein anderer zu personifizieren, erfreute sich der General auch unter demokratischem Vorzeichen noch stets einer politischen Sonderstellung.

Augenscheinlichster Ausdruck hierfür war die Anfang der neunziger Jahre politisch einflussreiche Rolle seines persönlichen Beraterstabs, den sich Pinochet in Gestalt des CAS (*Comité Asesor de la Comandancia en Jefe del Ejército*) als einem hochkarätigen, bis dato im Präsidialamt und im Verteidigungsministerium arbeitenden Personenkreis zugelegt hatte. Befürchtungen, der Ex-Diktator baue sich in seiner Funktion als Oberbefehlshaber des Heeres ein Schattenkabinett auf, hatte der General noch vor der Machtübergabe im März 1990 indirekt selbst bestätigt, indem er von einer zukünftigen „Kohabitation“ mit der neuen Regierung gesprochen hatte. Tatsächlich konnte das Verfassungsgebot, wonach „die Streitkräfte ... sich nicht in die Politik einzumischen (haben)“ (Art. 90, Abs. 4), noch stets ungestraft mit Füßen getreten werden, wenn es sich um das CAS oder den Armeechef persönlich handelte.

Selbst die wüstesten Entgleisungen und Extravaganzen des Generals vermochten an dem *modus vivendi*, in keinem Fall die direkte Konfrontation mit dem Armeechef zu suchen, etwas zu ändern, selbst wenn damit – wie bei seinen Auslassungen zur Bundeswehr¹⁹ – auch internationale Verwicklungen hervorgerufen wurden. Vereinzelte Versuche einiger weniger Volksvertreter, hiernach ein politisches Verfahren gegen den Ex-Diktator einzuleiten,²⁰ mussten bereits an der fehlenden Zustimmung innerhalb des Regierungsbündnisses scheitern. Drohte indessen, wie im März 1998, eine parlamentarische Mehrheit für eine Verfassungsklage gegen ihn zustande zu kommen, wurden die Abgeordneten prompt vom Staatspräsidenten persönlich zur Besonnenheit und Vernunft ermahnt, sie sollten nicht „Gefangene ihrer eigenen Geschichte“ bleiben (Radseck 1998a: 20ff.).

¹⁹ Pinochet hatte 1990 behauptet, es gebe Bestrebungen, die chilenische Armee der deutschen Bundeswehr anzugleichen. Diese aber sei – vgl. *La Segunda*, 6.9.1990 – zusammengesetzt aus „Marihuanarauchern, Drogenabhängigen, Gammlern, Homosexuellen und Gewerkschaftlern“. Das deutsche Heer, so der General weiter, befinde sich in einem Zustand der Dekadenz für den General Wolf Graf von Baudissin, „der größte Verräter, den die deutsche Armee je gehabt (habe)“, verantwortlich zeichne.

²⁰ Gemäß Art. 48 der Verfassung wäre hierzu erforderlich gewesen, dass Pinochets Äußerungen von der Hälfte der Abgeordneten als „schwere Verletzung der Ehre oder der Sicherheit der chilenischen Nation“ eingestuft worden wären. Der eines solchen Vergehens Beschuldigte ist von seinen Ämtern zu suspendieren und, bei Zustimmung durch den Senat, aus ihnen zu entlassen.

Rechtsstaatlich weitaus bedenklicher war die Inanspruchnahme der "Staatsräson", um die Einleitung juristischer Schritte gegen den Ex-Diktator zu verhindern. Nach jahrelangen Ermittlungen, zunächst durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, sodann durch den CDE (*Consejo de Defensa del Estado*),²¹ hatte sich der Verdacht erhärtet, die Familie Pinochet habe sich 1989 beim Verkauf einer Waffenfabrik unrechtmäßig auf Kosten des Fiskus bereichert. Die Beweise wogen derart schwer, dass im Juli 1995, mittels einer direkten Intervention von Staatspräsident Eduardo Frei, "razones de Estado" geltend gemacht werden mussten, um den *de jure* autonomen CDE dazu bewegen, von einer Klage im Fall der so genannten "Pinocheques" Abstand zu nehmen (Fuentes 1999: 319).

Geradezu exemplarisch zeigte sich hier, mit welcher Raffinesse der Ex-Diktator es in den neunziger Jahren immer wieder verstand, sein persönliches Schicksal mit dem der – ihm bedingungslos gehorchenden – Armee zu verbinden, um diese zum Schutz persönlicher Interessen als Druckmittel gegen die Regierung einzusetzen. Tatsächlich haben weder der Menschenrechtskonflikt noch etwa der Streit um die Verfassungsreformen, sondern die Betrugsaffäre um die *Pinocheques* und die damit einhergehenden Rücktrittsforderungen an den Heereschef als der eigentliche Auslöser für das *Ejercicio de enlace* und den *Boinazo* zu gelten (Otano 1995: 152ff., 309ff.), und zwar unbeschadet der Tatsache, dass bei beiden Drohgebärden in der Öffentlichkeit die Losung ausgegeben wurde, diese seien durch die Interessenlage der Armee als Ganzer motiviert gewesen.

Selbst die zunächst unverdächtige, gleichwohl ohne sein Plazet kaum denkbare, dritte Machtdemonstration der Armee, den *Peucazo*, vermochte der General wie kein anderer für seine ureigensten Zwecke zu nutzen: Gesetzten Fall, das *Pinocheque*-Verfahren würde definitiv eingestellt,²² wollte sich der Armeechef für das Stillhalten angeblich zum Aufstand bereiter Teile seiner Truppe verbürgen, die darauf drängten, den Haftantritt des rechtskräf-

²¹ Der im Präsidialamt angesiedelte "Rat zur Verteidigung des Staates" "verteidigt" juristisch die Interessen des Fiskus. Im Zivilprozess kann er als Nebenkläger auftreten, bei Rauschgiftdelikten wird er auch strafermittelnd tätig.

²² Am 19.7.95 – vgl. FASOC 10 (1995) 4, S. 66-68 – hatte der CDE bei dem im Fall "Pinocheques" ermittelnden Richter Jorge Colvin beantragt, u.a. den ältesten Sohn von General Pinochet wegen "mutmaßlichen Staatsbetrugs" anzuklagen. Drei Tage später erfolgte der *Peucazo*, woraufhin der CDE am 25.7.1995 auf Ersuchen des Staatspräsidenten entschied, auf das Einlegen weiterer Rechtsmittel zu verzichten angesichts des mittlerweile erfolgten richterlichen Beschlusses, dem Antrag des CDE nicht stattzugeben. Am 31.7.1995 wurde das Verfahren von Richter Colvin definitiv eingestellt.

tig verurteilten Geheimdienstchefs General (i.R.) Manuel Contreras zu verhindern.²³ Dass führende Politiker der *Concertación* dem Ex-Diktator wegen des Ausbleibens militärischer Rebellionen im Zuge des monatelangen Spektakels um die "Inhaftnahme" von Contreras hiernach eine staatstragende und der Demokratie förderliche Rolle zuerkannt haben, kann getrost als Gipfel von Heuchelei gelten.

Durchsetzungskraft und Geschicklichkeit sind freilich immer nur die eine Seite des Fünf-Sterne-Generals gewesen. Sein jahrelang verkannter "sicherer Instinkt" und der oft unterschätzte "vortreffliche Spürsinn" für das augenblicklich Richtige die andere (Saavedra Santis 1998: 5f.). So sehr er die Armee in dem Vierteljahrhundert unter seinem Kommando (1973-1998) zu der seinigen gemacht und die Truppe noch stets als persönliches Machtinstrument zu benutzen verstand, so wenig ist ihm diese Macht am Ende "zu Kopfe gestiegen". Mochte ihm die Generalität anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand noch so eindrücklich ihre immerwährende Loyalität bekunden und ihm den Ehrentitel des "Comandante en Jefe benemérito" zuerkennen, Pinochet selbst wusste, dass sein Abschied vom Heeresvorsitz auch mit einem Verlust an Unberührbarkeit einhergehen würde. Dies umso mehr, als sich zeitgleich die chilenische Justiz bis hinauf zur höchsten Instanz anschickte, aus dem Dunstkreis der Diktatur definitiv herauszutreten und zu einer von den Streitkräften unabhängigen Justiz zu werden.

Dass der Ex-Diktator sein ursprünglich für den Januar 1998 geplantes Ausscheiden aus der Armee bis zum verfassungsmäßig letztmöglichen Termin – den Vortag seiner Vereidigung zum Senator auf Lebenszeit – aufgeschoben hat, mag diesen Wendepunkt in seinem Status verdeutlichen. Tatsächlich musste es dem General angesichts der zahlreichen, im In- und Ausland gegen ihn angestregten Ermittlungsverfahren vor allem darum gehen, nicht einen Tag ohne den Schutz der parlamentarischen Immunität dazustehen. Als ihm diese wegen des "begründeten Verdachts auf mutmaßliche Mitwirkung" bei der "anhaltenden Entführung" von 19 seit dem Oktober 1973 "verschwundenen" politischen Gefangenen im Juni 2000 gleichwohl

²³ Insofern scheint die von Ambos (1997: 63) vertretene Auffassung, wonach die Streitkräfte die "Festnahme [von Contreras, Anm. d. Verf.] letztlich nur zugelassen haben, um das Ende der strafrechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktatur vorzubereiten", dem Ablenkungsmanöver Pinochets aufzusitzen, der großes Interesse daran haben musste, im Gefolge des *Peucazo* in der Öffentlichkeit die Menschenrechtskarte zu spielen.

entzogen wurde,²⁴ offenbarte sich eine gänzlich neue Entwicklung: Hatte die Polemik um seine Person die Behandlung anderer Konfliktlinien bislang eher verhindert denn gefördert, so wirkte sie nun offenbar als Katalysator, um die seit einem Jahrzehnt offene "Transition" mit ihren Konfliktfeldern "Menschenrechte" und "Verfassungsreformen" definitiv abzuschließen.

2.3 Der normativ-konstitutionelle Konflikt: Das Militär im Parlament

Anders als in den westlichen Demokratien sind in Chile nicht alle politischen Mandatsträger auch gewählt. Nahezu ein Fünftel der Mitglieder des chilenischen Oberhauses wird verfassungsgemäß an Volkes Stimme vorbei ernannt, vier von ihnen unter Mitwirkung des COSENA.²⁵ Da der zur Hälfte aus den Oberbefehlshabern von Heer, Marine, Luftwaffe und *Carabineros*²⁶ sich zusammensetzende COSENA zudem zwei der sieben Verfassungsrichter designiert, der COSENA selbst aber als einziges Verfassungsorgan keinerlei Kontrolle unterworfen ist, die vier Oberkommandierenden überdies aus ihren Ämtern – außer "in Übereinstimmung mit dem COSENA" – nicht absetzbar sind und schließlich sämtliche Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Offizieren von ihrem Vorschlagsrecht abhängen, liegt der Schluss nahe, hier hätten sich die Uniformierten als eine Art "vierte" Gewalt im politischen System installiert.

²⁴ Vgl. *El Mercurio*, 6.6.2000. Bei den besagten Opfern handelt es sich um einen Teil jener 72 Häftlinge, die im Oktober 1973 von einem militärischen Exekutionskommando illegal liquidiert worden waren. Dieser so genannten Todeskarawane (Verdugo 1989: 245ff.) stand seinerzeit als befehlshabender, persönlicher "Delegierter des Oberkommandierenden des Heeres" der fürderhin beförderte General (i.R.) Sergio Arellano Stark vor. Im Falle der übrigen 53 Toten wurde das Amnestiegesetz angewandt, da deren sterbliche Überreste bis dato gefunden werden konnten.

²⁵ Vgl. hierzu wie im Folgenden die Artikel 45, 81, 93 und 95 der Verfassung sowie Art. 7 des LOC (= Gesetz 18.948, 28.2.1990). Kraft einer Übergangsbestimmung waren darüber hinaus die zum Zeitpunkt des Regierungswechsels (11.3.1990) amtierenden Oberbefehlshaber von Heer (General Augusto Pinochet), Marine (Admiral Jorge Martínez Busch), Luftwaffe (General Fernando Matthei) und *Carabineros* (General Rodolfo Stange) nicht nur nicht absetzbar, sondern konnten in Verdoppelung ihrer verfassungsgemäß vierjährigen Amtszeit bis zum 11. März 1998 auf ihren Posten verbleiben.

²⁶ Paramilitärisch ausgebildete und ausgerüstete Bereitschafts- und Schutzpolizei, die in Chile de facto als vierte Teilstreitkraft fungiert. Unter dem Militärregime wurde sie, ebenso wie die Kriminalpolizei, dem Verteidigungsministerium einverleibt. Sämtliche Gesetzesentwürfe, die darauf abzielten, die beiden Polizeibehörden wieder unter die operative wie administrative Federführung des Innenministers zu stellen, scheiterten an der Opposition im Senat, die einmal mehr das bekannte Schreckgespenst einer "drohenden Politisierung" – hier der Schutz- und Kriminalpolizei bei ihrer Überführung in das Innenministerium – angestrengt hatte.

Tatsächlich müssen die respektiven Oberkommandos über Heer, Marine, Luftwaffe und *Carabineros* in Chile als zuvörderst politische und darüber hinaus mit militärischer Befehls- und Kommandogewalt ausgestattete Ämter gelten. Dies umso mehr, als die Chefs der vier Teilstreitkräfte im COSENA nicht nur über die personelle Zusammensetzung von Legislative und Verfassungsgerichtsbarkeit, sondern auch über die Verhängung sämtlicher Ausnahmezustände mitentscheiden – ein rechtsstaatlich umso bedenklicherer Vorgang, als etwa die Ausrufung von innerem Notstand und Belagerungszustand nicht der Zustimmung des Parlamentes bedarf und bis hin zur Aufhebung wichtiger Grundrechte in den dann unter militärischer Befehlsgewalt stehenden Notstandsgebieten geht (vgl. die Verfassungsartikel 40 und 41). Insofern ist richtig, dass der in Personalunion mit Sitz und Stimme im COSENA geführte Posten des Oberbefehlshabers bereits *per se* über eine solche Machtstellung im Regierungssystem verfügt, dass namentlich in Krisenzeiten – bei Gefährdung der “Nationalen Sicherheit” oder Bedrohung der “institutionellen Ordnung” – die schiere Präsenz der vier ranghöchsten Generäle bzw. Admiräle in der Öffentlichkeit ausreicht, damit etwa einem – vorzugsweise bei Abwesenheit des Präsidenten angesetzten, gezielt der Presse lancierten – “gemeinsamen Mittagessen in Uniform” sogleich der Charakter eines Komplotts zugeschrieben wird.²⁷

Aller militärischen Präsenz im politischen System Chiles zum Trotz, zeigen jedoch die an der Senatsmehrheit der rechten Opposition in den neunziger Jahren durchweg gescheiterten Verfassungsreformvorhaben der Regierungen Aylwin und Frei eher die Grenzen institutionalisierten militärischen Einflusses denn dessen Reichweite auf. Einem konzertierten Vorstoß des regierenden Mitte-Links-Bündnisses mit *Renovación Nacional* (RN) als der gemäßigten der beiden Oppositionsparteien – etwa der ersatzlosen Abschaffung der insgesamt neun ernannten Senatoren²⁸ – hätte der Block der noch unter dem Pinochet-Regime Designierten, selbst im Zusammenspiel

²⁷ So zuletzt im Mai 2000, beim Zusammentreffen der vier Oberkommandierenden in der “Sache Pinochet”, was Präsident Lagos sogleich zu der Äußerung veranlasste, dass “es ... nicht nötig (sei), irgendjemandem die Geschlossenheit der Militärs vor Augen zu führen, denn diese stehen geschlossen hinter dem Präsidenten von Chile” (zitiert nach *El Mercurio* vom 17.5.2000).

²⁸ Des Weiteren waren vorgesehen: Die Wiederherstellung der Befugnis des Präsidenten, exklusiv über die personelle Besetzung der militärischen Führung entscheiden zu können; die Einführung eines Verhältniswahlrechts zur Wahl der Abgeordneten und Senatoren; die Aufstockung des COSENA um den Präsidenten des Abgeordnetenhauses; die Abschaffung der Unabsetzbarkeit der vier Oberkommandierenden sowie eine personalpolitisch ausgewogenere Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes.

mit der ultrarechten *Unión Demócrata Independiente* (UDI), im Oberhaus unbeschadet der hohen, für Verfassungsänderungen notwendigen Quoren und parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nichts entgegenzusetzen vermocht. Denn anders als bei den Konflikten um das Menschenrechtsthema und die Person Pinochets verliefen die Lager hier nicht entlang einer Linie "Regierung–Opposition", sondern als Kluft zwischen den beiden parteiinternen Flügeln von RN. Insbesondere die Armeeführung und das CAS taten deshalb von Anbeginn gut daran, im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungs- und Abstimmungsfindungen, die gegenüber Verfassungsänderungen aufgeschlosseneren "Jungtürken" von RN auf die Position der "Hardliner" in der Partei einzuschwören (FASOC 7/1992/3: 50, 54f.). Zeitgleich wirkte man auf Repräsentanten der Wirtschaft ein, dass diese erklären mögen, dass "die von der Regierung Aylwin beabsichtigten Verfassungsänderungen in die politische Instabilität führen und damit eventuell das Wachstum des Landes beeinträchtigen könnten".²⁹

Derlei unverhohlene Einflussnahme seitens der Uniformierten zeigt indessen nur, dass die im politischen System begründeten "Fußangeln" allein, d.h. ohne den ideologischen Flankenschutz durch die parlamentarische Rechte, dauerhaft keine wirksame Sperrminorität zu bilden imstande sind. Insofern gründet die "Macht der Militärs" in diesem Konflikt mitnichten in den von ihnen ernannten, quasi mit einem imperativem Mandat ausgestatteten Senatsmitgliedern, als vielmehr in den militärraffinen Überzeugungen des einflussreichen rechten *Establishments*. Tatsächlich haben UDI und die Mehrzahl der Senatoren von RN zusammen mit den wichtigsten Unternehmerverbänden und den Leitartiklern des *El Mercurio* die Uniformierten bislang noch stets *unisono* als "autonome Staatsgewalt" begreifen wollen und mit dem Hinweis auf den angeblichen Professionalismus der Streitkräfte die Gefahr ihrer "Politisierung" heraufbeschworen, sollten die von der Regie-

²⁹ Hernán Briones, Unternehmer und Vorsitzender des Industriellenverbandes SOFOFA (*Sociedad de Fomento Fábril*), zitiert nach FASOC 7 (1992) 3: 50. Vgl. auch ders.: "Empresarios y Reformas Constitucionales", in: *El Mercurio*, 25.7.1992 sowie die gleichlautende Stellungnahme des Unternehmerdachverbandes COPROCO (*Confederación de la Producción y del Comercio*), in: *El Mercurio*, 18.8.1992. Noch zuletzt (vgl. *El Mercurio* vom 27.5.2000) war sich die COPROCO in Person ihres Vorsitzenden Walter Riesco nicht zu schade, einen Rückgang ausländischer Investitionen zu prophezeien, sollte das Verfahren um die Aufhebung der Immunität von Augusto Pinochet weiter seinen Lauf nehmen.

rung intendierten Reformen von Verfassung und LOC positiv beschieden werden.³⁰

Nicht deshalb aber ist es – wie im Falle des abgeschwächten, zweiten Änderungsentwurfs zum LOC – einige Male erst gar nicht zu Abstimmungen im Kongress über die Reformen gekommen. Dass Staatspräsident Aylwin im Juni 1993 dem besagten Reformentwurf zunächst die Eilbedürftigkeit entzog und sodann eine mögliche Änderung des LOC definitiv seinem Nachfolger anheim stellte, muss vielmehr als weitere Folge des *Boinazo* gelten. Schließlich konnte dieser Konflikt mit der Zurücknahme des Gesetzesentwurfs schnell entschärft und damit das Konfliktpotential mit den Streitkräften insgesamt reduziert werden, zumal sich die anderen, zeitgleich schwelenden Gegensätze mit dem Militär um das “Ley Aylwin”, die *Pinocheques* und die Affäre “Piñeragate” sich nicht in derselben Weise – nämlich durch das bloße Zurückziehen einer Gesetzesvorlage – ausräumen ließen. Die von Pinochet so perfekt beherrschte Taktik, aus originär eigenem Interesse angeordnetes Säbelrasseln wie den *Boinazo a posteriori* in den Dienst institutioneller Forderungen zu stellen, hatte sich hier einmal mehr erfolgreich bewährt.

2.4 Der kompetitive Konflikt: Das Militär im Bereich der inneren Sicherheit

Wie wirkmächtig das von den Präsidenten Aylwin und Frei verinnerlichte Regierungsprinzip präventiver Konfliktvermeidung mit dem Militär war, zeigte sich auch darin, dass sich beide Regierungen auf die Reform bestimmter Gesetzesartikel versteiften, andere, grundsätzlichere Gesetzes- und Verfassungspassagen – man denke etwa an die Grundrechtseinschränkungen im Zuge ausgerufenen Ausnahmezustände – hingegen überhaupt nicht thematisierten.³¹ Einem Tabu gleich, wurde insbesondere die in der Verfassung ver-

³⁰ Vgl. etwa die 1992 geführte Debatte um die ersten Änderungsentwürfe zur Verfassung und zum LOC. Respektive Redebeiträge der RN-Senatoren Arturo Alessandri, Sergio Onofre Jarpa, Bruno Siebert sowie des UDI-Abgeordneten Francisco Bartolucci finden sich dokumentiert in: FASOC 7 (1992) 2: 44-56.

³¹ So auch im Falle des LOC, das in seinen mehr als 100 Artikeln u.a. die völlige Autonomie der Oberkommandierenden *in puncto* Ausbildungsinhalte und Lehrpläne an den Militärschulen festschreibt. Gleichwohl versteiften sich beide Regierungen einzig auf die Forderung, die traditionelle Befugnis des Staatsoberhauptes wiederhergestellt zu wissen, Generalität bzw. Admiralität nach allein des Präsidenten Gutdünken personell besetzen zu dürfen. Was unter der Maßgabe des chilenischen Präsidentialismus und der Debatte um den Generalissimus – es unterliegt dem subjektiven Empfinden eines jeden Oberkommandierenden, ob er das Staatsoberhaupt als über ihm stehende Autorität anerkennt – verständlich erscheint, erweist sich ob früherer, präsidentialer *Tabula-Rasa*-Aktionen – 1952 fegte Präsident Carlos Ibáñez del Campo die gesamte Generalität des Heeres hin-

briefte Rolle der Streitkräfte, Chiles Garant der "Nationalen Sicherheit" und der "institutionellen Ordnung" zu sein, nicht ein einziges Mal auch nur tangiert – unbeschadet des instrumentellen Charakters einer solchen Sprachregelung. Tatsächlich waren Chiles "Nationale Sicherheit" und "institutionelle Ordnung" immer dann gefährdet, wenn Eigeninteressen der Streitkräfte oder persönliche Belange von Augusto Pinochet auf dem Spiel standen.

Anders als etwa nach der Militärherrschaft in Argentinien legte man in Chile auf sprachliche Neuregelungen oder terminologische Grenzziehungen hinsichtlich vormalig zur Rechtfertigung der Menschenrechtsverletzungen verwandter *Termini* keinerlei Wert.³² Im Gegenteil: Was mit dem 1997 veröffentlichten "Libro de la Defensa Nacional" zur programmatischen Grundlage für die zukünftige, militärische Aufgabenplanung eines sich seit mehr als zehn Jahren demokratisch begreifenden Landes hätte werden können, geriet unter der Präsidentschaft von Eduardo Frei *en passant* zur regierungsamtlichen Absegnung der ideologiegetränkten "Doktrin der Nationalen Sicherheit". Mehr noch: Wer "Nationale Sicherheit" im Gefolge der Pinochet-Diktatur als

erreichte(n) Zustand eines Landes, als Folge der *harmonischen* Entwicklung seiner *Nationalen Macht* und von ihm ergriffener Vorsichtsmaßnahmen definiert, um seine verwundbaren Stellen ... zu eliminieren, dergestalt, daß das Erreichen der *Nationalen Ziele*, unbeschadet der *inneren* und *äußeren* ... Bedrohungen, sichergestellt ist ... [mit dem] Ziel, das *Gemeinwohl* [zu erreichen] (*Ministerio de Defensa Nacional de Chile* 1997: 210),

weg –, aber auch aus Sicht des Primats der Politik als nicht unbedingt zwingendste Maßnahme. Schließlich hat die politische Praxis seit 1990 gezeigt, dass der Präsident – wenn auch nur indirekt, über ein Vetorecht im Falle von Generalernennungen und –beförderungen – sehr wohl einen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Generalität bzw. Admiralität ausüben kann.

³² Unter der Präsidentschaft Raúl Alfonsíns waren die mit der Doktrin der Nationalen Sicherheit behafteten Begriffe aus dem politischen Diskurs verbannt, vor allem aber auch aus den einschlägigen Gesetzestexten getilgt worden. Heute entspricht die diesbezügliche Sprachregelung in Argentinien "westlichem Standard", wenn etwa auf die auch hierzulande bekannte Formel von den "vitalen Interessen" rekurriert wird. Anders in Chile, wo, wie in den Zeiten der Diktatur, der Rückgriff auf die "permanenten nationalen Ziele" erfolgt und im Falle politisch motivierter Straftaten nach wie vor von der "Subversion" die Rede ist. Grenzziehungen zwischen "Extremisten", "Terroristen" oder "Subversiven" gibt es ohnehin nicht. Vgl. etwa die dokumentierte Wortschöpfung des Vertreters der Kriegsmarine im Oberhaus (1990-1998), Admiral (i.R.) Ronald McIntyre, der zuletzt die Figur des "delincuente terrorista subversivo" bemühte (in: Senado: Versión Oficial – 334.a Legislativa, S. 13).

der stellt sich nicht nur nachträglich in den Dienst eines Regimes, das die systematische Auslöschung politisch Andersdenkender noch stets mit der angeblichen Bedrohung des Staates durch einen inneren Feind zu legitimieren versucht hat, sondern der unterstreicht einmal mehr den Anspruch der Uniformierten, auch unter demokratischen Vorzeichen für die innere Sicherheit des Landes und insbesondere für die Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung zuständig zu sein.

Gleichwohl täte man den Regierungen der *Concertación* unrecht, ließe man ihre – wiederholt am Widerstand der Oppositionsmehrheit im Senat gescheiterten – Versuche unerwähnt, einige der Kompetenzen der Streitkräfte im Bereich der inneren Sicherheit mit den Anforderungen eines Rechtsstaates in Einklang zu bringen. Hierzu gehörte – im Rahmen der so genannten „Leyes Cumplido“³³ – vor allem die Forderung nach einer Rückübertragung der Rechtsprechungskompetenz von der Militär- auf die Zivilgerichtsbarkeit im Falle jener Delikte, wie sie in den verschiedenen Staatssicherheitsgesetzen kodifiziert sind.³⁴ Hiernach begeht in Chile beispielsweise eine „Straftat wider die öffentliche Ordnung“, wer staatliche Obrigkeiten, wie die Oberbefehlshaber der Streitkräfte, beleidigt (Art. 6b, Gesetz 12.927) – ein in der Rechtspraxis umso wirksames Instrument gegen eine aus Sicht der Uniformierten allzu kritische Berichterstattung, als derartige Vergehen von Militärriechtern geahndet werden, denen die „verletzte Ehre“ ihres Vorgesetzten naturgemäß als höheres Rechtsgut als das in der Verfassung verbrieft Grundrecht auf Presse- und Meinungsfreiheit gilt. Da derlei Straftatbestände bis heute aus den einschlägigen Gesetzestexten weder getilgt noch den Militärgerichten hierfür die Zuständigkeit entzogen werden konnten,³⁵ setzte sich

³³ 1990 von der Regierung Aylwin eingebrachtes Bündel von Gesetzentwürfen, die nach dem damaligen Justizminister Francisco Cumplido benannt wurden. Gemessen an ihrer ursprünglichen Intention blieben die hiernach verabschiedeten Reformgesetze 19.047 (D.O., 14.2.1991) und 19.027 (D.O., 24.1.1991) indes bloßes Stückwerk: Weder war die Todesstrafe abgeschafft worden, noch hatte man die Rechtsfigur der „terroristischen Straftat“ spezifiziert, noch die diesbezüglichen Sonderbefugnisse der Ermittlungsrichter eingeschränkt.

³⁴ Hierzu zählen das Staatssicherheitsgesetz (*Ley 12.927 sobre Seguridad del Estado*), das Gesetz zur Waffenkontrolle (*Ley 17.798 sobre Control de Armas*) und das Anti-Terrorismusgesetz (*Ley 18.314 sobre conductas terroristas*).

³⁵ Diesbezügliche Gesetzentwürfe der Regierung Aylwin waren 1992 von den Senatoren der rechten Oppositionsparteien mit dem Argument zu Fall gebracht worden, hier drücke sich ein „unakzeptables Misstrauen“ gegenüber einer „effizienten und unparteiischen Militärgerichtsbarkeit“ aus. Vgl. die in FASOC 7 (1992) 4: 46 hierzu dokumentierten Äußerungen des RN-Senators Sergio Diez und des von Pinochet ernannten Oberhausmitglieds Sergio Fernández.

in den neunziger Jahren fort, was unter der Diktatur zur gängigen Praxis geworden war: Von Militärrichtern wegen "Beleidigung der Streitkräfte", "Verleumdung von Offizieren" oder wegen "Aufruhrs" angeordnete Verhaftungen und Verurteilungen von Journalisten standen ebenso auf der Tagesordnung wie die Beschlagnahmung von Büchern oder die Verhängung von Filmaufführungsverboten.³⁶

Wider Erwarten – schließlich wurde weder das Regierungsblatt *La Nación* noch der staatliche Fernsehkanal von der Kritik durch das Militär verschont – übte sich vor allem die Regierung Aylwin von Anbeginn an in einer Art vorauseilendem Gehorsam. Forderte sie linksstehende Blätter anfänglich nur zur Mäßigung bei ihrer Berichterstattung über militärische Themen auf, reichte sie wegen "beleidigender Äußerungen gegen General Pinochet" bald selbst Klage gegen allzu kritische Journalisten ein. In dieses Bild passte, dass die traditionell vom Militär ausgeübten Ordnungsaufgaben auf zivilen Flughäfen, an öffentlichen Stränden und Hafenanlagen oder die ihnen im Verlauf von Wahlen übertragene Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht nur zu keiner Zeit zur Disposition standen, sondern zuletzt sogar die Aufforderung an die Streitkräfte erging, diese sollten sich auch im Kampf gegen den Drogenhandel engagieren.³⁷ Schließlich war auch der militärische Einsatz bei Naturkatastrophen selbstverständlich, eine Aufgabe, deren Institutionalisierung in Ermangelung ziviler technischer Hilfswerke und Rettungsdienste auch in den neunziger Jahren ganz nach der Maßgabe der Uniformierten voranschritt.³⁸

Rechtsstaatlich weitaus bedenklicher war die institutionelle Einbindung der militärischen Nachrichtendienste in das gleichermaßen vom Verfassungsschutz wie der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung betriebene Aufklärungswesen, hatten doch die Anfang der neunziger Jahre aufgefloge-

³⁶ Zu den Strafprozessen gegen Journalisten siehe LAWR, 17.05.1990: 9; LAWR, 11.10.1990: 12; FASOC 5 (1990) 3: 46; zu den Buchkonfiszierungen LAWR, 18.3.1993: 32; LAWR 6.5.1993: 204 sowie zum Fall des zuletzt beschlagnahmten "Schwarzbuches der chilenischen Justiz" Radseck (1999). Zur Zensurtätigkeit des *Consejo de Calificación Cinematográfico*, dem auch drei Mitglieder der Streitkräfte angehören, siehe das nach wie vor gültige Gesetzesdekret 679 vom 10.10.1974, wonach solche Filme zu verbieten sind, die "den Grundlagen des Vaterlandes entgegengesetzte Doktrinen, wie den Marxismus, befördern".

³⁷ Vgl. die entsprechenden Ausführungen der Vorsitzenden des CDE, Clara Szczaranski, bei einem Vortrag vom Oktober 1999, dokumentiert in *El Mercurio* vom 2.10.1999.

³⁸ So (vgl. *El Mercurio* vom 15.3.1997) kündigte das dem Ingenieurkommando der Armee unterstehende militärische Arbeitskorps CMT (*Cuerpo Militar de Trabajo*) an, eine schnelle Eingreiftruppe für Katastropheneinsätze schaffen zu wollen.

nen Lauschangriffe des Heeresgeheimdienstes DINE (*Dirección de Inteligencia del Ejército*) gegen Regierungsmitglieder und Parlamentarier keinen Zweifel daran gelassen, dass sich die Uniformierten weniger der Beschaffung der für die äußere Sicherheit notwendigen Informationen, als sich vielmehr dem Ausforschen des innenpolitischen Gegners verschrieben hatten.³⁹

Spätestens die Affäre “Piñeragate”, mittels derer die DINE die Präsidentschaftskandidatur des RN-Senators Sebastián Piñera vereitelte und damit die ultrarechte UDI auf Kosten der gemäßigeren RN stärkte, entlarvte die Geheimdienste, die ohne jegliche Kontrolle durch Regierung, Parlament oder Justiz agierten, als militärische Herrschaftsmittel *par excellence*. Forderungen nach Einführung von Kontrollmechanismen oder auch nur einer strikten Gewaltenteilung,⁴⁰ wie sie seit Jahren gerade auch von den “gebrannten Kindern” der RN erhoben werden, waren zwar stets auf die rhetorische Zustimmung der Präsidenten Aylwin und Frei gestoßen. Spätestens bei der Umsetzung gefielen sich beide Staatsoberhäupter indes darin, die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs immer wieder zu verschleppen.

3. Abschließende Bemerkungen zur Rüstungs- und Verteidigungspolitik

Die Macht der chilenischen Uniformierten über die innere Sicherheit korreliert ähnlich wie im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungspolitik nicht nur mit der Schwäche ziviler Institutionen, sondern sie bringt darüber hinaus eine von den Staatsoberhäuptern bislang verfolgte Politik des Kleinredens, Herunterspielens und der *non-decisions*⁴¹ zum Ausdruck. Mit Blick auf das ohnehin bereits gesamtgesellschaftlich polarisierte Klima⁴² war und ist diese

³⁹ Eine chronologische Auflistung der innenpolitischen Aktivitäten der DINE für die Jahre 1990-1992 findet sich dokumentiert in *Servicios de Inteligencia militar y su personal en Chile* (1992: 13-16).

⁴⁰ In den westlichen Demokratien gilt bekanntlich der Grundsatz, dass die Geheimdienste über keine exekutiven Vollmachten, die Polizeibehörden über keine nachrichtendienstlichen Befugnisse verfügen dürfen.

⁴¹ Hier verstanden als den Militärs unliebsame Entscheidungen, etwa in Form von Gesetzesvorlagen oder Personalvorschlägen, die wegen des ausgeübten informellen Einflusses der Uniformierten erst gar nicht zustande kamen bzw. publik wurden.

⁴² Gemeint ist die nach wie vor frappierende Polarisierung der chilenischen Gesellschaft in entschiedene Befürworter und Gegner der militärischen Machtergreifung von 1973. Noch unter der Regierung Frei gab es keine Einigung in der historischen Bewertung dieses Schlüsselereignisses, das als Schnittstelle zugleich die ideologische Positionierung zur blutig gestürzten Regierung von Salvador Allende wie diejenige zum nachfolgenden Mi-

Politik vor allem darauf ausgerichtet, neben den Themen Menschenrechte, Pinochet und Verfassungsreformen nicht noch eine vierte oder fünfte Front mit dem Militär zu eröffnen.

Auch deshalb bargen in den neunziger Jahren die aus militärischer Sicht ohnehin als exklusiv erachteten Felder der Militär- und Verteidigungspolitik keine größeren Konflikte in sich (Radseck 1998b). Eigentlich war hier erwartet worden, dass die Streitkräfte ihre korporativen Interessen vor allem im Konflikt mit einer zivilen Administration wähen würden, wo in Exekutive oder Legislative auf die Expertise ziviler, international ausgewiesener Militärexperten zurückgegriffen würde. Letztere hatten Ende der achtziger Jahre verstärkt Forderungen nach einer Modifizierung der Militärdoktrin mit einer damit einhergehenden Reform des militäreigenen Bildungswesens sowie nach einer Standardisierung des Ausrüstungsprofils vorgebracht. Selbst eine Neuorganisation der administrativen wie operativen Wehrstruktur bis hin zur Abschaffung der Wehrpflicht war erwogen worden. Über das politische Schicksal dieser Forderungen (Varas 1998: 209-221; CED 1998: 128ff.; Prieto Vial 1990: 73ff., 119ff.) konnte freilich frühzeitig gemutmaßt werden, dass nicht eine von ihnen sich im Regierungsprogramm der *Concertación* oder in den Programmen der rechten Opposition wiederfand.

Literaturverzeichnis

- Ambos, Kai (1997): *Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen. Zur "impunidad" in südamerikanischen Ländern aus völkerstrafrechtlicher Sicht*. Freiburg.
- Aylwin, Patricio (2000): "No hubo pacto transaccional". In: *El Mercurio*, 18.4.2000.
- CED (Hrsg.) (1998): *Fuerzas Armadas, Estado y Sociedad*. Santiago.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven et al.
- Fuentes S., Claudio (1999): "La respuesta civil al tema militar. Estrategias y espacios de negociación en Chile". In: Diamint, Rut (Hrsg.): *Control civil y Fuerzas Armadas en las nuevas democracias latinoamericanas*. Buenos Aires, S. 99-336.
- González, Carlos A. (Hrsg.) (1998): *Constitución Política de la República de Chile 1980*. Santiago.
- Hunter, Wendy (1998): "Civil-Military Relations in Argentina, Brazil, and Chile: Present Trends, Future Prospects". In: Agüero, Felipe/Stark, Jeffrey (Hrsg.): *Fault Lines of Democracy in Post-Transition Latin America*. Miami.

litärregime von Augusto Pinochet bestimmt. Jeden Versuch, in Chile die zivil-militärischen Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen zu wollen, musste man deshalb durch die Erfahrungen dieses doppelten Traumas als "historisch vorbelastet" ansehen (Nohlen 1986: 14).

- Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación* (1991): *Informe Rettig*. Santiago.
- Matus, Alejandra (1999): *El libro negro de la justicia chilena*. Buenos Aires.
- Ministerio de Defensa Nacional de Chile (Hrsg.) (1997): *Libro de la Defensa Nacional de Chile*. Santiago.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile. Das sozialistische Experiment*. Hamburg.
- (1986): "Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika". In: *APuZ* B9/1986, S. 3-16.
- (1991): *Menschenrechte in Chile. Ist die Politik der Aussöhnung gescheitert?* Hamburg.
- (1996): "Südamerika. Reinstitutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie". In: Merkel, Wolfgang et al. (Hrsg.): *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*. Opladen, S. 287-314.
- Otano, Rafael (1995): *Crónica de la transición*. Santiago.
- Prieto Vial, Daniel (1990): *Defensa Chile 2000. Una Política de Defensa para Chile*. FLACSO, Santiago.
- Radseck, Michael (1998a): "Streit im Sommerloch. Zwischen Verfassungsklagen und Dankbarkeitsgefühlen der Bevölkerung: Der frischgeklärte Senator Pinochet". In: *Lateinamerika Nachrichten*, Bd. 26, Nr. 287, S. 20-23.
- (1998b): "Vorausseilender Gehorsam. Christdemokratischer Verteidigungsminister sichert Interessen der Militärs". In: *ILA. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 214, S. 11-12.
- (2001): "Chile unter der Präsidentschaft von Ricardo Lagos: Eine Bilanz nach seinem ersten Regierungsjahr". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 8, S. 77-91.
- Rottensteiner, Christa (1997): *Schuld ohne Sühne? Das Erbe der Menschenrechte in Chile nach Pinochet*. Frankfurt/Main.
- Saavedra Santis, Omar (1998): "Der Schatten des Patriarchen. Die unendliche Geschichte des Augusto Pinochet". In: *ILA. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 214, S. 4-7.
- Servicios de Inteligencia militar y su personal en Chile* (1990-1992): *Análisis de Actualidad PAL*. Santiago 1992.
- Varas, Augusto (1998): "Democratización castrense y desmilitarización del Estado". In: Martner, Gonzálo (Hrsg.): *Chile hacia el 2000. Desafíos y opciones, Bd. I*. Caracas, S. 199-222.
- Verdugo, Patricia (1989): *Caso Arellano. Los zarpazos del Puma*. Santiago.
- Wagner, Christoph (1998): "Militär und Politik im Süden Lateinamerikas". In: *APuZ* B39/1998, S. 19-28.

Detlef Nolte

Das politische System: Verfassung und Verfassungspraxis

Die heute gültige chilenische Verfassung ist im März 1981 in Kraft getreten. Sie setzt die nur kurzfristig – während der so genannten “parlamentarischen Republik” (1890-1925) – unterbrochene Tradition von Präsidialverfassungen fort. Ein erster Verfassungsentwurf wurde bereits im Oktober 1978 von einer Expertenkommission (*Comisión de Estudios de la Nueva Constitución*) vorgelegt, die von der damals regierenden Militärjunta eingesetzt worden war. Der Kommissionsentwurf wurde nachfolgend von Staatsrat (*Consejo de Estado*), den die Militärs gleichfalls als ziviles Beratungsorgan geschaffen hatten,¹ überarbeitet und von Pinochet und der Militärjunta noch einmal grundlegend revidiert. Der endgültige Verfassungstext wurde anschließend im September 1980 in einem umstrittenen Plebiszit angenommen.

Der Text spiegelt einerseits Kontinuitätslinien mit der vorausgegangenen Verfassung von 1925 wider und greift vorausgegangene Reformvorschläge aus den 60er und 70er Jahren auf. Andererseits enthält die neue Verfassung Elemente, mit denen aus der Sicht der Militärs und ihrer zivilen Unterstützungsgruppen negative Entwicklungen unter der vorausgegangenen Verfassung, vor allem während der Präsidentschaft von Salvador Allende (1970-73), korrigiert werden sollten.² So sollte z.B. ausgeschlossen werden, dass wieder ein Präsident nur mit einer relativen Mehrheit der Wählerstimmen an die Macht gelangt. Es sollten Kontrollmechanismen gegen Gesetzesverstöße oder Verfassungsverletzungen der Exekutive verankert und insgesamt einer übermäßigen Politisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorgebeugt werden. Mit der Verfassung sollte der Status quo einer Marktwirtschaft mit weitreichenden Garantien für das Privateigentum abgesichert werden. D.h., die Verfassung enthält viele Veto-Punkte, mit denen umfassende wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Neuerungen erschwert werden. Die Verfas-

¹ Siehe zu den zivilen Beratungsorganen und zur institutionellen Struktur des Militärregimes in der Phase der Verfassungsgebung grundlegend Barros (2002).

² Die Erfahrungen der Allende-Zeit spielten eine wichtige Rolle bei den Diskussionen der *Comisión de Estudios de la Nueva Constitución* (siehe Barros 2002: 227-229).

sung von 1980 ist insofern nicht politisch neutral, sondern spiegelt die damaligen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse wider.

Bei der Diskussion über die aktuelle chilenische Verfassung – vor allem hinsichtlich der Stärkung der präsidentiellen Kompetenzen auf Kosten des Parlaments – wird häufig übersehen, dass etliche in diese Richtung weisende Reformen auf die Zeit vor dem Militärputsch zurückgehen. So wird bereits seit Mitte der 60er Jahre ein Einflussverlust des Parlaments konstatiert, dessen Höhepunkt die Verfassungsreformen von 1970 darstellten, aufgrund derer der Kongress an Protagonismus verlor. Dies war das Ergebnis eines technokratischen Politikansatzes, der darauf abzielte, partikularistische Elemente in der Politik zurückzudrängen und mehr Entscheidungsmacht im Präsidentenamt zu konzentrieren. Dies gilt insbesondere für den Gesetzgebungsprozess und in Haushaltsfragen. Der damalige Präsident Eduardo Frei und einige seiner engsten Mitarbeiter äußerten sich damals in einem quasi offiziellen Verfassungskommentar überaus euphorisch über die Implikationen der Verfassungsreform, insbesondere hinsichtlich des exklusiven Initiativrechts des Präsidenten in vielen Bereichen, der Möglichkeit der Delegation von Gesetzgebungskompetenzen an die Exekutive und der erweiterten Einflussmöglichkeiten des Präsidenten auf den Gesetzgebungsprozess.³

Als Ergebnis der Verfassungsreformen von 1970 kamen dem chilenischen Präsidenten nach der klassischen Studie von Carey/Shugart (1992: 155), die 44 Präsidialverfassungen vergleicht, die bei weitem umfassendsten Kompetenzen im Gesetzgebungsprozess zu. Die Kompetenzen wurde als weitreichender eingestuft als die in der Verfassung von 1980 verankerten. Deshalb sollte auch nicht verwundern, dass sich in einer 1971 veröffentlichten Studie über den chilenischen Senat Formulierungen über die “considerable formal powers” des Präsidenten nach der damals gültigen Verfassung finden, die sich ohne weiteres auch auf die aktuelle Verfassung beziehen lassen:

³ Neun Jahre nach der Verfassungsreform und den Erfahrungen der Allendezeit sowie des Militärputsches wird diese von Valenzuela/Wilde (1979: 204/211-213) sehr kritisch bewertet: “Congress had been dealt a severe blow by constitutional reforms adopted before Allende’s election in the closing days of the Frei administration. ... It would be a serious oversimplification to argue that the reduction of the role of Congress led to the breakdown of Chilean democracy ... When congressional politicians lost the capacity to deliver concrete favors, they lost ground within the party organizations to other elites who traded in more symbolic currencies. When Congress lost its particularistic functions, the territorial cleavages that cut across the system lost salience and were overwhelmed by those along more economic lines, above all the cleavage of class.”

The president may classify certain legislation urgent, thereby setting a time limit in which Congress must pass the bill. He also has 'exclusive' areas of initiative – for example, in proposing the annual budget – and Congress is supposedly limited to reducing the requested expenditures of funds. Congress may also grant extraordinary powers to the executive in emergency situations, and he has wide veto powers (Agor 1971: 7).

1. Verfassungsgebung und erste Verfassungsreformen

Mit der Verfassungsgebung verfolgten die seit 1973 herrschenden Militärs im Jahr 1980 mehrere unmittelbare Ziele: so sollte die Militärherrschaft nach Außen und nach Innen legitimiert, die interne Machtbalance zwischen der Junta und General Pinochet festgeschrieben (Barros 2002) und die Diktatur der Militärs hinter einem konstitutionellen Schleier fortgeführt werden. So war in der Verfassung zwar ein Zeithorizont für den Übergang zu einer eingeschränkten Demokratie im Jahr 1989 bzw. 1990 festgelegt, gleichzeitig wurden bis zu diesem Zeitpunkt, d.h. für weitere acht Jahre, durch Übergangartikel weite Teile der Verfassung außer Kraft gesetzt. Weder waren die bürgerlichen und politischen Grundrechte ausreichend garantiert, noch durften zentrale Institutionen eines demokratischen Systems – wie Parteien und Parlament – funktionieren. Eine der wenigen Einschränkungen bestand darin, dass die Militärs die Verfassung nicht unilateral, sondern nur über ein erneutes Plebiszit modifizieren konnten, und bei der Umsetzung der Verfassung theoretisch der Kontrolle durch das Verfassungsgericht unterlagen (Barros 2001: 18-21).⁴ Nur sehr langsam erließ die Militärjunta die wesentlichen Ausführungsgesetze zur Verfassung,⁵ manche erst kurz vor der Machtübergabe an eine Zivilregierung, die diesen dann nur sehr schwer über qualifizierte Mehrheiten modifizieren konnte. Rückblickend kann man feststellen, dass es den Militärs mit der Verfassungsgebung während der achtziger Jahren gelang, ihre Herrschaft auch in schwierigen Phasen – wie beispielsweise während der Wirtschaftskrise und der sozialen Proteste der Jahre 1983-1984 – abzusichern und die Regimeopposition Schritt für Schritt deren Spielregeln zu unterwerfen (Krumwiede/Nolte 1988).

⁴ Das Verfassungsgericht nahm im März 1981 seine Arbeit auf. Seit Ende 1985 hat es mit einigen Entscheidungen dazu beigetragen, die Transparenz und Chancengleichheit im Hinblick auf das Plebiszit von 1988 zu verbessern (siehe Barros 2001: 20-23).

⁵ Nach Barros (2001: 19) erleichterte die vorgesehene, schrittweise Implementierung der Verfassung die Konsensbildung innerhalb der Streitkräfte und ihrer zivilen Unterstützungsgruppen, da je nach Umsetzung der Verfassung stärker liberale oder autoritäre Züge zum Tragen kommen konnten. Bis dahin konnte alle Sektoren hoffen, dass letztlich ihre Verfassungsauslegung sich durchsetzen wird.

Das Plebiszit, mit dem das Militärregime die neue Verfassung zu legitimieren trachtete, genügte demokratischen Ansprüchen nicht: So gab es keine Wahlregister, da diese nach dem Putsch 1973 vernichtet worden waren; die Abstimmung wurde in einem Klima politischer Repression durchgeführt; die Opposition hatte keine Möglichkeit konkurrierende Verfassungsvorstellungen in den Medien vorzustellen; ein Sieg des Neins hätte keine Ablösung des Regimes, möglicherweise sogar eine Verhärtung impliziert; die Zustimmung zur Verfassung war an die Zustimmung zu den Übergangsartikeln, die diese für acht Jahre weitgehend außer Kraft setzten, gekoppelt; die Auszählung wurde vom Regime kontrolliert und es gibt Indizien für Manipulationen. Die Verfassung wurde deshalb von der Opposition nicht als legitim anerkannt. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass das Militärregime im wirtschaftlichen Boom-Jahr 1980 unter erheblichen Sektoren der chilenischen Bevölkerung, vielleicht sogar der Mehrheit der Bevölkerung Zustimmung fand. Es kann allerdings bezweifelt werden, ob das offizielle Ergebnis einer Zustimmungsrates von 67% die tatsächliche Stimmabgabe wiedergibt.

Die Verfassung von 1980 war ursprünglich auch eine Verfassung, die auf eine mögliche demokratische Legitimierung der Herrschaft General Pinochets in den neunziger Jahren, nach einem erfolgreichen Plebiszit im Jahr 1988 ausgelegt war. Dies erklärt u.a. die starke Stellung des Präsidenten gegenüber einem Kongress, dessen Amtssitz von der Hauptstadt Santiago in die Hafenstadt Valparaiso verlegt wurde. Es wäre allerdings falsch, die Verfassung allein als Werkzeug General Pinochets zu sehen:⁶ Einerseits war die Verfassung (einschließlich der Übergangsartikel) auch das Ergebnis von Konflikten und Kompromissen innerhalb der Militärjunta, bei denen sich nicht immer die Position von Pinochet durchsetzte.⁷ Andererseits spiegeln die permanenten Artikel der Verfassung nicht allein die Interessen der militärischen Machthaber, sondern auch die ihrer zivilen Unterstützungsgruppen und der mit ihnen verbündeten Politiker und Staatsrechtler wider. Diese wollten ihre Interessen auch beim alternativen Szenario einer Regierungs-

⁶ Dies ist die in der wissenschaftlichen Literatur vorherrschende Interpretation (siehe u.a. J. S. Valenzuela 1998). Eine abweichende Interpretation findet sich bei Barros (2002), dessen Analyse u.a. auf einer Auswertung von Sitzungsprotokollen der Verfassungskommission und der Militärjunta basiert. Siehe auch Huneeus (2000: 230-245).

⁷ "The political decision to enact a constitution emerged out of conflicts over the duration and permanency of military rule that arose from Pinochet's repeated attempts to undermine the Junta. The history and substance of the constitution also reveal that Pinochet's alleged dominance of the constitution-making process was largely a myth" (Barros 2002: 214).

übernahme durch oppositionelle Kräfte im März 1990 oder zu einem späteren Zeitpunkt gewahrt sehen.

Diesem Ziel dienten verschiedene Mechanismen: die Schwächung der Legislative und die Relativierung der demokratischen Repräsentation (a) durch ein Wahlrecht, das die Herausbildung von verfassungsändernden Mehrheiten erschwerte, und (b) durch die teilweise Ernennung von Senatoren. Dazu kommen spezifische Mehrheiten für bestimmte Gesetzesmaterien, autonome Behörden wie die Zentralbank, eine starke Stellung von Justiz und Militär einschließlich eines militärisch-politischen Organs – dem Nationalen Sicherheitsrat –, mit denen den Unwägbarkeiten des zukünftigen Mehrheitswillen der Wähler begegnet und gegebenenfalls der Entscheidungsspielraum von Parlamentsmehrheit und Präsident eingeschränkt werden sollten. Das Anliegen der an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligten Staatsrechtler und der Militärjunta, eine Wiederholung der Erfahrungen der Regierungszeit von Allende zu verhindern – d.h. dass ein Präsident, der nur von einer Minderheit unterstützt wird, den Status quo verändert und sich dabei über verfassungsmäßige Einschränkungen hinwegsetzt –, führte dazu, dass auch dem Präsidenten der Pinochet-Verfassung ein enges Korsett angelegt wurde.

Nach den Übergangsartikeln der Verfassung konnte die Militärjunta 1988 einen Kandidaten für die Präsidentschaftsperiode bis 1989-1996 nominieren, über den die Wähler dann nur mit Ja oder Nein entscheiden konnten. Erst im Fall einer Niederlage des Regimekandidaten war ein Jahr später der Weg für freie Wahlen offen. Für niemanden überraschend nominierten die Militärs General Pinochet, der das Plebiszit im Oktober 1988 mit 43% Ja-Stimmen gegen 55% Nein-Stimmen verlor und das Ergebnis aufgrund mangelnder Unterstützung für einen erneuten Staatsstreich durch die anderen Teilstreitkräfte und des massiven Drucks der US-Regierung auch anerkennen musste.⁸ Damit kam aus der Sicht der Anhänger des Militärregimes weniger den verfassungsmäßigen Kompetenzen eines starken Präsidenten (falls Pinochet gewonnen hätte) als den Blockade- und Kontrollmechanismen gegenüber einem Mitte-Links-Präsidenten Bedeutung zu.

Zwar versuchten die Oppositionsparteien nach der Niederlage General Pinochets im Plebiszit, Druck auf das Regime auszuüben, um eine grundlegende Reform der Verfassung durchzusetzen, sie hatten damit aber nur be-

⁸ Siehe die Ausführungen des ehemaligen Mitglieds der Junta, General Fernando Matthei (Arancibia/de la Maza 2003: 403-410) und die auf Informationen der US-Botschaft in Santiago und des US-Geheimdienstes beruhende Darstellung bei Kornbluh (2003: 422-428).

grenzten Erfolg. Zugleich hat die Zustimmung der Opposition zu Verfassungsreformen, deren Annahme in einem dieses Mal transparenten Plebiszit – wie bereits die Teilnahme der Opposition am Plebiszit über die Verlängerung der Amtszeit von General Pinochet – die Verfassung zumindest indirekt legitimiert. Dies ist das Argument, das von den Anhängern des Militärregimes in den Diskussionen über weitergehende Verfassungsreformen immer wieder vorgetragen wird. Allerdings hatte die damalige Regimeopposition keine Alternative, als sich auf die Spielregeln des Regimes einzulassen, um den Demokratisierungsprozess nicht zu gefährden. Schließlich kann die Herausgabe der Geldbörse während eines Raubüberfalls, um wieder aus dieser gefährlichen Situation herauszukommen, auch nicht nachträglich als Zustimmung zum Verbrechen gewertet werden.

Die Reform von 1989 hat der Verfassung zwar einige Schärfen genommen, aber ihre Grundprinzipien nicht verändert. Die Verfassungsreform mit ihren insgesamt 54 Änderungen wurde am 30. Juli 1989 angenommen. Die reformierten oder aufgehobenen Verfassungsartikel dokumentieren den autoritären Charakter des ursprünglichen Verfassungstextes:⁹

- Aufgehoben wurde das Verbot von Gruppen, die Doktrinen vertreten, die totalitär sind, auf dem Klassenkampf basieren, Gewalt propagieren, oder der Familie schaden, wobei bereits Meinungen und nicht erst Handlungen sanktioniert werden konnten. Mitglieder von Organisationen, die durch das Verfassungsgericht für illegal erklärt worden waren, sollten für bis zu zehn Jahren ihre politischen Rechte verlieren. Damit wäre eine rechtliche Handhabe gegeben gewesen, die chilenischen Linksparteien und ihre wichtigsten Repräsentanten dauerhaft vom politischen Prozess auszuschließen. Die reformierte Verfassung (Art. 19 Abs. 15) erklärt zum Schutz der pluralistischen Ordnung Organisationen für verfassungswidrig (worüber im Einzelfall das Verfassungsgericht entscheiden muss), deren Ziele oder Handlungen gegen die demokratische Ordnung gerichtet sind, die ein totalitäres Regime errichten wollen und die für Gewalt eintreten oder diese ausüben.
- Aufgehoben wurde durch die Verfassungsreform der Artikel, der eine gleichzeitige Mitgliedschaft in Parteien und Interessenorganisation ver-

⁹ Der ehemalige Justizminister Francisco Cumplido (2000: 321) schreibt dem ursprünglichen Verfassungstext die Funktion eines *cerrojo constitucional* (Verfassungsriegel) zu, mit dem ein autoritärer Präsidialismus geschützt und jegliche Verfassungsreform verhindert werden sollte.

bot (nach der Reform ist nur noch die gleichzeitige Ausübung von Führungsämtern verboten). Auch damit sollten die Linksparteien, aber auch die Christdemokraten (mit ihrer Verwurzelung im Gewerkschaftssektor) geschwächt werden.

- Abgemildert wurden die Notstandskompetenzen des Präsidenten, so wurde u.a. die Möglichkeit abgeschafft (auf die während der Militärherrschaft häufig zurückgegriffen worden war), chilenische Staatsbürger des Landes zu verweisen oder ihnen die Einreise zu verweigern.
- Ein Erfolg für die damalige Regimeopposition war die Ergänzung von Art. 5 der Verfassung, mit dem die Respektierung der Menschenrechte als Grenze staatlicher Machtausübung anerkannt wird und – neu – die Staatsorgane darauf verpflichtet werden, die von Chile ratifizierten internationalen Menschenrechtskonventionen zu respektieren und durchzusetzen. Dies hat den Handlungsspielraum der Justiz bei der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen erweitert.
- Ursprünglich sollten nur 26 Senatoren gewählt und neun ernannt werden. Durch die Verfassungsreform wurde die Zahl der gewählten Senatoren auf 38 erhöht.
- Der Präsident sollte einmal während seiner Amtszeit das Abgeordnetenhaus auflösen dürfen.¹⁰ Auch dieser Artikel wurde durch die Verfassungsreform aufgehoben.
- Die Kompetenzen des Nationalen Sicherheitsrates wurden abgemildert und seine Zusammensetzung wurde verändert. Den vier Oberkommandierenden der Streitkräfte steht jetzt eine gleich große Zahl Zivilisten gegenüber. Mehrheitsentscheidungen im Nationalen Sicherheitsrat bedürfen dadurch der Zustimmung von mindestens einem der zivilen Mitglieder. Während er nach dem ursprünglichen Verfassungstext gegenüber allen in der Verfassung vorgesehenen Organen Empfehlung aussprechen konnte, kann der Nationale Sicherheitsrat nach der Verfassungsreform seine Meinung nur noch gegenüber Präsident, Kongress und Verfassungsgericht kundtun.¹¹

¹⁰ Ein von Präsident Salvador Allende im Oktober 1970 an seine Berater in Auftrag gegebener Vorschlag zur Reform der Verfassung enthielt u.a. die Möglichkeit, dass der Präsident einmal während seiner Amtszeit das Parlament und Neuwahlen ausschreiben kann (siehe Garcés 1976: 161-162).

¹¹ Nach dem ursprünglichen Verfassungstext hatten sich die Streitkräfte durch diesen und andere Verfassungsartikel als eine Art "vierte Gewalt" oder "militärische Gewalt" neben

- Leicht modifiziert wurde die Schwelle für Verfassungsreformen. So muss ein Veto des Präsidenten gegen eine bereits vom Parlament verabschiedete Reform nicht mehr mit einer 3/4-Mehrheit überstimmt werden (zur Erinnerung: nach dem ursprünglichen Verfassungstext waren mehr als ein Viertel – 9 von 35 – der Senatoren ernannt), sondern nur mit einer 2/3-Mehrheit. Verfassungsreformen, welche die Machtverteilung zwischen Kongress und Präsident betreffen, sollten nach dem ursprünglichen Verfassungstext nur mit Zustimmung des Präsidenten verabschiedet werden können. Der Kern der Verfassung – einschließlich der Artikel zum Nationalen Sicherheitsrat und den Streitkräften – sollte nur nach der Verabschiedung (wieder nur mit Zustimmung des Präsidenten) durch zwei aufeinander folgende Kongresse möglich sein.

Weitere Verfassungsreformen wurden in den neunziger Jahren vorgenommen, zu deren wichtigsten die Demokratisierung der Gemeinden (1991), die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten (1994) und die Veränderung des Wahlmodus der Richter am Obersten Gerichtshofs wie auch die Schaffung einer eigenständigen Staatsanwaltschaft (1997) gehören.¹²

Für eine grundlegende Reform der Verfassung fehlten die politischen Mehrheiten und der politische Wille. Noch während der Pinochet-Diktatur waren Alternativen zur Präsidialverfassung ausgearbeitet worden, die auf eine parlamentarische Demokratie oder ein semi-präsidentielles System (so der Vorschlag des *Grupo de Estudios Constitucionales*; siehe auch Fernández 1991) abzielten. Nach der Rückkehr zur Demokratie setzte das Abgeordnetenhaus eine *Comisión Especial del Régimen Político Chileno* ein, in deren Abschlussbericht eine kritische Analyse der chilenischen Präsidialdemokratie vorgenommen wird und Alternativen diskutiert werden. Die Vorschläge bleiben aber dann sehr vage und allgemein im Hinblick auf eine Modernisierung des politischen Systems zur Perfektionierung der chilenischen Demokratie (Garretón 2003: 195-196). Seitdem ist die Diskussion über eine grundlegende Reform des chilenischen politischen Systems abge-

Exekutive, Legislative und Judikative konstituiert. Diese Konzeption wurde durch die Verfassungsreform eindeutig abgemildert (vgl. Cumplido 2000: 319/321/324-325).

¹² Durch eine weitere Verfassungsreform (Übergangsart. 31) wurde dem Präsident das Recht eingeräumt, Personen zu begnadigen, die vor 1990 wegen Terrorismus verurteilt worden waren. Nach Art. 9 der Verfassung ist dies für Fälle, die sich danach ereigneten, nicht möglich. Erst aufgrund dieser Verfassungsreform konnten nach der Rückkehr zur Demokratie eine Vielzahl von politischen Häftlingen, vor allem solche, die wegen Gewalttaten verurteilt worden waren, freigelassen werden.

flaut, nur in akademischen Kreisen lebt die Debatte über eine parlamentarische oder semi-präsidentielle Option zuweilen noch auf.

Eine Interpretation der aktuellen Verfassung kann sich nicht allein auf den Verfassungstext beschränken, zusätzlich muss auf die Ausführungs- und Auslegungsgesetze eingegangen werden, die in bestimmten Bereichen – z.B. beim Wahlrecht – aus den Verfassungsvorgaben erst konkrete institutionelle Regelungen entstehen lassen. Diese Gesetze benötigen zu ihrer Modifikation einer ähnlich großen Mehrheit wie Verfassungsreformen (2/3-Mehrheit). Die chilenische Verfassung nimmt dabei eine Zweiteilung vor. Den so genannten Verfassungsorgangesetzen (*leyes orgánicas constitucionales*) kommt die Aufgabe zu, gewissermaßen komplementär zur Verfassung deren Vorgaben umzusetzen und weiterzuentwickeln. Sie bedürfen zu ihrer Verabschiedung oder Modifizierung jeweils einer Mehrheit von 4/7 aller Senatoren und Abgeordneten. Bevor sie in Kraft treten können, muss außerdem das Verfassungsgericht präventiv über die Verfassungsmäßigkeit entscheiden. Über Verfassungsorgangesetze sind geregelt Struktur, Aufgaben und Funktionsweise: der Zentralbank, des Verfassungsgerichts, der Staatsanwaltschaft, der obersten Verwaltungskontrollbehörde (*Contraloría General*), der Staatsverwaltung, des Kongresses, der Wahlbehörden, der Wahlorganisation und des Wahlrechts, der regionalen Entwicklungsräte und der Regionalregierungen, der Gemeinden, der Polizei, der Streitkräfte, des Ausnahmezustandes, der politischen Parteien, des Erziehungswesens sowie von Konzessionen im Bergbau. Alle Verfassungsorgangesetze wurden von der Militärjunta noch vor Antritt einer demokratischen Regierung verabschiedet, die diese im Einzelfall nur nach langwierigen Verhandlungen mit den Oppositionsparteien, die dem Militärregime nahegestanden hatten, modifizieren konnte.

Daneben sieht die Verfassung auch noch verfassungsauslegende Gesetze vor, die einer 3/5-Mehrheit in beiden Kammern bedürfen und gleichfalls vor ihrer Verabschiedung einer Kontrolle durch das Verfassungsgericht unterliegen. Derartige Gesetze sind bisher noch nicht verabschiedet worden; zumal die Verfassung für viele Bereiche zu ihrer Auslegung Organgesetze vorschreibt. Für wichtige Gesetzesmaterien sieht die Verfassung außerdem ein *quorum calificado*, d.h. jeweils die absolute Mehrheit aller im Amt befindlichen Abgeordneten und Senatoren vor. Dieses Quorum betrifft Bereiche wie Eingriffe in die Eigentumsrechte, Gesetze zur Terrorismusbekämpfung, zur Waffenkontrolle, zu Verstößen gegen die nationalen oder die Staatsinteressen, Gesetze zur Einführung oder Abschaffung der Todesstrafe, Sozialversicherungsgesetze, Gesetze zur Einrichtung von Staatsbetrieben sowie zur

Organisation, zu den Kompetenzen und zu den Funktionen des Nationalen Fernsehrates.

2. Territorialer Staatsaufbau: Dezentralisierter Einheitsstaat

Nach der Verfassung ist Chile ein Einheitsstaat, dessen Territorium sich in 13 Regionen, 51 Provinzen und 342 Gemeinden aufgliedert und dessen Verwaltung dekonzentriert und dezentralisiert ist. Der Anspruch, ein Einheitsstaat zu sein, der aus chilenischer Sicht eine starke Zentralgewalt impliziert, setzen einer politischen Dezentralisierung enge Grenzen. Zwar werden die Bürgermeister und Gemeinderäte alle vier Jahre direkt gewählt, die territorialen Zwischeninstanzen werden jedoch nicht von den Bürgern über Wahlen bestimmt. So ist der *Intendente* der unmittelbare Repräsentant des Präsidenten in den Regionen und wird von diesem ernannt und entlassen. Gleiches gilt für die Gouverneure (*gobernadores*) auf der Ebene der Provinzen. Daneben gibt es als Repräsentationsorgane auf der Ebene der Regionen einen Regionalrat (*Consejo Regional*), dem neben dem *Intendente* eine variable Zahl von Mitgliedern angehören, die von den Gemeinderäten in der Region gewählt werden (selbst aber keinem Gemeinderat angehören dürfen); und auf der Ebene der Provinzen einen "Wirtschafts- und Sozialrat" (*Consejo Económico y Social*), dem neben dem Gouverneur, Vertretern der Universitäten, Repräsentanten der Teilstreitkräfte in der Provinz außerdem insgesamt 24 gewählte Vertreter von NGOs und Interessenorganisationen angehören. Den Regionalregierungen kommt einerseits die Aufgabe zu, die Politik der Zentralregierung in der Region (oder Provinz) umzusetzen bzw. den dortigen Gegebenheiten anzupassen. Andererseits sollen sie die Aktivitäten der nachgeordneten Verwaltungsebenen (Gemeinden und Provinzen) koordinieren, diese bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen, aber auch kontrollieren.

Die Bürgermeister (*alcaldes*) werden seit 1992 demokratisch gewählt, zuvor waren sie vom Präsidenten oder nicht-repräsentativen Gremien bestimmt worden. In der zur Zeit gültigen Fassung der Gemeindegesetzgebung gehören dem Gemeinderat – je nach Einwohnerzahl der Gemeinde – zwischen sechs und zehn direkt nach Listen gewählte Mitglieder (*Consejales*) an. Der Kandidat für den Gemeinderat, der die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, wird damit zum Bürgermeister gewählt. Erhält keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen, was häufig der Fall ist, wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte den Bürgermeister. Die Gemeinden verfügen über eigenständige Kompetenzen im Schulwesen, im Gesundheitssektor,

im Bereich der Infrastruktur (Straßenbau etc.) und bei der lokalen Raum- und Entwicklungsplanung. Neben den Zuweisungen der Zentralregierung verfügen die Gemeinden über eigenständige Einnahmen (Gebühren für Dienstleistungen, Kfz-Steuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer).

3. Die Exekutive

Zehn Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie heißt es in einer Studie zum Kräfteverhältnis zwischen Präsident und Kongress in Chile: “The Chilean presidency is one of the strongest in Latin America and the world and has broad powers to control the legislative process” (Siavelis 2000a: xii). Zwar gibt es Nuancen in der Bewertung der Kompetenzen der Exekutive, jedoch besteht insgesamt ein breiter wissenschaftlicher Konsens, Chile zu den Präsidialdemokratien zu rechnen, in denen der Präsident nach seinen verfassungsmäßigen Kompetenzen eine starke Stellung gegenüber der Legislative besitzt:

- Bereits Anfang der neunziger Jahre hatten Shugart/Carey (1992: 155) in einer vergleichenden Studie dem chilenischen Präsidenten nach dem paraguayischen (noch unter der Stroessner-Verfassung) unter den von ihnen berücksichtigten lateinamerikanischen Präsidialdemokratien die größten nicht-gesetzgeberischen Kompetenzen zugeschrieben, da der Präsident allein die Minister ernenne und entlasse, das Parlament nicht das Recht zur Zensur der Minister habe, und – hier hatten Shugart/Carey (1992) die Verfassungsreform von 1989 nicht berücksichtigt –, weil der Präsident das Parlament auflösen könne. Vor allem deshalb bezeichneten sie das chilenische System als “super-presidential” (Shugart/Carey 1992: 129). Nimmt man die entsprechende Korrektur im Hinblick auf das nicht mehr vorhandene Auflösungsrecht vor, dann entsprechen die Kompetenzen des chilenischen Präsidenten außerhalb der Gesetzgebung in etwa dem Durchschnitt der lateinamerikanischen Präsidialdemokratien.
- Was die gesetzgeberischen Kompetenzen des Präsidenten betrifft, bewerteten Shugart/Carey (1992: 155) diese in der Verfassung von 1980 geringer als in der Verfassung von 1925 (dies gilt vor allem nach den Verfassungsreformen von 1969). Diese Einschätzung ist nach Siavelis (2000a: 14-15) nicht gerechtfertigt. Nach den von ihm vorgenommenen Korrekturen sind die gesetzgeberischen Kompetenzen des Präsidenten nach der Verfassung von 1980 wesentlich höher als vor dem Militärputsch, und Chile würde zusammen mit Brasilien – nach den Kriterien

von Shugart/Carey (1992: 155) – den höchsten Wert in Lateinamerika aufweisen.

- Auch Mainwaring/Shugart (1997: 49) ordnen Chile zu den Präsidialsystemen mit potenzieller Dominanz des Präsidenten im Gesetzgebungsprozess zu.
- Nach Krumwiede/Nolte (2000: 77) weist das chilenische Parlament (knapp vor dem brasilianischen) nach dem Verfassungstext von zehn untersuchten südamerikanischen Ländern (und Mexikos) die geringsten Kompetenzen gegenüber der Exekutive auf, wobei allerdings im Hinblick auf die gesetzgeberischen Kompetenzen Kolumbien und Peru noch schlechter bewertet werden.
- Shugart/Haggard (2001: 80) klassifizieren die präsidentiellen Kompetenzen im Gesetzgebungsprozess als sehr umfassend und ordnen Chile (zusammen mit fünf weiteren Ländern) an dritter Stelle unter 23 analysierten Fällen ein.
- Nach Mark Payne et al. (2002: 204) handelt es sich in Chile um eine Präsidialdemokratie, in welcher der Präsident über umfassende “Reaktionsmacht” aber nur über eingeschränkte “Aktionsmacht” verfügt.
- Nach Samuels/Shugart (2003: 43) besitzt der chilenische Präsident umfassende Veto- und Agendamacht. In Lateinamerika verfügen nur die Präsidenten von Argentinien und Ecuador über mehr Machtbefugnisse.

Wir halten die Beschreibung von Payne et al. (2002) für am geeignetsten. So kennzeichnen das chilenische Präsidialsystem im lateinamerikanischen Vergleich: ein starkes präsidentielles Veto, ein ausgeprägtes Recht zur exklusiven Gesetzgebungsinitiative in bestimmten Bereichen,¹³ ein dominierender Einfluss auf die Haushaltsgesetzgebung, aber auch das Fehlen eigenständiger Dekretvollmachten und die Notwendigkeit, bei vielen Gesetzen eine qualifizierte Mehrheit in beiden Kammern zu erreichen. Dies erschwert eine Veränderung des Status quo aus der Perspektive des Präsidenten. Die Kombination aus umfassenden “reaktiven” Kompetenzen, um den gesetzgeberischen Status quo zu verteidigen, und eingeschränkten “proaktiven”

¹³ Dieses ausschließliche Initiativrecht wird von Mainwaring/Shugart (1997: 48) und anderen Autoren als reaktive Macht oder Vetomacht eingeordnet, da der Präsident einfach durch nicht Tätigwerden jegliche Initiative des Parlaments abblocken und den sozioökonomischen Status quo wahren kann. Der Präsident wirkt gewissermaßen als “Türsteher” im Gesetzgebungsprozess (*gatekeeping* nach Shugart/Haggard 2001: 77) und ist selbst gegen parlamentarische Mehrheiten gefeit, die sein Veto überstimmen könnten.

Kompetenzen, um Neuerungen durchzusetzen, entspricht voll der Logik und Zielen der Verfassungsgeber, auf die zu Anfang eingegangen wurde.

3.1 Wahl des Präsidenten

Für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen herrscht Wahlpflicht. Das Wahlalter für das aktive Wahlrecht beträgt 18 Jahre. Die Wahrnehmung dieses Rechts setzt allerdings die Einschreibung in das Wahlregister vor aus, d.h. wer sich nicht einschreibt, kann sich der Wahlpflicht entziehen.¹⁴ Reformdiskussionen zielen auf ein automatisches und dauerhaftes Wahlregister und die Abschaffung der Wahlpflicht, sie blieben bisher ohne konkrete Ergebnisse.

Kandidaten für das Präsidentenamt müssen mindestens 40 Jahre alt und in Chile geboren sein. Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Erreicht kein Kandidat im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet 30 Tage nach dem ersten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl statt.¹⁵ Dies war erstmals bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1999/Januar 2000 der Fall (Radzeck 2000).

Die Amtszeit des Präsidenten beträgt sechs Jahre. Es besteht keine Möglichkeit einer direkten Wiederwahl. Für die übernächste Präsidentschaftsperiode kann ein scheidender Präsident jedoch erneut kandidieren. Nach dem ursprünglichen Verfassungstext von 1980 sollte die Amtszeit acht Jahre betragen (Pinochet war 1980 ursprünglich von einer 16 Jahre dauernden Übergangsphase ausgegangen). Durch die Verfassungsreform von 1989 wurde die Amtszeit des ersten demokratisch gewählten Präsidenten, dessen Präsidentschaft den Übergang zur Demokratie abschließen sollte, auf vier Jahre verkürzt, und im März 1994 wurde dann durch eine erneute Verfassungsreform die zukünftige Amtszeit der chilenischen Präsidenten auf sechs Jahre

¹⁴ Für die Parlamentswahlen im Dezember 1997 hatten sich beispielsweise nur 83,8 % der potenziell Wahlberechtigten in die Wahlregister eingeschrieben, ein hoher Prozentsatz. Jungwähler hatten sich nicht registrieren lassen. Trotz Wahlpflicht gingen 1,1 Mio. Wahlberechtigte nicht zur Wahl, 17,1% der Stimmen waren ungültig. Insgesamt entsprachen die gültigen Stimmen nur 59,6% der Wahlberechtigten (Siavelis 2002b: 101).

¹⁵ Falls kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erreichte, war nach der Verfassung von 1925 vorgesehen, dass der Kongress in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl eine Entscheidung treffen sollte. Es entwickelte sich jedoch der parlamentarische Brauch, den Kandidaten zu wählen, der die relative Mehrheit der Stimmen bei der Volkswahl erhalten hatte. So wurde beispielsweise Salvador Allende 1970 mit 36,6% der gültigen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

festgelegt. Damit wird an die von 1925 bis 1973 gültige Verfassung angeknüpft.

Mit der neuen Amtsdauer werden die Präsidentschaftswahlen nur jedes zweite Mal parallel mit Parlamentswahlen abgehalten werden. Der Vorschlag einer Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre, mit der Möglichkeit einer einmaligen direkten Wiederwahl, konnte sich 1994 nicht durchsetzen. Die fehlende Kongruenz der Wahltermine von Parlament und Präsident sowie die unterschiedliche Amtsdauer waren vor 1973 als ein Manko der chilenischen Demokratie angesehen worden, weil sich dadurch das Risiko nicht kongruenter Mehrheiten in Parlament und Exekutive, des *divided government*, erhöhe.¹⁶ Möglicherweise wird es bei einer zukünftigen Verfassungsreform zu einer Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre kommen.

3.2 Kompetenzen

Trotz der durch die parteipolitische Kräftekonstellation bedingten Einschränkungen seiner Macht verfügt der Präsident nach der Verfassung über eine dominierende Stellung im politischen Prozess. Was das Kabinett betrifft, handelt es sich in Chile um ein reines Präsidialsystem. Der Präsident ernennt und entlässt in eigener Verantwortung die Minister. Die Minister tragen für ihr Aufgabengebiet die politische Verantwortung. Präsidientielle Dekrete, die den jeweiligen Geschäftsbereich betreffen, müssen vom zuständigen Minister gegengezeichnet werden. Zwar haben Minister das Recht an Parlamentsitzungen mit Rederecht teilzunehmen, sie sind aber in keiner Weise gegenüber dem Parlament verantwortlich. Es gibt weder eine Zensur noch ein Misstrauensvotum. Bei Amtsvergehen kann das Abgeordnetenhaus mit einfacher Mehrheit der Anwesenden (beim Präsidenten mit absoluter Mehrheit aller Abgeordneten) Anklage erheben. Über die Amtsenthebung entscheidet der Senat mit einfacher Mehrheit der Mitglieder (beim Präsidenten mit Zweidrittelmehrheit).

Die chilenische Verfassung räumt dem Präsidenten – ganz anders als etwa die US-amerikanische Verfassung – das Recht ein, Gesetze im Kongress einzubringen. Er hat die sogar ausschließliche Gesetzesinitiative in allen Bereichen, die sich auf die Finanzpolitik des Staates (Steuern, Ausgaben, Anleihen etc.), Mindestlöhne und Tarifverhandlungen, die sozialen Siche-

¹⁶ Da vor 1973 Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen unterschiedlich in geraden oder ungeraden Jahren stattfanden, bei einer Amtsdauer von sechs (Präsident) bzw. vier (Abgeordnete), fielen die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nie zusammen.

runssysteme, die staatliche Verwaltung oder die territoriale Gliederung beziehen. Bei allen Gesetzesinitiativen, die die Staatsfinanzen betreffen, kann das Parlament nur zustimmen, sie ablehnen oder eine Verringerung der Ausgaben vorschlagen, es kann aber keine Ausgabenerhöhung im Gesetzgebungsprozess vornehmen.

Bei der Haushaltsgesetzgebung sind die Kompetenzen des Präsidenten noch umfassender (Baldez/Carey 1999), und dem Parlament wird nach der Verfassung ein enger Zeitrahmen gesetzt. Dem Parlament verbleiben maximal 60 Tage zur Beratung und Verabschiedung. Danach tritt automatisch der Vorschlag des Präsidenten in Kraft. Das Parlament kann den Finanzrahmen des Budgets nicht vergrößern, allenfalls ein niedrigeres Budget beschließen. Alle Gesetze, durch die zusätzlichen Ausgaben entstehen, müssen die entsprechende Finanzierungsquelle benennen.

Falls ein von Parlamentariern eingebrachtes Gesetz in seiner Gesamtheit bereits in der Eingangskammer abgelehnt wird, kann es erst nach Ablauf eines Jahres erneut eingebracht werden. Handelt es sich um eine Gesetzesinitiative des Präsidenten, so hat dieser die Möglichkeit, das Gesetz in der anderen Kammer unmittelbar neu einzubringen. Sollte diese der Initiative mit zwei Dritteln der Anwesenden zustimmen, so kann die andere Kammer das Gesetzesprojekt nur mit 2/3-Mehrheit ablehnen.

Der Präsident kann in jeder Phase des Gesetzgebungsprozesses die dringliche Beratung einfordern und zwar in drei Stufen: einfache Dringlichkeit (*simple urgencia*), höchste Dringlichkeit (*suma urgencia*) und unmittelbare Diskussion (*discusión inmediata*). Je nach Dringlichkeitsstufe bleiben der entsprechenden Kammer 30, zehn oder drei Tage für die Beratung und Abstimmung des entsprechenden Gesetzentwurfes. Die Auswirkungen dieser Normen sollten in der Gesetzgebungspraxis nicht überschätzt werden. So gibt es keine Sanktionsmöglichkeiten der Exekutive, falls die zeitlichen Vorgaben nicht strikt eingehalten werden: Die Gesetzesvorlagen des Präsidenten bedürfen auf jeden Fall der Zustimmung durch das Parlament, sie werden nicht automatisch Gesetz, falls das Parlament die vorgegebenen Fristen verstreichen lässt.

Die Praxis zeigt, dass es den Präsidenten trotz der Dringlichkeitserklärung nicht gelingt, die Agenda des Parlaments voll zu kontrollieren. Während der Präsidentschaft von Patricio Aylwin (1990-1993) wurde ein hoher Prozentsatz der Gesetze nicht innerhalb der vom Präsidenten vorgegebenen Frist verabschiedet – dies gilt vor allem bei einfacher Dringlichkeit (ca. 80%). Selbst bei der höchsten Dringlichkeitsstufe wurde in mehr als 20% der

Fälle (falls man die erste und zweite Lesung summiert) nicht die Frist von drei Tagen für Diskussion und Abstimmung eingehalten (Siavelis 2002a: 96). Mit oder ohne Dringlichkeit (in der Summe ihrer verschiedenen Grade) unterschieden sich die durchschnittliche Gesamtdauer des Gesetzgebungsprozesses und die Erfolgsaussichten nur wenig. Letztlich hängt der Erfolg der Gesetzesinitiativen des Präsidenten primär davon ab, ob er über eine Mehrheit im Parlament verfügt oder nicht. Die Dringlichkeit kann insofern nicht als ein Instrument präsidentieller Dominanz im Gesetzgebungsprozess betrachtet werden. Sie ist ein Instrument zur Steuerung der Parlamentsarbeit – durchaus in Abstimmung zwischen der Exekutive und der sie unterstützenden Parteien –, um gegebenenfalls Prioritäten im Gesetzgebungsprozess zu setzen. So scheinen die Erfolgsaussichten präsidentieller Gesetzesinitiativen mit dem Grad der Dringlichkeit zu steigen. Dies lässt darauf schließen, dass der Präsident auf das Instrument der höchsten Dringlichkeit und unmittelbaren Diskussion nur zurückgreift, wenn er eine Parlamentsmehrheit hinter sich weiß.

Während der Präsidentschaft von Patricio Aylwin (1990-1993) wurden 63,4% der präsidentiellen Initiativen als Gesetz verabschiedet (Siavelis 2002a: 86). Unter seinem Nachfolger, Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1994-2000), wurden insgesamt 495 Gesetzesentwürfe (*mensajes*) – ohne internationale Verträge – von der Regierung eingebracht, von denen 64,7% (314) schließlich als Gesetz verabschiedet wurden (*Libertad y Desarrollo* 2000). D.h. während beider Präsidentschaften lag die Erfolgsquote bei knapp 2/3 der Gesetzesinitiativen.

Gegen Gesetze, die von beiden Kammern verabschiedet wurden, kann der Präsident in Teilen¹⁷ oder in seiner Gesamtheit sein Veto einlegen. D.h., er kann Veränderungen (*observaciones*) am Gesetzestext vorschlagen, die aber nur in Kraft treten, falls der Kongress zustimmt. Will der Kongress die vom Präsidenten vorgeschlagenen Veränderungen ablehnen und statt dessen den ursprünglichen Gesetzentwurf verabschieden, bedarf es in beiden Kammern einer 2/3-Mehrheit.

Im Gegensatz zu einigen anderen lateinamerikanischen Verfassungen verfügt der chilenische Präsident über kein genuines Recht, mit Gesetzes-

¹⁷ Er verfügt aber über kein Teilveto (*line-item veto*) im strengen Sinne, dass er die Teile des Gesetzes in Kraft setzen kann, gegen die er kein Veto eingelegt hat. Darin sind sich die Mehrzahl der Autoren einig (siehe Bronfman et al. 1993: 378; Shugart/Carey 1992: 155; Mainwaring/Shugart 1997: 43-44; Shugart/Haggard 2001: 80; Morgenstern 2002: 438), abweichend Londregan (2000: 98), Payne et al. (2002: 202).

dekreten zu regieren.¹⁸ Der Präsident kann allerdings den Kongress um die Erteilung der Kompetenz bitten, für maximal ein Jahr zu bestimmten Gesetzesmaterien Gesetzesdekrete zu verabschieden. Davon ausgeschlossen sind Grundrechte, Wahlrechte und Organgesetze. Dieser Verfassungsartikel ist bisher noch nicht zur Anwendung gekommen.

3.3 Die Rolle des Militärs¹⁹

Den Streitkräften kommt als Teil der Exekutive nach der geltenden Verfassung und dem geltenden Recht eine innenpolitische Funktion zu. Nach Artikel 90 der Verfassung garantieren sie die institutionelle Ordnung (*orden institucional*). Nach anderen Verfassungsvorschriften und den entsprechenden Ausführungsgesetzen nehmen die Streitkräfte bei Verhängung des Ausnahme- oder Notstandes (letzterer bezieht sich auf Naturkatastrophen) Funktionen bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wahr. Und auch an den Wahltagen sind sie für die öffentliche Ordnung zuständig. Die Polizei – *Carabineros* und Kriminalpolizei – ist organisatorisch und juristisch dem Verteidigungsministerium zugeordnet ist. Für beide Polizeiorganisationen ist jeweils ein Staatssekretär im Verteidigungsministerium zuständig. Für den operativen Einsatz der Polizei ist demgegenüber das Innenministerium verantwortlich.

¹⁸ Mit "Dekreten" sind hier keine Verwaltungsvorschriften gemeint, sondern Regelungen, die Gesetzen vergleichbar sind. Unter Hinweis auf Art. 32, Abs. 22 der Verfassung klassifizieren Carey/Shugart (1998: 10, 279) Chile als ein Präsidialsystem, in dem der Präsident ein eigenständiges Recht besitzt, Gesetzesdekrete zu verabschieden. Der besagte Verfassungsartikel erlaubt es dem Präsidenten, in Ausnahme- und Notsituationen mit der Unterschrift aller Minister bis zu 2% des Staatshaushaltes für zuvor gesetzlich nicht autorisierte Ausgaben zu verwenden. Die entsprechenden Passagen der Verfassung lauten: "El Presidente de la República, con la firma de todos los Ministros de Estado, podrá decretar pagos no autorizados por ley, para atender necesidades impostergables derivadas de calamidades públicas, de agresión exterior, de conmoción interna, de grave daño o peligro para la seguridad nacional o del agotamiento de los recursos destinados a mantener servicios que no puedan paralizarse sin serio perjuicio para el país. El total de los giros que se hagan con estos objetos no podrá exceder anualmente del dos por ciento (2%) del monto de los gastos que autorice la Ley de Presupuesto." Die von Carey/Shugart (1998) vorgenommene Bewertung, die von Payne et al. (2002: 288) und Negretto (2003: 59/61) übernommen wird, kann nicht überzeugen, da diese Art von Dekreten nicht mit den Gesetzesdekreten vergleichbar ist, mit denen in Argentinien, Brasilien und Peru wichtige Wirtschaftsreformen eingeleitet oder durchgesetzt wurden.

¹⁹ Zu den zivil-militärischen Beziehungen in den neunziger Jahren siehe Radseck (2002); Weeks (2003).

Die Militärs hatten vor der Machtübergabe an eine demokratische Regierung versucht, die Höhe der zukünftigen Militärausgaben durch Verfassungsorgangesetze abzusichern. So stehen den Militärs einerseits 10% der Bruttoeinnahmen der staatlichen Kupferbergwerksgesellschaft CODELCO für den Kauf von Rüstungsgütern zu. Andererseits werden ihnen Verteidigungsausgaben in Höhe der Ausgaben des Jahres 1989 (d.h. ein Jahr vor dem Regimewechsel) garantiert (einschließlich eines Inflationsausgleichs). Dies hat sich in der Praxis allerdings als kein effizienter Schutzmechanismus erwiesen. Durch das hohe Wirtschaftswachstum in den neunziger Jahren sind auch die Staatsausgaben kräftig gestiegen, während der prozentuale Anteil der Verteidigungsausgaben zurückging.²⁰

Der Präsident ernennt die Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte, er ist bei der Auswahl allerdings an die fünf dienstältesten Offiziere gebunden (Art. 93). Auch bei der Bestätigung der Beförderung von Offizieren sind dem Präsidenten weitgehend die Hände gebunden. Es hat sich aber die Praxis eingebürgert, dass er seine Unterschrift unter das Ernennungsdekret verweigern und somit *de facto* eine Art Veto ausüben kann. Nach der geltenden Verfassung kann der Präsident die Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte (einschließlich der Polizei), die für vier Jahre²¹ ihr Amt ausüben (ohne Möglichkeit eine Verlängerung), nicht in den vorzeitigen Ruhestand versetzen – außer der Nationale Sicherheitsrat stimmt zu.

Mit dem Nationalen Sicherheitsrat (Art. 95, 96) verfügen die Militärs über ein politisches Forum für nach ihrer Sicht sicherheitsrelevante Fragen. Dem Nationalen Sicherheitsrat gehören mit Stimm- und Rederecht die Oberkommandierenden der drei Teilstreitkräfte und der Chef der *Carabineros* sowie der Präsident des Senats, der Präsident des Obersten Gerichtshofs, der Leiter des Rechnungshofes (*Contralor General*) und der Staatspräsident an. Er wird vom Präsidenten geleitet. Ohne Stimmrecht können auch der Innen-, der Außen-, der Verteidigungs-, der Wirtschafts- und der Finanzminister an den Sitzungen teilnehmen. Der Nationale Sicherheitsrat tritt nach Einberufung durch den Präsidenten oder wenn zwei seiner Mitglieder es fordern zusammen und kann zu allen Fragen der nationalen Sicherheit oder der Ge-

²⁰ Im Durchschnitt der Jahre 1991-1994 lagen die Verteidigungsausgaben bei 1,6% des BIP im Vergleich zu 2,1% im Durchschnitt der Jahre 1986-1990 (siehe Baldez/Carey 1999: 48).

²¹ Diejenigen Militärs, die beim Amtswechsel zum ersten zivilen Präsidenten am 11. März 1990 das Amt des Oberbefehlshabers innehatten, durften für weitere acht Jahre im Amt bleiben.

fährdung der institutionellen Ordnung eine an den Präsidenten, den Kongress oder das Verfassungsgericht adressierte Stellungnahme abgeben. Der Nationale Sicherheitsrat wählt außerdem vier Militärs im Ruhestand für eine Amtszeit von acht Jahren in den Senat, und bestimmt zwei Richter des Verfassungsgerichtes.

4. Die Legislative

4.1 Zusammensetzung und Wahlmodus

Chile verfügt wie die Mehrzahl der südamerikanischen Präsidialdemokratien über ein Zweikammerparlament. Das Abgeordnetenhaus setzt sich aus 120 Mitgliedern zusammen, die alle vier Jahre (1989, 1993 etc.) im Dezember in 60 Zwei-Mann-Wahlkreisen gewählt werden (Mindestalter für das passive Wahlrecht: 21 Jahre). Dem Senat gehören 38 gewählte Senatoren an (Mindestalter: 40 Jahre), die gleichfalls in Zwei-Mann-Wahlkreisen gewählt werden. Ursprünglich sollte jede der 13 Regionen des Landes zwei Senatoren wählen. Nach der Verfassungsreform von 1989 wurden jedoch die sechs bevölkerungsreicheren Regionen in zwei Wahlkreise aufgeteilt, so dass der zweiten Kammer in Chile insgesamt 38 gewählte Senatoren angehören. Die Amtszeit der Senatoren beträgt acht Jahre, und der Senat wird alle vier Jahre (1989, 1993 etc.) zur Hälfte erneuert.

Dem Senat gehören außerdem die Expräsidenten (soweit sie mindestens sechs Jahre im Amt waren) auf Lebenszeit und neun ernannte Senatoren auf Zeit an.²² Letztere werden gemeinsam für eine Amtszeit von acht Jahren

²² Mit den ernannten Senatoren wurde das Ziel verfolgt, Persönlichkeiten in politische Ämter zu bringen, die bei Wahlen keine Chance hätten, und dadurch mäßigend auf die Politik einzuwirken und den sich über die Wahlen ausdrückenden Mehrheitswillen zu filtern. In den Diskussionen über die Verfassung wurde einerseits auf den von den Militärs geschaffenen und von ihnen ernannten Consejo de Estado Bezug genommen und auf ein ähnliches Beratungsorgan, das vor der Verfassung von 1925 existiert hatte (siehe Barros 2002: 229-230; Gil 1966: 87-88). Eine Verteidigung der Rolle des chilenischen Senats als *cuerpo moderador* nimmt Thayer (1995) vor, der diesem u.a. die Aufgabe zuschreibt: "Der Senat repräsentiert nicht den Willen der augenblicklichen Mehrheit, sondern die bleibenden Interessen des Landes, das als eine historisch und geographisch bestimmte Gesamtheit verstanden wird. ... Der Senat kann dem Abgeordnetenhaus den Vorrang als Organ des Mehrheitswillens nicht streitig machen. ... Aber die Mehrheiten sind gewöhnlich vergänglich und drängen deshalb auf Veränderungen, bevor sie diesen Status verlieren. Die chilenische Konstituente ... wollte, dass die Gesetze und Verfassungen stabil sind und nicht allein dem konjunkturellen Willen der Mehrheit, sondern den dauerhaften Interessen des Landes entsprechen, die häufig vom Urteil der Massen nicht erkannt werden und die der Mensch mit Erfahrung deutlicher wahrnimmt" (Thayer 1995: 58-59; Übersetzung D.N.).

(1990-1998, 1998-2006) ernannt, beim Ausscheiden (z.B. im Todesfall) bleibt der Sitz vakant. Das Ernennungsrecht obliegt verschiedenen Institutionen: Der Oberste Gerichtshof ernennt zwei ehemalige Richter dieser Kammer (soweit sie mindestens zwei Jahre das Amt ausgeübt haben) und einen ehemaligen Direktor der obersten Verwaltungskontrollbehörde (*Contraloría General*). Der Nationale Sicherheitsrat entsendet vier ehemalige Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte (einschließlich der Polizei) in den Senat. Der Präsident hat das Recht, einen ehemaligen Universitätsrektor und einen ehemaligen Minister in den Senat zu berufen.

Durch die ernannten Senatoren, die für den Zeitraum 1990-1998 noch während der Militärdiktatur ernannt worden waren, wurden die Mehrheitsverhältnisse, wie sie sich nach der Wahl der demokratisch legitimierten Senatoren ergaben, zu Ungunsten der Regierungskoalition umgekehrt. Bestrebungen der Regierungen seit 1990, die ernannten Senatoren über eine Verfassungsreform abzuschaffen, sind immer wieder am Widerstand der Mehrheit der Senatoren der Opposition und der ernannten Senatoren gescheitert. Seit 1998 hat sich die Situation insofern verändert, dass ein Teil der ernannten Senatoren (drei bis vier) der Regierung nahe stehen²³ und auch Ex-Präsident Eduardo Frei dem Regierungslager zugerechnet werden kann.²⁴

Nach der Wahlgesetzgebung, die nur mit einer 4/7-Mehrheit verändert werden kann, gilt für die Abgeordneten- und Senatorenwahlen: In den Zweimann-Wahlkreisen können Parteilisten, Parteienbündnisse oder Unabhängige (allein oder in Listenverbindungen) kandidieren. Damit beide Sitze auf die siegreiche Liste entfallen, muss diese mehr als doppelt so viele Stimmen als die zweitstärkste Liste auf sich vereinen. Ist dies nicht der Fall, so erhalten die beiden stärksten Listen jeweils ein Mandat. Gewählt ist jeweils der Listenkandidat/die Listenkandidatin mit der höheren Stimmenzahl.

Mit dem binominalen Wahlsystem²⁵ wollten die Militärs einer Fragmentierung des Parteiensystems vorbeugen. Zugleich sollte erschwert werden,

²³ Die ernannten Senatoren haben sich seit 1998 in zwei Fraktionen (*comités*) gespalten, einer Fraktion gehören die ehemaligen Militärs und ein ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof an. Die andere Fraktion setzt sich aus dem ehemaligen Minister und Christdemokraten Edgardo Boenninger, zwei Mitgliedern der Radikalen Partei und einem ehemaligen Richter zusammen. In ihrer politischen Ausrichtung unterscheiden sich beide Komitees sehr deutlich (siehe Nolte/Sánchez 2003).

²⁴ Frei ist Mitglied der christdemokratischen Senatsfraktion.

²⁵ Eine Verteidigung des binominalen Systems nimmt Guzmán (1991: 307-312) vor, der vor allem auf den politisch moderierenden Effekt des Wahlsystems – dadurch dass die beiden Blöcke um die Wähler in der Mitte kämpfen müssen – verweist. Die Anhänger extremer Parteien sehen sich gezwungen, für das "kleinere Übel" der ihnen ideologisch

dass qualifizierte Mehrheiten für Verfassungsänderungen zustande kommen. Das Wahlrecht hatte mehrere praktische Konsequenzen. Es hat seit 1989 die zweitstärkste Gruppierung, d.h. die politische Rechte, begünstigt. Das Wahlsystem übt zudem einen starken Zwang zur Kooperation innerhalb der politischen Lager und zur Bildung gemeinsamer Kandidatenlisten aus. Bei den Wahlen seit 1989 standen sich jeweils eine Mitte-Links-Liste von Parteien (*Concertación de los Partidos Políticos por la Democracia*), die in Opposition zum Militärregime gestanden hatten, und eine Mitte-Rechts-Liste von Parteien gegenüber, die das Militärregime mehr oder weniger stark unterstützt hatten. Hauptbenachteiligte waren politische Gruppierungen, die keinem der beiden großen Wahlbündnisse angehören, insbesondere die kommunistische Partei. Sieht man von der Benachteiligung dritter Parteigruppierung ab, so scheint der Verzerrungseffekt zwischen Stimmenanteil und parlamentarischer Repräsentation im Vergleich mit einem proportionalen Wahlrecht bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht so groß zu sein wie bei den Wahlen zum Senat (mit weniger und größeren Wahlkreisen).²⁶

Bei Listen, die sich aus mehr als zwei Parteien zusammensetzen, sind vorherige Absprachen über die Aufteilung der Wahlkreiskandidaturen notwendig. In der Mehrzahl der Zwei-Mann-Wahlkreise können beide Blöcke

nahestehenden, gemäßigten Alternative zu stimmen. Die Parteien müssen sich in (zwei) Wahlbündnissen zusammenschließen, um ihre Wahlaussichten zu verbessern. Dies zwingt zu Verhandlungen und führt zu einer Mäßigung in den politischen Positionen und wirkt einer weiteren Fraktionierung des Parteiensystems entgegen.

²⁶ Unabhängig von den Verzerrungen zwischen Stimmenanteil und Mandatsverteilung, die auf das beschriebene System von Zweimannwahlkreise bei gleichzeitiger Bevorzugung der zweitstärksten Kraft zurückzuführen sind, gibt es auch eine Verzerrung hinsichtlich der territorialen Repräsentation im Hinblick auf das Prinzip des "one man, one vote". So weist Lateinamerika generell eine stärkere Verzerrung im Hinblick auf die Überrepräsentation bevölkerungsschwacher – in der Regel ländlicher Wahlbezirke – gegenüber den bevölkerungsstarken Stimmbezirken als andere Weltregionen auf (siehe Snyder/Samuels 2001: 148), d.h. in Letzteren sind mehr Stimmen für die Wahl eines Abgeordneten notwendig als in den zuerst genannten. Dies gilt sowohl für die Senate, für die sich dieses Arrangement als Vertreter föderaler Interessen noch verteidigen ließe, als auch für die Abgeordnetenkammern. Chile weist unter 19 lateinamerikanischen Ländern für das Abgeordnetenhaus den drittstärksten Verzerrungseffekt auf (Stand 1999). So entfallen beispielsweise 50% der wahlberechtigten Bevölkerung auf die urbanen Zentren Santiago und Valparaíso/Viña del Mar, die aber nur 37% der Abgeordneten in der Kammer stellen (Snyder/Samuels 2001: 148-150; siehe auch Rahat/Sznajder 1998: 433-437). Auch die noch während der Militärherrschaft vorgenommene Wahlkreiseinteilung (Stichwort: "gerrymander") begünstigt die ehemaligen Pro-Regime-Parteien (siehe Rahat/Sznajder 1998: 431), obgleich die herrschenden Militärs ihr Manipulationspotential nicht voll ausgeschöpft haben (vgl. Londregan 2000: 89-93).

bereits vor den Wahlen sicher mit jeweils einem Mandat rechnen. In diesen Wahlkreisen ist die Konkurrenz innerhalb der Liste stärker als zwischen den Listen. Für die Wahlen kritische und entscheidende Wahlkreise sind diejenigen, in denen jeweils eine Liste Chancen hat, beide Mandate zu gewinnen. Sollten sich – wie bei den letzten Parlamentswahlen – die Stimmenanteile der beiden großen Blöcke annähern und auch die Dominanz in regionale Hochburgen weniger ausgeprägt sein, dürfte es zukünftig immer schwieriger werden (dies gilt vor allem bei den Senatswahlen mit großen Wahlkreisen), dass eine Gruppierung in einem Wahlkreis beide Mandate gewinnt. Damit wird die Mehrheitsbildung im Parlament und die Zuordnung von politischen Verantwortlichkeiten durch den Wähler erschwert.

4.2 Kompetenzen

Nimmt man als die drei Hauptfunktionen eines Parlaments (Krumwiede/Nolte 2000: 61-71), die Kontrolle der Exekutive, die Mitwirkung an der Politikgestaltung bzw. des “Mitregierens” und die Repräsentation der Wähler, so zeigt sich im chilenischen Fall das folgende Bild:

Zu den Besonderheiten der chilenischen Verfassung im lateinamerikanischen Vergleich gehört, dass ausschließlich dem Abgeordnetenhaus (Art. 48), nicht jedoch dem Senat das Recht zur Kontrolle der Regierung zukommt. Jeder Abgeordnete hat das Recht, mit Unterstützung eines Drittels der anwesenden Abgeordneten eine Anfrage an die Regierung zu stellen. Darüber hinaus kann das Abgeordnetenhaus in seiner Gesamtheit mit den Stimmen der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten eine EntschlieÙung verabschieden oder Empfehlungen aussprechen und an den Präsidenten leiten. Auf diese müssen die zuständigen Minister innerhalb von 30 Tagen eine Antwort geben.

Im Vergleich mit der Verfassung von 1925 sind mehrere Veränderungen zu verzeichnen. Zum einen wird präzisiert, dass die Regierung die EntschlieÙungen oder Empfehlungen nur beantworten muss (ohne darauf politisch reagieren zu müssen). Dadurch soll verhindert werden, das Präsidialsystem zu “parlamentarisieren” (Bronfman et al. 1993: 152f.). Allerdings wird die Regierung – dies ist neu – verpflichtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu antworten, wobei der Präsident selbst von dieser Verpflichtung entbunden ist, sondern diese von seinen Ministern wahrgenommen wird. Neu ist das Anfragerecht des einzelnen Abgeordneten. Damit sollen die Rechte der parlamentarischen Minderheit gestärkt werden.

In der Praxis haben sich derartige Anfragen zu einem Instrument entwickelt, mit dem sich die Abgeordneten vor ihren Wählern im Wahlkreis profilieren (sie beziehen sich häufig auf lokale Anliegen, die eher in die Kompetenz der Gemeinden als der Zentralregierung fallen). Insgesamt wurden während der Präsidentschaft von Patricio Aylwin (1990-1994) von Abgeordneten 18.532 Anfragen an die Regierung gerichtet, von denen 14.700, d.h. ca. 80% beantwortet wurden (Siavelis 2000b: 84).

Ähnlich wie in parlamentarischen Demokratien mit stabilen Mehrheiten wird die Kontrollfunktion nur bedingt vom Parlament in seiner Gesamtheit, sondern überwiegend von der Opposition wahrgenommen. Diese ist allerdings in vielen Bereichen, um ihre Kontrollfunktion auch ausüben zu können, auf die Unterstützung der Parlamentsmehrheit angewiesen. Dies gilt für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, für die Verabschiedung von Entschließungsanträgen oder politische Anklagen gegen Mitglieder der Exekutive. Bisher hat das Abgeordnetenhaus in seiner Gesamtheit (präziser die Mehrheit der Abgeordneten) die Regierung nur in neun Fällen mit einem Entschließungsantrag (*oficio de fiscalización*) konfrontiert (Siavelis 2000b: 86), was aufgrund der Regierungsmehrheit in dieser Kammer nicht weiter verwunderlich ist. Auch die Untersuchungsausschüsse funktionieren nach der Logik Regierungsmehrheit *versus* Opposition. Dies gilt für ihre Konstituierung, die Zusammensetzung und die Ergebnisse (Kommissionsbericht und Nachbereitung).²⁷ Es ist einfacher für die Opposition, auf die Attribute des Parlaments (und der einzelnen Abgeordneten) zurückzugreifen, um die Regierung zur Rechenschaftslegung über ihre Politik zu zwingen und darüber eine öffentliche Debatte anzustoßen, um gegebenenfalls bei den nächsten Wahlen eine Sanktionierung über durch den Wähler zu erreichen.

Als weiteres Kontrollelement ist zu erwähnen, dass mit Zustimmung von mindestens einem Viertel der Abgeordneten (wie auch der Senatoren), das Verfassungsgericht angerufen werden kann, um über die Verfassungsmäßigkeit von präsidentiellen Dekreten zu entscheiden. Indirekt besteht auch eine Kontrollmöglichkeit des Parlaments gegenüber der Exekutive über die *Contraloría General* (siehe Kapitel 7), die nach ihrem Organgesetz verpflichtet

²⁷ Nach Angaben des chilenischen Kongresses, die von Siavelis (2000b: 87) zusammengefasst werden, wurden zwischen März 1990 und April 1998 insgesamt 35 Untersuchungsausschüsse eingesetzt, von denen sich bis April 1998 sieben immer noch nicht konstituiert hatten, drei beendeten ihre Arbeit ohne Abschlussbericht, in zwei Fällen stand dieser noch aus, 13 legten einen Abschlussbericht vor, der aber nicht Gegenstand einer parlamentarischen Aussprache war. Nur zehn Untersuchungsausschüsse legten einen Abschlussbericht vor, über den dann auch im Plenum debattiert wurde.

ist, präferentiell Untersuchungen zu Tatbeständen/Sachverhalten durchzuführen, zu denen Entschließungen oder Anfragen des Parlaments vorliegen (Bronfman et al. 1993: 163).

Im Bereich des Mitgestaltens, d.h. vor allem im Gesetzgebungsprozess, sind dem Parlament in Chile durch die Verfassung enge Grenzen gesetzt. Darauf wurde bei der Behandlung der präsidentiellen Kompetenzen bereits ausführlich hingewiesen. Insofern ist nicht verwunderlich, dass im Zeitraum 1900-1997 87% der verabschiedeten Gesetze ihren Ursprung in der Exekutive und nur 13% in der Legislative hatten (Cortes 1998: 15). Gesetze können bis auf wenige Ausnahmen (Steuer- und Haushaltsgesetze im Abgeordnetenhaus) in beiden Kammern ihren Ausgang nehmen, sie können sowohl von der Exekutive als auch von einzelnen Abgeordneten oder Senatoren initiiert werden.

Einem Gesetzentwurf müssen beide Kammern zustimmen. Nachfolgend kann der Präsident sein Veto einlegen (vgl. 3.2). Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Kammern ergeben sich verschiedene Varianten, die – abhängig von den Mehrheitsverhältnissen – gegebenenfalls dem Präsidenten eine zusätzliche Einflussmöglichkeit auf den Gesetzgebungsprozess einräumen:

- Wird ein Gesetzesprojekt nach Verabschiedung in einer der beiden Kammern von der anderen Kammer gänzlich abgelehnt, dann wird ein Vermittlungsausschuss beider Kammern eingesetzt. Stimmen beide Kammern dem Vermittlungsvorschlag mit einfacher Mehrheit der Anwesenden zu, ist das Gesetz vom Parlament verabschiedet.
- Wird im Vermittlungsausschuss keine Einigung erzielt bzw. lehnt die Ausgangskammer dessen Vorschlag ab, so kann der Präsident das Gesetz erneut in der Ausgangskammer einbringen. Stimmt diese der ursprünglichen Fassung mit zwei Dritteln der Anwesenden zu, so kann die andere Kammer den Gesetzentwurf nur mit 2/3-Mehrheit ablehnen.
- Werden von der zweiten Kammer Veränderungen am ursprünglichen Gesetzestext vorgenommen und diese von der Ausgangskammer mit einfacher Mehrheit der anwesenden Abgeordneten oder Senatoren angenommen, dann ist das Gesetz in dieser Fassung vom Parlament verabschiedet.
- Lehnt die Ausgangskammer die Veränderungen der anderen Kammer ab, wird ein Vermittlungsausschuss eingesetzt. Wird der Vorschlag des Vermittlungsausschusses von beiden Kammern mit einfacher Mehrheit

der Anwesenden angenommen, dann ist das Gesetz gleichfalls verabschiedet.

- Kommt der Vermittlungsausschuss zu keiner Einigung oder wird der Vermittlungsvorschlag von einer der beiden Kammern abgelehnt, kann der Präsident das Gesetz in der Version, die von der zweiten Kammer verabschiedet wurde, erneut in der Ausgangskammer einbringen. Falls diese den Gesetzentwurf mit weniger als zwei Dritteln der Stimmen (der Anwesenden) ablehnt, geht er erneut der anderen Kammer zu, die das Gesetz dann mit 2/3-Mehrheit verabschieden kann.

Aufgrund der weitgehenden Symmetrie in den Kompetenzen beider Kammern im Gesetzgebungsprozess²⁸ und unterschiedlicher Wahlsysteme (einschließlich der Voraussetzungen für das passive Wahlrecht) für Senat und Abgeordnetenhaus, die eine inkongruente Zusammensetzung beider Kammern begünstigen, haben wir es im chilenischen Fall mit einem starken bikameralen System zu tun.²⁹ Da die Regierungen in den neunziger Jahren im Senat lange Zeit über keine parlamentarische Mehrheiten verfügte, ist dieser starke Bikameralismus in der politischen Praxis auch voll zum Tragen gekommen.

4.3 Institutionalisierungsgrad des Parlaments

Damit das Parlament effizient arbeiten und seine ihm nach der Verfassung zugeschriebenen Kompetenzen auch ausfüllen kann, muss es die entsprechenden technisch-professionellen Kompetenzen entwickeln und seine Mitglieder in die dazu notwendigen parlamentarischen Verhaltensmuster sozialisieren. In beiden Bereichen ist der chilenische Kongress in den neunziger Jahren relativ erfolgreich gewesen.

Im Vergleich zur Mehrzahl der anderen lateinamerikanischen Parlamente weist der chilenische Kongress in den neunziger Jahren eine relativ hohe Wiederwahlquote auf – von durchgehend etwa 60% für das Abgeordnetenhaus und zwischen 44% und 55% für den Senat. Im Kongress, der Ende 1997 gewählt wurde, war ein Drittel der Abgeordneten bereits in der dritten Amtsperiode, ein weiteres Drittel in der zweiten Amtsperiode, und ein Drittel war erstmals gewählt worden. Im Senat waren 39% der Senatoren bereits

²⁸ Dies gilt allerdings nicht, wie bereits ausgeführt wurde, für die Kontrollkompetenzen.

²⁹ Zur Messung der Stärke bikameraler Systeme siehe Nolte/Llanos (2004) aufbauend auf den Grundüberlegungen von Lijphart (1999) über Symmetrie/Asymmetrie und Kongruenz/Inkongruenz in bikameralen Systemen.

in der zweiten Amtsperiode, weitere 26% waren zuvor Abgeordnete gewesen (siehe die Daten bei Carey 2002: 236). D.h. bereits nach wenigen Jahren und nach einer langen politischen Zwangspause haben sich im Kongress parlamentarische Erfahrungen gesammelt. Es gibt Indikatoren für eine Professionalisierung der Politik und die Herausbildung einer parlamentarischen Laufbahn. Zu den zitierten Zahlen müssen die Parlamentarier hinzugezählt werden, die bereits vor 1973 in den Kongress gewählt worden waren, und die Abgeordneten und Senatoren, die während der vergangenen vier Dekaden (einschließlich der Periode der Militärherrschaft) Regierungsämter innehatten.

Ein weiterer Indikator für die Professionalisierung der Parlamentsarbeit ist die hohe Spezialisierung und die große Kontinuität bei der Besetzung der Parlamentsausschüsse, insbesondere der wichtigsten (Carey 2002: 238-243). In einer Befragung chilenischer Senatoren (2002) wurde die Arbeit der Parlamentsausschüsse sehr positiv bewertet – auch im Vergleich mit den Senaten in Argentinien, Brasilien und Uruguay (Nolte/Sánchez 2003). Andere Studien zeigen, dass auch die parlamentarischen Beratungsdienste im chilenischen Kongress besser entwickelt sind als in der Mehrzahl der anderen lateinamerikanischen Parlamente (Krumwiede/Nolte 2000: 158-173),³⁰ obgleich auch diese sicherlich nicht optimal ausgestattet und verbesserungsfähig sind. In der bereits erwähnten Befragung chilenischer Senatoren wurden die Beratungsstrukturen zwar allgemein als unzureichend, in der Einzelbewertung (z.B. der *Biblioteca del Congreso*, der *Oficina de Informaciones* oder einzelner externer Beratungsinstitute) jedoch durchgehend positiv bewertet (Nolte 2002: 22). Zusammenfassend kann man deshalb nur dem Fazit von Carey (2002: 253) zustimmen: "... according to the standard criteria by which legislatures are compared, Chile's Congress is reestablishing itself as an unusually professionalized and technically competent legislature." Dies schlägt sich allerdings nicht in einer positiven Wahrnehmung der Arbeit des Kongresses durch die Bürger nieder (siehe hierzu Kap. 10).

³⁰ Zur Parlamentsberatung in Chile siehe Bronfman et al. (1993: 542-548); Oelckers (1993); Brahm (1997); Escobar (1997).

5. Präsident und Parlament in der Verfassungspraxis: Koalitionspräsidentialismus

Für einige Politikwissenschaftler stellt das chilenische politische System einen Widerspruch dar, es funktioniert, obgleich es Eigenschaften aufweist, die nach der wissenschaftlichen Literatur³¹ zu Instabilität führen müssten: Dazu gehört die Kombination einer starken Präsidialdemokratie und die damit verknüpfte hohe Konzentration von Entscheidungsmacht im Präsidentenamt auf der einen Seite, mit einem Mehrparteiensystem auf der anderen Seite. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass Präsidenten gewählt werden, die über keine Mehrheit im Parlament verfügen und das Risiko einer wechselseitigen Blockade im Gesetzgebungsprozess.³² Aufgrund dieser Ausgangskonstellation kommt der Autor der bisher umfassendsten Studie über das politische System Chiles in den neunziger Jahren, Peter Siavelis (2000a: XX), zu der überraschenden Feststellung: “in many ways Chile is a country with perhaps the most problematic institutional structure in Latin America in terms of the findings of this study and those of the theorists discussed here”.

Dieses Urteil basiert auf einer Fehleinschätzung der Funktionsweise der chilenischen Präsidialdemokratie, die ihrerseits auf einen rigiden und dadurch begrenzten institutionalistischen Ansatz zurückzuführen ist. Institutionen funktionieren zwar als Anreizsysteme und strukturieren das Verhalten politischer Akteure, aber man muss die realen politischen Akteure in Rechnung stellen, deren Verhalten durch zusätzlich konjunkturelle Einflüsse wie auch historische Lernerfahrungen beeinflusst wird.³³

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass nach den Verfassungsattributen und in der Verfassungspraxis der chilenische Präsident keineswegs so über-

³¹ In ihrer Mehrheit handelt es sich dabei um Politikwissenschaftler, die durch Juan Linz (1994; 1996a; 1996b) und die von ihm angestoßene Debatte über die Gefahren präsidentieller Demokratien und die möglichen Vorteile parlamentarischer Demokratien beeinflusst wurden. Das Hauptproblem besteht darin – so könnte man die Argumente von Linz zusammenfassen –, das die präsidentielle Demokratie nicht systematisch dafür Sorge trägt, die Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit abzusichern. Dadurch besteht das Risiko divergierender Mehrheiten und einer wechselseitigen Blockade zwischen Parlament und Exekutive. Verschiedene Autoren sehen darin geradezu die “Achillesferse” präsidentieller Demokratien (siehe Mainwaring 1993: 215), insbesondere bei Mehrparteiensystemen. Die Argumente von Linz werden auf den chilenischen Fall angewendet von Valenzuela (1994) und seinem Schüler Siavelis (1997; 2002a; 2002b).

³² In einem von der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank entwickelten politischen “Blockade-Index” erreicht Chile relativ hohe Werte (siehe BID 2000: 204).

³³ In diesem Sinne spricht vieles für den von Nohlen (2003) propagierten historisch-empirischen Ansatz bei der Analyse politischer Institutionen.

mächtig ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Zugleich hängt die Handlungsmacht des Präsidenten nicht allein von seinen formalen Kompetenzen, sondern von seinem parteipolitischen Rückhalt ab, der sich in Abgeordnetenmandaten und Senatssitzen widerspiegelt.³⁴

Das chilenische politische System funktioniert wie viele andere lateinamerikanische Systeme auf der Basis eines Mehrparteiensystems (mit Verhältniswahlrecht für das Parlament), wodurch die Chancen eines Präsidenten relativ gering sind, über eine parlamentarische Mehrheit zu verfügen. Dies gilt umso mehr bei Zwei-Kammer-Systemen, die wie im chilenischen Fall tendenziell eine hohe Inkongruenz in der Zusammensetzung aufweisen. Das chilenische System weist überdies einige Charakteristika auf, welche nach dem augenblicklichen Forschungsstand³⁵ die Wahrscheinlichkeit divergierender Mehrheiten erhöht: die Wahl des Präsidenten mit absoluter Mehrheit (und eine Stichwahl), nicht parallele Wahlen von Präsident und Parlament sowie eine Teilerneuerung des Senats (alle vier Jahre zur Hälfte).

Aber das Problem fehlender Mehrheiten der Partei des Präsidenten stellt in Chile wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern in der politischen Praxis ein wesentlich geringeres Problem dar als in der politikwissenschaftlichen Theorie. In Chile hat sich erneut, verstärkt durch historische Lernerfahrungen, ein Koalitionspräsidentialismus³⁶ herausgebildet bzw. rekonstituiert, der auf relativ stabilen Regierungskoalitionen basiert.³⁷ In einem derartigen System werden die Handlungsmöglichkeiten des Präsidenten eingeschränkt.³⁸

³⁴ Mainwaring/Shugart (1997: 41) haben diesen Rückhalt in Abgrenzung zu "constitutional power" als "partisan power" bezeichnet.

³⁵ Siehe die Zusammenfassung des Forschungsstandes und empirische Belege bei Payne et al. (2002).

³⁶ Dieser Begriff war ursprünglich von brasilianischen Wissenschaftlern geprägt worden (siehe Abranches 1988; Limongi/Figueiredo 1998), nachfolgend von Lanzaro (1998: 207f.) aufgenommen worden, um die uruguayische Realität zu beschreiben, und er wird auch von Cox/Morgenstern (2002) in ihrer vergleichenden Typologie verschiedener präsidentieller Systeme in Lateinamerika (auf der Grundlage der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative) verwendet.

³⁷ Zur Koalitionsbildung in den lateinamerikanischen Präsidentialdemokratien siehe Nolte (1999); Deheza (1998); Chasqueti (2003); Lanzaro (2003). Zum chilenischen Fall siehe Wehr (2002).

³⁸ Mit Blick auf den chilenischen Fall schreibt Fernández (1998: 42): "el multipartidismo no sólo afecta la viabilidad legislativa por la existencia de una oposición que obstaculiza las iniciativas del gobierno, sino también por la complejidad que crea dentro la coalición misma de gobierno. La dificultad para obtener acuerdo sobre las iniciativas del Ejecutivo en algunas materias complejas (leyes sobre derechos humanos o privatización de las

Die chilenischen Präsidenten standen seit der Rückkehr zur Demokratie Koalitionsregierungen vor, in denen die eigene Partei mit starken Partnern kooperieren musste, die aber bei Abstimmungen im Parlament eine beachtliche Kohärenz aufwiesen. Auch ein Regierungswechsel – d.h. der Sieg des Kandidaten eines anderen Wahlbündnisses bei den Präsidentschaftswahlen – würde den Wechsel von einer zu einer anderen Regierungskoalition implizieren. Überdies gab es in der zweiten Kammer (Senat) zeitweilig eine oppositionelle Mehrheit. Viele Gesetze bedürfen außerdem – wie bereits erwähnt – der Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit. Auch dies machte die Suche nach politischen Kompromissen notwendig und relativierte die Macht des Präsidenten.

Damit ein Koalitionspräsidentialismus auf Dauer funktioniert, sind formale und informelle Strukturen notwendig, die diesen abstützen. Auf diese Strukturen ist zu einem wesentlichen Teil der Erfolg oder Misserfolg dieser Regierungsweise zurückzuführen. Zu den erfolgreichen Beispielen gehören Bolivien, Brasilien, Uruguay und Chile. Im chilenischen Fall lassen sich verschiedene Faktoren auflisten, die einerseits die Bildung von Koalitionen begünstigen, andererseits die Kohäsion zwischen den Koalitionspartnern erhöhen und die Abstimmung zwischen dem Präsidenten und seiner parlamentarischen Unterstützungsbasis erleichtern:

- Das Wahlsystem in seiner Gesamtheit, bestehend aus absoluter Mehrheit und Stichwahl für die Präsidentschaftswahlen und Zweierwahlkreisen mit Listenwahl für die Parlamentswahlen, schaffen einen starken Anreiz für die Bildung von Wahlallianzen als Grundlage für zukünftige Regierungskoalitionen (Siavelis 2002b: 87-89).
- Es hat sich ein System wechselseitiger Kompensationen über Regierungsämter herausgebildet, mit denen wichtige Politiker abgesichert und belohnt werden, die sich bei den Parlamentswahlen in Wahlkreisen aufgeopfert haben, in denen es schwierig war, beide Mandate für die Regierungskoalition zu gewinnen (Carey/Siavelis 2003).
- Die Wahlallianzen und Regierungskoalitionen basierten bisher nicht allein auf wahlstrategischen Überlegungen und Machtkalkülen, sondern auch auf einer gemeinsamen programmatischen Ausrichtung.

Empresas Sanitarias, por ejemplo) ha dejado en evidencia la debilidad presidencial en su propia coalición.”

- Es besteht eine enge Abstimmung der Arbeit zwischen den Koalitionsparteien, die sich in der Zusammensetzung von Ausschüssen, der Wahl der Parlamentspräsidenten und Parlamentspräsidien und einer insgesamt sehr hohen Kohärenz bei der Stimmabgabe der Koalitionsfraktionen widerspiegelt (Carey 2002).
- Die Ministerposten werden zwischen den Koalitionspartnern in Relation zu ihrem Stimmenanteil verteilt. Außerdem werden den jeweiligen Ministern auf der nachgeordneten Ebene (Staatssekretäre etc.) Mitglieder aus anderen Koalitionsparteien zugeordnet, um parteipolitische “Fürstentümer” zu verhindern und den “Koalitionsgeist” zu erhöhen (Rehren 1992: 71; Siavelis 2002b: 86).
- Das Koalitionskabinett wird über das Präsidialamtsministerium (*Secretaría de la Presidencia*) koordiniert (Rehren 1993; Drago 2002), dem außerdem die Abstimmung in der parlamentarischen Arbeit zwischen der Regierung und den Regierungsfractionen obliegt (u.a. durch regelmäßige Treffen mit den Fraktionsführern).

6. Die Judikative

Die Judikative verfügt über eine relativ große Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive, für die Ernennung und Ablösung von Richtern sind qualifizierte Parlamentsmehrheiten notwendig. In den achtziger Jahren hat sich die Justiz – bis auf wenige Ausnahmen – den politischen Machthabern untergeordnet, die zudem versuchten, durch Pensionierungen und Neuernennungen die Ausrichtung der Justiz auch nach dem Übergang zur Demokratie zu beeinflussen. In den neunziger Jahren hat jedoch Schritt für Schritt eine grundlegende Erneuerung der Spitze der Justiz, vor allem des Obersten Gerichtshofs, stattgefunden. Zudem hat die Justiz, wie schon in anderen Zeitperioden, sich dem Zeitgeist angepasst und den politischen Machtverhältnissen Reverenz erwiesen, zugleich aber auch an politischer Unabhängigkeit gewonnen.

6.1 Der Oberste Gerichtshof (Corte Suprema)

Der Oberste Gerichtshof ist die letzte Instanz bei Rechtsfällen, und er kann angerufen werden, um in laufenden Verfahren darüber zu entscheiden, ob bestimmte Rechtsnormen gegen die Verfassung verstoßen. Ihm obliegen außerdem die Rechts- und die disziplinarische Aufsicht über die nachgeordneten Gerichte, die Justizverwaltung sowie die Verwaltung des Justizhaushalts. Er setzt sich aus 21 Richtern zusammen. Diese werden nach der Ver-

fassungsreform von 1997 vom Präsidenten auf der Grundlage einer Fünferliste, die der Oberste Gerichtshof zusammenstellt, und mit Zustimmung des Senats mit 2/3-Mehrheit ernannt. Bis 1997 war keine Zustimmung des Senats vorgesehen. Die Richter der nachgeordneten Instanzen werden entweder vom Obersten Gerichtshof (für die Berufungsgerichte) oder von den Berufungsgerichten (*Cortes de Apelaciones*) vorgeschlagen und vom Präsidenten ernannt. Richter werden auf Lebenszeit ernannt, müssen spätestens mit 75 Jahren in den Ruhestand gehen. Bei schweren Amtsverfehlungen können Richter des Obersten Gerichtshofs und der Berufungsgerichte nur nach Anklage durch das Abgeordnetenhaus (mit absoluter Mehrheit der Anwesenden) und Zustimmung der absoluten Mehrheit aller Senatoren des Amtes enthoben werden.

Die neue Regelung zur Ernennung von Richtern am Obersten Gerichtshof, vor allem die Notwendigkeit der Zustimmung von zwei Dritteln der Senatoren, hat dazu geführt, dass politisch oder durch einzelne Rechtsfälle (z.B. im Menschenrechtsbereich) besonders exponierte Kandidaten Schwierigkeiten haben, bestätigt zu werden. Zugleich könnte sich zukünftig eine Art politischer Proporz bei der Ernennung herausbilden, der die Mehrheitsverhältnisse im Senat und die sich daraus ergebende Notwendigkeit von Absprachen zwischen Regierung und Opposition widerspiegelt.

6.2 Staatsanwaltschaft (Ministerio Público)

Im Zusammenhang mit der Reform der Strafprozessordnung wurde über eine Verfassungsreform Ende der neunziger Jahre eine unabhängige Staatsanwaltschaft (*ministerio público*) geschaffen, der die Ermittlungen obliegen, die zuvor im inquisitorischen Strafverfahren von Richtern vorgenommen wurden. An der Spitze der Staatsanwaltschaft steht der Generalstaatsanwalt (*fiscal nacional*), der vom Präsidenten aus einer Fünfvorschlagsliste des Obersten Gerichtshofs ausgewählt und dem Senat zur Ernennung vorgeschlagen wird. Dieser muss dem Vorschlag mit 2/3-Mehrheit zustimmen. Der Generalstaatsanwalt wird für zehn Jahre gewählt, ohne Möglichkeit der Wiederwahl. Bei schweren Amtsverfehlungen oder Amtsunfähigkeit kann er auf Antrag des Präsidenten, des Abgeordnetenhauses oder von zehn Richtern des Obersten Gerichtshofs von diesem bei Zustimmung von 4/7 seiner Mitglieder abgesetzt werden.

6.3 Das Verfassungsgericht

Das Verfassungsgericht ist ein Novum in der chilenischen Verfassungsgeschichte, es war erstmals 1970 über eine Reform der damaligen Verfassung geschaffen worden. Nach dem Putsch wurde es zunächst aufgelöst, danach aber in veränderter Zusammensetzung und mit erweiterten Vollmachten wieder in der Verfassung verankert. Bereits im März 1981 nahm es seine Arbeit auf.

Dem Verfassungsgericht (Art. 81 bis 83) gehören nach der Verfassung von 1980 sieben Mitglieder an: drei Richter des Obersten Gerichtshofs, die von diesem gewählt werden, ein Anwalt, der vom Präsidenten bestimmt wird, zwei Anwälte, die vom Nationalen Sicherheitsrat ausgewählt werden, und ein Anwalt, der vom Senat (mit einfacher Mehrheit) gewählt wird. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtes werden für acht Jahre gewählt, alle vier Jahre wird das Verfassungsgericht zum Teil erneuert.

Das Verfassungsgericht verfügt über eine relativ starke Stellung. Je nach Materie kann es von unterschiedlichen Gremien und Akteuren angerufen werden bzw. von sich aus aktiv werden. Zu seinen Aufgaben gehören:

- Es entscheidet selbsttätig über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, die die Verfassung auslegen, insbesondere die Verfassungsorgangesetze (*leyes orgánicas constitucionales*), noch bevor diese den Gesetzgebungsprozess abgeschlossen haben.
- Es entscheidet nach Anrufung durch den Präsidenten, durch eine der beiden Kammern oder durch mindestens 25% der Senatoren oder Abgeordneten über die Verfassungsmäßigkeit von einfachen Gesetzesinitiativen, Verfassungsänderungen oder internationalen Verträgen. Das Verfassungsgericht kann nur angerufen werden, solange das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist.³⁹ Bei Anrufung muss das Gericht innerhalb von maximal 20 Tagen ein Urteil fällen.
- Es entscheidet über die Verfassungsmäßigkeit von Dekreten oder Gesetzesdekreten des Präsidenten, wenn es dazu vom Präsidenten nach deren Ablehnung durch die *Contraloría General* angerufen wird. Im Falle von Gesetzesdekreten, die auf Ermächtigungsgesetzen basieren, können auch beide Kammern des Parlaments (oder mindestens ein Viertel ihrer Mit-

³⁹ Die weitreichenden Kontrollkompetenzen des Verfassungsgerichts über den Gesetzgebungsprozess machen aus diesem in der Sichtweise von Cumplido (2000: 329) eine "dritte Parlamentskammer".

glieder) das Verfassungsgericht anrufen, auch wenn die *Contraloría General* keinen Einspruch eingelegt hat.⁴⁰

- Auf Antrag einer der beiden Parlamentskammern muss es über die Zulässigkeit von präsidentiellen Verordnungen entscheiden, wenn die betreffende Materie aus Sicht der Legislative nur über die ordentliche Gesetzgebung geregelt werden muss.
- Es entscheidet über die Verfassungsmäßigkeit politischer Bewegungen und Organisationen. Dies kann auf Antrag des Präsidenten, auf Antrag einer der beiden Kammern des Parlaments bzw. von mindestens zehn Abgeordneten und Senatoren, aber auch durch natürliche und juristische Personen erfolgen. Die Personen, die in Organisationen aktiv sind, die für verfassungswidrig erklärt werden, verlieren für fünf Jahre ihre passiven politischen Rechte.

Gegen die Entscheidungen des Verfassungsgerichts ist keine Berufung möglich, das Gericht selbst kann seine Entscheidungen korrigieren. Eine Gesetzesvorschrift, die vom Verfassungsgericht für verfassungskonform erklärt wurde, kann vom Obersten Gerichtshof bei dessen Anrufung in normalen Gerichtsverfahren nicht für nichtanwendbar, d.h. für verfassungswidrig, erklärt werden.

7. *Contraloría General*

Die *Contraloría General* nimmt als autonome Behörde im Hinblick auf die Staatsein- und -ausgaben (einschließlich der Gemeinden) die Funktion eines Rechnungshofs wahr. Zugleich wacht die Institution darüber, dass Dekrete und Erlasse der Exekutive (auch Gesetzesdekrete bei Ermächtigungsgesetzen) mit dem geltenden Recht (Gesetze und Verfassung) konform gehen. Der Leiter der Behörde (*Contralor General*) wird vom Präsidenten mit Zustimmung der Mehrheit der gewählten Senatoren ernannt. Er ist nicht absetzbar und kann sein Amt bis zum Alter von 75 Jahren ausüben.

Sollte der *Contralor General* ein präsidentielles Dekret zurückweisen, so kann die Exekutive mit Zustimmung (und Unterschrift) aller Minister auf dessen Umsetzung bestehen. In diesem Fall übermittelt der *Contralor General* eine Kopie des entsprechenden Dekrets an das Abgeordnetenhaus. Stellt der *Contralor General* bei Dekreten einen Verfassungsverstoß oder Un-

⁴⁰ Das Verfassungsgericht übt in dieser Hinsicht auch eine Kontrolle über die *Contraloría General* aus (vgl. Cumplido 2000: 329).

stimmigkeiten zwischen dem verkündeten und dem verabschiedeten Gesetztext fest, so kann der Präsident gegen seine ablehnende Entscheidung nur das Verfassungsgericht anrufen.

8. Die Zentralbank

Ausgehend von der Grundidee der herrschenden Militärs bei der Verfassungsgebung, den politischen Entscheidungsprozess und vor allem die Wirtschaftspolitik zu "entpolitisieren" und stärker "technischen" Kriterien zu unterwerfen, war Chile eines der ersten Länder in Lateinamerika, das in der Verfassung eine politisch unabhängige Zentralbank vorsieht,⁴¹ der es nach der Verfassung untersagt ist, Kredite an die Regierung zu gewähren. Nach dem Ausführungsgesetz wacht die Zentralbank über die Währungsstabilität und den internen wie externen Zahlungsverkehr. Ihr Leitungsgremium, der Zentralbankrat, setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, die vom Präsidenten für eine Amtszeit von zehn Jahren mit Zustimmung des Senats ernannt werden. Die Ernennung erfolgt zeitlich versetzt – jeweils alle zwei Jahre ein Direktoriumsmitglied –, mit der Möglichkeit der Wiederernennung. Einzelne oder alle Mitglieder des Zentralbankrates können vom Präsidenten mit Zustimmung der Mehrheit der Senatoren ihres Amtes enthoben werden, wenn sie durch ihre Handlungen gegen den Auftrag der Zentralbank verstoßen haben und dadurch ein direkter und signifikanter wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. Der Staatspräsident ernennt den Präsidenten des Zentralbankrates (unter seinen Mitgliedern) für eine Amtszeit von fünf Jahren, mit der Möglichkeit der Wiederernennung.

9. Bewertung der Verfassung

Es ist nicht einfach, eine Bewertung der chilenischen Verfassung vorzunehmen. In der Verfassungspraxis spiegeln sich die Intentionen der Verfassungsgeber wie auch die jeweilige politische Krätekonstellation wider. Die Verfassung gibt dem Präsidenten zur Aufrechterhaltung der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnung – und für Politiken, die diesen Rahmen ausfüllen – eine sehr starke Stellung. Er ist aber in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt, wenn er den gesellschaftspolitischen und/oder

⁴¹ Die unabhängige Stellung der Zentralbank gründet mittlerweile auf einen breiten politischen Konsens. So heißt es beispielsweise in einem ansonsten kritischen Kommentar zur Verfassung von 1980: "... die in ökonomischen und finanziellen Fragen autonome Institution ist aus unserer Sicht unverzichtbar" (Cumplido 2000: 331).

politisch-institutionellen Status quo verändern will. Auch die Tatsache, dass die chilenischen Präsidenten in den neunziger Jahren einer Koalitionsregierung vorstanden und zeitweilig gegen eine oppositionelle Mehrheit in der zweiten Kammer regieren mussten, hat ihre Macht begrenzt.

Der starke institutionelle und machtpolitische Zwang zur Kompromiss-suche hat sich in den neunziger Jahren überwiegend stabilisierend auf die chilenische Demokratie ausgewirkt, da auch die Opposition (und Anhänger des ehemaligen Militärregimes) über Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess verfügten, ohne eine grundsätzliche Blockadepolitik zu betreiben. Dies war aber nur möglich, weil sich die Regierungskoalition (und ehemalige Opposition zum Militärregime) in ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung an die Oppositionsparteien angenähert hat.

Es lässt sich argumentieren, dass die politische Stabilität und damit verbunden der relative Erfolg der politischen Institutionen in Chile darauf zurückzuführen ist, dass Letztere zwar nicht den demokratischen Idealen entsprechen, dafür aber die gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnisse widerspiegelt haben.⁴² Es war nicht zuletzt der Kongress, wo es aufgrund der institutionellen Zwänge zu einer Kooperation und teilweisen Integration von Segmenten der politischen Elite des autoritären Regimes, Teilen der alten demokratischen Elite aus der Zeit vor dem Putsch und von einigen neuen Akteuren, die Kampf gegen die Diktatur entstanden waren, gekommen ist. Der Erfolg der demokratischen Institutionen in den neunziger Jahren ist auf die Annäherung zwischen zuvor antagonistischen Kräften zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch die Zwänge des Transitionsprozesses induziert und durch die nicht so demokratischen Elemente der Verfassung, wie die ernannten Senatoren, verstärkt.

Aufgrund der Intentionen der Verfassungsgeber, den sozioökonomischen Status quo zu bewahren, enthält die Verfassung viele Elemente der *checks and balances* – u.a. eine starke und unabhängige Justiz und Verfassungsgerichtsbarkeit –, die potenziell einem Machtmissbrauch vorbeugen und ein Regieren mit knappen Mehrheiten erschweren. Vor dem Hintergrund der in den achtziger und neunziger Jahren in Lateinamerika zu verzeichnenden Tendenz einer übermäßigen Konzentration von Entscheidungsmacht in der Exekutive oder hin zu “illiberalen” Demokratien sind Elemente zur Macht-

⁴² Insofern widersprechen wir einer entgegengesetzten Interpretation, wie sie etwa von Siavelis (2000a: 44) vorgetragen wird, die eine Inkongruenz zwischen der chilenischen Gesellschaft und ihren politischen Institutionen postuliert und darin einen Destabilisierungsfaktor für die Demokratie sieht.

begrenzung grundsätzlich zu begrüßen. Gleiches gilt für den Zwang zur Konsensbildung und zur Suche nach breiten Mehrheiten im Gesetzgebungsprozess. In den achtziger und neunziger Jahren war in anderen lateinamerikanischen Ländern häufig kritisiert worden, dass wichtige Wirtschaftsreformen am Parlament vorbei (durch präsidentielle Dekrete) oder mit knappen Mehrheiten verabschiedet worden waren. Im chilenischen Fall zeigt sich aber auch, dass die in die Verfassung eingebauten Kontrollmechanismen nicht politisch neutral sind, sondern ein zuvor diktatorisch durchgesetztes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nachfolgend gegen Veränderungen absichern sollen.

Mit dem Prinzip einer demokratischen Gewaltenkontrolle auf Dauer nicht vereinbar ist das große Gewicht, das die Verfassung demokratisch nicht gewählten Parlamentariern im Senat und insgesamt dem Militär einräumt. Es widerspricht dem Prinzip der Unterordnung der Militärs unter die zivile Gewalt, dass die Militärs mit dem Nationalen Sicherheitsrat über ein paritätisch besetztes Gremium verfügen, welches u.a. zwei Mitglieder des Verfassungsgerichtes ernennt, und dass vier ehemalige Oberkommandierende als Interessenwahrer der Streitkräfte im Senat sitzen.

10. Ansehen der politischen Institutionen in der öffentlichen Meinung

Mittlerweile (2004) wurden bereits drei Präsidenten demokratisch gewählt, und bereits vier Mal wurden Wahlen zum Kongress durchgeführt. Im Jahr 2005 werden erstmals seit 1993 wieder beide Wahlen zusammenfallen und die neue chilenische Demokratie wird dann mit 16 Jahren eine genauso lange Dauer aufweisen wie die gesamte Pinochet-Diktatur. In der Außenwahrnehmung wird die chilenische Demokratie im lateinamerikanischen Vergleich sehr positiv bewertet. Nach dem Freiheitsindex von *Freedom House* gehört Chile neben Costa Rica, Panama und Uruguay zu den Ländern, in denen die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte am umfassendsten verwirklicht sind⁴³ – trotz der „autoritären Enklaven“⁴⁴ in der Verfassung. Auch im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Leistungsbilanz (sieht man von der Einkommensverteilung ab) steht Chile im lateinamerikanischen Vergleich sehr gut da.

⁴³ Siehe auch die Bewertung bei Altman/Pérez-Linán (2002).

⁴⁴ Dieser Begriff wurde von Manuel Antonio Garretón in die politische und akademische Diskussion eingeführt, um die autoritären Elemente in der chilenischen Verfassung zu beschreiben.

Tabelle 1: Freiheitsindex von *Freedom House* 1990-2003

Land	1990-1991			1995-1996			2002-2003		
	P	B	FG	P	B	FG	P	B	FG
Argentinien	1	3	F	2	3	F	3	3	TF
Bolivien	2	3	F	2	4	TF	2	3	F
Brasilien	2	3	F	2	4	TF	2	3	F
Chile	2	2	F	2	2	F	2	1	F
Costa Rica	1	1	F	1	2	F	1	2	F
Dom. Rep.	2	3	F	4	3	TF	2	2	F
Ecuador	2	2	F	2	3	F	3	3	TF
El Salvador	3	4	TF	3	3	TF	2	3	F
Guatemala	3	4	TF	4	5	TF	4	4	TF
Honduras	2	3	F	3	3	TF	3	3	TF
Kolumbien	3	4	TF	4	4	TF	4	4	TF
Kuba	7	7	NF	7	7	NF	7	7	NF
Mexiko	4	4	TF	4	4	TF	2	2	F
Nikaragua	3	3	TF	4	4	TF	3	3	TF
Land	1990-1991			1995-1996			2002-2003		
	P	B	FG	P	B	FG	P	B	FG
Panama	4	2	TF	2	3	F	1	2	F
Paraguay	4	3	TF	4	3	TF	4	3	TF
Peru	3	4	TF	5	4	TF	2	3	F
Uruguay	1	2	F	2	2	F	1	1	F
Venezuela	1	3	F	3	3	TF	3	4	TF

P = Politische Rechte; B = Bürgerrechte Freiheitsgrad; (FG): F = frei; TF = teilweise frei; NF = nicht frei; Skala von 1 (hohes Ausmaß an Freiheit) bis 7 (geringes Ausmaß an Freiheit)
 Quelle: *Freedom House* <<http://www.freedomhouse.org>>.

Wie zufrieden sind die Bürger und Bürgerinnen in Chile mit den politischen Institutionen? Welche politische Legitimität schreiben sie den Institutionen zu? Gleich zu Beginn der augenblicklichen Demokratiephase kam den politischen Institutionen, vor allem dem Kongress, ein hohes Ausmaß an Legitimität zu. Nach einer Meinungsumfrage der *Corporación Participa* waren 1991 drei von vier Chilenen der Meinung, dass die Handlungen des Kongresses die Demokratie stärken und über die Hälfte glaubte, dass der Kongress gut funktioniere. Aber diese anfänglich sehr positive Wahrnehmung der Arbeit des Parlaments veränderte sich in den folgenden Jahren.

Von Anfang an zeigten sich Defizite im Bereich der politischen Repräsentation. Schon im Jahr 1993 waren drei Viertel der Befragten der Meinung, dass sich die Parlamentarier nur während der Wahlzeit um die Bürger kümmern, weniger als ein Fünftel schrieb den Abgeordneten eine gute Arbeit zu und weniger als ein Drittel fühlte sich durch die Abgeordneten repräsentiert.

Tabelle 2: Beitrag des Kongresses zur Demokratieentwicklung 1991-1994
(Antworten in %)

	1991	1992	1993	1994
Beitrag zur Stärkung der Demokratie				
stärkt	75,8	--	--	55,1
schwächt	11,5	--	--	9,7
weder noch	12,1	--	--	28,1
weiß nicht/keine Antwort	0,6	--	--	7,1
Fähigkeit zur Lösung von Problemen beizutragen				
trägt zur Lösung bei	71,5	51,1	52,3	42,8
	1991	1992	1993	1994
Funktionsweise des Kongresses (% einverstanden/sehr einverstanden)				
Der Kongress funktioniert gut	54,7	43,0	44,2	37,5
Die Parlamentarier kümmern sich nur bei den Wahlen um die Bürger	54,8	74,7	74,1	74,9
Es sollte mehr Kontakte zwischen den Bürgern und dem Kongress geben	79,8	85,5	82,5	85,5
Bürgern wie mir helfen die Gesetze nicht	40,9	44,4	37,3	39,4
Evaluierung der Arbeit der Abgeordneten im Wahlbezirk				
Sie machen es gut	--	--	19,7	17,1
Sie machen es schlecht	--	--	9,4	10,2
Sie machen es durchschnittlich	--	--	46,9	45,0
Ich weiß nicht richtig, was sie machen	--	--	20,3	23,5
weiß nicht/keine Antwort	--	--	3,7	4,3
Repräsentation der Interessen der Bürger (Abgeordnete)				
repräsentieren die Interessen	--	--	36,4	31,1
repräsentieren die Interessen nicht	--	--	43,5	50,8
haben den Interessen geschadet	--	--	4,5	5,8
weiß nicht/keine Antwort	--	--	15,6	12,0

Quelle: Garretón/Lagos/Méndez (1991-1994).

In den nachfolgenden Jahren hat sich die Distanz der Bürger zu den politischen Institutionen eher vergrößert. Nimmt man die Umfragedaten des *Latinobarómetro* so waren im Jahresdurchschnitt 1996 bis 2003 nur rund 30% der Chilenen mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden. Im Vergleich mit den Nachbarländern im Cono Sur sind die Chilenen damit weniger unzufrieden als die Brasilianer, aber deutlich unzufriedener als die Uruguayer und auch weniger zufrieden – mit Ausnahme der Krisenjahre 2001/2002 – als die Argentinier.

**Tabelle 3: Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie (1996-2003)
im südlichen Lateinamerika**

Anteil in % der Befragten, die sich "zufrieden" oder "sehr zufrieden"
mit der Funktionsweise der Demokratie äußerten

	1996	1997	1998	2000	2001	2002	2003
Argentinien	34	42	49	46	20	8	34
Brasilien	20	23	27	18	21	21	28
Chile	27	37	32	35	23	27	33
Uruguay	52	64	68	69	55	53	43

Quelle: *Latinobarómetro* 1996-2003.

Fragt man nach dem Vertrauen in die politischen Institutionen, so schneiden vor allem die beiden Kammern des Parlamente,⁴⁵ aber auch die Justiz und vor allem die Parteien sehr schlecht ab. Die Exekutive stößt auf mehr Vertrauen, kann aber auch mit keinen überzeugenden Werten aufwarten.

⁴⁵ In den vergangenen vier Jahren (1999-2002) waren im Durchschnitt 80% der Befragten "etwas" oder "nicht sehr" zufrieden mit der Arbeit des Senats und des Abgeordnetenhauses. Im Jahr 2002 äußerten nur 39% der befragten Chilenen, dass sie die Entscheidungen des Kongresses betreffen, 54% meinten, dass diese sie "wenig" oder "nicht" betreffen (CERC 2002).

Tabelle 4: Vertrauen in politische Institutionen (1996-2003)

Frage: Ich werde Ihnen den Namen einiger Institutionen nennen. Können Sie mir sagen, wie viel Vertrauen Sie in jede von ihnen haben? (Summe: "viel" und "ziemlich viel" Vertrauen)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Regierung	35	27	30	27	45	37	40
Senat	27	16	22	18	26	22	14
Abgeordnetenhaus	26	20	21	15	22	12	11
Politische Parteien	14	14	14	10	15	10	4
Justiz	25	16	22	18	26	22	14
zum Vergleich:							
<i>Carabineros</i>	40	40	39	38	47	45	55
Kath. Kirche	60	66	63	63	61	52	52
Zentralbank	50	44	41	29	44	44	45

Quelle: CERC (2002).

Allerdings würde dem chilenischen politischen System etwas Sauerstoff im Hinblick auf die Stärkung des politischen Wettbewerbs und die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger gut tun, und der Abbau "autoritärer Enklaven" könnte sicherlich auch zu einer Legitimationssteigerung des politischen Systems beitragen. Wie sehen vor dem Hintergrund die Chancen für eine Verfassungsreform aus, wo liegen die Hemmnisse?

11. Probleme der Verfassungsreform

Den Intentionen der Militärs entsprechend, nach einer demokratischen Öffnung den wirtschaftlichen und politischen Status quo zu zementieren, wurden die rechtlichen Voraussetzungen für eine Verfassungsreform sehr hoch gesteckt, auch wenn sie durch die Verfassungsreform von 1989 leicht abgemildert wurden. Beide Kammern des Kongresses wie auch der Präsident können eine Verfassungsreform einleiten. Der entsprechende Gesetzentwurf bedarf der Zustimmung von 3/5 der Abgeordneten und Senatoren. Artikel, welche die Grundrechte und Grundprinzipien der Verfassung, das Verfassungsgericht, die Streitkräfte und den Nationalen Sicherheitsrat oder die Reform der Verfassung betreffen, müssen mit einer 2/3-Mehrheit verabschiedet werden. Wird eine Verfassungsreform von beiden Kammern in getrennten Sitzungen angenommen, dann müssen nach 60 Tagen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung mit einfacher Mehrheit noch einmal dem Reformgesetz zustimmen, das danach dem Präsidenten zugeleitet wird. Die-

ser kann die Verfassungsreform insgesamt ablehnen oder in Teilen modifizieren (in diesem Fall müssen beide Kammern mit 3/5-Mehrheit den Veränderungen zustimmen). Der Kongress kann mit einer 2/3-Mehrheit das Veto des Präsidenten überstimmen,⁴⁶ der dann entweder die Verfassungsreform in der vom Kongress verabschiedeten Fassung verkünden oder die Bürger in einem Plebiszit über die unterschiedlichen Vorschläge von Kongress und Präsident entscheiden lassen muss. Damit verfügt der Präsident bei Verfassungsreformen über eine außerordentlich starke Stellung.

Während der neunziger Jahre scheiterten insgesamt drei Versuche der Regierung, eine Verfassungsreform zur Beseitigung antidemokratischer Enklaven in der Verfassung durchzubringen. Nach dem erneuten, wenn auch knappen Wahlsieg des Kandidaten der *Concertación*, Ricardo Lagos, bei den Wahlen im Dezember/Januar 1999/2000, und der Erkenntnis für die politische Rechte, dass sie mit einem moderaten Kandidaten, der sich von Vergangenheit abgrenzt (in diesem Fall erleichtert durch die erzwungene Abwesenheit General Pinochets aufgrund seiner zeitweiligen Inhaftierung in London), größere Chancen besitzt, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, sind die Chancen gewachsen, durch eine umfassende Verfassungsreform den Transitionsprozess zum Abschluss zu bringen; zumal sich nicht alle zunächst vor allem die Opposition begünstigenden Verfassungselemente – wie z.B. die ernannten Senatoren oder die Ex-Präsidenten als Senatoren auf Lebenszeit – weiterhin in dieser Weise auswirken.

Umfang und Inhalte einer zukünftigen Reform sind nur in Teilen absehbar. Als sicher kann die Abschaffung der ernannten Senatoren gelten, wie möglicherweise auch des Rechtes ehemaliger Präsidenten als Senatoren auf Lebenszeit in diese Parlamentskammer einzuziehen. Möglich erscheint auch eine Reduzierung der Bedeutung des Nationalen Sicherheitsrates, einschließlich seines Rechtes, zwei Verfassungsrichter zu ernennen. Auf Konsens dürfte auch eine Stärkung der Kontrollkompetenzen des Abgeordnetenhauses gegenüber der Exekutive stoßen. Schwieriger dürfte sich eine Stärkung der Kompetenzen des Präsidenten gegenüber den Streitkräften (z.B. im Hinblick auf Ernennung und Ablösung der Oberkommandierenden) oder eine Reform des Wahlrechts (Ausnahme: Abschaffung der Wahlpflicht), das zum Teil in der Verfassung vorgegeben ist, gestalten. Die Chancen für eine Wahlrechts-

⁴⁶ Bei einem Teilveto mit der für die Verabschiedung der Reform notwendigen Mehrheit, die von den betroffenen Verfassungsartikeln abhängt, von 2/3 oder 3/5 der Abgeordneten und Senatoren.

reform hängen letztlich von einem nüchternen Nutzen-Kosten-Kalkül der beteiligten und betroffenen Parteien ab.

Literaturverzeichnis

Der jeweils aktuelle Verfassungstext und die Ausführungsgesetze zur Verfassung (*leyes orgánicas constitucionales*) können über die Homepage der Bibliothek des chilenischen Kongresses <<http://www.congreso.cl>> abgerufen werden.

Abranches, Sérgio Henrique H. de (1988): "Presidencialismo de Coalizão: O Dilema Institucional Brasileiro". In: *Dados. Revista de Ciências Sociais* 31 (1), S. 8-34.

Agor, Weston (1971): *The Chilean Senate. Internal Distribution of Influence*. Austin/London.

Altman, David/Pérez-Linán, Aníbal (2002): "Assessing the Quality of Democracy: Freedom, Competitiveness and Participation in Eighteen Latin American Countries". In: *Democratization* 9 (2), S. 85-100.

Arancibia, Patricia/de la Maza, Isabel C. (2003): *Matthei. Mi testimonio*. Santiago de Chile.

Baldez, Lisa/Carey, John M. (1999): "Presidential Agenda Control and Spending Policy: Lessons From General Pinochet's Constitution". In: *American Journal of Political Science* 43.1, S. 29-55.

Barros, Robert (2001): "Personalization and Institutional Constraints: Pinochet, the Military Junta, and the 1980 Constitution". In: *Latin American Politics and Society* 43.1, S. 5-28.

— (2002): *Constitutionalism and Dictatorship. Pinochet, the Junta and the 1980 Constitution*. Cambridge.

BID (*Banco Interamericano de Desarrollo*) (2000): *Desarrollo más allá de la economía: Informe de progreso económico y social en América Latina*. Washington, D.C.

Braatz, Manfred (1993): Demokratie in Chile? Eine Untersuchung des gegenwärtigen Staats- und Verwaltungsrechts der Republik Chile unter Berücksichtigung der Verfassungsänderungen vom 30. Juli 1989. In: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart*. NF, Bd. 41, Tübingen, S. 497-546.

Brahm, Maria Luisa (1997): "El caso del parlamento chileno". In: *Seminario y Encuentro Iberoamericana sobre Modernización y Reforma Parlamentaria*. 2 Bde., Valparaíso.

Bronfman, Alan/De la Fuente, Felipe/Parada, Fernando (1993): *El Congreso Nacional. Estudio Constitucional, Legal y Reglamentario*. Valparaíso.

Carey, John M. (2002): "Parties, Coalitions, and the Chilean Congress in the 1990s". In: Morgenstern, Scott/Nacif, Benito, S. 222-253.

Carey, John M./Shugart, Matthew Soberg (Hrsg.) (1998): *Executive Decree Authority*. Cambridge, S. 334.

Carey, John M./Siavelis, Peter (2003): "El 'seguro' para los subcampeones electorales y la sobrevivencia de la Concertación". In: *Estudios Públicos* 90, S. 5-27.

CERC (2002): *Informe de prensa sobre temas económicos y políticos, septiembre 2003*. Santiago de Chile <<http://www.cerc.cl>>.

Chasqueti, Daniel (2003): "Democracia, multipartidismo y coaliciones en América Latina: evaluando la difícil combinación". In: Lanzaro, Jorge, S. 319-359.

- Cortes, Raúl (1998): *Informe sobre la actividad legislativa en 1997 (Libertad y Desarrollo. Programa Legislativo. Serie de Opinión)*. Santiago de Chile.
- Cox, Gary W./Morgenstern, Scott (2002): "Epilogue: Latin America's Reactive Assemblies and Proactive Presidents". In: Morgenstern, Scott/Nacif, Benito, S. 446-468.
- Cumplido, Francisco (2000): "Los enclaves autoritarios en la Constitución chilena de 1980 y sus efectos en el régimen político". In: CIEDLA, *Anuario de Derecho Constitucional. Edición 2000*. Buenos Aires, S. 317-332.
- Deheza, Grace Ivana (1998): "Gobiernos de coalición en el sistema presidencial: América del Sur". In: Nohlen, Dieter/Fernández, Mario, S. 151-169.
- Drago, Mario (2002): "Coordinación de las Oficinas de la Presidencia y de las Relaciones Interministeriales". In: Tomassini, Luciano/Armijo, Marianela (Hrsg.): *Reforma y modernización del Estado. Experiencias y desafío*. Santiago de Chile, S. 59-104.
- Durruty, Ana Victoria (2000): "Enterradas Vivas. ¿Por qué Nadie Habla de las Refomas Constitucionales?". In: *El Mercurio*, 1.10.2000 (Reportajes), Internetausgabe: <[http:// www.emol.com](http://www.emol.com)>.
- Ensalaco, Mark (1994): "In with the New, Out with the Old? The Democratising Impact of Constitutional Reform in Chile". In: *Journal of Latin American Studies* 26.2, S. 409-429.
- Escobar, Santiago (1997): "La asesoría parlamentaria en Chile". In: Leiva, Luciano (Hrsg.): *El fortalecimiento del poder legislativo*. Santa Fe, S. 83-98.
- Fernández, Mario (1991): "El Primer Ministro dentro del sistema presidencial. Una Propuesta para Chile". In: Nohlen, Dieter/Fernández, Mario (Hrsg.): *Presidencialismo versus Parlamentarismo en América Latina*. Caracas, S. 129-150.
- (1998): "El sistema político chileno. Características y tendencias". In: Toloza, Cristián/Lahera, Eugenio (Hrsg.): *Chile en los noventa*. Santiago de Chile, S. 27-52.
- Frei, Eduardo et al. (1970): *Reforma Constitucional 1970*. Santiago de Chile.
- Garcés, Joan E. (1976): *Allende & l'Experience Chilienne*. Paris.
- Garretón, Manuel Antonio (2003): "La cuestión del régimen de gobierno en el Chile de hoy". In: Lanzaro, Jorge, S. 189-202.
- Garretón, Manuel Antonio/Lagos, Marta/Méndez, Roberto (1991-1994): *Los Chilenos y la Democracia. La opinión pública 1991-1994*. 4 Bde, Santiago de Chile.
- Gil, Federico (1966): *The Political System of Chile*. Boston.
- Guzmán, Eugenio (1991): "Reflexiones sobre el sistema binominal". In: *Estudios Públicos* 51, S. 303-325.
- Huneus, Carlos (2000): *El Régimen de Pinochet*. Santiago de Chile.
- Kornbluh, Peter (2003): *The Pinochet File*. New York.
- Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef (1988): *Chile: Auf dem Rückweg zur Demokratie?* Baden-Baden.
- (2000): *Die Rolle der Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas*. Hamburg.
- Lanzaro, Jorge (1998): "Uruguay: Las alternativas de un presidencialismo pluralista". In: *Revista Mexicana de Sociología* 60.2, S. 187-218.
- Lanzaro, Jorge (Hrsg.) (2003): *Tipos de Presidencialismo y Coaliciones en América Latina*. 2. Aufl., Buenos Aires.

- Larroulet, Cristian (2001): "La Constitución 20 Años Después. Evaluación y Propuestas". In: *El Mercurio*, 11.3.2001 (Reportajes), Internetausgabe: <<http://www.emol.com>>.
- Libertad y Desarrollo (2000): "Balance Legislativo Período Presidencial 1994-2000". In: *Temas Públicos* 483.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London.
- Limongi, Fernando/Figueiredo, Argelina (1998): "Bases institucionais do presidencialismo de coalizão". In: *Lua Nova. Revista de Cultura e Política* 44, S. 81-106.
- Linz, Juan (1994): "Presidential or Parliamentary Democracy: Does it Make a Difference?". In: Linz, Juan/Valenzuela, Arturo (Hrsg.), Bd. I, S. 3-87.
- (1996a): "The Perils of Presidentialism". In: Diamond, Larry/Plattner, Marc F. (Hrsg.): *The Global Resurgence of Democracy*. 2. Aufl., Baltimore/London, S. 124-142.
- (1996b): "The Virtues of Parliamentarism". In: Diamond, Larry/Plattner, Marc F. (Hrsg.): *The Global Resurgence of Democracy*. 2. Aufl., Baltimore/London, S. 154-161.
- Linz, Juan/Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy*. 2 Bde., Baltimore/London.
- Londregan, John B. (2000): *Legislative Institutions and Ideology in Chile*. Cambridge/New York.
- Mainwaring, Scott (1993): "Presidentialism, Multipartism, and Democracy. The Difficult Combination". In: *Comparative Political Studies* 26.2, S. 198-228.
- Mainwaring, Scott/Shugart, Matthew Soberg (Hrsg.) (1997): *Presidentialism and Democracy in Latin America*. Cambridge.
- Metcalf, Lee Kendall (2000): "Measuring Presidential Power". In: *Comparative Political Studies* 33.5, S. 660-685.
- Morgenstern, Scott (2002): "Explaining Legislative Politics in Latin America". In: Morgenstern, Scott/Nacif, Benito, S. 413-445.
- Morgenstern, Scott/Nacif, Benito (Hrsg.) (2002): *Legislative Politics in Latin America*. Cambridge.
- Negretto, Gabriel L. (2003): "Diseño constitucional y separación de poderes en América Latina". In: *Revista Mexicana de Sociología* 65.1, S. 41-76.
- Nogueira, Humberto (1997): "El control parlamentario en Chile". In: *Contribuciones* 14.4, S. 7-34.
- Nohlen, Dieter (2003): *El contexto hace la diferencia: reformas institucionales y el enfoque histórico-empírico*. México.
- Nohlen, Dieter/Fernández, Mario (Hrsg.) (1998): *El presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina*. Caracas.
- Nolte, Detlef (1999): "Alianzas electorales y coaliciones de gobierno como símbolos del cambio político en América Latina". In: *Revista Argentina de Ciencia Política* 3, S. 11-26.
- (2002): *Radiografía del Senado de Chile: informe de la encuesta 2002* (Arbeitspapier des Instituts für Iberoamerika-Kunde Nr. 8). Hamburg. <<http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK/arbeitspapiere/arbeitspapiereIIK8.pdf>>.

- (2003): “El Congreso chileno en perspectiva comparada: Una visión diacrónica, sincrónica y desde las relaciones entre los poderes”. In: *Revista de Ciencia Política* 2/2003, Santiago de Chile.
- Nolte, Detlef/Llanos, Mariana (2004): *Zur Ausprägung lateinamerikanischer Zweikammersysteme*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1/2004.
- Nolte, Detlef/Sánchez, Francisco (2003): “El Senado chileno: pautas de representación política y perfil ideológico”. In: *Anuario FLACSO* 2003. Santiago de Chile.
- Oelckers, Osvaldo (1993): “La asesoría legislativa en Chile”. In: Bertelsen, Raúl et al.: *Diagnóstico histórico jurídico del poder legislativo en Chile 1960-1990*. Valparaíso.
- Payne, Mark et al. (2002): *Democracies in Development. Politics and Reform in Latin America*. Washington D.C.
- Rabkin, Rhoda (1996): “Redemocratization, Electoral Engineering and Party Strategies in Chile: 1989-1995”. In: *Comparative Political Studies* 29.3, S. 35-356.
- Radseck, Michael (2000): “Die Wahl des Sozialisten Lagos zum Präsidenten in Chile: Hintergründe und Perspektiven”. In: *Brennpunkt Lateinamerika* 03-2000.
- (2002): *Verfassungswächter in Uniform? Militär und Politik im Chile der neunziger Jahre*. Freiburg.
- Rahat, Gideon/Sznajder, Mario (1998): “Electoral Engineering in Chile: the Electoral System and Limited Democracy”. In: *Electoral Studies* 17.4, S. 429-442.
- Rehren, Alfredo (1992): “Liderazgo presidencial y democratización en el Cono Sur de América latina”. In: *Revista de Ciencia Política* 14.1, S. 63-87.
- (1993): “La Presidencia en el gobierno de la Concertación”. In: *Estudios Sociales* 75, S. 15-38.
- Samuels, David J./Shugart, Matthew Soberg (2003): “Presidentialism, Elections and Representation”. In: *Journal of Theoretical Politics* 15.1, S. 33-60.
- Shugart, Matthew Soberg/Carey, John M. (1992): *Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics*. Cambridge.
- Shugart, Matthew Soberg/Haggard, Stephan (2001): “Institutions and Public Policy in Presidential Systems”. In: Haggard, Stephan/McCubbins, Matthew D. (Hrsg.): *Presidents, Parliaments and Policy*. Cambridge, S. 64-104.
- Siavelis, Peter M. (1997): “Executive-Legislative Relations in Post-Pinochet Chile: A Preliminary Assessment”. In: Mainwaring, Scott/Shugart, Matthew Soberg (Hrsg.), S. 321-362.
- (2000a): *The President and Congress in Postauthoritarian Chile. Institutional Constraints to Democratic Consolidation*. University Park, Pennsylvania.
- (2000b): “Disconnected Fire Alarms and Ineffective Police Patrols: Legislative Oversight in Postauthoritarian Chile”. In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 42.1, S. 71-98.
- (2002a): “Exaggerated Presidentialism and Moderate Presidents: Executive-Legislative Relations in Chile”. In: Morgenstern, Scott/Nacif, Benito (Hrsg.), S. 79-111.
- (2002b): “Coalitions, Voters and Party System Transformation in Post-authoritarian Chile”. In: *Government and Opposition* 37.1, S. 76-105.
- Siavelis, Peter M./Valenzuela, Arturo (1996): “Electoral Engineering and Democratic Stability: The Legacy of Authoritarian Rule in Chile”. In: Lijphart, Arend/Waisman, Carlos (Hrsg.): *Institutional Design in New Democracies*. Boulder, Col., S. 77-100.

- Snyder, Richard/Samuels, David (2001): "Devaluing the Vote in Latin America". In: *Journal of Democracy* 12.1, S. 146-159.
- Thayer, William (1995): *El Senado en el presidencialismo y el parlamentarismo. Evolución institucional y desafíos*. 2. Aufl., Valparaíso.
- Thiery, Peter (2000): *Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996*. Frankfurt/Main.
- Valenzuela, Arturo (1994): "Party Politics and the Crisis of Presidentialism in Chile: A Proposal for a Parliamentary Form of Government". In: Linz, Juan/Valenzuela, Arturo, Bd. II, S. 91-150.
- Valenzuela, Arturo/Wilde, Alexander (1979): "Presidential Politics and the Decline of the Chilean Congress". In: Smith, Joel/Musolf, Lloyd D. (Hrsg.): *Legislatures in Development: Dynamics of Change in New and Old States*. Durham, S. 189-215.
- Valenzuela, J. Samuel (1998): "La constitución de 1980 y el inicio de la redemocratización en Chile". In: Di Tella, Torcuato S. (Hrsg): *Crisis de representatividad y sistemas de partidos políticos*. Buenos Aires, S. 149-218.
- Weeks, Gregory (2003): *The Military and Politics in Postauthoritarian Chile*. Tuscaloosa/London.
- Wehr, Ingrid (2002): "Koalitionen im postautoritären Chile". In: *Lateinamerika Analysen* 3, S. 125-148.

Ingrid Wehr

Das Parteiensystem des nach-autoritären Chile: Vom polarisierten Pluralismus zur Nordamerikanisierung?

1. Einleitung

Im Gegensatz zur Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten ähnelte Chile bis 1973 in vielen Punkten einer typischen Parteiendemokratie westeuropäischer Prägung (Moulián 1993: 190; Lechner 1985: 34f.). Erste Honoratiorenparteien entstanden – früher als in den meisten lateinamerikanischen Ländern – mit der Herausbildung republikanischer Strukturen im Laufe des 19. Jahrhunderts. Die chilenischen Parteien übten einen entscheidenden Einfluss auf die Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen des Landes aus und begründeten die Legitimität und Stabilität des politischen Systems (Nohlen 1973: 72ff.). Öffentliche Ämter auf nationaler und kommunaler Ebene und Gewerkschaftsposten wurden ausschließlich über politische Parteien besetzt. Als wichtigste intermediäre Organisationen zwischen Zivilgesellschaft und politischem System genossen die chilenischen Parteien auch eine besondere verfassungsrechtliche Stellung. Ihre Rechte als zentrale Träger der öffentlichen Willensbildung wurden explizit in Art. 25 der Verfassung von 1925 festgelegt und in den folgenden Jahrzehnten sukzessive ausgeweitet (Soyke 1975: 209ff.).

Seit der Herausbildung des ersten rudimentären Parteiensystems im Laufe des 19. Jahrhunderts ist das stark fragmentierte chilenische Parteienspektrum in drei programmatisch klar getrennte Blöcke gespalten, deren Stärke jedoch im Laufe des 20. Jahrhunderts stark variierte (Montes/Mainwaring/Ortega 2000). Die charakteristische Dreiteilung von Parteienlandschaft und Wählerschaft, die von zahlreichen Sozialwissenschaftlern hervorgehoben wird, lässt sich – anknüpfend an Lipset/Rokkan (1967; auch Wehr 2001) – durch das Auftauchen dreier fundamentaler sozialer Konfliktlinien in der chilenischen Gesellschaft erklären. Diese *cleavages* sorgten zu verschiedenen historischen Zeitpunkten für politischen Zündstoff und führten zur Gründung politischer Parteien seitens der Konfliktakteure. Ausschlaggebend für die Herausbildung eines ersten rudimentären Parteiensystems war zu-

nächst die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche Mitte des 19. Jahrhunderts. Den zweiten wesentlichen Entwicklungsschub erhielt das politische System zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen der sozialen Frage, die den religiösen Konflikt zwar nicht ganz verdrängte, aber doch überlagerte. Die dritte entscheidende Umgestaltung des Parteienwettbewerbs vor der Militärherrschaft erfolgte dann im Laufe der sechziger Jahre durch die Ausbreitung des Klassenkonfliktes auf die ländlichen Gebiete.

2. Grundzüge des chilenischen Parteiensystems bis zum Militärputsch vom 11. September 1973

Chile zeichnet sich durch die frühe Herausbildung eines hoch kompetitiven Parteiensystems mit gleichzeitig stark eingeschränkter Wählerbasis aus. Eine erste Mobilisierung politischer Eliten und deren Anhängerschaft erfolgte Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der erbittert ausgetragenen Auseinandersetzungen über die Rolle der katholischen Kirche innerhalb des noch jungen Nationalstaates (Scully 1992: 36ff.; Valenzuela 1995: 15ff.). Um die Interessen der katholischen Kirche – und der landbesitzenden Oligarchie – gegen den republikanischen Säkularstaat zu verteidigen, schlossen sich katholische Kirchenführer und ihre aristokratischen Anhänger 1857 in der Konservativen Partei (*Partido Conservador*) zusammen. Die antiklerikalen Kräfte fanden ihre politische Heimat in der Radikalen Partei (*Partido Radical*), die 1863 ins Leben gerufen wurde. Dennoch kam es nicht zur Herausbildung eines bipolaren Parteiensystems, da aus früheren Machtkämpfen um das Präsidentenamt bereits eine lose organisierte Liberale Partei (*Partido Liberal*) hervorgegangen war, die zwar programmatisch den Radikalen näher stand, aus machtpolitischem Kalkül aber auch bereit war, mit den Konservativen zu koalieren (Scully 1992: 36ff.; Valenzuela 1995: 15ff.). Somit entstand ein erstes, flexibles Parteiensystem, in dem den Liberalen eine zentrale Scharnierfunktion zwischen den beiden Kontrahenten des Kirchenstreits zukam.

Nach einer kurzen, aber turbulenten Phase der Instabilität zwischen 1924 und 1932, entwickelte sich zwischen 1932 und 1957 ein zweites, ebenfalls dreigeteiltes und stark kompetitives Parteiensystem. Auslöser für die Umgestaltung des Parteiensystems waren die Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die umfassende soziale Umwälzungen mit sich brachten (Remmer 1984: 34ff.; Nohlen 1973: 50ff.). Die religiöse *cleavage*, die zu ersten Parteigründungen geführt hatte, wurde nun zunehmend von der sozialen Frage überlagert, ohne jedoch vollständig ver-

drängt zu werden. Der religiöse Gegensatz verschärfte den Klassenkonflikt, da sich die antiklerikale Seite des Parteienspektrums als Fürsprecher der erstarkenden Arbeiterbewegung verstand, während sich Kirche und Konservative Partei mit den Besitzinteressen des Großbürgertums identifizierten (Scully 1992: 62ff., 77f.). Mit dem *Partido Obrero Socialista* (1912), der sich später in eine Kommunistische Kaderpartei umwandelte und dem 1933 gegründeten *Partido Socialista* entstanden die ersten beiden Parteien außerparlamentarischen Ursprungs (zur Gründungsgeschichte der beiden Parteien Wehr 1996: 26ff.). Dennoch erfolgte die Integration zweier politischer Parteien, die die Interessen der aufstrebenden städtischen Arbeiterschaft vertraten und sich selbst als marxistisch definierten, relativ problemlos. Die rasche Legalisierung und frühe Einbindung in die Regierungsverantwortung verhinderten eine Radikalisierung der beiden Parteien (Moulián/Torres 1993: 88ff.). "Erkauft" wurde die Zulassung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften im städtischen Bereich jedoch durch den unausgesprochenen Elitenkonsens, die Besitzverhältnisse auf dem Land nicht anzutasten. Die Ausdehnung der politischen Partizipationsrechte blieb auf die städtische Arbeiterschaft beschränkt, während die Landarbeiter nach wie vor in feudalen Abhängigkeitsverhältnissen lebten (Scully 1992: 90). Die Stabilität der vermeintlichen Musterdemokratie Lateinamerikas beruhte somit auf weitreichenden Zugeständnissen gegenüber der Konservativen Partei. Der Fortbestand des *Hacienda*-Systems auf dem Land und die damit verbundene Kontrolle der Wählerschaft seitens der Konservativen verhinderten eine Umsetzung von Mehrheiten an der Wahlurne in tatsächliche Veränderungen des politischen Systems. Die erfolgreiche Eingliederung der Arbeiterparteien in den Parteienwettbewerb stellte jedoch nicht die einzige Umgestaltung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Die Rolle der Liberalen Partei als pragmatischer, koalitionsfähiger Zentrumpartei wurde nun von der Radikalen Partei übernommen. Den rechten Pol des Parteiensystems bildete nach wie vor die Konservative Partei (Pereira 1994). In grundlegenden Fragen der Sozial- und Arbeitspolitik, die in wachsendem Maße die parlamentarische Agenda bestimmten, fand sie zunehmend einen Allianzpartner in der Liberalen Partei.

Nach einer kurzen populistischen Phase zu Beginn der fünfziger Jahre, die nicht zuletzt Ausdruck der Krise des Parteiensystems war, setzte im Laufe der sechziger Jahre ein Konsolidierungsprozess ein. Seit den Kongresswahlen von 1957 verringerte sich der Fragmentierungsgrad der Parteienlandschaft: Während die vier stärksten Parteien 1961 nur 67% der Stimmen auf

sich vereinigen konnten, waren es 1969 bereits 79% und 1973 84% (Nolte 1989: 240). Der rechte Pol des Parteienspektrums wurde nun von der Nationalen Partei (*Partido Nacional*) eingenommen, einer Fusion aus Liberalen und Konservativen, die das freie Unternehmertum und die Unantastbarkeit der Besitzverhältnisse auf dem Land verteidigte.¹ Aber auch die beiden Linksparteien intensivierten ihre Kooperation und schlossen sich zwischen 1958 und 1973 in gemeinsamen Wahlbündnissen zusammen (Moulián/Torres 1993: 159ff.). Gleichzeitig mit dem Konzentrationsprozess kam es zu starken Gewichtsverschiebungen und zu einer wachsenden Polarisierung zwischen den einzelnen parteipolitischen Blöcken. Die Radikale Partei büßte ihre Scharnierfunktion im Parteiensystem ein. Ihr Wählerpotential schrumpfte im Laufe der sechziger Jahre von 21,4% auf 3,6%. Gleichzeitig etablierte sich die Christdemokratische Partei als neue Zentrumsparterie. Die Erfolge der Christdemokratie gingen jedoch nicht auf Kosten der Linken, obwohl beide um den gleichen Wählerstamm konkurrierten. Das Wählerpotential der beiden Arbeiterparteien stieg vielmehr zwischen 1961 und 1973 von 29% auf 44,2%. Den großen Verlierer der parteipolitischen Wandlungsprozesse stellte, neben den Radikalen, vor allem die Rechte dar, deren Unterstützung in der Wählerschaft von 30,4% auf 21,1% sank.² Nachdem sich in Chile bereits frühzeitig ein zwar hoch kompetitives, aber auch stark exklusives Parteiensystem herausgebildet hatte, fand Ende der fünfziger Jahre (zu den Wahlrechtsreformen siehe Gil 1966: 215-224; Lechner 1985: 23ff.; Nohlen 1973: 38ff.; Scully 1992: 134ff., 144ff.) – verspätet und mit großer Geschwindigkeit – ein Wandlungsprozess zu einer Politik der Massenpartizipation statt. Der Prozess begann in den vierziger Jahren mit der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen³ und vertiefte sich in den fünfziger Jahren mit der

¹ Nachdem die programmatischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien im Laufe der sechziger Jahre irrelevant geworden waren, schlossen sich die beiden ehemaligen Rivalen nach der katastrophalen Niederlage bei den Parlamentswahlen von 1965 zusammen. Zur Gründung des *Partido Nacional* vgl. Moulián/Torres (1989: 345ff.).

² Eine ausgezeichnete Analyse der Entwicklung des Parteiensystems und der Wählerschaft in den sechziger und siebziger Jahren, die auch zahlreiche Literaturhinweise enthält, findet sich bei Nolte (1989); siehe ferner auch Valenzuela (1995: 53-64) und Valenzuela/Valenzuela (1982).

³ Die späte Einführung des Frauenwahlrechts in Chile ging keineswegs auf den Einfluss der katholischen Kirche zurück, sondern auf den Widerstand der antiklerikalen Parteien, die Angst davor hatten, dass die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen die eigene Wählerbasis unterminieren könnte. Hierzu die spannende Studie von Erika Maza Valenzuela (1995).

politischen und sozialen Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung.⁴ Die Ausweitung der sozialen Frage auf die Bauern und der Verlust der oligarchischen Kontrolle über die Wähler auf dem Land führte zum Ende des Elitenkompromisses und zu einschneidenden Umorientierungen innerhalb des Parteiensystems. Eine der Hauptantriebskräfte des Wandels war der 1957 neugegründete *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) (Hofmeister 1995: 52ff.; Fleet 1985: 43-79). 1964 konnte die junge Partei mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Eduardo Frei einen herausragenden Wahlsieg erringen und ein umfassendes Modernisierungsprogramm in Angriff nehmen, das auch eine Agrarreform umfasste (Nohlen 1973: 91-147; Hofmeister 1995: 122-148; Fleet 1985: 80-127). Die Integration einer Zentrumspartei mit einem klaren programmatischen Profil veränderte den Charakter des Parteiensystems vollständig (Scully 1992: 165ff.). Anders als seine Vorgängerorganisationen stellte der PDC eine direkte Antwort auf die zentrale politische Konfliktlinie (Arbeit vs. Kapital im agrarischen Bereich) dar. Die Christdemokraten bezogen eine klare ideologische Position zur sozialen Frage – und insbesondere zur Lage der Bauern. Dies verhinderte ein pragmatisches Taktieren zwischen den beiden anderen parteipolitischen Polen. Nachdem die Christdemokratie ihre anfängliche Parlamentsmehrheit verloren hatte, standen sich nun die drei parteipolitischen Lager unversöhnlich gegenüber. Bedingt durch die späte, aber abrupte Ausweitung des Wahlrechts und die gleichzeitige Einleitung umfassender Reformen, die das bisherige Entwicklungsmodell und die Besitzverhältnisse auf dem Land radikal in Frage stellten, kam es zu einer zunehmenden Polarisierung der chilenischen Gesellschaft (Sartori 1976: 145ff.; Valenzuela 1994: 103ff.). Die strukturellen Ursachen für den blutigen Militärputsch vom 11. September 1973 reichen also bis in die sechziger Jahre zurück. Als mit Salvador Allende 1970 erstmals ein demokratisch gewählter marxistischer Präsident das höchste Staatsamt in Chile übernahm, waren die Weichen für das gewaltsame Ende der (eingeschränkten) Demokratie bereits gestellt. Die konservativen Vetospieler waren nicht länger bereit, sich den Regeln des demokratischen Wettbewerbs unterzuordnen.⁵

⁴ Vgl. hierzu Nolte (1989: 235ff.); die massive Ausweitung des Wahlrechtes kam jedoch nicht der Linken zugute; vgl. hierzu Valenzuela/Valenzuela (1982).

⁵ Natürlich trugen auch revolutionäre Splittergruppen im linken Lager und rechte paramilitärische Organisationen zu einer weiteren Aufheizung des politischen Klimas bei. Die Ursachen für das Scheitern der Demokratie sind jedoch wesentlich in der Aufkündigung des Elitenkompromisses zu finden, die Besitzverhältnisse auf dem Land – und damit die Machtbasis der Rechten – nicht anzutasten.

3. Die politischen Parteien unter dem Militärregime (1973-1989)

Bereits wenige Tage nach dem Militärcoup, der zahlreichen Mitgliedern von Parteien, die der *Unidad Popular*⁶ angehört hatten, das Leben kostete, gingen die Militärs gegen den Gewerkschaftsdachverband CUT (*Central Unica de Trabajadores*) vor, um die Machtbasis der linken Parteien zu zerstören. Im Oktober 1973 wurden alle marxistischen Parteien verboten, zahlreiche Parteiführer wurden verhaftet, gefoltert, ermordet oder ins Exil gezwungen (Wehr 1996: 83ff., 172ff.). Im März 1976 verbot die Militärregierung schließlich alle Parteien. Der Ausschluss betraf auch die Christdemokraten, deren Führung zunächst mehrheitlich den Putsch als notwendige Maßnahme zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung begrüßt hatte. Gemeinsam mit ihren ehemaligen Kontrahenten aus dem sozialistischen und kommunistischen Lager musste die Partei in den Untergrund abtauchen. Überleben konnten die Parteien die lange Untergrundphase nicht zuletzt dank der mutigen Haltung der katholischen Kirche, die zahlreichen Oppositionspolitikern – unabhängig von deren politischer Überzeugung – rechtlichen Beistand gewährte. Der *Partido Nacional* hatte sich als Reaktion auf den Militärputsch, den er unterstützte, freiwillig aufgelöst, seine Führer zogen sich in das Privatleben oder den diplomatischen Dienst zurück. Teile der ehemaligen rechten Parteielite erhielten jedoch auch Posten innerhalb des Militärregimes und wirkten an der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit (Moulián/Torres 1989: 356; Valenzuela/Valenzuela 1982: 628f.; Pollack 1999, Kap. 3 u. 4).

Die zwangsweise verordnete "Ruhepause" der politischen Parteien fand erst Mitte der achtziger Jahre ein Ende, nachdem die Legitimationsbasis des Militärregimes als Folge einer tiefen Wirtschaftskrise geschwunden war und die Militärs sich nach lang anhaltenden Massenprotesten gezwungen sahen, einen demokratischen Öffnungsprozess einzuleiten. Wenn auch die Dynamik des chilenischen Demokratisierungsprozesses kurzfristig "von unten" kam, so gewannen mit der Ankündigung des Wahlregister- und Parteiengesetzes Ende 1986/Anfang 1987 die Parteieliten die Schlüsselrolle innerhalb der Oppositionsbewegung wieder. Die entscheidenden Verhandlungen des demokratischen Übergangsprozesses, der in die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. Dezember 1989 mündete, fanden zwischen den Parteieliten und dem Militärregime statt.

⁶ Die *Unidad Popular* war das Regierungsbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und einigen anderen Splitterparteien, die Präsident Allende unterstützten.

4. Kontinuitäten und Brüche im nach-autoritären Parteiensystem

Wenn politische Parteien mehr als 16 Jahre in der Illegalität arbeiten müssen, ein Großteil der Parteiführungen ermordet und ins Exil gezwungen wird und zudem seitens der militärischen Machthaber massive Versuche unternommen werden, die Parteiendemokratie an sich zu diskreditieren, stellt sich natürlich die Frage, inwieweit die wesentlichen Charakteristika des Parteiensystems die autoritäre Phase überdauert haben und in welchem Ausmaß die historischen Wählerpräferenzen wieder auftauchen. Betrachtet man die Entwicklungen des chilenischen Parteiensystems in diesem Jahrhundert, so spricht vieles für Lipset und Rokkans These, dass Parteiensysteme, wenn sie sich einmal als Antwort auf tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzungen etabliert haben, ein erstaunlich zähes Eigenleben führen. Überraschend ist zunächst, dass es dem Militärregime trotz brutaler Verfolgung nicht gelungen ist, die historischen Parteien auszulöschen, wenn man einmal von der Nationalen Partei absieht, die sich zu Beginn der Militärherrschaft freiwillig aufgelöst hatte.⁷ Sowohl Christdemokraten, als auch Sozialisten und Kommunisten konnten aufgrund der starken gesellschaftlichen Verankerung in Subkulturen⁸ die lange Untergrundphase überleben und sich bei den ersten Wahlen 1989 unter ihren alten Namen und Fahnen wieder der Wählerschaft präsentieren. Bereits die Ergebnisse der ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Dezember 1989 deuteten darauf hin, dass die traditionelle ideologische Dreiteilung des stark fragmentierten Parteienspektrums weitgehend erhalten blieb, auch wenn es zu z.T. erheblichen Gewichtsverlagerungen zwischen den einzelnen Blöcken kam (Thibaut 1996: 267; Hofmeister 1995: 258ff.; Scully 1995: 127). Die christdemokratische Partei erreichte zu Beginn der neunziger Jahre mit knapp 30% der Wählerstimmen in etwa ihre Ergebnisse bei den letzten Kongresswahlen von 1969 (29,8%) und 1973 (29,1%). Sie stellte damit nach der autoritären Zwangspause zunächst die stärkste politische Partei Chiles dar. Allerdings musste der PDC im Laufe der neunziger Jahre erhebliche Stimmenverluste hinnehmen. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 16.12.2001 büßten die Christdemokraten ihre Führungsrolle ein und wurden von der rechten

⁷ Die Radikale Partei hatte bereits im Laufe der sechziger Jahre einen dramatischen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Zu den Gründen siehe Nolte (1989: 271ff.).

⁸ Zivilgesellschaftliche Organisationen, die bis in die siebziger Jahre stark von den politischen Parteien kontrolliert worden waren, wurden zu einem Ersatzraum für parteipolitische Aktivitäten. Vgl. hierzu u.a. Garretón (1993: 449ff.); Valenzuela/Valenzuela (1982: 636ff.).

UDI als stärkste Kraft abgelöst. Die beiden Rechtsparteien erhielten in den ersten nach-autoritären Wahlen ca. ein Drittel der Stimmen. Eine ähnlich starke Wählerzustimmung hatte die Konservativen zuletzt in den vierziger Jahren erreicht. Hingegen mussten die Linksparteien empfindliche Verluste hinnehmen. Hatte die Linke bei den Wahlen von 1969 noch 31,2% der Stimmen auf sich vereinigen können und bei den Kongresswahlen von 1973 mit 44,2% ihren bisher höchsten Wahlsieg errungen, musste sie sich bei den Parlamentswahlen von 1989 mit knapp 20% begnügen. Die Kommunistische Partei blieb sogar erstmals seit 1925 ohne Parlamentsvertreter.⁹ In den folgenden nach-autoritären Wahlen konnte die parlamentarische Linke jedoch wieder leichte Gewinne verzeichnen. Die Wahlergebnisse von Sozialisten und PPD lagen in den neunziger Jahren bei ca. 23%. Den Kommunisten gelang es hingegen nicht, an ihre Wahlerfolge der vor-autoritären Zeit anzuknüpfen. Im Durchschnitt konnte die traditionsreiche Arbeiterpartei – außerhalb der historischen Hochburgen – lediglich ca. 5% der Wählerstimmen gewinnen. Insgesamt ist die Fragmentierung des Parteiensystems ähnlich hoch wie in den sechziger und siebziger Jahren: Die sechs wichtigsten Parteien¹⁰ konnten bei allen nach-autoritären Wahlen – mit Ausnahme der Kommunalwahlen von 1992 – ca. 80% der Stimmen auf sich vereinigen. Oberflächlich betrachtet scheinen daher zunächst mehr Kontinuitäten als Brüche zwischen dem Parteiensystem der sechziger und siebziger und dem nach-autoritären Parteiensystem der neunziger Jahre erkennbar. Die politischen Parteien, die nach dem Ende der Militärherrschaft wieder an die Öffentlichkeit traten, sind jedoch nicht mehr die gleichen Parteien, die sich in den sechziger Jahren in unversöhnlichen Lagern gegenübergestanden hatten. Die sozioökonomischen Wandlungsprozesse im Zuge der neoliberalen Wirtschaftsreformen, Lernprozesse der christdemokratischen und sozialistischen Partieliten und das neue Wahlsystem haben zu wesentlichen Veränderungen in Programm und Selbstverständnis der Parteien, als auch in den Wettbewerbsmustern geführt.

Die "heimatlose Rechte" musste sich im Zuge des Redemokratisierungsprozesses eine neue politische Organisation suchen. Anfang 1987 ver-

⁹ Zu umfassenden Analysen der einzelnen Wahlen vgl. u.a. Cavedes (1991); Nolte (1994); Angell/Pollack (1995); Blomeier (1998; 2000); Jouineau (1998); Lagos (1998). Zu den Kontinuitäten im Wahlverhalten vgl. auch die auf der Analyse der Kommunalwahlen von 1992 basierende Studie von Scully/Valenzuela (1997).

¹⁰ Es handelt sich hierbei um UDI, RN, PDC, PS, PPD und KP. Die Radikalen, die bei den Abgeordnetenwahlen unter die 5%-Marke fielen, blieben hingegen unberücksichtigt.

einigten sich drei rechte Splittergruppen unter der Schirmherrschaft des jungen Unternehmers Andrés Allamand zur *Renovación Nacional* (RN) (Otano 1995: 39ff.; Pollack 1999, Kap. 2). Aufgrund machtpolitischer und inhaltlicher Auseinandersetzungen zerfiel die Partei jedoch bereits ein Jahr später.¹¹ Der so genannte "gremialistische" Flügel trat aus der *Renovación Nacional* aus und reorganisierte die bereits 1983 ins Leben gerufene *Unión Demócrata Independiente* (UDI). Die Wurzeln der so genannten "Gremialisten" reichen bis in die sechziger Jahre zurück. Als Antwort auf die von Präsident Frei geplanten Universitätsreformen hatte sich unter der konservativen Studentenschaft an der Universidad Católica in Santiago Widerstand organisiert.¹² Nach dem Militärputsch nahmen die "Gremialisten" zusammen mit den so genannten *Chicago Boys* Schlüsselpositionen bei der Ausgestaltung des Wirtschaftsmodells des Militärregimes und der institutionellen Absicherung der autoritären Umgestaltungen wahr (Pollack 1999, Kap. 2 u. 3; Huneeus 2000). Mit der UDI ist erstmals eine rechte Partei entstanden, die sich eindeutig als Interessenvertreterin des Militärs und Verwalterin des Erbes der Militärherrschaft versteht.¹³ Bei den Auseinandersetzungen um die Verhaftung und spätere Freilassung General Pinochets durch die *Labour*-Regierung in London hat die UDI eine dezidiert nationalistische Haltung eingenommen und den Ex-Diktator als großen Staatsmann verteidigt, der sich in hervorragender Weise um das chilenische Vaterland verdient gemacht habe. Präsidentschaftskandidat Joaquín Lavín bemühte sich im Laufe des Präsidentschaftswahlkampfes 1999/2000 allerdings darum, eine gewisse Distanz zum Ex-Diktator zu wahren und mochte "den englischen Patienten" bei seiner Rückkehr im März 2000 nicht persönlich auf dem Flughafen empfangen. Im Gegensatz zu ihrer konservativen Schwesterpartei haben die Abgeordneten

¹¹ Anlass der Streitigkeiten war die Frage, ob die Partei Pinochet im Plebiszit unterstützen sollte oder nicht. Hierzu Otano (1995: 58f.); zur UDI ferner Valenzuela (1995: 65ff.).

¹² Der *gremialismo* entstand in den sechziger Jahren im Umfeld der Rechtswissenschaftlichen Fakultät "Universidad Católica" und hatte es sich zum Ziel gesetzt, Chile vor der Überfremdung durch ausländische Ideologien und Wertvorstellungen zu retten. Um die Macht der politischen Parteien zu brechen, wurde die Einrichtung eines starken Verbändewesens vorgeschlagen. Vgl. Benavente (1982: 90f.); Ruiz (1984: 153ff.); Pollack (1999: 31ff.).

¹³ Im Parteiprogramm heißt es unter Punkt 15 "Aufgabe der Militärs": "Die Unión Demócrata Independiente erkennt an, dass die Streitkräfte und Polizeikräfte als Institutionen, die Einheit Chiles verkörpern, die nationale Verteidigung und territoriale Unversehrtheit garantieren und die historisch-kulturelle Identität des Vaterlandes und daß ihre Aufgabe darin besteht, die institutionelle Ordnung der Republik zu garantieren." UDI, "Declaración de Principios", in: <<http://www.udi.cl>> (Übers. d. Autorin).

der UDI konsequent gegen die Reformprogramme der drei nach-autoritären *Concertación*-Regierungen¹⁴ gestimmt. Neben der Bewahrung des Wirtschaftsmodells und der autoritären Enklaven (Wahlrecht, designierte Senatoren und Vorrechte der Militärs – Croissant/Thiery 2000), gilt der Kampf der Partei der Eindämmung der “totalitären Einflüsse des Marxismus”. Als Voraussetzung für eine freie Gesellschaft wird die Existenz einer freien Marktwirtschaft – bei strikter Subsidiarität des Staates – angesehen.

Anders als ihr langjähriger Koalitionspartner versuchte die *Renovación Nacional*, insbesondere unter der Führung Andrés Allamands, an die Traditionen des *Partido Nacional* – allerdings mit neuem Führungspersonal – anzuknüpfen und sich als moderne Partei rechts der Mitte zu etablieren. Wie die UDI spricht sich auch die *Renovación Nacional* für die soziale Marktwirtschaft und den Schutz des Privateigentums und der Familie aus. Das Parteiprogramm¹⁵ enthält jedoch ein eindeutiges Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie und vermeidet jegliche Bezugnahme auf die “goldene Vergangenheit” der Militärdiktatur. Die Partei distanzierte sich auch klar von den Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes. Während die UDI ihre Energien darauf konzentrierte, das konstitutionelle Erbe des Militärregimes zu verteidigen, zeigte sich die *Renovación Nacional* zumindest in Teilbereichen kompromissbereit. Wichtige Reformprogramme der Regierungen Aylwin und Frei, so etwa die Steuerreform, die Reform des Arbeitsrechtes und die Reform des Art. 9 der Verfassung, durch die der Präsident das Begnadigungsrecht erhielt, hätten ohne die Unterstützung durch die *Renovación Nacional* nicht die notwendigen Mehrheiten im Kongress gefunden.¹⁶ Das Wählerpotential des rechten Parteienspektrums lag bei allen Wahlen der neunziger Jahre deutlich über den Ergebnissen der vor-autoritären Phase, wobei in zahlreichen Wahlbezirken ein kontinuierliches Wachstum zu verzeichnen war. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 2001 konnte das rechte Wahlbündnis “Alianza por Chile” 44% der Wählerstimmen erreichen und unterlag damit dem Regierungsbündnis (48%) nur

¹⁴ Die so genannte *Concertación* stellt das aus der Oppositionsbewegung zu Pinochet gewachsene Regierungsbündnis aus Christdemokraten, Sozialisten, PPD und der Radikalen Partei dar.

¹⁵ Zu Programm und Prinzipienerklärung siehe “Principios y Fundamentos”, <<http://www.rn.cl>>.

¹⁶ Auch an der erfolgreichen Verabschiedung einer partiellen Verfassungsreform im Juli 1989 waren Politiker der RN wesentlich beteiligt (vgl. Otano 1995: 83f.).

knapp.¹⁷ Gleichzeitig mit der zunehmenden Stärke der Rechten kam es auch zu einer bedeutenden Gewichtsverlagerung zwischen den beiden Rechtsparteien. Hatte die *Renovación Nacional* bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1989 noch 24,2% der Wählerpräferenzen auf sich vereinigen können und damit mehr als doppelt so viele Stimmen wie die UDI (10%), hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Parteien inzwischen umgekehrt. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 2001 erreichte die UDI mit 25,2% (31 Sitze) fast doppelt so viele Wählerstimmen wie die Schwesterpartei *Renovación Nacional*, die sich mit 13,8% der Stimmen (18 Sitze) zufrieden geben musste.¹⁸ Die Niederlage beim internen Krätemessen im rechten Lager hat zudem zu einer nachhaltigen Schwächung des liberalen Flügels der *Renovación Nacional* geführt. Die UDI konnte hingegen nicht nur ihren Stimmenanteil deutlich verbessern, sondern auch das Image des "kleinen Koalitionspartners" abschütteln. Mit Joaquín Lavín, dem jung-dynamischen Bürgermeister von Santiago (Zentrum), stellte die UDI bei den dritten nach-autoritären Präsidentschaftswahlen im Dezember 1999/Januar 2000 den gemeinsamen Kandidaten der Rechten, der dem Kandidaten der bisherigen Regierungskoalition, Ricardo Lagos, nur äußerst knapp im zweiten Wahlgang unterlag.¹⁹

Die "Christdemokratie", die im Laufe der sechziger Jahre die Radikalen als Zentrumsparterie abgelöst hatte, war auch in den neunziger Jahren die stärkste Partei Chiles. Allerdings konnte der PDC die spektakulären Wahlergebnisse der Gründungsphase nicht wiederholen. Hatte die Christdemokratie bei den ersten nach-autoritären Wahlen im Dezember 1989 noch jeweils ein Drittel der Wählerstimmen in Senat und Abgeordnetenhaus erringen können, reduzierte sich das Wählerpotential im Laufe der neunziger Jahre erheblich. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1997 erreichte der

¹⁷ Ausführliche Wahldaten u. Wahlanalysen zu den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 finden sich auf den folgenden Webseiten: <www.electoral.cl> und <www.elecciones.gov.cl>.

¹⁸ Bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1997 erreichte die RN mit 16,8% der Stimmen im Abgeordnetenhaus lediglich ein geringfügig besseres Ergebnis als die UDI (14,4%). Bei den Teilwahlen zum Senat schnitt die UDI mit 17,2% der Stimmen sogar besser ab als ihre Schwesterpartei, die lediglich 14,8% erhielt. Bei der Sitzverteilung fiel das Ergebnis noch deutlicher aus. Während die RN acht Sitze im Abgeordnetenhaus und vier Sitze im Senat verlor, gewann die UDI drei Abgeordneten- und zwei Senatssitze hinzu. Zum Krätemessen zwischen UDI und RN bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1997 siehe Blomeier (1998: 31, 44f.) und Jouineau (1998: 97ff.).

¹⁹ Mit 48% der Stimmen erzielte Lavín das beste Ergebnis für einen Kandidaten der Rechten seit 1932.

PDC lediglich 23% der Stimmen und wurde erstmals von seinen beiden linken Koalitionspartnern übertroffen. Der Abwärtstrend setzte sich auch bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 fort, bei denen die Partei einen historischen Tiefstand von knapp 19% der Wählerstimmen erreichte. Auch wenn sich ein Teil der Einbußen durch vorherige Koalitionsabsprachen erklären lässt, die sich aus den Zwängen des chilenischen Wahlsystems ergaben, so fielen die Stimmenverluste der Christdemokratie dennoch höher als bei allen anderen Parteien aus (Magar/Rosenblum/Samuels 1998: 717ff.). Die Christdemokraten mussten daher auch hinnehmen, dass die dritte Koalitionsregierung von Ricardo Lagos, einem Sozialisten, geführt wird.²⁰ Die Wahlniederlage vom Dezember 2001 hat die Krise in der chilenischen Christdemokratie vertieft und dürfte zukünftig zu Problemen innerhalb der sozialistisch geführten Regierungskoalition führen. In programmatischer Hinsicht knüpfte der PDC zu Beginn der neunziger Jahre wieder an die Grundsatzklärungen der vor-autoritären Phase an, die auf den Ideen der christlichen Philosophie und der katholischen Soziallehre basierten. In eindeutiger Abgrenzung vom Marxismus, aber auch vom Liberalismus nord-amerikanischer Prägung, propagierte die chilenische Christdemokratie in den sechziger Jahren eine kommunitaristische Gesellschaftsordnung, die auf humanistischen Werten basiert. Diese Grundideen blieben auch während der langen Untergrundphase lebendig und flossen in das 1991, unter breiter Mitarbeit der Parteibasis, erarbeitete Programm ein. Der PDC definiert sich heute als Volkspartei, die sich auf humanistische und christliche Grundwerte beruft. Ziel ist die Errichtung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, die sich insbesondere um die Integration der benachteiligten Bevölkerungssektoren bemüht. Im wirtschaftspolitischen Teil des Programms bekennt sich der PDC zur freien Marktwirtschaft mit sozialstaatlicher Komponente und zur Privatinitiative (Hofmeister 1995: 52ff., 210ff., 268ff.; Frei 1997). Während die Partei in programmatischer Hinsicht große Kontinuitäten mit der vor-autoritären Zeit aufweist, zeigen sich im allianzpolitischen Bereich die größeren Unterschiede. Im Laufe des Untergrunddaseins gab die christdemokratische Parteiführung ihren Hang zum Alleingang auf und war bereits Mitte der achtziger Jahre bereit, Oppositionsbündnisse mit anderen

²⁰ Der Präsidentschaftskandidat des bisherigen Regierungsbündnisses – und jetzige Präsident Chiles – wurde am 30.5.1999 in offenen Vorwahlen – nach nordamerikanischem Vorbild – bestimmt. Der Sozialist und ehemalige Staatsminister Ricardo Lagos konnte sich mit eindeutiger Mehrheit gegen seinen christdemokratischen Konkurrenten Andrés Baldívar durchsetzen.

demokratischen Parteien einzugehen. Im reformierten Sektor der Sozialistischen Partei fand die *Democracia Cristiana* einen loyalen Bündnispartner, der es ihr ermöglichte, Teile der demokratischen Linken einzubinden und gleichzeitig die bei vielen Christdemokraten abgelehnte marxistische Linke auszuschließen.²¹ Mit Unterstützung ihrer sozialistischen und sozialdemokratischen Allianzpartner stellte der PDC die beiden ersten Präsidenten der nach-autoritären Phase und setzte ein moderates Reformprogramm in die Praxis um, das zumindest einige der autoritären Hinterlassenschaften des Militärregimes abbauen konnte.²²

Die "Sozialistische Partei", die vor dem Putsch noch ein sehr viel ambivalenteres Verhältnis zum bürgerlichen Rechtsstaat besessen hatte als die KP, machte in den achtziger Jahren einen erfolgreichen Reformprozess zu einer modernen, sozialdemokratisch ausgerichteten *catch-all party* durch. Der Prozess verlief für die Sozialisten jedoch äußerst schmerzhaft und führte zunächst zu einer Spaltung der Partei im Exil.²³ Seit Mitte der achtziger Jahre baute sich der Reformsektor der Sozialisten unter Führung von Ricardo Núñez eine eigene Machtbasis in Chile auf, um im Untergrund auf eine programmatische Erneuerung der Sozialistischen Partei hinzuwirken. Nach der Wiedervereinigung der beiden Parteifraktionen im Dezember 1989 gelang es dem Reformsektor um Ricardo Núñez, sich allmählich gegen die Reformgegner innerhalb der wiedervereinigten Partei durchzusetzen (Wehr 1996: 248ff.). Der Umdenkungsprozess fand seinen Ausdruck in einem neuen Parteiprogramm, das vom Selbstverständnis als marxistische Arbeiterpartei abrückt und ein eindeutiges Bekenntnis zur liberalen Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft enthält. Neben dem kritischen und modernen Marxismus rechnet die Sozialistische Partei heute ausdrücklich die Werte des Humanismus und der christlichen Soziallehre zu ihren programmatischen

²¹ Der Grundstein für die spätere *Concertación* wurde bereits 1983 mit der Gründung der *Alianza Democrática* gelegt. Eine genaue Dokumentation zur Vorgeschichte der *Concertación* findet sich bei Ortega (1992: 227-272).

²² Hierzu u.a. Nolte (1994: 81ff.); Blomeier (1998: 17ff.); ein ironisch-sarkastischer Abgesang auf die "democracia de los acuerdos" findet sich beim "Nestbeschmutzer" Moulián (1997).

²³ Erste Impulse für die ideologische Erneuerung gingen jedoch nicht von den beiden zersplitterten Parteiführungen, sondern von Parteien und Institutionen der Exilländer und von jungen Akademikern in parteiunabhängigen Forschungsinstitutionen in Chile (FLACSO, SUR) aus. Zum Prozess der so genannten *Convergencia Socialista* siehe Wehr (1996: 187-228).

Grundsätzen.²⁴ Als Juniorpartner haben die Sozialisten wesentlich zum Erfolg der ersten beiden nach-autoritären Regierungen unter den Christdemokraten Patricio Aylwin und Eduardo Frei beigetragen. Auch in der heiklen Frage des Umgangs mit den Menschenrechtsverletzungen während des Militärregimes, ist es der sozialistischen Parteispitze bisher gelungen, die kritische Parteilinke auf Regierungskurs zu halten. Gemeinsam mit dem PPD sind die Sozialisten inzwischen zur führenden Kraft des Regierungsbündnisses avanciert und stellen mit Ricardo Lagos den zweiten sozialistischen Präsidenten in der Geschichte Chiles.

Der PPD (*Partido por la Democracia*) ist das "Kind" des sozialistischen Reformsektors, das – gegen den erklärten Willen seiner Gründungsväter – zu einer eigenständigen politischen Partei geworden ist und sich inzwischen erfolgreich einen Platz im chilenischen Parteiensystem erkämpft hat. Ins Leben gerufen wurde der PPD im November 1987, anfänglich als "instrumentelle" Partei. Sein Zweck sollte lediglich darin bestehen, gemeinsame Aktionen der Oppositionsparteien anlässlich des Plebiszites von 1988 zu koordinieren und die Fallstricke des von den militärischen Machthabern verabschiedeten Parteien- und Wahlgesetzes zu umgehen. Nachdem die Initiative am mangelnden Interesse der anderen Parteien gescheitert war, wurde der PPD zunächst zum legalen Deckmantel des Reformsektors der Sozialistischen Partei. Nach der Wiedervereinigung der Sozialistischen Partei im Dezember 1989 wurde die Frage der zukünftigen Rolle des PPD schnell zu einem Zankapfel zwischen den beiden Parteiflügeln (Wehr 1996: 243f., 260f.). Entgegen dem entschiedenen Wunsch der sozialistischen Reformer, die für eine allmähliche Fusion der beiden Organisationen eintraten, kam es nach den Kommunalwahlen vom Juni 1992 zur endgültigen Trennung der beiden Parteien (ebda.: 272ff.). Die überwältigende Mehrheit der Sozialisten, die Führungspositionen innerhalb des PPD eingenommen hatten, kehrten wieder zum PS zurück. Die verbleibende PPD-Führung setzte sich nun fast ausschließlich aus Mitgliedern der ehemaligen christlichen Linken,²⁵ des *Partido Radical* und einigen wenigen kommunistischen Dissidenten zusammen. Die Parteiprogramme von Sozialisten und PPD gleichen sich in we-

²⁴ Zum programmatischen Selbstverständnis vgl. PSCh "Documento de Acuerdo-Político-Doctrinario", 29.12.1989, in: Núñez (1991, Bd. 1, S. 315).

²⁵ Bei der so genannten "christlichen Linken" handelt es sich um Splittergruppen, die sich im Laufe der sechziger bzw. zu Beginn der siebziger Jahre von der Christdemokratie gelöst hatten, um Wahlbündnisse mit den marxistischen Parteien einzugehen. Im Reformprozess der Sozialistische Partei haben Intellektuelle dieser Gruppierungen eine wichtige Rolle gespielt. Siehe hierzu Wehr (1996: 216ff.).

sentlichen Punkten. Wie die Sozialisten propagieren auch die *pepedeístas* eine harmonische Zusammenarbeit des freien Unternehmertums mit einem dezentralisierten und schlanken Staat. Der PPD definiert sich ausdrücklich als Volkspartei und bekennt sich zur Tradition des demokratischen Sozialismus und des fortschrittlichen Liberalismus.²⁶ Mit seiner dezidiert laizistischen Grundhaltung hat der PPD in gewisser Weise das Erbe der Radikalen Partei angetreten, die in den neunziger Jahren nur noch ein Schattendasein führt. Seit der Trennung von den Sozialisten konnte sich der PPD eine solide Wählerbasis von ca. 12% sichern und weist damit etwa die gleiche Stärke auf wie die Sozialisten. PS und PPD haben bei den Abgeordnetenwahlen vom Dezember 1997 erstmals den Stimmenanteil der Christdemokratie übertroffen.²⁷ Der Trend setzte sich bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 fort. PPD und PS sind seit März 2002 mit 33 Abgeordneten im Kongress vertreten, während der christdemokratische Anteil von 38 auf 24 Sitze schrumpfte.

Im Gegensatz zu ihrer erfolgreichen sozialistischen Schwesterpartei, die gemeinsam mit dem neugegründeten Allianzpartner PPD ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen konnte, befindet sich die "Kommunistische Partei" Chiles seit Ende der achtziger Jahre in einer tiefen Krise. Nach dem gescheiterten Versuch, das Militärregime durch einen bewaffneten Volksaufstand zu stürzen, gliederte sich die KP erst mit großer Verspätung in den politischen Übergangsprozess ein. Bei den ersten nach-autoritären Wahlen im Dezember 1989 erlitt die Partei eine empfindliche Niederlage und blieb erstmals seit 1925 ohne eigene Parlamentsvertreter. Das Wahldesaster führte zur Herausbildung von parteiinternen Oppositionsgruppen, die eine grundlegende Kritik am programmatischen Selbstverständnis der Kaderpartei und an der blinden Moskauhörigkeit übten. Der späte Aufstand der Reformer scheiterte jedoch bereits Mitte 1990 an einer taktischen Allianz aus Alt- und Neostalinisten und führte zu einer in der Parteigeschichte beispiellosen Austrittswelle.²⁸ Nach der Ausschaltung der Kritiker verabschiedete die kommu-

²⁶ Zur Prinzipienerklärung siehe PPD: "Declaración de Principios del Partido por la Democracia", *Serie Documentos Oficiales*, April 1993, S. 23.

²⁷ Die DC konnten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 23% der Stimmen auf sich ziehen, der PPD 12,6% und der PS 11,1%. Bei den Wahlen zum Senat schnitt die DC jedoch erheblich besser ab als ihre linken Koalitionspartner. Zu den Kongresswahlen von 1997 vgl. Blomeier (1998); Jouineau (1998).

²⁸ Die KP verlor hierbei u.a. fast die Hälfte ihrer Jugendorganisation und die jungen Vordenker der Volksrebellions-Strategie. Zum Scheitern der Reformer auf der Nationalkonferenz vom 29.5.-2.6.1990 vgl. Wehr (1996: 148ff.).

nistische Parteiführung neue Statuten und ein neues Parteiprogramm, die – ungeachtet der Ereignisse in Osteuropa – nach wie vor auf der vollen Gültigkeit des Marxismus-Leninismus und dem Selbstverständnis als leninistischer Klassenpartei mit avantgardistischem Führungsanspruch beharren. Auch nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion propagiert die chilenische KP die gesetzmäßige Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus²⁹ und nahm bisher eine kritische Haltung gegenüber dem Regierungsbündnis ein. Dennoch gelang es der Partei nicht, Protestwähler aus dem linken Lager an sich zu binden. Lediglich unter der Studentenschaft konnte die KP in den neunziger Jahren einige Erfolge verbuchen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999/2000 erlitt die traditionelle Arbeiterpartei einen weiteren Bedeutungsverlust. Die Präsidentschaftskandidatin der Partei und langjährige Generalsekretärin Gladys Marín erzielte mit nur 4,7% der Wählerstimmen ein dürftiges Ergebnis.³⁰ Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 2001 erreichte die Partei 5,2%, blieb jedoch weiterhin ohne Vertretung im Parlament.³¹

Obwohl sich alle Parteien – mit Ausnahme der Kommunistischen Partei – inzwischen zu *catch-all partys* im Sinne Kirchheimers (1969) entwickelt haben, lassen sich Kontinuitäten in der Wählerbindung feststellen. Trotz der 16-jährigen Zwangspause und der umfassenden sozioökonomischen Veränderungen im Zuge der neoliberalen Reformen blieben zahlreiche ehemalige Wählerhochburgen der traditionellen Parteien erhalten (Scully/Valenzuela 1997). Das vor-autoritäre Parteiensystem und dessen traditionelle Konfliktachsen zeichnet sich noch deutlich in der Parteienlandschaft der neunziger Jahre ab. Die historisch gewachsene Lagerbildung zeigt sich hierbei nicht nur an den Wahlergebnissen, sondern auch an den Umfragedaten zur ideologischen Selbsteinschätzung der Bevölkerung. Die überwältigende Mehrheit der chilenischen Bevölkerung ist auch in der nach-autoritären Phase in der Lage, sich entlang des Links-Rechts-Kontinuums zu platzieren. Die parteipolitischen Präferenzen drücken sich in einem entsprechend breiten Mei-

²⁹ Hierzu "Proyecto del Nuevo Programa del Partido Comunista de Chile", Santiago, November 1991, S. 55.

³⁰ Erhielt Frau Marín als Senatskandidatin für den Wahlbezirk Santiago Poniente 1997 noch 167.507 Stimmen, konnte der PC 1999 in der gesamten Región Metropolitana lediglich 98.186 Wählerstimmen erringen (hierzu Blomeier 2000).

³¹ Die Kommunistische Partei hatte – in Absprache mit der Sozialistischen Partei – darauf verzichtet, in einigen besonders hart umkämpften Wahldistrikten eigene Kandidaten aufzustellen, um die Kandidaten des Regierungsbündnisses zu unterstützen. Siehe hierzu "La negociación secreta Gobierno-PC", in: *Qué Pasa*, 10.6.2001.

nungsspektrum zu einer Reihe von Politikfeldern und zur Einschätzung der Militärdiktatur aus. Auch war die Mehrheit der Chilenen trotz des langen Verbotes politischer Parteien in der Lage, die einzelnen Parteien klar entlang der Rechts-Links-Skala zu verorten (Nolte 1994: 70ff.; Huneeus 1998a). Die Volatilitätsraten der nach-autoritären Kongresswahlen waren bisher erstaunlich gering. Die außerordentlich hohe Zustimmung (48%), die Joaquín Lavín, der Kandidat der Rechten, bei den dritten Präsidentschaftswahlen errang, und der Stimmenzuwachs der Rechten bei den Parlamentswahlen im Dezember 2001 wirft nun allerdings die Frage auf, ob es nicht zu einem dauerhaften Rechtsruck der Wählerschaft kommen könnte.³²

5. Ausblick: Vom Ende der Polarisierung zur "Nordamerikanisierung" der chilenischen Parteienlandschaft

Die Wahl- und Parteienforschung zu Chile hebt im allgemeinen den geringeren Polarisierungsgrad und die hohe Koalitionsfähigkeit der politischen Parteien in den neunziger Jahren als wesentliche Veränderungen gegenüber dem vor-autoritären Parteienwettbewerb hervor. Als Faktoren für diesen Wandel werden Lernprozesse der Partieliten, vor allem in den Reihen der Sozialisten und Christdemokraten (Garretón 1989: 405ff.), Veränderungen im Wählerverhalten (d.h. eine Orientierung hin zu moderateren Positionen) und das neue Wahlrecht³³ genannt, das erhöhte Anreize zur Kooperation biete. Gerade der chilenische Fall zeigt jedoch, dass *electoral engineering* nur einen beschränkten Einfluss auf die Struktur einmal etablierter Parteiensysteme ausüben kann. Der Versuch der chilenischen Militärs, die chilenische Parteienlandschaft durch die Einführung eines neuen Wahlsystems in ein Zwei-Parteien-System nordamerikanischer Prägung zu verwandeln, war ein eindeutiger Misserfolg. Zwar führte das neue Wahlsystem zu einer bipolaren Ausrichtung der Wettbewerbsmuster und lieferte starke Anreize zur Koali-

³² Allerdings sollte man keine voreiligen Schlüsse ziehen, da Präsidentschaftswahlen in sehr viel höherem Maße Persönlichkeitswahlen darstellen als Kongresswahlen.

³³ Das so genannte *sistema binominal* ist wohl weltweit einmalig und wurde von den Militärs explizit zur Sicherung der Vetomacht der Rechten entworfen. Für die Abgeordnetenwahlen ist das Land in 60 Zwei-Personen-Wahlkreise eingeteilt. Parteienkoalitionen dürfen Listen von höchstens zwei Kandidaten aufstellen. Da die Stimmen nach D'Hondt auf die Listen verteilt werden, führt dies zur absurden Situation, dass schon 33,4% der Stimmen theoretisch ausreichen können, um die gleiche Anzahl von Mandaten zu erhalten wie die Liste, die 66,6% der Stimmen erhielt. Zum Wahlsystem vgl. Nohlen (1993: 175-186) und Siavelis (1997: 656ff.).

tionsbildung, veränderte aber weder die alten Konfliktlinien, noch den Fragmentierungsgrad des Parteiensystems.³⁴

Betrachtet man die Art der Koalitionsbildungen im nach-autoritären Chile, so findet man einige Anhaltspunkte, die die generelle Kritik an der Stabilität und *output*-Effizienz präsidentieller Regierungssysteme widerlegen.³⁵ Präsidialsysteme können – wie der chilenische Fall deutlich zeigt – durchaus in Verbindung mit stark fragmentierten Parteiensystemen funktionieren, so lange die ideologische Distanz zwischen den einzelnen Parteien die Bildung von mehrheitsfähigen Koalitionen zulässt und dem Kongress eine zentrale Rolle im Gesetzgebungsprozess zukommt. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei sind heute alle Parteien weniger ideologisch ausgerichtet, als dies vor 1973 der Fall war. Das Hauptinteresse der demokratischen Parteien richtet sich auf die pragmatische Lösung der konkreten Probleme des Demokratisierungsprozesses. Selbst die KP kann nur bedingt als antisystemische Partei in Sartoris Sinne bezeichnet werden.³⁶ Den drei wichtigsten Regierungsparteien, der Christdemokratie, den Sozialisten und dem PPD, ist es bisher gelungen, das aus der Oppositionsbewegung zum Pinochet-Regime gewachsene Regierungsbündnis *Concertación* – trotz z. T. erheblich differierender Standpunkte, etwa zur Frage der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, zur Inhaftierung und Freilassung General Pinochets und zum Scheidungsrecht – zwei schwierige Legislaturperioden lang am Leben und vor allem auch funktionsfähig zu halten. Sämtliche programmatischen, aber auch die personellen Entscheidungen werden, nicht anders als etwa in parlamentarischen Systemen, vor den Wahlen durch Verhandlungen zwischen den Parteispitzen abgestimmt. In der dritten Amtsperiode wird das Bündnis nunmehr nicht von den Christdemokraten, sondern von Sozialisten und PPD angeführt. Angesichts des zunehmenden Bedeutungsverlustes der Christdemokratischen Partei seit Mitte der neunziger Jahre, dürfte sich der Koordina-

³⁴ Zu den Auswirkungen des Wahlrechts siehe Siavelis (1997). Magar/Rosenblum/Samuels (1998) weisen in ihrer kürzlich erschienenen Studie darauf hin, dass das Wahlsystem zwar Anreize zur Koalitionsbildung liefere, da Wahlbündnisse ausdrücklich erlaubt sind und Stimmen zuerst nach Listen ausgezählt werden, aber auch den Wettbewerb zwischen den Kandidaten eines Wahlbündnisses verschärfe.

³⁵ Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf die umfangreiche Literatur zur Präsidentialismusdebatte einzugehen. Stellvertretend für viele siehe Thibaut (1996) und Mainwaring/Shugart (1997).

³⁶ Immerhin beteiligte sie sich trotz widriger Wettbewerbsbedingungen an allen nach-autoritären Wahlen und verzichtete im Dezember 2001 in einigen Wahlbezirken auf die Aufstellung eigener Kandidaten, um die parlamentarische Linke zu stützen.

tionsprozess für die weitere Amtszeit von Präsident Lagos jedoch als schwierig erweisen.³⁷

Nun mag es zwar hinreichend erwiesen sein, dass ein hoher Polarisierungsgrad des Parteiensystems zu schwerwiegenden Funktionsproblemen von Demokratien führen kann (Sani/Sartori 1983), die an sich positive Entpolarisierung und Entideologisierung der chilenischen Parteien hat jedoch in jüngster Zeit auch zu einer besorgniserregenden Krise der Parteiendemokratie beigetragen. Nachdem die dramatischen politischen und wirtschaftlichen Umbrüche der vergangenen 30 Jahre zunächst zu einem verständlichen Konsensbedürfnis und einer Konfliktscheu bei großen Teilen der chilenischen Bevölkerung und der parteipolitischen Eliten geführt hatten (Nolte 1994: 69; Garretón 1993: 156; Munck/Bosworth 1998), trugen die besonderen Charakteristika der "democracia de los consensos" Ende der neunziger Jahre zu einem schwerwiegenden Bedeutungsverlust der politischen Parteien bei, der sich u.a. an der geringen Präsenz der politischen Parteien im Wahlkampf und der übertriebenen Ausrichtung auf plebiszitäre Elemente zeigt. Kandidaten versuchten ihre parteipolitische Identität bewusst zu verschleiern, die Wahlwerbung bezog sich weniger auf Programme als auf Personen (Blomeier 1998: 33f.). Der Sozialwissenschaftler Carlos Huneeus warnte in diesem Zusammenhang vor einer drohenden "Nordamerikanisierung" der politischen Parteien in Chile (Huneeus 1998a; 1998b). Die Warnung ist nicht unbegründet. Jüngste Umfragen haben gezeigt, dass die Identifikation der Bevölkerung mit politischen Parteien inzwischen deutlich abgenommen hat. Bei der Beurteilung der Leistung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen erhalten politische Parteien durchweg schlechte Noten. Besorgniserregend ist ferner die Tatsache, dass sich 1,5 Millionen Jugendliche, die eigentlich wahlberechtigt gewesen wären, vor den Kongresswahlen im Dezember 1997 nicht in die Wahlregister eintragen ließen und somit von einem grundlegenden demokratischen Grundrecht nicht Gebrauch machten. Nach der demokratiegefährdenden Polarisierung der sechziger Jahre ist es inzwischen also zu einer übertriebenen Technisierung der Politik und zu einer Konfliktscheu gekommen, die auf Dauer destabilisierend wirken kann. Die chilenischen Parteien sind somit aufgefordert, klare programmatische Profile zu entwickeln und gleichzeitig zu einer demokratischen Streitkultur zurückzufinden, die es ihnen ermöglicht, wieder den zentralen Platz einnehmen zu können, der Parteien in einer modernen Demokratie zukommt.

³⁷ Eine *exit option* der Christdemokratie in Form einer möglichen Koalition mit der gemäßigten Rechten zeichnet sich im Moment jedoch nicht ab.

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan/Pollack, Benny (1995): *The Chilean Elections of 1993: from Polarisation to Consensus*, *Bulletin of Latin American Research*, Bd. 14, Nr. 2, S. 105-125.
- Barrett, Patrick (2000): "Chile's Transformed Party System and the Future of Democratic Stability". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Bd. 42, Nr. 3, S. 1-32.
- Benavente, Andrés (1982): *La derecha política chilena y el régimen militar 1973-1981* (= Documento de Trabajo ICHEH). Santiago de Chile.
- Blomeier, Hans-Hartwig (1998): *Chile 1997 – Die Parlamentswahlen im aktuellen politischen Kontext*. KAS-AI 1/98, S. 17-47.
- (2000): *Die Präsidentschaftswahl in Chile. Zweimal Unentschieden und doch ein Gewinner*. KAS-AI 2/00, S. 82-103.
- Cavarozzi, Marcelo/Garretón, M. A. (Hrsg.) (1989): *Muerte y resurrección. Los partidos políticos y el autoritarismo en el Cono Sur*. Santiago de Chile.
- Caviedes, César (1991): *Elections in Chile. The Road toward Redemocratization*. Boulder/London.
- Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2000): "Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung". In: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden, S. 89-111.
- Fleet, Michael (1985): *The Rise and the Fall of the Chilean Christian Democracy*. Princeton.
- Frei Ruiz Tagle, Eduardo (1997): *Tradition und Wandel in der Christlichen Demokratie Chiles*. KAS-AI 11/97, S. 4-23.
- Garretón, Manuel Antonio (1989): "La oposición partidaria en el régimen militar. Un proceso de aprendizaje para la transición". In: Cavarozzi, Marcelo/Garretón, Manuel Antonio, S. 395-465.
- (1993): "La oposición política y el sistema partidario en el régimen militar chileno. Un proceso de aprendizaje para la transición". In: Drake, Paul/Jaksic, Iván (1993): *El difícil camino hacia la democracia en Chile 1982-1990*. Santiago de Chile, S. 391-454.
- Gil, Federico (1966): *The Political System of Chile*. Boston.
- Hofmeister, Wilhelm (1995): *Chile: Option für die Demokratie. Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) und die politische Entwicklung in Chile 1964-1994*. Paderborn.
- Huneus, Carlos (1998a): *Malestar y desencanto en Chile. Legados del autoritarismo y costos de la transición* (= Arbeitspapier Nr. 63, Corporación Tiempo 2000). Santiago de Chile.
- (1998b): "El financiamiento de los partidos políticos y las campañas electorales en Chile". In: Castillo, Pilar/Zovatto, Daniel (Hrsg.): *La financiación de la política en Iberoamérica*. San José, S. 69-99.
- (2000): "Technocrats and politicians in an authoritarian regime. The 'ODEPLAN Boys' and the 'Gremialistas' in Pinochet's Chile". In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 32, S. 461-501.
- Jouineau, Sophie (1998): "Chili: les élections parlementaires du 11 décembre 1997". In: *Problèmes d'Amérique latine*, Jg. 31, S. 87-107.

- Kirchheimer, Otto (1969): "Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems". In: Ziebur, Gilbert (Hrsg.): *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*. Darmstadt, S. 341-374.
- Lagos, Marta (1998): "Elecciones y partidos en Chile, 1992-1996". In: *Instituto Interamericano de Derechos Humanos. Elecciones y democracia en América Latina 1992-1996: urnas y desencanto político*. San José, S. 567-603.
- Lechner, Norbert (1985): *El sistema de partidos en Chile: una continuidad problemática* (= Arbeitspapier Nr. 129, FLACSO). Santiago de Chile.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York/London.
- Magar, Eric/Rosenblum, Marc/Samuels, David (1998): "On the Absence of Centripetal Incentives in Double-member Districts. The Case of Chile". In: *Comparative Political Studies*, Bd. 31, Nr. 6, S. 714-739.
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy (Hrsg.) (1995): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*. Stanford.
- Mainwaring, Scott/Shugart, Matthew (Hrsg.) (1997): *Presidentialism and Democracy in Latin America*. Cambridge et al.
- Mainwaring, Scott/Torcal, Mariano (1998): *Social Cleavages, Political Heritages, and Post-Authoritarian Party Systems: Chile in the 1990s. Paper delivered at the 1998 meeting of the Latin American Studies Association*. Chicago.
- Maza Valenzuela, Erika (1995): "Catolicismo, Anticlericalismo y la extensión del sufragio a la mujer en Chile". In: *Estudios Públicos*, Nr. 58, S. 137-195.
- Montes, Esteban/Mainwaring, Scott/Ortega, Eugenio (2000): "Rethinking the Chilean Party Systems". In: *Journal of Latin American Studies* 32, S. 795-824.
- Moulián, Tomás (1993): *La forja de ilusiones: El sistema de partidos 1932-1973*. Santiago de Chile.
- (1997): *Chile Actual. Anatomía de un Mito*. Santiago de Chile.
- Moulián, Tomás/Torres, Isabel (1989): "La problemática de la derecha política en Chile, 1964-1983". In: Cavarozzi, Marcelo/Garretón, Manuel Antonio, S. 337-393.
- (1993): "Sistema de partidos en la década del sesenta". In: Moulián, Tomás, S. 71-186.
- Munck, Gerardo/Bosworth, Jeffrey (1998): "Patterns of Representation and Competition. Parties and Democracy in Post-Pinochet Chile". In: *Party Politics*, Bd. 4, Nr. 4, S. 471-493.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile: Das sozialistische Experiment*. Stuttgart.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik*. Opladen.
- Nolte, Detlef (1989): "Das chilenische Parteiensystem. Rückblick und Ausblick". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, Jg. 15, H. 2, S. 233-296.
- (1994): "Eine Wahl mit vielen Siegern: Wie gefestigt ist die chilenische Demokratie vier Jahre nach dem Regimewechsel". In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*. Hamburg, Bd. 11, Heft 25/26, S. 67-90.
- Núñez, Ricardo (Hrsg.) (1991): *Socialismo: 10 años de renovación, 1979-1989. De la Convergencia Socialista a la Unidad Socialista*, 2 Bde. Santiago de Chile.
- Ortega, Eugenio (1992): *Historia de una alianza*. Santiago de Chile.

- Otano, Rafael (1995): *Crónica de la transición*. Santiago de Chile.
- Pereira, Teresa (1994): *El Partido Conservador 1930-1965. Ideas, figuras y actitudes*. Santiago de Chile.
- Pollack, Marcelo (1999): *The New Right in Chile 1973-1997*. Basingstoke et al.
- Remmer, Karen L. (1984): *Party Competition in Argentina and Chile. Political Recruitment and Public Policy, 1890-1930*. Lincoln/London.
- Ruiz, Carlos (1984): "Las tendencias dominantes de la ideología política de la derecha chilena y la democratización". In: *Opciones*, Bd. 3, S. 34-56.
- Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni (1983): "Polarization, Fragmentation, and Competition in Western Democracies". In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): *Western European Party Systems. Continuity and Change*, S. 307-340.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge, MA et al.
- Scully, Timothy (1992): *Rethinking the Center: Party Politics in Nineteenth and Twentieth Century Chile*. Stanford.
- (1995): "Reconstituting Party Politics in Chile". In: Mainwaring, Scott/Scully, Timothy, S. 100-137.
- Scully, Timothy/Valenzuela, Samuel (1997): "Electoral Choices and the Party System in Chile. Continuities and Changes at the Recovery of Democracy". In: *Comparative Politics*, Bd. 29, Nr. 4, S. 511-527.
- Siavelis, Peter (1997): "Continuity and Change in the Chilean Party System. On the Transformational Effects of Electoral Reform". In: *Comparative Political Studies*, Bd. 30, Nr. 6, S. 651-674.
- Soyke, Peter (1975): *Die politischen Parteien in den Verfassungssystemen von Argentinien, Brasilien und Chile*. Kiel.
- Thibaut, Bernhard (1996): *Präsidentalismus und Demokratie in Lateinamerika* (= Politische Organisation und Repräsentation in Lateinamerika Bd. 5). Opladen.
- Valenzuela, Arturo (1994): "Party Politics and the Crisis of Presidentialism in Chile: A Proposal for a Parliamentary Form of Government". In: Linz, Juan/Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore/London, Bd. 2, S. 91-150.
- Valenzuela, Arturo/Valenzuela, Samuel (1982): "Partidos de oposición bajo el régimen autoritario chileno". In: *Revista Mexicana de Sociología* Bd. 44, Nr. 2, S. 599-648.
- Valenzuela, Samuel (1995): Orígenes y transformaciones del sistema de partidos en Chile, in: *Estudios Públicos* Nr. 58, S. 5-77.
- Wehr, Ingrid (1996): *Zwischen Pinochet und Perestroika. Die chilenischen Kommunisten und Sozialisten 1973-1994*. Freiburg.
- (2001): "Lipset und Rokkan 'a la latina'. Einige Überlegungen anhand des chilenischen Parteiensystems". In: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme*. Opladen, S. 203-220.

Peter Thiery

Staatsreformen unter der Diktatur und den demokratischen Regierungen

Wie in den übrigen Ländern Lateinamerikas geriet auch in Chile der Staat seit den sechziger Jahren zunehmend in eine umstrittene Position: Galt er seit den dreißiger Jahren als die zentrale Achse, über die – von allen gesellschaftlichen Sektoren anerkanntermaßen – politische und gesellschaftliche Konzertierungs- und Modernisierungsprozesse zu gestalten waren, so mehrten sich nun die politischen, sozialen und ökonomischen Dysfunktionalitäten, die ein zentralistisch strukturierter, ökonomisch und sozial stark engagierter Staat hervorruft. Waren es zunächst nur die wirtschaftspolitisch bereits deutlich neoliberal ausgerichteten, politisch gleichwohl noch untergeordneten Sektoren der politischen Rechten, die eine tiefgreifende Reform des Staates insbesondere hinsichtlich seiner ökonomischen und sozialen Funktionen propagierten, so schlossen sich im Laufe der Jahre auch die restlichen politischen Sektoren in Chile im Prinzip einer solchen Position an – wenngleich mit teils sehr kritischem Impetus und mit unterschiedlichen Akzentsetzungen. In den achtziger und neunziger Jahren schließlich führten auch andere Länder Lateinamerikas entsprechende Reformen durch, was darauf verweist, dass wirkungsmächtige strukturelle und ideologische Faktoren interner und externer Natur diese Reformen maßgeblich beeinflusst haben. Die etwas vereinfachende Formel, wonach der Staat vom Modernisierungsmotor zum zentralen Entwicklungsproblem wurde, trifft zwar einen richtigen Kern, verdeckt allerdings, dass Staat bzw. Staatlichkeit ein komplexes Bündel an Strukturen und Funktionen umfasst, das unter der Rubrik “Staatsreform” nicht einfach aufzuschnüren ist. In der Praxis bedeutet dies, dass eine “Staatsreform aus einem Guss”, die alle relevanten Aspekte umfasst, kaum auf einen Schlag durchführbar ist. Neben den an anderer Stelle behandelten Aspekten der Staatsreform wie Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsordnungs- und Sozialpolitik sowie Fragen der Verfasstheit des politischen Regimes interessieren hier vor allem Fragen der Staatsstruktur (Zentralismus) und der ökonomischen Rolle von Staat und öffentlichem Sektor (Privatisierung, Regulation).

1. Historischer Rückblick

Im Gegensatz zu den meisten Nachbarländern konnte der Staat in Chile relativ rasch nach innen wie nach außen konsolidiert werden. In der durch Pazifikkrieg und Salpeterboom ausgelösten Prosperitätsphase ab 1880 wurde der Staat bereits früh zur zentralen Achse des Entwicklungsprozesses. Die tiefe ökonomische Strukturkrise der zwanziger und frühen dreißiger Jahre wurde wie in anderen Ländern mit einer raschen Ausweitung der Staatstätigkeit wie des Staatsapparates beantwortet. Die Modernisierungsleistungen dieses *Estado de Compromiso*, in gewisser Weise das chilenische (bzw. lateinamerikanische) Pendant zum Keynesianismus der Industrieländer, erstreckten sich nicht nur auf die ökonomische, sondern gleichermaßen auf die soziale und politische Dimension. Im Bereich der Wirtschaft übernahm der Staat die Aufgabe einer starken Marktregulation, der öffentlichen Investitionen sowie der Schaffung staatlicher Unternehmen (*Estado Empresario*). Im sozialen Bereich wurden die staatlichen Dienstleistungen in Richtung einer expansiven Wohlfahrtsordnung ausgebaut. Dies ging einher mit der Anerkennung und Positionsstärkung der Gewerkschaften, die fortan als einer der zentralen Akteure auf der politischen Bühne agierten. Entsprechend änderten sich mit dem Einschluss neuer Akteure auch im politischen Bereich die strategischen Koalitionen und dadurch letztlich auch das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Dieses vom staatlichen Protagonismus getragene Modell wurde lange Zeit – wenngleich in unterschiedlicher Intensität – von den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen wie konservativen Eliten, populistischen Allianzen oder reformistischen Parteien getragen (Muñoz/Schamis 1993: 281).

Die seit Ende der fünfziger Jahre perzipierte Entwicklungskrise, die durch die Erschöpfung der “leichten” Phase der Importsubstitution und einem zunehmend ungünstigen weltwirtschaftlichen Klima geprägt war, wurde sukzessive durch politische Projekte der Rechten (Alessandri 1958-1964), der Mitte (“Revolution in Freiheit” unter Eduardo Frei Montalva 1964-1970) sowie der Linken (“demokratischer Weg zum Sozialismus” der *Unidad Popular* unter Allende 1970-1973) beantwortet. Alle drei Projekte – insbesondere jene von Frei und Allende – waren dabei von der Überzeugung getragen, Chiles Entwicklung über einen aktiven und selektiv planenden Staat vorantreiben zu können. Die Handlungskapazitäten des Staates wurden jedoch weit überschätzt, sowohl was die finanziellen Ressourcen als auch die notwendigen politischen Allianzen betraf. Faktisch hatten sich das Modell des *Estado de Compromiso* und die in ihm angelegten Kompromisslinien

spätestens Ende der sechziger Jahre erschöpft. Mit der Militärregierung unter Pinochet setzte nach einer kurzen Phase des Krisenmanagements und im Zuge des repressiv abgestützten gesellschaftlichen Umbaus auch die radikale Veränderung der Rolle des Staates ein. Trotz der Schwierigkeit, einen gemeinsamen Nenner für die "neue" chilenische Staatlichkeit zu finden, stehen doch zwei klare Tendenzen deutlich hervor: zum einen die in der Ära Pinochet unter neoliberaler Ägide betriebenen (Teil-)Reformen der ökonomischen und sozialen Funktionen des Staates, von denen auch seine zentralistische Struktur erfasst wurde; zum anderen die seit 1990 unter den demokratischen Regierungen betriebenen Versuche, die begonnenen Reformen teils zu Ende zu führen, teils mit weiteren Maßnahmen zu komplettieren bzw. die als notwendig erachteten Korrekturen anzubringen. Letztere betreffen vor allem den Versuch, eine neue Balance zwischen ökonomischer Effizienz, sozialem Ausgleich und politischer Legitimation zu finden (Thiery 2000: 159ff.).

2. Privatisierung und Regulation

Einen der sichtbarsten Aspekte veränderter Staatlichkeit in Chile stellt die Politik der Privatisierung bzw. umgekehrt der Abbau staatlicher Unternehmertätigkeit dar. Letzteres erstreckt sich nicht nur auf produktive Tätigkeiten im Primär- und Sekundärsektor, sondern auch auf den Bereich der Dienstleistungen bis hin zu dem, was gemeinhin als kollektive Güter bezeichnet wird, also die Bereitstellung von Infrastruktur, sozialen Diensten etc. Wie oben angedeutet, war in der Ära des *Estado de Compromiso* der Interventions- bzw. Unternehmer-Staat das Kernstück des Entwicklungsmodells gewesen, was aber auch komplementäre Veränderungen der sozialen und politischen Arena nach sich zog. Mit der Krise des ökonomischen Pfeilers des Entwicklungsmodells (Erschöpfung der "leichten" Phase der Importsubstitution, Staatsverschuldung, endemische Inflation) gerieten sukzessive auch diese sozialen und politischen Korrelate in die Krise. Spätestens seit Mitte der sechziger Jahre begann der *Estado de Compromiso* zu erodieren, und keine politische Kraft konnte über eine Amtsperiode hinaus ein konsensfähiges Gesellschaftsprojekt präsentieren bzw. umsetzen.

Die unter Pinochet autoritär durchgeführten Privatisierungen bildeten somit den zentralen Hebel zur Veränderung dieses Entwicklungsmusters und damit nicht nur des ökonomischen Wachstumsmodells, sondern auch der sozialen und politischen Architektur. In Chile stellte sich diese Transformation überdies als besonders radikal dar: Auf die Phase der sozialistisch moti-

vierten Zuspitzung staatlicher Interventions- und Nationalisierungspolitik unter Allende folgte ab 1974 ein Prozess radikaler Entstaatlichung der Wirtschaft und damit eine grundlegende Veränderung der Rolle und Funktion des Staates insgesamt, da etwa auch die sozialen Dienstleistungen zunehmend unter Gesichtspunkten der Markteffizienz auf den Prüfstand kamen. Die Effekte sowohl der Praxis als auch der Ideologie dieser Privatisierung halten bis heute an. Gleichwohl lassen sich mehrere Phasen unterscheiden: die erste (“wilde”) Phase der Privatisierung zwischen 1974 und 1978; die zweite (“geläuterte”) Phase zwischen 1985 und 1989 sowie schließlich die Etappe seit der Redemokratisierung, die bislang ein wenig einheitliches Bild aufweist, aber stärker von punktuellen Privatisierungen, Konzessionsvergaben und Regulation geprägt ist.

Die erste Phase der Privatisierung begann in einer Situation, in der Fiskalkrise, Inflation und Depression des Privatsektors in einer generellen Wirtschaftskrise kulminierten. Durch die zugespitzte Interventionspolitik unter Allende betrug der staatliche Anteil am BIP fast 40%, der Staat kontrollierte – direkt oder indirekt – ca. 70% der Investitionen sowie der Exporte. Das zentrale Motiv der Militärregierung für die schnelle Privatisierung bestand vor allem in der Reduzierung des Fiskaldefizits. Die Privatisierungen beinhalteten jedoch auch die Rückgabe der meisten der unter Allende verstaatlichten Unternehmen und Banken. Von fast 600 in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen verblieben Ende der siebziger Jahre nur ca. 50 in Staatsbesitz. Bis zum Ausbruch der großen Wirtschaftskrise 1981 reduzierte sich dadurch der staatliche Anteil am BIP auf nur noch 24%, der Erlös der Verkäufe betrug 585 Mio. US\$ (Muñoz/Schamis 1993: 287; Vergara 1996).

Die Art und Weise dieser “wilden” Privatisierung zog viel Kritik auf sich. Als negativ wurden insbesondere angesehen: die überhastete Veräußerung staatlichen Eigentums in einer Phase der Rezession; das geringe Interesse der Militärregierung an einem härteren Verhandlungsstil und *ergo* an höheren Preisen; die mangelnde Konditionierung der neuen Eigentümer (Finanzierung über unsichere Kredite) sowie der daraus folgende Konzentrationsprozess. Insgesamt wurde zu wenig auf die Methoden und Strategien, das Timing sowie die Solidität der Käufer geachtet (Muñoz/Schamis 1993: 287).

Nach dem Abflauen der ökonomischen Krise und dem Überstehen der Legitimations- und Regimekrise gingen Pinochet und seine neue, pragmatischere Technokraten-*Equipe* daran, das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell weiter voranzutreiben und auf solidere Füße zu stellen. Die

Restabilisierung des politischen Regimes machte es möglich, mit Hilfe einer zweiten, "gemäßigteren" Generation der *Chicago Boys* aus den Fehlern der "wilden" Privatisierung zu lernen und unter Büchi ab 1985 den Privatisierungsprozess wieder aufzugreifen und zu vertiefen (Larroulet 1994; Muñoz/Schamis 1993: 288ff.; Marcel 1989). Neben der Lektion aus der ersten Phase, die sich auf die Vorbereitung und Durchführung der neuen Privatisierungen auswirkte, unterschied sich diese auch bezüglich der Ausgangslage und der Zielsetzungen. So hatte sich die chilenische Wirtschaft 1985 wieder weitgehend erholt, der öffentliche Sektor war saniert und die verbliebenen staatlichen Unternehmen durchweg solide – mit ein Ergebnis der strikten Effizienzaufgaben der siebziger Jahre. Entsprechend dieser Ausgangslage gestalteten sich auch die Motive dieser Privatisierungsphase verschieden: Ziel war der Aufbau und die langfristige Konsolidierung einer starken, dynamischen Marktwirtschaft. Angesichts der anhaltenden Verschuldungskrise des Privatsektors konnten durch neue Privatisierungserlöse Mittel zur Refinanzierung beschafft werden. Auch boten sich dadurch Anlagemöglichkeiten für die immensen Ressourcen, die das private Rentenversicherungssystem rasch akkumuliert hatte.

Trotz des alles in allem ähnlich hohen Tempos dieser Privatisierungsphase wurde sie weitaus sorgfältiger und geschickter durchgeführt. So wurde bereits in der Vorbereitung darauf geachtet, dass trotz der anfangs noch krisenbehafteten Wirtschaftsentwicklung genügend Kaufkraft seitens des Privatsektors vorhanden war (Schuldenrekonzession, Steuererleichterungen). Umgekehrt sorgte die Regierung auf der Angebotsseite dafür, dass zur Veräußerung vorgesehenen Unternehmen für die Käufer attraktiv waren. In der Mehrzahl hatten sich diese Unternehmen auch über die Krise hinweg als rentabel und effizient erwiesen, und im Nachklang der Krise überflügelten sie den Privatsektor in ihrem Beitrag zur nationalen Sparquote (Muñoz/Schamis 1993: 291). Diese Attraktivität wurde noch durch gelegentliche staatliche Kompensationen gesteigert. Des Weiteren wurde die Privatisierung als gradueller Prozess gestaltet: Von den 33 anvisierten Unternehmen wurden zunächst nur 20 und von diesen – über vier Jahre verteilt – nur je ein gewisser Prozentsatz veräußert. Als der Privatisierungsverlauf dann eine positive Dynamik entfaltete, wurden die Zielvorgaben nach oben korrigiert. Schließlich konnte auch die extreme Besitzkonzentration der ersten Phase vermieden werden, indem einerseits nur Minderheitenpakete verkauft wurden, andererseits auf eine breitere Streuung geachtet wurde (Börse, AFPs, sowie Arbeiter und Angestellte der Firmen, der so genannte "capitalismo

popular"). Zusätzlich wurde eine striktere staatliche Aufsicht über die Finanzoperationen geführt.

Unter dem Blickwinkel der Bedeutung dieser zweiten Welle der Privatisierung für den Staat ist hervorzuheben, dass sie von ihrem Umfang her die erste Phase bei weitem übertraf. In ca. vier Jahren wurde ein Verkaufserlös von ca. 1,2 Mrd. US\$ erzielt. Gemessen als Anteil am BSP ist dies etwa doppelt so viel und doppelt so schnell wie die turbulenten Privatisierungen in Großbritannien unter Margaret Thatcher (Marcel 1989). 1990 verblieben somit nur noch ca. 25 Unternehmen (einige teilweise) in staatlichem Besitz, darunter allerdings nach wie vor der Kupferriese CODELCO (eines der weltweit größten Kupferunternehmen, das nicht zuletzt auch für garantierte Einkünfte des Militärs sorgt). Ungeachtet des Streits, ob der Verkauf rentabler staatlicher Unternehmen volkswirtschaftlich sinnvoll ist, haben insbesondere die Privatisierungen der achtziger Jahre zu der beabsichtigten Dynamisierung des Privatsektors und hohem Wirtschaftswachstum geführt. Die Schattenseiten dieses Prozesses sind zum einen in der weiteren Verschärfung der Disparitäten in der Einkommensverteilung zu sehen, die die Serie von Anpassungspolitiken generiert hatte. Zum andern wurden die Privatisierungen zumeist ohne große Transparenz durchgeführt, was Zweifel an der Legitimität des Prozesses aufkommen ließ. Nichtsdestotrotz haben die Privatisierungen als Kern der Staatsreform faktisch ein neues Muster in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft induziert: Neben der Dominanz des Privatsektors im ökonomischen Bereich und der Stärkung des Marktes im Feld sozialer Sicherung, die zu einer Dualisierung der chilenischen Gesellschaft beitrug, führte dies zu einer Exklusion der ehemals tragenden Allianzen sowie zu einer strukturellen politischen Privilegierung der privaten Unternehmerschaft (Imbusch 1995).

Die demokratischen Regierungen unter Aylwin und Frei haben an diesem Modus nichts Grundlegendes geändert. Dies betrifft zunächst die prinzipielle Anerkennung der Rolle des Privatsektors für die chilenische Entwicklung und die zurückhaltende Rolle des Staates darin, aber auch die Akzeptanz der unter dem autoritären Neoliberalismus durchgeführten Reformen als *status quo*. Wenn die demokratischen Regierungen zunächst wenig Veranlassung sahen, die Privatisierungspolitiken im beschriebenen Stil fortzusetzen, so war dies nicht gleichbedeutend mit einer ideologischen Umkehr im Hinblick auf die ökonomischen Funktionen des Staates. Vielmehr gaben die bereits durchgeführten Reformen allein aufgrund ökonomischer Rationalität wenig Anlass für weitere schnelle Privatisierungen. Zum anderen galten

für die Regierungen der *Concertación* zunächst andere politische Prioritäten im Transitions- und Transformationsprozess (Thiery 2000: 172ff.). Vor diesem Hintergrund mag es noch zu früh sein, von einer neuen Etappe im Hinblick auf die Privatisierungspolitik in Chile zu sprechen (Larroulet 1994). Dennoch zeichnet sich die demokratische Ära – insbesondere die Zeit seit 1995 – durch einige signifikante Tendenzen aus, die sie deutlich von der autoritären Ära unterscheidet: ein pragmatischerer Umgang mit den Fragen der Privatisierung, die Übertragung ehemals öffentlicher Arbeiten an private Unternehmen (Konzessionen) sowie das größere Gewicht staatlicher Regulation in Sektoren, die anfällig für Marktversagen sind.

Die eher zögerliche Privatisierungspolitik unter Aylwin und Frei wurde von rechten Sektoren als faktischer Privatisierungsstop gewertet, von linken hingegen als unveränderte Fortführung des alten Modells. Dies spricht für eine noch immer ideologisch aufgeladene Problematik. Faktisch handelt es sich jedoch eher um eine Politik, die von Gradualismus und Pragmatismus geprägt ist, für die in erster Linie der Grad an wirtschaftlicher Effizienz und Notwendigkeit ausschlaggebend ist. Im Prinzip – dies ist trotz allem festzuhalten – ist bislang zwar auch für die demokratischen Regierungen „alles“ privatisierbar. Dies bedeutet jedoch nicht, dass in jedem Falle Privatisierungen als die beste Lösung angesehen werden, wie dies von den Neoliberalen verfochten wurde und wird. Dies erklärt sowohl die geringe Intensität weiterer Privatisierungen, aber auch, dass sie weiterhin vorgenommen werden (etwa im Bereich der Elektrizitäts- und Wasserversorgung). Zum anderen wird die Beteiligung staatlichen Kapitals gesucht, um die Investitionstätigkeit der staatlichen Unternehmen auszuweiten (was sich auch auf CODELCO erstreckt). Ein zweiter Modus besteht in der Vergabe von Konzessionen an den Privatsektor, insbesondere um wichtige Infrastrukturinvestitionen durchführen und deren effiziente Abwicklung gewährleisten zu können. Die Vernachlässigung solcher Investitionen unter der Militärregierung hat in den neunziger Jahren zur Gefahr von Engpässen für die chilenische Wirtschaft geführt. Aus Gründen der Haushaltsdisziplin, i.e. in Ermangelung ausreichender finanzieller Ressourcen wurden deshalb per Ausschreibungswettbewerb private Unternehmen zur Kofinanzierung und Durchführung gesucht (wovon sich die Regierung auch eine größere Effizienz und Kostentransparenz erwartet).¹

¹ Die Erwartung, der Anteil privater Infrastrukturinvestitionen über solche Konzessionen würde 50% erreichen, wurde später auf nur noch 20% korrigiert; dies wird allerdings noch immer als ausreichend angesehen (vgl. Meneses/Fuentes 1999: 242).

Dieser weitere staatliche “Rückzug in Raten” geht jedoch gleichzeitig einher mit einer Verstärkung der staatlichen Regulation vor allem in jenen Sektoren, die für Probleme des Marktversagens anfällig sind. Wurden bereits unter der Militärregierung – vor allem nach den Erfahrungen der Krise zu Beginn der achtziger Jahre – insbesondere im Finanzsektor strengere gesetzliche Auflagen durchgesetzt, so wurde diese Praxis in den neunziger Jahren aktiv ausgeweitet. Dies betrifft insbesondere das Problem der natürlichen Monopole, in denen nicht einfach Wettbewerbsstrukturen geschaffen werden können und so die Gefahr gravierender Ineffizienzen besteht – etwa in den Bereichen des lokalen Telefongeschäfts, Elektrizität, Gas, Wasser, Metro, Eisenbahn etc. Traditionellerweise war dies in Chile durch die Schaffung öffentlicher Unternehmen gelöst worden. Die Regierungen der *Concertación* und ihre Experten bevorzugten auch hier Lösungen zugunsten des Privatsektors, was allerdings strikter Konditionierungen sowie Zielvorgaben für das Tarifgebaren bedarf bzw. u.U. die Trennung jener Bereiche, die genuine natürliche Monopole darstellen (Eisenbahnnetz), von solchen, in denen prinzipiell Wettbewerb möglich ist (Beförderung von Passagieren und Gütern). Die Regierungen waren bestrebt, dieses Modell eines regulierenden Staates weiter auszubauen. In allen oben genannten Sektoren wurden solche Mechanismen und Regulierungen eingeführt und mit strikter staatlicher Aufsicht durch die *Superintendencias* verbunden. Damit wurde die Rolle des Staates im Vergleich zur autoritär-neoliberalen Phase wieder gestärkt, auch wenn dieser Modus genügend Fallstricke aufweist, die eine adäquate Umsetzung behindern können (etwa die Formierung starker *Lobbies* und entsprechender Druck auf die staatlichen Akteure) (Meneses/Fuentes 1999: 247ff.).

3. Dezentralisierung

Für ein Land, das über weite Strecken seiner Geschichte stark zentralistisch geprägt war (und ist), bedeuten ernsthafte Dezentralisierungsbemühungen einen grundlegenden Wandel der politischen und gesellschaftlichen Verfasstheit. Die von außen betrachtet bislang eher graduellen Erfolge der in den letzten beiden Jahrzehnten durchgeführten Dekonzentrations- bzw. Dezentralisierungspolitiken sind aber nur zum Teil auf diese Kultur des Zentralismus zurückzuführen. Darüber hinaus spielt eine nicht minder gewichtige Rolle, dass einerseits unterschiedliche Dezentralisierungskonzepte und damit politische Interessen, andererseits die Zwänge des Entwicklungsmodells nur langsame Schritte ermöglichen. Insbesondere die perzipierte Spannung zwischen sozioökonomischen Entwicklungserfordernissen einerseits und den

Imperativen einer "Vertiefung der Demokratisierung durch Dezentralisierung" andererseits hat bislang den Impuls einer genuinen politischen Dezentralisierung konterkariert. Dennoch hat sich Chile unter den demokratischen Regierungen seit 1990 zumindest partiell aus seiner zentralistischen Vergangenheit gelöst.

Die nach der Unabhängigkeit noch existenten lokalen und regionalen Interessenlagen wurden mit der Etablierung und sukzessiven Ausgestaltung der portalianischen Verfassung von 1833 schnell einer zentralistischen Staatsorganisation untergeordnet. Die Provinzen stellten fortan lediglich den Handlungsraum der Zentralregierung, die auch die Intendenten ernannte, zur Durchführung ihrer Politiken dar, ohne eigene Ressourcen und ohne eigenständige politische Macht. Für fast 150 Jahre blieb die regionale Thematik nahezu bedeutungslos, gelegentlich aufkeimende regionale Interessenlagen wurden über das sich allmählich formierende Parteiensystem formuliert und auf nationaler Bühne verhandelt. Diese politische Bedeutungslosigkeit der Regionen und Kommunen blieb zwar bis 1974 nahezu unverändert, doch hatten insbesondere die Regionen im Zuge der seit Ende der fünfziger Jahre aufkommenden Entwicklungsdiskussionen zumindest im Ansatz eine Aufwertung erfahren. Dies schlug sich etwa in der Arbeit der Planungsbehörde ODEPLAN nieder, die für ihre Zwecke eigenen regionale Planungseinheiten schuf. Die Notwendigkeit einer Abkehr vom strikten Zentralismus war somit bereits vor der Ära der Militärregierung ein Thema der politischen Agenda, doch rückte sie aufgrund der sozialen und politischen Turbulenzen seit Mitte der sechziger Jahre in den Hintergrund.

Dennoch konnte die Militärregierung wenigstens partiell an diese Tendenzen anknüpfen. Im Gegensatz zur demokratischen Ära nach 1990 verfolgte sie mit ihren Dekonzentrationspolitiken jedoch keine politische Dezentralisierung im Sinne einer Stärkung politischer Kompetenzen und Rechte der nachgeordneten Ebenen, sondern unterwarf sie den Imperativen militärisch-strategischer und sicherheitspolitischer Planung einerseits sowie der Kompatibilität mit dem marktwirtschaftlichen Reformmodell andererseits. 1974 wurde das Regionalisierungsgesetz erlassen, wodurch auf Grundlage der ODEPLAN-Bezirke die heute bestehenden 13 Regionen eingerichtet wurden. Bezeichnenderweise erhielten diese Regionen erst später eigene Namen, während noch heute nicht selten die ursprünglichen "Bezeichnun-

gen” verwendet werden, nämlich die Durchnummerierung von I bis XII sowie die *Región Metropolitana* um Santiago.²

Diese Maßnahmen beinhalteten allerdings lediglich eine autoritäre Dekonzentration von Verwaltung und staatlichen Dienstleistungen, die vor allem von technokratischen Zielen der Ausgabeneffizienz und Verkleinerung der staatlichen Bürokratie geleitet waren. Ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie – getragen von den Technokraten der *Chicago Boys* wie den internationalen Finanzorganisationen – wurden kleinere Einheiten wie Regionen und vor allem Kommunen als geeignetere Träger staatlicher (bzw. privatisierter) Dienstleistungen angesehen, um eine markteffiziente Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Markantes Beispiel hierfür ist die Delegation der Schulverwaltung in die Hände der Kommunen (in Kombination mit der Förderung privater und halbprivater Schulen). Allerdings bestand – ganz in der autoritären Logik – wenig Interesse an einer konsequenten Weiterführung dieses Ansatzes, etwa durch eine Erweiterung der Kompetenzen der Regionen und Kommunen (Festsetzung von Prioritäten, Überwachung staatlicher Programme). Diese blieben vielmehr – wie auch das *Design* der Gesamtpolitiken – in Händen der Zentralregierung, während die Beteiligung der Bürger weitgehend kontrolliert bzw. ausgeschaltet wurde (FES 1999). Die Intendenten, i.e. die Gouverneure der Regionen, wurden wie die Bürgermeister vom Präsidenten designiert. Die Intendenten waren in der Mehrzahl Angehörige der Militärs.

Trotz dieser politischen Defizite hatte die Militärregierung einen ersten Schritt weg vom Hyperzentralismus der Vergangenheit unternommen. Auch wurden die Kommunen mit höheren Ressourcen ausgestattet. Einen weiteren Fortschritt stellte in den achtziger Jahren die Etablierung eines Fonds für Regionalentwicklung (FNDR), die Einrichtung regionaler Büros der staatlichen Verwaltung sowie die Gründung regionaler Universitäten – auf Grundlage der *Dependancen* der Universidad de Chile – dar. Und in einer gewissen “Dialektik der Dekonzentration” wurden unintendierte Effekte ausgelöst, wie Ansätze eines neuen Regionalbewusstseins, die wachsende Bedeutung der Kommunen als eigenständige Akteure bis hin zum Auftauchen von Militärführern mit regionaler Inspiration (Ahumada 1999: 99). Erst am Ende der Militärherrschaft – nicht zuletzt auch, um politischen Einfluss über diese Ära hinaus sicherzustellen – wurden Gremien der Regionalentwicklung einge-

² Die 13 Regionen bestehen aus insgesamt 51 Provinzen mit 345 Kommunen (vgl. Ahumada 1999: 112).

setzt (*Consejos de Desarrollo Regional*: CODEREs), um die Ressourcen der Regionalfonds zu managen.

Mit der Rückkehr zur Demokratie bot sich 1990 die Chance, einerseits den begonnenen Prozess zu vertiefen, andererseits aber auch die Partizipationsdefizite zu beseitigen. Präsident Aylwin trat explizit mit dem Anspruch an, eine entsprechende Dezentralisierungsstrategie umzusetzen. Die beiden wichtigsten institutionellen Reformen in diese Richtung stellen die Verfassungsorgangesetze zu den Kommunen bzw. den Regionen dar. Die Kommunalreform stellt unter dem Aspekt der demokratischen Legitimierung der Amtsträger den weiterreichenden Schritt dar. Seit 1992 werden nunmehr die Bürgermeister und Gemeinderäte direkt gewählt, was mit einer geringfügigen Erweiterung der Kompetenzen verbunden wurde sowie mit der Aussicht auf eine Erhöhung der eigenständig zu verwaltenden Finanzressourcen. Letzteres führte zu einem Anwachsen des Anteils der Kommunen an den öffentlichen Ausgaben von 11,4% auf 14,2% zwischen 1990 und 1998 (SUBDERE 2001: 51). Die Anerkennung als eigenständige Verwaltungseinheiten wird jedoch dadurch beeinträchtigt, dass insgesamt nur wenig Raum für eigenständige politische Entscheidungen bleibt. Auch die Möglichkeit eines Plebiszits über kommunale Investitionen findet hier seine Schranken, was durch die damit verbundenen Kosten noch verstärkt wird (in der Regel können sich dies nur reiche Kommunen wie Las Condes, Providencia oder Santiago leisten).

Die Stärken der Kommunalreform liegen somit nicht im größeren Gewicht der Kommunen innerhalb des Staatsgefüges, sondern eher in der Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler Ebene (Masbernat 1998: 155ff.). Dies hat dazu beigetragen, dass mehr Transparenz und Öffentlichkeit in die Kommunen Einzug gehalten hat. Auch zeigt sich eine Tendenz zu einem stärkeren Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen auf lokaler Ebene, die Entscheidungen und Aktionen der kommunalen Autoritäten kritisch begleiten bzw. anfechten. Inwieweit sich diese Errungenschaften angesichts der starken zentripetalen Impulse und der großen Disparitäten auch flächendeckend ausbreiten und somit ein zusätzliches Fundament für die chilenische Demokratie insgesamt errichten, scheint eher fraglich, sofern keine weiteren Reformen durchgeführt werden.

Das Reformgesetz zu den Regionen (1992) bedeutete eine weitere Akzentuierung dieses neuen Dezentralisierungsverständnisses. Auf seiner Grundlage wurden im April 1993 die Regionalräte (*Consejos Regionales*: COREs) gewählt und damit erstmals in Chile halbwegs eigenständige Re-

gionalregierungen installiert. Sie bestehen aus den Intendenten, die gleichwohl nach wie vor vom Präsidenten ernannt werden, und den COREs, deren Mitglieder per Provinz aus den Reihen der versammelten Bürgermeister und Gemeinderäte – also nicht direkt von der Bevölkerung – gewählt werden. Die Kompetenzen der Regionalregierungen wurden dabei jedoch nur geringfügig erweitert. Ihre zentralen Aufgaben bestehen in erster Linie in der Verwaltung der Regionalentwicklung, der Wirtschaftsförderung, der Koordinierung der Sozialpolitiken wie z.B. der Armutsprogramme und vor allem in der Entscheidung über staatliche Investitionsmittel. Hierzu wurden neben dem FNDR weitere Fonds eingerichtet, die sich in erster Linie auf die Verbesserung lokaler und regionaler Infrastrukturen richten. Betrug der Anteil der regionalen Investitionen beim Amtsantritt von Präsident Frei 21% der gesamten öffentlichen Investitionen, so erreichten sie 1998 immerhin 38% (und damit in etwa das von Frei angestrebte Ziel einer Verdoppelung im Laufe seiner Amtszeit) (Ahumada 1999: 104ff.).

Allerdings werden sowohl das Zustandekommen der Regionalregierungen wie auch deren Arbeit durch die nach wie vor dominierenden zentralistischen Tendenzen konterkariert. So existieren weder öffentliche Debatten über die Kandidaturen für die COREs, noch über inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Vielmehr treffen die Spitzen der politischen Parteien Übereinkünfte, die von den versammelten Gemeinderäten abgesegnet werden. Diesem eher niedrigen Profil entspricht auch, dass die Regionen keine eigenständigen Ressourcen zur Verfügung haben. Auch wird das regionale *Budget* vom designierten Intendenten erstellt, wogegen die COREs keine Einspruchsmöglichkeit besitzen.

Diese Reformen sind somit zwar Ausdruck einer graduellen weiteren Veränderung der ehemals stark zentralistischen Staatsstruktur, doch haben sie bislang noch wenig Eigendynamik im Sinne einer selbstbewussteren Regionalpolitik hervorgebracht. Zudem haben sie seit 1974 auch nicht zu einer signifikanten Ausbalancierung der regionalen Ungleichgewichte bzw. der lokalen Heterogenitäten geführt. Unter den 345 Kommunen stellt der Großraum Santiago nach wie vor eindeutig das Gravitationszentrum der chilenischen Entwicklung dar. Hier, auf rund 2% des Staatsgebietes, konzentrieren sich ca. 40% der Bevölkerung, werden 47% des BIP erwirtschaftet, mit einem Anteil von 60% am Verbrauch, 80% der Bankeinlagen, 97% der Börsenoperationen und 80% der Steuereinkünfte. Nicht zuletzt werden hier noch immer 90% der öffentlichen Ausgaben entschieden (FES 1999: 3). Diese Tendenzen haben sich seit 1985 eher verschärft. Entsprechend fällt

auch die soziale Bilanz dieser unterschiedlichen Regionalentwicklung aus: Während die Armut in Santiago auf 17% der Bevölkerung reduziert werden konnte, stagniert sie in den Regionen auf Niveaus zwischen 25% und 40%. Die Ursache hierfür ist darin zu sehen, dass die Dynamik einer deregulierten und im Wesentlichen von Investitionen des Privatsektors getragenen Marktwirtschaft die vorhandenen Disparitäten stärker akzentuiert als die Gegengewichte einer mit schwachen Ressourcen ausgestatteten Regionalpolitik.

Verglichen etwa mit Spanien nach Franco erscheinen die skizzierten Fortschritte somit eher gering, und auch das Argument eines schwierigen Ausgleichs zwischen Effizienz und Demokratie scheint vor diesem Hintergrund wenig plausibel – Spanien bewerkstelligte seine Quasi-Föderalisierung gerade in der Phase der Transition (Thiery 1989). Allerdings ergibt dieser Vergleich auch einen Hinweis auf die Startbedingungen, die gewissermaßen schon eine Erfolgsbedingung von Dezentralisierungsprozessen beinhalten: Während in Spanien auch der repressive Zentralismus Francos nie die Autonomiebestrebungen der Regionen völlig eliminieren konnte, hatte sich in Chile eine fast durchgängige Kultur des Zentralismus herausgebildet. Konnten also die Basken, Katalanen etc. auf eigene Ressourcen zurückgreifen und vehemente Forderungen an den (Zentral-)Staat stellen, vollzieht sich der chilenische Dezentralisierungsprozess nicht als *bargaining*-Prozess sondern mehr als technokratische Evolution von oben. Maßgeblich sind noch immer die politischen Orientierungen der Eliten im Zentrum, die von einer allzu starken regionalen Dynamik das Entgleiten der Kontrolle über den gesamten Entwicklungsprozess befürchten.

4. Staat und öffentlicher Sektor im Entwicklungsprozess: Bilanz und Perspektiven

Die seit den siebziger Jahren durchgeführten Staatsreformen haben zweifelsohne die Gestalt des chilenischen Staates umfassend sowohl hinsichtlich seiner Strukturen wie seiner Funktionen verändert. Das neoliberale Konzept des Minimalstaates hat den *Estado de Compromiso* nachhaltig demontiert und an seine Stelle das hybride Gebilde eines autoritär bewehrten, aber neoliberal inspirierten „Minimalstaates“ gesetzt. Nach der Rückkehr zur Demokratie ist eine Transformation zum demokratischen Regulations- und Verhandlungsstaat erkennbar, der wieder stärkere sozialpolitische Akzente setzt. Abgesehen von der grundlegenden Veränderung des politischen Regimes beinhaltet diese Transformation zwar keinen neuerlichen paradigmatischen Gestaltwandel, aber doch eine beträchtliche Verschiebung der Koordinaten

hinsichtlich der Struktur und der Funktion des Staates in Chile. Die leitende Steuerungsideologie für das sozioökonomische Entwicklungsmodell zeichnet sich nicht durch eine Abkehr von neoliberalen Prinzipien aus, sondern besteht in dem Versuch, eine weniger ideologisch zugespitzte, vielmehr pragmatischere Variante des geeigneten Mix aus "so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig" zu finden – wobei der Markt allerdings als prinzipiell sehr leistungskräftig angesehen wird. Inwieweit dies auch in Krisenzeiten trägt – die neunziger Jahre über erlebte Chile ein beträchtliches Wirtschaftswachstum –, kann sich erst beim Eintritt dieses Falles und bei sich möglicherweise verschärfenden sozialen Spannungen zeigen. Von den politischen Eliten alleine jedenfalls sind keine grundlegenden Änderungen dieses Modells zu erwarten, auch nicht unter dem sozialistischen Präsidenten Lagos (Rojas 2001).

Die beschriebenen Reformprozesse lassen vor dem Hintergrund der dynamischen nationalen und internationalen Transformationsprozesse, in die sie eingebettet und mit denen sie konfrontiert sind, die Befürchtung zu, dass Tempo und Qualität der Staatsreform(en) bisweilen der Realität eher hinterherhinken. Allerdings scheint das Dilemma, das Norbert Lechner (1998) für den chilenischen Entwicklungsprozess und beispielhaft für ganz Lateinamerika postuliert, etwas überzeichnet. Zwischen der *Scylla* einer zunehmend kostenreicheren Politik der Modernisierung und der *Charybdis* demokratischer Legitimierung der Politik ist demnach mit der vorhandenen Institutionalität "kein Staat zu machen". Allerdings optieren die politisch Verantwortlichen – aus Mangel an praktikablen Leitbildern, aufgrund mangelnder gesellschaftlicher Konsense und nicht zuletzt auch beeinflusst von veralteten und gleichwohl wirkungsmächtigen Konzepten von IMF und Weltbank – nicht mehr für paradigmatische Änderungen der Staatlichkeit. Anstatt somit das Boot auf offener See umzubauen, unternehmen sie mit den vorhandenen Bordmitteln eine prekäre Schlingenfahrt, die im *pay-off* zwischen Regierbarkeit als solcher und der Stärkung demokratischer Strukturen besteht. Diese Defekte zeigen sich in der Tendenz, zwar demokratische Legitimation durch Wahlen zum Erwerb der Regierungsvollmacht zu nutzen, die Regierungspraxis zwischen den Wahlen jedoch möglichst von den Präferenzen der Wählerinnen und Wähler zu entkoppeln. Anders als die meisten seiner Nachbarn hat Chile diese Gefahren allerdings bislang aufgrund der insgesamt positiven sozioökonomischen Entwicklung der neunziger Jahre abmildern können. Auch haben die Regierungen lange Zeit eine systematische Politik der Erwartungsdämpfung betrieben und bis heute betont, dass Ent-

wicklungserfolge insbesondere für die arme Bevölkerung nur mittel- bis langfristig zu erwarten sind. Dies könnte sich ändern, wenn die Erholung nach der Wirtschaftskrise 1999 nicht stark genug ist, um Armut und Arbeitslosigkeit auf Dauer zu bekämpfen, und zum ändern die im Präsidentschaftswahlkampf 1999/2000 auffallenden populistischen Tendenzen Schule machen.

Literaturverzeichnis

- Ahumada, Jaime (1999): "El proceso de descentralización". In: *Chile en los noventa*. Santiago, S. 91-116.
- Fernández, Francisco (1997): "Participación ciudadana en gobiernos locales chilenos: una propuesta alternativa". In: *Estudios Sociales (cpu)*, Bd. 4, Nr. 94, S. 75-144.
- Galilea, Sergio/Guzmán, Luis (1995): "El proceso de descentralización en Chile: 1990-1993". In: GTZ/PGU (Hrsg.): *Descentralización en América Latina?* Quito.
- Imbusch, Peter (1995): *Chile. Unternehmer und Politik*. Frankfurt/Main.
- Larroulet, Cristián (1994): "Efecto de un programa de privatizaciones: el caso de Chile (1985-1989)". In: *Estudios Públicos*, Nr. 54, S. 175-222.
- Lechner, Norbert (1998): "Modernización y democratización: Un dilema del desarrollo chileno". In: *Estudios Públicos*, Nr. 70, S. 231-242.
- Marcel, Mario (1989): "Privatización y finanzas públicas: el caso de Chile, 1985-1989". In: *Colección Estudios CIEPLAN*, Nr. 26.
- Martelli, Giorgio/Valenzuela, Esteban (1999): *Propuestas de Reformas a los Gobiernos Regionales para su Fortalecimiento y Democratización*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Santiago de Chile <<http://www.fes.cl/Adm&Descent/reforma/indexreforma.html>>. April 1999.
- Masbernat, Nancy (1998): "Restricciones y potencialidades en el proceso de democratización. La democracia en Chile". In: *Estudios Sociales (cpu)*, Nr. 96, S. 121-164.
- Meneses, Francisco Javier/Fuentes, José María (1999): "Estado y proceso económico". In: *Chile en los noventa*. Santiago, S. 232-252.
- Muñoz, Oscar (Hrsg.) (1993): *Después de las privatizaciones. Hacia el Estado regulador*. Santiago.
- Muñoz, Oscar/Schamis, Hector (1993): "Las Transformaciones del Estado en Chile y la Privatización". In: Vial, Joaquín (Hrsg.): *Adónde va América Latina? Balance de las Reformas Económicas*. Santiago, S. 279-301.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1991): *Descentralización política y consolidación democrática*. Caracas.
- Palma, Eduardo (1991): "Chile, presidencialismo con descentralización territorial: una tradición inconclusa". In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Descentralización política y consolidación democrática*. Caracas, S. 237-248.
- Rojas Hernández, Jorge (2001): "Marktpopulismus und bürgerliche Illusionen. Politik und Gesellschaft im Chile des 21. Jahrhunderts". In: *Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Bd. 25: *Beharren auf Demokratie*. Münster, S. 97-115.

- SUBDERE (2001): *El Chile Descentralizado que queremos. Un proyecto de todos*, Ministerio del Interior: Subsecretaría de Desarrollo Regional y Administrativo, Santiago de Chile
<http://www.subdere.cl/paginas/CEDOC/PUBLICACIONES/DESCENTRALIZACION/Chile_desc.pdf>
- Thiery, Peter (1989): *Der spanische Autonomiestaat*. Saarbrücken/Fort Lauderdale.
- (2000): *Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie in Chile (1973-1996)*. Frankfurt/Main.
- Vergara, Rodrigo (1996): "Privatización de la Banca: La experiencia chilena". In: *Estudios Públicos*, Nr. 63, S. 335-345.

Lothar Witte

Die Entwicklung eines Modells: 20 Jahre Rentenreform in Chile

Die chilenische Rentenreform, die im Jahre 1981 erfolgte Umstellung eines staatlich verwalteten, über das Umlageverfahren finanzierten Systems auf ein privat verwaltetes System individueller Fonds, steht seit den neunziger Jahren im Mittelpunkt der internationalen Reformdiskussion. Auf den folgenden Seiten werden die Grundzüge dieser Reform skizziert. Zunächst werden einige Probleme des alten Systems,¹ die Ziele der Reform und die wesentlichen Charakteristika des neuen Systems dargestellt. Es folgt eine Diskussion der Ergebnisse, sowohl hinsichtlich der Alterssicherung als auch der Wirkungen auf die ökonomische Entwicklung. Abschließend wird eine Reihe aktueller Probleme erörtert.

1. Die Ziele der Reform

Das bereits in den zwanziger Jahren eingeführte chilenische Rentensystem wies zu Beginn der siebziger Jahre in exemplarischer Form die Probleme auf, mit denen viele lateinamerikanische Rentensysteme in den letzten drei Dekaden konfrontiert waren: starke Fragmentierung, verbunden mit sozialer Ungleichheit,² und hohe Kosten, die langfristig die Finanzierbarkeit des Systems in Frage stellten.

Noch in den siebziger Jahren nahm die Regierung Pinochet eine Reihe von Reformmaßnahmen in Angriff. Im Mittelpunkt stand dabei die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere die Erhöhung der Beiträge für die Staatsangestellten sowie die Vereinheitlichung des Renten-

¹ Zur Entwicklung des traditionellen chilenischen Rentensystems und insbesondere zu seinen Problemen siehe Mesa-Lago (1978), Cheyre (1991) und Queisser (1993). Die im folgenden angegebenen Daten beruhen auf Cheyre (1991).

² Mehr als 30 Rentenkassen verwalteten weit über 100 unterschiedliche Programme, allerdings waren über 90% der Versicherten den drei größten Kassen für Arbeiter und Angestellte des Privatsektors sowie für Beschäftigte des öffentlichen Sektors angeschlossen. Die einzelnen Rentenprogramme boten höchst unterschiedliche Leistungen an, wobei neben einigen quantitativ nicht ins Gewicht fallenden Gruppen insbesondere die Staatsangestellten privilegiert waren.

alters der einzelnen Programme auf 65 Jahre für die männlichen und 60 Jahre für die weiblichen Erwerbstätigen. Die Kombination dieser Maßnahmen führte zu einer deutlichen Verbesserung der finanziellen Situation.

Die Regierung beließ es jedoch nicht bei diesen systemimmanenten Anpassungen. Sie verfolgte von vornherein das Ziel einer radikaleren Systemreform. Neben der Einschätzung, dass die demographische Entwicklung langfristig die Finanzierbarkeit eines auf dem Umlageverfahren beruhenden Rentensystems erneut in Frage stellen würde,³ waren hierbei die erhofften gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer Umstellung des Finanzierungsverfahrens von Bedeutung. Im Mittelpunkt stand die Erwartung, dass ein mit Reserven operierendes System sich positiv auf die Entwicklung der nationalen Ersparnis sowie des Finanzsystems auswirken würde. Außerdem wurde argumentiert, dass die mit der Rentenreform verbundene Senkung der Lohnnebenkosten und die Zusammenfassung der einzelnen Rentenprogramme zu einem vereinheitlichten System Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt reduzieren und somit die Ausweitung der Beschäftigung ermöglichen würden.

Von besonderer Bedeutung war zudem der ideologische Kontext, das Kredo der Reformer, dass die soziale Sicherung stärker in die Verantwortung des Individuums gestellt werden müsse. Die Einrichtung individueller Konten würde die Transparenz verbessern und die Beziehung zwischen geleisteten Beiträgen und Rentenbezug stärken. Die private Verwaltung der Konten könnte die Effizienz erhöhen und die Verwendung der eingezahlten Gelder für andere Zwecke als die Alterssicherung verhindern. Auf diese Weise sollte die Alterssicherung dezidiert der gesellschaftlichen und politischen Einflussnahme entzogen werden.

Die Reform schloss somit drei Elemente ein: die Modifikation der technischen Parameter, den Übergang vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren, und die Umstellung der staatlichen auf die private Verwaltung. Es ist diese Kombination von Reformelementen, welche das "Modell Chile" letztendlich ausmacht.

³ Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Beitragszahlern und Rentenbeziehern veranschaulicht die Probleme: Im Jahre 1960 hatte dieser Quotient noch bei 10,8 gelegen, im Jahre 1970 war er auf 4,4 gesunken, und 1975 betrug er nur noch 3,2. Durch die Erhöhung des Rentenalters setzte sich diese Entwicklung jedoch nicht weiter fort.

2. Das neue System im Überblick

Das neue Rentensystem wurde am 1. Mai 1981 eingeführt. Diejenigen Versicherten, die bereits vor diesem Stichtag Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt hatten, konnten wählen, ob sie weiter im alten System verbleiben oder ins neue System wechseln wollten. Für alle anderen wurde der Zugang zum alten System geschlossen.

2.1 Das Grundprinzip

Das reformierte chilenische Rentensystem erinnert vom Prinzip her an Fondssparpläne. Zentrales Element sind private Fondsverwaltungsgesellschaften, die so genannten *Administradoras de Fondos de Pensiones* (AFP). Die Versicherten leisten monatliche Beitragszahlungen an die AFP, welche die Mittel auf dem Kapitalmarkt investieren. Die Einzahlungen und die Verzinsung der Mittel werden auf individuellen Konten der Versicherten erfasst. Bei Erreichen des Rentenalters bzw. bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für andere Renten wird das akkumulierte Sparkapital inklusive der aufgelaufenen Zinsen ausgezahlt.

2.2 Beitritt und Beiträge

Auch im reformierten chilenischen Rentensystem besteht für Lohnabhängige Versicherungspflicht, Selbstständige können freiwillig Beiträge leisten. Für die Alterssicherung wird ein Beitrag in Höhe von 10% der Löhne bzw. Einkommen erhoben, die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei umgerechnet gut 1.600 US\$. Zusätzliche freiwillige Beiträge sind möglich. Weiterhin sind für die Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung sowie für die Fondsverwaltung je nach AFP weitere 2-3% zu zahlen. Die Zahlungen werden ausschließlich vom Versicherten geleistet, ein Arbeitgeberanteil existiert nicht.⁴

Die Kosten der Fondsverwaltung werden durch Gebühren abgedeckt, differenziert nach der jeweiligen Dienstleistung. Neben der monatlich mit

⁴ Mit der Umstellung auf das neue Rentensystem wurden die Arbeitgeber von der Beitragszahlung befreit. Aber auch die Arbeitnehmer profitierten: Die Beiträge wurden im Vergleich zum alten System erheblich gesenkt, so dass Nettolohnerhöhungen von ca. 10% entstanden. Dabei sind nur die Veränderungen im Rentensystem berücksichtigt, weitere Nettolohnerhöhungen resultierten aus einem Übertritt zum privaten Gesundheitssystem. In dieser Verknüpfung einer Befreiung der Arbeitgeber von der Beitragszahlung und einer Erhöhung der Löhne um einen vergleichbaren Betrag wird im übrigen implizit anerkannt, dass unabhängig davon, wer den Beitrag zahlt, sämtliche Beiträge zur Sozialversicherung als Lohnbestandteile zu betrachten sind.

dem Beitrag gezahlten Gebühr werden Gebühren für den Beitritt, für zusätzliche freiwillige Beiträge und für die Rentenzahlungen erhoben. Die Höhe der Gebühren wird von der jeweiligen AFP festgelegt, wobei sowohl ein fester Betrag erhoben werden kann als auch ein bestimmter Prozentsatz des eingezogenen Beitrags bzw. der gezahlten Rente. Zu Beginn des Reformprozesses wurden häufig feste Gebühren verlangt, die regressive Wirkungen hatten, während heute prozentuale und damit einkommensabhängige Gebühren vorherrschen.

Die Wahl der AFP ist dem Versicherten freigestellt, sie erfolgt auf individueller Basis, Gruppenversicherungen gibt es nicht. Die Festlegung auf eine AFP ist vorübergehend, pro Jahr sind mehrere Wechsel möglich. Eine Ablehnung eines Antrags durch die AFP ist nicht möglich, ebenso wenig eine Differenzierung der Beiträge und der Verwaltungsgebühren nach individuellem sozioökonomischem Status oder spezifischem Risiko.

2.3 Investitionen und Rentabilität

Die AFP widmen sich ausschließlich der Fondsverwaltung, also dem Einzug der Beiträge, der Investition der akkumulierten Einlagen und der Auszahlung der Renten. Sie dürfen keiner anderen Aufgabe nachgehen und wurden exklusiv zu diesem Zweck gegründet.

Für die Kontrolle der AFP wurde eine eigene staatliche Aufsichtsbehörde, die *Superintendencia*, geschaffen. Die *Superintendencia* legt in Abstimmung mit der unabhängigen Zentralbank die Rahmenbedingungen für die Investition der Mittel fest. Zentrales Kriterium ist dabei die Sicherheit der Anlagen, ergänzend wird das Element der Risikodiversifizierung berücksichtigt. Für alle Anlageformen sind hinsichtlich ihres Anteils am Fondsvermögen der jeweiligen AFP Obergrenzen festgelegt. Die erlaubten Investitionen und die jeweiligen Obergrenzen sind dabei im Laufe der vergangenen 20 Jahre mehrmals verändert worden, zunächst restriktive Regulierungen wurden zunehmend liberalisiert.

Nicht nur die Investition selbst, auch die Rendite ist staatlichen Regelungen unterworfen. Alle AFP müssen ihren Versicherten eine Mindestrendite zahlen, deren Höhe sich am auf ein Jahr berechneten Durchschnitt der Rendite aller AFP orientiert. Weicht die Rendite einer AFP um mehr als einen bestimmten Prozentsatz vom Durchschnitt ab, so muss sie die Differenz aus einer zuvor gebildeten Reserve ausgleichen.

2.4 Modalitäten der Rentenzahlung

Das Rentenalter liegt für Männer und Frauen seit 1981 unverändert bei 65 bzw. 60 Jahren.⁵ Bei Erreichen dieses Alters wird das auf dem individuellen Konto angesammelte Kapital samt erzielter Verzinsung ausgezahlt, wobei zwei unterschiedliche Modalitäten gewählt werden können.

Zum einen können monatliche Zahlungen durch die AFP vereinbart werden, deren Höhe und Dauer von der Lebenserwartung zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand abhängt. Zum anderen kann das Sparkapital an eine Versicherungsfirma übertragen werden, die dem Versicherten eine Leibrente zahlt.⁶ Die Rentenzahlungen sind durch Indexierung gegen Inflation geschützt.

Für diejenigen Versicherten, deren Sparkapital auch nach mindestens 20 Beitragsjahren nicht ausreicht, eine Rente in Höhe von gut einem Viertel des Durchschnittseinkommens aller Erwerbstätigen zu finanzieren, ist eine Subventionierung der Rente aus Mitteln des öffentlichen Haushalts vorgesehen. Auch denjenigen Rentnern, deren tatsächliche Lebensdauer die ursprünglich kalkulierte übersteigt, so dass ihr Sparkapital noch zu Lebzeiten komplett ausgezahlt ist, erhalten im Anschluss die staatlich garantierte Mindestrente.⁷ Die Mindestrente ist dabei nicht indexiert, ihre Höhe wird von der Regierung bestimmt.

3. Die Ergebnisse der Reform⁸

Das reformierte chilenische Rentensystem wurde zwar bereits vor nunmehr 20 Jahren ins Leben gerufen, aber dennoch bleibt es schwierig, die Erfahrungen zu bewerten. 20 Jahre sind im Leben eines Rentensystems ein sehr kurzer Zeitraum, da die Ergebnisse erst sinnvoll zu analysieren sind, wenn mindestens eine Generation den kompletten Zyklus von Beitragszahlung und

⁵ Ein vorzeitiger Eintritt in den Ruhestand ist möglich, sobald das Sparkapital ausreichend ist, um bei Berücksichtigung der verbleibenden Lebenserwartung eine Rente von mindestens 50% des durchschnittlichen Einkommens der letzten zehn Jahre und mindestens 110% des Mindestlohns zu erzielen.

⁶ Beide Modalitäten werden gegenwärtig zu etwa gleichen Anteilen in Anspruch genommen, die Leibrente gewinnt jedoch in den letzten zehn Jahren zunehmend an Bedeutung.

⁷ Das demographische Risiko wird in diesem Falle also nicht von der AFP getragen, sondern vom Staat bzw. der Gesellschaft. Stirbt der Versicherte dagegen, bevor das Kapital voll ausgezahlt wird, so wird es seinen Hinterbliebenen als Erbe übertragen.

⁸ Die in diesem Abschnitt angeführten Daten beruhen, falls nicht anders angegeben, auf Informationen der *Superintendencia*, <www.safp.cl>, sowie auf darauf aufbauenden eigenen Berechnungen.

Rentenbezug durchlaufen hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind somit nur vorsichtige Einschätzungen möglich.

3.1 Auswirkungen auf die Alterssicherung

3.1.1 Versicherte und Beitragszahler

In einer Hinsicht ist das neue chilenische Rentensystem sicher ein Erfolg: Mit ca. 6.280.000 Personen war zum Jahresende 2000 der überwiegende Teil der chilenischen Erwerbsbevölkerung im neuen System registriert, nur eine Minderheit von etwa 200.000 Erwerbstätigen ist im alten System verblieben.

Nicht alle Versicherten zahlen jedoch auch regelmäßig Beiträge: Betrug der Anteil der Beitragszahler an den Versicherten des reformierten Systems im Jahre 1987 noch 70%, so ist er seitdem stark gefallen und erreichte im Jahre 2000 mit nur noch 51% seinen vorläufigen Tiefstand. Selbst wenn die zahlenden Versicherten des alten Systems hinzugezählt werden, liegt der effektive Deckungsgrad des chilenischen Rentensystems nur bei ca. 53%, einem deutlich niedrigeren Wert als in den siebziger Jahren.⁹

Der hohe Anteil von Versicherten, die ihre Beiträge nicht regelmäßig entrichten, ist u.a. durch die spezifischen Bedingungen im informellen Sektor zu erklären. Viele Angehörige des informellen Sektors sind dem System formell angeschlossen, zahlen jedoch nur unregelmäßig Beiträge. Neben objektiven Schwierigkeiten, die Beiträge zu zahlen, spielt hier eine Rolle, dass die garantierte Mindestrente gerade für gering Verdienende einen Anreiz bietet, nach Erreichen der notwendigen Beitragszeit von 20 Jahren keine weiteren Beiträge zu leisten. Andererseits sind 20 Beitragsjahre für Beschäftigte des informellen Sektors eine ausgesprochen hohe Hürde, so dass die Zahlungen häufig bereits vorher eingestellt werden. All dies trägt dazu bei, dass von den nicht als Arbeitgebern einzustufenden Selbstständigen, die über 20% der Erwerbstätigen ausmachen, weniger als 20% Beiträge zahlen, während die Lohnabhängigen dies insgesamt zu mehr als drei Vierteln tun.¹⁰

⁹ Der Deckungsgrad ist bestimmt als das Verhältnis zwischen Versicherten und ökonomisch aktiver Bevölkerung. Unter effektivem Deckungsgrad wird hier das Verhältnis der Beitragszahler zur ökonomisch aktiven Bevölkerung verstanden. Der Deckungsgrad des alten Systems lag in den siebziger Jahren bei gut 75%. Es zeichnete sich allerdings nicht durch pünktliche und vollständige Zahlung der Beiträge aus.

¹⁰ Diese Daten beziehen sich auf das Jahr 1992 und beruhen auf einer Auswertung der Haushaltsumfrage CASEN, sie wurden übernommen von Uthoff (1998: 227). Andere Autoren kommen für den Deckungsgrad der Selbstständigen teilweise zu noch niedrigeren Anteilen.

3.1.2 Renditen und Renten

Die Höhe der zum Zeitpunkt der Verrentung zur Verfügung stehenden Mittel ist im neuen System im Prinzip nur von zwei Faktoren bestimmt, der Höhe der gezahlten Beiträge und der erreichten Verzinsung. Für die Höhe der Renten ist darüber hinaus die Lebenserwartung zu diesem Zeitpunkt wichtig.

Innerhalb der Übergangszeit vom alten zum neuen System spielen auch die *bonos de reconocimiento* eine Rolle. Diese *bonos de reconocimiento* sind Schuldscheine des Staates, mit denen die Ansprüche der Versicherten des alten Systems, die in das neue System überwechseln, anerkannt werden. Sie werden mit real 4% verzinst und bei Erreichen des Rentenalters dem Sparkapital zugeschlagen.

Die Bruttorenditen der chilenischen Rentenfonds waren lange Zeit das stärkste Argument der Befürworter der Reform. Von 1982 bis 1994 lag die jährliche Realverzinsung in acht Fällen im zweistelligen Bereich, in einigen Jahren sogar weit über 20%, und die durchschnittliche reale Verzinsung betrug über den genannten Zeitraum annähernd 13%. Seit 1995 sehen die Ergebnisse jedoch anders aus: für den Zeitraum Mai 1995 bis April 2001 betrug die durchschnittliche Verzinsung nur 5,25%, und in den Jahren 1995 und 1998 war sie sogar negativ. Über den gesamten Zeitraum betrachtet (Juli 1981 bis April 2001) ist die durchschnittliche reale Verzinsung des neuen chilenischen Rentensystems inzwischen auf 10,84% abgesunken.

Ein Realverzinsung von über 10% ist ohne Zweifel immer noch sehr respektabel. Langfristig muss jedoch von deutlich geringeren Renditen ausgegangen werden, da die in den achtziger und frühen neunziger Jahren üblichen Werte auf außerordentlich positive Bedingungen auf dem chilenischen Kapitalmarkt zurückzuführen sind. In den späten achtziger Jahren war für festverzinsliche Wertpapiere ein hoher Realzins zu verzeichnen, parallel waren von Mitte der achtziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre für Aktien sehr hohe Kapitalgewinne zu erzielen. Mittelfristig dürften jährliche Realverzinsungen von ca. 5% durchaus realistisch sein (Bustamante 1998; James 1998; Gillion/Bonilla 1992).

Betrachtet man nun die zur Zeit im neuen System gezahlten Renten, so erscheinen diese zunächst recht niedrig, aufgrund der bislang hohen Renditen hätte man vielleicht höhere Werte erwartet: Den "normalen" Altersrentnern werden im Durchschnitt ca. 180 US\$ gezahlt (Dezember 2000), lediglich etwa ein Drittel der durchschnittlichen Nettoeinkommen. Für diejenigen, die ihre Rente vorzeitig beantragen, liegt der Betrag mit durchschnittlich gut

280 US\$ etwas höher.¹¹ Bei einer Bewertung der gezahlten Renten ist jedoch zu beachten, dass die Rendite der Fonds sich nur zum Teil auf die Renten ausgewirkt hat, da derjenige Anteil der Beiträge, der vor der Reform geleistet und in *bonos de reconocimiento* umgewandelt wurde, lediglich mit moderaten 4% verzinst wird.

Für diejenigen, die niedrige Einkommen beziehen und die nicht in der Lage sind, über lange Jahre regelmäßig Beiträge in relevanter Höhe zu zahlen, dürfte die Rente somit nicht ausreichen, um einen sorgenfreien Lebensabend zu verbringen. Dies betrifft in erster Linie die Angehörigen des informellen Sektors und hier sowie auch im formellen Sektor insbesondere Frauen, die im Vergleich zu den Männern weniger kontinuierlich beschäftigt sind, geringere Einkommen erzielen, früher das Rentenalter erreichen und eine höhere Lebenserwartung haben.¹² Ihre ohnehin geringeren Ersparnisse müssen daher auf eine längere Rentendauer verteilt werden, so dass die monatliche Rente niedrig ausfällt und voraussichtlich zu hohen Anteilen durch staatliche Subventionen wird aufgestockt werden müssen.

3.2 Volkswirtschaftliche Auswirkungen

Die Konsequenzen der Rentenreform für die ökonomische Entwicklung sind ebenfalls nur schwer zu beurteilen. Allgemein herrscht die Auffassung vor, dass die Auswirkungen positiv waren. Konkrete empirische Untersuchungen, die diese Auffassung stützen, gibt es jedoch bislang nicht. Die Rentenreform ist zudem nur ein Teil eines umfassenderen wirtschaftspolitischen Reformpaketes, und der spezifische Beitrag der Rentenreform zur positiven Entwicklung der chilenischen Wirtschaft sowie zu ausgewählten Teilaspekten ist daher kaum auszumachen. Die folgenden Erörterungen sind vor diesem Hintergrund mit Vorsicht zu betrachten.

3.2.1 Art und Höhe der Investitionen

Die in den AFP investierten Mittel haben inzwischen mit über 35 Milliarden US\$ (2000) erhebliche quantitative Bedeutung erreicht. Bereits 1991 mach-

¹¹ Noch ist die Anzahl der Rentner im neuen System allerdings sehr gering: Im Dezember 2000 erhielten lediglich gut 93.000 Personen eine Altersrente wegen Erreichens der offiziellen Altersgrenze, und weitere 132.000 wegen vorzeitigen Eintritts in den Ruhestand. Schlussfolgerungen hinsichtlich der Auswirkungen der Reform auf die Rentenhöhe sind daher nur schwer möglich.

¹² Laut Mesa-Lago (1991: 73-75) betrug die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Verrentung im Jahre 1985 für Männer 13,2 Jahre, für Frauen dagegen 19,4 Jahre.

ten die akkumulierten Fondseinlagen über 30% des Bruttoinlandsprodukts aus, schon 1994 wurde die Schwelle von 40% überschritten, und seit 1999 liegt der Anteil bei über 50%.

Die wichtigsten Anlagen lassen sich in drei Gruppen aufteilen: festverzinsliche Wertpapiere der Zentralbank und des chilenischen Staates, Papiere des Finanzsektors (Hypothekenpfandbriefe, Spar- und Termineinlagen) und Aktien, sowie von Unternehmen ausgegebene festverzinsliche Wertpapiere. Die Schwerpunkte innerhalb dieser Gruppen haben sich im Laufe der Zeit verändert. Betrachten wir zunächst den Zeitraum bis 1997. In dieser Zeit bildeten Staatsanleihen und insbesondere Papiere der Zentralbank mit in der Regel 35% bis 40% des Gesamtvolumens die Basis.¹³ Hypothekenpfandbriefe, deren Anteil in den frühen achtziger Jahren noch über 40% betrug, sowie Spar- und Termingelder, die in den späten achtziger Jahren über 20% des gesamten Volumens ausmachten, sind Mitte der neunziger Jahre nur noch mit jeweils um die 15% bzw. 5% vertreten. Dagegen lag der Anteil, der in Aktien chilenischer Unternehmen investiert wurde, Mitte der neunziger Jahre bei etwa 30%, und von Unternehmen ausgegebene festverzinsliche Wertpapiere machten weitere gut 5% aus. Seit 1997/1998 sind jedoch erhebliche Verschiebungen zu beobachten. Papiere der Zentralbank sind nur noch mit gut 30% vertreten, dafür ist der Anteil der Spar- und Termingelder wieder auf fast 20% gestiegen. Der Anteil chilenischer Aktien lag Ende 1999 und 2000 jeweils bei weniger als 12%, während die Investitionen in ausländischen Wertpapieren, die bis 1997 kaum eine Rolle spielten, nunmehr über 20% ausmachten.

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen AFP ist dabei von einem beachtlichen Konzentrationsgrad geprägt: Den drei größten AFP sind ca. zwei Drittel aller Versicherten angeschlossen, die von ihnen verwalteten Mittel machen je nach Bezugsjahr zwischen 50% und 60% des Gesamtvolumens aus, gleichbedeutend mit inzwischen über einem Viertel des jährlichen Bruttoinlandsproduktes (Uthoff 1998: 230; Ruiz-Tagle 1998: 18; Arenas de Mesa/Bertranou 1997: 336).

Das *Portefeuille* aller AFP weicht dabei nur unwesentlich voneinander ab. Dies liegt wahrscheinlich weniger an den von *Superintendencia* und Zentralbank vorgegebenen Restriktionen als vielmehr daran, dass die Fondsmanager sich bei den Investitionen in starkem Maße an der Konkurrenz orientieren. So soll vermieden werden, durch eine riskantere Anlage-

¹³ Seit Beginn der neunziger Jahre liegt der Anteil der Staatsanleihen dabei unter 1%.

politik schlechtere Ergebnisse als die anderen AFP zu erzielen und dabei so stark vom Durchschnittsergebnis abzuweichen, dass die zuvor gebildeten Reserven in Anspruch genommen werden müssen.

3.2.2 Folgen für den Staatshaushalt

Die Belastung der öffentlichen Haushalte ist eines der zentralen Themen der Rentenreform. Da nur wenige Beitragszahler nach der Reform im alten System verblieben, musste ein großer Teil der im alten Rentensystem erworbenen Ansprüche der Beitragszahler, die so genannte implizite Schuld des chilenischen Staates, von diesem explizit übernommen werden. Diese implizite Schuld hatte zum Zeitpunkt der Reform einen Betrag erreicht, der deutlich höher lag als das Bruttoinlandsprodukt eines Jahres.¹⁴

Die effektiven Ausgaben des Staates setzten sich zusammen aus der Zahlung der Renten des alten Systems und der Einlösung der *bonos de reconocimiento*.¹⁵ Die Mittel, die dafür insgesamt aufgebracht werden mussten, betrugen im Jahre 1982 über 8% des Bruttoinlandsproduktes und sanken dann bis 1988 auf 5,2%. In den neunziger Jahren oszillierten sie um die 3,7% des Bruttoinlandsproduktes, der absolute Wert erreichte im Jahre 1997 mit umgerechnet über 2,6 Milliarden US\$ einen Höhepunkt. In all diesen Jahren nahmen die Ausgaben des Staates dabei im Durchschnitt jährlich real um gut 10% zu, und stets lagen sie über den Beitragszahlungen zu den privaten Fonds.¹⁶

In diesen Zahlen sind die Ausgaben, die durch die staatlich garantierte Mindestrente entstehen, noch nicht berücksichtigt. Werden sie einbezogen, so betragen die Kosten, die dem Staat insgesamt für das Rentensystem entstehen, in den neunziger Jahren ca. 4,5% des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Die Belastung des Staatshaushalts durch die Mindestrente wird in Zukunft mit der Zahl der Rentner des neuen Systems deutlich zunehmen.

Bei der Frage nach der Finanzierung derartiger Summen steht oft im Vordergrund, ob der Übergang durch Steuern oder durch Staatsverschuldung finanziert wird. In der Praxis ist es jedoch in Chile nicht möglich, die einzel-

¹⁴ Uthoff (1998: 214) erwähnt mehrere Untersuchungen, die für die implizite Schuld zum Zeitpunkt der Reform 125-130% angeben.

¹⁵ Die Zahlung der Renten ist dabei v.a. zu Beginn des Übergangsprozesses von Bedeutung, die Finanzierung der *bonos de reconocimiento* wird dagegen insbesondere in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends wichtig.

¹⁶ Projektionen zufolge wird das Defizit zurückgehen, die Kosten für die Finanzierung des Übergangs sollen im Jahre 2015 nur noch 1% des Bruttoinlandsproduktes betragen (Bustamante 1998).

nen Finanzierungsformen voneinander zu trennen, da sich die Finanzierung der Rentenreform über einen langen Zeitraum erstreckt, in dem eine Vielzahl anderer Reformprojekte und sonstiger Einflüsse auf den Staatshaushalt eingewirkt haben.¹⁷

Ob die Übernahme der Umstellungskosten durch den Staat in diesem Ausmaß gerechtfertigt war, ist eine noch offene Frage. Die relative Verteilung der Sozialausgaben im Staatshaushalt zeigt, dass andere Sektoren in den zurückliegenden Jahren Einsparungen hinnehmen mussten, die ohne die Rentenreform wohl nicht in diesem Maße nötig geworden wären: Der Anteil der sozialen Sicherung stieg von gut einem Viertel im Zeitraum 1974-1980 auf 47,6% in den Jahren 1987-1995, während z.B. im Erziehungsbereich der Anteil von 35,9% auf 26% sank und im Gesundheitswesen von 14,6% auf 8,9%.

3.2.3 Nationale Ersparnis und Entwicklung des Finanzsystems

Mit der Umstellung des Finanzierungsverfahrens auf ein mit Reserven operierendes Kapitalisierungsverfahren war die Erwartung verbunden, dass die nationale Ersparnis erhöht würde, so dass zusätzliche Mittel für Investitionen zur Verfügung stünden und letztendlich das Wirtschaftswachstum gefördert würde.

Seit der Einführung des neuen Rentensystems ist die Sparquote in Chile ohne Zweifel stark gestiegen: Im Zeitraum 1980-1984 betrug sie im Durchschnitt nur 6,3% des Bruttoinlandsprodukts, 1985-1989 bereits 16,5% und 1990-1994 sogar 24,5%. An dieser Entwicklung hatte die Rentenreform jedoch wahrscheinlich einen weit geringeren Anteil als häufig angenommen. Nach neueren Berechnungen dürfte die Rentenreform die Sparquote im genannten Zeitraum um nicht mehr als vier Prozentpunkte erhöht haben. Die private Ersparnis ist dabei kaum gestiegen, der Beitrag der Rentenreform besteht überwiegend in der Erhöhung der öffentlichen Ersparnis.¹⁸

¹⁷ Zu dieser Schlussfolgerung gelangen u.a. James (1998) und Queisser (1998). Es ist dabei anzuerkennen, dass zu Ende der siebziger Jahre immerhin der Versuch gemacht wurde, sowohl durch die Reduzierung der Ansprüche im alten System als auch durch den Aufbau eines Haushaltsüberschusses eine übermäßige Belastung zukünftiger Generationen zu vermeiden. Mit der Wirtschaftskrise der frühen achtziger Jahre und den daraus resultierenden Haushaltsdefiziten wurde es jedoch nötig, stärker als ursprünglich beabsichtigt zum Mittel der Verschuldung zu greifen (siehe dazu Arrau 1992).

¹⁸ Zu den Auswirkungen der Rentenreform auf die nationale Ersparnis existiert eine breite Diskussion (siehe z.B. Arrau 1992; James 1998; Mesa-Lago/Arenas de Mesa 1997; Morandé 1998; Queisser 1998 und Uthoff 1998).

Was die Wirkungen der Rentenreform auf das Finanzsystem angeht, so herrscht allgemein die Einschätzung vor, dass die Reform dessen Entwicklung entscheidend gefördert hat. Die Rentenreform ermöglichte die Entwicklung langfristiger Finanzinvestitionen wie z.B. der Hypothekendarlehen. Auch die Privatisierung der Staatsunternehmen wurde u.a. durch die disponiblen Mittel der AFP ermöglicht. Parallel erfolgte eine Verbesserung der Informationssysteme, insbesondere die Verfeinerung der Instrumente der Risikobewertung. Auch im Versicherungswesen führte die Reform zur Entwicklung neuer Produkte, v.a. im Bereich der Leibrenten. Durch eine veränderte Anlagepolitik der AFP, die in Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Herdenverhalten zu einem standardisiertem Portefeuille der AFP führte, hätte die Entwicklung des Finanzsystems dabei wahrscheinlich einen noch stärkeren Schub erhalten.

4. Aktuelle Probleme und Lösungsansätze

Obwohl die Ergebnisse der Reform unter Fachleuten weiterhin umstritten sind, steht zumindest eines fest: Zentrales Problem ist gegenwärtig, wie zukünftig ausreichend hohe Renten für die große Mehrheit der alten Bevölkerung gesichert werden können. Dabei sind insbesondere die sinkenden Nettoerträge, der unzureichende effektive Deckungsgrad und der gegenwärtige Beitragssatz von Bedeutung.

Die Sicherung möglichst hoher Nettoerträge kann sowohl über eine Erhöhung der Bruttoerträge als auch eine Senkung der Kosten geschehen. In diesem Zusammenhang ist zur Zeit insbesondere die Praxis, jeder AFP die Verwaltung lediglich eines Fonds zu gestatten und zudem eine Mindestrendite zu verlangen, umstritten, denn sie hat dazu geführt, dass alle AFP einander ähnliche, relativ konservative Anlagestrategien verfolgen.

Aufgrund der geringen Diversifizierung des *Portefeuilles* wird der Wettbewerb um die Versicherten nicht über Produktdiversifizierung ausgetragen, sondern durch den Einsatz eines immensen Heeres von Vertretern, welche die Versicherten von den Vorteilen eines Wechsels der AFP zu überzeugen versuchen. Und dies mit beeindruckendem Erfolg: Allein 1997 z.B. wechselten fast 50% aller Versicherten die AFP!

Die hohen Kosten für Werbung und Marketing können nur zum Teil über die erhobene Beitrittskommission abgedeckt werden, zum Teil werden sie auf die Gebühren für die monatlichen Beitragszahlungen abgewälzt. Die Höhe dieser monatlichen Gebühren ist daher in den letzten Jahre erheblich gestiegen. Für einen Versicherten mit einem durchschnittlichen Einkommen

von ca. 600 US\$ betrug die monatlichen Gebühren bei einem Beitragssatz von 12,75% im Jahre 1998 fast 2,2% des Einkommens, während sie 1990 noch bei ca. 1,5% gelegen hatten (Bustamante 1998: 200). Das System wird somit insgesamt ineffizient und teuer.

Neben einer stärkeren Einschränkung der Wechselmöglichkeiten wird seit einiger Zeit diskutiert, den AFP zu gestatten, jeweils mehrere Fonds mit unterschiedlichen Anlagestrategien anzubieten, um gleichzeitig die Produktpalette zu erweitern, die Kosten für Werbung und Marketing zu senken und sowohl die Brutto- als auch die Nettorendite zu erhöhen. Dabei ist die Hoffnung, dass durch die Produktdiversifizierung deutlichere Unterschiede zwischen den Angeboten der einzelnen AFP sichtbar werden, so dass der derzeitige Aufwand für die Überzeugungsarbeit der potentiellen Wechselkandidaten sinken wird. Außerdem wird erwartet, dass die Produktdifferenzierung dazu führen wird, dass die durchschnittliche Bruttorendite steigt.

Sind für das Problem der sinkenden Nettorenditen technische bzw. endogene Lösungen vorstellbar, so ist das Problem des relativ niedrigen effektiven Deckungsgrads und der geringen Beitragszeiten systemimmanent kaum lösbar. Es zeigt sich, dass das Rentensystem, vom Prinzip her dafür geschaffen, im Alter einen Ersatz der Arbeitseinkommen bereitzustellen, stets die Probleme und Ungleichheiten des Arbeitsmarktes reflektieren wird, es sei denn, es werden aus politischen Gründen Umverteilungsmechanismen in das System eingebaut.

Zudem beinhaltet die Garantie der staatlichen Mindestrente ein Problem des *moral hazard*, und zwar für zwei unterschiedliche Gruppen von Versicherten. Die erste Gruppe sind die relativ einkommensschwachen Versicherten, für die es ökonomisch rational ist, die Mindestbeitragszeiten bei möglichst niedrigen Zahlungen zu erfüllen, um auf diese Weise in den Genuss einer staatlichen Subventionierung ihrer Rente zu kommen. Theoretisch wäre dies Problem durch eine Abschaffung der staatlich garantierten Mindestrente zu lösen, in der Praxis ist dies in Chile jedoch bis auf weiteres nicht vorstellbar. Die zweite Gruppe sind diejenigen, die frühzeitig in den Ruhestand eintreten, im Vertrauen darauf, dass die im Vergleich zu ihren ökonomischen Möglichkeiten relativ geringen Ersparnisse ausreichen werden, aber auch darauf, dass im Ernstfall die Gesellschaft die Kosten in Form der staatlichen Mindestrente übernehmen wird.

Darüber hinaus muss wahrscheinlich auch für das chilenische System allmählich darüber nachgedacht werden, die Beiträge zu erhöhen. Die Beiträge wurden im Zuge der Systemreform gesenkt und verharren seit 20 Jah-

ren auf unverändertem Niveau, trotz allmählich steigender Lebenserwartung und trotz der nicht überzeugenden Höhe der gezahlten Renten. Bislang stellten die hohen Renditen noch ein gewisses Polster dar. Die Entwicklung der letzten Jahre deutet jedoch darauf hin, dass die Beiträge bei normaler Renditeentwicklung nicht hinreichen werden, der Mehrheit der Chilenen eine Alterssicherung zu garantieren, die deren Erwartungen entspricht. Bislang wird dieser Aspekt kaum in die Diskussion gebracht, wobei politische Gründe ausschlaggebend sein dürften – schließlich war es die Senkung der Beitragssätze, welche die politische Akzeptanz der Reform sicherte.

5. Abschließende Bemerkungen

Nach 20 Jahren sieht sich das reformierte chilenische Rentensystem erneut dem Grundproblem gegenüber, mit dem sich bereits das vorherige System auseinandersetzen musste: Wie kann sichergestellt werden, dass das primäre Ziel, die Alterssicherung, gewährleistet wird, ohne dabei negative ökonomische und soziale Effekte auszulösen.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die chilenische Rentenreform gescheitert ist oder von vornherein ein Fehler war. Die Rentenzahlungen waren im alten System mittelfristig ohne eine Anpassung der wichtigsten Parameter nicht finanzierbar. Die Reform hat sich, v.a. in Zusammenhang mit der Entwicklung des Finanzsystems, positiv auf die ökonomische Entwicklung ausgewirkt, die ursprünglichen Erwartungen wurden allerdings nicht erfüllt. Auch in Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit hat die Reform wahrscheinlich positive Konsequenzen, da eine Reihe von Privilegien abgebaut wurden, so dass das neue System zwar nicht solidarisch, aber immerhin weniger regressiv ist als das alte.¹⁹ All diese positiven Entwicklungen sind jedoch weniger bedeutend als teilweise behauptet und zudem von lediglich sekundärer Bedeutung gegenüber dem primäre Ziel eines Rentensystems, der Alterssicherung.

Die Zukunft wird zeigen, ob die chilenische Gesellschaft in der Lage ist, sich dieser Situation mit der nötigen Offenheit zu stellen. In der nationalen und internationalen Diskussion setzt sich die Einsicht, dass das chilenische Modell nicht fehlerfrei ist, auch unter den Befürwortern der Reform allmählich durch. *Vice versa* erkennen die Kritiker des Modells durchaus an, dass

¹⁹ Auf diesen Aspekt kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Siehe dazu generell Mesa-Lago (1991) und James (1997) sowie auf den chilenischen Fall bezogen Queisser (1993) und Witte (1994).

es eine Reihe von positiven Elementen enthält. Je weniger das chilenische Rentensystem als Modell ideologisch verteidigt bzw. bekämpft wird, desto eher kann es gelingen, zu einer realistischen Einschätzung seiner Vor- und Nachteile zu gelangen und auf pragmatische Art und Weise an der weiteren Entwicklung des Systems zu arbeiten. In anderen Ländern der Region hat die Aufarbeitung der chilenischen Erfahrungen bereits dazu geführt, die chilenische Reform zwar als Referenzpunkt in die Diskussion einzubeziehen, das Modell jedoch teilweise stark zu modifizieren.²⁰ Die bisherige Entwicklung des chilenischen Systems sowie die gegenwärtige Diskussion im Lande lassen erwarten, dass sich der Reformprozess auch in Chile selbst als Abfolge ständiger Anpassungen fortsetzen wird.

Literaturverzeichnis

- Arenas de Mesa, Alberto/Bertranou, Fabio (1997): "Learning from Social Security Reforms: Two Different Cases, Chile and Argentina". In: *World Development*, Bd. 25, Nr. 3, S. 329-348.
- Arrau, Patricio (1992): "El nuevo régimen previsional chileno". In: *Regímenes Pensionales*, S. 37-65. Bogotá.
- Bustamante Jeraldo, Julio (1998): "17 años del sistema chileno de pensiones". In: Bonilla García, Alejandro/Conte-Grand, Alfredo (Hrsg.): *Pensiones en América Latina: Dos Décadas de Reforma*. Lima, S. 165-207.
- Cheyre, Hernán (1991): *La previsión en Chile ayer y hoy: Impacto de una reforma*. Santiago de Chile.
- ECLAC (Economic Commission for Latin America and the Caribbean) (1998): *The Fiscal Covenant: Strengths, Weaknesses, Challenges*. Santiago de Chile.
- Gillion, Colin/Bonilla García, Alejandro (1992): "La privatización de un régimen nacional de pensiones: El caso chileno". In: *Revista Internacional del Trabajo*, Bd. 111, Nr. 2, S. 193-221.
- James, Estelle (1997): "Pension Reform: Is There a Tradeoff between Efficiency and Equity?" In: *The World Bank Policy Research Paper*, Nr. 1766, Washington, D.C.
- (1998): "New Models for Old-Age Security: Experiments, Evidence, and Unanswered Questions". In: *The World Bank Research Observer*, Bd. 13, Nr. 2, S. 271-301.
- Mesa-Lago, Carmelo (1978): *Social Security in Latin America. Pressure Groups, Stratification, and Inequality*. Pittsburgh.
- (1991): *Social Security and Prospects for Equity in Latin America*. Washington, D.C.
- Mesa-Lago, Carmelo/Arenas de Mesa, Alberto (1997): "Fünfzehn Jahre nach der Privatisierung des Rentensystems in Chile: Evaluation, Lehre und zukünftige Aufgaben". In: *Deutsche Rentenversicherung*, Nr. 7, S. 405-427.

²⁰ Siehe hierzu Mesa-Lago/Kleinjans (1997) sowie Queisser (1998).

- Mesa-Lago, Carmelo/Kleijnans, Kristin (1997): "Die internationale Rentenreformdebatte – Annahmen und Realität der lateinamerikanischen Reformen". In: *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation*, Bd. 14, Nr. 36, S. 33-50.
- Morandé, Felipe (1998): "Savings in Chile. What went right?" In: *Journal of Development Economics*, Bd. 57, S. 201-228.
- Queisser, Monika (1993): *Vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren. Die chilenische Rentenreform als Modell für Entwicklungsländer?* München.
- (1998): *The Second-Generation Pension Reforms in Latin America*. Paris.
- Ruiz-Tagle, Jaime (1998): *Jubilo o tristeza? El futuro del nuevo sistema de pensiones*. Santiago de Chile (*mimeo*).
- Uthoff, Andras (1998): "Fondos de pensiones, el financiamiento de los costos de transición y el desarrollo de los mercados financieros: Lecciones de la reforma de privatización en Chile". In: Bonilla García, Alejandro/Conte-Grand, Alfredo (Hrsg.): *Pensiones en América Latina: Dos Décadas de Reforma*. Lima, S. 209-236.
- Witte, Lothar (1994): "Lateinamerikanische Sozialversicherung zwischen Staat und Privatisierung. Vom chilenischen Reformmodell zur kolumbianischen Reform des Modells". In: Dirmoser, Dietmar et al. (Hrsg.): *Jenseits des Staates? Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Bd. 18, Unkel, S. 65-105.

Helen Ahrens

Rechtsstaat und Justiz im Wandel

Das Recht ist der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.

Kant, *Metaphysik der Sitten* (1797),
1. Teil: Einleitung § B

1. Einleitung

Die Konzeption des Rechtsstaatsprinzips, das gegenwärtig – ob zu Recht oder zu Unrecht – als ein wesentlicher Meilenstein zur Absicherung der Demokratieprozesse gesehen wird, wird auf Immanuel Kant zurückgeführt (Weber-Fas 1999: 462). Nach Kant ist Zweck des Staates die Verwirklichung von Recht, und Recht ist die Bedingung der Freiheit.

Nur: Welches Recht steht zur Verwirklichung an? Nach der Auffassung der Schule des Rechtspositivismus, die in Chile die ideologischen Grundlagen der Diktatur und der Verfassung, die sie verewigen sollte, lieferte, besteht Recht aus den auf formal korrektem Weg vom Staat eingeführten Gesetzen. An ethische oder gar menschenrechtliche Grundsätze ist der staatliche Gesetzgeber dabei nicht zwingend gebunden. Eine bewertende Betrachtung des Rechts wird abgelehnt. Das hat zur Folge, dass etwa Richter/Innen in erster Linie ausführende Organe des Staates sind. Sie haben die Pflicht, ihr eigenes Rechtsgefühl der Autorität des Gesetzes unterzuordnen.

Ausgehend vom Gedanken des positiven Rechts hat sich die Idee vom formalen Rechtsstaat entwickelt. Dies war im ausgehenden 19. Jahrhundert durchaus fortschrittlich-revolutionär, da die Forderung im Raume stand, der Willkür staatlicher Macht Grenzen zu setzen. Insbesondere die Exekutive sollte sich zum Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte den Gesetzen unterordnen und auf ihr rechtmäßiges Handeln durch unabhängige Gerichte überprüft werden. Nur deckte der Verlauf der Geschichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine erhebliche Schwäche des so genannten formalen Rechtsstaates auf: Im Rahmen der totalitären und faschistischen Diktaturen wurde “perver-

ses" Recht gesetzt und buchstabengetreu angewendet. Das Militärregime Chiles übernahm Ende der siebziger Jahre diese Positionen, da sie eine "Rekonstruktion" der "Demokratie" auf einer alle fortschrittlichen politischen Strömungen legal ausschließenden Grundlage zu ermöglichen schienen. In Gestalt der jeweiligen Präsidenten des Obersten Gerichts und vieler anderer Richter sowie der (politisch gesäuberten) juristischen Universitätsfakultäten schloss sich die Justiz diesen Bestrebungen ohne Widerstand an.

Ähnlich der Nachkriegsentwicklung in Europa, wo sich nach 1945 der Grundsatz durchsetzte, dass das formale Rechtsstaatsprinzip durch ein materielles ergänzt werden muss, standen nach 1989 die demokratischen Regierungen auch in Chile vor der Aufgabe, eine der Diktatur ergebene Justiz zu demokratisieren. Jetzt wurde nicht mehr bestritten, dass Recht auch bewertend zu betrachten ist, wobei so genannte überpositive Rechtsgrundsätze (Naturrecht) zu beachten sind. Der Kampf um die Einhaltung von Menschenrechten, die von der Diktatur mit Füßen getreten worden waren, machte den Rückgriff auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen logisch. Chile schloss sich damit den international vorherrschenden Tendenzen an, die die Internationalisierung der Menschenrechte als positives Recht und ihre allseitige Einklagbarkeit fordern.

Doch dieser Prozess steckt heute, nach mehr als zwölf Jahren, trotz einiger Fortschritte – und je nach Betrachtungsweise – entweder erst in den Anfangsschritten oder schon in einer Sackgasse. Die Reformen der Justiz sind zaghaft gewesen, die Verfassungsveränderungen nicht substantiell genug, die Entwicklungen des materiellen Rechts auf fast allen Rechtsgebieten entweder überhaupt nicht erfolgt oder nur ungenügend, um von einer menschenrechtlich sich konsolidierenden Rechtsstaatsentwicklung sprechen zu können.

Die Geschichte des Rechts und eines menschenrechtlich begründeten Rechtsstaatsprinzips lässt sich als Geschichte des erneuten Versuchs lesen, in den jeweils gegebenen historischen Zusammenhängen staatlicher Willkür Einhaltung zu gebieten. Die Regierungen neigen aber immer dazu, ihre Macht auszuweiten und betrachten ein Gegengewicht durch Justizkontrolle als lästige Bürde eines "naturrechtlichen" Anspruchs, die menschliche Würde in den Mittelpunkt der Staatshandlungen zu stellen (Bloch 1985). Als bisher erfolgreichster, wenn auch immer wieder gefährdeter Versuch kann gegenwärtig das System von Freiheitsgarantien (Menschen- und Bürgerrechte) und Kontrollinstitutionen (Gewaltenteilung, Vorbehalt des Gesetzes, unabhängi-

ge Gerichtsbarkeit) gelten, das den modernen Rechts- und Verfassungsstaat kennzeichnet.

Solange sich die politischen Rahmenbedingungen so entwickeln, dass die Einforderung dieser Freiheiten und ihrer Garantien zunimmt, steht das Justizsystem vor der Herausforderung, geeignete Beiträge im Bereich der Verfahren, der Administration und des materiellen Rechts zu liefern. Stehen die politischen Zeichen ungünstig, so zeigt die Geschichte nicht nur in Chile, sondern überall, dass das Justizsystem dann die angenehme Ruhe der politischen Unterwerfung vorzieht.

2. Recht und Justiz in der Zeit von 1980-1989

Die gegenwärtige, rechtlich abgesicherte Verfasstheit des chilenischen Staates, der sich seit Oktober 1988 in der Phase des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie befindet, lässt sich der Verfassung von 1980 mit nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen entnehmen. Der Wandel des Begriffs vom Rechtsstaat und der Standortbestimmung der Justiz in Staat und Gesellschaft ist eng mit politischen Veränderungen verknüpft, weshalb nachfolgend zunächst der Zeitraum von der Verabschiedung der Verfassung von 1980 bis zur Redemokratisierung untersucht werden soll, um sich sodann rechtspolitischen Reformen ab 1990 zuzuwenden.

2.1 Die Verfassung von 1980: Vom Versuch einer verfassungsmäßigen Ausgestaltung der Diktatur

Die Verfassung von 1980 wurde gegen den Widerspruch der verbotenen Parteien und gegen die im Untergrund kämpfenden politischen Kräfte mit einem äußerst umstrittenen Volksentscheid im September 1980 angenommen; sie trat zum 11.03.1981 in Kraft. In ihrem Art. 1 anerkennt sie zwar die Würde des Menschen und spricht sich für die Gleichheit vor dem Recht aus (Art. 4), bezeichnet aber Chile als eine demokratische Republik, und Art. 6 unterwirft alle Staatsgewalt der Verfassung und den verfassungskonform ergangenen Normen. U.a. wegen dieser Aussagen werteten einige Autoren die Verfassung von 1980 als eine rechtsstaatliche, die Menschenrechte schützende Konstitution (Blumenwitz 1987: 79). Sie grenzt jedoch einen großen Teil der chilenischen Bevölkerung von der Teilnahme an den politischen Rechten aus, den sie als demokratiefeindlich betrachtet (Waldmann 1999).

Für eine Übergangszeit von acht Jahren wurde in Art. XIV der Übergangsvorschriften der General Pinochet als Staatspräsident festgeschrieben. Während dieser Übergangszeit verfügte er über absolute Vollmachten, die von einer schwachen, politisch bedeutungslosen Regierungsjunta nicht beschränkt wurden. Die Junta, der eine Ersatzfunktion für das Parlament zugeschrieben wurde (Art. XVIII), bestand aus den Oberbefehlshabern der drei Waffengattungen sowie dem Generaldirektor der militarisierten Polizei (*Carabineros*). Ergänzt um den Präsidenten des Obersten Gerichts (*Corte Suprema*) sowie den Präsidenten des Staatsrates (*Consejo de Estado*) bildeten sie unter Vorsitz Pinochets den Nationalen Sicherheitsrat (Art. XXV Übergangsvorschriften). Zu dessen Aufgaben gehören in Bezug auf die (nicht weiter erläuterte) Nationale Sicherheit insbesondere die Überwachung der Verwaltung sowie die Aufsicht über alle anderen Staatsgewalten (Art. 96). Da Letztere ihrerseits vom designierten Staatspräsidenten benannt wurden (Art. 32, Ziff. 9), besetzte er als fast absoluter Herrscher alle wichtigen Positionen im Staat mit ihm genehmen Personen. Eine Balance der Kräfte, die Montesquieu mit seinem Prinzip der Gewaltenteilung bezweckt hatte, gab es nicht.

Der Blick in die Übergangsvorschriften zeigt eindeutig, dass die Verfassung auf dem (verschleiernenden) Gedankengut einer geschützten Demokratie (*democracia protegida*) oder nach den Worten Pinochets treffender „autoritären Demokratie“ (Maira 1988: 125; Schubert 1981: 73) aufbaut, in der sich das Konzept der Nationalen Sicherheit deutlich widerspiegelt. Danach erscheint der Staat/die Nation als ein Organismus mit Eigenleben, in dem der Bürger eine untergeordnete Rolle spielt (Schubert 1981: 68f.). Nur eine „denkende, erleuchtete, weitsichtige“ Elite wird in der Lage gesehen, die künftigen Geschicke eines derartigen Organismus auf der Basis einer hierarchisch strukturierten Regierungskonzeption lenken und leiten zu können (I. Bustos 1987: 216, 218; Werz 1991: 178).

2.2 Die Stellung der Justiz: Eine politische Einordnung

So verwundert es nicht, dass von einer unabhängigen Justiz nicht gesprochen werden kann. Die Unabhängigkeit der Justiz wird in Art. 73 nicht explizit, sondern in Form der Negation der Eingriffsrechte des Staatspräsidenten und des Kongresses resp. der Junta beschrieben. Da die Aufzählung der Verfassungsorgane in Art. 73 nicht erschöpfend ist, konnte die Justiz während der gesamten Periode der Diktatur unter die Aufsicht des Nationalen Sicherheitsrates gestellt werden (Art. 96, Ziff. b).

An dem für die Unabhängigkeit der Gerichte ausschlaggebenden Indiz der Richterwahl hat die Verfassung von 1980 gegenüber den vorherigen keine tiefgreifende Änderung gebracht (Correa 1991: 245). Einem dem diktatorischen Prinzip verschriebenem und von "Staatsfeinden" gesäuberten Justizsystem brauchten die Militärs nicht vorzuschreiben, wen sie als Richter zulassen können. So waren die vom Obersten Gerichtshof vorbereiteten und dem Staatspräsident zur Auswahl vorgelegten Vorschlagslisten von Richtern am Obersten Gerichtshof sowie an den Appellationsgerichten von Regimegegnern so gesäubert, dass jede "Infiltration" in das Justizsystem ausgeschlossen werden konnte. Zum Ende der Diktatur und noch darüber hinaus waren 14 der insgesamt 17 Richter zu Zeiten Pinochets ernannt, die zum großen Teil politisch genehm, nicht jedoch immer auch fachlich geeignet waren (Correa/Vial 1991: 34; Matus 1999: 132). Die formale Unabhängigkeit der Justiz erwies sich durch die Haltung der Richter als materiell inhaltslos aber gut geeignet, das Regime zu stützen.

Eine in ihrem überkommenen Bestand geschützte und durch die Ernennungsmodalitäten den jeweiligen Machtinteressen funktionale Justizstruktur deutet auf ein anderen Politiken untergeordnetes Verständnis der Justiz hin. Tatsächlich bedurfte es unter der Diktatur keiner unabhängigen zivilen Justiz im eigentlichen Sinne. Zum einen waren die Militärgerichte resp. Sondergerichte Dank des immerwährenden Ausnahmezustandes für wesentliche politische Delikte zuständig (Nolte 1991: 93 ff.). Zum anderen wurde im Bereich des Wirtschaftsrechts der Investitionsschutz durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der Diktatur selbst gewährt. Hinzu kommt, dass es der Diktatur nicht so sehr darauf ankam, den Bürgern Rechtsschutz zu gewähren, sondern die Bevölkerung zu einem politisch angepassten, notfalls mit Gewalt erzwungenen Wohlverhalten gegenüber den herrschenden Kräften zu veranlassen. Damit wurde die Justiz – ganz in der Tradition lateinamerikanischer Entwicklungen – auf den Bereich der "Verwaltung" der für die gesellschaftliche Entwicklung irrelevanten Tatbestände festgeschrieben. Und dort, wo sie ausnahmsweise in relevante Bereiche, d.h. die Menschenrechte und damit die Individualrechte sichernde Bereiche, hätte vorstoßen können, zeigte sie sich ob ihrer legalistisch-formalen Denkmuster (Correa/Vial 1991: 32; Peña 1994: 74; Sequela Narducci 1995: 742) unfähig, demokratische und rechtsstaatliche Werte gegen die Vorstellungen der Militärs zur Geltung zu bringen.

3. Recht und Justiz zum Zeitpunkt der Redemokratisierung

Zusammenfassend lässt sich das in der Verfassung von 1980 entwickelte System als eine ausgeklügelte Struktur zur rechtlichen Absicherung einer militärischen Vormacht in der chilenischen Gesellschaft werten. Von den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaates ist dieses System weit entfernt. Viele dieser Elemente wirken bis heute fort (Garretón 1992/93: 141), da eine umfassende Justizreform nicht stattfand bzw. am politischen Widerstand der Anhänger der Diktatur bislang scheiterte. In einigen Bereichen konnten jedoch schon ab Beginn des demokratischen Umbruchs einige Veränderungen eingeleitet werden (CAJ 1998: 55).

3.1 Die Verfassungsänderungen von 1989: Von den Schwierigkeiten der Überwindung der ideologischen Grundlagen

Nach dem Ausgang des zu den Präsidentschaftswahlen in der Verfassung vorgesehenen Plebiszits vom Oktober 1988 trat Chile in eine neue politische Phase ein. Die Prinzipien der "autoritären" Demokratie wurden verworfen. Die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung forderte die Wiedereinführung einer vollwertigen Demokratie ohne "Schutz" durch das Militär. Vielmehr wird nun der Schutz vor dessen Menschenrechtsverletzungen und die Verurteilung der von ihnen begangenen Verbrechen gefordert (Ambos 1996: 144).

Zunächst konnten die demokratischen Kräfte nur einige wenige, aber doch substantielle Änderungen und Ergänzungen einiger Verfassungsartikel sowie die Legalisierung auch sozialistischer bzw. marxistischer Parteien durchsetzen. Am Ende des beeindruckenden Prozesses von 1989 kann Chile als eine präsidentiale Demokratie mit einem Zwei-Kammern-Parlament bezeichnet werden, wobei die Verfassung nach wie vor Besonderheiten aufweist, welche den Zweck erfüllen, den Einfluss der Militärs und ihrer zivilen Unterstützer auch nach der Redemokratisierung zu sichern. In diesem Zusammenhang bleiben als "autoritäre Enklaven" folgende erhalten:¹

- Die nur geringen Veränderungen an der herausgehobene Stellung des für die Perpetuierung der Doktrin der Nationalen Sicherheit geschaffenen

¹ Auf das chilenische Wahlrecht, das als "Sistema Binominal" bezeichnet wird, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Es kombiniert Elemente (man könnte auch sagen Nachteile) des Mehrheitswahlrechtes und des Verhältniswahlrechtes, indem es einerseits kleineren Parteien ohne Bündnispartner keine Chance auf Repräsentation im Parlament einräumt (so zur Zeit den Kommunisten und der Umweltbewegung), andererseits aber trotzdem die Schaffung klarer parlamentarischer Mehrheiten behindert.

Nationalen Sicherheitsrates (Art. 95). In ihm stehen die vier Oberkommandierenden dem Staatspräsidenten, dem Senatspräsidenten, dem Präsidenten des Obersten Gerichts sowie dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofes gegenüber. In diesem Gremium können die drei (eigentlich ja voneinander unabhängigen) Säulen der Staatsgewalt (Exekutive, Legislative und Judikative) also bestenfalls auf eine Pattsituation mit den Militärs hoffen.

- Gemäß des beibehaltenen Art. 45 der Verfassung von 1980 kommen zu den gewählten Senatoren noch neun so genannte “designierte Senatoren” hinzu (je ein Ex-Befehlshaber von Heer, Luftwaffe, Marine und *Carabineros*, zwei Ex-Richter des Obersten Gerichtshofes, ein Ex-Minister, ein Ex-Universitätsrektor sowie ein Ex-*Controlador de la República*). Dazu kommen noch als Senatoren auf Lebenszeit die beiden Ex-Präsidenten Pinochet (zur Zeit nicht präsent) sowie Eduardo Frei Jr.

Seit 1990 steht die Überwindung der autoritären Enklaven im Zeichen der Initiativen für eine umfassende Verfassungsreform. In der Erklärung des nunmehr dritten, demokratisch gewählten Präsidenten Lagos von Mai 2001 wird den entsprechenden Reformen nicht nur ein breiter Platz eingeräumt, vielmehr wurde eine entsprechende interministerielle Arbeitsgruppe gebildet.

3.2 Struktur und Rolle der Justiz zum Zeitpunkt des Beginns der Redemokratisierung

Die Verfassungsreformen änderten allerdings nur wenig an der Stellung und Rolle der Justiz. Während die Regelung des Art. 73 unverändert blieb, wurde die Judikative den Aufsichts- und Inspektionsrechten des Nationalen Sicherheitsrates (Änderung von Art. 96) entzogen, um die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Da jedoch der Präsident des Obersten Gerichts nach wie vor im Nationalen Sicherheitsrat vertreten ist und drei Richter des Obersten Gerichts gemeinsam mit den vom Nationalen Sicherheitsrat und anderen Staatsorganen bestellten Kollegen/Innen im Verfassungsgericht wirken, wird eine Art impliziter Komplizenschaft der Justiz mit dieser undemokratischen Staatsstruktur hergestellt, der sie sich weiterhin nicht entziehen kann.

Beibehalten wurden ebenfalls die erstmals in der Verfassung von 1980 eingeführten so genannten Organgesetze mit Verfassungsrang (*leyes orgánicas constitucionales*) für die Organisation des Gerichtswesens (Art. 74). Die Annahme, Änderung etc. derartiger Gesetze bedarf gemäß Art. 63 Verf. der

3/5-Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren. Hinsichtlich von Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes ist – neben der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit durch das Verfassungsgericht – der Oberste Gerichtshof anzuhören (Art. 74). Das gewählte Verfahren dient eindeutig dem Schutz der Justiz vor zu raschen und schnellen Änderungen (Verdugo 1991: 188f.). Dies wäre prinzipiell zu begrüßen, wenn es sich um eine effiziente, demokratisch gesinnte und transparente Justiz handeln würde, nicht aber, wenn es darum geht, sie vor einer zu schnellen Demokratisierung zu schützen. Schon verschiedene, Anfang 1990 erstellte Studien zeigen (Vargas/Correa 1995: 52f.), wie sehr sich die aus der Diktatur überlieferte Führung der Justiz der Frage bewusst war, dass sie eine zu schnelle Demokratisierung des Justizsystems verhindern musste.

3.3 Fortbestand undemokratischer und unrechtsstaatlicher Kernelemente

Entsprechend konnte zunächst auch wenig an der Struktur, Hierarchie und Verwaltung verändert werden, so dass sich das Justizsystem den Erfordernissen einer den Bürgern gegenüber offenen und menschenrechtlich verpflichteten Justiz keineswegs schnell anpasste, sondern stattdessen der Demokratisierung sogar erheblichen Widerstand entgegensetzte.

3.3.1 Das Verfassungsgericht, ein Etikettenschwindel

Mit der Verfassung von 1980 wurde ein so genanntes Verfassungsgericht (Art. 81) eingeführt, an dessen Struktur und Rolle die Reformen von 1989 keine Veränderung brachten. Das Gericht, das wegen seiner Kompetenzen treffender als ein Staatsgerichtshof zu bezeichnen wäre (Saligmann 1999: 137), setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Drei werden aus den Reihen des Obersten Gerichts gewählt, je einer wird vom Staatspräsidenten und vom Senat bestimmt, zwei ernannt der Nationale Sicherheitsrat. Da alle ernennenden Organe ihrerseits wiederum im Nationalen Sicherheitsrat vertreten sind, ergibt eine eindeutige Vereinnahmung des Vorganges durch diesen (Maira 1988: 326).

Zu den Aufgaben des Verfassungsgerichts gehört u.a., Entwürfe so genannter Organgesetze mit Verfassungsrang (Art. 63) vor ihrer Verkündung durch den Präsidenten auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen (Art. 82, Ziff. 1). Nach einer auf diese Weise für verfassungsgemäß erklärten Gesetzesvorschrift kann der Oberste Gerichtshof sie nicht wegen desselben Fehlers, der Gegenstand des Urteils des Verfassungsgerichts war, für unanwendbar erklären. Dieses Vorgehen weist nicht nur auf eine Unmündigstel-

lung des weiterhin erheblich in seinen Rechten beschnittenen Parlaments hin, sondern bedeutet auch eine Beschränkung des Rechtsschutzes, da eine Verfassungsklage gegen ein solches Gesetz fast ausgeschlossen ist (Verdugo 1991: 195).

3.3.2 Der Oberste Gerichtshof: Ein Bild vielfältiger Aufgabenüberlagerungen

Auch das Hierarchiesystem der Justiz konnte nicht wesentlich verändert werden. An der Spitze der chilenischen Gerichtsorganisation steht das Oberste Gericht (*Corte Suprema*). Es bestand seinerzeit aus 17 Richtern, die – wie bereits oben dargelegt – vom Staatspräsidenten aus den Vorschlagslisten des Obersten Gerichts ernannt wurden. Neben der Spruchfähigkeit war es (bis 1995) oberstes Verwaltungs- und Disziplinarorgan des Gerichtswesens. Neben diesen Funktionen nahmen (und nehmen) die Richter des Obersten Gerichts in folgenden Verfassungsorganen sowie Gremien Aufgaben wahr:

- Der Präsident ist im Nationalen Sicherheitsrat vertreten.
- Drei Richter sind im Verfassungsgericht tätig.
- Drei Richter (oder auch ehemalige Richter) nehmen Tätigkeiten im Wahlprüfgericht (*Tribunal Calificador de Elecciones*) wahr.
- Ein Richter ist in der *Comisión Resolutiva* tätig, welche Vorschriften zur Sicherung des freien Wettbewerbs erlässt.
- Ein Richter sitzt im Rat des juristischen Verlages (*Editorial Jurídica de Chile* = *Editorial Andrés Bello*).

Zudem wählt das Oberste Gericht zwei seiner ehemaligen Richter sowie einen ehemaligen Präsidenten des Obersten Rechnungshofes in den Senat (so genannte designierte Senatoren, Art. 45).

So ergibt sich ein Bild einer vielfältigen Aufgabenüberlagerung und damit auch das einer starken Verschränkung zwischen den einzelnen Organen (Valenzuela 1991: 177), das bis heute dafür sorgt, dass das entwickelte System der politischen Kooptation, das während der Diktatur vorherrschte, dieses prinzipiell überlebte, und das heute dafür sorgt, dass sich die erforderlichen Veränderungen nur schleppend durch führen lassen.

3.3.3 Struktur und Rolle der unteren Instanzen: schlank, aber nicht sonderlich fein

In erster Instanz zuständig waren Anfang 1990 landesweit ca. 325 Einzelrichter (*juzgados de letras*). Etwa die Hälfte von ihnen übte eine Allzuständigkeit aus, d.h. sie entscheiden in zivil-, arbeits-, kindschafts- sowie strafrechtlichen Angelegenheiten. In größeren städtischen Agglomerationen (Santiago, San Miguel, Valparaíso und Concepción) hatte sich das System ausdifferenziert; so waren 52 Richter (= 16%) auf das Strafrecht spezialisiert (Vargas/Correa 1995: 23). Die interne Gerichtsorganisation folgte einem einheitlichen Schema: Jedem Richter war eine Urkundsbeamtin (*secretario/secretaria; ministerio de fe*) unterstellt, die eine juristische Ausbildung aufweist. Der Urkundsbeamtin unterstanden (und unterstehen noch heute) wiederum im Durchschnitt zehn Protokollführer (*actuário*), die überwiegend keine juristische Ausbildung aufweisen (Vargas/Correa 1995: 23, 75ff.).

Da die Richterschaft aufgrund der ihr übertragenen unzähligen Aufgaben überwiegend ihren Schwerpunkt in der Verwaltung ihres Gerichts sah und bis heute noch sieht, sind den Urkundsbeamten als auch Protokollführern vielfach die eigentlich dem Richter kraft Gesetz obliegenden Aufgaben übertragen worden (Correa/Vial 1991: 92f.). In der Praxis sind es deshalb in erster Linie die *actuários*, die das Verfahren steuern. Der damit den Protokollführern übertragene große Einfluss wurde (und wird) wegen der schlechten Bezahlung dieser Arbeit häufig als eine Quelle für willkürliche und der Korruption unterworfenen Verfahrensführung genannt.

Die Berufungsgerichte (*Cortes de Apelaciones*), die in erster Linie zweitinstanzlich zuständig sind, entscheiden als Kollegialgericht (drei Richter). Zu Beginn der neunziger Jahre waren an den gesetzlich vorgesehenen 17 Berufungsgerichten insgesamt 119 Richter (*ministros*) tätig, denen landesweit 74 Anwälte (*abogados integrantes*) beigeordnet waren, welche richterliche Aufgaben eines Berufsrichters im Falle seiner Abwesenheit wahrnehmen (mit Ausnahme der administrativen Geschäftsführung und der Disziplinargewalt) (Vargas/Correa 1995: 20).

Eingebettet in die rechtsprechende Gewalt gab (und gibt es zum großen Teil noch heute) bei den Berufungsgerichten und am Obersten Gerichtshof eine Staatsanwaltschaft (*Ministerio Público*). Die Aufgaben der Staatsanwälte (*fiscales*) beschränkten sich auf gutachterliche Tätigkeiten zur Vorbereitung gerichtlicher Entscheidungen (Vargas/Correa 1995: 138); ihre Aufga-

benstellung war und ist in keiner Weise mit der einer staatlichen Untersuchungs- und Anklagebehörde vergleichbar (Ambos/Woischnik 2000: 841).

4. Die große Justizreform: Ein gescheiterter Versuch

Die Einordnung und Aufgabenstellung der zivilen Justiz musste sich fundamental mit der Rückkehr Chiles zu demokratisch gewählten Strukturen in der Weise ändern, dass sie nunmehr von den politischen Kräften (d.h. der *Concertación*) zunehmend herausgefordert wurde, als staatliche Institution die Aufgabe der Schlichtung sozialer Konflikte zu übernehmen, einschließlich solcher, die vom Staat selbst in der Gesellschaft durch bestimmte Handlungen geschaffen wurden (z.B. Menschenrechtsverletzungen). Die chilenische Justiz war darauf jedoch in keiner Weise vorbereitet. Die überkommene Form der Organisation, Überbürokratisierung, Ritualisierung, mangelhafte Ausbildung und eine den Grundsatz der Gleichheit vor dem Recht widersprechende Art der Rechtsfindung und -sprechung gerieten zunehmend in die Kritik (Correa/Vial 1991: 90ff.; Matus 1999: 312ff.). Als verantwortlich für die gesamte demokratische Staatsentwicklung ergriff folglich die Regierung der *Concertación* unter ihren verschiedenen Präsidenten unterschiedliche Initiativen, um diesen Zustand zu überwinden. Der Erfolg bleibt bis heute jedoch zwiespältig.

4.1 Reforminitiativen unter der Regierung von Aylwin

Unter dem ersten demokratisch gewählten Präsidenten Aylwin wurde der Versuch einer umfassenden Justizreform in Angriff genommen. Seine unter dem Justizminister Cumplido formulierte Politik zielte auf tiefgreifende Reformen in der Justiz. Sie umfassten u.a. eine Veränderung des internen Kräfteverhältnisses im Obersten Gericht, die Schaffung eines Justizrates (*Consejo Nacional de Judicatura*) nach spanischem Vorbild, die Einrichtung einer Justizschule (*Escuela Judicial*) sowie eines nationalen Beratungsdienstes für Personen mit geringem Einkommen (*Servicio Nacional de Asistencia Jurídica*). Da die Reformen aber mit der Frage der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen unter der Diktatur in Zusammenhang gebracht wurden, stießen sie nicht nur im Obersten Gerichtshof, sondern auch bei der Opposition, die nicht nur über die Sperrminorität im Senat verfügte, sondern auch mit Sympathisanten im Nationalen Sicherheitsrat rechnen konnte, auf Widerstand und scheiterten letztendlich.

4.2 Reformen unter der Regierung von Frei: Erste Erfolge der neuen Rechts- und Justizpolitik

Erst unter der nachfolgenden zweiten, demokratisch gewählten Regierung von Präsident Frei konnten einige Initiativen der Vorgängerregierung in veränderter Form greifen. Dies, weil offensichtlich die Justizministerin Soledad Alevear eingedenk der Erfahrungen ihres Amtsvorgängers die Politik der Justizreform nunmehr auf "wertneutrale" Begriffe wie Modernisierung, Verbesserung der Dienstleistungen für den Bürger, Effizienzsteigerung und Wirtschaftlichkeit konzentrierte.

So wurde im November 1994 das Gesetz über die Einrichtung einer Justizschule (*Escuela Judicial*) vom Parlament verabschiedet. Sie nahm ihre Tätigkeiten im Mai 1996 auf. Die Justizschule bietet u.a. eine Art Eingangsausbildung für Juristen an, die die richterliche Laufbahn einschlagen wollen sowie diverse Fortbildungen (CAJ 2000: 114ff.).

Im Februar 1995 wurde das Gesetz über Organisation und Kompetenzen des Obersten Gerichts verabschiedet, dessen Ziel in erster Linie die Konzentration des Gerichts auf die Kassation war. Des Weiteren wurde im Mai 1995 das Gesetz über die justizielle Verwaltungskörperschaft (*Corporación Administrativa del Poder Judicial*) erlassen. Dieses erfolgte, da es technokratisch zur Entlastung des Obersten Gerichtshofs von Aufgaben der Administration des Gerichtswesens begründet wurde und inhaltlich – anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern (Cea 1991: 352ff.) – nicht voll dem spanischen Vorbild entspricht, sondern als eine Art Geschäftsführungsstelle dem Obersten Gericht unterstellt ist (Vargas/Correa 1995: 54), wodurch diesem die "Macht" über das Gerichtswesen nicht genommen wurde.

Ende des Jahres 1997 wurden erstmals Verfassungsänderungen, welche die Rechtspflege betreffen, vom Parlament mit den erforderlichen 3/5-Mehrheiten von Abgeordneten und Senatoren verabschiedet. Die Anzahl der Richter am Obersten Gericht wurde auf 21 erhöht (Art. 75). Die Ernennung der Richter zum Obersten Gericht durch den Präsidenten bedarf nunmehr auch der Zustimmung des Senats. Zudem sind fünf Juristen als Richter an den Obersten Gerichtshof zu ernennen, die zuvor innerhalb des Gerichtssystems keine Tätigkeit ausgeübt haben dürfen. Zu ihrer Bestellung sieht die Verfassung jetzt ein öffentliches Auswahlverfahren (*concurso público*) vor. Das Bündel dieser Maßnahmen soll dazu dienen, die Justiz nicht nur zu modernisieren, sondern sie transparenter und demokratischer zu gestalten. Im Zuge der personellen Erneuerung wurden im November 2001 erstmals zwei Juristinnen an das Oberste Gericht berufen.

4.3 Das Herzstück: Die Reform des Strafverfahrensrechts

Die Initiativen der demokratischen Regierungen, insbesondere des Präsidenten Frei, konzentrierten sich auf die Reform des Strafverfahrensrechts. Das alte, seit den Anfängen der Kolonialzeit bestehende inquisitorische und schriftliche Verfahren soll durch ein mündliches und akkusatorisches Verfahren ersetzt werden (Riego 2000: 178ff.; Valdivieso 1999: 253).

4.3.1 Ausgangslage

Die Reform des Strafverfahrens war überfällig, denn Gerechtigkeitsfragen beziehen sich nicht ausschließlich auf den gerechten Interessenausgleich, auf Fragen gerechter Güter- und Leistungsverteilung oder das Problem der gerechten Strafe, sondern betreffen auch den Weg der Rechtsfindung. So lassen sich die in den diversen Menschenrechtserklärungen niedergelegten Elemente eines Verfahrens (Unabhängigkeit der Richter, rechtliches Gehör, Öffentlichkeit, schriftliche Begründung des Urteils und zusätzlich zum Strafverfahren der Grundsatz: im Zweifel für den Angeklagten [*in dubio pro reo*] sowie die Unschuldsvermutung) als Ausfluss der Verfahrensgerechtigkeit verstehen. Kaum eines dieser Elemente wurde im bisher geltenden System des chilenischen Strafverfahrens berücksichtigt.

Wesentliche Elemente des "alten" und wegen der sukzessiven Umsetzung des neuen weitgehend noch gültigen Strafverfahrens sind Folgende: Das in den Händen eines Richters liegende Ermittlungsverfahren (*sumario*) ist schriftlicher und geheimer Natur. Weit über 50% der Fälle werden im Ermittlungsverfahren wegen nicht ausreichender Beweislage vorläufig eingestellt. Der vormalige Untersuchungshäftling erhält in diesen Fällen keine Entschädigung. Nur in ca. 30% der ermittelten Fälle wird Anklage erhoben. Ankläger ist der (vormalige) Ermittlungsrichter, wobei die Anklage selbst häufig von den *actuarios* geschrieben und vom Richter unterzeichnet wird. Nachdem dem Angeklagten die Klage zur Kenntnis gebracht worden ist, trifft ihn die Verpflichtung, zu den Klagegründen Stellung zu nehmen und sich zu verteidigen. Auch diese Phase des Prozesses läuft über den Schreibtisch eines *actuarios*. Das Strafverfahren endet mit dem Urteil. Bei dem geschilderten Gang des Verfahrens verwundert es nicht, dass in weniger als 2% der Fälle ein Freispruch ergeht (Vargas/Correa 1995: 31), und dies nach einer durchschnittlichen erstinstanzlichen Verfahrensdauer von ca. zwei Jahren (Vargas/Correa 1995: 32).

4.3.2 Die wesentlichen Grundlagen der Reform: Planung und Umsetzung

Ziel der Reform ist die Einführung eines an den Prinzipien der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit orientierten akkusatorischen Verfahrens. Die Reform wurde unter den Gesichtspunkten der rechtlichen, fiskalischen und organisatorischen Implikationen minutiös vorbereitet (CAJ 2000: 160ff.; Riego 2000: 179ff.; Valdivieso 1999: 253). Ausgangspunkt war zunächst eine Kooperation zwischen den beiden Nichtregierungsorganisationen *Fundación Paz Ciudadana* sowie *Corporación de la Promoción Universitaria*, die über internationale Unterstützung verschiedene Studien und Szenarien entwickelten. Ab 1995 nahm sich das Justizministerium der Entwicklung an. Wesentliche Eckpunkte der gesetzlichen Umgestaltung sind (Stand Nov. 2001):

- | | |
|----------------|--|
| September 1997 | Ergänzung der Verfassung, um die für die Reform des Strafwesens erforderliche Einrichtung einer Staatsanwaltschaft (<i>Ministerio Público</i>) im Sinne einer Ermittlungs- und Anklagebehörde zu ermöglichen (Art. 80A-80I Verf.). ² |
| Oktober 1999 | Verabschiedung des Organgesetzes mit Verfassungsrang für die Staatsanwaltschaft. ³ Die insgesamt 642 neu zu schaffenden Stellen stehen unter der politischen Leitung des Generalstaatsanwaltes (<i>Fiscal Nacional</i>). Zum ersten Generalstaatsanwalt wurde im November 1999 der Jurist Guillermo Piedrabuena vom Staatspräsidenten Frei mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit des Senats ernannt. |
| Februar 2000 | Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes. ⁴ Danach sollen 151 Ermittlungsgerichte (<i>juzgados de garantía</i>) mit insgesamt 413 Richterstellen geschaffen werden, zu deren Aufgabe u.a. die Anordnung von Zwangsmaßnahmen (wie z.B. Beschlagnahmen) auf Antrag der Staatsanwaltschaft gehört. Zudem sollen insgesamt 43 Spruchgerichte (<i>tribunales orales</i>) geschaffen werden mit insgesamt 396 Richterstellen. Die Richter werden in ihrer Tätigkeit von ca. 5.600 nichtrichterlichen Beamten unterstützt. |

² Gesetz Nr. 19.519 vom 16.09.1997.

³ Gesetz Nr. 19.640 vom 15.10.1999.

⁴ Gesetz Nr. 19.665 vom 28.02.2000.

Oktober 2000	Verabschiedung des neuen Strafverfahrensrechts, das sich an den Prinzipien der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit, Akkusation, Legalität samt Opportunität orientiert. ⁵
Januar 2001	Anpassung des Gerichtsverfassungsgesetzes an das neue Strafverfahrensrecht. ⁶
Februar 2001	Schaffung der Pflichtverteidigung (<i>Defensoría Penal Pública</i>). ⁷ Für diese Institution sind insgesamt 432 Stellen vorgesehen, die unter der Leitung des nationalen Pflichtverteidigers (<i>Defensor Nacional</i>) steht. Die Besonderheit der chilenischen Pflichtverteidigung besteht darin, dass über die Institution im Wege der öffentlichen Ausschreibung Fälle an private Verteidiger oder aber an die fortbestehenden Vereine der Armenrechtspflege vergeben werden können. Im April 2001 ernannte Staatspräsident Lagos den Juristen Alex Carocca zum nationalen Pflichtverteidiger, der jedoch wegen eines Korruptionsvorwurfs im Oktober 2001 vom Amt zurücktrat. ⁸ Gegenwärtig (Stand Nov. 2001) wird die Position vom stellvertretenden nationalen Pflichtverteidiger, Claudio Pavlic, ausgeübt.
Mai 2001	Die Todesstrafe wird durch lebenslange Freiheitsstrafe ersetzt, ⁹ allerdings ohne Art. 19, Ziff. 1 der Verfassung zu ändern. Danach besteht die Möglichkeit fort, die Todesstrafe für Delikte, die durch ein mit qualifizierter Mehrheit zu verabschiedendes Gesetz bestimmt werden, wieder einzuführen.

Die Umsetzung des gesamten Prozesses erfolgt schrittweise. Das neue Strafverfahrensrecht wird seit Dezember 2000 in der IV. und IX. Region und seit Oktober 2001 in der II., III. und VII. Region angewendet. Die ursprünglich im Organstatut der Staatsanwaltschaft festgelegte Zeitplanung einer sukzessiven regionalen Einführung des neuen Prozessrechts über einen Zeitraum von drei Jahren wurde im September 2001 vom Parlament verändert.

⁵ Gesetz Nr. 19.696 vom 12.10.2000.

⁶ Gesetz Nr. 19.708 vom 05.01.2001.

⁷ Gesetz Nr. 19.718 vom 16.02.2001.

⁸ "Renunció Defensor Público tras denuncia en su contra". In: *El Mostrador*, 12.10.2001.

⁹ Gesetz Nr. 19.734 vom 28.05.2001.

Es folgte damit einem Vorschlag des Justizministeriums, wonach die Einführung im Raum Santiago erst im Jahr 2004 erfolgen soll. Der Umsetzungsplan sieht nunmehr wie folgt aus:

Zeitpunkt	Region	Einwohner ¹⁰ (ca.)
Dezember 2000	IV. Region (Coquimbo)	580.000
	IX. Region (Araucanía)	874.000
Oktober 2001	II. Region (Antofagasta)	500.000
	III. Region (Atacama)	280.000
	VII. Region (Maule)	920.000
Dezember 2002	I. Region (Tarapacá)	405.000
	XI. Region (Aisén)	96.000
	XII. Region (Magallanes)	159.000
Dezember 2003	V. Region (Valparaíso)	1.578.000
	VI. Region (Libertador)	798.000
	VIII. (Bío Bío)	1.936.000
	X. (Los Lagos)	1.070.000
Dezember 2004	Santiago (Metropolitana)	6.190.000

Die Gesamtkosten des Reformprozesses belaufen sich auf etwa 258 Milliarden chil. Pesos (ca. 410 Millionen Euro), die neben den Personal- sowie Aus- und Fortbildungskosten auch die Kosten für Neubau, Anpassung und Ausstattung von ca. 300 Gebäuden für Gerichte, Staatsanwaltschaft sowie die Pflichtverteidigung umfassen.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer großen Kraftanstrengung, zumal zu berücksichtigen ist, dass auch in den Pilotregionen und sukzessive im gesamten Land das alte Verfahren für so genannte „Altfälle“ neben dem neuen für einen gewissen Zeitraum fortbesteht. Als besonders positiv ist zu werten, dass der Reformprozess nunmehr über mehrere Regierungsperioden kontinuierlich weiter verfolgt wird.

5. Erste Erfahrungen und Kritiken

Das neue Strafverfahren hat mit zwei gegenläufigen Prinzipien zu kämpfen: Dem Schutz der Individualrechte und dem Recht der Allgemeinheit an einer effizienten Strafverfolgung. Diese in Ausgleich zu bringen, ist ein diffiziles Unterfangen, das (nach Auffassung des deutschen Bundesverfassungsgerichts) über das Rechtsstaatsprinzip erfolgt. Nun verfügt Chile nicht – wie

¹⁰ Quelle: *Instituto Nacional de Estadísticas*: „Estimaciones de Población 1990-2005“; *Ministerio de Justicia*: „Un millón 200 Mil Chilenos y Chilenas cuentan con una mejor justicia penal“. In: *Talca*, 16.10.2001.

dargelegt – über eine langjährige Tradition im Umgang mit dem Rechtsstaatsprinzip. Und so verwundert es nicht, dass in den beiden Pilotregionen im Laufe des Jahres 2001 Stimmen laut wurden, die das neue Strafverfahren als zu stark auf dem Individualrechtsschutz aufbauend kritisierten. Ähnliche Kritiken wurden in anderen Staaten Lateinamerikas laut, die ähnliche Reformen umsetzen. Am lautesten werden sie von den Gegnern des neuen Systems vorgebracht, die einen künstlichen Widerspruch zwischen “Sicherheit” der Bürger und einem menschenrechtlich orientierten Staat konstruieren.

Die Schwerpunkte der Kritik konzentrierten sich insbesondere darauf, dass angeblich sowohl Diebstahls- als auch Gewaltkriminalität (insbesondere Raubdelikte) ungeahndet blieben, weil der Polizei nach dem neuen Strafverfahrensrecht zum Schutze der Täter in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden seien. Da es sich hierbei aber um die häufigsten Deliktarten handeln soll,¹¹ komme in der Bevölkerung der Eindruck der Strafflosstellung (*impunidad*) auf, wodurch sie sich in ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl gefährdet sehe.¹² Ausgehend von den Empfehlungen einer Kommission zur Evaluierung der Umsetzung des neuen Strafverfahrens in den beiden ersten Pilotregionen legte das Justizministerium dem Parlament ein Paket zur Reform des neuen Strafverfahrensrechts vor.¹³ Dieses umfasst u.a. eine Erweiterung polizeilicher Tätigkeiten im Rahmen erkennungsdienstlicher Maßnahmen bei Verdacht einer tatbereiten Person, die Festsetzung zur Identitätsfeststellung, die Erweiterung von Durchsuchungsmöglichkeiten im Fall der auf frischer Tat Gefassten sowie die Zulassung jeglicher Form richterlicher Anordnung im Fall besonderer Dringlichkeit.

Die angestrebten Veränderungen weisen auf ein grundlegendes Problem des chilenischen Rechtsstaates hin: das Fehlen eines Polizei- und Ordnungsrechtes. Dies mag damit in Zusammenhang stehen, dass das Verwaltungsrecht bislang eine nur untergeordnete Rolle spielt und dass es an einer Verwaltungsgerichtsbarkeit überhaupt fehlt. Und so verwundert es nicht, dass das für die Aufklärung von Straftaten gedachte Strafverfahren, das klassi-

¹¹ “Nuevos crecimiento de los delitos más graves”. In: *El Mercurio*, 30.08.2001.

¹² In der IX. Region wird zudem der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, sozial diskriminierend gegen die Mapuche vorzugehen; vgl. *Agrupación Konapewman*: “Sistema procesal penal en tierras mapuche” <<http://www.galeon.com/konapewman>>; Rodrigo Lillo Vera: “Los derechos de los indígenas y el nuevo sistema procesal penal” <<http://www.geocities.com/alertanet2/f3-RLillo.htm>>, 14.10.1004.

¹³ *Comunicado del Ministerio de Justicia* vom 20.11.2001: “Sala de Senado aprobó proyecto que perfecciona la reforma Procesal Penal”; <<http://www.minjusticia.cl/comunicados/nov20.html>>, 14.10.2004.

scherweise in den Bereich der so genannten repressiven Maßnahmen fällt, in Richtung Prävention aufgeweicht wird.

Die Kritik der eingeleiteten Strafverfahrensreform erkennt, dass repressive Maßnahmen allein Kriminalität nicht verhindern können. Durch Repression können darüber hinaus nur die Symptome gesellschaftlicher Defizite angegangen und nicht die ihnen zugrunde liegenden Ursachen beseitigt werden. Zudem stellt das Strafverfahren nur die Regeln auf, wie eine Person einer Straftat zu überführen ist, nicht jedoch weshalb sie zu überführen ist. Eine Diskussion um die Reform des Strafrechts hat bislang nicht stattgefunden, steht aber auf der Agenda des Justizministeriums.

5.1 Wesentliche Herausforderungen an die Zukunft der Strafverfahrensreform

So bleibt der Eindruck, dass die Strafverfahrensreform zwar auf dem richtigen Wege ansetzte, dass es unter Einsatz beachtlicher Mittel und Ressourcen in kurzer Zeit umgesetzt wird, dass es aber – wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern zu beobachten – aufgrund der Vermengung von Sicherheitsaspekten mit Repression auf halbem Wege stecken zu bleiben droht.

5.1.1 Zugang zur Justiz: Eine Falle für die Gewährleistung rechtlicher Gleichheit

Die armen Bevölkerungsschichten Chiles teilen nach wie vor mit den Reichen eine gemeinsame Sichtweise: die Unzulänglichkeit der chilenischen Justiz (Correa/Jiménez 1995: 120; Nolte 1999: 20; Werz 1999: 103). Während jedoch die einflussreiche und reiche Schicht die Ineffizienz eher unter dem Gesichtspunkt der mangelnden Schutzes des “öffentlichen Interesses” in der Strafrechtspflege sieht, ist die arme Bevölkerung hingegen unter dem bestehenden System doppelt bestraft: Zum einen leiden sie unter dem ineffizienten System als die weitaus häufigsten Opfer von Straftaten, zum anderen werden sie auch als Täter zum Opfer (Correa/Barros 1993: 71; Correa/Jiménez 1995: 124ff., 128ff.). Auch hier erfolgten zur Zeit der Redemokratisierung keine entscheidenden Weichenstellungen, die eine strukturelle Verbesserungsdynamik der Justiz eingeleitet hätten. Es ergibt sich folglich ein Bild beachtlicher Kontinuität.

Böckenförde (1991: 267) stellt mit Blick auf den Umsetzungsstand des Grundsatzes der rechtlichen Gleichheit innerhalb der europäischen Demokratien folgende Frage:

Das formale, für alle gleiche Recht, wie es der modernen Gesellschaft als ihre Rahmenordnung zugehört, hat aus sich die Tendenz, die von Natur oder Besitz Starken noch stärker, die von Natur oder kraft fehlenden Besitzes Schwachen noch schwächer zu machen. Wer ohne eigene gesellschaftliche Macht oder besonderen Schutz ist, ohnmächtig aus sich selbst, kommt in die Lage, seine rechtliche Freiheit gegenüber den Trägern gesellschaftlicher Macht nicht mehr realisieren zu können. Die Freiheit als allgemeine, grundsätzlich für jedermann realisierbar zu haltende, verflüchtigt sich, wird zunehmend zur leeren Form. Die soziale Ungleichheit schlägt in soziale Unfreiheit. Darf das sein?

Die chilenische Verfassung verbürgt in Art. 19, Ziff. 3 den Grundsatz der rechtlichen Gleichheit. Doch wie sieht es tatsächlich aus?

5.1.2 Ohnmacht gegenüber der Polizei

Die chilenischen Polizei gliedert sich in die Ermittlungspolizei (*policía de investigaciones*) und die dem Verteidigungsministerium unterstellte militarierte Polizei, die *Carabineros* (J. Bustos 1999: 118f.). Ihr stand (bis 1998) das Recht zu, jede Person zu verhaften, die selbst nur einer Übertretung verdächtigt wird, wovon sie exzessiven und sozial diskriminierenden Gebrauch machte. Einen effektiven Schutz dagegen hat es historisch in Chile noch nie gegeben, zumal bei rund 40% der Verhaftungen die Polizei die Inhaftierungen keinem Richter zur Kenntnis brachte (Correa/Jiménez 1995: 129f.). Nur langsam scheint sich die Lage durch die Strafrechtsreform zu ändern, und es wird nötig sein, diese Reform konsequent fortzuführen, um einen Rückfall in alte Praktiken zu verhindern. Die erneuten Reformen am neuen Strafverfahrensrecht stimmen insoweit nachdenklich.

5.1.3 Mangelnde oder keine Pflichtverteidigung

Die Pflichtverteidigung war innerhalb Chiles fast nicht existent (Correa/Jiménez 1995: 134ff.). So gab es zwei Möglichkeiten: Zum einen konnte der zuständige Richter aus der am Gerichtssitz vorhandenen Anwaltschaft einen "Pflichtverteidiger" bestimmen, der sodann verpflichtet ist, den Angeklagten unentgeltlich zu verteidigen. Zum anderen stehen den ärmeren Bevölkerungsschichten die dem Justizministerium unterstellten Vereine der Armenrechtshilfe (*Corporaciones de Asistencia Judicial*) zur Verfügung, von denen es derzeit vier gibt. In diesen Vereinen leisten im Wesentlichen Hochschulabgänger ihr soziales Pflichtjahr ab; für ihre Tätigkeit erhalten sie keinen Lohn. Unter diesen Bedingungen bleiben breite Bevölkerungsteile – ähnlich wie in fast allen lateinamerikanischen Nationen – von einer wirksamen Verteidigung ausgeschlossen (Vergas/Correa 1995: 157f.). Da die Pflichtvertei-

digung in Strafsachen erst jüngst ihre Tätigkeit in den Pilotregionen aufnahm, liegen bislang keine Erkenntnisse darüber vor, ob und inwieweit die neu geschaffene Institution dem Zustand der Rechtlosstellung Abhilfe verschafft. Die Initiative der Schaffung einer neuen Institution ist aber zu begrüßen und wird weiter zu beobachten sein.

5.1.4 Extensive Untersuchungshaft

Schließlich wirkt sich die bislang extensive Anwendung der Untersuchungshaft negativ auf die persönlichen und familiären Verhältnisse der Angeklagten aus (Correa/Jiménez 1995: 134). Diese wird letztlich nur mit der Sicherung des Erscheinens des Angeklagten vor Gericht begründet, was jedoch nicht erforderlich ist, da das "alte" Verfahren schriftlich abläuft. Es ist also dem Ermessen des Richters überlassen, sich ein eigenes Bild vom Angeklagten zu machen. Unklar ist, ob im neuen System die Untersuchungshaft ebenfalls extensiv angewendet wird. Die bislang vorliegenden Informationen aus den Pilotregionen sprechen eher dagegen; vorsichtige Stimmen meinen eine Perpetuierung bisheriger Zustände auch unter dem neuen System ausmachen zu können.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die erforderliche Gleichbehandlung vor dem Gesetz und auf der Grundlage des Rechts, der Anspruch auf ein faires Verfahren, der Schutz der Menschenwürde etc. unter dem bisherigen System unbestritten nicht gegeben sind. Die Entwicklungen des neuen Systems werden zu beobachten bleiben.

5.2 Weitere Reformmaßnahmen

Im Zusammenhang mit der Reform des Strafverfahrensrechts werden gegenwärtig folgende Maßnahmen in Angriff genommen:

- Einführung eines Jugendstrafrechts sowie spezialisierter Jugendstrafgerichte vor dem Hintergrund der wachsenden Jugendkriminalität;¹⁴
- Verbesserung des Strafvollzuges durch Modernisierung der dem Justizministerium unterstellten Strafvollzugsbehörde (*gendarmería*);
- Reformierung der Militärjustiz, um Delikte, die Militärs gegenüber der Zivilbevölkerung oder Bürger gegen Militärs begehen, der zivilen Justiz zu unterstellen.

¹⁴ *Vía jurídica, Reportajes*: "Jóvenes infractores: las falencias del actual proceso y las mejoras que vendrán"; <<http://areajuridica.com>>.

Einen weiteren wichtigen, politisch getragenen Reformpunkt stellt nach der Rede Lagos an die Nation vom Mai 2001 die Einführung weiterer spezialisierter Gerichte in Familien- und Kindschaftsangelegenheiten dar.

Darüber hinaus sieht der Maßnahmenkatalog des Justizministeriums für die bis 2006 andauernde gegenwärtige Regierungsperiode Reformen im Bereich des Zivil- und Zivilverfahrens- sowie Arbeitsrechts vor sowie die Stärkung der Schiedsgerichtsbarkeit und die Einführung von Mediationszentren.

6. Ausblick

Zu Beginn des Ausblicks steht ein Rückblick auf die seit Inkrafttreten der Verfassung von 1980 vergangenen zwanzig Jahre. Es lässt sich anhand der nachgezeichneten Geschichte durchaus konstatieren, dass sich der chilenische Staat von einem diktatorischen hin zu einem (wegen der autoritären Enklaven eingeschränkt) rechtsstaatlichen entwickelt hat, wofür die Initiativen der demokratisch gewählten Regierungen in den vergangenen gut zehn Jahren stehen. Die Anforderungen an die Justiz haben sich wesentlich entwickelt. Sie soll nicht mehr einer diktatorischen Herrschaft dienen, sondern sich zu einem Instrument entwickeln, das zur friedlichen, zivilen Konfliktlösung bereit steht.

Dass nicht nur die Justiz, sondern überhaupt die chilenische Demokratie gegenwärtig in der Bevölkerung auf keinen großen Zuspruch stößt,¹⁵ ist alarmierend, jedoch vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung erklärbar.¹⁶ Auch dass etwa die "große Justizreform" an den beharrenden Strukturen scheiterte, darf nicht verwundern, steht doch ein solches Unterfangen auch andernorts vor erheblichen Schwierigkeiten.¹⁷

So ist zu konstatieren, dass die in Angriff genommenen Reformen, trotz ihrer Partialität, in die richtige Richtung zeigen. Allerdings sind sie in ihrem Anspruch und ihrer tatsächlichen Bedeutung noch zu beschränkt, um die gegenwärtigen Schwächen der verfassungsrechtlichen Staatsorganisation und des extremen Beharrungsvermögens überkommener Strukturen zu überwinden. Die Dynamik der ersten beiden Jahre der Umsetzung der Strafver-

¹⁵ Juan Andrés Guzmán: "Por qué no nos importa la democracia". In: *El Mostrador*, 16.08.2001.

¹⁶ Pedro E. Güell: "La desafección hacia la democracia – un punto de vista". In: *El Mostrador*, 24.08.2001.

¹⁷ Vgl. den prägnanten Überblick über die lange Geschichte der Justizreform in Deutschland bei Wassermann (1999: 2646).

fahrensrechtsreform weist auf einen hohen politischen Willen hin, zeigt aber auch die Grenzen auf. Diese liegen nicht nur in tradierten Vorstellungen der Sicherheitskräfte, sondern auch in den Vorstellungen der Bevölkerung. So ist es bislang nicht gelungen, zwischen Straf- und Strafverfahrensrecht zu trennen und Sinn und Zweck des Strafrechts in einem modernen Rechts- und Verfassungsstaat zu erläutern.

Bedenklich scheint auch, dass bislang die den Rechtsstaat kennzeichnende Unterwerfung der Exekutive unter die Gesetze sich nicht in einer diskursiven Aufarbeitung des Verwaltungsrechts oder Schaffung von Institutionen niederschlug, aufgrund derer der Bürger selbiges überprüfen lassen kann (wie etwa eine Verwaltungsgerichtsbarkeit oder die Institution der Ombudsperson). Es kommt der Verdacht auf, dass der lange Schatten der nur untergeordneten Rolle des Bürgers, wie er sich ursprünglich in der Verfassung widerspiegelte, ein weiteres wesentliches Hemmnis auf dem Weg der rechtsstaatlichen Entwicklung ist. Ein Indiz dafür bietet auch die Ablehnung der Einrichtung von Schöffengerichten.

Kurzum: Die in Angriff genommenen Reformen sind zu begrüßen und die eingesetzten Ressourcen verdienen der Beachtung. Allerdings ist der Weg hin zu einem modernen Verfassungs- und Rechtsstaat noch ein weiter, der sich nicht nur in der Rechts- und Justizreform erschöpft, sondern auch einen Wandel hin zum mündigen Bürger erfordert.

Literaturverzeichnis

- Ambos, Kai (1996): "Zur 'Verrechtlichung' der Repression und zur strafrechtlichen Vergangenheitsbewältigung in Chile". In: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 139-151.
- Ambos, Kai/Woischnik, Jan (2000): "Las reformas procesales penales en América Latina". In: Maier, Julio/Ambos, Kai/Woischnik, Jan (Hrsg.): *Las Reformas Procesales Penales en America Latina*. Buenos Aires, S. 835-896.
- Bloch, Ernst (1985): *Naturrecht und menschliche Würde*. Frankfurt/Main (Werkausgabe).
- Blumenwitz, Dieter (1987): "Die Verankerung der Menschenrechte in der chilenischen Verfassung von 1980". In: Ders. (Hrsg.): *Chile – Rückfahrt zur Demokratie*. Würzburg, S. 69-83.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1991): "Freiheitssicherung gegenüber gesellschaftlicher Macht". In: Ders. (Hrsg.): *Staat, Verfassung, Demokratie*. Frankfurt/Main, S. 267.
- Bustos, Isidoro (1987): *Die Verfassung der Diktatur – Die Entwicklung der Grundrechte in Chile*. Berlin.

- Bustos, Juan (1999): "La transferibilidad de las teorías criminológicas a Latinoamérica". In: PNUD (Hrsg.): *Justicia y Sociedad – Hacia un Mejor Servicio Público de Justicia*. Santiago de Chile, S. 115-123.
- Cea Egana, José Luis (1991): "El Consejo de la Magistratura en el Derecho Constitucional Comparado". In: Valenzuela, S., Eugenio (Hrsg.): *Proposiciones para la reforma judicial*. Santiago, S. 331-365.
- CAJ (Comisión Andina de Juristas) (1998): *Deletreando Democracia*. Lima.
- (2000): *La Reforma Judicial en la Región Andina*. Lima.
- Correa Amunátegui, Juan Ignacio (1991): "Por una Modernización del Poder Judicial". In: Valenzuela, S., Eugenio (Hrsg.): *Proposiciones para la reforma judicial*. Santiago, S. 219-273.
- Correa Amunátegui, Juan Ignacio/Vial C., Felipe (1991): "Informe final sobre reformas al sistema judicial chileno". In: Valenzuela, S., Eugenio (Hrsg.): *Proposiciones para la reforma judicial*. Santiago, S. 15-139.
- Correa Sutil, Jorge/Barros Lezaeta, Luis (1993): *Justicia y Marginalidad - Percepción de los Pobres*. Santiago.
- Correa Sutil, Jorge/Jiménez, María Angélica (1995): "Acceso de los pobres a la justicia en Chile". In: Vanderschueren, Franz/Oviedo, Enrique (Hrsg.): *Acceso de los pobres a la justicia en países de Latinoamérica*. Santiago, S. 111-161.
- Garretón M., Roberto (1992/93): "Política de Derechos Humanos en la Transición: La situación en Chile". In: *Boletim da sociedade brasileira de direito internacional*, Nr. 84/86, S. 139-149.
- Maira A., Luis (1988): *La Constitución de 1980 y la Ruptura Democrática*. Santiago.
- Matus, Alejandra (1999): *El Libro Negro de la Justicia Chilena*. Santiago.
- MinJus (Ministerio de Justicia) (1997): *Cuenta Pública Ministerial – Una nueva Justicia para Chile*. Santiago.
- Nolte, Detlef (1991): "Staatsterrorismus in Chile". In: Tobler, Hans Werner/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 75-99.
- (1999): "Rechtsreformen und Demokratie in Lateinamerika". In: Ahrens, Helen/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Rechtsreformen und Demokratieentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 9-35.
- Pena G., Carlos (1994): "Hacia una caracterización del ethos legal – De nuevo sobre la cultura jurídica". In: Sequella N., Agustín (Hrsg.): *Evolución de la cultura jurídica chilena*. Santiago, S. 23-149.
- Riego, Cristián (2000): "Chile". In: Maier, Julio/Ambos, Kai/Woischnik, Jan (Hrsg.): *Las Reformas Procesales Penales en América Latina*. Buenos Aires, S. 167-195.
- Saligmann, Jürgen (1999): "Verfassungsgerichtsbarkeit in Lateinamerika". In: Ahrens, Helen/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Rechtsreformen und Demokratieentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt am Main, S. 133-151.
- Schubert, Alexander (1981): *Die Diktatur in Chile*. Frankfurt/Main.
- Sequella Narducci, Agustín (1995): "Algunos momentos y autores relevantes en la doctrina sobre interpretación de la ley". In: Cerda Fernández, Carlos (Hrsg.): *Razonamiento Judicial*. Santiago, S. 773-793.

- Valdivieso Ahnfelt, Carlos (1999): "La experiencia chilena – un aporte a las reformas judiciales en América Latina". In: Fuentes, Hernández (Hrsg.): *Reforma Judicial en América Latina*. Santa Fe de Bogotá, S. 253-267.
- Valenzeula Somarriva, Eugenio (1991): "Labor Jurisdiccional de la Corte Suprema". In: Valenzuela, S., Eugenio (Hrsg.): *Proposiciones para la reforma judicial*. Santiago, S. 141-177.
- Vargas Viancos, Juan Enrique/Correa Sutil, Jorge (1995): *Diganóstico del sistema judicial chileno*. Santiago.
- Verdugo Marinkovic, Mario (1991): "Contenido de la Ley Orgánica Constitucional del Poder Judicial". In: Valenzuela, S., Eugenio (Hrsg.): *Proposiciones para la reforma judicial*. Santiago, S. 179-217.
- Waldmann, Peter (1999): "Hemmnisse für den Rechtsstaat in Lateinamerika". Manuskript.
- Wassermann, Rudolf (1999): *Der Teufel steckt im Detail – Neuer Anlauf zur Justizreform*. NJW, S. 2646-2647.
- Weber-Fas, Rudolf (1999): *Geistiger Vater der Rechtsstaatlichkeit – Dem Andenken Immanuel Kants*. ZRP, S. 461-464.
- Werz, Nikolaus (1991): "Die ideologischen Wurzeln der 'Doktrin der nationalen Sicherheit' in Lateinamerika". In: Tobler, Hans Werner/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 163-187.
- (1999): "Die Entwicklung des Rechtsstaats in Lateinamerika". In: Ahrens, Helen/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Rechtsreformen und Demokratieentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt/Main, S. 91-109.

Harald Barrios

Chile im internationalen System

1. Historische Entwicklung der internationalen Einbindung Chiles und traditionelle Leitlinien chilenischer Außenpolitik

Mit der Etablierung der Verfassung von 1833 sollte Chile zum “rangersten Land Lateinamerikas” (Nohlen/Nolte 1992: 280) hinsichtlich verfassungsgemäßer Regierung werden. Nach einer im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern kurzen Periode innerer Machtkämpfe und politischer Wirren unmittelbar nach der Unabhängigkeit von Spanien erfolgte eine relative politische Stabilisierung. Das chilenische Selbstverständnis als “Insel konstitutioneller Stabilität” innerhalb Lateinamerikas, dessen fast mythische suggestive Kraft sich bis in die Kontroversen der jüngsten Geschichte als wirkmächtig erwiesen hat, trug als wichtigste Komponente neben dem militärischen Erfolg über die bolivianisch-peruanische Allianz im Salpeter-Krieg (1879-1883) zur hohen chilenischen Selbstachtung bei, die sich in einer aktiven und durchsetzungsfähigen Außenpolitik niederschlug.

Zugleich verlieh jedoch die geographische Abgeschlossenheit des Landes mit den Gipfeln der Andenkette im Osten, dem Pazifik im Westen, der Atacama-Wüste im Norden und den Gletschern Feuerlands im Süden – manche Autoren sprechen von einer Quasi-“Insellage” Chiles – der Diplomatie einen gleichsam introvertierten Charakter und ein gewisses Maß an *parroquialismo* (Provinzialismus). Der Orientierung der Eliten an europäischen Denkmustern und Lebensweisen korrespondierte kein breiter internationaler Austausch im Stile der “Weltgewandtheit” des “europäischen” Buenos Aires. Dem Anspruch einer graduellen Überlegenheit gegenüber dem übrigen Lateinamerika widersprach das Bewusstsein einer potentiellen *vulnerabilidad* (Verwundbarkeit), das aus der “verrückten Geographie” des Landes resultierte. Die revisionistischen territorialen Ansprüche Perus und Boliviens, die auch nach dem Friedensschluss von 1904 aufrechterhalten wurden, verstärkten die Sorge um die Bewahrung des Staatsgebietes.

Die Rivalität mit dem mächtigen Nachbarn Argentinien und die Unterlegenheit hinsichtlich der Machtressourcen nährte Bedrohungsvorstellungen in bezug auf die Verteidigung der territorialen Integrität. Das problematische Verhältnis zwischen den beiden Ländern, die sich über lange Zeiträume

hinweg gleichsam “den Rücken zukehrten” (Orrego Vicuña 1989: 107), war historisch einerseits durch eine “Phraseologie der Brüderlichkeit und eine integrationistische Rhetorik” (Martínez Sotomayor 1989: 12), andererseits jedoch durch gegenseitiges Misstrauen und partiell konfligierende geopolitische Interessen geprägt. Freilich ergab sich aus der entgegengesetzten Stoßrichtung einer vorwiegend pazifischen Orientierung Chiles und einer atlantischen Orientierung Argentiniens eine klare Aufteilung der Interessen- und Einflussphären, die nur punktuell Überschneidungen aufwies. Stellt man diese seit rund 180 Jahren andauernde Rivalität zweier Länder, die mit 5.300 km Länge die drittlängste Grenze der Erde trennt, in Rechnung, so kann man jedoch durchaus – bei einem Wechsel der Perspektive – betonen, dass das Ausbleiben eines Krieges und die ständigen beiderseitigen Bemühungen um Ausgleich und Verständigung das eigentlich bemerkenswerte historische Faktum darstellen (Muñoz 1989: 50; Pinochet de la Barra 1989: 164ff.). Die im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts zahlreichen Versuche, die Kontroversen vertraglich zu regeln, reichten nicht aus, um ein enges partnerschaftliches, in die Zukunft gerichtetes Verhältnis der Kooperation und Konzertation zu begründen. Erst der vom Vatikan vermittelte Freundschaftsvertrag von 1984, mit dem die Beagle-Kontroverse beigelegt wurde, markierte hier einen Durchbruch.

Die erfolgreiche Arrondierung des eigenen Territoriums im 19. Jahrhundert und die daraus resultierende Haltung des Saturierten und die Furcht vor einer denkbaren argentinischen Expansionspolitik ließen Chile zu einem Vertreter des territorialen *status quo* werden. Die chilenische Diplomatie versuchte die Maßgaben des Völkerrechts in diesem Sinne zu nutzen. Die Betonung der Maxime *pacta sunt servanda* und allgemein völkerrechtlicher Prinzipien sowie eine ausgefeilte Strategie multilateraler Verhandlungen (Lagos et al. 1989: 22f.) kennzeichneten die chilenische Außenpolitik. Das besondere Interesse an einer Vermeidung von Konflikten, in denen für Chile mehr zu verlieren als zu gewinnen gewesen wäre, ließ die ausgehandelte Konfliktschlichtung durch Schiedsverfahren, die Einschaltung internationaler Organisationen etc. zu einem bevorzugten Handlungsfeld der Außenpolitik Chiles werden. Der legalistische Stil, der allgemein ein Kennzeichen lateinamerikanischer diplomatischer Tradition ist, prägte sich in der chilenischen Außenpolitik besonders deutlich aus.

Auf diesem Fundament baute die chilenische Außenpolitik auf, als im 20. Jahrhundert, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, ein Netz multilateraler Beziehungen entstand, das die Region, den Subkontinent oder die

gesamte Hemisphäre (Interamerikanisches System) umfasste. Chile entwickelte sich zu einem Motor des lateinamerikanischen Multilateralismus und spielte in internationalen Foren und Organisationen (OAS, CEPAL) eine hervorgehobene Rolle. Dieser Protagonismus Chiles auf multilateraler Ebene, der die chilenischen Diplomaten auch zu bevorzugten Vermittlern in den zwischenstaatlichen Konflikten anderer lateinamerikanischer Staaten werden ließ, trug Chile besonderen internationalen Respekt ein, vor allem regional, punktuell aber auch darüber hinaus. Es gelang Chile, die Rolle einer ausgleichenden, multilateral orientierten Macht zu spielen, die einer *vocación latinoamericanista* (lateinamerikanischen Berufung) folgte. Während der fünfziger Jahre, der "heißen Phase des kalten Krieges", hatte diese Orientierung einen eher interamerikanischen Charakter. Seit Beginn der sechziger Jahre und verstärkt unter der reformistischen Regierung des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei (1964-1970) setzte die chilenische Außenpolitik auf eine cepalinisch inspirierte Strategie einer intensivierten zwischenlateinamerikanischen Kooperation und einer Förderung lateinamerikanischer Integration. Der unter der Federführung von Außenminister Valdés formulierte Konsens von Viña del Mar (1969), der eine Positionsbestimmung Lateinamerikas gegenüber den USA beinhaltet, spiegelte diesen Geist des *latinoamericanismo* (Morandé Lavín 1992: 14).

Das Bemühen, außenpolitisch dem vor allem seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wachsenden Einfluss der USA entgegenzuwirken, begründete ein phasenweise spannungsreiches bilaterales Verhältnis (Muñoz/Portales 1989). Nach dem Ersten Weltkrieg verdrängten die USA Großbritannien aus der Position des dominanten Handelspartners (Fernandois 1990: 77). In beiden Weltkriegen suchte Chile seine Neutralität zu wahren. Wie Argentinien weigerte sich Chile im Zweiten Weltkrieg bis in das letzte Kriegsjahr, die diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten abubrechen und den Krieg zu erklären. Nach 1945 allerdings fügte sich Chile zunächst weitgehend reibungslos in das von den USA nun unangefochten geführte interamerikanische System ein (Orrego Vicuña 1992: 26). So unterzeichnete Chile den Beistandspakt von Rio 1947 und die Charta der OAS 1948. Die bereits unter der Regierung des Christdemokraten Eduardo Frei (1964-70) offen zutage tretenden Divergenzen, vor allem über Fragen der Entwicklung (Konsens von Viña del Mar, Nationalisierung des Kupfers) sowie im Verhältnis zu Kuba, spitzten sich unter der sozialistischen Regierung Salvador Allendes zu einem ideologisch grundierten Konflikt zu. Die erwartete dauerhafte Interessenkongruenz blieb jedoch auch nach dem Sturz Allendes durch

den Militärputsch von 1973 aus. Im Laufe der achtziger Jahre kam es aufgrund der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen seitens des Pinochet-Regimes zu einer zunehmenden Entfremdung. Erst mit der Redemokratisierung Chiles 1990 verbesserte sich das bilaterale Verhältnis in einem historisch beispiellosen Maß.

Kurz zusammengefasst lassen sich die wichtigsten Kontinuitätslinien der chilenischen Außenpolitik demnach wie folgt benennen:

- Streben nach Bewahrung des territorialen *status quo*,
- Betonung völkerrechtlicher Prinzipien und legalistischer Stil der Diplomatie,
- Konfliktvermeidung und Konfliktschlichtung auf dem Verhandlungsweg,
- Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft gegenüber Bolivien und Peru bei weitgehender Zurückweisung territorialer Ansprüche der einstigen Kriegsgegner,
- Machtrivalität mit Argentinien bei gleichzeitiger Kooperationsbereitschaft und diplomatischer Konfliktregelung,
- ein aus dem Selbstverständnis als vorbildlicher Verfassungsstaat resultierendes, gewisses Sendungsbewusstsein innerhalb Lateinamerikas,
- eine generelle Favorisierung multilateraler Institutionen; eine aktive Rolle innerhalb internationaler Organisationen; die Förderung lateinamerikanischer Integrationsbemühungen,
- ein insgesamt spannungsreiches Verhältnis zu den USA, das allerdings erhebliche Variationen aufweist.

Diese in der chilenischen Forschung letztlich zu sehr emphatisierten Traditionslinien stellen in gewisser Weise Abstraktionen dar, innerhalb derer durchaus variierende externe *policies* zu verorten sind. Im Laufe der chilenischen Geschichte unterlag jede dieser großen Linien einem gewissen Wandel. Es lassen sich jedoch auch deutliche Brüche der außenpolitischen Kontinuitäten identifizieren, die für die weitere außenpolitische Entwicklung jeweils von hoher Bedeutung waren. Sie besaßen eine eigene Prägekraft und zogen mitunter generelle Neuorientierungen nach sich. Ein erheblicher Wandel erfolgte bereits mit dem Wechsel von der christdemokratischen Regierung Frei zur linken Volksfrontregierung unter Allende. Noch tiefergehend und radikaler war indes der Bruch in der chilenischen Außenpolitik, der nach dem Sturz Allendes durch den Militärputsch von 1973 und der Etablierung des Militärregimes unter der Führung General Pinochets erfolgte. Dabei

wurde nicht nur eine Wende gegenüber der Außenpolitik der sozialistischen Regierung sowie der Regierung Frei vorgenommen, sondern es kam zu einer Abkehr von älteren Traditionen der chilenischen Außenpolitik, etwa vom Multilateralismus, insbesondere der Unterstützung lateinamerikanischer Kooperation und Integration sowie der Strategie der Konfliktvermeidung bzw. grundsätzlich friedlichen Konflikterschlichtung. Ein ähnlich tiefer Bruch in der chilenischen Außenpolitik erfolgte nach der Redemokratisierung und der Amtsübernahme der Regierung Aylwin. In einigen Bereichen der Außenpolitik wurde eine grundsätzliche Wende herbeigeführt, die teilweise als Wiederanknüpfen an hergebrachte Kontinuitätslinien interpretiert wurde, bei einem allerdings prononcierten Wandel der Zielsetzungen und Inhalte.

2. Das Pinochet-Regime im internationalen Kontext

Trotz des Weltbilds des Militärregimes – man wähnte sich an der Seite der USA als Teilnehmer in einem Abwehrkampf gegen eine kommunistische Verschwörung von globalen Dimensionen – und der zielstrebig betriebenen außenwirtschaftlichen Öffnung gestalteten sich die Beziehungen zu den westlichen Industrieländern und auch zu den USA bereits wenige Jahre nach der Machtübernahme des Militärs unerwartet konfliktiv, um bis Ende der achtziger Jahre einen fast beispiellosen Stand der Entfremdung und des gegenseitigen Misstrauens zu erreichen. War dies in erster Linie auf die Sensibilisierung der internationalen Öffentlichkeit gegenüber den Menschenrechtsverbrechen des Pinochet-Regimes zurückzuführen, so verstärkte die Außenpolitik des Militärregimes diese Entwicklung zusätzlich. Die chilenische Außenpolitik zeitigte mithin in dieser Phase gravierende nicht-intendierte Folgen: Die Politikergebnisse, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zu den USA, widersprachen den anfänglichen, expliziten Intentionen (Muñoz/Portales 1989). Geopolitische Denkmuster in der Außenpolitik des Pinochet-Regimes belasteten überdies das Verhältnis zu den Nachbarstaaten (Fernández 1981).

Nach dem gespannten Verhältnis zwischen der Allende-Regierung und Washington konnte das chilenische Militärregime zwar in den ersten Jahren nach dem Putsch mit Unterstützung seitens der USA rechnen. So verhalfen die Administrationen Nixon und Ford Chile zu neuen Umschuldungsverhandlungen mit dem Club von Paris und statteten das Regime mit großzügiger Wirtschaftshilfe aus. Gewissermaßen im Gegenzug und als Impuls für weitere Hilfeleistungen einigte sich die chilenische Militärregierung 1974 mit den nordamerikanischen Kupfergesellschaften über die Entschädigungs-

zahlungen. Die ersten Störungen im bilateralen Verhältnis zu den USA ergaben sich aber bereits durch die kritische Haltung, die der US-Kongress gegenüber den bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes einnahm. Mit der Affäre um die Ermordung des früheren chilenischen Außenministers Letelier in Washington im September 1976, hinter der von Anfang an der chilenische Geheimdienst vermutet wurde,¹ waren der breiten Öffentlichkeit in den USA die Menschenrechtsverletzungen des Pinochet-Regimes bewusst geworden. Der Fall Letelier wurde zu einer permanenten Belastung der bilateralen Beziehungen, da sich Chile weigerte, die verdächtigen Offiziere auszuliefern. 1976 beschloss der Kongress in Washington die Einstellung der Militärhilfe und die Einschränkung der wirtschaftlichen Unterstützung für Chile.

Mit dem Amtsantritt Präsident Carters 1977, dessen erklärtes Ziel eine moralische Erneuerung der US-Außenpolitik war, nahm nun auch die US-Regierung die Haltung der Kongressmehrheit ein (Fermandois 1990: 87; Portales/Valdés 1989: 176). Tatsächlich hatte das Thema sogar im Präsidentschaftswahlkampf von 1976 eine Rolle gespielt. In Antizipation des aus Washington kommenden Drucks in der Menschenrechtsfrage, waren in Chile im November 1976 über 300 politische Gefangene freigelassen worden. Der internationalen Anprangerung durch die Carter-Administration entging das Militärregime jedoch dadurch nicht (Fermandois 1991: 443). Pinochet gab im August der Forderung nach Auflösung der Geheimpolizei DINA nach und ersetzte sie durch ein neues Instrument der inneren Sicherheit, die CNI. Im Dezember 1977 schlossen sich die USA der Mehrheit der UN-Vollversammlung an und verurteilten die Menschenrechtsverletzungen Chiles. Daraufhin ließ sich Pinochet in Chile im Januar 1978 durch ein Plebiszit, bei dem man sich entweder für eine Unterstützung des Regimes oder für die Haltung der UNO-Generalversammlung entscheiden musste, seine Position bestätigen. Als der chilenische Oberste Gerichtshof 1979 die Auslieferung der im Fall Letelier Verdächtigten endgültig ablehnte, verhängten die USA ökonomische und militärische Sanktionen. Unter anderem wurden die Lieferungen von Militärausrüstung und Kredite eingestellt (Morandé Lavín 1992: 16).

¹ Der ehemalige chilenische Außenminister Letelier und ein Begleiter wurden im September 1976 in ihrem Washingtoner Exil ermordet. Ermittlungen der zuständigen US-Behörden erhärteten den Verdacht, dass Mitglieder des chilenischen Geheimdienstes DINA für den Mordanschlag verantwortlich waren. Trotz entsprechender Gesuche seitens der USA verweigerte das chilenische Militärregime die Auslieferung der Verdächtigten.

Mit Beginn der Präsidentschaft Ronald Reagans 1981 kam es zwar zu einer vorübergehenden Änderung der ablehnenden Haltung der USA gegenüber dem chilenischen Militärregime. Einzelne Vertreter der neuen Administration gaben ihre Sympathien für das Pinochet-Regime offen zu erkennen, so etwa die UNO-Botschafterin Kirkpatrick. Bereits im Februar 1981 wurden die Sperre der US-amerikanischen Exportkredite der "Eximbank" aufgehoben und die chilenischen Streitkräfte zur "Unitas"-Übung eingeladen. Angesichts der Priorität des Ost-West-Konflikts in der Perzeption der US-Regierung wurde der Menschenrechtsfrage zunächst nur ein minderer Stellenwert zugestanden. Fortschritte bei den Menschenrechten unter den autoritären Regimen, die den Vereinigten Staaten nahe standen, sollten durch eine *quiet diplomacy* erreicht werden, offene Verurteilungen vermied man. Um die Wirtschafts- und Militärhilfe für Chile aufnehmen zu können, wozu der Kongress inzwischen im Prinzip wieder bereit war, musste die US-Administration jedoch substantielle Verbesserungen der Menschenrechtssituation attestieren. Die Reagan-Regierung versuchte in diesem Sinne mit diplomatischen Mitteln auf Pinochet einzuwirken. Entgegen den Erwartungen der USA gab es jedoch kaum Fortschritte und die US-Regierung sah sich außerstande, die geforderte Bestätigung zu geben.

Als 1983 noch immer keine Veränderung dieser Lage eingetreten war und eine Rückkehr zu intensiveren wirtschaftlichen Beziehungen weiterhin blockiert blieb, trat erneut eine deutliche Trübung des bilateralen Verhältnisses ein (Morandé Lavin 1992: 17). Diese Wende hatte verschiedene Ursachen: Neben der immer deutlicher werdenden Tatsache, dass sich die Militärregierung gegen jegliche Zugeständnisse in der Menschenrechtsfrage sperrte, spielten die nationalen Protesttage und der darin zum Ausdruck kommende Unmut in der Bevölkerung sowie die Reaktivierung der Opposition eine wichtige Rolle. Die zunächst sehr vorsichtige US-amerikanische Neuorientierung bezüglich Chile fiel zeitlich mit einer allgemeinen Veränderung der Außenpolitik der Reagan-Administration zusammen, die nun verstärkt für eine Redemokratisierung in Südamerika eintrat. Die Abkühlung setzte sich in den folgenden Jahren kontinuierlich fort, bis der Stand der Beziehungen am Ende der Reagan-Ära 1988 auf einem ähnlichen Tiefpunkt angelangt war, wie zur Zeit der Carter-Administration. Trotzdem unterschied sich die Situation der chilenisch-US-amerikanischen Beziehungen verglichen mit derjenigen zwischen 1976 und 1981 in einigen Punkten: Es wurden keine Wirtschaftssanktionen verhängt und Kredite wurden nicht generell gesperrt. Von Fall zu Fall entschieden die US-amerikanischen Vertreter in

IWF, BID und Weltbank über die Vergabe neuer Kredite an Chile. Die Aufhebung des besonderen Ausnahmezustands im Juni 1985 wurde z.B. dadurch erwirkt, dass die USA signalisierten, man werde sein Veto gegen die Garantie der Weltbank, die zur Vergabe von *fresh money* durch die nordamerikanischen Geschäftsbanken notwendig ist, erst dann zurückziehen, wenn diese Bedingung erfüllt sei. Insgesamt lauteten die Entscheidungen der internationalen Finanzinstitutionen jedoch nicht selten positiv, da die chilenische wirtschaftspolitische Konzeption von Austerität, Privatisierung, wirtschaftlicher Umstrukturierung, Exportorientierung und Zahlungsdisziplin den Vorstellungen des IWF weitgehend entgegenkam.

Mit der Rückkehr der chilenischen Opposition in die politische Auseinandersetzung und der Konsolidierung des Bündnisses der Oppositionsparteien und endgültig mit dem Sieg des "No" im Plebiszit über die Fortsetzung der Militärherrschaft vom Oktober 1988 intensivierten die USA ihre Kontakte zu den gemäßigten Kräften der Opposition unter Führung der Christdemokraten. Nachdem man zunächst auf Pinochet gesetzt hatte, um unter seiner Führung eine langsame Redemokratisierung, die die Parteien der Mitte begünstigen und jegliche Gefahr einer linken Machtergreifung ausschließen sollte, zu bewerkstelligen, wurde seit 1986 klar, dass Pinochet eher ein Hindernis für diese Lösung darstellte. Da er sich auch gegen einen langsamen und sukzessiven Rückzug von der Macht sperrte, gefährdete er in der Perception der USA das erklärte Ziel einer von links nicht bedrohten, stabilen Demokratie in Chile, da seine Unnachgiebigkeit die Linke im oppositionellen Lager stärke. Sowohl die Reagan-Administration im Jahre 1988 als auch die Bush-Administration optierten offen für eine demokratische Lösung unter der Führung der gemäßigten Parteien (Wilhelmy 1991; Muñoz/Portales 1989).

Die politischen und diplomatischen Beziehungen Chiles zu Westeuropa stagnierten, nicht zuletzt aufgrund des Drucks, den die informierte Öffentlichkeit Europas in Kenntnis der schweren Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes auf die eigenen Regierungen ausübte.² Allein die Beziehungen zu Großbritannien verbesserten sich nach Amtsantritt der konservativen Regierung Thatcher: 1980 wurden die bilateralen diplomatischen Beziehun-

² Mit der einzigen, jedoch bedeutsamen Ausnahme von Großbritannien, das sich unter der Regierung Thatcher aufgrund wirtschaftspolitischer Affinitäten und der deutlichen chilenischen Vorbehalte gegenüber der argentinischen Position im Falkland/Malvinas-Konflikt ostentativ von der allgemeinen europäischen Ablehnung gegenüber Chile unterschied.

gen wiederhergestellt. Gleichzeitig wurde auch das britische Embargo bezüglich der Lieferung von Rüstungsgütern an Chile aufgehoben. Die explizite Neutralität Chiles im Falkland/Malvinas-Krieg und die angedeuteten Drohungen gegenüber Argentinien, die einen Teil des argentinischen militärischen Potentials banden und dadurch indirekt die britischen Streitkräfte begünstigten, markierten einen weiteren Schritt chilenisch-britischer Annäherung, die u.a. durch die Kompatibilität ihrer strategischen Interessen in der Großregion Südatlantik/Südpazifik motiviert war (Muñoz 1984: 104).

Das Verhältnis zu den Nachbarstaaten Argentinien, Bolivien und Peru gestaltete sich dagegen zusehends gespannter. Historische Konfliktlagen spitzten sich zu Situationen akuter Kriegsgefahr (mit Argentinien 1978/79) bzw. zu schwerwiegenden diplomatischen Konflikten zu (mit Bolivien 1987). Die Beziehungen zu den Staaten des real-sozialistischen Lagers waren ohnehin seit der Machtübernahme des chilenischen Militärs durch offene Feindseligkeit gekennzeichnet. Die multilateralen Beziehungen Chiles waren großteils durch Rückzug (Andenpakt), Inaktivität bzw. Absentismus (Blockfreienbewegung) oder Isolation (UNO) gekennzeichnet. Gegen Ende der Militärherrschaft verfügte Chile auf internationaler Ebene also kaum noch über Partner. Sowohl die bilateralen als auch die multilateralen Beziehungen waren gewissermaßen eingefroren und durch einen Mangel an Initiativen gekennzeichnet.

3. Redemokratisierung und Wiedereingliederung in das internationale System

Während der Endphase des Militärregimes sah sich Chile also weitgehend international isoliert (Lagos et al. 1989: 25). Die Inaktivität in multilateralen Gremien und der Mangel an kontinuierlichem Dialog in bilateralen Beziehungen hatten zur Folge, dass die Außenpolitik kaum noch die ihr innerhalb des Regimes zugedachten Funktionen, z.B. bei der Erschließung neuer Exportmärkte, erfüllen konnte. Dementsprechend wurde die *reinserción*, also die Wiedereingliederung in das internationale System, zum außenpolitischen Leitbild der ersten demokratischen Regierungen nach der Redemokratisierung. Diesem Ziel kamen sie freilich allein schon durch die bloße Tatsache des Regimewechsels bedeutend näher. Die Wiederherstellung der Demokratie stimmte mit den Forderungen der wichtigsten externen Akteure überein, ohne dass sie primär durch diese verursacht worden wäre. Diese Kongruenz der regimebezogenen normativen Vorstellungen zwischen Chile und den führenden Industrieländern sowie den redemokratisierten Ländern Latein-

amerikas stellte eine wichtige Ressource für die Außenpolitik der demokratischen Regierungen Chiles in den neunziger Jahren dar.

In dieser Perspektive interpretierte man daher auch den von außen ausgeübten Druck zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung bzw. zur Vollendung der demokratischen Entwicklung nicht als illegitime Einmischung in die interne politische Entwicklung. Nicht zuletzt aufgrund eines Selbstbewusstseins, das sich auf autochthone demokratische Traditionen stützte, sah man das seitens der Industrieländer zunehmend explizit formulierte Dringen auf die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung demokratischer Verhältnisse als Voraussetzung künftiger Zusammenarbeit, also nicht als Bevormundung, sondern als echte Werteübereinstimmung. So vollzog sich der Rollenwandel der OAS, die mit dem Kompromiss von Santiago einen kollektiven Schutzmechanismus zugunsten der demokratischen Konsolidierungsprozesse etablierte, mit der aktiven Unterstützung Chiles. Dass diese Bindung wichtiger Abkommen an die Stabilität der demokratischen Regime als Selbstverpflichtung und nicht als externes Oktroy zu interpretieren ist, wird insofern besonders deutlich, als auch multilaterale Vereinbarungen zwischen Ländern der Region ohne Beteiligung von Industrieländern, wie die Rio-Gruppe und seit Sommer 1996 auch der *Mercosur*, eine entsprechende "Demokratielause" enthalten, die jedem Mitgliedsland mit Ausschluss droht, in dem die Demokratie nicht aufrechterhalten wird. Die *reinserción* erfolgte also zu einem wesentlichen Teil durch die Perzeption und Berücksichtigung des Regimewechsels durch externe Akteure. In der Anknüpfung an die international gehegten Erwartungen sah man auf Seiten Chiles darüber hinaus eine Möglichkeit, die Konsolidierung der Demokratie extern abzustützen. Entsprechend fand auch die Bereitschaft, externen Druck in Richtung einer Komplettierung der Demokratie bzw. einer Beseitigung der so genannten "autoritären Enklaven" zu akzeptieren, dort ihre Grenzen, wo die spezifischen internen Bedingungen der demokratischen Stabilität in Chile tangiert waren: Auf die strafrechtliche Verfolgung des Ex-Diktators Pinochet im Ausland mit Berufung auf das Weltrechtsprinzip (Ambos 1999) und seine Festnahme in London 1998 reagierte die Regierung Frei mit nachdrücklichem Protest sowie mit Versuchen, ihren Einfluss bei anderen lateinamerikanischen Staaten, gegenüber Spanien und auch den USA im Sinne einer Freilassung Pinochets geltend zu machen (IRELA 1998). Die profilierte chilenische Haltung in der ersten Meinungsverschiedenheit mit Regierungen führender Industrieländer seit der Redemokratisierung ergab sich dabei vor allem aus der Sorge, eine Missachtung der rechtsgerichteten Opposition

und des Militärs könnte die konsensorientierte Demokratieentwicklung in Chile in Turbulenzen bringen.

Nicht die internationale Wiedereingliederung an sich, sondern ihr spezifischer Modus hing von der Außenpolitik der demokratischen Regierungen ab, die z.B. auf die Beseitigung von Konflikten mit den Nachbarstaaten, die Verbesserung der Beziehungen zu den USA und Europa sowie einen hohen Aktivitätsgrad in multilateralen Organisationen zielte. Hierbei betonten die chilenischen *policy-maker* freilich die Begrenzungen des externen Handlungsspielraums Chiles, das als kleines Land nicht ständig die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit beanspruchen könne und angesichts knapper Ressourcen keine auffällige Rolle im internationalen System anstrebe. Entsprechend verfolgte man eine Linie des *low profile* und erklärte, ein Land wie Chile könne nicht zu jedem weltpolitischen Problem Stellung nehmen, sondern müsse sich auf einige außenpolitische *issues* konzentrieren. Dies bedeutete keinen Verzicht auf gestaltende Politik, aber einen unwiderruflichen Abschied von auf utopische Zustände zielenden Projektionen, die nicht intendierte und nicht kalkulierte Widerstände und Konflikte nach sich ziehen.³ Das den Beziehungen zu den Nachbarländern nicht immer förderliche frühere Sendungsbewusstsein, das aus dem Selbstverständnis resultierte, ein in Lateinamerika vorbildlicher Verfassungsstaat zu sein, wich nach den Erfahrungen mit der Militärdiktatur einem zurückhaltenderen Auftreten sowie einer noch stärker akzentuierten Bereitschaft, die eigenen diplomatischen Ressourcen in den Dienst multilateraler Gremien (UN, Rio-Gruppe, gesamt-amerikanische Gipfeltreffen, OAS) zu stellen.

Unter dem Pinochet-Regime waren die multilateralen Beziehungen bzw. die Politik in internationalen Organisationen derjenige Bereich der Außenpolitik gewesen, in dem der nach außen hin deutlichste Bruch mit den außenpolitischen Traditionen des einst demokratischen Chiles erfolgt war. Nach der Redemokratisierung wurde deshalb international erwartet, Chile werde die unterbrochene Tradition des Multilateralismus wieder aufnehmen. Die chilenische Regierung strebte in der Tat bereits unmittelbar nach der Redemokra-

³ So übereinstimmend Joaquín Fernandois, Professor des Instituto de Estudios Internacionales (IEI), Santiago de Chile (Interview vom 8. März 1993), Alberto van Klaveren, Berater in der Dirección General des chilenischen Außenministeriums (Interview vom 11. März 1993), Jorge Heine, Professor des IEI (Interview vom 23. März 1993), Manfred Wilhelmy, unabhängiger Politikberater (Interview vom 25. März 1993), Roberto Cifuentes, außenpolitischer Berater Präsident Aylwins (Interview vom 1. April 1993). Sämtliche Interviews führte der Verfasser im Zeitraum Januar bis April 1993 während eines durch den DAAD geförderten Forschungsaufenthaltes in Chile durch.

tisierung danach, in multilateralen Gremien, z.B. in der Rio-Gruppe, diplomatische Führungs- und Organisationsaufgaben zu übernehmen. Die Regierung Aylwin konnte sich auch durch die 1991 in die UN-Generalversammlung eingebrachte Initiative profilieren, einen Weltgipfel über soziale Fragen einzuberufen, der 1995 in Kopenhagen stattfand.

Sicherheitspolitisch förderte Chile seit der Redemokratisierung eine generelle Klimaverbesserung im südlichen Lateinamerika. Insbesondere das spannungsreiche Dreiecksverhältnis Chile–Argentinien–Brasilien erfuhr nicht zuletzt durch das allseitige Akzeptieren der Sicherheitsstandards des nuklearen Nichtverbreitungsabkommens (Insulza 1993) eine Neubestimmung. Auch im Verhältnis zu Peru und Bolivien, das wegen territorialer Streitigkeiten belastet war, kam es zu einer Annäherung. Entscheidend wirkte sich für die intraregionalen Beziehungen aus, dass mit dem Regimewechsel vom Autoritarismus zur Demokratie in den Nachbarländern und in Chile, in dieser Hinsicht ein Nachzügler, die hergebrachten “Konflikthypothesen” (*hipótesis de conflicto*), die auf der Annahme von überzeitlichen, quasi-natürlich (d.h. geostrategisch) bedingten Konfliktkonstellationen zwischen den Nachbarländern, die unabhängig von den jeweiligen Regierungen und ihren Außenpolitiken fortbestünden, fallengelassen wurden. Die Differenz, die in dieser Hinsicht der Regimetyp machte, wird auch dadurch deutlich, dass das Militär unter den demokratischen Regierungen immer wieder heftigen Widerspruch gegen zwischenstaatliche Vereinbarungen erhob, die dem traditionellen geostrategischen Denken zuwiderliefen, so etwa bei der Einrichtung neuer Grenzübergänge im Abkommen mit Argentinien. Die Überwindung der herkömmlichen geopolitischen Denkmuster und das Entfallen der tradierten Konfliktannahmen im Zuge der Redemokratisierung machte den Weg frei für eine verstärkte Zusammenarbeit nicht nur im Bereich der grenzüberschreitenden Infrastruktur, sondern auch für wechselseitige Marktöffnung und Handelsabkommen.

Die Beziehungen zu den USA, während der vergangenen drei Jahrzehnte sowohl unter der Regierung Allende als auch unter dem Pinochet-Regime durch tiefgehende Divergenzen geprägt, wurde gezielt verbessert. Aus der Sicht der USA beseitigte die chilenische Redemokratisierung den entscheidenden *constraint*, der einer engen ökonomischen Zusammenarbeit noch entgegenstand, da die marktwirtschaftliche Transformation Chiles bereits die entscheidenden wirtschaftlichen Grundlagen hierfür geschaffen hatte. In dem Maße, indem sich die chilenischen demokratischen Parteien der *Concertación* auf eine Fortsetzung des weltmarktintegrierten, stabilitätsorientierten

Wachstumskurses (bei gleichzeitig erhöhter Verteilungsgerechtigkeit) festlegten, konnte Washington davon ausgehen, dass man an die bereits bestehende Übereinstimmung hinsichtlich handelspolitischer wie auch interner makroökonomischer Orientierungen würde anknüpfen können, ohne durch die mit der Militärherrschaft verbundenen Belastungen beeinträchtigt zu werden. Diese Entwicklung setzte sich über den Wechsel von Bush zu Clinton hinweg bruchlos fort; die Beziehungen intensivierten sich sogar noch, da einige Christdemokraten im US-amerikanischen Exil gute Verbindungen zu Vertretern der Demokraten aufgebaut hatten. Die nun erstmals bestehende hohe Übereinstimmung zwischen beiden Ländern – sowohl in der Achtung der Menschenrechte, als auch hinsichtlich eindeutig marktorientierter Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken – bildete hierfür die Grundlage. Irritationen ergaben sich fast ausschließlich aus der Gegnerschaft eines Teils des republikanisch dominierten Kongresses gegenüber der Freihandelspolitik der Clinton-Administration gegenüber lateinamerikanischen Staaten.

4. Marktwirtschaftliche Transformation und aktive Weltmarktintegration

Der zweite zentrale Bestimmungsfaktor der Einbindung Chiles in das internationale System neben dem Wechsel vom autoritären zum demokratischen Regimetyyp stellt die Kehrtwende seiner Entwicklungsstrategie dar: War Chile 1970, noch vor Beginn des “sozialistischen Experiments” Allendes (Nohlen 1973), das lateinamerikanische Land mit dem nach Kuba zweithöchsten Staatsanteil an der Wirtschaft (Nohlen/Nolte 1995: 285), so erfuhr es unter dem Pinochet-Regime einen radikalen Strukturwandel, das es zu dem am stärksten liberalisierten Land des Kontinents werden ließ (García et al. 1994). Die kapitalistische Neuordnung des Landes durch die gezielte Stärkung der Privatunternehmer im Wirtschaftsprozess (Nohlen/Nolte 1995: 292) und die abrupte Öffnung der Volkswirtschaft nach außen stellten eine der tiefsten Zäsuren in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landes dar. Waren die ersten Jahre der radikalen marktwirtschaftlichen Transformation durch enorme ökonomische und soziale Kosten gekennzeichnet (Deindustrialisierung, Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut, 1982 ging das BIP um 14,1% zurück), so kam es seit Mitte der achtziger Jahre zu einem nachhaltigen, exportgestützten Wachstum, das zur Basis der gesamten Entwicklung des Landes wurde. Die Handels- und Finanzbeziehungen Chiles diversifizierten sich und expandierten trotz der auf diplomatisch-politischer Ebene bestehenden Kontaktarmut des Militärregimes. Die Strukturanpassungspoli-

tik Chiles, insbesondere der strikt marktwirtschaftliche Umgang mit der Auslandsverschuldung, sowie die Umstellung der sozialen Sicherungssysteme auf Privatfinanzierungsbasis, galt bereits in den achtziger Jahren bei externen Akteuren wie IWF und Weltbank sowie der US-Regierung als vorbildlich (Fermandois 1990: 90). Zugleich signalisierte man aber auch deutlich, dass man mit Chile so lange keinen diplomatischen Verkehr des etablierten Standards pflegen werde, wie Fortschritte in Richtung auf Redemokratisierung ausblieben (Fermandois 1990: 444ff.; Lagos et al. 1989: 27). Diese politisch-diplomatische Zurückhaltung wichtiger potentieller Handelspartner des Landes hatte den Effekt, dass die Außenpolitik zunächst kaum wegbereitende Funktionen bei der aktiven Weltmarktintegration übernehmen konnte. Vor allem die Diversifizierung der Außenhandelspartner und der Produktpalette der Exporte sowie der Herkunftsländer von Direktinvestitionen kam weitgehend ohne politisch-diplomatische Pilotleistungen zustande.⁴ Unter dem Militärregime fand zwar eine gezielte staatliche Förderung der neuen Exportwirtschaft durch Informations- und Organisationsdienstleistungen statt, die erfolgreich zur Identifizierung und Nutzung von Weltmarktnischen genutzt wurden. Eine aktive Politik zum Abschluss von Wirtschafts- und Handelsabkommen, um die kostenreiche unilaterale Öffnung durch reziproke Leistungen anderer zu komplementieren, konnte daher erst nach der Rückkehr zur Demokratie eingeleitet werden.

Zwar setzte man die unilaterale Liberalisierung auch nach dem Ende des autoritären Regimes fort: So reduzierte die Regierung Aylwin 1991 den uniformen Zollsatz von 15 auf 11% (Valdés 1998). Unter der Regierung Frei wurde eine jährliche schrittweise Absenkung des Zollsatzes um 1% beschlossen, beginnend 1999, so dass im Jahr 2003 ein einheitlicher Zoll von 6% auf alle Importgüter erreicht wird (DIRECON 1999a). Parallel hierzu strebten die demokratischen Regierungen aber nach ausgehandelter, wechselseitiger Marktöffnung: Gegenüber wichtigen Handelspartnern sollte Reziprozität durchgesetzt werden, um durch die Unilateralität der eigenen Öffnungspolitik nicht zu sehr in Nachteil zu geraten. Hauptinstrument waren bilaterale Abkommen, die neben Zollessenkungen des Partnerlandes (Chiles Zoll lag ohnehin auf einem schwer zu unterbietenden Tiefstand) weitere Liberalisierungsschritte festlegten, z.B. die Beseitigung nichttarifärer Han-

⁴ Eine wichtige Ausnahme bildete hier die asiatisch-pazifische Region, zu der seit Mitte der siebziger Jahre aufgrund wesentlich geringerer politischer Vorbehalte parallel diplomatisch-politische und wirtschaftliche Beziehungen aufgebaut wurden (Valenzuela/Varas 1993: 23).

delschennisse, und die Stabilitätsgarantien enthielten, etwa den wechselseitigen Investitionsschutz und die Vermeidung von Doppelbesteuerung. Dabei ging es nicht nur um die eigene Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen, sondern auch um chilenische Direktinvestitionen im Ausland, vor allem in den lateinamerikanischen Nachbarländern Argentinien, Peru und Brasilien, die sich von 1990 bis 1997 immerhin auf insgesamt 20 Milliarden US\$ addierten (Valdés 1998: 4). Auch die Etablierung von verlässlichen Konfliktschlichtungsmechanismen ist für ein Land, dessen Entwicklung sich auf ein nachhaltiges Exportwachstum stützt, von hoher Bedeutung. Manche Verhandlungen dienten dabei der Erschließung neuer Exportmärkte (Kanada), andere der Sicherung bestehender oder der Wiederherstellung früherer Marktzugänge (EU, *Mercosur*). Diese Strategie führte zu einem Netz entsprechender Vereinbarungen: Bis Ende der neunziger Jahre verfügte Chile über acht bilaterale Freihandels- bzw. wirtschaftliche Komplementierungsabkommen (mit Bolivien, Kanada, Kolumbien, Ecuador, dem *Mercosur*, Mexiko, Peru und Venezuela) sowie über ein Rahmenabkommen mit der EU. Weitere Verhandlungen wurden u.a. mit Australien und der Schweiz geführt. Die multiple Verhandlungsstrategie auf bilateraler wie multilateraler Ebene verlangte den begrenzten diplomatischen Ressourcen Chiles enorme Anstrengungen ab, die nur durch rasche Effizienzgewinne zu bewältigen waren (Barrios 1994). Ein Großteil der diplomatischen Energien und Verhandlungskapazitäten wurde in das Projekt eines Freihandelsabkommens mit den USA investiert. Bereits vor der Ratifizierung des NAFTA hatten sowohl Bush, als auch Clinton erkennen lassen, dass Chile der nächste Anwärter auf ein Freihandelsabkommen mit den USA sei, wobei zunächst offen blieb, ob es sich dabei um ein bilaterales Abkommen oder eine NAFTA-Mitgliedschaft Chiles handeln würde. Endgültig etabliert wurde die chilenische Kandidatur durch die auf dem gesamtamerikanischen Gipfeltreffen von Miami 1994 ausgesprochene offizielle Aufforderung an die Adresse Chiles, NAFTA beizutreten. Die Weigerung des US-Kongresses, Präsident Clinton die *fast track*-Autorität zur Verhandlung eines privilegierten Zugangs zum US-Markt zu gewähren, verhinderte jedoch vorerst weitere Fortschritte in diese Richtung. Nicht zuletzt deshalb war das 1997 unterzeichnete bilaterale Abkommen mit Kanada, zweitwichtigstes Herkunftsland ausländischer Direktinvestitionen in Chile, aber bis dato kein bedeutender Markt für chilenische Exportprodukte, von einigem Symbolwert. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit einem Industrieland, dessen Pro-Kopf-Einkommen etwa das Fünffache des chilenischen beträgt, hatte den willkommenen Nebeneffekt,

erneut die Stabilität und Vertrauenswürdigkeit der chilenischen Wirtschaftsentwicklung zu belegen. Zwar hat Chile hier kaum noch Profilierungsbedarf: Nach der in dieser Hinsicht maßgeblichen Einschätzung von "Standard and Poor's" ist das *country risk* Chiles das niedrigste in Lateinamerika (Valdés 1998). Im *ranking* des durch das *World Economic Forum* publizierten *Global Competitiveness Report* 1999 belegte Chile 1998 Rang 21 (1998: 18) der wettbewerbsfähigsten Länder und lag damit vor Frankreich (Rang 23) und Deutschland (Rang 25) (*World Economic Forum* 1999). Im Kontext der US-internen Debatte erscheint eine Bestätigung der chilenischen Solidität durch Kanada aber gleichwohl als hilfreich. Im Zuge der Etablierung einer gesamt-amerikanischen Freihandelszone (FTAA) signalisiert das chilenisch-kanadische Abkommen überdies die Bereitschaft wichtiger Akteure, trotz des US-amerikanischen Zögerns eine umfassende Handelsliberalisierung zwischen Nord und Süd in Amerika zu erreichen. Von der Tatsache, dass die neoprotektionistische *Anti-Dumping*-Praxis durch das Abkommen untersagt wird⁵ - eine Innovation in den chilenischen Freihandelsabkommen -, versprach sich die chilenische Verhandlungsführung eine Signalwirkung für eine gesamt-amerikanische Freihandelszone, insbesondere gegenüber den USA (Valdés 1999: 3).

Die erfolgreiche Diversifizierung der externen Märkte Chiles führte dazu, dass in den neunziger Jahren jeweils etwa ein Drittel der chilenischen Exportprodukte in die Weltregionen Amerika (Nord und Süd), Europa und Asien/Pazifik ging. Diversifiziert wurde die Exportgüterstruktur in dem Sinne, dass der Anteil der traditionellen Ausfuhr Güter – v.a. Kupfer⁶ – reduziert wurde. Die strategische Ausnutzung von Weltmarktnischen durch die gezielte Lancierung neuer Exportprodukte war dabei entscheidend für den Erfolg. Nach der durch die radikale Liberalisierung herbeigeführten Deindustrialisierung führte dies allerdings zu einer Spezialisierung, die sich auf Güter konzentriert, bei denen Chile aufgrund seiner natürlichen Faktorausstattung über absolute Wettbewerbsvorteile verfügt. Die Exportstruktur des Landes ist daher durch eine ausgesprochene Primärgüterlastigkeit gekennzeichnet. Durch eine extensive Inwertsetzung der Ressourcen des Landes (neben Mineralextraktion vor allem Obst- und Gemüseanbau, Fischerei, Holzwirtschaft) wurden anhaltend hohe Wachstumsraten erzielt, was auf längere Sicht freilich die Gefahr einer Erschöpfung des Exportmodells durch Über-

⁵ Das WTO-Verbot des *Anti-Dumping* besitzt in Chile Gesetzesrang (vgl. WTO 1997).

⁶ Der Anteil des Kupfers am Gesamtexport sank von 1970 bis 1990 von 70% auf 37% (zitiert nach Messner/Scholz 1996: 137).

nutzung der Ressourcen birgt (Messner/Scholz 1996). Bei dem Abschluss von Freihandels- und ökonomischen Komplementierungsabkommen ging es deshalb auch darum, Absatzmärkte für Produkte eines höheren Wertschöpfungsgrades zu gewinnen. Zwar konnte der Anteil der unverarbeiteten Güter am Gesamtexport (1985: 75%) gesenkt werden, er blieb aber mit ca. 50% (1997) weiterhin hoch (DIRECON 1999).

Als wirtschaftlich weit nach außen geöffnetes Land mit diversifizierten Exportmärkten, dessen mittelfristige Entwicklungsperspektiven von der Nachhaltigkeit seines Exportwachstums abhängen, trat das redemokratisierte Chile auf multilateraler Ebene mit Nachdruck für einen Ausbau des Freihandels und eine institutionelle Sicherung des Wettbewerbs ein. Im Rahmen der WTO profilierte sich Chile als eines derjenigen Länder, die die Vorgaben der Welthandelsorganisation peinlich genau einhielten und von dieser Position aus andere drängen konnten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Bei der Liberalisierung der Dienstleistungen und beim Schutz geistigen Eigentums war Chile gewissermaßen der „Musterschüler“ unter den Entwicklungsländern (WTO 1997). Hinsichtlich der Beseitigung von Exportförderungsleistungen, die seitens der WTO moniert wurden, blieb man weit unterhalb des vorgegebenen zeitlichen Limits (DIRECON 1999; WTO 1997). In den Jahren 1990-1993, als die Uruguay-Runde des GATT mehrfach vor dem Scheitern stand, hatte bei den chilenischen *policy-makers* einige Besorgnis bestanden, dass sich abgeschlossene kontinentale Blöcke im Welthandel etablieren könnten, welche die Vorteile der unilateralen Öffnung Chiles zunichte machen würden.⁷ Die mit dem Abkommen von Marrakesch schließlich 1994 erreichten Ergebnisse zerstreuten diese Befürchtungen und waren für die Weltmarktposition des Landes günstig. Sie wurden gleichwohl seitens der chilenischen Außenpolitiker als suboptimal angesehen, vor allem hinsichtlich der Liberalisierung der Agrarmärkte. Daher befürwortete Chile entschieden eine neue weltweite Liberalisierungsrunde, die so genannte „Millennium-Runde“ (*Ministerio de Relaciones Internacionales* 1999).

Entsprechend diesen Interessen, die sich aus der fortgeschrittenen Weltmarktintegration des Landes ergeben, beteiligte sich das postautoritäre Chile aktiv an solchen multilateralen Verhandlungen, die auf die Etablierung möglichst weiträumiger Freihandelszonen zielten, wie etwa die geplante *Free Trade Area of the Americas* oder die APEC. Zugleich suchte man sich in Verhandlungen mit auf Binnenmarktintegration zielenden Zusammenschlüssen

⁷ So die erwähnten Interviewpartner und Valdés (1998: 5).

sen, wie dem *Mercosur* oder der EU, einen Marktzugang zu sichern bzw. wiederherzustellen. Eine Beteiligung an Zollunionen wurde vermieden. So schloss man beispielsweise eine Rückkehr in den Andenpakt (heute Andengemeinschaft), den Chile unter dem Militärregime 1976 verlassen hatte, kategorisch aus. Auch dem 1991 gegründeten *Mercosur*, dem Integrationsprojekt Argentiniens, Brasiliens, Uruguays und Paraguays, die Chile von Beginn an zum Beitritt aufforderten, stand die chilenische Außenpolitik zunächst abwartend gegenüber: Die chilenische Regierung war somit nicht bereit, in Rücksicht auf mögliche Integrationspartner das eigene hohe Niveau ökonomischer Liberalisierung, das bis Ende der neunziger Jahre von keinem anderen lateinamerikanischen Land erreicht wurde, zu verlassen. Ein frühzeitiger Beitritt hätte in diesem Sinne einen Rückschritt für Chile bedeutet. Andererseits stellten Argentinien und Brasilien die wichtigsten Exportmärkte Chiles in Lateinamerika dar (Minkner 1997). Die nach dem Beginn einer ernsthaften makroökonomischen Stabilisierungspolitik in Brasilien Ende 1994 etablierte Zollunion des *Mercosur* (Barrios 1998; Barrios/Röder 2000) drohte sich für den chilenischen Handel mit den Nachbarländern ungünstig auszuwirken. Folgerichtig setzte Chile auf ein Abkommen mit dem *Mercosur*, das einen Marktzugang garantierte, ohne dass man selbst der Zollunion beitreten musste.

Ein solches Abkommen über wirtschaftliche Komplementierung zwischen Chile und dem *Mercosur* konnte im Juni 1996 unterzeichnet werden (Text des Abkommens <<http://www.direcon.com/acuerdos/mercosur>>), das u.a. auf die Schaffung einer Freihandelszone zwischen beiden Partnern zielte. Den chilenischen Interessen kam überdies entgegen, dass die bislang durch das Abkommen bewirkten Exportzuwächse Chiles gegenüber dem *Mercosur* vorwiegend auf den Bereich der verarbeiteten Güter entfielen (DIRECON 1999). Ferner war Chile vor allem am Ausbau der Land- und Luftverbindungen, an der Liberalisierung der Dienstleistungen, an unbehinderten Investitionsströmen sowie Erleichterungen der Migration gelegen (DIRECON 1999). Die Beteiligung der chilenischen Regierung an einigen Entscheidungsgremien des *Mercosur* auf Ministerebene (Inneres, Außenbeziehungen, Justiz, Infrastruktur) sowie in den Arbeitsgruppen sichert eine politische Mitsprache an der Weiterentwicklung des Integrationsprozesses. Die verabredete Koordinierung der Positionen innerhalb der entstehenden gesamtamerikanischen Freihandelszone könnte bei einer effektiven Umsetzung beide Partner im Verhältnis zu den USA stärken. Bisher hat die Strategie Chiles gegenüber dem *Mercosur* somit aus chilenischer Sicht Ergebnisse

gebracht, die mit den eigenen Interessen weitgehend deckungsgleich sind. Die erfolgreiche chilenische Politik der Freihandelsabkommen sicherte also in gewissem Umfang die Reziprozität der Marktöffnungsprozesse, die anhaltende Diversifizierung der Exportmärkte und eine gewisse Stetigkeit und Regelgebundenheit seiner Handelsbeziehungen. Eine Garantie gegen Rückschläge, wie der Einbruch der Exportentwicklung während der Asienkrise 1997/98, boten sie bei der Art und Weise der chilenischen Weltmarkteinbindung, die das Land für Wirtschaftskrisen und politische Kehrtwenden in Richtung Protektionismus verwundbar macht, freilich nicht.

Literaturverzeichnis

- Ambos, Kai (1999): "Der Fall Pinochet und das anwendbare Recht". In: *JZ* 54 (1), S. 16-24.
- Barrios, Harald (1991): "Regimetyp und Außenpolitik – Die Fälle Argentinien, Brasilien und Chile im Vergleich". In: Nohlen, Dieter/Fernández, Mario/van Klaveren, Alberto (Hrsg.): *Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika*. Opladen, S. 113-137.
- (1994): *Die chilenische Außenpolitik unter der Regierung Aylwin. Politikergebnisse und Strukturdefekte des Entscheidungsprozesses*. Heidelberg.
- (1998): "Mercosur: Ein Versuch koordinierten Regierens als Antwort auf externe Herausforderungen". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Geschichte* 24 (1-2), S. 165-187.
- (1999a): *Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay*. Opladen.
- (1999b): "Über den Neoliberalismus hinaus. Vier Thesen zur aktuellen Debatte um Entwicklungstheorie und -praxis in Lateinamerika. Vortrag anlässlich der Tagung 'Lateinamerikas Entwicklungserfahrungen und -perspektiven' in Weingarten, 8.-10.1. 1999". Tübingen: Unveröff. Ms.
- Barrios, Harald/Röder, Jörg (2000): "Entwicklungsfortschritte und Entwicklungsblockaden in Brasilien – Fragen der Regierbarkeit, der Systemeffizienz und der Legitimität". In: Dosch, Jörn/Faust, Jörg (Hrsg.): *Die ökonomische Dynamik politischer Herrschaft – Das pazifische Asien und Lateinamerika*. Opladen, S. 49-72.
- Bernecker, Walter L. (1990): "Autoritarismus und oppositionelle Gewerkschaftsbewegung: Chile unter Pinochet". In: Heydenreich, Titus (Hrsg.): *Chile*. Frankfurt/Main, S. 83-101.
- Boeckh, Andreas (Hrsg.) (1994): *Internationale Beziehungen*. München.
- (1997): "Vergleichende Analyse peripherer Gesellschaften, oder: Die Auflösung der Peripherie". In: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*. Opladen, S. 251-265.
- Cañas-Kirby, Enrique (1993): *Autoritäres Regime, Transition durch Verhandlung und demokratische Öffnung. Chile 1983-91*. Freiburg: Diss.
- Caviedes, César N. (1991): *Elections in Chile. The Road Toward Redemocratization*. Boulder/London.

- DIRECON (1999a): *Evaluación del primer año del acuerdo Chile-Mercosur*. Santiago de Chile.
- (1999b): *Integración hemisférica y relaciones Chile – EE.UU. El escenario latinoamericano sin Fast Track*. Santiago de Chile.
- Ensignia, Jaime/Nolte, Detlef (Hrsg.) (1991): *Modellfall Chile? Ein Jahr nach dem demokratischen Neuanfang*. Hamburg.
- Fernandois, Joaquín (1990): "Chile and the Great Powers". In: Morris, Michael A. (Hrsg.): *Great Power Relations in Argentina, Chile and Antarctica*. London, S. 77-97.
- (1991): "De una inserción a otra: Política exterior de Chile, 1966-1991". In: *Estudios Internacionales* 24 (96), S. 433-471.
- Fernández, Mario (1981): *Nationale Sicherheit in Lateinamerika. Ihre ideologische und legitimierende Funktion bei der Errichtung von Militärregimen seit 1964*. Heidelberg.
- Fernández, Mario/Nohlen, Dieter (1992): "Chile". In: Waldmann, Peter/Krumwiede, Heinrich-W. (Hrsg.): *Politisches Lexikon Lateinamerika*. München, S. 74-88.
- Friedmann, Reinhard (1990): *Chile unter Pinochet. Das autoritäre Experiment (1973-1990)*. Freiburg.
- García, Ligia/Rivera, Eugenio/Vega, Juan Enrique (1994): "Chile". In: Töpfer, Barbara/Müller-Plantenberg, Urs (Hrsg.): *Transformation im südlichen Lateinamerika. Chancen und Risiken einer aktiven Weltmarktintegration in Argentinien, Chile und Uruguay*. Frankfurt/Main, S. 148-203.
- Garretón, Manuel Antonio (1994): "The Political Dimension of Processes of Transformation in Chile". In: Smith, William C./Acuña, Carlos H./Gamarra, Eduardo A. (Hrsg.): *Democracy, Markets, and Structural Reform in Latin America: Argentina, Bolivia, Brazil, Chile, and Mexico*. New Brunswick/London, S. 217-235.
- Gatica Barros, Jaime (1989): *Deindustrialization in Chile*. Boulder.
- Heine, Jorge (Hrsg.) (1993): *Enfrentando los cambios globales*. Santiago de Chile.
- Hojman, David E. (1993): *Chile. The Political Economy of Development and Democracy in the 1990s*. Pittsburgh.
- Hojman, David E. (Hrsg.) (1993): *Change in the Chilean Countryside. From Pinochet to Aylwin and Beyond*. London.
- Huneus, Carlos (1981): *Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile. Eine vergleichende Analyse*. Heidelberg.
- Imbusch, Peter (1995): *Unternehmer und Politik in Chile*. Frankfurt/Main.
- Insulza, José Miguel (1993): *Objetivos y prioridades de la política exterior de Chile*. Santiago.
- IRELA (1998): *The Pinochet Case: A Test for European-Latin American Relations?* Madrid.
- Klaveren, Alberto van (1989): "Chile y Europa Occidental: entre el apoyo a la democracia y el realismo económico". In: Muñoz, Herardo (Hrsg.): *Chile: política exterior para la democracia*. Santiago de Chile, S. 189-205.
- (1993): "Europa – Lateinamerika: Zwischen Illusion und Realismus auch nach 1992". In: *Zeitschrift für Lateinamerika* 43, S. 169-216.
- Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef (1988): *Chile: Auf dem Rückweg zur Demokratie?* Baden-Baden.

- (1993): *Welche Lateinamerikapolitik entspricht deutschen Interessen?* Ebenhausen.
- Lagos, Gustavo/Muñoz, Heraldo/Portales, Carlos/Varas, Augusto (1989): "Democracia y política exterior de Chile". In: Muñoz, Heraldo (Hrsg.): *Chile: política exterior para la democracia*. Santiago de Chile, S. 21-39.
- Lauth, Hans-Joachim/Mols, Manfred (Hrsg.) (1993): *Integration und Kooperation auf dem amerikanischen Kontinent*. Mainz.
- Martínez Sotomayor, Carlos (1989): "El marco del acercamiento político entre Chile y Argentina". In: Orrego Vicuña, Francisco (Hrsg.): *Chile y Argentina. Nuevos enfoques para una relación constructiva*. Santiago, S. 11-17.
- Meller, Patricio (1992): *Adjustment and Equity in Chile*. Paris.
- Messner, Dirk (1991): "Wirtschaftspolitische Neuorientierung in Chile – Vom autoritären Neoliberalismus zu einer Strategie aktiver Weltmarktintegration". In: *Journal für Entwicklungspolitik* 3, S. 135-148.
- Messner, Dirk/Scholz, Imme (1996): "Wirtschaftliche Entwicklungsdynamik und gesellschaftliche Modernisierungsblokkaden in Chile". In: *Nord-Süd aktuell* 1, S. 126-138.
- Minkner, Mechthild (1997): "Mercosur – die strategische Option Chiles in Lateinamerika". In: *Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation* 14 (34/35), S. 39-63.
- Morandé Lavín, José (1992): "Chile y los Estados Unidos: Distanciamientos y aproximaciones". In: *Estudios Internacionales* 25 (97), S. 3-22.
- Mols, Manfred (Hrsg.) (1995): *Die internationale Situation Lateinamerikas in einer veränderten Welt*. Frankfurt/Main.
- Muñoz, Heraldo (1984): "La Política exterior del Partido Socialista y las relaciones exteriores de Chile". In: Muñoz, Heraldo/Tulchin, Josep (Hrsg.): *Entre la autonomía y la subordinación. Política exterior de los países latinoamericanos*. Bd. 1, Buenos Aires, S. 174-222.
- (1994): "A New OAS for the New Times". In: Lowenthal, Abraham F./Treverton, Gregory F. (Hrsg.): *Latin America in a New World. An Interamerican Dialogue Book*. Boulder/San Francisco/Oxford, S. 191-202.
- Muñoz, Heraldo (Hrsg.) (1989): *Chile: política exterior para la democracia*. Santiago de Chile.
- Muñoz, Heraldo/Portales, Carlos (1989): *Una amistad esquiwa: Las relaciones de Estados Unidos y Chile*. Santiago de Chile.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile. Das sozialistische Experiment*. Hamburg.
- (1993): "Chile". In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik*. S. 175-219.
- Nohlen, Dieter/Fernández, Mario (1988): "Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik in Lateinamerika". In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen*. Opladen, S. 406-437.
- Nohlen, Dieter/Nolte, Detlef ([1992] ³1995): "Chile". In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt. Bd. 2: Südamerika*, S. 277-338.
- Nohlen, Dieter/Fernández, Mario/van Klaveren, Alberto (Hrsg.) (1991): *Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika*. Opladen.
- Nolte, Detlef (1995): "Der 'Gipfel der Amerikas' und die Lateinamerikapolitik der USA". In: *Jahrbuch Dritte Welt 1996*. München, S. 239-243.

- Oppenheim, Lois Hecht (1993): *Politics in Chile. Democracy, Authoritarianism and the Search for Development*. Boulder/San Francisco/Oxford.
- Orrego Vicuña, Francisco (Hrsg.) (1989): *Chile y Argentina: Nuevos enfoques para una relación constructiva*. Santiago de Chile, S. 105-112.
- (1992): “Las relaciones entre los países de América Latina y los Estados Unidos: Límites regionales y entendimientos globales”. In: *Estudios Internacionales* 25 (97), S. 23-40.
- Pinochet de la Barra, Oscar (1989): “Chile y sus vecinos: problemas y oportunidades”. In: Muñoz, Heraldo (Hrsg.): *Chile: política exterior para la democracia*. Santiago de Chile, S. 157-171.
- Portales, Carlos C./Valdés, Juan Gabriel (1989): “El futuro de las relaciones Chileno-Norteamericanas”. In: Muñoz, Heraldo (Hrsg.): *Chile: política exterior para la democracia*. Santiago de Chile, S. 173-205.
- Sangmeister, Hartmut (1998): “Chile als Modell für Lateinamerika? Die Wirtschaftsreformen in Argentinien, Brasilien und Chile im Vergleich”. In: *APuZ* 39, S. 29-41.
- Silva, Patricio (1994): “Technocrats and Politics in Chile: From the Chicago Boys to the CIEPLAN Monks”. In: Drake, Paul W. (Hrsg.): *Money Doctors, Foreign Debts, and Economic Reforms in Latin America*. Wilmington, S. 205-230.
- Spielmann, Ludwig (1993): *Staatsinterventionismus oder ökonomischer Liberalismus? Wirtschaftliche Entwicklungsstrategien in Chile: Von der Weltwirtschaftskrise bis Pinochet*. Münster/Hamburg.
- Thiery, Peter (1993): “Chile – eine lateinamerikanische Sonderrolle?”. In: Lauth, Hans-Joachim/Mols, Manfred (Hrsg.): *Integration und Kooperation auf dem amerikanischen Kontinent*. Mainz, S. 203-233.
- Tulchin, Joseph S./Varas, Augusto (Hrsg.) (1991): *From Dictatorship to Democracy*. Boulder/London.
- Valdés, Juan Gabriel (1998): *Chile: Cambio económico y política exterior*. Santiago de Chile.
- (1999): *Las relaciones Chile – Canada en un mundo globalizado*. Santiago de Chile.
- Valenzuela, María Elena/Varas, Augusto (1993): “El creciente papel económico de Japón en Chile”. In: *Cono Sur* 12 (1), S. 20-25.
- Vergara, Pilar (1994): “Market Economy, Social Welfare, and Democratic Consolidation in Chile”. In: Smith, William C./Acuña, Carlos H./Gamarra, Eduardo A. (Hrsg.): *Democracy, Markets, and Structural Reform in Latin America: Argentina, Bolivia, Brazil, Chile, and Mexico*. New Brunswick/London, S. 237-261.
- Website des chilenischen Außenministeriums: <<http://www.minrel.cl/>>.
- Website der Generaldirektion für Internationale Wirtschaftsbeziehungen: <<http://www.direcon.cl/>>.
- Wilhelmy, Manfred (1991): “Demokratie und Außenpolitik in Chile”. In: Nohlen, Dieter/Fernández, Mario/van Klaveren, Alberto (Hrsg.): *Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika*. Opladen, S. 93-111.
- Wilhelmy, Manfred/Infante, María Teresa (1993): “La política exterior chilena en los años 90: El gobierno del Presidente Aylwin y algunas proyecciones”. In: *Estudios Internacionales* 75 (1).
- WTO (1997): *Trade Policy Review of Chile*. Genf.

Elmar Römpezyk

Nachhaltigkeit in Chile: Die unbegriffene ökologische Herausforderung

Das Verhältnis zur Umweltpolitik ist derzeit in allen Gesellschaftssektoren gespalten. Die Ablehnung ist eine Ablehnung der internalisierten Kosten, sie erfolgt aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Die Zustimmung erfolgt in Verbindung mit der Sicherung individueller und kollektiver Lebensqualität für heute und morgen und übermorgen. Lebensqualität wird gleichzeitig zunehmend stärker in Abhängigkeit von den Arbeitsmarktverhältnissen und der Kontrollierbarkeit der Kapital-Mobilität gesehen. Soziale und ökologische Fragen rücken daher immer stärker zusammen. Dort, wo abhängig vom gesellschaftlichen Entwicklungsstand an einer politischen Antwort auf dieses Fragen-Duo gearbeitet wird, wird immer intensiver nach der "doppelten Dividende" gesucht, der Kombination von beschäftigungspolitischen und umweltpolitischen Effekten. Aber auch dort, wo die neoliberale Ideologie vorherrscht, wird Umweltpolitik gestaltet und an andere entwicklungspolitische Themen gebunden. Chile steht für die zweite Gruppe von Ländern.

In einem engen Rahmen bedeutet chilenische Umweltpolitik zunächst Verkehrspolitik (wegen der starken Luftverschmutzung in Santiago) und Industriepolitik (wegen der hohen Anteile an Schwermetallen im Gemüse, der ungeklärten Abwässer, die zum Bewässern der Felder genutzt werden, und der unregulierten Industrieansiedlungen). *De facto* ist allerdings die Außenwirtschaftspolitik der wichtigste Schlüsselsektor für die Umweltpolitik. Denn die Handelsbilanz Chiles der letzten Dekaden weist einen sehr hohen Rohstoffanteil bei den Exporten aus. Da die Preise vieler Rohstoffe tendenziell fallen (darunter die für Chile wichtigen Elemente Kupfer, Holz, Zellulose), schwächt sich Chiles Position am Weltmarkt. Gesteigerte Erträge der exportorientierten Fischwirtschaft und von Teilen der Agro-Forstwirtschaft sollen den Effekt kompensieren. Dazu werden eine intensive Privatisierungspolitik betrieben und günstige Anlagebedingungen für Auslandsinvestitionen geschaffen. Diese Entwicklungen setzen die chilenische Umweltpolitik insgesamt unter erheblichen Druck. Denn jeder der Investoren erwartet allenfalls begrenzte Umweltauflagen.

Sichert die chilenische Politik und Wirtschaft damit ihr Modernisierungsmodell in Richtung Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ab? In Chile sind in den neunziger Jahren zukunftsfähige Prinzipien und brauchbare Instrumente einer staatlichen Umweltpolitik entwickelt worden. Das erscheint als eklatanter Widerspruch zur sonstigen neoliberalen Entwicklungs-ideologie des Landes. Mein Beitrag greift diesen Widerspruch auf und stellt zuerst das aktuelle Profil der chilenischen Umweltpolitik vor, konzentriert sich dann auf einen wichtigen Umwelt- und Wirtschaftsbereich, nämlich den Forstsektor, um die Tragfähigkeit der umweltpolitischen Instrumente empirisch zu prüfen und macht dabei deutlich, dass unter den heutigen Bedingungen die chilenische Umweltpolitik keinen Modellcharakter besitzt.

1. Chiles Bedingungen für Umweltpolitik

Chile ist eines der Länder, das sich in den vergangenen 20 Jahren besonders aktiv um Standortsicherung mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik, einer konsequenten Privatisierung und dem rigorosen Abbau der traditionellen sozialen Sicherungssysteme bemüht hat. Mit drei Dingen hat die Militärdiktatur sich und den heutigen politischen Machthabern in Chile den Weg in das Entwicklungs-Modell geebnet:

- mit einer Verschlinkung des Staatsapparates einschließlich einer Gebiets- und Verwaltungsreform,
- durch eine eine staatlich durchgesetzte Marktwirtschaft mit rascher (Re-) Privatisierung und Kapitalschutzpolitik,
- durch eine “geschützte Demokratie” und mit dem systematischen Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte und sozialer Chancengleichheit.

Die Sicherung der Nachhaltigkeit der bisher erfolgten Wachstumspolitik erscheint aber nicht länger gewährleistet ohne eine konzeptionelle Neuorientierung, die dafür erforderlichen Instrumente und einen horizontalen gesellschaftlichen Diskurs. Die Weltbank nennt dafür wichtige Gründe:

The sustainable development challenges in the region are formidable. Reducing the gap between the rich and poor will clearly remain an essential condition for its success.

Biodiversity protection will also remain an important issue because of the region's extreme ecological richness.

The accelerating growth of cities in the region poses a tremendous challenge in the future, and is likely to result in a shift in emphasis from natural resources

management to pollution and urban environmental management. Brazil, Mexico, Chile and Argentina already have urban populations above 75%.

Involving civil society in supporting environmentally sustainable development and resolving social problems will remain a key theme in the Bank's agenda into the next century (Partridge, o.J.).

1990 hatte die erste zivile Regierung unter Präsident Aylwin in diesem Sinne schon die Parameter einer chilenischen Umweltpolitik gesetzt. Vier Elemente möchte ich hervorheben:

1.1 Umweltpolitische Prinzipien des Staates

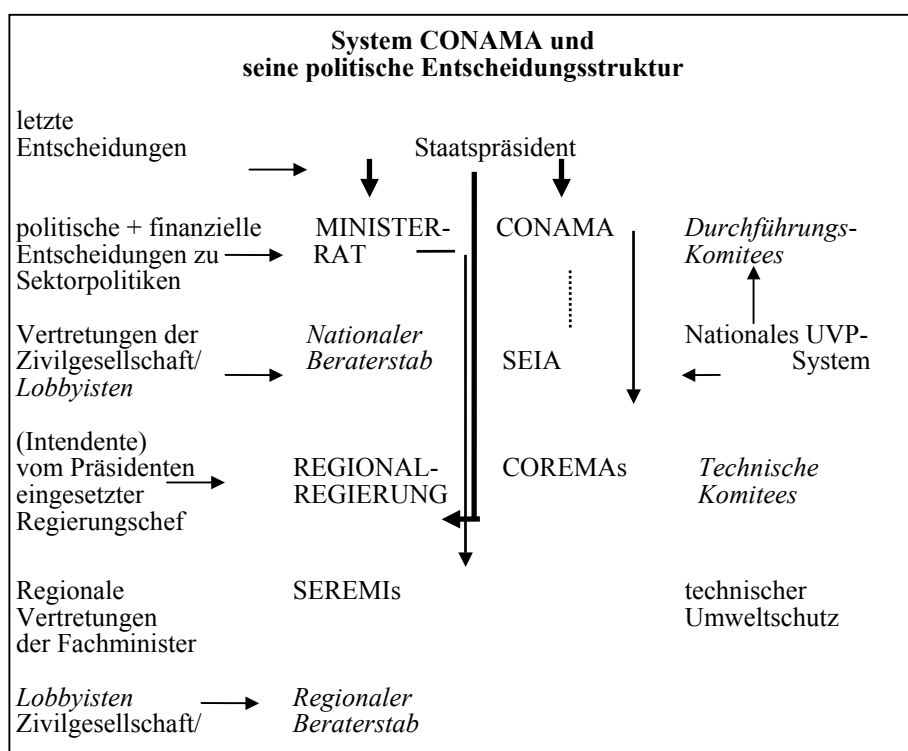
Als ersten Schritt in eine nationale Umweltpolitik wurden 1990 vom Parlament umweltpolitische Grundsätze verabschiedet, die der chilenischen Umweltpolitik ihre Konturen geben sollten:

Umweltpolitik-Prinzipien	... und ihre Bedeutung:
Gradualismus	Umweltpolitik graduell entwickeln; keine Unverträglichkeiten mit wirtschaftlichen Fortschrittszielen.
Realismus	Pragmatische Umweltziele müssen in Einklang mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln umsetzbar sein.
Prävention	Präventives Handeln einleiten durch Umwelterziehung, Umweltinformation generelle Anwendung von UVP klare Sanktionsregelungen.
- "Verschmutzer zahlt"	Einrechnen der Umweltschadenskosten in die Produktionskosten.
- Effizienz	Der chilenische Staat respektiert so weit wie möglich die Kriterien ökonomischer Vernunft (Marktgesetze).
- Bürgerbeteiligung	Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und <i>Lobbyisten</i> an UVP-Verfahren, bei der Festsetzung von Umweltstandards und in den staatlichen Berater-Stäben.

Unter Präsident Aylwin wurde zudem eine Institution zur Koordination der staatlichen Umweltpolitik gegründet (CONAMA) und am Ende seiner Regierungszeit (1994) auch das erste Umweltrahmengesetz verkündet.

1.2 Struktur der Umweltpolitik: CONAMA

Anstelle eines Umweltministeriums entstand 1990, im Kernschatten der Rio-Konferenz, ein System staatlicher Koordination aller öffentlichen Umweltpolitik-Belange. Auf der nationalen Ebene wurde die Umweltkommission CONAMA gebildet. In den 13 Regionen arbeitet seither jeweils eine regionale Umweltkommission, COREMA. Ich nenne dies das System CONAMA:



In diesem System besitzt der Staatspräsident direkte Durchgriffsmöglichkeiten bis auf die regionale Verwaltungsebene hinab. Er ernennt z.B. den Regierungschef jeder Region, den *Intendente*, und er ernennt den Geschäftsführer von CONAMA und natürlich seine Minister. Die Ressort-Minister bilden mit ihren divergierenden Sektorinteressen in diesem System auf der nationalen Ebene das einflussreichste Organ, den Ministerrat. Die Minister haben auch direkte Durchgriffsmöglichkeiten auf die regionale Ebene durch die SEREMIs, ihre regionalen *Dependancen*. Weniger eindeutig ist dagegen die Einflussmöglichkeit der nicht-unternehmerischen Zivilge-

sellschaft im nationalen Kontext wie in den regionalen Beraterstäben des Systems. Dem System CONAMA stehen eine ganze Bandbreite an umweltpolitischen Verantwortungen zu, z.B. für

- ein landesweites öffentliches Umwelt-Informationssystem,
- die koordinierte Festlegung und Durchführung der Umweltstandards,
- die Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden und der Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung, Bewilligung und Durchführung von Umweltbildungsprogrammen, beim Umweltschutz und beim Erhalt des nationalen Naturerbes,
- die Koordination der zuständigen staatlichen Organe bei der internationalen Umwelt-Koordination und zusammen mit der Leitstelle für Internationale Zusammenarbeit (AGCI) im Außenministerium als nationaler *Counterpart* bei Projekten mit internationaler Finanzierung.

Die Kritik an der sehr hierarchisierten Entscheidungsstruktur, an den geringen Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen (Ausnahme: Unternehmer-*Lobby*) und an der Ineffizienz des Systems CONAMA wuchs bereits in der Regierungszeit von Präsident Frei. Dabei handelt es sich seltener um eine Systemkritik als vielmehr um die Bloßstellung der Widersprüche zwischen den Grundsätzen der Umweltpolitik einerseits und der entwicklungspolitischen Wirklichkeit des Modells Chile andererseits.

1.3 Die legale Basis: das Umweltrahmengesetz

In die neue Verfassung von 1980 ließ General Pinochet zum ersten Mal die Garantie hineinschreiben, dass alle in Chile lebenden Menschen “das Recht haben, in einer Umwelt frei von Verschmutzung” zu leben (Art. 19.8). Außerdem, so heißt es dort, “ist der Staat verpflichtet, dafür zu sorgen, dass dieses Recht nicht verletzt wird, und den Schutz der Natur zu sichern”. Um hier aber keine falschen Erwartungen zu wecken, sichert die bis heute gültige Verfassung ebenfalls das Recht auf wirtschaftliche Aktivitäten und das Recht auf Privateigentum. Diese beiden ökonomischen Rechte können durch Umweltbelange nur in Form eines neuen Gesetzes eingeschränkt werden und dann auch nur in dem Maße, wie sie nicht wirklich den Kern der ökonomischen Handlungsfreiheiten berühren.

Aufgrund der äußerst starken konservativen Kräfte im Kongress und wegen des gemeinsamen Widerstandes von einzelnen Fachministerien und

Sektorindustrien (besonders der Holzindustrie und des Agrarministeriums) konnte das erste Umweltrahmengesetz als Ley 19.300 erst vier Jahre nach der Einrichtung des Systems CONAMA verabschiedet werden, nämlich Anfang 1994. Dabei hätte ein Rahmengesetz die Voraussetzungen sowohl für die Handlungsprinzipien der Umwelt-Politik als auch für die instrumentelle Umsetzung derselben schaffen und ordnen sollen. Das Rahmengesetz ließ alle 700 bis dahin erlassenen Gesetze und Verordnungen, die mit Umwelt- und Naturschutz zu tun haben, bestehen und betonte das Thema der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

1.4 Das wichtigste technische Instrument: UVP

Erst drei Jahre nach Verabschiedung des Ley 19.300 wurde im April 1997 als ein wichtiger Baustein eine genauere Festlegung der UVP-Normung erreicht: das System zur Umweltverträglichkeitsprüfung (SEIA) wurde etabliert.

Anwendungsbereiche von UVP:

- a) Fernstraßen und andere öffentliche Straßen, die geschützte Zonen belasten könnten,
- b) Häfen und schiffbare Wasserstraßen,
- c) Industrieanlagen, die Baumaterialien herstellen (z.B. Zement),
- d) industrielle forstwirtschaftliche Betriebe auf fragilen Böden oder in Primärwäldern (z.B. Papierfabriken, Holzchip-Fabriken oder Sägemühlen),
- e) Projekte, die normalerweise mit der Produktion, der Lagerung, dem Transport toxischer, radioaktiver, explosiver oder ähnlicher Stoffe zu tun haben,
- f) Anlagen zur Behandlung fester oder flüssiger Industrieabfälle

Projektbetreiber, die unter die obige Auflistung fallen, müssen eine UVP-Erklärung der CONAMA oder der zuständigen COREMA gegenüber abgeben. Diese Erklärung soll gut dokumentiert sein. In der einfachen Form (ohne angehängte Gutachten) genügt die Selbsterklärung, dass keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten seien. Die einfache Form reicht nur dann nicht aus, wenn aus Erfahrung stärkere Belastungen zu erwarten sind, wie z.B. bei

- Gesundheitsrisiken durch flüssige Abfallstoffe und Luftverschmutzung,
- Umsiedlungsmaßnahmen bzw. schwere Eingriffe in bestehende Lebensordnungen,

- direkter oder mittelbarer Nutzung geschützter Zonen oder Ressourcen,
- signifikanten Eingriffen in Zonen mit touristischem Wert oder von natürlicher Schönheit,
- Einwirkungen auf Monumente mit Kulturerbe-Charakter oder unter Denkmalschutz.

Ohne Übertreibung kann diese Unterscheidung im SEIA als willkürlich bis beliebig bezeichnet werden. Denn, ob eine einfache Erklärung oder die ausführlich dokumentierte vorzulegen ist, bleibt dem Antragsteller überlassen. Ihm wird bei diesem System konzidiert, dass er den Belastungsgrad seiner Maßnahme genau kennt und richtig einzuschätzen weiß. In der Praxis begnügt sich CONAMA bzw. die COREMA denn auch überwiegend mit der einfachen Erklärung. Denn, so hieß es im Editorial der New York Times vom 17.5.1997: "Chile has some tough environmental laws but, as in other Latin nations, they are not well enforced in part because of the desire for growth."

Würden die genannten Strukturelemente der chilenischen Umweltpolitik koordiniert und zielgerichtet genutzt, bestünde die Chance zur Abkehr von der bisherigen rigorosen Marktwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und damit auch zum Versuch, die "doppelte Dividende" zu gewinnen. Die Praxis zeigt allerdings, dass die politische und wirtschaftliche Elite Chiles dafür den notwendigen Handlungswillen nicht nur nicht erkennen lässt, sondern dessen Anwendung bewusst unterläuft (Römpczyk 1994).

2. Umweltpolitische Realitäten in Chile

Seinen selbsterklärten Modell-Charakter verliert Chile vor allem, weil es bei seinen durchaus interessanten und wichtigen Modernisierungsschritten allein auf die Sektoren Produktivkapital und Finanzkapital setzte und in seinem Modernisierungsprozess nicht die Interessen anderer gesellschaftlicher Sektoren in gleicher Weise berücksichtigte (lohnabhängige Arbeitnehmer/Innen, Selbstbeschäftigte, Träger der öffentlichen Bildungsarbeit und Forschung, Kleinunternehmer, Landarbeiter, Indigene). Neben der dramatischen sozialen Spaltung der Gesellschaft (Fazio 1997; Deutsche Botschaft Santiago 1997) ist heute der fehlende politische Wille zu einem *Re-engineering* des Entwicklungsweges auf der Grundlage von Nachhaltigkeit die entscheidende Systemschwäche des Landes.

Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Kontext, vom *Community*-Charakter, von der Ressourcen-Ausstattung, den politischen Rahmenbedingungen, den

individuell und kollektiv erworbenen Fähigkeiten auszugehen und das politische Design für Stadtentwicklung, für Industriepolitik, für landwirtschaftliche Produktionsprozesse und für soziale Sicherung zu betreiben sowie sich als kulturell und räumlich definierte Gesellschaft nicht den Interessen der TRIADE-Staaten unter dem Stichwort Globalisierung unbesehen zu unterwerfen (Altvater/Mahnkopf 1996). Wie schwach das Kriterium Nachhaltigkeit in der chilenischen Umweltpolitik entwickelt ist und wie obsolet die umweltpolitischen Instrumente erscheinen, sollen einige wenige Beispiele verdeutlichen:

2.1 Frauen bezahlen die Agro-Modernisierung

Der Obstexport gehört zu den erfolgreichen nicht-traditionellen Außenwirtschaftssektoren. Auf chilenischen Plantagen und in Gewächshäusern werden heute (vielfach mit US-Investitionen) Weintrauben, Walnüsse, Zitrusfrüchte, Nektarinen, Pfirsiche, Pflaumen, Aprikosen, Äpfel produziert. Mehr als die Hälfte aller Obstexporte gehen in die USA. Sie unterliegen strengen phytosanitären Import-Bestimmungen. Infolge dessen werden die chilenischen Exporte in hohen Dosierungen mit Pestiziden behandelt, damit die sensiblen nordamerikanischen Monokulturen nicht versehentlich gefährdet werden. Ein besonders gern eingesetztes Pestizid ist das auch in anderen Ländern immer noch benutzte Methylbromid. Dieser Gifteinsatz müsste durch die COREMAs der Obstbauregionen (V., VI., VII., VIII. Region) und durch CONAMA besonders sorgfältig mittels UVP kontrolliert werden. Da dem nicht so ist, und erleichtert durch die von der Weltbank angesprochene katalytische Wirkung von Armut, führt das ineffiziente System CONAMA bei den unqualifizierten (armen) Landarbeiterinnen zu extremer Gesundheitsbelastung. Denn

- Methylbromid wird als chemische Waffe gegen Bodenmikroben vor der Aussaat aufgebracht, gegen Pilze etc. in Lagerhäusern versprüht und zum Begasen von Obst und Gemüse (Haltbarkeit) eingesetzt.
- Methylbromid ist ein extrem gesundheitsschädliches Gift, weil es das zentrale Nervensystem und die Atmungsorgane angreift. Bei hohen Dosierungen ist es vor allem in Dritte-Welt-Ländern schon zu zahlreichen Todesfällen gekommen.
- Methylbromid wirkt beim Menschen als Langzeitgift.
- Methylbromid ist als Chlorgas außerdem ein starker Ozon-Killer.

Den Nachweis hatte zunächst eine Ärztin in der Obstregion Rancagua (70 km südlich von Santiago) erbracht. Sie hatte in ihren Reihenuntersuchungen auffällige Häufungen an geistigen und körperlichen Missbildungen bei Neugeborenen festgestellt. Die Untersuchungen ergaben eine intensive Beziehung zwischen der Tätigkeit als Saisonarbeiterinnen und den Missbildungen der Föten oder Babys (Mella 1990). Die wichtigste Erklärung lag in der hohen Belastung besonders mit Methylbromid, das im Frühjahr und Sommer in den Obstplantagen ausgebracht wird, gegen das die Frauen und Männer in den Obstplantagen nicht geschützt werden; das über die Haut in den Körper eindringt; das sich auf die Nahrungsmittel legt; das in den Kleidern steckt und das mangels vorhandener Sanitäreinrichtungen auf den Feldern auch nicht schnell wieder von der Haut abzuwaschen ist.

Nach der Ernte und vor der endgültigen Verpackung werden die Kisten mit dem Exportobst in große gasgefüllte Hallen geschoben, um alle unerwünschten Keime abzutöten und so die US- bzw. auch EU-Qualitätsstandards zu erfüllen. Wiederum wird das Chlorgas Methylbromid eingesetzt, das für den Menschen tödlich sein kann und in jedem Fall schon bei geringeren Dosierungen verändernd auf das Nervensystem und die Zellstrukturen wirkt und genetische Deformationen bewirkt, wie in Rancagua festgestellt wurde.

Es geht in diesem Beispiel nicht nur um die Ineffizienz des Systems CONAMA. Eine wichtige Rolle spielt auch die nationale und die internationale Agro- und Chemie-Unternehmer-Lobby (Dole, Shell, BASF, Bayer, ICI etc.), die in voller Kenntnis der Auswirkungen, aber unter Ausnutzung der Implementierungsdefizite von CONAMA, handeln.

Möglicherweise geht in näherer Zukunft von den NAFTA-Mitgliedsstaaten politischer Druck auf die chilenische Regierung aus, die Modernisierung ihrer Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu organisieren, d.h. unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Kriterien. Das wäre zumindest von nordamerikanischer Seite her denkbar, wenn in Kalifornien Angst vor Öko-Dumping gegenüber chilenischen Agrarprodukten entsteht und die chilenischen Produzenten dieser kalifornischen Angst Rechnung tragen müssen. Weniger von dieser Art Druck ist dagegen in den nächsten Jahren vom Handelsbündnis *Mercosur* zu erwarten, wo bisher weder Nachhaltigkeit noch Sozialklauseln als prioritäres Thema betrachtet werden.

2.2 Chiles Forstpolitik

Die FAO schätzt die Flächen mit Naturwald in Chile auf insgesamt 7,6 Mio. ha. Heute erstrecken sich die größten zusammenhängenden Waldgebiete zwischen der IX. und der XII. Region, also dem extremen Süden Chiles. Die Forstwirtschaft konzentriert sich vorwiegend auf die Ausholzung der Naturwälder und auf deren partielle Substitution durch schnellwachsende Holzplantagen. Diese betragen heute rd. 2 Mio. ha. Die Grundlage dafür hatte das Gesetz 701 der Militärregierung von 1974 geschaffen, das bis heute gültig ist und das gezielt zum Einschlag und zum Abbrennen der Primärwälder anregt. Denn Aufforstungsprogramme für Eukalyptus und Kiefern werden real mit deutlich über 75% der Kosten subventioniert, und zwar sowohl für die Setzlinge, die Bewirtschaftung von Schonungen und die jährlichen Unterhaltskosten zur Pflege des Jungwaldes, bis die Stämme entweder einen Durchmesser von 30 cm oder eine durchschnittliche Höhe von 13 m aufweisen.

Die daraus sich ergebenden positiven Effekte bestehen in einer Verbreiterung der chilenischen Exportpalette mit "nicht-traditionellen Produkten". Denn sowohl die Naturwaldhölzer als auch die Produkte der Holzplantagen gehen in erster Linie in den Export. Dessen wichtigste Aufnahmemärkte sind Japan, Belgien, die BRD, Südkorea und die USA. Positiv kann auch das verstärkte Interesse an Auslandsinvestitionen im Forstsektor bewertet werden. Nach ersten fehlgeschlagenen Versuchen Ende der siebziger Jahre haben sich ausländische Unternehmen ab 1986 sehr massiv in der Holzexploitation und -ausfuhr engagiert. Besonders eifrig sind japanische Konzerne, nachdem ihr Raubbau an den tropischen Regenwäldern Südostasiens dort massive ökologische Probleme erkennen ließ und diese sich durch die Waldbrände seit 1997 noch verschärften (Schübelin 1998).

Vor allem diese japanischen Konzerne haben seit Ende der siebziger Jahre bis heute Primärwälder wahrscheinlich in der Größenordnung von über 100 Mio. Tonnen zu Holzchips (*astillas*) zerkleinert, zu Zellulose verarbeitet oder in hochwertiges Computerpapier verwandelt. Insgesamt erreicht die Holzindustrie heute einen Jahresumsatz von rd. 2,5 Mrd. Dollar. Aber damit ist die Schwelle der positiven Effekte auch schon überschritten.

Die negativen Effekte überwiegen: Denn Schätzungen sprechen z.Zt. von etwa 50.000 ha Wald, die durch den Raubbau jährlich vernichtet werden. Durch die beschleunigte Anwendung des Gesetzes 701 seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind allein in der Region von Valdivia (X. Region) real etwa 3,5 Mio. ha Naturwald durch die Holzkonzerne bedroht. Die Be-

drohung gewinnt zusätzlich an Gewicht, weil rd. 30% des Holzeinschlags mangels staatlicher Kontrollmöglichkeiten illegal erfolgt. Hierbei zeigen sich die COREMAs als Schwachpunkte im System CONAMA und die Holz-Lobby in den Beraterstäben als besonders durchsetzungsfähig.

2.3 Der Fall Trillium vor dem Hintergrund von M.A.I.

80% aller Naturwälder in Chile sind heute Eigentum von Privatunternehmen. Daher ist es für die Nachhaltigkeitsdebatte entscheidend, wie diese Unternehmer sich verhalten. Am Beispiel der Firma Trillium (Sitz: Bellingham/Washington) lässt sich die kontroverse Diskussion verdeutlichen: Anfang 1998 hatte die COREMA der XII. Region (Feuerland) das so genannte Projekt Río Cóndor bewilligt und damit quer durch alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen heftige Proteste provoziert. Bei Río Cóndor handelt es sich um rd. 256.000 ha hochwertigen Naturwalds, der am Ende der Militärdiktatur vom Staat für 1 US\$ pro Hektar an den Konzern verkauft wurde, der heute Forestal Trillium Ltda. heißt. Zwischen 1990 und 1993 (also schon unter der Zivilregierung) hatte sich kanadisches, neuseeländisches und US-Kapital zur Bildung der heutigen Trillium zusammengeschlossen, um den riesigen Waldbesitz als Industrieprojekt zu entwickeln. Der Erwerb dieses Landes war von vornherein rechtlich fragwürdig und führte seit 1995 wiederholt zu heftigen öffentlichen Debatten, die von NGOs ebenso wie von einigen Spitzenpolitikern bis heute als nicht abgeschlossen angesehen wird. 1995 kam es zu einem Kompromiss mit der Regierung Aylwin in dem Sinne, dass Trillium im Nachhinein einen Hektarpreis von 3 US\$ akzeptierte, aber von seinen Investitionsplänen dennoch nicht Abstand nahm.

Trillium gab bekannt, unter dem Namen "Proyecto Río Cóndor" 150 Mio. US\$ in die Ausbeutung dieser Wälder zu investieren. Darin sind der Aufbau von Sägewerken, Anlagen zur Holztrocknung, Anlagen zur Energiegewinnung, ein eigener Flughafen, ein Exporthafen für das Holz und viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit enthalten, um Gegengewichte gegenüber einigen Medien und einer Reihe großer NGOs zu schaffen. Trillium hat z.B. einen offenen Brief verbreiten lassen, in dem es u.a. heißt, "die chilenische Öffentlichkeit kann darauf vertrauen, dass unsere forstwirtschaftlichen Aktivitäten in Feuerland voller Respekt für die Umwelt und mit allen erforderlichen Schutzmaßnahmen durchgeführt werden". Die kritische Öffentlichkeit hätte – anders als die Regierung – allerdings lieber eine klassifizierte Umweltverträglichkeitsprüfung für "Río Cóndor" gesehen. Das System CONA-

MA belässt es jedoch bei der einfachen Form der UVP, der Selbsterklärung und hat Inspektionen in 3-4-monatigem Abstand angekündigt. Genau diese lasche Anwendung der UVP-Richtlinien bezeichnete der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei PPD, der Unternehmer und Senator Sergio Bitar, als klares Vergehen gegen das Umweltgesetz 19.300 (*ilegalidad*). Und er brandmarkte die Schwäche und politische Insensibilität des Systems CONAMA, weil die internationale Wahrnehmung dieser Vorgänge eine Belastung für den chilenischen Holzsektor insgesamt darstellt (*La Epoca* 1998). Dass sich wegen der im System CONAMA unverständenen umweltpolitischen Notwendigkeiten außenwirtschaftlicher Druck entwickeln kann, zeigten in Deutschland die Forderungen nach Holzzertifizierung und die Akzeptanz des *social and ecological labelling* durch die Baummarktketten und sogar durch Tschibo, die 1997 und 1998 relativ schnell von ihren Tropenholzprodukten Abstand genommen hatten, weil es dafür in der Bevölkerung nicht mehr genügend Akzeptanz gab (*TAZ* vom 23./24.5.1998).

Für Chiles Naturwälder kann sich Ähnliches ergeben, denn der inzwischen international geschätzte Hartholzbaum Lenga ersetzte auf den internationalen Märkten erfolgreich die rar gewordene Schwarzkirsche. Lenga wächst in Chile auf rd. 800.000 ha, davon liegen rd. 450.000 ha in den subarktischen Südprouvinzen. In diesen rauen Zonen beträgt die Spanne bis zum ausgewachsenen Baum 120 Jahre (Rotations-Zyklus). Ein Holzeinschlag unterhalb dieser Zeitspanne ist nicht nachhaltig. Der Baum selber wird ohne Fremdeinwirkung leicht 500 Jahre alt. Für Trillium ist Lenga ein wichtiges Produkt.

Was Politiker wie Bitar oder die wichtigsten Umwelt-NGOs in Chile (u.a. CODEFF, RENACE, IEP, TERRAM) derzeit noch zu wenig berücksichtigen, ist die zwangsläufige Steigerung der umweltpolitischen Ineffizienz von CONAMA durch bestimmte Effekte einiger Globalisierungspolitiken. Dazu gehören insbesondere die Grundpositionen des M.A.I. (*Multilateral Agreement on Investment*) (Komitee Widerstand gegen das M.A.I. 1998): Wenn die OECD sich mit ihrem M.A.I.-Vorschlag durchsetzen sollte, erfährt die schon in der chilenischen Verfassung angelegte Priorisierung der wirtschaftspolitischen vor den umweltpolitischen Zielen eine gewaltige Unterstützung. Große Auslandsinvestoren wie Trillium werden keine aufwendige Überzeugungsarbeit in den chilenischen Medien mehr betreiben, sondern ihr Investoren-Recht vor chilenischen Gerichten oder vor der Schiedsstelle der WTO einklagen (Gunder-Frank/Galtung/Wallerstein/Raghavan 1993).

Auch in anderer Form wird diese chilenische Forstpolitik international unterstützt, nämlich durch das fragwürdige Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Kyoto. Im Protokoll von Kyoto wird keine Definition für "Wald" angeboten. Das erleichtert es Ländern wie Chile, die Abgas-Reduktionsziele dadurch zu umgehen, dass sie ihren wertvollen Naturwald roden, anschließend wieder neue Bäume anpflanzen und sich das Ergebnis nach zehn Jahren als sogenannte CO₂-Senke anrechnen lassen können.

Was die Kritiker der aktuellen Forstpolitik in Chile ebenfalls zu wenig berücksichtigen, ist die Expansion der Holz- und Papierunternehmen aus Chile heraus und hinüber nach Argentinien, Brasilien, Bolivien. Diese Investitionsverschiebungen hängen mit dem Expansionsbedarf der Holzproduzenten zusammen, für den sich in Chile allmählich Grenzen zeigen, die mit Umweltpolitik allerdings nichts zu tun haben. In Chile lassen sich im Durchschnitt nur noch etwa 40 ha zusammenhängende (Forst-)Flächen kaufen, im Norden Argentiniens dagegen 1.000 ha. In Chile handelt es sich bei solchem Neuland häufig um vergleichsweise teures Agrar- oder Weideland, was zur Anpflanzung besserer Holzsorten zwingt, um überhaupt eine Rendite zu sichern.

Unternehmen	Flächen in Chile Eukalyptus + Kiefern (in ha)	neue Flächen in Argentinien (auch durch Übernahme argentinischer Holz- oder Papierfabriken) in ha
COPEC (Öl)	500.000	30.000
CMPC (Papier)	258.000	35.000
MASISA (Holz)		10.000, bzw. 65.000 (bis zum Jahr 2007)

In Argentinien kann wegen des subtropischen Klimas etwa in der Provinz Misiones ohne Probleme Eukalyptus gepflanzt werden, der dort nicht erfriert, was aber in Chiles Süden leicht passieren kann. Noch bewirtschaften die großen Holzfirmen riesige Plantagen in Chile, aber mit den Neuinvestitionen jenseits der Grenze verschärft sich der Druck auf die chilenischen Umweltstandards, die auch in den Augen der Regierung nicht zum Standortnachteil für Chile werden dürfen. Erforderlich ist daher sowohl für umweltbewusste Politiker wie für die Organisationen der Zivilgesellschaft, an den Grundlagen einer MERCOSUR-Umweltpolitik zu arbeiten, um den Unternehmen nicht die Chance für Opportunitätsinvestitionen im Nachbarland zu bieten, die zu Lasten einer nachhaltigen Entwicklung der Region oder einzelner CONO SUR-Länder gehen.

Die zukunftsweisenden umweltpolitischen Themen liegen heute in einem Land wie Chile in zwei weiteren Bereichen, die sich eng an das Thema Forstwirtschaft anschließen, nämlich zum einen dem Komplex Biopolitik (Forstwirtschaft – Ressourcenschutz – Landwirtschaft – Biotechnologien – geistige Eigentumsrechte), ein Komplex, dessen Einzelelemente auf das Engste politisch, wirtschaftlich und technologisch sowohl national wie international miteinander verknüpft sind und dem in Chile lediglich das schwach gehaltene System CONAMA gegenübersteht; und zum anderen die Aufstellung einer ökologisch-sozialen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, welche die externalisierten Kosten und den Umweltraum mit einbezieht.

2.4 Der Komplex Biopolitik – Umweltpolitik

Die sozial und ökologisch nicht akzeptable Forstpolitik Chiles ist von derselben genetischen Verarmung begleitet, die bisher allenfalls in tropischen Ländern eine gewisse Aufmerksamkeit findet. Chile ist an agro-forstlicher Artenvielfalt zwar nicht so reich wie die tropischen "Nachbarn" Brasilien und Kolumbien. Aber auch Chile liegt mit der Vielzahl seiner Pflanzenarten global gesehen in der oberen Hälfte aller Staaten. Besonders die subantarktischen Naturwälder liegen zu 45% in Chile und sind Teil dieses Reichtums. An dem Genmaterial dieser Pflanzen ist die internationale Pharmaindustrie immer stärker systematisch interessiert. Der Fachverband "Pharmaceutical Research and Manufacturers of America" geht davon aus, dass die amerikanische Biotechnikindustrie 1995 fast 13 Mrd. US\$ umgesetzt hat. Heute entfällt wohl die Hälfte der weltweit rund 60 Mrd. US\$ Umsatz mit biotechnischen Pharmaprodukten auf US-Unternehmen. Die US-Industrie-Lobby hat nicht nur erfolgreich an dem zuvor erwähnten M.A.I.-Vorschlag mitgearbeitet, sondern die gültigen Regeln des internationalen Patentrechts auf geistiges Eigentum – die TRIPs – als strategischen Bestandteil der WTO mit abgesichert (Römpczyk 1998).

In Chile ist seit längerem eine Diskussion über den politisch bewussten Umgang mit den Ressourcen des nationalen Umweltraums aufgebrochen, weil die internationale Debatte über die Zugangsrechte zur Biodiversität eines Landes und deren Vermarktung (TRIPs) nicht mehr nur in Indien oder Brasilien oder Kolumbien kritisch geführt wird, sondern jetzt auch die Anden überschritten hat. Dabei wird eine nationale Biopolitik als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung gefordert. Zu diesen Forderungen gehören im Einzelnen

- die Anlage eines Katasters für die traditionellen Kulturpflanzen,
- genauer Aufschluss über die natürliche Krankheitsresistenz bei Pflanzen,
- die Nutzung des traditionellen Phytoplasma zur genetischen Verbesserung angebaute Kulturen,
- der Schutz und die Weiterentwicklung der Wildformen und der Anbaumethoden der lokalen Bevölkerung.

Entscheidend für die Durchsetzung solcher Forderungen, die auch die FAO vertritt, ist allerdings eine aktive Rolle des Staates bei der Unterstützung der *Best-Practice*-Erfahrungen auf lokaler und regionaler Ebene, wie sie derzeit in einigen Dritte-Welt-Ländern umgesetzt werden (World Resources Institute 1997).

Für die effektive Umsetzung einer Artenschutzpolitik in den Regionen, in denen Chile noch über Naturwälder verfügt, müsste die Regierung zunächst den Widerstand der Großgrundbesitzer in Süd-Chile überwinden (in den walddreichen Regionen befindet sich 98% des Landes in Großgrundbesitz von mehr als 500 ha). Da die Regierung aber auf Deregulierung setzt und auf Mesopolitiken verzichtet, interveniert sie weder bei den ausländischen Holzkonzernen noch bei den Großgrundbesitzern (Messner 1995).

CONAMA hat dazu zwar einen "Vorschlag für einen Nationalen Aktionsplan zur Biodiversität in Chile" vorgelegt. Auch sind die beiden genetisch besonders wertvollen Baumarten Araukarie und Alerce gesetzlich geschützt. Aber weder bei den UVP-Prüfungen der COREMAs noch beim Holzhandel noch in der Alltagsarbeit der Forstbehörde CONAF spielt dieser legale Schutz eine praktische Rolle. Das zeigt sich an zahlreichen Projekten im Süden Chiles, die zwar kleiner, aber ähnlich gelagert sind, wie Trillium oder auch an dem größten Staudammprojekt Pangué im Gebiet der Mapuche-Völker am oberen BíoBío, der Lebensader des südlichen Chile. Um den Erhalt der genetisch wichtigen Pflanzen scheint nur die waldwissenschaftliche Forschungsabteilung der Universität von Chile (Silvicultura) bemüht zu sein.

2.5 Eine volkswirtschaftliche Umweltbilanz

Eine der wichtigsten Mesopolitiken zur Durchsetzung nachhaltiger Entwicklung dürfte eine Ökobilanzierung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sein. 1992 und 1993 hatte das Statistische Amt der Vereinten Nationen erste Arbeiten zu diesem Bereich veröffentlicht (Statistical Office of the United Nations 1992). Das interessante an dieser Form der Bilanzierung

rung ist die Tatsache, dass sie monetarisierte und nicht-monetarisierte Wertangaben enthalten kann. Die Angaben können also quantitativer Natur wie auch qualitativer Natur sein. Diesen Ansatz der Öko-Bilanzierung hat auch die Weltbank in der Absicht übernommen, ausreichend detaillierte Informationen über die Kosten des vorbeugenden Umweltschutzes und über die eingesetzten Mittel zur Umweltreparatur sowie über die festzustellenden Umweltschäden und die makroökonomischen Auswirkungen auf die Umwelt zu erhalten.

Nachhaltige Entwicklung kann eigentlich gar nicht ohne dieses Korrektiv der bisherigen Bilanzierung wirtschaftlicher Leistungen geplant und kontrolliert werden. Folglich hat auch das Statistische Amt der UN den eigenen Ansatz inzwischen weiterentwickelt und spricht heute von einem "System der Integrierten Wirtschaftlichen und Ökologischen Rechnungsführung" (*System of Economic and Ecologic Accounting*, SEEA) (Bartelmus/Lutz/Schweinfest 1993). Als konkrete Ziele von SEEA können festgehalten werden

- die Erfassung des ökologischen Kapitalstocks und der so genannten defensiven Ausgaben der Gesellschaft, um sich gegen negative Umwelteinflüsse durch den Wirtschaftsprozess zu schützen,
- die Bilanz der physischen Ressourcen des Natur-Stocks als Gegengewicht zu den monetarisierten Kostenrechnungen innerhalb des SEEA,
- die Erweiterung der traditionellen Kostenerfassung über die Variablen Erschöpfung und Qualitätsminderung des Natur-Stocks,
- die Einrichtung eines Instrumentariums zur ökologischen und ökonomischen Rechnungsführung, in die ein erweitertes Verständnis von Abschreibung des Naturkapitals eines Landes enthalten ist, und
- die Entwicklung von Indikatoren zur Messung des ökologischen Inlandsprodukts.

In Chile gab es bisher wichtige Initiativen in Richtung von SEEA, z.B. als die staatliche Zentralbank 1995 zum ersten Mal die Bilanzierung des ökologischen Kapitals bzw. die volkswirtschaftliche Bedeutung des Ökokapitals Primärwald (*Bosque Nativo*) in Angriff nahm. Sie errechnete dabei einen Ökokapitalverlust von bis zu 900.000 ha Primärwald über den Zeitraum 1985-94 (Banco Central de Chile 1995; Claude 1997). Wenn die beiden südlichsten Waldregionen mit den derzeit noch geringsten Holzeinschlägen unberücksichtigt bleiben, sind in den übrigen Waldregionen (VI. bis

X. Region) 40-60% des Primärwaldbestandes seit 1985 verloren gegangen. In ihrer Hochrechnung kommt die Zentralbank sogar zu dem tristen Ergebnis, dass bei einem angenommenen Einschlagszuwachs von 5% jährlich in rd. 20-25 Jahren aller Primärwald in Chile verschwunden sein wird, mit Ausnahme einiger gesetzlich geschützter Flächen in Nationalparks. Die agrotechnische Ursache für diese Entwicklung sieht die Zentralbank im so genannten *Floreo*, wonach systematisch die besten Bäume eingeschlagen werden und der Wald damit auch genetisch schnell degeneriert, ganz abgesehen von den Sekundärzerstörungen durch die Holzfäller, ihre Maschinen und den Wegebau im Wald. Während 1985 im Primärwald das Verhältnis guter Waldböden zu degenerierten 8:1 betrug, hatte sich dieses Verhältnis 1994 schon auf 5,3:1 verschlechtert. Die Zentralbank kommt zu dem Schluss, dass "in wirtschaftlichen Kategorien gedacht die gegenwärtige Form der Primärwalnutzung eine erhebliche Einnahmenminderung für die Volkswirtschaft darstellt".

Gegen die hier zusammengefassten Erkenntnisse hatte der Verband der Holzunternehmer CORMA sofort bei der Regierung interveniert und die erwartete *Lobby*-Arbeit geleistet, für die sich im konservativ besetzten Agrarministerium, das für die Waldpolitik zuständig ist, ebenso wie bei den rechten Oppositionsparteien unmittelbar Unterstützung fand. Die Studie wurde schnell unter Verschluss genommen und ist seither öffentlich nicht mehr zugänglich. Dabei hatte die Zentralbank sogar einige Punkte unberücksichtigt gelassen, wie etwa die Sicherung der Artenvielfalt, die von der chilenischen Regierung bei der Rio-Konferenz (1992) ebenso zugesagt worden war wie bei der Nachhaltigkeitskonferenz aller amerikanischen Regierungen 1996 in Santa Cruz (Bolivien). Unberücksichtigt blieb auch die Lebenssicherung der angestammten Bevölkerung in den Waldregionen. Der enge Zusammenhang zwischen Erhalt der Artenvielfalt und Erhalt von Lebensraum für indigene Völker ist dabei kein ausgesprochen chilenisches Thema. Chile könnte allerdings mit einer klar definierten Politik einen wichtigen internationalen Beitrag zu diesem Thema leisten.

3. Bewertung

Die empirischen Beispiele machen deutlich, dass in Chile derzeit eine Allianz aus politischer Elite und nationalen plus internationalen Großinvestoren weder an der sozialen noch an der ökologischen Dividende interessiert ist. Diese Allianz führt vielmehr das Land wie einen Betrieb, der in jeder Fabrikhalle das Schild aushängt "Arbeiter, achte auf deine Gesundheit", aber

nicht den Produktionsprozess danach ausrichtet. Ein solches Schild zeigt an, dass eine grundsätzliche Sensibilität für ökologische und soziale Fragestellungen vorhanden ist. Aber nur, wenn sich solche Sensibilität auch zu regulierender Politik konkretisiert, indem die vorhandenen Politikelemente schnellstmöglich aufeinander bezogen und miteinander verknüpft werden, hat die chilenische Entwicklung noch eine Chance, ihrer bisherigen Modernisierung Modellcharakter für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung zu geben. Das erfordert breiten Handlungswillen aus der chilenischen Gesellschaft selbst heraus. Da, wo er schon jetzt erkennbar ist, sollte er von außen sowohl intellektuell wie auch politisch deutlich unterstützt werden. Dabei kommt der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungsinstitute ohne Zweifel eine wichtige Rolle zu.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar/Brunnengräber, Achim et al. (Hrsg.) (1997): *Vernetzt und verstrickt*. Münster.
- Altwater Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster.
- Bartelmus, Peter/Lutz, Ernst/Schweinfest, Stefan (1993): "Integrated Environmental Accounts. A Case Study for Papua New Guinea". In: World Bank (Hrsg.): *Towards Improved Accounting for the Environment*. Washington D.C.
- Banco Central de Chile (1995): *Proyecto de Cuentas Ambientales y Bosque Nativo*. Santiago.
- Claude, Marcel (1997): *Una vez más la Miseria. ¿Es Chile un país sustentable?* Santiago.
- Deutsche Botschaft Santiago (1997): *Der Sozialpolitische Halbjahresbericht Chile*. 2.10.
- Fazio, Hugo (1997): *Mapa actual de la extrema riqueza en Chile*. Santiago.
- Gunder-Frank, André/Galtung, Johan/Wallerstein, Immanuel/Raghavan, Chakravarthi (1993): *Overview of the Global Scene in Beyond National Sovereignty*. Ablex N.J.
- Komitee Widerstand gegen das M.A.I. (1998): *Der Gipfel der Globalisierung. Reader zum internationalen Kongreß*. Bonn: Universität Bonn, 25.4.
- La Epoca Internet/Chile, 2.2.1998.
- Mella, Victoria (1990): "Prevalencia malformaciones fetales congenitas – Hospital Regional Rancagua". In: *SOMA* Nr. 1.
- Messner, Dirk (1995): *Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung*. Berlin.
- Partridge William (o.J.): Beitrag auf der Worldbank Environment homepage (<<http://www-esd.worldbank.org/html/esd/env/themes/themes.htm>>).
- Römpczyk, Elmar (1994): *Chile – Modell auf Ton*. Bad Honnef.
- (1998): *Biopolitik – Der Reichtum des SÜDENS gegen Technik und Kapital des NORDENS*. Baden-Baden.
- Schübelin, Jürgen (1998): "Wem nützen Waldbrände?". In: *der überblick* 2/98, Hamburg.

Statistical Office of the United Nations (1992): *SNA. Draft Handbook on Integrated Environmental and Economic Accounting*. New York.

TAZ (1998): *Mit Öko-Schwindel auf du und du*, 23./24.5.

World Resources Institute (1997): *Biological Diversity Agenda 21*, Kap. 15, 13.-19. März.

IV

Wirtschaft

Claudio Maggi/Dirk Messner

**Chile – ein Modellfall?
Herausforderungen an der Schwelle
zum 21. Jahrhundert**

Nach 15 Jahren anhaltenden Wachstums der chilenischen Wirtschaft von durchschnittlich um die 7% jährlich musste 1999 zum ersten Mal seit 1982-1983 ein negatives Wachstum hingenommen werden. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosenquote drastisch zu und stieg in jenem Jahr auf einen zweistelligen Wert. Diese veränderte konjunkturelle Lage spiegelt die Zweifel wider, die zahlreiche Analytiker und gesellschaftliche Akteure schon seit geraumer Zeit bezüglich der realen Reichweite und Möglichkeiten des chilenischen Wachstumsmodells und seiner Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit anmelden.

Die Wirtschaftsgeschichte des Landes war während des größeren Teils der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeichnet von Ansichten und Strategien, die sich parallel zu politischen Erfahrungen entwickelten, die sich von stark ideologischen Überzeugungen nährten. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts endete zunächst ein Prozess der Institutionalisierung der Gesellschaftspolitik, der von einem deutlichen "Universalismus"¹ gekennzeichnet war und mit der Weiterführung der binnenmarktorientierten Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung zusammenfiel.

In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts führte die christdemokratische Regierung dann neue Reformen durch, die darauf abzielten, die Reichweite des "nach innen gerichteten" Entwicklungsmodells weiter zu erhöhen. Dazu gehörten eine Agrarreform, die Verstärkung des "Kooperativismus", die Selbstverwaltung sowie die Ausweitung des Wohlfahrtsstaats. Einige dieser Strategien wurden von der Regierung unter Salvador Allende vertieft, die sich insbesondere um eine Weiterführung der Agrarreformen, weitgehende Reformen des Sozialstaates (Gesundheits- und Bildungswesen) und eine aktive Beeinflussung der Märkte bemühte, um die Basis für eine egali-

¹ Der "universelle" Charakter spiegelte sich in der Tendenz wider, die gesamte Bevölkerung durch gesellschaftspolitische Maßnahmen erreichen zu wollen sowie durch eine relative Homogenität der bereitgestellten Dienstleistungen (Morales 1998).

täre Gesellschaft im Rahmen des kurzlebigen “chilenischen Wegs zum Sozialismus” zu schaffen.

All diese Erfahrungen fußten auf knappen Mehrheiten bei den Wahlen und brachten daher politische Spannungen mit sich. In dem Maß, wie die etablierten wirtschaftlichen Machtinhaber sich zunehmend bedroht fühlten, entfernten sich die politischen Standpunkte immer weiter von einander. Diese Entwicklung führte zu einer schweren Krise der Regierung und der demokratischen Institutionen, die schließlich mit dem Militärputsch vom 11. September 1973 endete.

Die Einrichtung des Militärregimes ging mit einer tiefgreifenden entwicklungsstrategischen Politikwende einher. Diese zielte in ihrer wirtschaftspolitischen Dimension darauf ab, der mehr als 30 Jahre alten Politik der “nach innen gerichteten” Entwicklung ein Ende zu setzen. Die radikale Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft unter dem Schutz einer autoritären Regierung, die kaum Möglichkeiten zu Verhandlungen unter den gesellschaftlichen Akteuren oder zum Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft bot, erzwangen eine profunde Veränderung der Produktionsstrukturen des Landes. Diese Entwicklung war zunächst gekennzeichnet von einer breiten “Deindustrialisierung” und später von einer verstärkten Ausfuhraktivität, von der in erster Linie die Rohstoffsektoren profitierten. Im Bereich der Gesellschaftspolitik reduzierten sich die Anstrengungen des Staates auf die Privatisierung des Großteils der staatlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge, des Gesundheitswesens und der Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur.

Es kann also durchaus gesagt werden, dass Chile in gewisser Weise in den vergangenen Jahrzehnten ein “Versuchslabor” für neue Wirtschaftsstrategien in Lateinamerika war. Die 1974 begonnene einseitige Liberalisierung, Privatisierung und Öffnung der Wirtschaft gab einen Vorgeschmack auf die Tendenzen, die sich in späteren Jahren in den meisten Ländern des Kontinents durchsetzen sollten. Es erscheint also keineswegs überraschend, dass das so genannte “chilenische Modell” ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts als beispielhafter Fall innerhalb des so genannten “Washingtoner Konsens” angesehen wurde. Die Absicht des hier vorliegenden Artikels besteht nun darin, die Vor- und Nachteile dieses chilenischen Entwicklungsmodells zu untersuchen, zu einem Zeitpunkt, an dem 25 Jahre seit der Einführung des neoliberalen Wachstumsmodells und zehn Jahre seit der Rückkehr zur Demokratie vergangen sind.

In den letzten zehn Jahren haben die Regierungen des Bündnisses der *Concertación* versucht, zwei schwierige Zielkonflikte zu managen: einerseits die Erfordernis, den Betrieben eine gewisse Kontinuität in Bezug auf wirtschaftliches Wachstum zu garantieren, basierend auf der Förderung der Privatinitiative, der Liberalisierung der Wirtschaft, der Öffnung gegenüber dem internationalen Handel sowie der entschiedenen Förderung des Exportsektors; und andererseits die Notwendigkeit, das von der Militärregierung geschaffene Vakuum in der Sozialpolitik auszufüllen durch Umverteilung der Einkommen, arbeitsbeschaffende Maßnahmen und eine systematische Modernisierung des Bildungs- und Gesundheitswesens, das über die Jahrzehnte vernachlässigt worden war.

Zehn Jahre nach der demokratischen Wende scheint das Pendel deutlich in Richtung des ersten Zielsystems auszuschlagen, was vor allem an den bemerkenswerten makroökonomischen Indikatoren der Zeit bis 1999 abzulesen ist: eine jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 7,9% für die Zeit von 1986 bis 1999, somit die höchste Wachstumsrate über zehn Jahre in der gesamten Wirtschaftsgeschichte Chiles des vergangenen Jahrhunderts. Auch die Zahlen für das Wachstum des Pro-Kopf-Produkts waren mit durchschnittlich 5,4% pro Jahr höher denn je. Sowohl die Investitionen als auch die Sparrücklagen haben ihren Anteil am Gesamtprodukt anhaltend erhöhen können und erreichten 1996 und 1997 Werte, die über 25% lagen. Die jährliche Inflation ging andererseits 1994 auf unter 10% zurück und lag 1999 sogar unter 5%.

Im Bereich des zweiten Zielsystems, dem der Sozialpolitik, ist die Situation anders. Trotz des Anstiegs der staatlichen Sozialausgaben und der deutlichen Verringerung der Zahl der in absoluter Armut lebenden Bürger ist nicht zu leugnen, dass Chile heute eine derjenigen Nationen ist, die die größten Ungleichheiten bezüglich der Verteilung des Einkommens aufweisen.

Die Deutlichkeit dieser Situation regt dazu an, die effektive Fähigkeit zur Schaffung von ökonomischem Fortschritt und sozialer Entwicklung zur zentralen Fragestellung in Bezug auf die Konsistenz, Legitimation und Nachhaltigkeit des chilenischen Entwicklungsmodells zu machen. Dabei sollten vor allem auch diejenigen Bevölkerungsgruppen beachtet werden, die von dem seit 1984 zu beobachtenden Wachstum der nationalen Wirtschaft vernachlässigt worden sind.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass diese Fähigkeit der Verbindung von Wachstums- und Sozialpolitik heute sehr stark eingeschränkt ist und die

gesellschaftliche Modernisierung eines neuen Impulses bedarf, der auf die Schaffung sozialen Kapitals abzielt.

Reformen in diese Richtung erscheinen jedoch als unwahrscheinlich im derzeitigen Rahmen des grundlegenden nationalen Konsenses, der im Kern die folgenden Aspekte enthält:

- die Orientierung in Richtung eines minimalen Staatsmodells, das von der Grundlage ausgeht, dass sämtliche nicht privaten Institutionen zwangsläufig schwach sind;
- die vorgefasste Meinung, dass das Privatunternehmen die unangefochtene und alleinige Hauptrolle bezüglich des wirtschaftlichen und sozialen Wachstums spielt;
- die Auffassung, dass der Markt nicht nur die Funktion der Zuteilung wirtschaftlicher Faktoren erfüllt, sondern weit darüber hinausgehend dazu in der Lage ist, soziale Probleme (Armut, Jugendarbeitslosigkeit, Umwelt) oder die Förderung anderer sozialer Bereiche (Kultur, Sport) eher zu lösen als jedes politische Programm;
- die Assimilation des normativen Paradigmas des *homo oeconomicus*, mit der Konsequenz, dass Kooperation, Methoden zur gemeinschaftlichen Problemlösung, gesellschaftliche Solidarität und die Organisation gemeinsamer Interessen (z.B. in Form der Gewerkschaften) als Ausdruck einer anachronistischen Mentalität angesehen werden.

Dieses einseitig am Markt orientierte Paradigma behindert die gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung in Chile.

Der hier vorliegende Artikel umreißt zunächst die Richtlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik während des Jahrzehnts der Koalitionsregierungen der *Concertación*, die von dem bereits erwähnten Sachzwang der Kombination von wirtschaftlicher Stabilität mit der Notwendigkeit, die enormen sozialen Disparitäten des Landes abzubauen, gekennzeichnet war. Danach wird das Muster der Wettbewerbsfähigkeit untersucht, das sich aus der Eingliederung der chilenischen Wirtschaft in die internationalen Märkte ergibt. An dritter Stelle stehen die Perspektiven des chilenischen Entwicklungsmodells und mögliche Fallstricke des derzeitigen Entwicklungspfades.

1. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der *Concertación* von 1990

Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm, mit dem die Koalitionsregierung am 11. März 1990 die Staatsgeschäfte übernahm, basierte auf drei Säulen: 1.) Kontinuität der makroökonomischen Politik, die sich an Stabilität, Öffnung, Liberalisierung und Förderung des Exports orientierte; 2.) Stärkung der sozialen Dimension der Marktpolitik mit dem Ziel, die “sozialen Schulden” der Militärdiktatur auszugleichen; 3.) Konzentration auf eine “zweite Phase der Exportorientierung” mittels wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die darauf zielten, die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von der Ausfuhr von Rohstoffen zu überwinden. Diese Kombination von Kontinuität und Veränderung spiegelt dreierlei Umstände wider: erstens einen gewissen wirtschaftlichen und sozialen Lernprozess sowie einen Perspektivenwechsel von Seiten der Handelnden; zweitens die real existierenden sozioökonomischen Kräfteverhältnisse in Chile; und drittens einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Flügeln der Regierungskoalition.

1.1 Lernprozesse und Perspektivenwechsel in der Wirtschaftspolitik

In den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts kritisierten führende Politiker der *Concertación* nicht nur die Radikalität der Marktorientierung der Militärdiktatur, sondern generell die Orientierung der Wirtschaftspolitik an der Marktwirtschaft und am Weltmarkt. Ab den neunziger Jahren setzte sich dann die Überzeugung durch, dass es keine Alternative zum Markt und zur Öffnung gibt. Daraufhin wurde dazu übergegangen, die soziale Dimension der Marktwirtschaft sowie die Notwendigkeit, die makroökonomische Politik mit aktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergänzen (“zweite Exportphase”), zu betonen (Bitar 1988; Foxley 1988; Muñoz 1989). Dieser Perspektivenwechsel fand zur selben Zeit statt wie der Wechsel im Paradigma der CEPAL (UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik), die sich von ihrer früheren Überzeugung der “Orientierung am einheimischen Markt und am Abbau der Importabhängigkeit” sowie des “Staates als Entwicklungsmotor” verabschiedete, um ein neues Konzept der Orientierung am Weltmarkt mit Wettbewerbsfähigkeit und Gerechtigkeit vorzustellen. Dieses neue Konzept der CEPAL wurde zu einer wichtigen Referenz des Teams, das sich mit der Formulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der *Concertación* beschäftigte (Mármora/Messner 1991).

Der erste Wirtschaftsminister der demokratischen Koalitionsregierung, Carlos Ominami (1989), betonte die Übereinstimmungen zwischen seiner Regierung und der CEPAL im Rahmen seines Kommentars zu Kontinuität und Erneuerung in der Wirtschaftspolitik kurz vor der Regierungsübernahme:

- Die Öffnung der chilenischen Wirtschaft zum Weltmarkt seit 1973/74 setzte Produktions- und Wachstumspotentiale frei und stellte den einzigen Weg zur Überwindung der Krise dar, die die am Binnenmarkt orientierte Politik der Importsubstitution durchlief;
- das Privatunternehmen bleibe der wichtigste Antrieb für die Entwicklung des Landes mit einer Orientierung in Richtung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit;
- Grundlage der Wirtschaftspolitik der demokratischen Regierung sei das Ziel der makroökonomischen Stabilität (solide Haushaltspolitik, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Geldwertstabilität).

Andererseits zählte Ominami gleichzeitig die Einschränkungen des neo-liberalen Kurses der achtziger Jahre auf:

- die Abhängigkeit vom Export einiger weniger Produkte mit einem geringen Grad an Verarbeitung;
- die Integration Chiles in Bereiche des Welthandels mit geringer Dynamik, was am Rückgang des Anteils des Landes am Weltexport von 0,44% (1970) auf 0,22% (1987) abzulesen sei, trotz der hohen Dynamik der chilenischen Wirtschaft ab den siebziger Jahren;
- die anhaltende starke Abhängigkeit vom Kupferexport;
- die Konzentration der Ausfuhraktivitäten auf einige wenige Exportfirmen;
- der geringe Anstieg der Reallöhne im Vergleich zum starken Wachstum der Wirtschaft in den achtziger Jahren.

Die Existenz dieser Einschränkungen brachten Ominami dazu, die Förderung einer "zweiten Exportphase" zu fordern, wobei auf Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit zu achten sei sowie auf die Förderung einer sich auf Technologie stützenden Entwicklung.

1.2 Wechselbeziehungen der gesellschaftlichen Kräfte

Der Regierung war es besonders wichtig, von Anfang an das Vertrauen der Unternehmerschaft zu gewinnen, um die Kontinuität in Bezug auf Investitionen und Wachstum sicherzustellen. Dieses Vertrauen zwischen Regierung und Unternehmerschaft herzustellen, war allerdings keine leicht zu bewältigende Aufgabe. Die chilenische Rechte bezichtigte die neue Regierung und den "Sozialisten" Ominami des linksgerichteten Populismus und ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik der fehlenden Seriosität. Die Unternehmerschaft selbst stellte zwar keine aktive und organisierte Opposition gegenüber der Regierung dar, aber am Ende waren es vor allem die großen Unternehmerverbände, die sich bei der Volksbefragung anlässlich der Kontinuität oder des Endes der Diktatur deutlich für das Verbleiben Pinochets an der Macht aussprachen. Die Drehachse der dogmatischen Mentalität dieser Gruppe bestand in der Ideologie des Marktes im Sinne der *Chicago Boys*. Angesichts dieser Umstände sah sich die junge Regierung gezwungen, während der Übergangszeit zur Demokratie die Aspekte der Kontinuität innerhalb ihrer Wirtschaftspolitik zu betonen. Der verbleibende Handlungsspielraum zum Durchsetzen von politischen Maßnahmen mit großer Reichweite oder zur Förderung von technologischen und industriellen Erneuerungen zum Zwecke der Stimulation eines intensiven Wachstums – eben jene Maßnahmen, die von neoliberalen Ideologen als "interventionistisch" und "marktverzerrend" verurteilt wurden –, war von Beginn an äußerst reduziert, denn die Regierung wollte die angespannten Beziehungen zu den Unternehmern nicht überstrapazieren.

Zugleich übten die durch die Diktatur sehr stark geschwächten Gewerkschaften und andere soziale gesellschaftliche Gruppen einen wieder stärker werdenden Druck auf die Regierung aus, um so schnell wie möglich eine Lösung für die problematische Situation der sozialen Ungerechtigkeit zu erreichen. Gegenüber diesen "Verlierern" des Wirtschaftsmodells versuchte die Regierung die soziale Dimension ihres neuen Programms in den Vordergrund zu rücken, auch wenn der reale Handlungsspielraum äußerst reduziert war. So gesehen stellte das gemäßigte politische Programm der demokratischen Regierung also nicht nur ein neues Paradigma dar, sondern reflektierte gleichzeitig auch ein politisches Dilemma, das die Regierung zwischen zwei Stühlen sitzen ließ angesichts der Notwendigkeit, so unterschiedliche Akteure zufrieden zu stellen, wie einerseits die Unternehmer sowie andererseits die Gewerkschaften und die vernachlässigten Gruppen der Gesellschaft. Die Grenzen zwischen dem entwicklungsstrategischen Denken (Stärkung der

sozialen Dimensionen der Marktwirtschaft als Ressource der Produktivität) und dem pragmatischen Kompromiss (Marktwirtschaft und Liberalismus für die Unternehmer – Gerechtigkeit für die Gewerkschaften und die “Verlierer” des neoliberalen Modells) waren fließend.

1.3 Kompromisse innerhalb der Concertación

Die Umriss des wirtschaftspolitischen Programms der Regierung verdeckten die unterschiedlichen Orientierungen innerhalb der Koalitionsregierung. Die Konflikte zwischen denjenigen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung als Korrekturmaßnahmen gegenüber der neoliberalen Marktwirtschaft einsetzten (z.B. die Sozialistische Partei), und denjenigen, die in einer erfolgreichen Politik des wirtschaftlichen Wachstums bereits eine erfolgreiche Sozialpolitik sahen, sowie die Kontroverse zwischen den reinen Makroökonomern einerseits und den Verfechtern einer aktiven Wirtschaftspolitik und Förderern einer systemischen Wettbewerbsfähigkeit andererseits (Ominami 1989; Muñoz 1989), wurden nicht offen ausgetragen. Vielmehr lösten sie sich in der oben angedeuteten wirtschafts- und sozialpolitischen Formel auf.

Das wirtschafts- und sozialpolitische Projekt ruhte auf vier Kompromissen, auf die sich Regierung, Unternehmerschaft und die – sowohl politisch als auch institutionell – geschwächten Gewerkschaften einigen konnten:

- Das Ziel der Wirtschaftspolitik besteht in einem starken Wachstum mit dem Ziel, die Beschäftigungslage zu stabilisieren und die Armut zu verringern.
- Der Anstieg der Produktivität der Arbeit durch Investitionen im Personalbereich verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und schafft die Voraussetzungen für den Anstieg der Reallöhne.
- Das Problem der Ungerechtigkeit muss in erster Linie mit politischen Maßnahmen zur Erreichung der Chancengleichheit auf gesellschaftlicher Ebene bekämpft werden (ohne weitreichende Umverteilung bzw. Korrektur des großen Gefälles bei der Einkommensverteilung).
- Die sozialen Ausgaben müssen in die Richtung des Kampfes gegen die schlimmste Armut gelenkt werden, wobei einem integrierten Ansatz gefolgt werden soll, der Aspekte der Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und des Wohnungsbaus in sich vereint.

Mit diesem Kompromisspaket setzte die Regierung auf *win-win*-Konstellationen (intensives Wachstum – vom Markt bewirkte sozialpolitische Auswirkungen; Anstieg der Produktivität der Arbeit – reale Handlungsspielräume zur Erhöhung der Löhne, etc.) unter Ausschluss der kontroversen Themen der Umverteilung, der aktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Schaffung von nationalen Wettbewerbsvorteilen, der neuen Rolle des Staates jenseits des orthodoxen Neoliberalismus und der ungleichen Beziehung zwischen den Unternehmerverbänden und den anderen gesellschaftlichen Gruppen. Die zurückblickende Betrachtung der folgenden Abschnitte wird den nicht anzuzweifelnden Erfolg dieser strategischen Orientierung deutlich machen. Das starke Wachstum, das die Wirtschaft in den neunziger Jahren verzeichnen konnte, ist ein deutliches Zeichen für das erfolgreiche Nutzen der *win-win*-Konstellationen, auf denen das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der Regierung aufbaute. Aber der Erfolg hatte auch seinen Preis: Die erwähnten polemischen Themen warten bis heute auf eine Lösung. Anstatt zumindest erst einmal deutlich identifiziert zu werden, bleiben sie nach wie vor versteckt und tragen so dazu bei, dass das Profil der *Concertación* immer undeutlicher wird. Gleichzeitig kommt hinzu, dass im Verlauf der neunziger Jahre die *win-win*-Konstellationen mit der Zeit immer unwirksamer wurden, was dazu führt, dass neue Richtungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschlagen werden müssen, denn ein starkes Wirtschaftswachstum und eine auf Stabilität ausgerichtete makroökonomische Politik allein reichen Anfang der neuen Dekade nicht mehr aus, um die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen dauerhaft erfolgreich in den Griff zu bekommen.

2. Die Exportorientierung des Wirtschaftsmodells

Mit einer Exportbilanz von insgesamt über 20 Milliarden US\$ in Gütern und Dienstleistungen repräsentierte der Bereich der Ausfuhr 1999 etwas über 30% des chilenischen Bruttosozialprodukts. Mehr als 5.800 Firmen exportierten 3.770 verschiedene Produkte in 180 Empfangsländer. Der Wert der chilenischen Exporte verfünffachte sich zwischen 1985 bis 1997. Im Vergleich zu den anderen Ländern Lateinamerikas konnte Chile in dieser Zeit den höchsten Anstieg bezüglich des Exportvolumens verbuchen. Dieser deutliche Zuwachs hat seine Ursache in den Reformen, die nach 1974 Schluss machten mit der Politik der überbordenden Staatsintervention basierend auf dem Modell der Importsubstitution, die über 30 Jahre lang die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmt hatte. Das zu Beginn der Militärregie-

rung eingeführte neoliberale Modell brachte eine einseitige Öffnung der nationalen Wirtschaft mit sich und beseitigte die protektionistischen Schranken, die bis dahin vor allem die chilenische Industrie begünstigten. Nach diesem radikalen Umbruch sind innerhalb des Prozesses der Öffnung der chilenischen Wirtschaft drei Phasen zu unterscheiden.

Die erste Phase von 1976 bis 1981 ist gekennzeichnet von der Reduzierung der Zolltarife auf einheitliche 10%, was zusammen mit der starken Aufwertung des Pesos, der Liberalisierung des einheimischen Marktes und vor dem Hintergrund der autoritären Regierung, die jede Form der Verhandlung unter den Sozialpartnern verhinderte, einen starken Prozess der “Deindustrialisierung” in Gang setzte: Zwischen 1977 und 1983 schlossen über 3.000 Industriebetriebe und es fand eine bedeutende Umschichtung der Ressourcen innerhalb des Produktionsapparates statt (Castillo 1994).

Diese erste Phase endete mit der Rezession der Jahre 1981 und 1982, die durch eine hohe Auslandsverschuldung, vor allem des privaten Sektors, sowie eine sehr niedrige Investitionsquote verursacht wurde. In Verbindung mit dem hohen internationalen Zinsniveau bremsten diese Faktoren den Fluss ausländischen Kapitals nach Chile und führten zu einem extremen Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz, was wiederum eine schwere Krise im gesamten Finanzsystem des Landes auslöste und 1982 einen Rückgang des Landesproduktes um mehr als 14% bewirkte.

Das Militärregime versuchte daraufhin die Krise durch eine Erhöhung der Zolltarife von 10 auf 26% (in besonderen Fällen auf 35%) sowie durch weitere Kurskorrekturen in der Wirtschaftspolitik in den Griff zu bekommen. Diese Veränderungen zielten vor allem auf die Stimulation der Exporte mittels einer Reihe von Maßnahmen (Festsetzung eines hohen Wechselkurses, steuerliche Anreize, direkte Subventionen für den Exportbereich). Ende 1982 wurde darüber hinaus eine staatliche Behörde zur Förderung der Exporte gegründet: ProChile.

Die dritte und letzte Phase umfasst die Jahre nach 1991. In dieser Zeit halten die demokratischen Regierungen an den wesentlichen Zügen des früheren Wirtschaftsmodells fest. Sie setzten erneut die Zolltarife auf einheitliche 9% herab und planten eine allmähliche Reduzierung auf 6% bis 2003. Gleichzeitig wurden neue öffentliche Initiativen zur Förderung der Exporte entwickelt, die günstige Kreditbedingungen, spezifische Garantien für Exporteure und Programme zur Stärkung der Exporte durch ProChile und Corfo beinhalteten. Zudem werden die Ausfuhraktivitäten durch verschiedene

internationale Handelsabkommen und die Liberalisierung des bilateralen Handels begünstigt.²

Die außerordentlichen Anstrengungen im Exportbereich seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und insbesondere der neunziger Jahre bestätigten die Rolle des Exportes als “Antrieb des Wachstums”. Nach 1995 jedoch machten sich Anzeichen für die Erschöpfung dieser Dynamik bemerkbar oder, mit anderen Worten, “die Phase der extensiven Nutzung der Quelle der Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis von statischen Vorzügen beginnt an ihre eigenen Grenzen zu stoßen” (Scholz 1999). Von 1995 bis 1998 sank der Gesamtwert der exportierten Güter und Dienstleistungen um 2%. Der Hauptgrund für dieses magere Resultat bestand in der rückläufigen Entwicklung der Weltmarktpreise für den Großteil der Güter im Warenkorb der chilenischen Ausfuhren. Im Gegensatz zu den vorangehenden Jahren konnte der Preisverfall nicht länger durch eine Erhöhung der Menge der exportierten Güter aufgefangen werden.

Während des Öffnungsprozesses zum Welthandel und vor allem seit der zweiten Phase nach 1983 führte die Kombination von mehreren Faktoren zu einer Struktur der Ausfuhren, die vor allem auf Rohstoffen und auf Gütern mit intensiven Fertigungsprozessen aus Rohstoffen basierte, bei denen Chile im Vergleich zu anderen Ländern mit statistischen Vorteilen rechnen konnte (Pietrobelli 1992). Zu diesen Faktoren zählen ein günstiger makroökonomischer Rahmen, ein neoliberales Verständnis der Märkte als alleinige Institutionen zur Verteilung der Ressourcen und eine entsprechend reduzierte Rolle des Staates als interventionistische Institution sowie als Förderer von Forschung und Entwicklung.

Von den exportierten Dienstleistungen einmal abgesehen verteilten sich die Exporte Ende der neunziger Jahre wie folgt: etwa 57% Rohstoffe, ca. 33% rohstoffnahe Güter (z.B. Wein) und nur knapp 10% “sonstige Produkte”. Wenn in jenen Jahren auch insgesamt 3.600 verschiedene Produkte exportiert wurden, so konzentrierten die zehn wichtigsten Produkte doch immerhin 56% des Gesamtwertes auf sich, wobei es sich vor allem um Produkte aus der Forstwirtschaft, dem Fischfang und dem Obstanbau handelte. Aus dieser Exportstruktur lässt sich schließen, dass die Rohstoffe des Landes einem bedeutenden Druck ausgesetzt sind. Daraus ergibt sich eine große Bedrohung hinsichtlich der Nachhaltigkeit und der Umweltverträglichkeit

² Seit 1991 wurden Abkommen mit Mexiko, den *Mercosur*-Ländern, Kanada, der Andenregion und Mittelamerika geschlossen. Darüber hinaus ist Chile dem Asien-Pazifik-Wirtschaftsforum (APEC) beigetreten.

ebenso wie der Zukunftsperspektive des Wachstumsmodells, denn es besteht die Gefahr des Verlusts des Expansionspotentials der zu erneuernden und nicht zu erneuernden Rohstoffe. Selbst wenn diejenigen Exportbranchen betrachtet werden, die noch über ausreichende Expansionskapazitäten verfügen, muss darauf geachtet werden, welche Auswirkungen eine rein extensive Entwicklung in Beziehung auf die Straßen- und Hafeninfrastruktur haben kann.

Es sollte jedoch nicht vergessen werden, auf die Stärken des chilenischen Exportsektors hinzuweisen, die sich im Rahmen der Beziehung zu den internationalen Märkten entwickelt haben. In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit sind vor allem drei Bereiche zu nennen, in denen große Fortschritte erzielt werden konnten:

Erstens hat sich eine sehr fähige Unternehmerschaft herausgebildet, die in der Lage ist, die Tendenzen und Möglichkeiten auf den Zielmärkten zu erkennen, und deren Fähigkeiten, die Eigenschaften ihrer Produkte an die Erfordernisse dieser Märkte anzupassen, stetig wachsen.

Zweitens hat die Dynamik der Exporte einen durchaus breitenwirksamen Prozess der Modernisierung eingeleitet. Die Ausfuhr von Wein, Holz, Fisch und Obst hängt von modernen Wirtschaftszweigen ab, die über ein stetig gewachsenes *Know-how* in Sachen Produktion, Finanzierung, Markt, Marketing und Vertrieb verfügen, ebenso von einer soliden Infrastruktur (Straßen, Häfen, Logistik) und von einer zunehmenden Anzahl von hoch qualifizierten Beschäftigten (Wissenschaftler, öffentliche Angestellte, Ingenieure, Diplomaten), die sich immer mehr an den globalen Lernprozessen und den internationalen Standards hinsichtlich der Effizienz, Qualität und Technologie orientieren. Unter diesem Gesichtspunkt kann nicht behauptet werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Wirtschaft ausschließlich von ihren "natürlichen" Wettbewerbsvorteilen abhängt (Eßer 1999). Die Wettbewerbsfähigkeit besitzt vielmehr – selbst in den stark von Rohstoffen abhängigen Bereichen – systemischen Charakter und hängt von einer ganzen Reihe von Voraussetzungen ab, zu denen auch soziale und institutionelle Faktoren gehören.

Die dritte Stärke Chiles besteht in der Unterstützung der Exportaktivitäten durch den Staat, die besonders für relativ kleine Exportbetriebe, aber auch für größere Konzerne von großem Nutzen ist. Öffentliche Einrichtungen wie Corfo und ProChile haben in Zusammenarbeit mit privaten Institutionen (Industrie- und Handelskammern, Unternehmerverbänden) wirksame Programme zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt, z.B. in Be-

reichen wie Marktforschung, Vertretung auf Messen, Verbesserung des exportierbaren Angebots, Qualitätskontrolle.

Trotz der skizzierten Fortschritte ist die Dauerhaftigkeit des Wachstumsmodells in Bezug auf die Struktur der chilenischen Exporte vor dem bestehenden Hintergrund starker institutioneller und sozialer Mängel nach wie vor zweifelhaft. Die angekündigte, auf dynamische Wettbewerbsvorteile zielende "zweite Exportphase" ist bisher hinter den Erwartungen weit zurückgeblieben. Das Phänomen der Globalisierung der Märkte hat die Anforderungen der Wettbewerbsfähigkeit, die an die chilenischen Exportbetriebe gestellt werden, weiter nach oben geschraubt. In den letzten Jahren ist es vielen anderen Entwicklungsländern gelungen, interne und externe Hindernisse zu überwinden, um sich in Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu verwandeln.

Im Kontext globalisierter Märkte sind natürlich diejenigen Bereiche der Exportindustrie besonders anfällig, deren Wert an technologischer Verarbeitung, *Know-how* und Innovation eher gering sind und deren Wettbewerbsvorteile relativ leicht kopiert werden können. Das ressourcenbasierte chilenische Exportmodell steht daher unter hohem Anpassungsdruck.

3. Schwachstellen des Modells: Fort- und Rückschritt bezüglich sozialer Entwicklung und Dezentralisierung

3.1 Das Spannungsfeld zwischen sozialer Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit

Es ist durchaus angemessen zu sagen, dass die soziale Gerechtigkeit bisher die "Achillesferse" des chilenischen Wirtschaftsmodells ist. Genau betrachtet zeigen sowohl die Verteilung der Einkommen als auch die Entwicklung der Armut in den letzten Jahren gleichzeitig Symptome des Fortschritts und des Rückschritts. Den Ermittlungen der CEPAL zufolge betrug der Anteil der Bevölkerung, der 1996 unterhalb der Armutsgrenze lebte, 23,3%; er lag damit zwar wesentlich unter den 45% von 1987, aber dennoch noch immer über den 20% von 1970. Die Einkommensverteilung zeigt weiterhin eine Tendenz zur Konzentration, trotz der in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen bezüglich der Indikatoren der Armut.

Wird angenommen, dass der Hauptgrund für diese ungerechte Einkommensverteilung in den neunziger Jahren in der Differenz zwischen den Löhnen für qualifizierte und unqualifizierte Arbeit liegt (Ocampo 1998), dann muss der Brennpunkt der Analyse der Ursachen dieser Ungerechtigkeit auf

die zwei Aspekte gelenkt werden, auf die durch politische Maßnahmen ein positiver Einfluss ausgeübt werden kann: die Produktivität der Arbeit und die Berufsausbildung.

Die Arbeitsproduktivität hat sich in den vergangenen Jahren sehr widersprüchlich entwickelt. Jüngere Studien zu den industriellen Sektoren haben ergeben, dass die Differenz bezüglich der Produktivität zwischen den "dynamischen" und den "traditionellen" Branchen des Sektors zugenommen hat. Ebenso steigt die Differenz der Produktivität zwischen großen und kleinen Betrieben stark an (Katz 1998).

In den neunziger Jahren hat die chilenische Regierung allmählich mit einer Förderpolitik zum Zwecke der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen begonnen. Diese Politik umfasst Maßnahmen und Programme zur Erhöhung der Produktivität in den Feldern Innovation und Modernisierung der Geschäftsführung, der Produktion, der Kooperation von Betrieben sowie der Unternehmensberatung. Sie fußt vor allem auf den Prinzipien der sektoriellen Horizontalität und der Verbesserung von für den Markt entscheidenden Faktoren wie Information und Technologie. Die Ergebnisse dieser Anstrengungen sind zwar im Allgemeinen zufriedenstellend und pro Jahr nutzen etwa 10.000 kleinere und mittlere Betriebe die entsprechenden Instrumente, aber auf makroökonomischer Ebene sind die Erfolge dieser Politik noch immer äußerst gering.

Bezüglich des sehr großen Bereichs der Kleinstbetriebe³ ist zu sagen, dass diese häufig in den Genuss von sozialpolitischen Maßnahmen gekommen waren, die auf die Bekämpfung der Armut zielten. Das Ziel dieser Politik war meist die Sicherung der Subsistenz, die oft einherging mit einer extrem niedrigen Produktivität. In den letzten Jahren hat die Behörde zur Koordinierung sozialpolitischer Maßnahmen und zur Förderung der Kleinstbetriebe (Fosis) in Kooperation mit dem zum Corfo gehörenden "Amt für Technische Zusammenarbeit" Programme zur Erhöhung der Produktivität dieser Betriebe finanziert.

Hinsichtlich des Themas der Berufsbildung ist zu beobachten, dass das entsprechende Programm über die Abführung eines Betrags von 1% des zu versteuernden Jahresgewinns der Unternehmen an den *Servicio Nacional de Capacitación* (Sence), der vom Arbeitsministerium abhängt, finanziert wird. Seit 1997 können die kleinen und mittleren Betriebe darüber hinaus bis zu 700 US\$ jährlich für Bildungszwecke von ihrer Steuer absetzen. Laut Sence

³ Diese Gruppe wird auf ungefähr 800.000 Unternehmen geschätzt, von denen etwa die Hälfte dem informellen Sektor zuzurechnen ist.

kommen so pro Jahr rund 500.000 Arbeiter in den Genuss einer Aus- oder Fortbildung, was immerhin einer öffentlichen Investition von 70 Millionen US\$ jährlich entspricht.

Die Qualität und Angemessenheit der Bildungsmaßnahmen ist durchaus heterogen; ein Qualitätssicherungssystem existiert nicht. Ein weiterer problematischer Aspekt dieses Systems ist, dass die Unternehmen die Kosten vorstrecken müssen, um sie im Nachhinein über die Steuerabrechnung erstattet zu bekommen. Dies führt dazu, dass vor allem größere, finanzstarke Unternehmen dazu in der Lage sind, diese Angebote zu nutzen. Auch die geographische Verteilung der Unternehmen, die die Dienste des Sence in Anspruch nehmen, ist sehr unausgeglich: Im Jahr 1996 konzentrierten sich 72% dieser Unternehmen auf nur drei Regionen (RM, V und VIII), während sich die restlichen 28% auf die übrigen zehn Regionen verteilten.

Sowohl Corfo, in seiner Eigenschaft als Behörde zur Förderung der Produktivität und der Modernisierung der kleinen und mittleren Betriebe, als auch die bereits erwähnten Organisationen Fosis und Sence haben institutionelle Reformen in Zusammenarbeit mit Unternehmerverbänden, regierungsunabhängigen Organisationen und anderen privaten Einrichtungen durchgeführt, um die Reichweite und die Wirksamkeit ihrer Programme zu erhöhen. Trotz alledem erreichen die meisten dieser Maßnahmen nicht das Niveau der kritischen Masse und sind somit auch nicht in der Lage, die Divergenzen zwischen dynamischen und weniger modernen Unternehmen auf nationaler Ebene aufzuheben. Darüber hinaus zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass sich die Wirkungen der Programme in erster Linie auf diejenigen Unternehmen beschränken, die bereits vorher modernisiert waren, und dass die Bereiche der niedrigsten Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Klein- und Kleinstbetriebe nach wie vor nicht erreicht werden.

Einer der Schlüssel zur Erklärung dieses Misserfolgs ist die Auffassung, dass das mesoökonomische Netzwerk Chiles – öffentliche und private Einrichtungen und Netze zur Unterstützung der Unternehmen in Bezug auf Geschäftsführung, Technologie, Finanzierung, Vermarktung und Personal – noch nicht stark genug ist, eher zur Zersplitterung als zur Kooperation neigt und seine Aktivitäten zu sehr auf die bereits dynamischen Wirtschaftssektoren beschränkt.

3.2 Fortschritte und Hindernisse im Prozess der Dezentralisierung

Zur Erklärung des hohen Grads an Zentralisierung in Chile können historische, geographische und demographische Gründe angeführt werden. Sowohl

die Zentren der Entscheidungsprozesse der öffentlichen Verwaltung, der Politik und der Privatwirtschaft befinden sich traditionell vor allem in der Hauptstadt Santiago und zu einem geringeren Maß auch in wenigen anderen Städten wie Valparaíso/Viña del Mar in der fünften Region und Concepción/Talcahuano in der achten Region.

Ebenso konzentrieren sich die Zentren der Entscheidungsprozesse in den Bereichen der Produktion, der Finanzen und der öffentlichen Verwaltung nach wie vor auf die selben wenigen Orte, und das trotz der Mobilisierung und Umsetzung von Investitionsvorhaben im gesamten Land infolge der auf Rohstoffen basierenden Exportspezialisierung. Das Feld der Forschungs- und Dokumentationszentren sowie die universitäre Landschaft weisen ein ähnliches Muster geographischer Zentralisierung auf. Die Einrichtung verschiedener regionaler Universitäten in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat bisher noch keine reale Dezentralisierung bewirken können, weil diese im Allgemeinen noch zu unbedeutend sind.

Einen wichtigen Schritt im Prozess der Regionalisierung des Landes war 1993 die Einrichtung der Regionalregierungen im Kontext der Reform zur Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung. In allen Fällen wurden die Verwaltungsstrukturen, einschließlich der Gouverneure und ihrer regionalen Ministerkabinette, durch die Zentralregierung bestimmt und letztere befinden sich in einer kuriosen Situation der doppelten Abhängigkeit, einerseits vom Gouverneur und andererseits vom jeweiligen Minister der Zentralregierung. Darüber hinaus gibt es einen Regionalrat (*Consejo Regional* – Core), der indirekt von den Kommunalabgeordneten gewählt wird, welche wiederum durch direkte Wahl vom Volk bestimmt werden. Die Hauptaufgabe des Cores besteht darin, die Verteilung von Haushaltsmitteln auf bestimmte regionale Angelegenheiten entweder zu bestätigen oder zu verhindern, so zum Beispiel die des Nationalen Fonds zur regionalen Entwicklung (FNDR), des Nationalen Systems der öffentlichen Investitionen sowie anderer spezifischer Fonds zugunsten der Regionen.

Im Laufe der neunziger Jahre wurden außerdem verschiedene Körperschaften zur regionalen Entwicklung ins Leben gerufen, die als private Stiftungen zu gemeinnützigen Zwecken auftreten. Viele von ihnen rechnen dabei mit der aktiven Mitarbeit der lokalen Universitäten, der regionalen Regierungen, der Einrichtungen zur internationalen Zusammenarbeit, der Unternehmerverbände oder der großen Unternehmen. Die Absicht dieser Stiftungen besteht in den meisten Fällen ganz allgemein darin, die regionale Entwicklung zu fördern. Manche der Regionen (I, II, VII und VIII) haben es

dadurch geschafft, einen effektiven – wenn auch sporadischen – Weg der Kooperation zwischen großen regionalen Betrieben (meist im Bereich des Bergbaus, der Fischerei oder der Holzwirtschaft), Universitäten und regionaler Regierung bzw. Verwaltung zu finden.

Der moderne Staat hat in den meisten Ländern Lateinamerikas eine zentralistische Tradition geerbt, die ihren Ursprung in der Gründung der Nationalstaaten hat, aber in Chile hat der Dezentralisierungsprozess besonders spät eingesetzt und sieht sich darüber hinaus besonderen Hindernissen gegenüber: den geographischen Gegebenheiten, der ungleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung auf die Regionen und dem historischen Mangel an politischen, professionellen und verwaltungsmäßigen Kompetenzen in vielen Regionen des Landes. Die Einrichtung der Regionalregierungen und die entsprechende Zuteilung von Personal und Kompetenzen ist ohne Zweifel ein Fortschritt im Vergleich zu der früheren Situation, aber ihre Gestaltung und Funktionsstruktur sind aufgrund ihrer zentralistischen Basis noch weit davon entfernt, eine wirksame Umverteilung von Funktionen und Kompetenzen vom Zentrum hin zu den Regionen darzustellen. Zur Zeit erfüllen die Regionalregierungen im wesentlichen die Rolle des Stellvertreters der Zentralregierung.

4. Gefahren für das chilenische Wirtschaftsmodell

Um sich den Herausforderungen der Modernisierung der chilenischen Gesellschaft heute, mehr als zehn Jahre nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie und über 25 Jahre nach der Übernahme des neoliberalen Wirtschaftsmodells, stellen zu können, müssen mehrere Weichenstellungen vorgenommen werden: die Herausbildung von dynamischen Wettbewerbsvorteilen, die Erweiterung des Angebots von Produkten und Dienstleistungen mit höherer nationaler Wertschöpfung, der Ausbau der institutionellen Netzwerke zur Schaffung systemischer Wettbewerbsfähigkeit, der Abbau der sozialen Ungleichheiten, die Sicherung der ökologischen Tragbarkeit des Entwicklungspfad, die Schaffung eines Raumes für den sozialen Dialog und die Dezentralisierung des Landes.

In seinen Beobachtungen zu den starken Wachstumsraten, die die sozialistischen Länder in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts oder auch Brasilien in den Sechzigern und Siebzigern verbuchen konnten – und die fälschlicherweise als Symptom einer erfolgreichen Industrialisierung (These der Konvergenz) interpretiert wurden –, verweist Paul Krugman auf die “Tyrannei der Zahlen” und fordert die Berücksichtigung qualitativer

Kriterien. Im Fall Chiles hat die Entwicklung der letzten 15 Jahre häufig zu übertriebenen Einschätzungen geführt, die über die strukturellen Schwächen der nationalen Wirtschaft hinwegtäuschen. Die Gefahren, die auf die Entwicklung der chilenischen Wirtschaft in der Zukunft zukommen, lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens: Wenn auch nicht zu leugnen ist, dass das Spektrum der auf Rohstoffen aufbauenden *Ausfuhrpotentiale* erweitert und qualitativ verbessert werden konnte, ist jedoch ebenso richtig, dass der Schritt zur vollen Industrialisierung, zur Schaffung eines höheren Mehrwerts oder gar zu einer Produktion, die vor allem auf *Know-how* basiert, nicht vollzogen wurde. Die derzeitigen Wettbewerbsvorteile konzentrieren sich auf Bereiche des Weltmarktes, die starken Preisschwankungen und einem unerbittlichen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sind. Angesichts der hohen Dynamik der technologischen, organisatorischen und institutionellen Revolutionen in der Weltwirtschaft ist der Fall Chiles nicht dazu geeignet, von *leap frogging* zu sprechen. Nicht einmal die chilenische Möbelindustrie, die Eigenschaften einer mittleren Komplexität zeigt und sich auf die reichen Holzressourcen des Landes hätte stützen können (Messner 1991; 1993), hat vermocht, bemerkenswerte Exportzuwächse zu verbuchen. Chile, das Land der Holzwirtschaft schlechthin, hat es zwar geschafft, den Bereich der Forstwirtschaft auf beachtenswerte Weise zu modernisieren, aber exportiert nach wie vor im Wesentlichen kaum verarbeitetes Rohholz. In diesem Sinn kann Chile als „Modell der intensiven Entwicklung im Bereich der Rohstoffe“ angesehen werden, aber nicht als Modell einer gelungenen Industrialisierung. Dieses Fazit ist ein Alarmsignal für die meisten anderen lateinamerikanischen Länder, deren betriebswirtschaftliche, institutionelle, organisatorische und technologische Potentiale noch viel weniger entwickelt sind als die Chiles. Angesichts der derzeit vorherrschenden Gegebenheiten der Weltwirtschaft reicht nicht einmal das von Chile erreichte hohe Niveau der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung, das von den Nachbarländern so sehr bewundert wird, aus, um in die dynamischen Sektoren der globalen Ökonomie vorzudringen.

Zweitens: Die sehr heterogene *Struktur der Unternehmen* spiegelt die Schwäche der produktiven Grundlagen der nationalen Ökonomie wider. Auch wenn die Anzahl der exportierenden Betriebe sehr stark zugenommen hat, können lediglich 7.000 große und mittlere Unternehmen von insgesamt 800.000 Betrieben als modern und weltmarktfähig bezeichnet werden. Die Vernetzungen zwischen der Exportwirtschaft und dem „Rest“ der Ökonomie bleiben schwach.

Drittens: Die *Produktivität der Arbeit* ist weiterhin sehr niedrig, trotz des starken Wachstums, der steigenden Investitionsraten und des technologischen Fortschritts. Dieses Thema wurde in Chile erstmals gegen Mitte der neunziger Jahre diskutiert, nachdem zuvor die hohen Wachstumsraten im Export den fälschlichen Eindruck hinterlassen hatten, die Produktivität der Arbeit und die Effizienz würden ebenfalls rasch steigen. 1994 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Stunde in der chilenischen Industrie 3,40 US\$, während es in den Industrieländern bei 30 und in den asiatischen Schwellenländern zwischen zehn und 15 US\$ lag. Diese geringe Produktivität spiegelt das niedrige Niveau der Investitionen im Bereich der Berufsbildung und eine geringe technologische Kompetenz wider. Einer der Gründe, warum die chilenische Wirtschaft diese beiden Aspekte vernachlässigt, ist die erwähnte sehr günstige Situation des Landes im Rohstoffbereich, zu der sich ein äußerst großes Angebot an billigen, wenig qualifizierten Arbeitskräften gesellt. Diese zwei Faktoren eröffnen die Möglichkeit einer extensiven Entwicklungs- und Wachstumsstrategie, eine *soft option*. Innovationen und die Anwendung des technologischen Fortschritts sind Prozesse, die Zeit kosten und schwierig sind, während die Strategien des extensiven Wachstums von den Unternehmen (und den öffentlichen Einrichtungen) lediglich einen geringen Einsatz und wenig Risikobereitschaft verlangen. Die Folge ist, dass auch in Chile die günstige Verfügbarkeit von Rohstoffen die industrielle Entwicklung bremst.

Viertens: Von den vorangehenden Argumenten lässt sich ableiten, dass die *Unternehmerschaft* in der Phase der intensiven Nutzung der Rohstoffe zunächst der entscheidende Motor für die Modernisierung war, indem sie dazu beitrug, Rationalität und Modernität auf mikroökonomischer Ebene durchzusetzen. In der Folgezeit wurde sie jedoch zu einem Hindernis für den Übergang zu einer technologischen Entwicklung. Eine wirksame Veränderung in Richtung technologiebasiertes Wachstum verlangt nach einem Entwicklungsparadigma jenseits des Neoliberalismus, das auf der engen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, dem Staat und der anwendungsbezogenen Forschung beruht, umfangreiche öffentliche und private Investitionen in Innovation, Technologie und Ausbildung voraussetzt und die sozialen Dimensionen der Marktwirtschaft betont.

Fünftens: Der *mesoökonomische Politik*, die dazu dienen soll, die dynamischen Wettbewerbsvorteile zu stärken und den Mehrwert der Exporte nachhaltig zu erhöhen, mangelt es an der notwendigen Komplexität. Das institutionelle Umfeld der Unternehmen ist nach dem Modell des einfachen

Wachstums gestaltet, und diese Struktur reicht für den Wettbewerb in den etablierten Bereichen des Exports und für die Durchführung von *up-grading*-Prozessen aus, aber nicht für den Übergang zu komplexeren Branchen: "Ähnlich wie in den Betrieben ist die Orientierung der mesoökonomischen Institutionen an der Gegenwart stark, aber die Orientierung an der Zukunft schwach" (Eßer 1999: 41). Dies liegt einerseits am Mangel an kritischer Masse hinsichtlich der Investitionen in die Entwicklung technologischer Kapazitäten. In Kombination mit den Investitionen in Berufsbildung, die im internationalen Vergleich sehr niedrig ausfallen, reicht die Quote von 1,2% für Forschung und Entwicklung im Jahr 2000 nicht aus, um einen qualitativen Fortschritt zu erreichen. Aus diesem Umstand folgt die Notwendigkeit, eine "mesoökonomische Offensive" zu starten, nachdem sich der Diskurs der Politiker fast 25 Jahre lang ausschließlich um die Makroökonomie gedreht hat.

4.1 Fünf Fallstricke gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung in Chile

In der Transformationsphase zur Demokratie hat sich in Chile ein spezifischer Typus von Elitedemokratie etabliert, der auf Konsensentscheidungen zwischen wirtschaftlichen Spitzen der Gesellschaft sowie den demokratischen, aber auch den Pinochet-verbundenen Eliten basiert. Parlamentarische Entscheidungsmechanismen sowie zivilgesellschaftliche Strukturen wurden so geschwächt bzw. an ihrer Entfaltung gehindert. Diese Grundstruktur war für den Übergang zur Demokratie sowie die dynamische Entwicklung der ressourcenbasierten Wirtschaftsstruktur durchaus funktional, behindert jedoch in Verbindung mit dem oben skizzierten neoliberalen Leitbild, an dem sich ein großer Teil der Elite orientiert, die Herausbildung einer stärker wissensbasierten Ökonomie sowie einer stabilen sozialen Demokratie. Fünf Problemfelder lassen sich lokalisieren.

4.1.1 Institutionelle Unterentwicklung schwächt ökonomische Entwicklungspotentiale

Das generalisierte Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen und überzogenes Marktvertrauen der chilenischen Eliten führen zu einer institutionellen Unterentwicklung und zu geringen Investitionen in Bereichen mit großer Bedeutung für die Entwicklung dynamischer nationaler Wettbewerbsvorteile (z.B. Berufsbildung, Forschung und Entwicklung, Technologie- und Wissensdiffusion, regionale und lokale Standortpolitik). Der Aufbau eines leis-

tungsfähigen Unternehmensumfeldes (Mesoökonomie) ist Bedingung für eine Steigerung der nationalen Wertschöpfung und kann weder vom Staat, noch von den Unternehmen im Alleingang geleistet werden. Systemische Wettbewerbsfähigkeit basiert auf leistungsfähigen Unternehmen (Marktsteuerung) sowie auf dichten, lernfähigen und die Verbesserung des Wirtschaftsstandortes ausgerichteten Netzwerkstrukturen zwischen Unternehmen sowie privaten und öffentlichen Institutionen.

4.1.2 Unzureichende gesellschaftliche Problemlösungspotentiale

Die in Chile dominierenden gesellschaftlichen Organisations- und Steuerungsmechanismen (Markt, Eliteverbund, schwache zivilgesellschaftliche Strukturen, unterentwickeltes intermediäres Institutionensystem) sind zu wenig ausdifferenziert, um den in allen Problemfeldern komplexer werdenden Anforderungen gerecht zu werden. Es mangelt an horizontalen Koordinations- und Korrekturmechanismen sowie einem pluralistischen *Set* von privaten und öffentlichen Institutionen, die sicherstellen könnten, zukünftige Probleme im Frühstadium zu antizipieren, alternative Lösungsstrategien zu entwickeln, rechtzeitig auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen und gut organisierten Gegenwartsinteressen Langfristperspektiven entgegenzustellen. Die nur langsam vorankommende Dezentralisierung, der Bedeutungsverlust wissenschaftlicher Institutionen oder deren Umwandlung in kurzfristig orientierte Beratungseinrichtungen, fehlende Gegengewichte zu den starken Wirtschaftsverbänden sowie eine durch wenige Akteure dominierte Medienöffentlichkeit sind Symptome dieses Problemkontextes. Die relative Schwäche intermediärer Institutionen führt dazu, dass es dem Staat an konstruktiven Kritikern und Partnern im Prozess der Problembearbeitung mangelt, um dem Phänomen der “geteilten Souveränitäten” gerecht zu werden.

4.1.3 Erosion moralischer Ressourcen, den Grundlagen lernfähiger Netzwerkstrukturen

Die Dominanz des einseitigen “Egoismus-Prinzips” kann einerseits dazu beitragen, soziale Spaltungs- und Fragmentierungstendenzen zu vertiefen, Desintegrationsprozesse zu beschleunigen sowie gesellschaftliche Solidaritätspotentiale zu unterminieren – insbesondere, wenn der in den neunziger Jahren über hohes Wachstum alimentierte *trickle-down*-Effekt versiegt. Andererseits blockiert und schwächt das weitverbreitete “Egoismus-Prinzip” (als Gegensatz zur Vorstellung eines “gemeinwohlverträglichen” Individua-

lismus) die Reproduktion von Handlungsorientierungen und moralischen Ressourcen, ohne die Netzwerkstrukturen kaum entstehen bzw. zur Problemlösung beitragen können: Vertrauen, Reziprozität, Kompromissfähigkeit, Fähigkeit zur Herausbildung gemeinsamer Problemlösungsorientierungen. Länder, in denen sich das stets prekäre Spannungsverhältnis zwischen Wettbewerb und Kooperation, Individualismus und Gemeinwohlverträglichkeit einseitig zugunsten des Egoismus-Prinzips verschiebt, sind nicht dazu in der Lage, die Problemlösungspotentiale ihrer Gesellschaften optimal zu mobilisieren. Infolgedessen verliert die Politik Gestaltungsspielräume gegenüber sich verselbstständigenden systemischen Abläufen (von Märkten, der Technologieentwicklungen) und handlungsmächtigen Gesellschaftsgruppen, die ihre Interessen eigenständig durchzusetzen vermögen. Die Folge sind Politikversagen und soziale Fragmentierung.

4.1.4 Partikularinteressen drohen Gemeinwohlinteressen auszuhebeln

Die Kombination aus Minimalstaatsideologie, der *a priori* unterstellten subalternen Rolle des Staates und der überzogenen (Eigen-)Perzeption der Unternehmer als alleinige Protagonisten von Entwicklung, können einen fruchtbaren Boden für eine "Kolonialisierung" des Staates (und der Gesellschaft) durch die gut organisierte Unternehmerschaft bereiten und wichtige soziale Reformen blockieren (Beispiel: Arbeitsgesetzgebung). Die zur Sicherung politischer Steuerungsfähigkeit und der Durchsetzung von Gemeinwohl- gegen Partikularinteressen notwendige relative Autonomie des Staates gegenüber den gesellschaftlichen Akteuren ist nicht gesichert.

4.1.5 Unterentwickeltes System von checks and balances

Die unzureichende Steuerungs- und Kontrollkapazität des Staates, fehlende horizontale Strukturen der Politikbearbeitung sowie die Überhöhung des Eigennutz-Prinzips behindern die Durchsetzung von Langfristorientierungen in der Politik und begünstigen Strategien der Externalisierung von Kosten sowie *beggar-my-neighbour*-Politiken gut organisierter Interessengruppen. Umweltpolitische Beispiele sind das seit 1996 vorliegende, aber blockierte Gesetz zum Schutz des Naturwaldes sowie gescheiterte Anläufe zur Verbesserung der Regulierungen zum Schutz der chilenischen Küstengewässer vor zukünftiger Überfischung.

Literaturverzeichnis

- Albala-Beltrand, José Miguel (1999): "Industrial Interdependence Change in Chile 1960-90: a Comparison with Taiwan and South Korea". In: *International Review of Applied Economics*, Bd. 13, Nr. 2, London.
- Altenburg, Tilman (1996): "Entwicklungsländer im Schatten der Triade? Implikationen des postfordistischen Strukturwandels in der Industrie". In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Bd. 40, Berlin.
- Bitar, Sergio (1988): *Chile para todos*. Santiago de Chile.
- Castillo, Mario (1994): *Reorganización industrial y estrategias competitivas en Chile*. Mimeo, Santiago.
- Castillo, Mario/Dini, Mario/Maggi, Claudio (1996): "Estrategias competitivas de empresas chilenas después de la apertura económica. Un análisis empírico". In: Katz, Jorge (Hrsg.): *Estabilización macroeconómica, reforma estructural y comportamiento empresarial*. Buenos Aires.
- CEPAL (1990): *Reestructuración productiva con equidad*. Santiago de Chile.
- Eßer, Klaus (1999): *Institutioneller Wandel unter Globalisierungsdruck. Überlegungen zu Aufbau und Koppelung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile*. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Foxley, Alejandro (1988): *Chile puede más*. Santiago de Chile.
- Katz, Jorge (1998): *Crecimiento, Cambios Estructurales y Evolución de la Productividad Laboral en la Industria Manufacturera Latinoamericana en el Período 1970-1996*. Santiago de Chile: CEPAL.
- Maggi, Claudio (1999): "El caso de las políticas de fomento a la Pyme". In: Muñoz, Oscar (Hrsg.): *Presente y Futuro de las Relaciones Público-Privadas en Chile*. Santiago de Chile.
- Mármora, Leopoldo/Messner, Dirk (1991): "Chile im lateinamerikanischen Kontext. Ein Modell für Demokratisierung und Entwicklung in der Region?". In: Ensignia, Jaime/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Modellfall Chile?* Hamburg.
- Messner, Dirk (1991): *Hacia la competitividad industrial en Chile*. DIE, Berlin.— (1993): "Shaping Competitiveness in the Chilean wood-processing Industry". In: *Revista de la CEPAL* Nr. 49, Santiago de Chile.
- Messner, Dirk/Scholz, Imme (1999): "Sociedad y Competitividad en Chile". In: Eßer, Klaus (Hrsg.): *Competencia Global y Libertad de Acción Nacional*. Caracas.
- Montero, Cecilia/Morris, Pablo (1999): *La gestión de redes y las políticas de fomento productivo*. Mimeo, Santiago.
- Morales, Eduardo (1998): "La descentralización como proceso articulador de la política social". In: *Sistemas de Protección Social en un Mundo Globalizado*. Buenos Aires.
- Munoz, Oscar (1989): "El estado y el sector privado. Hacia un nuevo enfoque de política industrial". In: *Apuntes CIEPLAN* Nr. 78, Santiago.
- Ocampo, José Antonio (1998): "Distribución del ingreso, pobreza y gasto social en América Latina". In: *Revista de la CEPAL*, Nr. 65, S. 7-14.
- Ominami, Carlos (1989): *El desafío de la estabilidad, ENADE*. Santiago de Chile.

- Pietrobelli, Carlos (1992): *Technological Capability and Export Diversification in a Developing Country: the Case of Chile since 1974*. Oxford.
- Scholz, Imme (1999): "Medio ambiente y competitividad: el caso de las exportaciones chilenas". In: Eßer, Klaus (Hrsg.): *Competencia global y libertad de acción nacional*. Caracas.

Cristóbal Kay

Der Agrarsektor

Das Thema der Agrarwirtschaft in Chile ist von den problematischen Auswirkungen gekennzeichnet, die die Integration in den Weltmarkt für die traditionelle Landwirtschaft mit sich bringt. Besonders den Kleinbauern fällt es schwer, wettbewerbsfähig zu bleiben, und die Arbeitsbedingungen für Landarbeiter sind prekär. Auch wenn im Laufe des vergangenen Jahrzehnts die Armut vermindert werden konnte, lebt nach wie vor fast ein Drittel der Landbevölkerung in ärmlichen Verhältnissen. Die Agrarfrage in Chile kann nicht allein durch die Kräfte des Marktes gelöst werden, wie die neoliberalen Politiker gerne verkünden, sondern verlangt nach vernünftigen Eingriffen des demokratischen Staates zur Förderung von Partizipation, Gleichheit und Umweltschutz, sodass eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann.

1. Die Landwirtschaft in der Zeit der Orientierung nach außen (1850-1930)

Die chilenische Wirtschaft orientierte sich in dieser Zeit in erster Linie am Export, der sich vor allem auf die Salpeter- und später auch Kupfer-Exportenklaven konzentrierte, die sich größtenteils in ausländischer Hand befanden. Dieses Entwicklungsmuster wurde durch die Freihandelspolitik der damaligen Regierungen noch zusätzlich unterstützt. Der Bergbaubereich sorgte praktisch für den gesamten Warenaustausch Chiles mit dem Ausland und war in den Jahren von 1907 bis 1930 für 20% des Einkommens des Landes verantwortlich, mehr als die Landwirtschaft sowie der Industrie- und Dienstleistungssektor mit 14% bzw. 16% (Mamalakis 1976).

Das politische System wurde in dieser Zeit von der Ländoligarchie beherrscht, die über ihren Großgrundbesitz (*latifundios*, *haciendas* oder *fundos*) den Großteil des Landes und seiner Bevölkerung kontrollierten. Die mit der Bergbau- und Handelsbourgeoisie verbündeten Großgrundbesitzer führten ein oligarchisches Herrschaftssystem ein, das die restlichen Gruppen der Gesellschaft von der Politik ausschloss. Dieses oligarchische Herrschaftssystem wirkte sich einschränkend auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes aus, denn es verhinderte sowohl die Modernisierung der Landwirtschaft als auch die Industrialisierung. Gleichwohl produzierte die Landwirtschaft in

dieser Zeit einen großen Überschuss an vermarktbareren Produkten und leistete somit einen beachtenswerten Beitrag zum Außenhandel. Darüber hinaus war die Landwirtschaft eine reiche Quelle an billigen Arbeitskräften für die anderen Bereiche der Wirtschaft. Der Weizenexport vervierfachte sich von 1850 bis 1875 und erreichte 1860 mit 17% den Spitzenwert seines Anteils an den Außenhandelseinnahmen. Dieser Zuwachs wurde jedoch weniger durch technologische Neuerungen als vielmehr durch den Ausbau der Anbaufläche und die Verpflichtung von mehr Landarbeitern erreicht (Bauer 1975).

Die positiven Exportmöglichkeiten in dieser Zeit bewirkten einen Anstieg der Ungleichheit in den ländlichen Gebieten und stärkten das System des Großgrundbesitzes. In diesem Zusammenhang muss jedoch auf einen Unterschied zwischen der traditionellen Landwirtschaft der Zentralregion Chiles und der neuen Landwirtschaft in der Region des Südens hingewiesen werden. Letztere wurde in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts für den Anbau erschlossen, in einer Zeit, in der modernere Formen der Landwirtschaftsbetriebe entstanden. In den Jahren, bevor die Konkurrenz für den chilenischen Weizenexport auf dem internationalen Markt größer wurde, produzierte der Großgrundbesitz der Zentralregion 88% des gesamten Weizenanbaus. Bis 1908 fiel dieser Prozentsatz auf nur noch 51%, während der Anteil der südlichen Region von 1880 bis 1908 von 5 auf 47% anstieg. Schon zur Jahrhundertwende kam fast der gesamte Exportweizen aus dem Süden, während die Zentralregion ihre Aufmerksamkeit auf den wachsenden Inlandmarkt verlegte, der aufgrund des Salpeterbooms rasch größer wurde. Während noch 1870 nur 28% der Bevölkerung in den Städten lebte, waren es 1900 schon 46% (Hurtado 1966).

Die Großgrundbesitzer der Zentralregion wählten sicherlich die leichteste Alternative. Anstatt dem internationalen Wettbewerb mit Investitionen und Veränderung der technischen und sozialen Produktionsbedingungen zu begegnen, nutzten sie einfach ihre politischen und standortbedingten Vorteile, um ihr Einkommen zu sichern. Das fruchtbarere Land, das vorteilhaftere Klima und die niedrigeren Transportkosten führten dazu, dass die Weizenbarone der Zentralregion höhere Gewinne erzielten als die Produzenten aus dem Süden, aber diese waren aufgrund ihrer größeren Fähigkeiten als Unternehmer und einer flexibleren Agrarstruktur dennoch konkurrenzfähig. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass reichhaltige Arbeitskraft- und Bodenreserven dazu führten, dass die Landwirtschaftsproduktion stark steigen konnte, ohne das traditionelle System des Großgrundbesitzes zu modernisieren.

2. Die Landwirtschaft in der Zeit der Importsubstitution (1930-1964)

Die Einführung von künstlichen Herstellungsmethoden für Salpeter in den Industrieländern stürzte den chilenischen Produktionsbereich in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts in eine schwere Krise, woraufhin Salpeter durch Kupfer als Hauptexportprodukt verdrängt wurde. Der Verfall der Salpeterindustrie führte zu einem Einbruch bei den Staatseinnahmen, was wiederum eine allgemeine Krise der chilenischen Wirtschaft und letztendlich eine politische Krise zur Folge hatte. Das oligarchische Herrschaftssystem fand ein Ende und wurde durch eine Reihe von autoritären populistischen Regierungen ziviler und militärischer Zusammensetzung abgelöst.

Die weltweite Depression der dreißiger Jahre traf die am Export orientierte chilenische Wirtschaft schwer und führte zu ihrer Umstrukturierung. Der Einbruch bei den Exporteinnahmen und die daraus resultierende Knappheit an Importkapazitäten diente der Förderung des nationalen Industriesektors, der sich schnell zum dynamischsten Bereich der chilenischen Wirtschaft mausern sollte. Ab Ende der dreißiger Jahre entschied sich der Staat dazu, diesen Industrialisierungsprozess aktiv zu unterstützen, indem er protektionistische Handelsschranken einführte oder verstärkte, die Infrastruktur verbesserte und finanzielle Ressourcen in die Industrie pumpte. Auf diese Weise wurde der Staat zum Hauptförderer des Prozesses der "Importsubstitutionsindustrialisierung" (ISI) und einer nach innen gerichteten Entwicklungspolitik, die sich am Binnenmarkt orientierte. Diese Politik führte zum Anstieg der Staatsausgaben, die bis 1964 auf etwa 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kletterten. Der Staat finanzierte etwa die Hälfte aller Investitionen. Die industrielle Produktion wuchs zwischen 1937 und 1964 jährlich um etwa 5,1% und die Industrie war für 25% des BIPs verantwortlich (Muñoz 1971: 38). Die ISI-Strategie spiegelt die Herrschaftsposition wider, die sich die Industriebourgeoisie innerhalb der Machtkoalition erkämpft hatte und durch Allianzen mit Teilen der Mittel- oder zeitweilig auch der Arbeiterschicht verteidigte.

Der Agrarsektor hatte zunehmend größere Schwierigkeiten, den Lebensmittelbedarf der ständig wachsenden Städte zu befriedigen. Die Landwirtschaftsproduktion wuchs von 1930 bis 1964 jährlich um nur 1,8%, während die Bevölkerungszahl um 2,2% pro Jahr anstieg und ihr Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten jedes Jahr um durchschnittlich mehr als 3% zunahm. In den dreißiger Jahren waren die Landwirtschaftsexporte noch immer höher als die Importe, aber aufgrund des immer größer werdenden Gefälles zwischen Inlandsproduktion und -nachfrage verschlechterte sich die Handels-

bilanz ständig. 1964 machten die Einfuhrkosten von Landwirtschaftsprodukten bereits ein Fünftel der gesamten Exporteinnahmen aus. Die niedrige Wachstumsrate der Landwirtschaft wirkte sich auch auf ihren Beitrag zum BIP aus, der von 15% im Jahr 1930 auf nur noch 10% 1964 zurückging. Nach wie vor jedoch stellte der Agrarsektor billige Arbeitskräfte für die anderen Wirtschaftsbereiche zur Verfügung, wodurch die Löhne auf einem niedrigen Niveau blieben und der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte in der selben Zeit von 35% auf nur noch 20% fiel (Kay 1977).

Der extrem ungerecht verteilte Grundbesitz und der Wechsel zu einer ISI-Politik sind die beiden Hauptgründe für das Versagen der Landwirtschaft in Chile. Die Ungerechtigkeit der Landverteilung lässt sich durch Zahlen belegen: Während 1955 Kleinstbauern (*minifundistas*) 37% der Höfe besaßen, aber nur 1% des gesamten Anbaulandes, verfügten die Großgrundbesitzer über 7% der Höfe und 65% des anbaufähigen Bodens (CIDA 1966: 42). Diese außergewöhnlich ungleiche Agrarstruktur brachte einen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit vor allem auf den Land- und Kapitalmärkten und eine unwirksame Verteilung der Ressourcen mit sich. Während die Kleinstbauern einen Überschuss an Arbeitskraft zur Verfügung hatten, aber zu wenig Land, traf für die Großgrundbesitzer das Gegenteil zu. Mit anderen Worten ist die Landproduktivität bei den Kleinstbauern hoch und die Arbeitsproduktivität niedrig, während auf den *latifundios* das Gegenteil der Fall ist. Um diesen Missstand auszugleichen, hielten Fachleute in zunehmendem Maße die Agrarreform für eine notwendige Voraussetzung zum Erreichen zufriedenstellender langfristiger Wachstumsraten im Agrarbereich und einer Verbesserung des Lebensstandards der Bauern.

Trotz der schwachen Leistungen der Landwirtschaft hat es der Großgrundbesitz seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts geschafft, bedeutende Veränderungen durchzuführen. Hochwertigere Anbauprodukte für intensiven Anbau und industrielle Verarbeitung, wie z.B. Mais, Tabak und Zuckerrüben, wurden eingeführt. Dazu kam die annähernde Verdoppelung des Anbaugebiets für Obst in den Jahren von 1930 bis 1964 sowie die zunehmende Verwendung von Düngemitteln, Pestiziden und Insektiziden. Das bedeutet, dass fast der gesamte Zuwachs an landwirtschaftlicher Produktion in diesen Jahren durch eine gesteigerte Produktivität erreicht wurde. Diese Steigerung bezüglich der Produktivität bedeutete aber gleichzeitig, dass das System der *inquilinaje* (Heuerlingssystem) unrentabel wurde im Vergleich zur entlohten Landarbeit. Die Großgrundbesitzer gingen deshalb immer

mehr zur Lohnarbeit über und modernisierten ihre Betriebe, indem sie die technischen und sozialen Produktionsbedingungen veränderten (Kay 1977).

Bezüglich der Auswirkungen des Wechsels zur ISI auf die Landwirtschaft ist allgemein die Meinung verbreitet, dass die Preispolitik, die Entwicklung des Verhältnisses der Exportpreise zu den Importpreisen, die Außenhandelspolitik, die Steuerpolitik, die Kreditbedingungen und die öffentlichen Investitionen sich alle negativ auf den Agrarsektor ausgewirkt haben. Auch die öffentlichen Investitionen in die Landwirtschaft waren relativ niedrig. Lediglich die Steuerpolitik und die Kreditbedingungen waren für den Agrarbereich relativ günstig.

Die ISI-Politik wirkte sich ambivalent auf den Agrarsektor aus und beeinflusste die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft auf dem Land auf ungleiche Weise. Die Kleinbauern und Landarbeiter sind die zwei Gruppen, die am wenigsten von der Regierungspolitik begünstigt wurden. So kamen zum Beispiel die Bedingungen der Kreditvergabe fast ausschließlich den Großgrundbesitzern zugute, die den Löwenanteil der subventionierten Kredite einsteckten. Die Klein- und Kleinstbauern jedoch mussten auf andere, weniger regulierte Kreditmöglichkeiten ausweichen und zahlten dafür häufig übertrieben hohe Zinsen. Auch die Steuerpolitik der Regierung begünstigte die Großgrundbesitzer weit mehr als die Kleinbauern, denn es gab keine Wohlstandssteuer und die Reichen waren geschickter in Sachen Steuerhinterziehung.

3. Die Zeit der Agrarreformen (1964-1973)

Seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als mehrere aufeinander folgende Reformen des Wahlgesetzes eine breitere Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen ermöglichte, wurde der Agrarsektor über seinen wirtschaftlichen Aspekt hinaus immer mehr auch als ein soziales und politisches Problem angesehen. Die Regierung der Christdemokraten (1964-1970) hoffte das doppelte Problem der Landwirtschaft, der wirtschaftlichen Stagnation und der sozialen Diskriminierung von Kleinbauern und Landarbeitern durch ein Programm der Kontinuität und des Wandels in den Griff zu bekommen. Die christdemokratische Regierung unter Frei (sen.) beabsichtigte, den bereits begonnenen ISI-Prozess weiterzuführen und gleichzeitig den Agrarsektor durch eine Landreform und eine Gewerkschaftspolitik zu modernisieren. Die Regierung unter Allende (1970-1973) verstand dann die Agrarfrage fast ausschließlich als ein soziales und politisches Problem und gab der Reform einen sozialistischen Charakter.

3.1 Die Zeit der christdemokratischen Regierung (1964-1970)

Das Hauptziel der Agrarpolitik der Christdemokraten bestand darin, den Großgrundbesitz produktiver zu machen, indem sie ihn in moderne kapitalistische Großbetriebe verwandelten. Die Regierung versuchte, die Großgrundbesitzer mittels einer "Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik" dazu anzuregen, wirtschaftlich arbeitende Großbauern zu werden: die Großgrundbesitzer, die es schafften ihre Betriebe zu modernisieren, konnten mit finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilen rechnen und die, die es nicht schafften und über einer bestimmten Größe lagen (80 bewässerte Einheitshektar¹ – BEH), wurden enteignet. Darüber hinaus konnten enteignete Großgrundbesitzer unter bestimmten Umständen bis zu 80 BEH als *reserva* (Reserve) behalten. Einige Großgrundbesitzer umgingen die Enteignung, indem sie ihr Land aufteilten, sodass die Größe eines jeden Teils unter 80 BEH lag. Am Ende der Regierungszeit von Frei (sen.) 1970 war nur ein Viertel der Höfe über 80 BEH wirklich enteignet worden.

Durch die anfängliche Enteignung des Großgrundbesitzes entstand eine neue Organisationsform, das *asentamiento* (Siedlung), eine Art Landgenossenschaft. Es war als eine Übergangslösung geplant und nach einer Versuchsphase von drei bis fünf Jahren sollten die Nutznießer (*asentados*) wählen können, ob sie als genossenschaftlicher Betrieb weitermachen, das Land auf die angeschlossenen Familien aufteilen oder einen gemischten Betrieb gründen. Das *asentamiento* vermochte jedoch nicht, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu beenden und trug sogar dazu bei, sie noch zu verschärfen. Am Ende der Regierungszeit der Christdemokraten waren erst 30.000 (6% der Gesamtzahl) von insgesamt 100.000 Landarbeitern, denen Land versprochen worden war, zu *asentados* geworden. Zu diesem Zeitpunkt gehörte ihnen insgesamt 17,6% des Bodens oder durchschnittlich 10 BEH, was schätzungsweise sechs bis neun Mal mehr Land ist als das, was ein Kleinstbauer besitzt. Dazu kommt, dass nach wie vor mehr als ein Drittel der Landarbeiter ganz ohne eigenen Landbesitz war.

Bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation ist zu sagen, dass die Zahl der Mitglieder unter den Landarbeitern von 2.000 im Jahr 1965 in nur fünf Jahren auf über 140.000 (mehr als ein Drittel der Gesamtzahl) stieg. Die Regierung strengte sich darüber hinaus sehr an, auch die Kleinstbauern dazu

¹ Ein bewässertes Einheitshektar (BEH) ist eine Einheit für die Flächengröße von Land guter Qualität, die zum einheitlichen Messen von Land unterschiedlicher Qualität benutzt wird. So konnte zum Beispiel ein über 500 ha großer Hof mit Land von schlechter Qualität mit weniger als 80 BEH eingestuft und somit von der Enteignung befreit werden.

zu bewegen, sich zu organisieren. Aufgrund dessen stieg die Mitgliederzahl in *cooperativas* (Genossenschaften), *precooperativas* und Bauernkomitees auf ungefähr 100.000, was etwa einem Drittel der Gesamtzahl entspricht (Kay 1992: 139). Am Anfang beschränkten sich die Forderungen der Landarbeitergewerkschaften vor allem auf höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Mit der Zeit jedoch nahm die Zahl der Streiks zu, mit denen die linksgerichteten Gewerkschaften der Unzufriedenheit von denjenigen Ausdruck verleihen wollten, die von der Landreform ausgeschlossen worden waren. Während in der Vergangenheit Landarbeiterstreiks höchst ungewöhnlich waren, wurden 1968 schon 648 und zwei Jahre später 1.580 Streiks gezählt (Kay 1992: 140). Darüber hinaus begannen die Landarbeiter die *latifundios* zu besetzen, um die Enteignung des Landes zu verlangen, eine Praxis, die bis dahin vollkommen unbekannt gewesen war. Die Explosion der Landarbeiterkonflikte war die direkte Folge mehrerer Faktoren: ein toleranteres politisches Klima, die Abwesenheit gewalttätiger Repression, die erfolgreichen Organisationsanstrengungen, der Einfluss der Linksparteien sowie zumindest teilweise der Kampf der Landarbeiter selbst.

3.2 Die Zeit der Regierung der Unidad Popular (1970-1973)

Das Hauptziel der Agrarpolitik der *Unidad Popular* unter Allende bestand darin, dem Großgrundbesitz ein Ende zu bereiten und alle Großbetriebe mit mehr als 80 BEH zu enteignen, unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit oder dem Grad der Modernisierung. In dieser Absicht spiegelt sich der politische Wille wider, diejenigen zu beseitigen, die nach ihren Ansichten die Hauptfeinde waren und einer Entwicklung der Gesellschaft in Richtung des Sozialismus im Wege standen, die Klasse der Großgrundbesitzer. Mittlere Bauern jedoch, die jeweils zwischen 20 und 80 BEH besaßen, wurden von der Regierung durchaus akzeptiert.

Im ersten Regierungsjahr Allendes wurden etwa 1.300 Höfe von Landarbeitern besetzt, um die Enteignung zu fördern. Zum Vergleich wurden unter Frei (sen.) weniger als 600 Farmen besetzt und ganze 1.408 Enteignungen durchgeführt. Allendes Regierung unterstützte die Besetzungen zwar nicht, war aber auch nicht dazu bereit, die Proteste der Landarbeiter zu unterdrücken und beschleunigte stattdessen den Prozess der Enteignungen. 1973 gab es keinen Großgrundbesitz mehr und der Anteil des reformierten Landes war mit 40% des Gesamtbodens der größte.

Die Entwicklung des durch die Sozialisten reformierten Bereichs stellte sich jedoch als schwieriger als erwartet heraus. Unangemessene bürokrati-

sche Vorgänge und die wachsende Unabhängigkeit der Bauern von staatlichen Eingriffen führten zu einer spontanen Expansion der bäuerlichen Wirtschaft innerhalb des reformierten Bereichs, die entgegengesetzt zur kollektiven Wirtschaft verlief. Diese Tendenz gründete sich teilweise auf das starke Verlangen der Landarbeiter nach eigenem Land, lag aber größtenteils an den unzureichenden Ressourcen und Anreizen zur Entwicklung der kollektiven Wirtschaft. Die Knappheit an Maschinerie und Werkzeugen war zum Teil eine Folge des Rechts der früheren Besitzer, diese zu verkaufen beziehungsweise zu behalten, um ihr Reserveland zu bearbeiten.

Das Problem der fehlenden Anreize stellt sich komplizierter dar. Die Bauern des reformierten Bereichs erhielten einen monatlichen Vorschuss (*anticipo*) von CORA, der für die Agrarreform zuständigen Regierungsbehörde. Dieser Vorschuss wurde am Ende des Agrarjahres von den Gewinnen abgezogen und der Nettogewinn unter den Mitgliedern der Genossenschaft verteilt, entsprechend den jeweils gearbeiteten Tagen. Fehlendes Kapital und oftmals auch mangelhafte Organisation führten jedoch dazu, dass manche Genossenschaften sich sehr hoch bei der CORA-Behörde verschuldeten. Da andererseits die Regierung sich nicht traute, eine strenge Politik der Schuldentrückzahlung durchzuführen, aus Angst, sie könnte die Unterstützung der Bauern verlieren, gingen diese dazu über, den monatlichen Vorschuss als ihr Recht anzusehen, sozusagen als einen monatlichen Lohn. Der Betrag des *anticipo* hing weder von der Anzahl der gearbeiteten Stunden oder Tage noch von der Art der geleisteten Arbeit ab. Ebenso wenig wurde hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit unterschieden, das heißt, der Vorschuss war nicht abhängig davon, ob die Genossenschaft Gewinn oder Verlust machte. Aus diesem Grund gingen die Genossenschaftler dazu über, nebenbei eigenes Land individuell zu bearbeiten und Gewinne entsprechend dem geleisteten Einsatz zu erzielen. Darüber hinaus weitete sich der Schwarzmarkt aus und gab den Bauern des reformierten Bereichs die Möglichkeit, die Produkte der Parzellen, die für ihren Eigengebrauch gedacht waren, weit über dem offiziellen Preis zu verkaufen. Andererseits weigerten sich die Mitglieder der Genossenschaften das kollektive Land aufzuteilen, dessen Produkte teilweise über offizielle Kanäle zu staatlich festgesetzten Preisen vermarktet werden mussten, da sie sonst auf die monatlichen Vorschüsse und andere staatliche Vergünstigungen hätten verzichten müssen. Außerdem hätten sie im Fall der Privatisierung ihre Schulden an CORA begleichen und das Land bezahlen müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Regierung unter Allende mit Erfolg sowohl den Großgrundbesitz abschaffte als auch die Organisation unter den Kleinbauern und besitzlosen Landarbeitern förderte. Die Agrarreform verlieh der Landbevölkerung zweifellos eine neue Würde und einen höheren Lebensstandard, aber bezüglich der geschlechtlichen Gleichberechtigung und der Diskriminierung der indianischen Bevölkerung blieb noch viel zu tun. Im zweiten Jahr der Regierung Allendes verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation und die politische Opposition wurde zunehmend gewalttätiger. Trotz anhaltender Unterstützung der *Unidad Popular* durch die Massen des Volkes bereitete der Militärputsch im September 1973 der Regierung Allendes ein jähes, blutiges Ende.

4. Die neoliberale Integration in die Weltwirtschaft (1973-1990)

Die Militärregierung unter General Pinochet (1973-1990) definierte die Agrarfrage vollständig im Sinn des wirtschaftlichen Neoliberalismus. Seine Strategen (die *Chicago Boys*) argumentierten, dass Chile über relativ günstige natürliche Voraussetzungen für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau verfüge und daher die Ausfuhr von Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsprodukten eine Schlüsselrolle in der Integration Chiles in das weltweite kapitalistische System spielen sollte. Die ISI-Strategie und der Protektionismus wurden beendet und die chilenische Wirtschaft somit für den ausländischen Wettbewerb geöffnet (Hojman 1990).

In dieser Zeit des Neoliberalismus lassen sich hinsichtlich der Wirtschafts- und der Agrarpolitik zwei Phasen voneinander unterscheiden. Die erste kann als "dogmatischer Neoliberalismus" (1975-1982) bezeichnet werden und ist gekennzeichnet vom Niedergang des am Binnenmarkt orientierten Agrarsektors, während gleichzeitig der Export von Landwirtschaftsprodukten blühte. Trotz der antiinterventionistischen Haltung der Neoliberalisten ist nicht zu leugnen, dass der Erfolg der Exporte auf früheren staatlichen Maßnahmen fußte, zum Beispiel der Einrichtung von agroindustriellen und forstwirtschaftlichen Staatsunternehmen, der staatlichen Unterstützung für die Forschung und den Ausbau der Technologie in diesen Bereichen sowie der vorausgegangenen Agrarreform, die die traditionelle Struktur der Landwirtschaft aufgebrochen hatte.

Im Zuge der agrarischen Gegenreform der Militärregierung kam es zu umfangreichen Veränderungen der Besitzverhältnisse. Der Großteil des unter Frei (sen.) und Allende enteigneten Landes (1964-1973) wurde seinen früheren Besitzern zurückgegeben und der Rest wurde in *parcelas* (Parzel-

len) aufgeteilt, die an die Angehörigen des reformierten Bereichs verkauft wurden. Als Folge dieser Gegenreform besaßen die zurückgekehrten Großgrundbesitzer mit mehr als 80 BEH im Jahr 1986 erneut 26% des Landes und der Anteil der Besitzer in der Größenordnung von 5 bis 20 BEH verdoppelte sich von 12,8 auf 26%, da zu ihnen auch die neuen *parceleros* (Besitzer einer Parzelle) zählten (Jarvis 1992: 199). Ein Großteil der Nutznießer der früheren Agrarreform mussten jedoch auf jeden Landbesitz verzichten und mehr als die Hälfte der *parceleros* verkaufte ihr Land später, da die Bewirtschaftung nicht länger rentabel war (Echenique/Rolando 1991). Auch viele der Großgrundbesitzer, die ihr Land zurückerhalten hatten, verkauften einen Teil oder sogar das gesamte Land. Dadurch wuchs der Markt für Anbauland und die Agrarstruktur wurde flexibler und wettbewerbsfähiger, was der neoliberalen Denkweise entspricht.

Während die expandierenden Bereiche der Obst- und Holzexporte absolute Priorität erhielten, die dazu im Fall der Forstwirtschaft stark subventioniert wurden, wurden die so genannten traditionellen Anbauprodukte (besonders Getreide, Mais, Kartoffeln, Zuckerrüben und Bohnen) ebenso wie die Viehzucht völlig vernachlässigt. Die Nachfrage nach diesen Produkten auf dem Binnenmarkt ging in der Folgezeit als Konsequenz des Lohnverfalls und der stark steigenden Arbeitslosigkeit zurück. Gleichzeitig waren diese Bereiche der starken internationalen Konkurrenz durch Billigimporte ausgesetzt, die zudem oft in den exportierenden Ländern (Nordamerika, EU) staatliche Subventionen erhielten. Viele Groß- und Kleinbauern gingen daraufhin Bankrott.

Die zweite der unterschiedenen Phasen begann mit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 1982/83, die die Regierung dazu veranlasste, einen "pragmatischeren" Neoliberalismus zu praktizieren. Die bisherige Vernachlässigung der traditionellen Anbauprodukte und der Viehzucht wurde berichtigt. Der Bereich des Lebensmittelanbaus erholte sich teilweise und die Erträge verbesserten sich deutlich. Die neue Politik zielte auf eine eher graduelle Veränderung der Produktionsstätten in Form von Anregungen zur Modernisierung der kapitalistischen Landwirtschaftsgroßbetriebe und in geringerem Ausmaß auch derjenigen Kleinbetriebe, die für "lebensfähig" gehalten wurden. Die Einführung von Handelsschranken und Maßnahmen zur Preiskontrolle und Marketingunterstützung schufen einen gewissen Grad an Protektionismus für die Weizenbauern und Viehzüchter (Palma 1995). Das Ziel bestand darin, durch Verbesserung der Erträge die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich des Nahrungsmittelanbaus zu erhöhen. Neu eingeführte Programme

zur technischen Hilfestellung ließen eine veränderte Einstellung der Regierung zumindest gegenüber den besser gestellten Bauern erkennen. Es waren jedoch erneut vor allem die kapitalistischen Großgrundbesitzer, die sich im großen Rahmen der Technologien dieser "grünen Revolution" bedienen konnten. Die Kleinbauern verfügten im Allgemeinen weder über die technischen noch die finanziellen Mittel, um eine Ertragsverbesserung zu erzielen. Auf diese Weise belebten die protektionistischen Maßnahmen, wenn auch nur begrenzt, zusammen mit der Erholung der einheimischen Wirtschaft den Bereich der kapitalistischen Großbauern, die sich dem Anbau und der Viehzucht widmeten, und ermöglichten so seine Modernisierung und sein Überleben.

Die neoliberale Umstrukturierung der chilenischen Landwirtschaft veränderte auf drastische Weise die Zusammensetzung der Landarbeiterschaft. In den frühen siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts waren zwei Drittel der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft fest angestellt und ein Drittel musste sich mit Gelegenheitsarbeit begnügen. Gegen Ende der achtziger Jahre hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt. Gegenwärtig wird geschätzt, dass 60% der Zeitarbeiter im Obstanbau für den Export beschäftigt sind (Barrientos et al. 1999). Auch die geschlechtliche Zusammensetzung der Landarbeiterschaft hat sich verändert: Der männliche Anteil ist von 1986 bis 1994 um ein Fünftel zurückgegangen, während der Anteil der Frauen um über ein Fünftel gestiegen ist. Früher waren die Möglichkeiten für Frauen, als Lohnarbeiterinnen in der Landwirtschaft zu arbeiten, äußerst gering, aber durch die Einführung des Anbaus nicht traditioneller Exportprodukte sind sie viel größer geworden (Lago 1992). Heutzutage wird geschätzt, dass zwischen 52 und 70% der Zeitarbeiter im Obstanbau Frauen sind. Diese *temporeras* repräsentieren eine neue Form der Landarbeit, die in der raschen Expansion des Obstexports eine tragende Rolle gespielt hat. Während der Großteil der Festangestellten im Obstanbau Männer sind, liegt der Anteil der Frauen an der Gesamtarbeiterschaft über 45%, da die wenigsten Arbeitsplätze feste Anstellungen vorsehen (Barrientos et al. 1999).

Eine weitere bedeutende Veränderung ist der wachsende Anteil von städtischen Arbeitern an der Lohnarbeit in der Landwirtschaft. Etwa 20-30% der Landarbeiterschaft wohnt zur Zeit in städtischen Gebieten. Dieser Prozentsatz steigt in bestimmten Regionen zur Zeit der Obsternte bis auf 50% an. Es zeigt sich also, dass das neoliberale Modell des Landwirtschaftsexports zu einer Tendenz fort von der Festarbeit hin zur Saisonarbeit, von männlicher

zu weiblicher Beschäftigung sowie zur "Verstädterung" der Landarbeit geführt hat.

5. Produktive Veränderung mit einer sozialen Komponente ab 1990

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 hat die Agrarfrage ihre soziale Komponente zurückgewonnen. Die neuen demokratischen Regierungen versuchten einige der sozialen und politischen Rechte, die die Kleinstbauern und Landarbeiter in der Zeit der Agrarreform zugesprochen bekommen hatten, wieder einzuführen, ohne jedoch die Diskussion um eine Landreform erneut zu eröffnen. Die Agrarpolitik, die zunächst von Präsident Aylwin und seit 1994 von seinem Nachfolger Frei (jun.) verfolgt wurde, kann auf verschiedene Art und Weise beschrieben werden, als "Kontinuität und Wandel", "produktive Veränderung mit (etwas) Gerechtigkeit" oder "Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht" (Hojman 1993).

Es sind zumindest drei Faktoren der Kontinuität zur Diktatur zu finden: erstens die Beibehaltung der makroökonomischen Politik des Gleichgewichts und der Stabilität, die sogar erweitert wurde, um die Einwilligung – oder sogar die Unterstützung – der kapitalistischen Klasse zu erreichen und noch mehr Investitionen aus dem Ausland anzulocken; zweitens die Besorgnis um die Garantie der Fortführung der Obst- und Holzexporte, die dazu führt, dass die Koalitionsregierungen der *Concertación* sich dagegen sträubten, die gewerkschaftliche Organisation der Saisonarbeiter zu legalisieren oder andere wirtschaftliche und soziale Initiativen durchzuführen, die den Obst- und Holzexport beeinträchtigen könnten; und drittens die Beibehaltung und Vertiefung der Bemühungen, Chile an die internationalen Märkte anzuschließen. Dazu gehört die Annäherung an den *Mercosur*, den gemeinsamen Markt des südlichen Südamerikas (bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), und zukünftig möglicherweise auch die Mitgliedschaft in der NAFTA, dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen, wodurch der Druck der Wettbewerbsfähigkeit auf die chilenische Landwirtschaft noch zusätzlich erhöht wird.

Die Unterschiede zwischen der Agrarpolitik der demokratischen Regierung und des Militärregimes liegen vor allem im demokratischem Hintergrund, vor dem zur Zeit die neue Landwirtschaftspolitik gestaltet und ausgeführt wird. Obwohl der Weg noch lang ist, bis dieser demokratische Hintergrund gefestigt sein wird, ist der politische Bruch mit der autoritären Vergangenheit nicht zu leugnen. Die Regierungen der *Concertación* haben sich bisher vor allem mit Themen wie sozialer Gerechtigkeit, Kampf gegen

die Armut, Dezentralisierung der Verwaltung und Ausweitung der Errungenschaften der chilenischen Wirtschaft auf die Gemeinschaft der Bauern und der kleinen Produktionsbetriebe beschäftigt. Besonders in letzterem Punkt sind die Regierungen relativ erfolgreich gewesen, aber dennoch sind nach wie vor weitere Gesetzänderungen und drastischere Initiativen nötig, um die hartnäckigeren Probleme der Armut, Diskriminierung und Nachhaltigkeit in den Griff zu bekommen.

5.1 Veränderungen der Bodennutzung und der Erträge (1983-1998)

Hinsichtlich der Veränderungen in der Landwirtschaftsproduktion ist zu beobachten, dass in der Zeit der ISI-Politik von den dreißiger bis Anfang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Erträge eher spärlich waren. Nach 1973 führte die neoliberale Politik zu bedeutenden Anreizen für den Export und begünstigte das schnelle Anwachsen der Obst- und Holzproduktion. Gleichzeitig wurde die Binnennachfrage nach Lebensmitteln durch die negativen Auswirkungen des Neoliberalismus auf die Beschäftigung und das Lohnniveau reduziert, bis die einheimische Nahrungsmittelproduktion während der Wirtschaftskrise 1982/83 schließlich ihr niedrigstes Niveau erreichte, und die Anbaufläche auf ein Rekordminimum sank (Gómez/Echenique 1988: 289).

Wie bereits erwähnt, begann die Lage der traditionellen Anbauprodukte sich erst mit der Einführung von vorsichtigen protektionistischen Maßnahmen zu bessern, die die Bauern dazu ermutigten, die Erträge zu erhöhen und ausgefeiltere Organisationsmethoden anzuwenden. Mit der Ausnahme von Mais und Zuckerrüben blieben die Erträge in der Zeit von 1968 bzw. 1972 bis in die frühen achtziger noch relativ niedrig, verbesserten sich aber später deutlich. Die Weizen-, Mais- und Kartoffelerträge verdoppelten sich in der Zeit von 1980 bzw. 1982 bis 1992 bzw. 1995, wobei diese drei Pflanzen etwa zwei Drittel der gesamten Anbaufläche bedecken. Auch wenn im letzten Jahrzehnt die Fläche für traditionelle Anbauprodukte kontinuierlich kleiner geworden ist, ist die Produktionsmenge doch aufgrund stark erhöhter Hektarerträge konstant geblieben. Diese erstaunliche Leistung wird häufig von den von den Exportprodukten errungenen Erfolgen in den Schatten gestellt.

Äußerst bemerkenswert ist der Anstieg des Exportvolumens im Bereich der Obst- und Holzproduktion. Während diese Gruppe Mitte der siebziger Jahre nicht mehr als 2% des Gesamtexports ausmachte, ist ihr Anteil in den folgenden 20 Jahren auf erstaunliche 28% gestiegen und übertrifft damit bei

weitem das Niveau, das diese Exporte während der früheren nach außen orientierten Phase in der Zeit von 1850 bis 1930 gehalten hatten. Der Anstieg der Land- und Forstwirtschaftsexporte ist besonders bemerkenswert, wenn bedacht wird, dass der gesamte Agrarsektor zur Zeit nur 6% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht und lediglich 14% der Arbeitskräfte beschäftigt. Von 1973 bis 1989 verzwanzigfachte sich das Ausfuhrvolumen der Land- und Forstwirtschaft, es wuchs von 1990 bis 1996 jährlich um durchschnittlich 14,5%. In den Jahren von 1986 bis 1996 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate sogar 16,9%, weit über den ebenfalls beachtlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts mit 7,0% und der Landwirtschaft mit 5,9% jährlich (ODEPA 1994; 1999).² Die Dynamik des Exports wirkte sich anregend auf die Landwirtschaftsproduktion aus und brachte große Veränderungen der Produktionsstruktur der Landwirtschaft mit sich.

Überraschend ist, dass die vom Militärregime initiierten Veränderungen der Struktur der Bodennutzung von den Regierungen der *Concertación* nicht nur weitergeführt, sondern sogar erweitert wurden. Der Grund hierfür lag größtenteils in der anhaltenden Liberalisierung, die weitere Veränderungen der Differenzen zwischen den verschiedenen Formen der Bodennutzung hinsichtlich der Ertragfähigkeit mit sich brachten. Die Bauern reagieren zweifellos mit immer mehr Geschick auf die Veränderungen der einheimischen und internationalen Marktbedingungen, indem sie ihre Produktionsmuster anpassten, die Erträge erhöhten und so wettbewerbsfähig blieben. Die Gesamtanbaufläche in Chile ist von 1986/87 bis 1995/96 um erstaunliche 18,5% zurückgegangen, was in erster Linie eine Folge des Rückgangs bei den traditionellen Anbauprodukten ist (ODEPA 1994; 1999). Gleichzeitig nahm jedoch die Obst- und Weinanbaufläche von 1986/87 bis 1997/98 um 32,6% zu und die Fläche, die für Gartenbau und Blumenzucht genutzt wird, um 26,4% im selben Zeitraum (ebd.). Eine weitere bedeutende Veränderung war die Verbesserung der Weiden, die dazu führte, dass sich die Vieh- und Milchindustrie erholen konnte.

5.2 Neue politische Initiativen für den kleinbäuerlichen Bereich

Eine der entschiedensten neuen Initiativen der Regierungen der *Concertación* besteht in dem Versuch, die Landwirtschaft im Bereich der Kleinbauern zu modernisieren und damit auch gleichzeitig deren Lebensstandard zu er-

² 1997 fiel die Agrarproduktion um 2,1% aufgrund extremer klimatischer Bedingungen, aber das Bruttoinlandsprodukt stieg weiter um gesunde 7,1% (ODEPA 1999).

höhen und ihr Überleben zu sichern. Die Maßnahmen in diese Richtung firmierten unter dem Namen der "produktiven Umstellung". Diese Umstellung besteht in der Veränderung der traditionellen Produktionsstruktur dieser Bauern in Richtung der einträglicheren und dynamischeren Exportmärkte, das heißt, in Richtung Obstanbau, Gartenbau, Blumenzucht und Forstwirtschaft.

Eine solche Umstellung bringt jedoch für die Bauern spezifische Schwierigkeiten mit sich, da sie über geringere finanzielle, technische und unternehmerische Ressourcen verfügen. Darüber hinaus sind die Kleinbauern aus Gründen der Sicherstellung der Selbstversorgung abhängig von der Subsistenzproduktion und sie können es sich kaum leisten, sich zu sehr auf bestimmte Produkte zu spezialisieren oder sich ausschließlich am Markt zu orientieren. Viele der Umstellungsprojekte der Regierung werden daher begleitet von technischer Hilfestellung sowie Kredit- und Marketingberatung. Ferner beabsichtigt die Regierung, die Kleinbauern in ein Subventionsprogramm zur Aufforstung einzuschließen, das bisher vor allem den kapitalistischen Großbauern und Holzgesellschaften zugute gekommen war. Ebenso ist von der Regierung ein Bewässerungsprogramm konzipiert worden, das in Gebieten mit wenigen oder unregelmäßigen Niederschlägen von entscheidender Bedeutung ist. Um die Umstellung voranzutreiben, fördert die Regierung die Zusammenarbeit der Kleinbauern mit der Agroindustrie und hat Projekte in Gang gesetzt, die den Anbau von nicht traditionellen Exportprodukten, wie z.B. Blumen, stimulieren sollen. Andere Umstellungsprojekte zielen speziell auf die Erhöhung der Produktivität von Frauen unter der Landbevölkerung sowie der indianischen Bauern.

6. Offene Probleme

Die Löhne der Landarbeiter sind in den letzten zehn Jahren gestiegen und die ländliche Arbeitslosigkeit hat abgenommen, aber noch immer ist die Armut unter der Landbevölkerung weit verbreitet. Immerhin ist der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung von 1987 bis 1994 von 52% auf 32% zurückgegangen. Ebenso sank die Quote der extremen Armut von 1987 bis 1992 von 21% auf nur noch 10%, stieg danach jedoch wieder leicht an (Calderón 1996). Auch der Rückgang der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung war in diesen letzten zwei Jahren von 1992 bis 1994 wieder stark gebremst und fiel nur noch sehr geringfügig von 34% auf 32%. Aus diesen Zahlen lässt sich schließen, dass nach einer gewissen Zeit ein schnelles Wirtschaftswachstum nicht mehr länger in der Lage ist, die Armut

zu reduzieren, speziell in extremen Fällen und trotz der Durchführung von besonderen Programmen zur Bekämpfung der Armut. Genauso Besorgnis erregend ist, dass das Durchschnittseinkommen der Kleinbauern und das der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft stagniert – mit Ausnahme der zehn Prozent der Spitzenverdiener, die über besondere Kenntnisse verfügen und deren Einkommen zugenommen hat. Andererseits konnte wenigstens die Versorgung der Landbevölkerung mit Bildung, Gesundheit, Wohnungen, Wasser und Elektrizität verbessert werden.

Die Bauernorganisationen sind nach wie vor äußerst schwach und verfügen nur über wenige Mitglieder und noch weniger Einfluss auf die Regierungspolitik und die Arbeitgeber. Die Regierung ist nicht in der Lage gewesen, im Kongress eine neue Arbeitsgesetzgebung durchzusetzen, um die von der Diktatur geerbten Einschränkungen aufzuheben und die Organisation und den Machtzuwachs der Bauern und Landarbeiter zu erleichtern.

Dem Agrarsektor stehen ungewisse Jahre bevor, denn die "Phase des leichten Landwirtschaftsexports" zeigt die ersten Anzeichen der Erschöpfung und der ausländische Druck auf die einheimischen Produzenten nimmt zu, sowohl für die Binnenmarkt- als auch für die Exportproduktion. Die Wahrscheinlichkeit, dass auf die Kleinbauern große Schwierigkeiten zukommen werden, wächst, und es besteht die Gefahr, dass viele ihre Tätigkeit aufgeben werden. In diesem Sinn kann die Umstellung der Kleinbauern nicht als Allheilmittel angesehen werden. Nichtsdestotrotz könnte ein angemessen finanziertes und gefördertes Umstellungsprogramm zu einem wichtigen Schritt werden, um wenigstens die Zukunft eines Teils der Kleinbauernschaft sicherzustellen.

Auch der Umweltschutz ist ein Thema, das Anlass zur Sorge gibt. Die anhaltend hohen Wachstumsraten der chilenischen Wirtschaft seit Mitte der achtziger Jahre sind größtenteils auf Kosten der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes erreicht worden. Chile hat es verstanden, den Reichtum an Mineralen und Fischgründen sowie die für den Obstanbau und die Forstwirtschaft günstigen klimatischen Verhältnisse ausgiebig zu nutzen. Es wurde jedoch nur ein geringer Mehrwert geschaffen, die Rohstoffvorkommen sind teilweise erschöpft und die Umweltkosten hoch gewesen. So hat zum Beispiel der Holzexport dazu geführt, dass ein Großteil des einheimischen Waldes verschwunden ist. Dazu kommt, dass die Verarbeitungsprozesse praktisch unbedeutend sind, da das Holz größtenteils als Zellulose oder Holzspäne verkauft wird. Die Verarbeitungsfabriken für Zellulose und Obst und die Fischzuchtanstalten haben die Flüsse und Seen verschmutzt, und der

Plantagenanbau hat aufgrund der Verwendung von schädlichen Pestiziden die Gesundheit der Arbeiter im Obstanbau zerstört (Quiroga 1996). Manche Forscher und Umweltaktivisten stellen daher immer häufiger die Nachhaltigkeit des auf Export beruhenden Wachstumsmodells in Frage.

Chile ist zwar für viele Länder zu einem Modellfall geworden und die erreichten Leistungen sind zweifellos bemerkenswert, aber die angesprochenen Probleme verlangen nach Lösungen, die nur über eine Vertiefung der Demokratisierungsprozesse und einen Orientierungswandel hinsichtlich der Entwicklungsstrategie in Richtung auf mehr Gleichheit und mehr Umweltverträglichkeit erreicht werden können.

Literaturverzeichnis

- Barrientos, Stephanie/Bee, Anna/Matear, Ann/Vogel, Isabel (1999): *Women and Agribusiness: Working Miracles in the Chilean Fruit Export Sector*. London.
- Bauer, Arnold (1975): *Chilean Rural Society from the Spanish Conquest to 1930*. Cambridge.
- Calderón, Carlos (1996): "Pobreza, inequidad y políticas públicas en el sector rural chileno". Paper presented to the ISS-GIA Refresher Course on *Rural Development, Poverty and Environment in the Post-Adjustment Era*, 28. Okt. bis 8. Nov., Santiago.
- CIDA (1966): Chile: tenencia de la tierra y desarrollo socio-económico del sector agrícola, Santiago.
- Echenique, Jorge/ Rolando, Nelson (1991): *Tierras de parceleros ¿dónde están?*. Santiago.
- Gómez, Sergio/Echenique, Jorge (1988): *La agricultura chilena: las dos caras de la modernización*. Santiago.
- Hojman, David E. (Hrsg.) (1990): *Neo-Liberal Agriculture in Rural Chile*. London.
- (1993): *Change in the Chilean Countryside: From Pinochet to Aylwin and Beyond*. London.
- Hurtado, Carlos (1966): *Concentración de la población y desarrollo económico: el caso chileno*. Santiago.
- Jarvis, Lovell S. (1992): "The Unravelling of the Agrarian Reform". In: Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam, S. 189-213.
- Kay, Cristóbal (1977): "The Development of the Chilean Hacienda System, 1850-1973". In: Duncan, Kenneth/Rutledge, Ian (Hrsg.): *Land and Labour in Latin America*. Cambridge, S. 103-139.
- (1992): "Agrarian Reform and the Class Struggle". In: Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam, S. 129-151.
- Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.) (1992): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam.

- Lago, María Soledad (1992): "Rural Women and the Neo-liberal Model". In: Kay, Cristóbal/Silva, Patricio (Hrsg.): *Development and Social Change in the Chilean Countryside*. Amsterdam, S. 263-274.
- Mamalakis, Markos (1976): *The Growth and Structure of the Chilean Economy*. New Haven.
- Muñoz, Oscar (1971): *Crecimiento industrial de Chile 1914-1965*. Santiago.
- ODEPA (1994): *Banco básico estadístico: indicadores macro-silvoagropecuarios*. Santiago.
- (1999): <<http://www.minagri.gob.cl/minagri/cuadros/cuagif/tabla001.html>>; and <[tabla007.html](#)>; and <[tabla022.html](#)> (vom 5.1.1999).
- Ortega, Emiliano (1994): "El momento actual en la agricultura". In: *Temporada Agrícola*. Nr. 4, S. 1-36.
- Palma, Cristián (1995): "Structural Adjustment and Agricultural Performance: The Chilean Case". In: Weeks, John (Hrsg.): *Structural Adjustment and the Agricultural Sector in Latin America and the Caribbean*. London, S. 177-204.
- Quiroga, Rayén (1996): *The Tiger Without a Jungle: Environmental Consequences of the Economic Transformation of Chile*. Santiago.
- Valdés, Alberto (1973): "Trade Policy and its Effect on the External Agricultural Trade of Chile 1945-1965". In: *American Journal of Agricultural Economics*, Bd. 55, Nr. 2, S. 154-164.

Frank Wältring

Der Industriesektor in Chile: Eine Fallstudie zur Textil- und Bekleidungsindustrie

Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen bringt folgenreiche wirtschaftliche Veränderungen mit sich, die nationale Wirtschaftsstandorte mit komplexen Umdenkprozessen konfrontiert. Der Nationalstaat verliert angesichts der immer wissensintensiveren und spezialisierteren Produktionsanforderungen an Steuerungs- und Integrationsfähigkeit. Zugleich stellt der rasante Anstieg des internationalen Wettbewerbs im Rahmen des technologischen Fortschritts die Unternehmerschaft eines jeden Wirtschaftsstandortes vor hohe Lern- und Qualifizierungsherausforderungen. Stabile makroökonomische Indikatoren sind zwar eine Voraussetzung für den Ausbau von Wettbewerbsfähigkeit. Im Falle Chiles verdecken jedoch die erfolgreichen makroökonomischen Indikatoren und der Modelldiskurs des Landes die neuen Herausforderungen, die für ein stabiles, langfristiges, sozial verträgliches und nachhaltiges Wachstum notwendig wären.

Chile wird heute in Lateinamerika als Modell wirtschaftlicher Entwicklung gehandelt. Zwar hat sich das Land auf der Basis seiner ressourcenbasierten Exportspezialisierung frühzeitig in den Weltmarkt integriert. Es mangelt aber an Ansätzen in Richtung Industrialisierung. Diese ist aber für eine umfangreichere Partizipation und Integration der gesellschaftlichen Akteure in den Wirtschaftsprozess notwendig. Einseitig wirtschaftsliberale Strategien haben sich dafür in den vergangenen zwei Dekaden als unzulänglich erwiesen.

Empirische Studien zu verschiedenen OECD-Ländern und ostasiatischen Staaten zeigten im vergangenen Jahrzehnt, dass Wettbewerbsfähigkeit und industrielle Entwicklung einen systemischen Charakter gewinnen, weil neben Markt und Wettbewerb nicht-ökonomische und soziokulturelle Faktoren wie Kommunikation, Kooperation, Qualifikation, Lernbereitschaft und -fähigkeit, entscheidende Wettbewerbsdeterminanten darstellen.¹ Dieser Ar-

¹ Als Zusammenfassung der systemischen Ansätze vgl. Messner (1995) sowie den vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) entworfenen Analyserahmen der Systemischen Wettbewerbsfähigkeit (Eßer et al. 1994).

tikel beruht auf der Annahme, dass neoliberale Verhaltensmuster und Steuerungsformen auf der Mikro- und Makroebene allein nicht in der Lage sind, systemische Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Institutionen und Politiken sind gefragt, die Kommunikations- und Austauschpfade eröffnen und dazu beitragen, das Wissenspotential der jeweiligen Gesellschaften zu bündeln. Im Rahmen der internationalen Diskussion über die Förderung industrieller Entwicklung zeichnen sich vier entscheidende Dimensionen ab, die einen wettbewerbsfähigen Standort prägen:

1. Eine Unternehmerschaft, die auf der innerbetrieblichen Ebene kreative Modernisierungsanstrengungen verfolgt und zur eigenen flexiblen Spezialisierung zugleich wissensintensive Beziehungen zu anderen zuliefernden Unternehmen und technologischen, qualifizierenden und politischen Institutionen ausbaut.
2. Ein unterstützendes institutionelles Unternehmensumfeld im qualifizierenden, technologischen und beratungstechnischen Bereich, das die Unternehmerschaft bei der Suche nach effizienten Produktions-, Organisations- und Innovationsformen unterstützt.
3. Effiziente Strukturpolitiken, die zum Aufbau eines institutionellen, interaktiven Unternehmensumfeldes beitragen und den lokalen Anforderungen angepasst sind. Aufgrund des Wissens-, Steuerungs- und Finanzdefizits des Nationalstaates verlangt die Ausarbeitung entsprechender Politiken die Kooperation öffentlicher und privater Akteure.
4. Für die Umsetzung dieser Standortfaktoren ist eine Strukturgestaltung "von unten" samt kollektiver Such- und Problemlösungsprozesse entscheidend.

Chile als ein Modell zu bewerten, hängt von der Definition des Modells ab. Vergleicht man das Land mit anderen Staaten z.B. Zentralamerikas, zeigt sich, dass Chile es innerhalb von 20 Jahren geschafft hat, einen agroindustriellen Exportsektor aufzubauen, was einer Vielzahl anderer ressourcenbasierter Exportländern in Lateinamerika nicht gelungen ist. Dieser Beitrag vertritt jedoch die These, dass Chile die Möglichkeiten der industriellen Entwicklung nicht hinreichend genutzt hat. Teilweise hat das Vertrauen der Politik auf die Marktkräfte kontraproduktiv gewirkt. Die These dieses Artikels ist, dass das Land eine wertschöpfungsintensive Industrialisierungsphase deshalb nicht erreicht, weil einflussreiche politische und gesellschaftliche Akteure an traditionell-marktnahen Handlungsstrategien festhalten. Festge-

fahrene neoliberale Wertemuster und Handlungsorientierungen, die in den vergangenen zweieinhalb Dekaden das Verhalten und die Kräfteverhältnisse in Wirtschaft und Politik geprägt haben, blockieren die Erarbeitung von langfristigen, problemlösungsorientierten und wettbewerbsfördernden Strategien. Zugleich werden mit dem Festhalten an minimalstaatlichen Prinzipien dezentrale wirtschaftspolitische, institutionelle, regulierende und koordinierende Anstrengungen zur industriellen Weiterentwicklung des Standortes vernachlässigt.

1. Die Kräfteverhältnisse der wirtschaftlichen Akteure in den neunziger Jahren

Die erste demokratische Regierung nach der Diktatur trat 1990 ihre Amtszeit mit einem ambitionierten Programm an. Einerseits sollte an einer pragmatischen wirtschaftsliberalen Entwicklungsstrategie zur Sicherung des Wachstums festgehalten werden. Andererseits wurde das Ziel verfolgt, durch aktive Reformmaßnahmen und einen Annäherungsprozess zwischen Arbeit und Kapital eine zweite Entwicklungsphase mit einer höheren Wertschöpfung einzuleiten. Nach einer Dekade fällt das Ergebnis dieses Reformvorhabens zwiespältig aus. Zwar hat es das Regierungsbündnis aus Christdemokraten und Sozialdemokraten, die *Concertación*, geschafft, die "soziale Schuld" zu reduzieren. Auch wurde über Konzertierungsprozesse und die Einführung von Diskursforen wie dem *FORO de Desarrollo Productivo* ein Annäherungsprozess zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmerverbänden eingeleitet. Eine annähernde Kräfteparität existiert jedoch nicht und kam aufgrund des ausgeprägten Misstrauens und des Festhaltens an neoliberalen Prinzipien von Seiten der Großunternehmerschaft nicht zustande. Beispielfür die kompromisslose Haltung der Unternehmerschaft sind die gescheiterten Reformversuche der Arbeitsgesetzgebung (Seit 1997).

Die Spitzenverbände der Unternehmer blockieren bisher einen moderaten Diskurs. Sie sehen in jeglicher Ausweitung der Handlungsspielräume der Arbeiterschaft ihre eigenen Wirtschaftsinteressen in Gefahr. In ihrer Haltung werden sie von den "rechten" Oppositionsparteien unterstützt. Letztere verfügen im Senat – dank verbliebener autoritären Enklaven in der Verfassung von 1980 – weiterhin über die Möglichkeit, Gesetzesvorhaben der Regierung zu blockieren.² Zugleich halten große Teile der demokratischen Elite auf-

² Zu den entscheidenden autoritären Enklaven der Verfassung von 1980 gehört a) eine binominale Wahlgesetzgebung, durch die die politische Rechte überproportional in Par-

grund eigener Überzeugungen an neoliberalen Maximen fest. In ihrer Haltung fühlen sie sich durch die relativ stabilen Wachstumszahlen bestätigt. Diese Situation hat sich auch durch den Regierungswechsel von dem christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei zu dem sozialistischen Präsidenten Ricardo Lagos nicht wesentlich geändert.

Chiles sozio-ökonomische Entwicklung ist auch Ende der neunziger Jahre noch von den Problemen des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie geprägt. Wichtige demokratische Reformen sind nur durch Kompromisse mit dem Militär zu bewerkstelligen. Die verschiedenen demokratischen Regierungen unternahmen den schwierigen Drahtseilakt, einerseits an einer staatsminimalistischen, neoliberalen Entwicklungsstrategie festzuhalten, andererseits aber zaghaft aktivere Strukturpolitiken zu forcieren. In der Retrospektive haben sich diese beiden Ziele gegenseitig eher behindert als ergänzt. Verdeutlichen lässt sich dies an zwei Beispielen:

1. Die ignorante Haltung der Unternehmerschaft gegenüber den Interessen der Arbeiterschaft hat dazu geführt, dass ein weiterer ideologischer Öffnungsprozess der Gewerkschaften aufgeschoben wurde. Dabei hatten sich die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren schrittweise von ihrer klassisch-konfliktiven und klassenkämpferischen Orientierung verabschiedet und die Ausrichtung an Weltmarkt und Wettbewerbsfähigkeit zu akzeptieren begonnen. Trotz ihrer Bereitschaft, auf die Unternehmerschaft zuzugehen, kamen letztere den Gewerkschaften nicht entgegen, was in der Ablehnung der moderaten Reformvorschläge zur Arbeitsgesetzgebung zum Ausdruck kam. Nach dem Scheitern dieses Konzertierungsversuches neigen die Gewerkschaften nun wieder eher zu einer konfrontativen Ausrichtung.
2. Durch die kooperationsfeindliche Haltung der Unternehmerschaft und eines Teils der politischen Elite wurde bisher die Chance unzureichend genutzt, industrielle Beziehungen aufzubauen, die darauf abzielen, innerhalb der Unternehmen eine Betriebskultur zu fördern, welche Kreativität, sozialen Ausgleich, Motivation und ökonomische Effizienz miteinander koppelt.

Unabhängig von diesen Grundtendenzen hat die demokratische Regierung auf der institutionellen Ebene unterschiedliche Reformanstrengungen

lament und Senat vertreten ist, und b) die Institution der designierten Senatoren im Oberhaus, die mit den gewählten Senatoren der politischen Rechte das Blockadepotential jeglicher Gesetzesreformen verleiht (vgl. Lauga 1996: 120f.; Moulian 1997).

unternommen. Im folgenden Abschnitt konzentriert sich die Analyse dieser Reformen auf die Wirtschaftsförderagentur CORFO und auf das nationale Qualifizierungssystem SENCE (*Servicio Nacional de Capacitación y Empleo*).

2. Institutionelle Angebote im Unternehmensumfeld

Einige Wissenschaftler sprechen Chile nicht nur im makroökonomischen, sondern auch im mesoökonomischen Bereich Modellcharakter zu. Diesen Stimmen zufolge sind aktive strukturbildende Politiken maßgeblich für das wirtschaftliche Wachstum in Chile verantwortlich.³ Es lässt sich nicht leugnen, dass die Regierung in der vergangenen Dekade Anstrengungen zur Verbesserung des institutionellen Unternehmensumfeldes unternommen hat. Als vorbildlich können sie jedoch nicht bezeichnet werden. Im Vergleich zu Industrieländern und z.B. ostasiatischen Schwellenländern ist die institutionelle Infrastruktur Chiles unterentwickelt. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben waren 1999 mit 0,85% des BIP im Vergleich zu 3% in den Industrieländern sehr niedrig. Investitionen in das öffentliche Erziehungssystem sind geringer als in jedem anderen Land mit vergleichbarem Wachstum. Insbesondere die qualitative Kluft zwischen den öffentlichen und privaten Einrichtungen im Erziehungssystem konnte deshalb nicht geschlossen werden. Die universitäre Bildung ist in weiten Teilen nicht den Anforderungen im produktiven Bereich angepasst.⁴

2.1 Die Wirtschaftsförderagentur CORFO

Die *Corporación de Fomento de la Producción* (CORFO) stellt die industriepolitische Regierungsorganisation Chiles dar. Zwischen 1939 und 1973 galt sie als die entscheidende Institution für eine staatlich initiierte importsubstituierende Industrialisierung. Unter der Militärdiktatur wurde ihre Aufgabe weitgehend auf die Privatisierung der Staatsbetriebe reduziert. Die demokratischen Regierungen verwiesen nach Überwindung der Diktatur auf diverse Formen von Marktversagen (wie Informations-, *Know-how*- und Organisationsdefizite der Unternehmen), die durch die Einführung eines nationalen Förderprogramms von CORFO zur Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) (1991) bekämpft werden sollten.

³ Vgl. u.a. Veröffentlichungen des DIE von Eßer (1999) und Langner (1999).

⁴ Der Anteil der Ingenieurstudiengänge an den Universitäten ist gering (vgl. Labarca 1997: 96f.; Crespi/Benavente 1997: 250f.).

Das Ziel der Einführung einer Vielzahl von Instrumenten ist es,⁵ auf der regionalen und lokalen Ebene zwischenbetriebliche Kooperationsbeziehungen unter geographisch konzentrierten Unternehmen (PROFOs) sowie Synergieeffekte zwischen Unternehmen, Universitäten und Technologieinstitutionen (FONTEC/FONDEF) zu fördern. Diese Reformmaßnahmen verdeutlichen, dass die Regierung damit einer doppelten Erkenntnis aus Forschungen über regionale und lokale *Cluster* Rechnung trägt (Porter 1990; Grabher 1993; Sengenberger/Pyke 1992): 1. Ein hauptsächliches Problem von KMU ist nicht ihre geringe Größe, sondern ihre Isolierung vom Unternehmensumfeld; 2. Kompetitive Kooperation im zwischenbetrieblichen und institutionellen Bereich sowie die Vernetzung der Sphären miteinander sind für einen intensiven Wissensaustausch und wirtschaftliche Spezialisierungsanstrengungen unverzichtbar.

Evaluierungen der Förderprogramme weisen darauf hin, dass die einzelnen Instrumente punktuell zu Kooperationen und Lernprozessen zwischen lokalen Unternehmen und intermediären Institutionen und auch zu Qualitätsverbesserungen sowie Spezialisierungsanstrengungen von Unternehmen beitragen. Neben dem Abbau von gegenseitigem Misstrauen zwischen den Unternehmen haben die PROFOs auch oft positive innerbetriebliche Effekte zur Folge: eine bessere Unternehmensführung, professionelleres Marketing, die Qualifizierung von Mitarbeitern auf der Direktions- und Administrationsebene und die Ausweitung von Kontakten zu Universitäten, Technologieeinrichtungen und Zulieferfirmen. Zugleich hat der Besuch von internationalen Messen den Kontakt zu ausländischen Unternehmen und potentiellen Kunden intensiviert. Dynamische Wettbewerbsvorteile im Sinne einer effektiveren inner- und zwischenbetrieblichen Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses wurden jedoch kaum erreicht. Gesamtwirtschaftlich haben die PROFOs eher eine bescheidene Erfolgsbilanz vorzuweisen. Sie haben nicht zu spürbaren und generalisierten Wirkungen geführt.⁶

CORFO hat in den vergangenen Jahren seine Koordinations- und Wirkungsfähigkeit durch die Dezentralisierung von Aufgabenbereichen ausgebaut. Seit 1994 treten fast ausschließlich regional konzentrierte Unternehmensverbände als Durchführungsorganisationen der Förderinstrumente auf. Zugleich hat CORFO innerhalb der verschiedenen Regionen des Landes Vertretungsbüros eröffnet, die eine vermittelnde Instanz im Netzwerk zwi-

⁵ Vgl. zu den verschiedenen Instrumenten Dini/Katz (1997); CORFO (1997).

⁶ Vgl. Crespi et al. (1997: 25ff.). Für weitere PROFO-Studien vgl. Montero (1995b); Dini (1993); Rojas (1994; 1995); Muñoz (1996).

schen den KMU, Verbänden und öffentlichen Einrichtungen einnehmen sollen. Diese Anstrengungen zeigen auf, dass ein Bewusstsein für lokale *Cluster*-Strukturen vorhanden ist. Dennoch existieren verschiedene Hindernisse, die effiziente Netzwerkstrukturen blockieren:

- Zwar hat die Vergabe der Programmdurchführung an Unternehmerverbände CORFO entlastet und die Informationslücke zu den Unternehmern verringert. Zugleich ist diese deregulierende Form der Dezentralisierung jedoch nicht gleichzusetzen mit einer generellen Effizienzsteigerung. Die Unternehmerverbände richten sich vorrangig an Unternehmen mit größeren Erfolgsaussichten aus, während die Informationslücken von KMU kaum geschlossen werden.
- Es mangelt in verschiedenen Regionen an einer ausreichenden institutionellen Infrastruktur, die ohne eine Kooperation zwischen Unternehmern und Technologie-, Forschungs- oder Beratungsinstitutionen nicht gelingen kann. Die Unternehmerverbände verhalten sich in der Frage des “Institution Building” eigennützig. Sie betrachten die Fördermittel vorwiegend als Instrumente zur Stärkung der eigenen Organisationsfähigkeit und nicht als Hebel zum Aufbau von vernetzten und interaktiven Strukturen auf der regionalen Ebene.
- Die Instrumente selbst sind nicht so angelegt, dass sie institutionelle Mängel im Qualifizierungs- und Technologiebereich auffangen. Dies liegt z.T. an den unzureichend ausgestatteten Budgets für solche Zwecke, vor allem aber an der Koordinationsform innerhalb von CORFO. Trotz der Dezentralisierungsmaßnahmen bleibt deren Steuerungsmuster hierarchisch ausgerichtet: Die Instrumente werden zentral von CORFO entworfen und sind zudem weitgehend standardisiert. Den regionalen Vermittlungsbüros wird dadurch nur ein geringer Handlungsspielraum ermöglicht. Sie sind kaum imstande, mit dezentralen industriepolitischen Maßnahmen auf konkrete Probleme der lokalen Unternehmen zu reagieren.

2.2 Das Qualifizierungssystem SENCE

Der Ausbau von dynamischen Wettbewerbsvorteilen erfordert umfangreiche Investitionen in Humankapital. Qualifizierte Facharbeiter sind sowohl für die Modernisierung der Produktionsstrukturen als auch für eine flexible Spezialisierung unverzichtbar. Ein entscheidendes Problem des chilenischen Ausbildungssystems ist, dass es an einer Verbindung zwischen formaler Erzie-

hung und effizienten beruflichen Qualifizierungsstrukturen mangelt. Ein duales Ausbildungssystem gibt es in Chile als Regelfall nicht. Zwar findet dieser Ansatz auf der Diskursebene bei Unternehmern und dem Staat Zustimmung. In der Umsetzung mangelt es aber an einer umfassenden privaten und öffentlichen Zusammenarbeit.

Das Ausbildungssystem hat sich in den letzten 20 Jahren vornehmlich auf das staatliche Angebot des *Servicio Nacional de Capacitación y Empleo* (SENCE) beschränkt. Mit der Bildung von SENCE im Jahr 1976 setzte sich ein neoliberaler Ansatz durch. Dabei wurde von einer vollständigen Information für alle Marktteilnehmer und gleichen Zugangsmöglichkeiten der heterogenen Unternehmerschaft zum SENCE-System ausgegangen. Getreu dem marktregulierten Allokationsprinzip wurden die Angebote der Qualifizierungsprogramme allein auf der Basis der Nachfrage von Unternehmen entworfen. Die Qualifikation der Arbeiter wurde zugleich in den Ermessensspielraum der "rational" handelnden Unternehmerschaft gelegt.

SENCE führt verschiedene Qualifizierungsprogramme durch (Mizala/Romaguera 1996; SENCE 1996). Die folgende Analyse konzentriert sich auf das *Programa Empresa*, dem mehr als 90% der Ausbildungsmaßnahmen angegliedert sind. Die finanzielle Abwicklung der Kursteilnahme baut dabei auf einem Anreizsystem des Staates auf: Jedes Unternehmen kann 1% seiner Lohn- und Gehaltssumme für die Qualifizierung seiner Arbeiter absetzen.⁷ SENCE selbst fungiert hierbei als öffentliche Koordinierungsinstitution, während Angebote der Ausbildungskurse vorwiegend von privaten Institutionen, den so genannten *Organismos Técnicos de Ejecución* (OTES) (Universitäten, Technologieberatungen, Unternehmerverbänden etc.) durchgeführt werden.

Die Strukturen des Qualifizierungssystems erwiesen sich zwischen 1976 bis 1989 als wenig wirksam. Das Kursangebot und die Steuererleichterungen wurden kaum genutzt. Lange Jahre wurde dies allein mit der mangelnden Qualifizierungsbereitschaft der Unternehmer erklärt. Die demokratische Regierung erkannte jedoch die Mängel des Systems. Ihr Ziel war es, insbesondere die mangelnde Information über die Angebote und die unzureichende Abstimmung der Kurse auf die Bedürfnisse der Unternehmerschaft aufzuheben. Mit den *Organismos Técnicos Intermedios Reconocidos* (OTIR) wurde 1989 eine neue intermediäre Institution eingeführt, die zwischen SENCE, den OTES und den Unternehmern vermitteln sollte. Das Ziel der

⁷ Seit einem neuen SENCE-Gesetz von 1997 gilt für Mikrounternehmen die Absetzformel von 2%.

OTIR ist es, die Informationslücke auf dem Markt zu schließen, Nachfrage zu initiieren und gleichzeitig das Angebot des Qualifizierungssystems besser auf die Bedürfnisse der Unternehmerschaft auszurichten.

Eine Dekade nach den ersten Reformen im Qualifizierungssystem zeigt sich, dass die Einführung der OTIR dazu beigetragen hat, dass zwischen 1991 und 1995 die Anzahl der Arbeiter, die durch SENCE qualifiziert wurden, um 60% gestiegen ist. Dies ist bemerkenswert, doch in Anbetracht der geringen Gesamtzahl qualifizierter Arbeiter immer noch unzureichend. Landesweit profitierten 1995 nur 8% der gesamten Arbeiterschaft von dem Angebot SENCEs. Dies kann einerseits mit den geringen Qualifizierungsanstrengungen der Unternehmer erklärt werden. Es verdeutlicht andererseits aber auch weiter bestehende gravierende Unzulänglichkeiten innerhalb des Ausbildungssystems.

Nicht nur die geringe Ausnutzung der Angebote stellt die Wirksamkeit des Systems in Frage, sondern auch die interne Aufteilung der durchgeführten Qualifizierungen:

- 70% der Maßnahmen werden von Großunternehmen in Anspruch genommen. Nur 20% fielen auf die KMU, obwohl letztere 70% der Arbeitskräfte in Chile beschäftigen (Mizala/Romaguera 1996: 120).
- 1995 haben nur knapp über 7% der gering oder nicht qualifizierten Arbeiter von den Kursen des Systems profitiert.
- Die Kurse sind im Management- und Verwaltungsbereich konzentriert. Zwar sind Fortbildungen im Finanz-, Buchhaltungs- und Computerbereich für eine effiziente Betriebsführung wichtig. Für KMU relevante Angebote im technischen und industriellen Bereich nehmen jedoch mit 2,4% einen verschwindend geringen Anteil ein (Crespi 1997: 20f.).
- Die Nutzung der SENCE-Angebote ist geographisch ungleich verteilt. 1994 konzentrierten sich 59% der Qualifizierungen auf drei der zwölf Regionen des Landes.⁸

Sowohl in dem Förderangebot von CORFO als auch in denen von SENCE ergänzen sich ein weitgehender Verzicht auf aktivere Strukturpolitiken und minimalstaatliche Verhaltensmuster einerseits und eher traditionell-zentralistische Organisations- und Steuerungsmuster in den Bereichen, in denen sich Ansätze einer aktiveren Wirtschaftsförderung abzeichnen, ande-

⁸ Diese Regionen waren Antofagasta (30%), Atacama (15%) und Metropolitana (14%) (vgl. Mizala/Romaguera 1996: 120).

rerseits. Die wenigen existierenden Programme sind hierarchisch konzipiert und weitgehend standardisiert, so dass lokale Eigeninitiativen blockiert werden. Der Aufbau eines dynamischen Unternehmensumfeldes und die Einbindung der Unternehmerschaft in die Schaffung nationaler Wettbewerbsvorteile gelingt unter diesen Umständen kaum. Damit in Zukunft die Mesostrategien in Chile nicht an Legitimation verlieren, wäre eine umfangreichere Strukturgestaltung "von unten" notwendig. Hierzu müsste die Dezentralisierung von Standortpolitiken vorangetrieben werden.

3. Die Krise der Textil- und Bekleidungsindustrie: Chancen und Blockaden

Am Beispiel des Textil- und Bekleidungssektors lassen sich die Kernprobleme des chilenischen Strukturwandels des vergangenen Jahrzehnts nachzeichnen. Die Krise des Sektors ist nicht nur auf die neoliberale Wirtschaftsstrategie zurückzuführen. Es zeigen sich auch unzureichende Modernisierungs- und Kooperationsanstrengungen der Akteure innerhalb des Sektors. Im folgenden wird erst kurz auf die Gründe der Krise eingegangen. In einem zweiten Schritt wird das Verhalten der Unternehmer, des Staats und der Gewerkschaften im Kontext der Krise dargestellt.

3.1 Die Krise des Sektors und die Strategien der Unternehmerschaft

3.1.1 Die Krise des Sektors

Der chilenische Textil- und Bekleidungssektor ist ein typischer, in der Importsubstitutionsphase entstandener Sektor. Seine unflexible, qualitätsschwache und kostenintensive Produktionsstruktur offenbarte sich mit der radikalen Außenöffnung Chiles seit 1975. Der Strukturwandel neoliberaler Provenienz führte in den folgenden zwei Jahrzehnten zu einer kontinuierlichen Verkleinerung des Industriezweiges.⁹ Nachdem sich der Sektor in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre etwas erholte, führte die Fortsetzung der Außenöffnung und die Senkung des einheitlichen Zollsatzes von 15% auf 11% im Jahre 1991 erneut zu einer tiefen Krise.¹⁰ Seit Anfang der neunziger

⁹ 1979 erwirtschaftete der Sektor noch 8,1% der Wertschöpfung der verarbeitenden Industrie, während 18% der Arbeitskräfte in ihm beschäftigt waren. 1988 sank der Anteil der industriellen Wertschöpfung des Sektors auf 5,9%, der Anteil der Beschäftigten auf 14,7% (vgl. Frías 1994: 24f.). Diese Entwicklung setzte sich in der letzten Dekade fort.

¹⁰ Deckte die chilenische Textil- und Bekleidungsindustrie von 1969 bis 1973 noch 97% und 98% der nationalen Nachfrage, waren es 1981 nur noch 70% und 80%. Der Anteil an der nationalen Marktnachfrage nahm jedoch ab und führte dazu, dass 1995 der Beklei-

Jahre ist der Sektor mit einem Ansturm von Billigimporten aus China konfrontiert, deren Produkte vorwiegend den Absatz im niedrigen Qualitätssegment besetzen.

Langfristig scheint es für die chilenische Bekleidungs- und Textilwirtschaft nicht realistisch, im arbeitsintensiven Produktsegment niedriger Qualität mit Ländern zu konkurrieren, die mit weit günstigeren Lohnkosten produzieren können. Neben der erforderlichen Einschränkung der Marktverzerrungen durch subventionierte Importe muss die Unternehmerschaft des Sektors dynamische Wettbewerbsvorteile ausbauen, um die Produktivität und Qualität zu erhöhen. Zur Überwindung der Krise sind jedoch nicht allein innovative Handlungsstrategien der Unternehmer gefragt, sondern auch ein unterstützendes institutionelles Umfeld.

Die handelspolitische Ausrichtung der Regierung verweist darauf, dass der fortschreitende Strukturwandel innerhalb des Sektors unvermeidlich einen weiteren Schrumpfungsprozess und einen Verlust an Arbeitsplätzen zur Folge haben wird. In den vergangenen 25 Jahren hat die Außenöffnung bereits zu einer einschneidenden Umstrukturierung der nationalen Produktionsstruktur geführt. Die nationale Produktionskette hat sich bis in die Gegenwart stetig weiter fragmentiert. Dominierten in den siebziger Jahren Großunternehmen den Sektor, wird er heute vorwiegend von KMU getragen. Nur wenige Großunternehmen schafften es, sich durch intensive technologische Investitionen, Rationalisierungs- und *Outsourcing*-Prozesse zu modernisieren. Ein großer Teil der Klein- und Mikrounternehmer war ehemals in den Großbetrieben beschäftigt. Sie eröffneten nach deren Schließung mit gebrauchten Maschinen eigene Produktionsstätten. Seit der weiteren Außenöffnung von 1991 sind gerade diese binnenmarktorientierten Unternehmen vom Import aus Asien betroffen. Gleichzeitig verhindert ihre technologisch veraltete Produktionsweise die Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte mit Skalenvorteilen.

Die wettbewerbsfähigsten und exportorientierten Betriebe werden in der Mehrzahl von solchen KMU gestellt, die in der Vergangenheit vorrangig Innovationen im technologischen Bereich verwirklichen konnten. Zugleich hat ein Einflussgewinn von großen Handelskonzernen und Kaufhausketten stattgefunden, die Großeinkäufe auf den internationalen Märkten tätigen können. Die größere Unabhängigkeit dieser so genannten *multitiendas* von

dungssektor nur noch 49,6% des nationalen Konsums versorgte (vgl. Aninat 1986: 250; Reinecke 1997: 10).

der nationalen Produktion ermöglicht es ihnen, die Preise auf dem nationalen Markt zu beeinflussen, teilweise sogar zu diktieren.

Die nationale Textilproduktion ist von prekären Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen, geringer Qualifizierung und einer pretayloristischen Arbeitsform geprägt. Die Außenöffnung, begleitet von einer nur marginalen Verbesserung der Arbeitsbeziehungen und des institutionellen Umfeldes, hat zu passiven Anpassungsstrategien der Unternehmen beigetragen. Die zwischenbetrieblichen Zulieferbeziehungen sind in weiten Teilen von Subkontraktionsverhältnissen zum Zweck der reinen Kosten- und Risikoexternalisierung geprägt. Der Großteil der Unternehmen versucht auf diese passive Weise, seine Wettbewerbsfähigkeit zu halten bzw. zu erhöhen (Abramo et al. 1996: 16).

Für Chile stellt sich die Frage, ob der Textil- und Bekleidungssektor weiter an Wettbewerbsfähigkeit verliert oder ob mittelfristig eine flexible Modernisierung und Umstrukturierung gelingt. Modernisierungspotential besitzt diese Industrie. Das beweisen auch die kontinuierlich steigenden Exportzahlen des Sektors. Zwischen 1990 und 1996 verdoppelten sich die Exporte. 1997 betrug die Steigerungsrate des Exports 12%. Im gleichen Zeitraum ist es jedoch nicht gelungen, die Importrate zu verringern und die negative Handelsbilanz des Sektors zu verbessern. Chile importiert fünfmal mehr Textil- und Bekleidungswaren, als es selbst exportiert.¹¹

3.1.2 Die Strategien der Unternehmer

Die chilenischen Textilunternehmer orientieren sich generell an einer kurzfristigen Handlungsstrategie. Zwar zeichnet sich ab, dass innerhalb der wettbewerbsfähigeren und exportorientierten Mittel- und Großunternehmen die Bedeutung von dynamischen Wettbewerbsfaktoren erkannt wird. Innovationen sind jedoch überwiegend auf den technischen und administrativen Bereich konzentriert und gehen nur unzureichend mit neuen Formen des Arbeitsprozesses, der Qualifizierung von Arbeitskräften oder der Förderung einer neuen Betriebskultur einher.

Innerhalb des Sektors zeigt sich, dass der Großteil der KMU, die mit ihrer Ausrichtung auf den nationalen Markt von der Außenöffnungspolitik und dem Anstieg von Billigimporten besonders betroffen sind, kaum aktive Stra-

¹¹ 1990 lagen die Exporte bei 75,5 Mio. US\$, stiegen bis 1997 auf 208 Mio. US\$ an und sanken bis 2000 wieder auf 159 Mio. US\$. Die Importe wuchsen im gleichen Zeitraum von 350,5 Mio. US\$ auf 999 Mio. US\$ (vgl. Reinecke 1997: 11/*Diario Estrategia*, 31/7/2001).

tegien zur Überwindung der Krise ergriffen hat. Die geringe Ausnutzung der Qualifizierungsangebote von SENCE zeigt, dass die Bedeutung von Ausbildung für die Produktivität und eine flexible Spezialisierung nicht hinreichend erkannt wird.

Diese Haltung lässt sich im Wesentlichen mit vier Faktoren erklären:

- 1 Gerade die KMU weisen einen Mangel an Betriebsführungsqualitäten auf. Viele von ihnen sind nicht über die neuen Bedingungen des internationalen Wettbewerbs informiert und besitzen nur unzureichenden Zugang zu Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Folglich sind sie auch nicht in der Lage, die neuen Herausforderungen zu erkennen.
- 2 Die Unternehmerschaft ist unzureichend über die Angebote des Wirtschaftsförderinstrumentariums informiert und hat teilweise gänzlich falsche Vorstellungen von der Ausrichtung der Instrumente. Eine Sektorstudie des Autors in der V. Region zeigt, dass die dortigen drei PROFOs überwiegend auf den administrativen und technischen Bereich der Produktion ausgerichtet sind. Die PROFOs haben damit zwar punktuell zu kooperativen Lernprozessen zwischen den Unternehmern beigetragen, erweisen sich aber als mangelhaft für den notwendigen Aufbau von grundlegenden Informations-, Bildungs- und Technologiezentren innerhalb der Region (Wältring 1998: 83ff.).
- 3 Die deregulierte Arbeitsgesetzgebung hat in der Unternehmerschaft den Rückzug auf passive Strategien ermöglicht und gefördert. Eine hohe informelle Beschäftigung, die hohe Rotation der Arbeitskräfte, die Zahlung von niedrigen Löhnen bei Akkordleistung sowie die Formen der Subkontraktion zur Kostenexternalisierung beweisen die dominierende Logik der Kostensenkung, während Innovationsstrategien ausbleiben.
- 4 Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die kurzfristige Ausrichtung der Unternehmer ist in der Unternehmenskultur einer Vielzahl von Betrieben zu finden. Die Mehrzahl der Unternehmer verstehen sich als zentrale Protagonisten des Betriebes. Die Arbeitskräfte werden überwiegend als Kostenfaktor angesehen, nicht als dynamische und kreativitätsfördernde Wettbewerbsfaktoren. Der meist hierarchisch ausgerichtete Führungsstil der Unternehmer verdeutlicht den Überwachungsgedanken in der Produktionssteuerung. Forderungen von Betriebsgewerkschaften nach mehr Mitbestimmung und höheren Qualifizierungsmaßnahmen werden als Angriff auf die Unabhängigkeit des Unternehmers verstanden. Gemeinsame Problemlösungen und Kooperation gelten als unmodern und werden oft

mit "sozialistischen Traditionen" gleichgesetzt. Diese wettbewerbschwächende soziokulturelle Ausrichtung erklärt das ausgeprägte Misstrauen, mit dem die Unternehmer den Gewerkschaften, anderen Unternehmern und öffentlichen Institutionen entgegentreten.

Unter diesen Bedingungen gestaltet es sich in Chile sehr schwer, einen inner-, zwischen- und überbetrieblichen Konzertierungsprozess einzuleiten.

3.2 Die Antworten der sozialen Akteure auf die Krise des Sektors

Für die Zukunft des Textil- und Bekleidungssektors stellt sich die Frage, ob die Akteure (Staat, Unternehmerverbände, Gewerkschaften) in der Lage sind, kollektive Handlungsstrategien zu entwickeln, die zur Überwindung der Krise beitragen. Interessant sind die unterschiedlichen Handlungsstrategien der Akteure innerhalb des Sektors, die sich schon 1993 abzeichneten, als das Wirtschaftsministerium ein Umstrukturierungsprogramm initiierte. Es war der erste Versuch, gemeinsam mit dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften in einer konzertierten Aktion eine wirtschaftliche und sozialverträgliche Modernisierung des Sektors einzuleiten. Das Programm, das für die Jahre 1994 bis 1996 geplant wurde, wurde bereits 1995 vom Unternehmerverband *Instituto Textil* als gescheitert betrachtet.

3.2.1 Der Staat

Die Fortsetzung der Außenöffnung Chiles und die weitere Senkung des Zollsatzes im Verlauf der neunziger Jahre hat zur Vertiefung der Sektorkrise beigetragen. Diese handelspolitische Haltung wird von der Regierung mit einer doppelten Begründung gerechtfertigt. Erstens soll durch einen offenen Außenhandel die makroökonomische Stabilität gesichert werden. Zweitens wird ein frühzeitiger regionaler Integrationsprozess angestrebt, um für das exportabhängige Land neue lateinamerikanische Märkte zu erschließen (Labarca 1997: 88f.). Die Senkung der Zölle stellt das Instrument dar, das freiere Spiel der Marktkräfte zu stärken und die Unternehmen weiter auf den Weltmarkt auszurichten.

So bedeutend die makroökonomische Stabilität und der regionale Integrationsprozess für Chile sind, verdeutlicht die Ablehnung von selektiven Importzöllen doch, dass die Regierung an dem Wachstumsmodell der ressourcenbasierten Exportspezialisierung festhält. Für die Vertiefung des Strukturwandels wird eine weitere Deindustrialisierung in der Textil- und Bekleidungsindustrie in Kauf genommen. Insbesondere der durch die Sen-

kung der Zollsätze von 1991 ausgelöste Ansturm von Billigimporten aus Asien sowie steigende Importraten von Gebrauchtkleidungen aus Europa und den USA hat nicht nur eine "natürliche" Auslese von ineffizienten Unternehmen im Rahmen des Strukturwandels zur Folge. Auch kapitalintensive Betriebe mit Modernisierungspotential und industriellen Kapazitäten werden zerstört. Von verschiedenen Freihandelsabkommen der Regierung, u.a. mit Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Bolivien, profitieren in der chilenischen Textil- und Bekleidungsindustrie im Wesentlichen die exportierenden Mittel- und wenigen Großunternehmen sowie die großen Kaufhausketten.

Trotz dieser Entwicklung haben sich Unternehmerverbände und Gewerkschaften grundsätzlich mit der Außenöffnung arrangiert. Nicht akzeptiert haben sie jedoch die passive makroökonomische Haltung der Regierung gegenüber den marktverzerrenden Importen. Im Gegensatz zu Chile schützt sich z.B. Mexiko vor chinesischen Importen mit Zöllen von über 50% (*Instituto Textil* 1995). Dies hat Mexiko nicht davon abgehalten, seinen regionalen Integrationsprozess über die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) hinaus fortzusetzen.

Das Wirtschaftsministerium selbst räumte in den Konzertierungsgesprächen eigene makroökonomische Unzulänglichkeiten bezüglich des Schutzes vor subventionierten Importen ein (*Ministerio de Economía* 1994: 21). Zugleich betrachtet es aber die angebotenen Förderungsinstrumente von CORFO und SENCE im technologischen und produktiven Bereich als Kompensation für das makroökonomische Steuerungsdefizit. Diese Instrumente sind jedoch, wie bereits dargelegt, nicht dazu in der Lage, die Schwächen des Unternehmensumfeldes auszugleichen bzw. *Cluster*-Strukturen breitenwirksam zu unterstützen. Tendenziell wird an minimalstaatlichen Prinzipien festgehalten. Um dies aufzuheben, wären zwei Punkte wichtig:

1. ein ernsthafter und offener Diskurs über die Bedeutung und Spielräume von Wirtschaftspolitik zur industriellen Entwicklung im politischen und wirtschaftlichen Lager;
2. eine Dezentralisierung der Strukturpolitiken und der Verwaltungsinstanzen sowie die Übernahme eines stärkeren Schnittstellenmanagements durch den Staat.

3.2.2 Der Unternehmerverband

In Chile wird auf der nationalen wie sektoralen Ebene erkennbar, dass es einer stärkeren Einbindung der privaten Unternehmerschaft in Politiknetz-

werke bedarf, um die standortpolitischen Mängel zu beseitigen. Auf der nationalen Ebene propagieren die Spitzenverbände der Wirtschaft jedoch einen weiteren Rückzug des Staates. Das Unternehmerlager des Sektors ist hingegen deutlich heterogener und kann nicht auf eine umfassende politische Lobby bauen. Während lediglich 60 Kleinunternehmer des Sektors in dem Verband AMPICH organisiert sind, stellt das *Instituto Textil* die entscheidende Organisation der wettbewerbsfähigeren Mittel- und Großunternehmen dar. Der Verband *Instituto Textil* ist von der Krise des Sektors und der daraus hervorgehenden Schließung einer Vielzahl von Unternehmen, stark in seiner Organisationsfähigkeit getroffen worden. Zur Zeit zählt er etwa 150 Mitglieder.

Die Gründe für die Krise des Sektors werden vom *Instituto Textil* vorrangig mit den chinesischen Importen erklärt. Zugleich weist der Verband auf die geringe Modernisierungs- und Organisierungsbereitschaft der Unternehmer des Sektors hin. Um diesen Missständen entgegenzutreten und die eigene Position zu stärken, hat das *Instituto* in den vergangenen Jahren versucht, eigene Handlungsstrategien auszubauen. Gegenüber der Regierung verfolgt das *Instituto* eine doppelte Handlungsstrategie. Auf der einen Seite konfrontiert es die Regierung mit den marktverzerrenden Importen. In dieser Frage sucht es auch die Unterstützung der Gewerkschaften. Auf der anderen Seite kooperiert es mit der Regierung erstens bei der Aushandlung von regionalen Integrations- und Freihandelsabkommen; zweitens ist der Verband seit 1994 offizielle Durchführungsorganisation der Programme von CORFO und tritt seit 1995 als Vermittler zwischen den Unternehmern und der öffentlichen Exportförderagentur "ProChile" auf.

Das Interesse des *Instituto Textil* an einem Konzertierungsprozess mit der Arbeiterschaft ist gering. Das in dem Umstrukturierungsprogramm festgelegte Übereinkommen zum Abschluss innerbetrieblicher Sozialpakete wurde von dem Verband vernachlässigt. Der Aufbau von industriellen Beziehungen, die auf effiziente, kreative und mitbestimmende Betriebskultur zielen, wird von dem Unternehmensverband unzureichend berücksichtigt.

Gegenüber den Gewerkschaften geht der Verband auf Distanz. Ein Ausbau der Arbeitsrechte wird offiziell abgelehnt, weil sie nach Auffassung der Geschäftsführung des Verbands "die Manövrierfähigkeit der Unternehmen gefährdet".¹² In dieser Haltung erhält das *Instituto Textil* die Unterstützung des Industriedachverbandes, der *Sociedad de Fomento Fabril* (SOFOFA).

¹² Interview Enrique Ceppi, Geschäftsführer *Instituto Textil*, 4.11.1997.

3.2.3 Die Gewerkschaften

Die beiden größten Gewerkschaftsverbände, die kommunistisch ausgerichtete CONTEXTIL und die an die christdemokratische Partei angelehnte CONTEVECH, haben in den vergangenen Jahren stark an Repräsentativität und Organisationsfähigkeit verloren. Gründe dafür sind der Bedeutungsverlust des Sektors im Strukturwandel, der Anstieg der informell Beschäftigten und die Rationalisierung innerhalb der Großunternehmen. Da in Chile Lohnverhandlungen lediglich auf Betriebsebene möglich sind, ist das Verhandlungspotential der Dachverbände sehr stark eingeschränkt. Unabhängig davon liegt ein mitentscheidender Grund für die Organisationsschwäche innerhalb der Gewerkschaften selbst. Ihre divergierenden politischen Ausrichtungen haben die Formierung einer kollektiven Arbeitervertretung innerhalb des Sektors verhindert. Trotzdem haben die Gewerkschaften in den neunziger Jahren Lernprozesse durchgemacht und sich neuen Herausforderungen geöffnet. Während sie in den achtziger Jahren noch für importsubstituierende Wirtschaftsstrategien eintraten, haben sie seitdem den Weltmarkt als Referenzrahmen akzeptiert. Nicht akzeptiert haben sie hingegen die radikale Form der Außenöffnung und den damit verbundenen Importanstieg aus Asien. Von der Regierung fordern sie umfangreichere Schutzmaßnahmen zur Eindämmung dieser Importe. Zugleich kritisieren sie den Anstieg der informell Beschäftigten. Verantwortlich dafür machen sie die unzureichende Arbeitsgesetzgebung und die passiven Handlungsstrategien, die den Unternehmern damit eröffnet werden. Gegen die Missstände organisieren sie gemeinsame Streiks, um in der Öffentlichkeit auf die Situation der Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. Doch bereits hier offenbaren sich die politisch-ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Gewerkschaften.

Die CONTEXTIL versteht sich als Oppositionsbewegung und soziale Mobilisierungsorganisation im Widerstand zum Staat. Sowohl gegenüber der Regierung als auch der Unternehmerschaft wählt sie einen konfrontativen Verhandlungsstil. Sie versteht sich als Klassenvertretung im traditionellen Sinne. Im Vordergrund steht die Unterstützung der Betriebsgewerkschaften in Lohnfragen. Gleichzeitig leistet sie engagierte Arbeit in der Aufdeckung von illegalen und informellen Arbeitsverhältnissen. Zugleich hat ihre kommunistische Ausrichtung jedoch eine offensive Auseinandersetzung mit den neuen internationalen Wettbewerbsbedingungen und Herausforderungen im innerbetrieblichen Produktionsprozess behindert.

Die CONTEVECH dagegen hat in den vergangenen Jahren ihre traditionellen Positionen modernisiert. Sie fordert von den Unternehmern technolo-

gische und organisatorische Innovationen ein und betont die Notwendigkeit eines auf Partizipation und Qualifikation basierenden kollektiven Betriebsmanagements (CONTEVECH 1997). Ihre differenziertere Verhandlungsstrategie geht über die reine Aushandlung von Lohnerhöhungen hinaus. Die Integration der neuen Anforderungen in ihre Handlungsstrategien ermöglicht es der CONTEVECH, gegenüber der Regierung und der Unternehmerschaft wirksamer und informierter aufzutreten. Bei beiden Gewerkschaften zeichnet sich ab, dass sie ungenügend über die mesopolitischen Angebote von CORFO und SENCE informiert sind, um deren Nutzung bei den Unternehmern offensiv einfordern zu können.

Das Misstrauen zwischen der CONTEXTIL und der CONTEVECH ist groß. Während die CONTEXTIL die CONTEVECH aufgrund ihrer Kooperations- und Kompromissbereitschaft des Verrats an der Arbeiterschaft anklagt, betont die CONTEVECH, die CONTEXTIL sei angesichts der schwierigen realpolitischen Transitionsbedingungen zu radikal. Diese divergierenden Positionen verhindern die Bildung einer gemeinsamen Kraft der Arbeiterschaft. Eine politische Mobilisierung für eine umfangreichere Reform der Arbeitsgesetzgebung zur Sicherung einer höheren Wettbewerbsfähigkeit des Sektors kann jedoch nur gewährleistet werden, wenn die Gewerkschaften gemeinsam fähig sind, als informierte Verhandlungspartner kollektiv aufzutreten. Eine Verbindung von Konfrontations- und Kooperationsstrategie könnte dabei nützlich sein, um die gemeinsamen Handlungsspielräume optimal auszunutzen. Dafür müssten jedoch beide Gewerkschaften, insbesondere aber die CONTEXTIL, die eigene Modernisierung vorantreiben und auf fundamental-ideologische Rezepte verzichten.

Das Scheitern des Umstrukturierungsprogramms und die unterschiedlichen Handlungsstrategien der Akteure innerhalb des Sektors verdeutlichen, dass eine "kollektive Effizienz" zur Überwindung der Krise nicht erreicht werden konnte. Als Blockaden hierfür sind resümierend zu nennen:

- die passive Handlungsstrategie und schwache Organisationsfähigkeit eines Großteils der Unternehmerschaft;
- das makroökonomische Steuerungsdefizit der Regierung bezüglich subventionierter Importe;
- die ablehnende Haltung des Arbeitgeberverbandes gegenüber Reformen der innerbetrieblichen Arbeitsorganisation;
- das schwache Verhandlungspotential der zerstrittenen Gewerkschaften.

Die Fortsetzung der Außenöffnung wird in Zukunft zu einer noch tieferen Krise führen und gemeinsame Problemlösungsanstrengungen zwischen den Akteuren noch unwahrscheinlicher werden lassen.

4. Schlussbemerkungen

Gelingt es in Chile zukünftig nicht, die zentralistischen und zugleich staats-minimalistischen Strukturen zu überwinden, wird der Ausbau dynamischer Wettbewerbsvorteile weiterhin blockiert. Die Zentralregierung ist in Zukunft dazu gezwungen, den Regionalregierungen und Kommunen mehr Eigenverantwortung und Koordinationspotential zu übertragen. Sinnvoll wäre ein Stufenplan, der schrittweise die Autonomie der Regionen und Kommunen stärkt, sie jedoch zuvor auch institutionell und personell auf die neuen Aufgaben vorbereitet.

Abgesehen von diesen Anforderungen wird der Einstieg in eine zweite Entwicklungsphase entscheidend davon abhängen, inwieweit die demokratische Regierung in der Lage ist, die autoritären Enklaven aus der Verfassung zu entfernen und sich von einer drohenden Kolonialisierung des Staates durch die minimalstaatlich orientierte Großunternehmerschaft zu befreien. Dies wird zu einem Imperativ, wenn eine zukünftige Dezentralisierung nicht einer Deregulierung gleichkommen soll, sondern darauf ausgerichtet wird, neue Steuerungsmuster in Netzwerken durch eine aktivere Rolle des Staates im lokalen, regionalen und nationalen Entwicklungsprozess zu fördern.

Literaturverzeichnis

- Abramo, Luis/Montero, Cecilia/Reinecke, Gerhard (1996): "Cambio Tecnológico, Encadenamientos Productivos y Calificaciones del Trabajo en Chile: Un Balance". Unveröffentlichtes Manuskript.
- Aninat, A. (1986): "Sector Textil: Transformaciones y Potencialidades". In: Vignolo, Carlos et al. (Hrsg.): *La Industria Chilena: Cuatro visiones sectoriales*. Santiago de Chile, S. 225-301.
- CONTEVECH (1997): "Crisis y Desafíos: Productividad y Empleo en la Industria Textil". In: *Transformaciones en el Sector Textil. Informe Final de la OIT, Proyecto RLA/95/M08/SPA*. Santiago de Chile.
- CONTEVECH/FENSITECO/CONTEXTIL (1997): "Declaración Pública". Öffentliche Erklärung zur Intensivierung der Zusammenarbeit der Gewerkschaften der Textil- und Bekleidungsindustrie. In: *Transformaciones en el Sector Textil. Informe Final de la OIT, Proyecto RLA/95/M08/SPA*. Santiago de Chile.
- CORFO (1997): *Fomento Productivo a la Pequeña y Mediana Empresa*. Santiago de Chile.

- Crespi, Guillermo (1997): "Intermediación Privada en el Mercado de Capacitación. Impacto en la Pequeña y Mediana Empresa". CEPAL, LC/R. 1746. Santiago de Chile.
- Crespi, Guillermo/Benavente, José Miguel (1996): "The Chilean National System of Innovation". In: *Estudios de Economía*, Bd. 23, Nr. 2.
- Crespi, Guillermo et al. (1997): *Impacto del Instrumento PROFO en la Pequeña y Mediana Empresa*. Departamento de Economía Universidad de Chile. Informe Final. Santiago.
- Dini, Marco (1993): *Los Proyectos de Fomento*. SERCOTEC. Santiago de Chile.
- Dini, Marco/Katz, Jorge (1997): "Nuevas Formas de encarar las Políticas Tecnológicas en América Latina. El Caso Chileno". Arbeitspapier. Santiago de Chile.
- Eßer, Klaus (1999): *Institutioneller Wandel und Globalisierungsdruck. Überlegungen zu Aufbau und Koppelung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile*. DIE, Berlin.
- Eßer, Klaus/Hillebrand, Wolfgang/Messner, Dirk/Meyer-Stamer, Jörg (1994): "Systemische Wettbewerbsfähigkeit, Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik". In: DIE, *Gutachten und Berichte* Nr. 11. Berlin.
- Foro (1996): *Foro de Desarrollo Productivo*. Memoria.
- Friás F., Patricio (1994): "Desarrollo del Sector Textil y del Vestuario en Chile: 1982-1994". Unveröffentlichte Ausgabe. Santiago de Chile.
- Grabher, Gernot (1993): "Rediscovering the social in the economics of interfirm relations". In: Ders. (Hrsg.): *The Embedded Firm. On the socioeconomics of industrial networks*. London, S. 1-31.
- Instituto Textil (1994): *Memoria Anual*. Santiago de Chile
- (1995): *Memoria Anual*. Santiago de Chile.
- Labarca, Guillermo (1997): "Las Políticas de Desarrollo Productivo en Chile". In: Peres, Wilson (Hrsg.): *Políticas de competitividad industrial: América Latina y el Caribe en los años noventa por Regis Bonelli*. México, D.F., S. 78-114.
- Langner, Carmen (1999): *Wie stärkt das institutionelle Umfeld die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft? Der Fall Chile*. DIE, Berlin. (Mimeo)
- Lauga, Martin (1996): "Chile: Demokratie zwischen Konsens und Konflikt". In: *Nord-Süd aktuell*, 1. Quartal, S. 115-125.
- Messner, Dirk (1995): *Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung*. Köln.
- (1996): *Latinoamérica hacia la Economía mundial: Condiciones para el desarrollo de la "competitividad sistémica"*. Yunque.
- Messner, Dirk/Scholz, Imme (1998): "Wirtschaftliche Entwicklungsdynamik und gesellschaftliche Modernisierungsblockaden in Chile". In: Messner, Dirk (Hrsg.): *Lateinamerika: der schwierige Weg in die Weltwirtschaft*. INEF Report, Heft 26. Duisburg, S. 29-49.
- Ministerio de Economía (1994): *Programa de Reconversión y Modernización del Sector Textil-Confecciones 1994-1996*. Version preliminar. Santiago de Chile.
- Mizala, Alexandra/Romaguera, Pilar (1996): "Capacitación y Características educacionales de la Fuerza de Trabajo". In: *Colección de Estudios CIEPLAN*, Nr. 43, S. 101-141.
- Montero, Cecilia (1995a): "Nuevas Formas de Organización de la Producción. La Importancia de la Eficiencia colectiva". In: *Nuevo Rol de la Asociatividad Empresarial en el Fo-*

- mento Productivo. Internationales Seminar 1995, FEB/CEPAL/SERCAL, Santiago de Chile, S. 53-57.
- (1995b) *Metodología de Evaluación de Programmas de Fomento (PROFO)*. CIEPLAN. Santiago de Chile. (Mimeo)
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago de Chile.
- Muñoz, Oscar (1996): “Los proyectos de fomento productivo”. In: Muñoz, Oscar (Hrsg.): *Estado, empresarios, instituciones. Estrategias para la transformación productiva*. CIEPLAN. Santiago de Chile, S. 27-60.
- Porter, Michael (1990): *The Competetive Advantage of Nations*. New York.
- ProChile (1998): *Chile Economics*. Informationsblatt Textiles. Santiago de Chile.
- Rojas Miño, Claudio (1994): “El Desarrollo y la Competitividad a traves de la Articulación de los Actores Sociales. Una Reflexión para Concepción”. *ILPES*, LC/IP/L.90. Santiago de Chile.
- (1995): “El Desarrollo después de la Crisis del Estado de Bienestar. Sus Posibilidades en el Caso de Concepción, Chile”. *ILPES*, Nr. 41. Santiago de Chile.
- Romaguera, Pilar (1996): “Flexibilidad laboral y mercado del trabajo en Chile”. In: *Colección de Estudios CIEPLAN*, Nr. 43, S. 5-14.
- Roman, Enrique (1991): *La Pequeña Industria, Ante el Reto de la Modernización. Reestructuración Industrial Chilena 1975-1989*. Santiago de Chile.
- SENCE (1996): SENCE '96. *Manual Informativo. V. Region*.
- Sengenberger, Werner/Pyke, Frank (1992): “Introduction”. In: Pyke, F./Becattini, G./Sengenberger, W. (Hrsg.): *Industrial districts and inter-firm co-operation in Italy*. Genf.
- Wältring, Frank (1998): *Gesellschaftliche und industrielle Modernisierungschancen und -blockaden in Chile: Strategien internationaler Wettbewerbsfähigkeit im Textil- und Bekleidungssektor*. Gerhard-Mercator-Universität Duisburg (Diplomarbeit).

Klaus Eßer

**Wirtschaftliche Spezialisierung und Aufbau
eines modernen Nationalstaates in Chile:
Nutzung der Globalisierungstendenz zu Lernprozessen**

In Chile wird über Anforderungen an die makro- und mesoökonomische Steuerung diskutiert, um einen Weg zu finden, die Wertschöpfung der Exportproduktion deutlich zu erhöhen. Im Folgenden wird versucht, Gründe für die Dynamik der stark exportorientierten Wirtschaft in diesem Lande ab 1985 aufzuzeigen.

1. Nicht Dependenz, sondern das lange Verharren bei der industriellen Importsubstitution, also die Blockierung der Unternehmen im engen Binnenrahmen ab der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, hemmte das wirtschaftliche Wachstum und die gesellschaftliche Entfaltung in Chile – wie im übrigen Lateinamerika. Die chaotische makroökonomische Steuerung, die auf industrielle Importsubstitution zielte, blockierte die Entfaltung der beiden “Basisinstitutionen der Moderne” (Giddens 1996: 214): Zum einen vermochte der Nationalstaat seine Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen kaum zu stärken. Zum anderen wuchs kein innovations-, produktivitäts- und wettbewerbsorientiertes Unternehmertum heran. Ergebnis war ein extensiver und weitgehend richtungsloser gesellschaftlicher Entfaltungsprozess; z.B. expandierten die Wirtschaft und das Erziehungswesen – bei andauernd geringer Qualität – quantitativ. Der technisch-industrielle Rückstand zu den Industrieländern wuchs unaufhörlich.

Die wirren makroökonomischen Anreize und die Schwäche des Staates lösten eine Ausrichtung der Unternehmen, die im Vergleich zu modernen Firmen als Quasi-Unternehmen bezeichnet werden können, auf kurzfristige Vorteile aus. Diese Ausrichtung unterband eine Orientierung auf Wertschöpfungs- und Produktivitätsfortschritte, technisch-organisatorische Lernprozesse, Innovation und Wettbewerb. Mangels nationalstaatlicher Steuerung und unternehmerischer Dynamik erschöpfte sich die Gesellschaft in ideologisch unterfütterten Verteilungskämpfen, die sich bei geringem Wirt-

schaftswachstum, hohem Bevölkerungswachstum und zunehmender Armut radikalisierten.

Die industrielle Importsubstitution hatte fatale Ergebnisse: verstaubte Metainstitutionen der Gesellschaft, z.B. ein antiquiertes Rechtswesen, überforderte Makroinstitutionen, deren blinder Hochinterventionismus häufig partikularen Interessen diente, Mesoinstitutionen, die angesichts geringer Nachfrage der Unternehmen richtungslos blieben, sowie eine Mikroebene mit langsamen und fehlorientierten Lernprozessen – zusammenfassend: eine fragmentierte Wirtschaft in einer sozial und politisch fragmentierten Gesellschaft mit äußerst geringem speziellen *Know-how*, z.B. zu Technik, Organisation und Steuerung.

2. In Chile führte die radikale ökonomische Liberalisierung, die dem Angebot einer Vertiefung der Binnenorientierung durch die Regierung Allende folgte, nach etwa zwölf Jahren eines autoritär abgesicherten makroökonomischen Übungsprozesses zu einem stark exportorientierten Wachstumsmuster; 1985 erwies sich ein Übergang von der Stabilisierung zu Wachstum als möglich, während viele Länder Lateinamerikas bis heute bei einer Stabilisierung verharren, die einseitig auf Inflationsbekämpfung gerichtet ist.

Chile überwand ab 1985 die unkritische und unflexible Anwendung vereinfachter makroökonomischer Lehrbuchmodelle durch ein pragmatisches makroökonomisches Management im nationalen Interesse. Seither ist es unergiebig, das Land nur als neoliberalen Musterfall abzuhandeln, da wichtige Charakteristika seines Weges in diesem Fall nicht hinreichend erklärt werden können. Dies gilt, obwohl kruder „Neoliberalismus“ in so manchem Kopf verharret und auch durch einige externe Wissenschaftler unterstellt wird. Das einfache Wachstumsmuster, für ein komplexeres gab es keine unternehmerischen, staatlichen und sozialen Voraussetzungen, führte 13 Jahre lang zu einem hohen Wirtschaftswachstum, das weitgehend auf die im Entwicklungsländer-Vergleich außerordentliche Steigerung und Diversifizierung der Ausfuhr zurückzuführen ist.

Exportiert wurden zunächst Produkte mit geringer Wertschöpfung des Bergbaus sowie der Obst-, Fisch- und Holzwirtschaft. Die Exportprodukte in diesem Spektrum und die Absatzmärkte wurden diversifiziert. Es folgten Vorwärtskoppelungseffekte im Bereich verarbeiteter Rohstoffe und Rückkoppelungseffekte vom Rohstoffsektor und von der Rohstoffverarbeitung her. Außerdem modernisierten sich eine Reihe von Unternehmen aus der Phase industrieller Importsubstitution, z.B. der Metallverarbeitung. Neuer-

dings verstärkt sich die Tendenz zu einer häufig kurzfristig *exportorientierten Importsubstitution* von Produkten mit höherer Wertschöpfung, z.B. Maschinen und Ausrüstungen, und zum Export nicht-finanzieller Dienstleistungen, der bereits mehr als 20% des Gesamtexportes ausmacht. Hinzu kommen Direktinvestitionen im übrigen Lateinamerika, über die auch Investitionskapital aus Drittländern kanalisiert wird. Die Zahl exportierender Unternehmen nahm von 200 um die Mitte der siebziger Jahre auf fast 6.000 zu. Von letzteren führen etwa 1.500 nicht-ressourcenbasierte Industriegüter aus (Díaz 1995; Castillo/Maggi/Dini E. 1994). Mit dem Heranwachsen eines starken lokalen Unternehmertums entsteht in Chile eine wichtige treibende Kraft der Rationalisierung des menschlichen Verhaltens (Schumpeter 1976: 1065f.), der öffentlichen und privaten Institutionen und der gesellschaftlichen Organisation überhaupt.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Exportunternehmen beruht keineswegs "weitgehend auf der Nutzung von statischen Standortvorteilen, d.h. auf niedrigen Kosten für den Faktor Arbeit, günstigen Klimaverhältnissen und reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen" (Scholz 1996: 225-248). Sie basiert in erster Linie auf geschaffenen Faktoren: einem modernen kapitalistischen Unternehmertum mit bedeutendem Finanz-, Organisations-, Marketing- und Kommerzialisierungs-*Know-how*, einer wachsenden Zahl von Akteuren (Manager, Ingenieure, Wissenschaftler, Politiker usw.), die aus der Globalisierungstendenz Nutzen für ihren Lernprozess zu ziehen vermögen, und einer im Vergleich der Entwicklungs- und Transformationsländer fortgeschrittenen institutionellen Entfaltung. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Fähigkeit, eine regional- und weltmarktorientierte Marktwirtschaft aufzubauen, wächst, damit eine aktive Teilnahme am Regionalisierungs- und Globalisierungsprozess möglich wird. Hinzu kommt der wenig untersuchte Lernprozess aufgrund ausländischer Direktinvestitionen und, z.B. beim Engagement chilenischer Unternehmen in Nachbarländern, zusammen mit diesen. Ein ressourcenbasiertes Wachstums- und Exportmuster ermöglicht also – in Lateinamerika wurde dies jahrzehntelang bestritten – dynamische Lernprozesse.

In welchem Maße die Wettbewerbsvorteile trotz der niedrigen Wertschöpfung der meisten Exportprodukte *man-made* sind, verdeutlichen z.B. der Bergbau und die Obstwirtschaft: Der technologische Lernprozess in diesen Sektoren verläuft keineswegs langsam; vielmehr findet eine schnelle Annäherung an die jeweiligen internationalen *best practices* statt, die teils erreicht, teils sogar, z.B. im Weinsektor, übertroffen werden. Ressourcen-

nahe Sektoren sind keineswegs ohne weiteres als *low tech* einzustufen; sie erfordern modernstes technologisches *Know-how* und differenzierte produktions- und exportorientierte Dienstleistungen (Cruz 1988: 79-114; Jarvis 1992: 5-39) die sich nicht stark von solchen in Industrieländern unterscheiden. Chile hat in diesem Feld wichtige Lernprozesse durchlaufen; damit sind günstigere Ausgangsbedingungen für die weitaus schwierigeren technisch-organisatorischen Lernprozesse in wertschöpfungsintensiveren Wachstums- und Exportfeldern entstanden.

3. In Chile zeigt sich erneut, dass die beiden Basisinstitutionen der Moderne nur gleichzeitig und miteinander aufgebaut werden können. Der Markt ist – die neoliberalen Empfehlungen von außen waren hier unterkomplex – ohne erfahrene politische und ökonomische Akteure und ohne institutionelle Einbettung nicht leistungsfähig. Der Staat vermag ohne dynamisches Wirtschaftswachstum seine Handlungsfähigkeit nicht dauerhaft zu vergrößern. Außerdem ist der Nationalstaat, die eine zentrale Institution der Moderne, ohne den Aufbau eines differenzierten Institutionengefüges zu schwach, um als Modernisierungsinstanz das Heranwachsen und die Sicherung einer systematischen kapitalistischen Produktion, der zweiten Basisinstitution der Moderne, zu unterstützen. Markt- und Staatssteuerung müssen sich in wirtschaftlich rückständigen Ländern schon deswegen ergänzen, weil die Unternehmen größtenteils schwach sind und die inländische Nachfrage so gering ist, dass nur eine Exportwirtschaft aufgebaut werden kann; dies aber wird nur über eine differenzierte makro- und mesoökonomische Steuerung möglich, die erfahrene öffentliche und private Akteure verlangt, wie sie in Chile seit 1985 zur Verfügung stehen.

Ganz besonders in Entwicklungs- und Transformationsländern ist ein enges Zusammenspiel der beiden Basisinstitutionen der Moderne unerlässlich, um das unternehmerische und das nationalstaatliche Potential immer neu zu erschließen, endogenes Wertschöpfungs- und Verflechtungspotential zu mobilisieren, eine systematische kapitalistische Produktion, die zur Wohlstandsmehrung beiträgt, sicherzustellen, die Selbsterstörung des Produktionssystems durch die Marktkräfte zu verhindern und gesellschaftlichen Ansprüchen sowie technologischen und weltwirtschaftlichen Anforderungen nachzukommen.

Für die Argumentation, vor allem aufgrund der dominanten Position der modernen kapitalistischen Unternehmerschaft falle die Steuerungskapazität des Staates schwach aus (Messner/Scholz 1996: 260ff.) und sei die Anpas-

sungskapazität des Institutionengefüges an neue Herausforderungen blockiert (Thiery 1997: 273), und damit der Erfolg des chilenischen Weges nur "scheinbar" (Thiery 1997: 273), gibt es wenig Belege. Der Staat wurde reorganisiert; er ist effektiv und vermag – dies ist in Lateinamerika selten – partikulare Interessen zurückdrängen. Seit 1985 wird ein tragfähiges rechtlich-politisch-ökonomisches Organisationsmuster aufgebaut. Die Globalisierungstendenz wird geschickt genutzt, um Exporte und Direktinvestitionen zu verstärken und den eigenen Lernprozess voranzutreiben.

Von einem "Minimalstaat" (Messner/Scholz 1996: 268) kann keine Rede sein; kein Land Lateinamerikas verfügt über ein so diversifiziertes und effektives Institutionengefüge wie Chile, kein Land durchläuft einen so schnellen institutionellen Lernprozess. Beispiele sind die Rechts- und die Erziehungsreform, die Fortschritte in der Sozial- und Umweltpolitik, die Konsolidierung der demokratischen Institutionen, der Aufbau von mesoökonomischen Institutionen mit effektiven Programmen und das heute starke Bemühen um öffentlich-private Partnerschaft.

4. Der Staat verbessert seit 1985 die Angebotsbedingungen für die Wirtschaft durch ein *Set* mesoökonomischer Institutionen der Wirtschaftsförderung. Diese Institutionen, ProChile für die Exportförderung oder CORFO-Chile als zentrale Institution der sonstigen Wirtschaftsförderung, wurden mehrfach reorganisiert, um sie enger auf Bedarf und Nachfrage insbesondere der exportorientierten Unternehmen zuzuschneiden.

Wie die makroökonomische bestätigt auch die mesoökonomische Steuerung in Chile keineswegs neoliberale Theorien. Eher als im übrigen Lateinamerika hat in diesem Land eine Diskussion zur Unterstützung der Exportwirtschaft durch die mesoökonomische Steuerung eingesetzt. Diese Diskussion bezieht in den letzten Jahren immer stärker Ergebnisse der Industrieökonomie, der Innovationstheorie und der neuen Wettbewerbstheorien in den Industrieländern ein.

Das Bewusstsein wächst, dass eine differenzierte Wirtschaftsförderung, wie sie in allen Industrieländern besteht, für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wichtig ist. In diesem Bereich gibt es eine in der Region beispielgebende öffentlich-private Zusammenarbeit. Erwähnt seien: die Dienste des *Servicio Nacional de Capacitación y Empleo* (SENCE), deren Nutzung steuerlich gefördert wird, die Durchführung der Programme von CORFO-Chile durch ein Fördernetzwerk (*red de fomento*), dem private Finanzdienstleister, z.B. *Leasing*gesellschaften, Wirtschaftsverbände, Sek-

torinstitutionen, Produktivitätszentren oder regionale Exportverbände, angehören, sowie die enge Zusammenarbeit von ProChile mit den exportorientierten Unternehmen, die auf eine moderne Exportförderung gerichtet ist, die nicht nur den Absatz fördert, sondern auch unternehmerische Wettbewerbspotentiale erschließt (Macario 1998: 127-146; CORFO-Chile 1997; Dini E. 1996).

Darüber hinaus dienen spezifische mesoökonomische Anreize der Anziehung von ausländischen Direktinvestitionen und der Förderung des Exportes von Klein- und Mittelunternehmen. Sektorspezifische Anreize, z.B. die Erstattung von 75% der Nettokosten für Aufforstung, oder auch die Umgestaltung des Zollwesens sowie des Schiffs- und Flugzeugtransports, begünstigen die Exportorientierung.

Chiles mesoökonomische Steuerung wiederholt nicht die Fehlentwicklungen der Wirtschaftsförderung vieler Industrieländer (enorme Zahl von Programmen, geringe Transparenz, starke Bürokratisierung, hohe Kosten, auch wegen Verdoppelung) und vermeidet die Mängel der Wirtschaftsförderung in Ländern Lateinamerikas (schwache Institutionen, instabile, diffuse Programme, geringe Beteiligung des Privatsektors). Der Aufbau der Exportwirtschaft wird heute durch effektive Institutionen (Wirtschaftsrecht, Aus- und Fortbildung, Hochschulen, Wirtschaftsförderung u.ä.) unterstützt, die im lateinamerikanischen Vergleich einen wichtigen Standort- und Wettbewerbsvorteil darstellen.

In den mesoökonomischen Institutionen wächst eine Gruppe von Experten heran, die nationalstaatliche und private Interessen in Übereinstimmung zu bringen versucht und in vielen Ländern Lateinamerikas wegen ihres speziellen *Know-how* gefragt ist. Die Förderung der meso- und mikroökonomischen Ebene trägt dazu bei, eine wirksame Ressourcenallokation sicherzustellen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Darüber hinaus wird vor allem auf der mesoökonomischen Ebene ein homogenisierender Gestaltungswillen von nationalstaatlichen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen erzeugt, welcher die nationalstaatliche Integration stärkt und die Bedingungen für globale Lernprozesse verbessert.

5. Die Exportwirtschaft verändert die Gesellschaft. Die Aussage, die hohe und noch wachsende Einkommenskonzentration in Lateinamerika hemme das Wirtschaftswachstum, ist im Falle Chiles zu hinterfragen. Wahrscheinlich trifft sie zu, wenn sie das Heranwachsen eines modernen kapitalistischen Unternehmertums be- oder verhindert. Kommt es jedoch zu einem solchen,

steht Kapital für die dynamische ökonomische Entfaltung zur Verfügung. Vor allem das Wirtschaftswachstum trägt in diesem Falle, also einer Kombination von Stabilität und Wachstum, die eine moderne kapitalistische Unternehmerschaft begünstigt, auch zu einer hohen Sparquote bei.¹ Sofern mittel- bis langfristig hohe Bildungs- und Technologieinvestitionen in Chile den Übergang zu einem komplexeren Wachstumsmuster und entsprechenden Wohlfahrtseffekten ermöglichen, wird sich die politische Frage nach der Einkommensverteilung und vielleicht auch die gegenwärtig starke Tendenz zu weiterer Einkommenskonzentration entschärfen.

Das hohe Wirtschaftswachstum über viele Jahre in Chile trug zu einer starken Ausweitung der Erwerbsarbeit bei, welche eine Verringerung der Zahl der Armen nach sich zog. Allerdings bleibt angesichts insgesamt niedriger Wertschöpfung und Produktivität der Wirtschaft der Spielraum für Reallohnsteigerungen – weniger jedoch für eine Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen – gering. Hinzu kommt, dass die relativ beschäftigungsintensiven wettbewerbsorientierten Klein- und Mittelunternehmen und die qualifizierten Dienstleistungen in Chile eine geringere Bedeutung als in den Industrieländern aufweisen.

Die öffentliche Sozialpolitik entlastet den Zentralstaat (Dezentralisierung, Privatisierung, z.B. der Alterssicherung); dieser konzentriert seine Anstrengungen auf den Abbau der extremen Armut und auf besonders betroffene Zielgruppen, z.B. jugendliche Arbeitslose. Die Wohlstandswirkungen durch die Beschäftigungseffekte und die Sozialpolitik einschließlich einer wirtschaftsnäheren Bildungspolitik sind bedeutend; die Kosten werden durch strenge Effizienz- und Effektivitätskriterien übersichtlich gehalten. Ein schwieriges Problem ist – wie auch in Deutschland – die Erreichbarkeit der extrem armen Bevölkerung mit sozialpolitischen Maßnahmen sowie deren Eingliederung in den gesellschaftlichen Lern- und Produktionsprozess.

Die Erwerbsarbeit ist die Schlüsselgröße nationaler Integration. Sie stellt für einen großen Teil der Bevölkerung die wichtigste Möglichkeit dauerhafter Integration in die Gesellschaft, vertikaler Mobilität und aktiver Partizipation dar. Die Schaffung von Erwerbsarbeit bleibt auch in Chile, zumal wenn das Wirtschaftswachstum abflacht, jedoch Produktivitätssteigerungen erzielt werden, problematisch:

- Dazu, das Wachstumsmuster beschäftigungswirksamer zu gestalten, können ein wettbewerbsorientierter Wechselkurs und eine Wirtschafts-

¹ Die Sparquote liegt bei 21-22%, nicht bei 26% und höher, wie lange Zeit angegeben.

förderung zugunsten der Klein- und Mittelunternehmen in Industrie- und Dienstleistungssektor beitragen.

- Von Armut und steigenden Erwartungen geht ein wachsender Verteilungsdruck aus, der auf eine noch schwach entfaltete wirtschaftliche Basis stößt. Eine mögliche politische Reaktion ist der Rückfall in einseitig nachfrageorientierte, vielleicht auch populistische Politiken trotz der geringen inländischen Nachfrage.
- Der Weg zu einem egalitären Liberalismus, zu einer sozial und ökologisch flankierten Marktwirtschaft, stellt kein technokratisches oder politisches Geschenk dar. Die gesellschaftliche Wohlfahrt hängt von einem immer neuen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der hohe Zukunftsinvestitionen einschließt. In Chile haben 17 Jahre Diktatur – dies mag eine List der Geschichte darstellen – einen Lernprozess im Hinblick auf die Tragfähigkeit des zentralen Mechanismus der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, des staatlichen Steuersystems, und des Verhältnisses von Wachstum und Verteilung überhaupt, ausgelöst, der bisher Grundlage der politischen Stabilität ist.

6. Chile kann seine geschaffenen Standort- und Wettbewerbsvorteile erst als Mitgliedsland der Zollunion *Mercosur* voll ausspielen und ein weltweit interessanter Industrie- und Dienstleistungsstandort werden. Dies gilt insbesondere für die Management- und Exporterfahrung seiner exportierenden Unternehmen, aber auch für die solide Makro- und differenzierte Mesosteuerung.

Die Politik des Landes, durch Freihandelsabkommen den Zugang zu möglichst vielen Märkten in Amerika zu erleichtern, entsprach der ersten Exportphase und war recht erfolgreich. Bereits in dieser Phase zeigte sich jedoch, dass nicht-ressourcenbasierte Industriegüter und die nicht-finanziellen Dienstleistungen überwiegend in Nachbarländer exportiert werden; auf diese Länder entfällt auch der größte Teil der chilenischen Direktinvestitionen im Ausland.

Wichtige Aspekte der ökonomischen Konstellation in Chile verändern sich nicht: Der Binnenmarkt bleibt eng; kleinen Ländern bleibt nur der Weg, eine Exportwirtschaft aufzubauen. Die wichtigen regionalen Konsumzentren, vor allem São Paulo, sind zu fern, um in- und ausländische Unternehmen zu bewegen, sich über Montage hinaus in der Produktion langlebiger Konsumgüter (z.B. der Kfz-Industrie) zu engagieren. Die Vorteile des industriellen Agglomerationskerns in Brasilien (im Dreieck São Paulo–Rio de

Janeiro–Belo Horizonte) für solche Investitionen sind hoch, zumal die intra-regionale industrielle Arbeitsteilung zwischen Brasilien und Argentinien vorankommt.

Nachteile der Mitgliedschaft in der Zollunion *Mercosur* würden durch die Möglichkeit, Standort- und Wettbewerbsvorteile auszuspielen, bei weitem aufgewogen (Hineinwachsen in intraindustriellen Handel, relativ sichere Exporte und Direktinvestitionen, größeres Verhandlungspotential nach außen, erhöhter Druck auf Andenländer wie Peru, dem *Mercosur* beizutreten). Nahziel wäre darüber hinaus eine Freihandelszone in Südamerika, Fernziel ein für in- und ausländische Industrieinvestoren interessanter regionaler Binnenmarkt "Südamerika".

In dem Maße, wie Chiles Wachstumsmuster komplexer ausfällt, wird die Regionalisierungstendenz für das Land wichtiger: zum einen der relativ sichere Expansionsspielraum für in- und ausländische Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, zum anderen auch die Chance, die Währung gegen den anhaltenden Aufwertungsdruck von außen her zu schützen und handelspolitische Interessen global geltend zu machen. Die EU drängt Chile daher in diese Richtung, während die USA auf die Eingliederung in eine Amerikanische Freihandelszone setzen. Ein Beitritt Chiles zum *Mercosur* kommt freilich erst in Frage, wenn Brasilien seine politischen und makroökonomischen Steuerungsprobleme und Argentinien seine ökonomischen Turbulenzen überwunden hat.

7. Gerade aufgrund seiner Wachstums- und Exporterfolge steht Chile heute vor einer noch größeren Herausforderung als 1985: Erstens führt die Krise ab Mitte 1998 zu einer Phase geringen Wirtschaftswachstums; immerhin entfallen etwa ein Drittel der Exporte auf die asiatischen Länder; außerdem verfallen derzeit die Preise für wichtige Exportprodukte wie Kupfer und Zellulose. Zweitens überlasten die hohen Exporte von Produkten mit geringer Wertschöpfung die materielle Infrastruktur; es ist auch deswegen kaum möglich, das wertschöpfungsextensive Wachstumsmuster über längere Zeit bei hohem Wirtschaftswachstum fortzuführen. Drittens, dies ist das zentrale Problem, erschöpft sich das bisherige Wachstumsmuster gerade aufgrund seiner Dynamik. Reaktionspotential auf die Krise ist durchaus vorhanden; erwähnt sei nur der flexible Wechselkurs. Zur Infrastruktur nur die Beobachtung, dass deren Überlastung gegenwärtig Privatisierungsprogramme auslöst, die zu zukunftsweisenden Formen öffentlich-privater Partnerschaft führen.

Im Hinblick auf das Wachstumsmuster besteht durchaus Spielraum, die Wirtschaft im Bereich der vor- und nachgelagerten Industrien von Bergbau, Land-, Fisch- und Holzwirtschaft weiter zu diversifizieren. Hierzu ist es jedoch erforderlich, die Voraussetzungen für Wertschöpfungs- und Produktivitätsschübe und dynamische Prozesse technologischen Lernens zu verbessern. Problematisch sind im Falle Chiles nicht in erster Linie modernisierungshemmende Positionen von Unternehmen oder die Wechselkurs-, Handels- und Finanzpolitik, sondern die überaus hohen Anforderungen an Unternehmen, Nationalstaat und die gesamte Gesellschaft, die sich im Hinblick auf die Nutzung der neuen Technologien und angesichts der weltwirtschaftlichen Bedingungen, u.a. einer schnell wachsenden Zahl von Konkurrenten in anderen Entwicklungsländern, ergeben.

Zwar sind die gesellschaftlichen Vorleistungen für die Wirtschaft im lateinamerikanischen Vergleich hoch; für Vorstöße in technologisch komplexe Industrien, deren Wettbewerbsfähigkeit weitaus stärker als in den ressourcennahen Sektoren auf nicht-kodierbarem Wissen beruht, sind sie jedoch bei weitem zu niedrig. Qualifikation und technologische Kompetenz reichen derzeit z.B. nicht aus, um eine moderne Möbelindustrie aufzubauen (Bacigalupo 1995: 236): Das Qualifikationsniveau ermöglicht bisher keine international angemessene Arbeitsproduktivität; das spezielle *Know-how* in Unternehmen oder Technologie- und Designinstituten kann nur schrittweise erworben werden, da global orientierte Lernprozesse, z.B. beim wichtigen Möbelexporteur Taiwan, noch kaum eingeübt sind. Ein Einklinken in den sich globalisierenden Prozess der Akkumulation von speziellem *Know-how*, wie es Unternehmen und auch Forschungsinstituten der Industrieländer gelingt, fordert auch erfahrene Akteure heraus. Noch schwieriger sind die Prozesse der Anpassung von übernommenem technisch-organisatorischen *Know-how* in den technologisch komplexen Branchen. Am schwierigsten jedoch sind die Akkumulation von nicht-kodierbarem Wissen und der Übergang zu eigenständiger technologischer Innovation.²

Deutlich wird, dass die Nutzung des brachliegenden Humanvermögens und des global vorhandenen speziellen *Know-how* hohe Anforderungen an alle nationalstaatlichen Akteure stellt: an die technisch-organisatorische Lernfähigkeit der Unternehmen, an die institutionelle Entfaltung des Nationalstaates sowie an wachsende Teile der Gesellschaft. Erziehung sowie Aus- und Fortbildung verlangen nicht nur eine Nachfrage der Wirtschaft sowie

² Vgl. zur technologischen Kompetenz Dini E./Katz (1997: 607-624); Bercovich/Katz 1997; Benavente H. (1997).

effektive öffentliche Politiken und Institutionen, sondern auch eine bildungsorientierte Gesellschaft. Ein Kernproblem nicht nur Chiles, sondern aller Länder Lateinamerikas liegt im öffentlichen Bildungssektor; es hat mit jahrhundertelanger Armut und Ausbeutung und auch mit einer wenig entfalteten technischen Kultur zu tun.

Die komplexen Anforderungen, die ein Wertschöpfungs-, Produktivitäts- und technologischer Lernschub stellt, erfordern anspruchsvollere Organisations- und Steuerungsformen und einen intensiveren globalbezogenen gesellschaftlichen Lernprozess. Abschließend hierzu einige Erläuterungen:

8. Das neoliberale Konzept des schlanken Staates ist – auch in den USA und Großbritannien – empirisch nicht nachweisbar und zudem normativ irreführend. Der von der Weltbank neuerdings empfohlene effektive Staat stellt ebenfalls ein unzureichendes Konzept zur Bewältigung der schwierigen gesellschaftlichen, technologischen und weltwirtschaftlichen Anforderungen dar. Diese verlangen einen effektiven, starken und demokratisch kontrollierten Staat, der sich selbst als ein gesellschaftliches Teilsystem, als ein potentiell autonomer Akteur, versteht. Ein Kooperationsstaat dieses Typs, der als Interdependenzmanager, Moderator und Impulsgeber wirkt, setzt nicht allein auf hierarchische Steuerung, sondern sieht Verbände, Interessengruppen oder Unternehmen als integrale Bestandteile der nationalstaatlichen Steuerung an. Verwiesen sei auf die Arbeiten von R. Mayntz, F. W. Scharpf, E. Grande, D. Messner, J. Huber und C. Böhret zu den entsprechenden Mehrebenen-Verhandlungsnetzen, zudem auf die Arbeiten der Abteilung IV im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik zur systemischen Wettbewerbsfähigkeit.³

Zwei Gründe machen einen Kooperationsstaat und eine öffentlich-private Partnerschaft in industriell rückständigen Ländern wie Chile besonders wichtig:

- Zum einen kommt es in Entwicklungs- und Transformationsländern auf ein Zusammenfügen fragmentierter Strukturen in Wirtschaft, Politik und der Gesellschaft insgesamt an: auf zwischenbetriebliche Kooperation, ein vernetztes subnational-regionales und nationales Unternehmensumfeld sowie starke, dialogfähige intermediäre Organisationen, z.B. Gewerkschaften. Dieses Zusammenfügen bis hin zur systemischen Integration verlangt ein gemeinsames Kunststück von Staat, Unternehmen und

³ Eßer/Hillebrand/Messner/Meyer-Stamer (1994).

intermediären Organisationen, das wiederum ein neues Staats- und Partnerschaftsverständnis voraussetzt. Ein Nationalstaat, der aufgrund der Globalisierungstendenz seine Handlungsfähigkeit einbüßt, wäre nicht in der Lage, ein solches Kunststück anzustoßen. Glücklicherweise ist die Behauptung, weltweit zeichne sich eine grundsätzliche Einschränkung und Erosion von National- und Sozialstaat ab, unzureichend empirisch abgesichert; sie setzt die einseitige Rückführung von Rückständigkeit auf externe Faktoren durch die Imperialisierungs- und Dependenztheoreme fort, verallgemeinert sie sogar auf alle Nationalstaaten. Freilich muss sich die nationalstaatliche Politik verändern, um Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und weiteres Handlungspotential zu erschließen.

- Zum ändern erfordern die neuen technologischen und weltwirtschaftlichen Anforderungen in allen Ländern, insbesondere aber in wirtschaftlich rückständigen Ländern, ein systembezogenes Denken und Handeln, das sich auf Systemintegration und Systemlösungen richtet. Angesichts der im internationalen Vergleich geringen Größenordnung der meisten chilenischen Unternehmen sind Systemlösungen für das technologische Lernen, Innovation und internationalen Wettbewerb besonders wichtig. Kumulative Lerneffekte und Innovationen entwickeln sich durch enge Vernetzung auf der Mikroebene sowie formelle und informelle Kooperationsbeziehungen zwischen eng verflochtenen Unternehmen – in Chile inzipienten *clusters* – und *cluster*-nahen Institutionensets in deren Umfeld. Wegen des unternehmerischen und institutionellen Rückstandes in vielen lateinamerikanischen Ländern sowie lernfähiger Akteure in wachsender Zahl kann Chile nach entsprechenden Lernprozessen vielleicht sogar ein wichtiger Exporteur von System-*Know-how*, z.B. der Umweltpolitik und Umwelttechnik, in die Region werden.

Die Gesellschaften Lateinamerikas müssen lernen, technologisch-industrielles Lernen als einen gesellschaftlichen Prozess zu gestalten, in dem ein geeignetes unternehmerisches, wirtschaftspolitisches, soziales und kulturelles Umfeld für technologische Kompetenz und Innovation geschaffen wird. Soll das mesoökonomische Anreizsystem mit dem Ziel der Nutzung der neuen Technologien verändert werden, muss ein hohes fachliches, institutionelles und politikspezifisches *Know-how* gesichert werden. Darüber hinaus bieten spezifische Fördermaßnahmen eine Möglichkeit, das technische Lernen in Unternehmen und deren Umfeldinstitutionen zu dynamisieren.

Im Falle Chiles ist trotz der skizzierten Anforderungen Steuerungspessimismus nicht angebracht: Der effektive Staat, die institutionelle Differenzierung, die wettbewerbsorientierte Unternehmerschaft und die demokratischen Parteien stellen günstige Voraussetzungen für den Übergang zu einem technisch-organisatorisch komplexeren Wachstumsmuster dar.

9. Welche Bedeutung, so ist vor diesem Hintergrund zu fragen, hat die Globalisierungstendenz für Länder wie Chile?

Erstens deckt sie die Schwächen von Gesellschaften, auch die einer unterkomplexen neoliberalen Makropolitik, schonungslos auf. Die neoliberale Politik in Chile trug erst dann zur Freisetzung von Marktkräften und zur Entfaltung eines modernen kapitalistischen Unternehmertums bei, als sie 1985 zu einer pragmatischen makroökonomischen Steuerung führte, die mesoökonomisch unterfüttert wurde. Bis heute ist jedoch z.B. die dezentrale Steuerung auf der Ebene der Regionen und Kommunen zu wenig entfaltet, um dort endogenes Potential aus eigener Kraft erschließen zu können.

Zweitens gelingt es Chile, die neuen Chancen internationaler Arbeitsteilung im Bereich wertschöpfungsextensiver Produkte zu nutzen, wozu Organisationsformen wie *trading companies* und die niedrigen Transportkosten wesentlich sind. Es wird wahrscheinlich außerdem, wenn auch nur mittel- bis langfristig, möglich, auf der Basis entsprechender Lernprozesse, in einige technologisch komplexere, Branchen vorzustoßen. Das Land steht heute am Anfang eines Lernprozesses, der auf die Herausarbeitung eines eigenen festen Wachstumspfad, eines komplexen Wachstums- und Entwicklungsmusters und eines spezifischen, also auf speziellen nationalen Standort- und Wettbewerbsvorteilen beruhenden Profils gerichtet ist.

Drittens wurde verschiedentlich angedeutet, dass die Globalisierungstendenz nicht nur für den nationalen Spezialisierungsprozess, sondern auch für ein globales gesellschaftliches Lernen genutzt werden kann. Freilich kommt es auf lernerfahrene Akteure an, wie sie in Chile heranwachsen, welche sich nicht nur einer Informationsüberflutung im Internet aussetzen, sondern sich in den Diskussions- und Forschungsprozess der Industrieländer und in deren Kompetenzzentren einzuklinken vermögen. Ein Beispiel ist – nach einer ersten Phase neoliberaler Politik, in der das raubbaugerichtete Exportverhalten, das in Lateinamerika seit Jahrhunderten eingeübt ist, fortgesetzt wurde – die hohe ökologische Anpassungsfähigkeit, die insbesondere in modernen Exportbranchen wie der Zelluloseindustrie, in denen technisches *Know-how* relativ schnell übernommen werden kann, erreicht wird.

Der *Know-how*-Transfer aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer war noch nie so intensiv wie heute. Es kommt jedoch darauf an, dass der Nationalstaat, ein innovations-, produktivitäts- und wettbewerbsorientiertes Unternehmertum und die heranwachsende Bürgergesellschaft, diesem Kulturtransfer eine Richtung gibt und alle drei Akteursgruppen zu einem gezielten, damit selektiven, auf spezielles *Know-how* gerichteten globalen Lernen übergehen. Dies verlangt u.a. ein weitaus ausgeprägteres Informations- und Wissensmanagement.

10. Der Neoliberalismus, den vor allem die USA, der IWF und die Weltbank weltweit durchzusetzen versuchen, hat die Relevanz der makroökonomischen Steuerung und des Finanzsektors verdeutlicht, jedoch in einseitigem Vertrauen in uneingeschränkte Marktkonkurrenz die technisch-industrielle und die gesellschaftliche Entfaltung vernachlässigt. Europa hat bisher versagt, die Sichtweise einer sozial und ökologisch flankierten Marktwirtschaft in Entwicklungs- und Transformationsländern zur Geltung zu bringen. Es empfiehlt Ländern mit schwachen Nationalstaaten, deren lokale Unternehmen häufig fast keine technisch-ökonomische Dynamik aufweisen – ein besorgniserregendes Beispiel ist Bolivien – lediglich demokratie-, armuts- und umweltbezogene Konzepte. Sowohl die USA als auch Europa haben in ihrer Sicht der Entwicklungsländer das enge Zusammenspiel zwischen nationalstaatlicher, unternehmerischer und gesellschaftlicher Dynamik, auf dem ihre eigene Dynamik beruht, aufgelöst.

Dieses Zusammenspiel zwischen den Akteuren des Staates, der Wirtschaft und der intermediären Organisationen einer Bürgergesellschaft ist, um die Globalisierungstendenz zu nutzen, unverzichtbar. Alternativen zu einer global orientierten Spezialisierung und einem intensiven globalen gesellschaftlichen Lernen, um das eigene unternehmerische und nationalstaatliche Profil zu schärfen, sind nicht erkennbar. Gesellschaftliche Entfaltung, nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, verlangt die Erschließung von nationalstaatlichem Handlungspotential auf allen funktionalen und räumlichen Systemebenen, also eine systemische Sicht, gegenüber der die neoliberale makroökonomische Steuerung unterkomplex ist. Der Wandel des Wachstumspfad und des Institutionengefüges sowie die zunehmende makro- und mesoökonomische Steuerungsfähigkeit in Chile ab 1985 weisen auf wichtige erste Schritte in diese Richtung.

Literaturverzeichnis

- Bacigalupo, Felix (1995): "Desafíos de la industria exportadora: una visión empresarial". In: Meller, Patricio/Sáez, Raúl Eduardo (Hrsg.): *Auge exportador Chileno. Lecciones y desafíos futuros*. Chile.
- Benavente H., José Miguel (1997): *A Characterization of the Chilean National System of Innovation*. Tokio.
- Bercovich, Néstor/Katz, Jorge (Hrsg.) (1997): *Reestructuración industrial y apertura económica. La industria de celulosa y papel de Argentina, Brasil y Chile en los años noventa*. Buenos Aires.
- Castillo, Mario/Maggi, Claudio/Dini E., Marco (1994): "Reorganización industrial y estrategias competitivas en Chile". In: *CEPAL. Discussion Paper*. Santiago de Chile.
- CORFO-Chile (1997): *El nuevo Sistema de Fomento CORFO-Chile: Colaboración para Competir*.
- Cruz, José Miguel (1988): "La fruticultura de exportación: una experiencia de desarrollo empresarial". In: *Colección Estudios CIEPLAN*, Bd. 25, S. 79-114.
- Díaz, Alvaro (1995): "La industria chilena entre 1970-1994: de la substitución de importaciones a la segunda fase exportadora". In: *CEPAL*. Santiago de Chile.
- Dini E., Marco (1996): "Políticas públicas para el desarrollo de redes de empresas. La experiencia chilena". Santiago de Chile (Manuskript).
- Dini E., Marco/Katz, Jorge (1997): "Nuevas formas de encarar las políticas tecnológicas. El caso de Chile". In: *Comercio Exterior*, S. 607-624. Mexiko.
- Eßer, Klaus (1999): *Institutioneller Wandel unter Globalisierungsdruck – Überlegungen zu Aufbau und Kopplung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile*. DIE, Heft 4. Berlin.
- Eßer, Klaus/Hillebrand, Wolfgang/Messner, Dirk/Meyer-Stamer, Jörg (1994): *Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik*. DIE, Heft 11. Berlin.
- Giddens, Anthony (1996): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/Main.
- Jarvis, Lovell S. (1992): "Cambios en los roles de los sectores público y privado en el desarrollo tecnológico: lecciones a partir del sector frutícola chileno". In: *Colección Estudios CIEPLAN*, Bd. 36, S. 5-39.
- Macario, Carla (1998): "Chile: de las políticas de subsidio a las exportaciones, a las políticas de desarrollo de la competitividad". In: *Integración & Comercio*, Bd. 2, Nr. 4/5, S. 127-146.
- Messner, Dirk (1997): *The Network Society*. London.
- Messner, Dirk/Scholz, Imme (1996): "Gesellschaft und Wettbewerbsfähigkeit in Chile". In: Esser, Klaus et al. (Hrsg.): *Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik*, Bd. 112. Köln, S. 249-270.
- Scholz, Imme (1996): "Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit. Umweltverträglicher Außenhandel in Chile". In: Esser, Klaus et al. (Hrsg.): *Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik*, Bd. 112. Köln, S. 225-248.

Schumpeter, Joseph A. (1976): *Konjunkturzyklen*, Bd. 2. Göttingen.

Thiery, Peter (1997): "Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im demokratischen Chile (1990-1996)". In: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thiery, Peter (Hrsg.): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Bd. 46. Frankfurt/Main, S. 254-275.

Urs Müller-Plantenberg

Die Konzentration der Einkommen in Chile

Chile war nie ein Land, das sich durch eine einigermaßen ausgeglichene Einkommensverteilung auszeichnet hat. Die Hervorhebung der Unterschiede zwischen dem Wohlergehen der *Ricos*, der Oberschicht der Reichen, und dem ziemlich erbärmlichen Leben der *Rotos*, der Massen der Armen in der Stadt und auf dem Land, zieht sich seit Beginn der Kolonisierung im 16. Jahrhundert wie ein roter Faden durch alle realistischen Darstellungen der chilenischen Gesellschaft, in Erzählungen und Romanen ebenso wie in der historischen und soziologischen Literatur. Seit den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts war Chile aber auch eines der Länder, in denen die Armut und mangelnde Teilhabe großer Teile der Bevölkerung – darunter auch der Mapuche und anderer indigener Völker – von Teilen der gesellschaftlichen Eliten als unerträglich und mit den Zielen einer zivilisierten Gesellschaft unvereinbar empfunden wurden. Teile der katholischen Kirche machten das Engagement für die Integration der “Marginalisierten” zu ihrer Sache, und unter dem Druck der wachsenden Arbeiterbewegung versuchte die christdemokratische Regierung des Präsidenten Eduardo Frei (1964-1970) unter dem Banner einer “Revolution in Freiheit”, die herrschende soziale Ungerechtigkeit schrittweise abzubauen. Der aktive Kampf für eine weniger ungleiche Einkommensverteilung wurde schließlich Anfang der siebziger Jahre zu einem der wichtigsten Programmpunkte der Regierung der *Unidad Popular*, einer Koalition der großen und kleinen Parteien der politischen Linken unter dem sozialistischen Präsidenten Salvador Allende (1970-1973). Die politischen und ökonomischen Probleme, die dieser Kampf ausgelöst hat, haben ganz sicher dazu beigetragen, dass die chilenische Oberschicht schließlich 1973 bereit war, einen Militärputsch zur Rettung ihrer Privilegien nach Kräften zu unterstützen.

Dass die Militärjunta und die spätere Militärregierung des Generals Augusto Pinochet (1973-1990) die erreichten Veränderungen in der Einkommensverteilung der chilenischen Gesellschaft nicht beibehalten würden, war von Anfang an klar. Niemand aber hat 1973 das Ausmaß der neuerlichen Einkommenskonzentration unter den Militärs ahnen können. Die systematische Verringerung der Reallöhne bei gleichzeitiger Freigabe aller anderen

Preise und ein Verbot praktisch aller unabhängigen gewerkschaftlichen Aktivität sorgten gleich zu Beginn der Militärdiktatur für eine starke Verschiebung der Einkommensverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen. Die wirklichen Einbrüche aber fanden erst statt, als die Militärs 1975 neoliberalen Ökonomen, den so genannten *Chicago Boys*, die Lenkung der Wirtschaftspolitik übertrugen. Deren "Schockpolitik" öffnete die stark geschützte chilenische Ökonomie von einem Tag zum anderen der freien Konkurrenz des Weltmarkts und sorgte so für eine beispiellose Entindustrialisierung: Allein 1975 ging die Industrieproduktion Chiles um 24% zurück, was einen enormen Rückgang des Bruttosozialprodukts um 14% bewirkte. Der Schockeffekt wurde noch dadurch verstärkt, dass sich die Weltwirtschaft in diesem Jahr ohnehin in einer Krise befand. In den nächsten Jahren stieg die Arbeitslosenquote auf mehr als 20%, wobei die bis zu über 10% der Beteiligten an so genannten "Mindestbeschäftigungsprogrammen" nicht einmal mitgezählt wurden. Die neoliberale Arbeitsgesetzgebung der Militärregierung suchte die Lösung dieser Probleme in einem scharfen Ungleichgewicht zu Gunsten der Seite des Kapitals durch Beschneidung der Rechte von Gewerkschaften und Flexibilisierung der Arbeitskräfte.

Diese Veränderungen, die von Militärs und *Chicago Boys* durchgesetzt wurden, haben die Einkommensverteilung in Chile weit stärker verändert, als das in den Jahrzehnten vorher unter demokratischen Regierungen in der umgekehrten Richtung geschehen war. Durch eine zweite Wirtschaftskrise ähnlichen Ausmaßes wurde 1982 diese Tendenz – nach Jahren mäßigen Wachstums – noch einmal verschärft. Und auch das seit 1986 einsetzende stärkere Wirtschaftswachstum, das zunächst nichts anderes bewirkte, als die schweren Verluste seit 1972 – allerdings mit einer völlig anderen Produktionspalette – auszugleichen, konnte im wesentlichen von der Oberschicht zur Steigerung ihres Reichtums genutzt werden.

Als der Diktator Pinochet 1990 durch den demokratisch gewählten Präsidenten Patricio Aylwin abgelöst wurde, haben die christdemokratischen und sozialistischen Politiker die neoliberale Wirtschaftspolitik, die sie alle früher schärfstens kritisiert hatten, fast ohne Änderungen übernommen, um das aktuelle Wachstum nicht zu gefährden. Allerdings sollte nach ihrer Vorstellung die Ausrichtung der Produktionsstruktur auf den Weltmarkt von einer stärkeren Bemühung um sozialen Ausgleich begleitet werden. Damit befanden sie sich im Einklang mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), die eben zu dieser Zeit nach dem so genannten "verlorenen" Jahrzehnt der achtziger Jahre für

Lateinamerika eine entsprechende Umorientierung der Wirtschaftspolitik verlangt hatte (CEPAL 1990). Allerdings sollte dieser Ausgleich vor allem durch Herstellung von Chancengleichheit und gezielte Sozialhilfe für die Ärmsten der Bevölkerung erreicht werden, durch Maßnahmen also, die mit dem neoliberalen Kredo durchaus vereinbar sind. Diese Selbstbeschränkung und die Behinderungen, die eine autoritär-undemokratische Verfassung der Durchsetzung des Mehrheitswillens in Chile entgegengesetzt, haben eine progressive Umverteilung der Einkommen in stärkerem Ausmaß bisher unmöglich gemacht. Es ist deshalb kein Wunder, dass Chile noch 1996 von der Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht gleich nach Brasilien als das lateinamerikanische Land mit der zweitschlechtesten Einkommensverteilung ausgewiesen wurde.

1. Indikatoren der Armut und der Ungleichheit

Es sind vor allem drei Indikatoren, die für die Messung von Armut und Ungleichheit in den lateinamerikanischen Gesellschaften herangezogen werden:

- der Prozentsatz der Bevölkerung, der in Armut (*pobreza*) bzw. in extremer Armut (*indigencia*) lebt,
- der Gini-Index, der zwischen 0 (= völlige Gleichheit der Einkommen) und 1 (= totale Konzentration) liegt, und
- der Anteil, den die Fünftel (oder Zehntel) der Reichsten bzw. Ärmsten am Gesamteinkommen der Bevölkerung haben, dazu die Relation zwischen diesen Anteilen.

Die Definition von Armut bzw. extremer Armut, wie sie in Chile benutzt wird, ist unabhängig vom Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. Während nach der in Deutschland üblichen Definition die Armut da anfängt, wo eine Person über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügt, gibt es für Lateinamerika als Grenze eine absolute Linie in Höhe eines bestimmten Einkommens. Nach einer Festlegung der CEPAL beginnt die extreme Armut dort, wo das Einkommen einer Person nicht ausreicht, um einen für die Mindesternährung ausreichenden Korb von Lebensmitteln zu lokalen Preisen sichern zu können. Die "normale" städtische Armut beginnt beim Gegenwert von zwei solchen Körben, die ländliche Armut bei dem von 1,75 Körben (Lustig 1993: 215). Das bedeutet, dass bei positivem Wirtschaftswachstum und gleichbleibender Einkommensstruktur Armut und extreme Armut allmählich verschwinden (und nicht wie nach der deutschen

Definition gleich bleiben). Diese Grenze zur Armut lag beispielsweise für den städtischen Bereich in Chile 1993 beim Gegenwert von 86,72 US\$ (von 1985) monatlich oder im November 1996 bei 34.272 chilenischen Pesos. Wer ein geringeres Einkommen hat, gilt als arm, wer nicht einmal über die Hälfte davon verfügen kann, als sehr arm. Zu beachten ist, dass die Armutslinie die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Einkommenshöhen in den letzten Jahren meistens an der Stelle oder knapp unterhalb der Stelle geschnitten hat, wo sich die meisten Einkommen konzentrieren (Contreras 1996: 79ff.). Eine an sich unwesentlich erscheinende Änderung etwa der Tomatenpreise, der Reallöhne oder der Steuersätze kann also eine erhebliche Steigerung oder Senkung des Prozentsatzes der Armen bewirken.

Die Entwicklung von Armut und extremer Armut wird in Chile seit 1987 alle zwei Jahre vom Planungsministerium MIDEPLAN in repräsentativen Umfragen in mehr als 30.000 Haushalten, den so genannten *Encuestas CASEN*, gemessen. Vergleiche für die Zeit vorher werden selten angestellt. Es lässt sich jedoch plausibel erklären, dass der Anteil der Armen an der Bevölkerung 1970 bei unter 20% und 1985 bei über 50% lag (Lustig 1993: 203), wobei der Anteil der Armen auf dem Land jeweils beträchtlich höher lag. Das würde bedeuten, dass während der Zeit der Militärdiktatur mehr als 30% der chilenischen Bevölkerung zusätzlich unter die Armutsgrenze geraten sind. Die Ergebnisse für das letzte Jahrzehnt bietet die folgende Tabelle:

**Tabelle 1: Entwicklung der Armut und extremen Armut
in Chile 1987-1996 (in %)**

Bevölkerung	1987	1990	1992	1994	1996
In Armut	45,1	38,6	32,6	27,5	23,2
Davon: in extremer Armut	17,4	12,9	8,8	7,6	5,8

Quelle: MIDEPLAN (1988; 1991; 1993; 1995; 1997).

Die Senkung des Anteils der Armen um fast die Hälfte und des Anteils der extrem Armen um zwei Drittel seit 1987 kann zweifellos als Erfolg gewertet werden. Sie ist allerdings zunächst und vor allem ein Ergebnis des Wirtschaftswachstums, das seit 1986 durchschnittliche Raten von etwa 7% erreicht hat. Der allmähliche Abbau der Arbeitslosigkeit, die Eingliederung immer größerer Teile der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt und – wenn auch langsam – steigende Reallöhne schlagen sich zwangsläufig in einem Rückgang der beobachtbaren Armut nieder. Diese Entwicklung hat dazu geführt,

dass im politischen Diskurs auch für die Zukunft nicht in der Umverteilung, sondern im Wachstum um jeden Preis das wichtigste Instrument für den Kampf gegen die Armut gesehen wird. Umgekehrt muss ohne eine aktive Politik der Umverteilung bei einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, wie er beispielsweise als Spätwirkung der Asien-Krise für 1999 zu erwarten ist, mit einem Bleiben oder sogar mit einem Wiederanstieg der Armut gerechnet werden.

Der Gini-Index, der das Ausmaß der Ungleichheit misst, lag für die Personen-Einkommen in Chile für die gesamten achtziger Jahre erstaunlich stabil zwischen 0,52 und 0,56 und damit nur wenig unter dem von Brasilien, der sich in dieser Zeit zwischen 0,58 und 0,63 bewegte, aber weit über dem von Ländern wie Argentinien, Uruguay, Costa Rica, Venezuela oder auch Peru, deren Gini-Indizes sich um 0,40 bewegten (Lustig 1993: 206ff.). Über die Zeit nach 1989 liegen leider keine verlässlichen Berechnungen vor. Es lässt sich jedoch auf der Basis der folgenden Daten annehmen, dass der Gini-Index seither völlig stabil geblieben ist.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung nämlich zeigt nach den Daten der *CASEN*-Umfragen des Planungsministeriums praktisch einen völligen Stillstand an, wie die folgenden Daten der Tabelle 2 zeigen. Die geringfügige Verbesserung der Position der untersten Einkommensschichten, wie sie noch bis 1992 beobachtet werden konnte (Wiebe/Leinhos 1994: 123), hat dem genau umgekehrten Trend Platz gemacht. Unter der Regierung des Präsidenten Eduardo Frei (Sohn, seit 1994) ist jetzt sogar eine geringfügige Verschlechterung der Einkommensverteilung gegenüber den letzten Jahren der Militärdiktatur zu beobachten. Von einer Annäherung an die Verhältnisse in den europäischen Industrieländern, in denen das durchschnittliche Verhältnis der Gesamteinkommen der 20% reichsten Haushalte zu den Gesamteinkommen der 20% ärmsten Haushalte in den achtziger Jahren bei etwa 5,6 lag, kann also noch lange keine Rede sein (Schatan 1998: 131ff.).

Tabelle 2: Entwicklung der Geldeinkommensverteilung nach Einkommensgruppen 1987-1996* (in %)

Zehntel nach Höhe des eigenen Einkommens	Verteilung der Geldeinkommen**				
	1987	1990	1992	1994	1996
1	1,50	1,60	1,70	1,50	1,40
2	2,80	2,80	2,90	2,80	2,70
3	3,60	3,70	3,80	3,60	3,60
4	4,30	4,50	4,70	4,60	4,60
5	5,40	5,40	5,60	5,60	5,50
6	6,30	6,90	6,60	6,40	6,40
7	8,10	7,80	8,00	8,00	8,10
8	10,90	10,30	10,40	10,50	11,00
9	15,90	15,10	14,70	15,30	15,40
10	41,30	41,80	41,60	41,60	41,30
Total	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
20/20***	13,30	12,93	12,24	13,12	13,83

* Häusliche Bedienstete mit ihren Angehörigen sind nicht einbezogen.

** Die Geldeinkommen schließen außer den eigenen Einkommen die Transferzahlungen des öffentlichen Sektors an die Haushalte ein.

*** Verhältnis der Gesamteinkommen der 20% reichsten Haushalte zu den Gesamteinkommen der 20% ärmsten Haushalte.

Quelle: MIDEPLAN (1988; 1991; 1993; 1995; 1997).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein gleicher Einkommenszuwachs bei den höchsten Einkommen wie bei den niedrigsten zwar eine gleichbleibende Einkommensverteilung ergibt, real aber etwas ganz anderes bedeutet. Wenn beispielsweise die Durchschnittseinkommen des untersten Zehntels der Haushalte zwischen 1994 und 1996 um 9,7% angestiegen sind, so bedeutete das einen realen Zuwachs des Monatseinkommens um etwa 5.100 Pesos oder knapp 13 US\$, was für ein Paar einfache Sandalen reichen mochte, während die durchschnittliche Zunahme der Einkommen des obersten Zehntels von 13,3% im gleichen Zeitraum einen realen Einkommenszuwachs von etwa 195.000 Pesos, also fast 500 US\$ bedeutete, genug, um einen eleganten Herrenanzug einzukaufen. Real gesehen klafft also die Schere immer weiter auseinander.

2. Faktoren, die auf die Einkommensverteilung Einfluss haben

Das Planungsministerium hält sich viel darauf zugute, dass die Einkommensverteilung ohne die Einbeziehung der direkten staatlichen Subsidien noch schlechter ausfallen würde und dass die Zurechnung staatlicher Subventionen für das Gesundheitswesen und das Bildungswesen zu den Einkommensgruppen eine zusätzliche Verbesserung der Einkommensverteilung bedeute. Die Tabellen 3 und 4 geben Auskunft über die entsprechenden Berechnungen:

Tabelle 3: Monatseinkommen der Haushalte pro Fünftel nach Einkommensstyp 1996* (Durchschnitt in Pesos)

Einkommensstyp	Fünftel der Haushalte nach eigenem Einkommen*					Durchschnitt
	I	II	III	IV	V	
I Eigenes Einkommen	74.644	155.185	228.333	372.638	1.108.017	387.763
II Geldsubsidien	7.058	4.699	3.499	1.823	541	3.524
III Geldeinkommen (I+II)	81.702	159.885	231.832	374.461	1.108.558	391.287
IV Subsidien f. Gesundheit	16.708	9.609	7.909	3.733	- 2.803	7.032
V Subsidien für Bildung	32.553	18.632	13.700	8.646	3.541	15.415
VI Gesundheit u. Bildung	49.261	28.241	21.609	12.379	738	22.446
VII Gesamteinkommen (III+V)	130.964	188.126	253.441	386.840	1.109.296	413.734

* Häusliche Bedienstete mit ihren Angehörigen sind nicht einbezogen.

** Das eigene Einkommen entspricht dem Einkommen aus Arbeit und Kapital einschließlich Pensionen.

Quelle: MIDEPLAN (1998), Tabelle 7.

Wenn man diese Rechnung akzeptiert, ergibt sich auf der Basis der Tabelle 3 für die Einkommensverteilung das folgende Bild:

Tabelle 4: Einkommensverteilung der Haushalte pro Fünftel nach Einkommensstyp 1996* (in %)

Einkommensstyp	Fünftel der Haushalte nach eigenem Einkommen*					Insgesamt
	I	II	III	IV	V	
Eigenes Einkommen	3,8	8,0	11,8	19,2	57,2	100,0
Geldeinkommen	4,2	8,2	11,8	19,1	56,7	100,0
Gesamteinkommen	6,3	9,1	12,3	18,7	53,6	100,0

* Häusliche Bedienstete mit ihren Angehörigen sind nicht einbezogen.

** Das eigene Einkommen entspricht dem Einkommen aus Arbeit und Kapital einschließlich Pensionen.

Quelle: MIDEPLAN (1998), Tabelle 8.

Wenn man sich nun die Frage stellt, welche Möglichkeiten überhaupt zur Debatte stehen, die Einkommensverteilung wesentlich zu verändern, so ist erst einmal davon auszugehen, dass die bis hierher genannten Subsidien offensichtlich nicht dazu geeignet sind, eine wirkliche Verbesserung zu bewirken. Die unter Geldsubsidien zusammengefassten staatlichen Zahlungen für Notrenten, Kindergeld und Sozialhilfe stellen allenfalls einen Tropfen auf den heißen Stein dar und steigern, wie man sieht, die eigenen Einkommen des ärmsten Fünftels nicht einmal um 10%.

Mit der so genannten "Modernisierung" der Altersversicherung von 1981, nämlich der Umstellung von einem nach dem Solidarprinzip organisierten, weitgehend staatlichen Umlageverfahren auf ein rein privatwirtschaftliches System individueller Kapitalbildung wurde überdies verhindert, dass in Zukunft jemals Umverteilungseffekte im Rentensystem wirksam werden. Im Gegenteil hat der Staat aus Steuermitteln nach der Umstellung die kostspieligen Zahlungen für die derzeitigen Rentner fortzuführen, ohne über entsprechende eigene Einnahmen aus der Rentenversicherung zu verfügen. Der größere Teil dieser Zahlungen kommt sogar den reichsten 40% der Bevölkerung zugute und erscheint in den obigen Tabellen unter "eigene" Einkommen (Wiebe/Leinhos 1994: 118; Beyer 1997: 21).

Wenn man nicht nur die staatlichen Subsidien für das Bildungs- und Gesundheitswesen in ihrer Wirkung auf die Einkommensverteilung betrachtet, sondern die längerfristige Wirkung dieser Sektoren ins Auge nimmt, so verändert sich auch hier das Bild beträchtlich. Der Zugang zu höheren Ein-

kommen – aus Arbeit und Kapital – hängt, wie man weiß, ganz entscheidend von dem jeweils erreichten Bildungsniveau ab, das sowohl von der Qualität der Ausbildung, als auch von der Höhe des Abschlusses bestimmt wird. Wenn die Ausgaben des privaten Bildungswesens pro Schülerin und Schüler siebenmal so hoch sind wie im öffentlichen Bildungssektor, so schlägt sich das zwangsläufig in größeren Chancen für diejenigen nieder, die sich einen Besuch privater Schulen leisten können. Besuchen beispielsweise noch etwa 70% der Oberschülerinnen und Oberschüler öffentliche Sekundarschulen, so geht dieser Anteil beim Übergang auf die Universitäten zugunsten der Absolventen von Privatschulen auf 30% zurück. Ähnlich wirkt sich die Teilung des Gesundheitswesens in ein öffentliches und ein privates System aus. Die in der Regel reicheren Mitglieder der privaten Krankenversicherungen können mit doppelt so hohen Ausgaben für ihre Gesundheit und einer entsprechend besseren Versorgung rechnen. Während das Bildungs- und das Gesundheitswesen früher auch dem Solidaritätsprinzip genügen und größere Chancengleichheit befördern sollten, erweist sich ihre jetzige Organisation als ein Mittel zur Zementierung der herrschenden Unterschiede (Faletto 1999: 30; PNUD 1998: 155ff.).

Die Einkünfte der unteren 60% der Haushalte stammen zu etwa 60% aus Löhnen und Gehältern und zu etwa 20% aus dem Ergebnis selbstständiger Arbeit, während die Löhne und Gehälter bei der Einkommensschicht der obersten 20% nur noch etwa 35% ausmachen. Diese oberste Gruppe ist auch die einzige, in der die Einkünfte aus Kapitalerträgen mit 23% ernsthaft zu Buche schlagen (Beyer 1997: 21). Daraus ergibt sich, dass ohne Erhöhungen der Reallöhne über die erreichte Produktivitätssteigerung hinaus kaum eine ernsthafte Verbesserung der Einkommensstruktur denkbar ist. Nun haben sich aber in den letzten Jahren und Jahrzehnten Verschiebungen ergeben, die eine solche Entwicklung immer unwahrscheinlicher machen. Der Anteil der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Sektor, in dem die Beschäftigungsbedingungen in der Regel stabiler waren, ist stark gesunken. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich auf Kosten der Industriearbeiterschaft stark erhöht, und das ging Hand in Hand mit einem Anstieg der Zahl derer, die „auf eigene Rechnung“ arbeitet oder in sehr kleinen Betrieben einen meist relativ unsicheren Job findet. Auch wird es in den Betrieben immer häufiger üblich, Beschäftigungen durch „Unterverträge“ abzulösen und so die Lohnabhängigen in „Selbstständige“ mit eigenem Risiko zu verwandeln. Alle diese Veränderungen haben die von der unternehmerfreundlichen Arbeitsgesetzgebung ohnehin unterhöhlte Ver-

handlungsmacht der Gewerkschaften weiter geschwächt. So sind heute nur noch 10-12% der Lohnabhängigen überhaupt an Tarifverhandlungen beteiligt oder von ihnen betroffen (Faletto 1999: 30ff.).

Die Politik der *Concertación*, der Regierungskoalition aus Christdemokraten und Sozialisten, hat zwar den sozialen Ausgleich zum Programm erhoben, sie hat aber die Tradition der Militärdiktatur fortgesetzt, die darin bestand, die Entwicklung der Einkommensstruktur im wesentlichen den Kräften des Marktes zu überlassen und Erfolge im Kampf gegen die Armut zunächst und vor allem durch hohes Wirtschaftswachstum zu suchen und dafür den Unternehmen die von ihnen geforderten Voraussetzungen zu schaffen. Mehr noch: Die *Concertación* hat sich praktisch damit abgefunden, dass der Staat über keinerlei Mittel mehr verfügt, auf die Einkommensstruktur bestimmenden Einfluss auszuüben.

Wenn die linke Opposition eine wesentliche Steigerung der Mittel für sozialpolitische Zwecke verlangt, so könnten diese Mittel nur nach weitreichenden Reformen überhaupt eine Wirkung entfalten. Die rechte Opposition dagegen beklagt die mangelnde Effizienz – zu geringe „Fokussierung“ – der vom Steuerzahler finanzierten sozialpolitischen Ausgaben. Nach ihrer Meinung könnte mit noch weniger Mitteln mehr erreicht werden.

3. Unsicherheit, Unzufriedenheit, Unbehagen

Im Jahr 1998 ist unter dem Titel „Menschliche Entwicklung in Chile – 1998. Paradoxien der Modernisierung“ eine Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP, PNUD), erschienen, die viel Aufsehen erregt hat. In dieser Studie wurde nämlich festgestellt, dass trotz enormer objektiver Fortschritte beim Wirtschaftswachstum, bei den Reallöhnen, bei der Bekämpfung von Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut in den letzten Jahren bei vielen Menschen in Chile eine starke subjektive Unsicherheit entstanden ist, die sich mindestens in Teilen aus einem wachsenden Misstrauen in das Funktionieren der gesellschaftlichen Subsysteme speist. Die empirischen Ergebnisse der Studie haben gezeigt, dass nicht nur objektiv ein ungleicher Zugang zu Beschäftigung, Konsum, Erziehung, Gesundheit und Altersversicherung besteht, sondern dass diese ungleiche Verteilung der Chancen und Risiken auch subjektiv von den Befragten wahrgenommen wird. Mit Ausnahme der Oberschicht fürchtet die Mehrheit der Befragten, nicht in der Lage zu sein, die Chancen, die von der Entwicklung geboten werden, zu nutzen und sich ausreichend gegen ihre Risiken absichern zu können (PNUD 1998: 24). Daraus resultiert ein verbreitetes diffuses Unbehagen, das sich

allerdings nicht in der Forderung nach gesellschaftlichen oder politischen Veränderungen auszudrücken vermag. Im Gegenteil: Die Politik insgesamt ist in den Ruf gekommen, dass sie nichts verändern kann und will. Dies erklärt, warum sich in den letzten Jahren eine Million Jugendlicher nicht mehr in die Wahllisten eingeschrieben hat und warum 15% der Wählerinnen und Wähler bei den Parlamentswahlen im Dezember 1997 ungültige Stimmzettel abgegeben haben.

Die eigentliche Probe für das Modell der chilenischen Bekämpfung von Armut und Ungleichheit steht noch aus. In den letzten 13 Jahren hat ein sehr schnelles Wirtschaftswachstum eine Senkung des Anteils der Armen an der Bevölkerung möglich gemacht, ohne an der strukturellen Ungleichheit irgend etwas zu ändern. Bei der gesellschaftlichen Übermacht der Unternehmenseite, die das Militär mit seiner verfassungsgeschützten Vetomacht im Zweifelsfall immer auf seiner Seite weiß, und bei der Selbstzufriedenheit der *Concertación* würde ein Rückgang des Wirtschaftswachstums unter den gegebenen Umständen einen Wiederanstieg der Armut und eine Situation noch stärkerer Ungleichheit zwischen den Einkommensklassen herbeiführen. Alternativen werden nicht angeboten.

Literaturverzeichnis

- Basso, Alexis Guardia (1996): *El Invitado de Piedra: La Distribución del Ingreso*. Santiago.
- Beyer, Harald (1997): "Distribución del ingreso: antecedentes para la discusión". In: *Estudios públicos*, Nr. 65, S. 5ff.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (1990): *Transformación productiva con equidad. La tarea prioritaria de América Latina y el Caribe en los años noventa*. Santiago.
- Contreras, Dante (1996): "Pobreza y desigualdad en Chile". In: *Estudios públicos*, Nr. 64, S. 57ff.
- Faletto, Enzo (1999): "Panorama Social". In: *Departamento de Sociología, Universidad de Chile, Análisis del Año 1998. sociedad – política – economía*. Santiago, S. 27ff.
- Gregorio, José de/Landerretche, Oscar (1998): "Equidad, distribución y desarrollo integrador". In: Cortázar, René/Vial, Joaquín (Hrsg.): *Construyendo Opciones. Propuestas económicas y sociales para el cambio de siglo*. CIEPLAN. Santiago, S. 151ff.
- León, Arturo/Martínez, Javier (1998): "La Estratificación Social Chilena hacia fines del Siglo XX". Santiago (Manuskript).
- Lustig, Nora (1993): "Medición de la pobreza y de la desigualdad en la América Latina. El Emperador no tiene ropa". In: *Trimestre económico*, S. 200ff.
- Marfán, Manuel (1993): "Reflexiones teóricas sobre crecimiento y equidad". In: *Colección Estudios CIEPLAN*, Nr. 37.

- MIDEPLAN (*Ministerio de Planificación y Cooperación*) (1988): *Encuestas de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN)*. Santiago.
- (1991): *Encuestas de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN)*. Santiago.
- (1993): *Encuestas de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN)*. Santiago.
- (1995): *Encuestas de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN)*. Santiago.
- (1997): *Encuestas de Caracterización Socioeconómica Nacional (CASEN)*. Santiago.
- MIDEPLAN (*Ministerio de Planificación y Cooperación*) (1998): *Distribución e impacto distributivo del gasto social en los hogares 1996*. Santiago.
- PNUD (*Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo*) (1998): *Desarrollo Humano en Chile 1998. Las Paradojas de la Modernización*. Santiago.
- Schatan W., Jacobo (1998): *El saqueo de América Latina*. Santiago.
- Wiebe, Nicola/Leinhos, Luten Peer (1994): “Verteilungspolitik in Chile – Erfolge und Mißerfolge der ersten demokratischen Regierung nach Pinochet”. In: Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie und Lateinamerika-Institut (Hrsg.): *“En la medida de lo posible”. Die chilenische Demokratisierung im Rahmen des Möglichen*. Berlin.

Alicia Frohmann

Chile: Internationalisierung der Wirtschaft und der Handelspolitik

Der Fall der Internationalisierung der chilenischen Wirtschaft in den achtziger und neunziger Jahren wird oft als erfolgreiches Beispiel für eine Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft und für ein exportorientiertes Entwicklungsmodell zitiert, das zu einem bedeutenden Wachstum der gesamten Wirtschaft und zu beträchtlichen gesellschaftlichen Transformationen geführt hat. Dieser Prozess hatte seine erfolgreichen Seiten, während andere Aspekte weniger glücklich waren.

Der vorliegende Artikel wird zunächst darauf eingehen, wie Chile seine Wirtschaft in den vorangegangenen Jahrzehnten zunehmend internationalisierte, sowie auf die sozio-ökonomischen Folgen dieses Prozesses. Anschließend werden die in den neunziger Jahren verwendeten handelspolitischen Instrumente beleuchtet – Fortführung der unilateralen Öffnung, aktive Präsenz im multilateralen Handelssystem und Verhandlungen über bilaterale und regionale Handelsabkommen –, die im vergangenen Jahrzehnt praktisch eine Verdoppelung der Exporte Chiles ermöglicht haben (von etwa 8 Mrd. US\$ im Jahr 1990 auf ca. 16 Mrd. US\$ 1998), und dies trotz des dramatischen Sturzes der Weltmarktpreise für Kupfer, des wichtigsten Exportproduktes (von 1,20 US\$ 1990 auf 0,75 US\$ 1998).

1. Die Internationalisierung der Wirtschaft Chiles

Während der vergangenen 20 Jahre befand sich die Wirtschaft Chiles innerhalb ganz unterschiedlicher politischer Kontexte in einem deutlichen Prozess der Internationalisierung. Es fand ein Übergang von einer auf ein einziges Produkt (Kupfer) fixierten Exportwirtschaft, die auf dem Modell der Importsubstitution basierte, zu einer offenen und diversifizierten Wirtschaft statt, die auf einem Entwicklungsmodell beruht, bei dem die Außenwirtschaft der dynamisierende Faktor für die gesamte Wirtschaft ist.

Die Anfangsetappe dieses Internationalisierungsprozesses der chilenischen Wirtschaft fand während der Zeit der Militärdiktatur (1973-1990) statt und basierte vor allem auf der Liberalisierung und unilateralen Öffnung der

Wirtschaft, die sich durch eine bedeutende Reduzierung von Zollschränken und eine Vereinfachung der für Handel und Investitionen geltenden Normen auszeichnete. Dieser Prozess begann in den siebziger Jahren, also viel früher als in den restlichen Ländern Lateinamerikas, die immer noch einem protektionistischen und auf Importsubstitution basierenden Industrialisierungsmodell anhängen.

Während des ersten Jahrzehnts waren die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Politik der Militärregierung in vielerlei Hinsicht ziemlich negativ (Deindustrialisierung, negatives Wachstum, Arbeitslosigkeit, Anstieg der Armut, Finanzkrise). Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begannen die Änderungen in der Wirtschaftspolitik sich in einem anhaltenden Prozess des Wirtschaftswachstums, im Erstarken der Außenwirtschaft und in Verbesserungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der chilenischen Wirtschaft niederzuschlagen. Dieser Prozess hat sich in den neunziger Jahren mit der Aufnahme neuer wirtschafts- und sozialpolitischer Elemente beschleunigt. 13 Jahre ununterbrochenes Wirtschaftswachstum von fast 7% p.a. haben übrigens nicht nur die Wirtschaft umgeformt, sondern waren ebenso die Grundlage für bedeutende soziale Veränderungen, die sowohl das Gesicht ländlicher Gebiete als auch der Städte verändert haben.

Gegenwärtig steht Chile in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf Platz 18 der Weltrangliste (World Economy Forum) und hat die beste Risikoklassifizierung in Lateinamerika (A – von Standard & Poor's). Auch unter dem Aspekt des humanitären Entwicklungsstandes (soziale und ökonomische Indikatoren sowie Indikatoren für die Partizipation) hat sich die Position Chiles beträchtlich verbessert: In Lateinamerika steht das Land heute trotz der noch vielen ungelösten Probleme auf Platz 1 und auf der Weltrangliste auf Platz 34 (nach dem UNDP-*Development Index*).

Seit dem Übergang zur Demokratie im März 1990 hat die chilenische Wirtschaft eine neue Etappe der Internationalisierung eingeschlagen, welche die Fortsetzung der unilateralen Öffnung mit einer aktiven Politik der multilateralen Beziehungen und der Verhandlungen über Handelsabkommen kombiniert. 1991 reduzierte die Regierung von Präsident Aylwin den Einfuhrzoll/Außenhandelszoll von 15% auf 11%. Gleichzeitig nahm die Regierung Verhandlungen über bilaterale und subregionale Abkommen in der westlichen Hemisphäre auf. Der Kongress billigte 1998 eine erneute progressive Senkung der Zölle um jährlich 1% in den nachfolgenden fünf Jahren, was bedeutet, dass die chilenischen Einfuhrzölle/Außenhandelszölle im Jahr 2003 auf 6% gesunken sein werden. Hierbei handelt es sich um eine

wirklich kühne Maßnahme im derzeitigen internationalen Kontext, in dem ein gewisses Wiederaufleben des Protektionismus zu beobachten ist.

Die Wirtschaftspolitik hat den Außenhandel begünstigt, der gegenwärtig fast 50% des Bruttosozialprodukts ausmacht. Der durchschnittlichen Anstieg des Handels betrug zwischen 1991 und 1998 10%, und es hat eine Diversifizierung des Handels sowohl hinsichtlich der Produkte als auch in Bezug auf die Märkte und die Zahl der Unternehmen stattgefunden (Tabelle 1). Die derzeitige Situation der Außenwirtschaft unterscheidet sich nicht nur grundlegend von der Situation 1970, sondern auch von der von 1985 (die Exporte haben sich seit damals verdoppelt) und sogar von jener im Jahr 1990. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Demokratie gut "für das Geschäft" war.

In Chile hat der Export von Rohstoffen, vor allem von Kupfer, eine langjährige Tradition, und diese Tradition besteht in gutem Maße bis heute fort. Aber dank der in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten sowohl vom Staat als auch von der Privatwirtschaft unternommenen Anstrengungen, Anreize für den Export von nicht-traditionellen Ausfuhrsgütern zu bieten, hat sich, während die Gesamtmenge der Exporte zunahm, der Anteil der Exporte von unverarbeiteten Rohstoffen am Gesamtexport von zwei Drittel 1985 auf ungefähr die Hälfte des Gesamtexports im Jahr 1997 verringert. Gleichzeitig sind die Exporte von verarbeiteten Rohstoffen und Fertigwaren enorm gestiegen. Die nicht-traditionellen Exportgüter, die 1991 einen Anteil von 28% an den Gesamtexporten stellten, erreichten 1998 einen Anteil von 38%. Eines der vorrangigen wirtschaftlichen Ziele Chiles ist die Zunahme der Produktion und des Exports von Gütern mit einem gestiegenen Mehrwert.

Tabelle 1: Chile: Indikatoren für die Exportdiversifizierung

	1970	1985	1990	1997
Export von Gütern und Dienstleistungen (Preise 1986, 1985 = 100)	--	100	191	329
Exporte (in Mio. US\$)	1.112	3.804	8.614	16.770
Kupfer	76%	47%	46%	42%
Rohstoffe		17%	16%	12%
Natürliche Ressourcen der 1. Verarbeitungsstufe	>24%	24%	25%	24%
Natürliche Ressourcen der 2. Verarbeitungsstufe		11%	13%	22%
Anzahl der Produkte	200	1.437	2.796	3.771
Abnehmermärkte	31	120	122	166

	1970	1985	1990	1997
Exporte nach Abnehmermärkten (in %)				
Asien	12	19	26	35
Europäische Union	61	33	37	28
Lateinamerika (ohne Mexiko)	12	17	13	19
NAFTA	15	24	18	19
Beteiligung (in %)				
5 größte Exportunternehmen	86	59	55	47
10 größte Exportunternehmen	90	71	68	60
Anzahl der Exportunternehmen	150	2.345	4.125	5.841

Quelle: Chilenisches Wirtschaftsministerium (1998); Daten von ProChile und der Zentralbank.

An diesen Bemühungen um eine Diversifizierung des Warenkorbs für den Export hatte ProChile, der chilenische Organismus für Exportförderung, einen entscheidenden Anteil. Die Tätigkeit dieser Einrichtung besteht darin, die Palette der traditionellen Exportgüter Chiles zu erweitern und neue Nischen im internationalen Markt ausfindig zu machen und zu erschließen. So zum Beispiel ist der *Boom*, den der Lachs, das Obst und der chilenische Wein auf den internationalen Märkten derzeit erfährt, unmittelbar mit der Arbeit von ProChile verbunden.

Chiles Exportgüter unterscheiden sich je nach der Abnehmerregion. So importiert Japan – das zweitwichtigste Abnehmerland für Chiles Exporte – hauptsächlich unverarbeitete Rohstoffe, die das Land im Anschluss selbst weiterverarbeitet. Andererseits nehmen die lateinamerikanischen Länder einen höheren Anteil an gewerblichen Erzeugnissen ab.

Chile hat seine Exportmärkte derart diversifiziert, dass der Handel, den das Land mit den einzelnen Weltregionen betreibt, derzeit weitgehend ausgeglichen ist. Die Zahlen der vergangenen Jahre belegen eine ziemlich ausgewogene Beteiligung der unterschiedlichen Abnehmermärkte, mit einem Anteil von jeweils etwa 30% für Asien und Europa – trotz der Verringerung der Exporte nach Asien in der Periode 1997-1998 aufgrund der Krise – und jeweils ungefähr 20% im Fall von Lateinamerika und den NAFTA-Staaten. Diese Diversifizierung der Märkte erhöht die Verhandlungskapazität einer kleinen Volkswirtschaft wie der chilenischen und gestattet es ihr, die Probleme, die auf spezifischen Märkten bestehen – wie jüngst der Fall mit den Volkswirtschaften Ostasiens – besser in Angriff zu nehmen.

2. Handelspolitik in den neunziger Jahren

Für ein kleines Land wie Chile ist die unilaterale Öffnung eine sinnvolle Politik, da sie zu einer angemesseneren Zuteilung von Ressourcen beiträgt, mit der Folge, dass der Wohlstand der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit maximiert wird. Die in Chile ab Mitte der siebziger Jahre angewendete einseitige Öffnung hat zu einem beschleunigten Anwachsen der Exporte, und zwar sowohl der traditionellen als auch der nicht-traditionellen, beigetragen und eine größere Diversifizierung der Produkte sowie der Abnehmermärkte angeregt. Wie bereits angedeutet, haben die Regierungen der *Concertación* diese einseitige Öffnung nicht nur weiterverfolgt, sondern sogar erweitert. Zusätzlich wurde die Öffnung der Telekommunikationsbranche, des Finanzsektors und der öffentlichen Infrastruktur vorangetrieben. Das heißt, die Betonung wurde auf die "nicht-traditionellen" Bereiche der Handelspolitik gelegt.

Die Frage, die man nun stellen muss, ist die Folgende: Welche Rolle spielen die internationalen Wirtschaftsabkommen? Die internationalen, multilateralen und bilateralen Wirtschaftsabkommen haben die unilaterale Öffnung ergänzt und vervollständigt. Die internationalen Abkommen tendieren dazu – vor allem in der Gegenwart – die Transaktionskosten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verringern, da sie ein auf ihre Mitgliedsstaaten anwendbares Regelwerk liefern, das den Beziehungen Stabilität verleiht, die Transparenz durch spezifische Pflichten anregt und die Erfüllung der Regeln durch bindende Instrumente garantiert, wodurch die Anreize zu einem Abweichen von diesen Regeln vermindert werden.

In diesem Kontext stellt sich folgende weitere Frage: Wenn es die WTO gibt, eine multilaterale Institution, an der mehr als 130 Länder beteiligt sind, warum sollten dann überhaupt Verhandlungen über bilaterale Wirtschaftsabkommen stattfinden? Die Antwort auf diese Frage hat neben wirtschaftlichen übrigens auch politische Aspekte. Das multilaterale Handelssystem ist aus chilenischer Perspektive das wichtigste Forum für internationale wirtschaftliche Verhandlungen, da an ihm die wichtigsten Handelspartner Chiles teilnehmen. Eine Verhandlung auf dieser Ebene ist für Chile die beste Option und bringt dem Land aufgrund ihres multilateralen Charakters den größten Nutzen: Chile zieht Vorteile aus den wirtschaftlichen Konzessionen, die zwischen den Mitgliedsstaaten ausgehandelt werden. Trotzdem bleibt die WTO eine Institution, deren Möglichkeiten begrenzt sind.

Hier muss auch daran erinnert werden, dass trotz der bedeutenden Resultate, die in der Uruguay-Runde – die schließlich 1993 beendet wurde – er-

zielt wurden, nicht alle Fortschritte erzielt wurden, die sich Chile erhofft hatte (z.B. auf dem Gebiet des Zugangs zu Märkten in der Landwirtschaft). Folglich sind die Geschwindigkeit und das Ausmaß der auf multilateralen Ebene erreichbaren Öffnung im Handel begrenzt.

In diesem politisch-ökonomischen Kontext, der durch Konflikte zwischen den wirtschaftlichen Mächten und der Bildung von exklusiven Wirtschaftsblöcken (NAFTA, EU, Asien-Pazifik, *Mercosur*, etc.) gekennzeichnet ist, suchte Chile nach einem Weg, um das während der letzten Jahrzehnte verfolgte Entwicklungsschema, das durch eine wirtschaftliche Öffnung und ein durch den Außenhandel stimuliertes Wachstum gekennzeichnet war, zu "schützen" und voranzutreiben. Dies erklärt die Suche des Landes nach internationalen wirtschaftlichen Abkommen als Ergänzung zur Politik der einseitigen Öffnung. Chile hat den Weg einer aktiven Politik der regionalen Abkommen gewählt, um die Liberalisierung seines internationalen Handels weiter vorantreiben und konsolidieren zu können.

Chile hat größere Anstrengungen unternommen und hat ständig nach Verhandlungschancen mit jenen Ländern oder Gruppen von Ländern gesucht, mit denen das Land die intensivsten Handelsbeziehungen unterhält (USA, *Mercosur*, die Länder der Andinen Gemeinschaft und die Europäische Union) und die ebenfalls diejenigen Länder sind, die Integrationsprozesse unternommen haben, deren Auswirkungen für das Land sehr bedeutend sein können.

Die Politik der Verhandlungen über Abkommen mit Ländern oder sub-regionalen Blöcken des amerikanischen Kontinents sowie auch die Verhandlungen über die Amerikanische Freihandelszone (ALCA) waren von großer Bedeutung. Der amerikanische Kontinent ist die Chile am nächsten liegende Wirtschaftszone, mit der ein realer Integrationsprozess möglich ist und die fast 40% des chilenischen Außenhandels auf sich vereint.

Die Ziele Chiles bei den Verhandlungen über Handelsabkommen waren die folgenden: Öffnung der Märkte, Sicherung der Konditionen des Zugangs und der Stabilität der Exporte, Eliminierung von Handelsschranken, was auf andere Weise schwieriger zu bewerkstelligen wäre, Fortschritt in allen Bereichen des Handels (Dienstleistungen, *Anti-Dumping*), Schutz des Zugangs der Exporte gegenüber von Drittländern vergebenen Präferenzen sowie Förderung des Exports von verarbeiteten Gütern.

Wie steht es mit der Bewertung der bis zum jetzigen Zeitpunkt erzielten Abkommen?

Zu dieser Frage möchte ich in erster Linie hervorheben, dass der bevorzugte Zugang zu verschiedenen Märkten mit insgesamt fast 500 Millionen Bewohnern eine Zunahme und eine Diversifizierung der chilenischen Exporte bewirkt hat. Gegenwärtig finden ungefähr 20% der Exporte Chiles im Rahmen von Handelsabkommen statt.

Die derzeitige internationale Wirtschaftskrise, deren Ursprung in Asien lag und die tiefgreifende Auswirkungen auf fast allen aufstrebenden Märkten hatte, gibt auch einigen Aufschluss darüber, wie sich der Handel mit diesen Ländern entwickelt hat. Die Exporte in jene Länder, mit denen Chile Handelsabkommen unterzeichnet hat, sind in den ersten sechs Monaten des Jahres 1998 um 8% angestiegen, und das in einem Kontext, in dem die Gesamtexporte um 11,4% gefallen sind. 1999 sanken auch die Ausfuhren an den *Mercosur* aufgrund der ersten Krise, die dessen wichtigste Mitgliedsstaaten, Argentinien und Brasilien, durchmachen. Dennoch dienen die Handelsabkommen auch dazu, diesen Sturz aufzufangen. Diese Dynamik weist auf die Bedeutung, eine bevorzugte Beziehung zu diesen Märkten zu haben.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung der Exporte zeigen die Studien, dass die Handelsabkommen den Export von Gütern mit einem höheren Mehrwert gefördert oder zumindest bewahrt haben. Diese gehörten zu den Hauptanliegen der Regierungen der *Concertación* in den neunziger Jahren. Aber die Zunahme der Exporte mit gestiegenem Mehrwert war auch von einem Zuwachs des Exports von traditionellen Ausfuhrsgütern und von Agrarprodukten begleitet.

Diese Anschauungen haben die Verhandlungen zu den acht derzeit gültigen Handelsabkommen (*Mercosur*, Kanada, Mexiko, Ecuador, Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien) geleitet und haben ebenso die Richtlinien für die gegenwärtig laufenden oder vom Kongress zu billigenden Verhandlungen angegeben:

- Handelsabkommen im Rahmen der ALADI (Bolivien, Panama, Kuba),
- Freihandelsabkommen (Mittelamerika, Korea, Schweiz),
- Amerikanische Freihandelszone (ALCA),
- Zusammenschluss mit der Europäischen Union,
- Liberalisierungsprogramm der APEC.

Zusätzlich erweitert und intensiviert Chile einige der bereits bestehenden Abkommen (*Mercosur*, Kolumbien) und ist bestrebt, bei den bereits unterzeichneten oder noch in der Verhandlungsphase befindlichen Abkommen

eine zunehmende Konvergenz zu erreichen. In diesem Rahmen kommt den ALCA-Verhandlungen, die zweifellos das ehrgeizigste wirtschaftliche und politische Projekt darstellen, das auf dem amerikanischen Kontinent bisher in Angriff genommen wurde, eine besondere Bedeutung zu, da dieses Abkommen ein Zusammenlaufen der unterschiedlichen Handelsinitiativen, die Chile bislang in der Region unternommen hat, ermöglichen wird.

Die Sichtweise Chiles bezüglich der Gründe für ein mögliches Interesse an Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hat sich seit Anfang und Mitte der neunziger Jahre verändert. Heute sind die Gründe für eine eventuelle Aufnahme von Verhandlungen mit den USA dieselben, die für die ALCA-Verhandlungen gelten: Verbesserung des Zugangs zum nordamerikanischen Markt durch Eliminierung der gestaffelten Zölle; Vorhandensein von klaren und dauerhaften Regeln, sowie – was möglicherweise das Wichtigste ist – die Durchsetzung von geeigneten Mechanismen zur Lösung der Handelskonflikte.

Unterdessen hat Chile mit den beiden anderen NAFTA-Partnern jeweils ein Handelsabkommen vereinbart. Das 1999 ratifizierte Freihandelsabkommen mit Mexiko nimmt Normen und Fachgebiete in den Vertrag auf, die das Abkommen von 1991, in welchem es im Wesentlichen um den Abbau von Zollschränken ging, nicht enthielt.

Das Handelsabkommen mit Kanada, das 1996 unterzeichnet und 1997 vom chilenischen Kongress genehmigt wurde, ist zweifellos das vollständigste und modernste Abkommen, das Chile bisher abgeschlossen hat. Es handelt sich insofern um ein für Amerika einzigartiges und beispielhaftes Instrument, als es den Verzicht auf die Anwendung von *Anti-Dumping*-Mechanismen vorsieht, sobald eine Liberalisierung des Handels stattgefunden hat. Andererseits wurde als Anhang zum Abkommen Chile–Kanada jeweils ein Abkommen zur Kooperation auf den Gebieten Arbeit und Umwelt unterzeichnet, in welchen beide Seiten sich verpflichten, die eigenen Landesgesetze und bestimmte auf diesen Gebieten international anerkannte Prinzipien zu respektieren. Diese Abkommen schließen keine Handelssanktionen ein, auch wenn in ihnen Strafen vorgesehen sind, die allerdings weniger der Ausdruck einer Bestrafungsmentalität sind als einen Willen zur Kooperation ausdrücken. Die besagten Abkommen stellen eine erste Annäherung an das Thema Handel-Umwelt-Sozialentwicklung dar, das eine wachsende Bedeutung auf der internationalen Tagesordnung genießt. Sie sind einzigartig in Südamerika.

3. Schlussbetrachtung

Anfang des 21. Jahrhunderts scheint das bis zur Gegenwart angewendete Modell erschöpft zu sein, zumindest teilweise. Die internationale Wirtschaftskrise und der plötzliche Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe haben deutlich gemacht, dass die Verwundbarkeit Chiles gegenüber den Preisschwankungen der *commodities* trotz der Fortschritte bei der Diversifizierung der Exporte weiterhin besteht. Soll das exportorientierte Entwicklungsmodell auch in Zukunft erfolgreich sein, so ist nicht nur ein quantitativer Sprung notwendig, sondern vor allem ein qualitativer, der darin besteht, dass Fortschritte bei der Steigerung des Mehrwerts der exportierten Güter und Dienstleistungen erzielt werden.

Auf der anderen Seite bestätigen die Stagnation im Rahmen der APEC sowie die Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit der Europäischen Union die Notwendigkeit, auf multilateraler Ebene im Rahmen der Millennium-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) voranzukommen und die Fortschritte in der wirtschaftlichen Integration des amerikanischen Kontinents zu konsolidieren, wobei die Option des "offenen Regionalismus" als zentrales Prinzip der internationalen Handelspolitik Chiles weiterverfolgt werden muss.

V

Kultur

Nikolaus Werz

Der Beitrag Chiles zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika*

Aufgrund seiner politischen Entwicklung hat Chile in Lateinamerika und der Welt einen Stellenwert erlangt, der über die eigentliche Größe des Landes hinausgeht. Die Bedeutung Chiles für die Sozialwissenschaften ergibt sich also nicht allein aus den vorhandenen Forschungseinrichtungen und den dort erarbeiteten Beiträgen. Bereits die von der Regierung Eduardo Frei 1964 proklamierte "Revolution in Freiheit" rief internationales Interesse hervor. Noch viel mehr galt dies für den "chilenischen Weg zum Sozialismus" unter Salvador Allende (1970-1973) sowie später für die Wirtschaftspolitik der so genannten *Chicago Boys*, die auch als eine Art kapitalistischer (Gegen-)Revolution bezeichnet wurde. An allen drei waren Sozialwissenschaftler bzw. Ökonomen beteiligt, Chile wurde von den jeweiligen Parteigängern zum Modell erhoben. Zuweilen geriet der Andenstaat zu einer im fernen Süden der Welt aufgespannten Leinwand, auf der politische Kontroversen und der Streit ökonomischer Schulen ausgetragen wurden.

Die wissenschaftliche Ausstrahlung Chiles beginnt schon früher und zwar mit der Gründung zweier wichtiger Regionalorganisationen, der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL (1948) und der lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften FLACSO (1957). Unter der Leitung des Argentiniers Raúl Prebisch (1901-1986) avancierte die CEPAL zu einem Anziehungspunkt für Sozialwissenschaftler und Ökonomen aus verschiedenen Ländern, denn die von ihm auf der Konferenz von Havanna vorgestellte Studie "La situación económica de América Latina" machte die CEPAL schnell bekannt. Prebisch baute in seiner Zeit als Generalsekretär ein Zentrum auf, an dem Wissenschaftler aus ganz Amerika forschten. Dazu gehörte z.B. José Medina Echavarría (1903-1977), der seit dem spanischen Bürgerkrieg zunächst in Mexiko und später in Puerto Rico

* Der Autor dankt Jorge Padua (Mexiko), Marcia Rivera, Heinz R. Sonntag (Caracas), Ingo Gentes und Enrique Fernández D. (Berlin) für Hinweise.

tätig war.¹ Von Beginn an besaßen die Sozialwissenschaften in Chile somit eine kosmopolitische Ausrichtung.

1. Die Anfänge

Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern bestand in Chile zunächst eine Kathedersozilogie an den Universitäten. Um 1950 gab es ca. 50 Lehrstühle für Soziologie, deren Inhaber u.a. Rechtsanwälte, Philosophen und Historiker waren; 1951 wurde die chilenische Gesellschaft für Soziologie gegründet.

Ende der fünfziger Jahre verdichteten sich die Anstrengungen zur Etablierung einer wissenschaftlichen Soziologie und Politikwissenschaft. Eduardo Hamuy kehrte von einem Studienaufenthalt in den USA in sein Heimatland zurück, wo er an der Universität Chile das Institut für Soziologische Studien gründete. 1958 begann dort ein Studiengang, mehrere Nachwuchswissenschaftler erhielten Stipendien für einen Aufenthalt in den USA und Westeuropa. Im Rahmen einer Initiative zur Ausbildung einer ersten Generation lateinamerikanischer Sozialwissenschaftler war die FLACSO 1957 als Teil einer UNESCO-Initiative gegründet worden. Es kamen u.a. europäische Professoren nach Santiago, wie etwa der Schweizer Peter Heintz (1920-1983), von 1960 bis 1965 Direktor der FLACSO. Sein Vorgänger, der bereits erwähnte Medina Echavarría, hatte am *Colegio de México*, das u.a. aus der von spanischen Exilierten gegründeten *Casa de España* hervorging, seine Lehrtätigkeit in Lateinamerika begonnen. An der Gründung der *Revista Mexicana de Sociología* war er maßgeblich beteiligt. Mit anderen übersetzte er 1940 Max Webers "Wirtschaft und Gesellschaft" ins Spanische, d.h. bevor eine englische oder französische Übersetzung erschien.² Sowohl Medina Echavarría als auch Heintz ging es – wie dem von Italien nach Buenos Aires emigrierten Gino Germani (1911-1979) – um die Begründung einer an objektiven Kriterien orientierten wissenschaftlichen Soziologie, die sich damit von ihren essayistischen Vorläufern absetzen sollte (Werz 1992: 150ff.). Heintz definierte ihre Aufgaben und die der FLACSO folgendermaßen:

Einerseits sollte in Lateinamerika eine streng wissenschaftliche Soziologie eingeführt, andererseits verhindert werden, daß in der Vertikalen des internationa-

¹ Bei der Anwerbung Echavarrías spielten seine theoretischen Kenntnisse der Soziologie eine Rolle (vgl. Furtado 1989: 101).

² Der Verlag Fondo de Cultura Económica begann in den vierziger Jahren Werke anderer deutscher Soziologen und Philosophen in spanischer Sprache zu publizieren (Davis 1950: 25).

len Schichtungssystems der Fluß von Kenntnissen aus den in der Soziologie weiter fortgeschrittenen Ländern nach Lateinamerika neue Formen und Strukturen der Abhängigkeit schaffen würde (Heintz 1969: IV; vgl. Hirschier 1980).

Das Ausbildungsprogramm der FLACSO war außerordentlich erfolgreich. Bekannte Intellektuelle lehrten in Chile, etwa Johann Galtung von 1962-1964, wissensdurstige und vielversprechende Nachwuchswissenschaftler nahmen an den ersten Kursen teil – u.a. Mora y Araujo und Enzo Faletto. Wer damals Sozialwissenschaften in Lateinamerika studieren wollte, der ging nach Chile. Ein Nachteil für die FLACSO war lediglich, dass sie kein Doktorandenprogramm hatte.

Ein weiterer Name ist im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Sozialwissenschaften wichtig: Roger Vekemans, ein belgischer Jesuit, etablierte 1958 an der Katholischen Universität die *Escuela de Sociología*. Seine Präsenz war Teil verstärkter Initiativen der katholischen Kirche, um ein Gegengewicht zu marxistischen und freimaurerischen Einflüssen zu schaffen. Er rief darüber hinaus mit dem DESAL ein privates Institut für Entwicklungsstudien ins Leben und erzielte schnell Erfolge bei der Einwerbung ausländischer Fördermittel.

Innerhalb kurzer Zeit nahmen damit drei forschungsorientierte soziologische Institute ihre Tätigkeit auf. Alle wurden von im Ausland ausgebildeten Sozialwissenschaftlern geleitet, die über externe Finanzierungshilfen aus den USA, von der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) und aus Europa verfügten. 1967 wurden zusätzlich die *Escuela de Sociología* an der Universität von Concepción und das erste Institut für politische Wissenschaften an der Katholischen Universität gegründet. Die Zahl der Absolventen in den Sozialwissenschaften stieg nach Schätzungen von 8% (1960) auf 18% (1970) (Puryear 1994: 16). Von der Soziologie erhoffte man sich einen Beitrag zur Entwicklung des Landes. Wie dies im Einzelnen geschehen solle, darüber gingen die Ansichten schon bald auseinander: So nahm die Abteilung für Ökonomie an der Katholischen Universität schon 1955 Beziehungen mit der Universität Chicago auf, was sich in den siebziger Jahren u.a. im Einfluss der *Chicago Boys* niederschlug. Von 1955 bis 1963 nahmen 30 Studenten der Wirtschaftswissenschaften ein Stipendium nach Chicago in Anspruch, zahlreiche von ihnen sollten Jahre später unter dem neoliberalen Kurs der Militärdiktatur ab 1975 hohe Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen (Silva 1991: 390f.).

Bis 1973 war Chile ein Aufnahmeland für exilierte Wissenschaftler. Zwar erreichten die Zahlen im Verhältnis nie ein solches Ausmaß wie in

dem in dieser Hinsicht vorbildlichen Mexiko, dennoch gingen von ihnen wichtige Impulse aus. Nach dem Militärputsch 1964 in Brasilien kamen eine Reihe von Sozialwissenschaftlern ins Land. Der Staatsstreich in Argentinien 1966 führte z.B. zur Intervention der Fakultät für Naturwissenschaften in Buenos Aires mit dem Ergebnis, dass von den 215 Entlassenen 73 nach Chile gingen. Darunter waren viele Chemiker und Physiker, deren Gehalt u.a. dank einer Unterstützung der *Ford-Foundation* gezahlt werden konnte (Glick 1996: 350).

2. Politisierung und engagierte Soziologie

Vereinfachend kann festgehalten werden, dass bis Anfang der sechziger Jahre in Lateinamerika das desarrollistische Denken der CEPAL vorherrschte und dann die *Dependencia*-Ansätze und der Marxismus bis Mitte der siebziger Jahre einen Aufschwung erlebten. Nach dem Militärputsch von 1973 und in der Folge der auf dem lateinamerikanischen Kongress für Soziologie 1974 in Costa Rica begonnenen Kritik an der *Dependencia* begann unter dem Einfluss einer Rezeption des unorthodoxen italienischen Marxisten Antonio Gramsci eine Öffnung zu stärker politischen Fragen. Sie äußerte sich in einem Neo-Desarrollismus und der Diskussion um die so genannten Entwicklungsstile.

Die sechziger und frühen siebziger Jahre galten als das "goldene Zeitalter" des engagierten Intellektuellen. Aufgabe "militanter Soziologen" war es demnach nicht, zu forschen und zu publizieren, sie sollten vielmehr die Welt verändern (Brunner/Barrios 1987: 80). Die wissenschaftlich haltbaren Erträge dieser Zeit sind eher gering, denn die Studien im Zeitraum von 1964 bis 1973 dienten vor allem der Rechtfertigung politischer Positionen. Ein kleinerer Teil der Intellektuellen stand der Kommunistischen Partei nahe.³ Die Universitätsreform von 1967 brachte eine Öffnung der Hochschulen, was sich u.a. in einer starken Zunahme von Studenten der Soziologie niederschlug. Während der Regierung der Volkseinheit avancierte das Fach fast zu einer Leitwissenschaft, Titel soziologischer Autoren bestimmten auch das Bild an den Bücherständen. Die Anhänger des marxistischen Flügels der *Dependencia* waren vor allem in dem Forschungszentrum CESO an der

³ Das Buch von Marta Harnecker *Über Grundkonzepte des historischen Materialismus* erreichte bis 1973 bereits 19 Auflagen. Sowohl die Präsentation von Louis Althusser als auch das Vorwort der Autorin weisen auf den erhofften Beitrag des Buches zum Klassenkampf hin.

Universidad de Chile vertreten, dagegen galt die *Universidad Católica* als eher konservativ.

Zu den wirklich wichtigen Beiträgen der Sozialwissenschaften in Lateinamerika gehört das Buch von Fernando H. Cardoso und Enzo Faletto über "Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika". Während einer Gastprofessur von 1964-1967 hatte Cardoso mit dem Chilenen Faletto erste Fassungen der Studie erarbeitet, die die sozialwissenschaftliche Debatte nachhaltig beeinflussen sollte. In der spanischen Fassung von 1969 wird die *Dependencia* nicht als eine Theorie, sondern als eine Perspektive angesehen.⁴ So beginnt das Buch mit einer Kritik an rein ökonomischen Interpretationen. Notwendig sei eine integrierte Analyse der Entwicklung, die interne und externe Wirkfaktoren, strukturelle Gegebenheiten und die historische Situation mitberücksichtige. In den lateinamerikanischen Ländern sei eine "Situation der Abhängigkeit" (Cardoso/Faletto 1976: 25) vorhanden, die Auswirkungen auf die Klassen- und Machtstruktur habe. Die Geschichte der heute industrialisierten Nationen könne sich in den Entwicklungsländern nicht wiederholen. Lateinamerika stelle also nicht nur eine Abweichung vom europäischen Vorbild dar, sondern sei aufgrund seiner peripheren Situation ein ganz anders gelagerter Fall. Zwischen dem Anspruch auf nationale Autonomie und den Gesetzen des Weltmarktes bestünde ein widersprüchliches Verhältnis, das bei der angestrebten integrierten Analyse mit berücksichtigt werden müsse. In der Studie zeigen die Autoren verschiedene Etappen und Typen der Entwicklung auf, z.B. die so genannte "Entwicklung nach außen" und die "Entwicklung nach innen".

Die hier nur sehr verkürzt wiedergegebene Interpretation der lateinamerikanischen Geschichte und Politik lag vielen *Dependencia*-Schriften seit Ende der sechziger Jahre zugrunde. Aufschlussreich sind jedoch die Schlussfolgerungen von Cardoso und Faletto, in denen sie auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik eingehen. Sie bezeichneten die Perspektive der Abhängigkeit selber als eine politische. Zwei Fehler sollten dabei vermieden werden: alles auf die ausländische Beherrschung zurückzuführen oder die Entwicklung dem historischen Zufall zu überlassen. Die Abhängigkeit müsse keinesfalls zur absoluten Bestimmung des nationalen Lebens führen; stets sei ein Primat der Politik gegeben. Dies hieße aber auch, dass die Situation in den lateinamerikanischen Ländern durch Aktionen politischer Gruppen verändert werden könne. Die Autoren verzichteten – im Unterschied etwa zu

⁴ Die deutsche Fassung erschien 1976. Angaben zu chilenischen und lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern bei Bernsdorf/Knospe (1984).

Andre G. Frank – auf eine Prognose. Der weitere Gang der Geschichte werde nicht von Theorien festgeschrieben, sondern sei stets Ergebnis des bewussten Handelns von Menschen. Von Dissoziation ist nicht die Rede, Cardoso und Faletto stellten ihre Arbeit durchaus in den Kontext von Modernisierungsüberlegungen.

3. Diktatur, Postmarxismus und unabhängige Institute

Nach dem Staatsstreich vom 11. September 1973 wurden die Institute für Soziologie und Politikwissenschaft an den Universitäten weitgehend geschlossen, etwa 25% der Dozenten wurde entlassen. Zur dominierenden Wissenschaft avancierte unter der Diktatur die Ökonomie. Die FLACSO verlegte ihren Hauptsitz zunächst nach Buenos Aires und 1979 nach Costa Rica. Viele Sozialwissenschaftler mussten Chile verlassen und fanden Aufnahme in anderen lateinamerikanischen Ländern, d.h. besonders in Mexiko und Venezuela. Am *Colegio de México* waren und sind eine Reihe von chilenischen Wissenschaftlern tätig oder solche, die in der Vergangenheit dort studiert hatten. Auch damit leistete Chile gezwungenermaßen einen Beitrag zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika.

Das Ende der Regierung der Volkseinheit leitete innerhalb der Linken einen viel beachteten Prozess der (Selbst-)Kritik ein. Mit Impulsen aus Chile begann in vielen lateinamerikanischen Ländern in den siebziger Jahren eine Kritik am Marxismus–Leninismus und der leninistischen Parteikonzeption (Mires 1981: 12ff.; Moulian 1993). „Von der Revolution zur Demokratie“, so hat Norbert Lechner, der in diesem Zusammenhang zu den wichtigsten Autoren gehört, diesen Prozess beschrieben (Lechner 1986). Nach dem Beginn mit einer etwas abstrakten staats-theoretischen Auseinandersetzung über die Suche nach Volksbewegungen erfolgte in den lateinamerikanischen Sozialwissenschaften eine Hinwendung zu einer grundsätzlichen Debatte über Demokratie und Regierungsformen. Die FLACSO in Chile spielte dabei eine Vorreiterrolle, wobei die meisten Schriften ursprünglich als Diskussionsbeiträge und erst später in Buchform erschienen.

Zunächst stand die Auseinandersetzung mit dem leninistischen Partei- und Revolutionskonzept im Vordergrund. Dann wurden Studien zu den Parteien, den politischen Einstellungen und im weitesten Sinne zur politischen Kultur erarbeitet. Mitentscheidend war in diesem Zusammenhang die finanzielle Unterstützung durch die *Ford-Foundation*, das *International Development Research Center* (IDRC) in Kanada und auch durch die Stiftung Volkswagenwerk. Bei der Abwendung von den etatistischen Konzeptionen spielte

die Gramsci-Rezeption eine zentrale Rolle, an ihre Stelle trat eine Vorliebe für die Zivilgesellschaft. Es kamen jedoch noch weitere Momente hinzu: Das Scheitern der Wirtschaftspolitik unter der Regierung von Salvador Allende und der relative ökonomische Erfolg der Militärdiktatur bestärkte die Sozialwissenschaftler in den achtziger Jahren in der Überzeugung, dass man die Wirtschaft Fachleuten und/oder Technokraten überlassen solle (Silva 1993: 209).

Die Postmarxisten waren sicherlich die auffälligste, aber keineswegs die einzige Gruppe in der Institutslandschaft. Während bis 1973 die Sozialwissenschaften vor allem an den Universitäten bestanden, setzte danach ein erzwungener Prozess der Privatisierung ein. Als Vorteil erwies sich für die chilenischen Oppositionellen, dass die Parteien über gute Auslandsbeziehungen verfügten und neben den wissenschaftlichen Fördereinrichtungen etwa auch die deutschen Parteienstiftungen Unterstützung leisteten. So entstand eine Vielzahl von Zentren und Forschungseinrichtungen, zu deren Aufgaben es nicht zuletzt gehörte, die materielle und persönliche Existenz der Wissenschaftler zu sichern. Denn unter der Diktatur war zwar die Lehre in den Sozialwissenschaften weitgehend verboten, nicht aber die Forschung zu einer Reihe von Gebieten.

Es ist hier nicht möglich, die Institute im Detail vorzustellen. Eine Vorreiterfunktion übernahm die 1975 gegründete *Academia de Humanismo Cristiano* (AHC) zunächst als eine Einrichtung des Erzbistums von Santiago. In der Folgezeit entstanden weitere Zentren wie die *Corporación de Investigaciones Económicas para América Latina* (CIEPLAN) im Jahre 1976, deren Vorläufer das Ende der sechziger Jahre an der *Universidad Católica* gegründete CEPLAN war. Unter der Leitung von Alejandro Foxley machten der Gründungsprozess und die Einwerbung von Geldmitteln schnelle Fortschritte. Im wissenschaftlichen Beirat des Institutes tauchten bekannte Sozialwissenschaftler und Ökonomen auf, darunter Fernando H. Cardoso, Albert Hirschmann, Enrique Iglesias u.a. CIEPLAN wurde Mitglied im lateinamerikanischen Wissenschaftsrat CLACSO. Zwischen 1977 und 1987 kann das Institut allein über 40 von der *Ford-Foundation* geförderte Projekte vorweisen (Levy 1996: 49). Mit der Rückkehr zur Demokratie 1990 übernahmen der Direktor des Institutes und mehrere seiner Kollegen Ministerämter unter den christdemokratischen Regierungen der Präsidenten Aylwin und Frei (Martínez Nogueira 1997: 115). "Die CIEPLAN-Mönche übernehmen das Kommando in Chile" schrieb Cardoso damals (*Southern Cone Report*, April 1990). Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich unter der darauf fol-

genden Regierung mit den Mitarbeitern der FLACSO, die von manchen auch als *FLACSO-Boys* bezeichnet wurden.

Der Sinneswandel der vormaligen Linken hat bissige Kritik hervorgerufen. James Petras, ein Soziologe aus New York, führte "die Metamorphose der lateinamerikanischen Intellektuellen" auf die Abhängigkeit der Forschungsinstitute vom Ausland zurück (Petras 1988). Eine neue Schicht von international ausgerichteten Sozialwissenschaftlern sei entstanden, die sich bei ihren Forschungsanträgen an den in den Industrienationen diskutierten Themen orientieren würde. Altlinke haben der FLACSO-Gruppe in Santiago vorgeworfen, die Beerdigung des Marxismus zu betreiben (Cueva 1987).

Auch in anderen südamerikanischen Gesellschaften entstanden unter den autoritären Regimen autonome Forschungseinrichtungen. Nirgendwo erlangten sie indessen eine solche Bedeutung: Schätzungen gehen für 1990 davon aus, dass fast 900 Sozialwissenschaftler in Chile an Forschungszentren tätig waren (Levy 1996: 47). Im Vergleich zu anderen Ländern waren sie zum einen offener, da sie auch eine Ersatzfunktion mit Blick auf die nicht vorhandene politische Öffentlichkeit übernahmen, zum anderen waren sie aufgrund ihrer größeren Zahl gleichzeitig spezialisierter und nach einzelnen Fragestellungen hin organisiert (Puryear 1994).⁵

In einer ersten bis Anfang der achtziger Jahre reichenden Phase stand die Institutionalisierung und – zumindest bei einigen – die kritische Nachbetrachtung der Zeit bis 1973 sowie der eigenen Rolle im "chilenischen Weg zum Sozialismus" im Vordergrund. Während der achtziger Jahre rückten dann alternative Politikentwürfe und Zukunftsmodelle in den Vordergrund. Der "1. Chilenische Kongress für Soziologie" im Jahr 1984 zeigte, dass darüber hinaus über Religionssoziologie, Marginalität und Urbanisierung, Frauenfragen, Mapuches und Aymaras, Familiensoziologie u.a. Fragen geforscht wurde (Colegio 1984). Anschließend und mit Blick auf 1990 erhielt die Transition zur Demokratie und die Modernisierung der Politik dann zentrale Bedeutung.

Mit den neuen Forschungsinstituten und ihren internationalen Kontakten setzte eine Veränderung des wissenschaftlichen Stils ein. Statt langer und gelehrter Bücher entstanden kurze *Papers*. "El que no escribe no cobra", lautete die Maxime getreu dem angelsächsischen Grundsatz: "Don't write? Won't pay" (Silva 1993). Die Autoren mussten im Zuge der so genannten Projektabwicklung bemüht sein, den formalen und wohl auch manchen in-

⁵ Puryear (1994) nennt 22 wichtige Zentren.

haltlichen Anforderungen der ausländischen Geldgeber gerecht zu werden, wie es auch bei Projekten der Entwicklungshilfe gang und gäbe ist. Die Veränderungen schlugen sich auch in dem verwendeten Vokabular nieder: Statt von *pueblo* ist von *ciudadanía* die Rede, *popular* wurde durch *población* ersetzt. An die Stelle des “engagierten Soziologen” der sechziger Jahre trat die Figur des “intellektuellen Unternehmers”, der selbst um die Einwerbung und Finanzierung seiner Projekte bemüht sein muss.

4. Rückkehr zur Demokratie: Die Sozialwissenschaften in den neunziger Jahren

Gerade in Chile attestieren Beobachter den Forschungszentren einen wesentlichen Beitrag zur politischen Entwicklung.⁶ Zunächst stellten sie Orte der Transformation und politischen Mäßigung der chilenischen Linken dar, darüber hinaus waren sie ein Auffangbecken für entlassene Kollegen. Sie übernahmen dann die Aufgaben von *think tanks* und bildeten schließlich im Demokratisierungsprozess ein Reservoir von qualifizierten Wissenschaftlern für die Parteien und demokratisch gewählten Regierungen. Wenn man die aus dem Exil kommenden und zum Teil frisch promovierten Rückkehrer hinzurechnet, lässt sich feststellen, dass Chile über eine recht große Zahl von gut ausgebildeten Wissenschaftlern verfügt, die auch relativ schnell in mittlere und obere Regierungspositionen aufrückten. Viele der Ökonomen der Aylwin-Regierung hatten an ausländischen, vor allem an nordamerikanischen, Universitäten studiert (Silva 1991: 407).

Zwar garantiert die Anwesenheit von Sozialwissenschaftlern und Ökonomen in höheren Ämtern noch keine gute Regierungsführung, aber in Chile hat sie seit der Rückkehr zur Demokratie anscheinend nicht geschadet. In gewisser Hinsicht war die erzwungene Autonomie und Eigenfinanzierung der Institute das *Pendant* zu der allgemeinen Privatisierung des Bildungswesens in dem Andenstaat. Hier lauern auch Gefahren: Zum einen waren in den neunziger Jahren – überspitzt formuliert – erfahrene Sozialwissenschaftler teilweise stärker in der Regierung vertreten als in den Forschungsinstituten. Zum anderen brachte die Re-Demokratisierung finanzielle Engpässe. “Mehr Demokratie – weniger Geld aus dem Ausland”, so lautete die Gleichung, denn die internationalen Förderorganisationen begannen ihre Projekte für

⁶ Nach der Rückkehr zur Demokratie konnte die Soziologie wieder ohne Einschränkungen gelehrt werden. Ende der neunziger Jahre wird der Studiengang Soziologie an acht Universitäten angeboten.

Chile in der Folgezeit unter dem Eindruck der offiziellen Wirtschaftsstatistiken, die ein möglicherweise überzogen positives Bild vermittelten, zu reduzieren, was nur vorübergehend durch Regierungsaufträge an die Forschungsinstitute aufgefangen werden konnte. Unter der Übernahme von politischen Ämtern litt teilweise die Forschungstätigkeit: So waren z.B. 1991 nur sechs der 21 wissenschaftlichen Mitarbeiter des CIEPLAN, eine Art *think tank* der christdemokratischen Partei, länger als drei Jahre bei der Institution tätig gewesen (Martínez Nogueira 1997: 116).

Durch ihre intensiven Kontakte zur internationalen wissenschaftlichen *community* hatte eine gewisse (Alters-)Gruppe von Sozialwissenschaftlern ein gutes Ansehen innerhalb und außerhalb des Landes erlangt. Die Beeinträchtigung der universitären Soziologie unter der Diktatur, die starke Einbindung in die Politikberatung nach 1990 sowie der Rückgang öffentlicher Gelder führten jedoch zu einer Vernachlässigung der Nachwuchsförderung. Vor allem die Generation der 40-jährigen Soziologen ist nicht sehr umfangreich. Hier mag ein Grund dafür zu suchen sein, dass die sozialwissenschaftlichen Beiträge aus Chile Ende der neunziger Jahre nicht mehr den Stellenwert erreichten wie noch in den achtziger Jahren. Ein weiteres Merkmal der neueren politischen Beiträge in Chile ist ihr ausgesprochener Demokratie-Optimismus und das Vertrauen in die Kraft von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit. Edgardo Boeninger schreibt etwa mit Blick auf ganz Lateinamerika: "The appeal of paternalistic caudillos and self-proclaimed saviors, so deeply ingrained in Latin American tradition, has thus been severely, perhaps definitively undermined". Und weiter: "The prospects for democracy and development in Latin America look indisputably better than ever before" (Boeninger 1997: 35, 38).

5. Fazit

Als Folge der frühen Ansiedlung wichtiger Regionalorganisationen (CEPAL und FLACSO) hat Chile eine wichtige Rolle beim Aufschwung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika gespielt. Verschiedene politische Entwicklungsmodelle der sechziger Jahre und der "chilenische Weg zum Sozialismus" verwandelten den Andenstaat dann in ein Laboratorium für ökonomische und politische Ansätze. Auch beim zunächst durch die Diktatur "von oben" verordneten Privatisierungsprozess nahm das Land eine Vorreiterrolle ein. Chile schien Sozialwissenschaftlern aus dem In- und Ausland Anschauungsmaterial für eigene Forschungsarbeiten zu liefern. Neben Mexiko ist Chile das von deutschen Politikwissenschaftlern am meisten erforschte la-

teinamerikanische Land (Birle/Mols 1992: 526). Zu den politischen Momenten kommt noch ein weiteres, nicht gänzlich zu vernachlässigendes Motiv: Neben der in den vergangenen drei Jahrzehnten turbulent verlaufenen Geschichte dürften auch die Schönheit des Landes und die angenehmen Lebensumstände für einen Teil der Forscher eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft ausüben. Scherzhafterweise und doch voller Sympathie ist von einer "Chilenitis" die Rede, die manchen Sozialwissenschaftler immer wieder in das Land zieht oder ihn sogar bewegt hat, sich ganz dort niederzulassen.

Rekapitulierend lässt sich der Beitrag Chiles zur Entwicklung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die frühe Internationalisierung und die damit verbundene kosmopolitische Ausrichtung hält bis in die Gegenwart an: Gesamtlateinamerikanische Ausstrahlung erlangte Chile durch die Beteiligung an der Ausbildung der ersten Generation "wissenschaftlicher" Soziologen sowie von Ökonomen. Über die CEPAL verbreitete sich das so genannte CEPAL-Denken auch in andere Länder. Das erzwungene Exil nach 1973 wirkte unfreiwillig als ein weiteres die Internationalisierung förderndes Element. Umgekehrt brachten die Rückkehrer neue Ideen aus Nordamerika, Europa und – in geringerem Maße – aus Lateinamerika in das im extremen Süden gelegene Land mit.
2. Nach 1973 wurde eine Gruppe von Intellektuellen in Chile zum Vorreiter bei der Hinwendung zur liberalen Demokratie: Forschungsinstitute wie FLACSO und SUR stellten in diesem Zusammenhang wichtige Foren dar, die hohe Bedeutung der Parteien in Chile und der parteinahen Institute spielte ebenfalls eine Rolle, unabhängig davon, dass das Land im Prozess der Re-Demokratisierung eher ein Nachzügler war.
3. Die Bedeutung Chiles resultiert aus einer Katalysatorfunktion in Lateinamerika: Zum Teil als Folge der konfliktreichen politischen Entwicklung und der schnellen Paradigmenwechsel unter den Intellektuellen fallen die spezifischen Einzelbeiträge der Sozialwissenschaften in Chile weniger deutlich aus. Auch deshalb erscheint es sinnvoll, von den Sozialwissenschaften *in* Chile und nicht von den chilenischen Sozialwissenschaften zu sprechen. Unter diesem Blickwinkel lassen sich besondere Beiträge in folgenden Bereichen festhalten:
 - a) im ökonomischen Denken durch die CEPAL (Rodríguez 1980) und – wenn auch überaus umstritten – als Anschauungsmaterial durch die

forcierte Privatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nach 1973 unter den so genannten *Chicago Boys*;

- b) mit Blick auf die politische Debatte um den "chilenischen Weg zum Sozialismus", der Auswirkungen auf den Kurs verschiedener sozialistischer und kommunistischer Parteien in Lateinamerika und Westeuropa hatte;
- c) bei der Demokratie-Debatte, die in Publikationen von FLACSO und SUR sowie in den Schriften von Norbert Lechner, Angel Flisfisch, Manuel A. Garretón, Fernando Mires u.a.m. ihren Niederschlag fand;
- d) in verschiedenen Studien zur politischen Kultur, zur politischen Meinungsforschung und den sich wandelnden Einstellungen im Prozess der Re-Demokratisierung (ABI/FLACSO 1995);
- e) in Studien zum Bildungssystem, zur Universitätsreform und zum Wandel der Einstellungen von Intellektuellen, wie sie vor allem José J. Brunner vorgelegt hat (Brunner/Flisfisch 1983);
- f) wichtig sind schließlich die Arbeiten zur Kultur- und Religionssoziologie, die neben den hier ebenfalls zu erwähnenden Schriften Brunners von Pedro Morandé, Cristián Parker und Carlos Cousiño – um nur einige zu nennen – verfasst wurden. Wahrscheinlich liegt hierin neben dem Beitrag der CEPAL und der Demokratie-Debatte der wichtigste Anstoß, der von den Sozial- und Kulturwissenschaften in Chile ausgegangen ist.

Bei der Feier zum 40. Jubiläum der FLACSO wies José J. Brunner kritisch darauf hin, dass die Soziologie, die in der Moderne eine zentrale Funktion einnahm, mittlerweile an Grenzen stoße:

Dem doppelten Angriff von Seiten der Weltbank und des zeitgenössischen Romans scheinen weder ihre Lehre von den Systemen noch ihre Ansätze zur Interpretation des Alltagslebens standhalten zu können. Die Analysen der Weltbank beschreiben offenbar die Systeme besser und liefern obendrein Handlungsanleitungen. Und der Roman bildet das individuelle und kollektive Leben plastischer ab als die Soziologie. Vielleicht müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nicht, statt die Klassiker der Soziologie zu lehren, die Romane von Joyce, Durrell, Vargas Llosa, Beckett, Julian Barnes, Aguilar Camín oder Mafud lesen sollten (Brunner 1997: 30).

Brunner sieht die Soziologie bei ihren Interpretationsversuchen der Wirklichkeit zwischen der Weltbank und den audiovisuellen Medien sowie dem Roman, wobei die letztgenannten – ironisch und zentrumslos – das modernere Medium darstellen würden. Natürlich konnte die Antwort anderer Sozio-

logen nicht ausbleiben: Der Kollege und Minister habe sich in den Chor der "Pseudoapokalyptiker und Finalisten" eingereiht und vorschnell das Ende der Soziologie verkündet, auf die angesichts der Armutsprobleme und der folgenreichen Individualisierungsprozesse nicht verzichtet werden könne.⁷ Der Erfolg einzelner Soziologen in Europa und anderswo – Anthony Giddens und Ulrich Beck wurden in diesem Zusammenhang genannt – belege das Gegenteil.

Mit dieser Debatte hat die Kontroverse um den Stellenwert der Sozialwissenschaften nach einer 25-jährigen und teilweise politisch verordneten Ruhepause in Ansätzen wieder begonnen. Aus aktuellem Anlass und aufgrund der bei der Re-Demokratisierung Chiles im Unterschied zu Argentinien aufgeschobenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unter Pinochet ist als Reaktion auf einen Brief des Ex-Diktators aus London eine Art chilenischer "Historikerstreit" entstanden. Namhafte Historiker veröffentlichten am 25.1.1999 ein "Manifest der Historiker", in dem sie die Aussagen und Kompetenz Pinochets in Frage stellten. Der bekannte konservative Historiker Gonzalo Vial Correa stellte wiederum in seinen "Reflexiones sobre un Manifiesto" deren Aussagen in Frage.

Die jüngste Kontroverse, an der sich auch Sozialwissenschaftler beteiligen (Moulian 1997), zeigt, dass politische Themen und die Aufarbeitung der Vergangenheit auch und gerade wegen ihrer Ausblendung durch die Parteien im Prozess des paktierten Überganges zur Demokratie ihre Relevanz behalten. Chile bildet insofern keine Ausnahme unter den Ländern, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten von der Diktatur zur Demokratie zurückkehrten.

⁷ Vgl. die Beiträge von Max Colodro, Fernando Robles und Gabriel Salazar jeweils in den Ausgaben von *La Epoca* 24.8.1997, S. 22-23; 28.9.1997, S. 20-21; 7.12.1997, S. 22-23 und 21.12.1997, S.22-23.

Literaturverzeichnis

- ABI/FLACSO (1995): *Beständigkeit und Wandel politischer Orientierungen im chilenischen Übergangsprozeß*. Freiburg.
- Bernsdorf, Wilhelm/Knospe, Horst (Hrsg.) (1984): *Internationales Soziologenlexikon*, Bd. 2. Stuttgart.
- Birle, Peter/Mols, Manfred (1992): "Politikwissenschaft". In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Handbuch der deutschsprachigen Lateinamerikakunde*. Freiburg, S. 515-557.
- Boeninger, Edgardo (1997): "Latin America's multiple challenges". In: Diamond, Larry et al. (Hrsg.): *Consolidating the Third Wave Democracies. Regional Challenges*. Baltimore/London, S. 26-63.
- Brunner, José J. (1997): "Sobre el Crepúsculo de la Sociología y el comienzo de otras narrativas". In: *Revista de Crítica Cultural* 15, S. 28-31.
- Brunner, José J./Flisfisch, Angel (1983): *Los intelectuales y las instituciones de la cultura*. Santiago.
- Brunner, José J./Barrios, Alicia (1987): *Inquisición, mercado y filantropía. Ciencias sociales y autoritarismo en Argentina, Brasil, Chile y Uruguay*. Santiago.
- Cardoso, Fernando H./Faleto, Enzo (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt/Main.
- Colegio de Sociólogos de Chile* (Hrsg.) (1984): *Primer congreso chileno de sociología*, 2 Bde. Santiago.
- Cousiño, Carlos/Valenzuela, Eduardo (1994): *Politización y monetarización en América Latina*. Santiago.
- Cueva, Augustín (1987): "El marxismo latinoamericano. Historia y problemas actuales". In: *Revista Tareas* 65, S. 57-74.
- Davis, Harold E. (1950): *Social Science Trends in Latin America*. Washington.
- Furtado, Celso (1989): *La fantasía organizada*. Bogotá.
- Glick, Thomas F. (1996): "Science in Twentieth Century in Latin America". In: Bethell, Leslie (Hrsg.): *Ideas and Ideologies in Twentieth Century Latin America*. Cambridge, S. 287-383.
- Harnecker, Marta (¹⁹1973): *Los conceptos elementales del materialismo histórico*. Buenos Aires.
- Heintz, Peter (1969): *Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas*. Stuttgart.
- Hischier, Guido et al. (Hrsg.): *Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Heintz*. Dissenhofen.
- Lechner, Norbert (1984): "¿Revolución o ruptura pactada?". In: Fundación Pablo Iglesias (Hrsg.): *Caminos de la democracia en América Latina*. Madrid, S. 287-298.
- (1986): "De la révolution à la démocratie. Le débat intellectuel en Amérique du Sud". In: *Esprit* 116, S. 1-13.
- (1987): *Cultura política y democratización*. Santiago.
- (1994): "Das Unbehagen an der Politik – Eine lateinamerikanische Skizze". In: Jäger, Wolfgang et al. (Hrsg.): *Republik und Dritte Welt. Festschrift für Dieter Oberndörfer zum 65. Geburtstag*. Paderborn, S. 199-206.

- Levy, Daniel C. (1996): *Building the Third Sector. Latin America's Private Research Centers and Nonprofit Development*. Pittsburgh.
- Martínez Nogueira, Roberto (1997): "Entre la continuidad y el cambio en la institucionalización de las ciencias sociales: el Instituto Torcuato Di Tella y la Corporación de Investigaciones Económicas para Latinoamérica". In: *REDES*, Bd. 4, Nr. 9, S. 93-137.
- Mires, Fernando (1981): "Demokratie ist unteilbar. Chile: Die Linke und der Militärstaat". In: Bennholdt-Thompson, Veronica et al. (Hrsg.): *Probleme und Perspektiven der Linken. Lateinamerika. Analysen und Berichte* 5, Berlin, S. 107-147.
- Morandé, Pedro (1984): *Cultura y modernización en América Latina*. Santiago.
- Moulian, Tomás (1993): "El marxismo en Chile: producción y utilización". In: Brunner, José Joaquín et al.: *Paradigmas de conocimiento y práctica social en Chile*. Santiago, S. 107-161.
- (1997): *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago.
- Petras, James (1988): "La metamorfosis de los intelectuales latinoamericanos". In: *Brecha*, 7.10.1988 (dt. Fassung in: *Lateinamerika. Analysen und Berichte* 13, Hamburg, S. 166-175).
- Puryear, Jeffrey M. (1994): *Thinking Politics. Intellectuals and Democracy in Chile, 1973-1988*. London.
- Rivera, Marcia (1998): "Reinventando el oficio: el desafío de reconstruir la investigación en ciencias sociales en América Latina hacia el próximo milenio". In: Briceño-León, Roberto/Sonntag, Heinz R. (Hrsg.): *Pueblo, época y desarrollo: la sociología de América Latina*. Caracas, S. 119-135.
- Rodríguez, Octavio (1980): *La teoría del subdesarrollo de la CEPAL*. Mexiko.
- Silva, Patricio (1991): "Technocrats and Politics in Chile: From the Chicago Boys to the CIEPLAN Monks". In: *Journal of Latin American Studies* 23, S. 385-410.
- (1993): "Intellectuals, Technocrats and Social Change in Chile: Past, Present and Future Perspectives". In: Angell, Alan/Pollack, Benny (Hrsg.): *The Legacy of Dictatorships: Political, Economic and Social Change in Pinochet's Chile*. Liverpool.
- Sonntag, Heinz R. (1988): *Duda/certeza/crisis. La evolución de las ciencias sociales en América Latina*. Caracas.
- Werz, Nikolaus (²1992): *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*. Freiburg.

Kathrin Bergenthal

Themenfelder chilenischer Erzählliteratur seit Anfang der siebziger Jahre

Der Militärputsch von 1973 setzte den kurzen Jahren der kulturpolitischen Euphorie unter Salvador Allende ein jähes Ende. Es folgte eine lange Phase der Repression, die häufig als *apagón cultural* bezeichnet wird. Bis 1983 musste jede geplante Publikation die staatliche Zensurbehörde (*censura previa*) passieren; auch in den späteren Jahren konnten bereits erschienene Veröffentlichungen nachträglich verboten werden. Der unter der *Unidad Popular* verstaatlichte, aus Editorial Zig-Zag hervorgegangene Verlag Quimantú, einst einer der größten Südamerikas,¹ wurde militärischer Kontrolle unterstellt und erheblich verkleinert (Subercaseaux 1993: 181ff.). Andere traditionsreiche Verlage gingen ein oder konnten nur noch gegen Bezahlung publizieren. Bis 1977 erschienen im Land kaum mehr als 30 Romane chilenischer Autor/Innen (Jofré 1989: 24ff.).

Die um 1940 geborenen, damals schon über die Landesgrenzen hinaus bekannten *novísimos* Antonio Skármeta, Ariel Dorfman, Poli Délano u.a. gingen ins Exil.² José Donoso und Jorge Edwards kehrten für lange Zeit nicht aus Europa zurück, wo sie sich zum Zeitpunkt des Putsches aufhielten. Enrique Lafourcade, neben Donoso und Edwards einer der Hauptvertreter

¹ Quimantú gab allein im ersten Jahr seiner Existenz (ab Ende 1971) 55 Titel in einer Gesamtauflage von 3.660.000 Exemplaren heraus. Die ehemals vier größten chilenischen Verlage Zig-Zag, Universitaria, Nascimento und Jurídica publizierten im Jahre 1969 zusammengekommen nur etwas mehr als die Hälfte dieses Volumens (siehe Subercaseaux 1993: 172).

² Antonio Skármeta debütierte 1967 mit den vielbeachteten Erzählungen *El entusiasmo*. Für seinen 1969 erschienenen Erzählband *Desnudo en el tejado* wurde er mit dem kubanischen Preis der *Casa de las Américas* ausgezeichnet. In den frühen siebziger Jahren moderierte er bereits eine Literatursendung im Fernsehen. Ariel Dorfman profilierte sich mit seinem medienkritischen Werk *Para leer al pato Donald* (1972) sowie dem in Argentinien preisgekrönten Romandebüt *Moros en la costa* (1973). Poli Délano erhielt für *Cambio de máscara* im Jahre 1973 den Preis der *Casa de las Américas*. Die *novísimos*, auch *generación del 60* genannt, waren vom gesellschaftsverändernden Potential der Literatur überzeugt. Sie wollten das Selbstvertrauen des Individuums stärken, thematisierten viele Facetten des Alltags und nahmen eine optimistische, lustbetonte Haltung gegenüber dem Leben ein (vgl. José Promis 1993: 211-214).

der *generación del 50*, blieb stets in Santiago, wo er Literaturwerkstätten leitete und eine eigene Buchhandlung besitzt.³ Francisco Coloane, ein bedeutender Autor der *generación de 38*, lebte zeitweilig in Indien.⁴

1. Exilliteratur

Zu den frühesten literarischen Prosa-Werken, die auf den Putsch reagierten, gehören Hernán Valdés' Tagebuch *Tejas verdes* sowie José Leandro Urbinas Erzählungen *Las malas juntas*.⁵

Hernán Valdés, der sich bereits in den sechziger Jahren als Dichter und Erzähler einen Namen gemacht hatte, wurde nach dem Putsch verhaftet und einen Monat im Konzentrationslager "Tejas verdes" gefangen gehalten. In seinem europäischen Exil rekonstruierte der Autor anschließend diesen Zeitraum. In Form eines Tagebuches beschreibt er genau und nüchtern Haftbedingungen und Foltermethoden, Empfindungen, Gedanken und Gespräche. Sein im Vorwort explizit erwähntes Ziel ist es, chilenische und ausländische Leser/Innen wachzurütteln und ihnen die Brutalität des Regimes vor Augen zu führen.

Las malas juntas erzählt in knappen, fiktionalen Texten von Verfolgung, Haft, Folter, Mord und gescheiterten Fluchtversuchen in den Monaten nach dem Putsch. Urbina thematisiert menschliche Grenzsituationen und beschreibt, wie alltägliche Verhaltensweisen zu lebensbedrohlichen Handlungen werden können.

Weltweit bekannt wurden in den siebziger und frühen achtziger Jahren drei Romane, die den Putsch in einen historischen Zusammenhang stellen.

³ Den Begriff der *generación del 50* prägte Enrique Lafourcade in seiner 1954 herausgegebenen *Antología del nuevo cuento chileno*. Die Autoren richteten sich gegen eine naturalistische, dem 19. Jahrhundert verhaftete Literatur, die – mit bedeutenden Ausnahmen wie María Luisa Bombal und Manuel Rojas – in Chile immer noch vorherrschte. Sie kritisierten zeitgenössische Erscheinungen des Feudalismus, konterkarierten ihre Haltung aber zugleich durch einen radikalen Skeptizismus gegenüber menschlichem Glücksbestreben (vgl. José Promis 1993: 66-72 und 147-177). Der bekannteste Roman von Enrique Lafourcade, *Palomita blanca*, erschien 1971.

⁴ Die Jahreszahl orientiert sich an politischen Ereignissen. 1938 entstand unter der Präsidentschaft von Pedro Aguirre Cerda eine Volksfront-Regierung, die soziale Reformen einleitete und die wirtschaftliche Bedeutung des Staates stärkte. Die der 38er-Generation zugerechneten Autoren setzten sich mit der sozialen und politischen Wirklichkeit ihrer Zeit auseinander (vgl. Promis 1993: 62ff.).

⁵ Die Erzählungen *Las malas juntas* entstanden Anfang 1974 in Buenos Aires, wurden aber erst 1978 in Kanada, Urbinas Exilland, veröffentlicht. Eine erste chilenische Publikation erfolgte 1986.

Es sind dies *Soñé que la nieve ardía* von Antonio Skármeta, *Casa de campo* von José Donoso sowie, vor allem, der Weltbestseller *La casa de los espíritus* von Isabel Allende.

Skármeta stellt in seinem ersten, 1975 erschienenen Roman die Lebenswelt (vorwiegend) männlicher Arbeiter, Kleinbürger und gesellschaftlich marginalisierter Menschen während der Allende-Regierung bis zu den ersten Wochen nach dem Putsch dar. Seine Protagonisten – Arturo, der von einer Karriere als Fußballer träumt, sowie der Varietékünstler “señor pequeño” – fliehen aus der Provinz, um in der Hauptstadt ihr Glück zu versuchen. In einer Pension treffen sie auf politisch engagierte Arbeiter und beginnen, ihr Leben in größeren Zusammenhängen zu begreifen. Der Autor gestaltet lebendige, widersprüchliche Individuen, die von gesellschaftlichen Prozessen geprägt werden und in diese eingreifen versuchen. Er verwendet, als einer der ersten chilenischen Erzähler, eine durchgehend an mündliche Rede angelehnte Sprache. Sein Roman ist ein frühes und engagiertes Plädoyer für den Kampf gegen die Diktatur, das sich in späteren Büchern, wie *No pasó nada* fortsetzt.

José Donoso publizierte 1978 mit *Casa de campo* sein neben *El obscuro pájaro de la noche* bedeutendstes Werk. Es verdichtet auf verschlüsselte Weise zentrale Stationen chilenischer und lateinamerikanischer Geschichte seit Ende der Kolonialzeit bis in die Gegenwart. Wie schon in früheren Romanen bildet der Niedergang einer autoritären, repressiven Oberschicht das zentrale Thema. Die Familie Ventura verbringt mit ihren zahlreichen Kindern und Dienern die Sommermonate auf einem Landsitz inmitten einer riesigen Steppe. Mit unüberwindlichen Zäunen schotten sich die Venturas vor der angeblich kannibalischen indigenen Bevölkerung ab, auf deren Ausbeutung ihr Reichtum beruht. Innerhalb der Familie herrscht eine strenge Hierarchie; die Erwachsenen lassen ihre Kinder von hörigen Dienern terrorisieren. Als die Eltern mit den Dienern einen Ausflug machen, befreit eines der Kinder seinen vermeintlich verrückten Vater Adriano Gomera, den die Erwachsenen eingesperrt zurückließen. Gomera, der Züge Salvador Allendes trägt, versucht, eine gerechte Gesellschaftsordnung unter Einbeziehung der indigenen Bevölkerung zu errichten, scheitert jedoch an deren Umsetzung. Als die Erwachsenen zurückkehren, beauftragen sie ihre Diener, im Landhaus mit Waffengewalt eine Schreckensherrschaft zu errichten.

Auch Isabel Allende thematisiert in *La casa de los espíritus* (1982) chilenische Geschichte am Beispiel einer großbürgerlichen Familie. Die den Roman tragende Figur ist Esteban Trueba, ein gewalttätiger Patriarch, der als

junger Mann das verfallene "Las Tres Marías" in ein blühendes Landgut verwandelt, die Anwaltstochter Clara heiratet, zum konservativen Senator aufsteigt und schließlich den Militärputsch von Pinochet feiert. Das strukturelle Gewicht Esteban Truebas steht im Widerspruch zu dem Anliegen der Erzählerin, weibliche Lebensläufe in den Mittelpunkt zu stellen. Ihre Sympathie gilt der Genealogie von Frauen aus vier Generationen: der aufklärerischen Nivea, der mit übersinnlichen Fähigkeiten begabten Clara, der leidenschaftlichen Blanca und deren politisch engagierter Tochter Alba. Alba, die nach dem Putsch Vergewaltigung und andere Formen der Folter erleidet, schreibt schließlich die Geschichte ihrer Mutter und Großmütter in Gestalt des vorliegenden Romans nieder. Im Schlusskapitel wirft die Erzählerin mit der Überwindung ihres Hasses auf Esteban Trueba zugleich jegliche politische Kritik über Bord. Geschichte erscheint nicht mehr als von Menschen gemacht, sondern als "destino dibujado antes de mi nacimiento" (S. 410).

Die Verknüpfung individueller, persönlicher und nationaler Geschichte findet sich in einer Reihe weiterer Romane, die zum Teil bereits vor dem Putsch verfasst wurden.⁶ Häufig stellen sie einen Zusammenhang zwischen privater und politischer Repression her. Dies gilt auch für *Los convidados de piedra*, einen Roman, an dessen erster Fassung Jorge Edwards bereits in den späten sechziger Jahren arbeitete, den er aber erst 1978 publizierte. Sebastián Agüero lädt wenige Wochen nach dem Militärputsch seine langjährigen Freunde zu einem feierlichen Geburtstagsessen ein. Die Runde verbindet die Erinnerung an gemeinsame Kindheitserlebnisse, die Zugehörigkeit zur Oberschicht und die Ablehnung der Allende-Regierung. Die *convidados de piedra* sind jene abwesenden Freunde, die aus der emotionalen, moralischen und politischen Enge ihrer Schicht ausgebrochen sind. Einige von ihnen werden nach dem Putsch verfolgt. Edwards reflektiert in seinem Roman chilenische Geschichte seit der Präsidentschaft Balmacedas bis zum Militärputsch von 1973.⁷

⁶ Stellvertretend sei hier das 1972/73 geschriebene und 1974 in Chile publizierte Werk *El picadero* von Adolfo Couve genannt.

⁷ Balmaceda wurde 1891 vom oppositionellen Kongress und dessen Anhängern in blutigen Kämpfen gestürzt, als er in Überschreitung seiner Kompetenzen eigenmächtig ein Haushaltsgesetz zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes verkündet hatte (vgl. Villalobos R. ¹⁰1995: 159f.).

2. Schreiben unter der Diktatur⁸

Unter den Autor/Innen, die den Militärputsch als Student/Innen erlebten und das Land nicht verließen, entwickelte sich seit Ende der siebziger Jahre ein neues Generationenbewusstsein.⁹ Die wichtigsten künstlerischen Impulse der frühen achtziger Jahre gingen im Bereich der Erzählliteratur vom Schriftstellerverband (*Sociedad de Escritores de Chile*, SECH), vom neoavantgardistisch-feministischen Umfeld der Erzählerin Diamela Eltit sowie von der Literaturwerkstatt José Donosos aus.

Das dem Schriftstellerverband zugehörige *Colectivo de Escritores Jóvenes* (CEJ) organisierte im Mai 1984 den ersten chilenischen Schriftsteller/Innen-Kongress unter der Diktatur. An ihm nahmen ca. 150 junge Erzähler/Innen, Dramenautor/Innen und Lyriker/Innen teil. Die im Schriftstellerverband engagierten jungen Autor/Innen – u.a. Pía Barros, Ana María del Río, Ramón Díaz Eterovic und Diego Muñoz Valenzuela – schrieben zu jenem Zeitpunkt in erster Linie Erzählungen. In den Jahren 1986 und 1992 stellten Ramón Díaz Eterovic und Diego Muñoz Valenzuela Erzähler/Innen ihrer Generation in den vielbeachteten Anthologien *Contando el Cuento. Antología Joven Narrativa Chilena* und *Andar con Cuentos. Nueva Narrativa Chilena* vor. Im Vorwort der erstgenannten Anthologie gehen die Herausgeber auf Sozialisation, Geschichte und Schreibweisen der “nueva generación del 80” ein. Sie beschreiben die sozialpsychologischen Konsequenzen des Putsches als abruptes Ende der Adoleszenz. Die stetige Angst vor den Militärs habe die Aufbruchsstimmung der *Unidad Popular* abgelöst. Die massive Verbreitung internationaler Literatur durch Quimantú und andere Verlage, die Konzerte, Filmfestivals und politischen Aktivitäten seien fortan der einsamen Lektüre ausländischer und chilenischer Autoren gewichen, wobei mit Antonio Skármeta und Poli Délano zwei wichtige Vorbilder im Exil lebten (Díaz Eterovic/Muñoz Valenzuela 1986: 5-7, 9ff.).

Die chilenische Neoavantgarde zeichnete sich durch ihre Kritik am Elfenbeinturm-Charakter der etablierten Kunstinstitutionen und -gattungen aus (Richard 1994:38). Sie reflektierte zu einem Zeitpunkt, der keine Möglichkeit einer effektiven politischen Opposition erkennen ließ, über die subversive Kraft der Kunst. In ihrer Praxis überschritt sie die herkömmlichen Gattungsgrenzen durch die Kombination verschiedener Zeichenarten wie Text,

⁸ Die folgenden Ausführungen lehnen sich über weite Strecken an meine Dissertation (Bergenthal 1999) an.

⁹ Ich verwende den Begriff der Generation nicht als literaturwissenschaftlichen Terminus, sondern übernehme ihn aus Texten mehrerer Schriftsteller/Innen.

Bild, Objekt, Film und einen semantisierten menschlichen Körper (Richard 1994: 38). Diamela Eltit gehörte in den achtziger Jahren zum neoavantgardistischen *Colectivo Acciones de Arte* (C.A.D.A.).¹⁰

Die Protagonistin von Eltits 1983 publiziertem Werk *Lumpérica*, L. Iluminada, fristet ihr Dasein als Vagabundin auf einem öffentlichen Platz in Santiago. Über ihre Lebensgeschichte gibt der nur selten narrative Text keine Auskunft. Sein bruchstückhafter Charakter widerspiegelt die Erinnerungs- und Perspektivlosigkeit und damit die Entfremdung der L. Iluminada. Erst durch das Licht von Scheinwerfern und Neonleuchten – Symbole für den Überwachungsstaat und die Konsumgesellschaft – sowie durch eine Verletzung, die L. Iluminada sich zufügt, nimmt sie sich als Individuum wahr. Ein zentrales Thema des experimentellen Textes ist die Suche nach einer Sprache, die die Unterdrückung kommunikativer Freiheit unter der Diktatur zum Ausdruck bringt und sich der Vereinnahmung widersetzt (Engelbert 1990: 448f.). In ihren späteren Werken – *Por la patria*; *Los vigilantes* – setzt sich Diamela Eltit wiederholt mit familiären Machtverhältnissen als Stützen einer autoritären Gesellschaft auseinander und greift damit ein zentrales Thema der *generación del 50* auf.

Diamela Eltit gehörte neben der Kulturkritikerin Nelly Richard, der Dichterin Carmen Berenguer und anderen intellektuellen Frauen zu den Organisatorinnen des “Congreso Internacional de Literatura Femenina Latinoamericana”, der 1987 quasi ohne institutionelle Unterstützung in Santiago stattfand und eines der wichtigsten literarischen Ereignisse unter der Diktatur war.¹¹ Die Kongress-Akten erschienen in dem 1984 von Carmen Berenguer mitbegründeten feministischen Verlag Cuarto Propio. Er entstand aus dem Engagement intellektueller Feministinnen für die Schaffung repressionsfreier Enklaven innerhalb der chilenischen Diktatur. Die Verlagsgründerinnen wollten ein Forum schaffen, in dem oppositionelle Frauen aller sozialen Klassen der Allmacht neoliberal-patriarchaler Militärs eigene Lebensentwürfe entgegen setzen konnten. Während in der Anfangsphase Projekte dokumentiert wurden, die Diamela Eltit oder Lotty Rosenfeld gemeinsam mit Dichterinnen aus den *poblaciones* durchführten, entfernte sich Cuarto Propio später in dem Maße von den *pobladoras*, in dem diese aus dem Bild der

¹⁰ Als wichtigste gemeinsame Aktionen dieser Gruppe, die sich wenige Jahre später wieder auflöste, gelten *Para no morir de hambre en el arte* (1979), *¡Ay Sudamérica!* (1981) und *No+*. Vgl. Juan Andrés Piña (1991: 233) und Nelly Richard (1994: 39f.).

¹¹ Vgl. die unter dem Titel *Escribir en los bordes* von Carmen Berenguer et al. (2004) herausgegebenen Kongress-Akten, hier vor allem S. 9.

Öffentlichkeit verschwanden. Der Verlag veröffentlicht nunmehr narrative, lyrische, essayistische und wissenschaftliche Werke weiblicher und männlicher Autoren sowie Kinderbücher.

Für zahlreiche Autor/Innen wurde seit Anfang der achtziger Jahre der aus Spanien zurückgekehrte Romancier José Donoso zum wichtigsten Bezugspunkt. Marco Antonio de la Parra bezeichnet ihn sogar als “padre de la Nueva Narrativa Chilena”.¹² Donoso bot unter der Schirmherrschaft der christdemokratischen *Academia de Humanismo Cristiano* in seinem privaten Wohnhaus eine kostenlose Literaturwerkstatt an, die viele der später erfolgreichen Autor/Innen frequentierten.¹³ Zu seinen Schüler/Innen zählten u.a. Carlos Cerda, Jaime Collyer, Gonzalo Contreras, Arturo Fontaine Talavera, Carlos Franz, Alberto Fuguet, Agata Gligo, Sonia Montecino, Darío Oses und Marco Antonio de la Parra.¹⁴ Wahrscheinlich bestand die wichtigste Funktion dieser und anderer Literaturwerkstätten darin, in einem Klima der repressiven Ausschaltung öffentlicher Kommunikationsräume Oasen des freien Dialogs zu schaffen.

Noch in der Endphase der Diktatur erschienen drei Romane von Teilnehmer/Innen der Donoso-Werkstatt, deren gemeinsames Thema die Verletzlichkeit bzw. der Verlust persönlicher Integrität ist.

Marco Antonio de la Parra thematisiert in *El deseo de toda ciudadana* die Beziehung der Sekretärin Verónica zu einem Geheimdienstmitarbeiter, der eines Tages vor ihrer Wohnung erscheint und sie von diesem Moment an regelmäßig aushorcht und indoktriniert. Verónica ahnt, dass er an der Ermordung ihrer beiden Chefs beteiligt ist. Der fremde Mann ängstigt sie, schmeichelt ihr aber zugleich mit Komplimenten und Geschenken. Er nutzt ihre Sehnsucht – “el deseo de toda ciudadana” – nach Zärtlichkeit und Nähe inmitten einer durch Misstrauen, Angst und Einsamkeit geprägten Gesellschaft aus. Verónica unterwirft sich ihm in doppelter Weise: als verunsicherte Bürgerin und als liebesbedürftige Frau. Als sie schließlich die Gewissheit erlangt, dass er mordet, erschießt sie ihn mit seiner Pistole in ihrer Wohnung.

Die Anthropologin und Schriftstellerin Sonia Montecino erzählt in *La revuelta* die Geschichte der Noemí Sandoval, die mit ihrer Tochter in einer

¹² “Las voces de fin de siglo” (ohne Verfasserangabe), *Qué Pasa*, 3.8.1996, S. 134.

¹³ José Donoso im Interview mit mir; Claudia Bustos, *La Segunda*, 25.9.1992, S. 58; Pedro Pablo Guerrero, *Revista de Libros/El Mercurio*, 28.11.1993, S. 6; Rodrigo Cánovas (1997: 18). Die *Academia* stand der *Vicaría de Solidaridad* nahe.

¹⁴ Siehe Pedro Pablo Guerrero, *Revista de Libros/El Mercurio*, 28.11.1993, S. 6 und Arturo Fontaine Talavera, *Primer Plano/Página 12*, 2.5.1993, S. 8. Für Sonia Montecino siehe die innere Umschlagklappe ihres Romans *La revuelta*.

población in Santiago lebt. Ihre Vorfahren sind Mapuche. Noemí tritt zunächst als Transvestit unter dem Namen Sandro in einer Bar auf. Später nimmt sie einen Job als Catcherin an und heißt nun "Bibí la Invencible". Nach anfänglichen Triumphen erleidet Bibí eine Niederlage. Auf einem anschließenden Fest verkörpert sie abwechselnd die Rollen von Bibí und Sandro. Ihr Chef, "Emperador" genannt, und eine ihm nahestehende Frau begehren und belästigen sie. Noemí begibt sich daraufhin in die Obhut der Mapuche-Heilerin María Cariqueo, die sie zu Verwandten nach Südkile schickt. Mit Hilfe des Machi Lorenzo findet sie in der Welt der Mapuche zu sich selbst. Als der "Emperador" sie findet und nach Santiago holen will, tötet sie ihn in einem Zweikampf.¹⁵

Carlos Franz verknüpft in *Santiago Cero* eine unglückliche Liebesgeschichte mit der Verstrickung in Schuld. Die Hauptfigur des in der zweiten Person geschriebenen Romans ist ein (namenloser) junger Mann, der es nicht wagt, seine Liebe zu Raquel, einer Studienkollegin, zu bekennen. Auf Anfrage der chilenischen Geheimpolizei bespitzelt er schließlich Raquels Freund, einen leidenschaftlichen Gegner der Diktatur. Nach und nach übernimmt er weitere Spitzeltätigkeiten und steigt in der Diensthierarchie auf. Es gelingt ihm, die ahnungslose Raquel zu heiraten, nachdem deren (Ex-)Freund nach Europa gegangen ist. Als Raquel von seinem wahren Beruf erfährt, verlässt sie ihn. Carlos Franz beschreibt, wie ein feiger Durchschnittsbürger in autoritären Verhältnissen auch ohne äußeren Druck kriminelle Aufgaben übernimmt.

3. Literatur seit 1989

Mit dem Ende der Diktatur wandelten sich die Publikationsbedingungen in Chile grundlegend. Die Zensur wurde weitgehend abgeschafft. Journalistische Medien informierten in diskussionsfreudigen Formaten über aktuelle Literatur. Aufgrund der neu entstandenen Planungssicherheit interessierten sich nun auch kommerziell orientierte Verlage für chilenische Nachwuchsschriftsteller/Innen. Der Schriftstellerverband sowie die *Cámara Chilena del*

¹⁵ Neben Sonia Montecino haben sich auch andere Autoren mit dem Verhältnis von indigener und euro-amerikanischer Kultur auseinandergesetzt. So thematisiert Francisco Coloane in seinem in Neu Delhi und Santiago verfassten Roman *Rastros del guanaco Blanco* (1980) die Ausrottung der Ona im äußersten Süden Chiles. Jorge Guzmán und Eduardo Labarca setzen in ihren Romanen *Ay mamá Inés (crónica testimonial)* und *Butamalón* den Zeitraum der Eroberung des lateinamerikanischen Kontinents in Bezug zur Gegenwart.

Libro – das chilenische Äquivalent zum Börsenverein des deutschen Buchhandels – engagierten sich mit Erfolg für ein Gesetz zur Förderung der Produktion, Verbreitung und Lektüre von Büchern.¹⁶ Chilenische Neuerscheinungen erreichten Auflagen bis zu mehreren Zehntausend Exemplaren und führten die heimischen Bestseller-Listen an. In kurzer Zeit etablierte sich der Begriff *Nueva Narrativa Chilena* in den Medien. Nach Jahren der Marginalisierung genossen es viele Schriftsteller/Innen, plötzlich im Licht der Öffentlichkeit zu stehen. Einige Autor/Innen wurden über Nacht zu Publikumsstars, weil sie den Nerv einer bürgerlich-konservativen, aber anti-pinochetistischen Leser/Innenschaft trafen. Politisch linksstehende und/oder feministische Autor/Innen hatten – was die Verkaufszahlen betrifft – zunächst einen schwierigeren Stand. Eine in den Jahren 1993 und 1994 von der *Cámara Chilena del Libro* durchgeführte Umfrage über das Leseverhalten in Chile ergab, dass nur 8,3% der Befragten in den vorausgehenden drei Monaten ein Buch gekauft hatten, wobei aktuelle Belletristik eine untergeordnete Rolle spielte (*Cámara Chilena del Libro* 1995: 13-16). Das Leser/Innenpotenzial neuerer Erzählliteratur beschränkt sich auf ein kleines, wohlhabendes und damit eher konservatives Milieu.

4. Die Bedeutung des Planeta-Verlags

Fast alle Erfolgsautor/Innen der frühen neunziger Jahre – Alberto Fuguet, Gonzalo Contreras, Jaime Collyer, Ana María del Río, Roberto Ampuero, Arturo Fontaine Talavera, Carlos Cerda – publizierten ihre Werke bei Planeta Chilena, einer Tochterfirma des spanischen Planeta-Konzerns. Bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatte Planeta Chilena in Kooperation mit der ihr übergeordneten argentinischen Filiale die Reihe *Biblioteca del Sur* auf den Markt gebracht, zunächst mit wenig Erfolg. Einen erneuten Versuch zur Vermarktung chilenischer Literatur unternahm der Verlag 1990 mit der Reihe *Planeta Veintiuno*, in der junge Nachwuchsschriftsteller für ein überwiegend jugendliches Publikum schreiben sollten. Auf der Suche nach

¹⁶ Hauptdiskussionspunkt war im Vorfeld die 18%ige Mehrwertsteuer, die auch auf Bücher in voller Höhe angewandt wird. Die Verleger und ein Teil der Schriftsteller forderten die Abschaffung dieser Mehrwertsteuer. Durchgesetzt hat sich jedoch die Forderung des Schriftstellerverbandes, die Steuer zur Einrichtung eines *Fondo Nacional de Fomento del Libro y la Lectura* zu nutzen. Dieser unterstützt Schriftsteller/Innen, Verlage und Bibliotheken durch Stipendien, den Erwerb von Büchern und zahlreiche andere Aktivitäten. Zeitgleich wurde der *Consejo Nacional del Libro* eingerichtet, der jährlich einen angesehenen Literaturpreis für alle literarischen Gattungen vergibt (vgl. *Cámara Chilena del Libro* 1993).

passenden Autoren wandte man sich an die Literaturwerkstätten von Antonio Skármeta, der inzwischen aus dem Exil zurückgekehrt war, und von José Donoso.¹⁷

Skármeta schickte dem damaligen Verlagsleiter Ricardo Sabanes einige Kapitel des Romans *El coyote se comió el correccaminos* von Alberto Fuguet, den dieser gerade in seiner Literaturwerkstatt schrieb.¹⁸ Die weiteren Ereignisse schildert Alberto Fuguet folgendermaßen:

Un buen día me llama por teléfono Ricardo Sabanes: “aló Alberto, tú no me conoces, Antonio Skármeta me dio tu teléfono, yo soy Ricardo Sabanes, editor de Planeta. He estado leyendo los primeros capítulos de tu primera novela, la del coyote, y me encanta”. Y yo: “¿pero cómo la leíste, de dónde la sacaste?” Y me dice “quiero contratarte”. Me invitó a la oficina y fui. Entonces hablé con él y me dijo “quiero publicarlo ya”. Y le digo “yo no tengo libros, tengo estos tres capítulos y no tengo más”. – “Pero che, che”... La cosa es que Ricardo se fue. Llegó Arturo Navarro a Planeta y me llama de nuevo y me dice “oye, tengo entendido que tú tienes un libro llamado *El Coyote*”. – “Ya no se llama así, se llama *Mala onda*” le digo yo, “no está listo”. Entonces él me dice “¿tienes otra cosa?” Le digo, “sí, pero tengo cuentos, de los cuales incluso hay dos publicados como Premio Alonso de Ercilla”. Me dice “¡tráelos!” Se los traje y a la semana me dice “queremos publicar estos cuentos. Vamos a hacer una nueva colección que se llama *Planeta Veintiuno*”.¹⁹

Die Reihe wurde im August 1990 mit Alberto Fuguets Anthologie *Sobredosis* eröffnet. Der schmale Band avancierte binnen weniger Wochen zum Kultbuch und markiert den Beginn des chilenischen Roman-Booms der neunziger Jahre. Bei den Protagonist/Innen der Erzählungen handelt es sich

¹⁷ Siehe “El lunes por la noche, a las 20.00, Alberto Fuguet tiene su ‘Sobredosis’” (ohne Verfasserangabe), *La Epoca*, 11.8.1990, S. 33.

¹⁸ Siehe den Artikel des Schriftstellers Arturo Fontaine Talavera, “Historias de Chile”, im *Suplemento de Cultura* der argentinischen Zeitung *Página 12* (2.5.1993, S. 8).

¹⁹ “Eines guten Tages ruft mich Ricardo Sabanes an: ‘Hallo Alberto, du kennst mich nicht, Antonio Skármeta gab mir deine Telefonnummer, ich bin Ricardo Sabanes vom Planeta-Verlag. Ich habe die ersten Kapitel deines ersten Romans gelesen, der mit dem Kojoten, und er begeistert mich.’ Und ich: ‘Aber wie hast du ihn gelesen, woher hast du ihn?’ Er sagt mir: ‘Ich will dich unter Vertrag nehmen.’ Er lud mich in sein Büro ein und ich ging hin. Ich sprach mit ihm und er sagte mir: ‘Ich will das jetzt publizieren’. Und ich sagte: ‘Ich habe keine Bücher, nur diese ersten drei Kapitel, nicht mehr’ – ‘Aber che, che...’ Ricardo ging irgendwann. Dann kam Arturo Navarro zu Planeta und ruft mich wieder an: ‘Hör mal, soweit ich weiß, hast du ein Buch mit dem Titel *El coyote*’. – ‘Es heißt nicht mehr so, es heißt jetzt *Bad vibration*’ sage ich ihm, ‘es ist nicht fertig’. Also fragt er mich: ‘Hast du was anderes?’ Ich sage ihm: ‘Ja, aber es sind Erzählungen, zwei wurden sogar als Alonso de Ercilla-Preis veröffentlicht’. Er sagt mir: ‘Bring sie her’. Ich brachte sie ihm und eine Woche später sagte er mir: ‘Wir wollen diese Erzählungen veröffentlichen. Wir werden eine neue Reihe mit dem Namen *Planeta 21* einrichten.’” Alberto Fuguet im Interview mit mir.

um junge Erwachsene, die aus dem pinochetistischen Bürgertum der achtziger Jahre auszubrechen versuchen, dabei jedoch scheitern. Originell ist bei Fuguet die durchgängige Verwendung umgangssprachlicher, insbesondere jugendsprachlicher Elemente. Der durchschlagende Erfolg des Bandes bewegte Planeta Chilena zu einer Umorientierung: Anstatt die Reihe *Planeta Veintiuno* auszubauen, wurde die Hauptkollektion *Biblioteca del Sur* neu konzipiert. Wandten sich die Romane der späten achtziger Jahre an ein links-intellektuelles Publikum mittleren und höheren Alters, so publizierte man nun in erster Linie für konservative wohlhabende Jugendliche und gutverdienende Erwachsene jüngeren und mittleren Alters. Deutlich dokumentieren diesen Wandel *Mala onda* und *Oír su voz*. Um das gewünschte Publikum auch optisch anzusprechen, änderte der Verlag zugleich die Umschlaggestaltung, den Drucksatz und das Papier.

In *Mala onda* greift Alberto Fuguet die Themen seiner Erzählungen auf und vertieft sie. Der in der äußeren Form eines Tagebuches verfasste Entwicklungsroman beschreibt das Erwachsenwerden des 17-jährigen Matías Vicuña als einen Prozess der gesellschaftlichen Integration und der Versöhnung mit dem zunächst verhassten Vater.

Arturo Fontaine Talavera – 1952 als Sohn des ehemaligen Direktors von *El Mercurio* geboren, unter der Diktatur vorübergehend Mitglied des *Consejo de Estado* und langjähriger Leiter des rechten *Think Tank Centro de Estudios Públicos* – zeichnet in *Oír su voz* ein Portrait der chilenischen Oberschicht inmitten der Wirtschaftskrise von 1982/83. Der Text enthält zwei zentrale Handlungsstränge: zum einen die außereheliche Liebesgeschichte von Pelayo und Adelaida, zum anderen die Gründung eines privaten Fernsehkanals. Fontaine Talavera vertritt die Position eines radikalen, aber rechtsstaatlichen Neoliberalismus. Er distanziert sich von extrem konservativen katholischen Positionen, wie sie etwa vom einflussreichen *Opus Dei* vertreten werden.

Seit 1995 warb der spanische Verlag Alfaguara die meisten kommerziell erfolgreichen Planeta-Autor/Innen mit höheren Honoraren und einer internationalen Distribution ab.

5. Jaime Collyer – Schriftsteller, Kolumnist, Lektor

Eine zentrale Rolle in der öffentlichen Promotion der *Nueva Narrativa Chilena* kommt dem Schriftsteller Jaime Collyer zu, der in den Jahren 1991 und 1992 zehn Monate als Cheflektor von Planeta Chilena tätig war. Der Autor hatte zuvor zehn Jahre in Spanien gelebt und war bereits mit preisgekrönten

Publikationen hervorgetreten. Collyer setzte sich nachdrücklich für die Autoren seiner Generation ein. In seinem im März 1992 in der Zeitschrift *APSI* erschienenen Manifest *Casus belli: todo el poder para nosotros* feiert er kämpferisch den Durchbruch einer neuen Generation.²⁰

Collyer verkündet selbstbewusst die Emanzipation von den Altmeistern der Fünfziger-Generation (Donoso, Edwards, Lafourcade, Blanco u.a.), aber auch von den *novísimos* (Wacquez, Dorfman, Délano, Skármeta u.a.).²¹ Sein Ziel sieht er in einem neuen lateinamerikanischen Literatur-*Boom*, wie er bereits in den sechziger Jahren einmal existierte. Erst in einer späteren Replik auf Jorge Edwards, der Collyer und den seinen empfiehlt, lieber in der Wirtschaft oder in der Politik ihr Glück zu versuchen, sofern es ihnen um Macht ginge, kommt Collyer in wenigen Sätzen auf die Ansätze einer gemeinsamen literarischen Ästhetik zu sprechen.²² Übereinstimmungen sieht er in der Abwendung vom Magischen Realismus und im Verzicht auf den "totalen Roman" (*novela total*), also einen Roman, der den Anspruch hat, die Wirklichkeit in ihrer Gänze zu verarbeiten. Darüber hinaus betont er die Bevorzugung linearer und "minimalistischer" sowie die Ablehnung experimenteller Erzählformen. In einem Zeitungsinterview führt er diesen "convencionalismo del signo" auf das Bedürfnis nach sprachlich-gedanklicher Ordnung in einer als unbeständig und zersplittert erfahrenen gesellschaftlichen Wirklichkeit zurück.²³ Als Schriftsteller machte sich Collyer vor allem mit seinen Erzählbänden *Gente al acecho* sowie *La bestia en casa* einen Namen. Seine Geschichten spielen – wie die seines seit langem in Spanien lebenden Kollegen Roberto Bolaño²⁴ – an sehr unterschiedlichen Orten; die Bezugswelt des Autors ist die globale Gesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Seine Ich-Erzähler sind zumeist männliche Intellektuelle, denen surreal anmutende Begebenheiten widerfahren. So zerstört ein enigmatisches, eifersüchtiges Tier in *La bestia en casa* die Beziehung des Prota-

²⁰ Jaime Collyer, *APSI*, 24.2.-8.3.1992, S. 40.

²¹ Die Auflistung der soeben erwähnten Namen findet sich nicht im *APSI*-Artikel, sondern im Aufsatz "De las hogueras a la imprenta", den Collyer 1990 für die *Cuadernos Hispanoamericanos* verfasst hatte, S. 128f.

²² Jaime Collyer, "El guante sobre la mesa", *APSI*, 6.-19.4.1992, S. 18.

²³ Im Interview mit María Teresa Cárdenas, *Revista de Libros/El Mercurio*, 21.6.1992, S. 4.

²⁴ Roberto Bolaño wurde 1953 in Chile geboren und verbrachte einen Teil seiner Jugend in Mexiko, wohin er nach dem chilenischen Militär-Putsch zurückkehrte. Seit 20 Jahren lebt er in Katalonien und publiziert seit einigen Jahren beim spanischen Verlag Seix Barral. Sein mit dem *XVI Premio Herralde de Novela* von 1998 sowie dem *Premio Rómulo Gallegos* ausgezeichneter Roman *Los detectives salvajes* spielt in Mexiko, Nicaragua, den USA, Frankreich, Spanien, Österreich und Israel.

gonisten zu seiner Geliebten. Die Auseinandersetzung mit Emotionen, Phantasien und sexuellen Begierden, die als bedrohlich oder irritierend empfunden werden, bildet ein häufiges Motiv in seinen Texten.

6. Die *Revista de Libros* von *El Mercurio*

Journalistischen Beistand erhielt die *Nueva Narrativa Chilena* von der *Revista de Libros*, die seit Mai 1989 als wöchentliche Beilage des *Mercurio* erscheint. Den wichtigsten Impuls zu ihrer Gründung dürfte die im Vorjahr erstmals erschienene Wochenendbeilage *Literatura y Libros* von *La Epoca* gegeben haben. Innerhalb des *Mercurio* engagierten sich vor allem die Journalistin María Elena Aguirre und der katholische Priester, Literaturkritiker und Dichter Ignacio Valente (Pseudonym für José Miguel Ibañez Langlois) für eine eigene Literaturbeilage. Beide arbeiteten zu jenem Zeitpunkt für das Feuilleton *Artes y Letras*, beide sind Mitglieder des *Opus Dei*. Pressezensur, Stellenentlassungen an den Universitäten, Landesflucht sowie die Ermordung kritischer Intellektueller ließen Ignacio Valente nach dem Staatsputsch für etwa 15 Jahre zur alleinigen literaturkritischen Stimme der chilenischen Öffentlichkeit werden. Seit den achtziger Jahren sprach er sich allerdings für eine intellektuelle Öffnung des Landes aus und förderte Dichter wie Raúl Zurita, einen engagierten Gegner der Diktatur, dem im Jahr 2000 der Nationalpreis verliehen wurde. Die *Revista de Libros* besprach in der ersten Hälfte der neunziger Jahre fast alle bei Planeta Chilena erschienenen Werke und führte lange Interviews mit den Autor/Innen durch. Im Juni 1992 widmete sie der von Diego Muñoz Valenzuela und Ramón Díaz Eterovic im Kleinverlag Mosquito herausgegebenen Anthologie *Andar con Cuentos. Nueva Narrativa Chilena* den Leitartikel *Narrativa Chilena: Irrumpe una nueva generación* und die insgesamt sehr positive Rezension Ignacio Valentés *Casi todos nuestros jóvenes cuentistas*.²⁵ Die Signifikanz dieser Besprechung liegt darin, die jüngere Generation erstmals als Gruppe ins Licht der Öffentlichkeit gestellt und damit – quasi von oberster Stelle – literarisch anerkannt zu haben. Seit 1991 verleiht die Beilage außerdem jährlich alternierend einen Preis für einen Roman und einen Gedichtband. Erster Preisträger war Gonzalo Contreras mit seinem Roman *La ciudad anterior*, der noch im gleichen Monat trotz vorheriger Ablehnung durch Ricardo Sabanes²⁶ bei Planeta ver-

²⁵ María Teresa Cárdenas bzw. Ignacio Valente, *Revista de Libros*, 21.6.1992, S. 1, 4-6.

²⁶ "Las voces de fin de siglo" (ohne Verfasserangabe), *Qué Pasa*, 3.8.1996, S. 136.

legt und von Literaturkritiker/Innen wie von Schriftsteller-Kollegen einhellig gelobt wurde.

La ciudad anterior beschreibt den Prozess der fatalistischen Akzeptanz von Einsamkeit in der chilenischen Gesellschaft zur Zeit der Militärdiktatur. Carlos Feria, ein von seiner Frau soeben verlassener Handlungsreisender, fährt in eine entlegene Stadt, um Waffen zu verkaufen. Er wird dort mit Mordgeständnissen und anderen Lebensbeichten konfrontiert, die ihm die seelische und moralische Zerrüttung der Städter vor Augen führen. Eine erotische Beziehung mit einer Jugendlichen wird im Keim erstickt; eine Liebesbeziehung zu einer anderen Frau erweist sich als unrealisierbar. Carlos verlässt schließlich die Stadt, ohne ein Reiseziel vor Augen zu haben. Durch die Wiederholung der ersten beiden Wörter des Romans – “La Panamericana” – am Textende entsteht eine zirkuläre Struktur, die die anhaltende Situation des Unterwegsseins und der Heimatlosigkeit betont.

7. Diktaturerfahrung und *Transición*

Wie die bereits besprochenen Romane erkennen lassen, blieben die Diktatur und der schwierige Übergang zur Demokratie die vorherrschenden Themen der chilenischen Erzählliteratur in den neunziger Jahren.

Marcela Serrano erzielte bereits mit ihren beiden ersten, bei Los Andes verlegten Romanen *Nosotras que nos queremos tanto* und *Para que no me olvides* zwei der größten Verkaufserfolge der neunziger Jahre.²⁷ *Para que no me olvides* handelt von der Begegnung zwischen ehemaligen Anhängern und Opfern der Diktatur. Blanca, eine verheiratete Oberschichtenfrau und Mutter, bricht aus ihrem pinochetistischen Umfeld aus und verliebt sich in den nordamerikanisch-chilenischen *Gringo*, einen ehemals politisch engagierten

²⁷ Der damalige Cheflektor des mittelgroßen chilenischen Verlags, Juan Andrés Piña, begründet den Erfolg Serranos im Interview mit mir nicht zuletzt mit der außerliterarischen Publizität der Autorin: “Tienen que influir un montón de elementos dentro de los cuales no hay que descartar el origen social de Marcela Serrano, o sea su relación política y social con muchas personas que le han ayudado a difundir su obra. Ella viene de un grupo de clase media alta en Chile que tiene relaciones con todo el mundo. Entonces si tú haces un lanzamiento llegan quinientas personas que son importantes, que hablan de la novela. [...] Ya antes de que su marido Lucho Maira fuera ministro, ella era amiga de todos los políticos de la Concertación, del Gobierno, que en 1991, cuando salió la primera novela, obviamente llegaron ahí. Se juntó que Los Andes fuera una editorial uno de cuyos dueños fuera un senador de derecha, Sebastián Piñera. [...] Y Sebastián y Marcela salían juntos cuando eran jóvenes. [...] ¿Por qué la Marcela conocía a toda la gente? Porque la clase social chilena media alta y sobre todo con algún pasado aristocrático no son muchos. Entonces se conocen todos.”

Mann, der unter der Diktatur gefoltert wurde. Das Geschehen ereignet sich zur Zeit der Erstellung des Berichtes der *Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*, dem so genannten *Informe Rettig*, im Jahre 1991.

Desiderio Arenas verfasste mit *La playa de los alacranes* einen der formal originellsten Romane der jüngeren Erzählliteratur. Das Werk, dem als inhaltliche Zusammenfassung ein *Comic* vorangestellt ist, sieht auf den ersten Blick wie ein Drehbuch aus, ist jedoch von sarkastischen Erzählerkommentaren durchzogen. Der Text beschreibt den privaten und beruflichen Alltag der chilenischen 68er Generation in den neunziger Jahren. Seine vier Protagonisten sind die Starjournalistin Valeria, deren Geliebter und Politiker Alex, dessen Frau Domi sowie Domis Freund, der Alt-Hippie Danni. Arenas verbindet die Darstellung dieser Freundschaften und Liebesbeziehungen mit einer massiven Kritik an Staat und Massenmedien. So erscheint der berühmte Folterer Guatón Romo als Staatsbediensteter in der neuen Demokratie. Die Medien wiederum betreiben im Text eine Politik der Desinformation, des Sensationalismus und der Tabuisierung von Sexualität.

Das Exil in der ehemaligen DDR bildet den Gegenstand von Carlos Cerdas Roman *Morir en Berlín*. Der Autor verurteilt die Gewaltherrschaft in Chile ebenso wie die SED-Diktatur. Anhand seiner chilenischen und deutschen Figuren zeigt er auf, wie repressive politische Verhältnisse private und berufliche Lebensentwürfe zerstören. Unbefriedigend ist jedoch, dass die radikalen politischen Veränderungen, die sich Ende der achtziger Jahre in Deutschland und Chile ereigneten, im Roman keine Berücksichtigung finden. In seinem nächsten Roman, *Una casa vacía*, entdecken die neuen Bewohner eines Hauses, dass sie in eine ehemalige Folterstätte gezogen sind. Ein vergleichbares *Sujet* behandelt Germán Marín, der lange im mexikanischen und spanischen Exil lebte, in *El palacio de la risa*. Seine Erzählung verknüpft die Biographie des Ich-Erzählers mit der Geschichte der Villa Grimaldi, die nach dem Putsch zu einem berühmten Folterzentrum der DINA wurde.

Weiter in die Vergangenheit zurück reichen die Romane der Journalisten und Schriftsteller Darío Oses und José Miguel Varas. Darío Oses' *El viaducto* handelt von einem linken Fernsehteam, das im Vorfeld des Militärputsches von 1973 einen Film über den Präsidenten Balmaceda dreht. Im Roman werden, wie schon in Jorge Edwards Roman *Los convidados de piedra*, Parallelen zwischen der Situation von 1891 und derjenigen von 1973 benannt. José Miguel Varas entwirft in *La novela de Galvarino y Elena* auf der Grundlage ausgiebiger Interviews mit einem kommunistischen Arbeiterpaar

eine bis *dato* nicht schriftlich festgehaltene Sicht auf das 20. Jahrhundert. Das so entstandene Werk oszilliert zwischen Dokumentation, Geschichtsschreibung und Fiktion. Es erschien bei LOM, dem seit Mitte der neunziger Jahre wohl engagiertesten chilenischen Verlag.²⁸ Auf Initiative des Verlags entstand 1998 die monatlich erscheinende Kulturzeitschrift *Rocinante*, die von José Miguel Varas und Faride Zerán, Leiterin der Journalistischen Fakultät der Universidad de Chile, herausgegeben wird.

8. Kriminalromane

Die Erfahrung von Gewalt hat in den achtziger und neunziger Jahren eine hohe Anzahl von Kriminalromanen hervorgebracht (Sepúlveda 1997). Am konsequentesten kultiviert Ramón Díaz Eterovic, dessen Werk inzwischen in deutscher Übersetzung vom Verlag Diogenes herausgegeben wird, dieses Genre. Seit *La ciudad está triste* (1987) lässt er seinen melancholischen Detektiv Heredia die Schattenseiten der chilenischen Gesellschaft ergründen. In dem Roman *Angeles y solitarios*, der 1995 den Preis des *Consejo Nacional del Libro y la Lectura* erhielt, wird er mit der Ermordung einer früheren Geliebten konfrontiert, die als Journalistin über illegalen Waffenhandel mit dem Irak recherchiert hat – ein Thema, das der chilenischen Realität der frühen neunziger Jahre entnommen ist, wenngleich es sich nicht um einen Tatsachenbericht, sondern eine fiktive Erzählung handelt. Die Aufdeckung des Mordfalls geht mit der Analyse verdeckter Macht- und Gewaltverhältnisse einher, die sich während der chilenischen Militärdiktatur herausgebildet haben. Der chilenische Alltag, die anhaltende soziale Ungerechtigkeit, die wachsende Konsumorientierung und der Verlust gesellschaftlicher Solidarität werden von Heredia, der in dieser Hinsicht als *Alter Ego* des Autors fungiert, mit Bitterkeit kommentiert.

Das Thema Waffenschmuggel behandelt auch Roberto Ampuero in seinem Detektivroman *¿Quién mató a Cristián Kustermann?*, der 1993 den Preis der *Revista de Libros* erhielt. Bei ihm sind es nicht ehemalige Militärs, sondern in Kuba ausgebildete Guerilla-Kämpfer, die den abtrünnigen Cristián ermorden, nachdem dieser eine Waffenübergabe vereitelt hat. Der

²⁸ LOM bedeutet in der Sprache der Yámana-Indianer "Sonne". Der Verlag wurde 1990 als Familienbetrieb in Verbindung mit einer Druckerei gegründet, die die Finanzierung der Verlagsarbeit ermöglicht (Silvia Aguilera im Interview mit mir). Das Sortiment reicht von soziologischen und politologischen Untersuchungen über Neuauflagen und Erstpublikationen von Lyrikanthologien, Romanen und Erzählungen bis hin zu Fotobänden und Kunstpostkarten.

Roman weist zahlreiche Widersprüche in der Handlung auf und bleibt in der Gestaltung seiner Figuren recht oberflächlich. Auch Ampuero hat in den Folgejahren weitere Kriminalromane verfasst.

Andere Autor/Innen haben sich dieses *Genres* nur vorübergehend bedient. Zu ihnen zählt der Filmemacher und Filmkritiker José Roman mit seinem rasant erzählten Roman *El espejo de tres caras*. Der Text durchleuchtet das Milieu ehemaliger Folterknechte und -mägde des Pinochet-Regimes, die in der jungen Demokratie gemeinsam mit vormaligen Linksextremist/Innen Drogen schmuggeln. Getrieben von Liebe, Hass und Angst dienen sie ihrem Mafiaboss Max als willfährige Marionetten. Verrat, Unterwerfung und Mord sind an der Tagesordnung. Am Ende siegt nicht das Gute, sondern der Mächtigste. Kein Verbrechen wird von der Justiz aufgeklärt, kein Täter bestraft. José Románs Sicht auf Chile ist bitterböse.

Jaime Collyer thematisiert in seinem Thriller *El infiltrado* Gewalt und Gegengewalt unter der Militärdiktatur. Im Mittelpunkt stehen Selbstreflexion und Schuldbekenntnis des Protagonisten Simón Fabres.

Alejandra Rojas wiederum geißelt in ihrem 1993 erschienenen Debüt *Legítima Defensa* die – insbesondere Frauen betreffende – repressive Sexualmoral der chilenischen Oberschicht. María José erschießt den Gärtner ihrer Mutter, als sie die beiden zusammen im Bett überrascht. Aus Scham nimmt die Mutter die Schuld auf sich und behauptet, ihre Tochter vor einer Vergewaltigung durch den Gärtner habe schützen zu müssen. Dennoch wird sie zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Die Ich-Erzählerin Florencia, eine Schwester von María José, kommt der Wahrheit während eines weihnachtlichen Familientreffens auf die Spur. Die Autorin verbindet die Aufdeckung des Verbrechens mit dem Psychogramm einer emotional verarmten, innerlich unfreien Schicht.

9. Sexualität

Es sind insbesondere Frauen und homosexuelle Männer, die in den neunziger Jahren in Chile über Sexualität schreiben und damit ein literarisch wenig behandeltes Thema aufgreifen.

Einen Bestseller erzielte Ana María del Río mit ihrer Novelle *Siete días de la señora K*. Die Protagonistin, die in ihrer Kindheit vergewaltigt wurde und mit einem herrischen Mann verheiratet ist, entdeckt im Laufe einer Woche, die sie ohne Familie allein im Haus verbringt, ihren Körper und ihr Begehren. Der emanzipatorische Gehalt, der der Novelle innewohnt, stößt allerdings vor der Überschreitung selbstbezogener Handlungsweisen an seine

Grenzen: Mehr als einen einsamen Orgasmus erlebt die "Señora K." nicht. Die anderen, zum Teil mit Preisen ausgezeichneten Werke von Ana María del Río – u.a. *Óxido de Carmen*, *De golpe*, *Amalia en el umbral*, *Tiempo que ladra* – haben ebenfalls weibliche Selbstfindungsprozesse zum Gegenstand, wobei die Autorin in den meisten Fällen jugendliche Protagonistinnen favorisiert.

Sexualisierte Gewalt und Folter sowie das Verhältnis von Sexualität und Macht bilden auch in Pía Barros Texten *A horcadas* und *El tono menor del deseo* ein zentrales Motiv. Ana Vásquez integriert in ihrem Roman *Los mundos de Circe* die Sexualität stärker in den Alltag ihrer Figuren. Circe, eine mittelamerikanische, in Paris lebende Soziologin, hat eine Liebesaffäre mit dem zehn Jahre jüngeren Exilchilenen und Computer-Programmierer Ulises. Zugleich arbeitet sie an einem empirischen Forschungsprojekt über das Sexualleben älterer Menschen. Der Roman thematisiert die erotischen Erlebnisse und Phantasien der Circe, ihr Verhältnis zum eigenen, als zu dick empfundenen Körper, aber auch ihre emotionalen Beziehungen zu Männern und ihre Situation als Geliebte eines verheirateten Mannes. Darüber hinaus spielt die Berufstätigkeit von Circe und Ulises im Roman eine zentrale Rolle. Ana Vásquez, die seit dem Putsch in Frankreich lebt, hat selbst als Psychologin an der Pariser Universität über das Thema ihrer Protagonistin geforscht. Ihre früheren Romane *Abel Rodríguez y sus hermanos* sowie *Los búfalos, los jerarcas y la huesera* setzen sich mit der Reaktion der chilenischen Linken auf den Militärputsch auseinander.

Pedro Lemebel thematisiert in der Textsammlung *Loco afán. Crónicas de Sidario* das Auftreten von Aids in der Santiagoer Homosexuellenszene. Als einer der wenigen offen schwulen und zudem einer Arbeiterfamilie entstammenden Künstler hat Lemebel, parallel zur schriftstellerischen Tätigkeit, seit den frühen neunziger Jahren *performances* inszeniert. In narrativen und lyrischen Texten engagiert er sich nachdrücklich für das Recht auf Anderssein, so in seinem Manifest "Hablo por mi diferencia": "No soy un marica disfrazado de poeta/ No necesito disfraz/ Aquí está mi cara/ Hablo por mi diferencia/ Defiendo lo que soy/ Y no soy tan raro/ Me apesta la injusticia/ Y sospecho de esta cueca democrática/ Pero no me hable del proletariado/ Porque ser pobre y maricón es peor" (S. 83).²⁹

²⁹ "Ich bin keine Tunte, die sich als Dichter verkleidet/ Ich brauche keine Verkleidung/ Hier ist mein Gesicht/ Ich spreche für mein Anderssein/ Ich verteidige, was ich bin/ Und ich bin so seltsam nicht/ Mir stinkt die Ungerechtigkeit/ Und ich misstraue diesem demokra-

10. Norden – Süden

Viele chilenische Autor/Innen fühlen sich sowohl im reichen Norden als auch im armen Süden beheimatet. Einige von ihnen, wie Guadalupe Santa Cruz und Ariel Dorfman, machen die daraus entstehenden Identitätskonflikte zum Gegenstand ihrer Texte. Das Leben beider Autoren ist seit der Kindheit durch Migration zwischen Südamerika und Europa bzw. den USA geprägt, beide mussten nach dem Putsch ins Exil.

Guadalupe Santa Cruz thematisiert in ihrem Roman *Cita capital* die Begegnung einer chilenischen Schneiderin und eines österreichischen Chirurgen in der Metropole Santiago. Während Octavio versucht, sich in der ungewohnten Umgebung auf systematische Weise zurechtzufinden, hat Sandra einen experimentelleren, sinnlicheren Zugang zur Welt. Der Norden steht für eine verwaltete Gesellschaft, der Süden für einen anarchischen Ort, der Selbsterfahrung ermöglicht, aber auch erzwingt: “Aquí vas a tener que vivir y sufrir cada nombre, ubicarte en el pulso de las cosas” (S. 42f.).³⁰ Beide nähern sich durch ihre Gespräche aneinander an und übernehmen Verhaltensweisen des jeweils anderen, bevor sie sich nach kurzer Zeit wieder trennen.

Ariel Dorfman stellt den Identitätskonflikt als anglophoner US-Amerikaner und lateinamerikanischer revolutionärer Intellektueller ins Zentrum seiner Autobiographie *Rumbo al Sur, deseando el Norte*. Die erzählte Zeit reicht von der Kindheit in den USA bis zu den ersten Monaten nach dem chilenischen Militärputsch. Die Notwendigkeit, in unterschiedlichen Lebensabschnitten sowohl die spanische als auch die englische Sprache zu benutzen, führt zu einer langsamen Akzeptanz seiner bikulturellen Identität. Auf diese Weise wird der Raum zwischen den Kulturen, “el espacio donde chocan y se encuentran esas dos culturas” (S. 366), zu einer neuen Heimat. Ariel Dorfman ist auch Autor des von Roman Polanski verfilmten Theaterstücks *La muerte y la doncella*.

11. Ausblick

In der chilenischen Erzählliteratur der letzten 30 Jahre zeichnet sich die Tendenz einer Abkehr von weit ausholenden epischen Romanen hin zu knappen Texten ab. Sowohl die erzählte Zeit als auch die Erzählzeit verkürzen

tischen Reigen/ Aber kommen Sie mir nicht mit dem Proletariat/ Denn arm und schwul zu sein, ist schlimmer.”

³⁰ “Hier wirst du jeden Namen erleben und erleiden, dich dem Puls der Dinge aussetzen.”

sich. Selbst in Ausnahmen wie der Autobiographie oder historischen Romanen wird die Diachronie der Geschehnisse häufig durch eine Erzählstruktur aufgebrochen, die unterschiedliche Zeitebenen kontrastiert und vergleicht, anstatt sie aufeinander folgen zu lassen. Die Beliebtheit des Kriminalromans beruht vermutlich auch auf der Möglichkeit, gesellschaftliche Missstände darstellen zu können, ohne ihr historisches Zustandekommen herzuleiten. Nicht selten sind es gerade die an punktuellen und synchronen Ereignissen interessierten Texte, denen ein utopisches Potenzial innewohnt. Der erdrückenden Last der jüngeren chilenischen Geschichte setzen sie die "Bejahung der Lebenstriebe in ihrem Kampf gegen Triebunterdrückung und gesellschaftliche Unterdrückung" entgegen (Marcuse 1987: 204).

Literaturverzeichnis

- Allende, Isabel (1982): *La casa de los espíritus*. Barcelona.
- Ampuero, Roberto (1993): *¿Quién mató a Cristián Kustermann?*. Santiago: Planeta. (Deutsche Übers. Hans-Otto Dill (1994): *Die Spur führt nach Bonn*. Berlin).
- Anonym (1990): "El lunes por la noche, a las 20.00, Alberto Fuguet tiene su 'Sobredosis'". In: *La Epoca*, 11.8.1990, S. 33.
- (1996): "Las voces de fin de siglo". In: *Qué Pasa*, 3.8.1996, S. 133-136.
- Arenas, Desiderio (1993): *La playa de los alacranes*. Santiago.
- Barros, Pía (1991): *El tono menor de deseo*. Santiago.
- (1992): *A horcajadas*. Santiago.
- Berenguer, Carmen et al. (Hrsg.) (1994): *Escribir en los bordes. Congreso internacional de literatura femenina latinoamericana – 1987*. Santiago.
- Bergenthal, Kathrin (1995): Unveröffentlichte Interviews mit Silvia Aguilera (27.7.1995), José Donoso (21.9.1995), Alberto Fuguet (15.9.1995) und Juan Andrés Piña (23.8.1995).
- (1999): *Studien zum Mini-Boom der Nueva Narrativa Chilena. Literatur im Neoliberalismus*. Frankfurt/Main.
- Bolaño, Roberto (1998): *Los detectives salvajes*. Barcelona.
- Bustos, Claudia (1992): "Talleres literarios: ¿fábricas de escritores?". In: *La Segunda*, 25.9.1992, S. 58-59.
- Cámara Chilena del Libro (1993): *Ley de Fomento del Libro y la Lectura. Boletín informativo*. Santiago.
- (1995): *Encuesta Nacional de Lectura y Consumo de Libros. Boletín informativo*. Santiago.
- Cánovas E., Rodrigo (unter Mitarbeit von Carolina Pizarro C., Danilo Santos L. und Magda Sepúlveda E. (1997): *Novela chilena, Nuevas generaciones. El abordaje de los huérfanos*. Santiago.

- Cárdenas, María Teresa (1992): "Narrativa Chilena: Irrumpe una nueva generación". In: *Revista de Libros/El Mercurio*, 21.6.1992, S. 1, 4, 5, 6.
- Cerda, Carlos (1993): *Morir en Berlín* (³1994). Santiago. (Deutsche Übers. Petra Strien (1995): *Santiago – Berlin*. München).
- (1996): *Una casa vacía*. Santiago.
- Collyer, Jaime (1989): *El infiltrado*. Madrid.
- (1990): "De las hogueras a la imprenta. El arduo renacer de la narrativa chilena". In: *Cuadernos Hispanoamericanos*, Nr. 482-483, 1990, S. 123-135.
- (1992a): "Casus belli: todo el poder para nosotros". In: *APSI*, Nr. 415, 24.2.-8.3.1992, S. 40.
- (1992b): "El guante sobre la mesa". In: *APSI*, Nr. 419, 6.-19.4.1992, S. 18.
- (1992c): *Gente al acecho* (³1993). Santiago.
- (1998): *La bestia en casa*. Santiago.
- Coloane, Francisco (1980): *Rastros del guanaco blanco*. Santiago. (³1996 unter dem Titel *El guanaco blanco*. Santiago).
- Contreras, Gonzalo (1991): *La ciudad anterior* (⁶1993). Santiago.
- Couve, Adolfo (1974): *El picadero*. Santiago.
- De la Parra, Marco Antonio (1988): *El deseo de toda ciudadana* (²1989). Santiago.
- Del Río, Ana María (1986): *Óxido de Carmen* (³1994). Santiago.
- (1991a): *De golpe, Amalia en el umbral*. Santiago.
- (1991b): *Tiempo que ladra*. Miami. (1994: Santiago).
- (1993): *Siete días de la señora K.* (⁵1994). Santiago.
- Délano, Poli (1973): *Cambio de máscara*. La Habana.
- Díaz Eterovic, Ramón (1987): *La ciudad está triste*. Santiago.
- (1995): *Angeles y solitarios*. Santiago. (Deutsche Übers. Maralde Meyer-Minnemann (2000): *Engel und Einsame*. Zürich).
- Díaz Eterovic, Ramón/Muñoz Valenzuela, Diego (1986): *Contando el Cuento. Antología Joven Narrativa Chilena*. Santiago.
- Donoso, José (1970): *El obsceno pájaro de la noche*. Barcelona.
- (1978): *Casa de campo*. Barcelona.
- Dorfman, Ariel (1973): *Moros en la costa*. Buenos Aires.
- (1992): *La muerte y la doncella*. Buenos Aires.
- (1998): *Rumbo al Sur, deseando el Norte*. Barcelona.
- Dorfman, Ariel/Mattelart, Armand (1972): *Para leer al pato Donald*. México D.F.
- Edwards, Jorge (2001): *Los convidados de piedra*. Madrid.
- Eltit, Diamela (1983): *Lumpérica* (²1991). Santiago.
- (1986): *Por la patria* (²1995). Santiago.
- (1994): *Los vigilantes*. Santiago.

- Engelbert, Manfred (1990): "¿Como valorizar el arte literario actual? Escrituras de mujeres chilenas: Isabel Allende/Diamela Eltit". In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Reihe Gesellschaftswissenschaften* 39, Heft 5, S. 445-450.
- Fontaine Talavera, Arturo (1992): *Oír su voz*. Buenos Aires.
- (1993): "Historias de Chile". In: *Primer Plano/Suplemento de Cultura de Página 12*. Buenos Aires, 2.5.1993, S. 8.
- Franz, Carlos (1989): *Santiago cero*. Santiago.
- Fuguet, Alberto (1990): *Sobredosis* (⁶1993). Santiago.
- (1991): *Mala onda*. Buenos Aires. (⁶1995: Santiago).
- Guerrero, Pedro Pablo (1993): "Los ex alumnos de Donoso". In: *Revista de Libros/El Mercurio*, 28.11.1993, S. 6.
- Guzmán, Jorge (1993): *Ay mamá Inés (Crónica testimonial)*. Santiago.
- Jofré, Manuel Alcides (1989): "Novela chilena contemporánea: un fragmento de su historia". In: *Logos. Revista de Lingüística, Filosofía y Literatura. Universidad La Serena*, Nr. 1, S. 23-41.
- Labarca, Eduardo (1994): *Butamalón*. Madrid.
- Lafourcade, Enrique (1971): *Palomita blanca*. Santiago.
- Lafourcade, Enrique (Hrsg.) (1954): *Antología del nuevo cuento chileno*. Santiago.
- Lemebel, Pedro (1996): *Loco afán. Crónicas de Sidario*. Santiago.
- Marín, Germán (1995): *El palacio de la risa*. Santiago.
- Marcuse, Herbert (1987): "Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik". In: *Schriften* Bd. 9. Frankfurt/Main, S. 191-241.
- Montecino, Sonia (1988): *La revuelta*. Santiago.
- Muñoz Valenzuela, Diego/Díaz Eterovic, Ramón (Hrsg.) (1992): *Andar con Cuentos. Nueva Narrativa Chilena*. Santiago.
- Oses, Darío (1994): *El viaducto*. Santiago.
- Piña, Juan Andrés (1991): *Conversaciones con la narrativa chilena*. Santiago. Darin: Eltit, Diamela: "Escritos sobre un cuerpo" (Interview mit Diamela Eltit), S. 223-254.
- Promis, José (1993): *La novela chilena del último siglo*. Santiago.
- Richard, Nelly (1994): *La insubordinación de los signos (cambio político, transformaciones culturales y poéticas de la crisis)*. Santiago.
- Rojas, Alejandra (1993): *Legítima defensa*. Santiago.
- Román, José (1996): *El espejo de tres caras*. Santiago.
- Santa Cruz, Guadalupe (1992): *Cita capital*. Santiago.
- Sepúlveda E., Magda (1997): "Del género policial". In: Cánovas, Rodrigo und MitarbeiterInnen (s.o.): *Novela chilena, Nuevas generaciones. El abordaje de los huérfanos*. Santiago, S. 107-121.
- Serrano, Marcela (1991): *Nosotras que nos queremos tanto*. (⁷1993 oder ⁷1994 ohne Zeitangabe). Santiago.
- (1993): *Para que no me olvides*. (⁷1994). Santiago. (Deutsche Übers. Gertraud Strohm-Katzer (1997): *Damit du mich nicht vergißt*. Frankfurt/Main).
- Skármeta, Antonio (1967): *El entusiasmo*. Santiago.

- (1969): *Desnudo en el tejado*. La Habana.
- (1975): *Soñé que la nieve ardía*. Barcelona.
- (1980): *No pasó nada*. Barcelona.
- Subercaseaux, Bernardo (1993): *Historia del libro en Chile (Alma y cuerpo)*. Santiago.
- Urbina, José Leandro (1993): *Las malas juntas*. Santiago.
- Valdés, Hernán (1974): *Tejas verdes*. Barcelona.
- Valente, Ignacio (1992): “Casi todos nuestros jóvenes cuentistas”. In: *Revista de Libros/El Mercurio*, 21.6.1992, S. 5.
- Varas, José Miguel (1995): *La novela de Galvarino y Elena*. Santiago.
- Vásquez, Ana (1981): *Abel Rodríguez y sus hermanos*. Barcelona.
- (1987): *Los búfalos, los jerarcas y la huesera*. Santiago.
- Vásquez Bronfman, Ana (2000): *Los mundos de Circe*. Santiago.
- Villalobos R., Sergio (1995): *Breve historia de Chile*. Santiago.

Soledad Lagos-Kassai

Die literarische Verarbeitung der Diktatur¹ und der Menschenrechtsverletzungen in Chile

1. Vorbemerkung

Die abrupte Umkehrung der bis dahin geltenden Normen und Werte, die während der Diktatur in Chile stattfand, ging mit einem gewaltigen gesellschaftlichen Schock einher, über den Erzähler und Romanciers erst nach einigen Jahren Demokratisierung mit einer gewissen Distanz nachdenken konnten.

In den nach 1990 erschienenen Werken schildern die chilenischen Autor/Innen entweder explizit oder implizit den Verlust dieser Werte, aber auch die sich rapide ändernde neue Realität. Bekanntlich bietet Literatur in der Regel keine sofortige Reaktion auf gesellschaftliche Phänomene an. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass der Roman *Casa de campo*² des Schriftstellers José Donoso, der retrospektiv gesehen als die erste ernste und tiefe Reaktion auf die Barbarei bezeichnet werden kann, einige Jahre nach dem Militärputsch und nicht in Chile herausgegeben wurde.

Der tiefgreifende, gewaltige und erzwungene Modernisierungsprozess, der unter Pinochet durchgeführt wurde, begünstigte das Auftreten einer neuen kollektiven Identität, einer ökonomischen Definition der zwischenmenschlichen Beziehungen, die sowohl den öffentlichen Raum als auch die private Sphäre nicht unberührt ließ. In den 16 Jahren Militärregierung wurde der öffentliche Raum mit einem unbeschreiblich großen Fleiß zerstört: Kollektive Initiativen wurden durch Gewalt verhindert, die gesellschaftlichen Organisationen demontiert, die Grundlagen der Politik neu definiert und das individuelle Potential auf den Markt orientiert (Brunner 1986). Der Sprung

¹ Die Begriffe Diktatur, Demokratisierung und (neue) Demokratie müssen in ihrem eigenen Kontext verstanden werden. Der vorliegende Artikel ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung meines Beitrages "Literarische Produktion der chilenischen und spanischen *transición*". Er entstand im Rahmen eines von Peter Waldmann geleiteten Forschungsprojektes über soziale Anomie, Diktatur und Demokratisierung an der Universität Augsburg.

² Nach Donosos Tod im Jahre 1996 wurde das Werk in Chile veröffentlicht (vgl. Donoso 1978).

in die Modernisierung wurde von Erscheinungen wie Desillusionierung, Mangel an Orientierung und Angst, mindestens bei Angehörigen bestimmter gesellschaftlicher Sektoren, begleitet.³

Der chilenische Demokratisierungsprozess bildet einen Sonderfall, insofern er von der noch amtierenden Diktatur mitbestimmt wurde. 1980 wurde eine neue Verfassung per Volksentscheid genehmigt, welche nicht nur einen Rahmen für die neu definierte *institucionalidad* festlegte, sondern die Eigenschaften des Wechsels sehr genau bestimmte (Bustos 1987).

Deshalb ist es notwendig, über die Entstehung einer neuen Literatur zu reden, deren Produktions- und Rezeptionsregeln in enger Beziehung zu dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld stehen. Noch heute, nach drei Amtsperioden „*concertación*-Präsidenten“, welche das Wirtschaftsmodell der Diktatur übernommen und fortgesetzt haben, scheint eine Neudefinition des öffentlichen Raums nicht ganz unproblematisch. Eine ernsthafte Debatte über die Verantwortung des Militärs im Bereich der Menschenrechtsverletzungen, die breite Sektoren der Bevölkerung umfasst, hat trotz einiger, im Übrigen gescheiterten Initiativen und Bemühungen, nicht wirklich stattgefunden: Die vielen Leichen, die immer noch im Keller liegen, werden dort wohl lange Zeit bleiben.⁴

³ López-Casero/Waldmann (1994: 13-40) entwickelten ein Modell für Reaktionen auf gewalttätigen sozialen Wandel, das sich zwar auf Spanien bezieht, welches aber eine produktive Anwendung auf Länder wie Chile finden kann.

⁴ In diesem Sinne kann man in der modernen chilenischen Gesellschaft ähnliche Verdrängungsmechanismen wie in der Wirtschaftswundergesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 beobachten. Unter dem Präsidenten Patricio Aylwin wurde zwar die Erforschung der Verbrechen der Diktatur verordnet, jedoch kam es nur in zwei Fällen zu einer Strafe: Der einstige Leiter des Geheimdienstes DINA, General Manuel Contreras und der Oberst Pedro Espinoza wurden wegen ihrer Verwicklung im Mordfall Orlando Letelier „... zu sieben bzw. sechs Jahren Haft verurteilt“ (vgl. Scheerer 1994: 385-398). Nach mehrmaligen Versuchen, die nach der Amtsperiode von Aylwin unternommen wurden, die Angehörigen der Streitkräfte, Rechtsanwälte von Opfern der Menschenrechtsverletzungen der Militärregierung, Minister, Geistliche und andere öffentliche Persönlichkeiten zu einem Dialog einzuladen, mussten die Diskussionsrunden wegen der Unmöglichkeit, zu einem Konsens in grundlegenden Themen zu kommen, unterbrochen werden.

2. Der Übergang zur Demokratie in Chile und dessen literarische Reflexion

Kurz vor den Wahlen 1989 war zwar die Zeit des willkürlichen Terrors vorüber, jedoch herrschten in allen Sphären der Gesellschaft die neuen Gesetze der Modernisierung, die, wie schon erwähnt, mit einer gewaltigen ideologischen Umstrukturierung des vorher existierenden Systems verbunden waren. Diese ideologische Umstrukturierung wies sogar eine interessante linguistische Komponente auf (Brunner 1984; Munizaga 1988; Salinas/Zaldívar 1986; Stolz 1989).

Unmittelbar nach 1973 war die kulturelle Landschaft Chiles in einem ebenso desolaten Zustand wie alle anderen Sphären des öffentlichen Lebens: Das Theater in Chile übernahm als erstes die Rolle jener öffentlichen Tribüne, die andere Massenmedien aufgrund der herrschenden Zensur und des Terrors nicht spielen durften. Trotz der im Vergleich zu Argentinien bescheidenen Verlagsindustrie bestand eine solide literarische Tradition. Im Bereich der Erzählkunst wurde die Szene von einigen großen Namen beherrscht, die allerdings nach einiger Zeit aus dem tiefgehenden sozialen Wandel einen fiktionalen Gegenstand machten. Die Buchzensur wurde offiziell 1983 aufgehoben. Das kulturelle Leben war in Chile inzwischen zu einem Kulturbetrieb geworden, zu einem Unternehmen, das, wie alle Unternehmen, finanziell rentabel zu sein hatte.⁵

In den neunziger Jahren, als die Pinochet-Ära zu Ende ging und formal gesehen der Übergang zur Demokratie vollzogen worden war, übernahm die Bewegung der *nueva narrativa chilena* die Aufgabe der literarischen Erneuerung im Land.⁶ Die Genese dieser Bewegung weist erstaunliche Gemein-

⁵ Als bezeichnendes Beispiel sei an dieser Stelle die Einführung einer Steuer für kulturelle Güter wie Theaterstücke erwähnt. Die unabhängigen Theatermacher mussten ab 1974 Mehrwertsteuer (IVA – “impuesto al valor agregado”) zahlen, eine Steuer, die 20% der Gesamteinnahmen bzw. der verkauften Eintrittskarten ausmachte (vgl. Bianchi 1982).

⁶ Meiner Meinung nach kann man bis heute aus unterschiedlichen Gründen nicht über einen vollzogenen Übergang zur Demokratie sprechen. In Chile erlebt man eher eine eigenartige Version von Demokratie, die auf einer Verfassung beruht, welche zur Aufrechterhaltung der Privilegien und zur Perpetuierung des *status quo* geschrieben wurde. Ein gutes Beispiel dazu ist das absurde Phänomen der auf Lebenszeit ernannten Senatoren. Mit der Festnahme vom General Pinochet in London gewann zwar das Thema einer erwünschten Revision der gültigen Verfassung in bestimmten politischen Kreisen Chiles wieder Brisanz, aber jede Ankündigung über eine Debatte diesbezüglich wird auf einen späteren Zeitpunkt mit der Begründung verlegt, es gebe wichtigere Prioritäten. Einzelne Stimmen innerhalb der Regierungskoalition, wie die des Abgeordneten Guido Guirardi,

samkeiten mit der spanischen *movida* auf: Die Literaturkritiker der größten Tageszeitung des Landes, *El Mercurio*, schenkten den Angehörigen der *nueva narrativa* große Aufmerksamkeit und lobten die Originalität ihrer Werke. Die chilenische Niederlassung des Verlages Editorial Planeta veröffentlicht seitdem Autor/Innen, die Erzähltechniken der literarischen Postmoderne beherrschen und bestimmte *Genres* privilegieren. Im demokratischen Chile wird Literatur als Konsumgut definiert. Autor/Innen gelten nun als anerkannte Meinungsträger/Innen⁷. Den Verdacht, dass die Vertreter/Innen dieser *nueva narrativa* einer neuen Ideologie der Verharmlosung der Vergangenheit und der Akzeptanz des dominanten Diskurses verpflichtet sind, muss man sicherlich mit Vorbehalt genießen. Ganz fragwürdig scheint er jedoch nicht, wenn man die Werke solcher Autor/Innen wie Marcela Serano (1991), Alberto Fuguet (1991), Arturo Fontaine (1992) oder Roberto Ampuero (1993) einer näheren Analyse unterzieht.

Im Bereich der Produktion und der Rezeption dieser Werke in Chile fallen folgende Faktoren auf:

- Bestimmte *Genres* wie das des Kriminalromans oder literarische Richtungen wie die des erotischen Romans bzw. der “weiblichen” *écriture* sind nach dem Übergang zur Demokratie sehr beliebt geworden.
- Es gibt eine Reihe neuerer Autor/Innen, die eine große Vielfalt von Stilrichtungen, Themen und Stimmen verkörpern und durch die fördernde Kulturpolitik unter Patricio Aylwin (1990-1994) Unterstützung fanden. Unter Aylwin fand ebenfalls eine nationale und internationale Wiederaufwertung aller kulturellen Zweige statt, ein Weg, der unter Eduardo Frei leider nicht in dem gleichen Ausmaß weiter geführt wurde.⁸ In einer Zeit, in der das Regieren hauptsächlich auf mit der Opposition geschlossene Pakte angewiesen blieb, betrieb die Regierung von Ricardo Lagos eine Kulturpolitik, die alle Züge einer post-kolonialen Mentalität aufweist: Es werden Gesten bevorzugt, die symbolischen Charakter im Sin-

bestehen jedoch auf der Notwendigkeit einer ernsthaften Revision der gültigen Verfassung.

⁷ Engelbert (1994: 400-418) ist eine der wenigen Stimmen, die den kommerziellen Aspekt der chilenischen Literatur der letzten Jahre kritisiert.

⁸ Zwischen 1990 und 1994 wurde der Kulturhaushalt Chiles um das 22-fache auf 1,8 Milliarden Pesos erhöht (rund DM 12.000.000 im Jahr) (vgl. Schumann 1994: 178ff.).

ne einer kollektiven Wiedergutmachung besitzen, aber sie werden fast anonym vollzogen, damit sie überhaupt erfolgen können.⁹

- Des Weiteren ist die positive Rezeption seitens der Leserschaft, die Literatur als Produkt für ein breites Publikum und nicht mehr als elitäres Gut auffasst, zu erwähnen: Bücher werden gekauft und nicht nur in Bibliotheken gelesen oder ausgeliehen, was sich nicht zuletzt an den Verkaufserfolgen bestimmter Autor/Innen der letzten Jahre zeigt.¹⁰

3. Menschenrechtsverletzungen und Literaturbetrieb

3.1 Testimonio-Literatur¹¹ und Kriminalroman

Von Frauen verfasste Werke der *Testimonio*-Variante, ausgewählte Romane von männlichen Autoren, die sich mit einer fiktionalen Rekonstruktion der jüngsten Vergangenheit beschäftigen, und die Gattung des Kriminalromans sollen für die literarische Verarbeitung der Diktatur im Folgenden herangezogen werden. Die Begründung hierfür liegt einerseits darin, dass gesell-

⁹ Ein Beispiel dafür ist das Errichten eines Standbildes von Präsident Salvador Allende vor dem Regierungspalast "La Moneda" (*Plaza de la Constitución*), was ihm seinen Platz in der Geschichte offiziell zurückgeben sollte. Ein weiteres Beispiel sind die neuen staatlichen Förderfonds für die Filmindustrie, die einen wichtigen Impuls dringend brauchte. Die neuen Spielfilme beschäftigen sich mit den Folgen der Anwendung des neoliberalen Wirtschaftsmodells und nur implizit mit den Wunden einer nicht überwundenen Vergangenheit. Vgl. u.a. den im Jahre 2001 in San Sebastián prämierten Film *Taxi para tres* von Regisseur Orlando Lübbert, und *La fiebre del loco* von Andrés Wood, der im selben Jahr im Ausland eine sehr positive Kritik bekam und auch einige Preise gewann.

¹⁰ Autor/Innen, die bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ihres ersten Romans so gut wie unbekannt waren, erzielten "Auflagen von bis zu 15.000 Exemplaren (Serrano, Fuguet, Fontaine, Contreras) in einem Land mit nur 150 Buchhandlungen und einer potentiellen Käuferschicht von kaum 50.000 Lesern" (Schumann 1994: 180). Was Schumann im Gegensatz zu Engelbert nur affirmativ aufnimmt, ist die Tatsache, dass diese Verkaufserfolge als Bestandteil einer intelligenten Marketingstrategie betrachtet werden müssen. Die entscheidende Rolle, die das Literarische Feuilleton der Zeitung *El Mercurio* beim Verleihen des Preises "Premio Revista de Libros" spielt bzw. die Macht der Jury, aus Unbekannten über Nacht berühmte Namen werden zu lassen, wird bei Schumann nicht thematisiert. Der Preis wird seit 1991 vergeben und ist mit der Summe von US\$ 6.000, die von dem Großunternehmen "Compañía Manufacturera de Papeles y Cartones" gespendet wird, dotiert. Nachdem Autoren wie Gonzalo Contreras den Preis 1991 und Roberto Ampuero 1992 erhalten hatten, wurden ihre Romane *La ciudad anterior* und *¿Quién mató a Cristián Kustermann?* von Editorial Planeta sofort veröffentlicht. Beide Werke wurden zu Verkaufserfolgen, mit Auflagen von jeweils 21.000 und 14.000 Exemplaren.

¹¹ Ganz zufrieden mit den deutschen Entsprechungen von *testimonio* als Selbstaussagen, Berichte oder Geständnisse bin ich nicht. Das Reden über sich selbst ist, nebenbei bemerkt, historisch gesehen keine Selbstverständlichkeit (vgl. Lagos-Kassai 1997: 198).

schaftliche Umbrüche einen Wandel im Bereich der Werte zur Folge haben, auch wenn dieser verzögert stattfinden oder wahrgenommen werden mag, insbesondere innerhalb der Familie, in der Religion und bei der Jugend (López-Casero/Bernecker/Waldmann 1994). Von Frauen geschriebene Literatur bildet somit ein privilegiertes Terrain dafür, diesen Wertwandel zu untersuchen. Darüber hinaus bieten die von Frauen geschriebenen *Testimonio*-Werke der ersten Zeit nach dem Militärputsch und der Demokratisierungsphase die Chance, sich mit dem Problem des kulturellen Gedächtnisses zu beschäftigen. Ebenfalls ermöglicht diese Sorte von Literatur, sich mit der spezifischen Rolle der Frau in einer von Gewalt gekennzeichneten Gesellschaft genauer auseinander zu setzen.¹² Von Männern geschriebene Romane, die primär auf eine Revision der Geschichte zielen, werden unter dem Aspekt des vorhandenen (oder nicht vorhandenen) kulturellen Gedächtnisses untersucht. Der Kriminalroman bietet schließlich die Möglichkeit, das Problem einer eventuell kompensatorischen Rolle der Literatur anzusprechen: Wenn in dem öffentlichen Bereich, wie dies in Chile der Fall ist, nur bedingt eine Debatte über die Vergangenheit (beispielsweise über die Verschwundenen) stattfinden kann, schafft dieses *Genre* eine virtuelle Wirklichkeit, welche die Notwendigkeit einer durch Erfahrung erlebten Realität, relativiert.

3.1.1 Testimonio-Literatur chilenischer Autor/Innen – Ein Auftakt

In den ersten Jahren nach dem Militärputsch erschien besonders im Ausland eine beachtliche Menge von Texten über den Zusammenbruch einer von den erzählenden Stimmen dieser Werke als harmonisch empfundenen Realität, die wiederum auf der inhaltlichen Ebene das Sujet der fiktiven Welt bildete. Diese Texte stammten von Autor/Innen unterschiedlicher Provenienz, welchen die Rolle von Chronist/Innen ihrer Zeit zukam.¹³

¹² Vgl. in diesem Zusammenhang u.a. Weigel (1994); Duden (1991: 105-122). Die von Frauen geschriebene Literatur darf keineswegs automatisch mit feministischer Literatur gleichgesetzt werden. Die Unterscheidung zwischen von Autorinnen und von Autoren verfassten *Testimonio*-Texten soll in diesem Zusammenhang als eine Arbeitsweise verstanden werden, die bestimmte Aspekte hervorhebt oder privilegiert, aber diese nicht zu dichotomischen oder endgültigen Kategorien stilisiert.

¹³ Diese Texte sind sehr heterogen, siehe z.B. Balke (1983); Castillo (1980) (dt. Erstausgabe 1981; span. Ausgaben 1986; 1999); Gemballa (1988); Jara (1982) (span. Erstausgabe 1983); Komitee "Solidarität mit Chile" (1973); Puccio (1980); Rey (1983); Rojas (1987). Man sollte sich allerdings davor hüten, Berichte oder Abhandlungen über Menschenrechtsverletzungen in Chile und Autobiographien wie Castillos oder Jaras Buch in dieselbe Schublade zu stecken. Im letzteren Fall herrschen eigenständige, genrespezifische Gesetze, um dem erzählten Material Form zu verleihen.

Carmen Castillos Ausführungen über den Tag, an dem ihr Lebensgefährte Miguel Enríquez – Generalsekretär der nach dem Putsch verbotenen MIR-Bewegung (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria*) – von den Militärs ermordet wurde, und sie selbst verletzt zurückblieb, fallen auf Grund des poetischen Tons auf, mit dem eine extreme Situation geschildert wird. Castillos Buch verfolgt die Rekonstruktion einer Erinnerung, die sonst in Vergessenheit geraten kann. Das Gedächtnis wird hier, ganz im Sinne Walter Benjamins (1987), als Schauplatz der Vergangenheit und nicht als Instrument ihrer Erkundung definiert.

Ab 1989/90 werden Bücher wie Luz Arces *El infierno*, Marcia Merinos *Mi verdad. Más allá del horror, yo acuso* veröffentlicht.¹⁴ Marcia Merino war in den Jahren der Regierung Allendes Mitglied der Untergrundsorganisation MIR; nach 1973 wurde sie zur Agentin des Geheimdienstes DINA. Luz Arce schildert in ihrem Buch einen ähnlich ungewöhnlichen Lebensweg. Die Autorinnen beider Autobiographien thematisieren zwar die Problematik der eigenen Verantwortung innerhalb eines repressiven Systems, liegen jedoch mit ihrer Auffassung von Schuld und Reue an der Grenze des Exhibitionismus, eine Tatsache, die wohl mit dem Problem der Legitimation des eigenen Platzes in der neuen Gesellschaft zusammenhängt.¹⁵

Trotz der Unterschiede, die Merinos und Arces Texte einerseits, und Castillos Buch¹⁶ andererseits, aufweisen, lassen sich bestimmte Konstanten inhaltlicher und formaler Natur entdecken:

¹⁴ Für die Variante der Vergangenheitsbewältigung ab 1989 stehen Arce (1993); Merino (1993); aber auch Callejas (1995); Guzmán (2000); Verdugo (1989; 1990; 1998; 1999); Weitzel (1991).

¹⁵ Meines Wissens hat die kritische Öffentlichkeit in Chile keinen Diskurs einer eigenständigen Behandlung dieser Begriffe ins Leben gerufen. Eine wichtige Ausnahme bildet die Herausgeberin der *Revista de Crítica Cultural* in Santiago, Nelly Richard, die eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit auf theoretischer Ebene fördert. Die diesen und anderen problematischen Begriffen inhärente Ambiguität wurde schon in dem Theaterstück *La secreta obscenidad de cada día*, von Marco Antonio de la Parra 1983 in Santiago uraufgeführt, aufgegriffen. In diesem Stück wird das Spiel der Doppeldeutigkeit in unterschiedlichen Varianten gespielt. Die zwei Figuren Karl Marx und Sigmund Freud sind Exhibitionisten, die vor einer Mädchenschule auf Opfer warten, aber es wird durch eine geschickte Manipulation der Sprache darauf hingewiesen, dass sie auch ehemalige Folterknechte sein könnten.

¹⁶ Carmen Castillos Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit und der Notwendigkeit der Erinnerung beschränkt sich allerdings nicht auf das erwähnte Buch. 1994 drehte sie den Videofilm *La flaca Alejandra* (Marcia Merinos Deckname im Untergrundkampf). Das "Sich-erinnern-Wollen" wird als eine äußerst problematische Kategorie in einem Land angesehen, das wieder demokratisch werden möchte. Im Film spricht Castillo:

- Inhaltlich gesehen wird der Erinnerung eine zentrale Funktion zugeschrieben; der Akt des “Sich-bewusst-Erinnerns” als formale Komponente einer bestimmten Variante eines autobiographischen Textes, in dem Erzählerin, Autorin und Person eine untrennbare Instanz bilden, erhält eine therapeutische, heilende Dimension.¹⁷
- Die Frauen, die sich erinnern wollen, tun es aus der Perspektive von Subjekten, die ihren Platz in dem primär männlich definierten Kosmos nicht in Frage stellen: Ob Widerstandsbewegung oder Geheimdienstlichkeit, herrscht in diesen Universen ein Konsens über bestimmte Kategorien wie z.B. die des Feindes bzw. Klassenfeindes. Die weiblichen Subjekte teilen Werte, entwickeln Handlungs- und Kampfstrategien mit ihren Gesinnungsgenossen und führen sie entweder aus Liebe oder aus eigener Überzeugung aus. Diese können unter Umständen das eigene Leben und das Leben ihrer Mitmenschen riskieren und/oder gefährden. Ob Anhänger der Militärregierung oder einer links gerichteten Widerstandsbewegung, ist Waffenexpertise Bestandteil einer als nötig empfundenen Ausbildung. Der qualitative Unterschied liegt im ideologischen Hintergrund der jeweiligen Gruppierung und in der Durchführung ihrer Methoden. Antagonistische Lebenswege wie die von Castillo, Arce und Merino berühren sich irgendwann: Die Komplexität der Erinnerungsgewebe im topographisch strukturierten Gedächtnis tritt hervor, wenn Castillo über die Kollaborateurinnen Merino, alias “La Flaca Alejandra”, und Arce in ihrem Buch berichtet.¹⁸

“I was thinking of Miguel, of Lumi, of all my dead, whom nobody could invite to speak out anymore ... The resistance movement had sentenced La Flaca to death for treachery. Miguel would have killed her himself if he’d been able to; at least, that’s what she thought. But Lumi had forgiven her. I don’t know. Miguel and Lumi are dead. Time has passed; there’s nothing left to betray except memory; and Marcia is asking for forgiveness. I can’t speak for the others. Do I have the right to reject this woman who is risking her life to testify? I’m a survivor ... Can I forgive her without betraying the memory of those who didn’t crack?” (Auszug aus dem Videofilm). Im Film unterscheide ich die Textebene, die als aus unterschiedlichen Texten bestehende *Collage* (z.B. aus Dialogen, Filmausschnitten, Interviews, Bildern, eingeblendeten Dokumentarszenen) bezeichnet werden kann, und die Ebene des Untertextes, die aus dem als Leitmotiv fungierenden Versuch besteht, die Geschichte der Anderen (d.h. der Toten, der Stimmlosen) von der Vergessenheit zu retten. Dieses Ziel ist eng mit dem Wunsch verbunden, die verborgene, ignorierte Geschichte aufzudecken, um sie in das kollektive Unbewusste einzuflechten.

¹⁷ Für das Genre der Autobiographie siehe beispielsweise die Werke von Craemer-Schroeder (1993); Jay (1994); Sturrock (1994).

¹⁸ “La Flaca Alejandra und die Sozialistin Luz Arce machen sich zurecht. Sie werden ausgehen, sie schminken sich die Lippen. Sie werden in den Autos der DINA-Agenten da-

- Die Wahrnehmung der eigenen Rolle innerhalb eines hierarchischen Systems wird von den weiblichen Subjekten, wenn überhaupt, nur in der Retrospektive realisiert, wobei diese Wahrnehmung keineswegs mit einem kritischen, *gender*-bewussten Zustand austauschbar ist. Eher handelt es sich um die Suche nach einer vermeintlich verlorenen und neu gewonnenen Identität, die wiederum die Anerkennung derjenigen benötigt, die als Adressaten der Texte fungieren.
- Zentral in der Geschichtsschreibung dieser Texte ist die Rolle des Körpers, der als Metapher für das kollektive Gedächtnis fungiert.¹⁹ Die Spuren und Narben, die der weibliche Körper als Zeichen der ihm angetanen Gewalt trägt, werden auf den öffentlichen Raum übertragen, die diese Narben und Spuren im wieder demokratischen Land verdrängt. Vergewaltigung wird dabei als nur eine Möglichkeit der Erniedrigung im Repertoire der unterschiedlichen und grausamen Foltervarianten betrachtet.²⁰

vonfahren, porotear, das heißt, sie werden Militante des Widerstands in den Straßen identifizieren, damit 'sie' sie verhaften können. Luisa ist am Samstag, dem 21. September, auf diese Weise gefaßt worden ... La Flaca ist noch magerer als sonst, sie haben sie mit einer Perücke und einer Zahnprothese ausgestattet. Sie freut sich, der Offizier hat ihr versprochen, sie heute zu ihrer Mutter zu bringen. Dort wird sie ein Bad nehmen und sich umziehen. Luz schläft in einem der besseren Räume, weiter hinten, auf der anderen Seite des Gartens. Beide beteiligen sich an der Identifizierung der neu ankommenden Gefangenen... Sie bemühen sich, das Organigramm der Partei zu rekonstruieren und den Spielraum der Gefangenen während der Verhöre einzuschränken. Ein Gefangener erwähnt einen Vornamen, 'Orlando', und La Flaca erinnert sich sofort an seinen richtigen Namen, an die Adresse seiner Mutter. Die DINA macht sich auf den Weg, die DINA droht der Mutter, ihren Enkel zu töten, falls sie den Schlupfwinkel ihres Sohnes nicht verrät. Die Mutter verrät ihn, unter Tränen. 'Orlando' wird gefaßt. Er stirbt ... La Flaca Alejandra hat 1976 einen Offizier der DINA geheiratet, Carola und Luz Arce, die beiden anderen 'berühmten' Kollaborateurinnen, ebenfalls. La Flaca Alejandra lebt in Santiago in einer schönen Wohnung im Stadtteil Providencia" (Castillo 1981: 68-69).

¹⁹ Über die Rolle, die in deutscher Sprache schreibende Autorinnen bei der Mitgestaltung des kulturellen Gedächtnisses gespielt haben, äußert sich Weigel (1994).

²⁰ Allerdings ist es im Fall der Berichterstattung von Luz Arce schwer festzustellen, inwieweit sich die Kollaborateurin des Ausmaßes bewusst ist, in dem sie während der Haft ihren eigenen Körper an ihre angeblich ideologischen Feinde zur Verfügung stellte. Elemente, die den Text weniger deskriptiv hätten erscheinen lassen können, werden bewusst von der Erzählerin vermieden, um den Anschein von Objektivität um jeden Preis zu bewahren. Der körperliche Schmerz wird nicht direkt thematisiert. Wenn in Arces Buch Beschreibungen der erlittenen Folter oder Vergewaltigungen vorkommen, dann wird der gespürte Schmerz fast ausnahmslos relativiert, als ob die Erzählerin Gefühle nur verfremdet wiedergeben könnte: "Der Typ schlug weiter zu. Meine Beine knickten zusammen, und etwas riß mich hoch, ein weiterer Schlag, der von unten kam und mein Kinn traf, ich spürte, wie ich den Boden unter den Füßen verlor, und fiel gegen ein Möbel-

Die Demokratisierung des Landes hat einen gewissen Durst nach Texten verursacht, die weder als journalistische Recherchen noch als literarische Werke im strengen Sinne des Wortes bezeichnet werden können. Es handelt sich eher um hybride Produkte, in denen die Grenzen zwischen Fiktion und Wirklichkeit diffus werden, sich aber nichts desto trotz gegenseitig bedingen. Bewusst konstruieren die Autorinnen dieser Texte ein Universum, das sowohl Ausgangspunkt als auch Ziel der Aufrechterhaltung der Erinnerung ist. Weiblich ist dabei die Komponente der Notwendigkeit, mit Mitteln, die in der mündlichen Tradition verankert sind, diese Erinnerung an die Leserinnen und Leser weiterzugeben. Männlich ist eher die Tendenz, bestimmte Fakten genau zu belegen oder den eigenen Diskurs durch Hinweise auf Stimmen legitimieren zu wollen, die als zuverlässige Quellen gelten.

Im Folgenden wird kurz auf drei sehr unterschiedliche Werke eingegangen, die wertvolle Materialien darstellen, um nähere Informationen über die Geschichte hinter der offiziellen Geschichte zu erfahren.

Patricia Verdugo beschäftigt sich in ihrem sehr persönlichen *Bucarest 187* mit der Rekonstruktion des Verschwindens und der Ermordung ihres Vaters. Die Tat wird als willkürlicher Racheakt empfunden, insofern Sergio Verdugo ein vorbildlicher Angestellter und Angehöriger der christlich-demokratischen Partei gewesen sein soll. Nach dem Militärputsch wurden Mitglieder und Sympathisanten der linken Parteien verfolgt, gefoltert und zum Verschwinden gebracht. Die Christdemokraten hatten eher dazu beigetragen, den Putsch zu ermöglichen, obwohl sich eine nicht geringe Anzahl unter ihnen sofort vom neuen Regime distanzierte. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die im Buch angeklagte Tat noch auffälliger und unverständlicher.²¹ Das autobiographische Werk besteht aus dreizehn Kapiteln, die numerisch gefasst werden, was dem zusammengestellten Material zusätzlich den Hauch eines bösen Omens verleiht. Die Autorin benutzt Einblendungen, chronologische Sprünge und webt Episoden ein, die sie zwar

stück. Ich schrie erneut, es war aus Metall, bestimmt ein Schreibtisch, ich fiel rückwärts, und etwas Spitzes bohrte sich in meine Taille, ich fühlte, wie meine Hose vom Blut feucht wurde. An mehr erinnere ich mich nicht, ich weiß nur noch, daß ich dachte: Wieso tut es nicht weh? Als würde etwas den Schmerz daran hindern, ins Gehirn vorzudringen. *Was haben wir doch für einen wunderbaren Körper!*” (Arce 1994: 94; Hervorhebung der Verf.).

²¹ Lange Zeit herrschte unter Vertretern der Militärregierung die Meinung vor, dass Kommunisten für ihre Taten bestraft werden mussten. Die Bezeichnung “Kommunist” ließ sich dabei auf alle anwenden, die mit der Regierung nicht einverstanden waren, was in Verdugos Buch deutlich zu Tage tritt (vgl. Verdugo 1999: 41-52).

nicht erlebt hat, aber welche zum Erbgut des von Frauen weitergegebenen Wissens gehören, womit sie einen Text, der zu nah an der trockenen Wiedergabe der erlebten Realität hätte liegen können, in ein literarisches Werk verwandelt.²²

Nancy Guzmán unternimmt die nicht ganz harmlose Aufgabe, den traurig berühmt gewordenen Folterknecht Osvaldo Romo zu interviewen.²³ Der Umschlag des Buches kündigt allerdings etwas an, was durch die Aussagen von Romo dementiert wird.²⁴ Er bleibt ein gefährlicher Psychopath, der keine Reue für die von ihm verursachten Gräueltaten zeigt. Bestimmte Gemeinsamkeiten mit der ungewöhnlichen Biographie von Arce und Merino fallen bei Romo auf: Auch er gehörte eine gewisse Zeit einer links orientierten Bewegung an, die die Konfrontation mit jenen Kräften nicht scheute, die zwischen 1970 und 1973 den gesetzlichen Weg in der Regierungskoalition als die einzige Möglichkeit ansahen, eine friedliche Revolution in der chilenischen Gesellschaft durchzuführen.²⁵ Allerdings hat die Lektüre dieses Buches einen seltsamen Beigeschmack: Die Autorin arbeitet auf der Ebene der Oberfläche mit Techniken, die dazu dienen sollen, das kollektive Gedächtnis

²² Dazu gehört beispielsweise die ganz zu Anfang des Buches erzählte Geschichte über den Vater, der ein Jahr nach seinem Tod immer noch das Ehebett aufsucht, oder die Geschichte über den Traum, der das Leben ihrer Mutter rettet, als sie als Baby ruhig in ihrem Bett schläft und ein Brand ausbricht. Die Stimme der Urgroßmutter des Mädchens warnt im Traum vor der Gefahr. Für die Mutter des Kindes ist es selbstverständlich, dass sie reagieren muss. Sie rennt ins Zimmer ihrer Tochter und kann das Feuer ersticken (vgl. Verdugo 1999: 11f.). Der von García Márquez kultivierte Stil des *realismo mágico* ist Bestandteil des Alltags lateinamerikanischer Frauen.

²³ Das Interview wurde am 18. Mai 1995 vom nordamerikanischen Fernsehprogramm *Univisión* gesendet.

²⁴ Das Buch trägt den Untertitel *Confesiones de un torturador* (*Bekenntnisse eines Folterknechtes*), aber sich zu etwas bekennen schließt die Möglichkeit der Einsicht nicht aus, die in diesem Fall nicht vorhanden ist. Ich teile Richards Kritik an der Leichtigkeit, mit der die Autorin des Buches manche Begriffe benutzt (vgl. Richard 2001).

²⁵ Vgl. Guzmán (2000: 47-58). Die Autorin nutzt den Drang zum Exhibitionismus von Romo aus, um ihn davon zu überzeugen, ihr ein Interview im Gefängnis zu geben. Romo gibt an, er würde seine Memoiren selber schreiben, deswegen ist er vom Vorschlag der Journalistin nicht ganz überzeugt. Die Autorin gibt nicht nach: "Si me da la entrevista, yo lo puedo hacer llegar a trescientos millones de personas que corresponden al mundo de habla hispana desde Canadá hasta Tierra del Fuego. Si a un diez por ciento de esos telespectadores le interesa su historia, ya tiene treinta millones de libros vendidos." "Wenn Sie sich von mir interviewen lassen, kann ich Ihre Geschichte an dreihundert Millionen Menschen verbreiten, welche die spanisch sprechende Welt zwischen Kanada und dem Feuerland bilden. Sollten zehn Prozent der Zuschauer Interesse dafür zeigen, dann haben Sie schon dreißig Millionen Bücher verkauft" (Guzmán 2000: 42; Übers. der Verf.).

aufzubewahren, aber die tiefe Struktur des Textes verrät eine vielleicht unbewusste Suche nach öffentlicher Anerkennung.²⁶

Mónica Echeverría nimmt sich vor, die Geschichte von Tamara Callejas zu erzählen, die mit 25 Jahren erfährt, dass sie als Adoptivkind bei einer konservativen Familie der chilenischen Mittelschicht aufgewachsen ist. Als eine Freundin ihr darüber hinaus verrät, dass ihre leiblichen Eltern der Repression zum Opfer gefallen seien und als Verschwundene gelten, bricht für sie eine Welt zusammen.²⁷ Im Buch wird der lange Weg rekonstruiert, den Tamara gehen muss, um als Individuum mit sich selber Frieden schließen zu können. Der *Testimonio* besteht aus den unterschiedlichen Perspektiven, die abwechselnde Erzählerinnen und Erzähler im Text wählen, um ihre eigene Interpretation der erlebten Realität mitzuteilen. Die meisten dieser Figuren stammen aus Tamaras neuem Familienkreis, aber nur einige unter ihnen bilden eine mögliche Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Trotz des Schmerzes geht aus dem Buch hervor, dass erst nachdem Tamara die Wahrheit in ihr Leben eingebaut hat, sie in der Lage ist, ein würdiges und glückliches Leben zu führen (Echeverría 2000: 141-166).

In all diesen Werken wird Subjektivität in den Vordergrund gestellt. Diese Kategorie prägt sowohl die gewählten Themen als auch deren Behandlung. Die Verwendung von unterschiedlichen Erzählperspektiven, die Vorliebe für fragmentarische Geschichten, die Betonung von Intertextualität oder die Verwendung von Ironie sind Techniken, die im Einklang mit dem

²⁶ Der Schmerz, den die Folteropfer noch nach Jahren in sich tragen, ist unübersehbar. Diesbezüglich weise ich auf die feinfühligste Behandlung des von den Opfern geschenkten Vertrauens hin, die der chilenische Regisseur Patricio Guzmán in seinen Dokumentarfilmen zeigt und welche sich sogar in technischen Aspekten wie der Kameraführung niederschlägt, etwa dort, wo das Opfer über sein Leiden berichtet, oder im Ton, in dem die Geschichte erzählt wird. Vgl. beispielsweise die Aussagen von Folteropfern in seinem neuesten Film *El caso Pinochet*.

²⁷ Ihre Mutter war María Isabel Beltrán Sanchez; ihr Vater hieß Javier Antonio Pacheco Monsalve (vgl. Echeverría 2000: 19, 32). Tamaras Fall kann man nur bedingt mit denjenigen vergleichen, die in Argentinien als Grundlage zur Verfilmung von *La historia oficial* dienten. In diesem Film entdeckt eine angebliche Mutter, dass ihre Tochter von ihren Angehörigen gesucht wird. Die unermüdliche Suche der Mütter und Großmütter der *Plaza de Mayo*, die ihre Hoffnung nicht aufgegeben haben, ihre Kinder und ihre entführten Enkelkinder wiederzufinden, mischt sich mit der Entdeckung der Hauptfigur, dass ihr Mann aktiv mit den Geheimdiensten der Militärdiktatur zusammenarbeitete. In jüngeren Jahren wurde der ausgezeichnete und sehr feinfühligste Dokumentarfilm *Botín de guerra*, von David Blaustein in Argentinien gedreht, der sich mit *Testimonios* von solchen entführten, mittlerweile groß gewordenen Kindern auseinandersetzt. Im Film wird der Kampf dieser Individuen um ihre Identität besonders hervorgehoben.

literarisch nicht immer explizit formulierten Wunsch stehen, Phänomene des kollektiven Gedächtnisses (beispielsweise die Bewältigung der eigenen Vergangenheit, eine alternative Geschichtsschreibung) aus einer bewusst gewählten subjektiven Sichtweise darzustellen.

3.1.2 Haus und Gedächtnis – Eine wesentliche Achse

Das schon erwähnte Buch Castillos besteht aus drei Kapiteln, welche Namen der unterschiedlichen Häuser tragen, in denen die Erinnerung festgehalten wird: Das erste Haus in der Straße Santa Fe in Santiago fungiert als Zufluchtsort im weitesten Sinne des Wortes, ihm werden Züge zugeschrieben, welche die eigene Rolle in der kollektiven Geschichtsschreibung zu einer mythischen Kategorie erheben; das zweite Haus ist der Raum des Horrors, das in der Straße José Domingo Cañas in Santiago liegende Folterhaus; das dritte Haus liegt in der Rue Claude-Bernard in Paris, und in seinen Räumen werden die seelischen Wunden der Erzählerin allmählich geheilt. Das ganze Buch bildet somit die Entsprechung eines sowohl zeitlich als auch topographisch sehr genau strukturierten Gedächtnisses: Die Erzählerin spannt den Bogen von Samstag, 5. Oktober 1974, dem Tag der Ermordung ihres Lebensgefährten im Haus in der Straße Santa Fe in Santiago bis zum 5. Oktober 1978, dem Tag des Abschiedes von Andrés Pascal, ihrem ersten Mann, der sie auf der Durchreise nach Chile in Paris besucht. Im Laufe der vier Jahre hat sie eine schmerzhafteste Initiationsreise durchgemacht, an deren Ende die nüchterne Bestandsaufnahme ihres eigenen Platzes auf der Welt steht.²⁸

Ähnliches kann man im Fall von Verdugos *Bucarest 187* behaupten, wo die Anschrift des Elternhauses Symbol einer schmerzhaften individuellen Reise wird. Der Bericht über die 1976 begangene Ermordung von Verdugos

²⁸ „Ich sehe die Gesichter meiner früheren Freunde vor mir, vier Jahre ist es schon her, was kann ich hier tun, um ihnen dort zu helfen? Hier sind sie diese Geschichten von weit weg leid, nichts geht sie etwas an. Hier kommt der Tag näher, an dem ich mich als Ausländerin fühlen werde, weder als Französin noch als Chilenin, und es bleibt, daß ich von woanders komme, daß ich hier ein politischer Flüchtling bin, daß sich die verbindenden Brücken als Illusion erweisen, daß ich keine Wirklichkeit mehr habe: Dort drüben geht das Leben ohne mich weiter. Und hier ist es schwierig ... Ich muß Kraft holen aus dem, was ich weiß, ich muß Energie stehlen, ich darf den Samstag, den 5. Oktober, nicht vergessen, mich nicht aufgeben, nicht in ein flaches Leben mit seinen kleinen Sorgen und seinen kleinen Freuden abgleiten, ich muß meine unspektakuläre Arbeit ... wiederaufnehmen ...“ (Castillo 1981: 154). „Hier“ und „dort“ stehen für das schmerzhafteste Bewusstsein eines gespaltenen Lebens im Text.

Vater durch die Geheimdienste der Militärregierung wird, trotz der Trauer, zu einem poetischen Lebensgesang.²⁹

Im Falle von der zuerst verlorenen und dann wiedergewonnenen Identität von Tamara Callejas, Protagonistin von Echeverría's Werk *Difícil envoltorio*, spielt auch ein Haus eine zentrale Rolle: Im Garten wird die nicht gefundene Leiche der verschwundenen Mutter symbolisch begraben, und erst nachdem das Ritual vollendet wird, kann man über Tamaras seelische Genesung reden (Echeverría 2000).

Germán Marín macht aus dem Haus, in dem sich das Folterzentrum Villa Grimaldi befand, die zentrale Figur seines Werkes *El Palacio de la Risa*.³⁰ In einem Format, das irgendwo zwischen historischer Recherche, fiktionaler und autobiographischer Geschichte liegt, schreibt er einen Roman, der die sukzessiven Mutationen eines für den Erzähler in seiner Kindheit sehr wichtigen Hauses schildert. Dieser geht in die Vergangenheit zurück, um den Ort, in dem das Haus errichtet wurde, seine verlorene Ehre nach dem Ende der Barbarei wieder zu verleihen. Dabei vermittelt er wichtige und nicht für alle Leserinnen und Leser bekannte Informationen, wie zum Beispiel den Tatbestand, dass das Grundstück im 19. Jahrhundert der wohlhabenden Familie Egaña gehört haben soll, die dort ihre Sommerresidenz bauen ließ. Nach einigen Jahren wurde das Haus an den damaligen Botschafter der Republik Uruguay, José Arrieta, verkauft, der María Mercedes Cañas heiratete. Von ihren vier Kindern interessierte sich Luis sehr für Musik. Er führte Wagners Musik in Chile nach einer Reise nach Bayreuth ein. In dem Haus fanden jeden ersten Samstag des Monats Musikabende statt, zu denen Gäste kamen, die entscheidend zur Bereicherung des damaligen lokalen kulturellen Lebens beitrugen. Der Erzähler verfolgt auch die Spuren der Besitzer des Hauses im 20. Jahrhundert und übt sich in einer schmerzhaften, aber notwendigen Wie-

²⁹ Wenn sich die Autorin an den Alltag in ihrem Elternhaus erinnert, benutzt sie ein anderes Sprachregister als in den Passagen, in denen klargestellt wird, dass sie die Amnestie für Mörder und Folterknechte unmöglich bejahen kann (vgl. Verdugo 1999).

³⁰ Vgl. Marín (1995). An dieser Stelle muss ich erwähnen, dass das Buch aus drei Teilen besteht, die eng miteinander verbunden sind. Im ersten Teil wird der 1971 von Angehörigen einer terroristischen Splittergruppe begangene Mord des Christdemokraten Edmundo Pérez Zujovic geschildert, der als Minister unter Eduardo Frei Montalva Ende der sechziger Jahre die Entlassung von Bauern verordnet hatte, die Ländereien im Süden Chiles illegal besetzt hatten. Etwa acht Bauern waren im Rahmen dieser Aktion von der Polizei ermordet worden. Der zweite Teil, der nur aus knapp drei Seiten besteht, ist eine Reflexion über die Niederlage und den Verlust, Folgen des historischen Einschnittes vom 11. September 1973 in das Leben der reflektierenden Stimme. Der dritte Teil bildet den Kern des Werkes. In ihm wird die Geschichte des *Palacio de la Risa* erzählt.

derbelebung der Erinnerung. Während dieser innerlichen Reise muss er sich beispielsweise mit der Evidenz abfinden, dass seine große Liebe als Kollaborateurin der Geheimdienstkräfte arbeitete. Mit ihr hatte er nämlich einmal das Haus als erwachsener Mann besucht, als es sich als Tanzlokal auf dem Weg zur späteren Dekadenz befand. Im Buch wird minutiös eine Topographie des Gedächtnisses anhand der Bestimmung des eigenen Platzes in der Geschichte des Landes erkundet. Dieser Platz entpuppt sich für den nostalgischen Erzähler als Topos utopischer Natur im wahren Sinne des Wortes.

Carlos Cerda beschreibt in dem Roman *Una casa vacía* eine ungewöhnliche Reise in die jüngste Vergangenheit Chiles, die nur deswegen unternommen werden kann, weil so genannte Zufälle sie begünstigen.³¹ Der Ausgangspunkt der Geschichte ist relativ banal: Eine Hauseinweihung soll stattfinden, zu der Freunde des Ehepaars eingeladen worden sind, die dank der Großzügigkeit des Vaters der Ehefrau zu glücklichen Besitzern avanciert sind. Während der Feier und auf Grund der Tatsache, dass einer der weiblichen Gäste in der *Vicaría de la Solidaridad*³² mit Frauen, die Folteropfer waren, zusammenarbeitet, bekommt das hübsch renovierte Haus grausame Konturen, denn sie bringt es in Verbindung mit den Beschreibungen der Räumlichkeiten, die besonders in Berichten einer dieser Folteropfer vorkommen. Auch in diesem Fall ist es notwendig, dem Haus eine etwas harmonische Vergangenheit zu gönnen: Die Figur von Andrés, *alter ego* des Autors, wird zu diesen Zwecken eingesetzt. Andrés lebt seit Jahren im ost-deutschen Exil und kommt zu einem zweiwöchigen Besuch nach Chile. Das Land befindet sich kurz vor dem Übergang zur Demokratie. Der Zufall will es, dass das Haus, das eingeweiht werden soll, das Haus seiner Kindheit ist. Als er ins Exil geht, vermietet sein Bruder Sergio das Haus an ein Ehepaar und schickt dem Bruder jeden Monat das Geld der Miete, damit er keine Geldsorgen im Ausland hat. Mit der Zeit erfährt Sergio, dass die Frau bei der Polizei arbeitet. Das Haus ist in der Zwischenzeit zu einem Folterzentrum geworden. Als Sergio ein Gespräch mit den Mietern sucht, wird er von ihnen direkt bedroht. Sie wissen, dass Andrés in einem Land im Exil lebt, das ideologisch sehr fern vom Militärregime liegt und erpressen Sergio: Sie könnten

³¹ Vgl. Cerda (1996). Der Roman diente als Vorlage für die Adaptation fürs Theater (Regie: Raúl Osorio). Das Theaterstück, das den gleichen Namen wie der Roman trug, wurde 1998 uraufgeführt und bekam den Preis des Verbandes der Kulturjournalisten des Landes, APES (*Asociación de Periodistas de Espectáculos*).

³² Diese Organisation wurde während des Militärregimes vom Kardinal Raúl Silva Henríquez gegründet und im Laufe der Jahre zum wichtigsten Archiv für in Chile begangene Menschenrechtsverletzungen.

den Bruder oder ihn selber ohne Schwierigkeiten verschwinden lassen. Sie wollen das Haus kaufen. Die Großzügigkeit des Vaters der glücklichen Hausbesitzerin wird abrupt zur Maske für eine zu nahe Beziehung zu Angehörigen der Geheimdienstorganisationen. Als Makler hat er ehemalige Folterzentren billig von ihnen aufgekauft, um sie renoviert wesentlich teurer an ahnungslose Käufer weiterzuverkaufen. Solche Geschäfte werden von einem System ermöglicht, in dem die kollektive und die individuelle Fähigkeit, sich zu erinnern, unterminiert wird.³³

Die erwähnten Werke nehmen einen wichtigen Platz in der literarischen Produktion von Autor/Innen ein, welche sich mit den Ursachen und Folgen des Militärputsches aus einem persönlichen Blickwinkel auseinandersetzen. Allerdings sollte man sich davor hüten, sie als Beweis für eine breitere Tendenz zu bezeichnen, bilden sie doch eher die Ausnahme als die Regel. In einer Gesellschaft, in der Kultur immer häufiger mit einer Reihe von *Events* verwechselt wird, in denen die Form und der Erfolg wichtiger als die Inhalte sind, sollte es nicht überraschen, dass Literatur dem Bereich der Konsumgüter zuzurechnen ist.³⁴ Entsprechende Signale stammen sowohl aus den Verlagshäusern, die Verkaufserfolge erzielen wollen, wie auch von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, die von diesen Erfolgen träumen, als auch vom Publikum, das immer stärker Bücher kauft, die auf den ersten Plätzen der Bestseller-Listen stehen. Bekanntlich gehen aber Qualität und Quantität selten Hand in Hand.³⁵

³³ Tomás Moulian (1997: 145ff.) benutzt den Begriff *transformismo*, um das Phänomen der Kontinuität der Strukturen zu erklären, die unter der Militärregierung ins Leben gerufen wurden, damit eine Demokratie überhaupt entstehen konnte. Die jetzige chilenische Demokratie definiert er somit als Entwurf oder Plan, nicht unbedingt als eine Errungenschaft des Volkes.

³⁴ Literatur der so genannten leichten Sorte, *literatura light*, verkauft sich besser als die Werke von Autor/Innen, die Marktstrategien ignorieren. In diesem Zusammenhang sei auf das Wort *evento* eingegangen. Unter diesem Begriff kann ein Kaufhaus eine neue Produktlinie einführen, oder Museen, Bibliotheken, Universitäten und andere Kultureinrichtungen können Ausstellungen, Buchpräsentationen oder Vortragsreihen lancieren. Die Buchmesse im Oktober, das Theaterfestival im Januar, und viele ähnliche Veranstaltungen sind gute Beispiele für große *eventos* im Kulturbereich. Meiner Meinung nach sollte sich eine langfristige Kulturpolitik ernsthaft mit dem Begriff Kultur auseinandersetzen und *eventos* zwar nicht aus der Werbe- oder PR-Branche der Kulturorganisationen eliminieren, aber sie in ein System einbetten, in welchem sie lediglich Bestandteil und keineswegs die Priorität dieser Politik sind.

³⁵ Verlagshäuser, Schriftstellerinnen und Schriftsteller sowie Literaturkritiker/Innen sind natürlich keine ausschließlichen Erziehungs- oder Bildungsinstanzen, aber sie tragen sehr wohl eine soziale Verantwortung: Ein kritischer Leserkreis entsteht nicht von heute auf morgen.

3.1.3 Kriminalroman und Übergang zur Demokratie

In der einschlägigen Sekundärliteratur wird der Kriminalroman anhand von zwei wichtigen Merkmalen definiert:

- a) Der Held ist ein talentierter Amateur, der die Lösung für komplizierte Fälle durch den Einsatz logischen Denkens findet.
- b) Die Lösung einer vorher begangenen kriminellen Tat bestimmt die Reihenfolge und Kausalität der erzählten Geschehnisse, um die Schritte eines Ermittlungsverfahrens literarisch zu rekonstruieren. Der implizite Leser³⁶ und seine Erwartungshaltung bleiben dabei ein zentrales Konstruktionsprinzip. Weitere, wenn auch nicht exklusive Eigenschaften dieses *Genres* sind zudem, dass
- c) das scheinbar Banale seltsame Konturen erhält, und
- d) der Genuss der Lektüre dann gesteigert wird, wenn die Hinweise, die für die Lösung des Falles wichtig sind, lange offen gehalten werden (Porter 1981).

Ramón Díaz Eterovic und Roberto Ampuero gelten als wichtigste Vertreter des Kriminalromans im Chile der neunziger Jahre. Im Folgenden werde ich mich auf Díaz Eterovic konzentrieren. Die Gründe dafür liegen in dem produktiveren Gebrauch des kulturellen Gedächtnisses, den er in seinen Texten macht, aber auch in der Rigorosität, mit der er sein Material in gelungene Kriminalromane verwandelt. Ampueros Werke enthalten dagegen die notwendige Oberflächlichkeit, um sowohl *recycled* Idealisten, die im demokratischen Chile zu Machtpositionen kamen, als auch Anhänger der Diktatur zufrieden stellen zu können. Seine Reihe über den Detektiv Cayetano Brulé kann man durchaus als wettbewerbsfähiges Produkt, aber nicht unbedingt primär als Beweis für eine tiefergehende literarische Auseinandersetzung mit dem Thema der Menschenrechtsverletzungen während der Militärregierung bezeichnen (Ampuero 1993; 1994; 2001).

3.1.4 Die Figur des Detektivs als Reaktion auf den Unternehmer-Geist in der chilenischen Gesellschaft

In einer Gesellschaft, in der die Rolle der Polizei ambivalent geworden ist (während der Diktatur war sie Bestandteil des Sicherheitsapparats, in demo-

³⁶ An dieser Stelle sei auf die Rezeptionstheorie hingewiesen. Vgl. dazu insbesondere Iser (1976), Jauf (1977).

kratischen Zeiten soll sie bürgernah sein!), bevorzugt der Detektiv (normalerweise ein Antiheld, gefräßig, unsportlich, alternd, usw.) undogmatische Strategien, wenn es darum geht, komplizierte Fälle zu lösen. Er ist freilich in der neuen Demokratie mehr denn je irgendwo zwischen Legalität und Illegalität anzusiedeln, so dass Brulé auch einmal zur Waffe greift, wenn ihn andere Mittel nicht weiterbringen. Diese Mittel sind zum Beispiel die Suche nach Informanten in berüchtigten Kreisen wie Arbeitsvermittlungsbüros für Dienstmädchen oder Kabarett, der Rückgriff auf Gespräche mit Augenzeugen krimineller Taten, Bestechungen von Beamten der Kriminalpolizei oder der unterschiedlichen Ministerien und die Zusammenarbeit mit ehemaligen Folterknechten im Dienste der Polizei.

Der Detektiv Heredia bekommt in Díaz Eterovics *Nadie sabe más que los muertos* (1993) den brisanten Auftrag, das Enkelkind von unter der Diktatur verschwundenen Eltern zu finden. Heredia ist eine Mischung aus Idealismus und Sentimentalität. Erzählzeit und -raum sind genau festgelegt: Das letzte Jahr des Militärregimes, Santiago de Chile. Ein kompliziertes Geflecht von ehemaligen Folterknechten und Kollaborateuren der Diktatur, von jüdischen Gruppen, die ihren Kampf gegen ehemalige Kriegsverbrecher in Lateinamerika nicht aufgegeben haben, und erpresserischen Maßnahmen gegenüber der Justiz wird aufgedeckt. Ähnlich zu den oben genannten, späteren Werken von Germán Marín und Carlos Cerda, und doch ganz anders, ist dieser Roman eine topographische Erkundung der Stadt Santiago und der vom Verschwinden bedrohten Erinnerungskapazität ihrer Bewohner.

Das Tempo ist ein wichtiges stilistisches Element. Wenn die Figur Heredia einerseits die Verkörperung verlorener Träume und Werte der Gesellschaft ist und somit einer Zeit angehört, in der alles langsam vonstatten ging, baut der gleichnamige Ich-Erzähler die Spannung nach präzisen Kompositionsgesetzen auf, welche die Aktivität der Lektüre zu einem richtigen Genuss werden lässt: Die Perspektive wird rasant geändert, der Erzähler legt gelegentlich falsche Spuren, er zwingt seine Leserinnen und Leser zu einer Reise, an deren Ende sie nicht nur etwas gelernt haben, sondern welche einem Ritual ähnelt, in dem die Revision der eigenen Rolle in der Geschichte des Landes eine zentrale Rolle einnimmt. Heredia ist kein Moralist, sondern ein ethischer Mensch.³⁷ Er ähnelt einem Arzt, der die krank gewordene Gesellschaft trotz der eigenen Skepsis wieder gesund machen möchte. Hinter

³⁷ In diesem Sinne verkörpert er sehr wohl die Sehnsucht nach moralischer Integrität im Menschen, die breite Gesellschaftskreise trotz der Werte, die im "modern" gewordenen Chile propagiert werden, nach wie vor mit ihm teilen.

der Fassade eines rauen Detektivs verbirgt sich ein sturer Romantiker, der sehr wohl versteht, dass die Zeiten ganz anders geworden sind, aber der vorzieht, materielle Not zu erleiden als seine Prinzipien gegen Geld einzutauschen. Seine Schwächen erscheinen unter diesem Aspekt fast banal, obwohl er mit Sicherheit kein Heiliger ist.³⁸

Trotz aller Desillusionierung ist auch der Humor in den Werken von Díaz Eterovic nicht abwesend. Durch Untertreibungen, kurze und abrupte Pointierungen und die Betonung von negativen sozialen Phänomenen, die durch ihre überzogene und groteske Darstellung wieder schwarzen Humor erzeugen, erkennt man den kulturell bedingten Zusammenhang in allen seinen Romanen.³⁹

Liebesbeziehungen werden in diesen Kriminalromanen mediatisiert geschildert, d.h. die Erzählperspektive des Detektivs steht fast immer im Vordergrund. Frauen werden besonders von der Figur Cayetano Brulé zu primär "biologischen" Gestalten degradiert. Im besten Fall entsprechen sie Klischeevorstellungen einer Erzählstimme, die davon überzeugt ist, Frauen zu kennen, sie aber auf stark reduktionistische Art beschreibt.⁴⁰ Normalerweise wird die schichtenspezifische Komponente dieser Beziehungen thematisiert.⁴¹ Die Frauenfiguren in den Werken von Díaz Eterovic werden zwar etwas differenzierter charakterisiert, aber ganz fern von einer vordergründig männlich beschreibenden Optik liegen sie auch nicht. Im Gegensatz zu Brulé zeigt der Ich-Erzähler Heredia kein notorisches Klassenbewusstsein bei seinen flüchtigen Liebeskontakten, denn bei ihm geht es primär um die Illusion einer Partnerbeziehung.

Wenn Roberto Ampuero und Ramón Díaz Eterovic als Antipoden im Paradigma des Kriminalromans gelten können, so wäre die Darstellung unvoll-

³⁸ Heredia trinkt manchmal zu viel, verliebt sich zu schnell und ist unfähig, ein Leben nach Plan zu führen. Dafür ist er zuverlässig, schätzt Freundschaften sehr hoch, ist treu und großzügig.

³⁹ Es seien an dieser Stelle nur seine neuesten Detektivromane erwähnt: *Angeles y solitarios* (1995); *Los siete hijos de Simenon* (2000); und *El ojo del alma* (2001).

⁴⁰ Im Unterschied zu Heredia fungiert Brulé nicht als Erzähler in der 1. Person Singular, sondern es wird ständig über ihn berichtet oder erzählt, d.h. es gibt den allwissenden Erzähler in Ampueros Werken.

⁴¹ Korrupte Politiker, reiche Männer und soziale Aufsteiger betrügen und verlassen in der Regel ihre Ehefrauen, die ihre Probleme mit Alkohol und Schlaftabletten meinen lösen zu können. Aus flüchtigen Bekanntschaften mit Frauen, die aus unterprivilegierten Schichten stammen, entstehen fast immer erotische Allianzen. In den erotischen Beziehungen von Brulé spielt die Ironie, die dadurch entsteht, dass er selbst so stark wegen seines wenig attraktiven Aussehens als Antiheld charakterisiert wird, eine sehr wichtige Rolle.

ständig, wenn man den Autor Luis Sepúlveda nicht berücksichtigte. Gewiss ist Sepúlveda kein Schriftsteller, der lediglich dieses *Genre* kultiviert hätte, jedoch bildet sein 1994 veröffentlichter Roman *Nombre de torero* ein Beispiel für den hohen Flexibilitätsgrad des *Genres*.⁴² Im Roman herrscht eine kritische Sicht der Wiedervereinigung, des Rassismus in Deutschland, des Opportunismus von hohen Offizieren im ehemaligen DDR-Territorium, des Militärregimes und der neu gewonnenen Demokratie in Chile vor.

3.2 Schwierigkeiten des Dialogs: Gesellschaft und kritische Literatur

Der schon im Jahr 1978 erschienene Roman *Casa de campo* (dt.: *Das Landhaus*, 1986) des Autors José Donoso bildet die bis heute nicht übertroffene, intelligenteste Allegorie über die jüngste chilenische Geschichte.⁴³ Mit seinem 1986 veröffentlichten Werk *La desesperanza* (dt.: *Die Toteninsel*, 1987) nimmt er den Übergang zur Demokratie vorweg, wobei er allerdings als einziger Autor eine vollkommen desillusionierte Meinung vertritt. Ganz gegen das politische Programm der damals noch nicht gefestigten Bewegung der *concertación*-Parteien, die 1988-1989 der Versöhnung eine zentrale Rolle zuschrieben, lässt Donoso keinen Raum für die Möglichkeit eines harmo-

⁴² Im Roman werden zwei unterschiedliche Agenten aus Deutschland nach Chile mit dem Auftrag geschickt, einen Mann zu finden, der im Besitz wertvoller Goldmünzen ist, die aus einem geheimen Versteck des Spandauer Gefängnisses während des Dritten Reiches verschwunden sind. Mittlerweile ist in Deutschland die Mauer gefallen, aber sowohl ehemalige Angehörige der Volkspolizei, die sich schnell bereichern wollen, als auch bundesdeutsche Versicherungsgesellschaften, die enge Kontakte zur Polizei pflegen, haben großes Interesse an den Münzen. Der Chilene Juan Belmonte, Widerstandskämpfer in den ersten Jahren der Pinochet-Regierung, Guerilla-Kämpfer in Bolivien und Nicaragua, wird in die Rolle des Detektivs gezwungen. Er lebt die anonyme Existenz eines Ausländers in Hamburg, wo er als Rausschmeißer in einem Kabarett arbeitet. Der Schweizer Oskar Kramer, der für eine Hamburger Versicherungsgesellschaft tätig ist, erpresst ihn: Belmonte soll bis Tierra del Fuego fahren, um den Besitzer der Münzen ausfindig zu machen, wenn er aus Deutschland nicht ausgewiesen werden wolle. Frank Galinsky, Angehöriger der Stasi in der ehemaligen DDR ist im wieder vereinigten Deutschland arbeitslos, bis er von einem früheren Vorgesetzten denselben Auftrag wie Belmonte bekommt. Beide Detektive sind also Außenseiter in der deutschen Gesellschaft. Aus Liebe zu einer Frau, die als Folteropfer in Santiago gelähmt lebt, nimmt Belmonte den Auftrag an, um ihr mit der ausgesetzten Belohnung medizinische Hilfe garantieren zu können. Aus Liebe zu dem Sohn seiner gescheiterten Ehe, aber auch wegen seiner verzweiferten Situation, akzeptiert Galinsky den Auftrag, denn: “¿Para qué diablos sirve un ex oficial de inteligencia de un ejército que fue derrotado sin presentar la menor batalla?” (“Wozu ist um Himmels willen ein ehemaliger Stasi-Offizier zu gebrauchen, dessen Heer besiegt wurde, bevor es das Schlachtfeld betreten hatte?”; Übers. der Verf.) (Sepúlveda 1994: 63).

⁴³ In Chile wurde das Werk erst 1998 veröffentlicht.

nischen Zusammenlebens in der nach dem Militärputsch endgültig gespaltenen chilenischen Gesellschaft.⁴⁴

Nach der allmählichen Liberalisierung der stark repressiven Gesellschaft und dem Verschwinden sichtbarer Mittel der sozialen Kontrolle – wie der Abschaffung der Zensur – findet in Chile eine Hinwendung zur Subjektivität statt. Allerdings herrscht in den Werken der chilenischen Belletristik nach 1990 mit wenigen Ausnahmen die Suche nach Harmonie.⁴⁵ Bis auf wenige Ausnahmen beobachtet man im Fall der erfolgreichen Autor/Innen der *nueva narrativa* keine extrem kritischen Haltungen. Dabei muss aber nachdrücklich betont werden, dass der auf Harmonie bedachte Akzent keineswegs als explizit resigniert aufgefasst werden sollte. Wenn über resignierte Töne die Rede sein kann, dann eher in der Form von textimmanenten Hinweisen. Gelegentlich werden Konflikte, die aufgrund eines sich rapide verändernden

⁴⁴ Donoso (1986: 323) lässt zu Ende des Romans den Protagonisten sagen: “Ellos tienen la culpa. ¿Porque qué se puede hacer, si nos fuerzan a la violencia quitándonos toda esperanza? No justifico las bombas. Pero las comprendo” (“Sie sind schuld daran. Denn, was kann man machen, wenn sie uns zur Gewalt zwingen und uns jede Hoffnung nehmen? Molotow-Cocktails würde ich nicht werfen. Aber ich kann verstehen, dass es sie gibt”; Übers. der Verf.). Schon auf der sprachlichen Ebene ist die Polarisierung der Gesellschaft eindeutig: “Sie” und “Wir” bilden antagonistische Welten, die unfähig zu einem Dialog sind.

⁴⁵ Unter den Autoren, die von größeren Verlagen publiziert worden sind, müsste man Ramón Díaz Eterovic im Bereich des Kriminalromans als Ausnahme hervorheben, genauso wie Luis Sepúlveda im Bereich des desillusionierten Romans, der von unterschiedlichen Genres profitiert. In bestimmten Phasen ihrer literarischen Produktion könnten Jaime Collyer und Gonzalo Contreras auch als Ausnahmen fungieren. Die Chroniken von Pedro Lemebel galten jahrelang als Rarität und waren nur wenigen bekannt. In der Zwischenzeit wurde der Autor sogar von Kulturtheoretikern wie Carlos Monsiváis zur Kultfigur erhoben. Die Stadtchronik befasst sich mit Gruppen, die in der modernen chilenischen Gesellschaft angeblich keinen Platz haben. Sie bedient sich Erzählstrategien, die den Schock begünstigen und die Kategorie des Nicht-Gesagten formal aufheben: Durch ein penibles, gnadenloses, teilweise gewalttätiges Beschreiben verbotener abweichender Verhaltensweisen wird eine verleugnete Realität enthüllt und zum Zentrum des Erzähluniversums erhoben. Dichotomische Denkmuster werden relativiert zu Gunsten der Favorisierung einer gesellschaftlich verneinten Heterogenität, die sich nicht einreihen lässt. Dabei findet die Überlegung Berücksichtigung, dass verdrängte gesellschaftliche Phänomene wie Homosexualität einerseits Hand in Hand gehen mit der Perpetuierung konservativer Werte, aber auch mit einer eindeutig klassenbewussten Haltung andererseits. Darüber hinaus spielen diese Phänomene eine wichtige Rolle im undefinierten, modernisierten sozialen Umfeld. In der Sparte der Autorinnen müsste man Diamela Eltit, in gewisser Weise auch Pía Barros und Ana María del Río, aufgrund ihrer radikalen Behandlung bestimmter Themen hervorheben. Im Rahmen der hier dargelegten Überlegungen wird allerdings darauf verzichtet, detailliert auf die Werke der erwähnten Autorinnen und Autoren einzugehen.

Umfeldes entstehen, als fiktionales Material behandelt, wie dies bei Ramón Díaz Eterovic der Fall ist. Bewusst marginale oder gar subversive Texte werden von den großen Verlagen in der Regel nicht herausgegeben.⁴⁶

Sowohl die private Sphäre als auch der öffentliche Raum einer gespaltenen Gesellschaft werden anhand fiktionalen Materials skizziert. Einsamkeit und Desillusionierung, Entfremdung und Verwirrung werden als Folgen des Mangels einer einzigen, leidlich kohärenten normativen Struktur betrachtet. Die meisten Figuren und Erzähler der untersuchten Werke leben in dieser seelischen Landschaft. Dies führt zu einer starken Belastung im Bereich ihrer zwischenmenschlichen Beziehungen. In den analysierten Texten herrscht ein schmerzhaftes Bewusstsein: Nichts ist, wie es einmal (vielleicht) war. Dies gilt sowohl für solche, in denen eine explizite Auseinandersetzung mit Materialien, die im Bereich der gemeinsam geteilten Geschichte anzusiedeln sind, als auch für solche, in denen diese Auseinandersetzung implizit bleibt.

Durch die gezielte Anwendung des *Genres* des Kriminalromans wird von Díaz Eterovic der Versuch unternommen, eine verborgene Geschichte des Landes zu schreiben, in der die Erinnerung aufgewertet wird. Die schwarze Vergangenheit wird als Komponente der neuen Form von Demokratie thematisiert. Die Aktivierung des kollektiven Erinnerungspotentials wird literarisch ganz anders als bei Ampuero durchgeführt, denn Heredia besitzt, wie oben schon erwähnt, eine gewisse moralische Integrität, die bei Brulé fehlt.⁴⁷

⁴⁶ Pedro Lemebel's *La esquina es mi corazón* wurde 1995 vom "alternativen" Verlag Cuarto Propio veröffentlicht, der von Frauen verwaltet wird, bevor ihm 2001 der internationale Durchbruch gelang und das Buch nochmals bei Seix-Barral erschien (vgl. dazu auch Monsiváis 2001).

⁴⁷ Heredia reflektiert über seine Zeit: "¿Pero quién libra del horror a los que ven y no cierran los ojos con indiferencia? ¿Quién los libra del miedo? ¿Del desencanto adherido a los días? No tengo respuestas. Miro hacia atrás, al pasado y me veo partido en dos, inconcluso." ("Aber wer, um Gottes willen, erlöst die Sehenden, wer schützt solche, die ihre Augen nicht gleichgültig schließen, vor dem Horror? Wer erspart ihnen die Angst? Wer die tägliche Enttäuschung? Ich habe keine Antwort darauf. Ich blicke in die Vergangenheit zurück und sehe mich selber, in zwei geteilt, ein unvollendetes Werk"; Übers. der Verf.). Dieses Zitat ist ein Verweis auf einen in der fiktionalen Welt von Heredia geschriebenen Brief (vgl. Díaz Eterovic 1993: 21). Oder noch radikaler: "Acaso no éramos todos traidores? Derrotados unos, aparentemente victoriosos los otros. Traidores de sí mismos, remedos de una esperanza incumplida o que no era factible, porque la vida, cada cual lo había aprendido a su modo, tendía trampas, hacía falsas promesas o propiciaba alegrías que después no se repetían. Pensé en un juego cruel. Buscar a los sobrevivientes de la foto y repetirla captando sus imágenes actuales. Probablemente ninguno

4. Schlussfolgerung

Unter der *Testimonio*-Literatur der siebziger und achtziger Jahre versteht man eine Ansammlung höchst heterogener Textsorten, die einen gemeinsamen Zug aufweist: In ihnen steht die Appellfunktion im Vordergrund.⁴⁸ Erst gegen Ende der achtziger Jahre erschienen Bücher in Chile, die eine explizite Anklage oder Abrechnung mit dem Militärregime waren, aber auch solche, in denen mit fiktionalen Mitteln diese Anklage oder Abrechnung vollzogen wurde.⁴⁹ In den neunziger Jahren wurden dann die Verbrechen der Pinochet-Ära offiziell als solche in Chile anerkannt. Unter der Regierung von Patricio Aylwin wurde die *Comisión Nacional Verdad y Reconciliación* mit dem Zweck ins Leben gerufen, diese Verbrechen zu erforschen.

Lange Zeit ist seitdem vergangen, und vieles ist ans Tageslicht gelangt, was eine große Anzahl von Publikationen nach sich zog. Die unerwartete Festnahme von Augusto Pinochet im Oktober 1998 in London glich einem Erdbeben, und kurz nach dem Erscheinen der Zeitung *The Clinic*, welche die alte Tradition des politischen Humors wieder belebte, wurde eine Reihe von Büchern herausgegeben, die den Eindruck erweckten, dass es notwendig geworden war, die Demokratie einer kritischen Analyse zu unterziehen.⁵⁰

miraría el lente de la cámara o asumiría la pose más cómoda para disimular lo inevitable: que ya no éramos los mismos.” (“Waren wir etwa nicht alle Verräter? Verlierer die einen, Gewinner die anderen, äußerlich gesehen. Verräter von sich selbst, schlechte Abbilder einer unerfüllten Hoffnung oder einer, die unmöglich in Erfüllung hätte gehen können, denn das Leben, und das hatte jeder eigens gelernt, stellte seine Fallen, machte falsche Versprechungen oder schenkte Freuden, die sich nicht wiederholten. Ich überlegte mir ein grausames Spiel: Die Überlebenden aus dem Bild suchen und sie jetzt nochmals aufnehmen lassen. Wahrscheinlich würde niemand direkt die Linse der Kamera anschauen, oder er würde die bequemste Haltung wählen, um das Unvermeidliche zu vertuschen: Wir hatten uns verändert”; Übers. der Verf.) (vgl. Díaz Eterovic 2001: 116).

⁴⁸ Vgl. die mittlerweile klassischen Texttypologien von Autoren wie Reiß (1971) oder Wilss (1977).

⁴⁹ Ein Text, der im Chile der achtziger Jahre fast ignoriert wurde und einen Sonderstatus einnimmt, ist das Buch der umstrittenen Autorin Mariana Callejas, die in den Mordfall Orlando Letelier verwickelt ist. Callejas wagt einen gefährlichen Balanceakt: Sie verleiht dem aus der Realität stammenden Material einen poetischen Status, um ihre Kurzgeschichten zu schreiben (vgl. Callejas 1981). Im Bereich der journalistischen Recherchen jener Jahre ragt Verdugo (1989) heraus.

⁵⁰ José Bengoa mit seiner *Carta abierta a Eduardo Frei Ruiz-Tagle* (1999) ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür. Um nur drei weitere aus einer langen Liste zu nennen: Millas (1999); Uribe (1998 – das Buch erschien einen Monat vor der Festnahme, ist aber ein wichtiges historisches Dokument, das die dunkle Seite der Abkommen zwischen Militär und Politikern der neu definierten Demokratie genau untersucht); Jocelyn-Holt (1998 –

Dem *Genre* der von Frauen geschriebenen *Testimonio*-Literatur hat man bis jetzt keinen Sonderstatus eingeräumt, geschweige denn versucht, seine Charakteristika auszuloten. Dabei wäre es notwendig, den formalen Strategien Rechnung zu tragen, welchen diese *Testimonios* unterliegen, um die Eigentümlichkeit des "weiblichen Schreibens" zu bestimmen. Die Korrespondenzen zwischen Sprache und Unbewusstem, Subjekt und Kulturgeschichte, kollektivem und individuellem Gedächtnis müssten dabei genauer untersucht werden, als dies im Rahmen der hier skizzierten Überlegungen möglich ist (Weigel 1994).

Folgt man der Sichtweise der *Testimonio*-Literatur, versuchen die Autorinnen die nebeneinander bestehenden, sich widersprechenden und/oder sich verstärkenden Normen und Werte der militarisierten Gesellschaft, die ihr Leben gewalttätig beeinflussen, zu verarbeiten. Diese Verarbeitung enthält Schutzmechanismen, die in der Distanz zum eigenen Körper, aber auch in der nicht reflektierten Übernahme männlicher Gesellschaftsdefinitionen bestehen. Somit kann diese Literatur als Beleg für jene im Laufe der Modernisierung der Gesellschaft auftretenden krankhaften Aspekte gesehen werden, die sich immer erst verzögert unter demokratischen Bedingungen in Literaturproduktionen umsetzen können.

Die post-autoritäre Literaturproduktion in Chile setzt, im Gegensatz zur eindeutigeren Zäsur in der Politik, nur verzögert und durch andere Strömungen überlagert ein. Die Frage, ob und inwieweit die beobachtete Fragmentierung der Normen- und Wertestrukturen ihre Ursachen in der davor liegenden Diktatur haben und/oder eher einen post-modernen Geist reflektieren, kann mittels einer Analyse der Literaturproduktion unter der Demokratie nicht eindeutig beantwortet werden. Gelegentlich greift die Literaturproduktion den gesellschaftlichen Entwicklungen vor. Kernbegriffe wie Einsamkeit, Desillusionierung, Verwirrung, Betonung des Fragmentarischen und Hinwendung zur Subjektivität spielen in den untersuchten *Genres* eine zentrale Rolle. In der chilenischen Belletristik des Übergangs zur Demokratie wird der vorherrschende Machtdiskurs mit der Ausnahme weniger Autor/Innen eher implizit als explizit in Frage gestellt.

Ganz besonders im Fall des *Genres* Kriminalroman werden solche Zustände aufgegriffen, welche die Aufhebung tradierter Werte voraussetzen, um die Ursachen und Folgen des akuten sozialen Umbruchs literarisch dar-

dieses Buch enthält nur zwei Seiten über die Festnahme, aber es wurde mit dem Ziel geschrieben, die Demokratie kritisch zu analysieren).

zustellen. Die kritischen Töne werden anhand erzählerischer Strategien artikuliert, die den ambivalenten Charakter aller Haltungen deutlich machen.

In dieser Belletristik ist der fiktive Charakter der Fiktion nur bedingt fiktiv. Werden gelegentlich Erzähltechniken verwendet, die dem magischen Realismus oder dem Phantastischen entliehen werden, dann scheint diese Strategie dem Zweck zu dienen, durch Verfremdungseffekte Gesellschaftskritik auszuüben. In der neu definierten Gesellschaft wird der Literaturproduktion und -rezeption dabei die Rolle eines Konsumguts zugewiesen. In dieser Hinsicht ist die Schlussfolgerung nicht von der Hand zu weisen, dass in einem hedonistischen und unkritischen Chile Literatur nicht mehr als das symbolische Kapital der ausgebildeten Schichten gilt, sondern lediglich zu einer der vielen möglichen Freizeitbeschäftigungen geworden ist.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

- Ampuero, Roberto (1993): *¿Quién mató a Cristián Kustermann?*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1994): *Boleros en La Habana*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (2001): *Cita en el Azul Profundo*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Arce, Luz (1993): *El infierno*. Santiago de Chile.
- (1994): *Die Hölle – Eine Frau im chilenischen Geheimdienst – Eine Autobiographie*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Barros, Pía (1986): *Miedos transitorios*. Santiago de Chile: Editorial Asterión.
- (1990): *A horcadas*. Santiago de Chile: Editorial Asterión.
- Bengoa, José (1999): *Carta abierta a Eduardo Frei Ruiz-Tagle*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Callejas, Mariana (1981): *La larga noche*. Santiago de Chile: Editorial Lo Curro.
- (1995): *Siembra vientos – Memorias*. Santiago de Chile: Ediciones Chile-América CESOC.
- Castillo, Carmen (1980): *Un jour d'Octobre à Santiago*. Paris: Éditions Stock.
- (1981): *Santiago de Chile – Ein Tag im Oktober*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- (1986): *Un día de octubre en Santiago*. Traducción: María de la Luz Huidobro und Mónica Echeverría. Santiago de Chile: Editorial Sin Fronteras.
- (1999): *Un día de octubre en Santiago*. Traducción: Felipe Sarabia. Santiago de Chile: LOM Ediciones.
- Cerda, Carlos (1993): *Morir en Berlín*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1996): *Una casa vacía*. Santiago de Chile: Alfaguara.

- (2001): *Escrito con L.* Santiago de Chile: Alfaguara.
- Collyer, Jaime (1992): *Gente al acecho*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1995): *Cien pájaros volando*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Contreras, Gonzalo (1991): *La ciudad anterior*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- De la Parra, Marco Antonio (1983): *La secreta obscenidad de cada día*. Santiago de Chile: Typoskript.
- (1991): *Cuerpos prohibidos*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1997): *La mala memoria – Historia personal del Chile contemporáneo*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Del Río, Ana María (1986): *Oxido de Carmen*. Santiago de Chile: Editorial Andrés Bello.
- (1993): *Siete días de la señora K.* Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1998): *A tango abierto*. Santiago de Chile: Alfaguara.
- Díaz Eterovic, Ramón, *Nadie sabe más que los muertos*, Santiago de Chile 1993: Editorial Planeta.
- (1994): *Crímenes criollos – Antología del cuento policial chileno*. Santiago de Chile: Mosquito Editores.
- (1995): *Angeles y solitarios*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1997): *Correr tras el viento*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (2000): *Los siete hijos de Simenon*. Santiago de Chile: LOM Ediciones.
- (2001): *El ojo del alma*. Santiago de Chile: LOM Ediciones.
- Donoso, José (1978): *Casa de campo*. Barcelona: Editorial Seix-Barral.
- (1986): *La desesperanza*. Barcelona: Editorial Seix-Barral.
- Echeverría, Mónica (2000): *Difícil envoltorio*. Santiago de Chile: Editorial Sudamericana.
- Eltit, Diamela (1983): *Lumpérica*. Santiago de Chile: Editorial Seix-Barral.
- (1991): *Vaca sagrada*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1994): *Los vigilantes*. Santiago de Chile: Editorial Sudamericana.
- Fontaine, Arturo (1992): *Oír su voz*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Franz, Carlos (Hrsg.) (1991): *Nuevos cuentos eróticos*. Santiago de Chile: Editorial Grijalbo.
- Fuguet, Alberto (1991): *Mala onda*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- (1994): *Por favor, rebobinar*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- González, Mónica (2000): *Chile – La conjura – Los mil y un días del golpe*. Santiago de Chile: Ediciones B.
- Guzmán, Nancy (2000): *Romo – Confesiones de un torturador*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Jara, Joan (1982): *Víctor. An Unfinished Song*. London.
- (1983): *Víctor Jara: un canto truncado*. Barcelona: Editorial Argos Vergara.
- Jocelyn-Holt, Alfredo (1998): *El Chile perplejo: del avanzar sin transar al transar sin parar*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Lemebel, Pedro (1995): *La esquina es mi corazón – Crónica urbana*. Santiago de Chile: Editorial Cuarto Propio.

- Marín, Germán (1995): *El Palacio de la Risa*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Merino, Marcia (1993): *Mi verdad. Más allá del horror, yo acuso*. Santiago de Chile.
- Millas, Hernán (1999): *La familia militar*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Monsiváis, Carlos (2001): "Pedro Lemebel en su mejor momento: El amargo, relamido y brillante frenesí". In: *El Mercurio*, 28.10.2001, Artes y Letras, E 1-2.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile Actual. Anatomía de un mito*. Santiago: LOM-Arcis Editores.
- Puccio, Osvaldo (1980): *Ein Vierteljahrhundert mit Allende*. Berlin (Ost): Verlag der Nation.
- Rojas, Alvaro (Hrsg.) (1987): *José Carrasco – Chile, mein gemartertes Land*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Schumann, Peter B. (Hrsg.) (1994): *Einige Indizien oder der letzte Weg – Erzählungen aus Chile*. Berlin: Edition diá.
- Sepúlveda, Luis (1994): *Nombre de torero*. Barcelona: Tusquets Editor.
- Serrano, Marcela (1991): *Nosotras que nos queremos tanto*. Santiago de Chile: Alfaguara.
- (1993): *Para que no me olvides*. Santiago de Chile: Alfaguara.
- (1995): *Antigua vida mía*. Santiago de Chile: Alfaguara.
- Uribe, Armando (1998): *Carta abierta a Patricio Aylwin*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Verdugo, Patricia (1989): *Caso Arellano: Los zarpazos del puma*. Santiago de Chile: Ediciones Chile-América CESOC.
- (1990): *Tiempo de días claros – Los desaparecidos*. Santiago de Chile: Ediciones Chile-América CESOC.
- (1998): *Interferencia secreta – 11 de septiembre de 1973*. Santiago de Chile: Editorial Sudamericana.
- (1999): *Bucarest 187*. Santiago de Chile: Editorial Sudamericana.
- Weitzel, Ruby (1991): *Tumbas de cristal – Libro Testimonio de la Vicaría de la Solidaridad del Arzobispado de Santiago*. Santiago de Chile: Ediciones Chile-América CESOC.

Sekundärliteratur

- Balke, Fred/Kreuzkamp, Norbert/Nagel, Diane/Seiterich, Thomas (Hrsg.) (1983): *Mit dem Kopf hier – mit dem Herzen in Chile. Zehn Jahre Diktatur – zehn Jahre Exil. Chilenen berichten*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Benjamin, Walter (1987): *Berliner Kindheit um Neunzehnhundert*. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.
- Bianchi, Soledad (1982): "La política cultural oficialista y el movimiento artístico". In: *Araucaria de Chile*. Madrid, S. 135-141.
- Brunner, José Joaquín (1984): *Entrevistas, discursos, identidades*. Santiago de Chile: Flacso.
- (1986): "Kultur und nationale Identität". In: Calderón, Hugo/Ensignia, Jaime (Hrsg.): *Chile – Chancen der Demokratie nach Pinochet*. Hamburg, S. 25-52.
- (1991): "Chile an einem Kreuzweg seiner Kultur". In: Ensignia, Jaime/Nolte, Dieter (Hrsg.): *Modellfall Chile? – Ein Jahr nach dem demokratischen Neuanfang*. Hamburg, S. 165-173.

- Bustos, Isidoro (1987): *Die Verfassung der Diktatur – Die Entwicklung der Grundrechte in Chile*. Berlin: FDCL.
- Calderón, Hugo/Ensignia, Jaime (Hrsg.) (1986): *Chile – Chancen der Demokratie nach Pinochet*. Hamburg.
- Camiller, Patrick (1986): "Spanish Socialism in the Atlantic Order". In: *New Left Review*, Nr. 156, März/April, S. 5-36.
- Craemer-Schroeder, Susanne (1993): *Deklination des Autobiographischen – Goethe. Stendhal/Kierkegaard*/Berlin.
- Dill, Hans-Otto/Gründler, Carola/Gunia, Inke/Meyer-Minnemann, Klaus (Hrsg.) (1994): *Apropiaciones de realidad en la novela hispanoamericana de los siglos XIX y XX*. Frankfurt/Main: Vervuert.
- Duden, Barbara (1991): "Geschlecht, Biologie, Körpergeschichte. Bemerkungen zu neuer Literatur in der Körpergeschichte". In: *Feministische Studien*, Nr. 2, S. 105-122.
- Eltit, Diamela (2000): *Emergencias – Escritos sobre literatura, arte y política*. Santiago de Chile: Editorial Planeta/Ariel.
- Engelbert, Manfred (1994): "Apropiaciones de realidad en la novela hispanoamericana a partir de 1968 – El post-boom: ¿una novela liberada?". In: Dill, Hans-Otto/Gründler, Carola/Gunia, Inke/Meyer-Minnemann, Klaus (Hrsg.): *Apropiaciones de realidad en la novela hispanoamericana de los siglos XIX y XX*. Frankfurt/Main: Vervuert, S. 400-418.
- Ensignia, Jaime/Nolte, Detlef (Hrsg.) (1991): *Modellfall Chile? – Ein Jahr nach dem demokratischen Neuanfang*. Hamburg.
- Gemballa, Gero (1988): *Colonia Dignidad – Ein deutsches Lager in Chile*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Guerrero, Pedro Pablo (1995): "XV Feria Internacional del Libro: Invitados de película para una muestra profesional". In: *Revista de Libros* Nr. 342; *El Mercurio*, 26.11.1995, S. 4.
- (1996): "La Feria del millón de visitantes". In: *Revista de Libros* Nr. 366; *El Mercurio*, 12.5.1996, S. 4, Santiago de Chile.
- Iser, Wolfgang ([1976] ⁴1994): *Der Akt des Lesens. Theorie ästhetischer Wirkung*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Jauß, Hans Robert (1977): *Ästhetische Erfahrung und literarische Hermeneutik, Bd. 1: Versuche im Feld der literarischen Erfahrung*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Jay, Paul (1984): *Being in the Text – Self-Representation from Wordsworth to Roland Barthes*. Ithaca.
- Komitee "Solidarität mit Chile" (Hrsg.) (1973): *Konterrevolution in Chile – Analysen und Dokumente zum Terror*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Lagos de Kassai, M. Soledad (1997): "Zur Poetik des Marginalen im chilenischen Theater der 90er Jahre am Beispiel des *Teatro La Memoria*". In: Ahrends, Günter (Hrsg.): *Forum Modernes Theater*. Bd. 12, Heft 2, Tübingen: Gunter Narr Verlag, S. 195-208.
- López-Casero, Francisco/Waldmann, Peter (1994): "Introducción: reflexiones comparativas sobre el proceso de modernización en España". In: López-Casero, Francisco/Bernecker, Walther L./Waldmann, Peter (Hrsg.): *El precio de la modernización – Formas y retos del cambio de valores en la España de hoy*. Frankfurt/Main: Vervuert Verlag, S. 13-40.

- López-Casero, Francisco/Bernecker, Walther L./Waldmann, Peter (Hrsg.) (1994): *El precio de la modernización – Formas y retos del cambio de valores en la España de hoy*. Frankfurt/Main: Vervuert Verlag.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile Actual. Anatomía de un mito*. Santiago: LOM-Arcis Editores.
- Munizaga, Giselle (1988): *El discurso público de Pinochet – Un análisis semiológico*. Santiago de Chile.
- Porter, Dennis (1981): *The Pursuit of Crime – Art and Ideology in Detective Fiction*. New Haven.
- Reiß, Katharina (1971): *Möglichkeiten und Grenzen der Übersetzungskritik*. München.
- Rey, Romeo (1983): *Zehn Jahre Grausamkeit oder Die Erdrosselung Lateinamerikas*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Richard, Nelly (1998): *Residuos y metáforas (Ensayos de crítica cultural sobre el Chile de la Transición)*. Santiago de Chile: Editorial Cuarto Propio.
- (2001): “Las confesiones de un torturador y su (abusivo) montaje periodístico”. In: *Revista de Crítica Cultural* Nr. 22, Juni, Santiago de Chile: Editorial Cuarto Propio, S. 14-19.
- Said, Edward (1994): *Kultur und Imperialismus – Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht*. Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag.
- Salazar, Gabriel/Pinto, Julio (1999): *Historia contemporánea de Chile I – Estado, legitimidad, ciudadanía*. Santiago de Chile: LOM Ediciones.
- (1999): *Historia contemporánea de Chile II – Actores, identidad y movimiento*. Santiago de Chile: LOM Ediciones.
- Salinas, Luis Alejandro/Zaldívar, Paula (1986): *Humanos y humanoides*. Santiago de Chile.
- Scheerer, Thomas M. (1994): “Nachwort”. In: Arce, Luz: *Die Hölle – Eine Frau im chilenischen Geheimdienst – Eine Autobiographie*. Hamburg, S. 385-398.
- Schumann, Peter B. (1994): “Nachwort”. In: Schumann, Peter B. (Hrsg.): *Einige Indizien oder der letzte Ausweg – Erzählungen aus Chile*. Berlin: Edition dia, S. 175-182.
- Stolz, Iris (1989): *Adiós, General – ¿Adiós, macho?*. Köln.
- Sturrock, John (1994): *The Language of Autobiography – Studies in the First Person Singular*. Cambridge.
- Todorov, Tzvetan (1989): *Nous et les autres: La réflexion sur la diversité humaine*. Paris: Seuil.
- Weigel, Sigrid (1994): *Bilder des kulturellen Gedächtnisses – Beiträge zur Gegenwartsliteratur*. Dülmen-Hiddingsel: Tende.
- Wilss, Wolfram (1977): *Übersetzungswissenschaft*. Stuttgart.

Soledad Bianchi

Chilenische Poesie heute: Fragmente einer Einheit

1. Die Vielfalt der Sichtweisen

Der folgende Beitrag soll der Annäherung an die chilenische Poesie der letzten Jahre dienen. Zu diesem Zweck wird zunächst ein Überblick über die Zeit von den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts bis heute gegeben, der sowohl allgemeine Informationen zur Epoche als auch eine Auswahl an Autoren und poetischen Manifestationen enthält, die zweifelsohne subjektiv und willkürlich bleiben wird.

Die "junge chilenische Poesie der sechziger Jahre" wird mit der Veröffentlichung von *Esta rosa negra* (1961) von Oscar Hahn (*1938) eingeläutet und endet jäh mit dem Militärputsch 1973, der die Literaturszene ebenso stark beeinflusste wie alle anderen Bereiche des Lebens in Chile. Ab jenem Moment, an den Erick Polhammer mit der "Ankunft der Hubschrauber" erinnert (*Los helicópteros*), kommen im Vergleich zu ihren Vorgängern Dichter zu Wort, die sich aufgrund der veränderten politischen Situation einem vollkommen anderen Kontext gegenüber sehen, und das sowohl in Bezug auf das alltägliche Leben als auch hinsichtlich ihrer literarischen Produktion. Sie werden plötzlich mit Zensur konfrontiert, die ab 1973 sämtliche Veröffentlichungen betraf und erst 1984 wieder aufgehoben wurde, mit Einschränkungen der Rechte auf Versammlung und auf freie Meinungsäußerung sowie mit vielfachen anderen Formen der Repression. Diese veränderten Umstände wirkten sich mehr oder weniger unmittelbar und unterschiedlich deutlich auf ihre Werke aus (die offensichtlich nicht einmal auf die Diktatur anspielen müssen), ebenso wie auf die Produktionsbedingungen und auf die Art und Weise, wie sie vom Publikum gelesen und aufgenommen wurden. Dies gilt auch für die Texte, die früher geschrieben worden sind, aber erst nach 1973 erschienen.

Die jungen Dichter, die gegen Mitte der sechziger Jahre ihre ersten Arbeiten veröffentlichten, fühlten sich noch nicht als Vertreter eines Bruchs, und führten, anders als ihre Nachfolger, die poetische Tradition Chiles fort. Viele von ihnen versammelten sich in den sechziger Jahren in literarischen

Zirkeln, die zwar keine neue Einrichtung in der chilenischen Literaturszene darstellten, aber mehr als früher zum Symbol einer Epoche wurden und mit den Ereignissen des Jahres 1973 fast wieder vollständig verschwanden. Die bekanntesten dieser Versammlungen standen in enger Verbindung zu den Universitäten, an denen die Dichter studierten. Durch regelmäßiges Publizieren wurden sie über ihr unmittelbares Umfeld hinaus bekannt. Andere, weniger bekannte Gruppen widmeten sich speziellen künstlerischen und literarischen Richtungen – wie zum Beispiel die Beatniks –, und fanden damit unter den übrigen Dichtern der sechziger Jahre relativ wenig Beachtung. Gleichgültig, ob mehr oder weniger präsent: Von keiner der Stilrichtungen lässt sich in den sechziger Jahren sagen, sie sei die einzige oder gar dominierende gewesen. Die dichterische Szene ist in dieser Zeit vielmehr ein Raum, der von den verschiedenen Gruppen miteinander geteilt wird und den sie nutzen, um sich untereinander auszutauschen.

Die Vielfalt der Stimmen und Stile ist in dieser Zeit enorm. Bei Hahn lässt sich z.B. eine gewisse Nähe zur klassischen spanischen Poesie feststellen, des Autors liebster und häufigster Lektüre, wohingegen sich Waldo Rojas (*1944) von einer angenommenen "Chilenische Poesie heute: Fragmente einer Einheit" Tendenz der Einfachheit (der Sprache, der Struktur, der Situationen) absetzt, die eher den Texten anderer Autoren eigen ist, die in der Provinz ansässig sind: Omar Lara (*1941), Jaime Quezada (*1942), Floridor Pérez (*1937). Die Werke dieser Autoren weisen Abweichungen im Ton, in der Stimmung und in der poetischen Einstellung auf. Die in diesen Texten behandelten Themen wie Entwurzelung, Tod und Unwohlsein lassen sich oft schon am Titel erkennen, wie zum Beispiel im Fall von *Agua remota* (1964) und *Pájaro en tierra* (1965) von Rojas, *Perturbaciones* (1966) von Manuel Silva Acevedo (*1942), das bereits erwähnte *Esta rosa negra* sowie *Agua final* (1967) von Hahn und viele andere mehr. Auch *Relación personal* (1968) von Gonzalo Millán (*1947) enthält eine Sichtweise der jugendlichen Liebe, die sich weit von der herkömmlichen entfernt, indem sie vom Standpunkt des immer gegenwärtigen Bewusstseins des Verfalls, der Vergänglichkeit und der Endlichkeit aus betrachtet wird. Ganz anders ist jedoch die Stimmung und die Einstellung bei Autoren, die sich eher am Rand der literarischen Szene befinden, wie vor allem bei Cecilia Vicuña (*1948), deren erotische Dichtung sehr überschwänglich und optimistisch ist und sie dazu veranlasst, diese Phase ihrer dichterischen Produktion als "genüssliche Zeit" zu beschreiben. Erotische Literatur ist eine Ausnahme in

Chile, und besonders ungewöhnlich ist die Tatsache, dass es sich bei der Autorin um eine noch sehr junge Frau handelt.

Die Ablösung der sechziger durch die siebziger Jahre wird wahrscheinlich am besten durch Juan Luis Martínez (1942-1993) repräsentiert. Seine Werke *La nueva novela* (1977) und *La poesía chilena* (1978) widersetzten sich allen Klassifizierungsversuchen nach herkömmlichen Maßstäben und ihre Lektüre und Betrachtung erinnert am ehesten an definitorische Konzeptionen wie konzeptuell, objektiv, wissenschaftlich oder analytisch: Der Signifikant hat Vorrang vor dem Signifikat. Die Konzeption des Autors und sein Verständnis des Schreibens und der Dichtung sind darüber hinaus zweifelsohne Vorgänger des späteren Werkes von Raúl Zurita (*1950) und anderer Vertreter der Richtung, die sich "neo-avantgardistisch" nannte.

Bei Martínez scheint das poetische Subjekt sich vollkommen zu verstecken und die Perspektive beschränkt sich fast immer darauf, unpersönlich zu bleiben. Sein Interesse an der Objektivität geht so weit, dass er sogar versucht zu verheimlichen, dass er der Autor seiner Gedichte ist. *La nueva novela* enthält mathematische und logische Rätsel, die in keinem offenkundigen Zusammenhang zum unmittelbaren Kontext stehen. Es werden Aufgaben gestellt, deren Lösung unbekannt bleibt, die aber den Leser dazu auffordern, die aus mehreren Unbekannten bestehenden Gleichungen aufzulösen. Die aufgeworfenen Zweifel und Variationen von Persönlichkeiten und Identitäten sind mal lustig und mal absurd, aber fast immer unlösbar. Eins der Ziele des Werkes besteht in der Relativierung und (teilweise endgültigen) Aufhebung sämtlicher simpler und vereinfachender Antworten sowie in der gleichzeitigen Erweiterung des Geistes und der Realität, ähnlich wie vor ihm bei argentinischen Autoren wie Jorge Luis Borges oder Julio Cortázar. Außerdem lässt sich bei Martínez auch die Bereitschaft zu einer erweiterten Konzeption der (poetischen) Sprache, der Poesie, der Literatur und des Buches erkennen, indem Fotos, Zeichnungen und andere graphische Elemente aufgenommen werden. Auf diese Weise entsteht eine Collage, zu der auch materielle Objekte gehören, die angefasst werden können, wie zum Beispiel Erde in *La poesía chilena* oder ein "echter" Angelhaken in *La nueva novela*.

Auch Raúl Zurita, einer der bekanntesten Dichter des Landes, der im Jahr 2000 mit Chiles Nationalem Literaturpreis ausgezeichnet wurde, versucht mit seinem Werk Grenzen zu überschreiten und zu beseitigen. Viele seiner Gedichte enthalten nicht nur die Namen bestimmter, ausdrücklich genannter Orte, wie zum Beispiel *Purgatorio* ("Fegefeuer") (1979), *Anteparaíso* ("Vorparadies") (1982) und *La vida nueva* ("Das neue Leben") (1994),

sondern geben darüber hinaus bestimmten in seiner Poesie enthaltenen Elementen einen Raum und legen besonderen Wert auf den Raum des Textes, der sich gelegentlich sogar über die Grenzen der Buchseite hinweg setzt, so zum Beispiel 1982, als sein Gedicht "Das neue Leben" in den Himmel über New York geschrieben wurde. Diese dem Experimentalismus nahe stehende Dichtung entstand aber nicht aus dem Nichts, sondern steht in der "Tradition des Bruchs", die in Chile unter anderem von Nicanor Parra, Rosamel del Valle und Gonzalo Rojas geformt wurde.

Bis heute ist die Poesie Chiles von einer Vielfalt der Tendenzen gekennzeichnet, die sich überschneiden, ohne sich gegenseitig unterzuordnen oder auszuschließen. Die Konvergenz dieser unterschiedlichen Tendenzen und ihre Gleichzeitigkeit bilden den Reichtum einer Lyrik, die eine Mannigfaltigkeit an Verfahren, Ansätzen und Konzeptionen an den Tag legt. Diese gelegentlich sogar widersprüchliche Vielfalt der chilenischen Poesie ist kennzeichnend für das gesamte 20. Jahrhundert, wie sich beispielsweise an der (nicht immer friedlichen) Koexistenz von Vicente Huidobro, Gabriela Mistral, Pablo de Rokha und Pablo Neruda gezeigt hat. Nach Neruda waren dann del Valle, Humberto Díaz-Casanueva, Parra und G. Rojas an der Reihe und nach ihnen etwa Enrique Lihn, Jorge Teiller, Armando Uribe.

2. Die poetische Entwicklung unter der Diktatur

In der poetischen Produktion nach 1973 zeigt sich deutlicher als zuvor das Miteinander unterschiedlicher Sprachen, Stile und Anschauungen, was daran liegen mag, dass in den sechziger Jahren eine stärkere Betonung auf die Ähnlichkeiten als auf die Unterschiede gelegt wurde. Ohne zu sehr vereinfachen zu wollen, lässt sich unter den vielen Strömungen eine erkennen, die darauf zielte, die Poesie zur Zeugin ihrer Zeit zu machen, indem sie zum Beispiel die Brutalität der Diktatur anklagt, damit die Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten. Ein Beispiel dieser Richtung sind die schönen Briefe aus dem Gefängnis in *Cartas de prisionero* (1985) von Floridor Pérez. Nach dem Ende des Militärregimes 1990 führte zum Beispiel der Sänger Maricio Redolés diesen Stil fort, indem er die "rohen Tatsachen" der Gegenwart in seinen poetischen Liedern verarbeitete. Seine Werke lassen sich auch als Collage bezeichnen, denn sie enthalten Elemente unterschiedlichen Ursprungs: eigene Texte und Melodien, Texte anderer Autoren, Dialoge etc. Die einzelnen Texte entstanden oft spontan durch Assoziationen, durch das Zusammensetzen unterschiedlicher Fragmente und unter Verwendung verschiedener Stimmen. Das Ergebnis ist ein Effekt der Veränderung, der Über-

raschung, des Unvorhergesehenen. Redolés kennt die dichterischen Verfahren, mit denen er spielt, sehr gut: Er bricht mit den Gewissheiten und Ähnlichkeiten, denn die Gewohnheit führt zur Routine, die genau das Gegenteil der Poesie ist.

Der singende Dichter oder dichtende Sänger versucht, die etablierte Ordnung zu unterlaufen, um die Bereitschaft zum Neuen zu fordern, indem er unverbrauchte und unbelastete Bilder vorstellt. Seine Werke sind nicht ehrerbietig und die Parodie bezieht sich nicht nur auf Inhalte, sondern auch auf Formen, Sprachen und Situationen, die im Allgemeinen im städtischen Bereich angesiedelt sind. In einer seiner jüngsten CDs, *Bailables de Cueto Road* (1998), beschreibt er zum Beispiel den schnellen Wandel eines der westlichen Stadtteile von Santiago und trägt damit zur Schaffung einer "städtischen Erinnerung" bei.

Viele Dichter machen die Komplexität der Städte zu ihrem Thema, richten ihre Wahrnehmung auf dieses Chaos und drücken es in Texten aus, denen ebenso wie dem beschriebenen Objekt das einheitliche Zentrum fehlt. Zu diesen "dezentralisierten" Werken gehören einige Texte von Autoren wie Guillermo Valenzuela (*1961), Víctor Hugo Díaz (*1965), Sergio Parra (*1964), Felipe Moya (*1967) oder Jesús Sepúlveda (*1967), die in der Anthologie *Ciudad Poética Post. 10 poetas jóvenes chilenos* (1992) zusammengefasst sind.

Es gab – und gibt noch heute – andere Werke, die von einer historischen Situation ausgehen und diese dann neu bearbeiten, indem sie ihr mehr oder weniger fiktive Elemente hinzufügen. Aus dieser Fusion entstehen phantastische Trugbilder, die aufgrund der Stilmittel der Wiederholung und der Übertreibung vielleicht schrecklicher erscheinen als die Wirklichkeit selbst. Zu diesen verzerrenden und sich in die Extreme steigernden Werken gehört unter anderen *Las últimas fotografías* (1981) von Javier Campos (*1947), das vor dem unschuldigen Blick des Lesers in Situationen eindringt, die ihm sonst verborgen bleiben, und diese geradezu entblößt. Andere Werke dieses Autors spiegeln seine Reise durchs Exil wider und erzählen von Entwurzelung, Abstand und Entfernung, die nicht nur eine Ausnahmesituation, sondern immer stärker auch die allgemeine Kondition des menschlichen Wesens schlechthin beschreiben.

Nach wie vor werden auch Texte geschrieben, die auf Autoreferenzialität zielen und sich den Themen der Sprache und der Aufgabe der Lyrik widmen, wie zum Beispiel *La ciudad* (1979) von Gonzalo Millán. Eine weitere Konstante ist das Infragestellen und die Entmythologisierung, die erreicht wird

durch die Anwendung von Humor, Ironie – wobei die Bezugsfigur für viele Autoren Nicanor Parra ist – und Intertextualität, mit deren Hilfe die zeitlichen, räumlichen und sprachlichen Abstände zwischen den Figuren aufgehoben werden. So beobachtete beispielsweise Rodrigo Lira (1949-1981) in *Proyecto de obras completas* (1984) seine Umgebung mit Scharfsinn, Unerbittlichkeit und einer äußerst korrosiven Sprache, ebenso wie Bruna Vidal (*1957) in *Arte Marcial* (1983-1987, erschienen 1991), der den “neo-avantgardistischen Tick” auf die Spitze treibt, um damit klar zu machen, dass selbst die Neuigkeiten verkalken, wenn sie ihre anfängliche Frische verlieren und nur noch wie alte Rezepte Schritt für Schritt wiederholt werden und sich selbst kopieren, so wie es einige Epigonen der “Neo-Avantgarde” gemacht haben, sodass ihre charakteristischen Vorgehensweisen zu nichts weiter als einer bedeutungsvollen – oder bedeutungslosen – Leere verkommen. Dieser Gefahr der Repetition stellt Vidal seine korrosive Sprache entgegen und treibt damit eine Ausdrucksform auf die Spitze, die im Moment ihrer Entstehung ihre Umgebung angemessen und subtil widerspiegelte und inzwischen zu einer bleibenden Referenz in der chilenischen Literatur geworden ist. Der Verdienst von *Arte Marcial* liegt teilweise darin begründet, dass es jeder steifen Definition geschickt entgeht und jede einfache Klassifizierung unmöglich macht. Auf geradezu menschenfresserische Weise gelingt es dem Autor, die Sprache ganz verschiedener gesellschaftlicher Bereiche in sein Werk aufzunehmen und wiederzugeben, egal ob es sich um das Militär, die Kirche, die Politik, die Gefängnisse, die Polizei, die Medien, die Ärzte oder die Gerichtsmediziner handelt. Die Texte bestehen aus einer Kombination von Fach- und Umgangssprache und enthalten auf genüssliche Weise Gemeinplätze, Redewendungen, Codes, Stereotypen, eine verkalkte und unbelastete Sprache also, die sonst niemand in den Mund nehmen würde, die tot wäre, nichts als Geschwätz und Hintergrundgeräusch, wenn es nicht um einen konkreten Kontext gehen würde und wenn das sprachliche Gerüst nicht auseinander genommen und durch den Humor, die Ironie, das Spielerische, die Parodie, die Zweideutigkeit und die Gewalt (von Signifikant und Signifikat) deaktiviert werden würde. Vidal schafft es, die Redewendungen zu wenden.

Tomás Harris (*1956) und Clemente Riedemann (*1953) wiederum widmen sich dem intertextuellen Dialog und treiben ihn auf die Spitze, um die Frage nach unserer Identität zu stellen, der Identität des amerikanischen Menschen, seinem Ursprung und seinen Mischungen, mit dem Ziel, ein ihm angemessenes Bild zu zeichnen. Harris konzentriert sich auf die Stadt. Seine

Gedichte in *Zonas de peligro* (1985), *Diario de navegación* (1986) und *El último viaje* (1987) erzählen von Straßen, Ecken, Kneipen und anderen Orten in Concepción, einer Stadt in Südkile, deren Beschreibung sich überschneidet mit Bildern aus Tenochtitlan, Theben, Cathay, Thule oder Algier. Die städtische Poesie zeichnet sich nicht nur durch ihre Themen und Anspielungen aus, sondern auch durch bestimmte Vorgehensweisen und Perspektiven. Die Gedichte von Harris gehören zu den interessantesten und neuartigsten dieser Jahre, denn in ihnen gelingt es dem Autor, sich Texte von Kolumbus, Bataille, Genet, Sarduy, Melville und vielen anderen zu Eigen zu machen und weiterzuverarbeiten. In *Crónicas Maravillosas* (1997) ermöglicht er dem Leser von einer neuen Perspektive aus die Gewalttaten der Eroberung und Besetzung von Ländern und Völkern – nicht nur Chiles – in der Vergangenheit und der Gegenwart zu betrachten, und zwar in einer Abfolge von Fusionen und Konfusionen, die den Leser dazu zwingen, verschiedene Sichtweisen und Kenntnisse – nicht nur poetische – zu erweitern und miteinander in Einklang zu bringen.

In einer Gesellschaft wie der chilenischen, in der starke soziale Grenzen weiterhin bestehen und der Autoritarismus nie aufgehört hat, die Unterschiede zu all denjenigen, die sich nicht mit ihm identifizieren, hervorzuheben, überrascht es nicht, dass sich unter den Themen, mit denen sich in jenen Jahren ausgiebig beschäftigt wurde, auch das der Diskriminierung mit allen seinen Facetten befindet. Dazu gehört das verstärkte Interesse an der Urbevölkerung und die entsprechenden literarischen Werke auf Mapudungun und Spanisch von Autoren aus den Reihen der Mapuche-Indianer, zu denen unter anderen Leonel Lienlaf (*1971), Jaime Huenún (*1967) und Elicura Chihuailaf (*1952) gehören.

Der Titel *Karra Maw'n* (1984) von Riedemann ist wegen der Freiheit hervorzuheben, mit der es ihm gelingt, Dokumente des Eroberers Chiles – des Spaniers Pedro de Valdivia – mit Zitaten aus Studien, Wörtern der Sprache der Mapuche, deutschen Vokabeln, persönlichen und biographischen Daten zu verbinden und daraus Poesie zu schaffen. Er gibt damit seinem Wunsch Ausdruck, die Geschichte in ihrer gesamten Komplexität zu erfassen. Das lange Gedicht enthält keine Vereinfachungen. In ihm vervielfachen sich vielmehr die Eroberungen der "Stadt des Regens" und ihrer Einwohner: Zu den spanischen Eroberern gesellen sich entgegen der verbreiteten Meinung die deutschen Einwanderer und die Chilenen selbst. Damit bricht der Autor mit den etablierten historischen Konzepten und zwingt den Leser zu

einer tiefgehenden Neuinterpretation der Geschichte, die sich nicht ausschließlich auf die Vergangenheit bezieht.

Aber nicht alle Werke Riedemanns beziehen sich auf die geographische Region, in der Mapuche-Vorfahren, Spanier und andere Völker aufeinander trafen und sich mischten. Das 1989 erschienene *Primer arqueo* ist eine Anthologie von früheren Texten, aus denen in politischer wie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine intensive Beziehung mit der chilenischen Wirklichkeit und ihrer Gewalt spricht. Nichtsdestotrotz sind diese Gedichte oft auch humorvoll und spiegeln verschiedenartige Perspektiven, Einstellungen, sprachliche Normen, Themen und Quellen wider.

Auch in Cecilia Vicuñas *La Wik'uña* (1990) erscheint der Eingeborene in seiner Landschaft mit ihrer Flora und Fauna, aber auf eine andere Art und Weise. Es gelingt der Autorin, ihre kurzen, schlichten, lakonischen Gedichte hörbar zu machen. Sie zwingen den Leser, die übliche stumme Lektüre durch lautes Lesen zu ersetzen, und der Einsatz der Stimme nähert die Texte an das Gebet an. Viele der Gedichte sind eine Art Opfergabe, ebenso wie andere Werke der Autorin, einschließlich ihrer "Rituale" und der so genannten *metáforas espaciales*.

Die Arbeiten von Vicuña sind sehr vielseitig. Abgesehen von der bereits erwähnten erotischen Facette aus einer bewusst weiblichen Perspektive, wäre auch ihre ökologische Poesie, in der sie den Raubbau an der Natur beklagt, und ihre morphologischen Gedichte, in denen sie Wörter auseinanderlegt, um die etymologische Bedeutung ihrer Einzelteile zu erschließen, erwähnenswert.

Vicuñas Werk ist Teil einer vielschichtigen und umfangreichen poetischen Produktion von Frauen, die alles andere als homogen ist. Aus den Gedichten von Soledad Fariña (*1943), Carmen Berenguer (*1946), Marina Arrate (*1957), Malú Urriola (*1967) und Nadia Prado (*1966) sprechen z.B. Unehrerbietigkeit und Regelübertretung. Andere Dichterinnen zeigen nicht weniger Anzeichen der Rebellion, aber behandeln das Bild der Frau, ihre Problematik und traditionelle Rolle in der Gesellschaft auf unmittelbare und zugänglichere Art und Weise.

Da Fariña keine erzählerische Dichterin ist, hat sie sich nie an Handlungsabfolgen, Vollständigkeit und Gradlinigkeit gebunden gefühlt, wohl aber an die genaue Wortwahl und -stellung. Ihre Gedichte sind immer kurz und sparsam, aber gleichzeitig kräftig und mächtig, geradezu sorgfältig. Ein immer wiederkehrendes Element in ihrem Werk ist die begeisterte Beschreibung der großartigen und majestätischen Natur, in ihrem jüngsten Titel

Narciso (2001) ebenso wie in *En amarillo oscuro* (1994). In ihrem früheren Werk *Albricia* (1988) trifft Körper auf Körper, der eigene auf den anderen, und in *El primer libro* (1985) nähert sich der Körper den Elementen an (Erde, Vögel etc.), von denen er sich entfernt zu haben schien, sodass er sie neu entdecken muss. Damals wie heute spricht aus ihrem Werk die Beharrlichkeit der Suche: Der Narziss sucht sich selbst, verfolgt sich und glaubt schließlich sich in einer ländlichen Umgebung zu entdecken, im Wasser, das gleichzeitig zu ihm und zum Leser spricht.

Als Carmen Berenguer das 1983 erschienene *Bobby Sands desfallece en el muro* schrieb, wählte sie als Ausgangspunkt ein "reales" Ereignis und einen Menschen, der wirklich gelebt hat, eben jenen irischen Häftling, der an den Folgen seines langen Hungerstreiks starb. Nichtsdestotrotz ist dieses Buch höchst erfinderisch und phantasievoll. Drei Jahre später erschien *Huellas del siglo*, ein Werk, das der Dichterin zum Ausprobieren und zur Veränderung diente. Zu ihren neuen poetischen Interessen zählten vor allem der Blick auf die Stadt Santiago und das Spiel mit der Sprache und dem Sprachgebrauch. In *A media asta* (1988) kommt dann eine gebrochene Sprecherin zu Wort, die körperliche Gewalt erlitten hat, sich mittels Zweideutigkeiten und unterschiedlicher Persönlichkeiten ausdrückt und dabei die sprachlichen Normen überschreitet. Diese Unbefangenheit wird von der Autorin auf die Spitze getrieben in *Sayal de pieles* (1993), in dem sie stärkere Betonung auf den Signifikanten legt und somit quasi eine neue Sprache schafft, die sich nicht mehr um Nützlichkeit kümmert und keinen realen Tausch- oder Austauschwert mehr besitzt; eine Sprache, die nicht mehr der Kommunikation, sondern allein dem Genuss des Klangs dient. Gleichzeitig wächst in Berenguers Texten die Präsenz der Stadt, auffällig und vielseitig, etwa in *Naciste pintada* (1999), ihrem bisher letzten Titel, der Erinnerungen an die Städte Santiago und Valparaíso enthält.

Die bisher angeführten Beispiele repräsentieren Ausdrucksformen der chilenischen Lyrik jener Jahre, die mit vielen anderen Stilen innerhalb eines sehr vielseitigen Spektrums koexistieren. Einige dieser anderen Ausdrucksformen orientieren sich an den Themen und Vorgehensweisen der Massenmedien. Es ist verständlich und weithin bekannt, dass auch die neuen Technologien eine große Anziehungskraft ausüben: Videoclips, Computer, Videospiele, Kinofilme, Werbeclips und Comics finden sich in den Stilen und Sprachen der Literatur wieder, so z.B. in *La tirana* (1983) und späteren Titeln von Diego Maquieira (*1951), und *Las vírgenes del Sol Inn Caberet* (1986) von Alexis Figueroa (*1956). Auch die bisher noch unveröffentliche-

ten Texte des Autors Egor Mardones (*1957) beziehen sich auf diesen Hintergrund und stellen aufgrund der graphischen Fülle, die hier von der Schriftform absolut untrennbar ist, hohe Anforderungen an die Augen des Lesers.

3. Chilenische Poeten im Ausland

Dieser sicherlich unvollständige Überblick über die poetischen Stilrichtungen könnte weiter fortgesetzt werden. Es ist aber interessanter, darauf hinzuweisen, dass die aufgezeigte Vielfalt und der Reichtum der Lyrik nicht nur innerhalb der Landesgrenzen Chiles entstand, sondern aufgrund der Exilerfahrungen auch außerhalb des Landes geschrieben wurde. Gegenwärtig lassen sich unter den chilenischen Dichtern fünf verschiedene Generationen unterscheiden, angefangen mit der aus den sechziger Jahren, die in der Folgezeit nie aufgehört hat zu veröffentlichen und inzwischen auf umfassende Anthologien zurückblicken kann. Waldo Rojas z.B. veröffentlichte noch vor *Poesía continua* (1995) den Titel *Fuente Itálica* (1990), der den Leser dazu einlädt, mit den Augen und den Ohren eine Reise durch die Welt der Klänge, Wörter und Gedichte zu unternehmen: zurückgehen, assoziieren, abprallen an den Versen, bis die Erinnerung Ähnlichkeiten und Kontraste wahrnimmt, auf Synonyme, Redewendungen und gelehrte Wörter aufmerksam wird und lernt, eine komplexe Poesie zu schätzen, die majestätische Räume entstehen lässt, die voller Schatten, Zeichen, Echos und Reflexionen sind. Der Leser findet Zeichen und verschlüsselte Nachrichten unter den Bäumen und Pflanzen, die die Ruinen der Villa Adriana überwuchern, und zwischen den Marmorbauten des schönen Florenz.

Das Ende der Reise durch *Fuente Itálica* bedeutet das Ende einer Vielzahl beschwörender Reisen, die aufgrund der zahllosen Perspektivenwechsel und der Lebendigkeit der Bilder an das Kino erinnern. Bei Rojas handelt es sich zweifellos um einen der konsistentesten Dichter Chiles, in dessen Werk jedes Wort abgewogen, abgemessen, ausgekostet und wohl platziert ist und der seine Arbeit auch im Ausland mit derselben Qualität fortgesetzt hat.

Noch vor der Veröffentlichung von *Suma alzada* (1998) erschien *Canto rodado* (1995) von Manuel Silva, das zwei frühere Titel enthält, deren jeweiliges Erscheinungsdatum mehr als 20 Jahre auseinander liegt: *Lobos y ovejas* und *Señal de ceniza*. Aufgrund von (stillen) Verbindungen – Ähnlichkeiten und Unterschiede – wirft die gemeinsame neue Ausgabe ein anderes Licht auf die beiden Texte. In seiner früheren Form als Einzelwerk wurde *Lobos y ovejas* 1972 mit einem Preis ausgezeichnet und 1976 schließlich veröffentlicht. Damals konnte es als Vorahnung der politischen und gesellschaftlichen

Krise interpretiert werden, die 1973 zum Militärputsch führte, ohne dabei jedoch der persönlichen Krise einer der Hauptfiguren des Gedichts zu viel Bedeutung zuzuschreiben: der des Schafs, das gerne ein Wolf gewesen wäre. Dieses Detail wird jedoch heute zu einem der Hauptaspekte, wenn man den Text mit dem von *Señal de ceniza* in Verbindung bringt, in dem es um die Persönlichkeitskrise des Erzählers geht, einem Menschen, der von dem Wunsch besessen ist, etwas zu finden, das ihm Vertrauen und Halt geben kann und ihm ermöglicht sich mit mehr Sicherheit durchs Leben zu bewegen, während er sich gleichzeitig befreien möchte von allem Überflüssigen, von allem, was ihn an eine Lebensweise bindet, die ihn nicht mehr befriedigt.

In *Lobos y ovejas* ist darüber hinaus eine Eigenschaft zu erkennen, die später zur Grundlage anderer Texte wurde und einen Großteil der Attraktivität späterer Werke – etwa von Zurita oder Maquieira – ausmacht: die Unbestimmtheit und Veränderlichkeit bezüglich der Sprache und der Figuren. Aufgrund gewisser Nachklänge und Textänderungen ließe sich auch denken, dass mit dem Homonym *canto* im neuen Titel der Gesamtausgabe der beiden Bände nicht der “Stein”, sondern der “Gesang” gemeint sein könnte, und zwar in dem Sinne, dass bereits fertiggestellte Gedichte wie wieder aufgelegte oder anders interpretierte Lieder neu erlebt und sogar überarbeitet werden. In einer solchen Untersuchung der dichterischen Arbeit werden die Stille und die Ruhe zu besonders wichtigen Elementen für den Dichter und sein Werk, denn sie gehören besonders in den Fällen von kurzen, diskreten und reservierteren Gedichten ebenso dazu wie der Text selbst.

Die Titel des Dichters José Ángel Cuevas (*1944), die nach seiner Anthologie *Adiós muchedumbres* (1989) erschienen sind, lauten *Treinta poemas del ex poeta José Ángel Cuevas* (1992), *Proyecto de país* (1994), *Poesía de la Comisión Liquidadora* (1997) und *Maxim – Carta a los viejos rockeros* (2000). In allen diesen Werken besteht die Absicht des Autors im Sehen und Zeigen dessen, was die Oberfläche versteckt hält, und im Enthüllen von und Hinweisen auf Situationen und Personen, die in der neoliberalen Gesellschaft untergehen unter der oberen Schicht der Siegreichen, die die Besiegten verabscheuen und ihnen ausweichen mittels einer geradezu abergläubisch anmutenden Geste, weil sie feige sind und Angst haben vor dem Misserfolg.

Die Arbeiten von Cuevas sind dringend notwendig, um zu verstehen, was die sich ständig verändernde chilenische Gesellschaft ist und wie sie erlebt wird. Ihre Widersprüche – im Ton, in der Bewertung, in der Perspek-

tive, in der Qualität – bereichern und komplizieren und machen die Gedichte zu einem leidenschaftlichen Plädoyer für eine Welt, die nicht mehr existiert. Und eben dieselben Widersprüche machen den Text zu einer leidenschaftlichen Biographie nicht nur des Individuums – der zahlreichen Sprecher in der Ichform, die alle José Ángel Cuevas heißen könnten –, sondern zu der kollektiven Biographie einer Generation, die in ihrer Jugend ein triumphales Land erlebte, als Chile Veranstalter der Fußballweltmeisterschaft 1962 war (an die der Titel eines außerordentlichen, bereits älteren Gedichts von Cuevas erinnert), die Rock'n'Roll tanzte, den Liedern von Elvis Presley und Violeta Parra zuhörte, die erste Mondlandung im Fernsehen verfolgte und sich an der Regierung der *Unidad Popular* beteiligte. Das Verlangen danach, die Erinnerung wiederzuerlangen und vor dem Vergessen zu retten, macht Cuevas' Gedichte einerseits zum Manifest einer Generation, das sich aber andererseits aufgrund seiner Komplexität genauso gut als Testament einer Generation lesen ließe.

Das soll aber nicht heißen, dass seine Texte pamphletartig wären oder Gemeinplätze enthielten (etwa nach dem Motto "Ballt die Faust, Kameraden"). Das ist zwar der Zusammenhang, in dem er schreibt, aber dennoch ist seine Poesie voller Widerrede und Widersinnigkeiten, die die verschiedenartigsten Einstellungen und Überlegungen repräsentieren. Nicht umsonst bezeichnet sich José Ángel Cuevas 1992 als "Exdichter"; er scheint sich mit dieser Definition sehr wohl zu fühlen, denn in *Proyecto de país* verwendet er sie erneut. Diese Vorsilbe hat in Chile heute jedoch eine viel größere Bedeutung als nur die direkte, wörtliche, denn in den siebzehn Jahren des Militärregimes wurde sie auf eine dermaßen große Anzahl von Einrichtungen und Ämtern angewendet, die von der Diktatur geächtet worden waren, dass sie ans Absurde grenzt. Also weitete Cuevas den Begriff auf diejenigen Landsleute aus, die ihre Vergangenheit leugnen, und spricht von "Exchile" als dem Land, wo die, die früher Chilenen waren, heute nichts mehr sind. Im Gegensatz zu dem, was der Titel *Proyecto de país* suggeriert, ist dieses Werk weniger ein Zukunftsprojekt für das Land als vielmehr eine Checkliste und ein Abbauplan des Landes. Aufgrund seiner Nummerierungen ähnelt es eher einem Entwurf und erinnert gleichzeitig an bestimmte Richtungen der chilenischen Poesie während der Zeit der Diktatur.

Eine neue Gruppe von Ende 20- bis Anfang 30-jährigen Dichtern beginnt jetzt mit der Veröffentlichung ihrer Arbeiten, die sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zur Lyrik der Vergangenheit aufweisen: Javier Bello, Alejandra del Río, Damsi Figueroa, Verónica Jiménez, Alejandro

Zambra, Germán Carrasco, Héctor Hernández etc. So unterschiedlich sie und ihre Werke auch sein mögen, so unmöglich ist es doch, ihre Eigenschaften von der Zugehörigkeit zur Tradition der Poesie Chiles zu trennen.

4. Poesie und Markt

Im heutigen Chile, in dem sich alles um Waren dreht, wird der Lyrik häufig mit einem Stereotyp begegnet: "Gedichte verkaufen sich nicht". Das Angebot sei zu groß und die Nachfrage zu gering, sagt man. Trotz der wenigen Verlage und den von den Autoren finanzierten Veröffentlichungen stirbt aber die Poesie dennoch nicht aus.

Gleichwohl gibt es inzwischen Dichter, die behaupten, dass Werbetexter der einzige Beruf ist, für den sie Bezahlung erwarten könnten und der ihnen gleichzeitig erlaube, mit Sprache zu experimentieren und kreativ zu sein. Aber so leicht scheint es doch nicht zu sein, denn bei manchen der betreffenden Autoren ist zu beobachten, dass sie sich heute darauf beschränken, sprachliche Effekte zu erfinden, Gedichte zu schreiben, in denen der Einfallreichtum Vorrang hat, mit dem Ziel, ein bestimmtes Wort oder eine Redewendung in das Gedächtnis der Käufer einzubrennen. Die Poesie wird so zu einem reinen Spiel des Scharfsinns, so dass sie mit Enge, Vereinfachung sowie Mangel an Komplexität und an Tragweite bezahlt werden muss. Das Resultat ist die Unmittelbarkeit, ein einfaches, schnelles Lächeln.

Allerdings gibt es andere Autoren, die versuchen, diese Probleme und Schwierigkeiten zu überwinden, ihre Arbeit fortsetzen und auf der Suche nach Tiefe weiter schreiben.

Vor wenigen Jahren wagte kaum jemand daran zu zweifeln, dass der chilenische Roman schlecht war oder zumindest keine Käufer fand. Wie durch ein Wunder änderte sich die Situation plötzlich Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts, manche wagten sogar von einem "Miniboom" der erzählerischen Literatur zu sprechen. Bis heute erscheinen ständig neue Autoren und neue Titel. Angesichts der großen Freude über diese "Entdeckung" mancher Verlage ist es nur zu bedauern, dass diese sich noch nicht entschieden haben, einen *Boom* – und am besten ohne die Vorsilbe "Mini" – der chilenischen Lyrik zu proklamieren. Gedichte verkaufen sich nicht? Die Verleger wissen genau, dass sie sich nur dazu durchringen müssten, ein entsprechendes Marketing zu betreiben und schon ließen sich die Absatzzahlen steigern. In einem Land wie Chile, das über eine gewisse dichterische Tradition verfügt, wäre das sogar besonders wichtig, auch wenn sich nicht leugnen lässt, dass die Poesie in dieser Zeit der Verkaufserfolge seichter Litera-

tur, der Unmittelbarkeit und des Wettbewerbs an Ansehen und Attraktivität verloren hat.

Die Verlagsindustrie stolpert angesichts der Lyrik über eine Materie, die weniger geschmeidig und undurchsichtiger als die meiste Prosa ist; die Verleger scheuen vor deren Komplexität und Kompliziertheit zurück, vor der Mitarbeit, die vom Leser erwartet wird. Jeden Tag wird verkündet, dass alles unkompliziert sein muss, leicht verdaulich oder am besten schon vorverdaut – von einigen wenigen, natürlich, nicht von der Mehrheit, der Mehrheit der “armen chilenischen zensierten Kinder und Erwachsenen”. Die Verleger scheuen vor einer Lyrik zurück, die viel tiefgehender, kritischer und vielseitiger ist als der Großteil der derzeitigen chilenischen Prosa. Aber wie lange werden sie sich weigern, das Hybride der literarischen Genres anzuerkennen, angesichts der Unendlichkeit von Überlappungen, die immer schwerer voneinander zu trennen sind?

Das Publikum bleibt gleichgültig, so wie wenn es hört oder liest, dass jeden Tag Tausende von Tierarten aussterben, so als ob es davon überhaupt nicht betroffen wäre. Die Verleger nutzen diese Gleichgültigkeit dazu, zu verkünden, dass die Lyrik unbedeutend sei und keinerlei Rolle im Leben der Leser oder der Gesellschaft spiele, dass sie keinen sichtbaren Nutzen habe, dass es keine reichen Dichter gebe, dass die Poesie keine dauerhaften Gewinne produziere, dass sie auf kein Interesse stoße etc. Aber die Dichter produzieren weiter und suchen neue Formen der Verbreitung: Gesang, Rap, Lesungen. Sie schreiben weiter und ernähren sich von diesem und jenem; sie veröffentlichen im Selbstverlag; wenn sie in den Veröffentlichungen der etablierten Verlage erscheinen, fürchten sie den einheitlichen Klang, die vereinheitlichende Stimme. Eine Welt der Monotonie, der Stille und der Banalität in der poetischen Produktion ist aber für die Gesellschaft ebenso schädlich wie ein Mangel an Verschiedenheit und Artenreichtum aufgrund der ständig fortschreitenden Verarmung an Biodiversität für die Natur.

Torsten Eßer

Klänge an der Peripherie. Musik in Chile: von den Mapuche bis zum Techno

1. Zur Geschichte der Musik in Chile

1.1 Indigene Musik

Was wir über die Musik der Eingeborenen und deren Kontakt zu den Jesuiten wissen, stammt aus der Feder europäischer Autoren. Die indigene – orale – Kultur hat keine Zeugnisse hinterlassen, und aus Erzählungen wurde nur wenig zu diesem Thema überliefert.

Die ersten Beschreibungen der Musik und der Tänze der *indigenas* stammen von einem spanischen Soldaten – Alonso González de Nájera – aus dem Jahre 1614 und von einem Jesuitenpater – Alonso de Ovalle – aus dem Jahr 1646. Beide Autoren stellen die Zeremonien der Indianer als primitiv dar und behaupten, ihre Flöten seien aus den Knochen gefallener spanischer Soldaten gemacht (Aracena 1997: 2-4).

Die indigene Urbevölkerung Chiles setzte sich aus vier Völkern, dem Atacameño-, dem Aymara-, dem Mapuche- und dem Fueguino-Volk zusammen (González 1998: 356).¹ Während die Fueguino-Stämme Patagoniens ausstarben bzw. vollständig assimiliert wurden, leben die anderen Völker heute auf verschiedenen Akkulturationsstufen. Heute stellen sie rund 10% der 15 Millionen Chilenen (1999).

Die Atacameño leben in Oasen der Atacama-Wüste. Sie praktizieren eine synkretistische Religion, das heißt eine Mischform aus ihrer Naturreligion und dem Katholizismus. Die Verehrung von *pachamama* (Mutter Erde) steht dabei im Vordergrund. Bei ihren religiösen und weltlichen Festen benutzen sie noch heute die Instrumente ihrer Ahnen. Die wichtigsten prä-hispanischen Instrumente der Atacama-Bewohner waren Trompeten aus Schilfrohr (*clarín*) oder Horn (*putu*) und Rasseln (*chorimori*). Von den Spaniern übernahmen sie verschiedene Trommeln und die Gitarre. *Clarín*, *putu* und *chorimori* kommen bei den Feierlichkeiten zu Ehren des Wassers zum Einsatz,

¹ Es ist umstritten, ob es sich bei den Aymara um ein Volk handelt oder um eine Sprachgruppe (vgl. Lindig 1986: 47). Die Polynesier auf den zu Chile gehörenden Osterinseln bleiben hier unberücksichtigt.

während Gitarre und Trommeln für den Karneval benutzt werden, der bei den Atacameños als Erntedankfest gefeiert wird (González 1998: 361; Danemann 1977: 107).

Bevor die Aymara- oder Anden-Indianer im 16. Jahrhundert begannen, von den Spaniern die Sprache und den Katholizismus zu übernehmen, waren sie schon von den Inka unterworfen worden. Die Aymara leben am Fuß der Anden und praktizieren ebenfalls eine synkretistische Religion. Auch sie übernahmen von den Spaniern und anderen Europäern Instrumente wie die Gitarre, die Violine oder die Metall-Trompete. Bei ihren ursprünglichen Instrumenten handelt es sich hauptsächlich um Flöten aus Schilfrohr, Knochen (*kena*, *siku*) oder Holz (*tarka*), die heutzutage auch aus Plastik oder Kupfer gefertigt werden. Die *siku* (Panflöte) unterteilt sich je nach Register(Tonart) in die *sanha* (Tenor), *contra* (Alt) und *liku* (Sopran). Während der religiösen und der Ernte-Festivitäten werden meistens traditionelle und übernommene Instrumente gemeinsam verwendet. Beim Karneval gibt es große Orchester, die neben traditionellen Liedern auch *cumbia* (afrokolumbianische Tanzmusik) und Walzer spielen. Für religiöse Prozessionen bilden sich spezielle Ensembles, die so genannten *sikuri*. Sie bestehen aus zehn Panflötenspielern verschiedener Tonarten (González 1998: 357f.; Danemann 1977: 105f.).

Den längsten und stärksten Widerstand gegen ihre Akkulturation leisteten in Chile die verschiedenen Stämme des im Süden lebenden Mapuche-Volkes.² Schon den Angriffen der Inka hatten sie widerstanden, und als 1536 die Spanier in ihr Gebiet einfielen, drängten die Mapuche auch diese zurück. Von den Angreifern stahlen sie Pferde und bauten sich eine eigene Reiterei auf, so dass auch die überlegenen Waffen der Spanier nicht zum Sieg ausreichten. 1641 musste die Kolonialmacht ihre Unabhängigkeit anerkennen. Der Mapuche-Staat bestand bis 1884, dann führten immer modernere Waffen und die Ansiedlung von Wehr-Kolonisten zu seinem Ende (González 1998: 357; Lindig 1986: 221-223).

Ihre Naturreligion behielten die Mapuche trotzdem bei und legten nur ein dünnes Substrat des Katholizismus darüber. Solchermaßen christlich

² Die Mapuche ("Menschen der Erde") leben auf argentinischem und chilenischem Staatsgebiet und unterteilen sich u.a. in folgende Stämme: Pehuenche, Puelche, Tehuelche, Ranquel, Huarpe und Pampa-Bogota. Sie wurden – wie alle Ureinwohner – von den Spaniern als Araukaner bezeichnet, abgeleitet von den Araukarienwäldern (indianische Bezeichnung: *Pehuen*). In späteren Zeiten wurde diese Bezeichnung aus politisch-diskriminatorischen Gründen beibehalten (vgl. Robertson 1998: 232; NZZ, 21.5.2001). Andere Autoren leiten den Namen vom indianischen Wort *ragco* ab (vgl. Aracena 1997: 2).

bekehrt, verehren sie weiterhin ihre Götter, zu denen sie mit Hilfe von Schamanen Kontakt aufnehmen. Dabei tanzen diese sich zu den Klängen von Kesselpauken (*kultrún*) und Rasseln (*wada, kaskawilla*) in Trance.

Bei ihren religiösen und weltlichen Festen benutzen die rund 700.000 chilenischen Mapuche auch Flöten aus Stein, Schilfrohr oder Holz (*pifülka, piloilo, pinkullwe*) und Trompeten (*kullkull, nolkin, trutruka*).³ Die zwei bis sechs Meter lange *trutruka* gleicht einem Alphorn und wird auch zur Verständigung über weite Entfernungen verwendet. Von den Europäern, vor allem von den deutschen Siedlern, die in ihrer Region sesshaft wurden, übernahmen die Mapuche verschiedene Instrumente, wie zum Beispiel das Akkordeon und die Harfe (González 1998: 358f.; Robertson 1998: 234). Sie werden häufig bei den mehrere Tage dauernden *ramadas* gespielt, Sing- und Tanzfesten zum Ende der Erntezeit, bei denen auch Walzer und Polkas vorgetragen werden. Aber auch bei den Mapuche schreitet die Akkulturation voran. Durch Fernsehen und Radio kommen – nicht nur in musikalischer Hinsicht – neue Einflüsse in die *reducciones*, abgetrennte Gebiete, in denen sie leben. Und auch die rund 300.000 in den Städten lebenden Mapuche bringen bei ihren Heimatbesuchen neue kulturelle Errungenschaften mit. Den Kampf gegen die Moderne – wenn man denn den Verlust traditioneller Werte als negativ ansieht – verlieren auch die Mapuche (Robertson 1998: 236 ff.; NZZ, 21.5.2001).

1.1.1 Musik als Mittel der Evangelisierung

Der Einfluss der Jesuiten auf die Musik der Indianer – von ihnen allesamt Araukaner genannt – war immens. Sie benutzten die Musik, um die Eingeborenen zum Christentum zu bekehren und vermittelten die katholische Doktrin durch die Musik. Dabei kam ihnen zugute, dass die Musik der Araukaner in Struktur und Melodie den Gesängen der Jesuiten ähnlich war. Monophone Melodien mit wiederholten Hebungen und Senkungen und Texte in Versform gesungen, von allen zusammen oder einer Gruppe, die einem Vorsänger folgte, gab es sowohl bei den Eingeborenen wie bei den Jesuiten. Sowohl jesuitische wie auch araukanische Gesänge hatten nur eine beschränkte melodische Spannweite. Die Jesuitenmönche komponierten passend dazu Texte katholischen Inhalts in Reimform und in araukanischer Sprache. Überliefert sind solche Gesänge in den so genannten *gramáticas*. Diese Dokumente vom

³ Die ältesten gefundenen Steinflöten der Mapuche datieren aus dem 10. Jahrhundert.

Anfang und vom Ende der Jesuiten-Anwesenheit belegen eine Kontinuität in der musikalischen Tradition (Aracena 1997: 10f., 19).

Detailliert beschreibt der aus der Nähe von Köln stammende Mönch Bernardo Havestadt in seinem 1777 erschienenen Werk “Chilidúgú: sive, Tractatus linguae Chilensis”, wie die Mönche araukanische Texte mit spanischen Vokabeln durchsetzten, um den Eingeborenen die ihnen völlig fremden religiösen Konzepte nahe zu bringen. Teilweise waren über 50% der Vokabeln eines Textes auf spanisch geschrieben, wie der nachfolgende Text über die sieben Sakramente der katholischen Kirche zeigt:

Ta in Ñuque santa Iglesia ta ni Sacramento relûei Unelelu Bautismo Epulelu Confirmacion. Cúlalelu Penitencia. Melilelu Comunión. Quechulelu Extrema unction. Cayulelu Orden sacerdotal. Relûelelu Matrimonio.⁴

Die Mönche nahmen so auch Einfluss auf andere Teile der araukanischen Kultur. Die recht eifrigen Eingeborenen lernten die Doktrin bemerkenswert schnell und sangen sie auch außerhalb der Messen. Doch eine Konversion zum katholischen Glauben hatten sie nur vordergründig vollzogen. 1767 wurde der Jesuitenorden aus Lateinamerika verbannt, doch sein Einfluss auf die Musik hielt noch lange an. Vor allem auf der zu Chile gehörenden Insel Chiloé verdrängten die gregorianischen Gesänge der Mönche die Musik der dort lebenden Williche-Indianer (Süd-Mapuche) gänzlich (González 1998: 366).

1.2 Von der Kolonialmusik zur Folklore

Während der Kolonialzeit (1541-1810/17) spielten, sangen und tanzten die spanischen Eroberer auf dem Gebiet des heutigen Chile die Musik und die Tänze aus ihrer Heimat in den ihnen bekannten Formen: *romance* und *décima* sowie die arabisch beeinflussten *nuba* und *zejel*. Diese gehören zu den Vorläufern in der musik-poetischen Tradition Chiles. Aus ihnen entstanden u.a. *verso* und *tonada*, die von Minnesängern (*payadores*) vorgetragen wurden. Während viele Genres verschwanden, überlebte die *romance*, die nicht nur von Liebe, sondern auch von Abenteuer und Verbrechen handeln konnte, u.a. in *verso* und *tonada*. Die gesungene Dichtkunst des *verso* wurde immer von einer Gitarre oder einem ähnlichen Instrument begleitet. Die Themen konnten säkularer (*a lo humano*) oder religiöser (*a lo divino*) Natur sein. Der *verso a lo humano* beinhaltete historische Themen, Natur, Liebe oder Rätsel und wurde bei Hochzeiten, Taufen, Geburtstagen oder zur Zerstreung vor-

⁴ Text notiert von Havestadt (1777); zitiert bei Aracena (1997: 13).

getragen. *Versos a lo divino* hingegen hatten Geschichten aus dem Alten und Neuen Testament zum Inhalt und wurden bei religiösen Festen und bei Begräbnissen eingesetzt. Beide Formen sind durch mündliche und schriftliche Quellen überliefert (González 1998: 367). Ab dem 18. Jahrhundert pflegte die Aristokratie auch so genannte *tertulias musicales*, bei denen diskutiert, musiziert und getanzt wurde.⁵

Auch die *tonada (chilena)*⁶ wird von den Klängen der Gitarre begleitet. Sie wird auch heute noch in einem nasalen Gesangsstil von einem oder zwei Sängern oder Sängerinnen vorgetragen und zwar bei Rodeos, Erntefesten oder Geburtstagen. Dabei kann sie verschiedene Namen erhalten, je nachdem, ob sie in Form einer Serenade (*esquinazo*), bei einer Hochzeit als Glückwunschlied (*parabién*) oder zum Weihnachtsfest als Gedicht (*villancico*) gesungen wird. Die *tonada de velorio* wird bei Totenwachen zu Gehör gebracht. Ursprünglich eine rein ländliche Musik, kam die *tonada* zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit migrierenden Landarbeitern und den Großgrundbesitzern in die Städte. Dort wurde aus ihr die Folkloremusik der zentralen Region Chiles. Vokalquartette, die von der Musik eines Akkordeons, einer Harfe und von Gitarren begleitet wurden, sangen *tonadas* und trugen die Tracht der chilenischen Cowboys (*huasos*), um so ihren nostalgischen Gefühlen, der Sehnsucht nach der verloren gegangenen Heimat – das weite Land – Ausdruck zu verleihen. Die ersten erfolgreichen Gruppen dieser singenden Cowboys bestanden aus Universitätsstudenten, so *Los Cuatro Huasos* (gegründet 1927), *Los Huasos Quincheros* (1937) oder *Los Provincianos* (1938). Dieser Stil der *tonada* wurde später von den Interpreten der Folkloremusik, u.a. Violeta Parra, weiterentwickelt (González 1998: 368).

Die *cueca*, Chiles Nationaltanz, stammt ursprünglich aus Peru. 1825 gelangte ein neuer Tanz – die *zamacueca* – aus Lima nach Santiago und verbreitete sich in den Tanzsälen der Oberschicht und schnell auch im ganzen Volk. Der Tanz symbolisiert das Werben eines Hahns um die Henne. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts war die *zamacueca chilena* zum Nationaltanz avanciert, und die ersten eigenständigen Melodien und Texte wurden für sie geschrieben. Da der Name zu lang war, verkürzte das Volk ihn zu *cueca* (in den Nachbarstaaten heißt sie manchmal auch *chilena*). Die Musik der *cueca* ist rein lateinamerikanischen Ursprungs, im Tanz ist noch die Form der spa-

⁵ Vgl. *Revista Musical Chilena* Nr. 11/1946, S. 44-45.

⁶ Während mit *tonada* in vielen Ländern Lateinamerikas eine Begleitmusik zu einem Gesangsstück bezeichnet wird, gilt die *tonada chilena* als eigenständige Liedform (vgl. Ludwig 2001: 623).

nischen *danza picaresca* zu erkennen, die im 18. Jahrhundert von der iberischen Halbinsel in die Kolonien kam. Als begleitende Instrumente dienen in der Regel Gitarre, Akkordeon, Harfe und Klavier.

In Chile haben sich jedoch viele regionale Varianten der *cueca* entwickelt, bei denen auch andere Instrumente zum Einsatz kommen. So wird zum Beispiel die *cueca nortina* mit Blasinstrumenten und Panflöten gespielt und schneller getanzt als die *cueca porteña* aus der Gegend um Santiago, bei der auch Trommeln zum Einsatz kommen. Die *cueca prostibularia* – entstanden in Bordellen – ist gekennzeichnet durch lasziven Tanz und doppeldeutige Texte. Inhaltlich behandeln die Gesänge historische oder gesellschaftliche Ereignisse und Liebesgeschichten (Ludwig 2001: 215; González 1998: 369). *Cueca* und *tonada* bilden in Chile – wie auch in Kuba und anderen Ländern Lateinamerikas – die Basis der ländlichen folkloristischen Musik. Dabei wurden sie lange Zeit fälschlicherweise als die einzig authentischen Folklorestile wahrgenommen, da sie von der städtischen Bevölkerung akzeptiert und adaptiert worden waren (González 1989: 268).⁷ Chilenische Musiker und Komponisten begannen Anfang des 20. Jahrhunderts, diese und andere Musikstile aufzuzeichnen und weiterzuentwickeln.

1.3 Der musikalische Aufbruch im 19. Jahrhundert

Das offizielle Musikleben der Kolonialzeit hatte sich vornehmlich auf den Wirkungsbereich der Kirche konzentriert. Mit dem Ende der spanischen Kolonialherrschaft begann das Musikleben in Chile aufzublühen und sich zu differenzieren. Trotzdem blieb das spanische Erbe auch nach 1810/17 (Chiloé 1826) ein bestimmender Faktor im kulturellen Leben Chiles: Die „politische Selbstständigkeit bedeutete keineswegs kulturelle Loslösung vom früheren Mutterland“ (Günther 1982: 9).

Die nach dem Gewinn der Freiheit weit verbreiteten nationalistischen Gefühle nutzend, förderte die neue Regierung die Gründung von Militärkapellen. In der kolonialen Epoche hatte es nur wenige „Musik-Soldaten“ gegeben, die beim Empfang neuer Gouverneure oder Bischöfe aufspielten. 1814 übertrug der Präsident einem Engländer, Guillermo Carter, die Organisation der ersten nationalen Militärkapelle, die kurze Zeit später in das Regiment der *Granaderos* integriert wurde und täglich den Zapfenstreich blies. 1817 wurde die *Academia Músico-Militar* ins Leben gerufen, deren erster

⁷ In Bezug auf andere Länder siehe zum Beispiel Linares (1974).

Leiter Antonio Martínez wurde. 1820 komponierte Manuel Robles die neue Nationalhymne zu einem Text von Bernardo Vera.⁸

Durch die politische und wirtschaftliche Öffnung Chiles kamen neue kulturelle Einflüsse ins Land. Händler und Kaufleute aus vielen Ländern Europas kamen nach Chile und brachten Liederbücher und Partituren der aktuellen Musik sowie Instrumente – vor allem Klaviere – mit. Musikensembles bereisten das Land und spielten in den Salons der Städte. Einige ließen sich in Chile nieder, wie 1822 die aus Spanien kommende Sopransängerin Isidora Zegers de Huneeus (1803-1869). Sie komponierte nicht nur Lieder für die Operette sowie für Kinder, ihr ist es auch zu verdanken, dass 1830 die erste ausländische Opernkompanie in Valparaíso auftrat und Werke von Rossini und anderen Komponisten aufführte. Diese und die nachfolgenden Ensembles, die in den konkurrierenden Opernhäusern von Santiago, Valparaíso und Copiapó spielten, hinterließen einen bleibenden Eindruck bei den ortsansässigen Musikschaftern. Dr. Aquinas Ried (1815-1869), ein in Chile lebender Deutscher, reichte 1846 das Manuskript der ersten spanischsprachigen Oper ein: „Telésfora“. Ihr Stoff handelt von einem Soldaten in den Unabhängigkeitskriegen gegen Spanien. Aufgrund diverser Schwierigkeiten konnte 1855 nur ein Chor aus dem Werk aufgeführt werden (Pereira Salas 1982: 242f.; *Revista Musical Chilena*, Nr. 17-18, 1947: 53f.). Im Hause von Isidora Zegers entstand aus einer der zuvor erwähnten *tertulias musicales* 1826 die *Sociedad Filarmónica*. Sie richtete die ersten Kammermusikkonzerte Chiles aus (*Revista Musical Chilena* Nr.14, 1946: 46f.).

Wie Zegers und Ried beeinflussten viele andere Ausländer das aufblühende Musikleben Chiles nachhaltig. Ende des 19. Jahrhunderts war der französische Einfluss deutlich spürbar. In den kultivierten Kreisen sprach man Französisch und ging zum Kompositionsstudium nach Paris. Doch die Franzosen stellten nur eine geringe Zahl von Bürgern in Chile. Die deutschen Einwanderer, deren Zahl besonders nach der Revolution von 1818 anstieg, waren musikalisch ausgesprochen aktiv. In Chile gründeten sie 1858 die „Liedertafel“ und 1915 den „Deutschen Gesangsverein“, der von einem Neffen Gustav Mahlers geleitet wurde. Ihr Einfluss – vor allem in Valdivia und Puerto Montt – ist auf die Vielzahl ihrer Konzerte zurückzuführen (Pereira Salas 1982: 244; Günther 1982: 17; Guarda 2001). Der deutschstämmige Guillermo Frick komponierte die „Valdivianische Musik“.

⁸ Vgl. Pereira Salas (1982: 242); *Revista Musical Chilena* Nr. 12 (1946: 48-49); Nr. 24, (1947: 70-71). Die Nationalhymne wurde 1847 durch eine neue Version ersetzt.

Weitaus höher ist der Einfluss des nordamerikanischen Pianisten Louis Moreau Gottschalk einzuschätzen, der sich von 1865-1869 in Chile, Uruguay und Brasilien auf Konzertreise befand. Er organisierte in Santiago de Chile und anderen Städten Konzerte mit Massenansammlungen von Musikern und spürte überall begabte junge Talente auf. In Chile entdeckte er den Pianisten Federico Guzmán Frías (1837-1885), dem er zum Auslandsstudium riet. Guzmán tourte später durch die USA und Europa und kam dort mit der Musik Chopins und Schumanns in Berührung. Sie beeinflusste viele seiner über 200 Kompositionen (Pereira Salas 1982: 244f.; Günther 1982: 15).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kristallisierte sich ein Kompositionsstil mit Nationalkolorit heraus. Eliodoro Ortiz de Zárate (1865-1952) und Remigio Acevedo Guajardo (1863-1911) gehörten zu den führenden Komponisten Chiles. In vielen ihrer von italienischen Vorbildern inspirierten Opern behandelten sie nationale Themen. Als weitere so genannte "nationale" Komponisten gelten Enrique Soro (1884-1954), Pedro Humberto Allende (1885-1959) und Carlos Isamitt (1887-1974). Sie verarbeiteten in vielen ihrer Stücke die nationale Folklore, wie sich schon an den Titeln der Klavier- und Orchesterkompositionen Isamitts erkennen lässt: "Evocación Araucana" (1932), "Mito Araucano" (1935), "Evocaciones Huilliches" (1966).

Zu dieser Zeit begann auch die Sammlung und Erforschung des musikalischen Volksgutes. Isamitt und vor allem Allende erforschten die Musik der indigenen sowie der Landbevölkerung. Carlos Isamitt fertigte zwischen 1931 und 1937 Hunderte von Aufnahmen indigener Musik an. Allendes Stücke, in denen er auch *cuecas* und *tonadas* verarbeitete, erlangten internationale Anerkennung: Das Cellokonzert "Escenas Campesinas Chilenas" (1913/14) wurde von Debussy gewürdigt und von Pablo Casals gespielt. 1928 präsentierte er auf einem Kongress über Volkskultur in Prag zum ersten Mal außerhalb Chiles Aufnahmen araukanischer Musik (Núñez 1945: 16f.). Carlos Lavin (1883-1962), einer der besten Kenner der indigenen Musik, studierte in Berlin bei dem Begründer der Musikethnologie, Erich von Hornbostel, um so die wissenschaftlichen Voraussetzungen zur musikethnologischen Erforschung Chiles zu schaffen (Günther 1982: 16).

Diese Arbeiten fallen in eine Zeit, in der ein neuer Geist die Musik Chiles erfasste. Über die 1871 bzw. 1879 gegründeten *Sociedad Musical* und *Sociedad de Música Clásica* gelangte die Musik von Richard Wagner nach Chile. Dank der Fürsprache ihrer Mitglieder wurden nun auch "Tannhäuser" und "Lohengrin" gespielt. Die englischsprachige Gemeinde Valparaíso

führte 1895 zum ersten Mal ein Oratorium Händels – den Messias – auf (Pereira Salas 1982: 246f.).

1.4 Von der Wiederentdeckung der Folklore bis zur Nueva Canción

Die Beschäftigung vieler chilenischer Komponisten und Musikwissenschaftler mit ihrer folkloristischen Musik zu Beginn des 20. Jahrhunderts gipfelte 1943 in der Gründung des *Instituto de Investigaciones del Folklore Musical* u.a. durch Eugenio Pereira, Jorge Urrutia Blondel und Carlos Lavín (*Revista Musical Chilena* Nr. 3, 1945: 19). Aber auch außerhalb des institutionellen Rahmens gab es viele Musiker, die das alte ländliche Liedgut neu für sich entdeckten und bearbeiteten. Víctor Acosta (1905-1966), Nicanor Molinare (1896-1957), Clara Solovera (1909-1992) und viele andere zogen über Land und sammelten *cuecas*, *tonadas* und andere Volkslieder.

Sicherlich die bekannteste aus dieser Generation von Musikern war Violeta Parra (1917-1967). Sie begann zu Beginn der fünfziger Jahre mit ihren Kindern – Isabel und Angel – durch das Land zu reisen und Volkslieder zu sammeln, die sie in ihrem eigenen poetischen und musikalischen Stil dem städtischen Publikum bekannt machte, als Alternative zur vorherrschenden anglo-amerikanischen Musik (Jara 2000: 68f.; González 1998: 370f.; Cánepa 1987: 235). Nach vielen Auslandstourneen eröffnete Parra 1965 in Santiago in einem alten Zirkuszelt ein Kulturzentrum für Folklore und Musik. Bekannt wurde sie vor allem ab 1966 mit ihrem Lied „Gracias a la Vida“ (Jara 2000: 146f.). Sie war es auch, die vielen jungen Musikern den ersten Kontakt mit der Volksmusik ermöglichte.

1.4.1 Musik als Waffe – Víctor Jara und die Politisierung des chilenischen Liedes

Ein Musiker, von dessen Talent Violeta Parra sehr überzeugt war und für den sie zwei Lieder schrieb, war Víctor Jara. Er stammte vom Land und hatte den ersten Kontakt mit einer Gitarre über den Dorflehrer, der bei ihnen wohnte und ihm einige Griffe beibrachte. Víctors Mutter war eine Folkloresängerin, die aber kaum Zeit zum Spielen hatte. So übte Víctor auf ihrer Gitarre und lernte von einem Nachbarn die ersten Akkorde (Jara 2000: 44-52). Nach dem Umzug der Familie nach Santiago ging er bald auf die Schauspielschule. Zu dieser Zeit, 1957, lernte er Violeta Parra kennen und schloss sich der Folkloregruppe „Cuncumén“⁹ an, die sich als erste einen

⁹ In der Mapuchesprache: Murmelndes Wasser.

indigenen Namen gegeben hatte. Er lernte viele Volkstänze und baute diese auch in seine Theaterstücke ein (Jara 2000: 68-70). Er sah die "Volksmusik als [...] zeitgenössisches Ausdrucksmittel, das die Fähigkeit zur Entwicklung [...] barg, wenn man die Verbindung zu seinen ursprünglichen Wurzeln nicht zerstörte" (zitiert nach Jara 2000: 115). 1962 verließ er "Cuncumén" und arbeitete als Lehrer an einer neu gegründeten Schule für Folklore. Er sah diese Arbeit als wichtig an, da in zunehmendem Maße die Produkte der internationalen Musikindustrie den kleinen chilenischen Markt überschwemmten.

Durch die Modernisierung und Industrialisierung der chilenischen Gesellschaft ab den vierziger/fünfziger Jahren wurde auch der Musikkonsum angekurbelt. Die Zahl der Besitzer von Radios und Schallplattenspielern wuchs enorm, genauso wie die Zahl der Radiostationen. Gleichzeitig wurde die anglo-amerikanische Musik beherrschend, so dass auch chilenische Musiker der damaligen Zeit die "Beatles" als eine der wichtigsten Gruppen angeben, wenn sie nach ihren Vorbildern gefragt wurden. Gegen diesen kulturellen Imperialismus und Kolonialismus wandte sich später die Bewegung der *Nueva Canción* (Fairley 1985: 306). Unter dem internationalen Konkurrenzdruck passten sich auch viele chilenische Schlagersänger den Bedingungen des Marktes an: Aus Patricio Henríquez wurde "Pat Henry", aus "Los Hermanos Carrasco" wurden "The Carr Twins". Die meisten Radiosender waren im Besitz der reichen Oberschicht und spielten nur noch kommerzielle anglo-amerikanische Musik.

In Argentinien hatte Präsident Perón ein Gesetz erlassen, das den Radiosendern vorschrieb, mindestens 50% der Sendezeit mit nationaler Musik zu füllen. Das wirkte sich stimulierend auf die dortige Musikszene aus, deren Lieder dann auch Chile erreichten. Vieles war Kitsch, aber immerhin stammte es aus Lateinamerika. Die Musik von Gruppen wie "Los Chalchaleros" oder "Los Fronterizos" wurde in Chile von "Los Cuatro Cuartos" und ihrem weiblichen Gegenstück "Las Cuatro Brujas" imitiert. Der *Boom* dieser so genannten Neo-Folklore dauerte allerdings nur ein Jahr, dann wandten sich auch diese Gruppen der internationalen Musik zu (González 1989: 281; Jara 2000: 117). Die Volkslieder hatten kommerziell gegen diese Musik keine Chance, trotzdem lernten immer mehr Menschen sie zu schätzen. Sie wurden zum Bestandteil linker Demonstrationen, so bei der Präsidentschaftskampagne für Salvador Allende 1964. Ein Mittel der US-Regierung im Kampf gegen die chilenische Linke war die "kulturelle Invasion". Die Massenmedien propagierten den *American Way of Life*, und aus dem Radio tönte fast

nur noch US-amerikanische Musik: “Die kulturelle Invasion ist wie ein dicht belaubter Baum, der uns daran hindert, unsere eigene Sonne [...] zu sehen” (zitiert nach Jara 2000: 167), sagte Jara in einem Interview. Darum lehnten er und seine Mitstreiter auch die Integration von Rock oder Jazz in ihre Stücke ab (Cánepa 1987: 236).

Auch die Bezeichnung “Protestsänger”, die spätestens seit dem 1967er *Encuentro de la Canción Protesta* in Kuba verwendet wurde, gefiel den chilenischen Sängern nicht. Im Gegensatz zu den “Protestsängern” aus den USA – wie zum Beispiel Pete Seeger – betrachteten sie sich als Volkssänger, auch wenn viele ihrer Lieder Protest ausdrückten (Jara 2000: 165; Fairley 1985: 305).

1965 eröffneten Angel und Isabel Parra die *Peña de los Parra*, eine Veranstaltung, bei der sich Musiker trafen, um zu singen und Ideen auszutauschen. Sie lernten dort viele neue Musikstile und vor allem Instrumente kennen, welche die Parras aus anderen Ländern und Regionen mitgebracht hatten: die *cuatro* (kleine, viersaitige Gitarre) aus Venezuela, die *triple* (zwölfsaitige Gitarre) aus Kolumbien sowie *quenas* (Flöten) und *bombos* (Trommeln) aus dem Norden Chiles. Die *Peña* und ihre Nachahmer wurden zur Keimzelle des “Neuen Chilenischen Liedes” (*Nueva Canción*). Victor Jara nahm zu dieser Zeit seine erste Single auf: “La Cocinerita” (Jara 2000: 119-121).

Als Mitglied der Kommunistischen Partei war es ihm unmöglich, seine Kunst von der politischen Situation zu trennen. Mitte der sechziger Jahre wurden seine Texte immer stärker von den Ungerechtigkeiten, der Armut und der politischen Lage in Chile und Lateinamerika bestimmt: “Das was ich rings um mich herum sehe, bewegt mich immer mehr. Die Armut meines eigenen Landes, die Armut Lateinamerikas [...]” (Jara 2000: 138). Seine Lieder wurden zum Teil des täglichen Kampfes: „Ein Künstler muss ein [...] Revolutionär sein [...] so gefährlich wie ein Guerillakämpfer[...].“ (Jara 2000: 172) Jara reagierte mit seinen Liedern immer spontaner auf aktuelle Ereignisse, so auf ein Massaker an Landbewohnern in der Nähe von Puerto Montt. “Preguntas por Puerto Montt” wurde zu einem viel gesungenen Lied. Beeindruckendstes Beispiel für diese Haltung Jaras ist das Stück “Manifiesto”, in dem es heißt: “Ich singe nicht aus Liebe zum Gesang [...] Denn ein Lied hat dann einen Sinn, wenn es in den Adern des Mannes pocht, der singend sterben wird [...]”. Eine Vorahnung der Ereignisse von 1973.

Eine große Bedeutung für die *Nueva Canción* hatten Texte chilenischer Dichter, allen voran die von Pablo Neruda. Der Literaturnobelpreisträger war

ein Freund Allendes und glühender Verfechter der neuen Politik. Viele Künstler, allen voran Victor Jara, verarbeiteten seine Gedichte in Musik- und Theaterstücken. Noch im Jahre 1999 erschien eine CD mit vertonten Texten zu seinen Ehren. Ein Zitat von Patricio Manns belegt, wie wichtig die Dichtung für die Musiker war: "Wir können sagen, dass die Macht eines Liedes unkalkulierbar ist, wenn ein Tropfen Überzeugung, ein Tropfen Dichtkunst, ein Tropfen Musik und ein Tropfen Gefühl mit weiteren Zutaten hineingemischt wurden" (Manns 1987: 194).

Von 1966-1969 arbeitete Victor Jara als künstlerischer Leiter der aus Studenten bestehenden Gruppe "Quilapayún".¹⁰ Sie spielten volkstümliche Musik mit einheimischen Instrumenten, vor allem aus den Anden (*queñas, sicus, charangos*). Dabei entwickelten sie die ursprünglichen Klänge weiter und schrieben neue Texte mit kritischen Inhalten. Sie wurden zum Vorbild vieler chilenischer Gruppen. Da die Musik "linker" Gruppen kaum im Radio gespielt und erst recht nicht verlegt wurde, rief die Kommunistische Partei 1968 ein eigenes Schallplattenlabel ins Leben: *La Discoteca del Cantar Popular* ("DICAP"). Auf Initiative des Radiodiskjockeys Ricardo García kam dann 1969 das erste "Festival des Neuen Chilenischen Liedes" zustande. Dort spielten sowohl linke Interpreten – u.a. "Inti-Illimani", Patricio Manns, Angel Parra, Victor Jara – wie auch apolitische Gruppen, wie die "Los Huasos Quincheros" (Jara 2000: 181-184). Durch das Festival erhielten die Künstler mehr Aufmerksamkeit in den Medien. Schon im folgenden Jahr traten allerdings nur noch Interpreten auf, die eine linke Politik unterstützten. Die Musiker engagierten sich in der Kampagne für die Präsidentschaftswahl 1970 für Salvador Allende, auf den sich die *Unidad Popular* als Kandidaten geeinigt hatte. "Venceremos", in seiner ersten Version von Sergio Ortega und Victor Jara, wurde zur Hymne der *Unidad Popular* und auf allen Masendemonstrationen gesungen (Jara 2000: 201).

Nachdem Allende gewählt worden war, musste sich die neue Regierung von Beginn an der Anfeindungen der rechten und ultrarechten politischen Kräfte erwehren. Um das oftmals falsche Bild Chiles im Ausland zu korrigieren, schickte Allende Victor Jara, "Illapu, Inti-Illimani" und andere als "kulturelle Botschafter" auf Tourneen. Durch diese sowie die unzähligen Konzertreisen, die Jara und andere zuvor gemacht hatten, entstand im Ausland der Eindruck, als gäbe es nur diese Musik in Chile. Auch im Band II

¹⁰ In der Mapuchesprache: "Drei Bärte", da die Musiker nach dem Vorbild der kubanischen Revolutionäre lange Bärte trugen.

des *Rough Guide World Music* ist *Nueva Canción* die einzige Musik, die im Kapitel "Chile" behandelt wird.

Ein weiterer Effekt der Konzerte in Lateinamerika war, dass die Bewegung des "Neuen Chilenischen Liedes" sich mit ähnlichen Bewegungen auf dem ganzen Kontinent verband und sie beeinflusste. Im Gegenzug wurden aber auch die chilenischen Künstler von den Ideen ihrer lateinamerikanischen Kollegen inspiriert, vor allem von den Sängern der *Nueva Trova* (Díaz 1994) in Kuba. Die *Nueva Canción* war ein Ergebnis all dieser Wechselwirkungen, ein gesamtlateinamerikanisches Phänomen (Jara 2000: 239-241; González 1989: 269).

1.4.2 Diktatur oder Exil?

Mit dem Militärputsch vom 11. September 1973 endete der Traum von einer besseren Welt, und es begann auch für die Anhänger der *Nueva Canción* eine schwere Zeit. Victor Jara und einige andere waren gefoltert und ermordet worden, andere wurden wie Verbrecher gejagt. Nach dem faktischen Verbot der öffentlichen Benutzung indigener Instrumente sowie einer Kampagne zur Vernichtung von Büchern, Dokumenten und Tonträgern, die an die öffentlichen Bücherverbrennungen im nationalsozialistischen Deutschland erinnerte, gingen viele Musiker ins Ausland. Zum Teil konnten sie noch Aufnahmen außer Landes schmuggeln, die der Zerstörung der "DICAP"-Räumlichkeiten entgangen waren. Ausländische Musikunternehmen wie "EMI" wurden vom Militär aufgefordert, vorhandenes Material zu löschen. Ein offizielles Verbot irgendeiner Musik wurde allerdings nie ausgesprochen.

Die verbliebenen Künstler arbeiteten in einer Atmosphäre ständiger Angst. Ihre Musik wird unter der Bezeichnung *Canto Nuevo* zusammengefasst. Dabei handelt es sich nicht um eine Bewegung, die sich inhaltlich oder formal einheitlich beschreiben lässt, sondern um viele Einzelinterpreten, die ab Mitte der siebziger Jahre ihre Aktivitäten wieder zu koordinieren begannen. An die früheren Erfolge konnten sie jedoch nicht anschließen, da ihre Texte wegen der politischen Situation entschärft wurden und auch die berühmten Namen fehlten. Viele neue Gruppen, wie zum Beispiel "Santiago del Nuevo Extremo" oder "Aquelarre" orientierten sich auch an der Jazz- und Rockszene. Neue Rhythmen, vor allem aus der lange verpönten anglo-amerikanischen Kultur, wurden ab den achtziger Jahren benutzt, die Texte jedoch orientierten sich weiterhin an der chilenischen Realität. Die Gruppe "Barroco Andino" war eine der wenigen, die schon kurz nach dem Putsch

eine Form von Widerstand leistete: Sie spielte Instrumentalmusik von Teleman, Bach oder den "Beatles", nach wie vor mit Instrumenten aus den Anden (González 1998: 373; Fairley 2000: 366f.).

1976 eröffnete Ricardo García das Plattenlabel "Alerce". Trotz großen Risikos veröffentlichte er neben neuen Produktionen wie "Chamal" oder "Ortiga" u.a. Kassetten mit Musik von Violeta Parra und Victor Jara und verkaufte sie auf oftmals verbotenen Konzerten.¹¹ Nach fünf Jahren klagte das Militärregime García und sein Label an, nachdem angeblich geschmuggelte Kassetten mit subversivem Material von Jara, Silvio Rodríguez und anderen bei ihm gefunden worden seien. Die Richter befanden, es handle sich zwar um konfliktreiche Musik, aber nicht um ein Delikt und sprachen ihn frei. Bis Anfang der neunziger Jahre veröffentlichten fast alle Künstler des *Canto Nuevo* auf "Alerce", dann öffnete sich das Label auch für die Rockmusik von "Los Tres" oder "Chanco en Piedra". Ein Großteil seines Kataloges ist inzwischen an multinationale Label verkauft oder lizenziert worden, trotzdem bleibt "Alerce" mit seinen Sub-Labels (Alerta, Esan Ozenki) das größte Independentlabel Chiles.¹²

Zu denjenigen, die sofort oder später ins Exil gingen, gehörten die Geschwister Parra, Patricio Manns, Sergio Ortega, "Quilapayún", "Illapu" und "Inti-Illimani",¹³ die nach dem Militärputsch nicht von einer Tournee zurückkehrten, auf die sie von Allende als "kulturelle Botschafter" geschickt worden waren. Sie blieben von 1973 bis 1988 im Exil in Rom, die "längste Tournee in der Geschichte der chilenischen Musik", wie sie zu scherzen pflegten (Horn 1987: 241f.; Fairley 2000: 367). Ihre Musik vereinigte die drei ethnischen Komponenten Lateinamerikas: Indianer, Afro-Amerikaner und Europäer.

Im Exil veränderte sich die Musik von "Inti-Illimani", sie wurde universeller. So verarbeiteten sie zum Beispiel Klänge aus ihrer Exilheimat Italien in einigen Stücken: "Die Tatsache, dass wir die Hälfte unseres Musikerlebens im Exil verbracht haben, hat die [...] Form dessen, was wir tun, verändert", sagte Gruppenmitglied Horacio Salinas. Und Jorge Coulón ergänzt: "Ich glaube, es hat unsere Lieder komplexer gemacht". "Außerdem bietet das Exil einem die Möglichkeit, Lateinamerika und Chile aus einer anderen

¹¹ Während der Diktatur wurden drei Victor Jara-Festivals durchgeführt.

¹² Vgl. den Kommentar von Claus Schreiner im Beiheft zur CD "Novedades de Chile" (1989)/SGAE, S. 13.

¹³ Der Name setzt sich zusammen aus dem Quechua-Wort *Inti* (Sonne) und dem Aymara-Namen *illimani* für einen Berg in der Nähe von La Paz, Bolivien.

Perspektive zu betrachten und es so mehr zu lieben“, so Marcelo Coulón, „was uns sehr beeinflusst hat, war die Teilnahme an vielen Folkmusikfestivals in ganz Europa. Dort hört man griechische, irische und andere Musik. Das bleibt nicht ohne Folgen“ (zitiert nach González 1989: 273, 283). Auch der Beitritt von Renato Freyggang, der zuvor bei „Barocco Andino“ gespielt hatte, veränderte ihre Musik. Zum ersten Mal war ein Saxophon zu hören. Seit ihrer Rückkehr nach Chile im Jahre 1988 versucht die Gruppe Popmusik zu spielen, die die Wurzeln der *Nueva Canción* mit anderen Stilen verknüpft. Bis 1998 blieb ihre Besetzung nahezu unverändert.

Die Musiker von „Quilapayún“ lebten lange Zeit im französischen Exil und bildeten zusammen mit „Inti-Illimani“ das Herz der weltweiten chilenischen Solidaritätsbewegung. Auf Hunderten von Konzerten demonstrierten sie gegen das Militärregime in ihrer Heimat. Patricio Manns ging nach dem Putsch nach Kuba und dann nach Paris. Er wurde Sprecher der chilenischen Widerstandsbewegung *Frente Patriótico Manuel Rodríguez*, die die Verantwortung für ein gescheitertes Attentat auf Pinochet 1986 übernahm. Im Exil gründete er die Gruppe „Karaxú“ und arbeitete weiterhin mit „Inti-Illimani“ und „Quilapayún“ zusammen (Manns 1987: 191; Fairley 2000: 368). „Illapu“ wurden 1980 während einer Tournee durch Europa von den Militärs ausgebürgert. Die Gruppe hatte sich nach dem Putsch in ihre Heimatstadt Antofagasta zurückgezogen und war erst seit 1975 wieder öffentlich aufgetreten. 1988 kehrten auch sie – wie die „Intis“ – pünktlich zum Referendum gegen die Diktatur nach Chile zurück und engagierten sich in der Kampagne. Ihr ’93er Album „En estos días...“ verkaufte sich in ihrer Heimat sensationelle 200.000 Mal (SGAE 2000: 100f.).

Nach dem Putsch verließen auch viele Musiker das Land, die nicht zur *Nueva Canción*-Szene gehörten. Ein Beispiel ist der Komponist Gustavo Becerra-Schmidt (*1925). Er machte 1950 seinen Abschluss in Komposition und Musikwissenschaft und war seitdem – neben seinem Schaffen als Komponist – in verschiedenen Positionen des chilenischen Musikwesens tätig. Zwischen 1968 und 1970 arbeitete er an der Reform der staatlichen Universität mit und wurde schließlich zum Kulturattaché der chilenischen Botschaft in Bonn berufen. Nach dem Putsch verlor er diesen Posten und entschied sich, in Deutschland Asyl zu beantragen, wo er 1974 eine Stelle an der Universität Oldenburg übernahm. Seit der Rückkehr Chiles zur Demokratie besuchte er häufiger seine Heimat, lebt aber weiterhin in Deutschland.

1.5 Chilenische Konzertmusik im 20. Jahrhundert¹⁴

Das Musikschaffen in Chile orientierte sich bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts stark an europäischen Vorbildern. Einerseits waren die europäischen Einwanderer im Musikleben aktiv, andererseits wurden die Kinder der Oberschicht häufig zum Studieren nach Europa geschickt. “La música docta [...] es víctima directa del síndrome europeo”, schreibt Matthey Correa. Nach seiner Aussage brauchten die chilenischen Komponisten ständig eine europäische Bestätigung ihrer Werke, um sie so aufzuwerten. Sie suchten einen “pasaporte artístico” nach Europa, um dann von dort mit den neuesten musikalischen Erkenntnissen zurückzukehren und sich zur chilenischen Avantgarde zu erheben (Matthey Correa 1997).

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts setzte sich die Integration von Elementen chilenischer Folkloremusik in die klassische Musik in den Werken von Komponisten wie Allende oder Isamitt fort. Neue Orchester wurden in den Provinzstädten gegründet, so 1935 das von Antofagasta.

Ein wichtiger Schritt für das Musikleben in Chile war das so genannte “Musikgesetz”, das ab 1940 die Existenz des IEM (*Instituto de Extensión Musical*) und später auch der “Festivals der Chilenischen Musik” garantierte. Die daraus resultierenden Aktivitäten sowie die seit 1929 bestehende Möglichkeit des Musikstudiums an der Fakultät für Schöne Künste der Universität von Chile trugen von den fünfziger Jahren ab Früchte. Dies zeigen auch die von Luis Merino erstellten Statistiken über die Zahl der Komponisten und ihrer Werke zwischen 1900 und 1970 (Merino 1997: 77). Zusätzlich zum Sinfonieorchester des IEM (1941), dem Nationalballett und dem Universitätschor (beide 1945) gründete man 1955 das *Orquesta Filarmónica del Teatro Municipal*. Auch in den Provinzen nahm das musikalische Leben zu: Orchester entstanden in Concepción (1951), in Valparaíso (1955) und in La Serena (1956). Viele Initiativen auf privater Ebene ergänzten die offiziellen Aktivitäten, so zum Beispiel die Konzerte der Komponistengruppe “Tonus” (1950) (Orrego-Salas 1997).

Eine besondere Rolle in der Entwicklung der chilenischen Konzertmusik nehmen die “Festivals der Chilenischen Musik” ein. 1948 präsentierten die Organisatoren zum ersten Mal sinfonische und Kammermusik einem breiteren Publikum. Die Stücke waren zuvor von einer Kommission ausgewählt

¹⁴ Diese Bezeichnung – *Música de Concierto Chilena* – stammt vom Komponisten Jorge Urrutia Blondel, der sie ersann, weil der Mehrheit der Musikinteressierten Bezeichnungen wie *Música Contemporánea* oder *La Nueva Música* zu ungenau waren (vgl. Vera Rivera 1999: 1).

worden. Bei der Auswahl der Preisträger konnte auch das Publikum mitbestimmen: Wer wollte, schrieb sich in eine Liste ein – 1948 waren es 981 Personen – und wählte seine Favoriten (Merino 1997: 79). Die demokratische Beteiligung der Zuhörer sollte die Lücke zwischen Komponist und Publikum schließen. 1969 wurde das vorerst letzte Festival veranstaltet, danach verboten es die Militärs. Zu einer Wiederauflage kam es 1998 mit der Ausrichtung des “13. Festivals der Chilenischen Musik”. Mit Unterstützung des ANC (*Asociación Nacional de Compositores*) und des staatlichen chilenischen Musikrats sowie FONDART (*Fondo de Desarrollo de las Artes y la Cultura*) (s.u.) präsentierten die Organisatoren 34 ausgewählte Kompositionen aus den Bereichen elektroakustische und Kammermusik, die vom Publikum begeistert aufgenommen wurden (Coriún Aharonián 1998: 96).¹⁵

Auch in anderen Bereichen der Musik haben Festivals Tradition:

In Chile gab es schon immer Festivals für Musik. In Viña del Mar zum Beispiel gab es ein Liederfestival (*canción popular*), das auch unter der Diktatur weitergeführt wurde, und wo es kleine Räume für Folkloremusik und sogar Rock gab. Natürlich stand es unter der Aufsicht der Militärs, die die Musik zuvor “filterten” und darauf achteten, dass kein Protestlied gesungen wurde. Nach dem Ende der Diktatur verwandelte es sich sofort wieder in einen Ort für neue Liedermacher und für politische Lieder (Enrique Díaz).

Nach dem Staatsstreich von 1973 wurde das Gesetz gestrichen, das die Existenz des IEM und der “Festivals der Chilenischen Musik” garantierte. So wurden die wichtigsten musikalischen Aktivitäten zum Schweigen gebracht. Institutionen wie der ANC überdauerten zwar die Zeit der Diktatur, waren aber macht- und einflusslos. Durch die Emigration fast aller Komponisten der Jahrgänge von 1924 bis 1940 entstand ein Bruch zwischen der alten und der neuen Komponistengeneration. Ein einflussreiches Bindeglied stellte Cirilo Vila (*1937) dar. Der Pianist war der Lehrer einer neuen Komponistengeneration, die zwischen 1945 und 1955 geboren wurde. Er hatte in Europa bei Olivier Messiaen und Max Deutsch studiert und nutzte auf seinen Konzertreisen die Gelegenheit, den weitgehend von der übrigen Welt abgeschnittenen chilenischen Jungkomponisten Aufnahmen und Partituren mitzubringen (Bodenhöfer 1987: 17f.; Matthey Correa 1997).

Eine zentrale Rolle für die Neue Musik während der Diktatur spielten internationale Institute, so auch das Goethe-Institut, das seine Räume kostenlos für Proben und Konzerte zur Verfügung stellte. Dort veranstaltete die Kom-

¹⁵ Unter den Kompositionen befanden sich Stücke von Gabriel Matthey, Marco Antonio Pérez, Alejandro Guarelló und Paola Lazo.

ponistenvereinigung “Anacrusa” von Mitte bis Ende der achtziger Jahre Konzerte moderner Musik, an denen die offiziellen Stellen kein Interesse hatten. Später folgten Rundfunk- und TV-Sendungen sowie 1986 ein Minifestival unter dem Titel “Chilenische Komponisten”. Einer der Mitbegründer von “Anacrusa”, Eduardo Cáceres, der unter anderem Gedichte von Neruda vertont hat, meint, dass es trotz dieser Aktivitäten zwischen 1973 und 1980 keine nennenswerte Entwicklung in der Konzertmusik gegeben habe (Coriún Aharonián 1998: 96; Bodenhöfer 1987: 17f.).

Ab 1980 begann eine neue Komponistengeneration mit ihrer Arbeit: Cáceres, Jaime González und andere engagierten sich bei “Anacrusa”, während der Staat sich immer weiter aus dem Kultur- und Musikleben zurückzog. Unter dem Einfluss der schlechten Wirtschaftslage Anfang der achtziger Jahre wurden die finanziellen Mittel radikal gekürzt, was eine Neustrukturierung des Musiksektors zur Folge hatte: Kulturinstitutionen wurden dezentralisiert und spezialisierten sich auf einzelne Bereiche (Musik, Malerei etc.). Es fiel immer mehr den privaten Akteuren zu, das Musikleben aufrechtzuerhalten (Merino 1997: 80).

In den neunziger Jahren kam es zu einer “Reaktivierung der zeitgenössischen Musik in Chile” (Matthey Correa 1997). Das lag einerseits daran, dass nach dem Ende der Diktatur der chilenische Staat die Mittel für Kultur wieder aufstockte, andererseits die politischen Beschränkungen für Musiker weitestgehend entfielen, abgesehen von der anhaltenden “Zensur” in den Massenmedien, die durch das herrschende Quasi-Monopol im Mediensektor entsteht.¹⁶ Neben dem “Festival der Chilenischen Musik” entstanden viele neue Plattformen für die Konzertmusik. Die Katholische Universität richtet seit 1991 das *Festival de Música Contemporánea Chilena* aus, und auch in den Provinzstädten können Musiker ihre Werke einem breiten Publikum präsentieren, so in Temuco (*Festival de Música Contemporánea*, seit 1996) und Valdivia (*Encuentro de Música Chilena*, seit 1994). Viele Institutionen bringen – oft mit staatlicher Unterstützung – seit Mitte der neunziger Jahre CDs mit klassischer Musik nationaler Künstler heraus: ANC, die *Escuela Moderna de Música* und die Universität Chile zum Beispiel. Eine Gruppe wie das “Orquesta Moderna” würde sonst keine CD produzieren können (Matthey Correa 1998).

Auch im Bereich der Chormusik kam es zu neuen Aktivitäten. Sie gehörte schon immer zur Tradition des Musiklebens in Chile. Religiöser Chorge-

¹⁶ Zur Mediensituation siehe z.B. Delgado Rühl/Haarhoff (2001).

sang ist seit dem 16. Jahrhundert dokumentiert, die ersten Chöre außerhalb der Kirche gründeten sich um 1750. Die Beliebtheit des gemeinschaftlichen Gesangs wuchs von da an und gipfelte 1963 im ersten internationalen Chorfestival in Antofagasta, an dem 65 Chöre aus ganz Lateinamerika teilnahmen. Die *Federación de Coros de Chile* koordinierte die Gesangsgruppen im ganzen Land. Ab 1970 jedoch nahm die Begeisterung für diese Art des Gesangs ab, da die Folkloremusik, die *Nueva Canción*-Bewegung und Musik von internationalen Interpreten wie den "Beatles" interessanter waren. Die Bewegung "Crecer Cantando" wurde 1984 mit dem Ziel gegründet, die Tradition der Chormusik in Chile wiederzubeleben. Schon zwei Jahre später boten Dozenten Aus- und Weiterbildungskurse für Chorleiter an und gründeten Chöre im ganzen Land. Rund 120.000 Jugendliche und Kinder haben seither an diesem Programm teilgenommen, zu dem auch die Ausrichtung von Wettbewerben zählt (Alarcón Díaz 2001; Guarda 2001).

In den fünfziger Jahren war Chile ein Zentrum für die so genannte "Neue Musik". Die Pioniere der elektroakustischen Musik hießen Juan Amenábar, José Vicente Asuar und Leon Schidlowsky. Amenábar begann schon 1953 mit Bandaufnahmen zu experimentieren. Der ausgebildete Elektroingenieur und Komponist, der auch bei Werner Meyer-Eppler in Bonn studiert hatte, stellte sein Stück "Los Peces" allerdings erst 1957 fertig. Da hatte ihn Schidlowsky mit "Nacimiento" (1956) schon überholt. Asuars Komposition "Variaciones Espectrales" wurde 1958 fertig und war ein Jahr später das erste öffentlich aufgeführte elektroakustische Werk in Lateinamerika. Viele dieser ersten Werke konkreter und elektroakustischer Musik entstanden in der *Taller Experimental del Sonido*, die seit 1957 an der Katholischen Universität existierte. Dieses Studio war gedacht für die Akustikkurse des Ingenieurstudiengangs und nur minimal bestückt. Zur Entwicklung der "Neuen Musik" trugen zweifelsohne die Besuche von Pierre Boulez (1954) und Werner Meyer-Eppler (1959) in Chile bei (Fumarola 1999: 41; Orrego-Salas 1997).¹⁷

Bis zum Militärputsch beschäftigten sich viele Komponisten mit den neuartigen Kompositionstechniken, unter anderen Gustavo Becerra-Schmidt und Gabriel Brncic. Dann endete diese Phase experimenteller Musik abrupt.

¹⁷ Unter konkreter Musik versteht man eine auf alltäglichen Klängen (Industrielärm, Tierstimmen) beruhende Musik, die aufgezeichnet und nach musikalischen Klangeigenschaften umgeordnet wird. Ein wichtiger Vertreter dieser *musique concrète*, die in den vierziger/fünfziger Jahren in Paris entwickelt wurde, war Pierre Boulez. Elektroakustische Musik besteht hingegen aus künstlich generierten Klängen und wurde zur selben Zeit von Werner Meyer-Eppler und anderen in Köln komponiert. Schon bald waren die Grenzen zwischen beiden Musiktechniken fließend (vgl. Ruschkowski 1998).

1991 nahm das *Gabinete de Electroacústica para la Música de Arte* (GEMA) – bis zu seinem Tod 1999 unter Amenábars Leitung – seinen Betrieb auf. Dort und in einem weiteren Studio wuchs eine neue Generation von Komponisten heran, zu der Francesca Ancarola gehört, die 1993 einen Preis in Bourges, beim international angesehensten Wettbewerb für diese Musik, gewann. Im Jahr 2000 fand schließlich das erste deutsch-chilenische Treffen für elektronische und elektroakustische Musik im Goethe-Institut in Santiago statt.¹⁸

2. Lateinamerikanische Einflüsse auf die chilenische Populärmusik

Nicht unbeachtet dürfen die Einflüsse anderer lateinamerikanischer Musikstile auf die Entwicklung der chilenischen Musik bleiben, wie die ursprünglich aus Peru stammende *cueca* beweist. Im 20. Jahrhundert war es vor allem immer wieder die Musik aus dem Nachbarland Argentinien, die in Chile Spuren hinterließ. Während er zwanziger Jahre kam in den Städten wie überall auf der Welt der Tango in Mode. Argentinische Interpreten bereisten das Land, Filme und Tanzschulen taten ein Übriges. 20 Jahre später begeisterte der *zamba*, ein argentinischer Volkstanz, der mit Sängern wie Antonio Tormo oder Atahualpa Yupanqui ins Land kam, die Chilenen. In den Fünfzigern wurde diese Musik begeistert von den Folkloresängern aufgenommen und später auch von den Vertretern der *Nueva Canción*. Als vorerst letztes Produkt aus dem Nachbarland schwappte in den achtziger und neunziger Jahren eine Welle argentinischer Rockmusik über die Anden, allen voran Gruppen wie "Soda Stereo" und "Los Fabulosos Cadillacs".

Mit dem mexikanischen Film, der sich seit den dreißiger Jahren über den gesamten Kontinent ausbreitete, gelangten zunächst ländliche Musikformen wie die *canción ranchera* und der *corrido* nach Chile. Die Landbevölkerung konnte sich so gut mit dieser Musik identifizieren, dass Mariachi-Ensembles wie Pilze aus dem Boden schossen. Einige mexikanische Bands ließen sich zeitweise auch in Chile nieder (González 1998: 371).

Der ursprünglich aus Kuba stammende *bolero* erreichte die chilenischen Tanzsäle Mitte der dreißiger Jahre gemeinsam mit dem peruanischen *vals*. Nach zehn Jahren sangen sich die ersten chilenischen Bolerosänger – Raúl Videla und Arturo Gatica – in die Herzen der Menschen.¹⁹ Andere afro-

¹⁸ Vgl. <www-crca.ucsd.edu/~bobw/chile.html>.

¹⁹ Einer der erfolgreichsten Bolerosänger im heutigen Chile, Lucho Barrios, stammt aus Peru.

kubanische Musikstile – Rumba, Mambo, Cha-Cha-Chá – erlangten Bekanntheit durch mexikanische und US-amerikanische Filme. Musiker wie Xavier Cugat, Dámaso Pérez Prado und Desi Arnaz inspirierten lokale Interpreten. Erweitert um andere Rhythmen aus der Karibik und zusammengefasst unter dem Begriff *música tropical*, ging diese Musik mit chilenischen Gruppen wie “La Huambaly” und “Ritmo y Juventud” sogar auf Tournee in die USA und nach Europa. In den Sechzigern erweiterten die Musiker ihr Repertoire noch um die kolumbianische *cumbia* (González 1998: 371f.; Salas Edwards 2001). Die in New York zusammengebraute Salsa wurde zuerst durch die *Nueva Canción*-Sänger populär: “Ich hörte die Salsa zum ersten Mal mit den politischen Liedern von Rubén Blades. Bis dahin kannten wir nur die *cumbia*” (Enrique Díaz).

3. Jazz, Pop, Rock und Techno erobern die Peripherie

Jazz und Rock hatten es in Chile lange Zeit schwer, anerkannt zu werden. Teile der politischen Linken brandmarkten sie zunächst als imperialistische Musikstile aus den USA, die nur auf Kommerz ausgerichtet seien. Die Rechten sahen in ihnen Horte des Widerstandes und schikanierten ihre Anhänger entsprechend.

Die Geschichte des Jazz beginnt in Chile nachweisbar im Jahr 1924. Da präsentierte der “Vater” des chilenischen Jazz, Pablo Garrido, in Valparaíso das “Royal Orchestra”, eine Formation, die wegen ihrer Instrumentierung damals für ein Jazzorchester gehalten wurde.²⁰ Zwischen 1926 und 1932 reiste Garrido durch Lateinamerika und nach Europa, wo er viele Persönlichkeiten des Musiklebens (Schoenberg, Copland etc.) kennen lernte, die sein Musikverständnis erweiterten. 1934 bis 1937 leitete er das Jazzorchester im Casino von Viña del Mar. Bis Anfang der vierziger Jahre setzte er sich auch in Dutzenden von Artikeln für den Jazz ein, gründete 1939 den Jazzclub von Santiago und dessen Zeitschrift *Música Hot* mit, wandte sich danach aber der klassischen Musik zu (Menanteau 1996).

1930 gab es bereits 16 Jazzorchester in Chile, die ein Repertoire von tanzbaren und melodischen Stücken aus den USA darboten, von Charleston bis Foxtrott. Zehn Jahre später begann sich der Jazz in zwei Richtungen aufzuspalten: den melodischen Jazz, gespielt von den Orchestern von Buddy Day und Isidro Benítez, die weiterhin ausländische Standards ohne viel Im-

²⁰ Das Orchester umfasste drei Violinen, drei Saxophone, zwei Trompeten, Klarinette, Posaune, Tuba, Banjo, Schlagzeug und Klavier.

provisation spielten, und den “Hot Jazz”, bei dem die Musiker oft improvisierten, so in den Bands von Lorenzo Da Costa und Lucho Aranguiz. Kleine Bands entwickelten den Swing weiter und orientierten sich an der Spielweise des Quintetts des “Hot Club de France”, das Django Reinhardt leitete. Diese Bands bestanden meistens nicht aus Berufsmusikern, sondern aus Jazzfans, die dem Club angehörten. 1944 und 1945 spielten einige dieser Musiker unter dem Namen “Ases Chilenos del Jazz bei RCA Victor” die beiden ersten Jazzaufnahmen in Chile ein.

Ende der vierziger Jahre gelangte die *música tropical* (Mambo etc.) ins Land und verdrängte den Jazz aus den Tanzsälen. Jazz wurde eine Musik zum Zuhören, eine Entwicklung, die der gerade entstandene “Bebop” noch verstärkte. Der Bebop teilte die Jazzgemeinde in ein traditionelles und ein modernes Lager. Bands wie die “Retaguardia Jazzband” und die “Santiago Stompers” spielten weiterhin den Zigeunerjazz von Reinhardt oder Dixieland, während viele Profimusiker zum Bebop überliefen und die Entwicklungen des Jazz von “Cool Jazz” über “Hard Bop” bis “Fusion” in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren mitmachten (Menanteau 1996). Nach der Schaffenspause während der Diktatur widmet sich heute eine große Zahl von Musikern – “Pedro Villagra y la Pedroband”, “Entrama”, “Cangrejo” etc. – dem Jazz; es gibt sogar eine Akademie “Projazz”. Trotzdem hat es bisher kein chilenischer Jazz zu internationalem Ruhm gebracht.

Die ersten Rock ‘n’ Roller imitierten nur US-amerikanische Künstler wie Buddy Holly und Elvis. Ab Mitte der sechziger Jahre “coverten” “Los Jockers” und unzählige andere Gruppen die englischen Lieder aus der Hitparade. Bald gaben sich einige Musiker dieser so genannten *Nueva Ola* nicht mehr damit zufrieden, nur die Stücke der “Beatles” oder “Rolling Stones” nachzuspielen, sie schrieben eigene Beatsongs: 1965 veröffentlichten “Los Vidrios Quebrados” die Single “She’ll never know I’m blue”, die allerdings noch sehr stark vom anglo-amerikanischen Vorbild geprägt war, und “Los Mac’s” landeten den ersten Rockhit in der Musikgeschichte Chiles: “La muerte de mi hermano”. Von einem *rock chileno* sprechen die meisten Autoren erst ab Ende der sechziger Jahre. Zu dieser Zeit formierten sich die Gruppen “Los Blops” (1968), “Congreso” (1969) und “Los Jaivas” (1969) (vgl. Salas Zúñiga 2000; SGAE 2000: 33, 122, 105f.).

“Los Blops” interpretierten zunächst auch Hits aus dem Radio, ab 1970 jedoch schrieben sie eigene Stücke. Mit “Los momentos” schrieb die Hippiegruppe einen der chilenischen Rock-Klassiker. 1978 lösten sie sich auf (SGAE 2000: 33). “Congreso” besteht hingegen heute noch. Vom ersten

Album (1971) an experimentierten die Musiker bei ihrer "Fusion"-Musik mit einheimischen Instrumenten und Rhythmen. Obwohl die Gruppe keinen großen kommerziellen Erfolg verbuchen konnte, gehört sie mit ihren Konzeptalben zu den einflussreichsten des Landes. Sie blieb während der Diktatur im Land und versuchte, die politischen Verhältnisse durch versteckte Botschaften in ihren Texten zu kritisieren. Nach einer längeren Schaffenspause kam 1980 Joe Vasconcellos als Sänger hinzu, und das Album "Viaje por la cresta del mundo" (1981) wurde ein großer Erfolg. 1988 nahm die Gruppe an den Konzerten für das Referendum gegen Pinochet teil. Auch heute noch, nach 32 Jahren, tourt "Congreso" durch die Welt und produziert CDs (SGAE 2000: 60; Gómez/González 2000: 63).

Auch "Los Jaivas" sind noch aktiv. Die Gruppe bildete sich aus der Englisch singenden Formation "High Bass". Die Mitglieder entstammen der bürgerlichen Mittelschicht von Viña del Mar und begannen bald nach dem Wechsel zum spanischen Gesang einheimische Instrumente in ihre Stücke einzubauen. "Los Jaivas" war eine der ersten Gruppen, die diese mit elektronischen Instrumenten gemeinsam benutzte und die Rockmusik mit den Rhythmen der *cueca* kombinierte. Der Putsch traf die Musiker in Argentinien, wo sie zunächst blieben und 1977 nach Paris auswanderten. Ihr Album "Alturas de Machu Picchu" (1981) wurde vom gleichnamigen Text Nerudas inspiriert, drei Jahre später spielten sie eine LP mit Stücken von Violeta Parra ein. Nach dem Tod des Bandleaders Gabriel Parra, 1988, trat seine Tochter an seine Stelle. Es folgten verschiedene Alben, und 1996 war ihr Stück "Todos Juntos" die offizielle Hymne des Iberoamerikanischen Gipfels in Santiago (SGAE 2000: 105; Cánepa 1987: 237).

Nach dem Militärputsch war auch die künstlerische Freiheit der *rockeros* beschränkt. Viele widmeten sich dem *progressive rock* a la "Pink Floyd" oder "Yes". Andere, wie "Aguaturbia" mit der Sängerin Denisse, wandten sich dem Hardrock zu. In den achtziger Jahren kristallisierte sich langsam ein eigenständiger Latin-Rock heraus, vor allem in Argentinien und Mexiko. Dabei bezieht sich die Bezeichnung nicht nur auf die in Spanisch oder Portugiesisch gesungenen Texte, sondern auch auf lateinamerikanische Einflüsse in der Musik, sei es durch die Integration von einheimischen Instrumenten oder die Interpretation nationaler Musikstile. In Chile kam über alle verschiedenen Rockgenres – Heavy Metal, Folkrock etc. – hinweg, das Gefühl auf, chilenische Musik zu machen. Zudem erweiterte sich das musikalische Spektrum der Interpreten durch viele neue elektronische Instrumente, die erschwinglich wurden (Salas Zúñiga 2000).

Die Band "Fulano" nutzte die neuen Mittel und mischte Rock, Jazz und Folklore. So gewann sie eine große Fangemeinde unter den Intellektuellen. Die bekannteste Gruppe des Jahrzehnts war jedoch "Los Prisioneros". Mehrere Stücke ihres 84er Albums "La Voz de los 80" wurden zu Hymnen für die damalige Jugend. Der Einfluss argentinischer Rockmusiker ist darin unüberhörbar. 1988 brachte der Gruppe ihre Unterstützung der *No-Kampagne* gegen Pinochet Ärger mit der Regierung ein. Ihre Musik wurde in den Medien nicht mehr gespielt, und viele Auftritte wurden abgesagt. Nach ihrem kommerziell erfolgreichsten Album 1990 lösten sie sich 1992 auf (SGAE 2000: 160; Salas Edwards 2001).

In den Neunzigern wurden die chilenischen Rockmusiker professioneller, einige hatten nun sogar über die Grenzen Chiles hinaus Erfolg. Die Rückkehr zur Demokratie erleichterte die Produktion von Tonträgern, vergrößerte die Auftrittsmöglichkeiten und entspannte das Verhältnis zu den Medien. Davon profitierten Bands wie "Lucybell", "La Ley" und "Los Tres": Obwohl "Lucybell" in seinen düsteren Texten soziale Probleme thematisiert, werden sie permanent im Radio gespielt. "Los Tres", die seit 1987 zunächst Rockabilly-Musik und dann eine Fusion aus Rock, Jazz, *cueca* und Soul spielten, blieben lange Zeit unbeachtet. Mit dem Album "La Espada y la Pared" (1995) erregten sie jedoch Aufsehen bei Publikum und Kritik. Sie sind ein gutes Beispiel für die Macht von MTV-Latina. Nachdem MTV mit der Band eines der berühmten *Unplugged*-Alben eingespielt hatte, wurden sie über Nacht zu Stars in ganz Lateinamerika. "MTV-Latina ist für die Verbreitung von spanischsprachiger Rockmusik fundamental wichtig", meint Beto Cuevas, Sänger von "La Ley". "Es zeigte uns nicht nur, was in den USA passierte, sondern auch in unseren Nachbarländern. Zuvor gab es da nur wenig Information".²¹ Auch "La Ley" hat Erfolg im spanischsprachigen Markt. Sie machte 1991 mit einer spanischen Version des "Rolling Stones"-Klassikers "Angie" auf sich aufmerksam. Nach einer Lateinamerikatournee ließen sich die Musiker 1994 in Mexiko nieder, wo sie einen Vertrag mit "Warner" unterzeichneten und seither drei Alben einspielten (SGAE 2000: 115, 120, 210). Die musikalischen Hoffnungsträger der Rockmusik des 21. Jahrhunderts heißen "Mecánica Popular", "Congelador", "Pánico" und "Turbomente". Viele der neuen Bands öffnen sich anderen Musikrichtungen wie HipHop oder Funk ("Los Tetas") oder wenden sich immer härteren Klängen zu ("Criminal, Panzer") (Araya Salamanca 1998/99: 47).

²¹ "Rock en Español is Approaching its Final Border", in: *New York Today*, 8.6.2000 <www.nytoday.com>.

Wie sehr Rock- und Popmusik in der chilenischen Gesellschaft inzwischen etabliert sind, ist auch daran abzulesen, dass der englische Musiker "Sting" für seine Verdienste im Kampf um die Menschenrechte von der chilenischen Regierung 2001 mit einem Kulturorden ausgezeichnet worden ist. Begründung: Er habe dazu beigetragen, weltweit über die Lage Chiles unter der Militärdiktatur aufzuklären (*AFP* 16.1.2001). Ein weiteres Zeichen ist die ständig wachsende Zahl von kleinen "Indie"-Labeln, vor allem im Rockbereich. Einige Rockmusiker haben die *Asociación de Trabajadores del Rock* (ATR) gegründet und geben in den *Escuelas de Rock* mit Unterstützung der Regierung Kurse in Rockmusik. Einige neue Bands wie "Sinergia" oder "Sandino Rockers" sind aus diesen Klassen hervorgegangen.²²

Der Markt der romantischen Pop- und Schlagermusik wird in Chile größtenteils von regionalen und internationalen Künstlern beherrscht. Nur wenige Chilenen wie Cacho Vasquez, Cecilia Echenique und Andrea Labarca haben dort Erfolg.

Rap-Musik und die HipHop-Kultur kamen mit Filmen wie "Breakdance" Anfang der achtziger Jahre nach Chile. In den ärmeren Vierteln Santiagos fielen sie auf einen ähnlich guten Nährboden wie in den Ghettos von New York. In Santiago treffen sich die Rapper häufig im Bahnhof "Mapocho", um gemeinsam Musik zu hören und ihre Tanzkünste vorzuführen oder spielen im *barrio* (<www.mapochosputnik.cl>). Die radikalste Gruppe sind die "Los Panteras Negras". Seit ihrem ersten Auftritt 1988 singen die Rapper von der herrschenden politischen Unterdrückung, von Polizeiübergriffen und gegen die herrschende Klasse. Deshalb geraten sie oft mit den Ordnungskräften aneinander und verbrachten auch schon Tage im Gefängnis. Mit dem "Gangsta-Rap" aus den USA wollen sie aber nicht identifiziert werden: "Los gangsters aqui son otros: los políticos, los milicos, los dueños de los medios", sagt Lalo Pantera (Ponce 1998: 136; SGAE 2000: 149). Ihre Kollegen der Gruppe "Tiro de Gracia" konnten mit ihrem Album "Ser Humano" den bisher größten kommerziellen Erfolg einer HipHop-Band in Chile verbuchen: 15.000 verkaufte Exemplare. Viele HipHop-Projekte wie zum Beispiel "Makizah" und "Kapaz" vermischen sich mit der Techno- und House-Szene (Ponce 1998: 133; Sepúlveda Lastreto 1998/99: 46).

Die ersten *Raves* (Tanzpartys zu Technomusik) fanden Ende der achtziger Jahre statt. Das Projekt "Plan V" war eines der ersten, das sich dieser neuen Musik widmete. Doch noch bis Mitte der neunziger Jahre musste die

²² Vgl. <www.mineduc.cl> (Erziehungsministerium; Zeitschrift *Vistazos*); Ponce (1998: 133).

Musik, die von DJs wie "Too-Small", "Pascal" und "Zikuta" in Clubs (Cianuro Tóxico), auf Partys und in Diskotheken aufgelegt wurde, aus Europa importiert werden. Auf dem ersten Freiluft-Rave im *parque forestal* legten 1996 zum ersten Mal chilenische DJs ihre Platten auf, um die 3.500 Besucher in einen Tanzrausch zu versetzen. Bei der zweiten Veranstaltung ein Jahr später kamen schon über 5.000 Gäste, und es traten – mit Hilfe des Goethe-Instituts – die deutschen DJs "Triple R" und "Bleed" auf. Aus dieser Begegnung ging ein Kontakt der Chilenin Alejandra Iglesias alias "Miss Dinky" zum deutschen *Label* "Traum" hervor, auf dem sie 2001 ihre CD "Melodías Venenosas" veröffentlicht hat, eine Mischung aus *Ambient*- und *Dancetracks*. Sie lebt genau wie ihr Kollege "DJ Mendez" momentan nicht in Chile. 1998 eröffneten einige DJs in Santiago die erste DJ-Schule, deren Kurse seither von 130 Schülern absolviert worden sind (<www.djshopping.cl>; Ponce 1998: 133). Ein gelungenes deutsch-chilenisches Projekt ist "Señor Coconut". Der in Santiago lebende deutsche DJ Uwe Schmidt alias "Atom Heart" hat auf "El Baile Alemán" zehn Stücke der deutschen Kultband "Kraftwerk" im *cumbia*- und *merengue*-Stil aufgenommen. Das sehr tanzbare Ergebnis verbuchte im Jahr 2000 internationalen Erfolg.

4. Chilenische Musik im Internet

FONDART hat Anfang 2001 einen Vertrag mit dem chilenischen Telekommunikationsunternehmen ENTEL unterzeichnet, um die Verbreitung chilenischer Musik über das Internet zu fördern. Doch auch jetzt schon gibt es viele Websites, die sich mit chilenischer Musik befassen und so zu ihrer größeren Verbreitung beitragen können.

Auf den Seiten des Erziehungsministeriums (<www.mineduc.cl>) wird über offizielle Programme und die Förderung des Musiklebens berichtet, die Kulturzeitschrift *Vistazos* ist hier *online* verfügbar. Es gibt *Websites* zum chilenischen Rock (<<http://www.rockprogresivo.com/progchile.htm>>), (<www.chilerock.cl>) und zum Jazz (<<http://www.chilejazz.cl>>). Viele Gruppen haben eigene *Sites* mit Informationen zu ihrem Werdegang, so zum Beispiel "Inti-Illimani" (<<http://www.inti-illimani.cl/contenido.html>>) oder das "Orquesta Moderna" (<<http://www.orquesta-moderna.cl>>). Die Jahrgänge 1996-2001 der *Revista Musical Chilena* finden sich unter <<http://www.scielo.cl>>, MP3-Dateien chilenischer Musik können unter <<http://www.mp3palace.cl>> heruntergeladen werden. Unter <<http://www.ebe-online.de/home/rschulz/Seiten/autor-seiten/musik/musik.html>> findet sich ein Lexikon zu chilenischen Instrumenten, Tanz- und Liedformen, Fotos der

Instrumente und Klangbeispiele gibt es unter <http://www.dic.uchile.cl/~instrum/>. Zonalatina bietet eine riesige *Linkliste* zur lateinamerikanischen Musik (<http://www.zonalatina.com/Zlmusic.htm>) darunter viele *Links* zu Chile. Unter <http://www.musica.cl/> erreicht man ein *Webportal* mit Informationen zu allen modernen Musikrichtungen.

5. Chiles Musikmarkt im Kontext

5.1 Der chilenische Musikmarkt

Chile ist im Vergleich zu Argentinien, Brasilien und Mexiko ein relativ kleiner Markt. Der Umsatz betrug 1999 76,2 Millionen US\$, verkauft wurden 4,8 Millionen CDs und 3,4 Millionen MCs. Auch hier wird der Markt von den "Majors" beherrscht, fast alle nationalen Pop- und Rock-Stars sind dort unter Vertrag: Nicole bei "BMG" – ihr 94er Album "Esperando Nada" verkaufte sich 80.000 Mal in Chile –, der Balladensänger Alberto Plaza bei "EMI", die Rockgruppen "Los Tres" bei Sony ("Unplugged" verkaufte sich 125.000 Mal) und "La Ley" bei "Warner" (Yúdice 1999: 204f.; SGAE 2000: 139). Der Marktanteil nationaler Interpreten betrug 1996 etwa 26%. Das ist eine Verschlechterung gegenüber früheren Jahren, 1972 lag er noch bei 30%. Somit läuft die Entwicklung in Chile dem o.g. internationalen Trend entgegen (Yúdice 1999: 205; García 1984: 318).

Die Geschichte der transnationalen Musikfirmen in Chile beginnt in den vierziger Jahren, zuvor hatte es nur eine unbedeutende Herstellung von Schellackplatten gegeben. "RCA Víctor" kam als erstes Unternehmen ins Land und baute auch das erste Aufnahmestudio. Kurz darauf folgten "EMI" "Odeon" und "Phillips". Zunächst wurden nur Opern produziert, bald aber auch Popular-Musik von den "Cuatro Huasos", "Chilote Campos" und von den "Hermanas Parra" (Violeta und Hilda). Der Verkauf von Schallplatten schnellte in den fünfziger Jahren in die Höhe, weil die neuartigen Vinyl-Schallplatten und die nun im Land hergestellten Musikboxen billiger wurden. Folkloresänger wie Pedro Messone und Tito Fernández standen bei "RCA Víctor" ebenso unter Vertrag wie die Tanzorchester "Los Caribe", "Los Peniques" und "Pachuco y La Cubanacán" und auch die ersten Rock 'n' Roll-Gruppen.²³

Mit der Verstaatlichung des Labels "RCA-Víctor" durch die Regierung Allende erhielt 1970 das Unternehmen *Industria de Radio y Televisión* (IRT) die Hoheit über einen Back-Katalog mit rund 2.000 Aufnahmen von nationa-

²³ Vgl. "La Resurrección de la RCA Víctor" 4/2001 ; www.chilejazz.cl.

len Künstlern (Violeta Parra, “Los Mac’s” etc.). Nach dem Militärputsch wurde “IRT” privatisiert, das vorhandene musikalische Material – soweit nicht zerstört – jedoch nicht mehr genutzt und vergessen. Ein Wiederbelebungsversuch 1978 scheiterte an der Wirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre. Es wurden keine Platten mehr gepresst, nur noch Kassetten hergestellt. “RCA” wurde von “BMG” aufgekauft, jedoch nicht der nationale Katalog. Diesen erwarb “ARCI Music”, dessen Chef, David Yáñez, es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Teil der alten Aufnahmen zu katalogisieren, zu restaurieren und zu veröffentlichen.²⁴

Neben den großen *Labeln* behaupteten sich immer nur wenige kleine Firmen. In den fünfziger Jahren erschienen etliche Rock ‘n’ Roll-Singles auf unabhängigen Mini-*Labeln*, unter Allende war “DICAP” erfolgreich, und während der Diktatur wurde “Alerce” ins Leben gerufen. Auf die beiden letzteren werde ich später noch eingehen.

Nach dem Ende der Herrschaft Pinochets entstanden viele kleine Musikfirmen in den verschiedenen Nischen. Das *Label* “Inferno Records” (1990-1997) war zum Beispiel vor allem für Heavy Metal-Produktionen bekannt. Nach seinem Konkurs musste es einen Großteil der Werke seiner Interpreten an “BMG” verkaufen (SGAE 2000: 102). Das *Label* “Jazzmanía” kümmert sich um Jazz-, “Fusión” um Rockgruppen. Musik von chilenischen Künstlern zu produzieren, war immer mit einem ökonomischen Risiko verbunden, weswegen die internationalen Firmen kaum Interesse an der Förderung nationaler Künstler zeigten. Als garantiertes Verkaufsminimum legten sie für Chile 5.000 Einheiten fest, so dass viele Musikrichtungen – Neue Konzertmusik, Jazz, etc. – von vornherein ausschieden (Vera Rivera 1999; <www.scielo.cl>).

Eine wichtige Rolle bei der Unterstützung nicht kommerzieller klassischer Musik spielen öffentliche oder private Institutionen. Die 1936 gegründete *Asociación Nacional de Compositores* (ANC) rief zur Herstellung und Distribution von Aufnahmen Neuer Konzertmusik 1987 die Firma “SVR Producciones” ins Leben, das *Instituto de Extensión Musical* (IEM) der *Universidad de Chile* gab von 1940 bis 1974 Partituren und Schallplatten heraus. ANACRUSA, eine private Initiative von Musikern und Musikwissenschaftlern, kümmerte sich seit 1984 um die Belange der Neuen Konzertmusik (Vera Rivera 1999; <www.scielo.cl>).

²⁴ Vgl. SGAE, S. 104/Salas Edwards/“La Resurrección de la RCA Victor” 4/2001 (<www.chilejazz.cl>).

Der Anteil der Piraterie am Musikmarkt wird in Chile auf 10-30% geschätzt. Das ist im lateinamerikanischen Vergleich eher wenig, aber genug, um auf der *Watch List* der *International Intellectual Property Alliance* (IIPA) zu stehen. Raubkopien finden sich auf den Märkten aller großen Städte, vor allem das private Raubkopieren nimmt dramatisch zu. Die Verkaufszahlen von Tonträgern nahmen von 1999 bis 2000 um 40% ab, der finanzielle Verlust wird für das Jahr 2000 auf rund fünf Millionen US\$ geschätzt. Im selben Jahr führte die Polizei über 200 Aktionen gegen professionelle Piraten durch, 70 Anklagen ergaben elf Verurteilungen. Das Justizsystem ist zu langsam, die Polizei überbeschäftigt und unterbezahlt und das Urheberrechtsgesetz veraltet (1970). Außerdem sind die Grenzkontrollen zu lasch, so dass Piratenprodukte unbemerkt ins Land kommen können.

Chile hat die Urheberrechts-Verträge der *World Intellectual Property Organisation* (WIPO) noch nicht ratifiziert, weswegen die IIPA der US-Regierung empfiehlt, Urheberrechtsfragen mit in die Verhandlungen über eine gemeinsame Freihandelszone aufzunehmen (IIPA 2001: 286-290). Auch das Welturhebertreffen, das im September 2000 in Santiago stattgefunden und sich mit den Problemen der Globalisierung, der Informationsgesellschaft und dem globalen Schutz des Urheberrechts befasst hat, konnte den Prozess nicht beschleunigen (*GEMA Nachrichten* 162/2001).

5.2 Der regionale Zusammenhang

Der internationale Musikmarkt (Umsatz 2000: 36,9 Milliarden US\$) wird (noch) von fünf *Majors* ("BMG", "Sony", "EMI", "TimeWarner", "Polygram/Universal") beherrscht. Rund 90% aller Tonträger werden von diesen Giganten hergestellt und/oder weltweit vertrieben. Auch in Lateinamerika haben sie den Markt unter sich aufgeteilt (Tabelle 2). Für kleine Firmen bzw. Label bleiben nur Nischenmärkte oder die Vorarbeit für die *Majors* übrig. Auf der Rangliste der Absatzmärkte für Tonträger nimmt Lateinamerika (Umsatz 1999: 1,89 Milliarden US\$) nach Auskunft der *International Federation of the Phonographic Industry* (IFPI) einen abgeschlagenen vierten Platz ein, nach Nordamerika, Europa und Asien. Und das, obwohl der lateinamerikanische Markt (Tabelle 1) in den Jahren von 1994 bis 1997 ein enormes Wachstum aufwies, vor allem seit dem internationalen Erfolg lateinamerikanischer Musik seit etwa 1996/97, der im achtfachen "Grammy"-Gewinn "Santanas" 1999 und der Schaffung der jährlichen "Latin Grammy"-Verleihung gipfelte.

Ein weiterer Grund für das Wachstum in dieser Zeit war sicherlich der Preisverfall im Bereich der Unterhaltungselektronik seit 1994, besonders in Brasilien, wo fast die Hälfte aller Tonträger auf dem Kontinent abgesetzt wird. 1997/98 stagnierte die Wachstumskurve aufgrund der Wirtschaftskrisen in Lateinamerika und Asien (IFPI 1999). Denn besonders in der Dritten Welt sind es “die Konsumgütermärkte, die schnell und heftig auf Krisen reagieren”, wie André Midani, Präsident von “Warner Music Latin America”, in einem Interview erklärte (Yúdice 1999: 188). Eine Entwicklung, die sich auch 1999 und 2000 in einem rund einprozentigen Rückgang des Umsatzes bemerkbar machte, nicht zuletzt wegen der *On-* und *Offline-*Piraterie: Der weltweite Verkauf von CD-Rohlingen stieg laut IFPI im Jahr 2000 beispielsweise um 80% an. Im ersten Halbjahr 2001 betrug der Umsatzrückgang in Lateinamerika sogar 20% (IFPI 1999; 2001: 3; siehe auch <www.ifpi.org>).

Tabelle 1: Tonträgerabsatz der wichtigsten lateinamerikanischen Märkte 1999 (in Mio. Stück)

Land/Tonträger	MC	CD	Umsatz (in Mio. US\$)	Anteil an gesamt LA (in %)
Argentinien	5,5	17,3	270,4	14,3
Brasilien	0,4	96,6	668,4	35,3
Chile	3,4	4,8	76,2	4,0
Kolumbien	1,4	13,2	109,9	5,8
Mexiko	19,7	52,9	626	33,1
Venezuela	0,2	4,2	52,9	2,8

Quelle: IFPI. MC = Musikkassette, CD = Compactdisc.

Um ihre Position auf den nationalen Märkten Lateinamerikas zu verbessern – sie verkaufen bisher im Durchschnitt nur 80% der Tonträger dort – haben fast alle *Majors* nationale Ableger gegründet. So werden sie zu “nationalen” Konkurrenten für die wenigen verbliebenen “Indies” (*Independent*), kleinen nationalen *Labels*, die kein globales Kapital besitzen, um im Wettbewerb auf Dauer zu bestehen. Fast alle bekannten lateinamerikanischen Musiker sind inzwischen bei einem der *Majors* unter Vertrag: “Los del Río” (Mexiko) bei “BMG International”, wie auch Nicole (Chile). “Polygram Latino” hat mit Mercedes Sosa (Argentinien), “Control Machete” (Mexiko) und Chico César (Brasilien) unter anderen drei Superstars an Bord, während

“EMI/Warner” mit den “Enanitos Verdes” (Argentinien), “Maná” und Luis Miguel (Mexiko) aufwarten kann. Bei “Sony” schließlich sind Shakira (Kolumbien) und José Luis Rodríguez (Venezuela) zu Hause (Yúdice 1999: 210ff.). Den *Majors* ist klar geworden, dass das wirtschaftliche Potential eines Landes nur dann voll ausschöpfbar ist, wenn die nationalen kreativen Ressourcen dieses Landes erschlossen werden. Gleichzeitig entwickeln sich die *Majors* immer mehr zu Multimedia-Unternehmen, die ihre Produkte global mehrfach verwerten. So wird ein Hit wie “La vida loca” von Ricky Martin weltweit nicht mehr nur als Tonträger in den eigenen Musikgeschäften vermarktet, sondern auch als Videoclip in den eigenen TV-Stationen, als DVD oder neuerdings auch als MP3-File über das Internet (Smudits 1998: 40).

Die “Indies” dienen fast nur noch dazu, Künstler zu entdecken, sie national bekannt zu machen und dann an die *Majors* weiterzureichen. Sie haben nicht die ökonomische Kraft, ihre Talente international zu vermarkten. Auch erreichen sie nicht die Absatzzahlen, die notwendig sind, um die Kosten für ein aufwendig produziertes Album hereinzuholen. “Indies” überleben nur in speziellen Nischen (Techno, Darkmetal etc.), die allerdings in Lateinamerika nicht die Rolle spielen, die sie auf dem europäischen Markt einnehmen. Hoffnungen setzen alle “Indies” neuerdings auf das Internet, das eine weltweite Direktvermarktung ohne hohe Kosten ermöglicht. Aber noch beträgt die Distribution von Musik über das Netz gerade mal zwischen 1 und 2% des gesamten Musikmarktes, auch wenn dieses Thema durch die Prozesse der Musikindustrie gegen Onlineanbieter wie “Napster” oder “MP3.com” lange die Medien beherrschte (Eßer 2000).

Tabelle 2: Aufteilung der wichtigsten lateinamerikanischen Märkte in % (1996)

Land/Label	BMG	EMI	Polygr./Univ.	Sony	Warner	Indies
Argentinien	20	19	19	24	13	5
Brasilien	13	16	20	17	15	19
Chile	18	20	18	24	17	3
Kolumbien	13	8	11	28	4	36
Mexiko	16	13	14	18	13	26
Venezuela	12	9	41	29	8	1

Quelle: IFPI/Yúdice (1999).

Die 80% Umsatzanteil der *Majors* in Lateinamerika werden im Gegensatz zu den vorherigen Jahrzehnten heute nur noch zu rund einem Drittel mit einem internationalen (angelsächsischen) Repertoire erzielt (Tabelle 3). Nationale und regionale Interpreten garantieren inzwischen die Absatzzahlen, nicht zuletzt ein Erfolg des Fernsehsenders MTV-Latina.²⁵ Einem Report der IFPI zufolge hat sich der Anteil von nationalen Interpreten an der internationalen Musikproduktion zwischen 1991 und 2000 von 58 auf 68% erhöht (<www.ifpi.org>).

Tabelle 3: Verkäufe nach Repertoire in % (1996)

Land/Repertoire	National	Regional	Angloamerikanisch
Argentinien	30	32	38
Brasilien	65	--	35
Chile	26	38	36
Kolumbien	30	45	25
Mexiko	47	20	33
Venezuela	37	35	28

Quelle: Yúdice (1999).

Piraterie als internationales Problem bereitet der Musikindustrie auch in Lateinamerika Kopfschmerzen. Trotz verschärfter Maßnahmen der *Federación Latinoamericana de Productores de Fonogramas* (FLAPF) in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden betrugen die Verluste durch Raubkopien 1999 geschätzte 1,15 Milliarden US\$ nur für US-*Copyrights* (weltweit: 4 Milliarden US\$). Einer der größten Absatzmärkte für illegale Tonträger ist Brasilien, mit einem Marktanteil von rund 50%. So wurden dort 1996 rund 70 Millionen Kassetten als Raubkopien verkauft. Bei zunehmender Armut großer Bevölkerungsteile finden Kassetten für zwei oder drei Dollar reißenden Absatz. In den vergangenen drei Jahren ist der Anteil von illegalen CDs erheblich angestiegen. Das liegt einerseits an den privaten Raubkopien, wie auch an neu errichteten illegalen Kopierwerken südostasia-

²⁵ "MTV Latina" mit Sitz in Miami nahm 1993 seinen Betrieb auf. Von seinem "neutralen" Sitz aus, strahlte es zunächst ein gesamtlateinamerikanisches Programm aus. 1996 wurde es zweigeteilt, in ein Programm für Mexiko, Zentralamerika und die Karibik und ein weiteres für Argentinien, Chile und den Rest Südamerikas. "MTV-Latina" hatte 1997 mehr als sieben Millionen Abonnenten in Lateinamerika und den USA (200.000).

tischer Verbrecherkartelle in Lateinamerika (Yúdice 1999: 222-227; IFPI 2001: 4f.).

Die beiden größten Zentren Lateinamerikas zur Herstellung von Raubkopien befinden sich in Mexiko City (*Barrio de Tepito*) und in Paraguay an der Grenze zu Brasilien. Dort hatte die südostasiatische Musikmafia, die das Land bisher nur zur Durchschleusung von Raubkopien benutzt hatte, in Ciudad del Este zwei Fertigungsstätten errichtet, die bis zu 40 Millionen CD-Kopien jährlich produzieren konnten. Diese wurden 1999 von den Sicherheitsbehörden entdeckt und geschlossen. Das hat allerdings zur Folge, dass die Piraten nun in vielen kleinen Betrieben weitermachen. Der Marktanteil illegaler Tonträger beträgt in Paraguay 95%. Auch in Mexiko war den Fahndern Erfolg beschied: Sie knackten im Sommer 2000 einen Ring von Musikpiraten, der rund 20 Millionen illegale CD's jährlich herstellte (<www.ifpi.org>).

6. Musik, Staat und Gesellschaft

Das chilenische Erziehungssystem stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und zählt zu den besseren in Lateinamerika, einem Kontinent, dessen öffentliche Bildungssektoren in der Regel zu den miserabelsten der Welt gehören. Seit 1928 sind acht Schuljahre für alle Kinder zwischen sechs und 14 Jahren obligatorisch, die Lehrmittelfreiheit ist garantiert. Rund 85% der Kinder besuchen heute eine weiterführende Schule. Die Alphabetisierungsrate liegt bei 94%, einem der höchsten Sätze in Lateinamerika. In den neunziger Jahren startete die Regierung eine Bildungsreform und verdoppelte ihre Ausgaben auf diesem Gebiet. Es wurde vor allem versucht, ärmeren Schichten den Zugang zur Bildung zu erleichtern, da das Gefälle zwischen dem öffentlichen und privaten Bildungssektor enorm ist. Rund 7% des BIP Chiles gehen in den Bildungssektor, wovon allerdings nahezu die Hälfte des Betrages von Eltern stammt, die die Gebühren für Privatschulen zahlen. Kritiker beklagen, dass das Ausbildungsniveau trotz der Anstrengungen immer noch zu niedrig ist.²⁶

Die Musikausbildung beschränkte sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts auf wenige Privatschulen für Kinder begüterter Eltern. 1849 öffnete das *Conservatorio Nacional de Música* seine Pforten. Sein Anliegen war es, die Musik dem Volke näher zu bringen. Neben der Ausbildung an Instrumenten bekamen die Schüler auch Ansätze von Musikgeschichte und -theorie vermittelt

²⁶ Vgl. "Back to School Education in Chile", in: *The Economist*, 16.6.2001, S. 58.

(Pereira Salas 1982: 243). Im Erziehungswesen erfolgte der nächste große Schritt erst in den zwanziger Jahren des folgenden Jahrhunderts, als sich die Universität Chile der Musikausbildung öffnete. Die *Universidad Católica de Chile* hat erst seit 1960 eine Abteilung für Musik. In den öffentlichen Schulen blieb der Musikunterricht bis in die fünfziger Jahre ein Stiefkind. Er war im Durchschnitt auf weniger als eine Stunde pro Woche begrenzt, Lehrpläne gab es keine. So verließen die meisten Schüler die Schule im festen Glauben, „die Musik sei ein Zeitvertreib, ohne Wichtigkeit und nicht Wert Energie in sie zu investieren“ (*Revista Musical Chilena* Nr 3, 1945: 3-6).

Nach dem Vorbild der USA führten die Universität Chile und das Erziehungsministerium 1942 so genannte *conciertos educacionales* in Chile ein. Bekannte Orchester gaben Gratis-Konzerte für Schüler, bei denen Fragen beantwortet wurden und deren Partituren zuvor im Unterricht behandelt worden waren (Salas 1945: 23). Diese Initiative ging auf das *Ley de la Música* zurück, welches seit 1940 das Verhältnis von Staat und Musik regelte. Dieses Gesetz wurde 1974 von den Militärs gestrichen und die im Erziehungsministerium existierende Abteilung für Musikerziehung, die sich um die Fortbildung von Musiklehrern und die Verbreitung von Folkloremusik kümmerte, aufgelöst. Nach der Rückkehr zur Demokratie wurde eine Bildungsreform in Gang gesetzt, die auf die Kritik der Musikschaftenden traf, da sie im musikalischen Bereich wenig änderte. Die Musikerziehung blieb nach ihrer Ansicht mangelhaft. Auch weiterhin können sich nur begüterte Familien eine gute Musikerziehung leisten, und zwar auf einer der vielen neuen Privatschulen, wie der *Escuela Moderna de Música* und der *Escuela Internacional de Música* (Cárdenas 2001).

Trotz einer schlechten wirtschaftlichen Lage hat sich die Situation für den Musiksektor verbessert. Im Regierungsprogramm 2000 bis 2006 kündigte Präsident Ricardo Lagos an, den Kulturinstitutionen und der Ausbildung mehr Geld zukommen zu lassen. Außerdem wurde ein Programm zur Unterstützung kommunaler Kulturzentren²⁷ entwickelt und neben FONDART ein weiterer staatlicher Fond gegründet, der Mittel für Künstlerstipendien bereitstellen soll. Der *Fondo de Desarrollo de las Artes y la Cultura* (FONDART) finanziert Projekte auf nationaler und regionaler Ebene. Geschaffen 1992

²⁷ Gefördert werden vor allem die so genannten *cabildos*. Ursprünglich kleine Selbsthilfegruppen auf lokaler Ebene, sind sie seit Anfang 1999 auf Anregung der Kulturabteilung des Erziehungsministeriums landesweit neu entstanden, um die traditionelle Kultur zu erhalten und zu verbreiten. Zum nationalen Treffen Anfang 2000 kamen Abgesandte von 581 *cabildos* aus dem ganzen Land nach Santiago.

von dem damaligen Erziehungsminister Ricardo Lagos, hat der Fond in den neun Jahren seines Bestehens über 480 Projekte mit einem Finanzvolumen von etwa 1,5 Milliarden Pesos gefördert.²⁸

1996 hat die Kulturabteilung des Erziehungsministeriums die Initiative für ein neues "Musikgesetz" auf den Weg gebracht, mit dem Ziel, die Verbreitung und Produktion nationaler Musik zu verbessern. In Artikel 1 heißt es: "El Estado de Chile reconoce como requisito esencial para la preservación de la identidad cultural [...] la música nacional". Mit dem Gesetz, das bereits von der Abgeordnetenkammer des Parlaments verabschiedet ist, wird auch ein jährlicher Musikwettbewerb mit Preisverleihung ins Leben gerufen. Die Preisträger waren 1999: Pedro Yañez (Folklore), Pablo Herrera (Populärmusik) und Jaime de la Jara (Klassik). Schon vor der Verabschiedung des Gesetzes wurde 1998 mit der Herausgabe von Partituren chilenischer Komponisten begonnen. Finanziert werden auch Projekte wie die Erstellung und Herausgabe eines Kulturatlas Chiles sowie die Produktion von CDs. Gemeinsam mit der *Sociedad Chilena del Derecho de Autor* (SCD) richtete das Ministerium das Festival "El Sonido de Chile" aus, um der nationalen Musik einen neuen Impuls zu geben, und fördert seit 1992 ein Projekt zur Rettung und Digitalisierung der Tonträgerarchive verschiedener Institutionen.²⁹

Die Präsenz nationaler Künstler in den chilenischen Massenmedien ist gering. Etwa 9% der Sendezeit aller TV- und Radiostationen sind dieser Musik gewidmet. In Chile konzentrieren sich die Massenmedien in den Händen weniger Unternehmer. Die beiden größten Presse-Unternehmen sind *El Mercurio*, das sich seit 1875 im Besitz der Familie Edwards befindet, und die Aktiengesellschaft COPESA. Beiden gehören auch Radio- und Fernsehstationen. Trotz der weitgehenden Wiederherstellung der Meinungs- und Pressefreiheit nach 1990 hat diese Machtkonzentration eine Art Zensur zur Folge.³⁰ Interpreten, die eine andere als die in den Medien vorherrschende politische Meinung vertreten, werden ignoriert. Der wirksamste Zensor ist jedoch auch in Chile der Profit. Musik, die nicht kommerziell verwertbar ist, wird selten oder gar nicht gesendet. Waren jahrhundertlang politische

²⁸ Vgl. <www.mineduc.cl> (Erziehungsministerium; Zeitschrift *Vistazos*).

²⁹ Vgl. <www.mineduc.cl> (Erziehungsministerium; Zeitschrift *Vistazos*); Merino (1997: 81).

³⁰ Vgl. <www.mineduc.cl> (Erziehungsministerium; Zeitschrift *Vistazos*); Delgado Rühl (1994).

Machthaber für die Zensur zuständig, so hat dies heute weitestgehend die Musikindustrie im Verbund mit den Medien übernommen (Pieper 2000: 12).

Im März 2001 wurde Chile von *Human Rights Watch* in ihrem Jahresbericht als das Land Lateinamerikas (mit Ausnahme Kubas) mit der schlechtesten Bilanz in Sachen Meinungsfreiheit eingestuft. Dazu passt, dass Luis Sepúlveda die Zeitung *El Mercurio* als “das Sprachrohr der vierzig mächtigsten Familien und ihrer ausländischen Partner” bezeichnet (Sepúlveda 2001).

Die erste Publikation, die sich mit Musik beschäftigte – *Semanario Musical* – gab 1852 der Musiker José Zapiola mit einigen Freunden heraus (Bustos 1988: 27). Heute gibt es einige Publikumszeitschriften, die sich mit Musik beschäftigen (*Chilerock* etc.). Konstant seit 1945 erscheint die von der Universität Chile herausgegebene *Revista Musical Chilena*, eine sehr anspruchsvolle Publikation, die sich allerdings erst in den neunziger Jahren für Stile wie Jazz oder Rock öffnete.

7. Schlussbetrachtung

Chiles Musikgeschichte war und ist geprägt von ausländischen Einflüssen. Waren es zunächst die Spanier, die ihre Musik in die Kolonie brachten, so beeinflussten im 19. Jahrhundert die deutsche, die französische und die italienische Musik die klassischen Kompositionen. Auch in der folkloristischen Musik kamen die Anregungen – abgesehen von der lange ignorierten indigenen Musik – von außen. Chiles Nationaltanz, die *cueca*, stammt ursprünglich aus Peru. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts kristallisierte sich ein Nationalgefühl in der Musik heraus, das zu einer Beschäftigung mit der Folkloremusik und der Musik der indigenen Bevölkerung führte. Aber erst die *Nueva-Canción*-Bewegung verankerte viele Elemente chilenischer Musik im Bewusstsein der Bevölkerung.

Unter den Folgen des Militärputsches 1973 hatte auch die Musikwelt zu leiden. Künstler wurden ermordet oder gingen ins Exil, es folgte eine Zeit geringer Aktivität. Erst seit Mitte der achtziger Jahre kehrten in größerem Umfang Kreativität und Mut zu den Musikern und Komponisten zurück. Seit der Rückkehr zur Demokratie normalisiert sich auch das Musikleben wieder. Internationale Künstler haben über die Massenmedien und das Internet Einzug in die Hitparaden und die Wohnzimmer gehalten, Jazz und Rock – in Chile wie anderswo US-amerikanisch und europäisch geprägt – gehören genauso zum musikalischen Spektrum wie Oper und Kammermusik. Der Staat fördert nationale Musikprojekte und unterstützt die Verbesserung der

Musikausbildung. Aber es geschieht noch nicht genug, um die eigene Musik zu erhalten und zu fördern. Indigene Instrumente zu verwenden oder historische Aufnahmen zu retten reicht nicht aus, um den Menschen ihr eigenes Kulturgut ins Bewusstsein zu rufen. Der Musikunterricht muss verbessert werden und ohne zusätzliche Kosten für alle zugänglich sein. Nicht zuletzt sollte die Regierung sich dafür entscheiden, im Gedenken an die ermordeten Musiker unter Pinochet Straßen, Plätze oder Orte nach ihnen zu benennen (Guerra 2001). Eine kleine Geste, die aber in den Köpfen der Menschen viel bewegen kann.

Literaturverzeichnis

- Alarcón Díaz, Víctor (2001): "Crece Cantando: Una Visión Hacia el Futuro de la Música Coral en Chile". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 195, <www.scielo.cl>, S. 70-72.
- Aracena, Beth K. (1997): "Viewing the Ethnomusicological Past: Jesuit Influences on Araucanian Musik in Colonial Chile". In: *Latin American Music Review*, Bd. 18, Nr. 1, S. 1-29.
- Araya Salamanca, Cristian (1998/99): "El Nuevo Rock de Chile". In: *Matices*, Nr. 20, S. 47.
- Bodenhöfer, Andreas (1987): "Schreiben mit unsichtbarer Tinte. Neue Musik im heutigen Chile". In: *MusikTexte*, Nr. 20, S. 17-19.
- Bustos, Raquel (1988): "La Musicología en Chile: La Presente Década". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 169, S. 27-36.
- Cánepa, Gina (1987): "Violeta Parra and Los Jaivas: Unequal Discourse or Successful Integration?". In: *Popular Music* 6/2, S. 235-240.
- Cárdenas, Guillermo (2001): "El Canto de los Niños y la Reforma Educativa". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 195, <www.scielo.cl>, S. 72-74.
- Coriún Aharonián, Leon (1998): "Erneuerung aufgegebenen Traditionen. Das 13. Festival Chilenischer Musik in Santiago de Chile". In: *MusikTexte*, Nr. 75, S. 96-97.
- Dannemann, Manuel (1977): "The Musical Traditions of the Indigenous Peoples of Chile". In: *The World of Music*, Nr. 3-4, S. 104-120.
- Delgado Rühl, Astrid (1994): "Massenmedien in Chile". In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Massenmedien in Lateinamerika* Bd. II. Frankfurt/Main, S. 13-104.
- Delgado Rühl, Astrid/Haarhoff, Heike (2001): "Noch gelten die alten Gesetze". In: *journalist* Nr. 7, S. 72-74.
- Díaz, Clara (1994): *Sobre la guitarra, la voz*. La Habana.
- Díaz, Enrique (Interview). Chilenischer Bassist und Komponist, lebt seit 1987 in Deutschland.
- Eßer, Klaus (1999): *Institutioneller Wandel unter Globalisierungsdruck. Überlegungen zu Aufbau und Koppelung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile*. Berlin.
- (2000): <music-and-sound.de>. Musik im Internet, Köln.

- Fairley, Jan (1985): "Annotated Bibliography of Latin-American Popular Music with Particular Reference to Chile and to 'Nueva Canción'". In: *Popular Music* 5, S. 305-356.
- (2000): "Chile/Latin America – Nueva Canción: An Uncompromising Song". In: Broughton, Simon/Ellingham, Mark (Hrsg.): *The Rough Guide World Music*, Bd. II: *Latin and North America, Caribbean, India, Asia and Pacific*. London, S. 362-371.
- Fumarola, Martín Alejandro (1999): "Electroacoustic Music Practice in Latin America: An Interview with Juan Amenábar". In: *Computer Music Journal*, Nr. 23/1, S. 41-48.
- García, Fernando (1984): "En Torno a la Difusión y el Lenguaje Musical". In: Gómez García, Zoila (Hrsg.): *Musicología en Latinoamérica*. La Habana, S. 308-322.
- Gómez, Ana Lorena/González, Gabriel (2000): "31 Años Contra el Olvido. El Conjunto Chileno Congreso de Visita en Colonia". In: *Matices*, Nr. 27, S. 62-63.
- González, Juan Pablo (1989): "Inti-Illimani and the Artistic Treatment of Folklore". In: *Latin American Music Review*, Bd. 10, Nr. 2, S. 267-286.
- (1998): "Chile". In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *South America, Mexico, Central America, and the Caribbean. The Garland Encyclopedia of World Music*, Bd. 2. New York, S. 356-375.
- Guarda, Ernesto (2001): "El Canto Coral en el Sur de Chile". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 195, <www.scielo.cl>, S. 69-70.
- Guerra, Roberto (2001): "Lied wie schlecht du klingst ... Chiles Erinnerungspolitik steckt immer noch in den Kinderschuhen". In: *Lateinamerika-Nachrichten*, Nr. 324, S. 7-9.
- Günther, Robert (1982): "Die Musikkulturen Lateinamerikas im 19. Jahrhundert – Tendenzen und Perspektiven". In: Günther, Robert (Hrsg.): *Die Musikkulturen Lateinamerikas im 19. Jahrhundert*. Regensburg, S. 9-19.
- Horn, David (1987): "Inti-Illimani". In: *Popular Music* 6/2, S. 241-246.
- IFPI (International Federation of the Phonographic Industry) (1999): *World Sales of Recorded Music 1999* (<www.ifpi.org>).
- (2001): *IFPI Music Piracy Report 2001* (<www.ifpi.org>).
- IIPA (International Intellectual Property Alliance) (2001): "Chile". In: *International Intellectual Property Alliance, Special 301 Report*, S. 286-291.
- Jara, Joan (2000): *Das letzte Lied – Das Leben des Victor Jara*. München.
- Linares, María Teresa (1974): *La Música y el Pueblo*. La Habana.
- Lindig, Wolfgang (Hrsg.) (1986): *Lexikon der Völker – Regionalkulturen in unserer Zeit*. München.
- Ludwig, Egon (2001): *Música Latinoamericana. Lexikon der lateinamerikanischen Volks- und Populärmusik*. Berlin.
- Manns, Patricio (1987): "The Problems of the Text in Nueva Canción". In: *Popular Music* 6/2, S. 191-195.
- Matthey Correa, Gabriel (1997): "Mi Relación con la Música Chilena de los Años 50". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 187, <www.scielo.cl>, S. 60-62.
- (1998): "Señales de (Re)Activación de la Música Contemporánea en Chile". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 189, <www.scielo.cl>, S. 5-8.
- Menanteau, Álvaro (1996): *Historia del Jazz Cileño* (<www.chilejazz.cl>).

- Merino, Luis (1997): Tradición y Modernidad: "El Desafío del Rescate, la Preservación, la Restauración y la Documentación de la Creación Musical Chilena". In: *Revista Musical de Venezuela*, Nr. 34, S. 77-82.
- Núñez, Pedro (1945): "Pedro Humberto Allende. Apuntes para una Semblanza". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 3, S. 15-18.
- Orrego-Salas, Juan (1997): "La década 1950-60 en la música chilena". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 187, <www.scielo.cl>, S. 42-45.
- Pereira Salas, Eugenio (1982): "La Vida Musical en Chile en el Siglo XIX". In: Günther, Robert (Hrsg.): *Die Musikkulturen Lateinamerikas im 19. Jahrhundert*. Regensburg, S. 237-259.
- Pieper, Werner (2000): "No Fun – eine Einleitung". In: Pieper, Werner (Hrsg.): *Verfemt, verbannt, verboten. Musik und Zensur. Weltweit*. Löhrbach, S. 11-12.
- Ponce, David (1998): "Santiago de Chile, Nuevo Extremo del Rock en Español". In: *Zona de Obras Especial*, Nr. 5, S. 132-139.
- Robertson, Carol E. (1998): "Mapuche". In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *South America, Mexico, Central America, and the Caribbean. The Garland Encyclopedia of World Music*, Bd. 2. New York, S. 232-239.
- Rojas Martorell, Gabriel (2001): "La Música en el Norte de Chile". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 195, <www.scielo.cl>, S. 67-68.
- Salas Edwards, Rosario (2001): "Problemática de la Música Popular en Chile". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 195, <www.scielo.cl>, S. 65-67.
- Ruschkowski, André (1998): *Elektronische Klänge und musikalische Entdeckungen*. Stuttgart.
- Salas, Filomena (1945): "Conciertos Educativos en Chile". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 3, S. 22-25.
- Salas Zúñiga, Fabio (2000): "Gritos y Susurros: Vocalistas y Casos del Rock Chileno". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 194, <www.scielo.cl>, S. 76-80.
- Sepúlveda, Luis (2001): "Die infame Geschichte der Infamie". In: *Le Monde Diplomatique*, 15.6.2001.
- Sepúlveda Lastreto, José (1998/99): "La Escena Hip Hop en Santiago". In: *Matrices*, Nr. 20, S. 46-47.
- SGAE (*Sociedad General de Autores y Editores*) (Hrsg.) (2000): *Diccionario de Rock Latino*. Madrid.
- Smudits, Alfred (1998): "Musik und Globalisierung. Die phonographischen Industrien". In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Heft 2, S. 23-52.
- Vega, Carlos (1947): "La Forma de la Cueca Chilena". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 20-21, S. 7-21.
- Vera Rivera, Santiago (1999): "Producción Fonográfica de Música de Concierto Chilena en la Década 1987-1997". In: *Revista Musical Chilena*, Nr. 191, <www.scielo.cl>, S. 16-45.
- Yúdice, Gorge (1999): "La Industria de la Música en la Integración América Latina – Estados Unidos". In: García Canclini, Néstor/Moneta, Carlos Juan (Hrsg.): *Las Industrias Culturales en la Integración Latinoamericana*. México D.F., S. 181-244.

Auswahl-Diskographie³¹

- Congreso (1994): *25 Años*. EMI.
- (1981): *Viaje por la Cresta del Mundo*. EMI.
- Cuncumén (1995): *Cosechando en el Tiempo*. Alerce [Kassette].
- De Gracia, Tiro (1999): *Decisión*. EMI.
- Diverse (1989): *Novedades de Chile*. Tropical Music.
- (1995a): *Electromúsica de Arte*. SVR Producciones.
- (1995b): *Les Araucans du Chili*. Playasound.
- (1999): *Marinero en Tierra. Tributo a Pablo Neruda*. Warner.
- Díaz, Enrique (1992): *Tocando la Tierra*. JHM.
- (1997): *Sin Tiempo*. Acoustic Music.
- DJ Mendez (2001): *Latino for Life*. Universal.
- Echenique, Cecilia (2001): *Chilena*. Universal.
- Fernández, Pedro (2001): *Yo no Fui*. Universal.
- Fulano (1993): *El Infierno de los Payasos*. Alerce.
- Illapu (1998): *Morena Esperanza*. EMI.
- (1993): *En estos Días...* EMI.
- (1994): *Best of*. Warner.
- (1998): *Lejanía*. Xenophile.
- Los Jaivas (1981): *Alturas de Machu Picchu*. CBS.
- (1984) *Obras de Violeta Parra*. CBS.
- (1997): *El Reencuentro*. Sony.
- Hernán Jara (1999): *Flauta*. Escuela Moderna.
- Victor Jara (1990): *Complete*. Pläne (4-CD-Box mit 8 Original-LPs).
- La Ley (1991): *Doble Opuesto*. PolyGram.
- (2000): *Uno*. Warner.
- Lucybell (2000): *Amanece*. EMI.
- Mecánica Popular (1999): *Mecánica Popular*. Alerce.
- Miss Dinky (2001): *Melodías Venenosas*. Traum.
- Nicole (1994): *Esperando Nada*. BMG.
- Orquesta Moderna (2000): *Jovenes Músicos para Nuevos Compositores*. Escuela Moderna.
- Pánico (1995): *Pornostar*. EMI.
- Los Panteras Negras (1996): *Atacando Calles*. Alerce.
- Panzer (1998): *Rock & Roll Addiction*. Warner.
- Parra, Angel (2000): *Boleros*. Last Call.

³¹ Die angegebenen *Label* müssen nicht identisch sein mit den für Deutschland zuständigen Labeln und Vertrieben.

- Parra, Roberto & Angel (1991): *Las Cuecas del Tio Roberto*. Alerce.
- Parra, Violeta (1998). *Las últimas Composiciones*. ANS.
- Perelman, Bárbara (2000): *Homenaje a Federico Guzmán*. Escuela Moderna.
- Los Prisioneros (1984): *La Voz de los 80*. Fusión.
- (1990): *Corazones*. EMI.
- Quilapayún (1990): *Santa María de Iquique*. Dom Disque.
- (1992): *Survario*. Dom Disque.
- Señor Coconut (2000): *El Baile Alemán*. Multicolor/EFA.
- Sol Mestizo (1996): *Markus Stockhausen Plays the Music of Enrique Díaz*. ACT.
- Los Tres (1995a): *La Espada y la Pared*. Sony.
- (1995b): *Unplugged*. Sony.
- Pedro Villagra y la Pedroband (2000): *Quiebracanto*. Escuela Moderna.

Soledad Lagos-Kassai

Theaterkultur unter der Diktatur¹ und in der Demokratie

1. Vorbemerkung²

Theater in Chile bleibt heute, trotz der unter den demokratischen Regierungen begonnenen Dezentralisierung und der Entwicklung der Universitäten in den 13 Regionen des Landes, größtenteils ein Privileg der Hauptstadt, in der mehr als die Hälfte der Theateraufführungen stattfinden.³ Streng genommen würde man deshalb über eine lokale Entwicklung reden; die Einschränkung auf Santiago bietet aus chilenischer Sicht allerdings einige Vorteile. Zunächst wird nicht nur ein großer Teil des Theaterschaffens erfasst, sondern experimentelles Theater, *off*- und *off-off*-Theater, Tanztheater und kollektives Theater haben in erster Linie in Santiago ihren Ursprung. Wenn ich mich also bewusst im Folgenden auf die Hauptstadt beschränke, dann gewiss nicht aus einem zentralistischen Grund.

¹ Die Begriffe Diktatur, Demokratie, neue oder wiedergewonnene Demokratie und Demokratisierung müssen im chilenischen Fall vor ihrem spezifischen historischen, politischen und gesellschaftlichen Hintergrund verstanden werden. Ob beispielsweise autoritäres Regime eine genauere Bezeichnung als Diktatur wäre, wird an dieser Stelle nicht näher diskutiert. Ähnliches gilt für nicht ganz unproblematische Bezeichnungen wie Bourgeoisie oder Mittelschicht (vgl. Salazar/Pinto 1999).

² Der folgende Artikel erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Er ist das Ergebnis einer langjährigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema, aber er ist selbstverständlich kein unschuldiger Text (vgl. Jameson 1981). An dieser Stelle möchte ich versuchen, den Ort zu definieren, von welchem aus ich diese theoretischen Überlegungen ins Leben rufe: Er ist der subjektive Ort einer Frau, die als Angehörige einer mittlerweile vom Aussterben bedrohten (chilenischen) Mittelschicht sozialisiert wurde, welche nur dank tiefer Sozialreformen möglich war. In meiner Kindheit und Jugend durfte ich vom Traum jener Idealisten profitieren, die breiten Sektoren der Gesellschaft Erziehung, Bildung und Ausbildung garantieren wollten. Der Bundesrepublik Deutschland verdanke ich die 16 produktivsten Wanderjahre meines Lebens, die Gott sei Dank eine freiwillige, persönliche Entscheidung waren. Seit 1997 wieder in meiner Geburtsstadt wohnhaft, verfolge ich die Entwicklungen der demokratisierten Gesellschaft mit jenem geschärften kritischen Blick, der bewusst und aktiv das Beste aus zwei unterschiedlichen Welten zu vereinen versucht.

³ Laut offiziellen Statistiken erfolgen 55% der gesamten Theater- und Tanzdarbietungen Chiles in Santiago (siehe *División de Cultura del Ministerio de Educación* 1999: 183).

Die Anzahl der einer enthusiastischen Theaterbesucherin zur Verfügung stehenden unterschiedlichen Möglichkeiten scheint heute ein Grund zur Freude zu sein. Nimmt man darüber hinaus die Menge und die Vielfalt der Theaterstücke, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in Santiago de Chile gezeigt wurden, als wichtigen Beleg für eine rege Aktivität im Kulturbereich Theater, dann ließe sich feststellen, dass das hiesige Publikum offensichtlich oft und gern ins Theater geht. Beobachtet man jedoch Menge und Vielfalt genauer, dann fällt ein gewisser Mangel an Stücken auf, die sich mit der jüngsten Vergangenheit des Landes auseinandersetzen. Breite Sektoren des zahlungskräftigen Publikums ziehen es vor, Spaß zu haben und auf Gesellschaftskritik zu verzichten. Die verzweifelte Suche nach Spuren einer sehr widersprüchlichen und problematisch gewordenen Identität in den Theaterstücken, die jetzt auf dem Spielplan stehen, wird nicht immer vom Erfolg gekrönt. Noch unbedeutender scheint es angesichts eines solchen vielseitigen Angebots, Fragen nach der Rolle der Kultur überhaupt auf einem neu definierten soziopolitischen Pflaster zu wagen, in dem im Grunde genommen das Gesetz von Angebot und Nachfrage das Zusammenleben der Chilenen regelt.⁴ Die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Sphären scheint nach mehr als zehn Jahren wiedergewonnener Demokratie eine unverkennbare Tatsache geworden zu sein, und sie bedingt auch teilweise die vom neoliberalen Wirtschaftsmodell hoch gepriesene Flexibilität: Die Kurzlebigkeit von Gruppen, die als solche nur für bestimmte Aufführungen gebildet werden, ist eine Konstante, denn nachdem das Ziel erreicht worden ist, ist jeder Gedanke an Kontinuität für die meisten Mitglieder der sich verändernden Theaterensembles ein teurer und ziemlich sinnloser Zeitvertreib. Dass ein solches Verfahren fatale Folgen für das Bestehen einer nationalen Theatertradition haben könnte, scheint zu Anfang des neuen Jahrtausends nicht sehr viele Chilenen zu kümmern. Letzten Endes gibt es immer dringendere Schwierigkeiten zu meistern, und der Begriff Kultur bleibt für die breite Masse ein exotisches Wort. In einer Gesellschaft, in der Begriffe wie Demokratie neu definiert wurden, hat sich auch das Theaterpublikum verändert: Es setzt sich nicht mehr hauptsächlich oder ausschließlich aus Angehörigen jener gebilde-

⁴ Identität wird in diesem Kontext als eine immer gespaltene, nie gleichbleibende Struktur, welche die Kategorie der Ambivalenz enthält, definiert: "Identity is a dynamic construction that adjusts continually to changes experienced within and surrounding the self" (Singh/Skerrett/Hogan 1994: 17). Kultur wird "*nicht* als antiseptische Sphäre, abgeschottet gegen alle Berührungen mit der Welt, sondern als ein außerordentlich variables Feld von Bestrebungen" verstanden (vgl. Said 1994).

ten Mittelschicht zusammen, die als Folge von Reformimpulsen der Regierungen der dreißiger und vierziger Jahre im Land entstanden war und welche sich selbst bis Mitte der siebziger Jahre als tragende Schicht der Nation verstand. Die neue chilenische Mittelschicht definiert sich selbst nicht mehr in erster Linie durch eine gute Bildung und Ausbildung, sondern durch ihre Kaufkraft (Moulián 1997: 99-124). Kultur fällt somit in die Sphäre der Konsumgüter, und das Theater erst recht. Konnte es in den achtziger Jahren gelegentlich passieren, dass man einige hochkarätige Theateraufführungen mit höchstens sechs oder acht anderen Zuschauer/Innen im Saal erlebte, scheint dieser desolate Zustand zu Anfang des neuen Jahrtausends überwunden zu sein, denn das Publikum hat das Theater als Möglichkeit (wieder-)entdeckt, einen angenehmen Abend zu verbringen. Wenn man dazu noch in der finanziellen Lage ist, nach dem Stück etwas essen oder trinken zu gehen, dann ist das Gefühl eines gelungenen Abends vollkommen.

Über die Besonderheiten des chilenischen Übergangs zur neuen Demokratie zu sprechen, scheint mir an dieser Stelle überflüssig. Jedoch ist eine Beschreibung des Theatersystems in dem Sinne notwendig, dass es wenige Gemeinsamkeiten mit dem deutschen, durch eine staatliche oder städtische Subventionspolitik gekennzeichneten System aufweist, was eine eigene und in der Regel funktionsfähige Kulturpolitik erlaubt.

2. Entstehung des bürgerlichen Theaters⁵ und Rezeption neuer Strömungen

In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gab es ein reges Theaterleben in Chile, das allerdings hauptsächlich von Gruppen ermöglicht wurde, deren Erfolg vom Improvisationstalent ihrer Schauspieler, einem effizienten Souffleur und einem treuen Publikum abhing. Regelmäßige Tourneen von spanischen Ensembles sorgten dafür, die Vorliebe der einheimischen Theatergemeinde für *sainetes* und *zarzuelas* zu prägen. Aus diesem Grund waren die beliebtesten Aufführungen entweder Komödien, die eng mit dem alltäglichen Leben verbunden waren, oder Melodramen. Stücke, die auf eine be-

⁵ Selbstverständlich gibt es keine absolute Korrespondenz zwischen dem deutschen und dem chilenischen Begriff des bürgerlichen Nationaltheaters, denn in Chile hat die Aufklärung streng gesehen nie stattgefunden. Das keineswegs reibungslose Zusammenleben der unterschiedlichen Schichten der Gesellschaft beruhte zur Zeit der Entstehung der Nation auf dem Kolonialismus; heutzutage überleben postkoloniale Strukturen, die in keiner westeuropäischen Demokratie zulässig wären, welche die gern verbreitete Wahrnehmung einer offenen, aufgeklärten und modernen Gesellschaft ins Schwanken geraten lassen.

sondere Variante des Realismus, den so genannten *costumbrismo* oder den Naturalismus zurückgriffen, um eine Antwort auf die Frage nach einer meistens erwünschten oder möglichen, jedoch selten einheitlich zu definierenden chilenischen Identität zu wagen, erfreuten sich eines großen Zuspruchs beim Publikum (Lagos-Kassai 2000). Die damals bestehenden Theaterensembles bildeten sich um Hauptdarsteller/Innen, die einen treuen Kreis von Zuschauer/Innen ansprachen. Theater existierte somit als Privatinitiative, die sich vom Kartenverkauf finanzieren musste. Aufwendige Bühnenbilder oder Requisiten waren unter diesen Umständen eher die Ausnahme als die Regel.

Die Regierungen der dreißiger Jahre schrieben dem Erziehungs- und dem Gesundheitswesen eine Kernfunktion bei der Modernisierung der Gesellschaft zu. Besonders unter dem Präsidenten Pedro Aguirre Cerda waren sie ein Objekt zentraler öffentlicher "Fürsorge". Im Rahmen dieser neuen Haltung kann man die Einrichtung der Theaterschulen in den vierziger Jahren als praktische Umsetzung der oben erwähnten Modernisierung betrachten. Dabei spielten die zwei wichtigsten Universitäten des Landes, *Universidad de Chile* und *Universidad Católica*, eine entscheidende Rolle. Die erste gründete ihr Theaterensemble 1941, die zweite 1943.⁶ Danach folgten Concepción, Antofagasta, Valdivia und Valparaíso. Im Geist der Erneuerung wurde es ebenfalls notwendig, die professionelle Ausbildung von Schauspieler/Innen und Bühnenbildner/Innen mit staatlichen Mitteln zu garantieren. Auf diese Weise konnte eine gewisse Kontinuität hinsichtlich der Vermittlung eines bestimmten Fachwissens gewährleistet werden. Nicht nur die betroffenen Künstler, sondern auch Theaterbesucher profitierten lange Zeit von dieser Lage: Die Entstehung eines professionellen Theaterwesens ging Hand in Hand mit der Konsolidierung eines heterogenen Publikums, dessen Kunstwahrnehmung immer differenzierter wurde. Am Anfang standen auf den Spielplänen der Ensembles beider Universitäten hauptsächlich Stücke von klassischen spanischen Autoren.⁷

⁶ Die *Universidad de Chile* gründete das "Teatro Experimental", die "Católica", das "Teatro de Ensayo". Die Laborarbeit und das Experimentieren bildeten in beiden Fällen ein wichtiges Merkmal.

⁷ Cervantes oder Lope de Vega: Stücke des damals zeitgenössischen Autors, Federico García Lorca, der während des Spanischen Bürgerkrieges 1936 ermordet worden war, wurden dank der engagierten Verbreitungsarbeit der sich im lateinamerikanischen Exil befindenden spanischen Schauspielerin und Regisseurin Margarita Xirgú aufgeführt. Ihr Besuch in Chile 1938 war eine Sensation, denn sie zeigte ein poetisches Verständnis der Theateraufführung, das damals in der einheimischen Szene völlig unbekannt war. Darüber hinaus lernte man zur gleichen Zeit in Chile die Arbeit des Dichters León Felipe

In den fünfziger und sechziger Jahren nahm das chilenische Theater die in Europa vorhandenen Erneuerungen im Bereich der Inszenierungstechniken, aber auch der Theaterkonzeptionen und des Weltbildes wahr, das nun nach dem Zweiten Weltkrieg unvermeidlich bis dahin geltende Maßstäbe auf den Kopf stellte. Es wurden in dieser Zeit Werke wie die von Pirandello, O'Neill, Ionesco, Brecht, Sartre und vielen anderen aufgeführt, die zum ersten Mal auf die chilenische Bühne kamen und auf Grund unterschiedlichster Faktoren einem breiten Publikum unbekannt oder unzugänglich geblieben waren. Das bedeutet, dass in diesem Zeitabschnitt außer klassischen auch zeitgenössische Autor/Innen mit einem eindeutig didaktischen Zweck in die Repertoires beider Universitätsensembles aufgenommen wurden. Dagegen boten die kommerziellen Säle zu dieser Zeit weiterhin das übliche Komödienrepertoire an.

Die sechziger Jahre brachten eine Hinterfragung der konventionellen gesellschaftlichen Rollen mit sich, was auch dazu führte, dass Hierarchien innerhalb der Ensembles einer Revision unterzogen wurden. Es entstand die Modalität der *creación colectiva*,⁸ die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre große Verbreitung in Lateinamerika fand.

3. Theater unter der Diktatur – Absurdität, Marginalität, *Creación Colectiva*

Eine neue Generation von Theaterautor/Innen war schon in den fünfziger und sechziger Jahren entstanden, bestehend unter anderen aus Jorge Díaz,⁹ Isidora Aguirre, Egon Wolff und Alejandro Sieveking. Díaz zeigt in seinen Stücken die Konfrontation zwischen Angehörigen einer unzufriedenen und entfremdeten Bourgeoisie und marginalen Figuren, die sich miteinander solidarisieren. Trotz der Tatsache, dass diese Stücke als lateinamerikanische Variante des absurden Theaters rezipiert worden sind, unterscheiden sie sich vom europäischen absurden Theater durch die Hervorhebung der sozialen und nicht der individuellen oder existentiellen Komponente der Absurdität. Aguirre schreibt didaktische Stücke unter dem starken Einfluss von Bertolt

für das Theater durch seine Adaptation von einem Shakespeare-Stück kennen (siehe u.a. Pineda 1992: 12-18).

⁸ Typisch für Lateinamerika ist ein kollektiv entstandenes, politisches Theater. Die Bibliographie über diese Produktionsmodalität ist sehr zahlreich. Im Fall der chilenischen Variante vgl. Lagos-Kassai (1994).

⁹ Jorge Díaz schrieb am Anfang seine Texte für die Theatergruppe "Ictus", auf die ich mich später im Text beziehe.

Brecht mit dem Ziel, eine gewerkschaftliche Mobilisierung zu fördern. Wolff verwendet Techniken des psychologischen Realismus und flechtet dosiert expressionistische und symbolische Elemente ein, um der Bourgeoisie soziales Scheitern in ihrem Umgang mit den Unterprivilegierten in der sozialen Pyramide vorzuwerfen. Er macht diese Schicht für die Aufrechterhaltung der ungerechten Machtverhältnisse durch eine für sie typische, unverzeihliche Blindheit verantwortlich. In seinen Stücken verkörpern die Armen das Menschliche, wobei die Charakterisierung seiner Figuren einer ideologisch bedingten Reduktion fern liegt. Sieveking schreibt poetische Stücke, die sich thematisch mit der Aufrechterhaltung von ländlichen Traditionen und Bräuchen beschäftigen, die der nicht ganz einheitlichen städtischen Identität unterliegen.¹⁰

In den achtziger Jahren lieferten Autoren wie Juan Radrigán oder Marco Antonio de la Parra divergierende Blicke auf ähnliche Phänomene. De la Parra hatte schon 1974 ein Theaterfestival an der Medizinischen Fakultät der *Universidad de Chile* organisiert, Stücke dafür geschrieben und selber dort gespielt. Sein Werk *Lo crudo, lo cocido y lo podrido* hätte an der *Universidad Católica* 1978 uraufgeführt werden sollen, wurde jedoch zensiert und im Saal des "Teatro Imagen" mit großem Erfolg im selben Jahr gezeigt.¹¹

¹⁰ Vgl. beispielsweise Aguirre (1989 – 1963 uraufgeführt); Díaz (1967 – 1966 uraufgeführt); Wolff (1970 – 1963 uraufgeführt); Sieveking (1970 – 1962 uraufgeführt).

¹¹ Während der Diktatur standen vorwiegend klassische Stücke auf dem Spielplan des Theaterensembles der *Universidad Católica*. De la Parra selbst zu seinem Auftritt während des erwähnten Theaterfestivals der Medizinstudenten: "Con mi curso, presentamos una obra pequeña, menor, donde reconozco mucho de mi trabajo posterior. Se llama *Brisca* y relata el último turno de un grupo de obstetras con máscaras de gas al cuello, en un mundo donde ya nada está en pie ... Los mismos médicos, que luego se descubre que son falsos médicos (tema tan fuerte para Chile y sobre todo para el Chile de la dictadura militar) hacen turnos, continuamente simulando que son reemplazados, enseñándose una y otra vez a jugar brisca sin conseguirlo, haciendo recuerdos a su pesar, dolorosamente, de lo sucedido, quebrantando el juramento del olvido necesario para poder sobrevivir. Esta obra no la escribo. La dimos una sola vez y la recuerdo nítida. La habremos ensayado cuatro días. No se borra. En un momento de la pieza recuerdan el último discurso del Presidente de la República. En el estado de trance en que cae uno como actor (mucho mayor e incontrolado al tratarse de un amateur) no me doy cuenta e imito a Pinochet. Así, en noviembre de 1974, frente a un auditorio repleto, hago un acto prohibido, el cual no me he propuesto en lo absoluto. Lo más extraño es la reacción del público. Aplauden a rabiar, interrumpiendo la representación. Sólo ahí caigo en mi error. Me he reído del General Pinochet sin darme cuenta." ("Mit meiner Klasse zeigen wir ein kurzes Theaterstück, das vieles von meinem späten Werk enthält, und *Brisca* heißt. Dort wird die letzte Schicht einer Gruppe Frauenärzte gezeigt, die Gasmasken am Hals tragen, in einer Welt, in der alles zusammengebrochen ist ... Die Ärzte simulieren, dass sie permanent von anderen vertreten werden und bringen sich gegenseitig das *Brisca*-Spiel

Das Aufkommen beider Sorten von *écriture* scheint mir repräsentativ für die Atmosphäre jener Jahre zu sein: Während De la Parra seine Texte als Konstrukte konzipiert, in denen Intertextualität eine wichtige Rolle spielt (er verfügt frei über Elemente der Volkskultur und mischt sie mit Hinweisen oder Anspielungen auf Bestandteile der so genannten Hochkultur) und die Verwendung von Techniken der Groteske mit Vorliebe für Parodie, Farce und einen erkennbaren, chilenischen Sinn für schwarzen Humor bevorzugt, bedient sich Radrigán einer Variante vom Neorealismus, um die Würde des Menschen ins Zentrum seiner stark pessimistischen und gleichzeitig poetischen Theaterstücke zu rücken.¹²

Vielleicht unterschieden sich die Themen der chilenischen Autor/Innen der fünfziger und sechziger Jahre nicht wesentlich von denjenigen der Autor/Innen, welche in den achtziger Jahren ihre Theaterstücke schrieben: Alle behandelten erkennbare gesellschaftliche Probleme, die jedoch mit unterschiedlichen Nuancen und Mitteln und vor allem in einer gewaltig neu definierten Umwelt dargestellt wurden. Das Bewusstsein einer als ungerecht wahrgenommenen Gesellschaft erfolgte bei den Autor/Innen, die in den fünfziger und sechziger Jahren schrieben, unter demokratischen Bedingungen, d.h. in einer Zeit, in der es Organe gab, die für die Bürgerrechte und -pflichten verantwortlich waren und somit das Gemeinschaftsleben regelten. Der Begriff des Marginalen oder der Marginalität in der chilenischen Gesellschaft der sechziger Jahre ist nicht mit demselben Begriff 20 Jahre später zu verwechseln. Mit dem Militärputsch 1973 vollzog sich ein entscheidender Wandel der Gesellschaft, und in den achtziger Jahren war das Bewusstsein von Marginalität bei den neuen Theaterautor/Innen nicht nur auf ökonomi-

bei, obwohl sie es nie ganz schaffen, nie ganz begreifen. Dabei erinnern sie sich auf schmerzhafteste Art an das Geschehene und brechen den Pakt des Schweigens, des zum Überleben notwendigen Vergessens. Später erfährt man, dass diese Ärzte keine sind, in Anspielung auf das, was während der Militärdiktatur in Chile passiert. Ich schrieb dieses Stück nicht. Nur einmal spielten wir es, und ich kann mich ganz genau daran erinnern. Insgesamt haben wir höchstens vier Tage geprobt. So etwas vergisst man nicht. An einer Stelle erinnern sich die Ärzte an die letzte Rede des Präsidenten. In diesem seltsamen Trancezustand, in den man als Amateurschauspieler verfällt, merke ich es nicht, als ich Pinochet nachahme. Im November 1974, vor einem vollen Saal, tue ich etwas Verbotenes und gleichzeitig Spontanes. Erstaunlich ist die Reaktion des Publikums: Tosender Beifall, und das Stück wird unterbrochen. Erst dann werde ich mir dessen bewusst, dass ich einen Fehler begangen habe. Unabsichtlich habe ich General Pinochet ausgelacht.“) (Übers. der Verf.; vgl. De la Parra 1997: 114-115).

¹² Vgl. zum Beispiel De la Parra (1984 – 1984 uraufgeführt); Radrigán (1984: 275-315 – 1981 uraufgeführt).

sche Faktoren zurückzuführen. Auf Grund des neuen autoritären Diskurses wurden auch politische Dissidenten zu "marginalen" Sektoren.¹³

In Chile ist der Name "Ictus" das langjährige Markenzeichen einer konsequenten Praxis der Produktionsmodalität der *creación colectiva*.¹⁴ Das unabhängige Theaterensemble mit eigenem Saal ("Teatro La Comedia") prägte die kritische mittelständische Kultur der siebziger und achtziger Jahre entschieden mit und zeigte große Zivilcourage: Unter schweren politischen Umständen führte es Stücke auf, die sich mit damals sehr heiklen Themen beschäftigten, wie beispielsweise dem notorischen Mangel an Pressefreiheit in einer autoritären Kultur, der grausamen Verfolgung von Andersdenkenden in einem repressiven System oder dem nicht zu ignorierenden Wandel in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, geprägt durch die Militarisierung der Gesellschaft. Ein wichtiges Element, die Zensur zu überlisten, war die Verwendung des Humors als wesentlichem Bestandteil der Aufführungen.¹⁵

Dramatisch in Erinnerung des Stammpublikums dieser Theatergruppe und breiter Sektoren der Gesellschaft wird die Aufführung von *Primavera con una esquina rota*, theatralische Version des gleichnamigen Romans des uruguayischen Dichters und Romanciers Mario Benedetti, am 30. März 1985 im "Teatro La Comedia" bleiben. Thema des Romans ist das Exil einer Familie. Der chilenische Schauspieler Roberto Parada stellte im Stück die Rolle von Don Rafael, dem Vater eines politischen Gefangenen dar. An dem erwähnten Tag wurde die Leiche seines Sohnes, José Manuel Parada, zusammen mit denen von Manuel Guerrero und Santiago Nattino, auf dem Weg zum internationalen Flughafen aufgefunden. Alle waren auf grausame Art enthauptet worden. Parada unterbrach nicht die Aufführung, als er vom

¹³ Dabei handelt es sich nicht unbedingt um einen isolierten Fall, denn bedeutende Sphären des öffentlichen Lebens wurden durch einen gezielten sprachlichen Gebrauch seitens der offiziellen Organe und Institutionen während des Militärregimes entweder völlig oder teilweise umdefiniert (vgl. Munizaga 1988).

¹⁴ Die Mitglieder von der Gruppe "El Aleph", die auch *creación colectiva* betrieb, wurden 1974 festgenommen und in die Konzentrationslager Tres Alamos, Puchuncaví und Ritoque eingeschlossen, wo sie ihre Theaterarbeit fortsetzten. Sie gingen später ins Exil (vgl. Fiechtner/Vesely 1979).

¹⁵ 1996 feierte "Ictus" sein 40-jähriges Jubiläum, wobei in diesem Jahr die Grundproblematik darin bestand, die Rolle dieser Gruppe in der chilenischen Theaterszene zu Ende des Jahrhunderts (wieder) zu definieren (vgl. Cifuentes 1986).

grausamen Mord erfuhr. Fassungslose Zuschauer/Innen trauerten mit ihm.¹⁶ Am 6. Januar 1986 fand die Uraufführung des Stückes *Lo que está en el aire* von Carlos Cerda im selben Theatersaal statt. Dort spielte Parada die Rolle des Lehrers Exequiel Soto, welcher als einziger Zeuge der Entführung seines ehemaligen Schülers, Emilio Farías, am Flughafen von Santiago auf seine eigene Reise verzichtet und unermüdlich nach den Schuldigen sucht.¹⁷ Kurze Zeit danach starb Parada, seine Frau, die Schauspielerin María Maluenda, überlebte ihn.

Aber nicht nur das Theater der *creación colectiva* übernahm die Funktion eines nicht existierenden bewusstmachenden Organs: Eine engagierte Theaterbewegung sorgte dafür, dass die Erhaltung einer kritischen Meinung über die herrschenden Strukturen nicht ganz ausgelöscht werden konnte. Mit einem zeitlichen und geschichtlichen Abstand ist es heute möglich zu behaupten, dass es sich um ein lebensgefährliches Abenteuer handelte, in dem sowohl die Künstler als auch das Publikum involviert waren. Der Verdacht einer konspirativen Veranstaltung konnte jederzeit erweckt werden, aber wo sonst hätte man den Austausch von wichtigen Informationen oder Eindrücken wagen können, auch wenn dieser nur chiffriert möglich war? Theater wurde somit zu einem Ort des Rituals, weil Versammlungen von Gleichgesinnten offiziell verboten waren.¹⁸

Anfang der achtziger Jahre kam eine gewisse Auflockerung der bis dahin stark von der Zensur kontrollierten Medien zustande, was in keiner Weise mit Pressefreiheit verwechselt werden darf. Zeitschriften, die sich mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen befassten, wurden gegründet, womit die Presse neben dem Theater wieder ihre kritische Funktion ausüben konnte. Stellungnahmen und Debatten zu Themen wie Menschenrechtsverletzun-

¹⁶ Von mir interviewte Schauspieler und Regisseure, die an dem Tag zum Saal eilten, um mit Parada zu trauern, erinnern sich bis heute an die ungeheure Würde, die er trotz des Schmerzes an dem Tag ausstrahlte.

¹⁷ Für eine ausführliche Analyse von *Lo que está en el aire* vgl. Lagos-Kassai (1994: 30-77).

¹⁸ Nissim Sharim, der während des Militärregimes "Ictus" zusammen mit Delfina Guzmán und Claudio Di Girólamo leitete, fasst die Rolle seiner Gruppe in jenen Jahren folgendermaßen zusammen: "Nosotros necesitábamos reivindicar ciertos valores y nos pusimos de acuerdo en hacer del Ictus un espacio de libertad. Los chilenos necesitaban eso; la gente iba con miedo a nuestras obras, pero paradójicamente nosotros teníamos mucho éxito." ("Wir mussten für bestimmte Werte kämpfen und einigten uns darauf, Ictus in einen Ort zu verwandeln, in dem Freiheit möglich war. Die Chilenen hatten so etwas nötig: Auch wenn die Angst unserer Zuschauer spürbar war, feierten wir große Erfolge." (Übers. der Verf.; vgl. Cifuentes 1996: 9).

gen wurden zwar von breiten Kreisen der Gesellschaft erwünscht, jedoch vom offiziellen Diskurs der Militärregierung nicht einmal als Themen anerkannt.¹⁹

Ende der achtziger Jahre konnte man im Theater eine neue Situation beobachten: Die geschriebene Textvorlage stand auf einmal nicht mehr als Kern der Aufführung im Vordergrund, sondern sie bekam die Funktion einer gleichwertigen Ausdrucksform mit allen anderen für die Theateraufführung wichtigen Bühnensprachen. Maske und Kostüm, Bühnenbild, Musik, Körpersprache und Gestik emanzipierten sich als gleichwertige Systeme neben der Sprache von der geschriebenen Textvorlage.

Als Grund für diesen Zustand kann man gewiss die seit den siebziger Jahren stark durch den Einfluss von theoretischen Modellen, die aus der Linguistik und der Kommunikationswissenschaft stammten, geprägte internationale Debatte um neue Definitionen eines Textes und ganz besonders eines Theatertextes angeben. Darüber hinaus übten Schauspieler Einfluss aus, die Regie führten und die Rolle der Theaterautoren in Frage zu stellen wagten oder schlichtweg für eine größere ästhetische Erneuerung des Theaters mit stimmten.²⁰ Als Paradebeispiel für diese Tendenz wird das Stück *La Negra Ester* herangezogen, das 1988 Premiere feierte und ein großer Publikumserfolg in der chilenischen Theatergeschichte wurde. Als Textvorlage benutze der Regisseur Andrés Pérez, der im Pariser "Théâtre du Soleil" gearbeitet hatte, ein autobiografisches Werk Roberto Parras, das eine gescheiterte Liebesbeziehung zwischen Parra und einer Prostituierten des Hafens San Antonio schildert.²¹ Allerdings gelang es Pérez in *La Negra Ester*, sich von der Ästhetik des "Théâtre du Soleil" zu lösen und ein Stück zu schaffen, das tief in der lateinamerikanischen Tradition verankert war. Durch

¹⁹ Unter schweren Umständen konnten die kritischen, unabhängigen Zeitschriften *Apsi*, *La Bicicleta*, *Análisis*, *Cauce*, *Hoy*, u.a., aber auch Zeitungen wie *Fortín Mapocho* oder *La Epoca* einen treuen Leserkreis erreichen. Schon 1998 konnte man nicht nur feststellen, dass die meisten mittlerweile nicht mehr herausgegeben wurden, sondern auch, dass sich die Kapitalkonzentration im Medienbereich polarisiert hatte: 90% der Zeitungen und Zeitschriften gehörten entweder *Copesa* oder *El Mercurio* (siehe González 1998: 19-22).

²⁰ Es scheint mir nicht zufällig, dass eben solche Regisseure wie Andrés Pérez oder Ramón Griffero die Kontakte zur internationalen Theaterszene entweder aufgrund von Exilerfahrungen oder nur wegen einer persönlichen Suche hatten, diejenigen waren, die für frischen Wind hinsichtlich der Erprobung neuer Inszenierungskonzepte im Chile der achtziger Jahre sorgten.

²¹ Diese Liebesgeschichte wurde in der Form von *décimas* geschrieben, einem volkstümlichen alten Maß, das besonders in der mündlich weitergegebenen Dichtung ländlicher Herkunft nach wie vor sehr verbreitet ist. 2001 war das Stück wieder re-inszeniert worden und stand insgesamt sechs Mal auf dem Spielplan.

die Verwendung von Melodrama und durch eine kreative, von der Zirkuspoetik stark geprägten Inszenierung stellte es einen eindeutigen Bezug zur Lokalkultur her, was den Erfolg der Aufführung begünstigte. Im chilenischen kulturellen Gedächtnis (Weigel 1994) befanden sich offensichtlich genug Symbole, Archetypen und Spuren einer gemeinsam geteilten Identität, die eine starke Identifikation des sehr heterogenen Publikums mit dem Stück, sowohl inhaltlich als auch formell, vor dem Beginn der neuen Demokratie erlaubten.

In dieser Zeit kam auch eine Verlagerung der traditionellen Bühne zustande: In Kirchen, Hinterhöfen, Fabrikhallen, auf der Straße und auf öffentlichen Plätzen, die für Aufführungen eher unüblich waren, fing man an, Theaterstücke zu zeigen. Selbst das eben erwähnte Theaterstück wurde auf einer Terrasse des Santa Lucía Bergs in Santiago aufgeführt.²²

Am Ende der achtziger Jahre konsolidierte sich auch die Theatergruppe "La Troppa" im Bereich der *creación colectiva*. In ihren Aufführungen hat sie eine ästhetische Konzeption entwickelt, in der ein spielerischer Umgang mit visuellen Zitaten aus dem Bereich der Comics genauso wie mit Elementen des Filmes betrieben wird. Das Zitieren von oder der Hinweis auf Film-szenen oder Filmgestik, aber auch eine innovative Manipulation von Gegenständen auf der Bühne geben ihr ihren unverkennbaren Stempel. Ihre Produktionsmodalität basiert bis heute auf der Auffassung eines Multitalents, der seine Fähigkeiten auf der Bühne entdecken und entwickeln soll. In diesem Sinne spielt jedes der drei Mitglieder der Theatergruppe auch hinter der Bühne unterschiedliche Rollen: Die Musik für die Stücke muss eigens komponiert, das Bühnenbild und die für die jeweilige Aufführung benötigten Gegenstände müssen konzipiert und gebaut, die Produktion muss umgesetzt werden. Diese Gruppe ist ein Einzelfall in der lokalen Theaterszene: Ihre Mitglieder leben ausschließlich vom und für das Theater und verkörpern somit eine Alternative gegen die gängige Ökonomisierung der Gesellschaft. Jede Aufführung benötigt Zeit und Aufwand, und sie zeigen nur dann eine neue, wenn sie lange genug daran gearbeitet haben. Gegen die in den letzten Jahren üblich gewordene Tendenz, auch dann Stücke aufzuführen, wenn

²² Die Wahl des Santa Lucía Bergs, von den Mapuche-Indianern "Huelén" genannt, der als Kulisse für die Aufführung diente, erhält zusätzlich einen symbolischen Charakter dadurch, dass es sich um einen Hoffnungsakt einer neuen Gründung handelt. Der spanische Eroberer Pedro de Valdivia hatte nämlich die Stadt Santiago 1541 an diesem Berg gegründet. Man darf dabei nicht vergessen, dass die Theaterbewegung entschieden gegen die Diktatur gekämpft hatte, und 1988 schienen sich neue Zeiten anzukündigen, die auf eine Neugestaltung der kulturellen Landschaft hindeuteten.

keine Aussage dahinter steht, nur um den Eindruck zu erwecken, man sei immer noch aktuell, verhalten sich die Mitglieder der Gruppe sehr vorsichtig, was ihre hohe Disziplin verrät.

Allen von "La Troppa" kreierten Stücken ist das Reisemotiv gemeinsam. Es handelt sich in fast allen Fällen um eine Initiationsreise, in welcher der Protagonist seine eigene Identität erhält und zum Helden wird. Interessant ist auch die Tatsache, dass die Gruppe Texte als Vorlagen bevorzugt, die nicht primär für das Theater konzipiert sind, wie etwa Romane.²³

4. Die neunziger Jahre: Theater im Zeichen gesellschaftlicher Heterogenität

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre konnte man feststellen, dass eine unabhängige Theaterszene immer stärker an Raum gewonnen hatte. Zunächst führten die *Universidad de Chile* und die *Universidad Católica* ihre Politik fort, dem Publikum Aufführungen internationaler und chilenischer Autor/Innen anzubieten. In der unabhängigen Theaterszene belegte man den öffentlichen Raum, um Theateraufführungen einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen, die kein Theaterpublikum im konventionellen Sinne repräsentierte.²⁴ Unmittelbar nach der Demokratisierung wurden beispielsweise Vorplätze von Gefängnisanstalten, der vor dem Regierungspalast "La Mone-

²³ So hat die Gruppe Adaptionen für die Bühne von *Pinocchio*, von Carlo Collodi, *Reise in den Mittelpunkt der Erde*, von Jules Verne, oder *El gran cuaderno*, wie das Werk *A nagy füzet* von der ungarischen Autorin Agota Kristof ins Spanische übersetzt wurde, inszeniert. Bei "La Troppa" hieß es *Gemelos (Zwillinge)*. Ganz am Anfang ihrer Karriere war schon die Reise als Leitmotiv vorhanden. In *El santo patrono*, 1987 uraufgeführt, wurde die vom Spanier Pedro Fernández de Quiroz zu Ende des 16. Jahrhunderts unternommene Entdeckungsreise gezeigt; in *El rap del Quijote*, 1989 uraufgeführt, wurde das Pilgern des Don Quijote als innere Reise behandelt. Auch in *Lobo*, 1992 uraufgeführt, einer Adaptation von der Erzählung *Le loup garou* von Boris Vian, wurde die Suche nach einem möglichen Zusammenleben zwischen einem Wolf und einem einsamen Menschen als Initiationsreise gezeigt.

²⁴ Eine wichtige Konvention der Aufführung beruht darauf, dass sich Zuschauer/Innen als Bestandteil des Publikums definieren wollen, indem sie ins Theater gehen, ihre Karte einlösen und zusammen mit anderen Menschen eine Aufführung erleben, die einmaligen Charakter hat, trotz der Tatsache, dass sie nur die Konkretisierung einer Reihe von Aufführungen desselben Stückes sein mag. Der Faktor der Simultaneität (Schauspieler/Innen und Zuschauer/Innen teilen denselben Raum und dieselbe Zeit) spielt auch eine wesentliche Rolle. Darüber hinaus impliziert, sich als Zuschauer/In aufzufassen, etwas mehr als nur eine Konsumhaltung mit ins Theater zu bringen: Eine produktive Übung ist vonnöten, insofern man die eigene Erfahrung zu derjenigen der Theaterautorin oder des Theaterautors entgegengesetzt oder sie in Verbindung mit ihr bringt (vgl. Pavis 1990: 404-407).

da” liegende “Plaza de la Constitución” oder der “Plaza de Armas in Santiago” für solche Zwecke benutzt.²⁵

In diesen Jahren wuchs der Einfluss von Regisseuren wie Ramón Griffero, Andrés Pérez, Andrés del Bosque, Claudio Pueller, Horacio Videla, Mauricio Celedón oder Alfredo Castro. Alle suchten auf eigene, sich im gewissen Sinne ergänzende Art und Weise eine Erneuerung der bestehenden Theaterästhetik. Während Griffero ein Inszenierungskonzept entwickelte, das durch Theorien von Appia, Craig oder der Bauhaus-Schule beeinflusst wurde und den Raumbegriff als zentrales Element hatte, verlieh Andrés Pérez der Bühne nach seiner legendären *Negra Ester* immer eindeutiger den Rang eines Ortes des Rituals. Andrés del Bosque nahm die Zirkustradition als Ausgangspunkt einer Suche nach neuen Spieltechniken, aber auch als Darstellungsmöglichkeit einer fröhlichen, eher unterdrückten chilenischen Identität, die im Karneval, in der Farce und in der Betonung des Parodistisch-Komödiantischen ihre Wurzeln sieht. Ihrerseits inszenierten Claudio Pueller und Horacio Videla Stücke für Kinder und Jugendliche, die einen optimistischen Blick auf ernste Themen warfen und durch die Verwendung von phantasievollen Techniken und Mitteln eine affirmative Lebensdefinition auf der Bühne bevorzugten. Die Aufführungen von Mauricio Celedón basierten auf dem Konzept eines pantomimischen Theaters, das an der Grenze zum Tanz-Theater anzusiedeln war. Dieser Regisseur konzipierte seine Stücke als streng geregelte Choreographien, in denen die Gestik und die Körpersprache der Schauspieler eine zentrale Rolle spielten. Theater wurde zu einem zweideutigen Ort: Einerseits herrschte die Stille, andererseits benutzte man beispielsweise laute Musik, um die erwähnten Choreographien auf der Bühne zu zeigen. Allerdings hielt man in diesem “Teatro del Silencio” Raum für die Ästhetik des stummen Films oder der Comics frei. Alfredo Castro forschte mit seiner Gruppe “Teatro La Memoria” im Bereich des sozial verborgenen Schmerzes, um Stücke zu zeigen, in denen fragmentarische Geschichten über Randfiguren der chilenischen Gesellschaft behandelt wurden, wie im Bordell arbeitende Transvestiten, Mörder, die aus Liebe getötet hatten, Verrückte oder Zirkusartisten. In seiner ästhetischen Konzeption arbeitete Castro mit Symbolen, die jedoch entweder negiert oder deswegen lieber von weiten Kreisen der Gesellschaft verdrängt wurden, weil sie die eigene Wahrneh-

²⁵ Dies war der Fall beispielsweise 1990, als die Gruppe “Teatro del Silencio” die Straße für eine Aufführung eroberte, die den bezeichnenden Namen *Transfusión* trug (siehe Soto 1990: 72-75).

mung eines weit verbreiteten, allerdings keineswegs einheitlichen Begriffs der kollektiven Identität stark in Frage stellten (Lagos-Kassai 1997).

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stieg die Tendenz, das Wort wieder ins Zentrum der Aufführungen zu stellen. Marco Antonio de la Parra umschrieb Mythen der griechischen und der europäischen Tradition für seine Stücke einerseits, aber beschäftigte sich andererseits thematisch mit der starken Sehnsucht nach verlorenen Werten und Träumen des chilenischen kulturellen Gedächtnisses, was als eine Konstante seiner dramatischen Produktion bezeichnet werden kann. Sein Theaterstück *La pequeña historia de Chile*, 1995 uraufgeführt, stellt die Kernfrage nach dem Erinnerungsvermögen einer Nation, die zum Vergessen aller Traditionen voranschreitet. Die Handlung findet in einem Klassenzimmer statt, in dem Geschichts- und Geographielehrer auf einem verlassenen Gymnasium ihre Unterrichtsstunden abhalten. Auf der Bühne verschwinden nicht nur Schüler und Lehrer, sondern all jene Gegenstände, die als Orientierungssymbole auf dem Weg zu einer nicht wieder auffindbaren Identität gelten könnten, wie Landkarten, die Fahne und das Wappenschild Chiles.

Der Theaterautor Benjamín Galemiri ist das Phänomen der neunziger Jahre. Sein Verständnis der post-autoritären Ära umfasst eine ironische Revision aller gesellschaftlichen Machtstrukturen. Die Individuen seiner Stücke sind Menschen, die der Verführung der Machtverhältnisse, der Technik und der Industrialisierung, aber auch des Leistungsdrucks der zu erotischen Ausbrüchen reduzierten Liebesbeziehungen zum freiwilligen, zufriedenen, überzeugten und auf sich selbst stolzen Opfer gefallen sind. Galemiris Lieblingsthemen sind deswegen provozierend, weil sie Tabus als solche nicht anerkennen: Ob es um Religion, Moral oder *political correctness* geht, wird das jeweilige Problem ohne jeden Respekt behandelt. In seinen Stücken koexistieren Überreste einer unwahrscheinlich komischen, alten jüdischen Erzählkunst und die vorurteilslose Benutzung technischer Mittel wie Film- und Videoprojektionen, die konstante Anspielung auf sämtliche Varianten der Pop- und Volkskultur, die Verherrlichung eines teilweise ziemlich intellektuellen Sinns für Humor und eine innovative Suche nach Möglichkeiten und Grenzen der Sprache. Galemiri ist ein Virtuose der Übertreibung, der Betonung des Übermäßigen und des Skurrilen.²⁶ In seinem letzten Stück, *Edipo asesor*, uraufgeführt im September 2001, behandelt er das Thema des Vater-

²⁶ Allein zwischen 1992 und 1998 schrieb Galemiri neun Theaterstücke, welche auch in dieser Zeitspanne aufgeführt wurden. Zusammen mit einem früheren Werk wurden sie 1998 in einer 424 Seiten langen Anthologie veröffentlicht (vgl. Galemiri 1998).

mordes nur sekundär; wichtiger ist die Dynamik der Machtmechanismen und der allgegenwärtigen Kraft der Verführung – Themen, die im heutigen Chile eine überraschend eindeutige Brisanz erhalten.²⁷

5. Das chilenische Theater heute

Das Wort “Experimentieren” ist vieldeutiger als in den vierziger Jahren geworden, als das “Teatro Experimental der Universidad de Chile” und das “Teatro de Ensayo der Universidad Católica” gegründet wurden. Durch die größtenteils privat finanzierten Aufführungen sind die meisten Ensembles einerseits auf die Kaufkraft der Zuschauer/Innen, andererseits auf relativ billige Arbeitskräfte angewiesen. Deshalb neigen sie dazu, Risiken zu minimieren als sie bewusst einzugehen. Aus diesem Grund erleben die Zuschauer/Innen immer seltener das Privileg einer Aufführung, die auf einer rigorosen ästhetischen Suche basiert. Weil die Theaterkultur staatlich nicht regelmäßig subventioniert wird, hat das Erziehungsministerium eine Fördermöglichkeit eingerichtet (Fondart), die darin besteht, bestimmte Mittel für die Aufführung von Stücken zu vergeben. Des Weiteren erhält die Theaterkultur Fördergelder über das so genannte *sponsoring* privater Unternehmen.²⁸

²⁷ Regie Luis Ureta, gespielt von der Theatergruppe “La Puerta”. Hoch politisch ist das Thema der Beratung von Machtinstanzen durch einen erst vor einiger Zeit aufgedeckten Skandal geworden, der unter der Regierung von Eduardo Frei Ruiz-Tagle erfolgte. Die Beratungstätigkeit von Freunden oder Verwandten von noch amtierenden Ministern und wichtigen Persönlichkeiten, hauptsächlich durch Mitglieder und Sympathisanten der Christlich-demokratischen Partei, wurde auf eine für eine polarisierte Gesellschaft wie die chilenische, unverhältnismäßig unverschämte und inakzeptable Art belohnt. Darüber hinaus zahlten Regierungsorgane gekündigten Mitarbeitern saftige Entschädigungen, eine Handlung, die oppositionellen Parlamentariern Grund zu einer Untersuchung gab. Die Presse berichtete ausführlich darüber. Im Sinne einer fundierten Recherche über das Netz der ökonomischen Macht der Diktatur vgl. Mönckeberg (2001).

²⁸ Trotz der Kanäle, welche die zwei wichtigsten Universitäten Chiles, die *Universidad de Chile* und die *Universidad Católica*, und Kulturinstitute wie das Chilenisch-Nordamerikanische Kulturinstitut in den achtziger und neunziger Jahren anboten sowie Wettbewerbe für Dramaturgie und Theaterfestivals, kann man nicht über eine finanziell geregelte Theateraktivität reden. Einige ursprünglich für das Theater ausgebildete Schauspieler/Innen, die seit Jahren im Genre der *teleseries* arbeiten und sehr hohe Gagen verdienen, haben in den letzten Jahren entweder eigene Gruppen gegründet oder sogar Säle gekauft: Héctor Noguera mit seinem “Teatro Camino” ist ein gutes Beispiel für die Modalität eines innovativen Finanzierungsmodells in einem Theatermetier, das fast ohne staatliche Subventionen auskommen muss.

5.1 Theater und Fernsehen

Es gibt ein seltsames Phänomen in Chile: Das Publikum, das für hohe Einschaltquoten bei den *teleseries* sorgt, empfindet Neugier, die Fernsehstars im Theater live zu erleben. Diese wiederum sehen im eigenen Theatersaal oder mit einer eigenen Theatergruppe nicht nur die Möglichkeit, anspruchsvollere Rollen als im Fernsehen zu spielen, sondern sie wählen Stücke aus, die sich mit Themen beschäftigen, die normalerweise im kommerziell ausgerichteten Medium Fernsehen keinen Platz haben. Dies hat den Vorteil für die Gesellschaft, anspruchsvolle Theaterstücke mit erprobten Schauspielern erleben zu können.

Spricht man von den hemmenden Faktoren der Konsumkultur in der chilenischen Gesellschaft, so ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsbelastung der Chilenen ca. 40% über der der Industriestaaten liegt.²⁹ Es ist nicht selten, dass gerade die neue Mittelschicht – um den Konsumstandard aufrechtzuerhalten und den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen – mehrere Arbeitsstellen haben muss, womit Belastungen durch doppelte Haushaltsführungen, Samstagsarbeit usw. nur geringen Raum für den Theaterbesuch lassen. Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist diese Tendenz augenfällig.³⁰

5.2 Wiederaufführungen

Unter Bedingungen, die mit dem Übergang zur neuen Demokratie zu tun hatten, änderte sich allmählich die Perspektive der Innovatoren der Theaterszene der achtziger Jahre: Hatten sie entschieden gegen die Diktatur durch

²⁹ 1995 arbeitete ein Durchschnitts-Schweizer 1.700 Stunden im Jahr, während ein chilenischer Bürger 2.400 Stunden am Arbeitsplatz war.

³⁰ So erklärte 1990-1991 beispielsweise Alfredo Castro, dass die Arbeit mit der mittlerweile nicht mehr bestehenden Gruppe "Teatro La Memoria" bewusst außerhalb des offiziellen Netzes stattfand (vgl. Castro 1990/91: 45-49). Seitdem hat sich vieles geändert: Castro ist hauptsächlich bekannt durch seine Fernseharbeit, d.h. durch ein Medium, das ein breites Publikum erreicht und das offizielle Netz der systemkonformen Kultur geradezu verkörpert. Als Dozent der Theaterschule der *Universidad de Chile* und der Theaterakademie "Fernando González", aber auch als Gastregisseur bei Aufführungen in den Theatersälen der *Universidad de Chile* und der *Universidad Católica*, hat er allerdings einer jüngeren Generation seine ästhetische Suche weitergeben können. Andrés Pérez wurde sogar 1996 dazu eingeladen, in einer Rossini-Oper im Stadttheater ("Teatro Municipal") Regie zu führen. Als er jedoch 2001 mit einem eigenen Kulturprojekt auf einem verlassenen Bau in der Stadt Santiago angefangen hatte (*Matucana 100*), machten sich andere Interessenvertreter stark, und die Regierung erlaubte ihm nicht, über diesen Platz umsonst zu verfügen, wie das sein Wunsch gewesen wäre. In der Zwischenzeit ist das *Centro Cultural Matucana* entstanden, in dem Pérez keineswegs die Hauptrolle spielt (vgl. San Juan 2001). Andrés Pérez starb im Januar 2002.

die Auswahl von Themen gekämpft, welche die tiefe gesellschaftliche Veränderung kritisierte, brachte die Demokratisierung eine gewisse Hoffnung, vielleicht auch die Notwendigkeit mit sich, andere, subjektivere Probleme auf die Bühne zu bringen. Symptomatisch für diese veränderte Perspektive der neuen Realität scheint mir ein Fall, dem bis jetzt in Chile keine große Beachtung geschenkt wurde: die chilenische Premiere des Theaterstückes *La muerte y la doncella* (*Der Tod und das Mädchen*) von Ariel Dorfman, im März 1991 erstmals aufgeführt. Das Stück feierte internationale Erfolge nicht nur durch den Film von Roman Polanski, sondern vor allem durch Aufführungen in mehr als dreißig Ländern.³¹ Trotzdem war die Rezeption der chilenischen Version alles andere als euphorisch.³²

³¹ Anbei die beeindruckende Liste: Großbritannien, U.S.A., Österreich, Korea, Peru, Südafrika, Schweden, Finnland, Brasilien, Polen, Litauen, Ungarn, Kanada, Russland, Island, Spanien, Mexiko, Malaysia, Niederlande, Indien, Slowenien, Paraguay, Italien, Kenia, Israel, Tschechoslowakei, Belgien, Japan, Panama, Costa Rica, Argentinien, Rumänien, Singapur, Kroatien, Albanien und Venezuela (vgl. Zaliasnik 1995: 16-27).

³² Beispielsweise veröffentlichte Carola Oyarzún, die damals Theaterkritiken für die Zeitung *El Mercurio* schrieb, eine Art Reflexion über die negative Rezeption des Theaterstückes in Chile, in der sie nach einem sehr skizzenhaften Umriss über die angeblich dramatischen Schwächen des Stückes, allerdings äußerst vorsichtig, zum eigentlichen Problem kommt: Der Zeitpunkt der Aufführung sei nicht der richtige gewesen: “es preciso contextualizar el estreno de esta obra en Santiago, momento crítico indudable, puesto que se debatían los problemas de la amnistía, el Informe Rettig y otros temas relacionados con los derechos humanos. En este clima, también ocurrió el asesinato del senador Jaime Guzmán, cuyo impacto nacional fue de gran envergadura. Este conjunto de hechos difícilmente harían que una obra de las características de *La muerte y la doncella* pudiese ser bien recibida” (vgl. Oyarzún o.J.); (“es ist notwendig, die Uraufführung in Santiago im Kontext zu sehen. Zweifellos handelte es sich um einen kritischen Augenblick, weil man über Probleme wie Amnestie, den Rettig-Bericht und andere Themen, die mit den Menschenrechten zu tun hatten, debattierte. In diesem Klima fand auch die Ermordung des Senators Jaime Guzmán statt, deren nationale Reichweite enorm war. Diese Tatbestände konnten schwer dazu beitragen, dass ein Werk wie *Der Tod und das Mädchen* hätte eine positive Rezeption erfahren können”) (Übers. der Verf.). Den Lesern und Leserinnen, die Spanisch beherrschen, werden auch die idiomatischen Untertöne in dieser Kritik nicht entgehen. Tiefer scheint mir die Kritik von Marco Antonio de la Parra gehen, der auf die Schwierigkeit hinweist, *clear-cut*-Interpretationen der chilenischen Realität zu wagen: “La mirada de Dorfman es parcial, demasiado limpia, deja fuera toda la complejidad del fenómeno chileno. Dibuja una historia tal vez real, tal vez exacta, pero excesivamente prolija para lo tremebundo de la metamorfosis nacional. La mejor escena de la pieza para mi gusto es la final, cuando se encuentran los esposos con el médico en un concierto, todos vestidos de gala. Quizás ahí hubiéramos empezado la obra los que nos quedamos en Chile. Pero no sé si eso lo tolerábamos aún. Los chilenos éramos más el médico torturador que la protagonista torturada. Es una obra que nos victimiza y nos identifica con la mujer. En ella se da la batalla feroz de la memoria ... Ni la arrogancia de la derecha ... ni el sometimiento de alguna izquierda ... están presentes en la pieza” (vgl.

Üblich sind seit den neunziger Jahren bis heute die Wiederaufführungen oder Adaptationen von Theaterstücken, die entweder in den achtziger oder in den neunziger Jahren erfolgreich waren, manche sogar noch früher. Als Beispiele dafür seien an dieser Stelle nur einige erwähnt: *El rucio de los cuchillos* von Luis Rivano, einem Vertreter des traditionellen Realismus im Theater, 1991 uraufgeführt, 1996 wieder inszeniert; *Las brutas* von Juan Radrigán, 1980 geschrieben, 1999 als Adaptation wieder gezeigt; *El velero en la botella* von Jorge Díaz, 1962 uraufgeführt, 1999 wieder inszeniert; *Hechos consumados* von Juan Radrigán, 1981 uraufgeführt, 2000 wieder gezeigt; *La muerte y la doncella* von Ariel Dorfman, 1991 (und nur während zweier Monate) uraufgeführt, 2000 wieder auf die Bühne gebracht; *Las siete vidas del Tony Caluga*, von Andrés del Bosque, 1994 uraufgeführt, ab 2001 wieder inszeniert; *De uno a diez, ¿cuánto me quieres? ¿Quién me escondió los zapatos negros?* vom "Teatro Aparte", beide *creaciones colectivas*, 1995 uraufgeführt, waren wieder 2000-2001 im Theater zu sehen. Als Beispiele von Werken der siebziger Jahre seien lediglich zwei erwähnt, die 2000-2001 wieder inszeniert wurden: *Los payasos de la esperanza* von David Benavente und dem TIT (*Taller de Investigación Teatral*), 1977 uraufgeführt; und *Home*, vom englischen Autor David Storey, 1970 geschrieben, in Chile auch 1977 uraufgeführt, dann wieder 2001 vom "Teatro Camino" inszeniert.

5.3 Neue Strömungen

Wie schon angedeutet, verbreitete sich bei einigen Theatergruppen die Tendenz, andere als für die Aufführung konzipierte Texte als Vorlage für experimentelle Theaterstücke zu wählen. Die Ergebnisse sind jedoch von sehr

De la Parra 1997: 219-220). ("Dorfman's Blick ist partiell, allzu klar, lässt die ganze Komplexität des chilenischen Phänomens unberührt. Er skizziert eine vielleicht wirkliche und genaue Geschichte, die jedenfalls übertrieben sauber angesichts der monströsen Metamorphose im Land scheint. Am meisten mag ich die Schlussszene, als sich das Ehepaar und der Arzt in einem Konzertsaal treffen, alle in Galakleidung. Vielleicht hätten wir, diejenigen, die in Chile geblieben sind, diese als Anfangsszene genommen, aber ich bin nicht ganz sicher darüber, dass wir dies verkraftet hätten. Die Chilenen waren eher der Arzt, der gefoltert hatte, als die gefolterte Hauptfigur. Dieses Stück erklärt uns zu Opfern, die sich mit der Frau identifizieren. In ihr spielt sich der grausame Kampf des Sich-Erinnerns, des Gedächtnisses, ab ... Weder die Arroganz der Rechten ... noch die Unterwerfung einer Sorte von Linken ... sind in dem Stück vertreten") (Übers. der Verf.). *La muerte y la doncella* wurde nochmals in Santiago unter der Regie von Abel Carrizo aufgeführt. Die Rezeption der Kritik war diesmal zwar positiv, aber keineswegs auffällig enthusiastisch. Dagegen sorgte Carrizo für hohe Besucherzahlen, weil er mit dem Werk auf Tournee in den Norden und in den Süden des Landes ging.

unterschiedlicher Qualität.³³ Gleichzeitig werden Versuche unternommen, einem nicht konventionellen Publikum Werke aus Kulturen näherzubringen, die in der Regel weder auf dem Spielplan der Universitätsensembles noch auf dem der kommerziellen Säle stehen. Ein sehr gelungenes Beispiel dieser letzten Tendenz ist die Regie- und schauspielerische Arbeit von Claudio Rodríguez, der 1999 Nô-Spiele von Yukio Mishima, *Aoinoue*³⁴ und *Hanjo*³⁵ mit einem minimalistischen ästhetischen Konzept auf die Bühne brachte, in dem die Beleuchtung eine zentrale Rolle spielt; 2000 folgten *Sotoba Koma-chi*³⁶, *Aya no tsuzumi*³⁷ und *Yoroboshi*.³⁸ Diese Arbeiten werden nicht nur als wichtiger Beitrag zu einer eher zögernden experimentellen Szene rezipiert, sondern sie überraschen hauptsächlich durch ihre Rigorosität. Rodríguez ist kein Anfänger; seit den achtziger Jahren ist er als Schauspieler bekannt. In seinen Aufführungen verwendet er die Metapher des Kreises und der unendlichen Reise als Ausgangspunkt und Ziel seiner Theaterkonzeption, welche in seinem Fall biographische Hintergründe aufweisen und eng mit der Erde verbunden sind.³⁹

Die Gründe für die Tendenz, Wiederaufführungen und/oder Adaptationen schon erprobter Bühnenerfolge zu zeigen, mögen einerseits auf der Notwendigkeit beruhen, einem jüngeren Publikum eine wichtige und für es unbekannte Etappe der lokalen Theatergeschichte verständlich zu machen. Andererseits sollte man die Arbeit mit literarischen Vorlagen und mit in Chile noch unbekannten Theaterstücken ausländischer Autor/Innen jedoch etwas differenzierter auslegen. Die langjährige kulturelle Isolation, welche die Diktatur mit sich brachte, spielt zwar eine wichtige Rolle, aber es geht auch darum, das verlorene Vertrauen in das Wort zurückzugewinnen, ein Phänomen, das nach drei demokratischen Amtsperioden nach wie vor allen Schichten gemeinsam bleibt. Literatur ist das Reich des Wortes per se. Neue chilenische Dramatiker/Innen, die wirklich Innovatives anbieten, sind außer-

³³ Eine ernsthafte Arbeit mit literarischen Vorlagen betreibt die Gruppe "El Cancerbero" unter der Regie von Andrés Céspedes seit einigen Jahren.

³⁴ *Die Dame Aoi* auf deutsch. Alle im Folgenden erwähnten Stücke erschienen 1956 und erlebten ihre Uraufführungen zwischen 1950 und 1957 in Japan.

³⁵ *Die getauschten Fächer*.

³⁶ *Die hunderste Nacht*.

³⁷ *Die Damastrommel*.

³⁸ Das Stück enthält Elemente vom Werk *Das Traumkissen*.

³⁹ In einem Interview gibt Rodríguez zu, dass er fest an seine Kindheit in der südlichen Kleinstadt Los Angeles denke, jedes Mal, wenn er seelischen Ausgleich brauche (vgl. "Entrevista a Claudio Rodríguez, actor y director", S. 123f.).

dem eher selten anzutreffen, und ein aufgeklärter Umgang mit Quellen bürgerlicher Bildung bleibt bei vielen eher Wunsch als Wirklichkeit.

Erstaunlich wenige Frauen führen Regie, wobei sich dies allmählich ändert. Immer mehr Schauspielerinnen üben sich im Regiemetier. Alejandra Gutiérrez, die nach langem Exil in Costa Rica und der ehemaligen Sowjetunion als ausgebildete Regisseurin mit der Wende zur neuen Demokratie nach Chile zurückkehrte und dann zehn Jahre lang die Theaterschule der Privatuniversität *Arcis* leitete⁴⁰, führte für die chilenische Szene unbekannte Autoren wie Bernard-Marie Koltès oder Thomas Bernhard als erste auf.⁴¹

5.4 Zur Poetik⁴² der Differenz

Sehr widerspruchsvoll, wie für eine hauptsächlich traditionelle, katholische Gesellschaft zu erwarten, bahnt sich eine neue Ästhetik der Differenz ihren Weg durch die Theaterszene: Das Thema der Homosexualität und die sozialen Sanktionen, mit denen sie verbunden ist, steht beispielsweise explizit im Zentrum des Theaterstückes *La huída* von Andrés Pérez, 2001 uraufgeführt. Der historische Fall eines Schiffes, das voll von Homosexuellen unter der Regierung vom Präsidenten Ibáñez 1929 vor Valparaíso versenkt wurde, wird in diesem Stück auf eine sehr poetische Weise geschildert. Dabei wird an das kollektive Gedächtnis durch gefilmte Einblendungen appelliert, in denen der Mensch Andrés Pérez Einzelheiten über diesen Vorfall von seiner Mutter erfahren will. Wie immer in seinen Aufführungen, rekurriert er auf das unter der Oberfläche noch lebendige Volkswissen, um eine Geschichte zu erzählen, die in keinem Buch erscheint.⁴³ Die geschichtliche Komponente mischt sich mit Bekenntnissen der Schauspieler, die sich mit Angabe der eigenen Namen offen zu ihrer Andersartigkeit auf der Bühne äußern und die sozialen Sanktionen schildern, die sie in Chile mit sich bringt. Es entsteht

⁴⁰ In dieser Universität bekamen viele Exilhilenen die Chance, ihren Beruf auszuüben, insbesondere solche, die unmittelbar nach dem Putsch entweder verhaftet oder von den traditionellen Universitäten entlassen worden waren.

⁴¹ Im November 2001 wurde beispielsweise *La ratonera* (*Die Mausefalle*) von Agatha Christie im Theatersaal Apoquindo unter ihrer Regie noch gezeigt. Es handelt sich dabei um die Uraufführung des Stückes in Chile.

⁴² Laut der *Poetik* von Aristoteles können fiktionale Texte gerade auf Grund ihrer Fähigkeit, mögliche oder denkbare Realitäten (Universen) zu schaffen, verborgene Wirklichkeiten aufdecken. Sowohl im dramatischen als auch im Aufführungstext koexistieren unterschiedliche fiktionale Texte (vgl. Aristoteles 1983).

⁴³ Nur in der Aufführung *La manzana de Adán* (*Adams Apfel*) von der Theatergruppe "La Memoria" – 1990 aufgeführt – wurde eine kurze Anspielung auf das erwähnte Schiff gemacht.

somit eine Textur, die aus in Dialog miteinander stehenden Texten besteht: Fragmente des Leitmotivs bilden die Grundlage episodischer Unterbrechungen autobiographischen Charakters. Andrés Pérez selbst wagte in diesem Jahr sein öffentliches *outing*, aber diese mutige Handlung blieb eine Ausnahme. Trotz Fortschritte und sich modernisierendem Geist bleibt der Einfluß der Kirche und der konservativen Parteien groß, und für sie ist Homosexualität nach wie vor ein Tabuthema.

Werke, die sich mit der ethnischen Vielfalt des Landes beschäftigen, stellen ein Kuriosum dar. Trotz der allgemein akzeptierten Verdrängung oder Negation der indianischen Komponente der kollektiven Identität, gibt es gelegentlich Inszenierungen, die diese Problematik als Thema wählen. Eine ernsthafte Forschung in diesem Bereich gab beispielsweise Grund zum 2000 aufgeführten Stück *Mujeres de trenzas negras*⁴⁴, in dem die Lebenswege von fünf indianischen Frauen aus dem Norden Chiles gezeigt werden. Zentral ist die Rolle des Wassers in seiner konkreten und metaphorischen Bedeutung: Die Industrialisierung der Gegend nimmt ihnen ihre Lebens- und Identitätsquelle weg. Zusammen mit dem Wasser verschwinden ihre Männer. Die Frauen lassen sich nicht besiegen und erhalten ihre Kultur am Leben. Als Belohnung schenkt ihnen die Erde wieder Wasser. Ihre Männer kehren auch zurück. Beleuchtung und Bühnenbild sind in der Aufführung entscheidende Elemente der Poetisierung einer alltäglichen Geschichte.

Eine andere Sorte von Differenz erobert in den letzten Jahren langsam die Bühne: *Pabellón dos – Rematadas* ist das beeindruckende Ergebnis künstlerischer Intervention in einer der Schattenseiten der Gesellschaft, in die Welt der Gefangenen. Sowohl das Thema, als auch die Schauspielerinnen werden dem Gefängnis buchstäblich entliehen, denn sie dürfen ihre Gefangenschaft nur mit ausdrücklicher Erlaubnis zum Auftreten kurz unterbrechen. Das Theaterstück *Sentido obstruido – Apuntes ciegos para un texto sordo*, in dem die Schauspieler blinde und taubstumme Menschen sind, erzielte darüber hinaus die Sensibilisierung des Publikums für die weitgehend

⁴⁴ Moreno schrieb die Textvorlage für dieses Theaterstück. *Malinche*, von Inés Margarita Stranger, 1993 uraufgeführt, hatte sich mit einem ähnlichen Thema beschäftigt, nämlich mit der problematischen lateinamerikanischen Identität, die schon in ihren Ursprüngen tief gespalten ist. Stranger privilegierte in ihrem Werk die chilenische Variante des Symbols (vgl. Stranger 1993: 17-34). Stranger war dabei keineswegs die erste, die dieses Thema im lateinamerikanischen Theater behandelte. Eine brillante Annäherung an die historische Figur der Malinche findet man in *Todos los gatos son pardos* des mexikanischen Autors Carlos Fuentes, der den Text später neu bearbeitete und mit dem Titel *Ceremonias del alba* veröffentlichte (vgl. Fuentes 1970; 1991).

ignorierte Thematik der behinderten Menschen. Beide Arbeiten entstanden, nachdem ausgebildete SchauspielerInnen und RegisseurInnen Workshops mit beiden Zielgruppen entweder mit therapeutischen oder experimentellen Zwecken durchgeführt hatten.

6. Schluss

Im heutigen Chile gibt es wenig Raum und auch wenige Interessenten für eine ernsthafte Form von Vergangenheitsbewältigung. Die Branche des Dokumentarfilms, mit dem international vielfach prämierten Regisseur Patricio Guzmán als unermüdlichem Sammler von Spuren des kollektiven Gedächtnisses, bleibt ein isoliertes Phänomen. Im Jahr 2001 lief sein Film *El caso Pinochet* in einem kommerziellen Kinosaal.⁴⁵ Die Premiere fand am 7. November des Jahres im Rahmen der Eröffnung des 5. Internationalen Festivals für Dokumentarfilme statt, wo Guzmáns Werk mit stürmischen Ovationen gefeiert wurde.

Im Theaterbereich sind Aufführungen, die sich explizit mit der Diktatur beschäftigen, sehr rar.⁴⁶ Die Adaptation für die Bühne vom gleichnamigen

⁴⁵ Unter der Regierung von Ricardo Lagos scheint sich eine Tür für die Vergangenheitsbewältigung zu öffnen, die jahrelang geschlossen blieb. Ein gutes Beispiel dafür ist die Errichtung einer Skulptur des Präsidenten Salvador Allende vor dem Regierungspalast "La Moneda", der nun zusammen mit seinen Vorgängern auf der "Plaza de la Constitución" stehen darf. Die vorherigen Präsidenten, die Christdemokraten Patricio Aylwin und Eduardo Frei, hatten andere Prioritäten, als ihm seinen Platz in der Geschichte symbolisch zurückzugeben. Die Statue stand allerdings plötzlich da, so als ob dies auf eine fast unauffällige Art und Weise hätte passieren müssen. Der offizielle Diskurs von Lagos, genauso wie der von Aylwin und Frei, weist immer wieder auf die Notwendigkeit hin, die Zukunft zu bauen und die Vergangenheit ruhen zu lassen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich also die Regierungskoalition kaum von der Opposition. Mir scheint jedoch, dass die postkoloniale chilenische Gesellschaft durch diese zweideutigen Gesten generell in Erscheinung tritt. Zur Vorgeschichte der Premiere des Films *El caso Pinochet* im Saal *Cine Hoyts La Reina* eine kurze Anmerkung: Jahrelang versuchte Patricio Guzmán, seine Filme in Chile zu zeigen, ohne Erfolg, bis ihm das hiesige Goethe-Institut seine Unterstützung schenkte und ihm die Räume des Instituts als Sitz für das Erste Internationale Festival für Dokumentarfilme zur Verfügung stellte. Erst dann lief auch sein Epos über die Regierung der *Unidad Popular*, *La batalla de Chile*, im Kinosaal Alameda. *La memoria obstinada* wurde in einer früheren Version des Filmfestivals im Goethe-Institut gezeigt, ist aber bis heute nicht in kommerziellen Sälen zu sehen.

⁴⁶ Wenn überhaupt, erfolgt die Einladung zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit auf eine implizite Art und Weise: Auf Grund eines zwischen der Theaterschule der *Universidad Católica* und dem Goethe-Institut unterzeichneten Abkommens zeigte beispielsweise eine Gruppe Studenten dieser Theaterschule in Zusammenarbeit mit erprobten und sehr bekannten SchauspielerInnen im November 2001 das dramatische Theaterstück *Die Ermittlung* von Peter Weiß, das sich bekanntlich mit den

Roman des vor kurzer Zeit verstorbenen Autors Carlos Cerda, *Una casa vacía*, 1998 uraufgeführt, erhielt im selben Jahr den Preis des Verbandes der Kulturjournalisten. Der Regisseur Raúl Osorio privilegierte eine schonungslose Erzählperspektive, um die noch offenen Wunden der gespaltenen chilenischen Gesellschaft freizulegen. Im Stück wird die Geschichte eines Ehepaars erzählt, das ein Haus kauft und renovieren lässt. Im Laufe der Einweihungsparty stellt sich auf Grund von Erinnerungen einer der weiblichen Gäste heraus, dass das Haus während der Diktatur ein Folterzentrum war. Es findet dann eine kollektive Revision des Horrors statt, die sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Reinigungs- und Bewältigungsmöglichkeit in Aussicht stellt.

Gegen Ende soll ein Bereich erwähnt werden, der stellvertretend für jene Stücke steht, die in einer *off-off*-Szene gezeigt werden: *Performance* ist in Chile ein üblicher und modischer Begriff im Zweig der schönen Künste, hauptsächlich durch die verbreitete Tendenz zur Installation, die längst das Museum erobert hat, aber ein altmodisch gewordenes Wort im Theatermetier.⁴⁷ Während sich Francisco Copello einer Ästhetik zuschreiben ließe, die durch eine bewusst parodistische Verwendung der Ironie eine an der Grenze zwischen Tanztheater und *Performance* liegende, konsequent hybride Variante schafft, bevorzugt Alberto Kurapel eine kritische Auseinandersetzung mit der postmodernen Gesellschaft. Die *Performances* von Copello nähren sich thematisch hauptsächlich von Motiven und Mythen, die in der Welt der Homosexuellen tief verankert sind, wie die Verbindung zwischen Mode, Provokation und Exhibitionismus. Kurapel dagegen liefert eine chiffrierte, politische Lektüre der chilenischen Gegenwart. Nach langjährigem Exil in Kanada hat er sich wieder in Chile niedergelassen, wo er als unbequemer Geist die Mythen der chilenischen Gewinner-Gesellschaft dekonstruiert.⁴⁸ In

Frankfurter Auschwitz-Prozessen beschäftigt und 1965 gleichzeitig in Altenburg, Berlin (Ost und West), Cottbus, Dresden, Erfurt, Essen, Gera, Halle, Köln, Leipzig, London, München, Neustrelitz, Potsdam, Rostock und Stuttgart uraufgeführt wurde. Die Menschenrechtsverletzungen während des Zweiten Weltkrieges stehen somit symbolisch für die Menschenrechtsverletzungen während der Pinochet-Ära, denn trotz aller Unterschiede bleibt unbestritten, dass in beiden Fällen ein System hinter der repressiven Organisation der Gesellschaft für den begangenen Horror zuständig war.

⁴⁷ Mit dem Aufkommen der 68er-Bewegung wurden *Happenings* und *Performances* sehr beliebt. Danach gerieten sie in Vergessenheit. Bekanntlich ist in beiden Fällen das Ziel des Verfahrens nicht mehr das Kunstobjekt, sondern der Prozess.

⁴⁸ Bekannt ist in den neunziger Jahren die eigene Wahrnehmung der Chilenen als die Jaguare Lateinamerikas gewesen. Dahinter verbirgt sich meines Erachtens gewiss ein Traum, aber auch ein historischer Minderwertigkeitskomplex.

seinem Stück *La hora por venir*, 2001 uraufgeführt, entblößt er den trügerischen Schein der in allen Ländern der Welt ähnlich oder gleich vorhandenen und mittlerweile allgemeingültigen Macht der Globalisierung. Ein markanter Zug seiner ästhetischen Suche ist der tragikomische Blick auf die gegenwärtige chilenische Gesellschaft als billige Nachahmung wirklich moderner und demokratischer Länder.⁴⁹

Die bisherige Darstellung der chilenischen Theaterlandschaft nach der Diktatur zeigt eine auffallend heterogene Struktur. Wenn man die Stücke analysiert, die unter der Demokratisierung gezeigt werden, fällt kaum ein Blick zurück im Zorn auf. Andererseits brachte die politische Öffnung nach 1989 nach außen eine Vielfalt neuer Themen mit sich, die das Schaffen von Autor/Innen und Regisseur/Innen zum großen Teil bestimmt. Allerdings lässt sich jetzt schon sagen, dass die rezipierende Theatergemeinde diesen neuen Strömungen mit derselben konsumistischen Einstellung gegenübersteht, die auch in anderen Kulturbereichen zum Tragen kommt.

Die kritische Verarbeitung der jüngsten Vergangenheit durch das Theater als Medium stößt schnell an ihre Grenzen, wenn man an die Perpetuierung der faktischen Machtpotentiale – etwa der Kirche, der Rechtsparteien, des Militärs und der großen Unternehmenskonglomerate – in dem Land nach 1989 denkt. Diese scheinen nach der Demokratisierung ihre Spielräume eher ausgedehnt zu haben und beherrschen über die Medien und “opportune” Vertragsgestaltungen die chilenische Kulturlandschaft weitgehend.

Literaturverzeichnis

- Aguirre, Isidora (1989): *Los papeleros*. Santiago de Chile: Editorial Torsegel.
- Aristoteles (1983): *Vom Himmel. Von der Seele. Von der Dichtkunst*. Zürich: Artemis.
- Castro, Alfredo (1990/91): “Vagando por los márgenes”. In: *Revista Apuntes* Nr. 101. Santiago de Chile: Escuela de Teatro de la Pontificia Universidad Católica de Chile, S. 45-49.
- Cifuentes, Claudia (1986): “Ictus: 40 años y una esquina rota”. In: *Wikén, Diario El Mercurio*, 2.8.1996. Santiago de Chile, S. 8-9.
- De la Parra, Marco Antonio (1984): *La secreta obscenidad de cada día*. Santiago de Chile: Typoskript.
- (1997): *La mala memoria – Historia personal del Chile contemporáneo*. Santiago de Chile: Editorial Planeta.
- Díaz, Jorge (1967): *Topografía de un desnudo*. Santiago de Chile: Editora Santiago.

⁴⁹ Kurapel ist ein Multitalent: Er schreibt seine Stücke, ist ihr Hauptdarsteller, führt Regie, singt usw.

- División de Cultura del Ministerio de Educación* (Hrsg.) (1999): *Cartografía Cultural de Chile – Atlas*. Santiago de Chile, S. 183.
- “Entrevista a Claudio Rodríguez, actor y director”. In: *Revista Caras* Nr. 352. Santiago de Chile, 28.9.2001, S. 123-124.
- Fiechtner, Urs M./Vesely, Sergio (1979): *Puchuncavi – Theaterstücke aus einem chilenischen KZ*. Tübingen: Neuer Verlag Bernhard Bruscha.
- Fuentes, Carlos (1970): *Todos los gatos son pardos*. México D.F.: Siglo XXI Editores.
- (1991): *Ceremonias del alba*. Madrid: Mondadori.
- Galemiri, Benjamín (1998): *Antología*. Santiago de Chile: Ediciones Teatrales Chilenas.
- González, Mónica (1998): “Una cruzada moral – La libertad de expresión en Chile”. In: *Desarrollo y Cooperación (D+C)*, Nr. 6. Berlin: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), S. 19-22.
- Jameson, Fredric (1981): *The Political Unconscious: Narrative as a Socially Symbolic Act*. Ithaca: Cornell University Press.
- Lagos-Kassai, M. Soledad (1994): *Creación colectiva: Teatro chileno a fines de la década de los ochenta*. Frankfurt/Main: Peter Lang Verlag.
- (1997): “Zur Poetik des Marginalen im chilenischen Theater der neunziger Jahre am Beispiel des Teatro La Memoria”. In: *Forum Modernes Theater*, Bd. 12, Heft 2. Tübingen: Gunter Narr Verlag, S. 195-208.
- (2000): *Modelos de identidad(es) y teatro chileno en las primeras tres décadas del siglo XX*. Santiago de Chile (unveröff. Typoskript).
- Mönckeberg, María Olivia (2001): *El saqueo de los grupos económicos al Estado Chileno*. Santiago de Chile: Ediciones B.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual: anatomía de un mito*. Santiago de Chile: LOM Ediciones, S. 99-124.
- Munizaga, Giselle (1988): *El discurso público de Pinochet*. Santiago de Chile: Flacso.
- Oyarzún, Carola (o.J.): “El recorrido de ‘La muerte y la doncella’ de Ariel Dorfman”. In: *Revista Apuntes* Nr. 104. Santiago de Chile: Escuela de Teatro de la Pontificia Universidad Católica de Chile, S. 113-115.
- Pavis, Patrice (1990): *Diccionario del Teatro – Dramaturgia, estética, semiología*. Barcelona: Ediciones Paidós.
- Pineda, José (1992): “La influencia española en el teatro universitario”. In: *Revista Apuntes* Nr. 104. Santiago de Chile: Escuela de Teatro de la Pontificia Universidad Católica de Chile, S. 12-18.
- Radrigán, Juan (1984): “Hechos consumados”. In: Ceneca/Universidad de Minnesota (Hrsg.): *Teatro de Juan Radrigán*. Santiago de Chile: Editorial Universitaria, S. 275-315.
- Said, Edward W. (1994): *Kultur und Imperialismus – Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht*. Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag.
- Salazar, Gabriel/Pinto, Julio (1999): *Historia contemporánea de Chile I y II*. Santiago de Chile: LOM Ediciones.
- San Juan, Verónica (2001): “Teatro Nacional: Rosa Ramírez deja a la Negra Este”. In: *Diario El Mercurio*. Santiago de Chile, 23.9.2001, C 13.

- Sieveking, Alejandro (1970): "Animas de día claro". In: *Teatro chileno contemporáneo*. México D.F.: Editorial Aguilar, S. 357-423.
- Singh, Amritjit/Skerrett, Joseph T./Hogan, Robert E. (1994): *Memory, Narrative and Identity – New Essays in Ethnic American Literatures*. Boston.
- Soto, Juan Cristóbal (1990): "Transfusión o carreteando en la calle". In: *Revista Apuntes* Nr. 100. Santiago: Escuela de Teatro de la Pontificia Universidad Católica de Chile, S. 72-75.
- Stranger, Inés Margarita (1993): "Malinche". In: *Primer acto – Cuadernos de investigación teatral* Nr. 250. Madrid, S. 17-34.
- Weigel, Sigrid (1994): *Bilder des kulturellen Gedächtnisses – Beiträge zur Gegenwartsliteratur*. Dülmen-Hiddingsel: Tende.
- Wolff, Egon (1970): "Los invasores". In: *Teatro chileno contemporáneo*. México D.F.: Editorial Aguilar, S. 131-209.
- Zaliasnik, Yael (1995): "Teatro y sociedad: La muerte y la doncella, de Ariel Dorfmann". In: *Revista Teatral Chilena* Nr. 1. Santiago de Chile: Departamento de Teatro – Facultad de Artes de la Universidad de Chile, S. 16-27.

Torsten Eßer

Aus der Vorzeit in die Zukunft – ohne Pause.¹ Telekommunikation und Internet in Chile

1. Geschichte der Telekommunikation

Chile, rund 4.500 Kilometer lang, in einer peripheren Lage hinter den Anden und mit vielen Inseln, stellt für den Aufbau einer Telekommunikationsinfrastruktur eine besondere Herausforderung dar. Erst seit 1927 existiert deshalb die erste Auslandsverbindung über die Anden nach Argentinien und erst 1945 waren alle Provinzen miteinander verbunden.

1851 erlangte der US-Amerikaner Wheelwright mit seiner *Compañía de Telégrafo Magnético* von der chilenischen Regierung die Ermächtigung zur Verlegung von drei Telegrafienlinien: Von Santiago nach Valparaíso, in den Norden und in den Süden. Das erste Telegramm wurde 1852 befördert, im Jahre 1900 sendeten die 274 Telegrafienämter schon rund 1,3 Mio. Telegramme. 21 Jahre zuvor hatte ein weiterer US-Bürger, Joseph Dottin Husbands, die erste Fernsprechzentrale des Landes eingerichtet, ausgerüstet mit sechs Edison-Telefonen. Er gründete 1880 die *Compañía Chilena de Teléfonos* und betrieb neun Jahre später in 14 chilenischen Städten Telefonnetze mit insgesamt 2.187 Anschlüssen, davon 1.084 in Santiago. Weitere Telefongesellschaften nahmen den Betrieb auf, so dass am 1. Januar 1925 von zehn Gesellschaften 30.895 Anschlüsse betrieben wurden.²

1930 übernahm das US-Unternehmen ITT die *Compañía Chilena de Teléfonos* und nannte sie *Compañía de Teléfonos de Chile* (CTC). Die Gesellschaft war in 20 der 25 Provinzen für den Telefonverkehr zuständig. In vier Südpfevinzen betreibt die 1894 gegründete *Compañía Nacional de Teléfonos S.A.* Telefonnetze, während in der Provinz Aysen die *Compañía de Teléfonos de Coyhaique* den Telefonverkehr regelte. Die Regierung Frei stellte die CTC 1967 unter staatliche Treuhänderschaft und übernahm so die Kon-

¹ “De la prehistoria a la ciencia ficción – sin escala”, Kommentar eines Einwohners der Gemeinde Lautaro bei der Einweihung eines *telecentros*, zit. bei Wellenius (2001: 20).

² Vgl. Archiv für Post- und Fernmeldewesen (1949: 200-202). Auf 1.000 Einwohner kamen rund sieben Telefonanschlüsse.

trolle über Teile des Unternehmens (Basse 1978: 40f.; Guasch/Spiller 1994: 72).

Schon 1964 hatte die Regierung als übergeordnete Planungsinstanz die *Empresa Nacional de Telecomunicaciones S.A.* (ENTEL) gegründet, mit dem Ziel der Schaffung eines nationalen Fernmeldewesens. ENTEL wandelte sich später selbst zu einem Anbieter für Ferngespräche. Von diesem Jahr an war der chilenische Telekommunikationssektor von privaten, aber staatlich kontrollierten Gesellschaften dominiert, die in ihrer jeweiligen Provinz ein Monopol inne hatten. Die Regierung Allende schließlich verstaatlichte sowohl die CTC wie auch ihre Konkurrenten. Die chilenische Besonderheit war, dass weiterhin mehrere Firmen nebeneinander existierten. Das führte unter den gegebenen politischen Bedingungen aber nicht zu Wettbewerb, sondern zu geringen Investitionen und Modernisierungsanstrengungen, da keines der Unternehmen die erforderliche Größe erreichte, um über die nötigen Geldmittel zu verfügen. 1970 lag Chile mit 369.000 Telefonanschlüssen unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt, obwohl zwei Jahre zuvor der erste Telefonbetrieb über Satellit aufgenommen worden war (Stehmann 1995: 669f.).

1.1 Privatisierung

Unter Pinochet wurde sofort damit begonnen, die verstaatlichten Unternehmen wieder zu privatisieren. Von mehr als 500 Firmen gehörten 1980 noch rund 30 der öffentlichen Hand, darunter die Telekommunikationsfirmen. Fast überall auf der Welt wurde der Telekommunikationssektor lange als natürliches Monopol des Staates betrachtet. Auch in Chile teilte man Ende der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre diese Ansicht. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang und dem damit verbundenen Investitionsmangel in neue Technologien erodierte jedoch das Monopol unter anderem aufgrund folgender Tendenzen:

- Auf dem Sektor der Endgerätehersteller (Telefone etc.), beim Mobilfunk und bei den Satellitenverbindungen kam es zu einer Beseitigung der institutionellen und ökonomischen Markteintrittsbarrieren.
- Die Telekommunikation vermischte sich mit anderen Informationstechnologien. Unternehmen engagieren sich heute sowohl in der Telekommunikation wie auch im Radio-, TV- oder Internetbereich.
- Verstärkter weltweiter Wettbewerb nicht nur bei der *Hardware*, sondern auch im Angebot von Dienstleistungen.

- Lokale Telefonnetze müssen sich immer mehr dem Konkurrenzdruck drahtloser Netze aussetzen.

Die Folge waren weit angelegte Deregulierungs- und (Teil-)Privatisierungsmaßnahmen. Ein genereller Trend zeichnete sich in Lateinamerika ab, nämlich die staatlichen Telekommunikationsunternehmen in regionale und nach Angebot (Festnetz, Mobilfunk) getrennte Gesellschaften aufzuspalten und sie dann zu verkaufen. In Chile brauchte das nicht zu geschehen. Die zuvor negativ bewertete Tatsache, dass dort verschiedene Gesellschaften sich den kleinen nationalen Markt teilen mussten, erwies sich als eine positive Voraussetzung für die Privatisierung des Telekommunikationssektors. Denn es zeigte sich, dass im Gegensatz zu Ländern, wo zuvor ein einziger Anbieter den Markt beherrscht hatte, der auch lange nach der Liberalisierung marktbeherrschend blieb, in Chile mehrere wettbewerbsfähige und –erfahrene Unternehmen bereitstanden.³

1983 hatten immer noch nur rund 4% der chilenischen Bevölkerung einen Telefonanschluss (Argentinien 8%, Venezuela 6%). Die Wartezeit für einen neuen Anschluss betrug neun Jahre. Die Einnahmen reichten nicht aus, um die Netze auszubauen und zu modernisieren, staatliche Hilfe konnte wegen der Finanzkrise, verursacht durch einen überhöhten Wechselkurs, hohe Konsumgüterimporte und eine hohe Auslandsverschuldung, nicht ausreichend gewährt werden (Stehmann 1995: 671; T. Eßer 1999: 19). Doch schon 1977 hatte die Militärregierung mit der Gründung des *Subsecretaría de Telecomunicaciones* (SUBTEL) als (De-)Regulierungsbehörde begonnen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Diese Politik führte 1982 zu einem neuen Telekommunikationsgesetz, welches das staatliche Monopol aufhob und den Wettbewerb förderte u.a. durch die Bestimmung, dass mehr als eine Gesellschaft in einer Region operieren darf.

In einem ersten Privatisierungsschritt wurden 1987 12,5% von ENTEL an die Mitarbeiter verkauft, in einem zweiten Schritt wurde 1989 der Rest privatisiert. *Telefónica de España* erwarb 20% von ENTEL und gleichzeitig 43% der CTC-Aktien.⁴ Zeitgleich mit der Privatisierung liberalisierte die Regierung den Markt. SUBTEL entschied, dass auf dem Markt für Ferngespräche ein *Multicarrier*-System eingeführt werden sollte. Bei diesem Sys-

³ Vgl. Stehmann (1995: 670). British Telecom kontrollierte noch zehn Jahre nach der Marktöffnung rund 90% des britischen Marktes, für die Deutsche Telekom gilt im Festnetzbereich Ähnliches.

⁴ Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen musste Telefónica seine Anteile an ENTEL 1993 verkaufen.

tem kann der Kunde per Vorwahl zwischen den Angeboten verschiedener Gesellschaften auswählen. Nach einer langen Auseinandersetzung über die Ausgestaltung der Liberalisierung des Fernverbindungsmarktes wurde 1990 schließlich beschlossen, ohne Einschränkungen alle Wettbewerber – auch die heimische CTC – zuzulassen. Diese Maßnahmen führten zu hohen Investitionen – vor allem der ausländischen Gesellschaften wie Telefónica, STET, Bellsouth – in die Telekommunikationsinfrastruktur.⁵ 1994 hatten 12% der Chilenen einen Telefonanschluss, Chile war international das zweite Land hinter Neuseeland, das seine Telefonzentralen zu 100% digitalisiert hatte, und die Wartezeit auf einen Telefonanschluss verkürzte sich auf 25 Tage. Die Preise für Telefondienstleistungen fielen erheblich: Ein einminütiges Gespräch von Santiago nach Arica, das vor der Liberalisierung 0,51 US\$ gekostet hatte, kostete 1995 je nach Anbieter zwischen 0,34 und 0,38 US\$.⁶ Im Markt für Ortsgespräche verteidigt zwar nach wie vor CTC mit über 90% Anteil ihr Monopol, aber auch hier setzt langsam Wettbewerb ein. Weitere Anbieter werden CTC ernsthaft Konkurrenz machen, wenn erst einmal der Markt der nationalen und internationalen Fernverbindungen gesättigt ist. Nach Meinung von Ros und Banerjee hatte die Privatisierung der Telekommunikation in Chile und allen anderen Ländern Lateinamerikas positive Effekte auf den Netzerkaufbau und die Modernisierung der Technik (Ros/Banerjee 2000: 250).

1.2 Internet und IT-Wirtschaft

In Chile, obwohl an der *Universidad de Chile* schon 1962 der erste Computer aufgestellt wurde, verbreitete sich die Nutzung der IT (Informationstechnologie) nur schleppend. Erst 1987 erfolgte über die Universitäten der Anschluss an den E-Mail-Dienst, 1991 nahm die *Universidad de Chile* den ersten Server in Betrieb. Verschiedene nationale Kommunikationsnetzwerke wurden errichtet, die zunächst aber keine direkte Verbindung zueinander hatten. Die Kommunikation zwischen den Netzen lief über *backbones* in den USA (Baeza-Yates et al. 1995: 2; ACTI 1999: 19).

⁵ Für Telefónica haben sich die Investitionen bisher allerdings noch nicht ausgezahlt. In den vergangenen beiden Jahren machte das Unternehmen 300 Mio. US\$ Verlust in Chile. Vgl. „*Telefónica España no preve venta de CTC Chile pese a pérdidas*“ <www.chileinternet.cl>, 8.6.2001.

⁶ Vgl. Stehmann (1995: 671); Guasch/Spiller (1994: 24). 1994 wurde das Telekommunikationsgesetz erneut modifiziert und ist seither eines der liberalsten seiner Art weltweit: Sowohl bei den Telekommunikationsdienstleistungen als auch auf dem Netzwerkmarkt fielen alle Schranken für in- und ausländische Anbieter.

Seit 1994 experimentierten erste Anbieter mit ISDN. Ein Boom in der Nutzung der neuen Kommunikationstechniken setzte aber erst von 1995 an ein, nachdem das Internet für Privatpersonen inhaltlich interessanter und die Bedienung technisch einfacher geworden war. Mit der steigenden Verbreitung von PCs und Internet nahm auch das Interesse an IT-Berufen zu und von den neunziger Jahren an entwickelte sich eine nationale *Software*-Industrie. 1990 nahmen chilenische *Software*-Firmen zum ersten Mal an der Computermesse "Cebit" in Hannover teil. Sie produzieren u.a. Bankensoft-ware und Programme für Industriesektoren, in denen Chile viel Erfahrung hat, wie die Kupfergewinnung und die Forstwirtschaft. Ein Exportschlager sind US-Programme, die auf spezifisch lateinamerikanische Bedürfnisse zugeschnitten werden. Immerhin gehen rund 15% der chilenischen *Software*produkte in den Export (Baeza-Yates 1995: 3; U.S.-Department of Commerce 2000).

2. Telekommunikation und Internet heute

Rund 1,1 Mrd. US\$ – 7,5% des gesamten Investitionsvolumens Chiles – investierten Staat und Unternehmen im Jahre 2000 in den Telekommunikationssektor, 1,8% des BIP. Damit lag Chile hinter Brasilien an zweiter Stelle in Lateinamerika. Zwischen 1990 und 1998 hat der Sektor ein Wachstum von jährlich 19,7% (SUBTEL 2001: 4f.). Vor allem die ausländischen Unternehmen steckten viel Geld in neue Technik und Netze. 1999 exportierten US-Unternehmen Telekommunikationsausrüstungen im Wert von 274 Mio. US\$ nach Chile (U.S.-Department of Commerce 2000). Das Land besitzt heute rund 5.000 km Glasfasernetz, 150 Länder können *via* Satellit direkt angewählt werden.

Heute wird der Telekommunikationsmarkt von einem wettbewerbsfähigen Oligopol beherrscht. CTC (lokale Verbindungen) und ENTEL (Ferngespräche) sind in ihren angestammten Bereichen noch Marktführer, die Konkurrenz wächst jedoch stetig. Im Mobilfunk- und dem Internetbereich herrscht schon jetzt hoher Wettbewerb.⁷

In den vergangenen fünf Jahren hat der Telekommunikationssektor vor allem durch die wachsende Zahl von Mobilfunk- und Internetnutzern einen starken Zuwachs erlebt. Im Jahr 2000 verzeichnete SUBTEL eine Zunahme von 50,5% bei den Handybesitzern verglichen mit dem Vorjahr und 23,4%

⁷ Die Marktanteile von CTC und ENTEL betrugen 1998 72 bzw. 39%.

bei den Internetanschlüssen im zweiten Halbjahr 2000 (von 468.000 auf 585.800) (SUBTEL 2001: 2f.).

Tabelle 1: Telekommunikationssektor in Chile

	1999	2000	Zunahme in %
Festnetzanschlüsse	3.108.799	3.365.039	8,2
Mobilfunkabonnenten	2.260.687	3.401.525	50,5
a) mit Vertrag	975.826	1.068.130	9,5
b) <i>pre paid</i>	1.284.861	2.333.395	81,6

Quelle: SUBTEL (2001: 3).

2.1 Festnetz

Chile ist in 24 Telefonzonen unterteilt, für die die Telefongesellschaften jeweils Konzessionen benötigen. Nur der ehemalige Monopolist CTC ist in allen Zonen aktiv, während kleine Gesellschaften oftmals nur in einer Region operieren: CRELL zum Beispiel ist nur in Puerto Montt tätig und hat dort vier Wettbewerber. Von insgesamt 19 Unternehmen mit Konzessionen befinden sich 13 Firmen im operativen Geschäft (SUBTEL 2001: 8-10).

Tabelle 2: Entwicklung der Telefonanschlüsse in Chile

Jahr	Hauptanschlüsse	je 100 Einwohner
1989	691.000	5,3
1994	1.600.000	11,6
1999	3.100.000	20,6

Quelle: SUBTEL 2001: 16

Die Einrichtung eines Telefonanschlusses bei CTC kostete im Jahr 2000 rund 200 DM, die monatliche Grundgebühr betrug zwischen 20 (Santiago) und 30 (Regionen) DM. Schon an dieser Preisdifferenz lässt sich der Unterschied zwischen Santiago und den anderen Regionen ablesen. 57% aller Telefonanschlüsse Chiles befinden sich im Großraum Santiago. Die Versorgung der ländlichen Gebiete hat bei den Telefongesellschaften immer nur zweite Priorität, da die Kosten-Nutzen-Rechnung negativ ausfällt. 1994 hatten 15% der Bevölkerung – die Mehrheit in ländlichen Gegenden – noch nicht einmal Zugang zu einem öffentlichen Telefon.

Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, hat die Regierung 1994 den *Fondo de Desarrollo de las Telecomunicaciones* (FDT) geschaffen. Aus die-

sem Fonds erhalten die privaten Gesellschaften Mittel für den Anschluss ländlicher Gemeinden – aber auch einkommensschwacher städtischer Gebiete – an das Kommunikationsnetz. Ziel ist es, in jeder Gemeinde mit mehr als 50 Einwohnern zumindest ein öffentliches Telefon aufzustellen. Jedermann konnte bei SUBTEL einen Antrag stellen, die einzelnen Wünsche wurden dann zu Projekten gebündelt und ausgeschrieben. Das günstigste Gebot erhielt den Zuschlag und das ausgewählte Unternehmen einen Zuschuss bis zur Rentabilitätsgrenze sowie eine nicht-exklusive Lizenz das jeweilige öffentliche Telefon 30 Jahre betreiben zu dürfen. Zwischen 1995 und 2000 gab es sieben Vergabe-Runden. Bis 2001 waren 6.059 Gemeinden mit 2,2 Mio. Bewohnern ans Telefonnetz angeschlossen, so dass nur noch rund 150.000 Menschen von der modernen Kommunikation ausgeschlossen sind (Wellenius 2001: 3-6).

Das lukrativste Geschäft machen die Telefongesellschaften im Bereich der Fernverbindungen. Im März 2001 waren 25 Konzessionen für nationale und internationale Fernverbindungen vergeben, davon 13 in Funktion. Die Fernverbindungsminuten stiegen von rund 474 Mio. Minuten (davon 38 Mio. internationale Verbindungen) in 1990 auf rund 2,3 Mrd. (210 Mio. international) in 1999. Dabei kam es durch den starken Konkurrenzdruck des *Multicarrier*-Systems zu Tarifsenkungen bis zu 50% (SUBTEL 2001: 11, 21ff.).

2.2 Mobilfunk

Sechs Anbieter teilen sich den seit 1989 existierenden chilenischen Mobilfunkmarkt. Sie alle – mit Ausnahme von Bellsouth, das in den Regionen XI und XII (Süden) nicht tätig ist – operieren im ganzen Land. Die Preise werden nicht staatlich reguliert, genau so wenig die technischen Standards.⁸ 1990 gab es 13.921 Mobilfunk-Kunden (0,11%), 2000 waren es schon 3,4 Millionen (22,2%). Auch hier entfällt der Großteil – rund 58% – auf den Raum Santiago. Schon sehr früh – 1993 – führten die Anbieter Handys ohne Vertragsbindung ein. Heute telefonieren 69% der Kunden mit diesem *Pre-paid*-System. Die Einführung von PCS (*Personal Communication Services*) wird die Nachfrage nach den ohnehin schon populären Handys weiter steigern lassen (SUBTEL 2001: 12, 23-31).

⁸ So kommt es, dass die sechs Unternehmen mit drei verschiedenen Standards arbeiten: Zwei benutzen die 800 MHz-Frequenz des in Europa verbreiteten GSM-Standards, drei die 1.900 MHz des US-amerikanischen CDMA-Standards und eines 1.600 bzw. 2.400 MHz.

2.3 Internet

1998 setzte Präsident Frei eine Kommission ein, die Vorschläge zu Chiles Weg in die Informationsgesellschaft ausarbeiten sollte. 1999 legte sie ihren Bericht vor, der folgende Hauptkritikpunkte enthielt:

- Die Kommunikationssysteme sind hinsichtlich ihrer territorialen und sozialen Verteilung unausgewogen. Städtische Gebiete und höhere Schichten werden überproportional erreicht.
- Es fehlen gesetzliche Regelungen für den *E-Commerce*.
- Der öffentliche Sektor ist unzureichend und planlos computerisiert.
- Es gibt zu wenig qualitativ hochwertigen nationalen *Online-Content*.

Um diesen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, legte die Kommission 61 Einzelziele fest, die u.a. folgende Lösungsvorschläge beinhalten:

- Auflegung eines nationalen Programms für den allgemeinen Zugang zum Internet (Errichtung von Internet-Kiosken und kommunalen Telezentren).
- Verbesserung des *E-Government* durch Einrichtung weiterer öffentlicher *Online-Dienste* (ab 2003 sollen alle relevanten Dienstleistungen über die Kioske landesweit zugänglich sein).
- Digitalisierungsprogramm des nationalen Kulturerbes.
- Förderung von Multimediaunterricht für Kinder und Erwachsene.
- Schaffung eines Rechtsrahmens für den *E-Commerce*.
- Digitale Dezentralisierung der Verwaltung (z.B. durch kommunale Informationsnetze).
- Unterstützung von neuen IT-Unternehmen und IT-Entwicklungen (Klumpp/Schwemmler 2000: 12-16).

Trotz dieser noch zu bewältigenden Aufgaben hat Chile durch die bisherigen staatlichen und privatwirtschaftlichen Anstrengungen auf dem IT-Sektor im lateinamerikanischen Vergleich eine gute Position eingenommen wie Tabelle 3 belegt. 1999 war das Land mit 6,6 PCs auf 100 Einwohnern sogar führend in Südamerika. Übertroffen wurde es nur von Costa Rica (10,1) in Zentralamerika.

Tabelle 3: IT in ausgewählten Ländern Lateinamerikas und Deutschland

Land	PCs auf 100 EW (1999)	Internet-Hosts auf 10.000 EW (2000)	Internet- Nutzer in Tausend (1999)	Anteil der IT-Ausgaben in % des BSP (1999)
Argentinien	4,9	47,3	900	3,4
Brasilien	3,6	38,9	3.500	5,8
Chile	6,6	33,8	700	5,7
Costa Rica	10,1	24,3	150	k.A.
Mexiko	4,4	50,6	1.822	4,2
Peru	3,6	3,9	400	k.A.
Venezuela	4,2	6,5	525	3,4
Lateinamerika und Karibik	3,7	29,6	9.687	--
Deutschland	29,7	233,0	14.400	5,2

Quelle: World Bank: "World Development Indicators 2001".

Heute streiten internationale *Internet-Service-Provider* (ISP) wie AOL, PSINet oder Terra mit 37 nationalen ISP (2001) um Marktanteile. Es gibt 578.000 Internet-Anschlüsse über 28,8-56 Kbit schnelle Modems und 7.800 Anschlüsse über *Highspeed*-Verbindungen (DSL, ISDN). Rund 5.400 Mio. Minuten surfen die rund 1,03 Mio. Nutzer im Jahr 2000 durch das Netz.⁹ Die Telefongesellschaften VTR, ENTEL und CTC treiben den Ausbau von Breitbandnetzen voran. Zusätzlich werden drahtlose Verbindungsnetze (Radiowellen) ausgebaut.¹⁰

2.3.1 Die digitale Kluft

So positiv die Gesamtentwicklung der Kommunikationstechnologien zwar verläuft, und trotz seines im lateinamerikanischen Vergleich hohen jährlichen Pro-Kopf-Einkommens (4.600 US\$ 1999) zieht sich auch in Chile die so genannte digitale Kluft (*digital divide*) durch die Gesellschaft. Wie beim Telefon verläuft er an der Grenze von Zentrum und Peripherie (Stadt und Land) und an der Einkommensgrenze. Der Stadt-Land-Gegensatz konnte durch die zuvor beschriebenen Maßnahmen zum Anschluss der ländlichen

⁹ Vgl. SUBTEL (2001: 13 und 32-34); Cohen (2000). Damit ist das Surfen mit 19% Anteil nach der lokalen Telefonie (54,7%) der größte Faktor bei den Kommunikationsminuten in Chile.

¹⁰ Vgl. "Circule por la Autopista Internet", in *PC World Chile* 7/2000, S. 4-5.

Bevölkerung an die Telekommunikationsnetze zwar gemildert werden, doch liegt die Zahl der Telefonanschlüsse in manchen Regionen immer noch unter der Hälfte der Anzahl in Santiago (29%) (CCS 2001: 21).

Der Internetnutzung durch große Teile der Bevölkerung stehen weitere Hindernisse im Weg: Finanzprobleme, Analphabetismus, Sprachbarrieren, nicht vorhandene technische Kenntnisse. Der Sozialwissenschaftler Juan Enríquez von der Harvard Universität meint deshalb sogar, dass das Internet die chancenlosen Bevölkerungsteile nicht integriert, sondern im Gegenteil noch stärker marginalisiert: “Un ingeniero que hable inglés en la Argentina tendrá más en común con su colega de trabajo vía Internet en Detroit que con muchos argentinos” (T. Eßer 1999: 21). Studien zeigen auch in Chile, dass der typische Internetnutzer – er ist jung, männlich, sehr gut ausgebildet und mit hohem Einkommen – nicht dem Bevölkerungsdurchschnitt entspricht.¹¹

Ein günstiger Computer (mit Celeron-500-Prozessor) kostete im Juni 2000 ohne Bildschirm und Zubehör 899 US\$ (*PC World Chile* 7/2000: 75). Bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von rund 380 US\$ ein stolzer Preis. Hinzu kommen monatliche *Online*-Gebühren in Höhe von rund 40 US\$. Für die rund 20% der chilenischen Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben, ist das alles ohnehin kein Thema, denn auch in den kommerziell betriebenen Internetcafés bezahlen sie zwischen 2-5 US\$ für eine Stunde Surfen.¹²

Die Analphabetenrate beträgt in Chile bei den über 15-jährigen 9%, doch gerade in ländlichen Gebieten und in ärmeren Schichten ist die Zahl derer, die nicht genug Spanisch verstehen, um technische Anleitungen lesen zu können (funktionaler Analphabetismus), weitaus höher. Englisch, die vorherrschende Sprache im Internet,¹³ verstehen noch viel weniger Menschen. Und auch der Umgang mit dem PC und seinen Peripheriegeräten ist den meisten Menschen nicht geläufig.

Um den technologischen Graben in der Gesellschaft zumindest teilweise zu überwinden, werden die im zuvor zitierten Kommissionsbericht vorge-

¹¹ Vgl. *Universidad de Chile* (2000). Die 15-24-jährigen bilden mit rund 35% die größte Gruppe, gefolgt von den 25-34-jährigen (25%). 64,5% der Nutzer sind männlich. Die Surfer nutzen das Internet vom Arbeitsplatz (46%) oder der Universität (17%) aus, so dass keine Gebühren anfallen.

¹² Vgl. <www.cybercafe.com>.

¹³ Der Anteil englischsprachiger Websites beträgt je nach Untersuchung 75-85%, wobei andere Sprachen aufholen. Vgl. Pedro Maestre Yenes (1999): “La Utilización de las Diferentes Lenguas en Internet”, Centro Virtual Cervantes <<http://cvc.cervantes.es>>.

schlagenen Maßnahmen umgesetzt. Zum Beispiel errichtet die Regierung nach dem Vorbild der peruanischen *cabinas públicas* so genannte *telecentros*.¹⁴ In diesen Zentren gibt es Telefon- und Faxapparate sowie PCs mit Internetanschluss. Solche Projekte können nur mit finanzieller Unterstützung des Staates oder der Privatwirtschaft überleben (Afemann 2000; Alvarado 2001).

2.3.2 E-Government

Die chilenische Regierung bemüht sich sehr, die neuen Technologien für eine Verbesserung seiner Dienstleistungen zu nutzen. Die Regierung Frei hat schon 1994 den Auftrag für ein Intranet erteilt, das die verschiedenen Behörden landesweit miteinander vernetzen und gleichzeitig mit dem Internet verbinden sollte (Salamanca 1998). Über 80% der nationalen Verwaltungsstellen haben heute *Websites* im Internet. Die Bürger können vielfältige *Online*-Dienstleistungen in Anspruch nehmen, so zum Beispiel ihre Steuererklärung per Internet abgeben. 22.000 Chilenen machten von dieser Möglichkeit 1998 Gebrauch. Auch Firmen nehmen die Dienste an: 39.000 Vorsteuererklärungen wurden 1999 *via* Internet abgegeben (Salamanca 1998; ACTI 1999: 24). Anfang 2001 stellte die Regierung das erste WAP-Portal mit Informationen über Staat und Verwaltung vor.

Aber auch der Staat profitiert von der Vernetzung. Neben der Nutzung von Synergieeffekten in der öffentlichen Verwaltung (weniger Arbeitsplätze, schnellere und einheitliche Bearbeitung), spart er Geld bei der öffentlichen Beschaffung. Vor der Einführung des *Online*-Systems hatte eine schwerfällige Behörde den öffentlichen Einkauf geregelt. Seit 1999 müssen Unternehmen, die an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen möchten, sich unter <www.compraschile.cl> in ihrem Geschäftsfeld registrieren. Braucht eine Behörde ein Produkt oder eine Dienstleistung, geht eine Anfrage per E-Mail an alle registrierten Firmen. Diese können dann ein Angebot machen, das von allen Parteien sowie interessierten Dritten einsehbar ist. Bis Anfang 2000 waren 454 Firmen und 16 Behörden im System registriert, die Einsparungen wurden auf 200 Mio. US\$ jährlich beziffert (World Bank 2001).

¹⁴ Im Süden des Landes gab es im April 2001 in 13 Kommunen *telecentros*.

2.3.3 Elektronischer Handel (E-Commerce)

Im Bereich *business to consumer* (B2C) bestimmen in Lateinamerika internationale und regionale Akteure das Geschehen. Sie bilden Allianzen – wie AOL und die venezolanische Cisneros-Gruppe – oder verfolgen ihr Ziel alleine, wie die Telefónica-Tochter Terra-Lycos. Sie bieten große Einkaufsportale an, die teilweise auf nationale Bedürfnisse angepasst werden, wie “El Sitio” oder das “chilenische” Portal von Terra-Lycos. Der Anteil der Investitionen in den *E-Commerce* an den gesamten IT-Ausgaben in Lateinamerika lag 1999 bei rund 9% (AHK 2000: 4f.).

Nach Angaben der chilenischen Handelskammer in Santiago (CCS) ist Chile im lateinamerikanischen Vergleich im *E-Commerce* führend. 5,6 von Hundert Surfern betrieben *E-Commerce*, im Rest Lateinamerikas waren es nur 2,7, im Jahre 2000 kauften die Nutzer für 36 Mio. US\$ im Internet ein. Davon gingen allerdings 10 Millionen an *Websites* nicht-chilenischen Ursprungs, meistens in die USA. 80% des Umsatzes werden im Großraum Santiago gemacht. Im Jahr 2000 wurden im chilenischen Internet rund 120.000 Produkte angeboten, am meisten gekauft wurden CDs, Bücher, Computer und elektronische Geräte.¹⁵

Eine Untersuchung der CCS besagt, dass nur 10% der chilenischen Cybernauten *online* einkaufen. Diese geringe Akzeptanz des *E-Commerce* hängt den Autoren zufolge mit verschiedenen Faktoren zusammen, u.a. der kulturellen Abneigung gegen Katalogeinkäufe, aber auch dem Misstrauen gegenüber Kreditkartenbezahlung.¹⁶ Letzteres besteht zu Recht, da nur 39% der *Online*-Anbieter sichere Transaktionen (SSL etc.) anbieten. Außerdem verkauft nur rund ein Fünftel seine Waren *online* billiger als *offline*.¹⁷ Der *Online*-Handel zwischen den Nutzern – *consumer to consumer* (C2C) – schlug 2000 mit 3 Mio. US\$ zu Buche (CCS 2001: 4).

Im elektronischen Handel zwischen Unternehmen – *business to business* (B2B) – setzen die chilenischen Unternehmen im Jahr 2000 426 Mio. US\$ um, fünf Mal soviel wie im Jahr zuvor. Nach einer Umfrage der CCS hatten 61% der Firmen Anfang 2001 Zugang zum Internet, 11% eine eigene *Website*. 6% von ihnen verkaufen ihre Produkte über das Internet, 11% kaufen dort ein (CCS 2001: 5f.). Vor allem “exportorientierte und von der Aus-

¹⁵ Vgl. <www.chileinternet.cl>, 23.5. 2001/AHK (2000: 14); CCS (2001: 3).

¹⁶ Vgl. CCS (2001: 2). Hier sind sich die Forscher nicht einig. Andere Analysen heben die häufige Nutzung der Kreditkarte hervor. Vgl. AHK (2000: 7).

¹⁷ Vgl. Gustavo González: “Lag in E-Commerce Contrasts with Internet Boom”. *InterPress Service*, 21.6.2001; Stephenson/Ivascanu (1999: 119).

landsnachfrage abhängige Branchen wie Wein- und Tourismusindustrie bieten ihre Produkte auf Websites an" (Salamanca 1998).

Wichtig für die Entwicklung des *E-Commerce* ist die Schaffung gesetzlicher Regelungen zur digitalen Unterschrift und zur Besteuerung. Die Regierung treibt diese Projekte zwar voran, aber bis Anfang 2001 befanden sich die Gesetzgebungsverfahren der CCS-Studie zufolge noch in der Schwebe (CCS 2001: 10).

3. Ausblick

Zur Jahresmitte 2001 verkündete Carlos Cruz, Minister für Verkehr und Telekommunikation, dass Chile bei der Einführung der UMTS-Technologie die europäischen Erfahrungen abwarten werde.¹⁸ Denn die Probleme auf dem alten Kontinent sind auch in Chile nicht unbemerkt geblieben. Trotzdem wächst der IT-Bereich weiter. Die Handelskammer von Santiago prognostiziert, dass von einem möglichen Wachstum des BIP von rund 7% zwischen 1999-2004 etwa 1,5% auf den IT-Sektor entfallen werden. Des Weiteren beziffert sie die möglichen neuen Arbeitsplätze auf 129.000 bis 157.000. Der gesamte IT-Sektor, dessen Wert sie 2000 auf 5,5 Mrd. US\$ schätzt, soll im Jahr 2004 einen Wert von 17,5 Mrd. US\$ haben. Dabei wächst der Anteil der Telekommunikation, die 2000 mit 3,7 Mrd. US\$ noch den Löwenanteil des Wertes stellte, kaum noch. Das Wachstum erfolgt durch den *E-Commerce*, der seinen Anteil von 1,9 Mrd. US\$ Investitionen und Umsatz auf 10,3 Mrd. US\$ steigern soll (CCS 2001: 10).

Diese Entwicklung wäre dem neuesten UNCTAD-Bericht¹⁹ zufolge sehr positiv für Chile, besagt er doch, dass Entwicklungs- und Schwellenländer einen großen Nutzen aus dem Ausbau des *E-Commerce* ziehen können. So biete er Chancen, auf den Weltmärkten billiger einzukaufen und bestehende Monopole zu umgehen.

Die Vereinigung der Technologieunternehmen (ACTI) befürchtet trotzdem, dass Chile hinter das lateinamerikanische Durchschnittsniveau im IT-Sektor zurückfallen könnte, da die Reformen zu langsam fortschreiten. ACTI fordert deshalb eine bessere Ausbildung von IT-Fachkräften, die schnellere Einrichtung von Breitbandnetzen, gesetzliche Regelungen für den *E-Commerce* und eine bessere Koordination beim Einsatz von IT im öffentlichen Sektor (zum Beispiel technisch einheitliche Plattformen) (ACTI 1999: 32ff.).

¹⁸ Vgl. <www.chileinternet.cl>, 6.6. 2001.

¹⁹ Vgl. UNCTAD: "E-Commerce and Development Report 2001".

All dies macht jedoch nur Sinn, wenn auch die geographische und die soziale digitale Kluft in Chile abgebaut wird. Solange das obere Fünftel der Bevölkerung 57% des Einkommens auf sich konzentriert, das untere Fünftel aber nur 4% des BSP Chiles (Eßer 2000: 9), wird sich auch die Benutzung des Internets nicht in diese Schichten hinein verbreiten. Es ist nicht erschwinglich für viele Menschen. Auch wenn Chile nach dem Vorbild Brasiliens einen so genannten "Volkscomputer" einführt, der nicht mehr als 600 DM kosten soll, und die Zugangsgebühren verbilligt,²⁰ wäre den armen Bevölkerungsschichten immer noch der Anschluss an die schöne neue *Online*-Welt verwehrt, aber zumindest der Mittelschicht würde es den Weg erleichtern.

Ein "zentraler [...] Entwicklungsfaktor ist das Bildungssystem" (Eßer 2000: 11). Ohne eine solide Schulbildung und zusätzliche PC-Kenntnisse wird die Zahl von Internetnutzern irgendwann stagnieren. Zwar sagt eine steigende Zahl von Nutzern in einer Gesellschaft noch nichts über deren Fortschritt aus, da es zunächst wichtig ist es, den Zugang zu IT so genannten Schlüsselakteuren – Schulen, Unternehmen, Ausbildungsstätten – zu öffnen, welche die Entwicklung voranbringen. Aber einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt auf Dauer kann es nur geben, wenn viele Bürger an den neuen Technologien teilhaben können.²¹ In diesem Zusammenhang ist es im Internet besonders wichtig, lokale bzw. nationale Bezüge zu schaffen. Das Beispiel des Musiksenders MTV hat gezeigt, wie wichtig diese sind. Der internationale Sender musste in vielen Staaten große Zuschaueranteile an später gegründete nationale Musiksender abgeben. Erst als es fast zu spät war, reagierte MTV mit der Ausstrahlung nationaler Formate in Asien, Europa und Lateinamerika.

²⁰ Vgl. "Volkscomputer für die Armen Brasiliens". In: *Financial Times Deutschland*, 13.2.2001.

²¹ Ein gutes Beispiel für die demokratische Wirkung des Internet – vor allem durch eine hohe Nutzerzahl – gibt Elmer Lenzen: Kurz nachdem die chilenische Journalistin Alejandra Matus ihr *Schwarzbuch der chilenischen Justiz* herausgebracht hatte, musste sie aufgrund polizeilicher Verfolgung aus Chile fliehen. Ihr Bruder sandte einen Hilferuf per E-Mail an 40 Personen und stellte eine Kopie des Buches ins Internet. Bis dies bemerkt wurde, hatten 85.000 Chilenen die Seite besucht und Kopien heruntergeladen, die dann verbreitet wurden. Nun mussten auch die Medien über das Buch berichten. Vgl. Elmer Lenzen (1999): "Information Technologies and Internet in Latin America". Paper für den Workshop 'Internet in Vietnam, Hanoi' <http://www.interasia.org/vietnam/hanoi_lenzen.html>.

Literaturverzeichnis

- ACTI (*Asociación Chilena de Empresas de Tecnologías de Información*) (1999): *Chile ante las Nuevas Tecnologías de Información. La Urgencia de un Proyecto Nacional*.
- Afemann, Uwe (2000): *Internetcafés, Telecenters und Cabinas Públicas – Eine Alternative zum individuellen Internetzugang in wirtschaftlich schwachen Ländern?*
<http://www.home.uni-osnabrueck.de/uafemann/Internet_Und_Dritte_Welt/Internetcafes.htm>, 14.10.2004.
- Alvarado, Antonio (2001): "Telecentros: Internet para Todos". In: *PC World Chile* 4/2001 <www.pcworld.cl>.
- Archiv für Post- und Fernmeldewesen. (1949): *Chile*. S. 200-203.
- AHK (Außenhandelskammer) Mercosur (2000): *Internet und E-Commerce im Mercosur*.
- Baeza-Yates, R. A. et al. (1995): *Computing in Chile: The Jaguar of the Pacific Rim?* Arbeitspapier.
- Basse, Gerhard (1978): "Die Verbreitung des Fernsprechers in Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien". In: *Archiv für deutsche Postgeschichte* Heft 1, S. 24-93.
- CCS (*Camara de Comercio de Santiago*) (2001): *La Economía Digital en Chile 2001* <www.ccs.cl>.
- Cohen, Nevin (2000): *International Outlook: Built for Speed* <www.emarketer.com>, 26.7.2000.
- Elkin, Noah (2000): *Closing the Digital Divide in Chile* <www.emarketer.com>, 16.11.2000.
- Eßer, Klaus (1999): Institutioneller Wandel unter Globalisierungsdruck. Überlegungen zu Aufbau und Koppelung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile, Berlin.
- (2000): "Nationalstaat und Marktwirtschaft in Lateinamerika – Chile als Vorbild?". In: *Internationale Politik und Gesellschaft Online* 2/2000 <www.fes.de>.
- Eßer, Torsten (1999): "Der Mythos der Informationsrevolution. In Lateinamerika bleibt dem größten Teil der Bevölkerung der Zugang zu Telefon und Internet versagt". In: *Matices. Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal* Nr. 23, S. 19-22.
- Guasch, J. Luis/Spiller, Pablo T. (1994): *Regulation and Private Sector Development in Latin America*. Paper presented at the Conference "Private Sector Development: Issues in Latin America and the Caribbean". Chile.
- ITU (*International Telecommunication Union*) (1994): *World Telecommunications Development Report*. Genf.
- Klumpp, Dieter/Schwemmler, Michael (2000): *Wettlauf Informationsgesellschaft: Regierungsprogramme im internationalen Überblick*. Gutachten Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Ros, Agustín J./Banerjee, Aniruddha (2000): "Telecommunications Privatization and Tariff Rebalancing: Evidence from Latin America". In: *Telecommunications Policy* 24, S. 233-252.
- Salamanca, Daniel (1998): "Chile: Unternehmen und Behörden streben ins Netz". In: *Handelsblatt*, 2.11.1998.
- Stehmann, Oliver (1995): "Network Liberalization and Developing Countries. The Case of Chile". In: *Telecommunications Policy*, Bd. 19, Nr. 9, S. 667-684.

- Stephenson, Sherry/Ivascanu, Daniela (1999): "El Comercio Electrónico en las Américas". In: *Integración & Comercio*, Bd. 3, Sept.-Dez., S. 113-128.
- SUBTEL (*Subsecretaría de Telecomunicaciones*) (2001): *Informe de Estadísticas Básicas del Sector de las Telecomunicaciones en Chile No. 2*.
- Universidad de Chile (2000): *Demografía y Comportamiento de los Usuarios Chilenos en Internet* <www.facea.uchile.cl>.
- U.S. Department of Commerce (2000): *Chile – Telecommunications Market* <<http://telecom.ita.doc.gov>>.
- Wellenius, Björn (2001): *Closing the Rural Communication Access Gap: Chile 1995-2002 Draft Report* <www.infodev.org>.
- World Bank (2001): *Technological Innovation in Public Sector Reform: Chile's Public Procurement E-System, Notes No. 50* <www.worldbank.org>.

Glossar

<i>backbone</i>	Zusammenhängende Leitungsstrecke mit hoher Kapazität in einem Netzwerk
CDMA	(<i>Code Division Multiple Access</i>) Mobilfunkstandard
DSL	(<i>Digital Subscriber Line</i>) Zugangstechnologie auf Basis von Kupferkabeln
GSM	(<i>Global System of Mobile Communication</i>) Mobilfunkstandard mit 9,6-14,4 Kbit/s
ISDN	(<i>Integrated Service Digital Network</i>) Digitales Datennetz mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 128 Kbit/s.
ISP	(<i>Internet Service Provider</i>) Anbieter von Internetdienstleistungen
Kbit/s	Kilobit pro Sekunde
SSL	(<i>Secure Socket Layer</i>) Protokoll zur Sicherung von Internet-Verbindungen
UMTS	(<i>Universal Mobile Telecommunications System</i>) Mobilfunkstandard der 3. Generation mit bis zu 2 Mbit/s
WAP	(<i>Wireless Application Protocol</i>) Protokoll zur Übertragung von Internet-Inhalten auf Handys

Juan Casassus

Das Bildungswesen in Chile

In den neunziger Jahren rückte das Bildungswesen in Lateinamerika in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Dafür gab es mehrere Gründe. In den internationalen Debatten, die Anfang des Jahrzehnts stattfanden, wurde dieser Bereich als entscheidendes politisches Instrument für eine gleichzeitige Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlicher Integration angesehen. In finanzieller Hinsicht wurden sowohl in den einzelnen Ländern als auch bei den internationalen Kreditinstituten bedeutende Anstrengungen unternommen, um Mittel für das Bildungswesen bereitzustellen. Das Vorhandensein eines kohärenten theoretischen Bezugsrahmens, eines politischen Willens und finanzieller Mittel bewirkte in Lateinamerika und in der Karibik die Entstehung einer bedeutenden Reformbewegung der "dritten Generation" im Bildungswesen. In diesem Kontext der regionalen Mobilisierung im Bereich des Bildungswesens begann Chile vor den anderen Ländern mit der Durchführung von Veränderungen und wurde deshalb sowohl zu einem Versuchslabor als auch zu einem Bezugsmodell für eine Umorientierung des Bildungswesens.

Welche Änderungen fanden im chilenischen Bildungssystem statt? Zum besseren Verständnis dieses Prozesses möchte ich zunächst eine kurze historische Beschreibung des chilenischen Bildungssystems geben.

1. Die Struktur des Bildungssystems

Der gegenwärtige Aufbau des chilenischen Bildungssystems basiert auf dem Dekret 27.052 von 1965, der 1980 verabschiedeten Verfassung der Republik und dem 1990 verabschiedeten Verfassungsgesetz zur Ausbildung.¹

¹ Zur umfangreicheren Analyse des Aufbaus, der Funktionen und der Ziele des Systems vgl. "Sistema Educativo de Chile" OEI, Madrid/Spanien (1993).

1.1 Die einzelnen Bildungsniveaus

Das Ausbildungssystem umfasst vier Stufen:

- *Kindergarten und Vorschulbildung* (0-5 Jahre), unterteilt in Wiegensaal, Mittelstufe und Übergangsstufe.
- Der Zyklus der *Grund- und Hauptschulbildung* hat eine Pflichtdauer von acht Jahren (6-13 Jahre) und besteht aus zwei vierjährigen Zyklen, wobei der zweite Zyklus wiederum in zwei jeweils zweijährige Unterzyklen unterteilt ist. Die Schüler, die die Grund- und Hauptschule erfolgreich absolviert haben, erreichen damit die nächste Stufe.
- Die *Ausbildung der mittleren Bildungsstufe* dauert vier Jahre (14-17 Jahre) und ist in einen berufsorientierten Zweig und einen naturwissenschaftlich-humanistischen Zweig unterteilt. Auch wenn die Schüler unterschiedliche Einrichtungen besuchen, haben beide Bildungsstränge einen gemeinsamen Stamm, der aus zwei Jahren naturwissenschaftlich-humanistischer Bildung besteht. Die Schüler, die die Grund- und Hauptschule mit nicht zufriedenstellenden Leistungen abschließen, werden zur berufsorientierten Ausbildung hingeleitet. Dagegen beginnen die Schüler, deren Leistungen zufriedenstellend waren, mit der naturwissenschaftlich-humanistischen Bildungsphase, die sie zu den Studienzyklen der Post-Sekundärstufe führt.
- Der Zyklus der *Höheren Bildung* setzt sich aus drei Untersystemen zusammen: den Zentren für Technische Ausbildung (*Centros de Formación Técnica*, die an die duale Ausbildung geknüpft sind), den Berufsinstituten (*Institutos Profesionales*) und den Universitäten. Zwischen diesen drei Untersystemen bestehen Übergänge:

Alter	Stufen		
	HÖHERE BILDUNG	Universitäten	Berufsinstitute
			Ausbildungs- zentren
		akademische Reifeprüfung	ohne akademische Reifeprüfung
17	MITTLERE BILDUNG	naturwissenschaftlich-humanistische Bildung (2. Zyklus)	berufsorientierte Ausbildung
16			
15		naturwissenschaftlich-humanistische Bildung (1. Zyklus)	naturwissenschaftlich-humanistische Bildung
14			
13	GRUND- UND HAUPT-SCHUL-BILDUNG (PFLICHT)	ZWEITER ZYKLUS	zweiter Unterzyklus
12			
11			erster Unterzyklus
10			
9		ERSTER ZYKLUS	zweiter Unterzyklus
8			
7			erster Unterzyklus
6			
5	VOR-SCHULE	ÜBERGANGSSTUFE	
4		MITTELSTUFE ÄLTERE	
3		JÜNGERE	
2		WIEGENSAAL	
1			
0			

1.2 Verwaltungstechnische Aspekte des Bildungswesens

Beim chilenischen Bildungswesen handelt es sich um ein dezentralisiertes System. Die Verwaltung der Bildungseinrichtungen läuft über kommunale und private Institutionen, die als "Träger" bezeichnet werden und gegenüber dem Staat für das Funktionieren der jeweiligen Bildungseinrichtung verantwortlich sind. Auf diese Weise setzt sich das System aus kostenlosen subventionierten Einrichtungen (der Gemeinden und von privater Seite), privaten kostenpflichtigen Einrichtungen und mit der Verwaltung beauftragten Körperschaften (Körperschaften, die technisch-berufsorientierte Gymnasien verwalten) zusammen.

Im Jahr 1998 existierten 10.621 Bildungseinrichtungen in Chile, von denen 59,5% Einrichtungen von Gemeinden, 28% subventionierte private Einrichtungen und 10% kostenpflichtige private Einrichtungen waren. Der Rest entfiel auf Einrichtungen, die von Körperschaften verwaltet werden.

Die Indikatoren für das Funktionieren des Systems sind hoch. Bei den Grund- und Hauptschulen liegt die Einschulungsquote seit Ende der achtziger Jahre bei über 98% – bei einer Abbruchrate von 1,5% und einer Lerndauer von 9,5 Jahren bis zum Abschluss. Die Schulen des mittleren Bildungsniveaus verzeichneten ihrerseits 1998 eine Einschulungsquote von 86,9% bei einer Abbruchrate von 5% und einer Lerndauer von 5,2 Jahren bis zum Abschluss. Der durchschnittliche Schulbesuch der chilenischen Bevölkerung liegt bei 9,9 Jahren, wobei ein Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht: Die Jungen gehen im Schnitt 9,6 Jahre zur Schule, während bei den Mädchen die Dauer des Schulbesuchs bei 10,6 Jahren liegt.

2. Die Reformen im chilenischen Bildungswesen

Seit mehr als dreißig Jahren werden im chilenischen Bildungswesen ständig Verbesserungen und Reformen durchgeführt. Zum besseren Verständnis der Reform des chilenischen Bildungswesens in den neunziger Jahren scheint deshalb eine kurze Beschreibung der vorangegangenen Prozesse, insbesondere der unter dem Militärregime durchgeführten Änderungen, die den Hintergrund für die unter demokratischen Verhältnissen vorgenommenen Reformen darstellen, angebracht.

In den sechziger Jahren wurde unter der Regierung von Eduardo Frei M. (1964-1970) eine wichtige Reform durchgeführt, deren Ziel eine Ausweitung der Einschulungsquote des Systems war. Dieses Ziel konnte erreicht werden, und auch die durchschnittliche Schulzeit der Bevölkerung stieg im Zuge der Reform deutlich an. Die Regierung Salvador Allendes (1970-1973) trieb die Bildungsreform der vorangegangenen Regierung in Richtung auf eine größere Demokratisierung im Management und über eine Ausweitung der Einschulungsquote auf allen Stufen weiter voran.

Während des Militärregimes (1973-1989) richtete sich in einem Kontext des Autoritarismus und der strengen sozialen Kontrolle die Bildungsreform auf die Einführung institutioneller Änderungen, insbesondere auf Änderungen im Management des Systems. Die wichtigsten Maßnahmen dieser Periode waren die Folgenden:

- *Dezentralisierung*: 1980 wurde eine Reform der staatlichen Verwaltung durchgeführt, wobei sich das Konzept eines subsidiären Staates durchsetzte. In der Praxis war der normative Rahmen keine Dezentralisierung, sondern eine *Dekonzentration* des Ausbildungssystems zugunsten der Gemeinden in einem Kontext der Ernennung – nicht der Wahl – der Gemeindeautoritäten, d.h. der Bürgermeister.² Dieser Prozess wurde als “Vergemeindung” des Bildungswesens bezeichnet.
- *Privatisierung*: Dieser Prozess hatte das Ziel, das Bildungswesen unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu dynamisieren, um den Wettbewerb zwischen den Schulen zu beleben. Hierbei sollten konkrete Anreize für eine Erhöhung des Angebots an kostenlosen, aber subventionierten Privatschulen, die Empfänger öffentlicher Mittel sind, geschaffen werden.
- *Stärkung der Nachfrageseite*: Diese Maßnahme im Bereich der Finanzierung war als Ergänzung der Privatisierung konzipiert; durch sie wurde die traditionelle Form einer Finanzierung gemäß dem historischen Bedarf geändert. Dieses System wurde durch einen Mechanismus der Zuordnung finanzieller Mittel, der unter dem Begriff *Unidad de Subvención Educacional* (USE, “Subventionseinheit für Ausbildung”) bekannt wurde, ersetzt. Die Menge der “USES” oder Subventionseinheiten, die eine Schule erhält, wird von der durchschnittlichen Zahl der monatlich anwesenden Schüler bestimmt. Dadurch konkurrieren die Schulen um Schüler und deren Unterrichtsbesuch.
- *Änderungen bei der Anstellung von Lehrern*: Die “Vergemeindung” des Bildungswesens bedeutete für die Angehörigen des Lehrpersonals, dass sie keine Angestellten im öffentlichen Dienst mehr waren – wodurch sie ihren Status als staatliche Lehrer verloren –, sondern von nun an Gemeindeangestellte auf der Basis von Arbeitsverträgen des Privatsektors, d.h. von privat ausgehandelten Verträgen.
- *Neue Formen der Kontrolle und der Überwachung*: Die institutionellen Änderungen erforderten die Schaffung von neuen Kontrollmechanismen. Die wichtigste Änderung hierbei war der Übergang von einer direkten Kontrolle der Ausbildungsmaßnahmen durch Inspektoren zu einer Art

² Es wird davon ausgegangen, dass der Übergang des Systems von “dekonzentriert” zu “dezentralisiert” dann stattfindet, wenn die Autoritäten, die es leiten – in diesem Fall die Bürgermeister – nicht mehr von der Zentralgewalt ernannte, sondern demokratisch gewählte Bürgermeister sind.

Ergebniskontrolle. Diese bestand hauptsächlich in der Erarbeitung und Einsetzung eines Systems der schulischen und akademischen Leistungskontrolle, dessen Weiterentwicklung heute als System für Information und Qualitätsmessung der Ausbildung (SIMCE) bekannt ist.

Nach der Wiedererrichtung der Demokratie im Jahr 1990 zeigte sich rasch, dass die strukturellen Änderungen sowie das während des Militärregimes eingeführte System nicht ausreichten, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Zwar wurde durch die vorgenommenen Änderungen ein neues Prinzip der Verwaltung des Bildungssystems eingeführt, aber dies allein reichte nicht aus, um die ernstesten Mängel in Bezug auf die Qualität der Ausbildung und auf eine gerechte Verteilung der Ausbildungschancen zu beheben. Aus diesem Grund war die Politik von Präsident Aylwin (1990-1994) und anschließend die der Regierung von Eduardo Frei R. (1994-2000) darauf ausgerichtet, die Qualität der Ausbildung und die Gerechtigkeit bei den Zugangschancen durch Initiativen zu verbessern, die in einer Erhöhung des geschrumpften Bildungshaushaltes, einer Verbesserung der Anstellungsbedingungen für das Lehrpersonal, einer Konzentration der Maßnahmen auf arme Schulen mit geringen schulischen Resultaten, einer Änderung der Inhalte der Lehrpläne und einem Streben nach einem höheren Qualitätsniveau für das gesamte System bestanden.

3. Die qualitativen Aspekte der Bildungsreform während der Demokratie (1989-2000)

3.1 Die allgemeine Neuorientierung der Bildungspolitik

Die Ausrichtung der Reform kommt gut in den Worten von Präsident Aylwin anlässlich seiner Rede zur Eröffnung der Kongresssitzungen am 21. Mai 1990 zum Ausdruck, als er äußerte, dass "der Prozess der Demokratisierung und Modernisierung der chilenischen Gesellschaft sowie die Begleichung der sozialen Schuld gegenüber den Ärmsten die Verbesserung des Bildungswesens zu einem der vordringlichsten Ziele dieser Regierung macht" (*Mensaje Presidencial ante el Congreso de la República*, Mai 1990). Vier Jahre später kündigte Präsident Frei an, dass das Bildungswesen den vordringlichsten Aufgabenbereich der innenpolitischen Maßnahmen seines Regierungsmandats darstelle.

Die Feststellung einer hohen Priorität der Bildungspolitik in der Innenpolitik des Landes sowie deren generelle Orientierung in Richtung auf Demokratisierung und Modernisierung brachte jedoch auch einige Besonder-

heiten der Bildungsreform in der demokratischen Zeit mit sich, die sowohl die politische Ebene als auch die Verwaltungsebene betrafen.

Was die *politische* Dimension betrifft, fand die Reform im Kontext des Übergangs zur Demokratie statt. Deswegen handelte es sich um einen komplexen Prozess, der an die Ziele und Vorgänge, die in einer demokratischen Gesellschaft existieren bzw. ablaufen, gebunden war. In dieser Hinsicht ist festzuhalten, dass es sich um keine Reform "epischen" Ausmaßes handelte und die Umgestaltungen keinen bedeutenden Bruch mit den vorherigen Verhältnissen darstellten. Im Gegenteil, die unter demokratischen Verhältnissen durchgeführte Reform bewahrte eine gewisse Kontinuität mit dem Prozess, der in den achtziger Jahren begann. Dies gilt insbesondere für die verwaltungstechnische Dimension der Reform. Gleichwohl fand ein bedeutender Richtungswechsel statt. Die Umgestaltung machte sich auf der Ebene der Orientierung der Bildungspolitik, der Konzepte, der Sprache, der Akzente sowie vor allem des Stellenwerts der Bildung in der Gesellschaft bemerkbar. Das Thema Bildung fällt nicht mehr nur in den Bereich eines einzelnen Sektors, sondern betrifft nun als Thema mit strategischer Bedeutung ganz unterschiedliche Bereiche der Innenpolitik und umfasst ganz unterschiedliche gesellschaftliche Tätigkeitsfelder.

Hinsichtlich der Verwaltungsdimension ist anzumerken, dass die Politik der 80er Jahre sich fast ausschließlich auf Systemaspekte konzentrierte und dass das Resultat eine Änderung des Systems war. In diesem Prozess wurde die konzeptionelle Orientierung stark von wirtschaftlichen Denkweisen beherrscht, bei denen ein neoliberaler Ansatz überwog. Auf der Agenda stand vor allem die Verringerung der Einflussphäre des Staates, die Privatisierung und die Marktlogik als regulierendes und dynamisierendes Element des Bildungswesens. Parallel zu dieser Orientierung in der Verwaltung des Systems existierte jedoch ein bürokratisch-autoritäres Staatsmodell, das ausgeprägt zentralistische Züge aufwies und vor allem die Tätigkeit des Innenministeriums kennzeichnete, wodurch die Dynamisierung des Bildungssystems analog den Marktprinzipien gebremst wurde.

Die von der Militärregierung geerbte Verwaltungsstruktur des Systems blieb unter der demokratischen Regierung weitgehend erhalten. Innerhalb dieser Struktur fand jedoch ein bedeutender Richtungswechsel statt, der darin bestand, dass dem Staat eine wichtigere und aktivere Rolle zugestanden wurde. Auch der Stil änderte sich insofern, als die Regierung in der Praxis durch eine Öffnung der administrativen Strukturen, mit der die Lehrgemeinschaft zu einer vermehrten Partizipation angeregt werden sollte, eine erhöhte

gesellschaftliche Zustimmung zu den von der Regierung getroffenen Maßnahmen anstrebte.

Die ökonomisierte Denkweise hat auch in der Gegenwart ein großes Gewicht. Allerdings hat sie nicht mehr die gleiche fachliche Monopolstellung wie zuvor. Anlässlich der Bemühungen um gerechte Zugangschancen und um eine Modernisierung des Bildungswesens wurden andere Fachgebiete wie Soziologie, Psychologie und Pädagogik einbezogen. Auch diese Fächer haben Eingang in den konzeptionellen Bereich der Reform gefunden.

Auf der anderen Seite haben sich die aufeinanderfolgenden Kultusminister, die um eine Stärkung der Führungskapazität des Staates bemüht waren, zu einem ungewöhnlichen Niveau an Kontinuität und Stabilität bei den Fachreferenten entschlossen. Dank dieser Vorgehensweise konnten die unterschiedlichen Phasen der Umsetzung der politischen Maßnahmen (Vorschlag, Implementierung und Resultate) vollständig von ein- und denselben Teams ausgeführt werden, was den von der Führungsspitze des Staates verordneten Maßnahmen eine größere Beständigkeit verlieh.

Das Resultat dieser Politik auf der Ebene der Verwaltung war, dass das chilenische Bildungssystem eine einzigartige Kombination von Wettbewerbsmechanismen zwischen den Schulen und Unterstützungsmechanismen durch die Regierung aufweist – so Cristián Cox, der Direktor der Abteilung Evaluation und Lehrpläne des Kultusministeriums.

3.2 Orientierungsprinzipien der Bildungspolitik in den neunziger Jahren

Eine der wesentlichen Änderungen in der Bildungspolitik der neunziger Jahre war der Übergang von einer theoretischen und auf Abfragewissen orientierten Sichtweise der Bildung zu einer handlungsorientierten Sichtweise, bei der das Wissen als Verhältnis zwischen Denken, Handeln und Werten und der Besitz von Kenntnissen als Fähigkeit, in einem bestimmten Bereich kompetent und wertgeleitet zu handeln, aufgefasst wird. Diese Sichtweise schlägt sich in den verschiedenen Orientierungen in der Bildungspolitik nieder:

- Konzentration der Bildungspolitik auf die Qualität: Es wurde von einer Politik, die auf eine Erhöhung des Inputs und der Einschulungsquote setzte, zu einer Konzentration auf die Lernprozesse und -resultate übergegangen.

- Konzentration auf gerechte Zugangschancen: Die Versorgung mit einer homogenen Bildung wurde von einer differenzierten Bildung bei positiver Diskriminierung der Schwächeren abgelöst.
- Konzentration auf die Schulen: Innerhalb des Gesamtsystems werden die Schulen als derjenige Ort anerkannt, wo die Bildung stattfindet. Damit verändert sich die grundsätzliche Ausrichtung der Bildungspolitik.
- Politik der offenen Verwaltung: Dies bedeutet den Übergang von einer Verwaltung, die auf einer Regulierung des Gesamtsystems beruht, zu einer Verwaltung, die für die Initiativen der beteiligten Akteure offensteht und bei der die Regulierung über Anreize sowie Informations- und Evaluationskriterien läuft.
- Öffnung der Politik für die Gesellschaft: Übergang von einer Situation des Selbstbezugs zu einer Politik, deren Betonung auf den Forderungen von anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt.
- Politik der zunehmenden Verbesserung: Hierbei liegt die Betonung der Politik auf differenzierten Strategien und auf einer Akkumulation von Wissensvorräten, die auf den in den Schulen entfalteten Initiativen beruht.
- Übergang zu einer Politik der Kontinuität: Das bedeutet, dass sich die staatlichen Maßnahmen nicht mehr unter die jeweilige Politik der unterschiedlichen Regierungen unterordnen, sondern eine strategische Politik erfolgt, die auf nationaler Ebene festgelegt und für alle Regionen umgesetzt wird.

3.3 Die wichtigsten Programme

Einer der entscheidenden Aspekte der Bildungspolitik in Bezug auf die Demokratisierung und Modernisierung war es, die Rolle des Staates zu stärken und die Effizienz seiner Maßnahmen zu erhöhen. Hierzu wurde innerhalb eines dezentralen Systems das Zentrum gestärkt, indem eine Reihe von Interventionsprogrammen entworfen wurden, die neue Systemhandlungen erzeugen und diese miteinander verbinden sollten.

Bei diesem Prozess spielte das System für die Messung der Qualität in der Bildung (SIMCE) eine entscheidende Rolle. Das SIMCE, das jährlich in Form einer statistischen Erfassung zum Einsatz kommt, ermöglicht es, die schulischen und akademischen Leistungen der Bildungseinrichtungen zu erfassen und über längere Zeit zu vergleichen.

Als das Land 1990 zur Demokratie zurückkehrte, konnte dank des SIMCE eine wichtige Feststellung getroffen werden: Der Leistungsdurchschnitt an den chilenischen Schulen lag bei etwa 50% der erwarteten schulischen Leistungen. Das bedeutete, dass die Qualität in der Ausbildung mittelmäßig war. Auf der anderen Seite konnte festgestellt werden, dass dies ein Durchschnittswert war, der die Extremwerte verdeckte: die gebührenpflichtigen Privatschulen lagen mit hohen Leistungen an einem Extrem, während die armen Gemeindeschulen sich mit äußerst geringen Leistungen am anderen Ende der Skala befanden. Dadurch zeigte sich deutlich, dass es sich hier nicht nur um ein Problem der Qualität handelte, sondern dass auch die ungerechte Verteilung dieser Qualität ein ernstes Problem darstellte.

Angesichts dieser Situation wurden Interventionsprogramme geschaffen, die als Programme zur Verbesserung der Qualität der Ausbildung (MECE) bezeichnet werden. Diese Interventionsprogramme sind auf die einzelnen Bildungsstufen zugeschnitten und wurden entsprechend nacheinander entworfen: zuerst das MECE für die Grund- und Hauptschulen (1991-1997), danach das MECE für die Schulen in ländlichen Gebieten, das MECE für die Schulen des mittleren Bildungsniveaus, und schließlich das MECE für die höheren Schulen und Universitäten.

Die Philosophie des MECE für die Grund- und Hauptschulen war, den "Grundstock" der schulischen Resultate anzuheben. Die Qualität der Schulen sollte "von unten her" verbessert werden, wodurch der Leistungsdurchschnitt des gesamten Systems verbessert und gleichzeitig unter dem Aspekt der gerechten Verteilung der Bildungschancen die Kluft zwischen Schulen mit geringen und solchen mit hohen Leistungen vermindert werden sollte. Hierzu verfügte das MECE für Grund- und Hauptschulen über drei Handlungslinien: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der mit öffentlichen Mitteln finanzierten Schulen, eine besondere Berücksichtigung der Schulen mit den geringsten Leistungen und die Einführung von Innovationen bei den pädagogischen Maßnahmen mit dem Ziel, deren Effizienz zu erhöhen.

Die wichtigsten reformpolitischen Instrumente können in ihrer neuen Rolle hinsichtlich einer gerechteren Verteilung von Bildungschancen wie folgt gruppiert werden: Programme zur positiven Diskriminierung (P900 MECE Grund- und Hauptschulen und Schulen in ländlichen Gebieten), Projekte zur Verbesserung der Ausbildung (MECE Grund- und Hauptschulen), Programme für das Lehrpersonal und eine Verlängerung des Schultages in Bezug auf die Modernisierung: das Programm *enlaces* (Links) (MECE Grund- und Hauptschulen), MECE Schulen des mittleren Bildungsniveaus,

das Projekt Montegrando (Vorbereitungsschulen, MECE Schulen des mittleren Bildungsniveaus), Reform der Lehrpläne und Finanzierungsprogramme.

3.4 Programme für eine gerechte Verteilung der Bildungschancen

3.4.1 Programme zur positiven Diskriminierung

Hierbei handelt es sich um Programme, deren Schwerpunkt auf Ortschaften liegt, in denen sich die Schulen in einem ärmlichen Umfeld befinden. Die beiden erfolgreichsten Fälle sind das Programm der 900 Schulen (P900) und das MECE für Schulen in ländlichen Gebieten.

Auch das SIMCE spielte eine wichtige Rolle, da es erlaubte, das Programm P900 sinnvoll abzugrenzen. Der Name des Programms leitet sich nämlich von den 10% der durch das SIMCE ermittelten Schulen mit den niedrigsten Leistungen ab. Das Programm (das ursprünglich unabhängig war, später aber in das MECE für Grund- und Hauptschulen aufgenommen wurde) besteht in der Anwendung eines Katalogs von pädagogischen Maßnahmen und Maßnahmen zur psychologischen Unterstützung sowie in der Zuteilung von materiellen und humanen Ressourcen, die darauf hinauslaufen, dass die Schüler an den armen Schulen ihre Leistungen in Sprache und Mathematik verbessern und ihr Selbstwertgefühl steigern. Wenn die Schulen ihre Leistungen aufgrund des Programms verbessern, gehen die freigewordenen Kontingente an andere Schulen über. Das Programm hatte eine sehr positive Wirkung, da 80% der Schulen ihre Leistungen verbesserten, und zwischen 1991 und 1997 – vor dem Hintergrund einer landesweiten Verbesserung der Leistungen – 50% der Schulen, die es schafften, aus der Gruppe der Schulen mit den schwächsten Leistungen “aufzusteigen”, zum P900 gehörten.

Das MECE für Schulen in ländlichen Gebieten ist ein Programm zur Verbesserung der Qualität der Dorfschulen. Diese Schulen, die für 20% der eingeschriebenen Schüler aufkommen, hatten traditionell weit geringere Resultate als der Landesdurchschnitt. Um Abhilfe für diese Situation zu schaffen, wurde ein Programm entworfen, das folgende Aspekte umfasst: ein Anknüpfen an das lokale Umfeld; eine speziell auf Lehrer, die unter Bedingungen der Isolierung arbeiten, ausgerichtete Lehrerbildung; die Einrichtung von Mikro-Zentren sowie spezielle Texte zur Unterstützung des Unterrichts in ländlichen Gebieten. Das Resultat dieses Programms war, dass zwischen 1991 und 1997 12% der landesweiten Schulen, die aus der

schwächsten Gruppe aufsteigen konnten, zum MECE für Schulen in ländlichen Gebieten gehörten.

3.4.2 Projekte zur Verbesserung der Ausbildung (PME)

Diese Projekte fallen in den Bereich der Handlungslinien des MECE für Grund- und Hauptschulen und zielen sowohl auf eine Dezentralisierung des Inhalts der Lehrpläne und auf die Entwicklung der kreativen Fähigkeiten, der Unabhängigkeit sowie der Initiative des Lehrpersonals, als auch auf eine Änderung von Organisationsprinzipien der Schulen. Dieses 1992 angelaufene innovative Projekt besteht aus einem jährlich stattfindenden Wettbewerb von Schulprojekten, die um die Zuweisung von Geldmitteln konkurrieren. Die Bewertungen deuten darauf hin, dass dieses Projekt die pädagogische Autonomie in den Schulen, einen pädagogischen Ansatz mit Tendenz zur Interdisziplinarität, einen besseren Anschluss an die Gemeinschaft sowie Verbesserungen im organisatorischen Klima, die in mehr Enthusiasmus, persönlichem Einsatz und Interesse zum Ausdruck kommen, gefördert hat. Zwischen 1992 und 1997 erhielten 4.850 PME (sowohl auf der Ebene der Grund- und Hauptschulen als auch auf jener der Sonderschulen, der Mittelschulen und der Mikro-Zentren) Preise in einem Gesamtbetrag von 24 Mio. US-\$.

3.4.3 Programme für das Lehrpersonal

Diese Programme arbeiten auf unterschiedlichen Niveaus. Unter den demokratischen Verhältnissen erstarkte die Aktivität der Gewerkschaften des Lehrpersonals, welche eine Abkehr von den privaten Verträgen und den Entwurf eines Statuts forderten, das den Lehrberufen ihre Stabilität zurückgeben und die berufliche Laufbahn des Lehrpersonals regeln sollte; parallel dazu forderten sie eine deutliche Erhöhung der Löhne. 1991 wurde das Lehrerstatut verabschiedet, in dem zwar die Abhängigkeit der Lehrer von den Gemeinden bestehen bleibt, das aber gleichzeitig eine landesweite Regelung ihrer Anstellungsbedingungen bedeutet. Mit dem Lehrerstatut wurden Gutscheine zur Lehrerfortbildung verteilt, Anreize zur Arbeit in abgelegenen Gebieten geschaffen und deutliche Verbesserungen bei der Bezahlung des Lehrpersonals erzielt. Bei der Änderung des Lehrerstatuts 1995 wurden neuerliche Verbesserungen bei der Entlohnung durch die Einrichtung des Nationalen Systems zur Bewertung der Amtsausübung (SNED) erreicht. Hierbei handelt es sich um ein System zur Bewertung der Anstrengungen der Schulen, das sich in Lohnerhöhungen für das Lehrpersonal derjenigen Schu-

len ausdrückt, die zu den 25% der Schulen mit den höchsten mit Hilfe des SIMCE gemessenen Leistungen gehören.

3.4.4 Verlängerung des Schultages

Die Ausdehnung der Deckungsquote im Rahmen der Reformen der sechziger und siebziger Jahre wurde hauptsächlich durch eine intensivere Nutzung der schulischen Einrichtungen erreicht. Das bedeutet, dass in ein und demselben Schulgebäude Unterricht in mehreren Schichten abgehalten wurde. Dieser Fortschritt bei der Einschulungsquote drückte sich jedoch auch in einer strukturellen Ungleichheit aus, und zwar insofern, als die Schüler der öffentlichen Schulen weniger Unterrichtsstunden genossen als dies an den gebührenpflichtigen Privatschulen der Fall war. Die Verlängerung des Schultages zielt darauf ab, diesen Mangel zu beheben. Lag im Jahr 1990 die Zahl der Unterrichtsstunden im Schnitt bei 880 pro Jahr, so soll durch die Verlängerung der Schulzeiten die Zahl der jährlichen Unterrichtsstunden 1.550 betragen. Diese Verlängerung wird nicht nur einfach mehr verfügbare Zeit bedeuten, sondern wird auch die Einführung neuer pädagogischer Möglichkeiten und Praktiken, die ein solches Mehr an Zeit erfordern, ermöglichen.

Auf der anderen Seite existiert eine Reihe von Initiativen, die auf die Modernisierung des Bildungswesens abzielen. Zu diesen Initiativen gehören die Folgenden:

- *Enlaces* (Links): Über das MECE-Programm für Grund- und Hauptschulen wurde 1990 eine Neuerung mit Pilotcharakter für Lateinamerika eingeführt. Die Innovation entwickelte sich zum Programm, das in einem Daten-Kommunikationsnetz über schulische bzw. akademische Themen zwischen Schülern, Lehrpersonal sowie anderen Berufen im Bildungsbereich bestand. Die Bewertungen dieses Programms deuten darauf hin, dass *enlaces* die Schüler und Lehrer mit der modernen Informationstechnologie vertraut gemacht und dazu beigetragen hat, die Kreativität der Schüler zu erhöhen und ihr Leseverständnis zu verbessern.
- *MECE für Schulen des mittleren Bildungsniveaus*: Das Programm zur Verbesserung der Qualität der Ausbildung auf dem mittleren Bildungsniveau begann 1994. Inzwischen sind alle Gymnasien in das Programm aufgenommen. Das Ziel des MECE für das mittlere Bildungsniveau ist eine grundlegende Erneuerung des pädagogischen Ansatzes, der darauf abzielt, dass die Schüler ihre Ausbildung mitbestimmen. Die wichtigsten Projekte dieses MECE sind die “professionellen Arbeitsgruppen” (GPT)

der Lehrkräfte, über einen Wettbewerb erhältliche Geldmittel für Projekte zur Verbesserung der Ausbildung (PME), Wahlfächer zur Erweiterung des Lehrplans sowie audiovisuelle Lernpakete und Bibliotheken für die Gymnasien.

- *Das Montegrande-Projekt:* Ziel dieses Projekts ist die technische und finanzielle Unterstützung der Schulen, an denen mindestens 15% der Schüler Mühe haben, die Mindestanforderungen zu erfüllen. Die Grundidee besteht darin, dass die Schulen Projekte vorschlagen, die an einem Auswahlwettbewerb teilnehmen. Die besten Projekte erhalten eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 400.000 US-\$. Das Montegrande-Projekt ist Teil des Programms MECE für das mittlere Bildungsniveau, wobei ihm die Vorstellung zugrunde liegt, dass sich Initiativen dazu in den jeweiligen Ortschaften in Vorbereitungsschulen oder Bezugsschulen herausbilden.
- *Die Lehrplanreform:* Hierbei handelt es sich um einen weiteren entscheidenden Aspekt der Reform. Als Teil der Modernisierung des Bildungswesens wurde 1996 das Gesetz über Grundziele und Mindestinhalte für den Unterricht an Grund- und Hauptschulen verkündet. 1998 wurde dann das Gesetz zur Lehrplanänderung an den Schulen des mittleren Bildungsniveaus verabschiedet, das sowohl die naturwissenschaftlich-humanistische als auch die technisch-berufsorientierte Richtung betrifft. Diese Gesetze wurden nach einer Analyse des Aufbaus der Lehrpläne in verschiedenen Teilen der Welt verabschiedet. Die Resultate dieser Analyse stellen somit eine Angleichung der Unterrichtsinhalte an den letzten Stand dar und haben außerdem vier grundlegende Neuorientierungen bei den neuen Lehrplänen bewirkt:
 - a) Die erste Neuorientierung besteht darin, dass der Staat einen Rahmenlehrplan mit obligatorischen Mindestzielen und -inhalten festlegt und den Schulen die Freiheit lässt, ihre eigenen Unterrichtspläne und -programme zu gestalten.
 - b) Als zweite Neuerung wird die Unterscheidung zwischen einer allgemeinen Bildung und einer differenzierten Bildung eingeführt, bei der ein allgemeiner Bildungsteil für alle Schüler des Grundzyklus an den Schulen der mittleren Bildungsstufe unabhängig von der Art des Gymnasiums beibehalten wird. Bei der differenzierten Bildung wird der Schwerpunkt auf die Entwicklung der Persönlichkeit des Schülers gelegt, wobei auf dessen Fähigkeiten und Interessen eingegan-

gen bzw. versucht wird, diese mit den Erfordernissen der landesspezifischen Kultur und der produktiven, sozialen und bürgerlichen Entwicklung des Landes und der Gemeinschaft zu vereinbaren.

- c) Die dritte Neuorientierung besteht in der Einrichtung von drei Gebieten mit neuen Zielen und Inhalten: Wachstum und Persönlichkeitsbildung, Informatik und Technologie-Ausbildung.
 - d) Die vierte Neuerung bedeutet eine normative Standortbestimmung, der zufolge nicht nur reines Wissen, sondern auch praktische Kenntnisse vermittelt werden sollen und eine Erweiterung und Vertiefung der Inhalte stattfindet. Außerdem sollen Handlungskompetenzen vermittelt werden, die den Schüler dazu befähigen, den Erfordernissen, die das wirkliche Leben an das Verständnis, die Gewissenhaftigkeit und die Urteilkraft stellt, gerecht zu werden.
- *Finanzierungsprogramme*: Die Bildungsausgaben fielen zwischen 1982 und 1989 um real 27%. Erst 1993 wurde das Ausgabenniveau von 1982 wieder erreicht. 1994 empfahl eine von Minister Schiefelbein einberufene Internationale Kommission, die Ausgaben von 4,5% des BSP bis zum Jahr 2000 auf 7,5% des BSP zu erhöhen. Diese Erhöhung sollte zu 3% vom Staat und zu 1% vom Privatsektor getragen werden. In dieser Hinsicht wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die darauf ausgerichtet waren, die privaten Beiträge zu erhöhen, und zwar bei den Familien durch eine Politik der gemeinschaftlichen Finanzierung, bei den Unternehmen durch ein Gesetz über steuerlich absetzbare Schenkungen.

Die Ausgaben des chilenischen Schulsystems bestehen zum größten Teil aus einem Budget für Subventionen (diese kommen für 78% der Ausgaben im Schulsystem auf) und dienen als Unterstützung der Nachfrageseite. In der Tat sind die Subventionen eine Beihilfe, die den Gemeinden und den Trägern pro anwesendem Schüler gewährt wird.

4. Schlussfolgerung

Generell deuten die verschiedenen Reformen darauf hin, dass das Bildungswesen hinsichtlich der Erreichung der Ziele der Demokratisierung und Modernisierung wichtige Fortschritte erzielt hat.

Was den Aspekt der Finanzierung angeht, betrugen die Investitionen 1997 mehr als das Doppelte als 1990. Aber dies zeigt lediglich den guten Willen der öffentlichen Hand auf dem Gebiet des Bildungswesens an. Die

Politik wird letztendlich an ihren greifbaren Ergebnissen gemessen. In dieser Hinsicht deuten die mit Hilfe des SIMCE gemessenen erreichten Punktezahlen bei den schulischen Ergebnissen darauf hin, dass die Schüler mehr lernen. Bei den Schulen des MECE für die Ausbildung in ländlichen Gebieten betrug zwischen 1992 und 1996 der Punktezuwachs im Fach Mathematik 26,5% und in Sprachen 25,3%. Der Landesdurchschnitt bei den vierten Grundschulklassen stieg von 60,6% im Jahr 1990 auf 71,5% im Jahr 1997 an, während der Landesdurchschnitt bei den achten Hauptschulklassen im gleichen Zeitraum von 53,3% auf 64,1% anstieg. Diese Unterschiede sind bedeutend; im internationalen Vergleich belegen die Ergebnisse Chiles an den Grund- und Hauptschulen nach der ersten internationalen vergleichenden Studie der UNESCO nach Kuba den zweiten Rang zusammen mit Argentinien und Brasilien. Weiter ist festzuhalten, dass parallel zum Fortschritt, der bei den Leistungen erzielt wurde, sich die Unterschiede zwischen den kostenpflichtigen Schulen mit hohen Leistungen und den Schulen mit geringen Leistungen verringert haben. Betrug die Differenz zwischen beiden Schulformen 1990 noch 44,3 Punkte, so lag sie 1996 nur noch bei 39,4 Punkten. Andererseits sind trotz der Verringerung dieser Differenz die Mängel in Bezug auf eine gerechte Verteilung der Qualität erhalten geblieben.

Was die Verwaltung angeht, besteht weiterhin der Wille zur Dezentralisierung. Dies äußert sich darin, dass die Administration auf Gemeindeebene bewahrt wird. Dieses System hat zwar seine Funktionsfähigkeit bewiesen, aber es sind wichtige Änderungen erforderlich. Es ist notwendig, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden in Betracht zu ziehen und die Maßnahmen entsprechend anzupassen. Auf der anderen Seite hat das System einen Annäherungsprozess an die Schulen eingeleitet, aber diese und ihre Direktoren verfügen nicht über die erforderlichen verwaltungstechnischen Befugnisse, um die notwendigen Entscheidungen für eine Form der Verwaltung zu treffen, von der eine größere Autonomie erwartet werden kann.

Schließlich bestehen beim Thema Lehrpersonal noch erhebliche Spannungen und gegensätzliche Sichtweisen. Sicher haben sich die Bedingungen für die Lehrkräfte sowohl in sozialer als auch in finanzieller Hinsicht bedeutend verbessert; zudem war das Lehrpersonal an den durch die Reform eingeleiteten Prozessen beteiligt; gleichwohl kommt es weiterhin zu Spannungen mit der Lehrgewerkschaft.

Resümierend kann die hier behandelte Periode als bedeutende Anstrengung der Modernisierung des Bildungswesens betrachtet werden. In dieser Hinsicht wurde die Modernisierung sowohl als Versuch angesehen, die

Verwaltung des Systems mit mehr Rationalität zu gestalten, als auch als Antwort auf die Erfordernisse der Globalisierung und des technologischen Wandels, die besonders auf den Gebieten der Information, des Wissens und der Kommunikation zum Ausdruck kommen. Bei diesen Modernisierungsbemühungen war die Reform ein komplexer Prozess der Entwürfe, Anpassungen und Verhandlungen, der – bei einem allgemein niedrigen Ausgangsniveau – bei den sukzessive aufgestellten Zielen Fortschritte erzielen konnte.

Literaturverzeichnis

- Aguirre Ode, Fernando et al. (1990): *Tendencias de la educación superior: elementos para un análisis prospectivo*. Santiago.
- Atria, Raúl (1998): “La educación superior en Chile: la demanda por regulación”. In: Toleza, Christian/Lahera, Eugenio (Hrsg.): *Chile en los noventa*. Santiago, S. 613-635.
- Cox, Cristián (1995): “El programa MECE: Elementos innovadores y perspectivas a nivel de enseñanza secundaria”. In: Minkner-Bünjer, Mechthild (Hrsg.): *Modernización de la educación secundaria*. Santiago, S. 27-41.
- Mena, María Isidora/Rittershausen, Sylvia (Hrsg.): (1991): *La juventud y la enseñanza media: una crisis por resolver*. Santiago.
- Rodríguez, Alfredo (Hrsg.) (1994): *Municipio y servicios públicos: gobiernos locales en ciudades intermedias de América Latina*. Santiago.
- Seminario-Taller “Reforma de la Educación Media en Chile: ¿hacia una mayor equidad?”. Santiago 1995.
- Sistema educativo de Chile (1993), OEI, Madrid.

VI

Chile – Deutschland

Hugo Calderón M.

Die chilenisch-deutschen Beziehungen: ein nicht ausgeschöpftes Potenzial

Die Billigung eines neuen Verhandlungsmandats mit Chile durch den Ministerrat der Europäischen Union im Juli 1999 hat einen neuen Rahmen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Chile und Europa abgesteckt. Die Erzielung eines Abkommens über Freihandel und eine politische Angliederung kann sich noch einige Jahre hinauszögern, aber die Aussichten sind in jedem Fall sehr günstig. Dabei sollte Chile bedenken, welche Rolle Deutschland für einen erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen spielen kann. Es handelt sich hier um eine wichtige Prämisse für eine Einschätzung der Bedeutung, die Chile seinen Beziehungen mit Deutschland beimessen wird.

1. Die Globalisierung

Am Anfang des neuen Jahrtausends bilden die Volkswirtschaften und Gesellschaften der Welt ein komplexes Netz von Beziehungen, die über finanzielle Transaktionen, weltweite Handelsbeziehungen, transnationale Fusionen von Unternehmen und Banken sowie auf multinationaler Ebene getätigte Investitionen hinausgehen und für praktisch alle Länder zu einem Bezugsrahmen werden, in dem ein Wettbewerb um den Absatz von Gütern und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt in einem bis dahin unbekannten Ausmaß entsteht. In diesem Prozess konkurrieren nicht nur Waren und Produktionsmethoden, sondern auch Bildungs- und Sozialsysteme, Steuersysteme und Regelungen im Umweltbereich (Messner 1999). Der Zugang zu Informationen und die rasche Datenübermittlung wird zum Motor der neuen, auf dem Wissen basierenden Weltwirtschaft. Die Souveränität des Nationalstaats wird eingeschränkt, die Rechtssysteme treten über die Ufer und die Kultur steht zwischen dem Versuch, sich im jeweiligen nationalen Bezugsrahmen zu entfalten oder einen uniformen und globalen Charakter anzunehmen.

1.1 Für die Entwicklungsländer kann die Globalisierung von Vorteil sein

Für die Entwicklungsländer gibt es nur den Weg der vollständigen Eingliederung in die Weltwirtschaft. Die Debatte über Entwicklungsmodelle hat

sich durch das Auftreten einer neuen Wirklichkeit in der Ära nach dem Kalten Krieg auf dramatische Weise aufgelöst. Die Erfahrung lehrt, dass diejenigen Volkswirtschaften der Drittweltländer, die eine Aufnahme in die internationalen Kreisläufe schafften, während der vergangenen Jahrzehnte die dynamischsten waren. Die neuen Kommunikationstechnologien ermöglichen scheinbar weit voneinander entfernten Regionen und kleinen Ländern den Zugang zu dem für ihre Entwicklung erforderlichen Wissen.

1.2 Die Integration als Instrument, um der Globalisierung gegenüberzutreten

Die Welt tendiert dazu, sich in großen Blöcken von Ländern zu organisieren. Dies ist deren einzige Möglichkeit, Einfluss auf die Herausbildung einer neuen weltweiten Ordnung auszuüben. Die nationalen Interessen in den Bereichen Handel, Finanzen, Umwelt oder der Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus können nur noch in einem supranationalen Kontext verteidigt werden. Für die kleinen Länder ist die Integration das beste Mittel, um den negativen Tendenzen der Globalisierung wie der Marginalisierung, dem Abbröckeln der nationalen Souveränität oder dem Protektionismus entgegenzutreten.

1.3 Der offene Regionalismus und der Mercosur

Chile hat begriffen, dass die beste Form der Verteidigung seiner Interessen auf der internationalen Bühne in der Verstärkung seiner Integration in der Region, vor allem im *Mercosur*, besteht. Nur über den *global player Mercosur* kann Chile bei der Gestaltung der neuen Weltordnung seiner Stimme Gehör verschaffen und seine Position als *global trader* verbessern. Themen von zentraler Bedeutung für das Land wie die Regelungen im Handel, Normen und Standards in den Bereichen Soziales und Umwelt, monetäre Fragen, Regelungen zu internationalen finanziellen Transaktionen, die Regierbarkeit von Ländern und Regionen, die Sicherheit der Weltregion, Kampf gegen Kriminalität, Terrorismus und Drogenhandel, Klimaänderung und andere oft zitierte Probleme, können nur im Rahmen des Integrationsprozesses behandelt werden, wenn sie auf der internationalen Bühne wirklich Gewicht haben sollen.

Chile ist ein Land, das rechtzeitig eine Öffnung im Handel vorgenommen und unter dem Konzept des "offenen Regionalismus" eine politische und wirtschaftliche Anerkennung gefunden hat, die eine gute Voraussetzung für eine verstärkte Integration mit den Volkswirtschaften der Nachbarländer

darstellt. Auf der anderen Seite ist der *Mercosur* ein interessanter aufstrebender Markt und das natürliche Umfeld für Chiles Integration. Die Erfahrung lehrt, dass die Integration die Auswirkung von Krisen mildert, die in anderen Regionen oder Ländern stattfinden und die mit der globalisierten Wirtschaft verknüpft sind.

2. Der Stand der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika

2.1 Der Gipfel von Rio und das Freihandelsabkommen

Das erste Treffen von Präsidenten und Regierungschefs in der Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika, das am 28. und 29. Juni 1999 in Rio de Janeiro stattfand, stellte einen wichtigen Schritt in den Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten dar und bedeutete die Entstehung einer "strategischen Allianz" zwischen beiden Regionen. Für Lateinamerika war es positiv festzustellen, dass die mit dem Freihandel in Zusammenhang stehenden Themen eine wichtige Rolle auf der Tagesordnung spielten und dass die Europäische Union sich verpflichtete, Verhandlungen über ein wirtschaftliches und ökonomisches Abkommen mit dem *Mercosur* und Chile aufzunehmen. Für Chile bedeutet die Billigung des Verhandlungsmandats einen bedeutenden politischen Sieg und sie ermöglicht es dem Land unter Umständen, schneller mit der EU zu verhandeln als der *Mercosur*, da sein Umfang an Agrarexporten an Europa keine Gefahr für den Agrarmarkt der Europäischen Union darstellt. Mit dem Angebot zu einer strategischen Partnerschaft mit Lateinamerika reagiert Europa auf den Verlust des politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und kommerziellen Einflusses in der Region und versucht, den Verlust von Terrain gegenüber den USA und Asien wettzumachen.

3. Die Rolle Deutschlands

Seit den Anfängen dieses Prozesses hat Deutschland die Forderungen Chiles unterstützt. Dies betraf zunächst die Miteinbeziehung Chiles in die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Kooperation zwischen der EU und dem *Mercosur*, was auf dem Gipfel von Essen im Jahr 1995 gebilligt wurde. Später wurde das Rahmenabkommen zur Kooperation zwischen der EU und dem *Mercosur* 1996 in Florenz unterzeichnet. Deutschland unterstützte 1999 auf dem Treffen von Rio erneut die Forderung Chiles, während Frankreich es energisch ablehnte, die den Freihandel betreffenden Themen einzubeziehen.

4. Die jüngeren bilateralen Beziehungen zwischen Chile und Deutschland

4.1 Die Beziehungen während des Militärregimes und die Unterstützung der Wiederherstellung der Demokratie durch politische Kräfte in Deutschland

Der Militärputsch vom September 1973 bewirkte in Deutschland eine massive Solidarisierung mit den Opfern. Dennoch dauerte es einige Jahre, bis die politischen Kräfte in Deutschland sich auf einen gemeinsamen Nenner bei der Beurteilung der Vorgänge in Chile einigen konnten. Dabei spielte die Tatsache eine Rolle, dass die chilenischen Christdemokraten unter der Regierung Allendes in der Opposition waren und der Militärputsch im historischen Kontext des Kalten Krieges stattfand. Hinzu kamen die Kontakte, die der Führer der CSU, Franz Josef Strauss, mit der Regierung von General Pinochet aufgenommen hatte. Schließlich gelangte der Bundestag Ende der achtziger Jahre zu einem Konsens über die Ereignisse in Chile und beschloss, die Rückkehr des Landes zur Demokratie mit Deklarationen zu unterstützen, die von allen im Bundestag vertretenen Parteien unterzeichnet wurden.

4.2 Die Rolle der politischen Stiftungen

Über die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde seitens der bedeutendsten politischen Parteien Deutschlands, der CDU und der SPD, eine wirksame politische Unterstützung der an einer Wiedererrichtung der Demokratie in Chile interessierten Kräfte zum Ausdruck gebracht. Dieser Unterstützung schlossen sich die Stiftung der Partei der Liberalen sowie kleinere Stiftungen in Berlin, Hamburg und Bonn, die an die Partei der Grünen gebunden waren, an.

4.3 Die Beziehungen während der Kanzlerschaft Kohls und der ersten beiden Regierungen der Concertación

Die Wiedererlangung der Demokratie stieß auf ein großes Echo und eine Welle der Sympathie sowohl bei der Regierung von Kanzler Kohl als auch bei der sozialdemokratischen und grünen Opposition. In den Jahren nach der Wiedereinsetzung der Demokratie in Chile konnten die Beziehungen auf allen Gebieten vertieft werden. Seither hat ein reger Austausch durch politische Besuche auf hohem Niveau sowie von Unternehmensdelegationen und eine bedeutende Kooperation zwischen Fachministerien, und zwar sowohl

auf Bundes- als auch auf Länderebene, und deren chilenischen Entsprechungen stattgefunden. Zudem hat auch die Zahl der privaten und öffentlichen Akteure in den bilateralen Beziehungen deutlich zugenommen.

Die Übersiedlung des früheren starken Mannes der DDR nach Chile schuf eine heikle Situation zwischen den beiden befreundeten Regierungen. Der Entschluss Erich Honneckers war der Tatsache zu verdanken, dass eine seiner Töchter in Chile lebte, die mit einem Chilenen verheiratet war, der seinerseits im Exil in der DDR gelebt hatte. Trotz einiger kritischer Stimmen in der öffentlichen Diskussion über das Thema wurde Honneckers Ausreise nach Chile mit einer gewissen Erleichterung gesehen, da seine Anwesenheit in Deutschland ohne Zweifel ein komplexes Problem in Bezug auf seine mögliche Verurteilung durch die westdeutschen Gerichte darstellte. Eine solche Entwicklung hätte das politische Klima der Aussöhnung, das das Land als Folge der Wiedervereinigung durchlebte, eintrüben können.

Wenn auch einigen Sektoren der öffentlichen Meinung in Deutschland die Anwesenheit Honneckers in Chile ein Dorn im Auge war, verstand die politische Führung Deutschlands, dass zahlreiche Chilenen, die während der Regierung Pinochet verfolgt und in der DDR aufgenommen worden waren, Honnecker gegenüber ihre Dankbarkeit zum Ausdruck brachten, ohne notwendigerweise mit dessen Politik einverstanden zu sein. Dies war zum Beispiel der Fall des Generalsekretärs im Ministerrang und offiziellen Sprechers der Regierung Aylwin, Enrique Correa. Das Geschick, das Correa und die Beamten des Auswärtigen Amtes, insbesondere dessen Lateinamerika-Beauftragter Ulrich Spohn, bewiesen, sowie die guten Verbindungen, die dank der Bemühungen des damaligen chilenischen Botschafters in Deutschland, Carlos Huneeus, bestanden, ermöglichten ein Überstehen dieses Vorfalls ohne Kosten für die bilateralen Beziehungen.

4.4 Wechselseitige Staatsbesuche: Aylwin und Frei in Deutschland – Kohl und Weizsäcker in Chile

Die Wahl von Patricio Aylwin zum Präsidenten Chiles bedeutete einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Die ideologische Nähe zwischen Bundeskanzler Kohl und dem christdemokratischen Präsidenten Chiles schufen ein Klima des Vertrauens und führten zur Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Im April 1991 besuchte Präsident Aylwin Deutschland und wurde bei diesem Anlass von der politischen Führung Deutschlands mit großer Herzlichkeit empfangen, was eine Anerkennung des friedlichen Übergangs und der Politik der nationalen Be-

friedung und Aussöhnung, die Aylwin anführte, darstellte. Im Oktober 1991 machte Bundeskanzler Kohl einen Staatsbesuch in Chile. Als der deutsche Bundeskanzler bei einer Rede im Parlament einen Vergleich zwischen der DDR-Diktatur und der Regierung von General Pinochet zog, verließen die Partei der "Unabhängigen Demokratischen Union" (*Unión Democrática Independiente* – UDI) und Teile der "Nationalen Erneuerung" (*Renovación Nacional* – RN), die konservativen Parteien Chiles, aus Protest den Plenarsaal. Zwei Jahre später, im November 1993, besuchte Bundespräsident Richard von Weizsäcker Chile. Präsident Frei besuchte seinerseits Deutschland zweimal in Begleitung von zahlreichen Unternehmern, das erste Mal im April 1995 bei einem offiziellen Besuch, und das zweite Mal im April 1999 anlässlich eines Staatsbesuchs, den er für die Einweihung des chilenischen Pavillons auf der Industriemesse in Hannover, auf der Chile Partnerland war, nutzte.

4.5 Die Christdemokratische Union (CDU) und die Christdemokraten (DC)

Unter der Führung des Ex-Präsidenten Eduardo Frei Montalva konnte die chilenische Christdemokratie seit den sechziger Jahren eine ausgezeichnete Beziehung zu ihrer Schwesterpartei in Deutschland, der CDU, aufbauen. Die intellektuelle Statur Frei Montalvas und sein anerkanntes Talent als Staatsmann hinterließen bei der politischen Führung Deutschlands einen sehr positiven Eindruck. Seine Auffassungen überschritten die Parteigrenzen, und aus diesem Grund wurde Frei Montalva vom sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt eingeladen, an der Nord-Süd-Kommission, die 1977 als Brandt-Kommission bekannt war, teilzunehmen. Die Christdemokratische Union (CDU) fand ihrerseits in der Christlich-Demokratischen Partei Chiles einen seriösen und verlässlichen Partner in Lateinamerika und unter den Entwicklungsländern. Diese Kooperation hatte unter anderem die Konsequenz, dass zahlreiche hohe Parteifunktionäre und hohe Regierungsbeamte der derzeitigen Regierungen der *Concertación* in Chile als junge Christdemokraten in Deutschland mit Unterstützung durch Stipendien der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgebildet wurden. Hierbei handelt es sich um eines der erfolgreichsten Beispiele der letzten Jahrzehnte für eine transkontinentale politische Kooperation zwischen demokratischen Kräften und für die Ausbildung von demokratischen Eliten in Entwicklungsländern.

5. Die Wende in Deutschland

Der Wahlsieg der Sozialdemokraten und der Grünen unter der Führung von Gerhard Schröder stellte neue Herausforderungen an die bilateralen Beziehungen. Eine wichtige Folge dieses Wechsels war die Tatsache, dass Helmut Kohl, der 16 Jahre lang die Beziehungen zu Chile lenkte, die Macht abgeben musste. An der Spitze stand nun ein neues Team, das mehr als eineinhalb Jahrzehnte lang in der Opposition war und dessen dringendste Aufgaben zunächst in der Regierungsbildung, der Festlegung der Prioritäten und der außenpolitischen Position (in erster Linie in Ausübung der Präsidentschaft der Europäischen Union) bestanden, um sich dann jedoch auch mit der Frage der Beziehungen zu anderen Regionen jenseits des atlantischen Bündnisses zu befassen.

5.1 Die Wende in Chile

Auf der anderen Seite haben in Chile ebenfalls Änderungen innerhalb der Allianz der demokratischen Parteien, die das Land seit fast einem Jahrzehnt regiert, stattgefunden. Die sozialistisch-demokratischen Parteien sind seit Ende der neunziger Jahre in der Mehrheit und die Koalition wird von einem Politiker angeführt, der aus ihren Reihen stammt und ein markantes Profil auf internationaler Ebene besitzt.

5.2 Die gemeinsamen Werte Schröders und Lagos' und das neue Gesicht der Sozialdemokratie in Europa und Lateinamerika

Schröder hat den Anspruch, eine Modernisierung der deutschen und internationalen Sozialdemokratie herbeizuführen. Das Schröder-Blair-Dokument bildete den Rahmen für die Debatte, die die beiden Führer für eine Modernisierung der internationalen Sozialdemokratie angeboten haben. Auf der anderen Seite ist Ricardo Lagos der neue Anführer der "Parteienzusammenkunft für die Demokratie" (*Concertación de Partidos por la Democracia*) und wurde im Dezember 1999 zum Präsidenten Chiles gewählt. Lagos ist ein sozialdemokratischer Politiker, der eine mehr als zehn Jahre alte Allianz anführt, die bisher unter der Führung von christdemokratischen Politikern (wie Aylwin und Frei) stand und ein erfolgreiches Projekt der Modernisierung in einem Land der südlichen Hemisphäre repräsentiert.

5.3 Das Auftreten neuer Gesprächspartner in den politischen Beziehungen. Die Möglichkeit des Aufbaus einer "besonderen Beziehung".

Es gibt daher eine neue Realität in den politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten, die durch das Auftreten von neuen Gesprächspartnern mit einer gemeinsamen ideologischen Basis gekennzeichnet ist. Im Grunde hat sich die Möglichkeit eines Dialogs zwischen der Sozialdemokratie eines Industrielandes und der Sozialdemokratie eines Schwellenlandes im Rahmen der Globalisierung aufgetan. Es wird eine Mobilisierung von zahlreichen Akteuren notwendig sein, damit dieser Dialog stattfindet und damit aus den Erfahrungen in der Praxis, dem gegenseitigen kennen lernen und den gemeinsamen Werten eine "besondere Beziehung", ähnlich derjenigen, die in der Vergangenheit zwischen Chile und Deutschland existierte, entstehen kann. Die Voraussetzungen sind aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit sehr positiv: die europäische und sozialdemokratische Lesart des "chilenischen Weges" Salvador Allendes als friedliche und demokratische Wende in einem Entwicklungsland parallel zur Erfahrung Dubceks in der vormals kommunistischen Welt; die Solidarität mit den Opfern des Militärputschs; die privilegierten Beziehungen zwischen der CDU und der chilenischen Christdemokratie; die Unterstützung der Wiedereinsetzung der Demokratie und die Sympathie gegenüber der Politik der Befriedung und des friedlichen Übergangs in Chile; eine gemeinsame Philosophie des Freihandels, der wirtschaftlichen Stabilität und des sozialen Ausgleichs; gemeinsame Wertvorstellungen zu Demokratie und Menschenrechten.

5.4 Internationale Themen für den Dialog

Die Europäische Union, zu der ein wiedervereinigtes Deutschland gehört, hat sich die Konstruktion eines ehrgeizigen Integrationsprojektes vorgenommen, bei dessen Durchführung sie zwangsläufig eine eigene Position in der internationalen Politik und Wirtschaft suchen wird. Die Themen der europäischen Diskussion sind die Themen der Globalisierung, die ebenfalls für Chile gelten:

Globalisierung und Kooperation, die neue Weltordnung und die Diskussion über *Global Governance*: Die Globalisierung zwingt zu einem Überdenken der Außenpolitik als Instrument der internationalen Kooperation und zum Nachdenken über eine neue Beziehung zur Innenpolitik, da die aktuellen Probleme die Tendenz zu supranationalen Lösungswegen haben (Messner 1999). Für ein kleines Land wie Chile, das von seinen Exporten abhängig ist, ist die supranationale Rechtsordnung die einzige Garantie zur Ver-

meidung von Situationen der Diskriminierung und Willkür, die den gerechten Wettbewerb verletzen. Die Normen für den internationalen Handel müssen durch Normen für den internationalen Wettbewerb und eine Ordnung der monetären und finanziellen Politik ergänzt werden, um Risiken von Spekulationsangriffen aus dem Ausland zu begrenzen. Ebenso muss dazu übergegangen werden, eine Instanz für eine weltweite Umweltpolitik zu schaffen, die die Interessen von Ländern wie Chile aufnimmt. Die Stärkung von Institutionen “à la Bretton Woods” muss den Wettbewerb stimulieren, ohne Kooperationsmechanismen, soziale und ökologische Minimalstandards und Rechtsnormen oder -strukturen mit weltweitem Geltungsbereich auszuschließen.

5.4.1 Ähnliche Integrationsvorstellungen

Die Globalisierung zwingt die Nationalstaaten dazu, die Zahl der Integrationsprojekte zu vermehren und im Rahmen von geteilten Souveränitäten zu handeln. Der “Washingtoner Konsens” und die Ideologie des Minimalstaats wird durch die Stärkung der privaten und öffentlichen multilateralen Strukturen ergänzt, mit denen die im Zuge der Integration erforderliche Koordination sowie das Thema der sozialen Gerechtigkeit, das eine zusätzliche Herausforderung zur wirtschaftlichen Integration darstellt, in Angriff genommen werden sollen. Die Erfahrung Deutschlands mit der europäischen Konstruktion hat – bei allen spezifischen Unterschieden – eine große Ähnlichkeit mit den Integrationsbemühungen, die Chile in der Region unternimmt. Deshalb besteht auf diesem Gebiet ein bedeutendes Potenzial für den Erfahrungsaustausch.

5.4.2 Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert

Bei der Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie durch Schröder und der von Lagos angeführten Parteienzusammenkunft für die Demokratie handelt es sich um ähnliche Projekte, die einen Versuch der Berücksichtigung der Interessen der Mehrheit der Nation und der neuen, aus der globalisierten Wirtschaft hervorgehenden Mittelschichten darstellen. Sowohl Schröders als auch Lagos’ Ziel ist eine ausgeglichene Beziehung zwischen Staat und Markt. Aber während die Debatte in Deutschland von der Notwendigkeit der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und der Reduzierung der Beteiligung des Staates an der Wirtschaft dominiert wird, liegt in Chile angesichts der weiterhin bestehenden sozialen Ungleichheiten, die die Legitimität des demokratischen Systems aushöhlen können, der Akzent auf der Gerechtigkeit und

der gesellschaftlichen Integration. In Deutschland wird versucht, einen Sozialstaat zu reformieren, der hohe Kosten verursacht, während in Chile ein soziales Netz geschaffen werden muss, das die Entstehung größerer Ungleichheiten in einem Land verhindert, das einen radikalen Prozess der Privatisierung und Liberalisierung durchgeführt hat. Für Lagos kann der "dritte Weg" in Europa, wo das Pro-Kopf-Einkommen 30.000 US\$ beträgt, nicht den gleichen Akzent haben wie in Lateinamerika, einer Region mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 5.000 US\$. Dennoch gibt es zentrale Gemeinsamkeiten: eine Förderung des Bürgers gegenüber den Konsumenten sowie der Marktwirtschaft gegenüber einer Marktgesellschaft (Ricardo Lagos). Sowohl für Lagos als auch für Schröder besteht die Herausforderung darin, im gemeinsamen Rahmen der Globalisierung die sozialen Ziele mit der volkswirtschaftlichen Stabilität zu vereinen. Aus diesen ähnlichen Sichtweisen des Nordens und des Südens kann ein reger und fruchtbarer Austausch entstehen, der dabei nützlich sein wird, die Aufgaben der Gegenwart zu meistern. Diese gemeinsamen Werte und Herausforderungen erlauben es, von einem erneuerten Interesse an Europa seitens der von Ricardo Lagos angeführten *Concertación* zu sprechen.

5.4.3 Die Erhaltung des Friedens und die Rolle der UNO

Chile hat ein Interesse an einer Stärkung der multinationalen Organisationen, was insbesondere für die Vereinten Nationen und deren Sicherheitsrat gilt. Diese sollen die entsprechende Macht erhalten, die für ein effektives Handeln und für die Bewahrung des Friedens im gegenwärtigen Weltgeschehen erforderlich ist. Das bedeutet unter anderem eine Erhöhung der Zahl der ständigen und nicht-ständigen Mitglieder dieser Einrichtung, unter welchen selbstverständlich ein Land wie Deutschland vertreten sein sollte.

6. Spezielle Themen für den deutsch-chilenischen Dialog

6.1 Das Kreditprogramm für Heimkehrer

Im Zuge der Rückkehr Chiles zur Demokratie hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, ein Kreditprogramm (10 Mio. DM) einzusetzen und eine Schenkung (9 Mio. DM) zur Erleichterung der Rückkehr der in Deutschland lebenden Chilenen durchzuführen. Das Programm startete 1990 und der Teil, der die Kredite betrifft, wurde durch eine Kooperation zwischen der Ausgleichsbank und der Staatsbank konkretisiert. Die Staatsbank verschaffte und gewährte Kredite in einem Gesamtwert von 10 Mio. DM mit einer Laufzeit

von 15 Jahren und in Förderungseinheiten plus 7% Jahreszins. Diese Konditionen haben dazu geführt, dass viele der Kreditempfänger die Kredite nicht innerhalb der vereinbarten Fristen tilgen konnten und mit ihren geschäftlichen Tätigkeiten gescheitert sind, was zu ernststen sozialen Problemen geführt hat. Hinzu kommt eine parlamentarische Untersuchung über ein angebliches Missmanagement der als Schenkung überreichten Gelder (9 Mio. DM) durch eine Nichtregierungsorganisation, die für diesen Teil des Hilfsprogramms zuständig ist. Bislang hat die Untersuchung allerdings keine Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung dieser Gelder aufgedeckt.

6.2 Handel

Die Beziehungen im Handel zwischen Chile und Deutschland sind stabil. In der chilenischen Handelsbilanz steht Deutschland an fünfter Stelle nach den USA, Japan, Brasilien und Argentinien und streitet sich Jahr um Jahr mit Großbritannien um Platz eins als bedeutendster chilenischer Handelspartner in Europa. Dies hängt im Wesentlichen von den Preisen für Kupfer, Zellulose und Fischmehl, den wichtigsten chilenischen Exportprodukten für den deutschen Markt, ab, neben jenen für Frischobst, Eisen, Blei und Gold. Auf dem Gebiet des Handels hat Deutschland aufgrund seines gewaltigen Importmarktes eine große Bedeutung für Chile. 1988 importierte Deutschland Waren im Wert von 483 Mrd. US\$ und lag damit wie schon seit Jahren an der Spitze der Abnehmermärkte innerhalb der Europäischen Union. Der Handel zwischen beiden Staaten beläuft sich auf rund 1,5 Mrd. US\$. In den letzten Jahren wurden verstärkt Produkte mit einer höheren Wertschöpfung, die staatlich gefördert werden, auf dem Markt platziert. Zu diesen gehört Wein, dessen Absatz in Deutschland in der Periode 1994-1998 von 4 Mio. US\$ auf 12 Mio. US\$ gestiegen ist, sowie weiterverarbeitete Nahrungsmittel. 1998 war bei den nicht-traditionellen Produkten, d.h. denjenigen mit einer höheren Wertschöpfung, ein Anstieg von 5,7% zu verzeichnen, und es kamen 24 neue Artikel zur Exportpalette Chiles hinzu. Es handelt sich vor allem um Produkte der Nahrungsmittelbranche wie Tiefkühlobst, Säfte, Fisch und Meeresfrüchte, aber auch um Maschinen und Dienstleistungen. Diese Tendenz wird vermutlich weiter anhalten, und wenn man die Tendenz zur Zunahme der Importe von Kapitalgütern aus Deutschland, die deutliche Steigerung der Kontakte auf unternehmerischer Ebene, die größere Vertrautheit der chilenischen Exporteure mit dem deutschen Importmarkt sowie die Aussicht, in den nächsten Jahren ein Abkommen zum Freihandel und zur Partnerschaft zwischen Chile und der Europäischen Union zu erzielen, hin-

zurechnet, kann man für die nähere Zukunft eine positive Entwicklung des bilateralen Handels erwarten. Dennoch ist die Teilhabe Chiles an dem deutschen Markt noch sehr beschränkt, chilenische Importe machen lediglich 0,1% der gesamten deutschen Importe aus.

6.3 Investitionen

Deutschland investiert traditionell nicht in den Wirtschaftszweigen, in denen Chile eine hohe Rentabilität bieten kann, wie z.B. im Bergbau, dem Obstbau oder der Forstwirtschaft. Aus diesem Grund ist die Beteiligung Deutschlands an den ausländischen Investitionen in Chile mit insgesamt 2,9% (zwischen 1974-1997) eher bescheiden. Andererseits sind deutsche Unternehmen weltweit führend auf Gebieten, die für die Exportindustrie Chiles sehr wichtig sind: im Maschinenbau für die Holzverarbeitung; in der Metallverarbeitung, in der Nahrungsmittelverarbeitung sowie in der Verpackungs- und Transporttechnik. Weiterhin ist Deutschland für Chile wichtig, da es Spitzentechnologien in Branchen anbietet, denen in Anbetracht der Erfordernisse des Weltmarktes eine wachsende Bedeutung zukommt, etwa in der Umwelttechnik. Der Transfer von *know-how* und deutschem Produktivkapital auf diesen Gebieten erlaubt es Chile, bei der Steigerung der Wertschöpfung seiner Exportprodukte weitere Fortschritte zu erzielen. All diese Faktoren bieten Chancen für die Wirtschaft und den Handel, die für Chile noch lange nicht ausgeschöpft sind.

6.4 Die Hannover-Messe

Die Einladung an Chile, als "Partnerland" an der Hannover Messe 1999, der weltweit größten dieser Art, teilzunehmen, bedeutete eine Anerkennung der wirtschaftlichen Erfolge, die das Land verzeichnen konnte. Gleichzeitig stellte dies eine große Herausforderung dar, weil Chile als nicht-industrialisiertes Land große Anstrengungen bei der Vorbereitung unternehmen musste, um eine Auswahl an Industriegütern zu präsentieren, die dem Wesen der Messe gerecht wurde. Die Anwesenheit von Präsident Frei zusammen mit Bundeskanzler Schröder bei der Eröffnung unterstrich auf gebührende Weise die Bedeutung dieses Ereignisses. Am Ende erlaubten es die Qualität des chilenischen Pavillons und der präsentierten Produkte, die aufgenommenen Geschäftsbeziehungen sowie eine Reihe von weiteren Aktivitäten und Kontakten, die als Nebeneffekt der Präsentation in Hannover zu sehen sind, von einem Erfolg zu sprechen. Chile hat Deutschland und der Welt gezeigt, dass es in der Lage ist, Produkte einer höheren Verarbeitungsstufe, die auf dem

Weltmarkt wettbewerbsfähig sind, herzustellen. Das Bild eines Landes, das lediglich Rohstoffe exportiert, wurde durch das neue Image eines Landes überwunden, welches das notwendige Potenzial für die Produktion von Gütern hat, die internationalen Standards entsprechen, und das einen modernen Dienstleistungssektor besitzt, der bezeichnend für eine gesunde und expandierende Wirtschaft ist.

6.5 Entwicklungszusammenarbeit

Nach der Rückkehr Chiles zur Demokratie hat die deutsche Regierung im Jahr 1990 die finanzielle und technische Kooperation mit dem südamerikanischen Land wieder aufgenommen. Mit einem Umfang von mehr als 160 Mio. US\$ stellte sie einen der bedeutendsten Beiträge aus einem Industrieland dar. Diese Kooperation findet seine Ergänzung in der Sozialpolitik der Regierungen der *Concertación*, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen, Berufsausbildung, sozialer Wohnungsbau und Klein- und Mittelbetriebe, aber auch im Umweltschutz, im Kampf gegen Drogen und in der Modernisierung des Staates (Justiz, Regionalisierung und kommunale Verwaltung). Angesichts des Pro-Kopf-Einkommens in Chile sollte sich die Kooperation zunehmend auf die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen und die Umwelt richten.

6.6 Wissenschaftliche Kooperation

Das Gebiet der Wissenschaft und Technologie stellt einen vordringlichen Bereich der neuen Kooperation mit Deutschland dar. Im Bewusstsein, dass der technologische Wettlauf Partner in anderen Regionen notwendig macht und dass die Lösung vieler globaler Probleme nur gemeinsam angegangen werden kann, schenkt Deutschland diesem Bereich eine immer größere Aufmerksamkeit und stellt vermehrt ökonomische Ressourcen dafür zur Verfügung. Im Dezember 1997 fand in Chile das erste chilenisch-deutsche Treffen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit statt, auf dem die Möglichkeiten für eine Kooperation auf den Gebieten Biotechnologie, Informatik, Umwelt, Ozeanographie und Geologie diskutiert wurden. Ebenso wurde eine umfassende Zusammenarbeit im universitären Bereich zwischen beiden Ländern entwickelt, und im September 1998 fand in Talca ein Treffen statt, an dem acht deutsche und 16 chilenische Rektoren teilnahmen. Deutschland ist als Partner von besonderem Interesse für Chile in den Bereichen Elektrotechnik, Präzisionstechnik, Chemie, Maschinen-

und Fahrzeugbau, Umwelt und medizinische Technik, und weniger wichtig in der Computertechnik oder dem Luftverkehr. Diese Elemente müssen bei der künftigen Festlegung von spezifischeren Kooperationsbereichen berücksichtigt werden.

6.7 Umwelt

Angesichts des hohen Grades an Umweltverschmutzung im Großraum Santiago, den zunehmenden umweltpolitischen Hürden, auf die die chilenischen Exportprodukte auf dem internationalen Markt treffen, und der Gefahr der Erschöpfung einiger natürlicher Ressourcen wächst in Chile das Umweltbewusstsein. Deutschland war einer der Pioniere bei der Entwicklung der Umwelttechnik und verfügt über ein umfassendes *know-how* auf diesem Gebiet. Es stehen Unternehmen, Forschungszentren sowie finanzielle und menschliche Ressourcen zur Verfügung, um diesen Bereich der Kooperation auf unternehmerischer, universitärer und technologischer Ebene sowie in der Ausbildung weiter zu entwickeln.

6.8 Militärische Kooperation

Seitdem Pinochet die deutschen Militärs in den achtziger Jahren als langhaarige Hippies, Schwule und Gewerkschafter bezeichnete, haben sich die Beziehungen zwischen den Streitkräften, insbesondere zwischen der chilenischen Armee und der Bundeswehr, im Zuge der Redemokratisierung Chiles allmählich verbessert. Ein Ausdruck davon ist die Regelung der Anwesenheit von chilenischen Offizieren in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Diese Beziehungen haben selbst nicht unter dem Beschluss der chilenischen Regierung gelitten, sich dem französisch-spanischen Vorschlag des Erwerbs des U-Boots "Scorpene" anzuschließen.

6.9 Die kulturellen Beziehungen

Dieser Bereich ist von zentraler Bedeutung für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Leider verfügt er jedoch über geringe ökonomische Ressourcen. Die Beiträge Deutschlands an die deutschen Schulen in Chile haben sich verringert, und auf der chilenischen Seite stehen wenig finanzielle Mittel für diesen Aufgabenbereich zur Verfügung. Hier sollten verstärkt große Firmen und Banken als mögliche Sponsoren angesprochen werden. In diesem Kontext muss die Tätigkeit des Goethe-Instituts in Chile hervorgehoben werden. Für Chile sollte gerade der kulturelle Bereich für eine Intensivierung

der Beziehungen und der gegenseitigen Annäherung zwischen beiden Ländern Vorrang haben. Die Globalisierung bringt die Gefahr einer Schwächung der eigenen Identität zugunsten einer kosmopolitischen Kultur mit sich. Dennoch bietet sie auch neue Möglichkeiten, denn wenn ein kulturelles Produkt in den globalen Kreislauf eintritt, erfährt seine Wirkung eine ungeheure Aufmerksamkeit. Das erklärt teilweise die Tatsache, dass chilenische Schriftsteller wie Isabel Allende oder Antonio Skármeta, neben anderen Autoren, unter der deutschen Leserschaft so bekannt sind. Chile muss auch diese neuen Chancen einer kulturellen Globalisierung aktiv nutzen.

7. Fazit

Die chilenisch-deutschen Beziehungen haben sich seit der Überwindung der Diktatur erheblich weiterentwickelt. Gleichwohl ist das Potenzial des gegenseitigen Nutzens noch keineswegs ausgeschöpft und es steht zu erwarten, dass sich zukünftig der bilaterale Austausch auf den verschiedenen Gebieten intensivieren wird.

Literaturverzeichnis

- Messner, Dirk (1999): "Globalisierung, Global Governance und Entwicklungspolitik". In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Nr. 1.
- Eßer, Klaus (1999): "Institutioneller Wandel unter Globalisierungsdruck. Überlegungen zu Aufbau und Koppelung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile". In: *DIE Berichte und Gutachten* 4, Berlin.

Raimund Krämer

Chile und die DDR. Die ganz andere Beziehung

“Chile es diferente”, dieser Satz, den Chilenen gern mit Blick auf den restlichen Kontinent betonen, gilt offenbar auch im Verhältnis der DDR zu den Staaten Süd- und Mittelamerikas. Einerseits waren die formellen Beziehungen zu diesem südamerikanischen Land im Vergleich zu der Mehrzahl der anderen Staaten dieses Raumes deutlich geringer. Offizielle diplomatische Beziehungen bestanden insgesamt nur zwei Jahre und sechs Monate. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden bewegten sich stets in der Bedeutungslosigkeit; nach 1973 fielen sie gegen Null und tauchten in DDR-Statistiken nicht mehr auf. Andererseits rückte Chile mit dem Sieg Allendes und der *Unidad Popular* im Jahre 1970 und noch mehr nach dem Putsch vom September 1973 – mehr als andere Länder der Region (und darüber hinaus) – ins Bewusstsein der Menschen im Osten Deutschlands. Für viele Jugendliche, wenn nicht gar für eine ganze Generation der DDR, wurde *Chile antifascista* zu “ihrem Spanien”. Das “No pasarán” der spanischen *Brigadistas* und “Venceremos”, der Wahlruf der *Unidad Popular*, wurden gemeinsam skandiert. Chilenen, die später dann als politische Flüchtlinge kamen, brachten ihre ferne Heimat mit und gaben dem realsozialistischen Alltag, sei es als Lehrer, Kollege oder Nachbar, einige zusätzliche Farbtupfer – und dem politischen System nicht wenig Legitimität. Immerhin standen sie für die immer wieder beschworene antifaschistische Tradition, die das “andere, bessere Deutschland” östlich der Elbe für sich beanspruchte. Chile rückte auf der politischen Agenda der DDR weit nach oben. 50 Mal beschäftigte sich das Politbüro der SED, das höchste Machtorgan im hochgradig zentralisierten Herrschaftssystem der DDR, mit dem Thema Chile. (Im Zeitraum von 1949 bis 1989 waren aus diesem Raum nur Kuba, 153 Mal, und Nicaragua, 56 Mal, öfter auf der Tagesordnung). Schließlich wurde Chile auch ein Thema in der Familie Honecker. Antifaschistische Solidarität und familiäre Sympathie für den chilenischen Schwiegersohn machten schließlich viele, wenn nicht gar alle Fragen zu diesem Land zur “Chefsache”. Dass jener Mann, der die Entwicklung der DDR, vor allem ab 1971, maßgeblich bestimmt hatte, Exil und letzte Ruhestätte in diesem Chile gefunden hat, war

dann der Abschluss dieser "ganz anderen Beziehung" zwischen Chile und dem ostdeutschen Teilstaat; ein Schlusspunkt, der vier Jahre nach dem Abgang der DDR von der politischen Bühne recht unspektakulär auf einem Friedhof in Santiago de Chile gesetzt wurde.

Da sich auch der Autor der zwingenden Kraft der Trinität nicht entziehen kann, soll im Folgenden dieses Verhältnis in drei Etappen skizziert werden. Basis dafür sind die weit geöffneten Archive, vor allem des Politbüros (PB) der SED. Neben den Protokollen der Politbüro-Sitzungen sind die Materialien der Abteilung Internationale Beziehungen (IV) des ZK der SED, des sicherlich wichtigsten Apparates in den außenpolitischen Strukturen, sowie des Büros von Politbüro-Mitglied Hermann Axen, in den siebziger und achtziger Jahren Sekretär für internationale Beziehungen der SED, die wichtigsten Quellen. Auf deren Grundlage habe ich an anderer Stelle bereits die Außenpolitik der DDR sowie deren Beziehungen zu Süd- und Mittelamerika diskutiert (Crome/Krämer 1993; Krämer 1994). Dabei muss auch in diesem konkreten Fall der schwierige Weg zwischen der Scylla nostalgisch eingefärbter Rechtfertigung der Außenpolitik des *Ancien Regime* und der Charybdis ihrer Pauschalaburteilung in westlich-besserwisserischer Gutsherrenart gefunden werden, wenn wir uns dem Horizont historischer Wahrheit nähern wollen. Da Chilenen in den verschiedensten Varianten immer wieder die eigene Biographie berührt, ja oft bereichert haben, sei es als Spanischlehrer, als Gesprächspartner oder Freund, ist diese kritische Reflexion auch mit persönlicher Nähe und Sympathie für dieses Land geschrieben. Ich denke, dass es zum guten Stil wissenschaftlichen Schreibens gehört, dies den Leser wissen zu lassen.

1. 1. Etappe (fünfziger Jahre bis 1970)

Im Jahre 1955 gestand die UdSSR der DDR die formale Souveränität zu. Damit begann für den ostdeutschen Teilstaat nach anfänglich völliger internationaler Abstinenz außenpolitisch eine zweite Etappe. Das Anrennen gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und für die diplomatische Anerkennung der DDR als "zweiten deutschen Staat" war ihr Kennzeichen und sie reichte zeitlich bis Anfang der siebziger Jahre. Mit möglichst vielen Partnern sollte ein hoher Grad diplomatischer Beziehungen vereinbart und damit die DDR völkerrechtlich als legitimer und souveräner deutscher Staat etabliert werden. Auch wenn man dabei konzeptionell Süd- und Mittelamerika keine besondere Bedeutung zumaß, so suchte man doch Wege und Möglichkeiten auch in diesem Raum, die Anerkennung "der DDR als recht-

mäßigen deutschen Staat” zu erreichen. Dabei ging es in erster Linie um die “faktische Anerkennung durch die lateinamerikanischen Regierungen”, so der damalige stellvertretende Außenminister Georg Stibi im Jahre 1962 (Krämer 1998). Dazu wurden verschiedene Kanäle, vor allem die Handelsvertretungen, genutzt, die es seit Mitte der fünfziger Jahre in verschiedenen Ländern des *Cono Sur* gab. Die lateinamerikanischen Staaten selbst lehnten offiziell diplomatische Beziehungen ab. Dahinter standen neben der disziplinierenden Kraft des Kalten Krieges sowohl Desinteresse als auch die Berücksichtigung der Interessen der wirtschaftlich bedeutsameren Bundesrepublik. Auch in Chile hatte die DDR eine solche Handelsvertretung – sogar recht frühzeitig – eröffnen können. Aber nur für kurze Zeit. Von Mitte 1956 bis Mitte 1957 existierte eine solche in Santiago de Chile. Die genauen Abläufe der Schließung sind zwar nicht mehr zu rekonstruieren, aber es ist sicherlich nicht abwegig, wenn man den starken bundesdeutschen Einfluss gerade in Chile als jenen Faktor ausmacht, der zum schnellen Ende der DDR-Handelsvertretung geführt hatte. Im Gegenzug versuchte man am Beispiel der Nazi-Vergangenheit von Dr. Hans Strack, des damaligen bundesrepublikanischen Botschafters in Chile, die unterschiedlichen Traditionslinien in der Diplomatie der beiden deutschen Staaten sichtbar zu machen. Im Unterschied zu Uruguay, Argentinien und Brasilien, die zu Schwerpunkten der DDR-Politik in diesem Raum avancierten, blieb Chile am Rande des Interesses. 1960/61 kam es zwar zu gegenseitigen Besuchen der Parlamente, aber nicht mehr. Die Frage der Handelsvertretung wurde dann erst 1967 endgültig geklärt. In jenem Jahr wurde eine solche Vertretung nicht nur in Chile, sondern außerdem in Ecuador und Mexiko eingerichtet. Die politische Atmosphäre hatte sich in der Region verändert, der Konsens von Viña del Mar stand auf der Tagesordnung. Autonomie und Selbständigkeit “lateinamerikanischer Außenpolitik” sollten unter anderem auch in diesen Beziehungen demonstriert werden. In diesem Umfeld kamen DDR-Fußballer, die Berliner Staatskapelle und Volkskammer-Abgeordnete auch nach Chile. Jedoch deutete – in den offiziellen Beziehungen – noch nichts darauf hin, dass Chile in nächster Zeit nach Kuba zur “Nummer Zwei” der DDR-Politik in dieser Region werden sollte.

2. 2. Etappe (1970 bis September 1973)

Nach dem Wahlsieg der *Unidad Popular* (UP) und dem Amtsantritt von Präsident Salvador Allende am 3. November 1970 kam Chile auch verstärkt auf die Tagesordnung des SED-Politbüros. Chile hatte diplomatische Bezie-

hungen mit Kuba und der Volksrepublik China aufgenommen und es war jetzt nur noch eine Frage der Zeit, dass dies auch mit der DDR erfolgt. Auf seiner Sitzung am 20.10.1970 diskutierte das Politbüro über diese Frage,¹ eine Woche später wurde über eine Regierungsdelegation zur Amtseinführung Allendes entschieden, die vor allem das Thema diplomatische Beziehungen mit den Chilenen besprechen sollte.² Bereits im Januar des folgenden Jahres erörterte das PB erneut diese Frage. ZK-Mitglied Kurt Seibt, zugleich Vorsitzender des DDR-Solidaritätskomitees, reiste Ende Januar/Anfang Februar 1971 nach Chile. Am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse Anfang März wurde dann mit einer chilenischen Regierungsdelegation eine Vereinbarung „über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Chile“ getroffen³ und schließlich firmierten am 16. März 1971 DDR-Außenminister Otto Winzer und der Staatssekretär im chilenischen Außenministerium, Alcides Leal, ein Dokument über den Austausch von Botschaften. Wie diese Beziehungen zu gestalten sind, welches die Ziele aus Sicht der DDR dabei sein sollten, das wurde auf der PB-Sitzung am 30. März behandelt, wobei man die konkreten Schritte im Umlauf bestätigte.⁴ Wirtschaftlich sollten Kupfer und Chemie im Mittelpunkt stehen, das war der Wunsch der chilenischen Seite. Zunächst waren Kupferimporte vorgesehen und danach ein Gemeinschaftsprojekt Chile-RGW in der Kupferproduktion, so die chilenischen Vorstellungen in jenen Tagen. Dafür sollte eine „Gesamtkonzeption der Zusammenarbeit für den Zeitraum 1971-1975“ entwickelt werden. Im Juli 1971 wurde dann ausschließlich diese Frage auf einer PB-Sitzung diskutiert. Ein stellvertretender DDR-Außenhandelsminister reiste nach Chile und sondierte die Kooperationsmöglichkeiten und am Ende des Jahres wurde ein „Gemeinsamer Ausschuß für wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit“ eingerichtet. In den politischen Beziehungen sollten „systematisch“ die Kontakte zu allen Parteien der UP entwickelt bzw. ausgebaut werden. Das betraf weniger die Kommunistische Partei Chiles (PC), zu der die SED seit Jahren enge Beziehungen unterhielt,⁵ als vielmehr im Besonderen die sozialistische Partei. Zwar gab es auch zu den Sozialisten (PS) gute Beziehungen, jedoch war das Niveau mit

¹ SAPMO-BArch.-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1305.

² SAPMO-BArch.-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1307.

³ SAPMO-BArch.-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1329.

⁴ SAPMO-BArch.-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1339.

⁵ Regelmäßig war man gegenseitig auf den Parteitage präsent. In den nächsten zwei Jahren gab es immer wieder Kontakte zwischen Erich Honecker, der mittlerweile Ulbricht an der Spitze der SED abgelöst hatte, und PC-Generalsekretär Luis Corvalán.

Rücksicht auf die PC immer "ein wenig darunter". In den nächsten Jahren, besonders nach 1973, kehrte sich dies aber etwas um. Die "Blockfreunde" von der NDPD z.B. sollten sich nun um die chilenischen Radikalen und die der CDU um die *Izquierda Cristiana* kümmern. Auch der Einfluss der "westdeutschen Sozialdemokratie und der sogenannten Sozialistischen Internationale" sollte damit zurückgedrängt werden, so Anlage 4 der erwähnten PB-Sitzung. Im Juni kam der chilenische Außenminister Clodomiro Almeyda erstmals in die DDR, die nach 1973 seine zweite Heimat werden sollte. Die dabei besonders von der DDR-Seite herausgestellte politische Gemeinsamkeit "in den Grundfragen der internationalen Politik" betraf eher politische Allgemeinplätze, bedeutete keineswegs einen "sozialistischen Kurswechsel" in der chilenischen Außenpolitik. Intern ging es der DDR vor allem um chilenische Unterstützung für die internationale diplomatische Anerkennung. Zwar hatte die Hallstein-Doktrin ihre Wirkung schon erheblich eingebüßt, aber das Ziel, die internationale Akzeptanz als zweiter deutscher Staat, hatte man noch nicht erreicht. Konkret sollte Chile den Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation der UNO wie auch in die UNO selbst unterstützen und in diesem Sinne auch auf andere lateinamerikanische Staaten Einfluss nehmen. Diese Initiativen wurden durch vielfältige Kontakte in den Feldern Wissenschaft und Kultur ergänzt. Einige Universitäten begannen den Austausch von Wissenschaftlern, und chilenische Musik von Victor Jara oder "Quilapayún" begeisterte das jugendliche Publikum in der DDR. Zwar gab es auch schon 1971 Spenden der DDR für Chile, so z.B. für die Opfer eines Erdbebens, aber noch war Chile nicht ein Symbol für "antifaschistische Solidarität". Das verstärkte sich mit den inneren Auseinandersetzungen in Chile Ende 1972 und im Frühjahr 1973. Die chilenische Seite bat zusehends um Hilfe, vor allem um finanzielle Unterstützung. Corvalán konnte in Berlin einen Kredit von 15 Mio. US\$ für Chile bekommen; mehr ging nicht – trotz drängender Anfrage aus Moskau.⁶

Als dann am 11. September 1973 die chilenischen Militärs unter General Pinochet gegen Präsident Allende putschten, hatten gerade drei DDR-Schiffe ihre Ladung, Lebensmittel und Medikamente aus Spenden in Höhe von 32 Mio. DDR-Mark, gelöscht bzw. lagen noch in chilenischen Häfen. Ein neues Kapitel im bilateralen Verhältnis begann; obwohl formal-diplomatisch nicht existent, wurde es politisch und emotional das intensivste.

⁶ SAPMO-BArch-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1427.

3. 3. Etappe (September 1973 bis Oktober 1989)

“Das Politbüro ist einverstanden, dass die diplomatischen Beziehungen mit Chile unterbrochen werden. Der 1. Sekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, wird bevollmächtigt, die entsprechende Weisung zu geben.” So lautet Punkt 16 des Protokolls der PB-Sitzung vom 18. September 1973.⁷ Ein Maßnahmenkatalog, der eine Woche später angenommen wurde, umfasste 20 konkrete Schritte. Sie reichten von der Rückführung der DDR-Bürger über die Regelung protokollarischer Fragen (Rumänien wurde Interessenvertreter der DDR in Chile) bis hin zur Gründung eines Solidaritätszentrums für Chile, dessen Präsident der renommierte Lateinamerikanist Manfred Kossok wurde.⁸ In den nachfolgenden 15 Jahren war die DDR Aufnahmeland für zirka 5.000 chilenische Emigranten und ein Zentrum des chilenischen Widerstandes gegen die Pinochet-Diktatur. Dabei war vor allem die chilenische Sozialistische Partei im Büro *Chile Antifascista* in Berlin vertreten. Die SED versuchte, zwischen deren verschiedenen und z.T. sehr zerstrittenen Fraktionen zu vermitteln, hatte aber die engsten Kontakte mit dem von Almeyda geführten Flügel. Die Kommunistische Partei Chiles hatte ihre Auslandsführung in Moskau. Volodia Teitelboim, der nach der Internierung von Corvalán die PC führte, kam jedoch wiederholt zu Gesprächen mit Honecker nach Berlin.

Die Unterstützung für die chilenischen Linken und gegen die Diktatur wurde mit außerordentlich großen propagandistischen Kampagnen im Innern verbunden, die die “antifaschistische Solidarität” und damit eine Grundmaxime im Selbstverständnis der Führung der SED, den Antifaschismus, untermauern sollten. Die Solidaritätsaktionen für den inhaftierten Luis Corvalán, die man seit 1974 mit großem Aufwand betrieb, wurde nach dessen Austausch mit einem sowjetischen Dissidenten im Januar 1977 als “Sieg der Kräfte des Fortschritts... und Beispiel moralischer Größe, das unsere Jugend zu immer größeren Taten für Frieden und Sozialismus, für die allseitige Stärkung unserer sozialistischen DDR ansporn” gefeiert.⁹ (Vom Austausch natürlich kein Wort, nirgends.) Die materielle Unterstützung war, gemessen am durchschnittlichen DDR-Lebensniveau, erheblich und führte z.T. bei der Bevölkerung zu leisem Unmut, wenn z.B. die lang ersehnte und zugesagte

⁷ SAPMO-BArch.-ZP, Sign.-Nr. J IV/2/2-1469.

⁸ Protokoll Nr. 42 vom 25.9.1973, “Solidaritätsmaßnahmen für das chilenische Volk”, SAPMO-BArch.-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1470.

⁹ Erich Honecker: *Ein Sieg ist errungen. Ansprache zur Begrüßung Luis Corvaláns, Venceremos*. Dresden, o.J. S. 6.

Neubauwohnung nun chilenischen Emigranten übergeben wurde. Chile wurde zum omnipräsenten Symbol antifaschistischer Solidarität: Keine offizielle Veranstaltung ohne chilenische Emigranten; Schulen, Kasernen oder Genossenschaften erhielten die Namen Salvador Allende, Pablo Neruda oder Victor Jara. Ob es "eine Herzenssache für Millionen DDR-Bürger" war, so eine PDS-Erklärung zum 25. Jahrestag des Putsches,¹⁰ ist sicherlich zweifelhaft, aber Sympathie für den chilenischen Widerstand und Bereitschaft, die verfolgten und oftmals gefolterten Chilenen zu unterstützen, waren bei der Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich vorhanden. Solidarität musste im Falle Chiles nicht dekretiert werden, auch wenn der "Soli-Beitrag" ansonsten zur Routine geworden war.

Hinzu kam, dass trotz einer gewissen Versachlichung des Lateinamerika-Bildes der Subkontinent auch in der DDR stets "Fluchtpunkt" revolutionärer Ideen und Visionen blieb. Damit stand man in jener jahrhundertealten westeuropäischen Geistes- und Ideologietradition, die bis heute die "Neue Welt" als letzten Landungssteg revolutionärer Utopien versteht. Und dies galt sowohl für die "alten Herren" des Politbüros als auch für viele Jugendliche und Intellektuelle, für die Chile in gewissem Sinne "ihr Spanien" wurde. Auch darf man nicht vergessen, dass eine Reihe von Politbüro-Mitgliedern eigene Erfahrungen mit Verfolgung durch den Faschismus, Flucht und Exil hatten und sich deshalb besonders angesprochen fühlte. Poster von Che Guevara und Allende tauchten in den siebziger Jahren an den Wänden vieler Studierstuben zwischen Rostock, Babelsberg und Dresden auf.

Jedoch auch in der Frage der chilenischen Emigranten wurden die Grenzen eines Kommandosozialismus, der spontanen Regungen und Aktionen mit Skepsis und Ablehnung begegnete, bald sicht- und spürbar. Eine "geschlossene Gesellschaft" wie die DDR konnte und wollte auch die chilenischen Emigranten nicht integrieren. Kontakte mit Deutschen, die nicht "organisiert" waren, gab es kaum. Ähnlich den "Gastarbeitern" aus Kuba, Algerien oder Vietnam lebten auch die Chilenen von der DDR-Bevölkerung abgeschlossen. Carlos Cerda, der selbst viele Jahre in "Berlin – Hauptstadt der DDR" gelebt hatte, beschreibt in *Morir en Berlín* dieses "ghetto triple": die Abgeschlossenheit des Landes, der chilenischen Emigranten und die eines "Oficinas", des Büros *Chile Antifascista*, "de perfiles kafkianos". Dem Großteil der chilenischen Emigration, der sozial aus den Mittelschichten kam, wurden bald nicht nur die Plattenbauten vom Typ WBS 70, sondern

¹⁰ "Zur 25. Wiederkehr des faschistischen Putsches in Chile im September 1973". In: *PDS International* 3/1998, S. 3.

auch das Land zu eng. Dies galt vor allem für jene, die nicht die harte Disziplin der Kommunistischen Partei gewohnt waren.¹¹ Dazu kamen gewiss auch jene Frustration und Trauer, die für jedes Exil gleich an welchem Ort so charakteristisch sind. Das alles führte dazu, dass bereits Anfang der achtziger Jahre "Grundsätze für die Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückführung chilenischer politischer Emigranten" im Politbüro beschlossen wurden.¹² Chilenische Emigranten verließen nun die DDR und gingen sogar nach Chile zurück. Angesichts fortgesetzter "antifaschistischer" Propaganda über Chile war dies für viele Bürger in der DDR unverständlich. Manche(r) sprach sogar von Undankbarkeit, viele jedoch berührte es in den achtziger Jahren schon nicht mehr. Die eigene Ausreise, zumindest aber der Besuch im "Westen", standen auf der Tagesordnung.

Sowohl die Propaganda als auch die Politik blieben dem Stereotyp vom "faschistischen Terrorregime" so stark verhaftet, dass in den achtziger Jahren keine neuen Entwicklungen in Chile wahrgenommen wurden. Das galt sicherlich für viele außenpolitische Entwicklungen und war keine Besonderheit im Falle Chiles. Jedoch war durch einen chilenischen Schwiegersohn eine solch enge persönliche Beziehung Honeckers zu diesem Land, genauer zum chilenischen Widerstand, entstanden, die wesentlich die besondere Sympathie und die umfangreiche Unterstützung gerade für chilenische Emigranten, z.B. im Unterschied zu den Opfern der Militärdiktaturen in Uruguay oder Argentinien, bestimmte. Für die Politik gegenüber Chile wurde dies immer mehr zur Selbstblockade. Das stark innenpolitisch, ja persönlich motivierte Festhalten an diesem Konzept blockierte in den achtziger Jahren erheblich sowohl die realistische Analyse der Entwicklung in Chile als auch eine adäquate Politik der DDR, die besonders ihren wirtschaftlichen Interessen entsprochen hätte. Überall suchte man ansonsten in Süd- und Mittelamerika, Nicaragua eingeschlossen, nach Möglichkeiten, die begehrten und überlebenswichtigen Devisen zu bekommen, nur Chile, das wirtschaftlich boomte, ließ man außen vor. Das war aber nicht einer "prinzipiellen Ablehnung" von Militärregimen, selbst wenn sie recht brutal mit ihren Gegnern umgingen, geschuldet. Während der Militärherrschaft in Argentinien Ende der siebziger Jahre wurde weder offizielle Kritik an diesem Regime geübt, noch in der DDR-Presse über die (massenhaften) Verbrechen an politischen Geg-

¹¹ KP-Mitglieder wurden zunächst "in die Produktion" geschickt, gleich welche Qualifikation sie hatten. Ihnen war auch verboten, mit ihrem chilenischen Pass nach West-Berlin zu fahren.

¹² SAPMO- Barch.-ZP, Sign.-Nr. J IV 5/2-1839-1840.

nern berichtet. Ja, in dieser Zeit verdoppelte sich sogar der Außenhandel der DDR mit Argentinien, sicherlich auch dank eines umtriebigen DDR-Botschafters. Im Falle Argentiniens gab es also weder die "innenpolitische" noch die "persönliche" Komponente, die der von ZK-Sekretär Mittag ausgegebenen Losung "Devisen erwirtschaften!" entgegenstand. Hinzu kam, dass Argentinien, vor allem wegen der Getreideproduktion, ein wichtiger strategischer Faktor für die UdSSR war. Somit fielen die Beziehungen zwischen der DDR und Argentinien innerhalb der "dialektisch" gehandhabten, d.h. beliebig austauschbaren Kategorien sozialistischer Außenpolitik in das Schubfach "friedliche Koexistenz", während Chile unter "antiimperialistischer Solidarität" eingruppiert wurde. In diesem Kontext ist auch interessant, dass die DDR nach 1973 mit Chiles nördlichem Nachbarn (und Intimfeind) Peru die Beziehungen, vor allem die militärischen, ausbaute. Peru war nun "zum Schwerpunkt der progressiven Entwicklung in Südamerika" geworden.¹³

Ende der achtziger Jahre begannen die Bemühungen im Apparat, Chile neu zu sehen und diese Sicht auch in Politik umzusetzen, ganz allmählich zu fruchten. Im März 1989 bestätigte das Politbüro eine als "Geheime Verschlusssache" [sic!] eingestufte Vorlage zu "Maßnahmen zur Herstellung von Kontakten mit Chile". Zu den geplanten Schritten gehörten u.a. die "Errichtung einer Interessenvertretung der DDR mit konsularischen Rechten", die Aktivierung der kommerziellen Beziehungen,¹⁴ die Veränderungen der Sendungen von Radio Berlin International, dem Auslandssender der DDR, sowie der Wiederaufbau einer Freundschaftsgesellschaft DDR-Chile.¹⁵ Umgesetzt werden konnte davon aber nichts mehr. In den Turbulenzen der "Wende" war die chilenische Frage ohne jeglichen Belang für die ostdeutsche Politik. Anders für die Chilenen, die noch in der DDR lebten. Für sie hatte diese Entwicklung z.T. existentielle Bedeutung. Mittlerweile waren in Chile selbst zwar die ersten freien Wahlen durchgeführt worden und politisch stand ihrer Rückkehr nichts mehr im Wege. Vor allem für jüngere Chilenen war die DDR jedoch ihre Heimat geworden und deren Verschwinden machte sie nun wieder heimatlos.

¹³ Mit DDR-Verteidigungsminister Hoffmann besuchte im Oktober 1974 erstmals ein führender Militär des Warschauer Paktes dieses Land. Dem sollten ein intensiver personeller Austausch sowie umfangreiche Waffenlieferungen folgen. SAPMO-BArch-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-1536, Punkt 18.

¹⁴ Die chilenische Zentralbank war bereits im Dezember 1973 an die DDR herangetreten, um über die Rückzahlung der Kredite vom 19.12.1972 zu verhandeln. Das hatte man abgelehnt.

¹⁵ SAPMO-BArch-ZP, Sign.-Nr. J IV 2/2-3204.

4. Epilog

Obwohl das wiedervereinigte Deutschland im Falle Chiles weder ein politisch brisantes Erbe, wie auf Kuba, noch umfangreiche entwicklungspolitische Projekte, wie in Nicaragua, antreten musste, waren die Beziehungen zwischen der DDR und Chile doch Anfang der neunziger Jahre mit einem besonderen Kapitel deutscher Geschichtsaufarbeitung eng verknüpft. Auf der Flucht vor eigener politischer Verantwortlichkeit, sensationshungrigen Medien und eifrigen Berliner Staatsanwälten landete Erich Honecker, nachdem er nur kurzzeitig Unterschlupf im eigenen, nun sehr fremden Land gefunden hatte, zunächst in der chilenischen Botschaft in Moskau – deren Hausherr hieß zu jener Zeit Clodomiro Almeyda – und schließlich bei Ehefrau, Tochter und Schwiegersohn in Santiago de Chile. Mancher aus dem Apparat war bereits vor ihm dort angekommen. Viele der chilenischen Emigranten, die in der DDR gelebt hatten, kamen nach 1990 in Chile in verschiedenen Parteien, der Regierung und der Verwaltung in politische Verantwortung und zeigten sich dankbar für die einst in der DDR empfangene Hilfe. Erich Honecker lebte körperlich gebrochen, aber fest in seiner Starrköpfigkeit in Chile, wo er 1994 verstarb. Es gehört sicherlich zur Ironie der Geschichte, dass dieser Politiker, der erst als Sekretär für Sicherheitsfragen und dann als Generalsekretär für die Abschottung der DDR stand und – zunächst – die „Welt“ und das internationale Parkett so scheute, schließlich „in der Ferne“, auf der anderen Seite der Weltkugel seine letzte Ruhestätte gefunden hat.

Und Ende der neunziger Jahre, als Ex-Diktator Pinochet bei seinem Ausflug nach England unter Hausarrest gestellt wurde, und Vertreibung, Folter und Mord an politischen Gegnern nach dem Putsch gegen den rechtmäßigen Präsidenten Allende mit Verve und einhellig in den deutschen Medien als massive Menschenrechtsverletzungen verdammt wurden, da kam noch einmal die Erinnerung an die Zeit nach dem 11. September 1973. Damals war die Verurteilung in der bundesdeutschen Presse keineswegs so *unisono*, und offiziell gab es schon gar keine Kritik. Immerhin, Pinochet „rettete Chile vor dem Marxismus“, was in den Zeiten des Kalten Krieges als Generalabsolution für jegliche Scheußlichkeit verstanden wurde. Wenn nun also Pinochet am internationalen Pranger stand, fühlte auch mancher aus dem Osten Deutschlands, der vielleicht mit dem Kampf gegen diesen Diktator politisch zu denken begonnen hatte, ein wenig Genugtuung. Wenn man dies alles bedenkt, so gibt es sicherlich aus dem intensiven Verhältnis zwischen Chile

und der DDR Erinnerungswürdiges, vielleicht sogar auch Bewahrenswertes für die heutigen deutsch-chilenischen Beziehungen.

Literaturverzeichnis

- Crome, Erhard/Krämer, Raimund (1993): "Die verschwundene Diplomatie, Rückblicke auf die Außenpolitik der DDR". In: *WeltTrends* Nr. 1, S. 128-146.
- Drechsler, Horst (1978): "Die politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen der DDR zu den Ländern Lateinamerikas". In: *asien, afrika, lateinamerika*, H. 2, S. 289.
- Krämer, Raimund (1994): "Archäologische Grabungen in einer verschwundenen Diplomatie – Zu den Beziehungen der DDR mit Lateinamerika". In: Mols, Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.): *Deutschland – Lateinamerika, Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*. Frankfurt/Main.
- (1997): "Che Guevara und die DDR". In: *Tranvía*, H. 47.
- (1998): "Essay Nr. 7: Von den anfänglichen Hürden, dem Alltag und abrupten Ende einer engen deutsch-kubanischen Liaison". In: Ders: *Der alte Mann und die Insel*. Berlin.

Jorge Rojas Hernández

Leben zwischen zwei Kulturen: Die schwierige Verteidigung des Andersseins im Exil

Zwischen 1973 und 2000 sind 27 Jahre einer tragischen Episode vergangen, die für immer die Geschichte und das Leben der chilenischen Gesellschaft prägen werden. Dieses Kapitel ist noch nicht abgeschlossen, auch wenn die konservativen politischen Kräfte, d.h. die "Sieger", sich nichts mehr wünschen als eine neue Seite aufzuschlagen, die Vergangenheit zu vergessen, einfach nur an die Zukunft zu denken und zuzulassen, dass die Toten ihre Toten begraben, auch wenn diese immer noch nicht wieder aufgetaucht sind. Bei der Rückkehr Pinochets nach Chile nach seinem langen Arrest in London warteten jedenfalls auf den Ex-Diktator mehr als 100 Prozesse, die ihn des Mordes, der Folterungen und des Verschwindenlassens von Personen während des Militärregimes beschuldigen.

Am 23. Mai 2000 sickerte die Nachricht durch – und später wurde sie bestätigt – dass vom Berufungsgericht von Santiago die Sonderrechte des Diktators, der sich in der Immunität des Senats verschanzt hatte, aufgehoben worden seien, um ihn vor Gericht zu bringen. Für mich war es so, als ob ich auf diese Nachricht gewartet hätte, um mit der Niederschrift dieses Artikels zu beginnen – vielleicht in der Hoffnung, vorher ein Indiz von Gerechtigkeit zu finden. Die chilenische Rechte, die während des Arrests Pinochets in London gegen die Verletzung der nationalen Souveränität durch England wegen der Festhaltung eines Senators der Republik aufschrie und die die Zuständigkeit der chilenischen Gerichte für die Fälle der Menschenrechtsverletzungen verteidigte, hat jetzt ihren patriotischen Diskurs geändert und bietet politische Reformen an, die den Übergang zur Demokratie endgültig besiegeln sollen – im Austausch gegen die Straffreiheit Pinochets. Dieser Handel wird von ihnen als Paket des "sozialen Friedens" bezeichnet.

Die Geschichte des 11. September 1973 ist noch nicht zu Ende, obwohl der Regierungspalast "La Moneda" wiederaufgebaut und sogar für den Publikumsverkehr geöffnet wurde und die Demokratie bereits vor mehr als zehn Jahren wiedereingesetzt wurde. Chile schreitet unbeirrt auf seinem Weg zur Modernisierung fort, so als ob das Land inmitten der neuen Hochhäuser und des Glanzes der importierten Waren einen Teil seiner Geschichte zurücklas-

sen wollte, um in die Phase der Globalisierung einzutreten. Aber die Wunden der Vergangenheit sind noch nicht verheilt, die Bombardierung hat nicht aufgehört, die Kugeln brennen noch immer im Fleisch, die Toten irren ziellos herum und die Mörder haben sich als zivilisierte Menschen verkleidet.

Mit gewissem Erfolg, ähnlich dem in der Wirtschaft und parallel zu diesem, hat die einflussreiche Elite, allen voran die natürlichen Erben des autoritären Regimes, versucht, das Land "weißzuwaschen" (Moulian 1997: 33), ein Chile ohne Gedächtnis zu schaffen, ein ausgesöhntes Chile, des Vertrauens der Investoren würdig, pragmatisch, frei von Ressentiments, Hass und Rachsucht. Das heißt, ein unternehmerisches Land, das seine Wunden vergisst und seiner Zukunft mit Optimismus entgegenblickt.

1. Der Zusammenbruch von 1973

Sehen Sie, Sie sind Priester und arbeiten in der Kirche. Sie können es sich erlauben, barmherzig und wohlwollend zu sein. Ich aber bin Soldat und trage als Staatsschef die Verantwortung für das ganze chilenische Volk. Das Volk ist vom Bazillus des Kommunismus befallen. Deshalb muss ich den Kommunismus vernichten. Die gefährlichsten Kommunisten sind die *Miristen*. Man muss sie foltern, weil sie sonst nicht singen. Die Folter ist notwendig, um den Kommunismus auszumerzen (so Pinochet in verschiedenen Äußerungen; Ahumada et al. 1989: XXVII).

Diese Äußerungen wurden von Pinochet am 24. Juli 1974 gegenüber dem Bischof Fernando Ariztía und dem Bischof der Lutheranischen Kirche, Helmut Frenz, auf einer Audienz gemacht, die er ihnen in ihrer Eigenschaft als Präsidenten des Komitees "Kooperation für den Frieden in Chile" (COPACHI) gewährt hatte.

Beide Vertreter der Kirche waren im Besitz von zahlreichen, auf ordnungsgemäße Weise beurkundeten Anzeigen gegen konkrete Fälle von Folter und Beweisen über die Existenz von über das ganze Land verstreuten Folterzentren. Für Frenz war der Ausdruck "Verletzung der Menschenrechte" in diesem Moment eine "euphemistische und beschwichtigende" Formel angesichts der äußerst grausamen Verbrechen, die im Namen des Staates und mit dessen Autorisierung begangen worden waren: willkürliche Verhaftungen, Verschleppungen und Verschwindenlassen von Personen, Folter und Mord auf Befehl des Staates. Als die Geistlichen Pinochet gegenüberstanden, zogen sie eine vorsichtige Ausdrucksweise vor und sprachen von "physischen Zwangsmitteln" anstatt von Folter, aber der Diktator rügte sie: "Meinen Sie Folter?" Er verteidigte ohne Umschweife die Notwendigkeit

der Folter als legitimes Instrument zur Bekämpfung derer, die als Feinde betrachtet wurden.

Pastor Frenz bezahlte seinen Einsatz für die Menschenrechte mit der Landesausweisung. Wie viele andere Chilenen musste er das Land verlassen, um sein Leben zu schützen, und in sein Heimatland Deutschland zurückkehren. Seine Person und sein Handeln stehen stellvertretend für die Solidarität Deutschlands mit dem chilenischen Volk, vor allem mit den Verfolgten, unter welchen auch ich mich befand.

Der 11. September 1973 stellt ein traumatisches und unvergessliches Datum im Leben des Landes dar, besonders in jenem der Opfer, d.h. derjenigen, die aufgrund ihrer Ideen und ihres Kampfes für eine gerechtere und egalitäre Gesellschaft verfolgt wurden. Auch heute noch, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, ist der gewaltsame Zusammenbruch der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens der Chilenen in lebendiger Erinnerung.

2. Von der Botschaft ins Exil

Sich in die Deutsche Botschaft in Chile oder in die eines anderen Landes zu begeben, war eine echte Heldentat. Die diplomatischen Vertretungen waren von Militärs oder Polizisten abgesichert, die auf jegliche ungewöhnliche Bewegung in ihrer Umgebung achteten, so dass es sehr schwer und riskant war, über eine Mauer zu springen oder an die Eingangstore zu klopfen. Um die Wachen passieren zu können, war die Hilfe von humanitären Einrichtungen wie der Kirche vonnöten. Viele Personen wurden beim Versuch, in die Botschaften zu gelangen, festgenommen. Und schließlich, vor der Abreise, wurden die Ausreisewilligen in der deutschen Botschaft einer Befragung durch Vertreter der deutschen Polizei über ihre politische Betätigung unterzogen. Dabei handelte es sich jedoch um eine "freiwillige" und in höflicher Form durchgeführte Befragung.

Dann die Ankunft in Deutschland, Ende Dezember 1973, mitten im Winter, Kälte und alles unter Schnee. Eine andere Kultur, eine andere Sprache, andere Leute, ein anderes Land. Alles war fremd und komplett anders als in Chile. Das starke Zugehörigkeitsgefühl zur Nation, das die Chilenen seit jeher auszeichnet, verstärkte sich im Exil noch mehr. Die erste Reaktion war, immer alles "schlecht" zu finden, die Zurückweisung der neuen Realität, das Nichtverstehen der neuen Gesellschaft, das durch die Unkenntnis der Sprache und Kultur noch verschlimmert wurde.

Der Empfang war herzlich und gut organisiert. Viele deutsche Familien, vor allem die jüngeren, waren bereit, eine chilenische Familie bei sich zu

Hause aufzunehmen, um auf diese Weise ihre Integration zu erleichtern. In der Tat geschah dies so, wenn auch mit ganz unterschiedlichen Resultaten und einschließlich so mancher kultureller Reibungen. Die grundlegenden Probleme waren bald gelöst, bis hin zur Unterbringung in Instituten, dazu Sprachkurse, Stipendien, Kindergarten für die Kleinen, Arbeit für einige und Leitfäden zum besseren Zurechtfinden mit den Behörden und um die Hürden des Alltags zu meistern.

3. Die Solidarität

Die Kampagnen für Chile, die in Deutschland organisiert wurden, waren beeindruckend. Rasch wurden in verschiedenen Städten unzählige Chile-Komitees gegründet. Nie werde ich die riesige Solidaritätskundgebung Anfang 1974 in Frankfurt/M. vergessen, zu der die Chile-Komitees in Deutschland aufgerufen hatten. Bei diesen Komitees war die Beteiligung der Exilchilenen von fundamentaler Bedeutung. Viele junge Deutsche wurden durch den Putsch in Chile politisiert. Man musste wieder und wieder von der Erfahrung der sozialistischen Regierung Allendes, der Geschichte der politischen Parteien, den Gründen für den Militärputsch und den Perspektiven für den Kampf erzählen. Die Chilenen blieben während der ersten Jahre des Exils in ihren jeweiligen politischen Parteien organisiert, was auch in der Reproduktion von politischen Streitigkeiten und in sektiererischen Einstellungen zum Ausdruck kam. Jede Partei hatte ihre eigene Erklärung zum fatalen Ausgang der Geschichte des Landes. Die deutschen Parteien suchten nach Gemeinsamkeiten und unterstützten diejenigen, die ihren eigenen Ideologien oder Doktrinen am ähnlichsten waren. Im Laufe der Zeit spitzte sich diese Tendenz zu und führte soweit, dass die Aktionen des chilenischen Exils sich teilweise durch Irrationalität und Ineffizienz auszeichneten.

Aber die Solidarität der Deutschen war auch sehr spontan und erfasste die Massen. Es wurden zahlreiche wichtige Aktionen durchgeführt, um das Leben von vielen Chilenen zu retten, die sich noch in chilenischer Gefangenschaft befanden. Der Wiederaufbau der Gewerkschaften wurde genauso unterstützt wie arme Ortschaften, Volksküchen und Menschenrechtsorganisationen. Außerdem wurden Gelder für die Unterstützung des Widerstandes gegen die Diktatur gesammelt.

Die ersten Jahre des Exils wurden durch diese immense Solidarität erleichtert, durch die Großzügigkeit vieler Deutscher, die die Situation in Chile an die harte Zeit des Nazi-Faschismus erinnerte, und die gleichzeitig die Hoffnung hegten, zum Ende der Diktatur beizutragen. Die Leute glaubten an

den Widerstand, an die historische Fähigkeit des chilenischen Volkes, sich neu zu organisieren. Zu Beginn des Exils glaubte man sogar an die Möglichkeit einer Spaltung der Streitkräfte zwischen den Verfassungstreuen unter Führung des Generals Carlos Prats und den Putschisten, die von Pinochet angeführt wurden. Aber Letzteres geschah nicht und Prats starb zusammen mit seiner Frau bei einem Terroranschlag in Buenos Aires, der von der Diktatur geplant worden war, wie in jüngster Zeit durch die Untersuchungen einer argentinischen RichterIn, die seit 1999 im besagten Verbrechen ermittelt, ans Licht kam. Die Linke verstand den "Gründungscharakter" der militärischen Intervention nicht, und es verbreitete sich die Illusion eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs des Militärregimes. Dieser trat jedoch nicht ein, und die Verzweiflung und der Verdruss unter den Exilierten nahmen zu.

4. Die Verlängerung des Exils

Der Aufenthalt im Exil verlängerte sich, und für einige Chilenen wurde er sogar zum Dauerzustand ohne Möglichkeit der Rückkehr. Einige starben im Exil, ohne dass sie in das Land zurückkehren konnten, in dem sie immer noch ihre Wurzeln hatten. Andere lebten mit dem Gefühl der Schuld, durch das Exil den Kampf aufgegeben zu haben, "Verräter" der revolutionären Bewegung zu sein. Eine kleine Minderheit kehrte, irgendeinem emanzipatorischen Ideal, einem Befehl einer Partei oder dem Ruf irgendeines irrenden Anführers gehorchend, heimlich ins Land zurück und tauchte in den Untergrund ab. Aber alles nützte nichts, die Diktatur überlebte sämtliche vorschnellen Analysen und die gutgemeinten Aktionen, mit denen sie zu Fall gebracht werden sollte. Die Kosten dieser Ideale waren sehr hoch für ihre Verfechter, und in einigen Fällen mussten diese dafür mit der Trennung von der Familie oder sogar dem Leben bezahlen.

Dauert das Exil zu lange, so verwandelt es sich in eine zweite Niederlage. Die Parteien hören auf zu existieren oder verwandeln sich in die letzte Zufluchtsstätten der fernen, unerreichbaren Heimat. Die Solidaritätsaktionen beschränkten sich mit der Zeit auf das Mindestmaß: auf den 1. Mai, den 11. September sowie auf Versammlungen in geschrumpften Komitees. Ein fortschreitender Entpolitisierungsprozess beschlich das Bewusstsein der Mehrzahl der Chilenen, lähmte sie und führte zu Trägheit, Streit zwischen politischen Standpunkten, Misstrauen und Distanzierung unter Freunden.

All dies schlug sich in einer Dispersion und schließlich in der individuellen Suche nach Auswegen nieder. Ein Sektor der Exilierten unternahm alles

Menschenmögliche, um nach Chile zurückzukehren und erreichte dies Mitte der achtziger Jahre auch, als die Diktatur infolge der Proteste, die zu dieser Zeit auf den Straßen Santiagos stattfanden, die Rückkehr von einigen Chilenen ins Land erlaubte und deren Namen in Tageszeitungen und Konsulaten veröffentlichte. Hier handelte es sich um eine legale Rückkehr. Viele Politiker, die heute dem Parlament und der Regierung der *Concertación* angehören, kehrten zu dieser Zeit zurück, aber auch viele Chilenen, die unter der Bedrückung des Exils litten und sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren wollten, vor allem jene, die mit "gepackten Koffern" lebten, wie man dies auszudrücken pflegte.

Ein Leben im Exil bedeutet Entwurzelung, die gewaltsame Trennung vom gewohnten territorialen, menschlichen, sozialen und kulturellen Umfeld. Es bedeutet eine Zerstörung der gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Bande des Individuums, indem dieses in ein unbekanntes Umfeld geworfen wird, in dem es im allgemeinen nicht leben will. Das Exil schlägt sich in einer Art innerer Zerrissenheit nieder zwischen einem Teil des Körpers, der dem Ursprungsland verhaftet bleibt und die Akzeptanz der neuen Wirklichkeit verweigert, und einem anderen, der als ein einer neuen Realität aufgesetztes Transplantat überlebt. Diese existenzielle Spaltung ist alltäglich und permanent. Man liest immerzu spanischsprachige Zeitungen, erhält und archiviert Zeitungsausschnitte über die Geschehnisse im Land, hört "Radio Moskau", wo Journalisten im Exil über den Widerstand berichten. Man zählt die Tage, Monate und Jahre inmitten der Schlaflosigkeit, der Müdigkeit und der Hoffnungslosigkeit. Man lebt geteilt und denkt an die Heimat, die Geburtsstadt, die Familienangehörigen, die Freunde. Die Erinnerungen stellen wieder und wieder die Vergangenheit her und verhindern es, dass man sich eine Gegenwart aufbaut, indem man nach der Zukunft späht.

5. Die Schwierigkeit der Integration

Eine Gruppe will ins Land zurückkehren, eine andere versucht, sich in der deutschen Gesellschaft zu integrieren, und eine weitere fällt auseinander. Aber im Grunde wollen alle zurück, nur ihre Strategien, Fristen und Wege sind unterschiedlich.

Der Prozess der Integration in die deutsche Gesellschaft war schwierig. Die erste Hürde besteht in der Sprache, die zweite ist kultureller Natur und die dritte und vermutlich schwierigste besteht im psychisch-kulturellen Widerstand dagegen, das Eigene zu verlieren und auf unterschiedliche Art zu denken und zu handeln. Auf der anderen Seite ermöglichen die Errungen-

schaften des "sozialen Wohlfahrtsstaates" eine passive oder spontane Form der Integration: die Gewöhnung daran, nicht in der Bedürftigkeit zu leben, das Überleben gesichert zu haben, auch ohne die dringliche Notwendigkeit, zu arbeiten oder Deutsch zu sprechen. "Arbeitsamt" und "Sozialamt" sind institutionelle Vokabeln, die für die passive Integration stehen und das Leben im Exil ertragen helfen, auch wenn die wirtschaftliche Abhängigkeit in vielen Fällen zu Frust, Apathie und einer permanenten Depression geführt hat.

Die bei vielen Chilenen vorhandenen Vorurteile und Stereotypen über die deutsche Gesellschaft (die Deutschen sind "kühl", "individualistisch", "programmiert", "rationalistisch", "rassistisch", betrachten sich als "überlegen", sind "autoritär") erschwerten das Verständnis gegenüber der deutschen Gesellschaft und verzögerten deswegen den Prozess der Integration.

Andere integrierten sich durch Konsum. Die deutsche Gesellschaft bot viele Möglichkeiten des Konsums, d.h. des Erwerbs von Gütern, die in den siebziger Jahren in Chile nur für eine Minderheit zugänglich waren. Rasch erwarben die Chilenen Autos, Kühlschränke, Waschmaschinen, Möbel usw., und sie konnten reisen und Urlaub machen. Kein Chilene ist reich geworden, noch hat er das erlebt, was man als "goldenes Exil" bezeichnet, aber es fehlte an nichts Grundlegendem, außer eben am Vaterland. Man gab sich dem Konsum hin, wenn auch in gemäßigter Form, ohne Protzerei. Davon abgesehen mussten auch Hilfgelder an bedürftige Familienangehörige in Chile überwiesen werden.

Aber es gab auch andere, die den Konsum zurückwiesen und beschlossen, auf alternative Weise zu leben, wobei Verhaltensweisen und Werte übernommen wurden, die von der 68er-Bewegung stammten. Man schloss sich Kommunen an und lebte solidarisch. Sie waren nicht in der Mehrzahl, aber sie waren konsequent. Diese Sektoren waren diejenigen, die sich am besten in die Gesellschaft integrierten und am schnellsten die Heimat "vergaßen". Es waren junge Leute, die sich dem deutschen Umfeld angepasst hatten, die mit der Musik, der Kunst und den neuen Formen der zwischenmenschlichen Beziehungen, die aus den sozialen Bewegungen entstanden, vertraut waren.

Sie hatten keine Heimat zu verlieren und waren nicht bereit, hier zu leben und dabei ständig an das weit entfernte Land zu denken, auch wenn sie in ihm das Licht der Welt erblickt hatten. Das schnelle Erlernen der deutschen Sprache, die Knüpfung von Beziehungen mit Deutschen – im Liebesleben und in der Freundschaft, im Studium und am Arbeitsplatz sowie im

alltäglichen Zusammenleben – erleichterten den Weg der Integration in die deutsche Gesellschaft enorm. Die Tatsache, Chilene zu sein, diente ihnen allenthalben als Visitenkarte, weil sie aus dem Sozialismus kamen, aus einem kleinen Land, das sich eine wahrhafte Heldentat vorgenommen hatte, nämlich den Kapitalismus abzuschaffen und den Sozialismus aus der Demokratie heraus aufzubauen. Und deshalb waren sie, obwohl sie geschlagen waren, eine Mischung zwischen “Helden” (Idealisten) und vertriebenen Bürgern aus der Dritten Welt.

Einige dieser an die alternative Kultur angepassten Chilenen schafften es nicht, die Grenze der Heimatlosigkeit zu überschreiten. Ihre Eltern repräsentierten weiterhin die Vergangenheit, die Niederlage, und das alternative Leben war hart und keine Garantie für den Erfolg. Einige der jungen Deutschen aus der alternativen Szene durchlebten auch ihre persönlichen und gesellschaftlichen Dramen, die in der Zurückweisung des Konservatismus und der Bekämpfung des deutschen Staates zum Ausdruck kamen. Eine wirtschaftlich und sozial prekäre Situation, die Orientierungslosigkeit, die Krise der familiären und persönlichen Beziehungen sowie das Fehlen von Kommunikation erschwerten die Möglichkeit und den Versuch, neue Lebensformen und zwischenmenschliche Beziehungen zu gestalten und aufzubauen. Die jungen Chilenen, die zur alternativen Szene gehörten, waren Opfer einer doppelten Frustration: des Unverständnisses der Familie und der Ausgrenzung des radikalsten Flügels der alternativen Szene durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Einige Fälle endeten tragisch, zum Beispiel im Absturz in Drogenabhängigkeit und in kriminelle Verhaltensweisen. Dies wurde durch den Zerfall der Familie verschlimmert: Die Eltern trennten sich, ein Elternteil kehrte nach Chile zurück und nahm eines der Kinder oder alle Kinder mit, sofern diese nicht schon erwachsen waren und in Deutschland blieben.

Andere Chilenen wiederum, die allerdings in der Minderheit waren, versuchten, ein “Gleichgewicht” zwischen dem Alten und dem Neuen zu bewahren: Sie erhielten eine schwierige Beziehung zu Chile aufrecht mittels ständiger Information, Solidarität und der kritischen Analyse der Vorkommnisse und der Parteien, zweifelten dabei an der Effizienz des “Widerstandes” und an den Möglichkeiten für einen Sturz des Militärregimes, litten aus der Ferne an den Razzien, die gegen die jungen Leute in den Dörfern und Ortschaften durchgeführt wurden. Sie unterstützten mit Enthusiasmus und großer Hoffnung die Proteste des Widerstandes in Chile. Gleichzeitig lernten sie Deutsch, fanden eine neue Arbeit und assimilierten die Werte und Verhal-

tensweisen der Deutschen, indem sie die positiven Aspekte der deutschen Gesellschaft respektierten und schätzten. Sie vergaßen nicht ihr Land, aber sie akzeptierten die neue Realität und integrierten sich gesellschaftlich oder sogar politisch, indem sie an der politischen Diskussion in Deutschland teilnahmen. Diese Chilenen knüpften dauerhafte und intensive Beziehungen mit Deutschen; es entstanden Freundschaften, die über die Zeiten und Entfernungen hinweg erhalten bleiben.

6. Das Land, das nicht mehr existierte

Chile hatte tiefgreifende Veränderungen durchgemacht; das Land war nicht mehr das, was es einmal war oder was wir von ihm dachten, das es einmal gewesen war, wenn wir in der Ferne, im Exil, träumten, wenn wir uns an seine Berge und sein Meer, seine Felder und Wiesen, an seine Kultur und seine Familien auf dem Land erinnerten. Jetzt war Chile ein Land, das wegen seiner Diktatur und seiner Exporte in aller Welt bekannt war. Man konnte weder sehr laut noch mit Klarheit sprechen. Die Freunde existierten nicht mehr, sie lebten nicht mehr, waren emigriert oder hatten uns vergessen. Fast nichts blieb von der Vergangenheit, außer dem Namen des Landes und einiger bekannter Ecken und Straßen, auch wenn diese sich verändert hatten, in Geschäfte umgewandelt oder mit Gebäuden bebaut waren. Das heißt, manchmal hatte der Zement die Erinnerungen zugedeckt und hatte die kleinen Häuser weggewischt, wo wir leise miteinander sprachen und glaubten glücklich zu sein, ohne große Ambitionen oder Globalisierung.

Jetzt war das Land international geworden, suchte nach Nischen für seine Waren. Der Handel und der Profit überschwemmten das Vokabular und die Sorgen der Chilenen. Der RUT (*Rol Único Tributario*), eine Art Strahlungsnummer und Symbol der kreolischen Modernität, ist das Wichtigste im täglichen Leben. Ohne RUT kann man nichts machen, man hat keine Identität und keine Würde und genießt keine Glaubwürdigkeit. Wer keinen RUT hat, gehört weder irgendwo hin noch hat er einen Wohnsitz, sondern ist schlicht und einfach heimatlos. Er ist unerlässlich, um eine Arbeit zu finden, mit Scheck zu bezahlen, ein Bankkonto zu eröffnen, eine Kreditkarte zu bekommen, sich an der Universität zu immatrikulieren, etwas zu kaufen oder zu verkaufen, zu heiraten oder die Ehe aufzulösen, zu reisen, das Land zu verlassen oder wieder einzureisen, um einen Brief von der Post zu erhalten. Für alles ist er unerlässlich, und es wird in allen möglichen Situationen nach ihm gefragt. Der Prozess der Reintegration, der Re-Chilenisierung, läuft über den besagten RUT. Mit der Zeit hat man ihn akzeptiert, hat ihn auswendig

gelernt und kann ihn ohne Zögern hinschreiben wie etwas, was zu unserem Innersten gehört. Er ist ein Teil des modernen, individuellen und individualisierten Chile.

Vieles kann man schlicht und einfach nicht verstehen. Die Sprache ist nicht direkt, sie ist weitreichend strukturiert und verschlüsselt. Und die *Codes* für die Entschlüsselung sind unverzichtbar, um Zutritt zur neuen Gesellschaft zu erhalten, um sie zu verstehen und die geeigneten Lücken für eine Integration zu finden. Oft bedeutet ein „Ja“ Nein, je nachdem, wie es ausgesprochen wird. Unter der Diktatur konnte man nicht offen sprechen, man musste sich tarnen, die Dinge auf eine andere Weise sagen. Die Sprache verwandelte sich in ein fundamentales Instrument für das Überleben. Man soll bloß nichts wissen; Wissen oder Information stellen eine Gefahr dar, weil sie von den Geheimdiensten als Bedrohung angesehen werden. Je „dümmer“, weniger informiert und weniger „intelligent“, desto besser für den Bürger. Unschuld und Naivität sind Tugenden, die von der militärischen und wirtschaftlichen Macht sehr geschätzt werden. Und den Zustand der Unschuld kann man lernen, wenn man ein bisschen schlau ist. Aber später bleiben die Sprache und deren Spätfolgen, überdauern in der post-diktatorialen Gesellschaft als Erbe.

20 Jahre oder länger in der Ferne erzeugen eine bedeutsame Distanz zwischen denen, die fortgingen und heimkehrten. Die neuen sozialen Beziehungen und kulturellen Äußerungen werden einfach nicht verstanden. Man ist fremd oder das Land erscheint einem unbekannt, weswegen es notwendig ist, von vorne anzufangen, in einer Art von neuem inneren „Exil“.

Wo ist die Gemeinschaft? – fragen sich die, die heimkehren. Wo sind meine Wurzeln? Wo ist mein Land? Diese Fragen bleiben unbeantwortet.

Wer ins Exil ging, hatte ein bestimmtes Land im Gepäck. In Deutschland veränderte sich der Exilierte – trotz der inneren Widerstände gegen eine Integration – unter dem Einfluss der deutschen Kultur und der deutschen Wesensart: Er wurde kritischer, offener und anspruchsvoller, formeller und seiner Rechte bewusster. Der Markt und die Diktatur ihrerseits bewirkten eine tiefgründige Veränderung der chilenischen Gesellschaft und der Chilenen selbst: Sie raubten ihnen ihre bürgerlichen und politischen Rechte und reduzierten sie zu bloßen Tauschobjekten.

Die Chilenen mussten ihrer Vergangenheit abschwören und ihre Traditionen vergessen. In erster Linie fand eine Entpolitisierung statt: Die Politik, die vom Militärregime um ihr Ansehen gebracht und unterdrückt worden war, verlor ihren Sinn im alltäglichen Leben der Bürger. Jetzt musste man

von der Politik absehen, um leben zu können. Die Politik verwandelte sich in etwas Gefährliches und Unerwünschtes. In zweiter Hinsicht ließen die Chilenen den Gemeinschaftssinn hinter sich, um in individueller Form und als Konkurrent dem Fortschritt beizutreten. Der Individualismus entsteht aus der Herrschaft des Marktes und dem Fehlen eines Sozialstaates. Um im Leben erfolgreich zu sein, muss man den Dschungel des Marktes auf eigene Faust durchqueren.

Die Heimgekehrten trafen auf eine andere Art von Chilenen, deren Wesen in nichts mit demjenigen übereinstimmt, das sie in der Vergangenheit kannten. Diese Realität wird nicht verstanden oder will nicht verstanden werden, weil sie schmerzhaft und verwirrend und nur schwer zu akzeptieren ist. In diesem Fall kann man nach Deutschland zurückgehen, sei es gedanklich oder tatsächlich. Man lebt gespalten, mit vielen Ländern und Wirklichkeiten im Kopf und ohne dabei eindeutig irgendwohin zu gehören.

7. Exil oder der Preis des Andersseins

Die nachfolgenden Aussagen von Zeitzeugen bestätigen die Schwierigkeiten, die den Prozess der Reintegration derjenigen Personen kennzeichnen, die im deutschen Exil lebten. Der persönliche oder subjektive Aspekt ist von wesentlicher Bedeutung, um besser nachvollziehen zu können, was es bedeutet, sich in eine Gemeinschaft wiedereinzugliedern, die man verloren hat, in eine Gemeinschaft, die nicht bereit ist, die ausgewanderten Söhne mit offenen Armen zu empfangen, auch wenn diese unfreiwillig und unter Zwang fortgegangen waren.

Bei meiner Rückkehr nach Chile 1983 hatte ich Probleme damit, die Ausdrucksweisen der Chilenen zu verstehen. In demokratischen Kreisen, wo man normalerweise Beziehungen unterhielt, erwies es sich als sehr schwierig, Kontakte zu knüpfen. Die Leute beobachteten dich mit Misstrauen, wie ein "seltsames", andersartiges und anders gekleidetes Wesen. Sie blieben drinnen, in Chile, und du gingst fort ins "goldene" Exil, wo es dir blendend ging, während es denen, die blieben, schlecht ging und sie sich aufopferten. Man spürt beruflichen Neid. Deswegen gab es keine Möglichkeit der Kommunikation. Man musste an andere Dinge denken. Ich sprach nicht mehr davon, dass ich im Exil gewesen war. Ich versuchte, die Tatsache, im Exil gewesen zu sein, auszulöschen. Jedesmal fiel es mir schwerer, zu sagen "ich war im Exil" ...

Einige ehemalige Exilierte lebten ihrerseits in Santiago in der Vergangenheit. Sie trafen sich und sprachen darüber, wie gut die Bratwurst und das Bier geschmeckt hatten und was für eine gute Zeit sie in Hamburg oder in Hannover gehabt hatten. Immer die gleichen Geschichten. Nun sprachen sie schlecht über Chile, alles fanden sie mies, genau so wie in Deutschland, zu Beginn des Exils, alles schlecht gewesen war.

Die Leute verarbeiteten die Erfahrung des Exils nicht, jedenfalls nicht in dem Sinn, dass sie sagen konnten, das und das war gut oder schlecht. Und genauso wenig wurde die Heimkehr verarbeitet. Die Erfahrungen des Exils wurden weder analysiert noch wurde über sie gesprochen. Bei meiner Arbeit zwischen 1985 und 1991 in der OIM (Internationale Organisation für Migration) mit heimgekehrten Exilierten konnte ich diesen Mangel feststellen, das Fehlen von Artikulationsräumen und Diskussionen über die Erfahrungen des Exils ...

Worin schlugen sich die Erfahrungen des Exils nieder? Die chilenische Gesellschaft schuf keine keinen Raum dafür, die Erfahrungen, die die Exilierten im Ausland gemacht hatten, zu nutzen. Der erweiterte Horizont, der von außerhalb gebracht wurde, wurde nicht gebührend geschätzt. Der Beitrag, den diese andere Sichtweise für die Entwicklung der chilenischen Gesellschaft bedeuten könnte, wurde nicht erkannt. Im Gegenteil, man dachte: Hoffentlich erfährt keiner, dass du im Exil warst! ...

Eine Integration in die chilenische Gesellschaft erweist sich als sehr schwierig. Es findet keine tiefgründige Integration deines Wesens statt, weil die anderen deine Werte nicht erkennen, nicht sehen, wer du bist. Dieses Land ist sozial tief gespalten. Ein gesellschaftlicher Sektor kennt den anderen nicht. Wir stellen einen zusätzlichen Bruch dar. Aber was zu vertuschen versucht wird, kann nicht vertuscht werden, immer kommt es zum Vorschein, schimmert hindurch. Die Leute in Chile sehen nur Teilwahrheiten. Niemand sagt, dass das Problem der Menschenrechte ein Übel ist, das alle angeht, genauso wie das beim Exil der Fall ist. Man lebt eingesperrt, zieht sich in die Arbeit zurück, hat wenig Freunde ...

Wir waren anders. Es ist sehr schwierig, sich mit dem Anderssein abzufinden und als anders akzeptiert zu werden. Gleichzeitig kannst du dich nicht vollständig integrieren, weil du anders bist, aber nicht als solcher akzeptiert wirst. In Deutschland lernte ich, toleranter zu sein und die Dinge und Probleme aus einer erweiterten Perspektive zu sehen. Dort ist es möglich, anders zu sein; das Anderssein wird respektiert und es gibt mehr Chancen. In Chile ist die Gesellschaft oberflächlicher, was den Dialog und die Kommunikation erschwert. Wenn man jetzt noch die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und die niedrigen Einkommen hinzurechnet, ist das Bild der Schwierigkeiten der Wiedereingliederung komplett... (so eine Deutschland-Rückkehrerin im Interview am 4.6.2000).

Mario kam im Dezember 1976 nach Deutschland. Er lebte bis 1990 im Ruhrgebiet, in Bochum, Essen und Gelsenkirchen, und kehrte danach nach Chile, in die Stadt San Felipe, zurück. Er war jung, als er nach Deutschland kam, studierte Sozialpädagogik und arbeitete für eine Einrichtung, die an die Evangelisch-Lutheranische Kirche gebunden war. Er arbeitete aktiv in Chile-Solidaritätskomitees und unterstützte soziale Projekte. Er solidarisierte sich mit den diskriminierten Ausländern in Deutschland und integrierte sich gut in das Leben in Deutschland, indem er grundlegende Aspekte der deutschen alternativen Kultur in sich aufnahm: Er schloss sich den Bewegungen für Abrüstung und für Frieden an, der Umweltschutzbewegung der Grünen sowie den Versuchen eines Aufbaus von neuen zwischenmenschlichen Bezie-

hungen. Schließlich kehrte er nach Chile zurück, um dort in einem Heim für Kinder in problematischer Situation, das zum Bistum von San Felipe gehört, zu arbeiten und seine in Deutschland erworbenen pädagogischen Kenntnisse einzubringen. Auch Mario hat Schwierigkeiten bei seinem Prozess der Integration in das chilenische Umfeld durchgemacht:

Die Integration war schwierig, vor allem in einem kleinen Dorf. Die Hürden haben mit einem tiefschürfenden Argwohn zu tun. Die Leute haben Angst, dass du ihnen die Arbeit wegnimmst, weil du in Deutschland studiert hast. Bei der Arbeit machten sie mir das Leben schwer, weil sie glaubten, ich könnte befördert werden. Wie äußerte sich diese Feindseligkeit? Gut, bei der Arbeit gaben sie mir eine formell wichtige Stelle, die des pädagogischen Koordinators, aber die Kollegen kamen nicht zu den Pädagogik-Tagungen, die ich organisierte und die Heimleiterin unterstützte mich nicht, was sich in beruflichem und persönlichem Frust niederschlug. Aus diesen Gründen beschloss ich, die Stelle aufzugeben ...

Ein Jahr lang war ich Beamter im Wartestand und konnte keine Arbeit finden. Ich und meine deutsche Frau dachten sogar daran, nach Deutschland zurückzugehen, wenn wir keine Arbeit finden würden. Am Ende entschlossen wir uns zum Bleiben, und dank der wirtschaftlichen Unterstützung durch Schweden und durch die evangelische Kirche Deutschlands sowie durch den institutionellen Rückhalt durch das Bistum organisierte ich ein Jugendheim und ein Heim für junge, misshandelte Frauen. Auf diese Weise schafften es diese jungen Leute, ein Zuhause und eine Familie zu haben, zu studieren und einen Platz in der Gesellschaft zu finden ...

Was mich am meisten in Chile störte war der “chaqueto”, d.h. die Versuche, zu verhindern, dass man auf der sozialen Leiter aufstieg oder besser war, sowie die Existenz von “pitutos”, also der Praxis der Vorteilsnahme aufgrund der gesellschaftlichen oder beruflichen Position oder der Beziehungen, die man hatte. Ebenso beeindruckte mich die geringe Echtheit in den persönlichen Beziehungen. Die persönlichen Beziehungen sind verfälscht, es wird lange um den heißen Brei herumgeredet, bevor die Wahrheit gesagt wird, man ist weder direkt, noch offen. In Deutschland hingegen herrscht eine größere Offenheit in den persönlichen Beziehungen, die Probleme werden offen und ohne Umschweife diskutiert ...

Was mich auch beeindruckte, war die Angst, die in der Gesellschaft existierte, die Furcht vor einem Zurückdrehen des Rades, obwohl man in einer Demokratie lebte. So zum Beispiel wurde das Thema der Menschenrechte sehr eingeschränkt behandelt. Die Mehrzahl der Leute will ohne Rachegeschichten leben und die Gerechtigkeit bedeutet ihnen nicht allzu viel. Sie sagten, dass sie viel leiden müssen. Hinzu kommt der Materialismus und das Konsumstreben, der Wunsch, immer mehr Dinge zu haben, im Besitz von Kreditkarten zu sein und sich über seine Einkünfte hinaus zu verschulden ...

Es ist mir schwer gefallen, mich zu integrieren, und dies trotz aller Anstrengungen. 1997, nach der Trennung von meiner Frau, was das Zerbrechen eines Teils meiner bikulturellen Bindung bedeutete (ich bewahre jedoch diese Bindung weiter mit meinem Sohn), sah ich mich der natürlichen Notwendigkeit gegenüber, ein neues Geflecht von sozialen Beziehungen aufzubauen, welche von diesem

andauernden Sich-Beugen und Nachkommen zweier unterschiedlicher kultureller Muster "befreit" waren. Nicht, dass etwa das "Deutsche" in mir verschwunden wäre, sondern vielmehr wurden meine Beziehungen offener. Aber dennoch sind sie auch jetzt nicht einfach. In der Liebe zum Beispiel gibt es oft große Probleme, und zwar wegen der unterschiedlichen Erwartungen, die bestehen. In diesem Punkt habe ich immer noch einen gewissen deutschen Einfluss: ich lasse mich nicht so schnell "einfangen". Aber ich musste anfangen, die chilenische Wirklichkeit gründlicher zu leben, und zwar so wie sie ist, und auf diese Weise wurde ich besser akzeptiert. Trotz dieser Veränderung habe ich dennoch immer noch Integrationsprobleme. Ich werde gerügt, sehr "kühl" in den persönlichen Beziehungen zu sein, was heißt: sehr 'deutsch', was aber nicht wahr ist, ich bin einfach nur anders. Die Integration ist ein hartes Stück Arbeit (Interview mit Mario, einem Deutschland-Rückkehrer am 4.6.2000).

Die Schwierigkeit der Integration erklärt sich aus den sozialen und kulturellen Transformationen, die sowohl der Zurückkehrende erfährt als auch die Gesellschaft, in die er sich wieder eingliedern will. Die Chilenen haben kein Interesse an der Rückkehr derer, die fortgingen, vor allem dann nicht, wenn diese eine "Bedrohung" für ihre Position darstellen können. Außerdem sind die, die fortgingen, jetzt "anders", das heißt, sie sind Ausländer, halb Deutsche (im Fall derer, die in Deutschland lebten), und das stört die Chilenen, die es gewohnt sind, die Minderheiten zu diskriminieren, wie dies bei den ethnischen Minderheiten – etwa dem Volk der Mapuche – der Fall ist. Der Chilene "von außerhalb", der jetzt ein ehemaliger Exilierter ist, erweist sich als zu "anders"; er repräsentiert nicht das heutige Chile. Die "fremden" Chilenen wollen sich keinen Diskurs anhören über das "Opfer", das sie erbrachten, als sie sich fürs Vaterland einsetzten und im Land blieben. Hinzu kommen die herrschende Kultur des Misstrauens und der ebenfalls herrschende, prämodern erscheinende Individualismus; beide erschweren die zwischenmenschlichen Beziehungen zusätzlich.

Was in diesem Land an Schlechtem passiert, wird auch mit besonderem "Nationalstolz" gemacht. Einmal parkte ein "moderner" Chilene seinen enormen Lieferwagen auf unzulässige Weise vor einem Supermarkt und ging einfach einkaufen, obwohl er mehrere Autos von Leuten, die wie er auch einkauften, zugeparkt hatte, anstatt seinen Lieferwagen auf einen der freien Parkplätze zu stellen. Als ich ihn in anständiger Form fragte, warum er mitten auf der Straße geparkt hatte, antwortete er: "Also wenn es Ihnen hier nicht gefällt, dann gehen Sie doch in Ihr Land zurück...!" Bei Ausländern brauchte man sich nicht zu entschuldigen. Ein weiteres Beispiel dafür, ähnlich wie das erste, nur viel ernster, passierte 1996: Anlässlich eines studentischen Konflikts an der Universität schrieb eine kleine Gruppe von Studenten an eine Wand: "Sollen sie doch ins Exil zurückgehen", womit sie

die Dozenten meinten, die das Exil erlebt hatten. Und dies, obwohl die Probleme, um die es ging, mit dem Fehlen von staatlichen Mitteln für die Universitäten zu tun hatten, und obwohl die zurückgekehrten Dozenten das Anliegen der Studenten energisch unterstützten. Es war sehr hart für uns, diesen mit Ressentiments beladenen Satz zu lesen. Übrigens besteht weder ein Grund, noch der Wunsch zur Verallgemeinerung. Aber es ist schwer, als Exilant akzeptiert und anerkannt zu werden. Dies ist nur möglich, wenn man sich seinen eigenen Platz in der Gesellschaft schafft, indem man die lokalen Regeln akzeptiert, aber ohne dabei auf das Anderssein, auf die eigene Identität, zu verzichten.

Welcher Gesellschaft gehört man an? Die Globalisierung oder das "global village", von dem so viel gesprochen wird, gibt keine Antwort auf diese Frage. Ich kann einzig sagen, dass in dem Maße, wie Chile immer weniger ein einheitliches Land ist und seine Identität als Land verliert, dass es sich in diesem gleichen Maße als lebenswichtig erweist, eine andere Kultur in sich aufgenommen zu haben.

Literaturverzeichnis

- Ahumada, Eugenio et al. (1989): *Chile: La memoria prohibida*, 3 Bde. Santiago.
- Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación (Comisión Rettig) (1991): *Síntesis del Informe de la Comisión Verdad y Reconciliación*. Santiago.
- Guillaudat, Patrick/Mouterde, Pierre (1998): *Los movimientos sociales en Chile 1973-1993*. Santiago.
- Lira, Elizabeth/Loveman, Brian (1999): "Derechos humanos en la transición 'modelo': Chile 1988-1999". In: Drake, Paul/Jaksic, Iván (Hrsg.): *El modelo chileno. Democracia y desarrollo en los noventa*. Santiago.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual. Anatomía de un mito*. Santiago.
- Rojas, Jorge (2000): "La sociedad chilena postdictatorial. Entre la modernización y el imaginario democrático". In: *Nueva Sociedad*, Bd. 165.

**Ein Roundtable-Gespräch mit Dieter Boris,
Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg.**

Chile und die deutsche Linke

Wir haben uns heute hier in Hannover getroffen, um wichtige Einschnitte in der jüngeren Geschichte Chiles – insbesondere die Ereignisse der Allende-Zeit, den nachfolgenden Militärputsch und die Diktatur – zu besprechen und in ihrer Bedeutung für die deutsche Linke zu eruieren. Dabei werden wir am Ende sicher noch auf die aktuelle Situation zu sprechen kommen, die ja sehr kontrovers eingeschätzt wird. Fangen wir vielleicht mit einigen persönlichen Eindrücken an. Was hat seinerzeit deutsche Wissenschaftler nach Chile, ein doch recht abseitiges Land, getrieben?*

Müller-Plantenberg: Ich wurde 1968 eingeladen, um an einem einjährigen Forschungsprojekt über die Provinz Talca teilzunehmen. Es war das letzte Regierungsjahr von Eduardo Frei. Mein deutscher Kollege Franz Hinkelammert, der in Chile arbeitete, bat mich drei Jahre später, doch als Gastprofessor und Gastforscher an die Katholische Universität zu kommen. Dem habe ich gerne entsprochen, obwohl das Gehalt, das wir da bekamen, in US\$ berechnet außerordentlich niedrig war, der Escudo war damals schon sehr stark gesunken. Ich habe also von März 1972 bis März 1973 in Chile in einem Projekt gearbeitet, in dem es um die Wirtschaftsprogrammatik der Regierung der *Unidad Popular* ging. Dass ich erst im März 1973 nach Deutschland zurückkehrte, hatte den Vorteil, dass ich gerade noch bis zum Putsch Zeit hatte, eine gewisse Infrastruktur für die spätere Solidaritätsarbeit aufzubauen.

Boris: Mein Bezug zu Chile stammt aus dem Jahre 1970, und zwar genau dem September 1970. Mit dem Wahlausgang hatte sich mein und das Interesse einer kleinen Arbeitsgruppe in Marburg auf Chile gerichtet, so dass wir uns eingehend damit befasst haben. Ich selbst bin erst später nach Chile gekommen, war vom 15. Februar bis zum 1. Mai 1973 dort.

* Das Interview mit Dieter Boris, Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg führten Detlef Nolte und Peter Imbusch am 12.9.2000 im Institut für Soziologie der Universität Hannover.

Ich bin dann im Mai zurückgefahren und habe somit die Entwicklungen zum Putsch miterlebt. Später bin ich 1980 noch einmal nach Chile gereist. Mein Interesse wurde über die politische Entwicklung, insbesondere die Wahl 1970, ausgelöst.

Meschkat: Man müsste sich eigentlich die Frage stellen, warum man sich überhaupt mit Lateinamerika beschäftigte. Ich bin durch einen merkwürdigen Zufall dort hingekommen. Eigentlich war ich Osteuropa- Soziologe und Historiker und hatte an der Freien Universität einen Kurs von Stipendiaten zu betreuen, die von einem Rockefeller-Programm finanziert wurden, junge Lateinamerikaner, die sich mit Osteuropa vertraut machen sollten, um in ihren Ländern Osteuropa-Institute aufzubauen. In diesem Zusammenhang, und das war meine erste Begegnung mit Chile, lernte ich drei interessante Chilenen kennen. Einer war der Sohn von Radomiro Tomic, dem Präsidentschaftskandidaten der Christdemokraten, der 1970 gegen Allende unterlegen war. Ein anderer, Gaston Salvadore, wurde später in der Studentenbewegung eine Art Assistent von Rudi Dutschke; und ein Dritter war bei der CODELCO beschäftigt. Das war meine erste Begegnung mit Chilenen. Ich bin dann erst über den "Umweg" Kolumbien, über das ich mit einem Habilitationsstipendium der DFG arbeitete, nach Chile gekommen. In diesem Rahmen war ein Aufenthalt in Santiago vorgesehen, das damals ein intellektuelles Zentrum Lateinamerikas war, was heute kaum noch bekannt ist. Nach einigen Monaten am CESO, einem Institut der *Universidad de Chile*, habe ich mich dann in Concepción im Süden Chiles niedergelassen, wie ich dachte, mit einer festen Professur für lange Zeit. Es dauerte dann nur vom März 1973 bis zum Putsch.

Das hört sich so an, als wenn die politischen Hintergründe für die Beschäftigung mit Lateinamerika oder Chile gar nicht ausschlaggebend waren?

Müller-Plantenberg: Doch, meine Wahl Chiles gegenüber Mexiko oder Panama hatte schon mit der Situation im Land selbst zu tun.

Boris: Für mich schließt die wissenschaftliche Beschäftigung mit einem Land ein, dass man politisch an der Entwicklung des Landes interessiert ist. Man hätte vielleicht von Kolumbien aus auch nach Uruguay gehen können, aber wahrscheinlich nicht nach Guayana.

Meschkat: Ich hatte zu dem Zeitpunkt für den Zweck meiner Arbeit vielleicht auch nach Mexiko gehen können. Dennoch möchte ich noch einmal betonen, dass unabhängig von der politischen Konjunktur der Entscheidung für Chile – generell der Beschäftigung mit Lateinamerika – schon eine politische Motivation zugrunde lag: Die Beschäftigung mit Lateinamerika hatte etwas zu tun mit der Hoffnung auf revolutionäre Veränderungen in der Dritten Welt, mit der Figur von Che Guevara u.a. Dies war für viele das Motiv, sich überhaupt diesem Kontinent zuzuwenden.

Fragen wir einmal nach der konkreten Bedeutung Chiles für die deutsche Linke. Für diejenigen, die das nicht bewusst miterlebt haben, muss man inzwischen erklären, warum das weit entfernte Chile für die Linke in Deutschland Bedeutung gewonnen hat.

Müller-Plantenberg: In der Hinsicht stellen wir eine gewisse Ausnahme dar, denn für die Linke insgesamt oder für die verschiedenen Gruppen der Linken hat Chile wirkliche Aufmerksamkeit eigentlich erst mit dem Militär-Putsch von 1973 gewonnen. Bis dahin musste sich erst noch herumsprechen, dass mit der Präsidentschaft von Salvador Allende der Versuch gemacht worden war, Demokratie und Sozialismus zu vereinbaren oder – wie man damals sagte – den Sozialismus auf demokratische Weise aufzubauen. Ein solches Projekt, das war damals die eigentliche Hoffnung eines eher geringen Teils der Sozialdemokraten und eines eher geringen Teils der Kommunisten, aber eigentlich doch insbesondere die heimliche Hoffnung der 68er-Generation, also der Studentenbewegung und der jüngeren Leute. Es wurde erst in dem Moment des Putsches klar, welche vermeintlich welthistorische Chance da verloren gegangen war, und das hat die Leute dann wirklich erst aufgerüttelt. Man hatte ja ähnliche Hoffnungen mit der Revolution in Kuba verbunden und auch mit dem Prager Frühling von 1968. Es schien so, dass mit Chile ein Land der Dritten Welt das Beispiel für eine Transformation abgeben könnte, die auch in Europa, vielleicht in Italien oder Frankreich, stattfinden könnte. Aber bevor die verschiedenen Gruppen der Linken in Deutschland richtig mitbekommen hatten, was sich in Chile wirklich ereignete, war alles schon vorbei, so dass eigentlich nur noch die Solidaritätsarbeit übrig blieb. Das 'historische Projekt' Chile war damit eigentlich bereits abgeschlossen.

War denn der Putsch oder doch die Wahl Allendes das wichtigere Datum?

Boris: Die Wahl war wohl auch ein Signal und hat die Medienberichterstattung zeitweise auf Chile gelenkt. Aber Chile war ein Land, das man politisch und historisch fast nicht kannte, am anderen Ende der Welt, jenseits der Anden und ökonomisch nicht sonderlich bedeutsam. Das hat sich zwar nach dem 4. September 1970 geändert, aber man kann nicht sagen, dass die Diskussionen der Linken sich jetzt auf den Fall Chile konzentrierten. Die Wenigen, die sich mit Lateinamerika befassten, haben es jetzt stärker in den Blick genommen, aber man konnte die Leute wahrscheinlich an zwei Händen abzählen, die sich nach dem 4. September 1970 mit Chile beschäftigten.

Meschkat: Im Großen und Ganzen würde ich mich dem anschließen. Allerdings möchte ich Eure Äußerungen ein bisschen relativieren, denn dieses Unerwartete in Chile hat doch diejenigen, die sich im weitesten Sinne zur Linken rechneten, beschäftigt. Ich habe gerade eine Korrespondenz mit Rudi Dutschke gefunden, der kein Lateinamerika-Spezialist war, aber sein Interesse daran äußerte. Wir dürfen nicht vergessen, es war ja die Zeit des Zerfalls der frühen Studentenbewegung in zahlreiche konfligierende Gruppen, eine Zeit der Neuorientierung vieler, die Zeit auch der Vorgeschichte und Geschichte der RAF. Alle diese Gruppierungen hatten eine gewisse internationale Orientierung. Man muss sich die Bedeutung von Vietnam und des Vietnam-Kongresses mit der Losung von Che Guevara, "weitere Vietnams zu schaffen", vergegenwärtigen. Dies alles lag in der Luft, und so hat man versucht, Chile zu interpretieren. Die einen betrachteten es als ein Experiment für einen sozialistischen Weg, der durch Wahlen eingeleitet werden könnte, um auf einem friedlichen und graduellen Weg zum Sozialismus zu kommen, und die anderen sagten, dieser Weg wird nicht funktionieren und setzten auf die Mobilisierung von unten, eventuell auch auf den bewaffneten Kampf. Es gab also schon damals verschiedene Versuche mit Blick auf Chile, Argumente für das zu finden, was man selbst an politischen Prioritäten vertrat.

Inwiefern konnte denn Chile da Orientierung bieten?

Müller-Plantenberg: Ich würde sagen: überhaupt gar nicht. Die Interpretation der Ereignisse in Chile war von den eigenen Interessen der politischen

Gruppen und von deren Ideologie geleitet. Man wollte nicht wirklich aus Chile lernen, denn man sagte, aus dem Fall Chile ließen sich folgende Lehren ziehen, aber das waren immer schon die Dinge, die man vorher längst wusste. Im Unterschied zu uns, die wir vor Ort in diesem Laboratorium des Klassenkampfes waren, hat man gar kein richtiges Interesse gehabt, die verschiedenen politischen Konjunkturen und die unterschiedlichen sozialen Interessen innerhalb Chiles genau zu analysieren, sondern man hatte seine vorgeprägte Meinung, und nach den Ereignissen in Chile hat man das eventuell etwas modifiziert. Das Komplizierte ist nicht nur, dass die *Unidad Popular* zuerst große Erfolge verbuchte und dann erst große Probleme bekommen hat, sondern auch, dass innerhalb der *Unidad Popular* ganz verschiedene Interessen existierten und das Regierungsprogramm der *Unidad Popular* ein Programm war, auf das sich alle einigen konnten, weil es schwammig war: Es war anti-imperialistisch, weil es die Verstaatlichung des Großkupferbergbaus verlangte, es war anti-feudal, weil es die Agrarreform stark beschleunigen wollte, und es war anti-monopolistisch, weil es die Banken und die großen Industrien verstaatlichen wollte, aber damit war nichts darüber gesagt, ob es auch anti-kapitalistisch sein sollte. Das blieb dem Interpretationsspielraum der verschiedenen Parteien oder Gruppen innerhalb der *Unidad Popular* anheim gestellt. Große Teile der Sozialisten und die christliche Linke innerhalb der Regierung verstanden es als erste Schritte zur Abschaffung des Kapitalismus, andere, wie die Kommunisten und Radikalen und Allende selbst, verstanden es als die Ermöglichung eines sozial-sensiblen modernen Kapitalismus. Das waren ganz divergierende Interpretationen dieses Programms und entsprechend suchten die Gruppen innerhalb der deutschen Linken nach Partnern auf chilenischer Seite, die sie bestätigen konnten.

Meschkat: Beim Letzten würde ich widersprechen: Ich würde auch Allende und den chilenischen Kommunisten zubilligen, dass sie damals subjektiv glaubten, dass ihre Politik auf eine Überwindung des Kapitalismus hinauslief.

Müller-Plantenberg: Langfristig!

Meschkat: Ja langfristig, das ist richtig. Aber damals gab es auch in der deutschen Sozialdemokratie noch sehr viele, die langfristig auf eine Überwindung der kapitalistischen Ordnung hofften, es allerdings anders machen wollten, als die Kommunisten. Das war damals schon ein gemein-

samer Horizont, und ohne diesen Horizont wäre es auch unverständlich gewesen, dass radikale linke Gruppierungen, die direkter auf den Sozialismus zusteuern wollten, eine Möglichkeit sahen, mit anderen Sektoren zu kooperieren. Es ging doch darum, wie man in einem Land der Dritten Welt den Kapitalismus überwinden kann, sei es durch eine Massenmobilisierung und durch eine Zuspitzung der sozialen Lage kurzfristig, oder mit einer geschickten Bündnispolitik, an die Allende und die Kommunisten glaubten, langfristig. Aber diese Perspektive war doch bei allen vorhanden.

Müller-Plantenberg: Zu der Bündnispolitik möchte ich noch anmerken, dass diese eigentlich komplett gescheitert ist, weil die kommunistische Partei und auch Allende versucht haben, durch immer weitere Zugeständnisse die Mittelschichten auf ihre Seite zu ziehen. Je größer die Zugeständnisse waren, um so unverschämter wurden deren Forderungen. Das war eigentlich der Punkt, an dem das ganze Konzept nicht aufging. Nach dem Programm der UP hätten die Mittelschichten durchaus für die Regierung der *Unidad Popular* sein können.

Boris: Wir waren ja eigentlich noch bei dem Punkt des Stellenwertes des UP-Wahlsieges. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es vielleicht bei Wissenschaftlern, die sich mit Lateinamerika und der Dritten Welt befasst haben, eine Rolle spielte, aber in der gesamten damaligen Ostpolitik war das ein ganz kleines Pünktchen. Wer von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern hat sich denn jemals in Chile sehen lassen? Brandt hat Allende nie kennen gelernt. Das hat keine große Rolle in der Sozialdemokratie gespielt, vielleicht haben sich die "Jusos" interessiert. Chile stand nicht oben auf der Agenda. Es gab keine Solidaritätsbewegung. Es war ein interessantes Land, was man bisher nicht kannte, das nun auf einmal in die mediale Öffentlichkeit geriet. Aber zurück zu dem Realismus der UP-Zielsetzungen, die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen.

Vielleicht können wir übergehen zu einer Bewertung der Unidad Popular und ihrer Koalitionspolitiken. War das Scheitern quasi vorgegeben oder hätte die Unidad Popular Erfolg haben können? Wo lagen die Ursachen für den Militärputsch? Und dann natürlich die zeitgeschichtlich interessante Frage, ob sich rückblickend Euer Urteil über die Hintergründe des Schei-

terns der Unidad Popular verändert hat oder das damalige Urteil weiterhin gültig ist?

Müller-Plantenberg: Ich würde schon sagen, dass bestimmte Ideen, die in der Zeit der *Unidad Popular* Gestalt angenommen haben, nämlich die starke Beteiligung der Bevölkerung an öffentlichen Diskussionen, die Idee der Volksmacht etc., Dinge sind, die doch zu einer positiven Bewertung der *Unidad Popular* beitragen können. Das Hauptproblem der *Unidad Popular* war die mangelnde programmatische Klarheit und die Unentschiedenheit der Beteiligten untereinander in Bezug auf die Interpretation des Programms. Zudem gibt es wenigstens zwei Dinge, die heute von allen relativ positiv bewertet werden, nämlich die Verstaatlichung des Großkupferbergbaus, der seinerzeit einstimmig beschlossen wurde, und die Agrarreform. Chile hätte heute nicht eine so effiziente Landwirtschaft, wenn es diese Agrarreform nicht gegeben hätte. Aber alles andere ist von der Regierung unter der Militärdiktatur systematisch zurückgeschraubt worden, systematisch in andere Richtungen gelenkt worden. Was die Ursachen des Putsches und die Gründe des Scheiterns angeht, so gibt es, glaube ich, nicht nur einen Grund. Es gibt eine ganze Anzahl von Gründen. Man darf m.E. nicht vergessen, mit welcher Insistenz Richard Nixon und Kissinger und der CIA und die von ihm bezahlten Kräfte in Chile versucht haben, von Anfang an das UP-Projekt unmöglich zu machen. Dazu kamen natürlich auch Kräfte in Chile selbst. Dazu gehört aber auch die Tatsache, dass die UP niemals die Bevölkerungsmehrheit wirklich hinter sich hatte, sie konnte zwar auf einen großen Teil der Bevölkerung, immerhin 40%, zählen, aber sie hatte niemals die Mehrheit. Dann muss man die erheblichen Finanznöte, die die Regierung Allende produziert hat, erwähnen und sehen, dass diese Finanznöte dazu geführt haben, dass der Internationale Währungsfonds und die Weltbank eine ungeheure Macht gehabt haben, über das wirtschaftliche Schicksal Chiles zu entscheiden. Die schlechte Bündnispolitik der UP gegenüber den Mittelschichten wurde bereits erwähnt. All das hat dazu beigetragen, dass die UP scheitern konnte.

Boris: Zum Scheitern der UP und der veränderten Einschätzung kann ich sagen, dass man aus heutiger Sicht einen gelungenen Übergang zum Sozialismus für noch unwahrscheinlicher halten muss, als damals. Allein schon wegen der weltweiten Kräfteverhältnisse und den externen Restriktionen: US-Imperialismus, Boykott-Politik, Zahlungsverweigerungen

etc., die ja nicht nur von den USA, sondern auch von mit den USA verbündeten Ländern – selbst sozialdemokratische Regierungen haben teilweise mitgemacht – durchgeführt wurden. Aber ich will noch ein, zwei Punkte hinzufügen, die mir wichtig erscheinen: einmal die fehlende Militärpolitik, die auch der *Partido Socialista* immer wieder bei seinen Analysen als großes Manko herausgestellt hat, d.h. dass das Militär als sakrosankte, professionelle demokratische Institution betrachtet wurde und man nicht versuchte, es irgendwie in den Transformationsprozess einzubeziehen, um wenigstens einen Teil des Militärs im Falle des Falles, der dann im September 1973 eintrat, zu neutralisieren. Das ist m.E. ein ganz großer Fehler gewesen. Der zweite Punkt betrifft die Bündnispolitik. Wenn wir die Stimmengewichtung bei Wahlen anschauen, dann stellt sich in der Tat die Frage, wie realistisch es war, von Anfang an mit einer solch heterogenen Unterstützung eine grundlegende Umwälzung von Ökonomie und Gesellschaft anzustreben, ob es nicht notwendig gewesen wäre, zunächst einmal zu versuchen, die soziale Basis zu erweitern, und nicht die durch die Kommunalwahlen 1971 beflügelte Hoffnung zu nähren, dass man so in den Sozialismus hineinwächst, es ein Spaziergang zum Sozialismus wird. Mit einem solch ungeheuer scharfen Aufbrechen der Klassendifferenzen und Klassenkämpfe, gegen das man irgendwie gewappnet sein musste, rechnete in der UP wohl niemand.

Müller-Plantenberg: Aber die UP hat in dem Moment, als sich andeutete, dass es schwierig werden würde, dass die Verteilungskämpfe zunehmen, auf illegales Vorgehen von Spediteursvereinigungen nicht mit harter Hand reagiert, sondern mit Zugeständnissen, so dass man dieser Angelegenheit nur noch mit einer Regierungsbeteiligung des Militärs Herr werden konnte. Das meine ich mit verkehrter Bündnispolitik. Es geht nicht darum, ob man die Mittelschichten für sich gewinnen will, sondern es geht darum, mit welchen Mitteln man das tut. Wenn diese Mittel zusätzlich den Effekt haben, die Inflation anzuheizen, dann wird es noch schlimmer.

Ihr habt in Eurer Analyse hauptsächlich auf die äußeren, nicht von der UP verursachten Probleme hingewiesen (Imperialismus, falsche Bündnispolitik, ökonomische Zwänge etc.). Ein Großteil dieser Probleme sind aber erst durch die Politik der UP entstanden: Ich denke etwa an die vorauseilende Sozialisierung von Industriebetrieben, die besetzt waren oder besetzt wur-

den, die dann ökonomische Zwänge geschaffen haben, die für die UP als Regierung gar nicht mehr handhabbar waren.

Boris: M.E. lag der wesentliche Grund des Scheiterns darin, dass die UP die Diskrepanz zwischen den Notwendigkeiten einer radikalen Umwälzung und den politischen Möglichkeiten dazu nicht klar genug gesehen hat. Im Prinzip wäre es in Chile notwendig gewesen, nach einem Jahr eine Verfassungsänderung vorzunehmen, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um dann mehr Möglichkeiten zu haben. Das hätte auch eine Politisierung, Mobilisierung, Diskussion bewirkt und vielleicht auch die Mittelschichten stärker einbezogen. Das war eine Grundlinie der falschen Politik, die kurz gesagt in der Unterschätzung der Kräfte des Gegners und einer Überschätzung der eigenen Kräfte bestand.

Müller-Plantenberg: Die Wirtschaftspolitik der UP hat auf bestimmten Illusionen aufgebaut insofern, als sie gesagt hat, man kann massiv umverteilen zugunsten der ärmeren Schichten der Bevölkerung, ohne dass die Produktionsstruktur wesentlich verändert wird. Auf diese Weise wurden die ganzen Engpässe produziert. Man muss sehen, dass im ersten Jahr der UP die Nachfrage nach Kartoffeln, Bohnen und Zigaretten um mehr als 50% zugenommen hat, das ist einsamer Weltrekord. Die Leute haben zum ersten Mal die Gelegenheit gehabt, so viele Kartoffeln zu kaufen, wie sie brauchten, um satt zu werden, und das geschah durch eine Umverteilung zugunsten der armen Bevölkerung. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen, weil ungenutzte Kapazitäten nicht bei Kartoffeln existierten, sondern bei dauerhaften Konsumgütern. Dadurch entstanden Versorgungsschwierigkeiten, die insbesondere bei den Mittelschichten für Konsequenzen politischer Art gesorgt und die Leute aufgebracht haben.

Meschkat: Für mich stellt sich die Frage noch ein bisschen anders. Wenn man auf diesen US-amerikanischen Imperialismus zurückkommt, den man ja heute nicht mehr so gerne erwähnt, also auf die Rahmenbedingungen, unter denen die UP überhaupt angetreten war, und die finstere Entschlossenheit der US-Regierung, dieses Experiment mit allen Kräften zu einem schnellen Ende zu bringen, dann muss man sich fragen, unter welchen Voraussetzungen es überhaupt verantwortlich ist, einen alternativen politischen Weg anzukündigen und zu versuchen, diesen durchzusetzen. Auf einzelne Fehler zu verweisen, also etwa im Militär ein paar

Veränderungen vorzunehmen, oder in der Wirtschaftspolitik diese und jene Maßnahmen zu ergreifen, damit die Sabotage von Teilen der Mittelschichten nicht zum Tragen kommt, darüber kann man sicherlich reden. Aber dann erkennt man, dass die chilenische Linke vor einem grundsätzlichen Dilemma stand, und das Dilemma bestand aus meiner Sicht darin, dass für die Allende-Regierung die Notwendigkeit bestand, in einem großen Umfang die Sektoren der Bevölkerung, deretwegen man eigentlich die Revolution machte, auch wirklich zu mobilisieren, und diese Mobilisierung andererseits notwendigerweise Ängste und Furcht bei den Mittelklassen auslöste. Im Falle der Streitkräfte lässt sich z.B. sagen, dass jeder Versuch, die Streitkräfte wirklich unter Kontrolle zu bekommen, mit einem noch früheren Putsch beantwortet worden wäre. Alle waren sich bewusst, dass diese Kaste unantastbar gewesen und geblieben ist. Die Frage ist dann, unter welchen Voraussetzungen man überhaupt eine Kraftprobe riskieren konnte.

Müller-Plantenberg: Das Erstaunliche an dem chilenischen Militär ist aber doch eigentlich gewesen, eine wie große Zahl von Generälen, Offizieren – von Soldaten gar nicht zu reden – verfassungstreu geblieben ist. Wie sehr diese Verfassungstreue strapaziert worden ist, sieht man alleine daran, dass sich viele Militärs umgebracht haben oder in den Tod getrieben wurden. Die Bourgeoisie in Chile hat nachher die große Leistung für sich selbst vollbracht, dieses Militär insgesamt auf ihre Seite zu ziehen. Das war eine sehr anstrengende und schwierige Angelegenheit, aber sie hat es geschafft und damit den Militärputsch erst ermöglicht. Der Militärputsch war nicht von vornherein abzusehen.

Der Putsch war wohl das einschneidende Erlebnis. Wie hat jeder von Euch den Putsch erlebt? Noch einmal die Frage, warum der Putsch dann die Aufmerksamkeit der Linken viel stärker auf Chile gezogen hat, als etwa die Wahlen 1970?

Boris: Die Ursachen des Putsches liegen auf der Hand. Mit den Wahlen vom 4. März 1973 war deutlich geworden, dass sich die Hoffnungen auf eine Zweidrittel-Mehrheit der Opposition nicht realisieren würden – und damit eine verfassungsmäßige Destitution unmöglich wäre –, jedenfalls nicht auf kurze Sicht. Die Wahlen waren ein relativer Erfolg für die UP (43% der Stimmen), die Opposition hoffte, dass sie unter 33% bliebe, um dann Zweidrittel-Mehrheit im Senat zu haben. Nach den Wahlen ist

deutlich geworden, dass jetzt die letzte Runde eingeläutet würde. Täglich hat man die Steigerung der Aktivitäten der Rechten gespürt, es kam zu Zusammenstößen, Provokationen, Tränengaseinsätzen, und zunehmend gewann man den Eindruck, dass man auf eine gewaltsame Entfernung der Regierung setzte. Dazu wurden alle möglichen Rechtfertigungen herangezogen, etwa das Chaos in der Wirtschaft, beim Privateigentum, die Inflation, die Isolierung nach außen etc. Aber es war dennoch überraschend, dass der Putsch mit einer solchen Härte und in so drastischer Form vonstatten ging, dass mit einer solchen Massivität gegen eine Regierung vorgegangen wurde, die sich nichts hatte zu Schulden kommen lassen, sondern nur auf demokratische Weise die Gesellschaft grundlegend verändern wollte. Das hat auch bei uns einen ziemlichen Schock ausgelöst und hat viele Leute mitgerissen, die vorher Chile nur dem Namen nach kannten, sich kaum für Dritte-Welt- oder Lateinamerika-Fragen interessierten. Es gab eine ungeheure Welle von Bewegung, Mitleid und emotionaler Betroffenheit. Es gab zahlreiche Demonstrationen und vielfältige Proteste.

Müller-Plantenberg: Wir hatten 2½ Monate vor dem Putsch in Berlin eine kleine Informationsschrift gegründet, die alle 14 Tage erscheinen sollte, die *Chile-Nachrichten*, und hatten, wie wir dann nach dem Putsch nachlesen konnten, immer geschrieben, dass es wahrscheinlich nicht zu einem Putsch kommen würde, aber den Weg zu einem Putsch so genau analysiert, dass dem aufmerksamen Leser eigentlich klar sein musste, es wird dazu kommen. Wir wollten nicht glauben, was wir selbst geschrieben hatten. Und deshalb war auch die Empörung bei uns und anderen so heftig. Auf den Putsch in Chile folgten allerlei mögliche Interpretationen, auch solche, die ihn dann sehr schnell als faschistisch abstempelten. Es war ja zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise absehbar, welche sozialen Folgen dieser Militärputsch haben würde, wie es weitergehen würde, sondern es hat ein halbes Jahr gedauert, bis die enge Verbindung zu den *Chicago Boys* und ihrer Idee von einer "Revolution für eine freie Gesellschaft" klar wurde.

Meschkat: Ich habe ja den Putsch und die Zeit vor dem Putsch in Chile selbst miterlebt und möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Rolle des Militärs zurückkommen, weil ich mich deutlich an die Zeit Anfang August 1973 erinnere, also 5-6 Wochen vor dem Putsch. In der Provinz war die Lage noch schlimmer als in Santiago. Wir hatten in

Concepción eine große Veranstaltung mit Beteiligung der Gewerkschaften, eine Veranstaltung zum Protest gegen die Folter in der Kriegsmarine. Es war bekannt geworden, dass hier Matrosen, die es gewagt hatten, sich politisch zu erkennen zu geben oder sich zu betätigen, auf die übelste Weise gefoltert worden waren. Darüber wurde in dieser legalen Veranstaltung berichtet. Am Ende wurden alle Teilnehmer, zu denen auch ich gehörte, von *Carabineros* durch die Straßen gejagt, gegen die Wand gestellt, untersucht, eingeschüchtert, d.h. die Rolle des repressiven Apparates war schon unter der Allende-Regierung prekär. Ein anderer Aspekt, an dem dies gezeigt werden kann, waren die provokativen Durchsuchungen der Betriebe und der *poblaciones* nach dem Waffenkontrollgesetz, die im Grunde genommen zeigten, dass Teile des Staatsapparates nicht unter der Kontrolle der Regierung standen. Das wollte ich stärker in den Mittelpunkt rücken, dass nämlich der Anspruch der Regierung der UP, wirklich die Macht in Chile in der Hand zu haben, teilweise fiktiv war. Die Frage war doch, wie viel Zeit nötig wäre, um die Kräfteverhältnisse zu verändern. Der Putsch kam auch deswegen, weil trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Niederlage der UP aus sich heraus gar nicht zu erkennen war, er kam auch deshalb, um all diese Prozesse zu unterbrechen und ein Ende zu setzen. Die Unausweichlichkeit einer solchen Zuspitzung wurde von Tag zu Tag deutlicher. Dass der Putsch ein solches Echo gefunden hat, hatte auch etwas damit zu tun, dass so Viele Hoffnungen auf dieses Experiment gesetzt hatten.

Müller-Plantenberg: Im Vergleich zu Argentinien kann man sagen, dass Isabel Perón und der Hexer ja gegenüber Allende nicht gerade Lichtfiguren darstellten, sondern im Gegenteil einen Putsch durchaus verdient hatten – wenn auch nicht diesen Putsch! Mit der Regierung der UP waren tatsächlich große Hoffnungen verknüpft. Trotz der Zuspitzung des Klassenkampfes und einer extrem chaotischen politischen Organisation hat die UP nicht verloren, sondern sie hatte sich gehalten oder sogar ihren Stimmanteil verbessert. Deshalb war in dem Moment das Entsetzen so groß.

Hat der Putsch auch die Strategie- oder Theorie-Diskussionen der deutschen Linken beeinflusst? Wir wissen ja beispielsweise, dass in Italien der "historische Kompromiss" der Kommunisten sehr stark von der chilenischen Erfahrung beeinflusst wurde.

Boris: Das ist jetzt ein schwieriges Terrain, aber man kann ganz allgemein sagen, dass dieser Vorgang keinen großen Reflexionsprozess oder Forschungsprozess "Wie war's" und "Wäre es möglich gewesen?" ausgelöst hat. Er hat eher eine Befestigung von vorher vorhandenen Vorurteilen ausgelöst. Jeder hat sich bestätigt gefühlt: die K-Gruppen, die maoistischen Gruppierungen, die sozialdemokratischen und auch die KP-Kräfte. Es gab sicherlich auch noch andere Gruppen, links-sozialistisch unabhängige Gruppierungen, Sponti-Gruppen, aber gerade die hatten mit Chile nicht sehr viel am Hut.

Müller-Plantenberg: Doch, die Chile-Komitees waren beispielsweise rein spontaneistisch!

Boris: Aber ganz generell kann man sagen, dass Chile nicht den Reflexionsprozess ausgelöst hat oder die Leute irgendwie die Fronten hat wechseln lassen, da es ohnehin schon diese Instrumentalisierungsattitüde gab. Das ist durch die Ereignisse noch verstärkt und später durch die unmittelbare, tagtägliche Arbeit überdeckt worden. Es war also nicht so, dass viele politische Kräfte dies theoretisch intensiv bearbeitet hätten, zumindest nicht in den ersten Monaten nach dem Putsch.

Müller-Plantenberg: Immerhin gab es eine Reihe von europäischen Kongressen über Chile. Ich entsinne mich an einen, wo nur so allgemeine Prinzipien beschworen wurden, aber keine Strategien diskutiert wurden. Es gab allerdings interessante Reaktionen, etwa als die portugiesische (Nelken-)Revolution stattfand, aber kaum ein Wort über Portugal verloren wurde, weil man aufgrund der chilenischen Erfahrung gesagt hat: "Militärs sind das Letzte. Von Militärs kann man nichts verlangen, Militärs machen immer das Schlimmste, was man sich vorstellen kann." Das Interessante oder auch Traurige war, dass schon wenige Wochen nach diesen Chile-Kongressen ein Teil der Leute, die da teilgenommen hatten, umgestiegen ist auf das Thema Portugal und sich nicht mehr weiter für Chile interessierte.

Nach dem Putsch im Exil haben sich ja die Parteien zunächst einmal weiter aufgesplittert, und es gab die unterschiedlichsten Interpretationen über die Hintergründe des Putsches, auch die Strategie gegenüber dem Militärregime innerhalb der chilenischen Exilgruppen. Verließ diese Diskussion weitgehend in kleinen Zirkeln oder hat sich die deutsche Linke, soweit die Zielgruppen in Deutschland waren, auch eingebracht?

Müller-Plantenberg: Also innerhalb der Solidaritätsbewegung hat es natürlich Verdoppelungen in dem Sinne gegeben, dass die verschiedenen chilenischen Parteien und Gruppen ihre besonderen Vertrauensleute haben wollten. Auf der deutschen Seite gab es vielfach dieses Bemühen, die Solidarität als Einbahnstrasse zu betrachten, nach dem Motto "Wir müssen sie unterstützen, wir hier sind in der Pflicht". Aber das hatte wenig mit den politischen Diskussionen zu tun, sondern das wurde immer mehr von "Berufssolidariern" betrieben. Auf der anderen Seite gab es natürlich unter den Exilierten Bemühungen, Anschluss an die deutsche Realität zu finden, besonders stark bei den Frauen. Es hat auch abgestufte Formen der Identifikation mit dem Gastland gegeben: Manche lebten nur in ihrer Welt, nur in Chile, andere, die sich hier vollständig integriert haben, und praktisch zu Deutschen geworden sind.

Wir haben bisher über die westdeutsche Linie gesprochen, gab es auch Reaktionsformen in der DDR oder hat das im Gegensatz zum Westen keine Rolle gespielt?

Müller-Plantenberg: In der DDR gab es erstens von Berlin aus so etwas wie eine Unterform des offiziellen Anti-Faschismus, d.h. der chilenische Putsch wurde mit aller Macht abgelehnt; zweitens wurde das chilenische Exil und die chilenische Opposition mit allen Mitteln unterstützt. Die Chilenen, die in der DDR exiliert waren, haben in der Regel sofort Arbeit bekommen, ein Mindestmaß an materieller Unterstützung, es wurde ihnen allerdings abgefordert, dass sie politisch diszipliniert zu agieren hätten, so wie das in der DDR notwendig war. Ich entsinne mich daran, dass ein kommunistischer Arzt, der vor seiner Übersiedlung in die DDR noch eine Woche bei uns gewohnt hatte, nach zwei Jahren zu uns kam und sagte, er wollte sich einfach nur einmal aussprechen. Er erzählte dann entsetzt, dass seine Kinder offen rassistische und anti-semitische und nazistische Sprüche in der Schule gehört hätten, es ihnen aber strikt verboten worden sei, darüber zu reden. Das hatte diese Chilenen doch sehr entsetzt, das war die andere Seite der Medaille dieses offiziellen Anti-Faschismus.

Wir sollten dann zur Militärdiktatur selbst kommen. Wie waren hier die Einschätzungen der Linken? Am Anfang war nicht absehbar, dass die Militärdiktatur so lange dauern würde, dass es gar eine der längsten Militärdiktaturen in Lateinamerika werden würde.

Müller-Plantenberg: Ich sagte schon, am Anfang geisterte das Wort des Faschismus umher, das war sicher nicht zutreffend, denn das Einzige, was man über die Militärdiktatur am Anfang sagen konnte, war, dass sie äußerst brutal zugeschlagen und einen Polizeistaat etabliert hatte. Das hätte noch der Katholischen Soziallehre entsprechen können oder sonst irgendetwas. Nur dass die Parteien der Linken da keinen Stand haben würden, das war klar. Es hat sich jedenfalls erst mit der Zeit in der Linken in Deutschland herumgesprochen, dass die Diktatur Pinochets das neoliberale Programm der *Chicago Boys* mit äußerster Brutalität – jetzt nicht in Form von bewaffneten Auseinandersetzungen, sondern in Form von sozialer Erbarmungslosigkeit – durchführte und dass dieses neoliberale Programm nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches und gesellschaftliches Projekt war, dessen ganze Tragweite lange nicht begriffen wurde. Die Schock-Therapie, die von den Neoliberalen ab dem Jahre 1975 durchgesetzt wurde und zweimal (1975 und 1982) zu fürchterlichen wirtschaftlichen Einbrüchen geführt hat, hat für einige Jahre zu einer einfachen Interpretation Chiles durch die westdeutsche Linke geführt: Neoliberalismus – das ist Krise, das ist brutale Militärdiktatur, brutales Zugreifen der Polizeikräfte und des Militärs, das ist die brutale Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Bevölkerung. Seit 1986 hat sich dann die Lage insofern geändert, als sich, ausgehend von den tiefen Depressionen, die über Chile gekommen sind, im Rahmen des neoliberalen Modells ein bedeutendes Wirtschaftswachstum ergeben hat, das zwar eigentlich nur einen Aufhol- oder Rekonstruktionsprozess darstellte, aber von den Chilenen doch so wahrgenommen wurde, dass man in der Endphase dann Diktatur plus relatives Wohlergehen gesehen hat. Dieses Umschalten ist in der deutschen Linken sehr langsam vor sich gegangen, dieses Verstehen, dass auch mit einem neoliberalen Programm – wenn erst einmal alles vorher zerstört war – Aufschwung möglich ist. Insofern ist das Umschwenken der linken und christdemokratischen Politiker in Chile auf dieses neoliberale Wirtschaftsprogramm in den letzten Jahren der achtziger Jahre überhaupt nicht verstanden worden.

Boris: Noch einmal zum Faschismus-Begriff und dessen Einschätzung. Ich denke, dass der Begriff weniger als wissenschaftlicher, sondern als Kampf-Begriff benutzt wurde, um die Brutalität deutlich zu machen, um auch die Kontinuität des Anti-Faschismus deutlich zu machen und auch ein bisschen als Symbol-Begriff der Abgrenzung innerhalb der Linken, der dazu diente, eine anti-faschistische Einheitsfront herzustellen. Das war eine Begrifflichkeit, die auf der politisch-symbolischen Ebene gelegen hat. Auch im wissenschaftlichen Bereich hat es natürlich Versuche gegeben, das irgendwie zu retten. Ich erinnere mich an eine Konferenz in Mexiko-Stadt 1976, da haben Orlando Caputo und Fernando Faynzilber versucht, ein Konstrukt Militär-Faschismus oder so etwas wie einen peripheren Faschismus zu entwerfen, eine faschistische Ordnung im Sinne des Monopol-Kapitals, aber ohne soziale Basis. Später ist das dann fallen gelassen worden, weil man durch die Analyse anderer Militärdiktaturen merkte, dass Militär-Diktatur nicht gleich Faschismus ist. Außerdem konnten diejenigen, die in den Jahren 1979, 1980 und 1981 nach Chile gefahren sind, völlig verdutzt zurückkommen, weil man in Chile – im Gegensatz zu manchem re-demokratisierten Nachbarstaat – kaum Militär und Polizei sah, im Zentrum von Santiago keine zerlumpten Gestalten herumhingen, sondern nur adrett gekleidete Leute anzutreffen waren, saubere Straßen und Märkte sowie glitzernde Konsumtempel zu sehen waren. Da haben sich viele gefragt: “Wo ist hier der Faschismus? Wo ist die Repression? Wo ist der Polizeistaat?” Es war alles wohl geordnet und keiner fühlte sich bedrängt. Man hatte eine neue Institutionalität in Chile geschaffen (Plan Laboral, Verfassung etc.), aus der eine neue Legitimität erwuchs, die sozusagen die Krassheit der faschistischen Unrechtssituation, des totalen Willkürzustandes und des ökonomisch dauernden Abwärtsgehens hinter sich ließ. Abgesehen von den nationalen Protesttagen der Jahre 1983 und 1984 ging entsprechend auch die Solidaritätsarbeit ständig zurück.

Müller-Plantenberg: Dazu kam auch, dass die chilenischen Parteien untereinander darüber zerstritten waren, ob sie das Angebot einer von den Militärs kontrollierten Demokratisierung annehmen sollten oder nicht. Sich in die Wählerlisten neu einzuschreiben, bedeutete ein nicht unbeträchtliches Risiko, das bestimmt für die Kommunisten wesentlich größer war als für die Christdemokraten oder die Anhänger der Radikalen Partei. Insofern gab es sehr unterschiedliche Meinungen darüber, was man tun sollte. Man hat sich in Deutschland die Köpfe einge-

schlagen, ob es richtig sei, bei den Wahlen von 1989 mitzumachen oder nicht.

Der Rückgang der Solidaritätsbewegung Anfang der achtziger Jahre war natürlich auch darauf zurückzuführen, dass plötzlich Zentralamerika auftauchte. Es gab die erfolgreichen Revolutionäre in Nicaragua, die Aufstandsversuche in El Salvador, und die Linke in Chile passte sich vermeintlich immer mehr dem neoliberalen System an. Hat in den achtziger Jahren eine Entfremdung zwischen der deutschen Linken und der chilenischen Linken stattgefunden? Ich erinnere mich an so manchen Artikel, wo fast eine Verbitterung durchklingt, dass die chilenische Linke sich doch ganz anders entwickelt hat als man es erwartet hätte.

Meschkat: Man muss zwei Dinge im Auge behalten: Zum einen gab es ja vielfältigen Widerstand gegen die Diktatur, von den traditionellen Parteien der chilenischen Linken, dann den bewaffneten Widerstand von der MIR, aber auch der kommunistischen Partei, die dann umgeschwenkt ist. Es gab Versuche der Selbstorganisation in den Armenvierteln und vielfache Ansätze, in einer durch die Militärdiktatur atomisierten Gesellschaft wieder etwas Neues zu schaffen. Nach dem missglückten Attentat auf Pinochet wurde die Mobilisierung von unten wieder zurückgedrängt und in ihre Schranken verwiesen. Angesichts dieser Erfahrungen war es zum anderen natürlich klar, dass man gegenüber den gewendeten Sozialisten, die plötzlich versuchten, Realpolitik zu betreiben, eine große Distanz besaß. Vielfach hieß es: "Die haben nicht das Recht, mit irgendwelchen Manövern den Pinochet auszutricksen." Zwar war ein Ende der Diktatur willkommen, aber mit diesen Kräften wollte man nichts zu tun haben, denn sie beabsichtigten, das traditionelle Spiel der Parteien wieder einführen, gegen das die unabhängige Linke gerade einmal aufgestanden war.

Müller-Plantenberg: In den achtziger Jahren gab es zwei Entwicklungen: Die eine ist der langsame und schwierige Weg zur Demokratie mittels der geschützten oder kontrollierten Demokratisierung durch die Verfassungshüter und die Wahlen Ende 1989; das andere ist die Akzeptanz des neoliberalen Wirtschaftskonzeptes als Grundlage für ein weiteres Wachstum der Wirtschaft in Chile und damit auch der Modernisierung, die von der Diktatur geleistet worden ist, seitens der Opposition. Es ist schon interessant, dass in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen

Diskussion in Deutschland Chile vor allem wegen der Rentenversicherung vorkommt. Das Abgehen vom Solidaritätsprinzip wird als die große Masche empfunden und Chile damit als Vorreiter des neoliberalen Projektes in der Welt hingestellt.

Boris: Dazu passt die gesamte Diskussion um die “*società civile*” (Gramsci), die ominöse und berüchtigte Zivilgesellschaft. Das ursprüngliche Konzept und der Sinn des Begriffs ist vollkommen in den Hintergrund getreten. Inzwischen wird die *Sociedad Civil* nicht mehr als zu überwindende Schranke hin auf dem Weg zum Sozialismus, sondern unter Einbezug des Marktliberalismus als zu erreichendes Endziel uminterpretiert. Unter diesem Banner sind viele ehemalige Linke zu Adepten eines vielleicht sozial aufgeplusterten und abgefederten Neoliberalismus geworden. Ich nenne hier nur Carlos Ominami, der ursprünglich ein ganz radikaler Regulationstheoretiker in Frankreich gewesen ist, sich als Marxist ganz radikal gab und zwei Jahre später in einem neoliberal geführten Kabinett Wirtschaftsminister wurde. Dafür war sicherlich die Vermittlungsebene Zivilgesellschaft nicht unwichtig als geistiges Bindeglied dieser Umkehrentwicklung.

Müller-Plantenberg: Die Konzepte von Gramsci sind allerdings durchaus nützlich, um die Veränderungen in der chilenischen Gesellschaft zu begreifen. Das Projekt der *Unidad Popular* wäre nicht möglich gewesen, wenn die kulturelle Hegemonie der Bourgeoisie nicht schon angeknackst gewesen wäre. Was die Bourgeoisie, das Bürgertum, in Chile dann geschafft hat, nämlich die Militärs zusammen mit den Neoliberalen und all denen, die diesen Prozess getragen haben, ist, die kulturelle Hegemonie in fast allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen zu erringen. Die Presse besteht nur aus zwei großen Monopolen; die Kirche – einst eine Gewalt gegen die Militärdiktatur – huldigt einem Konservatismus fürchterlichster Art; in praktisch allen Bereichen – im Fernsehen, selbst im Fußball – ist diese konservative Mentalität herrschend geworden, die es möglich macht, dass ein sozialistischer Präsident gewählt werden kann, ohne dass sich viel verändert. Die Angst, die man vor Allende gehabt hat, die war bei Ricardo Lagos nicht mehr existent, weil man wusste, dass die Bastionen des kulturellen Konservatismus so festgezurr sind, dass es quasi unmöglich ist, irgend etwas zu ändern.

Meschkat: Das beinhaltet natürlich für viele von uns eine gewisse Distanz zur offiziellen Linken in Chile, die in meinem Falle größer geworden ist.

Die eine Sache ist, dass mit ganz wenigen Ausnahmen die gesamte chilenische Linke, und zwar gerade auch Personen aus dem ehemals revolutionären Lager, auf diese Linie eingeschwenkt sind. Die linken Intellektuellen in Chile sind zum großen Teil Träger eines neoliberalen Projekts geworden. Diese neue Führungsschicht hat noch eine andere unangenehme Eigenschaft, die allerdings in Chile auch sehr weit verbreitet ist, sie ist sehr stolz auf die chilenischen Erfolge, und das ist der Kitt, der alles zusammenhält. Das neoliberale Modell verheißt ja sozusagen für das Land eines abhängigen Kapitalismus die Standortvorteile, die einmal da sind, und eine neue Gesellschaftsschicht, die sich in ihrer unternehmerischen Initiative unablässig nach dem Motto feiert: "Wir stehen im Zentrum dieses Transformationsprozesses, und wenn wir alles machen, wie wir müssen und uns niemand in den Arm fällt, dann wird Chile weiter als kapitalistisches Land an der Spitze stehen und sehr erfolgreich sein." Damit vermengt sich das Feiern des neoliberalen Prinzips mit einer Art von Nationalismus, die in jedem Land der Welt ziemlich unangenehm ist.

In welchem Sinne lässt sich denn überhaupt noch von einer Linken in Chile sprechen? Wenn sich die Linke weitreichend verändert hat bzw. in die Defensive geraten ist, welche Perspektiven existieren für eine Linke in Chile noch? Was kann umgekehrt Chile der Linken noch sagen oder gar lehren?

Müller-Plantenberg: Utopien sind zwar beizeiten nützlich, aber wenn sie vollkommen jenseits jeden Realitätsbezugs liegen, dann helfen sie nicht sehr viel weiter. In diesem Sinne gilt es, sich in den Erwartungen an die chilenische Linke zu beschränken. Ich glaube, dass es ihr möglich sein könnte und müsste, im Augenblick zwei große Aufgaben zu erfüllen. Die eine ist, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen: Ich glaube, da ist nicht ausgereizt, was innerhalb des neoliberalen Modells möglich ist. Wenn es momentan auch nicht darum gehen kann (aber müsste), das neoliberale Modell grundsätzlich aus den Angeln zu heben, so müsste doch seine soziale Komponente gestärkt werden. Die Wachstumserfolge sind dafür groß genug. Die zweite große Aufgabe der chilenischen Linken würde ich darin sehen, die Hegemonie dieses kulturellen Konservatismus zu brechen, einfach ein gewisses Ausmaß an Laizismus oder wenigstens an kritischem Christentum wieder in der Gesellschaft wirksam werden zu lassen; daran hapert es im Augenblick vollkommen.

Boris: Ich kann mich dem nur anschließen und feststellen, dass die chilenische Gesellschaft bis vor kurzem doch einen gewissen Entpolitisierungsprozess erfahren hat. Gerade das massive Fernbleiben von jüngeren Chileninnen und Chilenen bei den jüngsten Wahlen, ist nach weniger als einer Dekade nach der überwundenen Diktatur schon eine etwas merkwürdige Konstellation. Die Zeichen stehen im Moment auf Entpolitisierung, Stärkung der privaten Orientierungen und Technikfetischismus. Es gibt viele Stimmen, die sagen, dass die Parteienkonstellation der *concertación* sich überlebt hat. Die hohen Stimmenanteile für Joaquín Lavín deuten daraufhin, dass die bisherige Entwicklung so nicht weitergehen muss. Wenn ein dezidiert Vertreter der Rechten fast 50% der Stimmen erreicht – das hat es selbst vor zehn Jahren bei den Wahlen und im Plebiszit nicht gegeben –, so zeigt das schon eine starke Dominanz. Wie sich die Linke in einer veränderten Parteienkonstellation einfügen würde, ist vollkommen offen.

Müller-Plantenberg: Nur eine Bemerkung zur Entpolitisierung. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Jugendlichen, die nicht zur Wahl gegangen sind, durchaus nicht total entpolitisiert oder gegen Politik überhaupt sind. Tatsache ist, dass die Stimmabgabe nichts an dem Ergebnis der Politik ändert. Die Verfassung macht es unmöglich, ernsthaft etwas in Chile zu ändern, egal wie die Leute abstimmen. Das haben die Jugendlichen erkannt. Wenn nicht all die Älteren schon eingeschrieben wären, sondern sich erst noch einschreiben müssten, dann würden sie wahrscheinlich genauso wenig zur Wahl gehen. Deshalb ist dieser Tatbestand allein nicht sehr aussagekräftig, wohl aber ein Misstrauensbeweis gegen das geltende politische System, seine Strukturen und Repräsentanten, und natürlich gegen diese Verfassung, die im Kern undemokratisch ist.

Meschkat: Es ist sehr schwierig, Prognosen zu stellen. Ich denke, die Hoffnung sollte darauf gerichtet sein, dass man sich nicht vorstellen kann – und das ist vielleicht doch der Vorzug dieser institutionellen mittelfristigen Stabilität –, dass es in Chile ein Zurück zur Militärdiktatur gibt. Das macht es möglich, dass in der Gesellschaft vielfältige politische und soziale Prozesse weitergehen, deren Konsequenzen wir schlecht überblicken. Wir haben uns sicher nicht vorgestellt, dass nach der Rückkehr zur formalen Demokratie gerade der Sektor der *Indígenas* derjenige sein würde, der am stärksten mit seinen Forderungen und Anliegen in den Vordergrund tritt. Nach wie vor beruht dieses ganze ökonomische Mo-

dell auf einer gewaltigen Überausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes. Die Frage ist dann, welche Konsequenzen man daraus zieht. Mir scheint dieses ganze System auch in ökonomischer Hinsicht ein sehr prekäres System zu sein, so dass es darauf ankommt, in welchen Sektoren der Bevölkerung sich ein Bewusstsein darüber herstellen wird. Gerade bei möglichen Voraussagen derart, dass künftig Krisen mit der Kampfbereitschaft irgendwelcher Volkssektoren verbunden sind, wäre ich außerordentlich vorsichtig. Aber auch für Chile gilt, dass die Geschichte bestimmt noch nicht an ihrem Ende angekommen ist.

Wilhelm Hofmeister

Die deutschen Christdemokraten und Chile

Chile besitzt in den internationalen Beziehungen der "Christlich-Demokratischen Union" Deutschlands seit vielen Jahren eine besondere Bedeutung. Mit Ausnahme einiger europäischer Länder waren und sind die Beziehungen der deutschen Christdemokratie wohl zu keinem anderen Land der Erde so eng wie zu Chile. Der wesentliche Grund dafür ist das enge Beziehungsgeflecht zu der 1957 in Chile gegründeten christlich-demokratischen Partei, die ein "natürlicher" Partner deutscher Christdemokraten ist und über die Jahrzehnte, trotz interner Spannungen und Spaltungen und trotz der wechselhaften politischen Rahmenbedingungen, Beständigkeit bewiesen hat.¹ Die Übereinstimmung in zentralen weltanschaulichen und politischen Grundüberzeugungen (trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in wichtigen programmatischen Fragen, vor allem in zurückliegenden Jahrzehnten) sowie die immer wieder neu belebten und begründeten persönlichen Beziehungen zwischen maßgeblichen Repräsentanten beider Parteien tragen dazu bei, dass diese Bindungen bereits in der dritten Generation weitergegeben werden. Die tatkräftige Solidarität der deutschen Christdemokraten mit ihren chilenischen Parteifreunden in der Zeit der Pinochet-Diktatur hat die beiderseitigen Bindungen bestärkt.

An der Ausgestaltung der Beziehungen zu Chile waren und sind verschiedene Organe der CDU beteiligt: die Partei- und Fraktionsführung, einzelne Parteivereinigungen, insbesondere die "Christdemokratische Arbeitnehmerschaft" (CDA), die Jugend- und Studentenorganisationen "Junge Union" (JU) und "Ring Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS) sowie wichtige Einzelpersonlichkeiten. Daneben leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung als Einrichtung aus dem Umfeld der CDU einen besonderen Beitrag zur Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Christdemokraten aus Deutschland und Chile.

¹ Zur Entwicklungsgeschichte der PDC vgl. Wilhelm Hofmeister (1995): *Chile: Option für die Demokratie. Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) und die politische Entwicklung in Chile 1964-1994*. Paderborn/München/Wien/Zürich.

1. Beziehungen während der Ära Adenauer

Konrad Adenauer und Eduardo Frei, die beiden zentralen Führungspersonlichkeiten in der Gründungsphase der deutschen CDU bzw. der chilenischen PDC, haben persönlich den Grundstein für das enge beiderseitige Verhältnis ihrer Parteien gelegt. Frei besuchte 1959 zum ersten Mal die Bundesrepublik Deutschland und konnte hier u.a. den Bundeskanzler über die politische Situation seines Landes informieren. Zwar hatte die deutsche Bundesregierung ab 1949, nicht zuletzt aufgrund der großen Zahl Deutschstämmiger in Chile, an die traditionell guten beiderseitigen Beziehungen angeknüpft. Doch Frei war 1959 "nur" Repräsentant einer jüngst gegründeten, noch recht unbedeutenden Partei mit ungewisser Zukunft und die CDU pflegte zum damaligen Zeitpunkt nur spärliche außereuropäische Kontakte. Das Zusammentreffen von Frei und Adenauer war daher bemerkenswert und deutete bereits an, dass sich die CDU künftig stärker für Lateinamerika interessieren würde.

Die Verbundenheit mit Chile zeigte sich in der unbürokratischen und schnellen Hilfe der Bundesregierung nach der großen Erdbebenkatastrophe, die im Mai 1960 schwerwiegende Verwüstungen im Süden Chiles anrichtete. Die Bundesrepublik stand mit ihrer Erdbebenhilfe für Chile zusammen mit Kanada an zweiter Stelle nach den USA. Zudem wurde aus Mitteln des Entwicklungsfonds im Juli 1960 eine deutsche Expertendelegation entsandt, die bei der Wiederaufbauplanung helfen sollte. Außenminister Gerhard Schröder (CDU) war Mitte 1960 selbst in Chile, um sich über die Zerstörungen zu informieren. In den Folgejahren hat er sich für die Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit, die noch im Auswärtigen Amt ressortierte, eingesetzt.

Doch es waren nicht nur die traditionellen landsmannschaftlichen Bindungen, die das Verhältnis zu Chile bestimmten. Die Christdemokraten und Eduardo Frei erschienen deutschen Kommentatoren und nicht zuletzt Politikern aus der CDU als die einzige Alternative, um die Machtübernahme des Marxisten Allende in dem südamerikanischen Land zu verhindern. Dass Chile zu Beginn der sechziger Jahre nach Reformen schrie und nach mehr sozialer Gerechtigkeit verlangte, wurde auch von denen gesehen, die ein Wahlsieg des Kandidaten der Volksfront bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 als Katastrophe für Lateinamerika befürchteten. Die CDU entschloss sich daher, Frei und die PDC in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Mit großer Erleichterung und Zufriedenheit wurde denn auch der Wahlsieg Eduardo Freis innerhalb der CDU und von eher konservativen Beobachtern zur

Kenntnis genommen. Demgegenüber gab es natürlich auch kritische Kommentare, nicht zuletzt im Hinblick auf die Rolle der CDU.² Damit war das Verhältnis der CDU zu Chile zum ersten Mal Gegenstand der innenpolitischen Diskussion in Deutschland.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU schrieb Konrad Adenauer in seinem Glückwunschtelegramm an Eduardo Frei: "Die erste Christlich-Demokratische Präsidentschaft in Lateinamerika ist für die christlichen Demokraten in aller Welt eine große Hoffnung".³ Neben dem Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Gewandt reiste, begleitet von der Kritik der Opposition an diesem bisher ungewöhnlichen Aufwand, auch der damalige Bundesfamilienminister Bruno Heck im November 1964 zur Amtseinführung von Eduardo Frei nach Santiago. Und nachdem die PDC bei den Parlamentswahlen im März 1965 eine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer errang, wurde die staatliche Entwicklungszusammenarbeit intensiviert. Bereits im Juli 1965 kam Präsident Frei zu einem fünftägigen Staatsbesuch nach Deutschland, wo er mit Bundeskanzler Ludwig Erhard und Mitgliedern des Bundeskabinetts weitgehende Kooperationsprogramme vereinbarte. Seit 1959 belief sich zu diesem Zeitpunkt die Entwicklungshilfe für Chile auf 210 Mio. DM; davon entfielen 100 Millionen auf die Erdbebenhilfe von 1960, 70 Millionen waren 1964 vereinbart worden und weitere 70 Millionen im Februar 1965. Zudem trafen im Juli 1965 die ersten 15 deutschen Entwicklungshelfer in Chile ein.

Einige Kommentare zum Deutschlandbesuch von Frei behaupteten, die europäischen und chilenischen Christdemokraten hätten "nicht viel mehr als den Namen mit der jungen Partei Chiles gemein".⁴ Diese Einschätzung wurde auch später immer wieder einmal sowohl in Deutschland als auch in Chile geäußert und manche Kommentatoren fragten, was denn diese beiden Parteien so eng verbinde, wo sie doch so unterschiedlicher Auffassungen, besonders hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen, verträten. Besonders die chilenische Rechte konnte sich in der Zeit der Pinochet-Diktatur nicht erklären, wieso die deutsche Christdemokratie die chilenische PDC unterstützte und nicht die liberale Wirtschaftspolitik der Militärregierung.

Darin zeigt sich eine grundlegende Fehleinschätzung der CDU. Denn innerhalb der Partei gab es stets sehr viel Verständnis dafür, dass die chilenischen Christdemokraten angesichts der sozialen Situation in ihrem Land

² Vgl. *Der Spiegel* vom 10.9.1964.

³ *Deutschland Union Dienst* vom 9.9.1964.

⁴ *Die Welt* vom 19.7.1965.

eigene Wege suchen und finden müssten, um die ungerechten gesellschaftlichen Strukturen zu überwinden. So erklärte die CDU zum Staatsbesuch von Eduardo Frei im Juli 1965:

Er kann darauf rechnen, für die Probleme seines Volkes und die Ziele seiner Regierung aus seiner Europareise auch hier vollstes Verständnis und die Bereitschaft zu weitgehender Unterstützung zu finden. [...] Bei der "Revolution in Freiheit", wie er sein Programm der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seines Landes nennt, mit der er die Gefahren des Kommunismus wie die Hindernisse einer überholten Gesellschaftsstruktur überwinden will und das sich entscheidend für ganz Südamerika auswirken kann, wird ihm die Bundesregierung weitgehend ihre Hilfe angedeihen lassen.⁵

Und wie zur Bekräftigung der programmatischen Nähe zwischen CDU und PDC folgt in der gleichen Presseerklärung der Satz "Präsident Frei [...] ist von der sozialen und freien Marktwirtschaft Deutschlands sehr beeindruckt". Dabei war klar, dass dieses Konzept nicht einfach auf Chile übertragen werden konnte. Doch weil CDU und Bundesregierung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation frühzeitig erkannten, dass die Ausbreitung des Marxismus/Kommunismus in Lateinamerika nur durch soziale Reformen zu verhindern war, haben sie das Projekt von Frei und der PDC nachhaltig unterstützt.

Trotz der Vertiefung der Kontakte zwischen CDU und PDC und trotz der intensiveren entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zeichnete sich ab 1966 ein Thema ab, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern und insbesondere die Toleranz der CDU stark belastete: die mögliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Chile. Im September 1966 hatten sich Senatoren und Abgeordnete aus Chile, darunter auch Christdemokraten, in einer gemeinsamen Erklärung für die Aufnahme "beider deutscher Staaten" in die UNO ausgesprochen.⁶ Damit hatten sie einen neuralgischen Punkt im damaligen Selbstverständnis der Bundesrepublik getroffen. Der Botschafter der Bundesrepublik protestierte energisch gegen diese Erklärung, weil dies die Anerkennung der DDR implizierte. Dennoch scheint man sich auch in der CDU allmählich auf entsprechende Schritte der chilenischen Regierung eingestellt zu haben. So ließ Außenminister Brandt schon bei einem Besuch in Santiago im Oktober 1968 erkennen, dass die Bundesregierung eine Anerkennung der DDR keinesfalls zu einer Bedingung für die Gewährung von Hilfe machen würde. Freilich dauerte es noch einige Zeit, ehe die – neue –

⁵ *Deutschland Union Dienst* Nr. 135 vom 19.7.1965.

⁶ Vgl. *dpa* Nr. 243 vom 16.9.1966.

chilenische Regierung diesen Schritt auch vollzog. Doch selbst dann war die Reaktion der CDU gegenüber Chile eher zurückhaltend.

Freilich haben die politischen Vorgänge in Deutschland gegen Ende der sechziger Jahre – das Ende der Großen Koalition und der Regierungsverlust der CDU – die Aufmerksamkeiten sehr stark auf innenpolitische und dann auch auf das Thema der Ostpolitik gelenkt, so dass seitens der CDU im Vorfeld der chilenischen Wahlen von 1970 keine größeren Aktivitäten zur Unterstützung der PDC und ihres Kandidaten Radomiro Tomic entfaltet wurden. Für Tomics Wahlkampfstrategie, sich von der Regierung Frei mit radikalen Forderungen bzw. Versprechungen zu distanzieren, gab es wenig Verständnis; die Siegchancen von Tomic wurden in Deutschland als gering eingeschätzt. Die Wahlniederlage der PDC löste daher bei der CDU keine Überraschung aus.

Die CDU war ab Oktober 1969 in Deutschland Oppositionspartei. Ihre Beziehungen zu Chile bzw. zur PDC müssen für die nächsten 13 Jahre, d.h. die Allende-Regierung und mehr als die Hälfte des Pinochet-Regimes, auch unter diesem Gesichtspunkt gesehen und bewertet werden. Die Möglichkeiten einer direkten Einflussnahme auf die Haltung der deutschen Bundesregierung waren bis Ende 1982 recht gering. Zudem sind viele Aktivitäten einer Oppositionspartei auch in der deutschen Öffentlichkeit nicht sehr deutlich wahrgenommen worden. Gerade deshalb ist es bemerkenswert, wie intensiv sich die Kontakte zur chilenischen PDC in den nächsten Jahren, besonders nach dem Putsch vom 11. September 1973, entwickelten. Begünstigt wurde dies nicht zuletzt durch den technischen Fortschritt: Die Flug-, Telefon und Telefaxverbindungen zu Chile verbesserten sich zunehmend, so dass die große Entfernung zwischen beiden Ländern schneller überwunden und die Kontakte leichter hergestellt werden konnten. Dies erleichterte zweifellos die Information über die Entwicklung in Chile – und auch den Meinungsstreit im eigenen Land. Denn Chile wurde vor allem in den siebziger Jahren wiederholt zu einem Angelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland.

2. Die CDU und die Regierung von Salvador Allende

Nach der Amtseinführung von Präsident Allende bestand innerhalb der CDU, wie ja durchaus auch in Teilen der Bundesregierung aus SPD und FDP, eine große Skepsis gegenüber dem sozialistischen Experiment der *Unidad Popular*. Dennoch wurde die Fortsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit dem Land uneingeschränkt unterstützt. Der ent-

wicklungspolitische Sprecher der CDU, Walter Leisler Kiep, besuchte Chile im November 1970 und empfahl danach, die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen fortzusetzen – selbst wenn das Land die DDR anerkennen sollte. Das schien ohnehin unvermeidlich, nachdem dieser Schritt im außenpolitischen Programm von Allende angekündigt worden war. Als daher die Regierungen von Chile und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Datum vom 6. April 1971 informierten, löste das bei der CDU keine größere Überraschung aus. Kritisiert wurde nicht Chile sondern die Bundesregierung, die ein klares Konzept im Hinblick auf die DDR-Anerkennung vermissen ließe, was nun auch von anderen Staaten zu erwarten wäre.

Zum Zeitpunkt der Anerkennung der DDR rückte eine andere Debatte mehr und mehr in den Vordergrund: die Besorgnis der CDU über die Wirtschaftspolitik in Chile und in diesem Zusammenhang auch der Umgang der Regierung Allende mit deutschen Firmen und Investitionen sowie gegenüber den Deutschstämmigen im Land, die von Enteignungen betroffen waren. Deutschland war Ende der sechziger Jahre wichtigster Handelspartner Chiles und größter Abnehmer chilenischen Kupfers. Das Handelsvolumen betrug 1969 1,3 Mrd. DM, die deutschen Exporte beliefen sich auf 317 Millionen, die Investitionen deutscher Firmen auf 260 Mio. DM. Es gab somit hinreichende deutsche Interessen, bei deren Vertretung auch eine deutsche Partei eine Rolle spielen konnte. Die Enteignungen und Betriebsbesetzungen in Chile, die von dortigen Regierungsparteien veranlasst und von der Regierung geduldet wurden, aber zum Teil keine gesetzliche Grundlagen hatten, riefen bei der CDU zunehmende Besorgnis hervor. Auch innerhalb der Bundesregierung verschlechterte sich die Stimmung gegenüber dem Andenstaat zunehmend.⁷

Der zunehmend kritischeren Haltung der CDU/CSU entsprach in Chile die zunehmend kritischere Einstellung der PDC gegenüber der Regierung Allende. Nachdem Allende angesichts seines knappen relativen Wahlsieges von 36,6% erst mit den Stimmen der PDC im Kongress zum Präsidenten gewählt worden war und die Christdemokraten durchaus zu einer Zusammenarbeit mit ihm bereit waren, haben die wirtschafts- und gesellschaftspo-

⁷ Außenminister Scheel mahnte während eines Besuches seines chilenischen Kollegen die Entschädigung enteigneter Deutscher an (vgl. *Bonner Rundschau* vom 9.9.1971) und Wirtschaftsminister Schiller setzte im Frühjahr 1972 die Hermes-Exportbürgschaften für Chile aus (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 9.2.1972, *Die Zeit* vom 3.3.1972, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.4.1972).

litischen Maßnahmen, die zunehmende Mobilisierung und Verschärfung innenpolitischer Konflikte sowie die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die PDC in die Opposition gedrängt. Die CDU sah sich dadurch in ihrer kritischen Haltung bestätigt, doch wurde seitens der Partei keine größere Chile-Debatte veranlasst. Im Juli 1973 gab es zwar Kritik aus der CDU-Fraktion an einer neuen Kredithilfe in Höhe von 45 Mio. DM, weil man darin eine direkte Unterstützung sozialistischer gesellschaftspolitischer Maßnahmen sah, die auch in anderen Ländern nicht gefördert würden; dennoch sprach sich die CDU/CSU-Fraktion für die Fortsetzung entwicklungspolitisch sinnvoller Projekte aus. Bis zum Putsch vom September 1973 hat die CDU keine besonderen Chile-Aktivitäten entwickelt. Erst der Putsch rückte Chile ins Zentrum der parteipolitischen Auseinandersetzungen.

3. Die CDU und der Staatsstreich vom 11. September 1973

Die Nachrichten über den Staatsstreich in Chile vom 11. September 1973 wurden in Deutschland unterschiedlich aufgenommen. Die Einschätzung der Ursachen des Putsches und der Situation des Landes führte wiederholt zu heftigem innenpolitischem Streit. Die CDU dagegen erklärte den Putsch vor allem mit der innenpolitischen Situation Chiles, dem wirtschaftlichen Niedergang, den zunehmenden Konflikten, der fehlenden Legitimation Allendes sowie der Tatsache, dass dieser selbst die Militärs ins Kabinett geholt hatte.⁸ Der Putsch wurde von der CDU nicht verteidigt, doch als nahezu zwangsläufige Folge der politischen Entwicklung verstanden. Dagegen übernahm die SPD, die bis dahin keine besonders privilegierten Beziehungen zu den chilenischen Sozialisten unterhalten hatte, weil diese viel engere Kontakte zur SED der DDR pflegten, sehr rasch die international von Parteien der politischen Linken vertretene Sichtweise, wonach Allende das Opfer eines Komplotts des Imperialismus geworden wäre. Allende wurde mit seinem Tod zu einem Mythos, sein vermeintlicher Selbstmord wurde entschieden bestritten. Alle aber, die diese Sichtweise nicht vertraten, gerieten in den folgenden Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik seitens der Sozialdemokraten.

Dieses Konfliktmuster zeigte sich bereits anhand der ersten Reaktion aus der CDU auf die Nachrichten vom Staatsstreich in Chile. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Karl Carstens, erklärte, damit sei das Experiment gescheitert, Marxismus und freiheitlich demokrati-

⁸ Vgl. *Deutsches Monatsblatt* Nr. 9, September 1973.

sche Grundsätze zu vereinen.⁹ Die SPD sah darin eine Entschuldigung des Putsches. Die CDU-Parteiführung gab zunächst keine Erklärungen ab. In den ersten Tagen nach dem Putsch versuchte sie Informationen über die Vorgänge in Chile zu erhalten. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU unterstützte die Haltung der Bundesregierung, keine Hilfe zu gewähren solange geschossen werde; danach sollte humanitäre Hilfe gewährt werden.¹⁰

Am 1. Oktober 1973 erklärte das CDU-Präsidium:

Die CDU bedauert den gewaltsamen Umsturz der demokratisch gewählten und verfassungsmäßigen Regierung in Chile. Sie unterstützt die Haltung der Christlichen Demokraten und verurteilt die Missachtung der Menschenrechte durch die Militärdiktatur. Die Union lehnt eine Politik der Gewalt, wo immer sie praktiziert wird, entschieden ab. Deshalb fordert sie die jetzigen Machthaber in Chile auf, entsprechend der demokratischen Tradition ihres Landes die Verfassung wieder voll in Kraft zu setzen und die Wahl einer demokratischen Regierung zu gewährleisten. [...] Die CDU hält die Aufhebung des Verbots der demokratischen Parteien in Chile für eine zwingende Notwendigkeit.¹¹

In der innenpolitischen Auseinandersetzung wurden solche Stellungnahmen aber kaum registriert. Seit der Erklärung von Karl Carstens warf die SPD der CDU die Unterstützung des Putsches vor. Wortführer der Sozialdemokraten war der parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Hans Matthöfer, der bis zuletzt einer der vehementesten Parteigänger der Allende-Regierung war. Zudem wird man in Rechnung stellen dürfen, dass das Thema Chile ein willkommener Anlass war, den politischen Gegner in der innenpolitischen Diskussion unter Druck zu setzen.

Das zeigte sich insbesondere im Rahmen der Debatte um die Einschätzung der Lage in Chile durch Bruno Heck, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, der im Oktober 1973 im Auftrag der Fraktion Chile besuchte, um sich vor Ort über die Lage zu informieren. Bruno Heck war durch die Arbeit der Stiftung und seine langjährigen Kontakte mit chilenischen Christdemokraten gut mit der Situation des Landes vertraut. In seinem Bericht beschrieb er die bürgerkriegsähnliche innenpolitische Situation in Chile und die ruinöse Wirtschaftslage, und er kam zu dem Schluss: "Die Mehrheit, die große Mehrheit des chilenischen Volkes wollte den Bürgerkrieg nicht. Deswegen hat sie das Eingreifen der

⁹ Vgl. *dpa* Nr. 190 vom 12.9.1973; *Bonner Rundschau* vom 13.9.1973.

¹⁰ Vgl. *dpa* Nr. 333 vom 4.10.1973.

¹¹ Vgl. *CDU Presse Mitteilungen* vom 1.10.1973; vgl. auch *Frankfurter Rundschau* vom 2.10.1973.

Streitkräfte gewünscht oder doch als letzten Ausweg toleriert”.¹² Während der Pressekonferenz zur Vorstellung seines Berichtes beschrieb Heck auch seinen Besuch im Stadion von Santiago, in dem 4.000 Häftlinge untergebracht waren. Er führte u.a. aus, dass selbst nach Angaben aus Militärkreisen 40% der Häftlinge unschuldig seien, die Unterbringung der Gefangenen beschrieb er als “ausgesprochen schlecht”, so das Zitat in der Meldung der *Deutschen Presseagentur*; bei Regen und Kälte sei das Leben der Häftlinge “unerträglich und scheußlich”, doch würden sie von den Wachsoldaten “ordentlich behandelt”.¹³ In der *dpa*-Meldung und in manchen Zeitungsmeldungen wurden diese Ausführungen in Form einer ausgewogenen und kritischen Beschreibung der Haftbedingungen wiedergegeben.¹⁴ In der *Süddeutschen Zeitung* wurde die Beschreibung Hecks allerdings so dargestellt, als verharmlose er die Situation der Häftlinge, und er wurde mit dem Satz zitiert: “Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm”.¹⁵ Damit war Heck zum “Verharmloser” und Verteidiger der Militärjunta abgestempelt, was nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen die CDU mit dem Vorwurf der Unterstützung des Putsches und des Pinochet-Regimes vorgebracht wurde. Heck selbst versuchte zwar, diesen Satz in den richtigen Zusammenhang zu stellen und deutlich zu machen, dass seine Schilderung der Verhältnisse im Stadion in ihr Gegenteil verkehrt wurden.¹⁶ Doch dafür fand er kein Gehör mehr. Das (Vor-)Urteil war bereits unerschütterlich.

In diesem Klima der Vorwürfe gegen die CDU, die sich bald auch gegen die chilenischen Christdemokraten richteten, war eine nüchterne und unvoreingenommene Information über die Lage in dem Land zunächst nicht möglich. Der ehemalige chilenische Präsident Eduardo Frei sollte im November 1973 zu einem CDU-Parteitag in Hamburg kommen. Linke Gruppierungen erhoben dagegen ihren Protest und bezeichneten Frei als Wegbereiter des Putsches. Der Besuch Freis wurde schließlich kurzfristig abgesagt. Dennoch wurde während des Parteitages eine kontroverse Chile-Debatte erwartet, weil insbesondere die CDU-Sozialausschüsse eine deutlichere Kritik an der Militärregierung erwarteten.

¹² Heck stellte seinen Bericht am 17.10.1973 vor; er ist nachzulesen in Union in *Deutschland, Informationsdienst der CDU*, Nr. 40 vom 18.10.1973.

¹³ *dpa* Nr. 138/133 vom 17.10.1973.

¹⁴ Vgl. z.B. *Bonner Rundschau* vom 18.3.1973.

¹⁵ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 18.10.1973.

¹⁶ Vgl. die Stellungnahme Hecks in *BPA-Abt. Nachrichten, SWF74.11.73 – Wort zur Politik* vom 4.11.1973.

Im Januar 1974 besuchte eine Delegation der CDU-Bundestagsfraktion eine Gefangeneninsel im Süden Chiles. In ihrem Abschlussbericht hoben die Abgeordneten hervor, dass sie sich nicht von den angeblich humanen Haftbedingungen, die ihnen vorgeführt wurden, beeindrucken ließen. Sie forderten eine Rückkehr zur Demokratie. Zugleich teilten sie die Einschätzung der chilenischen Christdemokraten, dass im Zusammenhang des Putsches etwa 3.000 Menschen umgekommen waren. Hans Matthöfer und einer SPD-Delegation sprachen dagegen von 15.000 Toten. Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Putsch hat die von der demokratischen Regierung Aylwin ins Leben gerufene Kommission für "Wahrheit und Gerechtigkeit" die Zahl der Toten und Verschwundenen auf ca. 3.000 beziffert.

4. Die CDU und die Regierung von General Augusto Pinochet (1973-1990)

Die Verurteilung des Militärputsches und die Ablehnung der Militärregierung durch die CDU steht außer Frage. Die Partei folgte in ihrer Lageeinschätzung im Wesentlichen der Linie ihrer chilenischen Parteifreunde. Die Kontakte mit führenden Repräsentanten der PDC, aber auch mit zahlreichen anderen Chilenen, darunter in Deutschland exilierte PDC-Mitglieder wurden intensiviert. Die Parteivereinigungen und parteinahen Einrichtungen führten in den folgenden Jahren zahlreiche Chile-bezogene Maßnahmen durch, die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte so weit als möglich Christdemokraten und PDC-nahe Einrichtungen in Chile und im Rahmen ihres Stipendienprogramms wurden viele junge Christdemokraten gefördert, von denen ein nicht geringer Teil später wichtige Funktionen in der neuen demokratischen Regierung übernehmen sollten. Der Vorsitzende und das Präsidium der CDU sowie führende Parteimitglieder haben sich immer wieder für die Achtung der Menschenrechte und die Rückkehr Chiles zur Demokratie eingesetzt. Die CDU bewies wie wohl keine andere Partei Loyalität und Solidarität mit ihren chilenischen Parteifreunden.

Die Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie und die Solidarität mit der chilenischen Schwesterpartei blieben die beiden zentralen Elemente der Chile-Politik der CDU nach 1973. Die Parteiführung hat diese Linie klar und unmissverständlich beibehalten. Innerhalb der Partei hatte diese Linie eine einhellige Unterstützung, auch wenn manche Politiker oder Vereinigungen diese Linie in unterschiedlicher Tonlage vertraten. Die "Christlich Demokratische Arbeitnehmervereinigung" (CDA), die "Junge Union" (JU) und insbesondere auch der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS)

unternahmen viele Solidaritätsaktionen, unterstützten exilierte Gewerkschafter und Christdemokraten und denunzierten die Menschenrechtsverletzungen in Chile.

Neben den Solidaritätsaktionen und gelegentlichen Besuchen von CDU-Politikern in Chile waren die führenden chilenischen Christdemokraten regelmäßig, meist auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, in Deutschland, um ihre deutschen Parteifreunde über die aktuellen Entwicklungen in ihrem Land zu unterrichten. Daneben hatten die chilenischen Christdemokraten wohl nur noch mit der italienischen *Democrazia Cristiana* ähnlich enge und kontinuierliche Kontakte. So war beispielsweise der ehemalige Präsident Eduardo Frei im Juni 1976 bei dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl; ein Jahr später, im September 1977, besuchte der PDC-Vorsitzende Andrés Zaldívar mit einer kleinen Delegation seinen CDU-Kollegen. Die Besuche hatten häufig konkrete politische Aktionen zur Folge.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat wiederholt seine Unterstützung und Solidarität mit den chilenischen Christdemokraten demonstriert. Am 18. August 1976 richtete Kohl ein Telegramm an Pinochet, in dem er gegen die "Verletzung elementarer Menschenrechte" durch die chilenische Regierung und die Zwangsexilierung von fünf Juristen, die sich für die Menschenrechte in dem Land einsetzten, scharf protestierte und zugleich Freiheit für das chilenische Volk forderte.¹⁷ Ein weiteres Mal richtete Kohl am 27. September 1977 einen offenen Brief an den Diktator; er prangerte die Verletzung der Menschenrechte an und forderte "eine wirkungsvolle Respektierung der grundsätzlichen Rechte und Freiheiten aller Chilenen und die Wiedereinführung des Rechtsstaates" und zugleich eine Aufhebung des kurz zuvor ausgesprochenen Verbots der PDC in Chile sowie die Rückerstattung ihres konfiszierten Eigentums.¹⁸ Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte Kohl auf, seinen offenen Brief zu unterschreiben.

Wenige Wochen später war Chile wieder einmal Mittelpunkt der innenpolitischen Debatten in Deutschland. Der CSU-Vorsitzende Strauss hatte es sich nicht nehmen lassen, aus Anlass der Jubiläumsfeier zum 125. Jahrestag der deutschen Einwanderung nach Chile zu reisen. Seit März 1977 hatte sich im Bundestag eine heftige Diskussion darüber entwickelt, ob deutsche Politiker an dieser Veranstaltung im Süden Chiles teilnehmen sollten. Auch in

¹⁷ Vgl. *Deutschland-Union Dienst*, Pressedienst der CDU und CSU vom 16.8.1976. Unter den Exilierten befand sich der stellvertretende PDC-Vorsitzende und ehemalige Justizminister Jaime Castillo.

¹⁸ Vgl. *Kölnische Rundschau* vom 28.9.1977.

der CDU gab es vereinzelte Stimmen, die sich unter Verweis auf die Bedeutung der Einwanderer für die Entwicklung des Landes und die traditionell engen Bindungen für eine Teilnahme einer Delegation des Deutschen Bundestages aussprachen. Der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende reiste schließlich im November 1977 nach Chile, wo er auch mit General Pinochet zusammentraf. In Deutschland wurden diese Reise und einige Äußerungen von Strauss, in denen er Verständnis für den Putsch ausdrückte, von den Regierungsparteien SPD und FDP und einigen Medien scharf kritisiert. Der Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Helmut Kohl unterstrich im Rahmen dieser Debatte, dass die CDU/CSU für die Respektierung der Menschenrechte überall in der Welt eintrete, und er hob die Passagen der Strauss-Äußerungen in Chile hervor, in denen dieser sich für die Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie ausgesprochen und die Notwendigkeit funktionsfähiger Parteien und verantwortungsbewusster Gewerkschafter für eine Demokratie betont hatte. Vom CDU-Bundesvorstand wurde, vor allem auf Betreiben des CDA-Vorsitzenden Norbert Blüm und des JU-Vorsitzenden Matthias Wissmann, eine Resolution verabschiedet, in der die Verletzung der Menschenrechte in Chile angeprangert wurden.

Die Volksabstimmung in Chile, die General Pinochet Anfang Januar 1978 veranstaltete, um der Weltöffentlichkeit die vermeintliche Unterstützung der Bevölkerung für sein Regime vorzuführen, war ein weiterer Anlass für die CDU, ihre Stimme zugunsten einer Rückkehr zur Demokratie in dem südamerikanischen Land zu erheben. Neben Presseerklärungen veranstaltete vor allem der RCDS einige Solidaritätsaktionen. Deren Wirkung darf man nicht unterschätzen, auch wenn solche Aktionen letztlich keinen unmittelbaren Einfluss auf die Haltung des Regimes in Chile nehmen konnten. Für die Opposition in Chile war es wichtig, dass sie internationale Unterstützung erhielt. Dadurch blieben einige wenige Freiräume offen, die das Regime nicht ganz verschließen konnte.

Das Verbot des Wochenmagazins *Hoy* durch die Militärjunta im Juli 1979 führte zu CDU-Protesten. Im gleichen Monat reiste der JU-Vorsitzende Wissmann an der Spitze einer 14-köpfigen Delegation wieder einmal nach Chile, um die anhaltende Solidarität der CDU mit den chilenischen Christdemokraten zum Ausdruck zu bringen. Wissmann lehnte bei dieser Gelegenheit einen Wirtschaftsboykott gegen Chile ab, weil das letztlich nur den ohnehin benachteiligten Gruppen schade. In Deutschland veranstalteten JU

und RCDS nach der Reise einige Aktionen, in denen sie sich für die Freilassung junger Chilenen einsetzten.

Die Volksabstimmung vom 11. September 1980 über eine neue Verfassung, die sich General Pinochet hatte ausarbeiten lassen und in der er die Termini für einen Übergang zur Demokratie festlegte, war ein erneuter Anlass für öffentliche Chile-Aktionen der CDU. Besonders die CDA, die JU und der RCDS führten viele Veranstaltungen durch, auf denen in Deutschland lebende Chilenen über die Situation in ihrem Land berichten und die ablehnende Haltung der PDC Chiles gegenüber dem Plebiszit erläutern konnten.

Erneut setzte sich die CDU-Spitze vernehmlich gegen die Verletzung der Menschenrechte in Chile ein, nachdem im August 1981 wieder einmal führende Repräsentanten der PDC, darunter der Parteivorsitzende Andrés Zaldívar, des Landes verwiesen wurden. CDU-Generalsekretär Geissler protestierte in einem Telegramm an General Pinochet gegen diese Willkürmaßnahme und führte aus, dass das Regime damit die politische Mitte zerstöre und der Konfrontation zwischen links- und rechtsgerichteten Extremisten Vorschub leiste. Wenige Monate später empfing der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl den mittlerweile im spanischen Exil lebenden Zaldívar und versicherte ihm einmal mehr der Solidarität der CDU Deutschlands.

Diese Einstellung haben die CDU und ihr Vorsitzender beibehalten, nachdem Helmut Kohl ab September 1982 deutscher Bundeskanzler war. So empfing er Anfang Mai 1983 den in Chile gewählte neuen PDC-Vorsitzenden Gabriel Valdés, um sich über die Situation im Land unterrichten zu lassen. Dieser Besuch fand unmittelbar vor den "Nationalen Protesttagen" statt, mit denen ab dem 11. Mai 1983 in Chile die sich allmählich vereinigende Opposition in Form von Massendemonstrationen das Regime zu erschüttern versuchte. Angeführt wurden diese Protesttage von den christdemokratischen Gewerkschaftsführern Rudolfo Seguel und Manuel Bustos. Der Parteivorsitzende Valdés und weitere führende Parteimitglieder wurden nach dem 3. Protesttag im Juli 1983 verhaftet. Dagegen protestierte CDU-Generalsekretär Geissler nachdrücklich und drohte, wenn die Verhafteten nicht alsbald wieder freigelassen würden, werde dies nicht ohne Konsequenzen auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile bleiben. Der Bundeskanzler hat sich persönlich für eine umgehende Freilassung des PDC-Vorsitzenden eingesetzt. Bemerkenswert ist dabei, dass sich auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ausdrücklich ohne jeden Vorbehalt hinter die Proteste von CDU-Generalsekretär Geissler stellte. In

Deutschland kam es somit, im gleichen Maße und etwa zum gleichen Zeitpunkt wie in Chile, zu einer Annäherung der Position der beiden großen Volksparteien. Freilich gab es weiterhin noch einige innenpolitische Auseinandersetzungen über die "richtige" Haltung gegenüber Chile, z.B. anlässlich der Debatte um die Lieferung von zwei U-Booten an das südamerikanische Land im April 1984. Zwar hatte die SPD-geführte Bundesregierung den Verkauf der U-Boote mit den chilenischen Militärs fest vereinbart, doch die SPD-Fraktion forderte nun die CDU-geführte Bundesregierung auf, die U-Boote nicht auszuliefern. Nach heftiger Debatte im Bundestag erfüllte die Bundesregierung den Liefervertrag, wobei sie deutlich machte, dass die U-Boote sicher nicht gegen Demonstranten eingesetzt werden könnten.

Als Regierungspartei hat die CDU ihre Aktivitäten für die Rückkehr zur Demokratie in Chile und gegen die dortigen Menschenrechtsverletzungen eher noch verstärkt. Nachdem das Regime einige Reiseerleichterungen gewährte, nahm die Besuchsdiplomatie zu. Ab 1983 war mindestens einmal pro Jahr eine CDU-Delegation in Chile, um sich aus erster Hand zu informieren und die Solidarität vor allem mit der PDC deutlich zu machen. Für diese Partei waren solche Besuche von großer Bedeutung. Im Dezember 1983 besuchte Generalsekretär Geissler erstmals das Land und erhob danach schwere Vorwürfe gegen die Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik der Militärregierung. Der CDA-Vorsitzende und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat sich wiederholt für die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter eingesetzt. Dieses Thema blieb in der CDU aktuell. Und so hat die Bundesregierung, nicht zuletzt auf Bitten der CDU-Abgeordneten Karl Lamers und Werner Schreiber am 7. Dezember 1984 der Resolution zur Menschenrechtslage in Chile und der Verurteilung des chilenischen Regimes in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zugestimmt.

Neben diesen Resolutionen hat die CDU ab Mitte der achtziger Jahre verstärkt darauf hinzuwirken versucht, den Demokratisierungsprozess in dem südamerikanischen Land mit friedlichen Mitteln voranzutreiben. Deshalb sollten die Christdemokraten als wichtigste demokratische Partei des Landes gestärkt werden. Das stand im Mittelpunkt eines erneuten Besuches des PDC-Vorsitzenden Gabriel Valdés in Deutschland im September 1985. Bei einem Besuch von Bundesarbeitsminister Blüm in Chile im Januar 1986 wurden weitere konkrete Maßnahmen der Bildungsarbeit und des Jugendaustausches besprochen. Nach seiner Rückkehr kritisierte Blüm einmal mehr die Repression der Opposition durch das Militärregime. Wenige Tage nach diesem Besuch stellte CDU-Generalsekretär Geissler eine Dokumentation

der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor, in der die Entwicklung des Landes seit dem Putsch von 1973 sowie vielfältige Menschenrechtsverletzungen ausführlich beschrieben und kommentiert werden. Der Bundesregierung empfahl Geissler, mit allen geeigneten Mitteln auf das Pinochet-Regime zugunsten einer friedlichen Öffnung einzuwirken. Eine Gruppe von CDU-Bundestagsabgeordneten forderte General Pinochet im Juli 1986 in einem Telegramm auf, einen Dialog mit der demokratischen Opposition über einen friedlichen Übergang zu führen. Wie wenig der General jedoch geneigt war, diese Petitionen aus der CDU zu erfüllen, zeigte sich wenige Wochen später bei einem Besuch von CDU-Generalsekretär Geissler in Chile. Dieser wollte 13 Oppositionsführer, vorwiegend Christdemokraten, im Gefängnis besuchen, ist daran aber gehindert worden. Sein Versuch, mit Vertretern der Regierung zu sprechen, ist abgelehnt worden. Geissler hat eine Studentin besucht, die zusammen mit einem jungen Mann von Uniformierten während eines Streiks mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet worden war. Auch eine Frau, die bei einem Bombenattentat militanter Pinochet-Gegner verletzt worden war, besuchte er im Krankenhaus. Bei diesen Besuchen unterstrich Geissler seine Meinung, dass Pinochet und seine militanten Gegner einander in die Hände arbeiten und die Kräfte der Mitte aufreiben wollten.

Aus Anlass des 13. Jahrestages des Militärputsches gab es am 11. September 1986 eine Debatte im Deutschen Bundestag, bei der CDU und SPD weitgehende Einigkeit in der Einschätzung der Situation in Chile, der Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und des Belagerungszustandes und der Forderung nach einem Übergang zur Demokratie demonstrieren. Die immer stärkere Zusammenarbeit der Opposition in Chile im Rahmen der *Alianza Democrática* führte auch zu einer Annäherung der politischen Einschätzung in Deutschland.

Allerdings gab es im Juni und Juli 1987 noch einmal eine intensive Chile-Debatte, bei der unterschiedliche Positionen bezogen wurden. Anlass war das Todesurteil gegen 14 Angehörige der "Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) in Chile, denen mehrere bewaffnete Überfälle und Morde, u.a. von Polizisten, zur Last gelegt wurden. Die SPD forderte politisches Asyl für sie; die SPD-regierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen boten sich zur Aufnahme der Chilenen an. Innerhalb der Bundesregierung entspann sich darüber eine schwierige Diskussion. Während sich Arbeitsminister Blüm und auch Außenminister Genscher dafür einsetzten, die Verurteilten notfalls durch Gewährung von Asyl von der Todesstrafe zu retten, wollte

der für Asylfragen zuständige Innenminister Zimmermann (CSU) die Aufnahme der Chilenen eher vermeiden; er erhielt für seine Position auch Unterstützung einiger CDU-Abgeordneter. Arbeitsminister Blüm reiste noch während dieser Debatte im Juli nach Chile, wo er sich einmal mehr für die Einhaltung der Menschenrechte und die Rückkehr zur Demokratie einsetzte. In einem direkten Gespräch mit General Pinochet machte Blüm deutlich, dass es kein Verständnis für Folter geben könne. Für ein Regierungsmitglied war dies ein ungewöhnlich mutiger Auftritt. Vom bayrischen Ministerpräsidenten Strauss wurde Blüm zwar wegen seiner Aussagen und Auftritte in Chile kritisiert, doch CDU-Generalsekretär Geissler und andere CDU-Repräsentanten unterstützten Blüm. Auch Bundeskanzler Kohl schaltete sich schließlich in die Auseinandersetzung ein und erklärte, dass die Erkenntnisse von Blüm, der seine Reise in Abstimmung mit ihm durchgeführt habe, in die abschließende Bewertung der Bundesregierung einfließen würden; allerdings gäbe es vorerst noch kein Entscheidungsbedarf in der Asylfrage, weil das Urteil in Chile noch nicht rechtskräftig wäre. Kohl fügte u.a. hinzu: "Es ist die gemeinsame Aufgabe der CDU Deutschlands, sich für die Wahrung der Menschenrechte auf der ganzen Welt einzusetzen. Das hat Norbert Blüm gerade in Chile getan; das tut mit gleichem Nachdruck Heiner Geissler". Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende hat damit einmal mehr die Haltung der CDU gegenüber der Diktatur in Chile bekräftigt. Nach dieser Erklärung war der Disput zwischen CDU und CSU beendet. Innenminister Zimmermann hat im Oktober seine ablehnende Haltung gegen ein eventuelles Asyl für die Chilenen aufgegeben.¹⁹

In den folgenden Monaten rückte mehr und mehr die Vorbereitung auf das von General Pinochet angesetzte Plebiszit über eine weitere Verlängerung seiner Regierung in den Mittelpunkt der CDU-Aktivitäten. Im November 1987 reiste CDU-Generalsekretär Geissler anlässlich einer Präsidiumssitzung der "Christlich Demokratischen Internationale" nach Chile und forderte dort seine chilenischen Parteifreunde auf, eine klare personelle und inhaltliche politische Alternative zu General Pinochet und seiner Regierung zu suchen. Zugleich setzte er sich für die Teilnahme an dem Plebiszit und die Eintragung der Chilenen in die Wahlregister ein. Wiederum prangerte er während seines Besuches Menschenrechtsverletzungen an und er setzte sich für einige inhaftierte Regimegegner ein. Damit hatte Geissler die politische Linie der nächsten Monate vorgegeben: auch wenn in Chile innerhalb der

¹⁹ Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 7.10.1987.

Opposition und selbst innerhalb der christdemokratischen Partei zu diesem Zeitpunkt die Teilnahme an dem Plebiszit, das am 5. Oktober 1988 stattfand, keineswegs beschlossene Sache war, setzte sich die CDU sehr stark dafür ein, dass die PDC ihre Legalisierung im Rahmen der noch immer restriktiven Parteigesetzgebung und ihre Teilnahme an dem Volksentscheid vorantriebe, weil dieses Plebiszit bis auf Weiteres die einzige Möglichkeit wäre Pinochet abzulösen und die PDC nur so ihren politischen Führungsanspruch als stärkste politische Kraft des Landes unter Beweis stellen könne. Zumindest diejenigen Sektoren innerhalb der Partei – und dazu gehörte der im August 1987 wieder zum Parteivorsitzenden gewählte Patricio Aylwin –, die für die Teilnahme an dem Plebiszit eintraten, wurden durch diese Haltung der CDU unterstützt.

Im Dezember 1987 bat Bundeskanzler Kohl Präsident Pinochet in einem Schreiben

eindringlich, den in Gang befindlichen Demokratisierungsprozess in Chile voranzubringen und allen politischen Kräften, die eine Rückkehr zur Demokratie erstreben, faire und gleiche Chancen einzuräumen. Gleichzeitig erwarteten Regierung und Bürger der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte.²⁰

Anlass des Schreibens war die anstehende Entscheidung der Bundesregierung über einen Weltbankkredit in Höhe von 250 Mio. US\$ an Chile. Im Bundeskabinett bestanden unterschiedliche Auffassungen dazu. Während Arbeitsminister Blüm gegen den Kredit war, setzte sich der Entwicklungshilfeminister Klein (CSU) dafür ein. Der Bundeskanzler entschied schließlich zugunsten des Kredits, richtete aber gleichzeitig besagtes Schreiben an Präsident Pinochet. Eine eher ungewöhnliche Maßnahme zur Einflussnahme auf die Entwicklung in einem anderen Land.

Dennoch blieb die Lage in Chile angespannt. Im Januar wurden der führende Christdemokrat Genaro Arriagada sowie der Chefredakteur und ein weiteres Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Hoy*, Abraham Santibañez und Alejandro Guillier, verhaftet, wogegen CDU-Generalsekretär Geissler sogleich protestierte und ihre sofortige Freilassung forderte.

Anfang März 1988 kamen der PDC-Vorsitzende Patricio Aylwin, Generalsekretär Gutenberg Martínez sowie Enrique Krauss auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Deutschland, wo sie nicht nur Bundeskanzler Kohl und weitere CDU-Präsidiumsmitglieder über die Situation in Chile

²⁰ Zit. nach Bundespresseamt, *Informationsfunk* Nr. 284 vom 17.12.1987; vgl. auch *Die Welt* vom 16.12.1987.

informierten, sondern auch CSU-Chef Strauss, den FDP-Vorsitzenden Genscher und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt. Nachdem in Chile Anfang Februar eine Mehrparteienallianz zugunsten einer gemeinsamen Vorbereitung auf das Plebiszit zustande gekommen war, konnte die Delegation nun auch in Deutschland zu einem abgestimmten Verhalten der deutschen Parteien gegenüber den Entwicklungen in Chile beitragen.

In der zweiten Augushälfte 1987 reiste der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle zusammen mit dem Abgeordneten Werner Schreiber nach Chile, wo sie mit führenden Christdemokraten und Vertretern anderer Parteien und Organisationen der "Kampagne für das Nein" zusammentrafen. Mit dem deutschstämmigen Mitglied der Militärjunta und Chef der Luftwaffe, General Fernando Matthei, führten die beiden Politiker ein Gespräch. Matthei versicherte ihnen, die Armee werde die in der Verfassung garantierten Spielregeln einhalten und auch ein "Nein" des Volkes gegenüber Pinochet akzeptieren. Den Vorsitzenden der christdemokratischen Jugendverbandes Felipe Sandoval, der wegen Beleidigung der Streitkräfte verhaftet worden war, wollten die Politiker im Gefängnis besuchen, doch wurde ihnen der Zutritt verwehrt. Zwei Tage vor dem Eintreffen von Rühle in Chile, waren die Todesurteile gegen drei der 14 Verurteilten in lebenslange Haftstrafen umgewandelt worden. Rühle unterstrich in seinen Gesprächen und Interviews einmal mehr die Notwendigkeit, eine Mehrheit für ein "Nein" beim Plebiszit zu mobilisieren; dann gebe es die Chance zu einem Übergang zur Demokratie. Die Unterstützung der CDU, u.a. durch die Entsendung von Wahlbeobachtern, sagte Rühle zu.

Der Ausgang des Plebiszits in Chile, bei dem die Absicht General Pinochets, für acht weitere Jahre im Amt bestätigt zu werden, von 54,7% der Bevölkerung mit "Nein" zurückgewiesen wurde, ist von der CDU mit großer Genugtuung kommentiert worden. Noch im Oktober reiste CDU-Generalsekretär Geissler nach Chile, um sich vor Ort über das weitere Vorgehen in Vorbereitung der nun für Dezember 1989 vorgesehenen ersten freien Wahlen zu informieren. Geissler ließ keinen Zweifel daran, dass aus Sicht der CDU der PDC das Recht zustünde, einen Präsidentschaftskandidaten zu benennen, der nach Möglichkeit die Unterstützung aller demokratischen Parteien Chiles erhalten sollte. Die Ernennung des PDC-Vorsitzenden Patricio Aylwin als Präsidentschaftskandidat erschien Geissler konsequent, nachdem jener bereits die "Kampagne für das Nein" angeführt hatte. Mit dieser Stellungnahme aber hat Geissler manche chilenischen Gesprächspartner und auch PDC-Mitglieder überrascht, für die eine Nominierung von Aylwin kei-

neswegs eine ausgemachte Sache war. Vielmehr konnte sich die Partei erst nach einer heftigen Auseinandersetzung auf dessen Nominierung verständigen.

Im Rahmen des Wahlkampfes reiste Patricio Aylwin als Präsidentschaftskandidat der "Konzertation der Parteien für die Demokratie" im September 1989, einmal mehr auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit einer größeren Delegation nach Deutschland. Hier traf er nicht nur mit den Vorsitzenden der CDU/CSU und der SPD zusammen, vielmehr wurde er auch von Bundespräsident Weizsäcker empfangen – eine außergewöhnliche Geste gegenüber einem ausländischen Oppositionspolitiker, die die Verbundenheit der deutschen Demokraten mit den Entwicklungen in Chile ausdrückte. In Chile selbst hat diese Deutschland-Reise, die Aylwin mit dem Besuch einiger anderer europäischer Länder verband, große Aufmerksamkeit erlangt. In den Medien wurde ausführlich darüber berichtet. Aylwin konnte damit seinen Landsleuten demonstrieren, dass die politische Öffnung und Demokratisierung die jahrelange Isolation des Landes beenden werde. Nach Einschätzung chilenischer Meinungsforscher hatte diese Auslandsreise eine unmittelbare Auswirkung auf das Wahlverhalten im Dezember 1989.

Patricio Aylwin und die Parteien der "Konzertation" gewannen mit deutlichem Vorsprung die Wahlen am 11. Dezember 1989. Aylwin trat am 11. März 1990 sein Amt an, am gleichen Tag wurde das Parlament wiedereröffnet. Damit war Chile zumindest formal wieder eine Demokratie. Zugleich waren damit auch die beiden zentralen Ziele der jahrelangen Solidaritätsaktionen der deutschen CDU erreicht: die Rückkehr Chiles zur Demokratie und die Bestätigung der PDC als der stärksten Partei des Landes. Anlässlich der Amtseinführung von Präsident Aylwin war die CDU mit einer stattlichen Delegation präsent, die von Arbeitsminister Blüm angeführt wurde. Gekommen waren auch Bernhard Vogel, der Vorsitzende, und Josef Thesing, der für die internationale Arbeit zuständige Bereichsleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, nachdem diese, wie ein Zeitungskommentator konzedierte, "viel für die Wiederkehr der Demokratie in Chile getan" hatte.²¹

5. Die CDU und Chile nach der Rückeroberung der Demokratie

Nach dem Regierungsantritt von Präsident Aylwin wollten die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung die neue Regierung unterstützen und einen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Chile leisten. Ungewöhnlich

²¹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14.3.1990.

schnell gewährte die Bundesregierung einen ersten Kredit über 44 Mio. DM, der bei einem Besuch von Präsident Aylwin in Deutschland im April 1990 vereinbart wurde. Bis August wurden die vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik bereits auf 111 Mio. DM erhöht. Bei der Vorbereitung der Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine wichtige Vermittlerrolle gespielt, solange die offiziellen Regierungskanäle noch nicht funktionierten; schließlich war bis zum 10. März 1990 noch die Pinochet-Administration im Amt. Die unbürokratische Wiederaufnahme der offiziellen Zusammenarbeit war nicht zuletzt Ergebnis der engen politischen Partnerschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten zwischen der CDU und der PDC gewachsen war. Das wurde unterstrichen durch den Besuch des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl im Oktober 1991 in Santiago. Seine erste größere Auslandsreise außerhalb Europas und der USA nach der deutschen Wiedervereinigung begann er in Chile, womit er den politischen Stellenwert des Landes für die Außenbeziehungen Deutschlands hervorhob.

Diese engen und harmonischen Beziehungen wurden jedoch wenige Monate nach dem Kohl-Besuch vorübergehend stark belastet, als im Februar 1992 der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, in die chilenische Botschaft in Moskau flüchtete und Chile um politisches Asyl bat. Neben den Sozialisten zeigten zunächst auch einige andere Angehörige der chilenischen Koalitionsregierung eine gewisse Bereitschaft, Honecker aufzunehmen. Offensichtlich aufgrund einer Fehleinschätzung der chilenischen Botschaft in Bonn war man daher in Santiago überrascht von der deutschen Kritik an einer möglichen Asylgewährung für Honecker. Die CDU machte über informelle Kontakte deutlich, dass dies nicht akzeptabel wäre. Im Gegensatz zu den Sozialisten lehnte die PDC es ab, Honecker Asyl zu gewähren. Doch es dauerte sieben Monate, bis man innerhalb der chilenischen Regierung übereinkam, ihn der deutschen Justiz zu überstellen.

Diese Episode konnte die Beziehungen zwischen der CDU und der PDC nicht dauerhaft trüben. Auch weiterhin gibt es enge Kontakte, die durch regelmäßige beiderseitige Besuche hochrangiger Repräsentanten der Parteien unterstrichen werden. Zwar gibt es seit Anfang der neunziger Jahre vor dem Hintergrund der Konsolidierung der Demokratie in Chile keinen Anlass mehr für öffentlichkeitswirksame politische Aktionen seitens der CDU. Doch stellen sich in den letzten Jahren neue Themen und Aufgaben, die eine Abstimmung notwendig machen. Die CDU und die PDC sind die wichtigsten "christlich-demokratischen" Parteien in Europa und Lateinamerika. Sie

empfinden beide eine Verantwortung, die gemeinsamen Grundpositionen in die internationale Debatte und Parteienzusammenarbeit einzubringen. Gegenüber den politischen Konsequenzen der Globalisierung sucht man gemeinsame Positionen. Zudem sind die persönlichen Bindungen eng genug, um auch in den nächsten Jahren das Geflecht der Beziehungen weiter zu knüpfen.

6. Die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Verhältnis der CDU zu Chile wäre nur unvollständig beschrieben, wenn nicht die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung wenigstens kurz erwähnt werden würde. Die Stiftung führt ihre Programme selbstständig durch. Ihre politischen Ziele in Chile waren bzw. sind, beizutragen zur Stärkung (und in den Zeiten der Militärregierung: zur Rückeroberung) und Konsolidierung der Demokratie und zur Verwirklichung von sozialen Reformen und sozialer Gerechtigkeit. Dazu arbeitet die Stiftung u.a. mit der PDC zusammen und unterstützt Bildungs- und Beratungsprogramme für PDC-Mitglieder, denn sie betrachtet die Existenz starker demokratischer Parteien als eine Voraussetzung für die Entwicklung von Demokratie. Die Ziele der Stiftungsarbeit in Chile stimmen daher mit denen der CDU überein. Deshalb werden in Chile die Aktivitäten der Stiftung auch als Ausdruck des politischen Willens der CDU wahrgenommen.

Tatsächlich konnte die Stiftung aufgrund ihrer operativen Kapazitäten in den Jahren der Diktatur einen Beitrag leisten, damit demokratische Alternativen und damit vor allem auch die PDC als politische Kraft überleben konnten, damit ein Dialog zwischen verschiedenen Parteien zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Verständigung über die Regimetransformation zustande kam, damit eine politische Elite ausgebildet wurde und sich auf die Übernahme politischer Verantwortung vorbereiten konnte und damit die chilenischen Demokraten Ansprechpartner im Ausland hatten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat das Meinungsbild über Chile innerhalb der CDU entscheidend mitgeprägt. Aufgrund ihrer vielfältigen Aktivitäten hat die Stiftung daher entscheidenden Anteil an der Ausgestaltung der Beziehungen der CDU zu Chile.

7. Ausblick

Chile hatte viele Jahre lang eine bevorzugte Stellung im Rahmen der Außenbeziehungen der CDU. Aufgrund der demokratischen Normalisierung im Land, aber auch des erweiterten Spektrums der Außenbeziehungen der CDU, beispielsweise durch das Entstehen neuer Partnerparteien im Rahmen der Systemtransformationen in Mittel- und Osteuropa, hat sich die privilegierte Position Chiles ebenfalls "normalisiert". Dennoch steht zu erwarten, dass aufgrund der politischen und menschlichen Nähe die christlichen Demokraten Chiles bis auf weiteres die wichtigsten außereuropäischen Partner der deutschen Christdemokratie bleiben werden.

Gero Gemballa

Freiheit. Und das Gegenteil. Würde. Und das Gegenteil. Die *Colonia Dignidad* in Chile

Alles lag näher. Australien. Neuseeland. China. Vereinigte Staaten von Amerika. Alles lag näher als Chile. Und Siegburg.

Dort lebte eine alte Dame, die jeden Monat einen Luftpostbrief schrieb. Die Adresse: Eine gemeinnützige Gesellschaft namens "Dignidad" – Würde. Es war und ist die Adresse ihrer Tochter, die keinen einzigen Brief beantwortet hat. Aber zu jedem Weihnachtsfest einen netten Brief und ein Foto schickte. Da stand die Tochter, hübsch im Dirndl das eine Mal, in Schwestertracht das andere Mal, vor einem weißen Haus mit Satteldach. Vor einem Tor, durch das ihre inzwischen verstorbene Mutter nie gegangen ist. Durch das seit drei Jahren in unregelmäßigen Abständen Polizei rollt. Die *Colonia Dignidad*.

Colonia Dignidad. Eine unheimliche Adresse. Die Gefangenenhilfsorganisation *amnesty international* vermeldete 1987 in ihrer Mitgliederzeitschrift, dass eine seltsame Kolonie einen Prozess gewonnen habe. Bestimmte Behauptungen müssten von *amnesty international* zukünftig unterlassen werden. Aber: In der *Colonia Dignidad* werde weiter gefoltert. Von Deutschen. In Chile.

Chile. Jetzt lag es nah. Chile, das war der Ort, wo Deutsche spurlos verschwunden sind. Das war der Ort, wo Deutsche anderen Deutschen Schlimmes antaten, und Chilenen. Und Menschen anderer Nationalität. Das war, nach einem kurzen Anruf, der Ort, an dem es das gab, was für mich Geschichte und politische Theorie war: Diktatur.

Ein junger Reporter fuhr 1987 nach Siegburg, um schließlich in Parral, im Süden Chiles, anzukommen.

7.544 Flugmeilen von Frankfurt am Main, schnellstens in 20 Stunden Flugzeit zu erreichen. Deutschland liegt in Chile. So, wie viele befürchten, dass Deutschland ist: sauber, ordentlich. Brutal. Hoch organisiert.

Zunächst als gemeinnütziger Verein, inzwischen als Holding mit mehreren Aktiengesellschaften, konnte vier Jahrzehnte ein Kleinstaat überleben, der auf gut deutschen Sekundärtugenden aufgebaut ist und vieles von dem

fortleben ließ, was mit Ende des Zweiten Weltkriegs als Organisationsprinzip nationalen deutschen Gemeinwesens beendet schien.

Faschismus ist sexy, Machtmissbrauch attraktiv, Folter, Waffenhandel und Kindesmissbrauch sind Herrschaftsinstrumente. Hinter sauberen Fassaden versteckt und mit Blumenrabatten dekoriert, wird es zum perfekten Verbrechen.

Als "Kolonie der Würde" hat sich eine Gruppe von Deutschen in Chile angesiedelt – und ganz bewusst in Chile und nirgendwo sonst. Sie haben Fäden der Verbindungen und Verbindlichkeiten gesponnen, Macht missbraucht, ausgeübt und andere daran teilhaben und so etwas entstehen lassen, was auf der Welt kein zweites Mal zu finden ist: einen Staat im Staate, dessen Entstehung und dessen Skelett ohne deutsche Tugenden und Untugenden undenkbar wäre; und genau deshalb länger überlebte als jede andere kriminelle Vereinigung dieser Welt.

Deutschtum war von Anfang an das Qualitätsmerkmal und das Gütezeichen der *Colonia Dignidad*. Ein *Made in Germany*, das in Chile besondere Attraktivität hatte. Wie kann es funktionieren, dass ein halbes Tausend Menschen seit vier Jahrzehnten außerhalb von Recht und Gesetz stehen, Justiz, Diplomatie und Politik zur gleichen Zeit benutzen und verhöhnen, dabei zu einem millionenschweren Konzern heranwachsen und so eng verflochten sind mit Geheimdiensten, Militärs und Politik, dass sie einen Staat im Staat gründen konnten, uneinnehmbar bisher, geheimnisvoll und mörderisch?

Die Geschichte der *Colonia Dignidad* ist eine deutsche Geschichte. Und eine chilenische Geschichte. Es ist eine Geschichte aus dem Nachkriegsdeutschland und eine Geschichte der Attraktivität des Deutschtums. Die Kolonie wurde nicht zufällig in Chile gegründet. Und sie konnte nicht zufällig so lange überleben. Nur weil die Kolonie attraktiv war – und ist – für Deutsche in der Bundesrepublik, für Deutschstämmige in Chile, für Chilenen, die im Führerprinzip viel Gutes und in der Kolonie ihren kleinen faschistischen Modellstaat verwirklichen sehen.

Diese Siedlergemeinschaft interessiert mich seit langem, weil sie wie ein "Phantasialand" nicht nur deutsche Charaktereigenschaften ausstellt und vorführt, sondern auch noch beweist, dass diese deutschtümeln Tünche genügt, um fortgesetzt sämtliche Gesetze und Regeln des Zusammenlebens unter Menschen zu brechen. Alles nur eine Frage der Fassade.

Über zehn Jahre habe ich den Deutschen in Chile und ihren Freunden in der Welt hinterher recherchiert und dabei einiges einstecken müssen. Deshalb auch sollten sie es mir leichter machen als allen anderen, die versucht

haben, das Geheimnis der *Colonia Dignidad* zu lüften? Sie haben gedroht und sind handgreiflich geworden, haben Rechtsanwälte engagiert und Strafanzeigen erstatten lassen, an Radmuttern geschraubt und das Essen besonders gewürzt, Prügelkommandos losgeschickt und Mikrofone versteckt. Und sich damit nur noch interessanter gemacht.

Die *Colonia Dignidad* aus Chile in unsere Welt versetzt, das sähe so aus: Das Land Bremen, umgeben von doppeltem Stacheldraht, zwei Zufahrten, keine Landeerlaubnis für Flugzeuge, kein Durchgangsverkehr, eine Zugverbindung, eigene Funkfrequenz, eigenes Telefonnetz, unterirdische Versorgungsgänge.

Die Grenzen – in diesem Fall von Bremen – werden von Chilenen bewacht, die alleine bestimmen, wer hineinkommen darf. Und wann die Besucher das Gelände wieder verlassen müssen. Hinter diesen Mauern leben Menschen. Wie viele, niemand weiß es. Sie sprechen nicht unsere Sprache.

Sie wissen nicht, was außerhalb ihres Staates geschieht, wer dort regiert, welche Produkte es zu kaufen gibt. Wie die Menschen leben. Sie wissen nichts von Familie, von Vater, Mutter, Kind, von Schulpflicht und Universitätsausbildung, von Kino, Musik oder Mode, von Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk- und Fernsehprogrammen, anderen Sprachen, Kulturen, Religionen, Ideologien, Traditionen, Nahrungsmitteln. Kennen nicht Links, Rechts oder Mitte. Nur eines: Ihren Führer und dessen Stellvertreter. Und ein einziges Gesetz: Wer nicht folgt, der muss büßen. Sie haben Pflichten, aber keine Rechte. Niemand wird ihnen helfen. Selbst wenn ihnen die Flucht gelingt, werden sie zurückgeschickt.

Würden wir einen solchen Staat neben uns akzeptieren? Einen Staat von Sektierern in unserer direkten Nachbarschaft Waffen horten lassen und zum Frühstück in die Brötchen beißen, die in diesem Staat gebacken und an uns verkauft werden? Würden wir unsere Kinder dorthin in die Schule schicken, ins Internat? Dorthin zur Entbindung ins Krankenhaus gehen? Und mit den Schultern zucken, wenn manche Kinder in diesem Staat für immer verschwunden bleiben?

In Chile ist das heute möglich. Und vielleicht nur in Chile. Denn dieses Land ist deutsch. In weiten Teilen.

Dieser seltsame Beruf, dem ich nachgehe, lässt einen viel Zeit im Flug verbringen, Kontinente und Kulturen besuchen, in einem schnell das Vorurteil wachsen, man selbst, höchstpersönlich sei als Beweis der *miles & more*-Kontoauszüge supranational und multikulti. Qua Beruf. Jeder Gebührenzahler zahlt das mit 28 Mark 50. Mit diesem Vorurteil bin ich nach Chile ge-

kommen. Auf dem Rückflug war ich Deutscher. Deutscher, als es mir lieb war.

Chile, dieses lange, schmale Land, in dem – wie im Saarland – jeder Jeden kennt und auf die erste Frage der Hinweis auf diesen Freund, jenen Verwandten, andere Bekannte bekommt. Und weiterempfiehlt. Und gesprächsbereit ist. Solange man nicht Täter war.

In der Villa des ehemaligen chilenischen Botschafters in Bonn und nachmaligen Zentralbankchefs wurde ich als Deutscher begrüßt, verdiente mir das Tässchen Tee mit meines Vaters Biographie als ostpreußischer Landjunker, als Abkömmling eines Kartoffeladeligen von Fritz' Gnaden.

Paul Schäfer, der Erfinder und Führer der *Colonia Dignidad*, lugte durch den Spion auf einen aschblonden Deutschen. Der ihm wohl gefiel. Länger im Körperwuchs als die Chilenen, die er aus der Schule entführt und den leiblichen Eltern dann für immer vorenthält. Die Augen heller. Die Kleidung konservativer.

Chile, das war für mich und ist bis heute:

Armut. Der Schlamm, der die Berge herunter suppt nach Unwettern, durch wilde Siedlungen, in denen sich die Bewohner den Strom von den Überlandleitungen abzwacken. Komitees von Müttern, welche die Alphabetisierung ihrer Kinder und von sich selbst in die Hand nahmen. Nackte Erde als Fußboden. Zehn- und Vierzehnjährige, die keine Chance haben, die vielleicht noch *Carabiñero* werden können. Die durch die Straßen rennen, gepanzerte Polizeiwagen (*Made in Germany*) bewerfen, sich mit Salz und Zitrone vor den Tränengasschwaden schützen. Von Gefängniswärtern mit umgeschnalltem Säbel in einem kühlen Gefängnisbau zu einer Zehnmannzelle geführt werden, über nach Desinfektionsmittel stinkende Flure. Die Frau, die in einer Hütte auf dem Land lebt, in der Kolonie gearbeitet hat, von drei Vätern drei Kinder hat. Eine Petroleumlampe und einen Bunsenbrenner als Kochstelle. Der Wahlwerbespot, der eine alte Frau im Kaufmannsladen zeigt. Die Frau will Tee kaufen. Und der Kaufmann fragt: Einen Beutel oder zwei?

Reichtum. Die große Dame Echeverría, die im Speisezimmer nur den Knopf drücken muss, ganz diskret, damit die Hausdame den nächsten Gang aufträgt. Das dreistrahlige Falcon-Flugzeug auf dem *General Aviation*-Teil des Flughafens, mit der stilisierten Bombe auf dem Leitwerk. Transportmittel eines Waffenhändlers. Die Dame im Alcantarakostüm in der *First Class*, die unaufgefordert davon erzählt, wie schwer das Leben als

Großgrundbesitzer geworden ist, dass alleine der Neid der Nichtbesitzenden diesen fleißigen Deutschen in Chile, auch der Kolonie, wo es die guten Würstchen und Sahnetorten gebe, das Leben so schwer machten. Der kultivierte Besitzer des *Mercurio*, sprachgewandt, gebildet, zufällig ein Studienkollege des so genannten Außenministers der Kolonie. Die Reise im Helikopter nach Feuerland, wo sich ein wohlhabender Amerikaner sein eigenes Biosphärenreservat eingerichtet hat. Der deutsche Minister, der vor der "Transition" genannten Wahl zwischen Pinochet und "kontrollierter Demokratie", im Gebäude einer politischen Stiftung an die Christdemokraten einen dicken braunen Umschlag überreicht.

Deutschtum. Schnitzel im Deutschen Haus in Osorno. Singende Kinder in der deutschen Schule. Frau Honecker, wie sie im Reihenhaushaus in Las Condes sitzt, Deutsche Welle TV im Fernsehen, und Salzkartoffeln für Erich kocht. Die Berghütte des Ski- und Wandervereins. Metzgerei und Bäckerei mit deutschen Namen. Der Mercedes-Niederlassungsleiter und der Resident der Lufthansa AG beim Stehempfang des Botschafters. Die Marschmusik beim jährlichen Defilee vor Augusto Pinochet. Die Uniformen bei der Wachablösung vor der Moneda. Die – inzwischen der Vergangenheit angehörende – Abwesenheit von Korruption. Der legalistische Umgang mit allen Fragen, das Versanden in der Bürokratie. Der Perfektionismus bei Folter und ihrer Dokumentation in Leitzordnern. Die Markentreue beim Einkauf von Repressionsinstrumenten. *Made in Germany* bevorzugt. Steuerfrei, weil angeblich gemeinnützig.

Marktwirtschaft. Der Einfall der spanischen *Telefónica* und die rasend schnelle Entwicklung eines Mobilfunknetzes. Die Privatisierung von Kranken- und Rentenversicherung, Bildungswesen und elektronischen Medien. Stinkende Flüsse in der Nähe von Papierfabriken. Gerodete Wälder. Nackte Erde. Über Nacht Kiwiplantagen. Französische Namen an Weingütern. Die Wiederkehr von Geheimdienstlern in die inzwischen privatisierte Telefongesellschaft, bei Lan Chile. Der sprunghafte Anstieg des Drogenhandels über die Anden und an der unkontrollierbar langen Küste. Die ins Unerreichbare gestiegenen Immobilienpreise, welche die Stadtvillen unbezahlbar werden ließen. Die feinen Geschäfte für Silberwaren in der Passage an der Plaza de Armas. Die schicken Magazine am Kiosk. Und die bettelnden Kinder, Männer, Frauen, Alten, Körperbehinderten. Der befreundete Professor, der nur mit Mühe die Studiengebühren für die Ausbildung seiner Kinder aufbringen kann.

Kirche. Die Kathedrale in Valparaíso, in der junge Marine-Offiziere zum Gottesdienst gehen. Der greise Bischof, der zuerst dem Diktator widersprach und dann auch mal dem Papst. Die Priester, die in den *poblaciones* mit den Armen leben und als Gottesdienst den Unterricht sehen, den sie geben. Der evangelische Bischof, der später als Generalsekretär von *amnesty international* seine zeitweise Heimat Chile nicht vergaß. Papst Johannes Paul II auf dem Balkon neben dem uniformierten General Pinochet. Die Prediger freikirchlicher Protestantengemeinden in den Armenvierteln, die aus jeder Predigt eine Show machen. "Arbeit ist Gottesdienst" als Motto der *Colonia Dignidad*.

Würde. Die Mütter von der Plaza de Armas. Der Architekt, der Bruder und Sohn verloren hat. Der über die "Verschwundenen" berichtet und ganz nebenbei über seine Gefangenschaft auf einem Schiff 1973, interniert, zusammengepfercht mit Hunderten. Aber überlebt hat. Das Komitee der Verschwundenen, wo immer und immer wieder gefragt wird. Der kleine Herr, Richter seit Jahrzehnten, der seine Privilegien nutzt, beharrlich, freundlich, unbeugsam zum ersten Mal Gefängniswärter wegen Folter von Gefangenen in der Haft unter Anklage stellt. Der Handelsregistereintrag einer gemeinnützigen Gesellschaft für Wohlfahrt und Bildung mit dem Namen "Würde", der von einem freundlichen Nationalbankchef befürwortet wird. Adriana Borquéz, der in der *Colonia Dignidad* die Hüften gebrochen wurden, die bei der Elektroschockfolter die Kontrolle über die Schließmuskel verlor und sagt: Da war es aus mit meiner Würde.

Uniformen. Bewaffnete alle hundert Kilometer an der Panamericana. Mattgrüne Omnibusse mit vergitterten Scheiben, die die Alameda herunterrasen. "Fuchs" genannte kleine Panzerwagen, aus deren Innerem Gewehre mit Tränengasaufsätzen geschoben werden. Junge Polizisten mit Schutzschildern an den Straßenecken. Der Klang marschierender Rekruten hinter einer stacheldrahtgekränzten Mauer. Die Zöllner, bei denen ich Einfuhr und Ausfuhr eines Nachtsichtgerätes anmelde. Der glattrasierte, pomadierte *Beau* in grauer Uniform mit breiten Epauletten und goldener Kordel, eine Ledermappe unter dem Arm, immer drei Schritte hinter dem Staatspräsidenten. Das Sondergefängnis mit Swimmingpool und Tennisplatz für General Contreras. Der Polizeichef von Parral, der den Torwarter an der *Colonia Dignidad* respektvoll als "Don" bezeichnet

und sich wie der Reporter des Fernsehkanals der *Universidad Católica* mit Kaffee aus Thermoskannen von adretten Kolonisten bewirten lässt.

Ziviles. Der Blindkanal im Hotel Carrera, durch den Mikrofone zum Zimmer geschoben werden können. Der Page im Aufzug des gleichen Hotels, der so gut deutsch spricht und sich so gerne nach den Erlebnissen des Tages erkundigt. Der Polizeikommissar, der das Kamerateam und mich zusammen mit Kollegen bei jedem Besuch in Chile begleitet und erzählt, wie er noch vor wenigen Jahren zum Schutz von Paul Schäfer abkommandiert wurde, wenn der, genannt "der Professor", zum Beispiel seinen Führerschein verlängern lassen wollte.

Chile. Das war die erste Militärdiktatur meines Lebens. Das war das erste Mal, dass ich Gefolterten und Folterern gegenüber saß. Das war das erste Mal, dass ich angefasst, verprügelt wurde. Das war das erste Mal, dass ich Menschen begegnete, die glaubten, über anderer Menschen Leben bestimmen zu können. Dass ich erfuhr, wie man Waffen aus Europa nach Lateinamerika bringt. Wie man ohne Passkontrolle in ein Land einreist. Und wieder ausreist. Wie man sich verhält, wenn man verhaftet wird. Wie, wenn man bedroht wird. Wie man Gespräche führt, ohne abgehört zu werden. In Chile erlebte ich, wie Menschen anderen uneigennützig halfen. Wie mit Risikobewusstsein Informationen weitergegeben wurden, ich weiterempfohlen, beherbergt und empfangen wurde. Der Pilot, der mit dem Privatflugzeug über die Kolonie fliegt. Der Minister, der den Reporter, der zur unerwünschten Person erklärt wurde, zum Delegationsmitglied erhob. Chile. Die Atacama-Wüste, die so beeindruckt. Und noch im Jahr 1998 Massengräber freigibt. Punta Arenas und die viktorianischen Häuser. Die Anden. Seehunde auf den Klippen unter einem der Häuser von Pablo Neruda.

Chile. Das ist das Land, in dem ich gespürt habe, wie viel Deutscher ich bin. Was Freiheit bedeutet. Und Demokratie.

Literaturverzeichnis

- Gemballa, Gero (1988): *Colonia Dignidad. Ein deutsches Lager in Chile*. Reinbek.
— (1998): *Colonia Dignidad. Ein Reporter auf den Spuren eines deutschen Skandals*. Frankfurt/Main.
Heller, Friedrich Paul (1993): *Colonia Dignidad. Von der Psychosekte zum Folterlager*. Stuttgart.

Dieter Nohlen

Der erste 11. September – 30 Jahre danach

Der Militärputsch in Chile am 11. September 1973 jährt sich zum dreißigsten Mal. Ihm werden etliche Beiträge in aller Welt gewidmet sein, zu Recht, denn er ist trotz der Putschtradition in der lateinamerikanischen Geschichte ein historisches Ereignis ersten Ranges. Sieht man von der kubanischen Revolution ab, hatte die Weltöffentlichkeit nie zuvor so intensiv an der Geschichte eines lateinamerikanischen Landes Anteil genommen. Weltweit wurde fast überall mit großer Empörung und Abscheu auf den Putsch reagiert. Zum vorherrschenden Negativbild trugen zum einen die Bilder bei, die von den putschenden Generälen um die Welt gingen. Viele werden sich des martialisch anmutenden, mit einer dunklen Sonnenbrille fotografierten Anführers der Junta, General Augusto Pinochet, erinnern. Zum anderen waren es die schrecklichen Nachrichten über das brutale Vorgehen der Militärs, über Folterungen, Verschleppungen, Morde. Von diesen Übergriffen mussten sich auch jene Beobachter distanzieren, die angesichts der politischen Polarisierung in Chile einen Militärputsch für die "sauberste Lösung" gehalten hatten. Im derart strukturierten politischen Meinungskontext schrieb ich seinerzeit eine erste wissenschaftliche Analyse der chilenischen Vorgänge, betitelt "Warum scheiterte Salvador Allende?". Sie erschien etwa sechs Wochen nach dem Putsch, am 20. Oktober 1973 in der Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament* und fand damit eine weite Verbreitung.

Bereits der Titel meines Aufsatzes setzte einen Akzent, der aus heutiger Sicht befremdlich erscheinen mag: Nicht der Putsch stand im Mittelpunkt, sondern das Scheitern einer Politik, die nach dem Wahlsieg des Sozialisten Allende bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 den Übergang zum Sozialismus mit demokratischen Mitteln versprach. Was nach dem Putsch auf Chile zukommen würde, war damals allen Beobachtern verschlossen. Niemand konnte seinerzeit vorhersehen, dass Chile einer derart langlebigen Diktatur unterworfen und die das Land grundlegend umkrempeln würde. Erst 1988 gelang es per Referendum, Pinochets Machtausübung im Rahmen der von ihm erlassenen Verfassung zu begrenzen, und 1990 erfolgte schließlich der Übergang zur Demokratie. Aus heutiger Sicht ist der Putsch als Beginn der seitherigen Entwicklung das einschneidende Ereignis (belegt etwa

durch die relativ vielen Schriften zum Militärregime und seiner Epoche, u.a. so exzellente Autoren wie der Ex-Minister Genaro Arriagada 1998; der Ex-Präsident Patricio Aylwin Azócar 1998, der Ex-Botschafter in Deutschland Carlos Huneeus 2000). Zum damaligen Zeitpunkt verstand er sich als Ende einer Entwicklung, auf der große Hoffnungen geruht hatten. Es war der Versuch, mit friedlichen Mitteln in einem Land der Dritten Welt einen demokratischen Sozialismus zu etablieren. Dieser Fehlschlag hatte erklärt zu werden.

Meine damalige Analyse habe ich vor einigen Tagen wieder gelesen. An diese "Wiederbegegnung" mit einem alten Text möchte ich im Folgenden einige Überlegungen zum Niedergang der chilenischen Demokratie anknüpfen, welche meine damaligen Ausführungen kritisch reflektieren und dabei berücksichtigen, zu welchen Einsichten die wissenschaftliche Literatur zum gleichen Gegenstand in der Zwischenzeit gelangt ist.

1. Persönliche Zusammenhänge

Vorab sei vermerkt, dass ich mich in der glücklichen Lage befinde, meine damalige Sicht der Dinge in schriftlicher Form vorzufinden, und dass ich mich heute darauf beziehen kann, ohne der Eintrübung der Erinnerung durch später gelagerte Ereignisse und Entwicklungen zu erliegen. Die Zeit, neue Erfahrungen und Einsichten, können heute zu einer anderen Einschätzung als damals führen. Weil dem so sein kann, ist die "Wiederbegegnung" mit einem früher geschriebenen Text ja interessant. Dabei sollte man sich nicht derart fehl erinnern, als habe die heutige Einschätzung damals schon bestanden. Ich habe gelegentlich den Eindruck, dass sich einige Zeitgenossen ihrer damaligen Beurteilung der politischen Ereignisse (möglicherweise unbewusst) nicht mehr recht erinnern oder gar erinnern wollen und *ex-post* vorgeben, sie seien anders positioniert gewesen. Angesichts der bitteren Erfahrung mit der Diktatur sind in Chile *ex-post* viel mehr Leute gegen den Militärputsch gewesen als es tatsächlich *ex-ante* waren.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass ich wenige Monate vorher beim Hamburger Hoffmann und Campe-Verlag ein Buch mit dem Titel "Das sozialistische Experiment in Chile" veröffentlicht hatte – übrigens meine Habilitationsschrift an der Universität Tübingen – und dass ich die längste Zeit der Allende-Regierung mit meiner damaligen Familie in Chile gelebt habe. Als Repräsentant der Adenauer-Stiftung am Ort hatte ich zudem Zugang zu politischen Akteuren und Zutritt zu politischen Versammlungen der Christdemokratie, auf denen die politische Lage des Landes diskutiert und die politische Linie der Partei vereinbart wurde. Das Leben und die be-

ruflische Tätigkeit vor Ort ließen mich geradezu zwangsläufig ein breites Hintergrundwissen erwerben. Viele Informationen konnte ich nicht einmal preisgeben, aus wissenschaftlichen Gründen zumal solche, die allzu persönlich gefärbt waren. Mein Aufsatz hält sich denn auch sehr an überprüfbare Daten, wiewohl die vorgenommenen Einschätzungen diesen breiteren Erfahrungshorizont reflektieren.

Natürlich widersprach mein Aufsatz der internationalen Wahrnehmung der Allende-Regierung. Er trug mir in der bundesdeutschen Debatte, die an den Universitäten stark von den Chile-Komitees getragen wurde, eine Positionierung ein, die weit rechts von meiner Selbsteinschätzung lag. Eine andere Begebenheit ist besonders Erinnerungswürdig: eine Anfrage des Hamburger Senats, ob ich eine Rede zur Einweihung des Allende-Platzes halten könnte. Als ich zu verstehen gab, dass ich die Freitod-These vertreten würde, war der telefonische Kontakt schnell beendet. Ich habe in meinem Buch *Feuer unter der Asche*, 1974 im Signal Verlag erschienen, die letzten Stunden Allendes dargestellt. Inzwischen ist die Freitod-These in Chile selbst allgemein anerkannt.

2. Der Prozess des Scheiterns

Zunächst möchte ich eine kurze Analyse des politischen Prozesses der Jahre 1970 bis zum Militärputsch vortragen und damit meine damalige Position rekonstruieren.

Allende vertrat einen chilenischen Weg zum Sozialismus. Er sollte demokratisch und mit friedlichen Mitteln gegangen werden. Diesen reformistischen Weg teilten freilich radikalisierte Teile seiner eigenen Partei nicht, die in den 1970er Jahren unter den Einfluss des Castrismus, der kubanischen gewaltsamen Eroberung der Macht und revolutionären Veränderung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft geraten waren. Auch wurde er von der von Allende legalisierten "Bewegung der Revolutionären Linken" (*Movimiento de la Izquierda Revolucionaria*, MIR) abgelehnt. Die Volkseinheit (*Unidad Popular*, UP), das Regierungsbündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Radikaler Partei, MAPU (*Movimiento de Acción Unitaria*) und Christlicher Linker (*Izquierda Cristiana*), war in sich politisch und ideologisch heterogen und besaß im Parlament keine Mehrheit. Die Christdemokraten (*Democracia Cristiana*, DC) und die Nationalpartei (*Partido Nacional*, PN) stellten zusammen 89 von 150 Abgeordneten und auch im Senat überwogen sie mit 27 von 50 Sitzen. Die innenpolitischen Fronten verschärften sich bereits wenige Monate nach Regierungsantritt, den einige US-Firmen (ITT),

die CIA und die inländische politische Rechte vergeblich zu verhindern versucht hatten, als Allende direkte Landnahmen revolutionärer Gruppen zuließ und mit der Verstaatlichung von Industriebetrieben ohne gesetzliche Grundlage begann.

Die eingeschlagene Wirtschaftspolitik zielte auf Konsumsteigerung mittels Einkommensumverteilung. Diese Politik ermöglichte die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten, regte aber wegen der wachsenden Rechtsunsicherheit nicht zu notwendigen Investitionen an. Sie konnte deshalb Ungleichgewichte zwischen Konsumfähigkeit und Produktionsergebnissen nicht verhindern, die nach einigen Monaten wirtschaftlichen Aufschwungs einsetzten und zu wachsender Güterverknappung und Inflation führten. Die scharfe Konfrontation mit dem Auslandskapital in Form der entschädigungslosen Nationalisierung des Kupferbergbaus, welche im Kongress die einstimmige Zustimmung aller Parteien fand, verringerte den Zustrom ausländischer Kredite, die in Höhe und Konditionen nicht den wachsenden Kapitalbedürfnissen Chiles entsprachen. Der Verfall der Kupferpreise auf dem Weltmarkt sowie Ersatzteil- und Management-Probleme im Kupferbergbau taten ein Übriges, um zu verhindern, dass das Kupfer die ihm zuge dachte Rolle als Devisenbringer und Finanzierungsquelle für die in Angriff genommenen Reformen spielen konnte. Die Agrarreform wurde nur in dem Teil, der die Schaffung neuer Besitzverhältnisse betraf, rasch zu Ende geführt, doch auf Kosten eines rapiden Rückgangs der Produktion. In den staatlichen Sektor der Wirtschaft, der nur so genannte strategische Unternehmen enthalten sollte, wurden ziemlich ungeplant auch bankrotte Betriebe aufgenommen, so dass die mangelnde Rentabilität vieler Unternehmen den Staatshaushalt immer mehr belasteten. Die wachsenden wirtschaftlichen Probleme verringerten die politische Basis der Regierung Allende und ermöglichten es der in- und ausländischen Opposition, mit ihren teilweise illegalen, teilweise aber durchaus legalen Aktionen (Streiks, parlamentarische Abstimmungsniederlagen der Regierung, Misstrauensvoten gegen Regierungsmitglieder) immer mehr Einfluss auf das Schicksal der Regierung Allende zu erlangen. Mit dem Verlust der Unterstützung durch die Mittelschichten war Allende die Aussicht genommen, Wahlen gegen die in der Zwischenzeit in einem Wahlbündnis vereinte Opposition aus Christdemokraten und politischer Rechten gewinnen zu können, was sich bei den Parlamentswahlen vom März 1973 bestätigte. In dieser Situation verstärkte sich innerhalb und außerhalb des Linksbündnisses die Strategie der revolutionären Machtergreifung. Carlos Altamirano, Parteichef der Sozialisten,

agitierte: „Der leninistische Sozialismus kannte und kennt nur eine Bahn, die nichts gemein hat mit freien, geheimen, auf frei zugänglicher Information beruhenden Wahlen. Dieses dumme Geschwätz gehört in die Archive“. Und der MIR verkündete: „Das Wort hat nun der Kamerad Mauser“, also die Waffe. Das Militär, das sich lange loyal zu Allende verhalten hatte (nach den Oktoberstreiks von 1972 waren auf Drängen der Christdemokraten einige Militärs in die Regierung Allende eingetreten, was teilweise als Mitregierung interpretiert wurde), sah sich nun stärker herausgefordert, zumal nach der Ankündigung seiner ideologischen Unterwanderung und des Aufbaus eigener bewaffneter Verbände durch die extreme Linke. Ungebremst steuerte das Land sehenden Auges auf den bewaffneten Austrag des politischen Konflikts zu.

Bereits vor dem Putsch stand das Interpretationsmuster des möglichen Scheiterns von Allende entsprechend der innenpolitischen Polarisierung fest: „Faschismus plus US-Imperialismus versus Kommunismus“. Eine erhebliche Diskrepanz tat sich auch zwischen der Wahrnehmung der Allende-Regierung in Chile und im Ausland auf. International, vor allem in Europa, hatte Allende viel Sympathie und Interesse für den chilenischen Weg zum Sozialismus gewonnen. Der Sturz Allendes wurde als Ergebnis einer US-Intervention begriffen. Die unterschiedlichen Sichtweisen sind in dem Maße in den Hintergrund getreten, wie der Putsch und seine Folgen sowie deren Überwindung in den Vordergrund rückten. Um die politischen Bündnisse zu schmieden, die zur Wiedererlangung der Demokratie notwendig waren, mussten die ehemaligen kompromisslosen Kontrahenten über ihre historischen Gegensätze hinwegsehen. Die Folgen des Putsches aber wirkten nachhaltiger und beschäftigten unverändert die chilenische Gesellschaft und Politik, auch nachdem die Demokratie wiedergewonnen werden konnte. An Jahrestagen wie dem 11. September wird der Blick jedoch auch auf die Verantwortlichkeiten für den Zusammenbruch der Demokratie gelenkt und es wird deutlich, dass es sich nach wie vor um ein kontroverses und höchst sensibles Thema handelt. Die gegensätzlichen Interpretationen bestehen fort (Tagle 1992; Vial 1998). Von einer Annäherung der chilenischen und der internationalen Perspektiven kann noch weniger die Rede sein.

3. Vier Ursachenbündel

Für das Scheitern Allendes habe ich vier verschiedene Ursachenbündel geltend gemacht, die sich teilweise auch in der Literatur wieder finden, freilich mit dem Unterschied, dass einzelne Untersuchungen nur auf eines der Bündel oder gar darin auf einen einzigen Faktor abheben:

3.1 Gangbarkeit und Grenzen des chilenischen Wegs zum Sozialismus

In der theoretischen Frage, ob es so etwas wie einen chilenischen Weg zum Sozialismus geben könne, d.h. eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft mit friedlichen Mitteln herbeigeführt werden könne, habe ich mich sehr zurückgehalten. Sie schien mir eher eine ideologische Frage zu sein, kaum wissenschaftlich zu beantworten. Vielmehr habe ich seinerzeit die Bedingungen hervorgehoben, die für die politische Durchsetzbarkeit des Programms der Volkseinheit sprachen, u.a. seine Nähe zu dem, was die Christdemokraten für den Fall einer zweiten Präsidentschaft nach der von Eduardo Frei Montalva planten. Diese programmatische Nähe hatte ja auch die Wahl Allendes durch den Kongress mit Hilfe der Christdemokraten ermöglicht. In besonderer Weise hat mich die Frage der Doppelstrategie von friedlichen und gewaltsamen Reformen und ihres Verhältnisses zueinander beschäftigt. Einige Beobachter hatten darin die Originalität und die Erfolgsgarantie des chilenischen Weges erkannt. Dem hielt ich die in der Praxis auftretenden Schwierigkeiten entgegen, die reformerische Strategie – mittels des bürgerlichen Staates verfolgt – mit der revolutionären Strategie der direkten Aktionen und des Aufbaus der Volksmacht in Übereinstimmung zu bringen. Denn ich sah, wie sich innerhalb der Christdemokratie die politische Haltung besonders jenes Sektors, der Allende wohl gesonnen war, durch den Druck der Parteibasis in den Wahlkreisen, in denen durch direkte Aktionen der revolutionären Linken vollendete Tatsachen geschaffen wurden, von einer konstruktiven zur absoluten Opposition veränderte. Durch die Duldung der revolutionären Strategie verspielte Allende die Chance, bei unveränderten parlamentarischen Stärkeverhältnissen Mehrheiten für seine Reformpolitik zu erhalten. Dass die Opposition nicht von Anfang an darauf eingeschworen war, alle Regierungsvorlagen abzulehnen, zeigt die einstimmige Verabschiedung des Gesetzes zur vollständigen Nationalisierung des Kupfers. Die Reform des Agrarsektors konnte ohnehin auf dem von den Christdemokraten durchgesetzten Agrargesetz fußen. Die gewaltsamen Aktionen zerstörten die Basis für parlamentarischen Konsens. Die Einsicht in

die Unverträglichkeit der beiden Strategien war mir damals wichtig zu vermitteln. Ich halte sie nach wie vor für entscheidend, um das Scheitern der Regierung Allende zu verstehen.

3.2 Fehlerhafte parteipolitische Bündnispolitik der Volkseinheit (ohne bzw. gegen die DC) und die folgeschwere Unfähigkeit der Allende-Regierung, die Mittelschichten für sich zu gewinnen

Es sind zwei Argumente, die stärker von einander getrennt werden müssen. In der Frage der Bündnispolitik hatte ich seinerzeit sehr hoch veranschlagt, dass die DC bei weitem die größte Partei Chiles war. Mit einem anderen Kandidaten als Radomiro Tomic von ihrem linken Flügel hätten sie allein mehr Stimmen erreicht als alle Parteien der Volkseinheit zusammen. Des Weiteren war ich damals auf die Inhalte der Politik fixiert. Mit den Christdemokraten im Bündnis hätten viele der anvisierten Reformen durchgesetzt, aber eben nicht ein Weg zum Sozialismus beschritten werden können. Auch die machtpolitischen Implikationen habe ich Anfang der 1970er Jahre nicht so sehr gesehen. Der *Unidad Popular* ging es nicht nur um die Inhalte der Politik, sondern vor allem um die Hegemonie. Erst recht hatte ich die politischen Pfründe nicht bedacht, die seinerzeit die Regierungsausübung in einem Land mit einem enorm ausgedehnten Staatssektor bedeutete. Immerhin waren etwa 7.000 *Jobs* vom Präsidenten abhängig und zu verteilen. Schließlich war auch das Programm der DC ein auf den Kandidaten Tomic zugeschnittenes Programm. Es repräsentierte kaum den gemäßigten und den rechten Sektor der Partei. Insgesamt überzeugt mich das bündnispolitische Argument nicht mehr so wie ehemals. Es impliziert zu viele kontrafaktische Überlegungen. Die Frage, was wäre gewesen wenn, eröffnet (wie wir später noch deutlicher sehen werden) großen Spielraum für Spekulationen, aber wenig Sicherheit darin, ob Alternativen wirklich erfolgreich gewesen wären. Vor allem aber gilt: Die Akteure haben sie nicht gewählt, ja sie haben sie bewusst ausgeschlossen. Hingegen halte ich die Politik der Vernachlässigung der Mittelschichten nach wie vor für einen schweren strategischen Fehler der *Unidad Popular* (so bereits Nohlen/Boye 1974). Es ist einer der wenigen Punkte, in denen ich mich mit Fidel Castro einig weiß, der bei seinem Chile-Besuch Ende 1971 die *Unidad Popular* eindringlich vor dem Versäumnis gewarnt hatte. Aber eine "rectificación", eine Kurskorrektur, wie sie Castro (freilich im autoritären Kontext) von Zeit zu Zeit vollzieht, fand nicht statt. Er hätte zur Aufgabe der Doppelstrategie gezwungen und

die Suche nach Kompromissen mit der Opposition und parlamentarischen Mehrheiten beinhaltet.

3.3 Nicht aufeinander abgestimmte Maßnahmen struktureller Umgestaltung der chilenischen Wirtschaft

Mit der gleichzeitig stattfindenden Nationalisierung des Kupfers, der Verstaatlichung von Banken und Industrie, der Agrarreform und anderen Reformen hatte sich die UP-Regierung allzu viel auf einmal vorgenommen, sowohl hinsichtlich der notwendigen Durchführungskapazitäten als auch hinsichtlich der zu verkraftenden Effekte. Zudem zerstörte die eingeschlagene Wirtschaftspolitik (statt Investitionen Priorität für den Konsum bzw. eine zu wenig gesamtwirtschaftlich abgestimmte Umverteilung mit der Folge dramatischer Versorgungsengpässe) das makroökonomische Gleichgewicht in Form negativer Zahlungsbilanzen, defizitärer Staatshaushalte und extremer Inflationsraten. Der revolutionäre Impetus der Wirtschaftspolitik war unverkennbar (Nohlen/Schäffler 1974). Die *Unidad Popular* verfolgte mit ihr zwei Ziele, die eng mit einander verwoben waren: die politische Machtfrage zu entscheiden und die sozio-ökonomischen Voraussetzungen der bisherigen Machtverhältnisse zu zerstören. Insofern war sie relativ unempfindlich gegenüber den wirtschaftlichen Folgen ihrer Politik, solange sie den machstrategischen Zielen entsprach.

3.4 Interventionen in- und ausländischer Kräfte in den chilenischen Prozess

Parlamentarische Obstruktionspolitik der Oppositionsparteien, Streiks inländischer Unternehmer, CIA-Destabilisierungspolitik, internationale Kredit Sperre, niedrige Kupfernotierung auf dem Weltmarkt, etc. sind vielfach auf Begriffe wie Verschwörung, Blockade und Dollarimperialismus gebracht worden. Die Politik der USA war gegen Allende gerichtet (Schoultz 1987). Bereits sein Regierungsantritt hatte verhindert werden sollen. Als dies nicht gelang, verfolgten die USA über *covert actions* eine kontinuierliche Destabilisierungspolitik. Dies war weitgehend bekannt, auch bevor die Veröffentlichung geheimer Papiere aus US-Archiven unsere Detailkenntnisse erhöhten. Ich habe den US-amerikanischen Aktionen nur einen bedingten Stellenwert eingeräumt. Beim Versuch, Allendes Wahl zu verhindern, erreichten die Interventionen im Endeffekt nach dem Mord an General René Schneider nur das Gegenteil: eine völlige Solidarisierung der Christdemokratie mit der Wahlentscheidung zugunsten Allendes. Im Prozessgeschehen allerdings, durch die fehlerhafte Wirtschaftspolitik und die Verhärtung der innenpoliti-

schen Fronten, konnten die Destabilisierungsmaßnahmen zunehmende Wirkung erzielen. Freilich – und dies wurde durch die veröffentlichten Dokumente belegt – am Putsch vom 11. September waren die USA nicht beteiligt (Sigmund 1988; Vial 1998: 16). Der Mythos der US-Intervention lebt allerdings fort. Der Unwilligkeit von Intellektuellen, andere als diese *eine* angebliche Ursache des Zusammenbruchs der chilenischen Demokratie auch nur zu erwägen, bin ich des Öfteren in Deutschland begegnet. Der Diskurs stößt hier an eine Mauer in den Köpfen.

4. Institutionelle Ursachenfaktoren

Später in der wissenschaftlichen Diskussion hinzugekommene Erklärungen fokussierten nicht mehr so sehr auf das Scheitern Allendes, sondern auf den Zusammenbruch der chilenischen Demokratie. Dabei wurde statt auf die politischen Akteure vor allem auf die institutionellen *Arrangements* geschaut, in deren Rahmen sich der politische Prozess abspielte. Für seinen fatalen Ausgang wurden die politischen Akteure weitgehend der Verantwortung enthoben.

Obwohl ich mich als Institutionalist betrachte – ich hatte über den “Spanischen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert” promoviert und war mir aufgrund der politikwissenschaftlichen Lehre, durch die ich bei meinem Doktorvater Dolf Sternberger gegangen war, der Bedeutung der politischen Institutionen sehr bewusst –, hatte ich mich bei meiner damaligen Analyse nicht bei den institutionellen Arrangements aufgehalten, wohl wissend, dass andere Strukturen zu anderen Ergebnissen führen können. Natürlich war der Wahlausgang der Präsidentschaftswahlen von 1970 entscheidend durch das Wahlsystem bestimmt worden. Das haben 1989 Rein Taagepera und Matthew Soberg Shugart richtig gesehen. Nach dem chilenischen Wahlgesetz sollte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen entscheiden. Wurde sie von keinem Kandidaten erreicht, entschied im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen im Kongress zwischen den beiden stimmstärksten Kandidaten des ersten Wahlgangs. Taagepera/Shugart (1989: 2) argumentieren: “Allende was the least desirable of the three candidates for more than half of the voters”. Bei einem anderen Wahlsystem “the country would get a president at least semiacceptable to everybody”.

Man kann dem zustimmen, wenn die Frage lautet, welches andere Wahlsystem hätte zu einem anderen Wahlergebnis geführt. In der gegebenen historischen Situation ging es aber nicht kontrafaktisch um die wahrscheinlichen Auswirkungen eines anderen Wahlsystems, sondern darum, wie auf der

Grundlage des bestehenden Wahlsystems der Wahlsieg Allendes noch zu verhindern wäre. Mit dieser Frage befassten sich einige politische Akteure. Die Überlegungen gingen dahin, dass die Christdemokraten im Kongress für den zweitplatzierten, den 80-jährigen Expräsidenten Jorge Alessandri, unabhängiger Kandidat der politischen Rechten, stimmen sollten, der dann aus Altersgründen auf die Präsidentschaft verzichtete, so dass Neuwahlen stattfinden müssten. Eduardo Frei Montalva hätte dann wieder antreten können. Der Expräsident konnte am Ende seiner Amtszeit in Umfragen noch einen Zuspruch von über 50% der Stimmen vorweisen. Auf dieses Manöver wollten sich die Christdemokraten jedoch nicht einlassen. Traditionsgemäß errang der bei den Volkswahlen siegreiche Kandidat im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit im Kongress. Von dieser Tradition wollte man verständlicherweise nicht abrücken. Schließlich hatte Allende bereits drei Mal vorher bei Präsidentschaftswahlen kandidiert und die Spielregeln stets anerkannt. Die politischen Folgen in der Linken, die sich des Wahlsiegs beraubt gesehen und sich möglicherweise gewalttätig extremistisch entwickelt hätten, wollte die DC nicht verantworten. Sie votierte für Allende, nachdem sie ihm ein Verfassungsstatut abgerungen hatte, das die Grundlagen eines freiheitlich-pluralistischen politischen Systems bestätigte. Die chilenische Wahltradition wurde nicht gebrochen. Ob ihre Leugnung der chilenischen Demokratie zum Wohle gereicht hätte, wage ich zu bezweifeln. Die Debatte über das Wahlsystem ist begrenzt geblieben. Sie wurde erst wieder virulent, als das Pinochet-Regime neue Wahlsysteme implementierte, worauf einzugehen hier zu weit führen würde (Nohlen 1998: 278ff.).

5. Der Präsidentialismus als Ursache

Die institutionell orientierte Ursachenanalyse fand hingegen im Präsidentialismus den entscheidenden *topos*. Ich muss gestehen, trotz allen Gespürs für Institutionenfragen ist mir diese Erklärungsidee für den Zusammenbruch der Demokratie in Chile nicht gekommen. Gefallen kann sie insofern, als sie der Vorstellung widerspricht, immer mehr von dem Selben könnte die Lösung sein: Die Rolle des Präsidenten im politischen System Chiles war im Zuge der staatlich forcierten und gelenkten nachholenden Entwicklung ständig verstärkt worden, der chilenische Präsidentialismus immer präsidentieller geworden. Warum dann nicht in der großen Alternative zum Präsidentialismus, dem Parlamentarismus denken? Die von Arturo Valenzuela in die Debatte geworfene These lautet, Chiles Demokratie wäre nicht zusammengebrochen, hätte dort Parlamentarismus bestanden. Diese These wurde von

niemand Geringerem als Juan J. Linz aufgegriffen, für ganz Lateinamerika in Politik beratender Absicht generalisiert und weltweit popularisiert (Linz/Valenzuela 1994). Chile wurde zum “classic instance” für die These, dass der Parlamentarismus dem Präsidentialismus überlegen sei, sowie für die Annahme, dass die Zusammenbrüche der Demokratien und die Schwierigkeiten, die Länder mit dem Übergang zur Demokratie und ihrer Konsolidierung hätten, dem Präsidentialismus geschuldet seien. Diese Annahmen haben die eifrigste politikwissenschaftliche Debatte in Lateinamerika der letzten Jahrzehnte ausgelöst (Nohlen/Fernández 1991; Linz/Valenzuela 1994; Thibaut 1996; Nohlen/Fernández 1998).

Allgemein ist zu kontrafaktischen Überlegungen zu sagen, dass sie aufgrund mangelnder empirischer Beweiskraft niemals vollends überzeugen können. Komparativ lohnt der Hinweis darauf, dass in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in Europa etliche Demokratien, die parlamentarisch regiert wurden, zusammengebrochen sind. Das verweist darauf, dass andere Faktoren als der politische Systemtyp eine Rolle gespielt haben müssen, zumal auch nicht alle parlamentarischen Demokratien in Europa dieses Schicksal erlitten haben, ebenso wenig wie in Lateinamerika nicht alle präsidentiellen Demokratien zusammengebrochen sind. Linz blendet andere Faktoren aus, etwa Struktur und Polarisierungsgrad des Parteiensystems sowie das Akteursverhalten. Wenn schon kontrafaktisch argumentiert werden soll, dann ist es nahe liegender, an politische Weichenstellungen zu erinnern, die auch alternativ hätten vorgenommen werden können. Um wieder zum chilenischen Fall zurückzukommen, hätten wahrscheinlich andere institutionelle Vorkehrungen (etwa die Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten) oder andere politische Entscheidungen (etwa ein politisch gemäßigter Kandidat der Christdemokratie als Radomiro Tomic) zu einem anderen historischen Ergebnis geführt. In etlichen Entscheidungssituationen wurden damals Alternativen zu den tatsächlich ergriffenen diskutiert. Statt zu spekulieren, was für Folgen alternative Entscheidungen gehabt hätten, scheint es sinnvoller, nach den Gründen dafür zu fragen, weshalb sie nicht anders lauteten, zumal die vorgenommenen Optionen die verhängnisvolle Begleiterscheinung besaßen, den Optionsspielraum der Akteure kontinuierlich weiter einzuschränken.

6. Der Wandel der politischen Mitte im Parteiensystem

Die Suche nach den ursächlichen Faktoren für den Zusammenbruch der chilenischen Demokratie geht eine Analyse an, die zeitlich weiter zurückgreift auf Entwicklungen, die vor der Allende-Regierung liegen. Auch sie hat na-

türlich wie die Betonung des institutionellen Faktors den Effekt, die politischen Akteure der Jahre vor dem Putsch etwas von der Verantwortung für den Zusammenbruch der Demokratie zu entlasten. Sie birgt das Problem, entscheiden zu müssen, wie weit man historisch zurückgreifen soll. Welcher Moment bildet den historischen Ausgang des Geschehnisses, das es zu erklären gilt. Die Ursachenanalyse wird im chilenischen Fall von Timothy R. Scully (1992) und anderen (Vial, in Tagle 1992) auf das Parteiensystem und den Aufstieg der *partidos modernizantes* gerichtet, dabei weniger auf die sozialistische und die kommunistische Partei, welche im neu durch die Industrialisierung und Wahlrechtsausbreitung entstandenen gesellschaftlichen Konflikt den linken Pol besetzten, als vor allem auf die Christdemokratie, die als neue Partei der Mitte die bürgerliche Radikale Partei ablöste. Die Christdemokratie, die einerseits die abhängigen Mittelschichten, die sich im Zuge der Ausdehnung des Staatssektors bildeten, an sich band und andererseits auf dem Lande die bislang außerhalb der Politik gebliebene rückständige Landarbeiterschaft mobilisierte, war im Gegensatz zur Radikalen Partei viel ideologischer und nicht gewillt, deren Rolle als Mittler in einem polarisierten Parteiensystem zu übernehmen und pragmatische Bündnisse mit entweder den Parteien der Rechten oder jenen der Linken einzugehen. Die Christdemokratie hatte vielmehr ein eigenes Projekt, den dritten Weg jenseits von Klassenkampf und Kapitalismus, und sie war nicht bereit, Kompromisse mit rechts oder links einzugehen (*el camino propio*). Mit dem Aufstieg der Christdemokratie wurde die mäßigende durch eine weitere polarisierende politische Kraft im Parteiensystem ersetzt. Man kann annehmen, dass die Neustrukturierung des chilenischen Parteiensystems Ende der 1950er Jahre den späteren Politikprozess nachhaltig geprägt hat, so sehr, dass noch an den polarisierenden Verhaltensmustern festgehalten wurde, als die Akteure selbst sicher waren, dass dieses Beharren auf dem jeweils eigenen Politikprojekt die chilenische Demokratie in den Abgrund treiben würde. Freilich wäre es zu kurz gegriffen, nur auf die Mitte des Parteiensystems zu schauen. Der Regierung Frei Montalva, welche die absolute Mehrheit der Wählerschaft hinter sich hatte, versagte die Linke ihr erklärtermaßen “la sal y el agua”, – frei übersetzt – “die Luft zum Atmen”. In der Regierung verkündete die Linke ihre Politik des “avanzar sin transar”, des – frei übersetzt – “kompromisslosen Voranschreitens”. Die politische Rechte, durch die Reformpolitik der Frei-Regierung aufgeschreckt und verhärtet, der ihre Wählerschaft selbst ins Amt verholfen hatte, nahm ebenfalls wieder eine polarisierende Position ein. Teile der politischen Rechten agitierten von An-

fang an für eine militärische Intervention. Ich denke, in der wissenschaftlichen *community* wird die Erkenntnis weiter wachsen, dass die ideologische Polarisierung auf der Basis kompletter, sich gegenseitig ausschließender Gesellschaftsmodelle und das absolute Freund-Feind-Denken der Parteien der Demokratie in Chile den Garaus gemacht haben (Adler Lomnitz/Melnick 1998: 115ff.). Doch gilt es den feinen Unterschied zu beachten, dass das christdemokratische Modell mit der Demokratie vereinbar war, das sozialistische, wie es in der Praxis verfolgt wurde, nicht. Eine der sichtbarsten Lehren, welche die Politik aus diesem verhängnisvollen Prozess im Zuge der Wiedererlangung der Demokratie Ende der 1980er Jahre gezogen hat, war die, zu einer politischen Kultur der Kompromisse und Bündnisse zurückzufinden. Die "Linke ohne Allende" (Bascunán Edwards 1990) und die Christdemokraten ohne ihre Gründergeneration bildeten eine Koalitionsregierung, deren Bestand über drei Wahlperioden hinweg Chiles junge Demokratie zu stabilisieren vermochte.

7. Der zeitgeschichtliche Kontext

30 Jahre nach dem Putsch erkennt man die Merkmale der Zeit besser, in welcher sich die Ereignisse abspielten. Die Zeitumstände machen Manches verständlicher, liefern aber keine vollgültige Erklärung. Andere Länder waren ihnen ebenfalls ausgesetzt, ohne die Merkmale des chilenischen Falles aufzuweisen. Es war die Zeit der großen Entwürfe, die Zeit der unverbrüchlichen Gewissheiten, der Hingabe an allumfassende Ideologien. Pragmatismus galt als Schimpfwort, ebenso wie Kompromiss und Inkrementalismus. Flammende Rhetorik war gefragt; auswärtige Modelle waren attraktiv. Der real existierende Sozialismus war noch nicht entzaubert (für die chilenische Linke fand die Entzauberung erst im dortigen Exil statt). In den Vereinten Nationen spielten die Entwicklungsländer eine immer größere Rolle. Sie setzten dort Industrieländer-kritische Erklärungen. Die UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*) schickte sich an, die Benachteiligung der Entwicklungsländer durch die Weltwirtschaftsordnung abzubauen, wirtschaftstheoretisch untermauert durch Lehren der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) mit Sitz in Santiago de Chile. Die Blockfreienbewegung stand in höchster Blüte. Die Dependenztheorie hatte in Lateinamerika ihren Zenit zwar schon überschritten, aber in Europa wurde sie just erst richtig zur Kenntnis genommen, was die Interpretation der Prozesse aus der Ferne beeinflusste. Die Studentenrevolte kam hinzu, sie wirkte über die Austauschstudenten direkt in Chile ein.

All diese Phänomene stehen für eine Epoche grundlegend neuer Politikan-sätze holistischer Manier, die in Chile aufgrund des dortigen Modernisie-rungsprozesses einen günstigen Nährboden und ihren zugespitzten Ausdruck fanden.

8. Die gesellschaftliche Opposition

Was ich im Laufe der Jahre eher vergessen hatte, war nachzuhalten, worauf sich meine These stützte, dass – jenseits der parlamentarischen Mehrheits-verhältnisse – Allende die Chance verspielt hatte, in Chile demokratisch den Sozialismus einzuführen. Die erneute Lektüre brachte in meine Erinnerung zurück, dass in Chile bereits damals Wahlen in allen gesellschaftlichen Teil-systemen wie Behörden, Betriebe, Berufskollegien, Universitäten, Schulen, kurzum geradezu überall stattfanden. Man sagt der chilenischen Gesellschaft gerne nach, dass sie eine konservative Gesellschaft sei (dafür gibt es auch viele Belege); sie ist zugleich eine Gesellschaft gewesen, die sich auch im gesellschaftlichen Bereich demokratisch zu organisieren wusste. Das Be-merkenswerte ist nun die Tiefe, mit der die Politik die Gesellschaft durch-drang. Alle gesellschaftlichen Teilsysteme wurden von der nationalen politi-schen Konfliktstruktur durchzogen. Auch hier standen sich die politische Rechte (*Gremialistas*), die Christdemokraten, die Sozialisten und die Kom-munisten (die beiden letzteren häufig im Bündnis miteinander) gegenüber, um nur die großen Strömungen zu nennen. Die erneute Lektüre meines Auf-satzes hat mich noch an ein Weiteres erinnert: Die Parteien der Volkseinheit büßten bei allen gesellschaftlichen Wahlen, sogar bei den Gewerkschafts-wahlen, die zu Anfang ihrer Regierungszeit errungene Vormachtstellung in den Jahren 1972 und 1973 ein. Die Gesellschaft wendete sich von Allende ab. Seine unverdrossenen Anhänger trösteten sich mit dem Satz: “este go-bierno es de mierda, pero es mío” (diese Regierung ist scheiße, aber es ist meine). Das “Volk” erwartete nicht mehr viel von der Volksregierung, auch wenn es in der frontalen Auseinandersetzung noch zu ihr stand. Hier wird die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Regierung Allende in Chile und international besonders eklatant.

9. Resümee

Die eingangs vorgetragene Analyse des Scheiterns der Regierung Allende aus dem Jahre 1973 halte ich heute nach wie vor für richtig. Einen monokau-salen Ansatz habe ich stets abgelehnt. Die zwischenzeitlich in der institutio-

nell orientierten Debatte vorgetragenen Argumente haben mich nicht überzeugt. Ich halte nach wie vor nicht nur die Vielzahl und die enge Verknüpfung verschiedener Erklärungsfaktoren, sondern auch die Unterscheidung ihres unterschiedlichen Gewichts in der Zeit für eine unabdingbare methodische Voraussetzung, um den Prozess des Zusammenbruchs der chilenischen Demokratie zu verstehen. Es gibt kaum einen in der Literatur genannten Faktor, dem nicht in der einen oder anderen Phase dieses Prozesses eine Bedeutung zugekommen wäre. Das Schlüsselwort scheint mir in der Tat "Prozess" zu sein. Der Putsch, das Datum 11. September insinuiert, dass es sich um ein Ereignis handele. Der Niedergang der chilenischen Demokratie war jedoch ein Prozess wachsender Ideologisierung und Polarisierung. Wie weit er historisch zurückverfolgt werden kann, bleibt dahingestellt. Unter der Regierung der Volkseinheit spitzte er sich dermaßen zu, dass sich die politischen Optionsmöglichkeiten kontinuierlich einschränkten. Die Politik geriet mehr und mehr in die Sackgasse, aus der heraus die politischen Akteure keinen Weg finden wollten. Als Allende sein Kabinett unter erneuter Regierungsbeteiligung im August 1973 umbildete, sagte er etwas, was sich als absolut richtig herausstellte: es sei "die letzte Gelegenheit der Demokratie" (Vial 1998: 17). Rechte, Gemäßigte und Linke schauten auf das Militär. Der Putsch, von zwei Dritteln der Gesellschaft herbeigesehnt, von einem Drittel bewusst in Kauf genommen, war die Folge eines allgemeinen Versagens der politischen Klasse. Sie verweigerte politische Kompromisse. Alle Akteure sahen das Ende kommen, aber waren unwillig oder unfähig, ihm vorzubeugen (Fontaine Aldunate 1999). Erst Jahre nach dem Putsch waren die chilenischen Demokraten bereit, aus dem Zusammenbruch der Demokratie zu lernen.

Für die Wiedergewinnung der Demokratie in Chile ist es wichtig gewesen, die polarisierte Interpretation der Geschehnisse aufzuweichen. Dazu hat die Erfahrung der Diktatur erheblich beigetragen. Ricardo Lagos schrieb sogar, dass man aus der Diktatur gelernt habe. So hat innerhalb der Linken bald ein Reflexionsprozess eingesetzt, der die Fehler der UP-Politik eingestand, am entschiedensten wohl bei Tomás Moulian (in Tagle 1992) und Manuel Antonio Garretón (in Vial 1998). Auch in der Christdemokratie wurden selbstkritischere Stimmen laut. Die Verantwortung für den Zusammenbruch wird heute stärker auf die politische Klasse insgesamt und die Medien verteilt. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die politische Klasse eng gesellschaftlich angebunden agiert hat. Die politischen Parteien, welche die gesellschaftlichen Konflikte politisiert und polarisierend zuge-

spitzt hatten, gerieten unter den Druck der sich immer frontaler entwickelnden gesellschaftlichen Antagonismen. Die gewaltsame Lösung war am Ende eine Losung der Gesellschaft. Selbst das Militär geriet unter diesen gesellschaftlichen Druck, als die Frauen von Offizieren (in der Regel gehobenen Schichten entstammend) öffentlich mit obszönen Gesten die militärische Führung der Feigheit vor dem Putsch ziehen. Es sollte indes nicht vergessen werden, dass unter den Verantwortlichen die Regierung der Volkseinheit eine besondere Rolle spielt. Denn sie hatte die Politik zu gestalten, sie hatte Kompromissmöglichkeiten auszuloten, sie hatte sich um Mehrheiten zu kümmern, sie musste auch Opposition gewärtigen, sie musste mit ihr umgehen können. Sie hatte vor allem für den Erfolg ihrer Politik selbst Sorge zu tragen. Insofern bleibe ich dabei, das Scheitern Allendes primär ihm selbst zuzuschreiben. Er riss mit dem politischen Scheitern seines sozialistischen Experiments die Demokratie in Chile mit in den Abgrund.

Gegen Ende der 1990er Jahre wurde Allende ein Standbild errichtet, unmittelbar gegenüber dem Teil des Regierungspalasts "La Moneda", in dem er sich das Leben nahm. Es zeigt ihn sehr staatsmännisch, sympathisch (was er auch war), auf einem Keil verankert, der in einen Steinblock hineingetrieben ist und diesen in ein Drittel und zwei Drittel teilt. Es versinnbildlicht sehr eindrücklich die gesellschaftlichen Folgen seiner Politik, die den Zusammenbruch der Demokratie nach sich zog. Es ehrt die neue chilenische Demokratie, Allende gleichwohl in seinem kompromisslosen Streben nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Literaturverzeichnis

- Adler Lomnitz, Larissa/Melnick, Ana (1998): *La cultura política chilena y los partidos de centro. Una explicación antropológica*. México D.F.
- Arriagada, Genaro (1998): *Por la razón o la fuerza. Chile bajo Pinochet*. Santiago.
- Aylwin Azócar, Patricio (1998): *El reencuentro de los demócratas. Del golpe al triunfo del No*. Barcelona.
- Bascunán Edwards, C. (1990): *La izquierda sin Allende*. Santiago.
- Birle, Peter/Fernández, Enrique (Hrsg.) (2003): *Miradas alemanas. Chile en las ciencias sociales alemanas 1970-2001*. Ediciones Escarapate.
- Fontaine Aldunate, Arturo (1999): *Todos querían la revolución. Chile 1964-1973*. Santiago.
- Gazmuri, Jaime/Martínez, Jesús M. (2000): *El sol y la bruma*. Santiago.
- Huneeus, Carlos (1981): *Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile. Eine vergleichende Analyse*. Heidelberg.
- (2000): *El régimen de Pinochet*. Santiago.

- Linz, Juan J./Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile. Das sozialistische Experiment*. Hamburg.
- (1974): *Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution*. Baden-Baden.
- (1992): "Lateinamerika zwischen Präsidialismus und Parlamentarismus". In: *Lateinamerika Jahrbuch 1992*, S. 86-99.
- (1998): *Sistemas electorales y partidos políticos*. México D.F.
- Nohlen, Dieter/Boye, Otto (1974): "War die Konterrevolution unvermeidlich? Mittelschichten und Militär in Chile". In: *Verfassung und Recht in Übersee* 7 (4), S. 369-384 (wieder abgedruckt auf Spanisch in Birle, Peter/Fernández, Enrique (Hrsg.) (2003): *Miradas alemanas*. Santiago, S. 151-165).
- Nohlen, Dieter/Fernández, Mario (Hrsg.) (1991): *Presidencialismo versus Parlamentarismo*. Caracas.
- (1998): *El presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina*. Caracas.
- Nohlen, Dieter/Schäffler, Klaus (1974): "Die wirtschaftlichen Gründe des Scheiterns von Salvador Allende". In: *Hamburger Jahrbuch für Sozial- und Wirtschaftspolitik*, S. 43-65.
- Schoultz, Lars (1987): *National Security and the United States Policy toward Latin America*. Princeton.
- Scully, Timothy R. (1992): *Los partidos de centro y la evolución política chilena*. Santiago.
- Sigmund, Paul E. (1988): "Crisis Management. Chile and Marxism". In: Martz, John D. (Hrsg.): *United States Policy in Latin America*. Lincoln/London, S. 157-174.
- Taagepera, Rein/Shugart, Matthew S. (1989): *Seats and Votes. The Effects and Determinants of Electoral Systems*. New Haven/London.
- Tagle, Matias (Hrsg.) (1992): *La crisis de la democracia en Chile. Antecedentes y causas*. Santiago.
- Thibaut, Bernhard (1996): *Präsidialismus und Demokratie in Lateinamerika*. Opladen.
- Vial, Gonzalo (Hrsg.) (1998): *Análisis crítico del régimen militar*. Santiago.

Therese Lützelberger

Chile: Chronologie

11000 v.Chr.	Früheste menschliche Besiedlung des heutigen chilenischen Territoriums, die durch archäologische Funde belegt ist.
8000-2000 v.Chr.	<i>Chinchorro</i> -Kultur im Valle de Arica. Die Jäger und Sammler sind die wahrscheinlich älteste Kultur der Welt, die ihre Toten mumifizieren.
3000 v.Chr.	Vorfahren der <i>Chono</i> , <i>Alacalufe</i> und <i>Yagan</i> besiedeln den extremen Süden des Landes.
2000 v.Chr.	Bewohner des großen Nordens beginnen Landwirtschaft und Viehzucht (Lamas und Alpakas) zu betreiben.
300 v.Chr.-900	Hochkultur von <i>Tiwanaku</i> im bolivianischen Hochland, die das Leben der Menschen im chilenischen Norden stark beeinflusst.
300 v.Chr.-700	<i>El Molle</i> -Kultur im kleinen Norden. Sie hinterlassen feine Töpferarbeiten. Vorläufer der <i>Diaguita</i> .
600	Besiedlung von <i>Rapa Nui</i> (Osterinsel) durch südostasiatische Seefahrer.
800-1000	Entwicklung der <i>Las Ánimas</i> -Kultur im kleinen Norden. Betreiben Feldbau und Viehzucht. Vorläufer der <i>Diaguita</i> .
900-1450	Kultur von <i>San Pedro de Atacama</i> in den Oasen der Atacama-Wüste und in den Andentälern der II. Region.
1000	Beginn der Blütezeit von <i>Rapa Nui</i> , während der die berühmten <i>Moai</i> , riesige Standbilder aus Basalt, errichtet werden.
1000-1450	Entwicklung der <i>Diaguita</i> -Kultur im kleinen Norden.

-
- | | |
|-----------|--|
| 1450-1520 | Die <i>Inca</i> aus Peru erobern den gesamten Norden Chiles und gelangen bis zum Fluss Maipo. |
| 1520 | Fernando de Magellan entdeckt die später nach ihm benannte Verbindung zwischen dem Atlantischen und Pazifischen Ozean. |
| 1534 | Diego de Almagro erhält von Karl V. die Vollmacht, Nueva Toledo, das durch die Anden und die Atacama-Wüste vom restlichen Kontinent abgeschiedene Gebiet südlich von Peru, zu erobern. (Der Landesname ist abgeleitet vom Quechua-Wort <i>chili</i> = "wo die Welt zu Ende ist"). Beginn des Streits zwischen Almagro und Francisco Pizarro um das reiche Cuzco. |
| 1535-1536 | Almagro gelangt durch das Valle Central bis zum Fluss Itata, wo er durch kriegerrische <i>Mapuche</i> aufgehalten wird. |
| 1538 | Ein indianischer Aufstand in Cuzco gerät zum Bürgerkrieg zwischen Pizarro und Almagro. Niederlage und Hinrichtung Almagros. |
| 1539 | Pedro de Valdivia, von Pizarro beauftragt, setzt die Eroberung des in <i>Nueva Extremadura</i> umbenannten Gebiets südlich von Peru fort. |
| 1541 | Valdivia gründet Santiago, das jedoch durch zahlreiche Angriffe der Indianer und häufige Überschwemmungen nur langsam wachsen kann.
Ähnlich ergeht es auch anderen von den Spaniern gegründeten Städten (La Serena 1544, Concepción 1550). |
| 1553-1557 | Der <i>Mapuche</i> -Führer Lautaro führt sein Volk in die Schlacht von Tucapel gegen die Spanier. Valdivia wird getötet (1553). Weitere Angriffe auf spanische Städte folgen, bis Lautaro von den Spaniern überrascht und getötet wird. |
| 1556 | Philipp II. tritt die Nachfolge von Karl V. an. |
| 1557 | Juan Ladrillero leitet eine Exkursion in den Süden Chiles und erforscht die Magellan-Straße. |

- 1557-1559 Der spanische Poet Alonso de Ercilla y Zúñiga hält sich in Chile auf, beteiligt sich an den Kämpfen der Eroberung und beginnt sein historisch-episches Gedicht *La Araucana* zu verfassen.
- 1561 Gründung der Diözese von Santiago.
- 1567-1598 Die eingeborene Bevölkerung von Chiloé wird erheblich dezimiert, da viele *Huilliche* und *Chono* von den Spaniern als Arbeitskräfte verschleppt werden. Trotz bischöflicher Bemühungen und königlicher Verbote missachten die *Encomenderos* und obersten Verwalter in Chile die Rechte der indianischen Bevölkerung.
- 1578 Der englische Freibeuter Francis Drake erreicht Chile im Auftrag der englische Krone und plündert den Hafen von Valparaíso, bevor er vergeblich versucht, La Serena zu überfallen. Weitere englische Korsaren setzen die Angriffe während der folgenden Jahrzehnte fort.
- 1580 Die *Encomienda* wird zum zentralen Element der chilenischen Landwirtschaft und der Gesellschaftsordnung, nachdem der Gold- und Silberbergbau seine Rentabilität verloren hat.
- 1593 Die Jesuiten (*Compañía de Jesús*) beginnen ihre Missionierungs- und Bildungsarbeit in Chile, wo sie bald die einflussreichste Ordensgemeinschaft werden.
- 1598-1602 Krieg der *Mapuche* gegen die Spanier, die ihre Siedlungen im Süden des Landes zeitweilig aufgeben müssen. Die kontinuierlichen Aufstände der *Mapuche* ab Mitte des 16. Jahrhunderts dauern 300 Jahre an und gehen als "Krieg von Arauco" in die chilenische Geschichte ein.
- 1598-1723 Holländische Händler und Freibeuter führen auf der Suche nach neuen Handelswegen sieben Expeditionen nach Chile durch mit dem Ziel, die Handelskontakte zwischen Spanien und seinen Kolonien zu schwächen.

- Dabei gehen sie zeitweise auch Bündnisse mit den *Mapuche* ein.
- 1602-1605 Veränderungen der Siedlungsstruktur: Im Valle Central entstehen große Grundbesitztümer. Die *Encomienda* verliert an Bedeutung, unter anderem, weil ein großer Teil der dort arbeitenden indianischen Bevölkerung an Seuchen stirbt.
- 1608 König Philipp III. genehmigt die Versklavung indianischer Kriegsgefangener, die auf den neuen *Haciendas* arbeiten sollen.
- Papst Paul V. legitimiert den Krieg gegen die Araukaner (*Mapuche*).
- 1608-1767 Die Jesuiten bekehren die Bewohner Chiloés und die nun größtenteils mestizische Bevölkerung des nördlichen und mittleren Chiles zum christlichen Glauben.
- 1612-1626 “Defensiver Krieg” gegen die Araukaner, der nicht auf militärischer Eroberung, sondern auf Evangelisierung beruht. Jedoch hat diese von Jesuitenpater Luis de Valdivia vorgeschlagene Strategie keinen Erfolg.
- 1615-1617 Holländische Seefahrer entdecken das Kap Horn und die Le Maire-Straße.
- 1622 Gründung der ersten Universität (*Universidad de Santo Tomás de Aquino*) durch die Dominikaner, die jedoch 25 Jahre später wieder geschlossen wird.
- 1633 König Philipp IV. schafft die Sklaverei (*servicio personal*) ab, aber erlaubt, dass Abgaben an den Gutsherrn in Form von Arbeitszeit geleistet werden können, was zu Missbrauch führt.
- 1641 Im Vertrag von Quillín wird der Fluss Bío-Bío als Grenze zwischen spanischem und araukanischem Gebiet anerkannt. Dieser Friedensvertrag hat jedoch nur wenige Jahre Bestand.

- 1647 Ein Erdbeben zerstört Santiago und löst im ohnehin durch Dürre und Krieg geschwächten Chile eine Wirtschaftskrise aus. Zudem kommt es zu einer Typhus-Epidemie.
- 1650-1670 Nach verschiedenen Übergangsverwaltungen kommt es unter Francisco de Meneses in Chile vermehrt zu Fällen von Korruption und Verwicklungen von Beamten in den Sklavenhandel und Sklavenfang, obwohl dieser von König Philipp IV. verboten worden war.
- 1674 Marianne von Österreich, Ehefrau Philipps IV., schafft die Sklaverei offiziell ab. Ihr Sohn Karl II. erneuert 1679 dieses Dekret.
- 1680 und 1686 Piratenangriffe auf Coquimbo und La Serena.
- 1686 König und Vizekönig verhindern Pläne des chilenischen Gouverneurs José de Garro, ein Massaker an araukanischen Anführern zu verüben.
- 1687 Ein Erdbeben in Lima und die darauffolgende Versorgungskrise führen zum Aufschwung der chilenischen Weizenexporte.
- 1700 Beginn der Bourbonenherrschaft in Spanien mit Philipp V., da Karl II. keinen Thronerben hinterlässt. Durchführung von Reformen, die den Kolonialgebieten Frieden und Stabilität bringen sollen, um die spanische Herrschaft zu sichern.
- 1704-1709 Der schottische Seefahrer Alexander Selkirk lebt über vier Jahre auf einer menschenleeren Insel des Juan-Fernández-Archipels. Seine Geschichte wird 1712 veröffentlicht und hat wohl auch Daniel Defoe zu seinem Roman *Robinson Crusoe* (1719) inspiriert.
- 1717-1733 Nach Jahren zunehmender Korruption, Schmuggel, Bürgerkrieg und zahlreichen Aufständen kehrt während der Amtszeit von Gouverneur Gabriel Cano de Aponte wieder mehr Stabilität und Friede ein.

-
- | | |
|-----------|--|
| 1722 | Entdeckung der Osterinsel durch den holländischen Freibeuter Jacob Roggeveen. |
| 1726 | “Parlament von Negrete”. Die “Parlamente” tragen durch die Beteiligung der indigenen Bevölkerung an wichtigen Entscheidungen zur Befriedung des Landes bei. |
| 1730 | Ein Erdbeben verwüstet Santiago und Zentralchile. Die anschließende Flutwelle hinterlässt große Zerstörungen in Valparaíso. Im Jahr darauf grassiert eine Pockenepidemie im Land. |
| 1740-1744 | Vermehrte Städtegründungen unter José Antonio Manso de Velasco (San Felipe 1740, Talca 1742, Rancagua 1741, Copiapó 1744, u.a.). |
| 1747 | Eröffnung der Universität San Felipe, deren Gründung durch den König angeordnet worden war. |
| 1749-1755 | Erneute Phase von Städtegründungen unter Domingo Ortiz de Rozas. |
| 1749 | Die <i>Moneda</i> nimmt in Santiago ihren Betrieb als Münzprägestätte auf. |
| 1751 | Concepción wird durch ein Erdbeben und eine Flutwelle zerstört und muss an anderer Stelle (heutige Lage) wieder aufgebaut werden. |
| 1765-1767 | Der Franzose Louis Antoine Bougainville leitet eine wissenschaftliche Expedition durch Patagonien. Weitere Forschungsreisen der Franzosen nach Chile (auch mit wirtschaftlichen Absichten) folgen. |
| 1767 | Die Jesuiten werden von der Krone aus den spanischen Gebieten ausgewiesen. |
| 1770 | Nach erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen müssen die unterlegenen Spanier mit dem “Frieden von Negrete” Geld und Vieh als Wiedergutmachung an die indianische Bevölkerung zahlen. |

- 1776-1783 Der nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg veranlasst Chile zu militärischen Schutzmaßnahmen gegen befürchtete Angriffe der Briten.
- 1783 Zerstörung Santiagos durch ein Erdbeben und eine Überschwemmung des Flusses Mapocho.
- 1787 Chile wird im Zuge einer Verwaltungsreform vorübergehend in zwei Verwaltungsbezirke (*Intendencias*) geteilt: Santiago und Concepción.
- 1788-1796 Unter Ambrosio de O'Higgins wieder vermehrt Städtegründungen (u.a. Parral, Combarbalá, Vallenar, Los Andes, Constitución, Linares und die Wiedergründung von Osorno).
- 1791 Abschaffung der *Encomienda*.
- 1796 Ambrosio O'Higgins verlässt Chile, wie viele seiner Vorgänger, um Vizekönig von Lima zu werden.
- 1808 Napoleon besetzt Spanien und nimmt König Ferdinand VII. gefangen.
- 18.9.1810 Erste gewählte Regierung (*Junta de Gobierno*) in Chile, die König Ferdinand VII. vertreten soll, nachdem die Übergangsverwaltung von Francisco Antonio García Carrasco im Juli unter dem Druck der kreolischen Elite in Santiago zurückgetreten ist. Da dieser Tag als der Beginn der Unabhängigkeit Chiles angesehen wird, ist er der Nationalfeiertag des Landes.
- 1811 Die *Junta de Gobierno* wird durch den Nationalkongress ersetzt (Juli).
Freiheitsdeklaration für die Nachkommen von in Chile geborenen schwarzen Sklaven.
Drei Putsche (September, November und Dezember) von José Miguel Carrera Verdugo gegen den Kongress mit anschließender Auflösung desselben.
- 1811-1813 Diktatur unter Carrera. Bürgerkrieg zwischen Anhängern des Königs (*realistas*) und Befürwortern der Unabhängigkeit (*patriotas*). Truppenentsendung aus Peru,

- um den Konflikt zu beenden. Bernardo O'Higgins übernimmt an Stelle von Carrera die Führung der Patrioten.
- 1812 Die erste chilenische Zeitung erscheint (*La Aurora de Chile*).
- 1813 Gründung der Nationalbibliothek und der Oberschule *Instituto Nacional*.
- 1814 Die Anhänger des Königs besiegen die Patrioten in Rancagua und besetzen Santiago.
- 1814-1817 *La Reconquista*: Mit militärischer Unterstützung aus Peru kann vorübergehend die Macht des spanischen Königs aufrecht erhalten werden.
- 1817 Bernardo O'Higgins und José de San Martín besiegen die königlichen Truppen bei Chacabuco.
Abschaffung des Adelsstandes.
- 1817-1823 Diktatur unter O'Higgins (*Director Supremo*).
- 1818 Niederlage der Königstreuen in der Schlacht bei Maipú. O'Higgins unterschreibt am 12. Februar in Concepción die chilenische Unabhängigkeitserklärung. Verabschiedung der Verfassung von 1818.
Wiedergründung des *Instituto Nacional*.
- 1819-1832 "Krieg bis zum Tod" (*Guerra a muerte*) zwischen Patrioten und Monarchisten. Letztere sind mit den *Pe-huenche* und mit Banditen (oft ehemalige Kleinbauern) verbündet.
- 1821 Unabhängigkeitserklärung Perus nach der Besetzung durch San Martín.
- 1822-1833 Verschiedene Verfassungen wechseln einander ab.
- 1823 Endgültige Abschaffung der Sklaverei.
- 1826-1828 Versuch, aus Chile einen föderalen Staat zu machen.
- 1826 Manuel Blanco Encalada ist der erste vom Nationalkongress gewählte Präsident Chiles.

-
- | | |
|-----------|--|
| 1828-1830 | Jahrelanges politisches Chaos mündet in einen Bürgerkrieg zwischen Konservativen (<i>Pelucones</i>) und Liberalen (<i>Pipiolos</i>). |
| 1830 | Schlacht von Lircay. Sieg der Konservativen, die ein autoritäres Regierungssystem errichten.
Eine neue Elite von Unternehmern beginnt zu entstehen. |
| 1831 | Diego Portales Palazuelos wird chilenischer Vizepräsident. Damit beginnt die Ära der sogenannten "Autoritären Republik". |
| 1833 | Eine neue Verfassung, die Ideen von Portales beinhaltet, wird verabschiedet. Sie bildet die Grundlage des konservativ autoritären Regimes und bleibt bis 1925 in Kraft. |
| 1835 | Präsident Joaquín Prieto Vial ernennt Portales zum Kriegsminister.
Peru und Bolivien schließen sich zu einem Staat zusammen, wodurch Chile seine Vormachtstellung im Handel gefährdet sieht. |
| 1836-1839 | Krieg gegen die Peruanisch-Bolivianische Konföderation. Der Sieg Chiles in der Schlacht von Yungay führt zur Auflösung der Konföderation. |
| 1837 | Ermordung von Portales. |
| 1840 | Die US-amerikanische Schifffahrtsgesellschaft "Pacific Steam Navigation Company" nimmt ihren Betrieb in Chile auf. So wird Chiles Verbindung vor allem zu anderen Ländern des amerikanischen Kontinents und zu Großbritannien enger. |
| 1843 | Gründung der <i>Universidad de Chile</i> . |
| 1844 | Francisco Bilbao Barquín wird nach Veröffentlichung seiner kirchenkritischen und liberalen Schriften vor Gericht gestellt. |

- 1845 Das Gesetz zur Ansiedlung ausländischer Einwanderer (*Ley de la Colonización*) wird verabschiedet, welches Einwanderern die Gründung von Siedlungen nördlich von Copiapó und südlich des Bío-Bío erlaubt.
- 1849 Radikale und liberale Gruppen schließen sich zum *Club de la Reforma* zusammen. Ein Jahr später wird er in *Sociedad de la Igualdad* ("Gesellschaft der Gleichheit") umbenannt, zu der auch Bilbao gehört.
Gründung von Punta Arenas.
Durch den Goldrausch in Kalifornien und kurz darauf auch in Australien (1853) gewinnt Chile bedeutende Absatzmärkte für Weizen.
- 1850 Die ersten in Deutschland angeworbenen Siedler beginnen, sich am Fluss Valdivia und wenig später am See Llanquihue (bei Puerto Montt) niederzulassen.
Der Unternehmer José Tomás Urmeneta entdeckt die große Kupfermine von Tamaya.
- 1851 Die Wahl Manuel Montts zum Präsidenten zerstört die Einheit der herrschenden Elite.
Die "Revolution von 1851" in La Serena und Concepción gegen die autoritäre Zentralmacht Santiagos scheitert.
Die erste Eisenbahnlinie Chiles von Caldera nach Copiapó wird gebaut. In Valparaíso wird die erste Straßenbeleuchtung mit Gas errichtet (1808 erste Gas-Straßenbeleuchtung der Welt in London).
- 1852 Der Kohleabbau in Lota und Coronel beginnt.
- 1854 Der deutsche Naturwissenschaftler Rudolph Amandus Philippi erforscht im Auftrag der chilenischen Regierung die Atacama-Wüste.
- 1856 Durch einen Konflikt (so genannte *cuestión de sacristán* = "Küster-Angelegenheit") spalten sich die *Pelucos* (Konservative) in eine klerikalistische und eine laizistische Gruppe.

- 1857 Gründung der Liberalen Partei (*Partido Liberal*).
Aus der Spaltung der *Pelucones* gehen die kirchennahe Konservative Partei (*Partido Conservador*) und die Nationalpartei (*Partido Nacional*: Liberale und moderat Konservative) hervor.
- 1858 In Santiago und Valparaíso entstehen die "Vereinigungen der Handwerker" (*sociedad de artesanos*), die als Unterstützungs-Vereinigungen einen Vorläufer der Gewerkschaften darstellen.
- 1859-1861 Erneute Präsidentschaft Manuel Montts.
- 1859 Revolutionsversuch im Norden, angeführt vom Bergbauunternehmer Pedro León Gallo; im Süden ein Aufstand der Araukaner gegen die erneute Präsidentschaft Montts.
- 1860-1861 Wirtschaftskrise, verursacht durch den Bürgerkrieg und die Abschottung des kalifornischen und australischen Marktes gegen chilenischen Weizen.
- 1861 Rücktritt Manuel Montts nach einer Krise im Senat.
Politischer Kurswechsel nach der Wahl von José Joaquín Pérez Mascayano zum Präsidenten der Republik.
Die reformorientierte Radikale Partei (*Partido Radical*) entsteht.
- 1861-1883 Die so genannte Befriedung von Araukanien wird durchgeführt, da Chile befürchtet, dieses bis dahin vom chilenischen Staat noch unerschlossene Gebiet an andere Mächte zu verlieren.
- 1865-1866 Chile nimmt als Verbündeter Perus am Krieg gegen Spanien teil.
- 1866 Um die Erschließung des *Mapuche*-Gebiets zu beschleunigen, wird durch ein Gesetz die Umwandlung des Landes in Privatbesitz ermöglicht, was die Indianer zwingt, sich an ihnen zugewiesenen Orten anzusiedeln.

1868-1869	Gewaltsame Vertreibung der <i>Mapuche</i> aus ihren Siedlungen am Fluss Malleco.
1872	Benjamín Vicuña Mackenna wird Bürgermeister von Santiago und lässt umfassende Umbauten und Modernisierungsmaßnahmen durchführen.
1873	Der Salpeterabbau im Norden Chiles durch die Salpeter- und Eisenbahngesellschaft von Antofagasta beginnt. Errichtung der Akademie der Schönen Künste in Santiago.
1874	Gründung von Viña del Mar, das bald beliebte Sommerresidenz der Oberschicht ist.
1875-1876	Als Ausdruck seiner Modernität veranstaltet Chile eine internationale Ausstellung, an der 20 Länder Amerikas und Europas teilnehmen.
1876-1881	Präsidentschaft von Aníbal Pinto Garmendia.
1877	Frauen erhalten Zugang zum Universitätsstudium (in Deutschland 1909, in den USA 1833).
1879	Beginn des so genannten Salpeter- oder Pazifik-Kriegs (<i>Guerra del Pacífico</i>) gegen Peru und Bolivien um die Gebiete im Norden Chiles, in denen sich die Salpeterlagerstätten befinden. 21. Mai: Seeschlacht von Iquique. Das chilenische Kriegsschiff "Esmeralda" geht mit seinem Kapitän Arturo Prat Chacón unter. Prat wird zum gefeierten Nationalhelden.
1880	Wirtschaftlich bedingte Auswanderungswelle von Chiloé in die Schafzuchtgebiete des südlichen Argentiniens.
1881	Chilenische Truppen unter General Manuel Baquedano González nehmen Lima ein.
1881-1886	Präsidentschaft von Domingo Santa María.

- 1883 Vertrag von Ancón: Peru tritt die Provinz Tarapacá an Chile ab.
Neugründung von Villarica und Beendigung der Feldzüge zur Eroberung von Araukanien.
- 1884 Vertrag von Valparaíso: Bolivien muss Antofagasta und die Provinz Atacama an Chile abtreten (erst 1904 offiziell von Bolivien anerkannt).
Der Salpeterabbau in den eroberten Gebieten macht Chile zu einem wohlhabenden Land.
- 1886-1891 Präsidentschaft von José Manuel Balmaceda Fernández.
- 1887 Die erste Chilenin schließt ihr Medizinstudium an der *Universidad de Chile* ab.
- 1888 Gründung der *Pontificia Universidad Católica*.
Rapa Nui (Osterinsel) wird zu chilenischem Gebiet erklärt.
- 1890 Die chilenische Regierung gibt die von *Kawéskar* und *Ona* bewohnte Dawson-Insel zur Missionierung frei. Dies hat zur Folge, dass zwei Jahrzehnte später die indigene Bevölkerung dort ausgerottet ist.
- 1891 Bürgerkrieg: Machtkämpfe zwischen Parlament und Regierung führen zur Schließung des Nationalkongresses durch Präsident Balmaceda, was den Bürgerkrieg auslöst und mit der Niederlage Balmacedas endet. Daraufhin beginnt die Phase der so genannten "parlamentarischen Republik".
- 1895 Der chilenische Staat verpachtet *Rapa Nui* langfristig an ein Schafzuchtunternehmen und verändert so grundlegend die Wirtschaftsstruktur der Insel.
- 1898 Metallarbeiter des Eisenbahnbaus in Santiago gründen die erste anarchistisch beeinflusste "Widerstandsvereinigung" (*sociedad de resistencia*), die als frühe Form der chilenischen Gewerkschaft betrachten werden kann.

- 1904 Der Konvent der *mancomunales*, regionaler Zusammenschlüsse von Arbeitern verschiedener Berufsgruppen, findet in Santiago statt.
- 1906 Valparaíso wird von einem Erdbeben zerstört.
- 1907 Das Massaker in der Schule Santa María in Iquique an Arbeitern des Salpeterbergbaus brems die aufgetretenen Arbeiterproteste vorläufig. Die Zahl der Toten bleibt ungeklärt. Damaligen offiziellen Angaben zufolge liegt sie bei 140. Spätere Schätzungen gehen von 2.000 bis 3.600 Todesopfern aus. In den folgenden drei Jahrzehnten werden Arbeiterproteste immer wieder mit Waffengewalt niedergeschlagen.
Gründung der FECH (Studentenvereinigung der *Universidad de Chile*).
- 1910 Die umfangreichen Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit Chiles sind von einer politischen Krise überschattet. Die Ausgrenzung des Volkes von den Festlichkeiten ruft z.T. Kritik hervor.
- 1912 Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (*Partido Obrero Socialista*) in Iquique.
- 1918 Massenproteste der Arbeiter (*Marchas de Hambre*) in Santiago, ausgelöst durch die Wirtschafts- und Versorgungskrise am Ende des Ersten Weltkriegs (Verlust der Absatzmärkte für Salpeter).
- 1920-1925 Erste Amtsperiode von Arturo Alessandri Palma (mit Unterbrechung).
- 1922 Die Sozialistische Arbeiterpartei (POS) wird in Kommunistische Partei Chiles umbenannt (*Partido Comunista de Chile*).
- 1923 Mit dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung nehmen auch Streiks und Arbeiterproteste wieder zu.
- 1924 Eine politische Krise, ausgelöst durch einen Interessenkonflikt mit dem Militär, veranlasst Alessandri, sein Amt niederzulegen und das Land zu verlassen.

- 1925 Alessandri wird von der regierenden Junta zurückgerufen.
Neue Verfassung, Rückkehr zu einem Präsidialsystem, die Amtszeit des Präsidenten wird auf sechs Jahre verlängert und seine Direktwahl eingeführt.
Machtkampf zwischen Alessandri und dem Kriegsminister Carlos Ibáñez del Campo, Alessandri legt erneut sein Amt nieder.
Neuer Präsident wird Emiliano Figueroa.
- 1927 Diktatur unter Ibáñez. Alessandri muss Chile erneut verlassen.
- 1929 Chile mit seiner exportorientierten Wirtschaftsstruktur ist das von der Weltwirtschaftskrise am stärksten betroffene Land auf der Welt.
Ende der Freihandelsphase.
Neuer Vertrag mit Peru: Peru erhält die im Pazifik-Krieg von Chile besetzte Provinz Tacna zurück, während Arica und die Provinz Tarapacá weiterhin zu Chile gehören.
- 1931 Die andauernde Wirtschaftskrise (60% der Bergarbeiter sind arbeitslos) löst soziale Proteste aus (gewaltsame Studentenproteste, Generalstreik), die zum Rücktritt von Ibáñez führen. Es folgt eine kurze Periode wechselnder Machthaber, darunter auch eine zwei Wochen dauernde "sozialistische Republik".
- 1932 Wiederwahl von Arturo Alessandri Palma.
- 1933 Gründung der Sozialistischen Partei Chiles PSCh (*Partido Socialista de Chile*), die ihre Vorläufer u.a. in der 1850 gegründeten *Sociedad de Igualdad* sieht.
- 1936 Die Volksfront (*Frente Popular*) wird als antifaschistisches Parteienbündnis gegründet.
Die Radikale Partei tritt der Volksfront bei und gibt damit die Unterstützung der Regierung Alessandri auf.

- Der Dachverband der Gewerkschaften CTCH konstituiert sich (*Central de Trabajadores de Chile*) und wird von der Regierung anerkannt.
- 1937 Gründung der *Falange Nacional*, die zunächst in enger Verbindung zur Nationalen Bewegung der konservativen Jugend steht. Im Jahr darauf löst sich die *Falange* von der Konservativen Partei.
- 1938 Die Sozialistische Partei schließt sich der Volksfront an, zu der neben den Radikalen auch Kommunisten und Demokraten gehören.
Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Nationalsozialisten, wachsende Polarisierung von Links und Rechts. Massaker der Polizei an nationalsozialistischen Jugendlichen im Gebäude der Sozialversicherung (heutiges Justizministerium), die von dort aus einen Anschlag auf die *Moneda* (Regierungsgebäude) verüben wollten (*Masacre del Seguro Obrero*).
Der Dachverband der Gewerkschaften CTCH spaltet sich in eine kommunistische und eine sozialistische Fraktion.
- 1938-1941 Präsidentschaft von Pedro Aguirre Cerda, Mitglied der Radikalen Partei, unterstützt durch die Volksfront. Aguirre, der "Präsident der Armen", erweitert das Bildungssystem und veranlasst den Bau von Wohnungen für die unteren Bevölkerungsschichten.
- 1939 Mit dem Frachtschiff "Winnipeg", organisiert von Pablo Neruda, gelangen mehr als 2.000 spanische Bürgerkriegsflüchtlinge nach Chile.
Schweres Erdbeben in Chillán.
Gründung der staatlichen Behörde zur Förderung der Industrialisierung CORFO (*Corporación de Fomento de la Producción*) und Übergang zu einer importsubstituierenden Industrialisierung.
- 1939-1945 Chile bleibt während des Zweiten Weltkriegs neutral.

- 1940 Die Spannungen zwischen Kommunisten und Sozialisten vergrößern sich: Die Sozialistische Partei verlässt die Volksfront, da sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt ein Bündnis mit den Kommunisten ablehnt.
- 1941 Aufgrund der anstehenden Parlamentswahlen tritt die Sozialistische Partei wieder in die Volksfront ein. Der plötzliche Tod Aguirres führt zum Auseinanderbrechen des Bündnisses.
- 1942-1946 Präsidentschaft von Juan Antonio Ríos Morales.
- 1945 Durch die zunehmende Nutzung von Erdöl und elektrischer Energie verliert der chilenische Kohlebergbau an Bedeutung.
Gabriela Mistral erhält den Nobelpreis für Literatur.
- 1946-1952 Präsidentschaft von Gabriel González Videla, der durch Unterstützung eines Bündnisses linker Parteien an die Macht kommt.
- 1948 Von den USA unterstützter Richtungswechsel in der Politik Videlas, der als "Verrat an der Linken" empfunden wird: Als Reaktion auf eine Reihe von Streiks verabschiedet er das "Gesetz zur Verteidigung der Demokratie", das die Kommunistische Partei und Gewerkschaftsaktivitäten ihrer Anhänger aufgrund ihrer prosovjatischen und antiamerikanischen Politik verbietet. Mitglieder werden aus den Wahlregistern gestrichen. Deportation führender Kommunisten in das Konzentrationslager Pisagua.
- 1949 Einführung des Wahlrechts für Frauen.
- 1952-1958 Zweite Präsidentschaft von Carlos Ibáñez del Campo, die bald durch eine schwierige Wirtschaftslage gekennzeichnet ist.
- 1952 Die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Regierung Ibáñez' führt zur Annäherung der zerstrittenen CTCH-Fraktionen.

-
- 1953 Die Gewerkschaften vereinigen sich zum nationalen Gewerkschaftsverband CUT (*Central Única de Trabajadores*), der Nachfolgeorganisation der CTCH.
- 1955 Generalstreik gegen die repressive Politik gegenüber Arbeitern und die Lohnpolitik der Regierung Ibáñez.
- 1957 Die konservative Christlich-Soziale Partei und die *Falange Nacional* schließen sich zur Christdemokratischen Partei (*Partido Demócrata Cristiano*) zusammen. Die Sozialistische Volkspartei (*Partido Socialista Popular*) und die Sozialistische Partei Chiles vereinigen sich.
- 1958 Das “Gesetz zur Verteidigung der Demokratie” wird abgeschafft.
- 1958-1964 Präsidentschaft von Jorge Alessandri Rodríguez (dem Sohn des früheren Präsidenten Alessandri), unterstützt von Liberalen, Konservativen und Radikalen.
- 1960 Schweres Erdbeben in der Region von Concepción bis Puerto Montt.
- 1962 Alessandris Stabilitätspolitik scheitert. Es kommt zu Streiks, da die Löhne hinter der steigenden Inflation zurückbleiben.
Die Agrar- und Steuerreform im Zuge der von US-Präsident Kennedy initiierten “Allianz für den Fortschritt” wird vor allem von der Linken und den Zentrumsparteien als unzureichend kritisiert.
- 1964-1970 Präsidentschaft des Christdemokraten Eduardo Frei Montalva mit dem Ziel einer “Revolution in Freiheit”. Frei gewinnt die Wahlen mit 55,6% vor Salvador Allende, der als Kandidat des linken Parteienbündnisses FRAP (*Frente de Acción Popular*) 38,9% der Stimmen erhält.
Frei führt soziale Reformen durch, verbessert das Bildungssystem, kann jedoch nicht die wirtschaftlichen

- Probleme Chiles lösen. Die Opposition zwischen links und rechts wird unüberwindbar.
- 1965 Gründung des MIR (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria*).
- 1966 Die partielle Nationalisierung ("Chilenisierung") des von US-amerikanischen Firmen betriebenen Kupferbergbaus stößt auf den Unmut der Konservativen und der US-amerikanischen Gesellschaften.
Der Pachtvertrag des Schafzuchtunternehmens auf *Rapa Nui* läuft aus, die Wirtschaft der Insel beginnt, sich auf Tourismus auszurichten.
- 1967 Agrarreform, bei der große unproduktive Landgüter enteignet und an Kleinbauern verteilt werden. Sie wird von den Konservativen strikt abgelehnt und von der Linken als unzureichend betrachtet.
- 1968 Die so genannte *Reforma Universitaria*, die Reformierung und Umstrukturierung des Universitätssystems, erreicht ihren Höhepunkt.
- 1969 Gründung der *Unidad Popular* (Parteienbündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Radikalen, Sozialdemokraten und kleineren linken Parteien).
- 1970 Durch die Besonderheiten des chilenischen Wahlsystems und die demokratische Tradition des Landes bedingt, gewinnt Salvador Allende Gossens als Kandidat der *Unidad Popular* mit 36,3% der Stimmen vor der Koalition der rechten Parteien die Präsidentschaftswahlen, ist aber durch das Verfehlen einer Mehrheit im Kongress auf die politische Unterstützung der Christdemokraten angewiesen, um den Wahlsieg zu ratifizieren. Chile gelangt damit als erstes Land der Welt durch freie und demokratische Wahlen zum Sozialismus.
US-Präsident Richard Nixon gibt der CIA Anweisung, den Amtsantritt Allendes durch ein Komplott zu verhindern.

Die Entführung des regierungstreuen Generals René Schneider soll linksradikalen Kräften angelastet werden. In Wirklichkeit wird er von der rechten Terrorgruppe *Patria y Libertad* ("Vaterland und Freiheit") entführt. Dabei kommt er ums Leben. Die Attentäter waren von der CIA finanziert und mit Waffen ausgerüstet worden und hatten Verbindungen zu den konservativen Kräften des Landes.

Verstaatlichung des Kohlebergbaus und der Textilindustrie.

- 1971 Vollständige Nationalisierung des Kupferbergbaus ohne finanzielle Entschädigung. Nationalisierung der Banken.
Beschleunigung der Agrarreform.
Lohnerhöhungen und Einführung staatlich festgesetzter Preise.
Die Wirtschaft wächst um 11%, die Arbeitslosigkeit sinkt auf etwa 3%.
Der Christdemokrat und ehemalige Minister Pérez Zújovic wird von der linksextremistischen Gruppe VOP umgebracht, was das Verhältnis zwischen Regierung und PDC stark beeinträchtigt.
Proteste von Anhängern der Opposition (Demonstration der "leeren Töpfe") mit gewaltsamen Ausschreitungen.
Pablo Neruda erhält den Nobelpreis für Literatur.

- 1972 Hohe Inflationsrate. Streik der Fuhrunternehmer. Versorgungskrise.
Allende ruft den Notstand aus.
Der MIR, als linke Gruppe außerhalb der *Unidad Popular*, unterstützt von weiteren linken Parteien und Gruppen, verlangt die Einberufung einer Volksversammlung, was Allende und die Kommunistische Partei ablehnen.
Die Christdemokraten schließen sich in einem Klima der zunehmenden Radikalisierung und Krise der rechten Opposition an.

- 1973
- Ein von Allende initiiertes Gespräch zwischen Regierung und Christdemokraten scheitert.
- Die Fuhrunternehmer nehmen ihren Streik, unterstützt vom Unternehmerlager, wieder auf.
- Bei den Parlamentswahlen erreicht die *Unidad Popular* trotz der Krise 44% der Stimmen, was eine demokratische Ablösung der Regierung extrem unwahrscheinlich werden lässt.
- Ein Amtsenthebungsverfahren gegen Allende seitens der Opposition erreicht nicht die notwendige Stimmenzahl im Parlament.
- Allende ringt vergeblich um einen Konsens in der zerstrittenen *Unidad Popular*.
- Am 10. September erklärt er sich bereit, ein Plebiszit abzuhalten, um so die politische Krise zu lösen.
- 11.9.1973
- Putsch einer Militärjunta unter Augusto Pinochet Ugarte, José Toribio Merino, Gustavo Leigh und César Mendoza.
- Bombardierung der *Moneda*.
- Tod Allendes.
- 1973
- Zehntausende Chilenen werden verhaftet (7.000 hält man im Nationalstadion gefangen), Tausende gefoltert und umgebracht. Unzählige müssen das Land verlassen, unter ihnen auch viele Kunst- und Kulturschaffende.
- Die katholische Kirche ruft die Militärjunta auf, die Menschenrechte der Regimekritiker zu respektieren.
- Auflösung des Nationalkongresses. Verbot aller Parteien, die Judikative bleibt aber unangetastet.
- Reprivatisierung der verstaatlichten Unternehmen (mit Ausnahme der Kupferbergwerke).
- Die USA erkennen zwei Wochen nach dem Putsch die Militärjunta als Regierung Chiles an.
- Eine Gruppe von Soldaten unter dem Kommando von General Arellano Stark reist durch mehrere Provinzen

- und exekutiert 72 Regimegegner, die bereits vom Militär festgenommen oder sogar zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Die Ereignisse gehen als "Todeskarawane" (*Caravana de la Muerte*) in die chilenische Geschichte ein.
- 1974 Die Militärregierung erklärt, dass sie so lange an der Macht bleiben wird, wie es notwendig ist, um ihre Ziele zu erreichen.
Gründung des Geheimdienstes DINA (*Dirección Nacional de Inteligencia*).
Carlos Prats, der Oberkommandierende der Armee unter Allende, wird in Buenos Aires von Agenten der DINA ermordet.
Die Militärjunta erklärt Pinochet zum Präsidenten der Nation.
- 1975 Eine Untersuchungskommission des US-Senats kommt zu dem Schluss, dass die USA die Opposition gegen Allende finanziell unterstützt haben.
Die so genannten *Chicago Boys* geben der chilenischen Wirtschaftspolitik eine neoliberale Richtung und setzen eine radikal monetaristische Wirtschaftspolitik durch.
- 1975-1978 Die von Pinochet und dem bolivianischen Diktator Hugo Banzer initiierten Verhandlungen um einen bolivianischen Zugang zum Meer scheitern. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern werden daraufhin eingestellt.
- 1976 Orlando Letelier, ehemals Verteidigungsminister unter Allende, der in den USA im Exil lebt und von dort die Pinochet-Regierung kritisiert, wird in Washington im Auftrag des chilenischen Geheimdienstes ermordet.
Gründung des *Vicaría de la Solidaridad* (*Vicaría*), einer Organisation der Kirche, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und die Opfer betreut.
- 1977 Ein drei Jahre andauernder wirtschaftlicher Aufschwung setzt ein.

- Die Geheimpolizei DINA wird infolge des Drucks der US-Regierung nach dem Attentat auf Letelier, bei dem auch eine US-Bürgerin ums Leben kam, durch die CNI (*Central Nacional de Informaciones*) ersetzt. Geheimdienstchef Manuel Contreras muss zurücktreten.
- 1978 Verabschiedung eines Amnestie-Gesetzes, das allen, die zwischen 1973 und 1978 Menschenrechtsverletzungen begangen haben oder gegen das Militärregime agiert hatten, Straffreiheit gewährt.
Vicaría meldet 613 offiziell vermisste Personen. Wenig später werden die sterblichen Überreste von 15 Vermissten in den Öfen eines stillgelegten Kalkbergwerkes entdeckt. Weitere derartige Funde folgen.
- 1979 Das Interamerikanische Komitee für Menschenrechte in Lateinamerika stellt fest, dass die *Mapuche* unter Pinochet allein auf Grund ihrer Herkunft verfolgt werden.
- 1980 Am 11. September findet ein Plebiszit statt, das eine neue, vom Militärregime ausgearbeitete Verfassung bestätigen soll. Die Verfassung legt fest, dass die Militärregierung weitere acht Jahre im Amt bleiben soll, dann sollen Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Bevölkerung stimmt mit 67% für die neue Verfassung, jedoch wird angenommen, dass dieses Ergebnis auf Wahlbetrug, Manipulation und die Einschüchterung der Bevölkerung zurückzuführen ist. Es besteht kein Wahlregister.
- 1982 Der Führer der wieder erstarkenden Gewerkschaftsbewegung, Tucapel Jiménez, wird ermordet.
- 1982-1983 Das Land durchlebt angesichts der weltweiten Rezession und fallender Kupferpreise die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929. Die Krise wird verschärft durch die vollständige Liberalisierung der Ökonomie und die Weigerung der Regierung, die freien Marktmechanismen durch eine konrazyklische Politik einzudämmen.

- 1983 Monatliche Proteste gegen das Regime, organisiert von der Gewerkschaft der Kupferbergarbeiter (CTC), beginnen. Die Regierung ist von der Intensität der Proteste überrascht und erhöht die Militärpräsenz in den Straßen.
- Gründung der Demokratischen Allianz (*Alianza Democrática*) aus Radikaler Partei, Republikanischer Partei, Christdemokraten, einem Flügel der Sozialistischen Partei, Sozialdemokratischer Partei und der Sozialistischen Volksunion. Das Parteienbündnis soll mit der Regierung die Umwandlung des Systems in eine Demokratie gestalten. Außerhalb der Allianz gründet sich die Demokratische Volksbewegung (MDP), ein Bündnis aus Kommunistischer Partei, der MIR, einem Flügel der Sozialisten und anderen Gruppierungen.
- Gründung der UDI (*Unión Demócrata Independiente*) als Partei der Anhänger Pinochets.
- 1984 Die Wirtschaftskrise dauert an und erzwingt eine Abkehr von der radikal-monetaristischen Wirtschaftspolitik. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erholt sich die chilenische Wirtschaft wieder von der Krise.
- 1985 Drei Mitglieder der Kommunistischen Partei werden mit durchtrennter Kehle an einem wenig befahrenen Weg in der Nähe des Flughafens gefunden. Der Fall wird später als *Caso Degollados* bekannt.
- 1986 Bei Razzien in 33 *Poblaciones* (ärmste Stadtviertel) Santiagos werden 15.000 Menschen festgenommen.
- Nachdem die CNI ein großes Waffenlager der linken Widerstandsgruppe FPMR (*Frente Patriótico Manuel Rodríguez*) im Norden Chiles findet, distanziert sich die Demokratische Allianz von gewaltbereiten linksgerichteten Gruppen.
- Bei einem Attentatsversuch der FPMR kommt Pinochet mit dem Leben davon, mehrere seiner Leibwächter werden getötet. Verhängung des Belagerungszustands.

- Polizeirazzien und Repressalien gegen die Bevölkerung werden erheblich verstärkt.
- 1987 Gründung der rechtsgerichteten Partei der Nationalen Erneuerung RN (*Renovación Nacional*).
- 1988 Ricardo Lagos gründet die linksliberale Partei für Demokratie PPD (*Partido por la Democracia*).
Die "Kampagne für das Nein" (*Campaña del No*) wird von den Oppositionsparteien ins Leben gerufen, um die Bevölkerung zur Ablehnung einer Fortführung des Pinochet-Regimes zu bewegen.
Im Volksentscheid stimmen (zur Überraschung der Militärregierung) fast 55% der Stimmberechtigten gegen Pinochet und seinen Vorschlag, weitere acht Jahre das Land zu regieren.
Die Opposition stellt den Christdemokraten Patricio Aylwin Azocar als Kandidaten zur Präsidentschaftswahl auf.
- 1989 Aylwin gewinnt die Präsidentschaftswahlen mit 55% der Stimmen, auf den Kandidaten des rechten Lagers, den ehemaligen Wirtschaftsminister Büchi, entfallen 29%.
Die Koalition der Parteien für Demokratie (*Concertación por la Democracia*) erhält die absolute Mehrheit im Parlament, jedoch nicht im Senat (22 von 47 Sitzen), da eine Verfassungsklausel Pinochet und anderen Mitgliedern der Militärregierung erlaubt, neun Senatoren zu ernennen.
- 1990 Die "Nationale Kommission für Wahrheit und Versöhnung" wird gebildet, um die schwersten Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes ans Tageslicht zu bringen. Nach ihrem Vorsitzenden, dem Rechtsanwalt Raúl Rettig, wird sie auch "Rettig-Kommission" genannt.
Feierliches Staatsbegräbnis für Allende, an dem Tausende Chilenen teilnehmen.

- Chile unterzeichnet die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen.
- 1991 Die "Kommission für Wahrheit und Versöhnung" stellt der Öffentlichkeit ihre Untersuchungsergebnisse im so genannten *Informe Rettig* vor. Durch das Militärregime unter Pinochet "verschwanden" 957 Menschen, insgesamt forderte das Militärregime, laut Rettig-Bericht, 2.147 Todesopfer.
- Die FPMR ermordet den rechten Intellektuellen und Senator der UDI, Jaime Guzmán Errázuriz.
- Eine Verfassungsreform zur Demokratisierung der Gemeinde- und Regionalregierungen verstärkt den Dezentralisierungsprozess auf lokaler Ebene.
- 1992 Um die Arbeit der Rettig-Kommission fortzuführen, wird eine Stiftung für Wiedergutmachung und Versöhnung eingerichtet.
- Ein Gesetz zur Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur wird verabschiedet.
- Der Gewerkschaftsdachverband CUT wird wieder legalisiert.
- Landbesetzungen der *Mapuche*, die ihre enteigneten Ländereien zurückfordern.
- 1993 Der ehemalige Geheimdienstchef Manuel Contreras und der General Pedro Espinoza werden wegen ihrer Beteiligung am Attentat auf Orlando Letelier (1976) zu sieben bzw. sechs Jahren Gefängnis verurteilt.
- Der Kandidat der *Concertación*, Eduardo Frei Ruiz-Tagle, gewinnt mit einem Stimmenanteil von 58% die Präsidentschaftswahlen.
- 1994 Das UNHCR erklärt den Flüchtlingsstatus der Chilenen im Exil für beendet, da sich die Situation im Land "normalisiert" habe. 700.000 Chilenen leben zu diesem Zeitpunkt noch im Ausland. 45.000 sind seit der Präsidentschaft Aylwíns zurückgekehrt.

- 1995 Durch seine anhaltend günstige wirtschaftliche Entwicklung ist es Chile möglich, fast seine gesamten Schulden gegenüber der Weltbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank zu begleichen.
In letzter Instanz werden die Urteile zu lebenslanger Haft gegen fünf ehemalige Polizisten, die 1985 an der Ermordung dreier Kommunisten beteiligt waren (*Caso Degollados*) bestätigt.
- 1996 Chile und der MERCOSUR unterzeichnen ein Assoziierungsabkommen, das die Schaffung einer Freihandelszone innerhalb der nächsten zehn Jahre vorsieht.
Durch ein Rahmenabkommen mit der EU wird eine schrittweise bilaterale Handelsliberalisierung vorbereitet.
Im Abschlussbericht der Nachfolgeorganisation der Rettig-Kommission werden weitere, zusätzliche Todesopfer der Militärdiktatur genannt. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf 3.197, unter ihnen 1.102 "Verschwundene".
- 1997 Eine Verfassungsreform, um das Verfahren zur Ernennung der Senatoren zu ändern, scheitert u.a. an den Nein-Stimmen von Senatoren der UDI und RN sowie der von Pinochet ernannten Senatoren. Eine Verfassungsreform zum Ernennungsverfahren der Richter des Obersten Gerichtshofs kann durchgesetzt werden.
Gegen den ehemaligen Führer der aufgelösten *Colonia Dignidad* Paul Schaefer wird wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger Haftbefehl erlassen, das Gelände der Sekte wird untersucht.
- 1998 Pinochet tritt in seiner Funktion als Oberbefehlshaber des Heeres zurück und wird (als Ex-Präsident nach der Verfassung) Senator auf Lebenszeit.
Als Pinochet den Eid als Senator ablegt und Abgeordnete der PSCh und PPD Bilder von Opfern der Militärdiktatur hochhalten, kommt es im Senat zu Tumulten.

Die *Mapuche* versuchen erneut, ihren Forderungen durch Landbesetzungen Nachdruck zu verleihen. Sie verlangen von der Regierung, das sich in Privatbesitz befindende Land ihrer Vorväter zu kaufen und ihnen zurückzugeben.

Pinochet wird in London auf Grund eines Ermittlungsverfahrens der spanischen Justiz verhaftet. In Chile kommt es zu Demonstrationen sowohl für die Auslieferung an Spanien als auch für die Freilassung des Ex-Diktators.

1999

Der Kupferpreis sinkt auf einen Tiefststand. Das Land befindet sich erstmals seit Mitte der achtziger Jahre wieder in einer leichten, aber schnell überwundenen Rezession.

UDI und RN schließen sich zum Wahlbündnis *Alianza por Chile* zusammen.

Dem Antrag des spanischen Richters Baltasar Garzón auf Auslieferung Pinochets nach Spanien wird stattgegeben. Die Verteidigung legt Berufung ein.

2000

Ricardo Lagos Escobar wird neuer Staatspräsident. Als Kandidat der *Concertación* gewinnt er knapp die Stichwahl gegen den Kandidaten der *Alianza por Chile*, Joaquín Lavín.

Pinochet wird durch ein Gutachten britischer Ärzte Prozessunfähigkeit bescheinigt. Er darf nach Chile zurückkehren, wo ihm auf Antrag des Untersuchungsrichters Juan Guzmán Tapia die parlamentarische Immunität aberkannt wird.

Die US-Regierung gibt Dokumente des CIA über die Zeit der Militärdiktatur frei. Allerdings werden wichtige Dokumente über die Rolle der USA im Putsch von 1973 zurückgehalten.

Konsens aller politischen Lager, die gesetzliche Regelung zur Ehescheidung voranzutreiben. Bisher gibt es in Chile nur die für viele Bevölkerungsschichten unerschwingliche Variante der Eheannullierung.

- 2001
- Chile gilt international als wirtschaftlich erfolgreichstes und am wenigsten korruptes Land Lateinamerikas.
- Das Verfahren gegen Pinochet wird wegen Altersdemenz definitiv eingestellt.
- Die Konflikte zwischen den *Mapuche*, Landbesitzern und Forstkonzernen eskalieren weiter.
- Die Legalisierung der "Pille danach" scheitert am Widerstand der katholischen Kirche und konservativer Nichtregierungsorganisationen, jedoch ist das Medikament in Chile weiterhin erhältlich.
- Einführung einer Arbeitslosenversicherung.
- Zwischen Chile und Bolivien beginnen Gespräche über die Verpachtung eines chilenischen Küstenstreifens an Bolivien für den Bau einer Pipeline zum Transport von bolivianischem Erdgas an die chilenische Küste, um es dort für den Export zu verschiffen.
- Die Parlamentswahlen ergeben 63 Sitze für die *Concertación* und 57 für die Opposition. Bei der Sitzverteilung im Senat halten sich beide Gruppierungen die Waage.
- 2002
- Familien der *Pehuenche* lehnen trotz vereinbarter Entschädigungszahlungen eine Umsiedlung für den Bau eines Wasserkraftwerks ab. Da die Regierung eine Eskalation ähnlich wie im Konflikt mit den *Mapuche* fürchtet, stellt sie der Region weitere finanzielle Mittel zur Verfügung.
- Die angekündigte Gesundheitsreform "Plan AUGE" (*Plan de Acceso Universal con Garantías Explícitas en Salud*) soll die medizinische Versorgung staatlich Versicherter bei kostspieligen Behandlungen sichern.
- Obwohl der Bau einer Erdgas-Pipeline durch chilenisches Territorium für die Investoren kostengünstiger wäre, zieht die bolivianische Führung aufgrund der seit dem Pazifik-Krieg gehegten *Ressentiments* gegen Chile eine Trassenführung durch Peru stärker in Erwägung.

Chile und die EU unterzeichnen ein so genanntes Assoziierungsabkommen, das einen Freihandelsvertrag einschließt.

Durch einen Korruptionsskandal verlieren fünf Abgeordnete der *Concertación* zeitweilig die Immunität.

Chile und die USA schließen ein bilaterales Freihandelsabkommen ab.

Personen- und Sachregister

A

Agrarreform 34, 106, 108, 183, 185, 198f., 210, 383, 501, 529ff., 841, 843, 892, 894, 896, 925f.
Allende, Isabel 623, 807,
Allende, Salvador 12, 15, 108f., 114, 174, 198, 208, 212f., 223, 232, 240, 263, 269, 279, 333, 337, 383, 402, 404, 459ff., 468f., 501, 506, 529, 531, 533, 581, 605, 611, 621, 623f., 651, 698, 700, 702, 715, 758, 776, 796, 800, 809, 811f., 815, 818, 824, 839, 841f., 846, 848, 854, 863f., 889, 891ff., 897, 902, 904, 924, 926f., 932
Ampuero, Roberto 629, 636, 648, 661, 664
APSI 632
Arbeitsbeziehungen 133, 184f., 554
Arbeitslosigkeit 15f., 45, 85, 132, 149, 155ff., 171, 174, 186, 469, 504, 539, 543, 571, 584, 590, 594, 935
Arbeitsgesetzgebung 112, 121, 127f., 130f., 181, 185, 522, 540, 545, 555, 559f., 582, 589
Arce, Luz 651
Armut 15f., 85, 89, 141, 143f., 155ff., 171, 174, 201, 222, 413, 415, 469, 503f., 508, 513, 525, 537, 539, 566, 571f., 575, 581, 583ff., 590, 594, 699, 720, 884

Attentat auf Pinochet 279, 703, 930
Außenpolitik 457ff.

Aylwin, Patricio 120, 128, 143, 148, 155, 158, 200, 221f., 254, 260, 276, 281, 284ff., 289, 296f., 301, 305, 310, 313, 316f., 324ff., 329f., 347f., 355, 388, 392, 406f., 411, 443, 461, 468, 470, 481f., 489, 536, 582, 594, 611, 613, 648, 667, 778, 797, 799, 868, 875ff., 890, 931, 933

Aymara 174, 207, 612, 689f.

B

Basisgemeinden 209, 211, 218ff.
Berenguer, Carmen 626, 683
Bevölkerungsentwicklung 22ff., 31ff., 37

C

Canto Nuevo 701f.
Chicago Boys 13f., 114f., 240, 387, 405, 410, 507, 582, 605, 607, 616, 847, 851, 928
Concertación (de los Partidos por la Democracia) 13, 15, 112, 128ff., 148, 179, 200, 202, 246, 248, 254, 258f., 270, 276, 281, 284, 287f., 313, 322, 328, 331, 353, 373, 388, 396, 407f., 443, 464, 468, 503ff., 508f., 536, 538,

545, 589f., 597, 599, 646, 665, 796, 798f., 802, 805, 826, 856, 877, 931f., 934ff.
 CEPAL 177, 459, 505f., 513, 582f., 605, 608, 614ff., 901
 Cerda, Carlos 629, 635, 659, 753, 815
 Chacarillas-Rede 247
 Christdemokratische Partei 264f., 382f., 385, 389, 798, 859ff., 895, 903, 924ff.
 CIEPLAN 611, 614
 CODELCO 44, 121f., 350, 406f., 838
 Collyer, Jaime 627, 629, 631f., 637
Colonia Dignidad 881ff., 933
 CONAMA 78, 482ff.
Conquista 191ff.
 Contreras, Manuel 239, 279, 283f., 288, 297, 305, 322, 886, 932
 CORFO 39, 512, 514f., 547, 548f., 551, 557f., 560, 569, 922
Creación colectiva 735ff.
Cueca 693f., 696f., 708, 711f., 724
 CUT 121, 127, 129f., 133ff., 383

D

Délano, Poli 621, 625
 Demographie 21ff.
 Demokratisierung 111f., 128, 135, 171, 175ff., 204, 221, 245, 267, 338, 340, 384, 404, 409, 435, 438, 440, 461, 463f., 541, 613, 615, 617, 645f., 650, 654, 742, 747, 754, 776, 778, 852f., 872, 875
 Dezentralisierung 112, 155, 167f., 203f., 342, 408ff., 515ff., 521,

537, 548f., 557, 561, 764, 777, 784
 DDR 635, 797f., 809ff., 850, 862, 864f., 878
 Díaz Eterovic, Ramón 625, 633, 636, 661, 664
 DINA 239, 242, 247, 279, 297, 462, 928f.
 Doktrin der nationalen Sicherheit 212, 219
 Donoso, José 621, 627, 630, 664
 Dorfman, Ariel 621, 639, 645, 747f.

E

Edwards, Jorge 621, 632, 635
El Mercurio 213, 219, 319, 325, 631, 633, 648, 723f., 885
 Einkommensverteilung 144, 156, 158, 183, 513, 581ff.
 Enklavenwirtschaft 14, 107, 525
 Enklaven, autoritäre 13, 118, 258, 270, 368, 372, 388, 438f., 453, 466, 545, 561
 Erziehungssystem 112, 163, 167, 341, 547, 721f., 773ff.
 Exil 13, 111, 174ff., 178, 215, 384f., 391, 469, 607, 613, 615, 621, 625, 630, 635, 639, 659, 679, 702f., 724, 750, 753, 797, 802f., 809, 814, 821ff., 849
 Exilliteratur 622ff.
 Export 43, 62f., 166, 472, 479, 486, 505f., 509ff., 518, 526ff., 534, 536f., 544, 554, 565ff., 570f., 573, 577, 595ff., 803, 921

F

Festival der chilenischen Musik 704ff.
 FLACSO 177, 300f., 605ff., 610, 612, 614ff.
 Flexibilisierung 91, 132, 184, 187, 582
 Fontaine Talavera, Arturo 629, 631, 648
 Frauenbewegung 172, 175f., 178
 Frei Montalva, Eduardo 12, 15, 108, 210, 383, 402, 459, 529f., 533, 581, 605, 776, 798, 837, 860f., 867, 869, 898, 900, 924
 Frei Ruiz Tagle, Eduardo 120, 155, 158, 167, 276, 284, 291, 330, 348, 392, 406f., 412, 439, 444, 466, 470, 483, 536, 546, 778, 798f., 804, 932

G

Gerechtigkeit 167, 210, 221f., 285ff., 297ff., 303, 305, 430, 445, 469, 501, 505, 507f., 513, 528, 536, 801, 821, 855, 860, 868, 879, 904
 Gerichtshof, Oberster 259, 278f., 283, 290ff., 315, 340, 350, 352, 362f., 437, 439ff., 443f., 462
 Geschlechterverhältnisse 171ff.
 Gewerkschaften 111, 115, 120f., 127ff., 147, 172, 174, 178, 184f., 199, 219, 240, 269, 384, 402, 504, 507f., 529ff., 536, 545f., 555f., 558ff., 582, 589, 736, 784, 789, 806, 824, 870f., 902, 922, 924, 930, 932

Gini-Koeffizient 157, 161, 583, 585
Gremialismo 240, 244, 387, 902
 Großgrundbesitz 15, 106, 108, 381, 493, 525f., 528, 530f., 533, 535, 885, 910

H

Hahn, Oscar 675f.
 Hoy 870, 875
Human Development Index (HDI) 163f., 594

I

Illapu 700, 702
 Importsubstitution 14, 39, 106, 402f., 506, 509, 527f., 552, 565ff., 593f.
 Indianer-Kulturen 72, 191ff.
 Internet 757, 764ff.
 Inti-Illimani 700, 702f.

J

Jara, Victor 697, 699ff., 813, 815
 Jesuiten 194, 689, 691f., 909f., 912

K

Kirche, katholische 29, 147ff., 174, 207ff., 217, 262, 372, 380f., 384, 581, 607, 680, 692, 751, 854, 886, 927, 935
 Klimavielfalt 50ff.
 Kolonialzeit 33, 63, 76, 106, 217, 445, 623, 691f., 694, 909
 Konsum 16, 39, 90, 94, 98, 150, 590, 626, 636, 648, 669, 698, 733, 746, 802, 827, 852, 892, 896

Kriminalroman 661ff., 669

Kupfer 14, 33f., 44, 59f., 70, 77, 106ff., 119, 164, 459, 472, 506, 525, 527, 573, 593, 595, 690, 761, 803, 812, 864, 892, 894, 896, 926f., 934

L

Lagos, Ricardo 155, 158, 160, 167, 179, 259, 291ff., 373, 389f., 392, 397, 414, 439, 447, 453, 546, 648, 722f., 799, 801f., 854, 903, 934

Liberalisierung 15, 112, 114, 164, 244, 247, 261, 470, 472ff., 502f., 505, 510f., 538, 566, 593, 598, 600, 665, 759f., 802, 929

Legitimität 99, 121, 134, 235ff., 243, 255f., 369, 379, 801, 809, 852

Letelier, Orlando 279, 292, 297, 314, 462f., 928, 932

Linke 837ff.

Literatur, chilenische 621ff., 645ff.

M

Machtdemonstrationen, militärische 283f., 317f., 321, 326

Mapuche 33, 174, 191ff., 581, 612, 628, 681f., 689ff., 908ff., 917, 929, 932, 934f.

Marginalität 16, 141ff., 581, 612, 735, 737

Menschenrechte 175, 275, 288f., 314, 438, 645f., 713, 821, 869ff.

MERCOSUR 138, 466, 471, 474, 492, 536, 572f., 598f., 794f., 933

Militär 14, 16, 43, 77, 118, 120, 199, 213ff., 235, 238, 242, 260, 262, 282, 297, 309ff., 349f., 434, 461, 465, 470, 480, 510, 581, 593, 713, 776, 806

Militärputsch/11.9.73 12, 109, 148, 199, 212, 309, 336, 380, 383, 460, 502, 533, 610, 621, 650, 665, 701, 707, 711, 737, 796, 813, 821, 823f., 839, 846, 863, 865, 868, 889, 903

Minimalstaatlichkeit 76, 413, 522, 545, 551, 557, 561, 569, 801

Mistral, Gabriela 678, 923

Modell 11ff., 89, 97, 99, 171, 201, 417f., 480, 485, 496, 501f., 517f., 541, 543f.

Modernisierung 13, 77, 85, 89, 93f., 95ff., 99f., 108, 112, 117, 131, 141, 171, 177, 188, 383, 401f., 452, 480, 486, 496, 504, 512, 514, 544, 568, 574, 588, 590, 646, 698, 734, 778f., 799, 821, 853

Monetarismus 14, 115, 533, 928

Musik 689ff.

N

NAFTA 471, 487, 536, 557, 598, 600

Neo-Avantgarde 680

Neoliberalismus 13, 79, 171, 178, 201, 219, 406, 509, 519, 533f., 537, 566, 575, 577f., 631, 851, 854, 928

Neruda, Pablo 678, 815, 887, 922, 926

Nueva Canción 697ff., 701, 703, 707ff., 724

Nueva Narrativa Chilena 627, 629,
631, 633, 647f., 665

O

Opus Dei 212f., 631, 633
Ökologie 64f., 73ff., 76ff., 479ff.,
540, 806

P

Parra, Nicanor 680
Parra, Violeta 686, 693, 697, 702
Parra, Marco Antonio de la 627,
736f., 744
Parteiensystem 379ff.
Pinochet 12f., 15, 74, 105, 109,
112f., 120, 127, 158, 174, 208,
216, 220f., 227ff., 253ff., 259,
269, 275ff., 319ff., 403, 417, 439,
460, 462, 464, 466f., 469, 483,
520, 533, 582, 645, 647, 667, 703,
752, 758, 797, 806, 818, 821f.,
853, 859, 870, 873ff., 885, 889,
927ff., 931, 933ff.
"Plan Laboral" 127, 129, 131, 852
Planeta-Verlag 629ff.
Plebiszit 1988 112, 117, 247, 253,
255, 260ff., 264, 438, 464, 711,
876
Poblaciones 141, 144f., 628, 848,
886, 930
Pobladores 143, 145ff., 199
Poesie, chilenische 675ff.
Pontificia Universidad Católica de
Chile 734, 736, 742, 887, 919
Privatisierung 97, 111f., 116, 121f.,
174, 183, 242, 248, 403ff., 428,
464, 479f., 502, 532, 547, 571,

573, 611, 613f., 616, 758f., 777,
779, 802, 885, 927

Protestantismus 207f., 216, 222

Push-/pull-Faktoren 43, 67, 69

Q

Quilapayún 700, 702f., 813

R

Regierbarkeit/Unregierbarkeit 85ff.,
98, 101f., 150, 261, 296, 299f.
Religion 207ff.
Rentenreform 417ff., 854
Rettig-Bericht 239, 297, 635, 932
Rettig-Kommission 285ff., 297,
316, 667, 868, 931, 933
Ressourcen, natürliche 33, 46, 50,
472, 486, 492, 567, 857
Richard, Nelly 626
Renovación Nacional (RN) 120,
229, 258, 284, 324f., 330, 387ff.,
798, 931, 933f.
Ruptura-Strategie 149, 151, 261,
263, 266

S

Salpeter 14, 26, 33f., 39, 59, 70f.,
106, 196, 402, 457, 525ff.
Santiago 16, 32, 36f., 41, 45, 56,
67, 145f., 163, 336, 410f., 442,
487, 516, 639, 695, 732, 806, 809,
811, 821, 852, 909, 911ff., 917f.,
920
Schuld, soziale 201, 286, 298, 505,
545, 778
SERNAM 179ff., 183

- Sicherheitsrat, nationaler 282, 310, 312, 323, 337, 339f., 350, 352, 364, 368, 372f., 436, 439ff., 443
- Skármeta, Antonio 621, 623, 625, 630, 807
- Solidarität 16, 216f., 219, 504, 588, 703, 800, 809, 812ff., 817, 824f., 832, 837, 839, 842, 850, 852ff., 859, 868ff.
- Soziallehre, katholische 209ff., 214, 220, 390, 851
- SUR 615f.
- Staatsaufbau 343ff., 351ff., 359ff., 362ff.
- Staatsreformen 401ff., 417ff., 433ff.
- Staat, dualistischer 239, 245
- System, politisches 333ff.
- T
- Telekommunikation 757ff.
- Testimonio*-Literatur 649ff., 667f.
- Theater 731ff.
- Theologie der Befreiung 211, 220
- Todeskarawane 279, 291, 928
- Tonada* 693f., 696f.
- Tourismus 73, 76
- Transitionsprozess 13, 15, 112, 253ff., 287, 289, 295ff., 367, 373, 407, 520, 560, 612, 634, 885
- U
- UNDP-Bericht 85ff.
- Unión Democrática Independiente* (UDI) 120, 229, 246, 258, 284, 325, 330, 386ff., 798, 930, 932ff.
- Unabhängigkeit 33, 195, 215, 409, 457, 695, 913
- Universidad de Chile* 734, 736, 742, 760, 838, 915, 919f.
- Unternehmer/Unternehmen 14, 40, 105ff., 229, 243, 469, 483, 487, 489, 495, 504, 507f., 512, 516, 518ff., 527, 544, 546f., 550f., 553ff., 568, 571, 745, 754, 804, 846, 892, 896, 915, 926f.
- Unternehmerverbände 109f., 114ff., 118, 121, 129, 229, 325, 507, 545, 549, 556ff.
- Umwelt 66ff., 76ff.
- Unidad Popular* 12ff., 108, 111, 113, 198, 212, 214f., 217, 241, 263, 265, 384, 402, 531, 533, 581, 621, 625, 686, 700, 809, 811, 837, 841ff., 854, 863, 891, 895f., 925ff.
- USA 461ff., 843, 845, 896f., 915, 924ff., 934, 936
- V
- Valdivia, Pedro de 681, 908
- Valparaíso 36f., 40, 56, 69, 336, 442, 516, 695, 909, 912, 916f., 919f.
- Verfassung von 1980 253, 257, 281f., 333f., 435ff., 453, 483
- Verfassungsreformen 335ff., 372f., 439f., 933
- Vergangenheitsbewältigung 275ff., 295ff.
- Verstädterung 35ff.
- Vicaría de Solidaridad* 217, 219, 288, 659, 928f.
- Vicuña, Cecilia 676, 682
- Volksabstimmung 1980 238, 336, 929

W

Weltwirtschaftskrise 14, 34, 39,
106, 208, 565, 921

Wettbewerbsfähigkeit 156, 164ff.,
168, 501, 504ff., 508, 511ff., 517,
521, 528, 534, 536, 543f., 546,
554, 561, 567, 570, 574f., 578,
594, 805

Z

Zurita, Raúl 633, 677

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABI	Arnold-Bergsträsser-Institut
Abs.	Absatz
AC	Acción Nacional
ACTI	Asociación Chilena de Empresas de Tecnologías de Información
AFP	Administradoras de Fondos de Pensiones
AHC	Academia de Humanismo Cristiano
ALADI	Asociación Latinoamericano de Integración
ALCA	Area de Libre Comercio de las Américas
AMPICH	Asociación de la Mediana y Pequeña Industria
ANC	Asociación Nacional de Compositores
APEC	Asia Pacific Economic Cooperation
Art.	Artikel
BEH	bewässerter Einheitshektar
BID	Banco Interamericano de Desarrollo
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
C.A.D.A.	Colectivo Acciones de Arte
ca.	circa
CAJ	Comisión Andina de Juristas
CANACO	Cámara Nacional de Comercio
CAS	Comité Asesor de la Comandancia en Jefe del Ejército
CASEN	Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional
CAT	Central Autónoma de Trabajadores
CCC	Cámara Chilena de la Construcción
CDA	Christdemokratische Arbeitnehmerschaft
CDE	Consejo de Defensa del Estado
CDU	Christdemokratische Union
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women

CEJ	Colectivo de Escritores Jóvenes
CELADE	Centro Latinoamericano de Demografía
CEM	Centro de Estudios de la Mujer
CENGE	Centro de Generales y Almirantes en Retiro de las Fuerzas Armadas
CEP	Centro de Estudios Públicos
CEPAL	Comisión Económica para América Latina
CERC	Centro de Estudios de la Realidad Contemporánea
CESO	Centro de Investigaciones de Ciencias Sociales
CIA	Central Intelligence Agency
CIEDLA	Centro Interdisciplinario de Estudios sobre el Desarrollo Latinoamericano
CIEPLAN	Corporación de Investigaciones Económicas para Latinoamérica
CIM	Consejo Interregional Mapuche
CLACSO	Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales
CLAT	Confederación Latinoamericana de Trabajadores
CMT	Cuerpo Militar de Trabajo
CNI	Central Nacional de Informaciones
CNRR	Corporación Nacional de Reparación y Reconciliación
CNVR	Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación
COAPO	Coordinadora de Agrupaciones Poblacionales
CODELCO	Corporación del Cobre
CODEPU	Corporación de Promoción y Defensa de los Derechos del Pueblo
CODERE	Consejo de Desarrollo Regional
CONADI	Corporación Nacional de Desarrollo Indígena
CONAF	Corporación Nacional Forestal
CONAMA	Comisión Nacional del Medio Ambiente
CONAR	Comité Nacional de Ayuda a los Refugiados Extranjeros
CONICYT	Comisión Nacional de Investigación Científica y Tecnológica
CONTEVECH	Confederación Nacional de Sindicatos de Trabajadores Textiles, Confecciones, Vestuarios y Ramos Conexos
CONTEXTIL	Confederación Textil
CONUIPA	Confederación Nacional Unida de la Mediana y Pequeña Industria, Servicios y Artesanado
COPACHI	Comité de Cooperación para la Paz en Chile

COPROCO	Confederación de la Producción y del Comercio
CORA	Corporación de Reforma Agraria
CORAMA	Comisión Regional del Medio Ambiente
CORE	Consejo Regional
COREMA	Comisión Regional del Medio Ambiente
CORFO	Corporación de Fomento de la Producción
COSENA	Consejo de Seguridad Nacional
CPA	Confederación de Productores Agrícolas
CPC	Confederación de la Producción y del Comercio
CPTC	Consejo de la Producción, del Transporte y del Comercio
CPU	Corporación de Promoción Universitaria
CSU	Christlich Soziale Union
CTC	Compañía de Telecomunicaciones de Chile
CTC	Compañía de Teléfonos de Chile
CTC	Confederación de los Trabajadores del Cobre
CTCH	Central de Trabajadores de Chile
CUP	Congreso Unitario de Pobladores
CUT	Central Unica de Trabajadores
D.F.	Distrito Federal
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DESAL	Centro para el Desarrollo Económico y Social de América Latina
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DINA	Dirección Nacional de Inteligencia
DINE	Dirección de Inteligencia del Ejército
DIRECON	Dirección General de Relaciones Económicas Internacionales
Doc.	Documento
ebda.	ebenda
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean
ELKiC	Evangelisch-Lutherische Kirche in Chile
E-Mail	Electronic Mail
ENTEL	Empresa Nacional de Telecomunicaciones
et al.	et altera
etc.	et cetera

EU	Europäische Union
f.	folgende Seite
FAO	Food and Agricultural Organisation
FASIC	Fundación de Ayuda Social de las Iglesias Cristianas
FDP	Freie Demokratische Partei
FDT	Fondo de Desarrollo de Telecomunicaciones
FECHIF	Federación Chilena de Instituciones Femeninas
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
ff.	folgende Seiten
FLACSO	Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales
FLAPF	Federación Latinoamericana de Productores de Fonogramas
FNDR	Fondo Nacional de Desarrollo Regional
FONDART	Fondo de Desarrollo de las Artes y la Cultura
FOSIS	Fondo de Solidaridad Social
FPMR	Frente Patriótico Manuel Rodríguez
FRAP	Frente de Acción Popular
FTAA	Free Trade Area of the Americas
FUOM	Federación Unión Obrera Femenina
GATT	General Agreement on Trade and Tariffs
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index
Hrsg.	Herausgeber
i.R.	im Ruhestand
ICHEH	Instituto Chilena de Estudios Humanísticos
IDRC	International Development Research Center
IEM	Instituto de Extensión Musical
IFPI	International Federation of the Phonographic Industry
ILADES	Instituto Latinoamericano de Doctrina y Estudios Sociales
ILDIS	Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales
ILET	Instituto Latinoamericano de Estudios Transnacionales
ILO	International Labour Organisation
ILPA	International Intellectual Property Association
INE	Instituto Nacional de Estadística
IRAL	Inversión Regional de Asignación Local
IRELA	Instituto de Relaciones Europeo Latinoamericanas
ISAR	Inversión Sectorial de Asignación Regional
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung

IT	International Technology
ITT	International Telephone and Telegraph
IVA	Impuesto al Valor Agregado
IWF	Internationaler Währungsfonds
Jr.	Junior
JU	Junge Union
Kfz	Kraftfahrzeug
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KP	Kommunistische Partei
l/sec	Liter pro Sekunde
LAWR	Latin American Weekly Report
LOC	Ley Orgánica Constitucional de las Fuerzas Armadas
m	Meter
M.A.I.	Multilateral Agreement on Investment
MAPU	Movimiento de Acción Popular Unitaria
MDP	Movimiento Democrático Popular
MECE	Programa para mejorar la Calidad de la Educación
MEMCH	Movimiento pro Emancipación de la Mujer Chilena
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
METRO	Coordinadora Metropolitana de Poblaciones
MIDEPLAN	Ministerio de Planificación y Cooperación
Mio.	Millionen
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionaria
Mrd.	Milliarden
NAFTA	North American Free Trade Association
NGO	Non-Governmental Organisation
Nr.	Nummer
NRO	Nichtregierungsorganisation
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
ODEPA	Oficina de Estudios y Políticas Agrarias
ODEPLAN	Oficina de Planeamiento
OEA	Organización de Estados Americanos
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEP	Organisaciones Económicas Populares
OPS	Organización Panamericana de Salud
OTE	Organismo Técnico de Ejecución
OTIR	Organismo Técnico Intermedio Reconocido
PAIS	Partido Amplio de Izquierda Socialista

para.	Paragraph
PB	Politbüro
PC	Partido Conservador
PDC	Partido Demócrata Cristiano
PET	Programa Economía y Trabajo
PIOM	Plan de Igualdad de Oportunidades para las Mujeres
PL	Partido Liberal
PME	Proyecto para Mejorar la Educación
PN	Partido Nacional
PNUD	Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo
POS	Partido Obrero Socialista
PPD	Partido por la Democracia
PR	Partido Radical
PREALC	Programa Regional de Empleo para América Latina y del Caribe
PSCh	Partido Socialista Chileno
PSP	Partido Socialista Popular
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RM	Región Metropolitana
RN	Renovación Nacional
RUT	Rol Unico Tributario
S.	Seite
s.	siehe
s.Br.	südlicher Breite
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SECH	Sociedad de Escritores de Chile
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEEA	System of Economic and Ecologic Accounting
SENCE	Servicio Nacional de Capacitación y Empleo
SERNAM	Servicio Nacional de la Mujer
SFF	Sociedad de Fomento Fabril
SGAE	Sociedad General de Autores y Editores
SIMCE	Sistema de Medición de la Calidad de la Educación
SNA	Sociedad Nacional de Agricultura
SOFOFA	Sociedad de Fomento Fabril
SONAMI	Sociedad Nacional de Minería

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SUBDERE	Subsecretaría de Desarrollo Regional y Administrativo
SUBTEL	Subsecretaría de Telecomunicaciones
t/a	Tonnen pro Jahr
Tab.	Tabelle
TAZ	Tageszeitung
TFR	Total Fertility Rate
Tsd.	Tausend
ü.M.	über dem Meeresspiegel
UDI	Unión Democrática Independiente
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Program
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNO	United Nations Organization
UP	Unidad Popular
USA	United States of America
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
vgl.	vergleiche
WIPO	World Intellectual Property Organisation
WTO	World Trade Organization
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
Ziff.	Ziffer
ZK	Zentralkomitee

Autorinnen und Autoren

Helen Ahrens arbeitet bei der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), bei der sie seit 1996 Projekte im Bereich der Rechts- und Justizreformen sowie der Menschenrechte betreut. E-Mail: <helen.ahrens@gtz.de>.

Jürgen Bähr ist Professor für Geographie an der Universität Kiel. E-Mail: <baehr@geographie.uni-kiel.de>.

Harald Barrios ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. E-Mail: <harald.barrios@uni-tuebingen.de>.

Kathrin Bergenthal arbeitet als Drehbuchautorin und Projektmanagerin in der Multimediabranche. E-Mail: <kathrinbergenthal@yahoo.de>.

Soledad Bianchi ist Professorin für hispanoamerikanische und chilenische Literatur an der Universidad de Chile. E-Mail: <sbianchi@tnet.cl>.

Dieter Boris ist Professor für Soziologie an der Universität Marburg. E-Mail: <boris@staff.uni-marburg.de>.

Hugo Calderón arbeitet z.Zt. als Consultant u.a. für die InWent gGmbH. E-Mail: <hugocalderon@gmx.net>.

Juan Casassus arbeitet als “specialista principal de educación” bei der UNESCO. E-Mail: <jcasassus@unesco.cl>.

Jaime Ensignia arbeitet als Soziologe mit den Schwerpunkten Arbeitssoziologie und internationale Beziehungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Santiago de Chile. E-Mail: <jensignia@fes.cl>.

Klaus Eßer war bis zu seiner Pensionierung Ende 2000 Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn.

Torsten Eßer Politologe, Geograph, Romanist, arbeitet als Redakteur und freier Journalist in Köln; Mitherausgeber der Lateinamerika-Zeitschrift *Matices*. E-Mail: <TEE66@t-online.de>.

Alicia Frohmann arbeitet im Außenministerium Chiles als Abteilungsleiterin im Bereich Internationale Wirtschaftsbeziehungen. E-Mail: <afrohma@direcon.cl>.

Gero Gemballa arbeitet als freier Journalist und Publizist in Köln und Berlin.

Pedro Güell arbeitet bei UNDP in Santiago de Chile im Bereich "Human Development". E-Mail: <pedro.guell@undp.org>.

Wilhelm Hofmeister ist Leiter des Studienzentrums der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro in Brasilien. E-Mail: <wilhelm.hofmeister@adenauer.com.br>.

Rainer Huhle ist Politikwissenschaftler in Nürnberg. E-Mail: <rainer.huhle@menschenrechte.org>.

Carlos Huneeus ist Direktor des Meinungsforschungsinstituts CERC in Santiago. E-Mail: <corpcerc@rdc.tie.cl>.

Peter Imbusch hat eine Stiftungsprofessur am Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg inne und koordiniert den Forschungsverbund "Desintegrationsprozesse" am IKG der Universität Bielefeld. E-Mail: <imbusch@staff.uni-marburg.de>.

Olaf Kaltmeier ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Bielefeld und Referent am Institut für Theologie und Politik in Münster. E-Mail: <kaltmeier@gmx.net>.

Cristobal Kay ist Associate Professor in Development Studies and Rural Development am Institute of Social Studies in Den Haag, Niederlande. E-Mail: <kay@iss.nl>.

Raimund Kraemer ist Hochschuldozent für internationale und vergleichende Politik an der Universität Potsdam und Chefredakteur der Zeitschrift *Welttrends*. E-Mail: <rkraemer@rz.uni-potsdam.de>.

Heinrich-Wilhelm Krumwiede war langjähriger Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen und lehrt Politikwissenschaft und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg. E-Mail: <krumwiedemuenchen@t-online.de>.

Maria Soledad Lagos de Kassai ist Professorin für Theater- und Literaturwissenschaft an der Pontificia Universidad Católica de Chile und Literatur- und Theaterforscherin an der Universidad de Chile und der Universidad de Mayor in Santiago; Herausgeberin der Zeitschrift *Escénica*. E-Mail: <slkassai@tutopia.com>.

Norbert Lechner war bis zu seinem Tod im Januar 2004 Professor bei FLACSO in Santiago und arbeitete im PNUD in Chile.

Therese Lützelberger studiert Kulturwissenschaften und Hispanistik an der Universität Leipzig und hat Auslandssemester an der University of Manchester und der Universidad de Chile in Santiago absolviert. E-Mail: <thereseluettelberger@yahoo.com>.

Claudio Maggi ist Ökonom, arbeitet bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) in Washington D.C. E-Mail: <claudioma@iadb.org>.

Angela Meentzen ist Altamerikanistin und Soziologin. Sie arbeitet als freie Gutachterin für deutsche und internationale staatliche und nicht-staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. E-Mail: <angelam@berlin.snafu.de>.

Klaus Meschkat war bis zu seiner Pensionierung 2000 Professor für Soziologie an der Universität Hannover. E-Mail: <meschkat@ish.uni-hannover.de>.

Dirk Messner ist Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn und lehrt Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. E-Mail: <dirk.messner@die-gdi.de>.

Mechthild Minkner-Bünjer ist assoziierte Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg und Lehrbeauftragte für Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg. E-Mail: <minkner@public.uni-hamburg.de>.

Urs Müller-Plantenberg lehrt am Lateinamerika-Institut der FU Berlin. E-Mail: <mueller@ipn.de>.

Dieter Nohlen ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg. E-Mail: <dieter.nohlen@urz.uni-heidelberg.de>.

Detlef Nolte ist stellvertretender Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde in Hamburg und lehrt Politische Wissenschaften und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg. E-Mail: <nolte@iik.duei.de>.

Hans-Jürgen Prien war bis zu seiner Pensionierung 2001 Professor für iberische und lateinamerikanische Geschichte an der Universität Köln. E-Mail: <h-j.prien@uni-koeln.de>.

Michael Radseck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg und arbeitet im DFG-Projekt "Regionale Sicherheitsgemeinschaft". E-Mail: <radseck@iik.duei.de>.

Michael Richter ist Professor für Geographie an der Universität Erlangen. E-Mail: <mrichter@geographie.uni-erlangen.de>.

Elmar Römpezyk arbeitet in einem Umweltprojekt der GTZ in Kolumbien. E-Mail: <gtz-kolumbien@co.gtz.de>.

Jorge Rojas Hernández ist Professor für Soziologie an der Universidad de Concepción in Chile. E-Mail: <jrojas@udec.cl>.

Jaime Sperberg ist Referent für Zentral- und Südamerika beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin. E-Mail: <jaime.sperberg@bpa.bund.de>.

Peter Thiery ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung an der Universität München. E-Mail: <peter.thiery@lrz.uni-muenchen.de>.

Frank Wältring arbeitet für die GTZ und ist Projektassistent im Programm zur Förderung von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen in Honduras. E-Mail: <fw@promype.hn>.

Ingrid Wehr ist Leiterin der Sektion Lateinamerika am Arnold Bergstraesser-Institut der Universität Freiburg und nimmt gegenwärtig eine DAAD-Dozentur an der Universidad de Chile und der Universidad de Santiago wahr. E-Mail: <iwehr@uchile.cl>.

Nikolaus Werz ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock. E-Mail: <nikolaus.werz@wisofak.uni-rostock.de>.

Lothar Witte ist Volkswirt und Soziologe. Er arbeitet bei der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bereich Internationale Politikanalyse. E-Mail: <lothar.witte@fes.de>.